

HAMBURG IN ZAHLEN

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Jahrgang 1962

INHALTSVERZEICHNIS

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Hamburg

a) Nach der Heftfolge

Januar-Heft	Seite	Juni-Heft	Seite
Die Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Hamburg	5	Die Beschäftigung in der hamburgischen Industrie im Jahre 1961	161
Die Unternehmen und ihre Umsätze in Hamburg	7	Die Kleinbetriebe in der hamburgischen Industrie im September 1961	165
Die Hamburger Beherbergungsbetriebe	10	Der Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure seit dem Jahre 1955	171
Preise im Hamburger Beherbergungs- und Gaststättengewerbe	15	Die Lohnsummensteuer in Hamburg, Ergebnisse der Gewerbesteuerstatistik 1958	177
Monatszahlen	21	Monatszahlen	181
Februar-Heft		Juli-Heft	
Die Wahlen in Hamburg im Jahre 1961	33	Die Umsätze der hamburgischen Industrie im Jahre 1961	193
Repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl und Bürgerschaftswahl 1961 in Hamburg	45	Der Bauüberhang in Hamburg am Jahresbeginn 1962	200
Die Vorausschätzung von Gesamtwahlergebnissen aus Teilergebnissen	49	Der Fremdenverkehr in den Hamburger Beherbergungsstätten im Jahre 1961	207
Monatszahlen	57	Monatszahlen	217
März-Heft		August-Heft	
Verdienste in Industrie und Handel in Hamburg im August 1957 und 1961	69	Methoden und Begriffe der Arbeitsstättenzählung 1961	229
Das Steueraufkommen 1961 in Hamburg	79	Das hamburgische Handwerk im Jahre 1961	233
Monatszahlen	85	Organkreise mit Hauptsitz Hamburg 1958 bis 1961	238
April-Heft		Monatszahlen	245
Die ersten Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 6. Juni 1961 in Hamburg	97	September-Heft	
Der Gemüse- und Blumenanbau und die Ernte von Gemüse in Hamburg 1961	101	Die Eheschließungen in Hamburg im Jahre 1961	257
Die Obsternte in Hamburg 1961	104	Die öffentlichen und privaten Berufs- und Berufsfachschulen in Hamburg	262
Der Viehbestand in Hamburg im Dezember 1961	106	Der Hamburger Fischmarkt 1961	268
Die Kleinbetriebe des hamburgischen Bauhauptgewerbes	108	Der Verkehrszensus 1962	273
Monatszahlen	114	Monatszahlen	286
Mai-Heft		Oktober-Heft	
Die hamburgische Bauwirtschaft im Jahre 1961	125	Der Index der industriellen Produktion in Hamburg und im Bundesgebiet 1950 bis 1961	297
Bautätigkeit und Wohnungswesen in Hamburg im Jahre 1961	130	Hamburger Preisindexziffern für die Lebenshaltung 1950 bis 1962	303
Ertrag, Kapital und Steuermeßbeträge der gewerblichen Unternehmen in Hamburg	141	Monatszahlen	314
Monatszahlen	150		

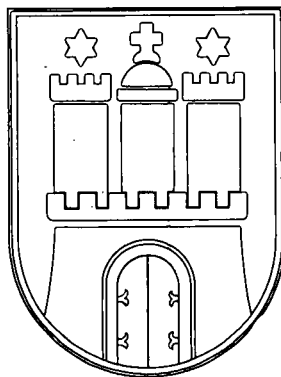
November-Heft	Seite	Seite	
Der Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie im Jahre 1961	325	Das Hamburger Sozialprodukt in den Jahren 1950 bis 1961	360
Die Umsätze und ihre Besteuerung 1961 in Hamburg	328	Monatszahlen	374
Monatszahlen	336	Sonderheft 1	
Dezember-Heft		Die Wohnsituation der Hamburger Haushalte im Frühjahr 1960	3
Die Studierenden an der Universität Hamburg im Wintersemester 1961/62	349	Der Wohnungsbedarf in Hamburg bis 1965	38
		Sonderheft 2	
		Die Urlaubsreisen der Hamburger Bevölkerung 1959	3

b) Alphabetisches Sachregister

(Die vollständigen Titel sind aus dem Verzeichnis nach der Heftfolge zu ersehen)

Abbaugesetz, Wohnungsdefizit; Sonderheft 1 S. 39	Lebenshaltung, Preisindex; Oktober S. 303
Altersgliederung, Studierende; Dezember S. 351	Lohn- und Gehaltsstrukturuntersuchungen; März S. 69
Anbau, Gemüse, Blumen; April S. 101	Lohnsummensteuer; Juni S. 177
Angestellte, Verdienste; März S. 75	Mietausgleich; April S. 138
Arbeiter, Verdienste, Arbeitszeiten; März S. 71	Mieten; Sonderheft 1 S. 25
Arbeitsstättenzählung; August S. 229	Nichtwohnbauten, Bauüberhang; Juli S. 203
Ausländer, Studierende; Dezember S. 350	Obsternte; April S. 104
Auslandsumsatz, Industrie; Juli S. 198, November S. 325	Organkreise; August S. 238
Außenhandel; Juni S. 171	Preise, Beherbergungs- und Gaststättengewerbe; Januar S. 15
Bauhauptgewerbe, Kleinbetriebe; April S. 108	Preisindex, Lebenshaltung; Oktober S. 303
Bautätigkeit, Wohnungswesen; Mai S. 130	-, Wohnungsbau; Mai S. 137
Bauüberhang; Juli S. 200	Produktionsindex, Industrie; Oktober S. 297
Bauwirtschaft; Mai S. 125	Repräsentative Wahlstatistik; Februar S. 45
Beherbergungsbetriebe; Januar S. 10	Soziale Herkunft, Studierende; Dezember S. 357
-, Preise; Januar S. 15	Sozialprodukt; Dezember S. 360
Beherbergungsstätten; Juli S. 207	Schulen, Berufs- und Berufsfachschulen; September S. 262
Berufs- und Berufsfachschulen; September S. 262	Staatsangehörigkeit, Eheschließungen; September S. 258
Berufszählung; April S. 97	Statistisches Landesamt Hamburg, Veröffentlichungen; Januar S. 5
Berufsziel, Studierende; Dezember S. 355	Steueraufkommen; März S. 79
Beschäftigte, Handwerk; August S. 235	Studierende, Universität Hamburg; Dezember S. 349
Beschäftigung, Industrie; Juni S. 161	Umsatz, Handwerk; August S. 235
Bezirksausschlußwahl; Februar S. 42	-, Industrie; Juli S. 193
Blumenanbau; April S. 101	Umsatzsteuer; Januar S. 7, November S. 328
Bundestagswahl; Februar S. 33	-, Organkreise; August S. 238
Bürgerschaftswahl; Februar S. 33	Universität Hamburg, Studierende; Dezember S. 349
Eheschließende, Wohnungsbedarf; Sonderheft 1 S. 46	Untermieter, Wohnungsbedarf; Sonderheft 1 S. 41
Eheschließungen; September S. 257	Urlaubsreisen; Sonderheft 2 S. 3
Ernte, Gemüse; April S. 101	Verdienste, Industrie, Handel; März S. 69
-, Obst; April S. 104	Verkehrszensus; September S. 273
Exporteure; Juni S. 171	Veröffentlichungen; Januar S. 5
Exportquote, Industrie; November S. 325	Viehbestand; April S. 106
Finanzierung, Studium; Dezember S. 359	Volks- und Berufszählung; April S. 97
Fischmarkt; September S. 268	Vorausschätzung, Wahlergebnisse; Februar S. 49
Fremdenverkehr; Juli S. 207	Wahlen; Februar S. 33
Gaststättengewerbe; Januar S. 15	Wanderungsüberschuß, Wohnungsbedarf; Sonderheft 1 S. 45
Gehaltsstruktur; März S. 69	Wohnbauten, Bauüberhang; Juli S. 200
Gemüseanbau; April S. 101	Wohnsituation; Sonderheft 1 S. 3
Gewerbsteuer; Mai S. 141, Juni S. 177	Wohnungsbau, Preisindex; Mai S. 137
Hamburg, Veröffentlichungen, Statistisches Landesamt; Januar S. 5	Wohnungsbedarf; Sonderheft 1 S. 38
Handel, Verdienste; März S. 69	Wohnungsdefizit; Mai S. 137
Handwerk; August S. 233	Wohnungswesen; Mai S. 130
Haushaltsauflösungen; Sonderheft 1 S. 46	
Importeure; Juni S. 171	
Industrie, Auslandsumsatz; November S. 325	
-, Beschäftigung; Juni S. 161	
-, Kleinbetriebe; Juni S. 165	
-, Produktionsindex; Oktober S. 297	
-, Umsätze; Juli S. 193, November S. 325	
-, Verdienste; März S. 69	
Kleinbetriebe, Bauhauptgewerbe; April S. 108	
-, Industrie; Juni S. 165	

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1962

Januar-Heft

INHALT

	Seite
Zum Geleit	3
Die Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Hamburg	5
Die Unternehmen und ihre Umsätze in Hamburg	7
Die Hamburger Beherbergungsbetriebe . .	10
Preise im Hamburger Beherbergungs- und Gaststättengewerbe	15
Besondere Zahlenübersichten	19
Monatszahlen	21

Zeichenerklärung

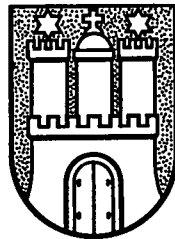
- = Zahlenwert genau Null (nichts).
- . = Zahl kann noch nicht angegeben werden oder wurde nicht festgestellt.
- .. = Angabe einer Zahl ist unzweckmäßig oder die tatsächliche Voraussetzung für die Fragestellung trifft nicht zu.
- 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die in der betreffenden Tabelle gewählte kleinste Stelleneinheit.
- r = berichtigte Zahl.
- p = vorläufige Zahl.
- * = Die hiermit versehenen Positionen im ständigen Zahlenspiegel werden von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht.

Veröffentlichungen, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Verlag und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Hamburg, Hamburg 11, Steckelhörn 12

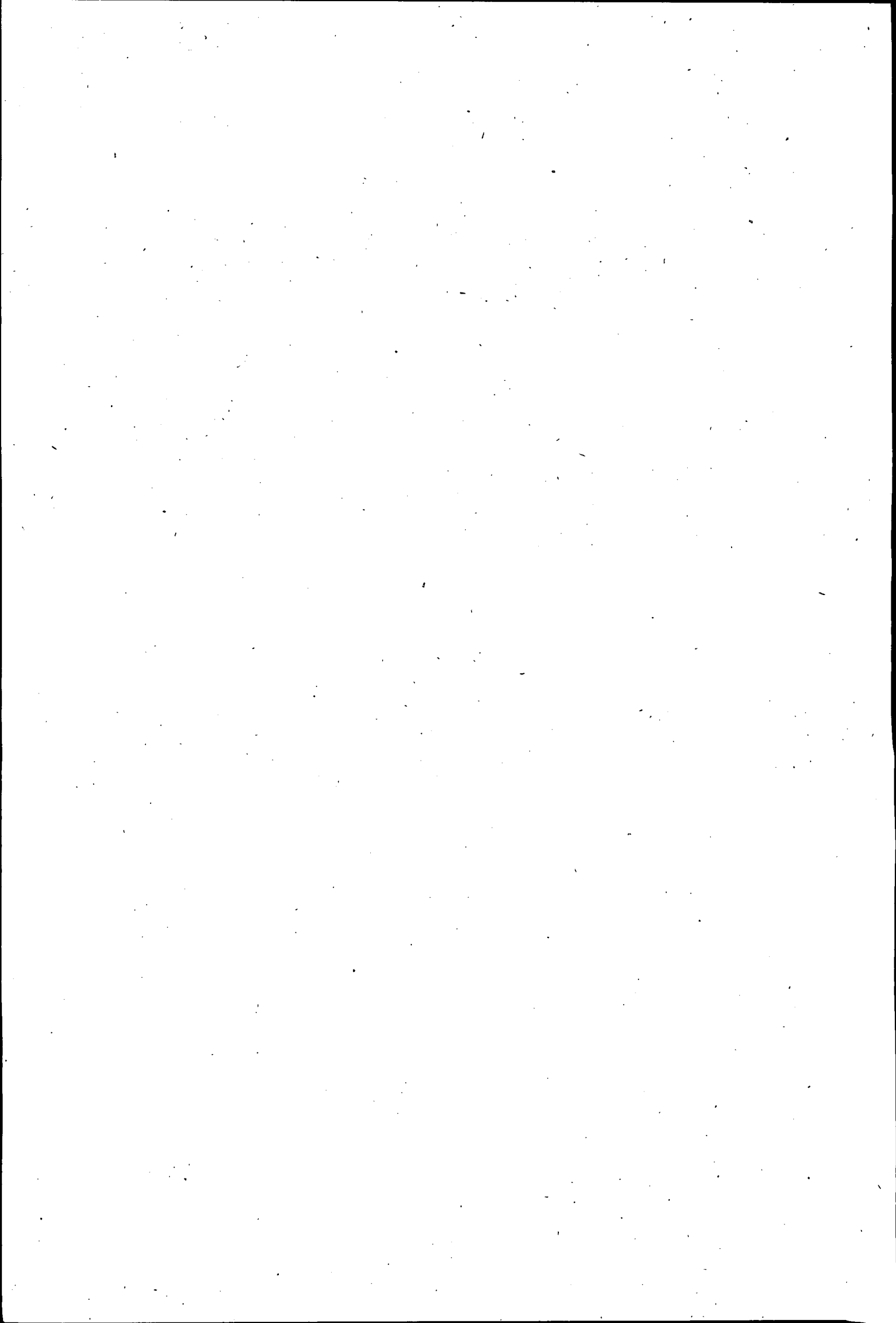
HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1962

Januar-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg



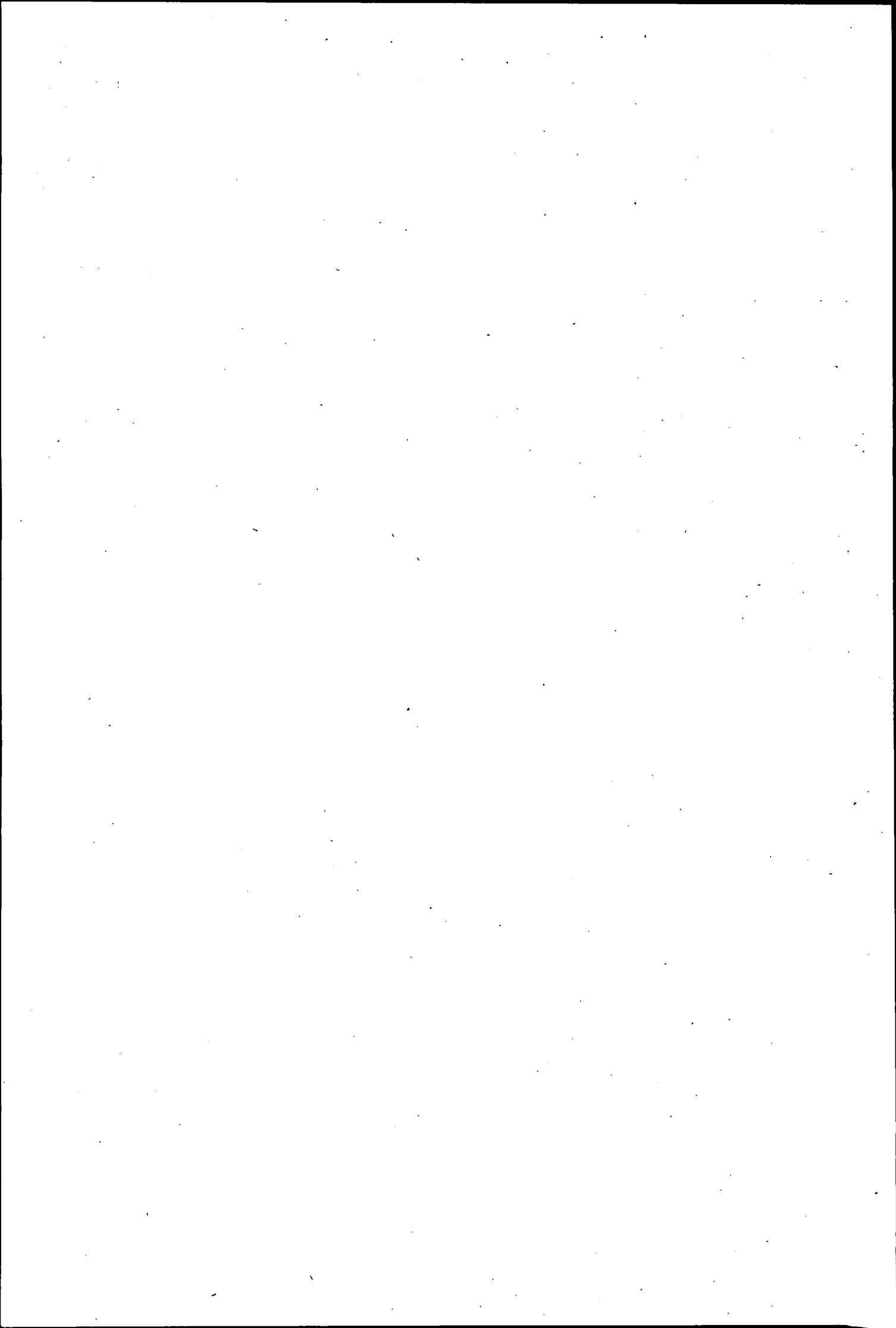
Zum Geleit

Die Schriften „Hamburger Monatszahlen“ und „Hamburg in Zahlen“ des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg sind ab Januar 1962 zu einer Schrift zusammengefaßt und erscheinen von diesem Monat an in einer neuen Form. Das Statistische Landesamt paßt sich damit den Veröffentlichungen aller Statistischen Landesämter an. Die Änderung besteht hauptsächlich in der künftig vorgesehenen textlichen Kommentierung der wichtigeren statistischen Ergebnisse.

Der Statistiker hat den berechtigten Wunsch, seine Zahlen zu kommentieren. Un-erläßlich sind Erläuterungen über die angewandten Methoden; denn eine sta-tistische Zahl kann nur bei Kenntnis der ihrer Gewinnung zugrundeliegenden Verfahren richtig erkannt und verwandt werden. Darüber hinaus fallen dem Sta-tistiker bei der Bearbeitung der Erhebungsunterlagen manche Kenntnisse über den ursprünglichen Sachverhalt zu. Diese Kenntnisse will er dem Leser vermitteln. Ich hoffe, daß die Schrift des Statistischen Landesamtes in dieser neuen Form allen Interessierten gute Dienste leistet.



Erster Bürgermeister



Die Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Hamburg

Die Arbeitsergebnisse der Statistischen Ämter interessieren viele politische Stellen und Verwaltungsbehörden, wirtschaftliche Verbände und Unternehmen, wissenschaftliche Institutionen und manchen Staatsbürger. Wegen dieses weiten Interessentenkreises legen die Statistischen Ämter stets Wert auf eine breite Veröffentlichung. Auch das Statistische Landesamt Hamburg und das seit 1959 mit ihm vereinigte frühere Handelsstatistische Amt haben eine vielseitige Publikationstätigkeit in Vergangenheit und Gegenwart aufzuweisen¹⁾. Die Umstellung der Monatsschrift ab Anfang 1962 gibt Anlaß zu einer einleitenden Darstellung der Entwicklung und des Systems der Veröffentlichungen. Dadurch soll den Benutzern statistischer Zahlen die Übersicht über die gegebenen Informationsmöglichkeiten erleichtert werden.

Um den verschiedenen Informationsbedürfnissen zu entsprechen, hat sich im Laufe der Zeit mehr oder weniger einheitlich bei allen Statistischen Ämtern eine Dreiteilung ihrer Publikationen herausgebildet. Der laufenden aktuellen Unterrichtung dient eine meist regelmäßig monatlich erscheinende Zeitschrift; außerdem werden für einen begrenzten Bezieherkreis Ad-hoc-Berichte herausgegeben. Als Nachschlagewerk für die gelegentliche und nur allgemeine Information dienen Statistische Jahrbücher oder Handbücher, die in jährlichem oder mehrjährlichem Abstände erscheinen. Die Ergebnisse wichtigerer statistischer Erhebungen wie der Volks- und Berufszählungen, Wohnungszählungen, Verkehrszählungen, Arbeitsstättenzählungen etc. und auch der Wahlen werden in meist als „**Quellenwerke**“ charakterisierten Schriftenreihen mit unregelmäßiger Erscheinungsfolge veröffentlicht; diese Schriften sollen der intensiven wissenschaftlichen oder verwaltungsmäßigen Auswertung und der historischen Dokumentation wichtiger statistischer Zahlen dienen.

Schriften des Statistischen Landesamtes zur aktuellen Unterrichtung

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, der Geburtszeit der hamburgischen amtlichen Statistik, bis zum Beginn des ersten Weltkriegs erschien in Hamburg keine Zeitschrift mit aktuellen statistischen Zahlen. Deren Veröffentlichung erfolgte damals vorwiegend in monographischer Form durch Publikationen, die den Charakter von Quellenwerken hatten (siehe unten).

Von 1924 bis 1939 erschien dann in ununterbrochener Folge eine Monatsschrift des Statistischen Landesamtes Hamburg zunächst (bis 1926) unter dem Titel „Hamburger statistische Monatsberichte“ und dann unter dem Titel „Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft“. Diese Zeitschrift brachte statistische Übersichten mit den neuesten Zahlen aus wichtigen Gebieten des sozialen Lebens und textliche Darstellungen der jeweils angefallenen Ergebnisse größerer statistischer Erhebungen. Dabei kam im Laufe der Zeit die ganze Breite der Tätigkeit des Statistischen Amtes und der dabei anfallenden Ergebnisse zur Darstellung.

In der gleichen Zeitspanne erschienen unter mehrfach wechselndem Titel (z. B. 1926–1930: Hamburgs Handel und Schifffahrt, 1931–1934: Hafen Hamburg, 1935–1938: See- und Binnenverkehr des Hafens Hamburg) statistische Monatsberichte des Handelsstatistischen Amtes. Hier waren meist nur tabellarische Übersichten enthalten, ab 1935 wurden wichtigere statistische Feststellungen textlich erläutert.

Von 1940 bis 1946 wurde die Herausgabe der Monatsschriften unterbrochen. In sieben „Sondernummern“ zur Zeitschrift „Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft“ wurden jedoch einige wichtigere Statistiken, so z. B. die Volks- und Berufszählung des Jahres 1939 und die Wirkung der Bombenangriffe auf die Bevölkerungszahl und den Wohnungsbestand behandelt.

Nach dem zweiten Weltkriege wurde das Bild der aktuellen statistischen Veröffentlichungen sehr vielfarbig. Das Statistische Landesamt brachte ab Oktober 1947 wieder die Monatsschrift unter dem ursprünglichen Titel „Hamburger statistische Monatsberichte“ (bis Ende 1955) heraus. Ihr Inhalt bestand jedoch nur aus statistischen Zahlenübersichten. Textliche Darstellungen der Ergebnisse einzelner Statistiken oder auch der in Hamburg stattgefundenen Wahlen erschienen von 1947 bis 1955 in unregelmäßiger Folge wieder in „Sondernummern“, die ebenfalls zur Zeitschrift „Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft“ rechnen und unglücklicherweise parallel zu den während des Krieges erschienenen „Sondernummern“ numeriert wurden. Außerdem war im Jahre 1947 eine Schriftenreihe „Hamburg in Zahlen“ eingeführt worden, die aus ebenfalls in unregelmäßiger Folge erscheinenden Heften bestand und auch laufend wechselnde textliche und tabellarische Darstellungen der Ergebnisse einzelner Statistiken brachte. Diese Mehrgleisigkeit der aktuellen Unterrichtung wurde ab 1957 bis 1961 beseitigt. Die textliche Darstellung der Methoden und Ergebnisse einzelner Statistiken wurde nur noch in der Schriftenreihe „Hamburg in Zahlen“ fortgesetzt. Die Monatsschrift erschien nun unter dem Titel „Hamburger Monatszahlen“ und bestand weiter nur aus ständig gleichbleibenden Zahlenübersichten.

Das frühere Handelsstatistische Amt hat seine aktuelle Berichterstattung nach dem Kriege mit dem „Vierteljahresbericht des Handelsstatistischen Amtes“ 1953 wieder aufgenommen und bis 1958 weitergeführt. Über die in dieser Zeitschrift behandelten Sachgebiete (Industrie und Baugewerbe, Handel, Verkehr) wird von der Zusammenlegung der beiden Ämter an in den Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes mit berichtet.

Ab Januar 1962 wird die Monatsschrift des Statistischen Landesamtes wieder in ihrer ursprünglichen Form herausgegeben werden. Sie wird wieder monatlich wechselnde textliche Darstellungen der wichtigeren Statistiken und ständig gleichbleibende Zah-

¹⁾ Von den Publikationen des im Jahre 1938 mit dem Statistischen Landesamt Hamburg vereinigten Statistischen Amtes der Stadt Altona werden hier der Vollständigkeit halber genannt: Statistische Monatsberichte von 1904 bis 1915; Statistische Jahresübersichten von 1892 bis 1914; Statistisches Jahrbuch 1928.

lenübersichten mit den jeweils neuesten Ergebnissen enthalten. Sie erscheint unter dem Titel „Hamburg in Zahlen“. Aus Kostengründen wurden die zuletzt sehr umfangreich gewordenen tabellarischen Zahlenübersichten erheblich gekürzt. Auch die Textbeiträge können nur in allgemeiner Form die interessanteren Statistiken besonders hinsichtlich der statistischen Verfahren behandeln. Für Auskünfte über nähere Einzelheiten steht das Statistische Landesamt auf Anfrage zur Verfügung. Für umfangreichere Darstellungen werden in unregelmäßiger Folge Sonderhefte zu der Monatsschrift „Hamburg in Zahlen“ herausgegeben, die Bestandteil der Zeitschrift sind.

Das statistische Nachschlagewerk für Hamburg

Das Nachschlagewerk für statistische Zahlen über Hamburg stellt das „Statistische Jahrbuch der Freien und Hansestadt Hamburg“ dar. Es erscheint in jährlicher Folge und enthält Zahlen aus nahezu allen Lebensgebieten unserer Stadt, aber stets nur einige ausgewählte Grundzahlen, keine ausführlichen Nachweisungen. Der Übersichtlichkeit und Kürze halber werden im Statistischen Jahrbuch auch keine Erklärungen über die bei der Gewinnung der Zahlen angewandten Methoden und damit über die Aussagebedeutung der Zahlen gegeben. Hierüber muß sich der Benutzer in den anderen Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes unterrichten. Sozusagen als ein sehr gedrängter Vorabdruck des Statistischen Jahrbuches wird jährlich am Jahresende einem begrenzten Kreis von Interessierten der „Streifenzug durch Hamburgs Statistik“ zur Verfügung gestellt.

Das Nachschlagewerk hat eine längere, aber nicht ganz so wechselvolle Geschichte wie die Monatsschrift. Sein Ahne ist die im Jahre 1854 von den Mitgliedern des Vereins für Hamburgische Statistik herausgegebene Schrift „Beiträge zur Statistik Hamburgs“, bestehend aus einem Text- und einem Tabellenband. Das Nachschlagewerk erschien dann wieder als „Statistisches Handbuch für den Hamburgischen Staat“ im Jahre 1874, weitere Ausgaben folgten unter dem gleichen Titel in den Jahren 1880, 1885, 1891 und 1921. Zwischen der 4. und 5. Ausgabe lag ein wesentlicher Einschnitt hinsichtlich des Charakters des Handbuchs; während die „Beiträge“ und die ersten vier Ausgaben des „Handbuchs“ noch regelrechte Staatsbeschreibungen in textlicher Form mit eingestreuten Tabellen im Sinne der alten Auffassung von „Statistik“ waren, besteht die 5. Ausgabe aus dem Jahre 1921 nur noch aus tabellarischen Nachweisungen. In Fortsetzung erschien dann ab 1926 das „Statistische Jahrbuch für die Freie und Hansestadt Hamburg“, ebenfalls nur tabellarische Nachweisungen aus allen Lebensgebieten der Stadt umfassend, in ununterbrochener jährlicher Reihenfolge bis zum Jahrgang 1937/38. Der Krieg brachte auch hier eine Lücke. Das erste Statistische Jahrbuch nach dem Kriege erschien im Jahre 1953, die Reihe wurde seitdem ununterbrochen fortgesetzt.

Die Quellenwerke der Hamburgischen Statistik

Als Quellenwerk des Statistischen Landesamtes besteht seit dem Jahre 1867 die Zeitschrift „Statistik des Hamburgischen Staates“. Sie ist ununterbrochen unter diesem Titel fortgeführt worden und umfaßt

jetzt 55 Hefte. Die Hefte dieser Schriftenreihe haben vorwiegend monographischen Charakter; sie erscheinen in unregelmäßiger Folge und bringen in ausführlicher Darstellung die Methoden einzelner großer statistischer Erhebungen und die aufgegliederten Ergebnistabellen. In der Zeit bis 1924, als das Statistische Landesamt noch nicht über eine Monatsschrift verfügte, enthielten die Hefte dieser Schriftenreihe teilweise auch die Darstellungen mehrerer Statistiken und dienten insoweit auch der laufenden aktuellen Information.

In die Schriftenreihe „Statistik des Hamburgischen Staates“ sind seit dem Jahre 1959 auch die beiden Schriftenreihen des früheren Handelsstatistischen Amtes mit Quellenwerkscharakter aufgenommen worden. Es handelt sich hierbei um eine erstmals im Jahre 1850, ab 1852 dann jährlich nur mit kriegsbedingten Unterbrechungen (1914 bis 1924 und 1939 bis 1947) unter wechselnden Titeln¹⁾ erschienene Reihe mit ausführlicher statistischer Darstellung des Hafenvverkehrs sowie um die seit 1953 ebenfalls jährlich erschienene Schrift „Hamburgs Industrie“.

Eine weitere Schriftenreihe, die dem Charakter der Quellenwerke sehr nahe kam, waren die „Statistischen Mitteilungen über den Hamburgischen Staat“. Diese Reihe erschien mit ihrem ersten Heft im Jahre 1910 und erreichte bis 1933 insgesamt 32 Hefte und 5 Sonderhefte. Auch diese unter dem Namen des damaligen Direktors des Statistischen Landesamtes herausgegebene Schriftenreihe behandelte in monographischen Darstellungen einzelne Statistiken (Methoden und Ergebnisse) und die Wahlen in Hamburg und stellte somit eine Parallelpublikation sowohl zur „Statistik des Hamburgischen Staates“ als auch zur Zeitschrift „Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft“ dar.

Zusammenfassung

Mit der Umstellung der Monatsschrift ab Anfang 1962 verfügt das Statistische Landesamt Hamburg also künftig noch über drei laufende Veröffentlichungen, nämlich die Monatsschrift „Hamburg in Zahlen“ mit ihren Sonderheften, das „Statistische Jahrbuch der Freien und Hansestadt Hamburg“ und die Reihe „Statistik des Hamburgischen Staates“. Jede dieser Schriftenreihen hat ihren besonderen Charakter entsprechend dem damit verfolgten Informationszweck.

Erwähnt werden sollen in diesem Zusammenhange noch die „Statistischen Berichte“. Sie beruhen auf einer Vereinbarung zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder und werden vorwiegend nur in hektographierter Form hergestellt. Sie dienen der Sofortunterrichtung eines begrenzten Kreises von Verwaltungsbehörden und Wirtschaftsstellen. Die für die Allgemeinheit wichtigen Zahlen dieser „Statistischen Berichte“ erscheinen für die Öffentlichkeit in der Monatszeitschrift „Hamburg in Zahlen“, im „Statistischen Jahrbuch“ oder im Quellenwerk „Statistik des Hamburgischen Staates“.

Außerdem ist noch auf das in mehrjährigen Abständen herausgegebene amtliche Straßen- und Gebietsverzeichnis der Freien und Hansestadt Hamburg

¹⁾ „Tabellarische Übersichten des Hamburgischen Handels“ bis 1911, anschließend bis 1928 „Hamburgs Handel und Schifffahrt“ und ab 1929 „Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg“.

hinzuweisen. Es erschien erstmals im Jahre 1909 unter dem Titel: „Straßen- und Ortschaftsverzeichnis“ als selbständige Publikation, nachdem es bis dahin in den Statistischen Handbüchern enthalten war. Inzwischen liegen 15 Ausgaben, die letzte aus dem Jahre 1961, vor.

Um laufend einen Überblick über die Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes zu geben, werden auf den Innenseiten des Umschlagblattes der Monatsschrift „Hamburg in Zahlen“ die jeweils erschienenen Publikationen aufgeführt.

Peter J. Deneffe

Die Unternehmen und ihre Umsätze in Hamburg

Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1960

Mit der Umsatzsteuerstatistik 1960 wird die Reihe der Erhebungen fortgeführt, die seit 1955 jährlich eine Anzahl wirtschafts- und steuerstatistischer Daten über die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen, ihren Umsatz und seine Belastung durch die Umsatzsteuer bringt. Dieser Überblick wird vertieft durch die Anordnung der Ergebnisse nach Gruppen, Zweigen und Klassen der Wirtschaftssystematik und nach Umsatzgrößenklassen. In dieser Aufgliederung vermittelt die Umsatzsteuerstatistik nicht nur umsatzsteuerliche und finanzwirtschaftliche Erkenntnisse, sondern man gewinnt auch ein Bild von der Größe des Umsatzes in den einzelnen Wirtschaftszweigen, außerdem ist diese Statistik wegen des Zusammenhanges zwischen Umsatz und Ertrag vor allem im zeitlichen Vergleich von Interesse. Insbesondere ist die Statistik der Umsätze für alle diejenigen Wirtschaftsbereiche wichtig, für die aus anderen Quellen entsprechende Zahlen nicht zur Verfügung stehen.

Vorbemerkungen zur Methode der Statistik

Erhebungsunterlagen der Umsatzsteuerstatistik 1960 waren die sog. „Adremablätter“, die von den Finanzämtern an Hand der für die Steuerpflichtigen geführten Umsatzsteuer-Überwachungsbogen ausgefüllt wurden. Im einzelnen enthielt das Zählblatt folgende Tatbestände:

- a) Gesamtumsatz 1960 und 1959,
- b) zu 1 vH steuerpflichtige Umsätze,
- c) Vorauszahlungsbetrag der Umsatzsteuer.

Weiter war zu vermerken, ob der Steuerpflichtige sein Unternehmen im Erhebungs- oder im Vorjahr gegründet oder im Erhebungsjahr aufgelöst hatte. Als gesetzliche Grundlage diente die „Verordnung über die Durchführung von Umsatzsteuerstatistiken für die Kalenderjahre 1959, 1960 und 1961“ vom 1. März 1960 (BGBl. I S. 153).

Die Umsatzsteuerstatistik erfaßte alle Steuerpflichtigen im Sinne des Umsatzsteuergesetzes, d. h. die Unternehmer, die eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbständig ausübten, mit ihren gesamten gewerblichen oder beruflichen Umsätzen. Das bedeutet z. B., daß ein Unternehmen mit allen seinen Zweigniederlassungen als ein Umsatzsteuerpflichtiger gezählt wird. Durch die Wiedereinführung der umsatzsteuerlichen Organshaft und der damit verbundenen Umsatzsteuerfreistellung der Innenumsätze ab 1. April 1958 bildeten Tochterunternehmen, die bis zum 1. April 1958 als steuerlich selbständig galten, nunmehr mit der Muttergesellschaft einen Organkreis, der als ein Umsatzsteuerpflichtiger anzusehen war.

Bei der Beurteilung der Ergebnisse ist zu beachten, daß nur Angaben über steuerlich in Hamburg geführte Unternehmen oder Organgesellschaften einschließlich aller ihrer teilweise auch außerhalb Hamburgs gelegenen Niederlassungen oder Tochtergesellschaften gemacht werden können. Dagegen sind die in Hamburg gelegenen Niederlassungen oder Tochtergesellschaften von außerhalb Hamburgs steuerlich zuständigen Unternehmen oder Organkreisen nicht in der Hamburger Statistik enthalten. Die Umsatzsteuerstatistik vermag somit nur Meßgrößen für das Wirtschaftspotential der in Hamburg ansässigen Unternehmen zu geben. Die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik enthalten nicht die Steuerpflichtigen mit rein landwirtschaftlichen Umsätzen, da die Erzeugerumsätze ab 1. April 1956 steuerfrei sind, und die Unternehmen des Bank- und Versicherungswesens. Ferner sind Unternehmen aller Wirtschaftszweige mit einem Gesamtumsatz unter 8500 DM (1956–1959 unter 8000 DM) von der Statistik nicht erfaßt, da für sie ebenfalls ab 1956 keine Umsatzsteuer entrichtet zu werden braucht.

Die Gesamtumsätze der Steuerpflichtigen umschließen alle von Unternehmern im Rahmen ihres Unternehmens im Inland gegen Entgelt ausgeführten Lieferungen und sonstigen Leistungen. Es handelt sich hier um steuerbare Umsätze, die sowohl steuerpflichtig als auch steuerbefreit sein können, und um nichtsteuerbare Umsätze. Die letzteren, die wirtschaftlich gesehen vielfach sehr relevant sind, wurden in Hamburg nur insoweit in die Statistik einbezogen, als es sich um nichtsteuerbare Freihafenumsätze handelte, die in der hafengebundenen Wirtschaft eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

Wie in den vorangegangenen Jahren gliedert die Umsatzsteuerstatistik 1960 die Steuerpflichtigen nach ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. Übt ein Steuerpflichtiger verschiedene Tätigkeiten aus, so wurde er dem Gewerbebezweig zugeordnet, der dem Schwerpunkt seiner Tätigkeit entsprach. Dabei galt als Maßstab für die Schwerpunktbestimmung die von den Unternehmensteilen erbrachte Wertschöpfung. Die wirtschaftliche Zuordnung der Umsatzsteuerpflichtigen entspricht im wesentlichen dem für die Arbeitsstättenzählung 1950 festgelegten „Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten“. Daneben wurden die Steuerpflichtigen danach unterschieden, ob sie industriell oder handwerklich tätig waren. Dadurch wurde das „Produzierende Gewerbe“ in die Bereiche „Industrie“, „Handwerk“, „Sonstiges Produzierendes Gewerbe“ unterteilt. Zur Industrie zählten alle Steuerpflichtigen, die einen industriellen Schwerpunkt haben und in der Unternehmenskartei des Industrieberichts geführt werden. Für die Zuordnung zum Handwerk galten die Eintragung in die Hand-

werksrolle und der handwerkliche Schwerepunkt als Kriterien. Alle übrigen Steuerpflichtigen rechneten zum „Sonstigen Produzierenden Gewerbe“.

Im folgenden werden die Hauptergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1960 vorgelegt. Weitere Ergebnisse über die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen, Gesamtumsätze und Umsatzsteuer nach Wirtschaftszweigen und Umsatzgrößenklassen mit Vergleichsangaben zu den Vorjahren werden in Kürze in der Schriftenreihe „Statistik des Hamburgischen Staates“ Heft 57 veröffentlicht.

Steuerpflichtige und Umsätze nach Wirtschaftsbereichen

Die Anzahl der in der Umsatzsteuerstatistik 1960 erfaßten Steuerpflichtigen mit Umsätzen über 8500 DM, die in Hamburg ihren Unternehmenssitz hatten, belief sich auf fast 70 000. Die geschlossene größte Gruppe bildete der Wirtschaftsbereich „Einzelhandel“; sein Anteil an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen betrug über ein Viertel. Gut ein Fünftel der Steuerpflichtigen entfiel auf die unter dem Begriff „Produzierendes Gewerbe“ zusammengefaßten

Wirtschaftszweige (Industrie, Handwerk und Übriges Produzierendes Gewerbe). In diesem Wirtschaftshauptbereich war das „Produzierende Handwerk“ zahlenmäßig relativ stark vertreten.

Die Aufgliederung der Umsätze nach Wirtschaftsbereichen zeigt dagegen ein ganz anderes Bild. Die kleine Gruppe der Industrieunternehmen, die nur etwa 4 vH der Steuerpflichtigen stellte, erzielte 1960 gut zwei Fünftel des gesamten Umsatzes. Nahezu die Hälfte des industriellen Umsatzes entfiel auf die drei Wirtschaftsgruppen „Mineralölverarbeitung“, „Fleisch- und Fischverarbeitung, Speisefettherstellung, Milchverwertung“ und „Tabakwarenherstellung“. Ähnlich wie bei der Industrie lag es beim Großhandel, der über ein Zehntel aller Steuerpflichtigen umfaßte, aber mit seinem Umsatz einen Anteil am Gesamtumsatz von einem Drittel erreichte. Innerhalb des Großhandels kommt die bedeutendste Rolle dem Ein- und Ausfuhrhandel zu. Die beiden dominierenden Wirtschaftsbereiche Industrie und Großhandel hatten somit zusammen drei Viertel des gesamten Umsatzes zu verzeichnen. In das übrige Viertel teilten sich vor allem der Einzelhandel, das Handwerk und die Sonstigen Wirtschaftsbereiche.

Steuerpflichtige und Gesamtumsatz nach Wirtschaftshauptbereichen 1960 in Hamburg ¹⁾

Wirtschaftshauptbereiche	Steuerpflichtige		Gesamtumsatz		Umsatz je Steuerpflichtigen 1960 1000 DM
	1960	Veränderung 1960 gegenüber 1959 ¹⁾	1960	Veränderung 1960 gegenüber 1959 ¹⁾	
	Anzahl	vH	Mio DM	vH	
Nichtlandwirtschaftl. Gärtnerei und Tierzucht, Fischerei	403	+ 5,5	61	+ 3,2	150
Produzierendes Gewerbe	15 743	+ 0,5	28 577	+ 12,0	1 815
darunter Industrie	2 618	— 4,5	26 040	+ 11,8	9 946
Handwerk	10 347	— 1,3	2 119	+ 10,9	204
Großhandel	8 290	+ 0,4	19 678	+ 10,8	2 373
Einzelhandel	18 045	— 0,3	4 299	+ 7,9	238
Sonstige Wirtschaftshauptbereiche	27 420	+ 1,9	6 362	+ 11,9	232
darunter Dienstleistungen	8 893	+ 2,6	1 466	+ 14,1	164
Verkehrswirtschaft	4 528	— 0,7	2 761	+ 8,9	609
Insgesamt	69 901	+ 0,8	58 977	+ 11,2	843

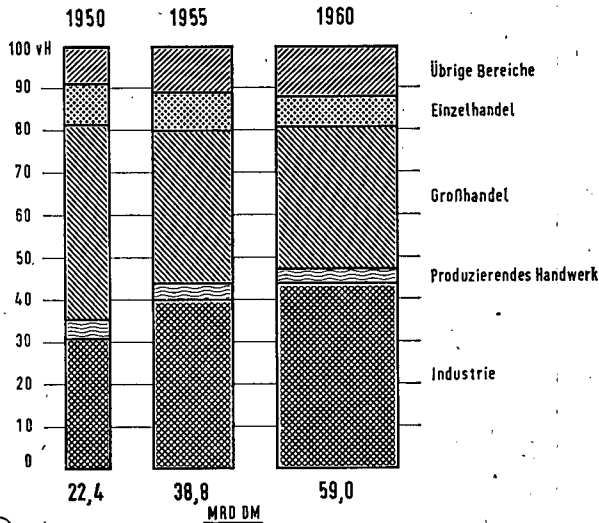
¹⁾ Ohne Steuerpflichtige mit Umsätzen unter 8500 DM (1959 unter 8000 DM).

Der von der Umsatzsteuerstatistik erfaßte Gesamtumsatz im Bundesgebiet (ohne Saarland) belief sich für das Jahr 1959 auf rd. 626,3 Mrd. DM. Hieran war Hamburg als Bundesland mit 53,0 Mrd. DM, mithin mit 8,5 vH, beteiligt. Die Freie und Hansestadt trägt demnach in beträchtlich größerem Maße zum Bundesumsatz bei, als es ihrem Bevölkerungsanteil (3,4 vH) entspricht. Unter den Bundesländern nimmt der hamburgische Staat seiner Einwohnerzahl nach den neunten, seinem Umsatz nach aber den fünften Platz ein. Er wird nur von Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen überflügelt. Die Unterschiede in der Wirtschaftsleistung der einzelnen Gebiete werden am besten durch Berechnung des Umsatzes je Einwohner deutlich. Im Bundesdurchschnitt beträgt der Prokopfumsatz rd. 11 600 DM. In der Reihe der Bundesländer steht Hamburg mit einer Kopfquote von rd. 29 200 DM an der Spitze. Bremen befindet sich an zweiter Stelle mit einem Umsatz von rd. 20 000 DM pro Kopf; es folgt dann in weiterem Abstand Nordrhein-Westfalen (13 500 DM). Bei der Wertung solcher Prokopfumsätze muß jedoch berücksichtigt werden, daß die

so errechnete Wirtschaftsleistung eines Landes (oder sonstigen Gebietes) infolge der bereits geschilderten Erfassung der Steuerpflichtigen, der Umsätze und der Steuern am Sitz des Unternehmens ohne Rücksicht auf die Lage der Betriebe von der tatsächlichen Wirtschaftsleistung eines Landes (Gebietes) mehr oder weniger abweicht.

Für den Vergleich der Umsätze 1960 mit den Umsätzen des Vorjahres nach Wirtschaftsbereichen sollen die Ergebnisse aus den Umsatzsteuerstatistiken für die Jahre 1959 und 1960 verwendet werden. Vergleichsstörungen, die sich infolge von Organkreisbildungen bzw. -veränderungen oder von Schwerpunktverlagerungen in der wirtschaftlichen Tätigkeit der Unternehmen ergaben, sind dadurch weitgehend ausgeschaltet worden, daß die Ergebnisse der Statistik 1959 nachträglich den Unternehmensverhältnissen von 1960 angepaßt wurden. Die Zahl der in Hamburg ansässigen Umsatzsteuerpflichtigen war 1959 und 1960 fast gleich; dagegen wurde ein Umsatzanstieg im Durchschnitt von 11,2 vH festgestellt, der stärker war als der des Jahres 1959 (+ 9,1 vH). Da drei Viertel aller in Hamburg ver-

Umsätze nach Wirtschaftsbereichen in Hamburg
Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik



(h)

Statistisches Landesamt Hamburg

steuerten Umsätze in der Industrie und im Großhandel erzielt wurden, worauf bereits hingewiesen wurde, ist die Gesamtentwicklung stark von diesen beiden Bereichen beeinflusst worden. Im Großhandel lag die Umsatzsteigerung (+ 10,8 vH) bei einer unwesentlichen Zunahme der Steuerpflichtigen geringfügig unter dem Durchschnitt, in der Industrie (11,8 vH) lag sie etwas darüber, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Zahl der zur Umsatzsteuer veranlagten Industriebetriebe sogar um 4,5 vH abnahm. Von den übrigen Wirtschaftsbereichen war die Umsatzentwicklung im letzten Jahre leicht überdurchschnittlich beim Dienstleistungsgewerbe (14,1 vH), zum Teil unter dem Durchschnitt beim Einzelhandel (7,9 vH). In der Umsatzerhöhung kommt trotz der erwähnten Einschränkungen die Aufwärtsentwicklung der Hamburger Wirtschaft zum Ausdruck, die 1960 in besonderem Maße im Produzierenden Gewerbe wieder eingetreten ist.

sichtigen ist, daß die Zahl der zur Umsatzsteuer veranlagten Industriebetriebe sogar um 4,5 vH abnahm. Von den übrigen Wirtschaftsbereichen war die Umsatzentwicklung im letzten Jahre leicht überdurchschnittlich beim Dienstleistungsgewerbe (14,1 vH), zum Teil unter dem Durchschnitt beim Einzelhandel (7,9 vH). In der Umsatzerhöhung kommt trotz der erwähnten Einschränkungen die Aufwärtsentwicklung der Hamburger Wirtschaft zum Ausdruck, die 1960 in besonderem Maße im Produzierenden Gewerbe wieder eingetreten ist.

Steuerpflichtige und Umsätze nach Umsatzgrößenklassen

Der Aufgliederung der Steuerpflichtigen und ihrer Umsätze nach Umsatzgrößenklassen läßt sich entnehmen, daß nur ein Drittel aller Steuerpflichtigen 1960 ein Umsatzergebnis von 100 000 DM und mehr hatte. Auf sie entfielen jedoch 97 vH des Gesamtumsatzes. Über 4500 Steuerpflichtige zählten zur Klasse der „Umsatzmillionäre“, die allein 86,3 vH der Umsätze auf sich vereinigten. Unter den Steuerpflichtigen mit einem Umsatz von über 1 Mio DM waren 26 Unternehmen, die einen Umsatz von mehr als 250 Mio DM tätigten und ein Drittel des Gesamtumsatzes erzielten. Die Ergebnisse der Umsatzbesteuerung in Hamburg werden also weitgehend von einer kleinen Gruppe hier ansässiger Großunternehmen bzw. Organkreise bestimmt.

Steuerpflichtige und Umsatz nach Umsatzgrößenklassen 1960 in Hamburg

Umsatzgrößenklassen	Steuerpflichtige		Gesamtumsatz		Umsatz je Steuerpflichtigen 1960
	1960	Veränderung 1960 gegenüber 1959	1960	Veränderung 1960 gegenüber 1959	
	Anzahl	vH	Mio DM	vH	1000 DM
von 8 500 bis unter 20 000 DM ¹⁾	10 678	- 8,9	151	- 7,7	14
von 20 000 bis unter 50 000 DM	17 246	- 1,5	575	- 1,8	33
von 50 000 bis unter 100 000 DM	14 883	+ 2,6	1 064	+ 2,7	71
von 100 000 bis unter 250 000 DM	13 798	+ 5,1	2 163	+ 5,1	157
von 250 000 bis unter 500 000 DM	5 548	+ 5,3	1 926	+ 4,9	347
von 500 000 bis unter 1 Mio DM	3 195	+ 8,5	2 222	+ 7,4	695
von 1 Mio bis unter 100 Mio DM	4 495	+ 7,2	25 047	+ 9,1	5 572
100 Mio und mehr DM	58	+ 9,4	25 829	+ 17,8	445 328
Insgesamt	69 901	+ 0,8	58 977	+ 11,2	843

¹⁾ 1959 Steuerpflichtige mit Umsätzen ab 8000 DM.

Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich in der Verteilung der Steuerpflichtigen und ihrer Umsätze auf die Umsatzgrößenklassen z. T. erhebliche Veränderungen. So ist die Besetzung in den unteren Umsatzgrößenklassen (Umsätze 8500 bis unter 50 000 DM) absolut und relativ zurückgegangen, während sie in allen darüber liegenden Klassen angestiegen ist. Der Grund für die Abnahme in den unteren Größenklassen dürfte darin liegen, daß bei der Umsatzsteuerstatistik 1959 noch Unternehmen mit einem Gesamtumsatz von 8000 bis unter 8500 DM erfaßt worden sind. Eine gewisse Anzahl von kleineren Unternehmen dürfte außerdem ganz ausgeschieden oder in die Größenklassen mit höheren Umsätzen aufgerückt sein. Ähnlich war die Entwicklung der Umsätze. Dem Rückgang in den Gruppen 8500 bis unter 50 000 DM standen in den übrigen und besonders den oberen Größenklassen höhere Umsätze gegenüber.

Die steuerliche Belastung

Durch die Steuerermäßigungen und Steuerbefreiungen, die bei bestimmten Lieferungen und Leistungen gewährt werden, ist die steuerliche Belastung der einzelnen Wirtschaftsbereiche sehr unterschiedlich. Der höchste durchschnittliche Steuersatz (Umsatzsteuer in vH des Gesamtumsatzes) wurde für das Produzierende Handwerk ermittelt; er betrug 1960 3,43 vH des Umsatzes. Dagegen lag die Steuerbelastung der Industrieunternehmen mit 2,07 vH erheblich niedriger. Der geringere durchschnittliche Steuersatz ist vor allem auf die Bereiche Mineralölindustrie und Schiffbau zurückzuführen, die keine oder nur stark ermäßigte Umsatzsteuer zu zahlen haben; dazu kommen die steuerbefreiten Exportumsätze, deren Anteil in der Industrie wesentlich höher liegt als im Produzierenden Handwerk.

Umsatzsteuer und durchschnittlicher Steuersatz nach Wirtschaftshauptbereichen 1960 in Hamburg ¹⁾

Wirtschaftshauptbereiche	Umsatzsteuer 1960		Durchschnittl. Steuersatz	
	Mio DM	vH	1960	1959
Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei und Tierzucht, Fischerei	1,3	0,1	2,09	1,77
Produzierendes Gewerbe	626,0	66,1	2,19	2,24
darunter Industrie	539,5	57,0	2,07	2,13
Handwerk	72,8	7,7	3,43	3,43
Großhandel	81,7	8,7	0,42	0,46
Einzelhandel	138,9	14,7	3,23	3,22
Sonstige Wirtschaftshauptbereiche	98,6	10,4	1,55	1,52
darunter Dienstleistungen	38,2	4,0	2,60	2,67
Verkehrswirtschaft	11,1	1,2	0,40	0,38
Insgesamt	946,5	100	1,60	1,64

¹⁾ Ohne Steuerpflichtige mit Umsätzen unter 8500 DM (1959 unter 8000 DM).

Für den Großhandel ergab sich 1960 ein durchschnittlicher Steuersatz von 0,42 vH, der nur noch von dem der Verkehrswirtschaft unterschritten wurde. Dem Großhandel wurde für seine Großhandelslie-

ferungen generell der ermäßigte Steuersatz von 1 vH zugestanden; daneben wurden für eine Reihe von Lieferungen (z. B. Einfuhrabschlußlieferungen, Ausfuhrlieferungen, Lieferungen notwendiger Rohstoffe und Halberzeugnisse, Lebensmittel bestimmter Art) Steuerbefreiungen gewährt. Bei der Verkehrswirtschaft waren es vor allem die umsatzsteuerfreien Beförderungsleistungen und die nichtsteuerbaren Umsätze der Seeschifffahrt, die den durchschnittlichen Steuersatz beeinflussten. Die ungleiche Steuerbelastung der einzelnen Wirtschaftsbereiche führte zu Anteilen an der gesamten Steuerschuld, die zum Teil stark von den Umsatzanteilen abwichen. Am deutlichsten wird das beim Großhandel, der am Umsatz der Gesamtwirtschaft 1960 mit gut einem Drittel partizipierte, aber nur 8,7 vH der gesamten Umsatzsteuer aufbrachte.

Die für 1960 gemeldete Umsatzsteuer war um 9,5 vH höher als im Vorjahr; sie erreichte mithin nicht ganz die Zuwachsrate des Umsatzes. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß dem Großhandel mit Lebensmitteln bestimmter Art mit Wirkung vom 1. Januar 1960 weitere Steuerbefreiungen zuerkannt worden sind.

Gustav Hohmann

Die Hamburger Beherbergungsbetriebe

Ergebnisse der Bestandserhebung vom 1. April 1961

Die Struktur des Hamburger Beherbergungsgewerbes

Der auswärtige Besucher, der in Hamburg zu übernachten wünscht, findet hier ein reichhaltiges Angebot an Unterkünften.

Mit 518 Betrieben verfügt das Hamburger Beherbergungsgewerbe über eine größere Zahl an Beherbergungsstätten als die Fremdenverkehrsmetropole München, die jedoch - gemessen an der Zahl der Betten - an der Spitze der Großstädte in der Bundesrepublik rangiert. Eine noch größere Ansammlung von Beherbergungsbetrieben als jeweils in diesen beiden Städten findet man in der Bundesrepublik lediglich noch in den zu dem heilklimatischen Kurbezirk „Berchtesgadener Land“ zusammengefaßten Gemeinden um Berchtesgaden.

Beherbergungsbetriebe und Betten in einigen wichtigen Gemeinden des Bundesgebietes ¹⁾

Stand: 1. April 1961

Gemeinden	Be- triebe	Betten	außerdem Betten in Privatquar- tieren	Betten ins- gesamt
Hamburg	518	12 585	-	12 585
München	447	14 703	292	14 995
Frankfurt	202	7 208	149	7 357
Köln	235	6 591	81	6 672
Berchtesgadener Land	1 270	16 046	5 404	21 450

¹⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Berichte: Beherbergungskapazität am 1. 4. 1961, Arb. Nr. V/26/138 v. 18. 9. 1961.

Mit einigen wenigen Betten ausgestattete Gasthäuser, die einfachen Ansprüchen genügen und bei denen die Beherbergung vielfach nur einen gelegentlichen Nebenerwerb bedeutet, gehören ebenso

zum Bild des Hamburger Beherbergungswesens wie das luxuriös eingerichtete Hotel von internationalem Ruf. Dazwischen gibt es eine ganze Skala von kleinen, mittleren und großen, einfachen, gut bürgerlichen und komfortablen Hotels und eine nahezu gleich große Zahl überwiegend kleinerer Pensionen, die zumeist als Familienbetriebe geführt werden und in der Regel in ihrem Gesamtgepräge die Züge eines Heims tragen, daher insbesondere die bei den Hotels zumeist vorkommenden Nebenbetriebe wie etwa öffentlich zugängliche Schank- und Speiseräume nicht unterhalten. Eine Reihe von Pensionen ist nicht allein abgestellt auf ein bestimmtes Niveau, sondern darüber hinaus auf einen bestimmten Kreis von Gästen, wie z. B. Künstler. Nahezu ebenso zahlreich wie Hotels und Pensionen zusammen ist in Hamburg eine Gruppe von Beherbergungsbetrieben, die zwischen diesen beiden Kategorien steht. Diese sogenannten Hotel-Pensionen sind zumeist größer als die Pensionen, gehen in der Zahl ihrer Zimmer jedoch selten über die eines mittleren Hotels hinaus. Sie suchen Bedienungsformen, Einrichtungen u. dgl., wie sie zumeist in den Hotels vorkommen, anzuwenden, ohne jedoch auf der anderen Seite den intimeren Charakter der Pension aufgeben zu müssen.

Hamburger Beherbergungsbetriebe nach Betriebsarten

Stand: 1. April 1961

Betriebsarten	Hotels	Gast- häuser	Hotel- Pensio- nen	- Pensio- nen	Beher- bergungs- betriebe insgesamt
Anzahl	125	84	206	103	518
Anteil in vH	24	16	40	20	100

Die Mannigfaltigkeit des Hamburger Beherbergungsgewerbes läßt sich durch die Statistik nicht in ihrem vollen Umfang erfassen und darstellen. Die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten beschränkt sich darauf, neben den monatlichen Meldungen über beherbergte Fremde und Übernachtungen einmal im Jahr zum 1. April die Zahl der Zimmer und Betten in den Beherbergungsstätten zu erfragen. Eine Gliederung des Angebots an Zimmern und Betten nach Leistungsgruppen der Betriebe für einfache, mittlere und gehobene Ansprüche wird nicht vorgenommen. Zwar geben die Betriebsarten - Hotel, Gasthaus usw. - einen gewissen Aufschluß über den Zuschnitt der Betriebe auf bestimmte Publikumsansprüche. Die Unterschiede in Stil, Ausstattung usw., die etwa den Charakter eines Luxushotels im Gegensatz zu einem gutbürgerlichen oder einem einfachen Hotel ausmachen, kommen auf diese Weise nicht heraus. Im Hinblick auf die Bedeutung einer genaueren Kenntnis der Entwicklung des Fremdenverkehrs wäre eine Gliederung des Beherbergungsgewerbes nach Qualitätsstufen der Betriebe und eine Berechnung der Bettenbelegung und des Ausnutzungsgrades bei den einzelnen Kategorien sehr erwünscht. Da sich viele Elemente der Ausstattung der Betriebe und der Leistung für den Gast in der Höhe des Übernachtungspreises niederschlagen, liegt es nahe, das Preisniveau der Betriebe als Maßstab ihres Leistungsniveaus zu nehmen und Betriebe, Zimmer und Betten sowie weiterhin Zahl der Gäste und Übernachtungen nach Preisklassen zu ordnen. Zwar steht die Höhe des Übernachtungspreises nicht immer in einem festen Verhältnis zu einem bestimmten Leistungsniveau, sondern hängt auch von anderen Faktoren (Lage usw.) ab. Dennoch erscheint der Preis als ein so wertvolles Kriterium für die Gruppierung der Betriebe, daß das Statistische Landesamt Hamburg es - wie schon vorher die Statistischen Ämter von München und Frankfurt - unternommen hat, die Betriebe des Beherbergungsgewerbes nach Preisklassen zu staffeln. Das Material für diese Auszählung lieferten entsprechende Zusatzfragen in der Bestandserhebung vom 1. April 1961.

In seiner Methode folgte das Statistische Landesamt Hamburg dem in München und Frankfurt angewendeten Verfahren. Die Betriebe wurden gebeten, ihre Betten getrennt nach Preisklassen aufzugeben. Nach diesen Angaben wurde für jeden Betrieb ein gewogener durchschnittlicher Bettenpreis errechnet. Entsprechend diesem Durchschnittspreis wurde der Betrieb als Ganzes einer bestimmten Preisklasse zugeordnet. Für die Wahl dieses Verfahrens war nicht allein maßgebend, daß so in den beteiligten Großstädten nach einheitlichen Grundsätzen gearbeitet werden konnte, sondern auch, daß es für die zu befragenden Betriebe relativ einfach war. Dafür mußte allerdings der Nachteil in Kauf genommen werden, daß sich, zumal bei Betrieben mit stark gestaffelten Preisen, Preisdurchschnitte ergeben, die auf sehr unterschiedlichen Einzelpreisen beruhen, und daß ein Betrieb auch in eine Preisklasse geraten konnte, die seinem Leistungsniveau nicht voll entspricht.

Die folgende Übersicht vermittelt deutlich die starke Streuung der Betriebe und Betten über die Skala der Preisklassen und damit die starke Differenzierung des Angebots an Leistungen in den Hamburger

Beherbergungsbetrieben. In den einzelnen Preisklassen schwankt die Zahl der bereitstehenden Betten zwischen 1000 und 1900. Die Mehrzahl der Betten in den Betrieben der untersten Preisklassen steht in den Hotels und außerdem in Gasthäusern. Während sich die Betten in den Hotel-Pensionen und Pensionen stark auf die mittleren Preisklassen konzentrieren, insbesondere auf die Preislagen zwischen 6,- bis 8,- DM, findet man Gasthäuser und ihre Betten zur Hauptsache in den unteren Preislagen bis zu 7,- DM und Hotels und ihre Betten in den höheren Preislagen ab 8,- DM.

Betriebe und Betten in den Hamburger Beherbergungsbetrieben nach Betriebsarten und Preisklassen

Stand: 1. April 1961

Betriebsarten Preisklassen in DM je Bett		Betriebe		Betten	
		Anzahl	in vH	Anzahl	in vH
Hotels					
bis unter 6	6	14	11	843	11
6	7	12	10	343	5
7	8	22	18	600	8
8	9	21	17	778	10
9	10	19	15	947	13
10	12	14	11	860	12
12	16	13	10	1 442	19
16 und mehr		10	8	1 656	22
Hotels zusammen		125	100	7 469	100
Gasthäuser					
bis unter 6	6	43	51	353	44
6	7	25	30	321	38
7	8	8	10	76	9
8 und mehr		8	9	83	9
Gasthäuser zusammen		84	100	853	100
Hotel-Pensionen					
bis unter 6	6	16	8	462	13
6	7	44	21	629	18
7	8	65	32	1 054	30
8	9	43	21	698	19
9	10	14	7	200	6
10	12	15	7	360	10
12 und mehr		9	4	151	4
Hotel-Pensionen zusammen		206	100	3 554	100
Pensionen					
bis unter 6	6	33	31	154	22
6	7	29	28	187	26
7	8	24	23	179	25
8	9	9	9	87	12
9	10	5	5	56	8
10 und mehr		4	4	46	7
Pensionen zusammen		103	100	709	100
Beherbergungsbetriebe					
bis unter 6	6	105	21	1 832	15
6	7	110	21	1 480	12
7	8	119	23	1 909	15
8	9	79	15	1 625	13
9	10	39	8	1 213	10
10	12	33	6	1 266	10
12	16	22	4	1 588	12
16 und mehr		11	2	1 672	13
Beherbergungsbetriebe insgesamt		518	100	12 585	100

Die Größe der Betriebe und ihre Ausstattung mit Zimmern und Betten

Unter den Gasthäusern, Hotel-Pensionen und Pensionen findet man zur Hauptsache Betriebe mit nicht mehr als 20 Betten. Die größte Zahl der Gasthäuser

und Pensionen besitzt sogar jeweils weniger als 10 Betten. Von den Hotel-Pensionen verfügt der größte Teil über jeweils mehr als 10 Betten, aber auch von diesen größeren Hotel-Pensionen gehen nur wenige über einen Bestand von 20 Betten im einzelnen Betrieb hinaus.

**Hamburger Beherbergungsbetriebe
nach Betriebsarten und Betriebsgrößklassen**

Stand: 1. April 1961

Betriebsarten	Betriebe mit ... Betten je Betrieb						Betriebe ins- gesamt
	1-10	11-20	21-30	31-50	51-100	100 und mehr	
Hotels	6	24	20	33	26	16	125
Gasthäuser	57	18	7	—	2	—	84
Hotel-Pensionen	67	90	36	10	2	1	206
Pensionen	84	19	—	—	—	—	103
Beherbergungs- betriebe insges.	214	151	63	43	30	17	518

Hotels findet man in allen Größenklassen; aber während die Mehrzahl der Gasthäuser, Hotel-Pensionen und Pensionen in der Regel bis zu 20 Betten je Betrieb aufweist, dominieren unter den 153 Betrieben mit mehr als 20 Betten dann die Hotels mit 95 Betrieben. Die Betriebsgröße von 20 Betten bildet eine gewisse Grenze, auf deren einer Seite — der Seite der Betriebe mit weniger als 20 Betten — sich die Gasthäuser, Hotel-Pensionen und Pensionen sammeln und die Hotels in der Minderzahl sind und auf deren anderer Seite nahezu ausschließlich Hotels zu finden sind. Dieser Unterschied zeigt sich besonders stark im Bettenbestand.

**Betten in den Hamburger Beherbergungsbetrieben
nach Betriebsarten und Betriebsgrößklassen**

Stand: 1. April 1961

Betriebsarten	Betriebe mit ... Betten je Betrieb			
	1-20		21 und mehr	
	Zahl der Be- triebe	Zahl der Betten	Zahl der Be- triebe	Zahl der Betten
Hotels	30	434	95	7 035
Gasthäuser, Hotel-Pensionen, Pensionen	331	3 149	58	1 967

Nach der Zahl der Betten haben die Hotels ein beträchtliches Übergewicht gegenüber den anderen Betriebsarten. Die Betten verteilen sich im Verhältnis von etwa 3 : 2 auf Hotels und übrige Sparten; 7469 Betten bei den Hotels stehen 5116 Betten bei den Gasthäusern, Hotel-Pensionen und Pensionen gegenüber. Den höchsten Anteil an dem gesamten Bettenbestand haben mit 3421 Betten oder 27 vH die 16 Hotels der Betriebsgrößklasse von über 100 Betten. Die bedeutendste Gruppe nach ihnen ist mit 1851 Betten und einem Anteil von 15 vH die Betriebsgrößklasse der 26 Hotels mit 51-100 Betten. Ihr folgen die 33 Hotels der Größenklasse mit 31-50 Betten; sie verfügen über 1286 Betten oder einen Anteil von 10 vH. Einige Betten mehr als diese letzte Klasse hat die stärkste Betriebsgrößklasse der anderen Betriebsarten, die der 90 Hotel-Pensionen mit 11-20 Betten. Sie stellt mit 1334 Betten einen

Anteil von 11 vH. In allen übrigen Fällen liegen die Anteile der einzelnen Betriebsgrößklassen unter 10 vH, zum Teil betragen sie nicht mehr als 1 oder 2 vH. Die 84 Gasthäuser und 103 Pensionen sind an dem gesamten Bettenbestand in Hamburgs Beherbergungsgewerbe mit 853 bzw. 709 Betten, d. h. mit jeweils 6 bis 7 vH beteiligt. Alle 206 Hotel-Pensionen zusammen haben mit 3554 Betten (28 vH) einen etwa gleich großen Anteil an dem Bettenbestand wie die 16 größten Hotels mit 3421 Betten.

**Betriebe, Zimmer und Betten in den Hamburger
Beherbergungsbetrieben nach Betriebsarten
und Betriebsgrößklassen**

Stand: 1. April 1961

Betriebsarten Betriebsgrößklassen	Be- triebe	Zimmer	Betten	
	Anzahl		vH	
Hotels				
1- 10 Betten	6	30	50	0
11- 20 "	24	238	384	3
21- 30 "	20	274	477	4
31- 50 "	33	789	1 286	10
51-100 "	26	1 074	1 851	15
101 und mehr Betten	16	2 370	3 421	27
Hotels zusammen	125	4 775	7 469	59
Gasthäuser				
1- 10 Betten	57	184	319	3
11- 20 "	18	135	234	2
21- 30 "	7	105	178	1
31- 50 "	—	—	—	—
51-100 "	2	66	122	1
101 und mehr Betten	—	—	—	—
Gasthäuser zusammen	84	490	853	7
Hotel - Pensionen				
1- 10 Betten	67	330	553	4
11- 20 "	90	791	1 334	11
21- 30 "	36	528	883	7
31- 50 "	10	234	379	3
51 und mehr Betten	3	289	405	3
Hotel-Pensionen zusammen	206	2 172	3 554	28
Pensionen				
1- 10 Betten	84	272	464	4
11- 20 "	19	138	245	2
21 und mehr Betten	—	—	—	—
Pensionen zusammen	103	410	709	6
Beherbergungsbetriebe insgesamt	518	7 847	12 585	100

Die starke Differenzierung nach großen, mittleren und kleinen Betrieben im Hamburger Beherbergungsgewerbe kommt auch bei einem Vergleich der durchschnittlichen Betriebsgrößen — nach der Zahl der Betten je Betrieb — unter den Großstädten des Bundesgebietes zum Ausdruck. In Hamburg kommen 24,3 Betten auf einen Betrieb, in den Großstädten des Bundesgebietes 26,5. Insbesondere haben München, Frankfurt und Köln höhere Durchschnittsziffern als Hamburg. Die durchschnittliche Betriebsgröße im gesamten Bundesgebiet, die auch Gemeindegruppen, denen Großbetriebe fehlen, einbezieht, ist mit 18,6 Betten je Betrieb um rd. ein Viertel niedriger als in Hamburg.

Zu den größten Betrieben des Bundesgebietes gehören die in Hamburg nicht vertretenen Heilstätten

und Sanatorien mit durchschnittlich 73,3 Betten je Betrieb sowie die Erholungs- und Ferienheime mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 48,3 Betten je Betrieb. Hamburgs Hotels sind mit 59,3 Betten je Betrieb größer als die durchschnittliche Betriebsgröße im Bundesgebiet (31,3 Betten je Betrieb). Die durchschnittliche Betriebsgröße der Hamburger Gasthöfe reicht nicht ganz an die des Bundesgebietes heran (10,2 gegen 11,6 Betten je Betrieb), die der Hotel-Pensionen und Pensionen ist etwas größer als im Bund (13,8 gegen 13,3).

Durchschnittliche Betriebsgröße der Beherbergungsbetriebe in Hamburg und einigen ausgewählten Großstädten des Bundesgebietes

Stand: 1. April 1961¹⁾

Großstädte	Betriebe		Betten	
	insgesamt		insgesamt	je Betrieb
Hamburg	518		12 585	24,3
München	447		14 703	32,9
Frankfurt	202		7 208	35,7
Köln	235		6 591	28,0
Großstädte des Bundesgebietes insgesamt . .	3 970		105 040	26,5
2 403 erfaßte Gemeinden des Bundesgebietes . .	39 277		729 980	18,6

¹⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Berichte: Beherbergungskapazität am 1. 4. 1961, Arb. Nr. V/26/138 v. 18. 9. 1961.

Das Hamburger Beherbergungsgewerbe verfügt über 7847 Fremdenzimmer. Die Verteilung dieser Zimmer auf die einzelnen Betriebsarten und Betriebsgrößenklassen entspricht im großen und ganzen der der Betten. Der Unterschied zwischen beiden Aufgliederungen liegt zur Hauptsache darin, daß der Anteil der Hotelzimmer an der gesamten Zahl der Zimmer im Hamburger Beherbergungsgewerbe etwas – wenn auch nur geringfügig – höher ist als der Anteil der Hotelbetten an der gesamten Zahl der Betten. Dies hängt mit der etwas größeren zahlenmäßigen Bedeutung der Einzelzimmer für die Hotels zusammen.

Betriebe, Zimmer und Betten in den Hamburger Beherbergungsbetrieben mit Nachweis der Mehrbetten- und Einzelzimmer nach Betriebsarten

Stand: 1. April 1961

Betriebsarten	Betriebe	Zimmer			Betten		
		insgesamt	davon		insgesamt	davon in	
			Mehrbettenzimmer	Einzelzimmer		Mehrbettenzimmern	Einzelzimmern
Hotels	125	4 775	2 425	2 350	7 469	5 119	2 350
Gasthäuser	84	490	325	165	853	688	165
Hotel-Pensionen	206	2 172	1 288	884	3 554	2 670	884
Pensionen	103	410	274	136	709	573	136
Beherbergungsbetriebe insges.	518	7 847	4 312	3 535	12 585	9 050	3 535

An den 7847 Fremdenzimmern des Hamburger Beherbergungsgewerbes sind Mehrbetten- und Einzel-

zimmer – grob gesehen – etwa je zur Hälfte beteiligt. Dabei haben die 4312 Mehrbettzimmer einen um einiges höheren Anteil (55 vH) als die 3535 Einzelzimmer (45 vH). Hotels bieten eine nahezu gleich große Zahl von Mehrbettzimmern und Einzelzimmern an. Ein relativ hohes Angebot an Einzelzimmern halten ferner die Hotel-Pensionen bereit; hier verhält sich die Zahl der Einzelzimmer (884) zu der der Mehrbettzimmer wie 2 : 3. Bei den Gasthäusern und Pensionen ist die Zahl der Einzelzimmer etwa halb so groß wie die der Mehrbettzimmer. Von den 490 Zimmern der Gasthäuser sind 325 Mehrbettzimmer und 165 Einzelzimmer. Die Pensionen verfügen bei 274 Mehrbettzimmern über 136 Einzelzimmer. In den Hotels erreicht die Zahl der Betten in den Einzelzimmern nahezu ein Drittel des Bettenbestandes. In den Hotel-Pensionen machen sie gerade ein Viertel aus. Bei den Gasthäusern und Pensionen kommen sie auf 19 vH. Hotels sind daher an der Zahl der Betten in den Einzelzimmern stärker beteiligt als an der Zahl der Betten in Mehrbettzimmern. 2350 Betten oder rd. zwei Drittel aller 3535 Betten in Einzelzimmern stehen bei den Hotels zur Verfügung. Der Anteil der 5119 Hotelbetten in Mehrbettzimmern ist dagegen um einiges geringer; er kommt auf 57 vH der insgesamt 9050 Betten in Mehrbettzimmern. Bei den übrigen Betriebsarten sind dementsprechend die Anteile der Betten in Mehrbettzimmern an der Gesamtzahl der Betten in Mehrbettzimmern – anders als bei den Hotels – größer als die entsprechenden Anteile bei den Einzelzimmerbetten. In den Hotel-Pensionen betragen die Anteile 30 vH der Betten in Mehrbettzimmern und 25 vH der Einzelzimmerbetten; für die Gasthäuser und Pensionen lauten die Daten: Gasthäuser 8 vH der Betten in Mehrbettzimmern, 5 vH der Einzelzimmerbetten; Pensionen 6 vH der Betten in Mehrbettzimmern, 4 vH der Einzelzimmerbetten.

Die Lage der Betriebe

Eine große Zahl von Betrieben des Beherbergungsgewerbes häuft sich in Hamburg an einigen wenigen Stellen der Stadt, so insbesondere an den großen Zentren des Fremdenverkehrs um den Hauptbahnhof herum sowie am Dammtorbahnhof und an der Ree-

Hamburger Beherbergungsbetriebe nach Betriebsarten und örtlicher Lage

Stand: 1. April 1961

Lage	Hotels	Gasthäuser	Hotel-Pensionen	Pensionen	Betriebe insgesamt
Hauptbahnhof	37	1	81	42	161
Dammtor	5	—	24	11	40
Reeperbahn	15	6	10	—	31
Außenalster	9	1	50	29	89
Elbvororte	7	1	8	3	19
Wandsbek	5	14	6	1	26
Haake	6	9	—	1	16
Walddörfer	1	6	—	—	7
Bergedorf	3	3	—	1	7
Harburg	5	3	—	—	8
Flugplatz	2	1	—	2	5
Sonstige Gebiete	30	39	27	13	109
Beherbergungsbetriebe insgesamt	125	84	206	103	518

perbahn¹⁾. An die Bezirke um Hauptbahnhof und Dammtorbahnhof schließt sich ein um die Außenalster liegender Ring mit einer großen Zahl von Beherbergungsbetrieben. Neben diesen größeren Häufungsstellen gibt es noch einige kleinere, wie die Elbvororte, Wandsbek oder die Haake. Im übrigen findet man Beherbergungsbetriebe über das ganze Gebiet der Stadt verstreut. Auch entlegene Teile haben ihre Beherbergungsstätten, zumindest ein einfacheres Gasthaus, aber auch manchmal ein Hotel, eine Hotel-Pension oder Pension.

Wie die Übersicht zeigt, sind die Gegenden um den Hauptbahnhof, den Dammtorbahnhof und die Reeperbahn Zentren der Hotels, der Hotel-Pensionen und Pensionen; Gasthäuser trifft man hier dagegen kaum an. Das Gebiet um die Außenalster ist ein Bezirk der Hotel-Pensionen und Pensionen und nur einiger weniger Hotels. In den übrigen Teilen der Stadt überwiegen Gasthäuser und Hotels - Gasthäuser stehen dabei zahlenmäßig zumeist vor den Hotels -, Hotel-Pensionen und Pensionen fehlen in vielen Teilen der Stadt ganz. Um ein Verkehrszentrum wie den Flugplatz gibt es - anders als etwa um den Hauptbahnhof - keine Ansammlung von Beherbergungsbetrieben.

¹⁾ Umkreis mit Radius von rund 500 m um den Hauptbahnhof und Dammtorbahnhof; der Bezirk Reeperbahn ist mit einem Radius von rund 500 m mit dem Mittelpunkt Davidswache abgegrenzt.

Betriebe, Zimmer und Betten in den Hamburger Beherbergungsbetrieben nach der örtlichen Lage

Stand: 1. April 1961

Lage	Betriebe	Zimmer		Betten	
		Anzahl	vH	Anzahl	vH
Hauptbahnhof	161	3 227	4 997	40	
Dammtor	40	884	1 312	10	
Reeperbahn	31	863	1 415	11	
Außenalster	89	830	1 380	11	
Elbvororte	19	182	298	2	
Wandsbek	26	244	392	3	
Haake	16	103	179	1	
Walddörfer	7	49	90	1	
Bergedorf	7	61	94	1	
Harburg	8	150	251	2	
Flugplatz	5	39	66	1	
Sonstige Gebiete	109	1 215	2 111	17	
Beherbergungsbetriebe insgesamt	518	7 847	12 585	100	

Noch stärker als die Betriebe konzentriert sich das Zimmer- und Bettenangebot auf die Gebiete um den Hauptbahnhof, den Dammtorbahnhof, die Reeperbahn und die Außenalster. Diese vier Gebiete vereinigen auf sich 9 104 Betten oder nahezu drei Viertel des gesamten Fremdenbettenbestandes in Hamburg. In den Betrieben am Hauptbahnhof stehen davon 4 997 Betten oder zwei Fünftel aller Betten. Unter den 37 Hotels um den Hauptbahnhof befindet sich die Mehrzahl der 16 großen Hotels in Hamburg mit mehr als 100 Betten je Betrieb. Diese Gruppe der Großhotels verfügt am Hauptbahnhof über 2 106 Betten, das sind zwei Drittel der 3 421 Betten dieser Gruppe. In das restliche Drittel von 1 315 Betten teilen sich Dammtorbahnhof und Reeperbahn. Mit 1 370 Betten hat die Gegend um den Hauptbahnhof auch den Hauptanteil an den Betten in den Hotels der Betriebsgrößenklassen von 31-100 Betten. Das

Gebiet um die Außenalster ist mit 327 Betten stärker an dem Bettenbestand dieser Hotelgrößenklassen beteiligt als Dammtorbahnhof und Reeperbahn zusammen (235 Betten). Das Hauptangebot an Hotelbetten an der Reeperbahn stammt aus kleinen Hotels mit 11-30 Betten. Der einzige nennenswerte Bettenbestand in Gasthäusern der vier Gebiete steht mit 122 Betten an der Reeperbahn. Die größte Zahl der 2 913 Betten in Hotel-Pensionen steht mit 1 196 ebenfalls am Hauptbahnhof, und zwar in allen Betriebsgrößenklassen. Die 782 Betten in den Hotel-Pensionen an der Außenalster stellen das Hauptkontingent (57 vH) der Betten in diesem Gebiet. An dem Bettenangebot der Hotel-Pensionen an der Reeperbahn fällt das relativ hohe Angebot von 401 Betten in der Größenklasse von 21 und mehr Betten auf. Betten in Pensionen findet man zur Hauptsache am Hauptbahnhof (240) und an der Außenalster (222).

Bettenbestand der Beherbergungsbetriebe um den Hauptbahnhof, den Dammtorbahnhof, die Reeperbahn und die Außenalster nach Betriebsarten und Betriebsgrößenklassen

Stand: 1. April 1961

Betriebsarten Betriebsgrößenklassen	Hauptbahnhof	Dammtorbahnhof	Reeperbahn	Außenalster	Vier Gebiete zus.
	Anzahl der Betten				
Hotels					
1-10 Betten	—	—	—	—	—
11-30 Betten	62	26	149	38	275
31-50 Betten	500	—	69	184	753
51-100 Betten	870	96	70	143	1 179
101 und mehr Betten	2 106	626	551	—	3 283
Hotels zusammen	3 538	748	839	365	5 490
Gasthäuser	23	—	122	11	156
Hotel-Pensionen					
1-5 Betten	9	—	—	13	22
6-10 Betten	283	42	10	103	438
11-20 Betten	444	189	43	310	986
21 und mehr Betten	460	250	401	356	1 467
Hotel-Pensionen zusammen	1 196	481	454	782	2 913
Pensionen					
1-5 Betten	73	9	—	25	107
6-10 Betten	133	48	—	95	276
11-20 Betten	34	26	—	102	162
21 und mehr Betten	—	—	—	—	—
Pensionen zusammen	240	83	—	222	545
Insgesamt	4 997	1 312	1 415	1 380	9 104

In den übrigen Teilen der Stadt stehen insgesamt 3 473 Betten zur Verfügung, etwas mehr als ein Viertel des gesamten Bestandes an Fremdenbetten in Hamburgs Beherbergungsbetrieben. 1 979 Betten gehören Hotels, 697 Gasthäusern, 641 Hotel-Pensionen und 164 Pensionen. Das sind der weit überwiegende Teil der Betten in Gasthäusern (82 vH), 26 vH der Hotelbetten, 18 vH der Betten in Hotel-Pensionen und 23 vH der Betten in Pensionen. Zur Hauptsache handelt es sich um Betten in Betrieben der unteren Größenklassen, in allen Sparten sind jedoch auch Betten in größeren Betrieben darunter zu finden, zumal bei den Hotels.

W. W. Lellau

Preise im Hamburger Beherbergungs- und Gaststättengewerbe

Ergebnisse 1959 bis 1961

Das Interesse an Informationen über die Preisstruktur und Preisbewegung im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe ist in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen, nicht zuletzt durch die Ausweitung des Reiseverkehrs und der auch im Beherbergungswesen eingetretenen Erhöhung der Ansprüche und Leistungen. Preisstatistische Ergebnisse aus diesem Wirtschaftsbereich (für Übernachtungen, Speisen und Getränke) werden nicht nur von amtlichen Stellen und Verbänden für die Durchführung von Wirtschaftsanalysen benötigt, sie dienen vorwiegend auch den Belangen des Gastgewerbes selbst. Den Unternehmen kann die Kenntnis der allgemeinen Preislage und Preisentwicklung ihres Gewerbes wichtige Aufschlüsse über die Marktsituation, über Elastizität von Angebot und Nachfrage und damit über die eigenen Rentabilitätsaussichten vermitteln. Die marktgerechte Beurteilung der Preisbewegung vermag den Unternehmern vor allem auch Entschlüsse über Investitionen zu erleichtern, die infolge der Ansprüche der Verbraucher evtl. geboten sind. Daß auf der anderen Seite auch die Staatsführung und der Verbraucher, der Gast, sich über das Preisgefüge im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe orientieren möchten, liegt auf der Hand.

Von der amtlichen Statistik wurden erstmals für das Jahr 1950 in einigen wichtigen Fremdenverkehrsorten jedes Landes der Bundesrepublik Preise für einige Leistungen des Beherbergungsgewerbes erhoben, um möglichst schnell Unterlagen für Fragen der örtlichen Preisabstufung, Ortsklasseneinteilung, Bemessung von Reisespesen der Privatwirtschaft und des öffentlichen Dienstes usw. zu erhalten. Im Rahmen dieser Erhebung, die im Auftrage des Bundesministeriums für Wirtschaft durchgeführt wurde, sollten auch Vergleichspreise für das Jahr 1938 ermittelt werden. Es sei erwähnt, daß die Ergebnisse von 1950 auch als Berechnungsunterlagen für die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen herangezogen wurden. In unregelmäßigen Zeitabständen, von April 1958 ab monatlich, erfolgten dann in den Landeshauptstädten Preiserhebungen für Übernachtungen, Speisen und Getränke, die vorwiegend für Kaufkraftvergleiche benötigt wurden. Seit 1959 werden nunmehr auf Grund des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 jährlich im August Preiserhebungen für das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe auf repräsentativer Basis durchgeführt, wobei die Zahl der Berichtsgemeinden gegenüber früher stark erweitert wurde¹⁾.

Die Auswahl der Berichtsorte wurde so vorgenommen, daß einmal die Zentren des Dienst-, Geschäfts- und Erholungs-Reiseverkehrs Berücksichtigung fanden. Außerdem mußten, um auch den Konsum von Speisen und Getränken der Ortsansässigen repräsentativ zu erfassen, Gemeinden ohne besondere Bedeutung für den Fremdenverkehr einbezogen werden. Hamburg wurde mit 8 anderen Großstädten in die Gruppe der Berichtsgemeinden aufgenommen, welche die Preisstruktur in den Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern repräsentieren sollen. Außerdem wurden, der Klassifizierung der Fremdenver-

kehrsorte und ihrer regionalen Verteilung entsprechend, Seebäder (8), sonstige Badeorte (21), Luftkurorte (20) und weitere Fremdenverkehrsgemeinden (17) in die Erhebung einbezogen. Die Gruppe von Gemeinden, deren Gaststätten vorzugsweise den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung dienen, umfaßte 27 Orte.

In den Großstädten stellen die Umsätze im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor dar, bedingt durch den lebhaften Geschäftsreiseverkehr, die Bewirtungsleistungen für Ferienreisende in den Urlaubsmonaten und an Tagesgäste. Um für Hamburg zu aussagefähigen Ergebnissen zu gelangen, wurden in Zusammenarbeit mit dem Landesverband des Gaststätten- und Hotelgewerbes unter den Hotels, Gasthöfen, Pensionen, Fremdenheimen, Gaststätten und Cafés 140 Berichtsbetriebe ausgewählt, wobei ausgesprochene Luxushotels, Bars sowie primitive Gaststätten ausgeklammert blieben. Die Hotels, Gasthöfe und Gaststätten sind vom Statistischen Landesamt für Zwecke der Preisstatistik entsprechend der Lage, der Ausstattung und dem Leistungsangebot gegliedert worden. Bei der regionalen Streuung der Berichtsbetriebe trat naturgemäß bei den Hotels eine stärkere Konzentration in der Innenstadt auf (Umgebung Hauptbahnhof und Dammtorbahnhof), während für die Gaststätten eine relativ gleichmäßige Verteilung über das gesamte Stadtgebiet möglich war. Die einbezogenen Beherbergungs- und Gaststättenbetriebe verteilen sich auf die Qualitätsstufen wie folgt:

Beherbergungsgewerbe	Gaststättengewerbe
Gute Hotels 15	Gut bürgerliche Gaststätten 25
Mittlere Hotels 28	Einfache Gaststätten 17
Einfache Hotels oder Gasthöfe 18	Cafés 16
Hotel-Pensionen 21	

Die Erhebungen wurden in Hamburg durch Preisermittler des Statistischen Landesamtes durchgeführt, welche Angaben für folgende Leistungen einholten:

- Übernachtung und Frühstück in Hotels, Gasthöfen, Pensionen und Fremdenheimen,
- Speisen in Hotels, Gasthöfen und Gaststätten,
- Getränke in Hotels, Gasthöfen, Gaststätten und Cafés.

Von Hotels, Gasthöfen und Pensionen sollten außerdem Angaben über Preise für Vollpension gemacht werden. Die Hamburger Betriebe lieferten darüber nur vereinzelt Preisangaben, so daß zuverlässige Ergebnisse hier nicht erstellt und veröffentlicht werden können. Dieser Leistungsart kommt weniger in Großstädten, sondern vorwiegend in Gemeinden mit Erholungsreiseverkehr Bedeutung zu.

Eine exakte Erfassung von Durchschnittspreisen für Übernachtungen ist schwierig, da in den Be-

¹⁾ Ergebnisse für 1959 im Bundesgebiet sind in Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1959 und 4/1960 veröffentlicht, für das Jahr 1960 in den Heften 7 und 9/1961.

etrieben teilweise weite Preisspannen bestehen und das Bettenangebot in den einzelnen Preisstufen verschieden ist. Um die Berichterstattung möglichst einfach zu halten, wurde jeweils der höchste und niedrigste Übernachtungspreis erfragt, außerdem der häufigste Preis, d. h. derjenige Preis, zu dem die meisten Betten im Betrieb angeboten werden. Die im folgenden aufgeführten häufigsten Übernachtungspreise stellen jeweils das arithmetische Mittel aus den häufigsten Preisen der Betriebe der betreffenden Gruppe dar.

Vor Besprechung der Ergebnisse soll noch auf einige Probleme hingewiesen werden, die bei der statistischen Preiserhebung im Gastgewerbe mit seinen vielfältigen Betriebsformen und Leistungsangeboten auftauchen. Die Preisabstufung bei den Erhebungen 1959 bis 1961 in Hamburg läßt erkennen, daß die Gruppierung nach der Betriebsart in der vorstehend genannten Gliederung sinnvoll vorgenommen wurde. Die Grenzen zwischen den Betriebsarten sind zweifellos fließend; es bestehen auch keine allgemeinverbindlichen Definitionen über Ausstattung und Lage der Betriebe sowie das Sortiment der angebotenen Güter und Dienstleistungen für die einzelnen Leistungsgruppen. Die Eingliederung der Betriebe wird daher von Ort zu Ort verschieden vorgenommen und mangels besserer Zuordnungsmöglichkeiten häufig an der Preislage orientiert worden sein (s. Hamburg in Zahlen, 1962, Seite 11). Echte zwischenörtliche Preisvergleiche lassen sich für die Betriebsarten nicht anstellen. Hinzu kommt, daß es sich bei dem Angebot der Beherbergungsbetriebe und Gaststätten im allgemeinen nicht um genormte Leistungen handelt. So umfaßt der statistisch erfaßte Preis für die Übernachtung den Gebrauch des Zimmers, Verbrauch an Bettwäsche, Strom, Wasser, die Inanspruchnahme persönlicher Aufwartung, die Benutzung der Gemeinschaftsräume usw. Auch bei den Speisen verbirgt sich hinter dem über eine relativ grobe Warenbeschreibung ermittelten Preis eine Vielzahl von Abstufungsmöglichkeiten, die sich aus Gewicht, Qualität, Art der Zubereitung und Beilagen, Form der Bedienung, Art und Herrichtung der Gasträume usw. ergeben. Dadurch wird vor allem ein exakter zeitlicher Preisvergleich, der absolut gleiche Leistungen voraussetzt, schwierig. Es kann wohl unterstellt werden, daß sich der allmähliche Übergang zu besserer Ausstattung der Betriebe und die laufende Anpassung des Angebotes an die Ansprüche der Gäste aus den erhobenen Preisen nicht ausschalten ließen.

Preise für Übernachtung und Frühstück

In der Übersicht „Preise für Übernachtung und Frühstück im Beherbergungsgewerbe im August 1959, 1960 und 1961“ (siehe Seite 19) sind die im August 1959, 1960 und 1961 erhobenen Übernachtungspreise für Ein- und Zweibett-Zimmer angegeben, und zwar jeweils die häufigsten, niedrigsten und höchsten Preise in den einzelnen Betriebsarten. Sie beziehen sich auf Zimmer ohne Bad und Garagenbenutzung. Die Angaben beruhen auf 646 Preisnotierungen und stellen ungewogene Durchschnittspreise (arithmetische Mittelwerte) dar. Im August 1961 galt bei den in die Erhebung einbezogenen Hamburger Beherbergungsbetrieben für das Einbett-Zimmer je nach Art des Betriebes und der Zimmer-

ausstattung ein Übernachtungspreis zwischen 4,40 DM und 30,- DM; für die am häufigsten angebotenen Einzelzimmer wurde ein Durchschnittspreis von rund 10,- DM errechnet. Dem höchsten Preis für das Zweibett-Zimmer mit 55,- DM stand als niedrigster ein Zimmerpreis von 8,80 DM gegenüber; der Durchschnitt aller häufigsten Preise für Doppelzimmer betrug im August 1961 rd. 19,- DM.

Die Abstufung der festgestellten Preise nach den Leistungsgruppen der Betriebe entsprach den Erwartungen; allerdings ist der Unterschied der Preise zwischen den guten und den mittleren Hotels ziemlich groß. Die Preisunterschiede zwischen mittleren und den einfachen Hotels oder Gasthöfen waren dagegen erheblich geringer. Die Preise für Übernachtung in den mittleren Hotels und in den Hotel-Pensionen lagen in Hamburg sowohl bei den extremen als auch bei den häufigsten Preisen nahezu auf gleicher Ebene.

Zur Darstellung der Preisstruktur kann man zunächst die häufigsten Preise zwischen den Betriebsarten vergleichen. Der Preis für eine Übernachtung ist in den mittleren Hotels und in den Hotel-Pensionen um rd. 40 vH, in den einfachen Hotels und den Gasthöfen um rd. 50 vH niedriger als in den guten Hotels. Bei den Einbett-Zimmern sind die Preisunterschiede etwas ausgeprägter als bei den Zweibett-Zimmern.

Preisstreuung für Übernachtungen im August 1961 nach Betriebsarten
Gute Hotels = 100

Betriebsarten	Übernachtung im	
	Einbett-Zimmer	Zweibett-Zimmer
Gute Hotels		
häufigster Preis	100	100
Mittlere Hotels		
häufigster Preis	61	69
Einfache Hotels oder Gasthöfe		
häufigster Preis	48	53
Hotel-Pensionen		
häufigster Preis	60	67

Einen Überblick über die Preisstreuung innerhalb der einzelnen Betriebsarten gibt folgende Tabelle, in der niedrigste und höchste Preise in Relation zu den häufigsten Preisen jeder Betriebsart gesetzt sind. Danach war z. B. in guten Hotels der Abstand vom häufigsten zum niedrigsten Preis besonders ausgeprägt. Bei den mittleren Hotels wiederum lag der höchste Preis beträchtlich über dem häufigsten Preisdurchschnitt; am geringsten waren die Preisspannen bei den einfachen Hotels oder Gasthöfen.

In den vorstehend genannten Übernachtungspreisen waren Zuschläge für Bedienung nicht enthalten. Die guten Hotels berechneten allgemein ein Bedienungsgeld in Höhe von 15 % des reinen Übernachtungspreises, und auch die mittleren Hotels forderten überwiegend diesen Satz. Bei den übrigen Betriebsarten errechneten sich Zuschläge zwischen 10 und 12 %, weil hier z. T. 15 %, z. T. 10 % üblich waren. Vereinzelt wurde auch in einfachen Hotels, Gasthöfen und Hotel-Pensionen auf den Zuschlag verzichtet, wenn der Betrieb vom Inhaber ohne Zuhilfenahme weiteren Bedienungspersonals geführt wird. Von den Hamburger Berichtsfirmen nahmen

63 vH einen Zuschlag zum Übernachtungspreis von 15 %, 31 vH berechneten 10 %, und 6 vH brachten keine Zuschläge in Ansatz.

Meßziffern der niedrigsten und höchsten Preise für Übernachtungen im August 1961
 — Häufigster Preis je Betriebsart = 100 —

Betriebsarten	Übernachtung im	
	Einbett-Zimmer	Zweibett-Zimmer
Gute Hotels		
niedrigster Preis	59	68
höchster Preis	197	209
Mittlere Hotels		
niedrigster Preis	65	60
höchster Preis	183	175
Einfache Hotels oder Gasthöfe		
niedrigster Preis	60	62
höchster Preis	137	155
Hotel-Pensionen		
niedrigster Preis	66	57
höchster Preis	274	171

Mit der Übernachtung wird in der Regel die Abgabe eines Frühstücks angeboten. Im August 1961 kostete das Frühstück in den guten Hotels — ohne Bedienungszuschlag — 2,80 DM, in den einfachen Hotels 2,33 DM; dazwischen liegen die Preise der mittleren Hotels und der Hotel-Pensionen ebenfalls wieder nahe beisammen. Das Preisgefälle bei den Betriebsarten ist ebenfalls vorhanden, die Preisunterschiede halten sich jedoch — im Vergleich zu den Übernachtungspreisen — in weit engerem Rahmen.

Preise für Speisen und Getränke

In der Übersicht „Durchschnittliche Preise für Speisen“ auf Seite 19/20 sind die durchschnittlichen Preise für ausgewählte Speisen, in der Übersicht „Durchschnittliche Preise für Getränke“ auf Seite 20 diejenigen für Getränke im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe nach dem Stand vom August 1959, 1960 und 1961 angegeben. Für die Berechnung der Durchschnittspreise von Suppe und sechs Standardgerichten — ausschließlich Bedienungsgeld — standen 378 Preisangaben zur Verfügung, die in guten, mittleren und einfachen Hotels, außerdem in gut bürgerlichen und in einfachen Gaststätten gewonnen wurden. Die Ergebnisse zeigen eine deutliche Preisabstufung zwischen den verschiedenen Betriebsarten. Die gut bürgerlichen Gaststätten tendieren in der Preisgestaltung etwas zu den mittleren Hotels, während die einfachen Gaststätten wiederum niedrigere Preise haben als die einfachen Hotels oder Gasthöfe. In der folgenden Tabelle sei dies noch am Beispiel von vier Gerichten dargestellt.

Demnach ist die Preisspanne zwischen den guten Hotels und den einfachen Gaststätten beim Fischgericht am höchsten, bei den Spiegeleiern mit Beilage am niedrigsten. Diese beiden Beispiele machen vielleicht besonders deutlich, daß — wie eingangs bereits erwähnt — die Leistungen gleicher Art im einzelnen doch beträchtliche Unterschiede aufweisen können und so die festgestellten Preisunterschiede begründen; die Eierspeise läßt die geringste Variation der Leistungen zu, und die Preisunterschiede sind hier am geringsten. Im Gegensatz hierzu steht das Fischgericht.

Der Bedienungszuschlag betrug im allgemeinen 10 %; soweit er bei den einfachen Hotels oder Gasthöfen und bei den einfachen Gaststätten niedriger lag (rd. 9 %), beruht dies darauf, daß z. T. Betriebsinhaber oder Familienangehörige bedienen.

Preise und Meßziffern für vier Standardgerichte im August 1961.

Durchschnitt der guten Hotels = 100

Betriebsarten	Wiener Schnitzel mit Gemüse oder Salatbeilage u. Salzkartoffeln		Schweinekotelett mit Gemüse oder Salatbeilage f. u. Salzkartoffeln	
	DM	Meßziffern	DM	Meßziffern
Gute Hotels	5,81	100	4,79	100
Mittlere Hotels	5,13	88	4,25	89
Einfache Hotels oder Gasthöfe	4,73	81	4,17	87
Gut bürgerliche Gaststätten	4,79	82	3,94	82
Einfache Gaststätten	3,97	68	3,16	66

Betriebsarten	2 Spiegeleier mit Beilage		Kabeljau, gekocht oder gebraten mit Kartoffeln	
	DM	Meßziffern	DM	Meßziffern
Gute Hotels	2,30	100	3,88	100
Mittlere Hotels	1,99	87	3,85	99
Einfache Hotels oder Gasthöfe	1,68	73	2,77	71
Gut bürgerliche Gaststätten	1,91	83	3,05	79
Einfache Gaststätten	1,69	73	2,28	59

Die Getränkepreise (706 Preisnotierungen) für Bohnenkaffee, Bier, Branntwein, Wein, Sekt und Apfelsaft (vgl. Übersicht „Durchschnittliche Preise für Getränke“) variieren bei den Betriebsarten z. T. erheblich; sie entsprechen nicht für alle Getränkesorten dem bei Speisen festgestellten Preisgefälle. Auch hier ist wiederum die Einschränkung zu machen, daß Qualitätsunterschiede der angebotenen Leistungen — im Rahmen der einheitlichen Leistungsbeschreibung — den Preisvergleich beeinträchtigen. In den Hamburger Preisen ist keine Getränkesteuer enthalten, was bei regionalen Vergleichen zu berücksichtigen ist. Eine Tasse Bohnenkaffee mit Milch und Zucker kostete im August 1961 in den guten Hotels 74 Pf, der niedrigste Durchschnittspreis wurde für die einfachen Gaststätten mit 60 Pf ausgewiesen. Flaschenbier und Markenweinbrand hatten geringe, Bier vom Faß und offener Ausschankwein dagegen relativ große Preisunterschiede. Auch die Preise für Flaschenweine differierten sehr stark. In guten und mittleren Hotels sowie in Cafés kostete die Flasche Wein der unteren Preislage im August 1961 im Durchschnitt 7 bis 8 DM, in den gut bürgerlichen Gaststätten und einfachen Hotels etwa 6 DM und in einfachen Gaststätten rd. 5 DM. Schaumwein (Markensekt) lag in den Cafés mit 16 DM je Flasche um rd. 1 DM höher als in guten Hotels, in den einfachen Hotels und Gasthöfen wurde eine Flasche schon um rd. 13 DM angeboten. Bei Apfelsaft kann eine Aussage über das Ausmaß der Preisunterschiede nicht gemacht werden, da dieser z. T. lose, z. T. in Flaschen verkauft wird.

Die Bedienungszuschläge für Getränke errechnen sich im August 1961 bei einfachen Gaststätten durch-

schnittlich auf 4,2%, bei Cafés und einfachen Hotels auf 6-7%, während sie bei den übrigen Betriebsarten rd. 10% ausmachten. Auch hier gehen die Unterschiede auf den Umstand zurück, daß die Inhaber der Betriebe oder deren Angehörige die Gäste bedienen und keinen Bedienungszuschlag berechneten.

**Preise im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe
(ohne Bedienungszuschlag)
im August 1938, 1950, 1959, 1960 und 1961**
Durchschnittspreise in RM/DM

Leistungen	1938	1950	1959	1960	1961
Übernachtung					
Einbett-Zimmer, häufigster Preis	3,38	5,09	8,92	9,35	9,97
Zweibett-Zimmer, häufigster Preis		9,00	16,94	17,87	18,84
Frühstück	1,13	2,00	2,43	2,46	2,52
Speisen					
Tagessuppe	0,43	0,56	0,65	0,68	0,71
Wiener Schnitzel ¹⁾	2,19	2,71	4,62	4,83	5,01
Schweinekotelett ¹⁾	1,54	2,46	3,77	3,95	4,13
Rumpsteak ¹⁾	2,09	2,74	4,99	5,21	5,47
Rindergulasch ¹⁾	1,75	2,19	3,32	3,57	3,86
2 Spiegeleier mit Beilage	1,06	1,63	1,70	1,83	1,94
Kabeljau, gekocht oder gebraten mit Kartoffeln	1,18	1,51	2,91	3,09	3,21
Getränke					
1 Tasse Bohnenkaffee	0,28	0,69	0,65	0,67	0,68
¹ / ₄ l Bier vom Faß	0,32	0,54	0,50	0,51	0,51
2 cl deutscher Markenweinbrand	0,43	0,79	1,00	1,02	1,03
2 cl Brantwein	0,24	0,51	0,57	0,58	0,60
¹ / ₄ l weißer Ausschankwein	0,63	1,37	1,65	1,68	1,72
1 Fl. Weißwein (0,7 l)	2,74	5,09	6,51	6,77	6,71

¹⁾ mit Gemüse oder Salatbeilage und Salzkartoffeln.

Veränderung der Preise seit 1959 und Preisstand 1938 und 1950

Unter den erwähnten Vorbehalten hinsichtlich der zeitlichen und betrieblichen Vergleichbarkeit der Preisreihen bei gleichem Firmenkreis und unveränderter Leistungsbeschreibung können einige Anhaltspunkte über die Preisentwicklung vom August 1959 bis 1961 gegeben werden. Die ungewogenen arithmetischen Mittelwerte der Preisangaben aller Betriebe lassen erkennen, daß in den beiden letzten Jahren bei den Übernachtungspreisen jeweils eine Erhöhung um rd. 6 vH, bei den Frühstückspreisen um rd. 2 vH eingetreten ist. Die verabreichten Speisen waren im allgemeinen um etwa 4-5 vH teurer als im Vorjahr, die Preise für Gulasch und Spiegeleier verzeichneten allerdings größere Steigerungen. Die Veränderung der Getränkepreise hielt sich in engeren Grenzen; hier betrug die Zunahme im allgemeinen 2-3 vH je Jahr.

Die 1950 für dieses Jahr und für 1938 erhobenen Preise im Gastgewerbe sollen hier ebenfalls angegeben werden, um eine Vorstellung über die damalige Preisstruktur zu vermitteln. Diese Zahlen wurden auf verhältnismäßig schmaler Berichtsbasis ermittelt, für das Jahr 1938 konnten Unterlagen der Preisbildungsstelle ausgewertet werden. Eine Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen 1959-1961 ist nicht gegeben, weil 1950 andere Firmen einbezogen waren und die Struktur und das Leistungsangebot der Branche sich inzwischen erheblich verändert haben.

Abschließend sei erwähnt, daß nach Vorliegen von Ergebnissen der Handels- und Gaststättenzählung 1960 die Berechnung von Indexziffern der Preise im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe beabsichtigt ist. Aus der Ergänzungserhebung zur Gaststättenzählung wird für das Geschäftsjahr 1959 ein Teil der für die Berechnung dieses Index erforderlichen Wägungsunterlagen gewonnen.

Werner Matti

Zum Aufsatz: „Preise im Hamburger Beherbergungs- und Gaststättengewerbe“

Preise für Übernachtung und Frühstück im Beherbergungsgewerbe im August 1959, 1960 und 1961 – in DM –

Leistungen	August 1959	August 1960	August 1961	August 1959	August 1960	August 1961
Übernachtungspreis¹⁾ je Zimmer ohne Bad, Garage und Heizung	Gute Hotels			Einfache Hotels oder Gasthöfe		
Einbett-Zimmer						
häufigster Preis	13,09	14,03	15,21	6,64	7,01	7,32
niedrigster Preis	6,50	8,00	9,00	4,00	2,50	4,40
höchster Preis	26,00	28,00	30,00	10,00	10,00	10,00
Bedienungszuschlag beim häufigsten Preis in DM	1,96	2,10	2,28	0,70	0,78	0,83
in vH	15,0 %	15,0 %	15,0 %	10,5 %	11,1 %	11,3 %
Zweibett-Zimmer						
häufigster Preis	24,18	25,30	26,30	12,97	13,44	14,15
niedrigster Preis	18,00	16,00	18,00	8,00	5,00	8,80
höchster Preis	48,00	60,00	55,00	24,00	20,00	22,00
Bedienungszuschlag beim häufigsten Preis in DM	3,63	3,79	3,94	1,37	1,50	1,63
in vH	15,0 %	15,0 %	15,0 %	10,6 %	11,2 %	11,5 %
Frühstück¹⁾ bestehend aus 1 Kännchen Bohnenkaffee mit Milch und Zucker, Brot oder Brötchen mit Butter und Marmelade	2,79	2,78	2,80	2,21	2,25	2,33
Bedienungszuschlag	11,5 %	11,8 %	11,5 %	7,0 %	7,5 %	8,5 %
Übernachtungspreis¹⁾ je Zimmer ohne Bad, Garage und Heizung	Mittlere Hotels			Hotel-Pensionen		
Einbett-Zimmer						
häufigster Preis	8,42	8,76	9,27	8,33	8,53	9,12
niedrigster Preis	5,00	5,50	6,00	5,00	5,00	6,00
höchster Preis	14,00	18,00	17,00	20,00	18,00	25,00
Bedienungszuschlag beim häufigsten Preis in DM	1,14	1,22	1,27	0,89	1,03	1,04
in vH	13,5 %	13,9 %	13,7 %	10,7 %	12,1 %	11,4 %
Zweibett-Zimmer						
häufigster Preis	16,50	17,28	18,29	15,05	16,43	17,55
niedrigster Preis	10,00	11,00	11,00	10,00	10,00	10,00
höchster Preis	24,00	30,00	32,00	31,00	30,00	30,00
Bedienungszuschlag beim häufigsten Preis in DM	2,22	2,38	2,50	1,59	1,98	2,01
in vH	13,5 %	13,8 %	13,7 %	10,6 %	12,1 %	11,5 %
Frühstück¹⁾ bestehend aus 1 Kännchen Bohnenkaffee mit Milch und Zucker, Brot oder Brötchen mit Butter und Marmelade	2,40	2,45	2,54	2,38	2,42	2,45
Bedienungszuschlag	10,0 %	10,2 %	9,8 %	10,3 %	10,0 %	10,0 %

¹⁾ Ohne Bedienungszuschlag.

Durchschnittliche Preise für Speisen im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe im August 1959, 1960 und 1961 – in DM ¹⁾ –

Leistungen Einzelgerichte	August 1959	August 1960	August 1961	August 1959	August 1960	August 1961
	Gute Hotels			Gut bürgerliche Gaststätten		
Tagessuppe	0,75	0,80	0,81	0,55	0,56	0,60
Wiener Schnitzel	5,34	5,72	5,81	4,44	4,57	4,79
Schweinekotelett	4,60	4,79	4,79	3,53	3,76	3,94
Rumpsteak	5,73	6,27	6,23	4,81	5,06	5,20
Rindergulasch	3,90	4,31	4,46	3,24	3,31	3,57
2 Spiegeleier mit Beilage	2,05	2,14	2,30	1,74	1,85	1,91
Kabeljau (oder ähnl. Seefisch), gekocht mit Sauce und Kartoffeln	3,69	3,75	3,88	2,67	3,03	3,05
Bedienungszuschlag	10 %	10 %	10 %	10 %	10 %	10 %

¹⁾ Ohne Bedienungszuschlag.

**Noch: Durchschnittliche Preise für Speisen im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe
im August 1959, 1960 und 1961 - in DM ¹⁾ -**

Leistungen Einzelgerichte	August 1959	August 1960	August 1961	August 1959	August 1960	August 1961
	Mittlere Hotels			Einfache Gaststätten		
Tagessuppe	0,74	0,80	0,83	0,58	0,59	0,61
Wiener Schnitzel	4,90	4,94	5,13	3,30	3,55	3,97
Schweinekotelett	3,91	3,99	4,25	2,84	2,81	3,16
Rumpsteak	5,06	5,06	5,42	3,61	3,45	4,04
Rindergulasch	3,56	3,84	4,39	2,34	2,55	2,58
2 Spiegeleier mit Beilage	1,47	1,84	1,99	1,56	1,56	1,69
Kabeljau (oder ähnl. Seefisch), gekocht mit Sauce und Kartoffeln	3,40	3,45	3,85	2,02	2,23	2,28
Bedienungszuschlag	10 %	10 %	10 %	7,5 %	7,5 %	7,5 %
	Einfache Hotels oder Gasthöfe			Alle Betriebsarten ²⁾ zusammen		
Tagessuppe	0,62	0,63	0,66	0,65	0,68	0,71
Wiener Schnitzel	4,35	4,69	4,73	4,62	4,83	5,01
Schweinekotelett	3,59	3,98	4,17	3,77	3,95	4,13
Rumpsteak	4,85	4,99	5,72	4,99	5,21	5,47
Rindergulasch	3,04	3,39	3,84	3,32	3,57	3,86
2 Spiegeleier mit Beilage	1,70	1,63	1,68	1,70	1,83	1,94
Kabeljau (oder ähnl. Seefisch), gekocht mit Sauce und Kartoffeln	2,67	2,72	2,77	2,91	3,09	3,21
Bedienungszuschlag	9 %	9 %	9 %	9,5 %	9,5 %	9,5 %

¹⁾ Ohne Bedienungszuschlag.

²⁾ Arithmetisches Mittel aus sämtlichen Einzelpreisen.

**Durchschnittliche Preise für Getränke im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe
im August 1959, 1960 und 1961 - in DM ¹⁾ -**

Leistungen Getränke	August 1959	August 1960	August 1961	August 1959	August 1960	August 1961
	Gute Hotels			Gut bürgerliche Gaststätten		
1 Tasse Bohnenkaffee mit Milch u. Zucker	0,74	0,74	0,74	0,65	0,66	0,67
1/4 l Bier vom Faß	0,71	0,73	0,72	0,49	0,50	0,50
1/4 l Flaschenbier	0,78	0,81	0,80	0,71	0,71	0,73
2 cl Markenweinbrand	1,08	1,10	1,11	0,99	1,00	1,01
2 cl Branntwein	0,73	0,73	0,73	0,58	0,56	0,58
1/4 l weißer Ausschankwein	2,03	2,01	2,14	1,57	1,65	1,63
1 Flasche Weißwein	7,44	7,31	7,23	5,85	6,49	6,34
1 Flasche Sekt	13,95	15,00	15,05	14,50	15,00	15,13
1/4 l Apfelsaft	0,93	0,90	0,89	0,73	0,75	0,75
Bedienungszuschlag	10,3 %	10,0 %	10,0 %	9,5 %	9,5 %	9,5 %
	Mittlere Hotels			Einfache Gaststätten		
1 Tasse Bohnenkaffee mit Milch u. Zucker	0,68	0,70	0,70	0,56	0,57	0,60
1/4 l Bier vom Faß	0,57	0,56	0,56	0,45	0,46	0,47
1/4 l Flaschenbier	0,78	0,77	0,76	0,65	0,63	0,61
2 cl Markenweinbrand	1,06	1,09	1,10	0,93	0,95	0,95
2 cl Branntwein	0,59	0,61	0,62	0,50	0,50	0,55
1/4 l weißer Ausschankwein	1,89	1,98	1,96	1,30	1,28	1,34
1 Flasche Weißwein	6,84	7,44	7,68	5,52	5,24	5,10
1 Flasche Sekt	14,15	14,69	14,73	14,29	14,43	13,93
1/4 l Apfelsaft	0,78	0,76	0,75	0,61	0,62	0,63
Bedienungszuschlag	9,6 %	10,0 %	10,0 %	3,7 %	4,2 %	4,2 %
	Einfache Hotels oder Gasthöfe			Cafés		
1 Tasse Bohnenkaffee mit Milch u. Zucker	0,61	0,63	0,64	0,67	0,71	0,72
1/4 l Bier vom Faß	0,47	0,47	0,47	—	—	—
1/4 l Flaschenbier	0,62	0,64	0,64	0,69	0,70	0,71
2 cl Markenweinbrand	0,91	0,94	0,97	1,06	1,07	1,08
2 cl Branntwein	0,54	0,58	0,62	0,72	0,72	0,72
1/4 l weißer Ausschankwein	1,27	1,33	1,29	1,98	1,97	2,12
1 Flasche Weißwein	6,07	6,10	5,84	7,56	7,63	7,75
1 Flasche Sekt	12,70	13,30	12,95	13,88	14,63	16,00
1/4 l Apfelsaft	0,65	0,64	0,66	0,82	0,81	0,79
Bedienungszuschlag	7,6 %	7,1 %	7,1 %	6,0 %	6,0 %	6,0 %

¹⁾ Ohne Bedienungszuschlag und Getränkesteuer (letztere wird in Hamburg nicht erhoben).

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1960	November 1961	Oktober 1961
	1938	1950	1960			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte ¹⁾						
Luftdruck, mm	761,7	758,8	758,3	752,4 ⁴⁾	759,9 ⁴⁾	760,0 ⁴⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	8,6	7,0	5,1	12,0
Relative Luftfeuchtigkeit, vH	82	82	81	84	86	79
Windstärke ²⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung ³⁾	6,7	7,2	7,3	8	7	6
2. Summenwerte						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	908,2	99	69	50
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 457,6	47	48	106
Tage ohne Sonnenschein	88	76	113	12	11	6
Tage mit Niederschlägen	160	221	221	29	23	18
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000)						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	295,4	295,8	.	294,8 p
Altona	220,3	272,7	273,0	273,9	.	273,0 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	262,5	262,7	.	261,6 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	433,4	432,2	.	428,9 p
Wandsbek	166,7	221,9	290,4	295,3	.	309,6 p
Bergedorf	52,6	82,4	78,0	78,2	.	78,5 p
Harburg	135,7	172,4	197,0	198,9	.	201,9 p
* Hamburg insgesamt ^{5) 6)}	1 679,7	1 602,5	1 829,7	1 837,0	.	1 848,3 p
davon männlich	788,8	750,3	846,1	850,6	.	857,4 p
weiblich	890,9	852,2	983,6	986,4	.	990,9 p
dar. Ausländer ⁷⁾	.	19,9	30,5	34,0	41,5	41,2
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 535	1 301	1 275	1 346
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	10,0	8,6	8,4	8,6
* Ehescheidungen	266	434	283	344	355	319
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern darunter unehelich	2 346 209	1 448 154	2 023 168	1 790 135	1 941 143	2 095 156
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	13,2	11,9	12,8	13,4
Unehelich Geborene vH der Geborenen	9,1	10,8	8,4	7,5	7,5	7,4
Totgeborene vH der Geborenen	2,1	1,9	1,3	1,6	1,7	1,4
* Gestorbene Ortsansässige darunter unter 1 Jahr alt	1 702 118	1 389 64	1 949 52	1 926 54	1 986 49	1 899 36
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 089	1 081	1 178	1 079
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	12,7	12,8	13,1	12,1
* Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	50,6	43,5	25,6	29,6	24,4	16,8
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 74	- 136	- 45	+ 196
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	6 602	7 144	.	6 671
* Fortgezogene Personen nach außerhalb Hamburgs	7 788	2 174	5 559	5 644	.	5 646
* Wanderungsgewinn	338	5 487	1 043	1 500	.	1 025
davon männlich	.	2 533	691	905	.	812
weiblich	.	2 954	352	595	.	213
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	14 912	14 634	16 670	15 732
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	.	2 668	1 590	1 707	.	1 510
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾	.	1 311	769	807	.	797
Niedersachsen	.	1 854	1 293	1 461	.	1 095
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	.	567	266	315	.	267
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	1 214 ¹¹⁾	2 158	2 350	.	2 389
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	1 072	440	483	.	310
Ausland	.	485	1 054	1 095	.	1 269
Unbekannt	.	368	67	48	.	98
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	.	718	1 770	1 888	.	1 636
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾	.	457	1 104	1 236	.	1 088
Niedersachsen	.	449	1 073	1 012	.	1 072
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	.	131	310	263	.	382
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	764 ¹¹⁾	1 963	1 947	.	2 097
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	89	63	62	.	43
Ausland	.	142	632	701	.	753
Unbekannt	.	12	58	34	.	45

¹⁾ Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ 1. bis 12 nach der Beaufortskala. — ³⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — ⁴⁾ Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ⁵⁾ Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählung vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. — ⁶⁾ Am Monatsende nach der Fortschreibung im Anschluß an die Wohnungszählung vom 25. 9. 1956 (ohne Schiffsbevölkerung). — ⁷⁾ Nach den Angaben der Polizei Hamburg. — ⁸⁾ Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1960	November 1961	Oktober 1961
	1938	1950	1960			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	9 464	12 742	11 867	11 870	11 800	11 800
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	312 450	316 081	304 200	322 355
Bettenausnutzung in vH ²⁾	77,1	86,8	90,4	93,5	88,5	91,1
b) Gemeinnützige Krankenanstalten ³⁾						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	4 339	4 690	4 643	4 633	4 672	4 672
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	124 271	129 939	127 393	131 890
Bettenausnutzung in vH ²⁾	74,5	88,6	87,9	93,7	91,0	91,1
c) Privatkanenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	.	409	531	530	570	570
Krankenverpflegungstage	.	8 983	13 613	15 631	14 901	14 518
Bettenausnutzung in vH ²⁾	.	60,1	84,4	98,4	87,1	82,6
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	189	2 260	982	982	982	982
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	24 652	23 663	23 476	23 783
Bettenausnutzung in vH ²⁾	81,8	91,5	82,4	80,3	79,7	78,1
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	833	1 645	1 201	1 173	1 136	1 136
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	31 079	30 806	28 920	29 289
Bettenausnutzung in vH ²⁾	93,5	97,4	85,7	88,1	87,2	85,4
3. Anstalten für Geisteskranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 649	1 649	1 719	1 719
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	46 449	46 720	47 544	48 831
Bettenausnutzung in vH ²⁾	98,0	75,1	96,1	97,6	95,8	95,2
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 302	1 302	1 302	1 302
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	39 203	38 731	38 678	39 975
Bettenausnutzung in vH ²⁾	99,7	98,8	98,7	99,1	99,0	99,0
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 220	1 220	1 280	1 280
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 784	37 790	38 009	38 627
Bettenausnutzung in vH ²⁾	—	68,4	100	100	99,0	97,4
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 949	1 935	1 986	1 899
darunter						
Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	23	19	.	28
Krebs	240	285	382	415	.	390
Gehirnblutungen	136	172	253	231	.	235
Herzkrankheiten	232	269	432	390	.	408
Lungenentzündung	103	47	56	35	.	39
Freitod	62	50	46	52	.	37
Verkehrsunfälle	22	20	31	37	.	51
Andere Verunglückungen	48	41	59	59	.	49
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	176	174	164	164
Plätze	66 691	47 891	93 753	93 123	87 395	88 191
Besucher	1 931 580	1 854 754	2 245 196	1 990 540	1 724 255	1 797 994
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer ⁴⁾	361 531	407 741	617 442	619 709	629 020	627 486
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	211 301	227 278	275 869	271 037
Öffentliche Fürsorge						
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung⁵⁾						
Mitglieder						
Pflichtmitglieder	452 518	694 658	697 552	704 036	701 730	701 244
Rentner	.	486 742	468 170	472 841	468 210	468 209
Freiwillige Mitglieder	64 028	171 139	171 452	172 118	170 820	170 575
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	36 777	57 930	59 077	62 700	62 460
männlich	9 091	15 825	31 194	33 491	37 755	34 743
weiblich	6 450	10 123	21 012	22 728	25 552	23 264
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger	.	153 175	289 292	291 885	297 098	296 175
Rentenversicherung der Arbeiter	.	106 248	190 720	192 033	195 657	195 243
Rentenversicherung der Angestellten	.	46 927	98 572	99 852	101 441	100 932
Ausgezählte Renten	.	28 880 000	55 940 388	53 518 490	57 860 663	57 640 789
Rentenversicherung der Arbeiter	.	18 350 000	32 434 339	30 845 710	33 180 193	33 083 867
Rentenversicherung der Angestellten	.	10 530 000	23 506 049	22 672 780	24 680 470	24 556 922
Offene Fürsorge						
Laufend unterstützte Parteien	.	25 040	22 230	22 029	21 796	21 812
Laufend unterstützte Personen	.	40 214	31 031	30 578	29 999	30 026
Laufend unterstützte Personen auf 1000 Einwohner	.					
		25,3	17,0	16,7	16,2	16,3

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkanenanstalten. — 4) 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1960	November 1961	Oktober 1961
	1938	1950	1960			
Arbeitsmarkt						
1. Umfang der Beschäftigung						
* Beschäftigte Arbeitnehmer am Monatsende 1)	638 856 ²)	580 940	813 163	819 853 ²)	843 059 ²)	843 059 ²)
davon						
* männlich	428 675	384 486	493 699	498 185	506 720	506 720
weiblich	210 181	196 454	319 464	321 668	336 339	336 339
2. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	5 889	5 292	4 593	4 545
davon						
* männlich	23 937	56 428	3 639	3 325	3 010	2 847
weiblich	5 971	34 403	2 250	1 967	1 583	1 698
Hauptbetragsempfänger ²)			4 092	3 180	3 033	2 845
davon						
aus der Arbeitslosenversicherung (Alg)			3 245	2 623	2 519	2 406
aus der Arbeitslosenhilfe (Alh)			847	557	514	439
Stellenvermittlung in Dauerbeschäftigung ³)	16 088	21 006	8 719	8 387	7 363	7 732
davon						
männlich	11 107	13 007	5 749	5 498	4 975	5 236
weiblich	4 981	7 999	2 970	2 889	2 388	2 496
Stellenvermittlung in kurzfristige Beschäftigung	9 175	24 625	21 295	9 354	6 107	4 548
davon						
männlich	7 544	23 585	20 496	8 704	5 431	3 719
weiblich	1 631	1 040	799	650	676	829
Arbeitsuchende am Monatsende ⁴)	35 944	94 886	10 948	9 873	8 512	8 405
davon						
männlich	28 215	59 355	7 263	6 515	5 792	5 454
weiblich	7 729	35 531	3 685	3 358	2 720	2 951
3. Die Arbeitslosen ⁵)						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	5 889	5 292	4 593	4 545
darunter						
Bauberufe	..	6 710 ⁶)	169	81	100	58
Metallerzeuger und -verarbeiter	..	6 766 ⁶)	177	145	117	101
Elektriker	..	1 627 ⁶)	20	21	25	35
Chemiewerker	..	1 879 ⁶)	107	93	79	73
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	..	1 596 ⁶)	32	33	25	26
Graphische Berufe	..	690 ⁶)	70	59	49	53
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	..	1 180 ⁶)	23	11	11	13
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	..	6 623 ⁶)	185	203	128	127
Kaufmännische Berufe	..	8 598 ⁶)	1 235	987	888	927
Verkehrsberufe	..	8 787 ⁶)	706	736	603	591
Verwaltungs- und Büroberufe	..	5 807 ⁶)	1 023	983	852	890
Künstlerische Berufe	..	2 260 ⁶)	398	412	411	361
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude	..	469	606	909	257	279
* Umbauter Raum in 1000 cbm	..	642	709	720	429	455
* Wohnungen	..	2 540	2 328	2 511	1 402	1 495
Bruttowohnfläche in 1000 qm	..	128	145	149	89	95
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	..	22 029	58 991	63 689	42 398	42 389
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude	..	185	127	174	170	148
* Umbauter Raum in 1000 cbm	..	233	334	409	318	368
* Wohnungen	..	20	24	20	8	14
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	..	6 403	27 332	43 785	27 689	33 671
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	..	516	535	502	317	380
Umbauter Raum in 1000 cbm	641	713	520	462
Wohnungen	..	2 206	2 130	2 430	1 782	1 500
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	52 866	59 094	48 052	44 659
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	..	237	115	182	158	163
Umbauter Raum in 1000 cbm	322	311	395	368
Wohnungen	32	51	9	15
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	26 094	25 206	36 601	28 553
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	504	739	704	832
Umbauter Raum in 1000 cbm	..	482	535	675	737	861
Wohnungen	..	2 096	1 716	2 098	2 429	2 324
Bruttowohnfläche in 1000 qm	..	107	108	136	155	155
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	..	19 250	41 683	54 610	60 465	61 266
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	123	183	140	133
Umbauter Raum in 1000 cbm	..	144	365	503	420	215
Wohnungen	..	26	26	41	27	10
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	..	3 069	23 835	29 723	41 306	19 602

1) Wird vierteljährlich ausgezählt. — ²) Zahlfälle. — ³) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ⁴) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵) Einschließlich Heimarbeiter. — ⁶) Juni 1938. — ⁷) Durchschnitt aus April—Dezember 1950. — ⁸) September 1960. — ⁹) September 1961.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1960	November 1961	Oktober 1961
	1938	1950	1960			
Nach: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt ¹⁾	706	2 122	1 742	2 139	2 456	2 334
darunter						
mit öffentlichen Mitteln gefördert	.	1 526	1 259	1 620	2 104	1 970
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	.	6 575	6 554	8 096	9 051	9 192
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes) ²⁾						
Im Bau befindliche Wohnungen	.	17 089	24 717	28 000	26 400	27 100
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	.	8 412	9 695	10 400	8 600	8 900
5. Bestand an normalen Wohngebäuden und Wohnungen³⁾ (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden	.	122	179	181	187	186
Bestand an Wohnungen	.	336	570	577	598	595
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	.	1 276	2 054	2 078	2 158	2 149
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	658	775	1 047	861
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77—80 II. WoBauG.	—	830	495	671	899	851
c) für die Umschichtung	—	—	102	171	171	259
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	782	667	690	1 128
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	678	443	468	271	309
Abgang von Wohnungen (Wohnraumkartei)	—	306	144	61	294	281
7. Bauberichterstattung⁴⁾ 5)						
* Zahl der Beschäftigten	.	21 853	42 725	43 582	44 722	45 190
davon						
Inhaber	.	335	436	445	458	462
Angestellte	.	1 739	3 390	3 468	3 793	3 791
Arbeiter ⁶⁾	.	19 779	38 899	39 669	40 471	40 937
* Löhne in 1000 DM	.	6 168	25 599	28 561	33 232	34 842
* Gehälter in 1000 DM	.	731	2 881	3 026	3 904	3 499
* Umsatz in 1000 DM	.	15 950	74 335	79 385	97 956	105 594
darunter						
im Wohnungsbau in 1000 DM	.	.	24 797	27 886	34 575	36 302
im gewerbl. und industr. Bau in 1000 DM	.	.	18 006	15 996	22 099	23 067
* Geleistete Arbeitsstunden in 1000	.	3 732	6 575	7 146	7 082	7 530
darunter						
für Wohnungsbauten in 1000	.	1 498	2 210	2 481	2 394	2 663
für gewerbl. und industr. Bauten in 1000	.	1 051	1 563	1 492	1 568	1 633
Preise und Indexziffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt						
für 50 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	43,80	75,80	117,60	111,80	113,10	113,80
Kühe, sonstige vollfleischige	37,60	62,70	91,80	87,30	90,40	93,40
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	57,00	91,30	167,50	187,20	187,50	187,40
Schweine, von 100—119,5 kg Lebendgewicht	50,90	117,50	123,40	131,70	129,10	129,80
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	40,70	61,90	97,40	90,10	97,80	101,80
2. Durchschnittspreise für Fleisch⁷⁾						
I. Qualität für 50 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	76,50	131,50	206,80	201,60	204,80	205,90
Kalbfleisch, beste Qualität	94,70	174,50	297,90	328,80	327,50	323,10
Hammelfleisch, beste Qualität	92,80	127,00	223,10	212,50	229,30	233,80
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	70,40	178,50	166,00	178,10	176,40	179,00
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbrauchergruppe — Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	132,6	129,8	136,1	134,6
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	83,1	83,7	83,9	83,9
Wohnung	97,5	100	130,2	139,4	143,1	143,1
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	138,8	145,8	148,7	148,3
Hausrat	53,9	100	112,3	114,4	119,6	119,1
Bekleidung	47,9	100	105,7	106,2	107,6	107,6
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	117,2	117,6	121,0	120,8
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	138,2	140,0	147,9	147,9
Verkehr	65,0	100	137,5	143,6	144,1	144,2
Ernährung						
einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	126,1	123,7	129,2	127,9
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	124,1	123,7	128,4	127,6
Gesamtlebenshaltung	62,8	100	124,6	125,1	129,6	128,9
(1950 = 100)						
(1938 = 100)	100	159,3	198,5	199,4	206,6	205,4

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 70 Wohnungen). — 2) An Stelle des Monatsdurchschnitts wurde jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — 3) Einschl. Behelfsheime von 30 und mehr qm; Bestand 1950 nach der Wohnungszählung vom 13. 9. 1950. — 4) Betriebe ab 20 Beschäftigte. — 5) Oktober- und November-Ergebnisse nach dem neuen Berichts-kreis Oktober 1961. — 6) Einschl. Umschüler und Lehrlinge. — 7) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1960	November 1961	Oktober 1961
	1938	1950	1960			
Industrie						
einschl. öffentlicher Energieversorgung						
1. Industrie¹⁾						
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 853	1 853	1 851	1 857
* Beschäftigte insgesamt		140 867	232 431	235 403	234 946	234 428
darunter						
* Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		111 760	173 204	175 115	171 417	171 273
* Geleistete Arbeiterstunden in 1000		21 399	29 783	30 816	30 162	29 220
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	44 099	50 205	55 853	49 993
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	86 098	95 823	102 060	92 654
* Umsatzwerte in 1000 DM		333 013	1 073 469	1 095 092	1 225 988	1 164 726
* darunter nach dem Ausland in 1000 DM		12 845	138 195	127 529	130 863	122 143
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ²⁾ †		52 913	21 033	21 259	18 561	14 873
* Heizölverbrauch in t			47 144	50 754	52 488	48 118
* Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	12 849	14 747	14 839	13 118
* Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	95 471	99 674	103 809	102 485
* Gasverbrauch in 1000 cbm			6 436	6 479	7 509	6 852
2. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung in 1000 cbm		8 282	10 066	9 718	9 883	10 523
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis		20 935	33 745	36 273	41 179	32 357
* Stromerzeugung in 1000 kWh		125 855	327 367	359 027	415 282	398 319
3. Beschäftigte und Umsatz nach Industriegruppen³⁾						
Umsatz⁴⁾ in 1000 DM						
Gesamte Industrie		333 013	1 073 469	1 095 092	1 225 988	1 164 726
darunter						
Mineralölverarbeitung		32 925	222 973	176 170	195 974	180 737
NE-Metallindustrie		15 005	39 614	37 959	36 674	35 593
Chemische Industrie		25 296	74 540	75 645	76 607	82 572
Kautschuk und Asbest		13 990	36 014	41 370	41 741	40 684
Maschinenbau		16 234	56 438	65 525	69 245	71 297
Schiffbau		7 633	71 617	62 086	130 615	78 139
Elektroindustrie		10 463	105 621	132 800	141 121	133 340
Druck und Vervielfältigung		7 748	29 647	30 977	38 265	34 427
Ölmühlenindustrie		41 967	35 718	37 065	37 647	36 163
Margarineindustrie			24 302	26 220	25 856	26 224
Kaffee und Tee		4 298	49 393	53 343	64 833	57 316
Tabakverarbeitung		55 911	96 099	99 049	102 440	105 612
Beschäftigte						
Gesamte Industrie		140 867	232 431	235 403	234 946	234 428
darunter						
Mineralölverarbeitung		4 371	8 672	8 503	8 438	8 389
NE-Metallindustrie		2 509	3 084	3 086	3 029	3 043
Chemische Industrie		10 439	17 471	17 525	17 247	17 305
Kautschuk und Asbest		10 380	13 883	13 800	13 742	13 625
Maschinenbau		16 409	28 900	29 690	30 367	30 227
Schiffbau		12 559	31 818	31 779	29 444	29 485
Elektroindustrie		10 785	26 724	27 839	28 627	28 485
Druck und Vervielfältigung		6 721	11 802	11 903	12 358	12 344
Ölmühlenindustrie		4 628	2 782	2 774	2 786	2 782
Margarineindustrie			3 046	3 018	3 085	3 087
Kaffee und Tee		721	3 171	3 373	3 894	3 785
Tabakverarbeitung		2 762	3 476	3 401	3 577	3 648
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
* Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	2 134	1 560	1 642	1 659
* Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 714	1 235	1 304	1 299
* in vH der Gesamterzeugung	61,0	85,2	80,3	79,2	79,4	78,3
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	9,8	7,3	7,4	7,2
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg		10 709	11 355	10 650	10 898	11 273
davon						
lose in 1000 kg			6 148	5 415	4 780	5 004
in Flaschen in 1000 kg			5 207	5 235	6 118	6 269
Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	545	301	317	386
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	9 240	15 079	16 604	20 698
Kälber	3 884	3 699	3 431	2 958	1 761	2 522
Schweine	24 847	19 784	45 383	50 941	44 066	53 605
Schafe	4 265	5 681	4 067	4 414	3 706	4 916
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
* Rindvieh (ohne Kälber)	8 075	3 363	7 888	10 692	14 730	16 300
* Kälber	5 568	4 065	3 351	2 780	1 735	2 331
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	46 907	51 280	49 230	53 568
* darunter Hausschlachtungen		1 455	603	1 310	1 251	1 555
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ⁵⁾	6 467	3 220	6 295	7 218	8 240	9 267
darunter						
* Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	1 833	2 471	3 730	4 198
* Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 048	4 357	4 246	4 698
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
* für Rinder in kg	246,3	248,7	232,3	231,1	253,2	257,6
* für Kälber in kg	57,2	43,2	55,2	53,5	58,1	60,7
* für Schweine in kg	96,5	95,5	87,4	87,2	88,5	87,8

¹⁾ Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Arbeitskräften berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). — ²⁾ 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. — ³⁾ Betriebe ab 10 Beschäftigte. — ⁴⁾ Ohne Handelsware, einschl. Verbrauchsteuern. — ⁵⁾ Der gewerblichen Schlachtungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1960	November 1961	Oktober 1961
	1938	1950	1960			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Deichtormarkt)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	3 333	2 981	3 074	3 869
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	12 257	9 965	12 572	12 611
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 382	5 657	8 465	7 888
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	4 235	3 699	2 615	2 245
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	3 738	3 165	2 406	2 661
darunter in Hamburg angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	3 460	2 891	2 061	2 418
Handel, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Fremdenverkehr						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
* Einzelhandel aller Betriebsformen	—	..	156	170	187	171
* davon Nahrungs- und Genußmittel	—	..	149	149	167	160
darunter						
Lebensmittel aller Art	—	..	148	151	174	163
Obst, Gemüse, Südfrüchte	—	..	149	118	151	154
Fische und Fischwaren	—	..	170	188	186	182
Milch und Milchzeugnisse	—	..	137	134	145	144
Schokolade und Süßwaren	—	..	133	135	134	128
Tabakwaren	—	..	145	148	159	155
* Bekleidung, Wäsche, Schuhe	—	..	152	190	212	184
darunter						
Textilien aller Art	—	..	169	195	222	187
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	—	..	162	189	213	175
Oberbekleidung	—	..	135	179	211	200
Schuhwaren	—	..	167	177	192	175
* Hausrat und Wohnbedarf	—	..	164	193	217	198
darunter						
Eisenwaren und Küchengeräte	—	..	162	170	184	177
Porzellan und Glaswaren	—	..	168	226	237	180
Beleuchtungs- und Elektrogeräte	—	..	198	246	288	276
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel	—	..	178	208	283	228
Möbel	—	..	126	149	170	168
Teppiche, Gardinen usw.	—	..	126	152	161	144
* Sonstige Waren	—	..	168	177	185	167
darunter						
Bücher	—	..	182	208	221	175
Papier- und Schreibwaren	—	..	159	179	194	153
Galanterie- und Lederwaren	—	..	150	167	174	135
Apotheken	—	..	155	152	175	168
Drogerien	—	..	160	147	150	160
Foto und Optik	—	..	191	169	161	164
Büromaschinen und Büromöbel	—	..	140	161	185	133
Fahrräder, Krafträder und Zubehör	—	..	183	126	117	146
Kraftwagen und Zubehör	—	..	206	183	194	198
Uhren, Gold- und Silberwaren	—	..	167	212	218	160
Blumen und Sämereien	—	..	185	201	196	203
Brennmaterial	—	..	143	138	138	122
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1955 = 100)						
Gaststättenwesen insgesamt	—	—	143	139	148	152
darunter						
Hotels und Gasthöfe	—	—	117	119	126	133
Fremdenheime und Pensionen	—	—	150	147	149	163
Schank- und Speisewirtschaften mit Ausschank alkoholischer Getränke	—	—	133	130	145	146
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	101 623	83 341	88 294	106 927
* darunter Ausländer	11 283	10 303	38 212	24 724	26 023	33 361
* Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	213 882	188 809	196 197	221 864
darunter Ausländer	27 491	22 805	78 218	57 884	63 035	71 940
Bettenausnutzung vH der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	58	51	51	56
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
* Bezüge Hamburgs	.	5	9	9	7	7
* Lieferungen Hamburgs	.	3	5	5	4	2
5. Handel mit Berlin (West) 3)						
(in Mio DM)						
* Bezüge Hamburgs	.	9	88	92	84	83
* Lieferungen Hamburgs	.	37	117	134	123	117
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
* Insgesamt	.	.	174	146	.	144
* davon nach Warengruppen
* Ernährungswirtschaft	.	.	13	14	.	9

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1960	November 1961	Oktober 1961
	1938	1950	1960			
Nach: Handel, Gaststätten- und Beherbergungs- gewerbe, Fremdenverkehr						
* Gewerbliche Wirtschaft	.	.	161	132	.	135
davon	.	.			.	
Rohstoffe	.	.	2	2	.	2
Halbwaren	.	.	31	41	.	30
Fertigwaren	.	.	128	89	.	103
davon	.	.			.	
Vorerzeugnisse	.	.	12	11	.	9
Enderzeugnisse	.	.	116	78	.	94
* davon nach ausgewählten Verbrauchsgebieten	.	.			.	
Europa	.	.	89	99	.	94
darunter	.	.			.	
EWG-Länder	.	.	29	27	.	30
EFTA-Länder	.	.	42	46	.	46
Sonstige Länder	.	.	19	7	.	5
Afrika	.	.	39	27	.	18
Amerika	.	.			.	
davon	.	.			.	
Nordamerika	.	.	18	17	.	10
darunter USA	.	.	17	16	.	9
Mittelamerika	.	.	10	2	.	1
Südamerika	.	.	11	8	.	7
Asien	.	.	26	12	.	26
Australien und Ozeanien	.	.	1	1	.	1
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
Wareneinfuhr (in Mio DM)	.	301	761	734	.	722
Warengruppen:	.				.	
Ernährungswirtschaft	.	159	321	320	.	321
Gewerbliche Wirtschaft	.	141	439	413	.	400
davon	.				.	
Rohstoffe und Halbwaren	.	120	298	262	.	251
Fertigwaren	.	21	141	151	.	149
Rückwaren und Ersatzlieferungen	.	1	1	1	.	1
Ländergruppen:	.				.	
Europa	.	108	187	199	.	181
davon	.				.	
EWG-Länder	.	25	27	28	.	28
EFTA-Länder	.	60	87	94	.	79
Sonstige Länder	.	23	73	77	.	74
Außereuropa	.	193	572	533	.	537
davon	.				.	
Amerika	.	82	292	277	.	284
davon	.				.	
Nordamerika	.	44	152	159	.	154
Mittelamerika	.	8	35	30	.	33
Südamerika	.	30	105	88	.	97
Afrika	.	50	83	77	.	83
Asien	.	58	182	169	.	159
Australien und Ozeanien	.	3	15	10	.	11
Nicht ermittelte Länder und Schiffsbedarf	.	0	2	2	.	3
Warenausfuhr (in Mio DM)	.	120	766	711	.	748
Warengruppen:	.				.	
Ernährungswirtschaft	.	3	18	16	.	14
Gewerbliche Wirtschaft	.	117	747	694	.	734
davon	.				.	
Rohstoffe	.	3	10	7	.	10
Halbwaren	.	24	49	45	.	48
Fertigwaren	.	90	688	642	.	676
davon	.				.	
Vorerzeugnisse	.	20	96	86	.	84
Enderzeugnisse	.	70	592	556	.	592
Rückwaren und Ersatzlieferungen	.	0	1	1	.	
Ländergruppen:	.				.	
Europa	.	54	214	189	.	208
davon	.				.	
EWG-Länder	.	4	14	5	.	14
EFTA-Länder	.	35	100	95	.	102
Sonstige Länder	.	15	100	89	.	92
Außereuropa	.	64	547	519	.	538
davon	.				.	
Amerika	.	36	261	260	.	267
davon	.				.	
Nordamerika	.	10	128	128	.	125
darunter USA	.	8	103	107	.	98
Mittelamerika	.	5	40	45	.	30
Südamerika	.	21	93	87	.	112
Afrika	.	10	99	94	.	84
Asien	.	14	153	131	.	165
Australien und Ozeanien	.	4	34	34	.	22
Nicht ermittelte Länder und Schiffsbedarf	.	2	5	3	.	2
Verkehr						
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 726	1 677	1 679	1 624
darunter deutsche Schiffe	1 027	526	1 041	1 000		965
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 876	1 823	1 761	1 691
darunter deutsche Schiffe	1 118	591	1 179	1 144		1 038
Raumgehalt der angekommenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 714	937	2 681	2 616	2 678	2 594
darunter deutsche Schiffe	873	128	766	748		715
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 712	936	2 707	2 637	2 598	2 584
darunter deutsche Schiffe	875	135	794	763		742

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1960	November 1961	Oktober 1961
	1938	1950	1960			
Noch: Verkehr						
b) Linienschifffahrt (Linien) ¹⁾	184	176	249	248	.	255
davon						
Europa	102	84	69	71	.	72
Außereuropa	82	92	180	177	.	183
Reisen (Abfahrten)	728	319	715	716	.	711
darunter nach						
Europäischem Ausland	383	159	290	301	.	298
Amerika	77	54	173	161	.	176
Afrika	37	18	81	83	.	86
Asien	33	23	94	99	.	101
Australien	7	4	16	18	.	13
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	2 417	1 006	1 441	2 082
darunter nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)	.	.	259	43	31	117
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)	.	.	526	292	255	383
Nordamerika	2 882	446	898	87	110	878
Südamerika	1 286	231	218	411	547	506
Einreisende insgesamt	5 373	333	2 115	757	546	1 880
darunter von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)	.	.	229	87	48	137
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)	.	.	547	299	291	569
Nordamerika	2 057	171	775	49	48	748
Südamerika	882	30	334	213	55	281
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)						
Empfang	2 147	919	2 563	2 460	2 547	2 472
dav. Massengut	1 521	620	1 914	1 785	1 897	1 892
dar. Mineralöle	980	429	1 369	1 263	.	1 373
Kohle	307	162	760	720	.	781
Getreide	262	113	258	214	.	233
Sackgut	133	70	145	103	.	159
Stückgut	541	191	411	415	.	422
Verkehrsbezirke:						
Inland	110	110	70	64	.	59
Europäisches Ausland	520	159	359	404	.	341
Außereuropa	891	351	1 485	1 317	.	1 491
darunter						
Nahost und Persischer Golf	.	128	486	417	.	468
Vereinigte Staaten von Amerika	171	78	384	369	.	325
Versand	626	299	649	675	650	580
davon						
Massengut	205	144	270	263	.	216
Sackgut	421	155	95	113	.	89
Stückgut	.	.	284	299	.	275
Verkehrsbezirke:						
Inland	149	32	74	65	.	61
Europäisches Ausland	302	170	326	347	.	254
Außereuropa	175	97	249	263	.	265
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 475	2 685	2 578	2 731
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 385	2 514	2 567	2 580
Tragfähigkeit der angekommenen Schiffe in 1000 t	879	362	667	693	701	755
Tragfähigkeit der abgegangenen Schiffe in 1000 t	845	344	640	635	693	713
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	272	315	344	351
darunter						
Bundesrepublik	77	101	228	249	300	298
davon						
Niederelbe	24	32	33	35	24	27
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	173	185	247	243
Mittellandkanal	0	7	22	29	29	28
Berlin (West)	7	25	8	10	12	12
Sowjetische Besatzungszone	155	3	14	29	14	29
Tschechoslowakei	42	22	20	28	18	12
Ausgang (in 1000 t)	504	121	267	275	267	226
darunter						
Bundesrepublik	59	81	121	126	167	137
davon						
Niederelbe	49	48	73	79	96	78
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	34	34	56	42
Mittellandkanal	0	1	14	13	15	17
Berlin (West)	29	28	61	84	65	47
Sowjetische Besatzungszone	268	2	55	23	11	19
Tschechoslowakei	34	10	29	42	24	23
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 573	1 508	.	1 889
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 573	1 505	.	1 891
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	37 890	36 477	.	44 905
darunter aus dem Ausland	.	.	13 922	13 102	.	16 449
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	35 665	33 961	.	47 608
darunter nach dem Ausland	.	.	13 545	12 874	.	17 837
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	470,7	570,2	.	576,2 p
darunter aus dem Ausland	.	.	219,0	224,1	.	238,1 p
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	379,1	473,3	.	472,0 p
darunter nach dem Ausland	.	.	173,8	219,0	.	163,6 p
Angekommene Post in t	9,0	35,6	74,6	73,1	.	133,2
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	78,7	82,2	.	152,9
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)	.	416,9	521,4	576,3	531,4	487,2
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)	.	246,8	505,1	468,8	510,2	498,8
Gestellte Güterwagen	.	31 414	42 440	40 781	45 099	45 441
						Sept. 1961
						Oktober 1961

¹⁾ Stand am Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsthroughschnitt			November 1960	November 1961	Oktober 1961
	1938	1950	1960			
Nach: Verkehr						
5. Personen-Nahverkehr						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	11 194	11 222	10 821	11 782
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	12 445	14 551	15 187	14 406
Straßenbahn	13 799	23 498	17 672	16 709	14 971	16 036
Kraftomnibusse der HHA 1)	1 083	2 028	6 477	7 622	8 719	8 159
Alsterdampfer	281	337	192	141	116	215
Dampfer der Hafendampfschiffahrt AG.	1 268	1 283	1 659	1 600	1 415	1 562
Kraftomnibusse der VHH AG. 2)	373	786	1 519	1 578	1 624	1 592
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	25	25	21	23
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	332	335	376	393
Private Kraftomnibusse	.	151	652	654	685	669
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtig- ung (im Verkehr befindlich) insgesamt 3)	82 080	59 100	216 088	224 285	245 441	246 291
darunter Personenkraftwagen 4)	39 260	25 948	168 542	173 362	196 904	196 683
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	3 687	3 115	3 934	3 991
darunter						
* Kraftfräder	232	221	140	19	20	28
* Personenkraftwagen	501	644	2 945	2 419	3 196	3 252
* Kombinationskraftwagen	.	.	200	195	244	251
* Lastkraftwagen	179	288	340	401	395	387
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	4 594	5 409	5 441	5 244
davon						
* mit Personenschaden 5)	459	426	1 081	1 170	1 079	1 118
* mit nur Sachschaden	406	632	3 513	4 239	4 362	4 126
* Getötete Personen	8	12	21	23	17	20
* Verletzte Personen	517	483	1 308	1 419	1 307	1 387
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken) (Beträge in Mio RM/DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 6)						
* Kredite an Nichtkreditinstitute am Monatsende	.	1 556,1	7 017,0	7 240,1	8 290,8	8 251,6
* davon kurzfristige Kredite 7)	.	1 353,8	3 182,0	3 298,4	3 652,9	3 653,4
davon						
* an Wirtschaft und Private	.	1 328,7	2 853,5	2 945,9	3 398,6	3 344,1
* an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	25,1	328,5	352,5	254,3	309,3
* mittelfristige Kredite 8) 9)	.	55,8	608,1	575,8	700,2	696,1
davon						
* an Wirtschaft und Private	.	55,6	519,2	495,8	616,4	617,8
* an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	0,2	88,9	80,0	83,8	78,3
* langfristige Kredite 8) 9)	.	146,5	3 226,9	3 365,9	3 937,7	3 902,1
davon						
* an Wirtschaft und Private	.	146,0	2 913,7	3 052,8	3 563,6	3 537,3
* an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	0,5	313,2	313,1	374,1	364,8
Kredite an Kreditinstitute am Monatsende	.	105,7	699,7	737,2	835,7	786,0
b) Einlagen bei den Kreditinstituten						
* Einlagen von Nichtkreditinstituten am Monatsende	.	1 152,3	5 446,0	5 479,0	6 036,9	6 094,0
* davon Sicht- und Termineinlagen	.	1 026,3	3 255,6	3 201,8	3 532,5	3 551,5
davon						
* von Wirtschaft und Privaten	.	848,0	2 866,5	2 851,5	3 032,3	3 055,3
* von öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	178,3	389,1	350,3	500,2	496,2
* Spareinlagen	.	126,0	2 190,4	2 277,2	2 504,4	2 542,5
Einlagen von Kreditinstituten am Monatsende	.	106,6	1 386,5	1 508,8	1 831,1	1 801,9
c) Sparverkehr						
* Sämtliche Kreditinstitute 10)	.	126,0	2 190,4	2 277,2	2 504,4	2 542,5
* Spareinlagen am Monatsende	.	12,4	266,6	254,8	60,4	150,1
* steuerbegünstigt	.	.	49,4	58,8	113,4	109,6
* prämienbegünstigt	.	10,2	130,8	114,9	161,7	149,7
* Gutschriften	.	7,3	110,2	114,0	201,1	107,8
* Lastschriften	.	+ 2,9	+ 20,6	+ 0,9	+ 39,4	+ 41,9
* Saldo der Gut- und Lastschriften	.	+ 2,6	+ 7,0	+ 0,3	+ 1,3	+ 0,2
* Zinsen
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)	.	1 324	1 580	1 707	1 396	1 518
Betrag in 1000 RM/DM	.	1 194,0	977,0	1 076,0	1 177,8	1 095,1
Durchschnittsbetrag je protestierten Wechsel in RM/DM	.	902	618	630	844	721
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)						
* Konkurse	12	25	17	17	15	6
* Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	3	—	1
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)						
* Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	20 889	22 359	22 859	24 709
* Anträge auf Abnahme des Offenbarungseids	.	2 392	2 841	2 799	2 697	2 814
* Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseids	.	848	1 280	1 297	1 330	1 241
* Abgeleitete Offenbarungseide	.	124	375	413	399	344
d) Öffentliche Leihhäuser						
* Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	4 627	3 875	3 601	3 911
RM/DM	298 306	384 610	194 378	176 349	169 711	172 710
* Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	4 761	4 095	3 572	3 709
RM/DM	176 172	401 990	196 006	199 994	188 971	163 739

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 3) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 4) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 5) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 6) Ohne durchlaufende Mittel. — 7) 102 berichtspflichtige Institute. — 8) 84 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1960	November 1961	Oktober 1961
	1938	1950	1960			
Nach: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	172	170	164 1)	165..
Kapital in Mio DM	3 072,0	3 150,0	3 602,3	3 597,2
Gesellschaften m. b. H., Zahl	3 107	3 152	3 273	3 267
Kapital in Mio DM	1 833,6	2 022,3	2 275,3	2 273,7
Steuern 2)						
1. Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) 3)						
a) Bundessteuern						
* Umsatzsteuer	9 363	22 996	59 750	64 963	73 288	68 761
* Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	16 711	15 376	17 810	16 232
* Beförderungsteuer	79	943	1 402	1 409	1 254	1 299
* Notopfer Berlin	..	1 749	321	230	689	194
* Zölle	45 572	17 772	58 655	53 529	97 287	67 349
* Verbrauchsteuern	31 925	42 968	153 212	167 294	184 642	196 601
davon						
* Tabaksteuer	24 492	32 535	61 505	61 206	64 484	72 109
* Kaffeesteuer	—	5 831	16 978	18 474	19 963	18 150
* Teesteuer	—	521	792	698	630	694
* Branntweinmonopol 4)	249	2 514	4 218	-3 769	4 278	3 394
* Mineralölsteuer	51	871	69 440	82 890	95 044	101 939
* Sonstige Verbrauchsteuern	7 133	697	279	257	244	315
* Summe der Bundessteuern	..	89 211	290 050	302 800	374 970	350 435
* Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478	8 426	16 514	17 173	6 861
davon						
* Vermögensabgabe	..	5 352	6 277	15 310	16 500	1 295
* Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 677	1 133	641	3 469
* Kreditgewinnabgabe	472	70	32	2 096
* Soforthilfesonderabgabe	..	1 356
b) Landessteuern						
* Lohnsteuer	7 390	10 051	47 532	50 566	64 077	66 187
* Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	51 113	18 146	18 302	13 671
* Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	7 937	694	1 139	1 573
* Körperschaftsteuer	8 928	9 544	33 553	5 042	11 903	11 169
* Summe der Eink.- und Körperschaftsteuer	33 902	29 097	140 135	74 448	95 422	92 600
darunter an den Bund abgeführt	48 818	26 056	33 398	32 410
Mithin:						
* Hamburg daraus verbliebene Einnahmen	91 316	48 391	62 024	60 190
* Vermögensteuer	1 513	466	7 185	17 947	23 300	3 789
* Erbschaftsteuer	469	63	1 691	961	513	1 836
* Grunderwerbsteuer	398	135	975	1 095	878	1 218
* Kapitalverkehrsteuer	227	179	1 837	522	1 251	2 775
* Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	4 947	4 823	5 136	6 279
* Versicherungssteuer	559	847	2 698	2 831	3 245	2 823
* Rennwetl- und Lotteriesteuer	452	820	1 581	1 680	1 521	1 855
* Wechselsteuer	— 0	536	657	630	677	661
* Feuerschutzsteuer	15	127	165	215	246	— 132
* Biersteuer	792	870	1 762	1 845	2 100	2 170
* Übrige Landessteuern	..	— 0	0	0
* Summe der Landessteuern	..	34 461	163 634	106 997	134 289	115 875
c) Gemeindesteuern						
* Realsteuern	9 974	8 666	39 322	95 773	104 696	24 042
davon						
* Grundsteuer A	50	42	43	102	144	14
* Grundsteuer B	4 538	3 365	4 602	11 153	16 040	721
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	30 913	84 163	88 164	11 053
* Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	3 765	355	348	12 255
* Gewerbesteuerzuschüsse	24	29	277	240	1 935	..
* Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	971	832	795	1 333
darunter						
* Kinosteuer	123	497	493	497	456	522
* Übrige Vergnügungsteuer	106	146	249	236	258	353
* Hundesteuer	68	132	228	98	80	458
* Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	40 293	96 605	105 491	25 376
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	3 548	3 432	3 665	3 790
a) Feueralarme	187	185	281	198	230	212
davon						
* falsche Alarme und Unfugmeldungen	49	39	44	38	50	39
* bekämpfte Brände	138	146	236	160	180	173
davon						
* Großbrände	10	4	18	9	7	16
* Mittelbrände	17	14	45	17	26	25
* Kleinbrände	88	114	90	62	59	57
* Entstehungsbrände	74	58	80	74
* Schornsteinbrände	..	10	11	14	8	1
b) Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	3 267	3 234	3 435	3 578
darunter bei						
* Straßen- und Verkehrsunfällen	..	314	1 073	1 006	998	1 092
* Betriebsunfällen	..	235	588	556	504	574
* Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	..	976	3 048	3 049	3 168	3 364
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	..	5 625	5 008	5 017	5 170	5 136
Beförderte Personen	..	6 449	5 147	5 156	5 420	5 402

1) Außerdem eine AG. mit einem Grundkapital von 1,5 Mio RM. — 2) Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — 3) Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — 4) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein.

Zahlenspiegel

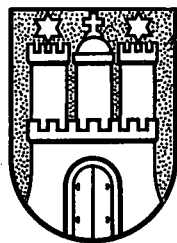
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			November 1960	November 1961	Oktober 1961
	1938	1950	1960			
3. Feststellungen der Polizei						
Der Kriminalpolizei bekannt gewordene Straftaten		2 365	7 199	7 435	7 795	8 367
darunter						
Sittlichkeitsdelikte		52	178	217	198	219
Mord und Totschlag		11	3	1	2	4
Fahrlässige Tötung		2	12	15	8	19
Körperverletzung ¹⁾		13	63	61	60	61
Einfacher Diebstahl		1 106	3 307	3 562	3 661	3 980
Schwerer Diebstahl		266	1 034	1 145	1 319	1 356
Diebstähle zusammen		1 372	4 342	4 707	4 980	5 336
darunter						
von Kraftfahrzeugen		7	220	206	221	264
von Fahrrädern		85	671	818	778	1 013
Taschendiebstahl		43	40	32	51	37
Unterschlagung		188	273	239	239	216
Raub und Erpressung		3	29	38	39	45
Begünstigung und Hehlerei		16	87	95	86	86
Betrug und Untreue		286	781	734	737	887
Brandstiftung		12	43	29	22	28
Münzdelikte		1	2	-	2	-
Übertretung der Verkehrsordnung		22 902	33 294	36 606	43 293	44 695
davon						
Strafanzeigen		10 060	6 819	7 603	10 456	10 522
Gebührenpflichtige Verwarnungen			26 475	29 003	32 837	34 173
4. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt		1 316	1 909	2 087	1 924	1 775
a) Erwachsene nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt		1 229	1 499	1 535	1 391	1 357
b) Heranwachsende nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt			188	267	240	167
c) Jugendliche nach Jugendstrafrecht abgeurteilt		87	141	181	213	156
d) Heranwachsende nach Jugendstrafrecht abgeurteilt			81	104	80	95
darunter						
Widerstand gegen die Staatsgewalt		12	9	14	12	15
Fahrerflucht		6	45	56	42	54
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie		4	42	38	41	38
Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit		51	54	56	52	51
Beleidigung, üble Nachrede		24	23	20	26	18
Verbrechen und Vergehen wider das Leben		9	9	5	9	11
Körperverletzung		52	144	159	134	124
Einfacher Diebstahl		324	274	294	306	280
Schwerer Diebstahl		80	75	69	82	60
Einfacher und schwerer Diebstahl im Rückfall		79	56	39	51	56
Unterschlagung		70	81	84	60	57
Raub und Erpressung		9	12	16	12	13
Begünstigung und Hehlerei		68	42	37	32	44
Betrug und Untreue		92	175	158	137	156
Urkundenfälschung		19	15	12	18	15
Vergehen gegen das StVG.		53	261	288	361	292

1) Ohne §§ 223 und 230.

Girardet & Co., Hamburg

HAMBURG IN ZAHLEN

Jahrgang 1962



Februar-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Wahlen in Hamburg im Jahre 1961

Die Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961 in Hamburg

Rechtsgrundlage und Wahlsystem

Als Rechtsgrundlage für die Bundestagswahl 1961 galten das Bundeswahlgesetz (BWG) vom 7. Mai 1956 und die Bundeswahlordnung (BWO) vom 16. Mai 1957 in der Neufassung vom 31. Mai 1961. Demnach wurde die Bundestagswahl 1961 nach dem gleichen Wahlgesetz wie die Wahl von 1957 durchgeführt. Die Bundeswahlordnung 1961 enthielt einige Änderungen auf Grund von Erfahrungen bei der Bundestagswahl 1957, die das wahltechnische Verfahren, insbesondere das Aufstellen der Wählerlisten für einen Stichtag (13. 8. 1961) und die Fortschreibung der Wählerlisten bis zum Zeitpunkt des Auslegens (27. 8. 1961) betreffen.

Nach dem Bundeswahlgesetz sind wahlberechtigt alle Deutschen im Sinne des Art. 116 Absatz 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag das 21. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens 3 Monaten ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Wahlgebiet haben (aktives Wahlrecht); wählbar ist, wer seit mindestens einem Jahr Deutscher ist und das 25. Lebensjahr vollendet hat (passives Wahlrecht). Beim aktiven und passiven Wahlrecht bestehen einige Einschränkungen (z. B. bei Unmündigkeit, Aberkennung der Ehrenrechte).

Die 494 Abgeordneten des Bundestags werden zur Hälfte mit der Erststimme in 247 Wahlkreisen gewählt. Hier gilt derjenige Bewerber als gewählt, der die meisten der abgegebenen gültigen Stimmen im Wahlkreis erhalten hat. Die andere Hälfte der 494 Abgeordneten wird mit der Zweitstimme auf Landeslisten der Parteien gewählt. Der Wähler hat dabei die Möglichkeit, seine Zweitstimme einer anderen als der Partei zu geben, welcher der von ihm mit der Erststimme gewählte Bewerber angehört. Von dieser Möglichkeit wird jedoch nur verhältnismäßig wenig Gebrauch gemacht, wie die Sonderauszählungen aus repräsentativen Wahlbezirken 1957 und 1961 ergeben haben (vgl. S. 48).

Die Wahlkreise

Die Wahlkreisgrenzen haben sich seit der Bundestagswahl im Jahre 1949 in Hamburg nicht geändert. Im Anschluß an die Bundestagswahl 1957 hatte der

Bundespräsident auf Grund des § 3 BWG eine Wahlkreiskommission berufen, die die Aufgabe hat, der Bundesregierung im Laufe des ersten Jahres nach Zusammentritt des neuen Bundestags einen Bericht mit Vorschlägen über Änderungen der Wahlkreiseinteilung zu erstatten. Die Abweichungen in den einzelnen Wahlkreisen nach der Bevölkerungszahl sollen nicht mehr als $33\frac{1}{3}\%$ nach oben oder unten von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise betragen.

Diese Wahlkreiskommission trat nach der Bundestagswahl 1957 erstmalig zusammen und erstattete der Bundesregierung am 20. Juni 1958 den ersten Bericht. Diese Vorschläge, nach denen es keine Bundestagswahlkreise mit einer Abweichung nach der Einwohnerzahl um mehr als $33\frac{1}{3}\%$ gegeben hätte, wurden jedoch vor der Bundestagswahl 1961 nicht mehr verwirklicht, so daß bei dieser Wahl insgesamt 34 Wahlkreise (darunter 1 Hamburger Wahlkreis) nach ihrer Bevölkerungszahl um mehr als ein Drittel vom Durchschnitt abwichen.

Von den 8 Hamburger Wahlkreisen lagen bei der Bundestagswahl 1961 3 Wahlkreise nur bis zu 10% über oder unter der durchschnittlichen Bevölkerungszahl eines Wahlkreises im Bundesgebiet (218 000¹⁾, bei 4 Wahlkreisen betrug die Abweichung 11% bis zu 25% und bei einem Wahlkreis (Nr. 20) wich sie um 43% nach oben ab.

¹⁾ Nach dem Stand vom 31. Dezember 1960.

Einwohnerzahlen und Wahlbezirke in Hamburg

Wahlkreis Nr.	Einwohnerzahl am 31. Dez. 1960	Abweichung vom Bundesdurchschnitt (rd. 218 000) in %	Zahl der Wahlbezirke
15	182 917	— 16,1	149
16	202 344	— 7,2	152
17	201 505	— 7,6	145
18	188 420	— 13,6	140
19	266 160	+ 22,1	182
20	311 664	+ 43,0	224
21	233 137	+ 6,9	171
22	250 811	+ 15,1	186
Zusammen	1 836 958	—	1 349 ¹⁾

¹⁾ Darunter 8 Anstaltswahlbezirke.

Der Größenunterschied nach der Bevölkerungszahl zwischen den Hamburger Wahlkreisen hat sich gegenüber 1957 weiter vergrößert. Die Spanne zwischen dem kleinsten Wahlkreis Nr. 15 mit 182 917 Einwohnern und dem größten Wahlkreis – wie bisher – Nr. 20 mit 311 664 Einwohnern betrug fast 129 000 Einwohner bei der Bundestagswahl 1961 gegenüber 91 300 im Jahre 1957, 53 400 im Jahre 1953 und nur 47 300 bei der Wahl im Jahre 1949.

Wahlbezirke

Die Grundlage für die Abgrenzung der Wahlbezirke in Hamburg bildete die Wahlbezirkseinteilung für die Wahl zum 3. Bundestag 1957. Infolge der Aufteilung von Wahlbezirken, deren Einwohnerzahl durch die Bevölkerungsentwicklung auf mehr als 2500 Einwohner angewachsen war, stieg die Zahl der Wahlbezirke von 1314 im Jahre 1957 auf 1349 im Jahre 1961. Die Zahl der Anstaltsbezirke betrug bei dieser Wahl nur noch 8 gegenüber 26 im Jahre 1957, da die Anstaltsinsassen nunmehr das Wahlrecht brieflich ausüben konnten.

Die Wahlvorschläge

In Hamburg haben 6 Parteien jeweils in allen 8 Wahlkreisen einen Bewerber sowie Landeslisten aufgestellt. Die GDP, in der sich die Deutsche Partei (DP) und der Gesamtdeutsche Block (GB/BHE) zusammengeschlossen haben, sowie die DFU haben sich zum ersten Mal an Wahlen beteiligt. Der Landeswahlausschuß hat 88 Bewerber auf Landeslisten, die Kreiswahlausschüsse haben 48 Bewerber in den Wahlkreisen zugelassen. Von der Gesamtzahl der in Wahlkreisen und auf Landeslisten benannten 136 Bewerber waren 38 Wahlkreisbewerber zugleich auf Landeslisten aufgestellt, so daß insgesamt 98 verschiedene Bewerber auftraten, darunter 16 Frauen.

Bewerber bei der Bundestagswahl

Parteien	Wahlkreisbewerber	Zahl der Bewerber auf Landeslisten
1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD	8	22
2. Christlich-Demokratische Union CDU	8	16
3. Freie Demokratische Partei FDP	8	12
4. Gesamtdeutsche Partei (DP-BHE) GDP	8	10
5. Deutsche Friedens-Union DFU	8	18
6. Deutsche Reichs-Partei DRP	8	10
Insgesamt	48	88

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Die Zahl der Wahlberechtigten lag 1961 mit insgesamt 1 386 411 gegenüber der Bundestagswahl 1957 um rd. 58 000 oder 4,3 % höher. Diese Zunahme entspricht fast der Zunahme der Bevölkerungszahl Hamburgs seit der Bundestagswahl 1957 (4,4 %).

Wie bei der Bundestagswahl 1957 waren also auch 1961 rd. drei Viertel (75,5 %) der Hamburger Einwohner wahlberechtigt. Die unterschiedliche Altersstruktur in den einzelnen Hamburger Wahlkreisen kommt in den vom Hamburger Durchschnitt abweichenden Anteilen der wahlberechtigten Bevölkerung zum Ausdruck, die zwischen Wahlkreis Nr. 21 (überwiegend Harburg) mit 72,7 % und dem Wahlkreis Nr. 17 (Eimsbüttel) mit 77,4 % lagen. Das bedeutet also, daß der Anteil der unter 21jährigen an der Gesamtbevölkerung des Wahlkreises Nr. 21 besonders hoch liegt. Nähere Aufschlüsse über die regionale Altersverteilung der Bevölkerung in Hamburg werden die Ergebnisse der Volkszählung 1961 bringen.

Wahlkreis Nr.	Einwohnerzahl 31. 12. 1960	Wahlberechtigte ¹⁾		Wähler	
		Zahl	% der Einwohner	Zahl	Wahlbeteiligung
15	182 917	140 439	76,8	117 415	83,6
16	202 344	151 788	75,0	135 442	89,2
17	201 505	155 893	77,4	137 646	88,3
18	188 420	142 434	75,6	125 726	88,3
19	266 160	203 658	76,5	182 319	89,5
20	311 664	230 300	73,9	205 903	89,4
21	233 137	169 525	72,7	152 037	89,7
22	250 811	192 374	76,7	171 299	89,0
Insgesamt 1961	1 836 958	1 386 411	75,5	1 227 787	88,6
Dagegen 1957	1 760 094	1 328 657	75,5	1 185 178	89,2
1953	1 691 498	1 259 353	74,5	1 085 279	86,2

¹⁾ In den Wählerverzeichnissen eingetragene Personen zuzüglich der ohne Eintragung ausgegebenen Wahlscheine.

Die Zahl der Wähler nahm gegenüber 1957 um nur 3,6 % zu, also etwas weniger als die Zahl der Wahlberechtigten (4,3 %), was entsprechend in der geringeren Wahlbeteiligung (Anteil der Wähler an der Zahl der Wahlberechtigten) von 88,6 % gegenüber 1957 mit 89,2 % zum Ausdruck kommt. Aus der Veränderung der Wahlbeteiligung von 1957 auf 1961 ist zu erkennen, daß der Anteil der Nichtwähler zugenommen hat. Dabei handelt es sich bei der Bundestagswahl 1961 um rd. 159 000 Wahlberechtigte,

die der Wahl ferngeblieben sind. Die Zahl der Nichtwähler hat damit gegenüber 1957 um rd. 11 % zugenommen.

In allen Hamburger Wahlkreisen war die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1961 etwas geringer als 1957. Die niedrigste Wahlbeteiligung (83,6 %) lag – wie auch 1957 – wieder im Wahlkreis Nr. 15 (überwiegend Hamburg-Mitte) und die höchste (89,7 %) wieder im Wahlkreis Nr. 21 (überwiegend Harburg).

Anteil der Wähler in vH der Wahlberechtigten

Bundestagswahl	Wahlkreis Nr.								Insgesamt
	15	16	17	18	19	20	21	22	
1961	83,6	89,2	88,3	88,3	89,5	89,4	89,7	89,0	88,6
1957	84,9	89,6	89,2	88,8	89,9	90,2	90,4	89,9	89,2

Wie bei allen Bundestagswahlen war die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1961 in Hamburg mit 88,6 % wieder größer als im Bundesdurchschnitt; unter den Bundesländern nahm Hamburg (nach Hessen mit 89,2 %) die zweite Stelle ein.

Wahlbeteiligung in Hamburg und im Bund¹⁾

Bundestagswahlen	1949	1953	1957	1961
Hamburg	81,2	86,2	89,2	88,6
Bundesdurchschnitt . .	78,5	86,0	87,8	87,7

¹⁾ Zweitstimmen.

Wahlbeteiligung in den Bundesländern¹⁾

Jahre	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württembg.	Bayern	Saarland
1961	88,0	88,6	88,5	88,2	88,4	89,2	88,2	84,8	87,2	87,7
1957	88,3	89,2	89,0	88,7	88,0	89,1	88,3	84,4	87,7	89,3

¹⁾ Zweitstimmen.

Das Wahlergebnis

Ungültige Stimmen

Bei der Bundestagswahl 1953 lag der Anteil der ungültigen Stimmen, gemessen an der Zahl der Wähler, bei den Erststimmen höher als bei den Zweitstimmen, und zwar sowohl in Hamburg als auch im Bundesdurchschnitt. Seit den Bundestagswahlen 1957 dagegen war das Verhältnis in Hamburg und im Bund entgegengesetzt. Gleichzeitig ging der Anteil der ungültigen Erststimmen in Hamburg

Ungültige Stimmen in vH der Wähler in Hamburg und im Bund

Bundestagswahl	1953	1957	1961
Hamburg Erststimmen	3,5	1,6	1,5
Hamburg Zweitstimmen	2,3	2,6	2,8
Bundesdurchschnitt Erststimmen	3,4	3,0	2,6
Bundesdurchschnitt Zweitstimmen	3,3	3,8	4,0

wie auch im Bund von Wahl zu Wahl zurück, während der Anteil der ungültigen Zweitstimmen seit 1953 stetig anstieg.

Ungültige Stimmen in vH der Wähler in den Bundesländern¹⁾
(Zweitstimmen)

Jahre	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württembg.	Bayern	Saarland
1961	4,8	2,8	3,4	4,4	2,9	4,9	4,8	5,2	4,0	7,5
1957	4,0	2,6	3,1	3,8	3,3	4,7	3,9	4,6	3,6	6,5

¹⁾ Wirtschaft und Statistik 1961, Heft 10, Seite 570.

Hervorzuheben ist, daß unter den Bundesländern bei den Bundestagswahlen 1957 und 1961 Hamburg jeweils den niedrigsten Anteil an ungültigen Zweitstimmen mit 2,6 % bzw. 2,8 % zu verzeichnen hatte.

Die gleiche Entwicklung, die sich für Hamburg insgesamt wie auch im Bund ergeben hat, nämlich jeweils weniger ungültige Stimmen bei den Erst- als bei den Zweitstimmen sowie Abnahme von 1957 auf 1961 dieses Anteils bei den Erststimmen, dagegen Anstieg bei den Zweitstimmen, zeigt sich auch bei den Wahlergebnissen in den einzelnen Hamburger Wahlkreisen.

Der Anteil der ungültigen Stimmen lag 1961 bei den Erststimmen zwischen 1,2 % im Wahlkreis 16 und 1,7 % in den Wahlkreisen 15 und 21; bei den Zweitstimmen zwischen 2,4 % (Wahlkreis 22) und 3,3 % (Wahlkreis 15). Auch schon bei der Bundestagswahl 1957 wurde in diesen Wahlkreisen der höchste bzw. niedrigste Anteil an ungültigen Stimmen festgestellt.

Eine begründete Erklärung für die stetige Abnahme des Anteils der ungültigen Stimmen bei den Erststimmen, aber die Zunahme von Wahl zu Wahl bei

Anteil der ungültigen Stimmen in den Hamburger Wahlkreisen

Wahlkreise	Erststimmen		Zweitstimmen	
	1961	1957	1961	1957
15	1,7	1,8	3,3	3,0
16	1,2	1,4	2,5	2,4
17	1,4	1,6	2,9	2,8
18	1,3	1,4	2,9	2,4
19	1,6	1,7	2,5	2,5
20	1,5	1,7	2,8	2,6
21	1,7	1,9	3,1	3,1
22	1,3	1,4	2,4	2,2
Hamburg insg.	0,7	0,7	1,4	1,3
dar. Briefwahl	1,5	1,6	2,8	2,6

den Zweitstimmen ist noch nicht gefunden worden. Jedenfalls hat die seit der Bundestagswahl 1957 eingeführte Briefwahl die Zunahme der ungültigen Stimmen nicht beeinflusst. Im Gegenteil: bei der Briefwahl ergab sich ein Anteil von nur 1,3 % für 1957 bzw. von 1,4 % für 1961 bei den Zweitstimmen, der also das Gesamtergebnis damit noch herabdrückte, da der Anteil in den Wahlbezirken (ohne

Briefwahl) 2,7 % bzw. 2,9 % betrug. Allerdings ist auch bei den Briefwählern von 1957 auf 1961 ein leichtes Ansteigen der ungültigen Zweitstimmen festzustellen.

Ungültige Stimmen in vH der Wähler

Ergebnisse	Erststimmen		Zweitstimmen	
	1961	1957	1961	1957
Wahlbezirksergebnisse	1,5	1,7	2,9	2,7
Briefwahl- ergebnisse	0,7	0,7	1,4	1,3
Hamburg insg.	1,5	1,6	2,8	2,6

Als einer der Gründe kann angenommen werden, daß ein Teil der Wähler glaubt, mit der Abgabe einer Stimme, und zwar der ersten Stimme auf der linken Seite des Stimmzettels, sein Wahlrecht ausgeübt zu haben, und daß ihm der Wert seiner Zweitstimme, die ja das Wahlergebnis entscheidend beeinflußt, nicht bekannt ist. Der Grund mag auch darin liegen, daß mancher Wähler bereit ist, eine bestimmte Person zu wählen, nicht aber eine Partei. Diese Annahmen finden eine gewisse Stütze durch die Ergebnisse aus der repräsentativen Wahlstatistik, bei der ermittelt wurde, daß der ganz überwiegende Teil der Wähler mit ungültigen Zweitstimmen nur auf der linken Seite des Stimmzettels (Erststimme) ein Kreuz gemacht hat, dagegen die rechte Seite offen gelassen, also weder durchstrichen noch sonstwie ungültig gemacht hat.

Das Wahlergebnis nach Wahlkreisen

In ihren Sitzungen am 22. September 1961 haben die Kreiswahlausschüsse das Wahlergebnis in den 8 Wahlkreisen der Freien und Hansestadt Hamburg festgestellt.

Wahlkreis Nr.	Gültige Erststimmen		Gültige Zweitstimmen	
	Zahl	in % der Wähler	Zahl	in % der Wähler
15	115 470	98,3	113 587	96,7
16	133 770	98,8	132 038	97,5
17	135 661	98,6	133 700	97,1
18	124 123	98,7	122 019	97,1
19	179 395	98,4	177 688	97,5
20	202 806	98,5	200 185	97,2
21	149 418	98,3	147 338	96,9
22	169 001	98,7	167 182	97,6
Hamburg insgesamt	1 209 644	98,5	1 193 737	97,2
dagegen 1957	1 166 080	98,4	1 154 259	97,4
1953	1 047 678	96,5	1 059 983	97,7

Der Anteil der gültigen Stimmen an der Zahl der Wähler ist - wie entsprechend bereits bei der Behandlung der ungültigen Stimmen dargestellt wurde - bei den Erststimmen von Wahl zu Wahl gestiegen, und zwar von 96,5 % im Jahre 1953 (über 98,4 % im Jahre 1957) auf 98,5 % bei der Bundestagswahl 1961. Umgekehrt ist der Anteil der gültigen Zweitstimmen seit 1953 von 97,7 % auf 97,2 % im Jahre 1961 stetig zurückgegangen. In den Hamburger Wahlkreisen liegen die Anteile der gültigen Erststimmen zwischen 98,3 % und 98,8 %, also nahe dem Durchschnitt von 98,5 %. Bei den Zweitstimmen dagegen ergibt sich eine größere Spanne, nämlich zwischen 96,7 % im Wahlkreis 15 und 97,6 % im Wahlkreis 22.

Das Wahlergebnis nach Parteien

Bundestagswahl	Erststimmen			
	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf			
	SPD	CDU	FDP	Sonstige Parteien
1961	47,2	32,4	15,1	5,3
1957	46,2	38,2	9,0	6,6
Bundestagswahl	Zweitstimmen			
	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf			
	SPD	CDU	FDP	Sonstige Parteien
Hamburg 1961	46,9	31,9	15,7	5,5
1957	45,8	37,4	9,4	7,4
dagegen: Bundesdurch- schnitt				
1961	36,2	45,4	12,8	5,6
1957	31,8	50,2	7,7	10,3

Die jeweiligen Anteile der Parteien an den gültigen Stimmen liegen für Erststimmen und Zweitstimmen nahe beieinander. Die SPD hat ihren Anteil bei den Zweitstimmen gegenüber der Bundestagswahl 1957 von 45,8 % auf 46,9 % vergrößern können; der Stimmenanteil der CDU ist von 37,4 % auf 31,9 % zurückgegangen, und die FDP hat 1961 einen Anteil von 15,7 % (9,4 %) erreicht. Der Anteil der „sonstigen“ Parteien ist von 7,4 % auf nur noch 5,5 % zurückgegangen. Wie schon 1957 liegen die Stimmenanteile für die SPD und FDP wieder über dem Bundesdurchschnitt, der Anteil der CDU dagegen erheblich darunter.

In allen 8 Hamburger Wahlkreisen war bei der Bundestagswahl 1961 in direkter Wahl (Erststimme) der Wahlkreisbewerber der SPD erfolgreich. Die CDU verlor damit auch das einzige in Hamburg bei der Bundestagswahl 1957 im Wahlkreis Nr. 18 gewonnene Mandat.

Die Anteile der einzelnen Parteien an der Zahl der gültigen Zweitstimmen weichen auch in den einzelnen Wahlkreisen von den entsprechenden Anteilen bei den Erststimmen nur geringfügig ab (vgl. Tabelle „Gültige Erst- und Zweitstimmen nach Wahlkreisen“ auf Seite 44). Allgemein ist festzustellen, daß die Anteile bei den Zweitstimmen für die SPD und CDU in allen Wahlkreisen etwas niedriger, dagegen für die FDP höher liegen als bei den Erststimmen.

Die SPD konnte bei der Bundestagswahl 1961 rd. 31 000 Zweitstimmen oder 5,9 % mehr Stimmen erringen als 1957. Sie hat also nicht nur ihre Stimmenzahl entsprechend der Zunahme der Zahl der Wahlberechtigten seit 1957 (4,3 %) vergrößert, sondern darüber hinaus Gewinne erzielen können.

Bei allen Stimmengewinnen bzw. -verlusten der einzelnen Parteien gegenüber 1957 muß man sich vergegenwärtigen, daß die Zahl der Wähler bei der Bundestagswahl 1961 um rd. 42 000 oder 3,6 % größer war als 1957. Die SPD gewann rd. 31 000 Stimmen hinzu. Die CDU hatte gegenüber 1957 einen Verlust von 52 000 Stimmen zu verzeichnen; ihr Verlust hat also noch größeres Gewicht, wenn man dabei berücksichtigt, daß die Gesamtzahl der

Wähler seit 1957 gestiegen ist. Den größten Gewinn erzielte die FDP, deren Stimmzahl 1961 die von 1957 um rd. 80 000 übertraf.

Diese Entwicklung von 1957 auf 1961 veranschaulicht die nachfolgende Tabelle, in der die Zahl der für die einzelnen Parteien abgegebenen gültigen Zweitstimmen zu der Gesamtzahl der Wahlberechtigten in Beziehung gesetzt wird. Bei dieser Betrachtungsweise wird die wechselnde Wahlbeteiligung ausgeschaltet. Gleichzeitig ist daraus zu erkennen, daß, von der Gesamtzahl der Wahlberechtigten her gesehen, der Anteil der überhaupt abgegebenen gültigen Stimmen mit 86,1% bei der Bundestagswahl 1961 nur geringfügig unter dem Anteil im Jahre 1957 (86,9%) liegt.

Anteil der gültigen Stimmen an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten

Bundestagswahl	SPD	CDU	FDP	Sonstige	Zusammen
Hamburg 1961	40,4	27,5	13,5	4,7	86,1
1957	39,8	32,5	8,2	6,4	86,9

Auf die drei großen Parteien entfielen insgesamt 94,5% aller gültigen Zweitstimmen. Die „sonstigen“ Parteien (GDP, DFU und DRP) konnten insgesamt knapp 66 000 gültige Stimmen oder 5,5% auf sich vereinigen, darunter die DFU allein über 43 000. Hervorgehoben sei, daß die GDP, in der sich die DP und der GB/BHE zusammengeschlossen hatten, bei der Bundestagswahl 1961 nur knapp 12 000 Zweitstimmen erhalten hatte, während diese beiden Parteien 1957 zusammen eine Stimmzahl von fast 71 000 erreichten. Keine der drei Splitterparteien konnte bei der Verrechnung der Zweitstimmen berücksichtigt werden, da jede von ihnen weniger als 5% der gültigen Zweitstimmen erhielt.

Die Wahlscheinwähler (einschließlich Briefwähler)

Mit der Einführung der Briefwahl seit der Bundestagswahl 1957 ist die Gesamtzahl der Wahlscheinwähler gegenüber 1949 und 1953 sprunghaft gestiegen und hat bei der Bundestagswahl 1961 noch weiter zugenommen. Gegenüber 27 970 Wahlscheinwählern, d. s. 2,6% der Wähler im Jahre 1953, wurden bei der Bundestagswahl 1961 insgesamt 91 416 Wahlscheinwähler (darunter 90 810 Briefwähler) festgestellt, das entspricht einem Anteil von 7,4% an der Gesamtzahl der Wähler.

Wahlscheinwähler

Jahre	In Wahlbezirken	Briefwähler	Zusammen	in % der Wähler überhaupt
1961	606	90 810	91 416	7,4
1957	708	73 800	74 508	6,3
1953	27 970	—	27 970	2,6
1949	16 179	—	16 179	1,7

Die Briefwähler in den Wahlkreisen

Der Anteil der Briefwähler an der Gesamtzahl der Wähler (7,4%) schwankt in den Hamburger Wahlkreisen zwischen 5,1% im Wahlkreis Nr. 21 (Harburg) und 9,2% im Wahlkreis Nr. 16 (Altona).

Die Bedeutung der Briefwahl in den Wahlkreisen

Wahlkreis Nr.	Wähler insgesamt	darunter Briefwähler	
		insgesamt	in % Sp. 1
	1	2	3
15	117 415	9 616	8,2
16	135 442	12 477	9,2
17	137 646	9 146	6,6
18	125 726	11 187	8,9
19	182 319	12 652	6,9
20	205 903	14 070	6,8
21	152 037	7 759	5,1
22	171 299	13 903	8,1
Zusammen	1 227 787	90 810	7,4

Seit der Einführung der Briefwahl im Jahre 1957 ist die Zahl der Wähler, die mit dem bisherigen Wahlschein noch in Wahllokalen wählen, nicht mehr von Bedeutung (1961 = 606), da die Wahlscheinwähler sich ganz überwiegend der Briefwahl bedienen. Erst durch die Briefwahl ist es einer Gruppe von Wahlberechtigten möglich geworden, sich an der Wahl überhaupt zu beteiligen, die bei früheren Wahlen wegen Abwesenheit, infolge von Krankheit oder Gebrechlichkeit nicht an den Wahlen teilnehmen können. Von den über 91 000 Wahlbriefen, die bei der Bundestagswahl 1961 ausgestellt waren, wurden

- etwa 20% im Ausland,
- 40% außerhalb des Heimatwahlkreises,
- 30% im Heimatwahlkreis zur Post gegeben und
- 10% bei den Kreiswahlleitern unmittelbar abgegeben.

Die Einführung der Briefwahl hat dazu beigetragen, eine verhältnismäßig hohe Wahlbeteiligung zu erreichen. Hier handelt es sich überdies um einen Kreis von Wählern, die bewußt nicht auf ihr Wahlrecht verzichten wollen. Das läßt sich auch daraus erkennen, daß bei der Bundestagswahl 1961 von 95 807 ausgestellten Wahlbriefen 93 318 eingegangen sind, d. h. hier haben sich über 97% (1957 = 98%) an der Wahl beteiligt gegenüber nur 82% bei den übrigen Wählern, die in Wahlbezirken gewählt haben. Außerdem machte der Anteil der ungültigen Stimmen bei den Briefwählern nur 1,4% aus gegenüber 2,9% in den Wahlbezirken.

Da von allen Wahlscheinwählern der Anteil der Briefwähler über 99% betrug, sollte man sich überlegen, bei künftigen Wahlen den Wahlschein zur Stimmabgabe in einem Wahlbezirk ganz wegfällen zu lassen. Der Anteil der Briefwähler wird voraussichtlich von Wahl zu Wahl an Gewicht zunehmen. Da es für die Parteien von Bedeutung ist, zu wissen, wie sich diese Wählergruppe bei der Stimmabgabe verhalten hat, soll im folgenden näher darauf eingegangen werden.

Insgesamt mußten einschließlich der 283 verspätet eingegangenen Wahlbriefe bei der Bundestagswahl 1961 nur noch 2 508 oder 2,7% zurückgewiesen werden gegenüber 4,8% bei der Bundestagswahl 1957. Auf Grund der Erfahrungen bei der Wahl 1957 wurde durch entsprechende Aufdrucke auf den Briefwahlunterlagen versucht, die Briefwähler vor fehlerhaftem Verhalten zu bewahren. Da inzwischen auch bei der Bürgerschaftswahl die Briefwahl eingeführt

Wahlbriefe

Jahre	Ausgestellte Wahlbriefe insgesamt	Eingegangene Wahlbriefe		Zurückgewiesene Wahlbriefe		davon				Gültige Wahlbriefe	
		insgesamt	in % Sp. 1	insgesamt	in % Sp. 2	verspätet eingegangen	nach BWO § 72 Abs. 2			insgesamt	in % Sp. 2
							Nr. 1 ¹⁾		Nr. 2-4 ²⁾		
		Zahl	in % Sp. 4								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1961	95 807	93 318	97,4	2 508	2,7	283	2 072	82,6	153	90 810	97,3
1957	79 122	77 530	98,0	3 730	4,8	177	2 707	72,6	846	73 800	95,2

¹⁾ Dem Wahlbrief war kein gültiger Wahrschein beigefügt oder es fehlte die eidesstattliche Versicherung. — ²⁾ Die Wähler waren nicht im Wahrscheinverzeichnis eingetragen oder Wahlbrief, Wahlumschlag bzw. Stimmzettel waren nicht bestimmungsgemäß behandelt.

wurde, hat sich ein immer größerer Kreis von Wählern mit dem Briefwahlverfahren vertraut gemacht. Der ganz überwiegende Teil, nämlich 2 072 oder 82,6% der zurückgewiesenen Wahlbriefe konnte nicht berücksichtigt werden, weil „dem Wahlumschlag kein gültiger Wahrschein oder kein mit der eidesstattlichen Versicherung versehener Wahrschein beigefügt war“. Es muß also versucht werden, die Briefwähler bei künftigen Wahlen über diesen Punkt weiter aufzuklären. Der Anteil der aus sonstigen

Gründen zurückgewiesenen Wahlbriefe, der 1957 noch 22% betrug, fällt jetzt kaum noch ins Gewicht.

Diese Entwicklung für Hamburg insgesamt spiegelt sich auch in den einzelnen Wahlkreisen wider, und zwar liegt der Anteil der zurückgewiesenen Wahlbriefe für 1961 mit Ausnahme im Wahlkreis Nr. 18 (3,1%) sehr nahe am Hamburger Gesamtdurchschnitt, während sich im Jahre 1957 größere Abweichungen ergaben.

Zurückgewiesene Wahlbriefe (in % der eingegangenen)

Jahre	Wahlkreis Nr.									
	15	16	17	18	19	20	21	22	zusammen	
1961	2,6	2,7	2,6	3,1	2,6	2,7	2,7	2,5	2,7	
1957	6,1	4,4	5,2	5,5	4,5	4,4	3,5	4,8	4,8	

Die Briefwahlergebnisse

Die von Wahl zu Wahl zunehmende Bedeutung, die die Stimmabgabe durch Briefwahl bei den Wählern gewinnt, läßt sich an dem Anteil der jeweils gültigen Briefwahlstimmen an den für die einzelnen Parteien insgesamt abgegebenen Stimmen erkennen.

Gegenüber der Bundestagswahl 1957, bei der in Hamburg von allen abgegebenen gültigen Stimmen 6,3% auf Briefwahlstimmen entfielen, waren es 7,5% im Jahre 1961. Für jede der drei großen Parteien wurden bei der Bundestagswahl 1961 anteilig mehr Stimmen durch Briefwahl abgegeben. Nur bei den sonstigen Parteien ging der Briefwahlanteil (von 6,7% auf 5,7%) zurück.

Anteile der gültigen Briefwahlstimmen an der Gesamtstimmzahl der Parteien

Bundestagswahl	SPD	CDU	FDP	Sonstige Parteien
1961	5,6	9,3	10,2	5,7
1957	4,2	8,4	7,9	6,7

Die Wahlergebnisse der Briefwähler weichen auch 1961, wie schon bei der Bundestagswahl 1957, in ihrer Zusammensetzung nach Parteien von dem entsprechenden Ergebnis in den Wahlbezirken ab und haben sich auch gegenüber den Briefwahlergebnissen 1957 verändert.

Briefwahlergebnisse (Zweitstimmen)

Wahlergebnisse	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf:							
	SPD		CDU		FDP		Sonstige Parteien	
	1961	1957	1961	1957	1961	1957	1961	1957
Briefwahl	35,1	30,7	39,4	49,7	21,3	11,8	4,2	7,8
Urnenwahl	47,9	46,8	31,3	36,6	15,2	9,3	5,6	7,3
Hamburg insgesamt . .	46,9	45,8	31,9	37,4	15,7	9,4	5,5	7,4

Zwar konnte die CDU bei beiden Wahlen den größten Anteil von den gültigen Briefwahlstimmen auf sich vereinigen, aber dadurch ihren Anteil am Gesamtergebnis nur wenig verbessern. Gegenüber 1957 ging ihr Anteil von fast 50% auf unter 40% zurück. Entgegengesetzt verlief die Entwicklung bei der SPD. Sie konnte ihren Anteil an den gültigen Briefwahlstimmen gegenüber 1957 über das Ausmaß bei den Wahlbezirksergebnissen zwar erheblich verbes-

sern; das Gesamtergebnis wurde jedoch durch die Briefwahlstimmen verschlechtert, weil es unter den Wahlbezirksergebnissen lag. Bei der FDP lagen – wie bei der CDU – die Briefwahlergebnisse anteilmäßig über den Ergebnissen in den Wahlbezirken, außerdem war der Anteil der FDP-Stimmen um fast 10% höher als 1957. Das Gesamtergebnis der FDP-Anteile wurde also durch die Briefwahlstimmen bei beiden Wahlen leicht verbessert.

Die Anteile an den Briefwahlstimmen und an den Stimmen in den Wahlbezirken lagen für die „sonstigen“ Parteien verhältnismäßig nahe beieinander, so daß sich das Gesamtergebnis kaum veränderte.

Verteilung der Sitze auf die Parteien

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Gesamtzahl der auf die einzelnen Länder entfallenden Mandate überhaupt sowie die Unterverteilung auf die einzelnen Parteien ist das Wahlergebnis auf Grund der Zweitstimmen. Abgesehen von den sogen. „Überhangmandaten“, die einer Partei dann verbleiben, wenn sie durch die Erststimme in den Wahlkreisen eines Landes mehr Mandate errungen hat als ihr auf Grund der Verteilung nach den Zweitstimmen zustehen würden, entscheidet ausschließlich das Ergebnis der Zweitstimmen über die Verteilung der 494 Bundestagsmandate auf die einzelnen Länder und Parteien. Da aber gerade bei den Zweitstimmen der Anteil der ungültigen Stimmen verhältnismäßig hoch ist und von Wahl zu Wahl zugenommen hat, muß der Wähler künftig mehr als bisher darüber aufgeklärt werden, daß eine nichtabgegebene Zweitstimme letzten Endes einer Nichtbeteiligung an der Wahl gleichkommt.

Da über die Methode der Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen auf Grund der Zweitstimmen immer noch Unklarheiten bestehen, soll das Verfahren hier kurz geschildert werden.

Nach dem Bundeswahlgesetz haben die einzelnen Parteien die Möglichkeit, ihre Landeslisten durch einen entsprechenden Antrag an den Bundeswahlleiter zu einer Art „Bundesliste“ zu verbinden. Von diesem Recht haben alle Parteien – wie auch 1957 – Gebrauch gemacht. Die Errechnung der Sitze wird vom Bundeswahlleiter vorgenommen, d. h. also, die Zahl der Sitze, die das einzelne Land erhält, und ihre Verteilung auf die einzelnen Parteien kann erst festgestellt werden, wenn beim Bundeswahlleiter das Wahlergebnis der Zweitstimmen für den letzten Wahlkreis des Bundes eingegangen ist.

Danach werden die Zweitstimmen jeder Partei eines jeden Landes zu je einer Bundeszahl zusammengerechnet, so daß für jede Partei im ganzen Bundesgebiet eine Gesamtzahl vorliegt. Nachdem alle diejenigen Parteien, die nicht mindestens 5% der gültigen Stimmen oder 3 Direktmandate in Wahlkreisen errungen haben, ausgesondert sind, wird nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt die Verteilung der Mandate auf die einzelnen Parteien im Bundesgebiet insgesamt vorgenommen. Dabei ergaben sich bei der Bundestagswahl 1961 für die SPD insgesamt 190 Sitze, für die CDU 187 Sitze, für die FDP 67 Sitze und für die CSU 50 Sitze. Nach dem gleichen Verfahren werden danach diese den Parteien zustehenden Sitze auf die einzelnen Landeslisten verteilt. Auf Hamburg entfielen hiernach insgesamt 18 Bundestagsmandate, und zwar 9 auf die SPD, 6 auf die CDU und 3 auf die FDP. Von den 9 Sitzen der SPD waren bereits 8 Bewerber in den Wahlkreisen gewählt, so daß außerdem noch 1 Bewerber, der auf dem Wahlvorschlag der Landesliste stand, gewählt war. Von der CDU und der FDP wurden nur Bewerber auf Landeslisten gewählt.

Bei der Bundestagswahl 1961 erhielt Hamburg einen Sitz weniger als 1957. Nach Berechnungen, die im Statistischen Landesamt angestellt wurden, wäre Hamburg erst nach der Verteilung von weiteren 9 Sitzen mit einem 19. Bewerber zum Zuge gekommen, und zwar dann für die SPD.

Die Zahl der Abgeordneten, die auf ein Land bei einer Bundestagswahl entfallen, hängt nicht nur von der Höhe der Wahlbeteiligung in dem betreffenden Land ab, sondern entscheidend ist hier der Anteil der Wähler des jeweiligen Landes an der Gesamtzahl der bei der Verrechnung auf Bundesebene zu berücksichtigenden gültigen Zweitstimmen. Der Verlust des 19. Sitzes für Hamburg ist darauf zurückzuführen, daß die rd. 66 000 Stimmen der „sonstigen“ Parteien 1961 unberücksichtigt bleiben mußten, während bei der Bundestagswahl 1957 unter den „sonstigen“ Parteien die DP allein über 54 000 Stimmen auf sich vereinigen und damit einen Sitz erringen konnte.

Die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft am 12. November 1961

Gesetzliche Grundlagen

Auf Grund der Erfahrungen bei der Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft und bei der Wahl der Bezirksverordneten zu den Bezirksausschüssen am 10. November 1957 war es erforderlich geworden, die entsprechenden Wahlgesetze und die Wahlordnung in einigen Punkten abzuändern. Alle wesentlichen Vorschriften des Bürgerschaftswahlgesetzes von 1956, insbesondere das Wahlsystem (reine Verhältniswahl mit gebundenen Listen und die 5%-Klausel) blieben unverändert mit Ausnahme der Vorschriften über die Wählbarkeit der öffentlichen Bediensteten. Bei der Neufassung der Wahlgesetze wurde angestrebt, die entsprechenden Bestimmungen soweit wie möglich dem Wahlrecht zum Bundestag anzugleichen, um allen an der Wahl beteiligten Personen: den Wahlberechtigten, den Mitgliedern der Wahlausschüsse und Wahlvorstände sowie der Verwaltung das Umdenken zu ersparen und damit

die Arbeit zu erleichtern, vor allem in Anbetracht des kurzen Zeitraums, der zwischen der Bundestagswahl und den Hamburger Wahlen liegt.

Die wichtigsten Neuerungen gegenüber den Wahlgesetzen von 1956 waren folgende:

- a) Wahlberechtigt zu den Hamburger Wahlen ist nur noch derjenige, der seit mindestens 3 Monaten seinen „Hauptwohnsitz“ (statt Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt) im Staatsgebiet hat, um zu verhindern, daß jemand durch die Begründung mehrerer Wohnsitze zur Volksvertretung in allen diesen Ländern wählen und gewählt werden kann.
- b) Inhaber von Wahlscheinen können ihr Wahlrecht nunmehr für beide Wahlen ausüben; dem Wahlscheininhaber wird damit das Recht der Stimmabgabe zu den Bezirksverordnetenwahlen innerhalb seines Wohnbezirks gegeben.

- c) Die Beschränkung der Briefwahl auf diejenigen, die sich am Wahltag außerhalb Hamburgs aufhalten, wurde auf „außerhalb des Gebietes des Bezirksamts“ abgeändert. Ferner wurde – entsprechend den Bestimmungen im Bundeswahlgesetz – auch den „Kranken und Gebrechlichen“ die Möglichkeit, brieflich zu wählen, gewährt.
- d) Entsprechend dem Bundeswahlrecht sind nunmehr mit Zuchthaus bestrafte Personen auch in Hamburg nicht mehr wählbar (§ 10 Abs. 2, Nr. 2).
- e) Auch für die Hamburger Wahlen ist künftig der Nachweis zu erbringen, daß die Parteien bei der Bewerberaufstellung ein demokratisches Wahlverfahren anwenden.
- f) Durch die Verbindung des Stimmzettels für die Bürgerschaftswahl mit dem Stimmzettel für die Wahl der Bezirksverordneten zu den Bezirksausschüssen sollen Unregelmäßigkeiten der Stimmzählung verhindert werden, wie sie bei den Wahlen 1957 vorgekommen sind.
- g) Die bisherige Regelung der Wählbarkeit der Angehörigen des öffentlichen Dienstes ist präziser formuliert und die Beschränkung in der Wählbarkeit für Beamte, die Hoheitsbefugnisse unter den Voraussetzungen des § 13 Abs. 1 ausüben, gleichermaßen auch auf die Angestellten ausgedehnt worden.

Wahlbezirke

Die Wahl der hamburgischen Bürgerschaft fand am 12. November 1961 statt. Die Freie und Hansestadt Hamburg bildete wieder – wie 1957 – einen Wahlkreis.

Die Wahlbezirke für die Hamburger Wahlen entsprachen den Wahlbezirken bei der Bundestagswahl. Es wurde in 1349 Wahlbezirken (darunter 8 Anstaltsbezirken) gewählt.

Wahlvorschläge

Die Bürgerschaft besteht aus 120 Abgeordneten, die nach dem Grundsatz der Verhältniswahl mit gebundenen Listen gewählt werden.

Vom Landeswahlausschuß wurden am 20. Oktober 1961 die Wahlvorschläge folgender Parteien zugelassen:

- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
- Christlich-Demokratische Union (CDU)
- Freie Demokratische Partei (FDP)
- Deutsche Reichs-Partei (DRP)
- Deutsche Gemeinschaft (DG)
- Deutsche Friedens-Union (DFU)

Zugelassene Bewerber

Bewerber	Anzahl	davon					
		SPD	CDU	FDP	DRP	DG	DFU
Bewerber insgesamt . . .	256	94	77	42	10	5	28
darunter Frauen	37	17	8	6	—	—	6

Wählerverzeichnis

Da nach den Bestimmungen der Bundeswahlordnung auch der Vermerk über die Stimmabgabe in den Wählerverzeichnissen dem Wahlgeheimnis unterliegt, konnten die bei der Bundestagswahl verwen-

deten Wählerverzeichnisse für die Bürgerschaftswahl nicht verwendet werden. Um die mit der Bundestagswahl verbundene Verwaltungsarbeit soweit wie möglich auch für diese Wahlen zu nutzen, diente als Grundlage für die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft und die Wahl der Bezirksverordneten zu den Bezirksausschüssen ein Durchschlag des Wählerverzeichnisses der Bundestagswahl, in dem alle inzwischen eingetretenen Veränderungen (wie Sterbefälle, Fortzüge, Umzüge) nachgetragen und die für die Bürgerschaftswahlen nicht wahlberechtigten Personen gestrichen worden waren.

Wahlberechtigte, Wähler, Wahlbeteiligung

Bürger-schaftswahl	Wahl-berechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung in % der Wähler	
			Bürger-schafts-wahl	Bundes-tags-wahl
1949	1 151 566	811 778	70,5	81,2
1953	1 261 352	1 020 220	80,9	86,2
1957	1 346 260	1 040 584	77,3	89,2
1961	1 384 546	1 000 784	72,3	88,6

Die Zahl der Wahlberechtigten liegt mit 1 384 546 um rd. 2 000 niedriger als bei der Bundestagswahl 1961, die 8 Wochen früher stattfand. Zwar sind in dieser Zeit neue Wähler hinzugekommen, die inzwischen das 21. Lebensjahr erreicht hatten, aber der Rückgang war größer; u. a. mußten alle Personen abgesetzt werden, die bis zum Wahltag noch nicht 3 Monate lang ihren Hauptwohnsitz im Hamburger Staatsgebiet nachweisen konnten. Bemerkenswert ist, daß bei einer Zunahme der Zahl der Wahlberechtigten seit 1957 um fast 40 000 die Zahl der Wähler 1961 um über 40 000 niedriger lag als damals. Die Wahlbeteiligung ist entsprechend von 77,3% im Jahre 1957 auf 72,3% bei der Bürgerschaftswahl 1961 zurückgegangen. Bei jeder Bürgerschaftswahl seit 1949 war die Wahlbeteiligung erheblich niedriger als bei den jeweils kurz vorher stattfindenden Bundestagswahlen. Infolge des kurzen Zeitraums zwischen beiden Wahlen muß mit einer gewissen Wahlmüdigkeit gerechnet werden; zudem ist offenbar das allgemeine Interesse der Wählerschaft an Wahlen für das Landesparlament stets geringer als bei der Entscheidung über Bundestagswahlen, wenn nicht im Lande eine besondere aktuelle Frage die Wählerschaft anspricht und zur Teilnahme an der Wahl aufrüttelt, wie z. B. in Hamburg 1953 die Frage der 6- oder 4-jährigen Grundschule eine Rolle gespielt haben dürfte. Obgleich damals die Zahl der Wahlberechtigten um 123 000 niedriger lag als 1961, hatten rd. 20 000 Wahlberechtigte mehr als 1961 ihre Stimme abgegeben, so daß der Abstand in der Wahlbeteiligung zwischen der Bundestagswahl und der Bürgerschaftswahl 1953 verhältnismäßig gering war (86,2% : 80,9%). Der größte Abstand in der Wahlbeteiligung liegt bei den Wahlen im Jahre 1961: Einer Wahlbeteiligung von 88,6% bei der Bundestagswahl steht eine Wahlbeteiligung von nur 72,3% bei der Bürgerschaftswahl gegenüber.

Das Wahlergebnis

Lag bei den Wahlen 1949 der Anteil der ungültigen Stimmen an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen bei der Bürgerschaftswahl höher als bei

der Bundestagswahl (1949 hatte jeder Wähler bei der Bundestagswahl nur 1 Stimme), so wurden seit 1953 bei jeder Bürgerschaftswahl verhältnismäßig weniger ungültige Stimmen abgegeben als bei der Bundestagswahl in demselben Jahr, und zwar lag der Anteil noch unter dem Anteil für Erststimmen. Nur 1,2% der abgegebenen Stimmen waren bei der Bürgerschaftswahl 1961 noch ungültig (Bundestagswahl Erststimmen = 1,5%).

Anteil der ungültigen Stimmen an den abgegebenen Stimmen

Art der Wahlen	1949 1953 1957 1961			
	1949	1953	1957	1961
Bürgerschaftswahl	2,8	1,2	1,4	1,2
dagegen Bundestagswahl	2,3 ¹⁾	3,5	1,6	1,5

¹⁾ Bundestagswahl 1949 nur 1 Stimme.

Gültige Stimmen nach Parteien

Art der Wahlen	Von den gültigen Stimmen entfielen auf die			
	SPD	CDU	FDP	Sonstigen Parteien

Grundzahlen

Bürgerschaftswahl	1961	567 793	287 619	95 061	38 340
	1957	553 390	330 991	88 201	53 942
dagegen Bundestagswahl	1961	560 038	380 613	187 255	65 831

Verhältniszahlen

Bürgerschaftswahl	1961	57,4	29,1	9,6	3,9
	1957	53,9	32,2	8,6	5,3
dagegen Bundestagswahl	1961	46,9	31,9	15,7	5,5

Bei nahezu der gleichen Zahl von Wahlberechtigten (rd. 1 385 000) hatten sich an der Bürgerschaftswahl am 12. November 1961 rd. 227 000 Wähler weniger beteiligt als an der Bundestagswahl 1961. Trotz dieses erheblichen Rückgangs an Wählern konnte die SPD gegenüber 1957 noch rd. 8 000 Stimmen hinzugewinnen. Die Stimmenverluste der CDU in diesem Zeitraum (rd. 93 000) und der FDP (rd. 92 000) sind also nicht ausschließlich auf die geringere Wahlbeteiligung zurückzuführen. Auch die besonderen Verhältnisse in der Landespolitik dürften manchen Wähler veranlassen, seine Stimme bei der Wahl des Landesparlaments einer anderen Partei zu geben als bei der Wahl zum Bundestag. Eine Ausnahme zeigt der hohe Stimmenrückgang der FDP auf fast die Hälfte ihrer Stimmenzahl, die sie bei der Bundestagswahl errungen hatte; hier dürfte die Politik der FDP auf Bundesebene unmittelbar

im Anschluß an die Bundestagswahl Einfluß genommen haben.

Durch diese Entwicklung – mehr Stimmen bei geringerer Wahlbeteiligung – konnte die SPD ihren Anteil an den gültigen Stimmen von 46,9% bei der Bundestagswahl 1961 auf 57,4% bei der Bürgerschaftswahl erhöhen und damit drei Fünftel aller Abgeordnetensitze erringen.

Sitzeverteilung

Wahlen	Von den 120 Sitzen entfielen auf		
	SPD	CDU	FDP
Bürgerschaftswahl			
1961	72	36	12
1957	69	41	10

Die Wahlscheinwähler

Die Stimmabgabe auf Wahlschein war bei den Bürgerschaftswahlen seit 1949 stets geringer als bei den Bundestagswahlen. Das lag einmal daran, daß die Bürgerschaftswahlen im November stattfanden, während zum Bundestag in einem Reisemonat gewählt wurde. Zum anderen waren die Möglichkeiten, mit Hilfe eines Wahlscheins zu wählen, bei den Bürgerschaftswahlen bis 1957 nicht in dem Ausmaß möglich wie bei den Bundestagswahlen. Bis 1953 konnte mit einem Wahlschein nur zur Bürgerschaft gewählt werden, dagegen nicht zu der gleichzeitig stattfindenden Wahl der Bezirksverordneten. Für beide Wahlen ist die Wahlschein-Stimmabgabe erstmalig 1961 zugelassen.

Außerdem war die Briefwahl, die Hamburg als erstes Bundesland bereits 1957 einfuhrte, zunächst auf diejenigen Wähler beschränkt, die sich am Wahltag außerhalb des Staatsgebiets aufhielten. Erst 1961 waren die Bestimmungen auf Wähler ausgedehnt, die sich am Wahltag außerhalb des Gebiets ihres Bezirksamts aufhielten sowie auf Kranke und Gebrechliche, die den Wahlraum nicht aufsuchen können.

1957 wählten bei der Bürgerschaftswahl noch rd. 8 500 Wahlberechtigte durch Abgabe ihres Wahlscheins in Wahllokalen und außerdem rd. 11 500 durch Briefwahl. Bei der Bürgerschaftswahl 1961 jedoch spielte die Zahl der Wähler, die mit dem früher üblichen Wahlschein wählten (150) – wie auch bei der Bundestagswahl 1961 (606) –, kaum noch eine Rolle. Wie der Briefwähler bei der Bundestagswahl seine Wahlscheinstimme nur an den zuständigen Kreiswahlleiter seines Heimatwahlkreises einsenden konnte, so war die Briefwahlstimme bei der Bürgerschaftswahl vom Wähler dem für seinen Wohnbezirk in Hamburg zuständigen Bezirkswahlleiter zuzustellen, damit er gleichzeitig die Bezirksverordneten seines Wohnbezirks wählen konnte.

Anteil der Wahlscheinwähler an den Wählern

Wahlen zu	1949		1953		1957				1961			
	Zahl	in %	Zahl	in %	Wahlscheinwähler	Briefwähler	zus.	in %	Wahlscheinwähler	Briefwähler	zus.	in %
Bürgerschaft Bundestag	10 069	1,2	8 288	0,8	8 557	11 697	20 254	1,9	150	26 888	27 038	2,7
	16 179	1,7	27 970	2,6	708	73 800	74 508	6,3	606	90 810	91 416	7,4

Die Briefwähler

Da die Briefwahlunterlagen erstmalig bei der Bürgerschaftswahl 1961 nach den gleichen Grundsätzen ausgegeben wurden wie bei den Bundestagswahlen, ist ein Vergleich über das Verhalten der Briefwähler nur für die Wahlen im Jahre 1961 möglich. Einschließlich der 59 verspätet eingegangenen Wahlbriefe mußten insgesamt 1 038 oder 3,7% zurück-

gewiesen werden, also eine größere Quote als bei der Bundestagswahl 1961 (2,7%). Auch bei der Bürgerschaftswahl wurde der größte Teil der zurückgewiesenen Wahlbriefe (88,6% gegenüber 82,6% bei der Bundestagswahl 1961) beanstandet, weil „dem Wahlumschlag kein gültiger Wahlschein oder kein mit der vorgeschriebenen eidesstattlichen Versicherung versehener Wahlschein beigelegt“ war (WO § 57, Absatz 2 Nr. 2).

Wahlbriefe

1961	Eingegangene Wahlbriefe	Zurückgewiesene Wahlbriefe		darunter			Gültige Wahlbriefe	
		Zahl	in % Sp. 1	verspätet eingegangen	mit ungültigem Wahlschein	Sp. 5 in % Sp. 2	insges.	in % Sp. 1
Bürgerschaftswahl	93 318	2 508	2,7	283	2 072	82,6	90 810	97,3
Bundestagswahl	27 926	1 038	3,7	59	920	88,6	26 888	96,3

Die Briefwahlergebnisse

Wie schon bei den Ergebnissen der Bundestagswahl 1961 festgestellt wurde, weichen auch bei der Bürgerschaftswahl die Briefwahlergebnisse von den entsprechenden Ergebnissen in den Wahllokalen ab, und zwar zeigt sich auch hier die gleiche Tendenz wie bei der Bundestagswahl, daß nämlich der Anteil der SPD an den Briefwahlstimmen geringer, die Anteile der CDU und der FDP dagegen höher liegen als ihre Stimmenanteile an den Wahlbezirksergebnissen.

Die Ergebnisse beider Wahlen in den Jahren 1957 und 1961 lassen jedoch erkennen, daß die rd. 90 000 bzw. 74 000 Briefwähler bei den Bundestagswahlen und die erheblich geringere Zahl von rd. 27 000 bzw. 20 000 Briefwählern bei den Bürgerschaftswahlen sich in ihrer politischen Meinungsäußerung durch den Stimmzettel sehr verschieden verhalten haben. Es hat sich auch nicht bestätigt, wie 1957 zunächst angenommen werden konnte, daß die CDU unter den Briefwählern erheblich mehr Anhänger haben würde als die SPD.

Wahlen	Briefwähler in % der Wahlberechtigten	Stimmenanteile der			
		SPD	CDU	FDP	Sonstigen Parteien
Bürgerschaftswahl 1961	2,0	48,5	35,9	12,8	2,8
1957	0,9	40,4	43,7	10,3	5,6
Bundestagswahl 1961	6,7	35,1	39,4	21,3	4,2
1957	5,8	30,7	49,7	11,8	7,8

Während die CDU bei der Bundestagswahl 1957 fast die Hälfte aller Briefwahlstimmen, die SPD noch nicht ein Drittel für sich buchen konnte, war das Verhältnis bei der Bürgerschaftswahl 1961 nahezu umgekehrt. Der Anteil der FDP an den Briefwahlstimmen erreichte bei der Bundestagswahl 1961 rd. 21%, ging aber in den wenigen Wochen bis zur Bürgerschaftswahl bereits wieder fast auf den alten Stand zurück.

Die Wahl der Bezirksverordneten zu den Bezirksausschüssen am 12. November 1961

Auf die gesetzlichen Grundlagen wurde z. T. bereits bei der Behandlung der Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft eingegangen. Die wichtigsten Veränderungen gegenüber dem Bezirksausschußwahlgesetz von 1956 sind folgende:

- In das Gesetz über die Wahl der Bezirksverordneten zu den Bezirksausschüssen von 1961 (BVWG) wurden sämtliche erforderlichen Bestimmungen aufgenommen, um ein selbständiges Wahlgesetz zu schaffen. In der Vergangenheit bestanden oft Zweifel, inwieweit beim Fehlen einer entsprechenden Bestimmung im BVWG die Bestimmungen des Gesetzes über die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft „sinngemäß“ entsprechend der bisherigen Generalklausel des § 1, Absatz 2 anzuwenden waren.
- Der Wahlschein ist nicht wie bisher nur für die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft, sondern nun auch für die Bezirksausschußwahl gültig.

- Von der neuen Bestimmung in § 27, Absatz 4 des Bürgerschaftswahlgesetzes, nach der der Stimmzettel für die Bürgerschaftswahl mit dem Stimmzettel für die Wahl der Bezirksverordneten zu den Bezirksausschüssen verbunden werden kann, wurde bei den Wahlen 1961 Gebrauch gemacht.

Wie die Abgeordneten der Bürgerschaft werden auch die Bezirksverordneten nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit gebundenen Listen gewählt. Auch bei dieser Wahl gilt die 5%-Klausel.

Jeder Bezirk bildet einen Bezirkswahlkreis. Die Wahlbezirksgrenzen sowie die Wählerverzeichnisse für die Bürgerschaftswahl gelten gleichzeitig für die Bezirksausschußwahl.

Für die Wahl der Bezirksverordneten zu den Bezirksausschüssen wurden – mit Ausnahme der Deutschen Gemeinschaft – in allen 8 Bezirken von denselben Parteien Bezirkswahlvorschläge zugelassen wie bei der Bürgerschaftswahl.

Wahlbeteiligung

Wahl-jahre	Wahl-berechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	
			Bezirksver- ordneten- wahl	Bürger- schaftswahl
1949	1 141 790	801 879	70,2	70,5
1953	1 261 352	1 011 982	80,2	80,9
1957	1 337 060	1 031 763	77,2	77,3
1961	1 384 546	1 000 784	72,3	72,3

Die durchschnittliche Wahlbeteiligung für alle 8 Bezirke entspricht mit 72,3 % der Wahlbeteiligung bei der Bürgerschaftswahl. Die geringere Wahlbeteiligung bei früheren Wahlen war darauf zurückzuführen, daß damals Inhaber von Wahlscheinen ihre Stimme nur für die Bürgerschaftswahl abgeben konnten.

Wahlbeteiligung in den Bezirken

Jahre	Hamburg- Mitte	Altona	Eimsbüttel	Hamburg- Nord	Wandsbek	Bergedorf	Harburg	Hamburg zus.
1961	69,9	72,0	70,9	73,6	72,8	75,5	73,2	72,3
1957	74,0	77,3	76,0	78,8	77,8	80,3	77,6	77,3
dagegen: Bundestags- wahl 1961 ¹⁾	81,4	81,1	80,6	81,1	83,1	84,5	85,5	82,0

¹⁾ Ohne Briefwahl; Hamburg insgesamt einschl. Briefwahl = 88,6 %.

Die Höhe der Wahlbeteiligung in den einzelnen Bezirken ist sehr unterschiedlich. Sie schwankt für 1961 zwischen 69,9 % in Hamburg-Mitte und 75,5 % in Bergedorf. Auch bei den Bezirksverordnetenwahlen 1957 wiesen diese beiden Bezirke die niedrigste bzw. höchste Wahlbeteiligung aus. Den erheblichen Rückgang in der Wahlbeteiligung gegenüber der

Bundestagswahl 1961 zeigt ein Vergleich mit einer Gliederung der Bundestagswahlergebnisse nach den 7 Hamburger Bezirken. In Wirklichkeit war der Abstand noch größer, da die Briefwahlergebnisse nicht auf die Bezirke, sondern nur auf Wahlkreise aufgeteilt werden können.

Ungültige Stimmen

Wahlen	Hamburg- Mitte	Altona	Eimsbüttel	Hamburg- Nord	Wandsbek	Bergedorf	Harburg	Hamburg insgesamt
Bezirksverordnetenwahl 1961	3,7	3,4	3,2	3,2	3,2	3,9	3,0	3,3
1957	1,9	1,9	1,8	2,0	1,9	1,9	2,1	1,9
Bürgerschaftswahl 1961	1,1	1,1	1,2	1,2	1,3	1,4	1,3	1,2
Bundestagswahl 1961 ¹⁾ Erststimmen	1,7	1,4	1,4	1,4	1,6	1,8	1,7	1,5
Zweitstimmen	3,2	2,8	2,9	2,7	2,6	3,3	3,1	2,9

¹⁾ Ohne Briefwahl; Hamburg insgesamt mit Briefwahl Erststimme 1,5 Zweitstimme 2,8.

Zwar lag schon bei den Hamburger Wahlen im Jahre 1957 der Anteil der ungültigen Stimmen bei der Bürgerschaftswahl etwas niedriger als bei der Bezirksausschußwahl (1,4 %). Bei der Bezirksausschußwahl 1961 waren insgesamt 33 173 Stimmen oder 3,3 % ungültig, gegenüber nur 1,2 % bei der Bürgerschaftswahl. Diese hohe Zahl von ungültigen Stimmen gegenüber der Bürgerschaftswahl 1961 bestärkt die Annahme, wie sie bei dem Vergleich der ungültigen Erststimmen mit den ungültigen Zweitstimmen für die Bundestagswahl ausgesprochen wurde. Auch bei dieser Wahl gab der Wähler sich häufig mit der Abgabe nur einer Stimme auf der linken Seite des Stimmzettels zufrieden.

Für die SPD waren bereits bei den Bezirksausschußwahlen 1957 – mit Ausnahme von Eimsbüttel 49,8 % – in allen Bezirken mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen abgegeben. Die SPD konnte ihren Stimmenanteil 1961 weiter erhöhen, der nun zwischen 53,9 % in Eimsbüttel und 63,2 % in Hamburg-Mitte liegt. Ebenso hat die FDP ihren Stimmenanteil in allen Bezirken gegenüber 1957 erhöhen können, während der Anteil der gültigen Stimmen für die CDU in allen Bezirken niedriger als 1957 war. Insbesondere infolge der verhältnismäßig hohen Zahl von ungültigen Stimmen bei der Bezirksaus-

Die gültigen Stimmen nach Parteien und Bezirken

Bezirke	Wahljahr	Von den gültigen Stimmen entfielen auf die			
		SPD	CDU	FDP	Sonstigen Parteien
Grundzahlen					
Hamburg-Mitte	1961	93 021	36 474	11 269	6 491
	1957	95 628	41 622	10 806	7 060
Altona	1961	79 154	44 519	14 233	5 463
	1957	82 021	51 710	13 424	8 468
Eimsbüttel	1961	74 351	42 980	14 862	5 706
	1957	75 525	52 487	14 780	8 877
Hamburg-Nord	1961	128 791	71 451	25 126	8 947
	1957	126 478	86 749	25 645	12 928
Wandsbek	1961	88 030	48 702	17 105	5 822
	1957	77 293	48 829	14 413	8 238
Bergedorf	1961	22 640	13 478	4 029	1 180
	1957	21 962	15 367	3 573	2 776
Harburg	1961	64 209	26 649	8 530	4 399
	1957	62 637	29 589	7 384	5 288
Verhältniszahlen					
Hamburg-Mitte	1961	63,2	24,8	7,6	4,4
	1957	61,7	26,8	7,0	4,5
Altona	1961	55,2	31,1	9,9	3,8
	1957	52,7	33,2	8,6	5,5
Eimsbüttel	1961	53,9	31,2	10,8	4,1
	1957	49,8	34,6	9,7	5,9
Hamburg-Nord	1961	55,0	30,5	10,7	3,8
	1957	50,2	34,5	10,2	5,1
Wandsbek	1961	55,2	30,5	10,7	3,6
	1957	52,0	32,8	9,7	5,5
Bergedorf	1961	54,8	32,6	9,8	2,8
	1957	50,3	35,2	8,2	6,3
Harburg	1961	61,9	25,7	8,2	4,2
	1957	59,7	28,2	7,0	5,1

schußwahl veränderten sich – bei gleicher Wählerzahl – die Stimmanteile für die einzelnen Parteien gegenüber der gleichzeitig stattfindenden Bürger-

schaftswahl, wie aus der folgenden Übersicht zu ersehen ist.

1961	Gültige Stimmen überhaupt	davon entfielen auf							
		SPD		CDU		FDP		Sonstige Parteien	
		Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Bezirksausschußwahl	967 611	550 196	56,9	284 253	29,4	95 154	9,8	38 008	3,9
Bürgerschaftswahl	988 813	567 793	57,4	287 619	29,1	95 061	9,6	38 340	3,9

Die Sitzverteilung in den Bezirksausschüssen

Bezirke	Insgesamt	davon		
		SPD	CDU	FDP
Hamburg-Mitte	40	27	10	3
Altona	40	23	13	4
Eimsbüttel	40	23	13	4
Hamburg-Nord	40	23	13	4
Wandsbek	50	29	16	5
Bergedorf	40	23	13	4
Harburg	50	33	13	4

Die SPD hat wieder wie 1957 in allen 7 Hamburger Bezirken jeweils mehr als die Hälfte der Sitze errungen und, abgesehen von Altona, in allen Bezirken mehr Mandate erhalten als 1957. Die CDU verlor in allen Bezirken Sitze, die z. T. an die SPD und z. T. an die FDP fielen. Die übrigen Parteien erhielten weniger als 5% der abgegebenen gültigen Stimmen und blieben damit bei der Mandatverteilung unberücksichtigt.

Wilhelm Heinsohn

Gültige Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 1961 nach Wahlkreisen

Wahlkreis Nr.	Von den gültigen Erststimmen entfielen auf den Bewerber der							Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf die Landesliste der						
	SPD	CDU	FDP	GDP ¹⁾	DFU	DRP	Sonstigen	SPD	CDU	FDP	GDP ¹⁾	DFU	DRP	Sonstigen
Grundzahlen														
15	54 588	37 120	16 710	949	5 059	1 044	—	53 656	35 609	17 047	1 030	5 143	1 102	—
16	58 250	47 667	21 601	1 083	4 021	1 148	—	57 373	45 388	22 703	1 211	4 143	1 220	—
17	64 971	43 077	19 965	1 161	5 346	1 141	—	63 650	41 798	20 500	1 197	5 359	1 196	—
18	53 570	43 551	20 796	1 111	3 967	1 128	—	51 668	42 086	21 728	1 192	4 136	1 209	—
19	82 913	57 854	29 324	1 688	6 127	1 489	—	81 800	56 685	29 565	1 850	6 285	1 503	—
20	96 902	66 657	28 771	2 199	6 493	1 784	—	95 489	64 499	29 525	2 276	6 534	1 862	—
21	79 965	42 463	18 428	1 327	6 084	1 151	—	78 786	41 379	18 454	1 415	6 160	1 144	—
22	79 223	54 028	27 324	1 563	5 573	1 290	—	77 616	53 169	27 733	1 677	5 682	1 305	—
Insgesamt	570 382	392 417	182 919	11 081	42 670	10 175	—	560 038	380 613	187 255	11 848	43 442	10 541	—
dagegen 1957	538 847	445 149	105 558	63 787 ²⁾	—	8 369	4 370 ⁴⁾	528 645	432 262	108 451	70 901 ⁶⁾	—	9 050	4 950 ⁸⁾
Verhältniszahlen														
15	47,3	32,1	14,5	0,8	4,4	0,9	—	47,2	31,4	15,0	0,9	4,5	1,0	—
16	43,5	35,6	16,2	0,8	3,0	0,9	—	43,5	34,4	17,2	0,9	3,1	0,9	—
17	47,9	31,8	14,7	0,9	3,9	0,8	—	47,6	31,3	15,3	0,9	4,0	0,9	—
18	43,2	35,1	16,7	0,9	3,2	0,9	—	42,3	34,5	17,8	1,0	3,4	1,0	—
19	46,2	32,3	16,4	0,9	3,4	0,8	—	46,0	31,9	16,6	1,1	3,5	0,9	—
20	47,8	32,8	14,2	1,1	3,2	0,9	—	47,7	32,2	14,8	1,1	3,3	0,9	—
21	53,5	28,4	12,3	0,9	4,1	0,8	—	53,5	28,1	12,5	0,9	4,2	0,8	—
22	46,9	32,0	16,2	0,9	3,3	0,7	—	46,4	31,8	16,6	1,0	3,4	0,8	—
Insgesamt	47,2	32,4	15,1	0,9	3,5	0,9	—	46,9	31,9	15,7	1,0	3,6	0,9	—
dagegen 1957	46,2	38,2	9,0	5,5 ³⁾	—	0,7	0,4 ⁵⁾	45,8	37,4	9,4	6,2 ⁷⁾	—	0,8	0,4 ⁸⁾

1) Zusammenschluß von DP und GB/BHE.
 2) Davon DP = 48 837, GB/BHE = 14 950.
 3) Davon DP = 4,2 vH, GB/BHE = 1,3 vH.
 4) Davon BdD = 4 190, DG = 180.

5) Davon BdD = 0,4 vH, DG = 0,0 vH.
 6) Davon DP = 54 144, GB/BHE = 16 757.
 7) Davon DP = 4,7 vH, GB/BHE = 1,5 vH.
 8) BdD.

Repräsentative Wahlstatistik

zur Bundestagswahl und Bürgerschaftswahl 1961 in Hamburg

Verfahren der Wahlstatistik

Die Zusammensetzung des Parlaments ist das Ergebnis der Stimmabgabe oder auch der Nichtbeteiligung der Wahlberechtigten bei der Wahl. Aus dem Ausgang der Wahl ist aber nicht zu erkennen, in welchem Ausmaß die verschiedenen Gruppen der wahlberechtigten Bevölkerung am Zustandekommen des Ergebnisses beteiligt waren. Eine Möglichkeit zu Untersuchungen in dieser Richtung gibt der § 52 des Bundeswahlgesetzes vom 7. 5. 1956, der unter der Voraussetzung, daß das Wahlgeheimnis gewahrt bleibt, statistische Erhebungen über Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten, der Nichtwähler und der Wähler – letzterer vor allem auch in Kombination mit der gewählten Partei – ausdrücklich für zulässig erklärt. Daher wurde bei der Bundestagswahl am 17. 9. 1961 wie auch bei den Bundestagswahlen 1957 und 1953 in Hamburg und in den übrigen Ländern der Bundesrepublik eine repräsentative Erfassung der erforderlichen Tatbestände auf Stichprobenbasis mit teilweise verschiedenen hohen Erfassungsquoten in den Ländern durchgeführt. In Hamburg betrug die Quote 1957 rd. 1 % der Wahlberechtigten; um genauere Aussagen über die verschiedenen Zusammenhänge machen zu können, wurde der Auswahlsatz 1961 auf etwa 4 % erhöht. Die Erhöhung des Auswahlsatzes muß bei der Beurteilung der Abweichungen zwischen den Ergebnissen der Erhebungen von 1957 und 1961 berücksichtigt werden.

Die repräsentative Auswahl von rd. 4 % für Hamburg wurde gewonnen, indem 55 (von insgesamt 1 349) Wahlbezirke mit 56 306 Wahlberechtigten im Statistischen Bundesamt an Hand der Abstimmungsergebnisse der Bundestagswahl 1957 nach einem Zufallsystem ausgewählt wurden. Alle acht Hamburger Wahlkreise sind in der Stichprobe etwa gleich stark vertreten. Um einen Vergleich mit den Ergebnissen der repräsentativen Bundestagswahlstatistik 1957 und 1953 zu ermöglichen, wurden die damals mit der Stichprobe erfaßten 16 Stimmbezirke (rd. 1 % aller Wahlberechtigten), die in ihrer gebietlichen Abgrenzung unverändert geblieben sind, auch diesmal wieder in die Stichprobe einbezogen.

Als Unterlagen für die Untersuchungen dienten die Wählerverzeichnisse und die in den 55 Wahlbezirken durch besonderen Aufdruck für Männer und Frauen und für jeweils drei Altersgruppen unterschiedlich gekennzeichneten Stimmzettel. Jeder Wähler der 55 Wahlbezirke – mit Ausnahme der Briefwähler – erhielt einen seinem Geschlecht und Alter entsprechenden Stimmzettel.

An Hand der Wählerverzeichnisse für die 55 ausgewählten Wahlbezirke wurden die Zahlen der Wahlberechtigten, der Nichtwähler, der Personen, die einen Wahlschein angefordert hatten, und der Wähler, die ihre Stimme im zuständigen

Wahlbezirk abgegeben hatten, in der Untergliederung nach dem Geschlecht und nach den folgenden 7 Altersgruppen festgestellt:

21 bis unter 25 Jahre
25 " " 30 "
30 " " 40 "
40 " " 50 "
50 " " 60 "
60 " " 70 "
70 Jahre und älter.

Für die Auszählung der Stimmzettel waren dagegen, um das Wahlgeheimnis zu wahren, nur je 3 Altersgruppen für Männer und Frauen vorgesehen, nämlich:

21 bis unter 30 Jahre
30 " " 60 "
60 Jahre und älter.

Aus dieser Auszählung wurde auch erkennbar, welche Parteien mit der Erststimme und der Zweitstimme gewählt wurden und in welchem Ausmaß die Wähler von ihrem Recht, die beiden Stimmen zwei verschiedenen Parteien zu geben, Gebrauch gemacht hatten.

Für die Bürgerschaftswahl stehen ebenfalls Angaben über die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter durch Auszählungen aus den Wählerverzeichnissen der 55 Stichproben-Bezirke zur Verfügung. Eine Analyse der Stimmabgabe für diese Wahl war jedoch nicht möglich, da die rechtlichen Voraussetzungen bei der Bürgerschaftswahl fehlten.

Die Repräsentation

Bevor die Ergebnisse der Wahlstatistik im einzelnen besprochen werden, muß überprüft werden, inwieweit die Zusammensetzung der Wahlberechtigten und der Wähler nach Alter und Geschlecht in den Stichproben-Bezirken als repräsentativ angesehen werden kann. Trifft dies zu, so kann man darauf vertrauen, daß auch die weiteren Erkenntnisse, die aus den Ergebnissen der Stichprobe gezogen werden können, im Rahmen des durch die Repräsentation bedingten Fehlerbereiches stichhaltig sind.

Der Vergleich der Altersgliederung der wahlberechtigten Bevölkerung in den ausgewählten Wahlbezirken mit der der allgemeinen Bevölkerungsfortschreibung (31. 12. 1960) zeigt, daß die jüngeren und mittleren Jahrgänge (21 bis unter 50 Jahre) in der Stichprobe zu wenig, die älteren Jahrgänge der Wahlberechtigten (ab 50 Jahre) dagegen zu häufig vertreten sind. Auch die Stichprobe für die repräsentative Bundestagswahlstatistik 1957 zeigte ähnliche Abweichungen vom Fortschreibungsergebnis. Die Gründe für diese Diskrepanz liegen zum

Übersicht 1 Die Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht 1961 in Hamburg

Altersgruppen in Jahren	Bevölkerung im wahlberechtigten Alter nach der Bevölkerungsfortschreibung (31.12.1960)						
	Männer		Frauen		zusammen		Auf 100 Männer entfallen ... Frauen
	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	
21 bis unter 30	129 139	21,0	123 448	16,3	252 587	18,4	95,6
30 bis unter 40	108 617	17,7	131 761	17,3	240 378	17,5	121,3
40 bis unter 50	96 711	15,7	127 911	16,8	224 622	16,3	132,3
50 bis unter 60	130 196	21,2	156 866	20,7	287 062	20,9	120,5
60 bis unter 70	87 545	14,3	127 500	16,8	215 045	15,7	145,6
70 und älter	61 908	10,1	92 158	12,1	154 066	11,2	148,9
Insgesamt	614 116	100	759 644	100	1 373 760	100	123,7

Altersgruppen in Jahren	Wahlberechtigte in 55 Auswahlbezirken n. d. repräsentativen Auszählung (17.9.1961)						
	Männer		Frauen		zusammen		Auf 100 Männer entfallen ... Frauen
	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	
21 bis unter 30	4 741	19,2	4 949	15,7	9 690	17,2	104,4
30 bis unter 40	4 236	17,2	5 125	16,2	9 361	16,6	121,0
40 bis unter 50	3 827	15,5	5 220	16,5	9 047	16,1	136,4
50 bis unter 60	5 361	21,7	6 696	21,2	12 057	21,4	124,9
60 bis unter 70	3 834	15,5	5 357	16,9	9 191	16,3	139,7
70 und älter	2 702	10,9	4 258	13,5	6 960	12,4	157,6
Insgesamt	24 701	100	31 605	100	56 306	100	128,0

Teil in begrifflichen Unterschieden zwischen der „Wohnbevölkerung“ und der „Wahlbevölkerung“ und zum Teil in Mängeln der Bevölkerungsfortschreibung auf Grund der Unterlagen des Meldewesens. Bei Berücksichtigung dieser Umstände wird man die Stichprobe hinsichtlich der Altersgliederung als repräsentativ ansehen dürfen.

Die Nichtwählerquote in den Stichproben-Bezirken entspricht – wie aus Übersicht 2 zu ersehen ist – sowohl bei der Bundestagswahl wie bei der Bürgerschaftswahl gut dem Hamburger Gesamtergebnis. Es fällt auf, daß in den Stichproben-Bezirken bei beiden Wahlen der Anteil der Wähler mit Stimmvermerk an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten unter, die Quote der Wahlberechtigten, die einen Wahrschein angefordert hatten – es handelt sich hierbei im wesentlichen um die Briefwähler – aber über der entsprechenden Zahl des Hamburger Gesamtergebnisses liegt. Die Unterschiede der Zahlen sind jedoch so gering, daß daraus keine Schlüsse auf eine Beeinträchtigung der Repräsentation der Stichprobenbezirke gezogen werden können. Der Anteil der Wahlberechtigten, die einen Wahrschein anforderten, dann aber nicht gewählt haben, betrug bei der Bundestagswahl 0,28 % und bei der Bürgerschaftswahl 0,12 % der Wahlberechtigten. In der folgenden Betrachtung sollen der Vereinfachung halber alle Wahlberechtigten mit Sperrvermerk „W“ grundsätzlich zu den „Wählern“ gerechnet werden.

Übersicht 2

Die Anteile der Wahlberechtigten mit Sperrvermerk „W“ und der Wähler mit Stimmvermerk bei der Bundestagswahl und der Bürgerschaftswahl 1961 in Hamburg

Wahlberechtigte bzw. Wähler	Bundestagswahl 1961		Bürgerschaftswahl 1961	
	Total-Zahlen	Auswahl-Bezirke	Total-Zahlen	Auswahl-Bezirke
Wahlberechtigte mit Sperrvermerk „W“	6,91 %	7,62 %	2,09 %	2,48 %
Wähler mit Stimmabgabevermerk	81,97 %	80,77 %	70,33 %	69,65 %
Wahlberechtigte mit Sperrvermerk „W“ und Wähler mit Stimmvermerk (Wahlbeteiligung nach dem Wählerverzeichnis)	88,88 %	88,39 %	72,42 %	72,13 %

Übersicht 3

Vergleich der Gesamtergebnisse und der Repräsentativergebnisse der Bundestagswahl und Bürgerschaftswahl 1961 in Hamburg

Ergebnisse	Wahlberechtigte	Abgegebene Stimmen 1)		Ungültige Stimmen in vH von Sp. 2	Gültige Stimmen 1)	davon für in vH von Spalte 5					
		Anzahl	vH der Sp. 1			SPD	CDU	FDP	DRP	DFU	GDP bzw. DG
Bundestagswahl 1961 Erststimmen											
Gesamtergebnis	1 386 411	1 136 977	82,0	1,5	1 119 506	48,1	31,8	14,7	0,9	3,6	0,9
Repräsentativergebnis	56 306	45 500	80,8	1,5	44 823	47,4	32,4	14,8	0,8	3,8	0,8
Bundestagswahl 1961 Zweitstimmen											
Gesamtergebnis	1 386 411	1 136 977	82,0	2,9	1 104 218	47,9	31,3	15,2	0,9	3,7	1,0
Repräsentativergebnis	56 306	45 500	80,8	2,6	44 304	47,2	31,8	15,4	0,8	3,9	0,9
Bürgerschaftswahl 1961											
Gesamtergebnis	1 384 546	981 896	70,9	1,2	962 203	57,7	28,9	9,5	0,9	2,9	0,1
Repräsentativergebnis	56 301	39 137	69,5	1,2	38 671	56,9	29,6	9,6	0,8	3,0	0,1

1) Ohne Briefwahl.

Die Ergebnisse der Stimmzettelauszählung in den Stichproben-Bezirken sind nur mit dem Wahlergebnis ohne die Briefwähler vergleichbar, da die Stimmzettel der Briefwähler aus organisatorischen Gründen nicht den entsprechenden Wahlbezirken zugeführt werden konnten. Die Übereinstimmung ist bei der Bundestagswahl bei allen Parteien (siehe Übersicht 3) sowohl bei den Erst- wie bei den Zweitstimmen sehr gut. Die Abweichungen von den jeweils entsprechenden Totalergebnissen sind rein „zufälliger“ Art.

Auch hinsichtlich des Wahlergebnisses bei der Bürgerschaftswahl können die Stichproben-Bezirke als repräsentativ angesehen werden.

Wahlbeteiligung

Bundestagswahl 1961

Die bei früheren Wahlen bereits festgestellte Erscheinung ist auch im Jahre 1961 wieder eingetreten. Sowohl bei den Männern wie bei den Frauen ist die

Nichtwählerquote in den jüngeren Jahrgängen am höchsten und nimmt mit zunehmendem Alter ab. Bei den 60- bis 70jährigen erreicht sie ihren Tiefstand und steigt dann in den höheren Jahrgängen wieder etwas an (vergl. Übersicht 4). Gegenüber 1957 hat sich der Anteil der Nichtwähler in fast allen Altersklassen der Männer und Frauen leicht erhöht, die Quoten liegen 1961 allgemein jedoch noch etwas niedriger als 1953. Die Veränderung der Anteile der Nichtwähler an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten in den einzelnen Altersgruppen bei den drei hier betrachteten Wahlen wird unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es sich um Ergebnisse aus verschiedenen großen Stichproben handelt, sehr vorsichtig beurteilt werden müssen. Die in der Altersgruppe der 40- bis unter 50jährigen Männer und Frauen und in der Gruppe der 21- bis unter 25jährigen Frauen festgestellte Erhöhung der Wahlbeteiligung läßt sich nicht mit Sicherheit als repräsentativ für ganz Hamburg behaupten.

Übersicht 4

Anteile der Nichtwähler an den Gesamtzahlen der Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht bei den Bundestagswahlen 1953 bis 1961 und der Bürgerschaftswahl 1961 in Hamburg

Alter in Jahren	Von den männl. und weibl. Wahlberechtigten der entsprechenden Altersgruppen wählten ... vH nicht											
	Bundestagswahl									Bürgerschaftswahl		
	Männer			Frauen			zusammen			Männer	Frauen	zus.
	1961	1957	1953	1961	1957	1953	1961	1957	1953	1961	1961	1961
21 bis unter 25	21,5	20,3	22,0	19,7	21,4	22,2	20,6	20,9	22,1	43,6	45,9	44,7
25 bis unter 30	17,2	16,8	20,2	18,6	15,3	20,5	17,9	16,1	20,4	41,1	43,5	42,3
30 bis unter 40	12,9	12,3	17,3	11,5	10,7	14,3	12,1	11,4	15,7	33,0	32,5	32,7
40 bis unter 50	10,1	10,5	14,0	9,8	10,6	10,9	10,0	10,5	12,4	25,7	26,2	26,0
50 bis unter 60	8,8	8,2	9,0	8,6	6,6	8,9	8,7	7,3	8,9	21,6	22,0	21,8
60 bis unter 70	7,4	5,8	6,5	8,4	8,4	9,3	8,0	7,3	8,1	17,2	19,7	18,6
70 und älter	8,8	7,1	8,5	14,4	13,6	13,7	12,2	11,0	11,6	19,0	27,3	24,0

Die absolute Zahl der weiblichen Nichtwähler war insgesamt und, abgesehen von der jüngsten Altersgruppe, auch in allen Altersgruppen höher als die der Männer. Sie betrug für die Stichproben-Bezirke insgesamt 3 689, während nur 2 844 männliche Wahlberechtigte nicht wählten. Bei den 60jährigen und älteren Personen ist das Verhältnis der männlichen zu den weiblichen Nichtwählern sogar 1:2. Die relative zahlenmäßige Bedeutung der Nichtwähler ist bei beiden Geschlechtern etwa gleich; nur bei den Alten (70 Jahre und älter) ist die Quote der Nichtwähler bei den Frauen erheblich höher als bei den Männern.

Bürgerschaftswahl 1961

Die Verhältnisse liegen hier ähnlich wie bei der Bundestagswahl 1961. Das geringste Interesse an der Wahl hatten die Jungwähler unter den Männern und Frauen. Von 100 Wahlberechtigten der 21- bis unter 25jährigen haben durchschnittlich nur etwa 54 gewählt; während die höchste Wahlbeteiligung mit 82% bei der Gruppe der 60- bis unter 70jährigen Männer zu verzeichnen war. Besonders beachtenswert gegenüber der Bundestagswahl ist allerdings die im Vergleich zu den Männern geringere Wahlbeteiligung der Frauen in fast allen Altersgruppen.

Die Wahlbeteiligung bei der Bürgerschaftswahl liegt in allen Altersgruppen wesentlich unter der der Bundestagswahl und hat bei den Frauen absolut und - abgesehen von der Gruppe der 70jährigen und älteren Frauen - auch relativ am stärksten abgenommen. Der Anteil der Nichtwähler hat sich in der

Gruppe der Jungwähler und der über 70jährigen Wähler ungefähr verdoppelt, in den übrigen sogar verzweieinhalbfacht.

Wie der Vergleich mit den Zahlen über die Wahlbeteiligung 1957¹⁾ zeigt, ging auch damals, gemessen an den Daten der Bundestagswahl, die Wahlbeteiligung bei der Bürgerschaftswahl in allen Altersgruppen zurück.

Eine Untersuchung über die Wahlbeteiligung der Wähler mit Stimmvermerk 1957 und 1961 läßt ebenfalls einen leichten Rückgang in den einzelnen Altersgruppen im Vergleich zur Bürgerschaftswahl 1957 erkennen. Allerdings ist bei der Beurteilung der Zahlen der 1961 etwas größere Anteil der Briefwähler an der Gesamtzahl der Wähler zu berücksichtigen. Dies und die unterschiedliche Genauigkeit der beiden Stichproben läßt vermuten, daß die Differenz zwischen den Wahlbeteiligungswerten 1957 und 1961 (also unter Berücksichtigung der Wahlschein- bzw. Briefwähler) in den einzelnen Altersgruppen nicht so sehr groß ist.

Die ungültigen Stimmen

Wie bei den Bundestagswahlen 1953 und 1957 ist auch diesmal der Anteil der ungültigen Stimmen in den jüngeren Altersgruppen niedriger als in den älteren und bei den Frauen höher als bei den Männern.

¹⁾ Hohmann: „Ergebnisse repräsentativer Auszählungen bei der Bundestagswahl und Bürgerschaftswahl 1957 in Hamburg“, in „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1958, Heft 1.

Übersicht 5

Die Anteile der ungültigen Zweitstimmen in vH an der Gesamtzahl der abgegebenen Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen 1953, 1957 und 1961 in Hamburg

Altersgruppen in Jahren	Männer			Frauen		
	1961	1957	1953	1961	1957	1953
bis unter 30 . . .	1,6	1,7	1,1	3,0	2,9	1,8
30 bis unter 60 . . .	1,5	1,9	2,0	2,9	3,4	2,7
60 und mehr . . .	2,3	2,4	1,8	4,4	4,1	4,1
Zusammen	1,7	2,0	1,8	3,3	3,5	3,0

Eine nähere Untersuchung der ungültigen Stimmen der Repräsentativbezirke zeigte, daß von den Wählern mit einer ungültigen und einer gültigen Stimme etwa 75 % nur die Stimme für den Wahlkreisabgeordneten abgaben und etwa 25 % lediglich den Kandidaten der Landesliste wählten; andere Fehler traten bei dieser Gruppe kaum auf. Anders bei den Stimmzetteln, bei denen beide Stimmen ungültig waren. 29,0 % hiervon waren auf beiden Hälften durchkreuzt. Die Zahl der Wähler, die auf einer oder auf beiden Seiten des Stimmzettels mehrere Kreuze anbrachten, war so gering, daß aus diesen Fällen keine statistische Angabe gewonnen

werden konnte. Als statistisch gesichert kann aber der Anteil der „Wähler“, die beide Hälften des Stimmzettels leer ließen (etwa 47 %), an der Gesamtzahl der Stimmzettel mit 2 ungültigen Stimmen angesehen werden. Diese Wähler hatten offensichtlich überhaupt nicht die Absicht, zu wählen. Bezogen auf die Gesamtmasse aller abgegebenen Stimmen in den Stichproben-Bezirken beträgt ihr Anteil 0,3 %, von allen ungültigen Zweitstimmen sind es 11,5 vH.

Die Stimmenverteilung auf die Parteien

In Übersicht 6 sind die Zahlen über die Verteilung der Stimmen der Männer und Frauen bestimmter Altersgruppen auf die an der Wahl beteiligten Parteien wiedergegeben. Es zeigt sich, daß in Hamburg das Alter nur einen verhältnismäßig geringen Einfluß auf die Stimmenverteilung hatte; in den jüngeren Altersgruppen weist die SPD einen überdurchschnittlichen Stimmenanteil auf, in den älteren Jahrgängen dagegen die CDU. Weit stärker waren diese Eigentümlichkeiten allerdings noch bei der Bundestagswahl 1957 als bei der Bundestagswahl 1961 ausgeprägt.

Übersicht 6

Anteil der für die einzelnen Parteien abgegebenen gültigen Zweitstimmen nach Alter und Geschlecht der Wähler bei den Bundestagswahlen 1953, 1957 und 1961 in Hamburg

Altersgruppen in Jahren	Von 100 Männern der nebenstehenden Altersgruppe gaben ihre Stimme				Von 100 Frauen der nebenstehenden Altersgruppe gaben ihre Stimme			
	SPD	CDU	FDP	Sonstigen Parteien	SPD	CDU	FDP	Sonstigen Parteien
1961								
bis unter 30	53,2	27,9	15,4	3,5	46,2	33,1	16,9	3,8
30 bis unter 60	49,2	27,8	16,0	7,0	45,0	32,8	16,8	5,4
60 und mehr	49,4	30,6	12,8	7,2	44,8	38,0	12,7	4,5
1957								
bis unter 30	58,1	26,2	8,2	7,5	47,5	37,1	8,5	6,9
30 bis unter 60	51,4	30,1	9,6	8,9	45,5	38,3	8,8	7,4
60 und mehr	49,7	33,2	8,7	8,4	42,9	42,1	7,9	7,1
1953								
bis unter 30	42,7	32,4	9,4	15,5	36,6	40,6	9,6	13,2
30 bis unter 60	39,2	31,0	10,9	18,9	37,5	39,8	9,7	13,0
60 und mehr	44,7	31,8	10,0	13,5	38,0	42,2	8,8	11,0

1961 hatte auch die FDP in den jüngeren und mittleren Altersgruppen relativ etwas mehr Wähler als in der oberen Altersgruppe, doch lassen hier die mit einer Repräsentativstatistik verbundenen Fehlermöglichkeiten bereits keine sichere statistische Aussage mehr zu.

In der Unterteilung nach dem Geschlecht zeigen vor allem die beiden großen Parteien eine deutliche Abhängigkeit der Stimmenanteile; die SPD errang stets bei den Männern höhere Stimmenanteile als bei den Frauen, während es bei der CDU umgekehrt war. Auch hier haben sich die Unterschiede 1961 gegenüber 1957 etwas abgeschwächt. Bezüglich der FDP und der sonstigen Parteien lassen sich Unterschiede der Stimmenanteile nach dem Geschlecht der Wähler statistisch nicht belegen.

Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei der Stimmenabgabe

Die Auszählung nach der Kombination der Parteien, für die die Erst- und die Zweitstimme abgegeben

worden waren, zeigt, daß bei der Bundestagswahl 1961 94,6 vH sich mit beiden Stimmen für dieselbe Partei entschieden hatten. Der Anteil der Wähler, die die Erst- und Zweitstimme derselben Partei

Übersicht 7

Die Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 1961 in Hamburg

Beteiligte Parteien	Von 100 Wählern mit gültiger Erststimme für vorstehd. Parteien gaben die zugehörige Zweitstimme der						gaben eine ungültige Zweitstimme ab
	SPD	CDU	FDP	GDP	DFU	DRP	
SPD	96,0	0,8	1,0	(0,1)	0,3	(0,1)	1,7
CDU	1,2	93,7	2,3	0,2	(0,1)	0,1	2,4
FDP	1,7	2,6	93,0	0,2	0,2	(0,1)	2,2
GDP	(1,7)	(3,9)	(1,7)	88,8	(0,3)	(0,8)	(2,8)
DFU	2,1	(0,2)	(0,4)	(—)	93,9	(0,3)	3,1
DRP	(2,2)	(2,0)	(2,0)	(1,1)	(0,3)	90,4	(2,0)

Bei den eingeklammerten Werten ist die absolute Zahl kleiner als 20. gaben, ist bei der SPD mit 96,0 vH am höchsten, bei der Gesamtdeutschen Partei mit 88,8 vH am geringsten. 3,4 vH der Wähler mit gültiger Erststimme gaben ihre Zweitstimme einer anderen Partei, und

2 vH gaben eine ungültige Zweitstimme ab. Wegen des geringen Umfangs der repräsentativen Wahlstatistik ist es leider nicht möglich, die Stimmenkombination auch noch nach den Altersgruppen und den beiden Geschlechtern auszuzählen, obwohl gerade eine solche Auszählung die Einblicke in die Beweggründe für das Wahlverhalten vertiefen könnte.

Gliederung der Briefwähler

Für die Durchleuchtung des Verhaltens der Wähler bei der Stimmabgabe ist die Zusammensetzung der Wählergruppen nach soziologischen Merkmalen von Bedeutung. Die Übersicht 8 gibt die Gliederung der Briefwähler nach Geschlecht und Altersgruppen im Vergleich zu den Wählern, die in den Wahllokalen ihre Stimme abgaben, an. Dabei zeigt sich, daß die Altersgliederung bei beiden Gruppen recht verschieden ist; bei den Wählern, welche sich einen Wahrschein ausstellen ließen und ihre Stimme überwiegend mittels Briefwahl abgaben, sind die jüngeren Männer und die älteren Frauen überdurchschnittlich vertreten, die mittleren Altersgruppen haben dementsprechend ein geringeres Gewicht. Diese andersartige Zusammensetzung der Briefwähler mag mit ein Grund für die besondere Stimmenverteilung sein, welche sich bei den Briefwählern im Vergleich zu der Stimmenverteilung bei den Urnenwählern auch bei der Bundestagswahl 1961 wieder zeigte.

Bei der Bürgerschaftswahl 1961 traten die aufgezeigten Tendenzen verstärkt zutage, wengleich die Zahl der Wahlberechtigten mit Sperrvermerk, d. h. im wesentlichen der Briefwähler, in den einzelnen

Übersicht 8

Die Gliederung der Urnenwähler, Briefwähler und Nichtwähler nach Geschlecht und Alter (Bundestagswahl 1961 in Hamburg)

Altersgruppen	Männer	Frauen	Zusammen
Wähler mit Stimmvermerk			
bis unter 30	7,3	8,0	15,3
30 bis unter 60	24,6	31,5	56,1
60 und mehr	12,0	16,6	28,6
Zusammen	43,9	56,1	100
Wähler mit Sperrvermerk „W“			
bis unter 30	11,2	8,5	19,7
30 bis unter 60	19,7	24,0	43,7
60 und mehr	12,7	23,9	36,6
Zusammen	43,6	56,4	100
Nichtwähler			
bis unter 30	14,0	14,5	28,5
30 bis unter 60	21,5	25,7	47,2
60 und mehr	8,0	16,3	24,3
Zusammen	43,5	56,5	100

Altersgruppen bei Männern wie Frauen wesentlich geringer war als bei der Bundestagswahl. In den jüngeren Altersgruppen erreichte die Zahl der Briefwähler durchschnittlich weniger als ein Drittel und bei den 70 Jahre und älteren Personen etwa 50 vH der Zahlen bei der Bundestagswahl.

Barbara Winkler

Die Vorausschätzung von Gesamtwahlergebnissen aus Teilergebnissen

Einleitung

Bei Wahlen besteht stets ein verbreitetes Interesse, das Endergebnis möglichst frühzeitig zu erfahren. Aus diesem Grunde werden Wählerbefragungen vor den Wahltagen durchgeführt, um aus den erklärten Wahlabsichten das zu erwartende Wahlergebnis zu schätzen; aus dem gleichen Grunde wird die Stimmenauszählung unmittelbar im Anschluß an die Wahlhandlung mit einem großen Aufgebot an Hilfskräften durchgeführt. Schließlich wird aus dem genannten Grund auch stets von ersten Teilergebnissen aus Wahlgebieten, in denen die Stimmenauszählung früh beendet wurde, auf das zu erwartende Gesamtergebnis geschlossen. Bei den beiden Wahlen im Jahre 1961, der Bundestagswahl und der Bürgerschaftswahl, wurde in Hamburg der Versuch gemacht, eine Vorausschätzung der endgültigen Wahlergebnisse aus frühen Teilergebnissen vorzunehmen. Dabei war die Aufgabe gestellt, die relative Wahlbeteiligung (abgegebene Stimmen in vH der Wahlberechtigten) und die relative Verteilung der gültigen Stimmen auf die an der Wahl beteiligten Parteien zu ermitteln. Über die angewandten Verfahren und die gewonnenen Erfahrungen soll hier berichtet werden.

Die Verfahren

Bei den Überlegungen über die anzuwendenden Verfahren war zunächst eine Auswahl solcher Wahlbezirke innerhalb der Freien und Hansestadt Hamburg erwogen worden, welche bei den letzt vorhergegangenen Wahlen dem durchschnittlichen Gesamtergebnis am nächsten kamen. Diese Auswahl hätte entweder aus solchen Bezirken bestehen können, die jeder für sich am nächsten am durchschnittlichen Gesamtergebnis lagen, oder eine Zufallsauswahl aus der Gesamtzahl der rd. 1400 Hamburger Wahlbezirke sein können. Beide Möglichkeiten wurden verworfen. Es war nämlich keine Sicherheit gegeben, nachhaltig darauf einzuwirken, daß diese ausgewählten Bezirke frühzeitig mit ihren Wahlergebnissen fertig werden und die Feststellung eines frühen repräsentativen Zwischenergebnisses zulassen. Außerdem schien das zuerst genannte Verfahren auch deshalb fragwürdig, weil infolge der hohen Umzugshäufigkeit der Hamburger Bevölkerung im Zusammenhang mit der starken Wohnungsbautätigkeit keine Sicherheit dafür bestand, daß Wahlbezirke, deren Wahlergebnisse bei der letztvergangenen Wahl nahe beim durchschnittlichen Gesamter-

gebnis für Hamburg lagen, auch diesmal wieder diese Eigenschaft aufweisen müssen.

Um das angestrebte Ziel, möglichst frühzeitig etwas über das vermutliche Endergebnis der Wahlen sehen zu können, zu erreichen, wurde die Arbeitshypothese aufgestellt, daß die Reihenfolge, in der die Ergebnisse der einzelnen Wahlbezirke bei der Wahlzentrale eingehen, eine Stichprobenauswahl darstellt. Die zusammengefaßten Ergebnisse der ersten 10, 50, 100, 200 usw. Wahlbezirke stellen dann Schätzwerte für das Gesamtergebnis dar, zu denen mit einer festgelegten Sicherheit die Vertrauensbereiche berechnet werden können. Da zum Schluß auch das Gesamtergebnis total ermittelt wird, ist es möglich, nachträglich die Richtigkeit der Hypothese, daß die Reihenfolge des Eingangs der Wahlbezirksergebnisse eine Stichprobenauswahl darstellt, zu prüfen.

Die Anwendbarkeit dieses Verfahrens schien durch die Überlegung gestützt, daß die Reihenfolge des Eingangs der Wahlbezirksergebnisse wohl von der Größe der Wahlbezirke abhängig ist, die Größe der Wahlbezirke aber ohne Einfluß auf die Wahlergebnisse selbst sein dürfte. Irgendwelche andere Argumente für einen Zusammenhang zwischen der Reihenfolge des Eingangs der Wahlbezirksergebnisse und dem Wahlergebnis in den Wahlbezirken waren nicht ersichtlich.

Um die Resultate dieses Verfahrens gegen Überraschungen abzuschirmen, wurde gleichzeitig veranlaßt, daß die Ergebnisse der letztvergangenen Wahlen für dieselben Wahlbezirke, deren Ergebnisse zu einem frühen Teilergebnis der jetzigen Wahl zusammengefaßt waren, ebenfalls zusammengestellt wurden und den neuen Ergebnissen gegenübergestellt werden konnten. Dadurch war es möglich, die Veränderung des neuen Wahlergebnisses gegenüber dem alten in denselben regionalen Einheiten nach Richtung und Ausmaß festzustellen. Diese Feststellung konnte als Urteil darüber dienen, ob das aus den als Stichproben gewerteten frühen Teilergebnissen geschätzte Gesamtergebnis in einem vernünftigen Verhältnis zu dem Gesamtergebnis der vergangenen Wahl stand.

Die Fehlerbereiche für die Zwischenergebnisse von 10, 50, 100, 200, 300 usw. Wahlbezirken wurden aus den zu erwartenden Endergebnissen unter Verwendung eines Sicherheitskoeffizienten $t = 2,58$ im voraus berechnet.¹⁾

Prüfung des Stichprobencharakters der Zwischenergebnisse

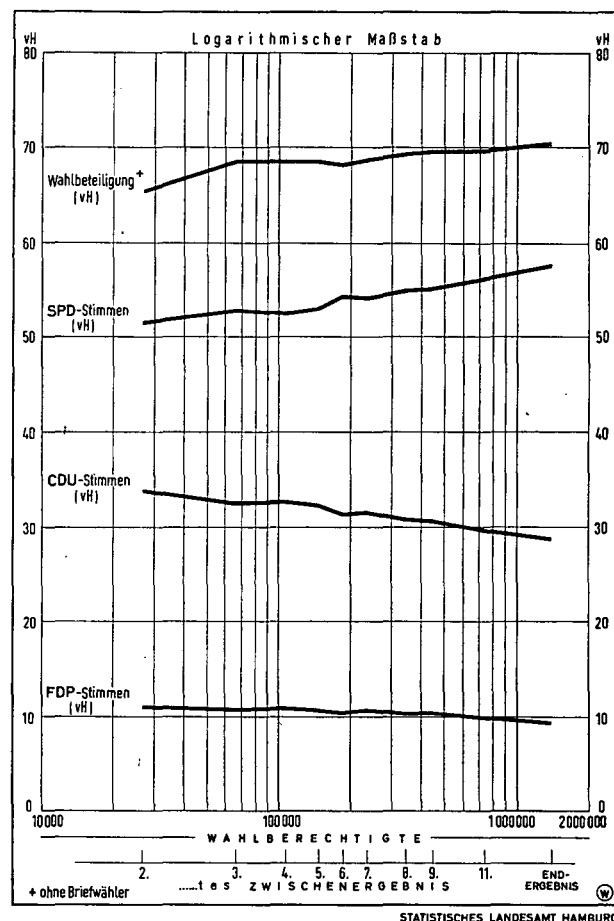
Die bei den Bundestagswahlen 1961 hinsichtlich der Zweitstimmen und bei der Bürgerschaftswahl 1961 in Hamburg angefallenen Zwischenergebnisse und Endergebnisse sind in der nachstehenden Übersicht 1 zusammengestellt. Die in die Zwischenergebnisse einbezogenen Wahlbezirke sind jeweils der Reihenfolge ihres Eingangs nach kumulativ zusammengefaßt, das erste Zwischenergebnis ist also im zweiten, das zweite im dritten usw. wieder mit enthalten. Die Zahlen über die abgegebenen und über die gültigen

¹⁾ Für die Berechnung wurde die Formel $e = t \cdot \sqrt{\frac{P(1-P)}{n}} \cdot \sqrt{\frac{N-n}{N-1}}$ verwendet, wobei P die vH-Sätze der Wahlbeteiligung bzw. der Stimmenanteile der Parteien, N die Gesamtzahl der Wahlberechtigten bzw. der abgegebenen gültigen Stimmen und n die Zahl der Wahlberechtigten bzw. der Stimmen bei den jeweiligen Zwischenergebnissen bedeuten.

Stimmen enthalten bei den Zwischenergebnissen nicht die Briefwahlstimmen, weil diese Stimmen nicht den jeweiligen Wahlbezirken zugerechnet werden konnten; in den Zahlen der Wahlberechtigten sind dagegen die Briefwähler mit enthalten. Zur Verdeutlichung der Zusammenhänge sind die Briefwahl-ergebnisse in einer gesonderten Zeile bei beiden Wahlen angegeben. Für den hier verfolgten Zweck ergibt sich aus der notwendigen Sonderbehandlung der Briefwähler, daß die Zwischenergebnisse streng genommen nur mit dem Gesamtwahlergebnis ohne Briefwähler vergleichbar sind. Aus den Zwischenergebnissen kann deshalb zunächst nur auf das Gesamtergebnis ohne Briefwähler geschlossen werden; das Gesamtergebnis einschließlich Briefwähler muß dann durch eine ergänzende Schätzung der Briefwahl-ergebnisse gewonnen werden.

Wie sich sowohl bei der Bundestagswahl als auch bei der Bürgerschaftswahl zeigte, hat die Masse der Briefwähler ihre eigene Struktur hinsichtlich der Stimmenverteilung auf die Parteien. Dies wird später noch näher zu behandeln sein.

Schaubild 1
Die Entwicklung der Wahlbeteiligung und der Stimmenanteile der Parteien nach der Reihenfolge der Zwischenergebnisse bei der Bürgerschaftswahl 1961 in Hamburg



Aus den Zahlenreihen erkennt man unschwer bereits auf den ersten Blick, daß die zugrunde liegende Hypothese, die Zwischenergebnisse nach Gruppen von Wahlbezirken in der Reihenfolge des Eingangs bei der Zentrale seien Stichproben, nicht haltbar ist. Die Wahlbeteiligung steigt mit steigender Zahl von

Übersicht 1

Die Zwischenergebnisse und Endergebnisse der Bundestagswahl und der Bürgerschaftswahl 1961 in Hamburg

Zahl der einbezogenen Wahlbezirke in der Reihenfolge des Eingangs	Uhrzeit der Feststellung	Zahl der Wahlberechtigten in Tsd.	Abgegebene Stimmen in vH der Wahlberechtigten	Zahl der gültigen Stimmen in Tsd.	davon in vH für				
					SPD	CDU	FDP	DFU	Sonst.
Bundestagswahl 1961 (Zweitstimmen)									
8	19.45	4,3	.	2,8	43,4	34,5	17,8	2,4	1,9
62	20.40	33,0	.	27,0	45,9	32,6	16,6	3,1	1,8
135	21.40	91,4	.	73,1	45,6	32,8	16,4	3,4	1,8
205	22.15	146,3	.	117,5	45,3	33,1	16,3	3,4	1,9
300	23.10	223,9	.	179,9	46,5	32,1	16,0	3,5	1,9
405	0.35	317,3	.	255,0	46,8	32,0	15,7	3,6	1,9
500	1.15	407,8	.	329,2	47,1	31,9	15,5	3,6	1,9
1 347 ¹⁾	2.15	1 385,3	82,0	1 104,2	47,9	31,3	15,2	3,7	1,9
Briefwähler = 92	.	—	6,6	89,5	35,1	39,4	21,3	2,2	2,0
1 439	2.15	1 386,4	88,6	1 193,7	46,9	31,9	15,7	3,6	1,9
Bürgerschaftswahl 1961									
10	19.25	2,4	65,2	1,6	50,4	32,7	13,3	2,5	1,1
50	19.45	27,1	65,6	17,6	51,5	34,0	11,1	2,4	1,0
100	20.00	65,5	68,6	44,4	53,0	32,8	10,8	2,4	1,0
150	20.15	106,3	68,6	72,1	52,6	32,9	11,0	2,5	1,0
200	20.25	144,2	68,6	97,7	53,1	32,5	10,9	2,5	1,0
250	20.40	185,1	68,3	124,9	54,4	31,5	10,4	2,6	1,1
300	20.50	227,5	68,7	154,4	54,2	31,6	10,5	2,6	1,1
410	21.10	336,6	69,4	230,8	55,1	30,9	10,3	2,7	1,0
510	21.20	437,7	69,6	301,0	55,2	30,8	10,3	2,7	1,0
670	21.30	596,4	69,6	410,2	55,6	30,4	10,2	2,8	1,0
800	21.40	731,2	69,6	502,3	56,3	29,9	10,0	2,8	1,0
1 000	22.00	959,4	69,8	661,5	57,0	29,3	9,8	2,9	1,0
1 204	22.30	1 209,3	70,2	839,1	57,2	29,2	9,7	2,9	1,0
1 347 ¹⁾	23.30	1 384,1	70,3	962,2	57,7	28,9	9,5	2,9	1,0
Briefwähler = 30	.	—	2,0	26,6	48,5	35,9	12,8	1,9	0,9
1 377	24.00	1 384,5	72,3	988,8	57,4	29,1	9,6	2,9	1,0

¹⁾ Zweimal wurden zwei Wahlbezirke als 1 Ergebnis ausgezählt.

einbezogenen Wahlbezirken.¹⁾ Die Erklärung ist naheliegend, sie ist in dem Umstand zu suchen, daß unter sonst gleichen Verhältnissen das Ergebnis eines Wahlbezirks mit geringerer Wahlbeteiligung früher vorliegen wird als das eines Wahlbezirks mit höherer Wahlbeteiligung. Auch die Kontrolle der Hypothese mittels der Fehlerrechnung zeigt, daß die Wahlbeteiligungsquoten nach den Zwischenergebnissen weit außerhalb des 2^{1/2}fachen Stichprobenfehlers liegen. Dies zeigt folgende Übersicht für die Bürgerschaftswahl 1961.

Übersicht 2

Die Wahlbeteiligung in den Zwischenergebnissen der Bürgerschaftswahl 1961 in Hamburg

Zahl der einbezogenen Wahlbezirke in der Reihenfolge des Eingangs	Festgestellte Wahlbeteiligung	Stichprobenfehlerbereich	
		Untere Grenze	Obere Grenze
10	65,2	68,1	72,7
50	65,6	69,7	71,1
100	68,6	70,0	70,8
200	68,6	70,1	70,7
410	69,4	70,2	70,6
800	69,6	70,3	70,5

Zu der gleichen Feststellung kommt man hinsichtlich der Verteilung der gültigen Stimmen auf die beteiligten Parteien. Hier zeigte sich ebenfalls ein

korrelativer Zusammenhang zwischen der Reihenfolge des Eingangs der Wahlergebnisse aus den Wahlbezirken und der Stimmenverteilung in dem Sinne, daß mit steigendem Eingang der Ergebnisse die Stimmenanteile der SPD stiegen, während die Stimmenanteile der CDU und FDP sanken. Bei der Bundestagswahl 1961 stieg z. B. der Anteil der SPD-Stimmen an der Gesamtzahl der gültigen Stimmen von 43,4 bei den ersten 8 Bezirken auf 47,9 bei allen Wahlbezirken ohne Briefwahlstimmen bzw. 46,9 mit Briefwahlstimmen; dagegen sank z. B. der Anteil der CDU von 34,5 bei den ersten 8 Wahlbezirken auf 31,3 bei allen Wahlbezirken ohne Briefwahlstimmen bzw. 31,9 mit Briefwahlstimmen. Bei der Bürgerschaftswahl 1961 traten die gleichen Regelmäßigkeiten auf, obwohl hier die Reihenfolge des Eingangs der Ergebnisse aus den Wahlbezirken keinesfalls mit der Reihenfolge bei der Bundestagswahl übereinstimmte. Es sind also beim Zustandekommen der Reihenfolge des Eingangs der Wahlbezirksergebnisse bei der Zentrale Momente wirksam, welche eine Selektion im Sinne der eben beschriebenen Regelmäßigkeit herbeiführen.

Auch hier bestätigt die Fehlerrechnung das Fazit dieser Überlegungen, wie die nachfolgenden Zahlen von der Bürgerschaftswahl 1961 zeigen.

¹⁾ Bei der Bundestagswahl von 1961 konnten die Stimmen der Urnenwähler und der Briefwähler in den Zwischenergebnissen nicht einwandfrei getrennt werden.

Übersicht 3

Die Stimmenanteile der SPD und CDU bei der Bürgerschaftswahl 1961 in Hamburg

Zahl der einbezogenen Wahlbezirke in der Reihenfolge des Eingangs	Stimmenanteile der					
	SPD			CDU		
	im Zwischenergebnis	nach dem Stichprobenfehlerbereich zwischen		im Zwischenergebnis	nach dem Stichprobenfehlerbereich zwischen	
		unterer Grenze	oberer Grenze		unterer Grenze	oberer Grenze
10	50,4	54,5	60,9	32,7	25,9	31,9
50	51,5	56,7	58,7	34,0	28,0	29,8
100	53,0	57,1	58,3	32,8	28,4	29,4
200	53,1	57,3	58,1	32,5	28,5	29,3
410	55,1	57,5	57,9	30,9	28,7	29,1
800	56,3	57,6	57,8	29,9	28,8	29,0

Die Ergebnisse der Zwischenzählungen fallen in keinem Falle auch nur annähernd in den 2,58fachen Fehlerbereich der Stichprobenergebnisse um die endgültigen Stimmenanteile der SPD oder der CDU, die im Gesamtergebnis (ohne Briefwähler) erreicht wurden. Damit ist geklärt, daß die Reihenfolge des Eingangs der Wahlbezirksergebnisse keine zufällige Auswahl im Sinne der Stichprobentheorie darstellt. Es sind gleichzeitig einige interessante Regelmäßigkeiten zutage getreten, deren Verursachung aufgeklärt werden sollte. Und schließlich bleibt auch noch die Frage offen, wie trotz des fehlenden Stichprobencharakters der Wahlzwischenergebnisse aus diesen auf das Endergebnis geschlossen werden kann.

Zusammenhang zwischen der Reihenfolge der Wahlbezirksergebnisse und der Wahlbeteiligung sowie der Stimmenverteilung

Für die Klärung der Frage, ob und wie aus frühen Zwischenergebnissen auf das Endergebnis einer Wahl geschlossen werden kann, ist es nun wichtig, die Gründe für das Verhalten der Stimmenanteile der Parteien an der Gesamtzahl der gültigen Stimmen im Zusammenhang mit der Reihenfolge des Eingangs der Wahlbezirksergebnisse aufzudecken. Man wird hier zunächst daran denken, daß die Größe der

durchschnittliche Zahl der Wahlberechtigten für die in die einzelnen Zwischenergebnisse eingeflossenen Wahlbezirke betrachtet.

Der parallele bzw. antagonistische Verlauf der durchschnittlichen Größe der Wahlbezirke und des entsprechenden Anteils der Parteien an den gültigen Stimmen bei steigender Zahl der eingegangenen Wahlbezirksergebnisse scheint die ausgesprochene Vermutung eines Zusammenhangs zwischen diesen Reihen zu bestätigen. Zur Kontrolle wurde nun eine Aufstellung der Wahlbezirke, unabhängig von der Reihenfolge der Fertigstellung ihrer Wahlergebnisse, nach ihrer Größe vorgenommen und die Stimmenverteilung dazu errechnet. Die entsprechenden Zahlen sind für die Bürgerschaftswahl 1961 in nachstehender Übersicht 5 zusammengestellt und zeigen, daß ein Zusammenhang zwischen der Größe der Wahlbezirke und der Stimmenverteilung nur sehr schwach festzustellen ist. Auch besteht kein erkennbarer Zusammenhang zwischen Größe der Wahlbezirke und Höhe der Wahlbeteiligung. Die eingangs ausgesprochene Vermutung, daß die Stimmenverteilung innerhalb der Wahlbezirke unabhängig von der Größe der Wahlbezirke ist, trifft also im wesentlichen zu; aber die Erklärung für die Abhängigkeit der Stimmenverteilung von der Reihenfolge des Eingangs der Wahlbezirksergebnisse ist noch nicht gefunden.

Neben der Größe der Wahlbezirke geht offenbar auch die Höhe der Wahlbeteiligung parallel zur Reihenfolge des Eingangs der Wahlbezirksergebnisse. Auf diesen Zusammenhang und seine Erklärung wurde schon früher (s. S. 50) hingewiesen; der zahlenmäßige Nachweis ist in Übersicht 1 dargestellt. Auf dieser Feststellung aufbauend, ist die Überlegung zu prüfen, ob die Stimmenverteilung innerhalb der Wahlbezirke in einem Zusammenhang mit der Höhe der Wahlbeteiligung steht. Träfe dies zu, so bestände sozusagen ein indirekter Zusammenhang, indem die Höhe der Wahlbeteiligung mit der Reihenfolge des Eingangs der Wahlbezirksergebnisse korreliert, und durch die weitere Korrelation der Stimmenverteilung mit der Höhe der Wahlbeteiligung eine Abhängigkeit dieser Stimmenverteilung von der Reihenfolge des Eingangs der Wahlbezirksergebnisse gegeben wäre. Um diesen Gedanken zu verfolgen, wurde eine Tabellierung der Wahlbezirksergebnisse der Bürgerschaftswahl 1961 nach Größenklassen der Wahlbeteiligung vorgenommen. Die entsprechenden Zahlen sind in der folgenden Übersicht 6 zusammengestellt.

Übersicht 4

Die Größe der Wahlbezirke bei den Zwischenergebnissen der Bundestagswahl und der Bürgerschaftswahl 1961 in Hamburg

Bundestagswahl 1961		Bürgerschaftswahl 1961	
Zahl der einbezogenen Wahlbezirke in der Reihenfolge des Eingangs	Durchschnittliche Zahl der Wahlberechtigten je Wahlbezirk	Zahl der einbezogenen Wahlbezirke in der Reihenfolge des Eingangs	Durchschnittliche Zahl der Wahlberechtigten je Wahlbezirk
8	532	10	244
62	532	50	541
135	677	100	655
205	714	200	721
300	746	410	821
500	816	800	914
1 347 ¹⁾	1 029	1 347 ¹⁾	1 028

¹⁾ Zweimal wurden zwei Wahlbezirke als 1 Ergebnis ausgezählt.

Wahlbezirke, gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten, einen Zusammenhang mit der Stimmenverteilung der Wähler aufweist; denn die Größe der Wahlbezirke ist unzweifelhaft maßgebend für die Reihenfolge der Fertigstellung der Wahlbezirksergebnisse. Dies zeigt sich deutlich, wenn man die

Übersicht 5

Die Wahlbeteiligung und Stimmenverteilung bei der Bürgerschaftswahl 1961 in Hamburg nach Größenklassen der Wahlbezirke

Größe der Wahlbezirke (Zahl der Wahlberechtigten)	Zahl der Bezirke	Zahl der Wahlberechtigten	Wahlbeteiligung ¹⁾ in vH	Von den abgegebenen gültigen Stimmen ¹⁾ entfielen in vH auf				
				SPD	CDU	FDP	DFU	Sonstige
unter 300	9	1 435	68,7	61,3	28,4	6,5	2,7	1,1
300 bis 399	10	3 582	70,4	55,2	32,1	10,0	1,8	0,9
400 bis 499	24	11 004	67,6	55,6	31,0	10,2	2,3	0,9
500 bis 599	36	19 982	70,7	51,6	33,5	11,8	2,2	0,9
600 bis 699	106	69 613	69,6	56,1	30,2	9,8	2,8	1,1
700 bis 799	130	97 771	70,1	54,7	31,0	10,4	2,9	1,0
800 bis 899	170	144 563	71,0	57,4	29,1	9,6	2,9	1,0
900 bis 999	180	170 415	70,2	55,8	30,2	10,2	2,8	1,0
1 000 bis 1 099	180	188 506	70,6	59,1	27,7	9,1	3,1	1,0
1 100 bis 1 199	139	159 176	71,2	58,5	28,1	9,3	3,1	1,0
1 200 bis 1 299	112	139 043	70,3	59,1	28,0	9,1	2,9	0,9
1 300 bis 1 399	85	114 630	70,1	57,7	28,7	9,7	2,9	1,0
1 400 bis 1 499	51	73 799	69,7	58,9	28,2	9,0	2,9	1,0
1 500 bis 1 599	54	83 689	71,4	58,3	28,6	9,3	2,8	1,0
1 600 bis 1 699	27	44 246	71,3	59,4	27,5	9,2	2,9	1,0
1 700 bis 1 799	16	27 934	69,1	60,4	27,0	8,5	3,0	1,1
1 800 bis 1 899	9	16 406	68,2	57,2	29,7	9,6	2,3	1,2
1 900 bis 1 999	5	9 671	65,0	58,6	28,2	8,9	3,3	1,0
2 000 und mehr	4	8 676	64,2	57,0	30,4	8,9	2,6	1,1
Zusammen	1 347	1 384 141	70,4	57,7	28,9	9,5	2,9	1,0

¹⁾ Ohne Briefwahlstimmen.

Übersicht 6

Die Stimmenverteilung in den Wahlbezirken nach Größenklassen der Wahlbeteiligung bei der Bürgerschaftswahl 1961 in Hamburg

Wahlbeteiligung ¹⁾ (Wahlbezirke mit einer Wahlbeteiligung von ... % der Wahlberechtigten)	Zahl der Wahlberechtigten in 1 000	Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen ¹⁾ in 1 000	davon in vH für			
			SPD	CDU	FDP	Sonstige
bis unter 60	78,7	43,2	57,9	28,1	9,2	4,8
60,0 bis unter 65,0	127,0	79,0	53,4	32,1	10,7	3,8
65,0 bis unter 67,5	136,2	89,2	53,5	31,9	10,8	3,8
67,5 bis unter 70,0	226,4	153,8	55,6	30,4	9,9	4,1
70,0 bis unter 72,5	284,2	199,8	56,9	29,5	9,8	3,8
72,5 bis unter 75,0	258,1	187,8	58,1	28,6	9,5	3,8
75,0 bis unter 77,5	162,6	122,1	61,0	26,5	8,5	4,0
77,5 bis unter 80,0	71,2	55,2	62,9	24,9	8,3	3,9
80,0 bis unter 85,0	34,7	27,9	68,9	21,0	6,6	3,5
85,0 und höher	4,9	4,2	71,1	18,1	7,3	3,5
Zusammen	1 384,1	962,2	57,7	28,9	9,5	3,9

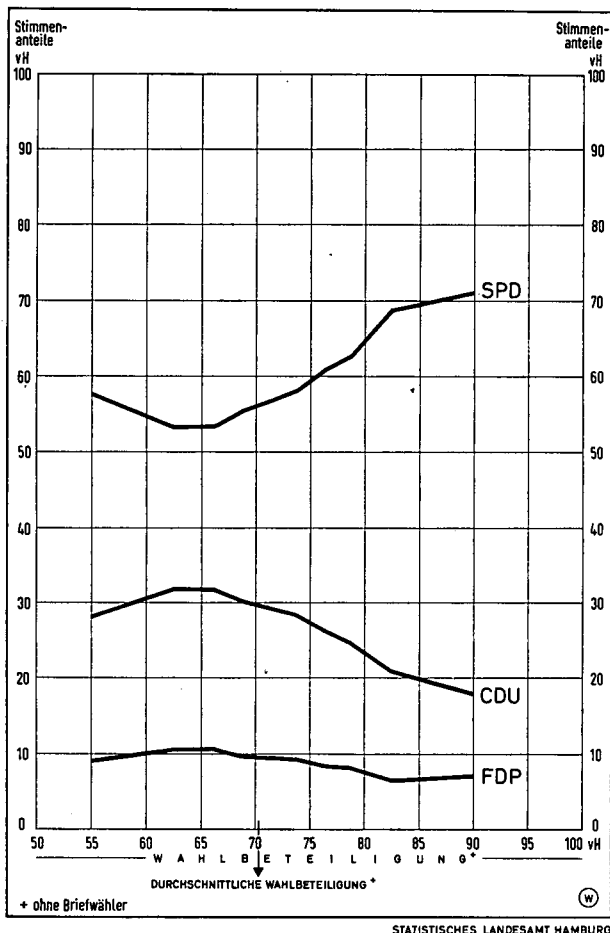
¹⁾ Ohne Briefwahlstimmen.

Daraus ergibt sich eindeutig, daß die Stimmenverteilung in den Wahlbezirken mit der Höhe der Wahlbeteiligung in einem starken Zusammenhang steht. Der Zusammenhang wirkt sich auf die Stimmenanteile der einzelnen Parteien in verschiedener Weise aus; er läßt sich als positive Korrelation zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und der Höhe der Stimmenanteile für die SPD und als negative Korrelation zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und der Höhe der Stimmenanteile für die CDU und die FDP formulieren. Dieser Zusammenhang verläuft jedoch nicht geradlinig, sondern in Form von Parabeln, die - wie ein Vergleich der entsprechen-

den Zahlenreihen für einzelne Gruppen von Wahlbezirken zeigt - stetig auftreten und eine zunächst noch nicht erklärbare sachliche Begründung haben müssen. Art und Ausmaß der gegenseitigen Abhängigkeit wird durch das Schaubild 2 verdeutlicht. Auf den ersten Blick scheint dieses Ergebnis der Untersuchung nicht vereinbar zu sein mit der Beobachtung, daß die Anteile der CDU an der Gesamtstimmenzahl bei einer Wahl mit allgemein hoher Beteiligung höher sind als bei einer Wahl mit geringer Wahlbeteiligung. Zwischen dieser Regel und der hier dargelegten Beziehung zwischen Wahlbeteiligung und Stimmenverteilung in den einzelnen

Schaubild 2

Der Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und den Stimmenanteilen der Parteien in den Wahlbezirken bei der Bürgerschaftswahl 1961 in Hamburg



Wahlbezirken besteht jedoch kein Gegensatz. Die Regel von einem für die CDU günstigen Wahlergebnis bei hoher Wahlbeteiligung gilt für das Gesamtwahlergebnis einer Wahl im Vergleich zu dem Gesamtwahlergebnis einer anderen Wahl. Der in dieser Untersuchung herausgearbeitete Zusammenhang zwischen Höhe der Wahlbeteiligung und Stimmenverteilung auf die Parteien gilt für die Streuung der Ergebnisse der Wahlbezirke bei einer Wahl. Die vereinte Wirkung beider Regelmäßigkeiten besteht darin, daß bei einer Wahl mit durchschnittlich hoher Wahlbeteiligung die Abhängigkeit der Stimmenverteilung von der Variation der Wahlbeteiligung in den Wahlbezirken geringer ist als bei einer Wahl mit geringer durchschnittlicher Wahlbeteiligung.

Die Möglichkeit der Vorausschätzung des Gesamtwahlergebnisses aus Zwischenergebnissen

Nachdem es nicht möglich ist, auf Stichprobenbasis frühzeitig zu geschätzten Gesamtergebnissen zu kommen, soll der Versuch gemacht werden, aus den hier dargelegten Zusammenhängen eine Methode zu entwickeln, die eine Vorausschätzung des Gesamtwahlergebnisses aus frühen Zwischenergebnissen ermöglicht. Dabei bilden folgende Thesen die Grundlage:

1. Es besteht ein strikter Zusammenhang zwischen der Reihenfolge des Eingangs der Wahlbezirksergebnisse

und der Höhe der Wahlbeteiligung in den Wahlbezirken in dem Sinne, daß mit steigender Rangfolge des Eingangs die Wahlbeteiligung steigt.

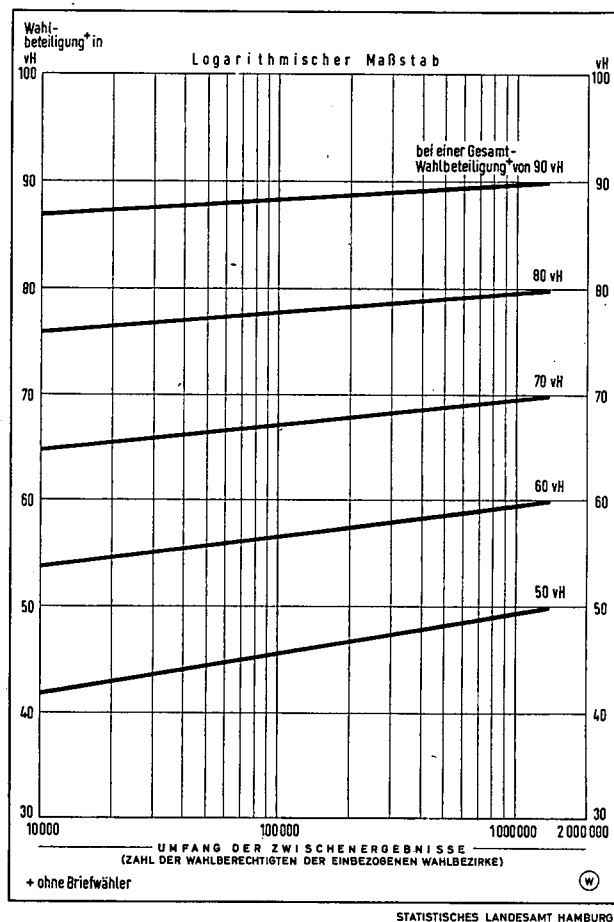
2. Die Steigerung der Wahlbeteiligung mit steigender Rangfolge des Eingangs der Wahlbezirksergebnisse ist um so schwächer, je höher die allgemeine durchschnittliche Wahlbeteiligung ist und umgekehrt.

3. Mit der Höhe der Wahlbeteiligung in den Wahlbezirken ist die Stimmenverteilung auf die Parteien in dem Sinne korreliert, daß mit steigender Wahlbeteiligung die Stimmenanteile der SPD höher und die der CDU und FDP niedriger liegen.

Die in den Thesen 1 und 2 genannten Zusammenhänge lassen sich in eine funktionale Beziehung bringen. In schematischer Darstellung ergibt sich dann folgendes Bild. Dieses stellt ein System von

Schaubild 3

Die Abhängigkeit der Höhe der Wahlbeteiligung von dem Umfang der Zwischenergebnisse bei Wahlen



Linien dar, welche es erlauben, bei einem Zwischenergebnis aus Wahlbezirken mit einer beliebigen Wahlberechtigtenzahl über 10 000 aus der dabei festgestellten Wahlbeteiligung die vermutliche Gesamtwahlbeteiligung ohne Briefwähler im Endergebnis zu schätzen. Damit ist gleichzeitig die Regressionslinie der Wahlbeteiligung in Abhängigkeit von der Reihenfolge des Eintreffens der Wahlbezirksergebnisse bestimmt. Nehmen wir z. B. an, es wird bei einem Zwischenergebnis aus 40 Wahlbezirken mit rund 20 000 Wahlberechtigten eine Wahlbeteili-

gung von 77 vH errechnet, so kann daraus im Endergebnis auf eine Wahlbeteiligung von 80-81 % ohne Briefwähler geschlossen werden (zweitoberste Linie).

Mittels des so bestimmten vermutlichen Verlaufs der Wahlbeteiligungsquote im Laufe der weiteren Vollständigkeit der Wahlergebnisfeststellung läßt sich aus dem ebenfalls bereits behandelten Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Stimmenverteilung in den Wahlbezirken die vermutliche weitere Entwicklung der Stimmenanteile der größeren Parteien bei den sukzessive festgestellten Zwischenergebnissen und im Endergebnis berechnen (ohne Briefwahlergebnis). Beide gedanklich getrennten Schlußfolgerungen lassen sich rechnerisch zu einem Ausdruck zusammenfassen, was die praktische Anwendung wesentlich erleichtert. Die entsprechenden Berechnungen werden noch durchgeführt.

Die Behandlung der Briefwähler

Alle diese Überlegungen haben den Nachteil, daß die Briefwahlergebnisse nicht einbezogen werden können. Das oben beschriebene Verfahren ist deshalb nur imstande, die vermutlichen Endergebnisse einer Wahl in Hamburg ohne die Briefwähler zu liefern. Um zu dem vermutlichen Gesamtergebnis einschließlich Briefwähler zu gelangen, müssen diese aus vorhandenen Unterlagen und zu beschaffenden Briefwahlzwischenenergebnissen ebenfalls hinsichtlich ihrer Wahlbeteiligung und ihrer Stimmenverteilung geschätzt und dann zu dem geschätzten Wahlergebnis ohne Briefwähler hinzugeschlagen werden. Für dieses Verfahren ist es wichtig, die Strukturdaten der Briefwahl aus den vergangenen Jahren zu prüfen. Die dazu erforderlichen Zahlen sind in nachstehender Übersicht zusammengestellt.

Übersicht 7 Die Wahlergebnisse der Briefwahl in Hamburg 1957 und 1961

Jahre	Zahl der ausgegebenen Briefwahlunterlagen	Zahl der eingeg. Wahlbriefe in vH d. Wahlberechtigten	Zahl der gültigen Briefwahlstimmen	davon in vH für			
				SPD	CDU	FDP	Sonstige
Bundestagswahlen (Zweitstimmen)							
1961	95 807	6,71	89 519	35,1	39,4	21,3	4,2
1957	79 122	5,84	72 808	30,7	49,7	11,8	7,8
Bürgerschaftswahlen							
1961	28 881	2,01	26 610	48,5	35,9	12,8	2,8
1957	12 477	0,89	11 646	40,4	43,7	10,3	5,6

Die Stimmenverteilung der Briefwähler weicht erheblich von der Stimmenverteilung der Urnenwähler ab. Bei den Briefwählern waren sowohl 1957 als auch 1961, und zwar sowohl bei den Bundestagswahlen wie bei den Bürgerschaftswahlen, die Stimmenanteile der CDU und der FDP erheblich höher als bei den Urnenwählern; dementsprechend ergibt sich das umgekehrte Bild für die Stimmenanteile der SPD. Das Ausmaß der Unterschiede der Stimmenverteilung bei den Briefwählern einerseits und den Urnenwählern andererseits war in den bisher beobachteten Wahlen (1957 und 1961) sehr verschieden, ebenso die Anteile der Briefwähler an den Wahlberechtigten insgesamt. Die diesbezüglichen Vergleiche ergeben sich aus der nachfolgenden Übersicht. Daher lassen sich aus den bisherigen Erfahrungen keine Anhaltspunkte für eine Regel ableiten, welche die Stimmenverteilung bei den Briefwählern im Verhältnis zur Stimmenverteilung bei den Urnenwählern beschreibt.

Für die Vorausbestimmung des Gesamtwahlergebnisses aus frühen Zwischenergebnissen ergibt sich hieraus die Folgerung, daß künftig auch Zwischenergebnisse für die Briefwähler bereitgestellt werden müssen. Insoweit aus diesen auf die Gesamtergebnisse der Briefwahl gültig geschlossen werden kann, ist es möglich, das vermutliche Gesamtergebnis der Stimmenverteilung der Briefwähler und der Urnenwähler als das gewogene arithmetische Mittel aus den beiden getrennt ermittelten Zwischenergebnissen zu berechnen. Als Gewicht für diese Berechnung können mit ausreichender Genauigkeit die Wahlbeteiligungsquoten der Urnenwähler und der Briefwähler verwendet werden, die sich ebenfalls

aus den Zwischenergebnissen bestimmen lassen. Das zunächst näherliegende Verfahren, die Ergebnisse der Briefwahl und der Urnenwahl bereits in den

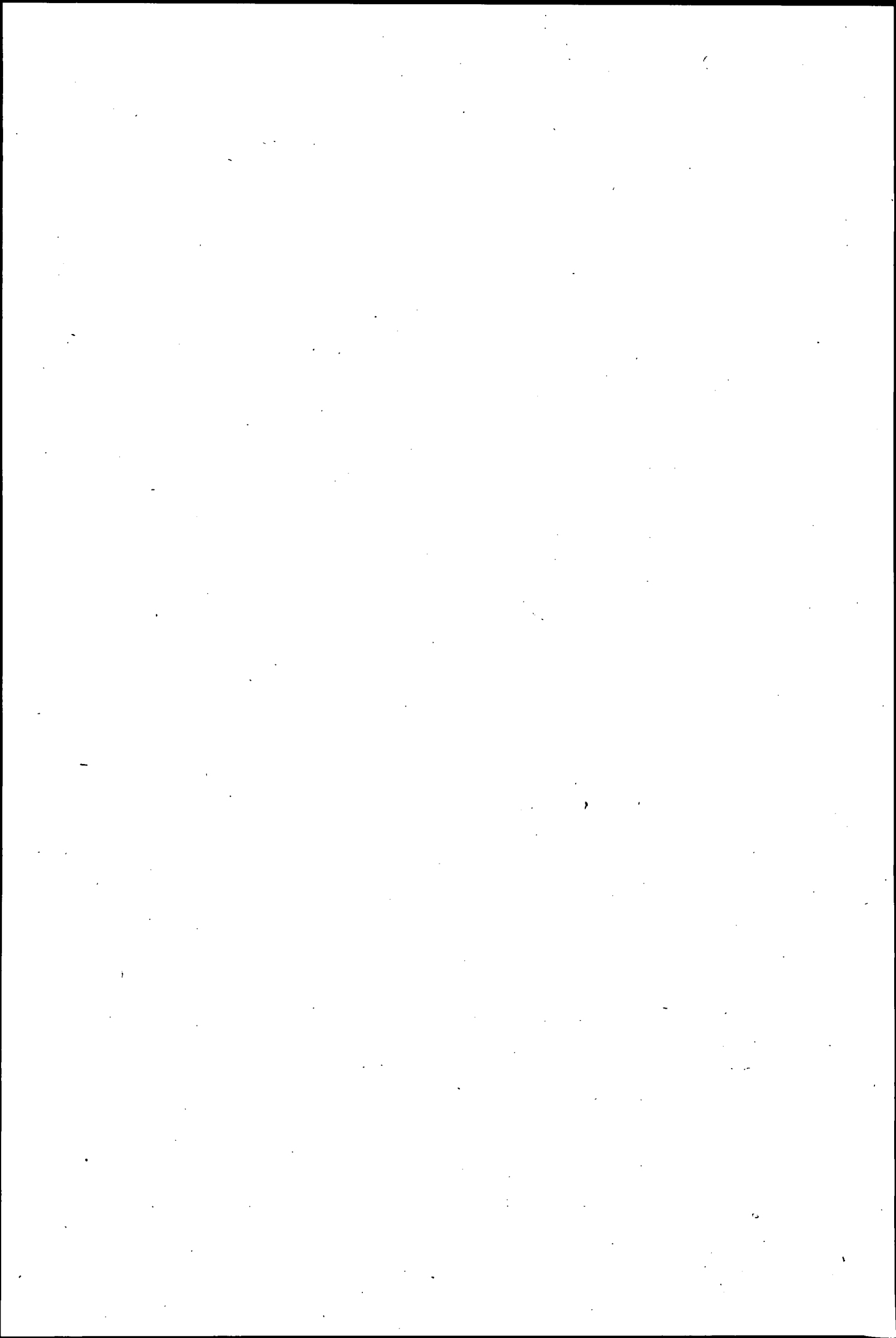
Übersicht 8 Die Wahlergebnisse der Urnenwahl und der Briefwahl 1957 und 1961 in Hamburg

Art der Wähler	Wahlbeteiligung (Abgegebene Stimmen in vH der Wahlberechtigten)	Stimmenanteile der			
		SPD	CDU	FDP	Sonst.
Bundestagswahl 1957 (Zweitstimmen)					
Urnenwähler . . .	83,6	46,8	36,6	9,3	7,3
Briefwähler . . .	5,6	30,7	49,7	11,8	7,8
Gesamt	89,2 ¹⁾	45,8	37,4	9,4	7,4
Bundestagswahl 1961 (Zweitstimmen)					
Urnenwähler . . .	82,0	47,9	31,3	15,2	5,6
Briefwähler . . .	6,6	35,1	39,4	21,3	4,2
Gesamt	88,6	46,9	31,9	15,7	5,5
Bürgerschaftswahl 1957					
Urnenwähler . . .	76,4	54,1	32,1	8,6	5,2
Briefwähler . . .	0,9	40,4	43,7	10,3	5,6
Gesamt	77,3	53,9	32,2	8,6	5,3
Bürgerschaftswahl 1961					
Urnenwähler . . .	70,3	57,7	28,9	9,5	3,9
Briefwähler . . .	2,0	48,5	35,9	12,8	2,8
Gesamt	72,3	57,4	29,1	9,6	3,9

¹⁾ In Angleichung an die Berechnungsart der Bundestagswahl 1961.

Zwischenergebnissen zusammenzufassen und daraus auf das Gesamtergebnis zu schließen, bietet keine Aussicht auf Ergebnisse entsprechender Genauigkeit, weil die Briefwahlergebnisse in einem anderen Rhythmus fertiggestellt und gemeldet werden als die Urnenwahlergebnisse.

Peter J. Deneffe



Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1960	Dezember 1961	November 1961
	1938	1950	1960			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte ¹⁾						
Luftdruck, mm	761,7	758,8	758,3	736,5	760,8	759,9 ⁴⁾
Lufttemperatur, ° C	9,3	7,9	8,6	2,8	0	5,1
Relative Luftfeuchtigkeit, vH	82	82	81	88	83	86
Windstärke ²⁾	3	3	3
Bewölkung ³⁾	6,7	7,2	7,3	9	7	7
2. Summenwerte						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	908,2	96	127	69
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 457,6	12	37	48
Tage ohne Sonnenschein	88	76	113	24	17	11
Tage mit Niederschlägen	160	221	221	22	23	23
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) ^{5) 6)}						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	295,4	295,6	295 p	294,7 p
Altona	220,3	272,7	273,0	273,8	273 p	273,0 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	262,5	262,2	261 p	261,3 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	433,4	431,7	429 p	428,9 p
Wandsbek	166,7	221,9	290,4	296,4	310 p	310,0 p
Bergedorf	52,6	82,4	78,0	78,1	78 p	78,5 p
Harburg	135,7	172,4	197,0	199,2	203 p	202,9 p
* Hamburg insgesamt	1 679,7	1 602,5	1 829,7	1 837,0	1 849 p	1 849,3 p
davon männlich	788,8	750,3	846,1	850,5	858 p	857,7 p
weiblich	890,9	852,2	983,6	986,5	991 p	991,6 p
dar. Ausländer ⁷⁾	16,6	19,9	30,5	34,3	42	41,4
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 535	1 587	1 750	1 275
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	10,0	10,2	11,1	8,4
Ehescheidungen	266	434	283	370	364	355
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	2 346	1 448	2 023	1 917	2 089	1 941
darunter unehelich	209	154	168	165	177	143
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	13,2	12,3	13,3	12,8
Unehelich Geborene vH der Geborenen	9,1	10,8	8,4	8,7	11,6	7,5
Totgeborene vH der Geborenen	2,1	1,9	1,3	1,2	1,9	1,7
* Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	1 949	2 071	2 423	1 986
darunter unter 1 Jahr alt	118	64	52	49	74	49
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 089	1 156	1 355 p	1 178
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	12,7	13,3	15,4	13,1
* Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	50,6	43,5	25,6	24,8	35,2	24,4
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 74	- 154	- 334	- 45
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	6 602	5 398	4 800 p	6 600 p
* Fortgezogene Personen nach außerhalb Hamburgs	7 788	2 174	5 559	5 331	4 800 p	5 600 p
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 2 487	+ 1 043	+ 67	.	+ 1 000 p
davon männlich	.	+ 2 533	+ 691	- 16	.	+ 600 p
weiblich	.	+ 2 954	+ 352	+ 83	.	+ 400 p
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	14 912	14 253	14 900 p	16 670
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	.	2 668	1 590	1 352	1 300 p	1 530 p
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾	.	1 311	769	705	700 p	800 p
Niedersachsen	.	1 854	1 293	946	900 p	1 300 p
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	.	567	266	233	200 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	1 214 ¹¹⁾	2 158	1 703	1 860 p	2 600 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	1 072	440	434	80 p	90 p
Ausland	.	485	1 054	902	600 p	1 000 p
Unbekannt	.	368	67	61	60 p	80 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	.	718	1 770	1 754	1 600 p	1 800 p
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾	.	457	1 104	1 284	1 100 p	1 250 p
Niedersachsen	.	449	1 073	864	800 p	1 170 p
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	.	131	310	291	200 p	350 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	764 ¹¹⁾	1 963	2 044	1 910 p	1 900 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	89	63	55	30 p	30 p
Ausland	.	142	632	572	400 p	650 p
Unbekannt	.	12	58	42	30 p	50 p

¹⁾ Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ³⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — ⁴⁾ Reduziert auf 0° C Normalschwere und Meeresspiegel. — ⁵⁾ Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählung vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. — ⁶⁾ Am Monatsende nach der Fortschreibung im Anschluß an die Wohnungszählung vom 25. 9. 1956 (ohne Schiffsbevölkerung). — ⁷⁾ Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — ⁸⁾ Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1960	Dezember 1961	November 1961
	1938	1950	1960			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	9 464	12 742	11 867	11 839	11 857	11 800
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	312 450	274 676	274 676	304 200
Bettenausnutzung in vH ²⁾	77,1	86,8	90,4	81,6	77,4	88,5
b) Gemeinnützige Krankenanstalten ³⁾						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	4 339	4 690	4 643	4 688	4 671	4 672
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	124 271	117 056	114 336	127 393
Bettenausnutzung in vH ²⁾	74,5	88,6	87,9	81,4	79,1	91,0
c) Privatkrankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	.	409	531	556	570	570
Krankenverpflegungstage	.	8 983	13 613	12 459	10 576	14 901
Bettenausnutzung in vH ²⁾	.	60,1	84,4	74,3	59,9	87,1
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	189	2 260	982	982	982	982
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	24 652	23 546	21 732	23 476
Bettenausnutzung in vH ²⁾	81,8	91,5	82,4	77,4	71,4	79,7
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	833	1 645	1 201	1 171	1 136	1 136
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	31 079	29 590	28 572	28 920
Bettenausnutzung in vH ²⁾	93,5	97,4	85,7	81,6	84,5	87,2
3. Anstalten für Geisteskrankhe						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 649	1 649	1 719	1 719
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	46 449	47 559	47 969	47 544
Bettenausnutzung in vH ²⁾	98,0	75,1	96,1	95,5	93,6	95,8
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 302	1 302	1 302	1 302
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	39 203	40 069	39 850	38 678
Bettenausnutzung in vH ²⁾	99,7	98,8	98,7	99,5	98,7	99,0
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 220	1 220	1 280	1 280
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 784	40 152	39 002	38 009
Bettenausnutzung in vH ²⁾	—	68,4	100	100	98,3	99,0
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 949	2 071	.	1 986
darunter						
Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	23	17	.	22
Krebs	240	285	382	406	.	387
Gehirnblutungen	136	172	253	261	.	244
Herzkrankheiten	232	269	432	430	.	451
Lungenentzündung	103	47	56	59	.	53
Freitod	62	50	46	51	.	29
Verkehrsunfälle	22	20	31	34	.	23
Andere Verunglückungen	48	41	59	57	.	60
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	176	173	164	164
Plätze	66 691	47 891	93 753	92 859	87 308	87 395
Besucher	1 931 580	1 854 754	2 245 196	1 899 534	1 717 243	1 724 255
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer ⁴⁾	361 531	407 741	617 442	620 404	629 687	629 020
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	211 301	231 368	282 048	275 869
Öffentliche Fürsorge						
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung⁵⁾						
Mitglieder						
Pflichtmitglieder	452 518	694 658	697 552	703 188	703 720	701 730
Rentner		486 742	468 170	473 504	470 157	468 210
Freiwillige Mitglieder	64 028	36 777	171 452	170 525	170 828	170 820
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	15 825	57 930	59 159	62 735	62 700
männlich	9 091	10 123	31 194	29 037	33 923	37 755
weiblich	6 450	5 702	21 012	20 152	23 521	25 552
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger		153 175	289 292	292 476	297 738	297 098
Rentenversicherung der Arbeiter	94 346 ⁷⁾	106 248	190 720	192 559	195 925	195 657
Rentenversicherung der Angestellten		46 927	98 572	99 917	101 813	101 441
Ausgezahlte Renten		28 880 000	55 940 388	53 684 556	58 057 569	57 860 663
Rentenversicherung der Arbeiter		18 350 000	32 434 339	30 950 701	33 244 424	33 180 193
Rentenversicherung der Angestellten		10 530 000	23 506 049	22 733 855	24 813 145	24 680 470
Offene Fürsorge						
Laufend unterstützte Parteien ⁶⁾	55 658	25 040	22 230	22 146	21 731	21 796
Laufend unterstützte Personen		40 214	31 031	30 820	29 901	29 999
Laufend unterstützte Personen auf 1000 Einwohner		25,3	17,0	16,8	16,2	16,2

¹⁾ Ohne Säuglingsbetten. — ²⁾ Ohne gesperrte Betten. — ³⁾ 1938 einschl. Privatkrankenanstalten. — ⁴⁾ 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — ⁵⁾ Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁶⁾ Der für 1938 ausgewiesene Personenkreis ist mit den übrigen Jahren nur bedingt vergleichbar. — ⁷⁾ Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1960	Dezember 1961	November 1961
	1938	1950	1960			
Arbeitsmarkt						
1. Umfang der Beschäftigung						
* Beschäftigte Arbeitnehmer am Monatsende 1)	638 856 *)	580 940	813 163	821 681	841 072	843 059 *)
davon						
* männlich	428 675	384 486	493 699	498 102	504 823	506 720
weiblich	210 181	196 454	319 464	323 579	336 249	336 339
2. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	5 889	6 084	5 163	4 593
davon						
* männlich	23 937	56 428	3 639	3 833	3 466	3 010
weiblich	5 971	34 403	2 250	2 251	1 697	1 583
Hauptbetragsempfänger 2)			4 092	3 749	3 271	3 033
davon						
aus der Arbeitslosenversicherung (Alg)			3 245	3 071	2 723	2 519
aus der Arbeitslosenhilfe (Alhi)			847	678	548	514
Stellenvermittlung in Dauerbeschäftigung 3)	16 088	21 006	8 719	6 790	5 877	7 363
davon						
männlich	11 107	13 007	5 749	4 831	4 126	4 975
weiblich	4 981	7 999	2 970	1 959	1 751	2 388
Stellenvermittlung in kurzfristige Beschäftigung	9 175	24 625	21 295	17 218	15 988	6 107
davon						
männlich	7 544	23 585	20 496	16 367	15 025	5 431
weiblich	1 631	1 040	799	851	963	676
Arbeitsuchende am Monatsende 4)	35 944	94 886	10 948	10 663	9 493	8 512
davon						
männlich	28 215	59 355	7 263	7 220	6 727	5 792
weiblich	7 729	35 531	3 685	3 443	2 766	2 720
3. Die Arbeitslosen 5)						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	5 889	6 084	5 163	4 593
darunter						
Bauberufe	.	6 710 7)	169	348	390	100
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 766 7)	177	172	137	117
Elektriker	.	1 627 7)	20	20	32	25
Chemiker	.	1 879 7)	107	106	91	79
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 7)	32	34	40	25
Graphische Berufe	.	690 7)	70	61	46	49
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	.	1 180 7)	23	13	16	11
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	.	6 623 7)	185	198	140	128
Kaufmännische Berufe	.	8 598 7)	1 235	1 065	887	888
Verkehrsberufe	.	8 787 7)	706	768	620	603
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 7)	1 023	979	847	852
Künstlerische Berufe	.	2 260 7)	398	417	382	411
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude	.	469	606	1 081	419	257
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	709	1 356	791	429
* Wohnungen	.	2 540	2 328	4 426	2 725	1 402
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	145	289	167	89
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	58 991	119 577	72 170	42 398
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude	.	185	127	131	142	170
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	334	468	451	318
* Wohnungen	.	20	24	6	17	8
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	27 332	40 992	45 665	27 689
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	516	535	582	563	317
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	641	814	932	520
Wohnungen	.	2 206	2 130	2 737	3 266	1 782
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	52 866	67 316	84 325	48 052
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	237	115	146	255	158
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	322	552	654	395
Wohnungen	.	.	32	41	33	9
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	26 094	44 000	56 549	36 601
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	504	2 323	1 649	704
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	535	2 136	1 851	737
Wohnungen	.	2 096	1 716	6 417	6 241	2 429
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	108	424	390	155
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	41 683	162 577	155 266	60 465
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	123	482	516	140
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	365	1 713	1 307	420
Wohnungen	.	26	26	78	97	27
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	23 835	121 850	90 481	41 306

1) Wird vierteljährlich ausgezählt. — 2) Zahlfälle. — 3) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 4) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 5) Einschließlich Heimarbeiter. — 6) Juni 1938. — 7) Durchschnitt aus April-Dezember 1950 — 8) September 1961.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1960	Dezember 1961	November 1961
	1938	1950	1960			
Nach: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt ¹⁾	706	2 122	1 742	6 495	6 338	2 456
darunter						
mit öffentlichen Mitteln gefördert	.	1 526	1 259	4 560	4 571	2 104
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	.	6 575	6 554	25 308	22 582	9 051
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes) ²⁾						
Im Bau befindliche Wohnungen	.	17 089	24 717	24 717	31 211 p	26 400
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	.	8 412	9 695	9 695	8 180 p	8 600
5. Bestand an normalen Wohngebäuden und Wohnungen³⁾ (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden	.	122	179	183	189	187
Bestand an Wohnungen	.	336	570	583	604	598
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	.	1 276	2 054	2 103	2 181	2 158
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	658	2 286	2 321	1 047
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77—80 II. WoBauG.	—	830	495	1 979	1 897	899
c) für die Umschichtung	—	—	102	295	316	171
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	782	738	800	690
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	678	443	1 783	1 698	271
Abgang von Wohnungen (Wohnraumkartei)	—	306	144	302	352	294
7. Bauberichterstattung^{4) 5)}						
* Zahl der Beschäftigten	.	21 853	42 725	42 688	44 094	44 722
davon						
Inhaber	.	335	436	441	462	458
Angestellte	.	1 739	3 390	3 476	3 814	3 793
Arbeiter ⁶⁾	.	19 779	38 899	38 771	39 818	40 471
* Löhne in 1000 DM	.	6 168	25 599	25 516	26 961	33 232
* Gehälter in 1000 DM	.	731	2 881	4 253	5 011	3 904
* Umsatz in 1000 DM	.	15 950	74 335	103 455	107 923	97 956
darunter						
im Wohnungsbau in 1000 DM	.	.	24 797	33 990	33 949	34 575
im gewerbl. und industr. Bau in 1000 DM	.	.	18 006	24 754	25 557	22 099
* Geleistete Arbeitsstunden in 1000	.	3 732	6 575	6 022	5 479	7 082
darunter						
für Wohnungsbauten in 1000	.	1 498	2 210	2 067	1 836	2 394
für gewerbl. und industr. Bauten in 1000	.	1 051	1 563	1 398	1 222	1 568
Preise und Indexziffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt						
für 50 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	43,80	75,80	117,60	119,50	120,80	113,10
Kühe, sonstige vollfleischige	37,60	62,70	91,80	87,50	91,00	90,40
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	57,00	91,30	167,50	172,30	184,80	187,50
Schweine, von 100—119,5 kg Lebendgewicht	50,90	117,50	123,40	126,70	123,00	129,10
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	40,70	61,90	97,40	95,00	99,90	97,80
2. Durchschnittspreise für Fleisch⁷⁾						
I. Qualität für 50 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	76,50	131,50	206,80	204,30	208,40	204,80
Kalbfleisch, beste Qualität	94,70	174,50	297,90	323,50	333,80	327,50
Hammelfleisch, beste Qualität	92,80	127,00	223,10	213,50	232,50	229,30
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	70,40	178,50	166,00	170,80	171,60	176,40
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbraucherguppe —						
Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	132,6	129,3	135,9	136,1
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	83,1	83,7	83,9	83,9
Wohnung	97,5	100	130,2	139,5	143,1	143,1
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	138,8	145,8	148,7	148,7
Hausrat	53,9	100	112,3	115,1	119,9	119,6
Bekleidung	47,9	100	105,7	106,3	107,8	107,6
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	117,2	117,6	121,7	121,0
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	138,2	140,0	149,3	147,9
Verkehr	65,0	100	137,5	143,6	144,1	144,1
Ernährung						
einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	126,1	123,3	129,1	129,2
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	124,1	123,5	128,5	128,4
(1950 = 100)	62,8	100	124,6	124,9	129,7	129,6
Gesamtlebenshaltung	100	159,3	198,5	199,1	206,7	206,6
(1938 = 100)						

¹⁾ Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 96 Wohnungen). — ²⁾ Für die Jahre 1950 und 1960 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — ³⁾ Einschl. Behelfsheime von 30 und mehr qm; Bestand 1950 nach der Wohnungszählung vom 13. 9. 1950. — ⁴⁾ Betriebe ab 20 Beschäftigte. — ⁵⁾ Oktober- und November-Ergebnisse nach dem neuen Berichtskreis Oktober 1961. — ⁶⁾ Einschl. Umschüler und Lehrlinge. — ⁷⁾ Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1960	Dezember 1961	November 1961
	1938	1950	1960			
Industrie						
einschl. öffentlicher Energieversorgung						
1. Industrie¹⁾						
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 853	1 862	1 852	1 851
* Beschäftigte insgesamt		140 867	232 431	232 304	232 905	234 946
darunter						
* Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		111 760	173 204	172 165	169 522	171 417
* Geleistete Arbeiterstunden in 1000		21 399	29 783	31 231	28 521	30 162
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	44 099	56 148	63 705	55 853
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	86 098	101 092	106 850	102 060
* Umsatzwerte in 1000 DM		333 013	1 073 469	1 141 596	1 142 624	1 225 988
darunter nach dem Ausland in 1000 DM		12 845	138 195	163 346	144 462	130 863
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ²⁾ t		52 913	21 033	22 892	21 035	18 561
Heizölverbrauch in t			47 144	53 300	60 015	52 488
* Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	12 849	14 454	14 256	14 839
* Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	95 471	101 959	102 528	103 809
Gasverbrauch in 1000 cbm			6 436	7 324	7 770	7 509
2. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung in 1000 cbm		8 282	10 066	9 860	9 964	9 883
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis		20 935	33 745	42 613	51 371	41 179
* Stromerzeugung in 1000 kWh		125 855	327 367	395 541	447 043	415 282
3. Beschäftigte und Umsatz nach Industriegruppen³⁾						
Umsatz ⁴⁾ in 1000 DM						
Gesamte Industrie		333 013	1 073 469	1 141 596	1 142 624	1 225 988
darunter						
Mineralölverarbeitung		32 925	222 973	172 498	183 769	195 974
NE-Metallindustrie		15 005	39 614	42 218	35 257	36 674
Chemische Industrie		25 296	74 540	66 117	65 329	76 607
Kautschuk und Asbest		13 990	36 014	41 769	39 085	41 741
Maschinenbau		16 234	56 438	73 683	86 621	69 245
Schiffbau		7 633	71 617	92 310	83 990	130 615
Elektroindustrie		10 463	105 621	135 770	121 401	141 121
Druck und Vervielfältigung		7 748	29 647	34 780	36 395	38 265
Ölmühlenindustrie			35 718	38 569	37 446	37 647
Margarineindustrie		41 967	24 302	25 080	22 979	25 856
Kaffee, Tee und Kaffeemittel		4 298	49 393	71 198	82 697	64 833
Tabakverarbeitung		55 911	96 099	101 758	102 274	102 440
Beschäftigte						
Gesamte Industrie		140 867	232 431	232 304	232 905	234 946
darunter						
Mineralölverarbeitung		4 371	8 672	8 397	8 420	8 438
NE-Metallindustrie		2 509	3 084	3 044	3 008	3 029
Chemische Industrie		10 439	17 471	17 242	17 013	17 247
Kautschuk und Asbest		10 380	13 883	13 637	13 567	13 742
Maschinenbau		16 409	28 900	29 507	30 106	30 367
Schiffbau		12 559	31 818	31 422	29 483	29 444
Elektroindustrie		10 785	26 724	27 662	28 692	28 627
Druck und Vervielfältigung		6 721	11 802	11 799	12 260	12 358
Ölmühlenindustrie			2 782	2 792	2 806	2 786
Margarineindustrie		4 628	3 046	3 013	3 076	3 085
Kaffee, Tee und Kaffeemittel		721	3 171	3 699	3 867	3 894
Tabakverarbeitung		2 762	3 476	3 317	3 465	3 577
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
* Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	2 134	1 833	2 071	1 642
* Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 714	1 506	1 628	1 304
in vH der Gesamterzeugung	61,0	85,2	80,3	82,1	78,6	79,4
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	9,8	8,3	9,0	7,4
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg		10 709	11 355	10 737	10 511	10 898
davon						
lose in 1000 kg			6 148	5 389	4 550	4 780
in Flaschen in 1000 kg			5 207	5 348	5 961	6 118
Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	545	306	281	317
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	9 240	8 114	8 603	16 604
Kälber	3 884	3 699	3 431	3 632	2 561	1 761
Schweine	24 847	19 784	45 383	40 564	45 330	44 066
Schafe	4 265	5 681	4 067	2 810	2 421	3 706
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
* Rindvieh (ohne Kälber)	8 075	3 363	7 888	9 278	8 936	14 730
* Kälber	5 568	4 065	3 351	3 677	2 556	1 735
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	46 907	45 299	49 894	49 230
darunter Hausschlachtungen		1 455	603	2 167	1 983	1 251
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ⁵⁾	6 467	3 220	6 295	6 107	6 502	8 240
darunter						
* Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	1 833	2 105	2 131	3 730
* Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 048	3 632	4 096	4 246
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
* für Rinder in kg	246,3	248,7	232,3	226,9	238,5	253,2
* für Kälber in kg	57,2	43,2	55,2	49,4	54,8	58,1
* für Schweine in kg	96,5	95,5	87,4	84,2	85,5	88,5

¹⁾ Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Arbeitskräften berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). — ²⁾ 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenss, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenss. — ³⁾ Betriebe ab 10 Beschäftigte. — ⁴⁾ Ohne Handelsware, einschl. Verbrauchsteuer. — ⁵⁾ Der gewerblichen Schlachtungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1960	Dezember 1961	November 1961
	1938	1950	1960			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Deichtormarkt)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	3 333	2 228	2 022	3 074
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	12 257	14 714	14 615	12 572
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 382	4 891	5 448	8 465
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	4 235	3 227	2 313	2 615
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	3 738	2 499	2 214	2 406
darunter						
in Hamburg angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	3 460	2 176	1 931	2 061
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
* Einzelhandel aller Betriebsformen			156	235	252	187
* davon						
Nahrungs- und Genußmittel			149	200	212	167
darunter						
Lebensmittel aller Art			148	207	221	174
Obst, Gemüse, Südfrüchte			149	147	175	151
Fische und Fischwaren			170	273	278	186
Milch und Milcherzeugnisse			137	153	155	145
Schokolade und Süßwaren			133	225	209	134
Tabakwaren			145	203	209	159
Bekleidung, Wäsche, Schuhe			152	261	287	212
darunter						
Textilien aller Art			169	341	374	222
Wirk-, Strick- und Kurzwaren			162	311	368	213
Oberbekleidung			135	203	237	211
Schuhwaren			167	256	266	192
Hausrat und Wohnbedarf			164	266	283	217
darunter						
Eisenwaren und Küchengeräte			162	290	312	184
Porzellan und Glaswaren			168	414	448	237
Beleuchtungs- und Elektrogeräte			198	356	365	288
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel			178	361	407	283
Möbel			126	161	165	170
Teppiche, Gardinen usw.			126	168	178	161
Sonstige Waren			168	261	276	185
darunter						
Bücher			182	378	408	221
Papier- und Schreibwaren			159	299	309	194
Galanterie- und Lederwaren			150	401	456	174
Apotheken			155	171	182	175
Drogerien			160	255	274	150
Foto und Optik			191	247	254	161
Büromaschinen und Büromöbel			140	220	202	185
Fahrräder, Krafträder und Zubehör			183	168	141	117
Kraftwagen und Zubehör			206	189	175	194
Uhren, Gold- und Silberwaren			167	506	554	218
Blumen und Sämereien			185	263	275	196
Brennmaterial			143	160	173	138
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1955 = 100)						
Gaststättenwesen insgesamt			143	155	157	148
darunter						
Hotels und Gasthöfe			117	115	116	126
Fremdenheime und Pensionen			150	131	139	149
Schank- und Speisewirtschaften						
mit Ausschank alkoholischer Getränke			133	149	157	145
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden		48 229	101 623	72 260	74 167	88 294
* darunter Ausländer		10 303	38 212	19 063	19 590	26 023
* Zahl der Übernachtungen		103 109	213 882	159 923	163 805	196 197
* darunter Ausländer		22 805	78 218	45 275	48 604	63 035
Bettenausnutzung vH der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres		55	58	43	41	51
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
* Bezüge Hamburgs		5	9	9	5	7
* Lieferungen Hamburgs		3	5	6	4	4
5. Handel mit Berlin (West) 3) (in Mio DM)						
* Bezüge Hamburgs		9	88	106	80	84
* Lieferungen Hamburgs		37	117	123	123	123
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
* Insgesamt						
davon nach Warengruppen		26	174	189	160 p	142
Ernährungswirtschaft		1	13	11		11

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1960	Dezember 1961	November 1961
	1938	1950	1960			
Noch: Handel und Gastgewerbe						
* Gewerbliche Wirtschaft		25	161	178		131
davon		1	2	2		2
Rohstoffe		12	31	36		34
Halbwaren		12	128	140		95
Fertigwaren						
davon		2	12	11		9
Vorerzeugnisse		10	116	129		86
Enderzeugnisse						
davon nach ausgewählten Verbrauchsgebieten			89	97		92
Europa						
darunter			29	26		28
EWG-Länder			42	48		44
EFTA-Länder			19	6		5
Afrika			39	44		18
Amerika						
davon			18	17		9
Nordamerika			17	16		8
darunter USA			10	18		1
Mittelamerika			11	9		8
Südamerika			26	40		26
Asien			1	2		1
Australien und Ozeanien						
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
Wareneinfuhr (in Mio DM)		301	761	817	745 p	681
Warengruppen:						
darunter						
Ernährungswirtschaft		159	321	347	345 p	330
Gewerbliche Wirtschaft		141	439	465	400 p	351
davon						
Rohstoffe und Halbwaren		120	298	297	260 p	225
Fertigwaren		21	141	168	140 p	126
Ländergruppen:						
darunter						
Europa		108	187	226	210 p	172
davon						
EWG-Länder		25	27	33		31
EFTA-Länder		60	87	107		64
Sonstige Länder		23	73	86		77
Außereuropa		193	572	587	535 p	508
davon						
Amerika		82	292	324	300 p	281
davon						
Nordamerika		44	152	184		158
Mittelamerika		8	35	29		31
Südamerika		30	105	111		92
Afrika		50	83	84	80 p	75
Asien		58	182	165	130 p	127
Australien und Ozeanien		3	15	14	25 p	25
Warenausfuhr (in Mio DM)		120	766	843	860 p	758
Warengruppen:						
darunter						
Ernährungswirtschaft		3	18	18	30 p	18
Gewerbliche Wirtschaft		117	747	824	830 p	740
davon						
Rohstoffe		3	10	10	10 p	9
Halbwaren		24	49	45	70 p	56
Fertigwaren		90	688	769	750 p	675
davon						
Vorerzeugnisse		20	96	93		81
Enderzeugnisse		70	592	676		594
Ländergruppen:						
darunter						
Europa		54	214	235	240 p	196
davon						
EWG-Länder		4	14	9		11
EFTA-Länder		35	100	108		94
Sonstige Länder		15	100	118		91
Außereuropa		64	547	604	620 p	560
davon						
Amerika		36	261	300	320 p	293
davon						
Nordamerika		10	128	146		139
darunter USA		8	103	120		109
Mittelamerika		5	40	34		27
Südamerika		21	93	120		127
Afrika		10	99	98	100 p	78
Asien		14	153	166	170 p	168
Australien und Ozeanien		4	34	40	30 p	21
Verkehr						
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 726	1 674	1 663	1 679
darunter deutsche Schiffe	1 027	526	1 041	975	926	1 001
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 876	1 651	1 621	1 761
darunter deutsche Schiffe	1 118	591	1 179	940	895	1 094
Raumgehalt der angekommenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 714	937	2 681	2 724	2 864	2 678
darunter deutsche Schiffe	873	128	766	774	726	705
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 712	936	2 707	2 715	2 814	2 598
darunter deutsche Schiffe	875	135	794	761	737	702

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1960	Dezember 1961	November 1961
	1938	1950	1960			
Nach: Verkehr						
b) Linienschifffahrt (Linien) ¹⁾	184	176	249	251	255	255
davon						
Europa	102	84	69	71	72	72
Außereuropa	82	92	180	180	183	183
Reisen (Abfahrten)	728	319	715	707	698	712
darunter nach						
Europäischem Ausland	383	159	290	340	324	346
Amerika	72	54	173	170	165	168
Afrika	37	18	81	84	90	90
Asien	33	23	94	98	101	92
Australien	7	4	16	15	18	16
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	2 417	1 498	1 509	1 441
darunter nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			259	73	72	31
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			526	249	336	255
Nordamerika	2 882	446	898	166	709	110
Südamerika	1 286	231	218	271	313	547
Einreisende insgesamt	5 373	333	2 115	1 397	939	546
darunter von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			229	47	32	48
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			547	273	291	291
Nordamerika	2 057	171	775	267	296	48
Südamerika	882	30	334	262	249	55
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)						
Empfang	1 521	620	2 563	2 556	2 704	2 547
dav. Massengut	980	429	1 914	1 885	2 060	1 897
dar. Mineralöle	307	162	760	711	1 500 p	1 379
Kohle	262	113	258	249	284	236
Getreide	133	70	145	147	190	234
Sackgut	541	191	134	112	160 p	135
Stückgut			411	440	400 p	383
Verkehrsbezirke:						
Inland	110	110	70	69	70 p	60
Europäisches Ausland	520	159	359	411	479 p	452
Außereuropa	891	351	1 485	1 405	1 511	1 385
darunter						
Nahost und Persischer Golf		128	486	426		341
Vereinigte Staaten von Amerika	171	78	384	334		401
Versand	626	299	649	671	644	650
davon						
Massengut	205	144	270	212	260 p	264
Sackgut	421	155	95	133	120 p	120
Stückgut			284	326	264 p	266
Verkehrsbezirke:						
Inland	149	32	74	58	52 p	68
Europäisches Ausland	302	170	326	319	320 p	344
Außereuropa	175	97	249	294	272	238
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 475	2 355	1 790	2 578
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 385	2 459	1 726	2 567
Tragfähigkeit der angekommenen Schiffe in 1000 t	879	362	667	662	531	701
Tragfähigkeit der abgegangenen Schiffe in 1000 t	845	344	640	700	493	693
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
* Eingang (in 1000 t)	318	151	272	323	224	344
darunter						
Bundesrepublik	77	101	228	255	192	300
davon						
Niederelbe	24	32	33	38	26	24
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	173	175	122	247
Mittellandkanal	0	7	22	32	34	29
Berlin (West)	7	25	8	10	10	12
Sowjetische Besatzungszone	155	3	14	46	23	14
Tschechoslowakei	42	22	20	22	9	18
* Ausgang (in 1000 t)	504	121	267	305	219	267
darunter						
Bundesrepublik	59	81	121	240	176	167
davon						
Niederelbe	49	48	73	72	63	96
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	34	44	35	56
Mittellandkanal	0	1	14	28	18	15
Berlin (West)	29	28	61	96	60	65
Sowjetische Besatzungszone	268	2	55	30	10	11
Tschechoslowakei	34	10	29	35	33	24
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 573	1 285		Sept. 1961
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 573	1 284		1 889
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	37 890	31 594		1 891
darunter aus dem Ausland			13 922	10 446		44 905
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	35 665	29 033		16 449
darunter nach dem Ausland			13 545	9 894		47 608
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	470,7	615,7		17 837
darunter aus dem Ausland			219,0	229,5		648,0
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	379,1	428,2		309,9
darunter nach dem Ausland			173,8	210,2		499,1
Angekommene Post in t	9,0	35,6	74,6	103,5		190,6
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	78,7	111,3		133,2
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9	521,4	649,3	608,1	531,4
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8	505,1	481,6	550,6	510,2
Gestellte Güterwagen		31 414	42 440	43 112	46 822	45 099

1) Stand am Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1960	Dezember 1961	November 1961
	1938	1950	1960			
Nach: Verkehr						
5. Personen-Nahverkehr						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	11 194	10 836	10 424	10 821
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	12 445	14 830	14 719	15 187
Straßenbahn	13 799	23 498	17 672	17 391	14 820	14 971
Kraftomnibusse der HHA 1)	1 083	2 028	6 477	8 008	8 592	8 719
Alsterdampfer	281	337	192	138	89	116
Dampfer der Hafendampfschiffahrt AG.	1 268	1 283	1 659	1 620	1 436	1 415
Kraftomnibusse der VHH AG. 2)	373	786	1 519	1 730	1 627	1 624
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	25	27	19	21
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	332	381	404	376
Private Kraftomnibusse	.	151	652	712	670	685
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrer- befugnis (im Verkehr befindlich) insgesamt ³⁾	82 080	59 100	216 088	216 088	245 051	245 441
darunter Personenkraftwagen 4)	39 260	25 948	168 542	168 542	197 421	196 904
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	3 687	3 193	3 454	3 934
darunter						
• Krafträder	232	221	140	157	9	20
• Personenkraftwagen	501	644	2 945	2 457	2 765	3 196
• Kombinationskraftwagen	.	.	200	289	266	244
• Lastkraftwagen	179	288	340	363	338	395
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	4 594	5 024	5 345	5 441
davon						
• mit Personenschaden 5)	459	426	1 081	956	1 034	1 079
• mit nur Sachschaden	406	632	3 513	4 068	4 311	4 362
• Getötete Personen	8	12	21	22	41	17
• Verletzte Personen	517	483	1 308	1 148	1 255	1 307
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken) (Beträge in Mio RM/DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 6)						
• Kredite an Nichtkreditinstitute am Monatsende	.	1 556,1	7 017,0	7 260,4	8 442,4	8 290,8
• davon kurzfristige Kredite 7)	.	1 353,8	3 182,0	3 305,7	3 792,3	3 652,9
• davon						
• an Wirtschaft und Private	.	1 328,7	2 853,5	3 064,6	3 546,0	3 398,6
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	25,1	328,5	241,1	246,3	254,3
• mittelfristige Kredite 8) 9)	.	55,8	608,1	586,7	661,1	700,2
• davon						
• an Wirtschaft und Private	.	55,6	519,2	505,7	578,9	616,4
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	0,2	88,9	81,0	82,2	83,8
• langfristige Kredite 8) 9)	.	146,5	3 226,9	3 368,0	3 989,0	3 937,7
• davon						
• an Wirtschaft und Private	.	146,0	2 913,7	3 065,2	3 618,5	3 563,6
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	0,5	313,2	302,8	370,5	374,1
Kredite an Kreditinstitute am Monatsende	.	105,7	699,7	757,4	836,8	835,7
b) Einlagen bei den Kreditinstituten am Monatsende	.	1 152,3	5 446,0	5 817,2	6 357,1	6 036,9
• davon Sicht- und Termineinlagen	.	1 026,3	3 255,6	3 439,4	3 795,8	3 532,5
• davon						
• von Wirtschaft und Privaten	.	848,0	2 866,5	3 059,6	3 219,9	3 032,3
• von öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	178,3	389,1	379,8	575,9	500,2
• Spareinlagen	.	126,0	2 190,4	2 377,8	2 561,3	2 504,4
Einlagen von Kreditinstituten am Monatsende	.	106,6	1 386,5	1 586,4	1 879,6	1 831,1
c) Sparverkehr Sämtliche Kreditinstitute 10)	.	126,0	2 190,4	2 377,8	2 561,3	2 504,4
• Sparanlagen am Monatsende	.	12,4	266,6	255,0	4,6	60,4
• steuerbegünstigt	.	.	49,4	74,4	131,0	113,4
• prämienbegünstigt	.	10,2	130,8	173,4	186,5	161,7
• Gutschriften	.	7,3	110,2	154,6	212,4	201,1
• Lastschriften	.	+ 2,9	+ 20,6	+ 18,8	- 25,9	+ 39,4
• Saldo der Gut- und Lastschriften	.	+ 2,6	+ 7,0	+ 81,8	+ 82,8	+ 1,3
• Zinsen
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)		1 324	1 580	1 588	1 295	1 396
Betrag in 1000 RM/DM		1 194,0	977,0	1 098,7	1 380,0	1 177,8
Durchschnittsbetrag je protestierten Wechsel in RM/DM		902	618	692	1 066	844
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)	12	25	17	22	13	15
• Konkurse	1	3	1	1	1	1
• Eröffnete Vergleichsverfahren						
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)	14 894	21 302	20 889	22 923	19 047	22 859
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls		2 392	2 841	2 692	2 213	2 697
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides		848	1 280	1 136	1 048	1 330
Hafnbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides		124	375	387	337	399
d) Öffentliche Leihhäuser Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	4 627	3 134	2 865	3 601
RM/DM	298 306	384 610	194 378	150 120	155 300	169 711
Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	4 761	4 815	4 285	3 572
RM/DM	176 172	401 990	196 006	215 799	216 340	188 971

1) 1950 einschl. Obusse. - 2) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). - 3) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. - 4) Einschl. Kombinationskraftwagen. - 5) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - 6) Ohne durchlaufende Mittel. - 7) 108 berichtspflichtige Institute. - 8) 90 berichtspflichtige Institute. - 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. - 10) Ohne Postsparkasse. - 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. - 12) Einschließlich Erneuerungen.

c) Jugendliche nach Jugendstrafrecht abgeurteilt		87	141	118	142	213
d) Heranwachsende nach Jugendstrafrecht abgeurteilt			81	81	73	80
darunter						
• Widerstand gegen die Staatsgewalt		12	9	8	8	12
• Fahrerflucht		6	45	50	40	42
• Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie		4	42	47	38	41
• Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit		51	54	47	43	52
• Beleidigung, üble Nachrede		24	23	30	30	26
• Verbrechen und Vergehen wider das Leben		9	9	11	13	9
• Körperverletzung		52	144	168	113	134
• Einfacher Diebstahl		324	274	275	270	306
• Schwere Diebstahl		80	75	83	76	82
• Einfacher und schwerer Diebstahl im Rückfall		79	56	59	50	51
• Unterschlagung		70	81	87	73	60
• Raub und Erpressung		9	12	12	17	12
• Begünstigung und Hehlerei		68	42	41	35	32
• Betrug und Untreue		92	175	167	146	137
• Urkundenfälschung		19	15	19	27	18
• Vergehen gegen das StVG.		53	261	328	251	361

1) Ohne §§ 223 und 230. - 2) Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) Dezember 1961 4 Jugendliche. Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) Dezember 1961 16 Jugendliche.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 1960	Dezember 1961	November 1961
	1938	1950	1960			
Noch: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	.	.	172	169	163	164 ¹⁾
Kapital in Mio DM	.	.	3 072,0	3 280,9	3 198,2	3 602,3
Gesellschaften m. b. H., Zahl	.	.	3 107	3 160	3 293	3 273
Kapital in Mio DM	.	.	1 833,6	2 118,7	2 356,1	2 275,3
Steuern²⁾						
1. Steueraufkommen (in 1000 RM/DM)³⁾						
a) Bundessteuern						
Umsatzsteuer	9 363	22 996	59 750	60 416	72 378	73 288
Umsatzgleichsteuer	2 180	2 779	16 711	18 131	17 608	17 810
Beförderungsteuer	79	943	1 402	1 363	1 162	1 254
Notopfer Berlin	.	1 749	321	210	153	689
Zölle	45 572	17 772	58 655	77 589	127 633	97 287
Verbrauchssteuern	31 925	42 968	153 212	173 111	187 212	184 642
davon
Tabaksteuer	24 492	32 535	61 505	63 309	72 577	64 484
Kaffeesteuer	..	5 831	16 978	18 117	18 674	19 963
Teesteuer	..	521	792	746	763	630
Branntweinmonopol ⁴⁾	249	2 514	4 218	4 009	4 055	4 278
Mineralölsteuer	51	871	69 440	86 645	90 860	95 044
Sonstige Verbrauchssteuern	7 133	697	279	285	283	244
Summe der Bundessteuern	..	89 211	290 050	330 820	406 147	374 970
Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 ⁵⁾	8 426	2 854	2 153	17 173
davon
Vermögensabgabe	..	5 352	6 277	914	1 143	16 500
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 677	1 779	1 000	641
Kreditgewinnabgabe	472	160	10	32
b) Landessteuern						
Lohnsteuer	7 390	10 051	47 532	59 833	71 208	64 077
Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	51 113	132 088	143 855	18 302
Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	7 937	2 973	4 263	1 139
Körperschaftsteuer	8 928	9 544	33 553	97 213	130 216	11 903
Summe der Eink.- und Körperschaftsteuer	33 902	29 097	140 135	292 107	349 543	95 422
darunter an den Bund abgeführt	48 818	102 237	122 340	33 398
Mithin:
Hamburg daraus verbliebene Einnahmen	91 316	189 870	227 203	62 024
Vermögenssteuer	1 513	466	7 185	6 221	2 508	23 300
Erbschaftsteuer	469	63	1 691	257	5 017	513
Grunderwerbsteuer	398	135	975	1 037	998	878
Kapitalverkehrsteuer	227	179	1 837	8 242	1 919	1 251
Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	4 947	5 147	5 182	5 136
Versicherungsteuer	559	847	2 698	2 523	2 833	3 245
Rennwett- und Lotteriesteuer	452	820	1 581	1 770	1 629	1 521
Wechselsteuer	0	536	657	677	717	677
Feuerschutzsteuer	15	127	165	164	191	246
Biersteuer	792	870	1 762	1 614	1 941	2 100
Summe der Landessteuern	..	34 461	163 634	319 758	372 477	134 289
c) Gemeindesteuern						
Realsteuern	9 974	8 666	39 322	8 219	13 868	104 696
davon
Grundsteuer A	50	42	43	25	16	144
Grundsteuer B	4 538	3 365	4 602	3 307	454	16 040
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	30 913	4 896	13 431	88 144
Gewerbesteuer nach der Lohnsteuer

Zahlenspiegel

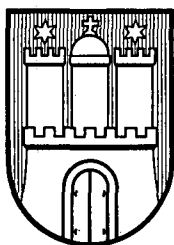
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Dezember 190	Dezember 1961	November 1961
	1938	1950	1960			
3. Feststellungen der Polizei						
Der Kriminalpolizei bekannt gewordene Straftaten		2 365	7 199	7 108	7 224	7 795
darunter						
Sittlichkeitsdelikte		52	178	194	186	198
Mord und Totschlag		11	3	3	1	2
Fahrlässige Tötung		2	12	18	12	8
Körperverletzung ¹⁾		13	63	55	68	60
Einfacher Diebstahl		1 106	3 307	3 343	3 268	3 661
Schwerer Diebstahl		266	1 034	1 129	1 298	1 319
Diebstähle zusammen		1 372	4 342	4 472	4 566	4 980
darunter						
von Kraftfahrzeugen (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)		7	220	162	166	221
von Fahrrädern, Mopeds (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)		85	671	628	550	778
Taschendiebstahl		43	40	64	38	51
Unterschlagung		188	273	212	242	239
Raub und Erpressung		3	29	33	38	39
Begünstigung und Hehlerei		16	87	150	96	86
Betrug und Untreue		286	781	675	581	737
Brandstiftung		12	43	38	31	22
Münzdelikte		1	2	3	-	2
Übertretung der Verkehrsordnung		22 902	33 294	35 647	34 189	43 293
davon						
Strafanzzeigen		10 060	6 819	6 880	6 451	10 456
Gebührenpflichtige Verwarnungen			26 475	28 767	27 738	32 837
4. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt		1 316	1 909	2 107	1 762 ²⁾	1 924
a) Erwachsene nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt		1 229	1 499	1 696	1 378	1 391
b) Heranwachsende nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt			188	212	169	240
c) Jugendliche nach Jugendstrafrecht abgeurteilt		87	141	118	142	213
d) Heranwachsende nach Jugendstrafrecht abgeurteilt			81	81	73	80
darunter						
Widerstand gegen die Staatsgewalt		12	9	8	8	12
Fahrerflucht		6	45	50	40	42
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie		4	42	47	38	41
Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit		51	54	47	43	52
Beleidigung, üble Nachrede		24	23	30	30	26
Verbrechen und Vergehen wider das Leben		9	9	11	13	9
Körperverletzung		52	144	168	113	134
Einfacher Diebstahl		324	274	275	270	306
Schwerer Diebstahl		80	75	83	76	82
Einfacher und schwerer Diebstahl im Rückfall		79	56	59	50	51
Unterschlagung		70	81	87	73	60
Raub und Erpressung		9	12	12	17	12
Begünstigung und Hehlerei		68	42	41	35	32
Betrug und Untreue		92	175	167	146	137
Urkundenfälschung		19	15	19	27	18
Vergehen gegen das StVG.		53	261	328	251	361

¹⁾ Ohne §§ 223 und 230. - ²⁾ Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) Dezember 1961 4 Jugendliche. Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) Dezember 1961 16 Jugendliche.

Girardet & Co., Hamburg

HAMBURG IN ZAHLEN

Jahrgang 1962



März-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Verdienste in Industrie und Handel in Hamburg im August 1957 und 1961

Einleitung

Statistische Unterlagen zur Beurteilung der Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer sind für Entscheidungen auf den Gebieten der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, wie auch für die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik von entscheidender Bedeutung. So benötigen auch die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für ihre Untersuchungen und Tarifverhandlungen einwandfreies statistisches Material über die Arbeitszeit- und Verdienstenwicklung auf regionaler Ebene. Durch das „Gesetz über die Lohnstatistik“ vom 18. 5. 1956 (BGBl. I, Nr. 23, S. 429) wurden die bis dahin geführten Verdienststatistiken erweitert und methodisch zu einem geschlossenen System ausgebaut, das die Erfassung von Stand und Bewegung der effektiven Arbeitsverdienste und der tatsächlichen Arbeitszeit in den wichtigsten Bereichen gewährleistet. Damit können auch die Verpflichtungen erfüllt werden, welche die Bundesrepublik im Jahre 1954 mit der Ratifizierung des „Übereinkommens der Internationalen Arbeitsorganisation vom 20. 6. 1938 über Statistiken der Löhne und der Arbeitszeit in den hauptsächlichsten Zweigen des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes einschließlich des Baugewerbes sowie in der Landwirtschaft (Nr. 63)“ übernommen hat¹⁾. Durch das lohnstatistische Gesetz sind laufende Lohnerhebungen angeordnet worden mit der Aufgabe, kurzfristig die Entwicklung der Effektivverdienste bestimmter Arbeitnehmergruppen aufzuzeigen. Für die Arbeiter und Angestellten in Industrie und Handel wird dies durch vierteljährliche Verdiensterhebungen verwirklicht, im verarbeitenden Handwerk wird eine Halbjahresstatistik, in der Landwirtschaft (ohne Stadtstaaten) eine Jahresstatistik geführt. Neben diesen, der aktuellen Berichterstattung dienenden Statistiken sah der Gesetzgeber in Abständen von drei bis fünf Jahren Lohn- und Gehaltsstrukturuntersuchungen vor, die Material über die soziologische Zusammensetzung der Arbeitnehmer in den Wirtschaftszweigen und ihr Verdienstgefüge liefern sollen. Solche Strukturuntersuchungen sind in der gewerblichen Wirtschaft bereits 1951 und 1957 durchgeführt worden, die nächste Erhebung ist im Herbst dieses Jahres vorgesehen.

Nicht im Gesetz über die Lohnstatistik verankert sind die laufenden Tariflohnstatistiken, die im Bundesgebiet auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge geführt werden; mit dem Ausbau des Tarifwesens nach dem ersten Weltkrieg gewann diese Statistik auch regional²⁾ an Bedeutung. Ihr Zweck ist, die Entwicklung der Tariflohn- und -gehaltsätze in den Wirtschaftszweigen und Arbeitnehmergruppen darzustellen. Schließlich seien noch Sonderhebungen auf dem Gebiete der Lohnstatistik erwähnt, die in den letzten Jahren in den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durchgeführt wurden, um international vergleichbares Material für die Diskussion der Wettbewerbsverhältnisse zu erhalten. Bei diesen Erhebungen, in denen vor allem die sozialen Nebenleistungen der Unternehmen für ihre Arbeitnehmer ermittelt wurden, stand das Problem der Lohnkosten im Vordergrund. Im Rahmen der Sozialstatistik werden dagegen die Löhne und Gehälter in erster Linie in ihrer Funktion als Einkommen der Arbeitnehmer dargestellt und ausgewertet.

Bevor auf die methodischen Probleme und die Ergebnisse der vierteljährlichen Verdiensterhebung in Industrie und Handel eingegangen wird, seien noch einige Hinweise auf die Entwicklung dieser Statistik bis zum Jahre 1957 gegeben. In Deutschland begannen ab 1927 auf Grund des Gesetzes betr. Lohnstatistik vom 27. 7. 1922 periodische Reichserhebungen über die tatsächlichen Arbeitsverdienste; die Lohnverhältnisse der wichtigsten Industrien wurden in etwa 3jährigen Abständen im Individualverfahren – also durch Einzelerfassung der Lohnempfänger – untersucht. Da diese Erhebungen sehr zeitaufwendig und kostspielig waren, wurde ab 1935 die sogenannte Lohnsummenmethode eingeführt, bei der die Betriebe lediglich die Zahl der Arbeitnehmer nach Gruppen (Facharbeitern, angelernten Arbeitern, Hilfsarbeitern) und die in einer Lohnabrechnungs-

¹⁾ Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 63 am 22. 6. 1955 (BGBl. II, Nr. 24, S. 907).

²⁾ Vgl. hierzu auch: „Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft“, Jg. 1928, Heft 6, 1931, Heft 10 und 1932, Heft 7 über die Tariflöhne ab 1914 sowie den Beitrag im Jg. 1924, Heft 5: Die Wirkung der Geldentwertung auf die Löhne einiger typischer Arbeiterberufe in den Jahren 1921–1923.

periode gezahlten Lohnsummen sowie die Arbeitszeiten nachzuweisen hatten. Die Ergebnisse dieser vom Statistischen Reichsamt zentral durchgeführten Lohnerhebungen wurden bis 1941 allerdings nur für Wirtschaftsgebiete (Treuhandbezirke) und Ortsgrößenklassen veröffentlicht, in den letzten Kriegsjahren auch für Großstädte. Ab März 1946 wurden die vierteljährlichen Lohnerhebungen über die effektiven Stunden- und Wochenverdienste und Arbeitszeiten der Industriearbeiter vom zonalen Statistischen Amt für die Britische Besatzungszone aufgenommen. Zonenergebnisse wurden in den Statistischen Monatsheften für die britische Zone veröffentlicht. Eine Wende auf dem Gebiet der Lohnstatistik trat für Hamburg im März 1948 ein, als die Aufbereitung der laufenden Verdiensterhebung für Hamburg dem Statistischen Landesamt übertragen wurde und damit auch erstmals eigene Auswertungen und Veröffentlichungen möglich wurden³⁾. Die Ergebnisse der laufenden Verdiensterhebung sind vom Juni 1948 bis November 1953 in „Hamburg in Zahlen“ veröffentlicht, ab Februar 1954 in den Hamburger „Statistischen Informationen“, Reihe D, ab November 1955 in den „Statistischen Berichten“, Reihe N I. Auch im Statistischen Jahrbuch der Freien und Hansestadt Hamburg werden Ergebnisse der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel veröffentlicht.

Um den ständig an Bedeutung gewinnenden Fragen der Verdienstentwicklung gerecht zu werden, wurden ab Februar 1957 auch die Angestellten einbezogen und die Verdiensterhebung der Angestellten auf die Wirtschaftsabteilung „Handel, Geld- und Versicherungswesen“ ausgedehnt. Bis dahin waren Gehälter für Angestellte nur im Rahmen einmaliger Sondererhebungen ermittelt worden, so im Jahre 1920 vom Statistischen Reichsamt bei einer großen Lohn- und Gehaltserhebung⁴⁾, 1934 anlässlich einer Gehaltserhebung im Bankgewerbe, 1949 bei einer amtlichen Erhebung der Angestelltengehälter in der Bizone⁵⁾ und im Rahmen der Gehalts- und Lohnstrukturhebung 1951⁶⁾.

Schließlich wurde ab 1957 in der laufenden Verdiensterhebung bei den Arbeitern auch noch die „geleistete“ Arbeitszeit neben der bisher festgestellten Zahl der bezahlten Arbeitsstunden erfaßt. Eine weitere Änderung gegenüber den bisherigen Verdienstnachweisungen bestand darin, daß das Gliederungsschema nach den Gruppen „Facharbeiter“, „angelernte Arbeiter“ und „Hilfsarbeiter“ aufgegeben wurde. Der Entwicklung der Tarifregelungen folgend wurden die Verdienste der Arbeiter und Angestellten nach statistischen „Leistungsgruppen“ unterteilt, wie sie auch bei den „Gehalts- und Lohnstrukturhebungen“ verwendet werden.

Vorbemerkungen zur Methode der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel

Eine eingehende Darstellung der methodischen Grundlagen der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel kann an dieser Stelle nicht erfolgen⁷⁾; es sind aber, nicht zuletzt um evtl. Fehlschlüssen bei der Beurteilung von Verdienstunterschieden vorzubeugen, einige Vorbemerkungen zur Methode notwendig.

Wie bei nahezu allen Erhebungen auf lohnstatistischem Gebiet wird auch die laufende Verdienststatistik auf repräsentativer Basis durchgeführt. In die Auswahl wurden bundeseinheitlich innerhalb jedes Wirtschaftsbereiches in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen jeweils etwa 25 vH der Beschäftigten einbezogen⁸⁾. Lediglich im Baugewerbe und im Handel wurde ein Repräsentationsgrad von etwa 10 vH für ausreichend erachtet, die Ergebnisse werden jedoch durch entsprechende Berechnungen mit den Ergebnissen aus den anderen Wirtschaftszweigen vergleichbar gemacht. Nicht erfaßt werden durch die laufende Verdienststatistik die Verkehrswirtschaft, das Dienstleistungsgewerbe, der öffentliche Dienst sowie Fischerei und Landwirtschaft. In Hamburg melden 1 020 Betriebe (örtliche Einheiten), von denen gut die Hälfte (550) der Wirtschaftsabteilung Handel, Geld- und Versicherungswesen angehören. Die Zahl dieser Betriebe wird seit 1957 konstant gehalten, bei Erlöschen von Firmen werden diese innerhalb der Wirtschaftsbereiche und Betriebsgrößenklassen ersetzt. Nach dem Stand vom August 1961 wurden in diesen Berichtsbetrieben rd. 31 000 Arbeiter, 9 600 Arbeiterinnen, rd. 23 000 männliche und 23 500 weibliche Angestellte erfaßt. Von den Angestellten waren 15 300 männliche und 18 000 weibliche Angestellte im Handel, Geld- und Versicherungswesen, der Rest in der Industrie und im Baugewerbe tätig. Die Verteilung der Arbeiter und Angestellten auf die größeren Wirtschaftsbereiche ist aus den Tabellen auf S. 74 und 77 ersichtlich. Bemerkenswert ist, daß sich die Struktur der Arbeitnehmerschaft in den Berichtsbetrieben zwischen 1957 und 1961 verändert hat; bei den Arbeitern ist ein Rückgang um rd. 5 vH, bei den Arbeiterinnen sogar eine Verringerung um gut 9 vH eingetreten, während umgekehrt die Zahl der Angestellten in diesem Zeitraum kräftig zugenommen hat (Männer + 11 vH, Frauen + 13 vH).

Zu beachten ist, daß der Personenkreis der durch die Verdiensterhebung Erfassten nicht mit den in den Betrieben Beschäftigten identisch ist. Da nur Durchschnittslöhne und -gehälter für die während einer Erhebungsperiode voll beschäftigten Arbeitnehmer nachgewiesen werden sollen, sind die Betriebe angewiesen, Arbeiter, die länger als 3 Tage wegen Krankheit oder Unfall gefehlt haben, sowie die während der Erhebungszeit eingetretenen oder ausgeschiedenen Arbeiter nicht zu melden. Auch teilbeschäftigte Arbeiter (Halbtagsbeschäftigte), außerhalb des Erhebungsortes beschäftigte Monteure, sowie Praktikanten, Lehrlinge und Heimarbeiter werden nicht in die Erhebung einbezogen. Von den Angestellten werden ebenfalls nicht

³⁾ Aus dem Jahre 1897 liegt eine erste lohnstatistische Untersuchung des Statistischen Bureaus der Steuer-Deputation über die Arbeitsverhältnisse und Löhne im Hafen vor. Als Erhebungsmaterial dienten Lohnbücher, welche die Arbeitgeber zwecks Aufstellung der Lohnlisten für die Berufsgenossenschaften führen mußten. Vgl. hierzu „Bericht der Senatskommission für die Prüfung der Arbeitsverhältnisse im Hamburger Hafen“, Hamburg, Verlag von Lucas Gräfe und Sillern.

⁴⁾ In dem ausführlichen Quellenwerk, Band 293 der „Statistik des Deutschen Reichs“ (Berlin 1921), sind auch Hamburger Zahlen enthalten; in der Einleitung wurde ausführlich die Entwicklung der amtlichen Lohnstatistik im In- und Ausland im Zusammenhang mit den Wirtschaftskrisen dargestellt. Die Ergebnisse waren infolge der Teuerung schnell überholt.

⁵⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“ 1949, Heft 11 und 12.

⁶⁾ Vgl. hierzu Heft 42 der „Statistik des hamburgischen Staates“ sowie „Hamburg in Zahlen“ 1953, Heft 4 und 14.

⁷⁾ Vgl. hierzu die Beiträge von P. Deneffe in „Wirtschaft und Statistik“, Heft 10/1957, S. 522 ff. und Heft 1/1955, S. 10 f.

⁸⁾ Nach dem Prinzip der gezielten Auswahl. – Nicht einbezogen werden Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten und Handwerksbetriebe. Um jedoch die Repräsentation sicherzustellen, werden im Hoch-, Tief- und Ingenieurbau sowie im Handel, Geld- und Versicherungswesen auch Betriebe mit 5–9 Beschäftigten einbezogen, im Baugewerbe außerdem die Handwerksbetriebe.

erfaßt Meister im Angestelltenverhältnis, die teilbeschäftigten Angestellten und diejenigen, welche wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht für den ganzen Erhebungsmonat Gehalt bezogen haben, sowie Volontäre, Praktikanten, Lehrlinge usw. Ferner sind ausgenommen die leitenden Angestellten mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis (Leistungsgruppe I) und die gesetzlichen Vertreter von Körperschaften.

Die Tendenz der Abnahme von Industriearbeitern zwischen 1957 und 1961 ist auch in der Industrieberichterstattung ersichtlich, allerdings nicht in dem Ausmaß wie in der Verdiensterhebung. Bei den Arbeiterinnen dürfte der starke Rückgang z. T. mit dem Übergang auf Halbtagsbeschäftigung oder auch in eine Angestelltentätigkeit zusammenhängen. In welchem Umfang Arbeitskräfte durch Rationalisierung eingespart werden konnten oder männliche Facharbeiter im Laufe der Jahre als Meister in das Angestelltenverhältnis übernommen wurden und dadurch von den Betrieben nicht mehr für die Verdienststatistik zu melden waren, läßt sich im einzelnen nicht nachweisen. Die Zunahme der Angestellten, insbesondere der Frauen, im Handel, Geld- und Versicherungswesen steht mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Wachstum, der Entstehung neuer Wohngebiete und der Bevölkerungszunahme im Zusammenhang.

Das Hauptproblem der Verdienststatistik ist die Gruppierung der Arbeitnehmer nach dem Schwierigkeitsgrad der ausgeübten Tätigkeit, um einen Maßstab für die Relation von Leistung und Verdienst zu erhalten. Die Lohn- und Gehaltsbemessung ist häufig regional, branchenweise, zum Teil auch von Betrieb zu Betrieb verschieden und kann, wie bei den neuen Arbeitsbewertungssystemen, auf die speziellen Anforderungen der Arbeitsplätze ausgerichtet sein oder aber, wie in der Mehrzahl der Tarife, auf die nach Berufsausbildung und Berufserfahrung der Arbeitnehmer gebildeten Tarifgruppen. Um die unterschiedlichen Einstufungen in den allgemeinen Tarifen, Firmentarifen und Haustarifen nach Lohn- und Gehaltsgruppen bzw. bei analytischen Arbeitsbewertungen nach der Punktzahl oder auch die Verdienste bei freien Vereinbarungen vergleichbar zu machen, wurden statistische Leistungsgruppen gebildet.

Das Statistische Bundesamt hat in Zusammenarbeit mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden für die in den befragten Betrieben angewandten Lohn- und Gehaltstarife die darin vorgesehenen Lohngruppen drei, die Gehaltsgruppen vier „statistischen Leistungsgruppen“ zugeordnet und dementsprechend Eingliederungsanweisungen zusammengestellt, welche den Berichtsbetrieben übersandt wurden. Die Betriebe ordnen ihre Beschäftigten in die der Anweisung entsprechenden Leistungsgruppen ein. Betriebe, die ihre Arbeiter bzw. Angestellten nach freier Vereinbarung bezahlen, erhielten eine Anweisung, ihre Arbeitnehmer entsprechend den „Definitionen der Leistungsgruppen für Angestellte und Arbeiter“ selbst einzugruppieren. Auf den Inhalt dieser Richtlinien wird bei der Besprechung der Ergebnisse noch eingegangen. Die Einreihung in die statistischen Leistungsgruppen wird um so problematischer, je weniger Tarif- bzw. Tätigkeitsgruppen in den Verträgen aufgeführt sind. Die sachlich richtige Zuordnung der Arbeitnehmer in die Leistungsgruppen hängt weitgehend von den Bearbeitern der Erhebungsbogen in den Berichtsbetrieben ab. Dies gilt in besonderem Maße für die Betriebe, welche ihre Arbeitnehmer nach freier Vereinbarung bezahlen. Bei der Prüfung der Erhebungsbogen im Statistischen Landesamt wird gelegentlich festgestellt, daß die Zahl der Angestellten in der Leistungsgruppe II im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigtenzahl bzw. zu den übrigen Leistungsgruppen relativ niedrig ist. Rückfragen ergaben, daß ein Teil

der Angestellten auf Grund der Höhe ihres Gehaltes zur Leistungsgruppe I gerechnet und daher nicht gemeldet wurde, obwohl die Tätigkeitsmerkmale der Leistungsgruppe II zuträfen. Aus diesem Grunde würde es sich empfehlen, in gewissen Zeitabständen auch die Zahl der in der Leistungsgruppe I Tätigen zu ermitteln, da von dieser Zahl aus Rückschlüsse auf die Besetzung der Leistungsgruppe II gezogen werden können.

Das Verdienstniveau für den Gesamtdurchschnitt der Arbeiter bzw. Angestellten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen hängt wesentlich von der Besetzung der Leistungsgruppen ab und von dem Anteil der beschäftigten Frauen. Durch Einstellungen oder Entlassungen, durch das Aufrücken von Arbeitskräften in höhere Leistungsgruppen oder die Änderung der Relation von männlichen und weiblichen Beschäftigten können in den statistischen Ergebnissen Bewegungen eintreten, die nicht auf echten Lohn- und Gehaltsveränderungen beruhen müssen, sondern durch die Umschichtung der Arbeiter oder Angestellten in den Leistungsgruppen bzw. nach dem Geschlecht hervorgerufen sein können. Treten z. B. in einem Wirtschaftszweig saisonal bedingte Entlassungen ein, und sind davon nur ungelernete Hilfskräfte betroffen, so gehen die Verdienste der Beschäftigten in den höheren Leistungsgruppen mit einem stärkeren Gewicht in den Gesamtdurchschnitt ein, so daß sich rechnerisch höhere Verdienste ergeben. Umgekehrt kann in einigen Bereichen z. B. im Frühjahr ein Rückgang der Facharbeiterlöhne beobachtet werden, wenn die Eingruppierung jüngerer Kräfte nach Abschluß der Ausbildung in die Leistungsgruppe I erfolgt, speziell, wenn dies mit dem Ausscheiden älterer Facharbeiter aus dem Berufsleben zusammentrifft. Diese Zusammenhänge werden von den Benutzern der Verdienststatistik häufig nicht beachtet, und Verdienstzunahmen werden lediglich Tariferhöhungen zugeschrieben. Bei kurzfristigen Lohnvergleichen dürfen auch die saisonalen Komponenten nicht übersehen werden, welche die Verdienste beeinflussen: Fällt eine Frostperiode in den Berichtsmonat Februar, wirken sich in Außenberufen verkürzte Arbeitsdauer bzw. Entlassungen auf die Verdiensthöhe aus. Im Mai spielen vor allem die gesetzlichen Feiertage eine Rolle (1. Mai, Himmelfahrt, evtl. Pfingstmontag) und der August weist als Urlaubsmonat relativ zahlreiche Ausfallstunden aus. Umgekehrt bedingt das bevorstehende Weihnachtsgeschäft die erhöhte Überzeitarbeit, welche bei der Novembererhebung in mehreren Branchen festgestellt wird. Aus diesen Gründen empfiehlt es sich, in der Verdienststatistik möglichst Jahresdurchschnitte (aus den 4 Berichtsmonaten gebildet) oder gleiche Monate zu vergleichen.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß es sich bei den hier ausgewiesenen Bruttoverdiensten jeweils um Angaben über den Verdienst des einzelnen Arbeitnehmers handelt, also nicht um Haushaltseinkommen. Diese Verdienste können sich noch gegebenenfalls um Spesenersatz, Trennungentschädigung, Auslösungen, Gratifikationen, Jahresabschlußprämien, 13. Monatsgehalt, Gewinnanteile und -beteiligungen erhöhen; auch das gesetzliche Kindergeld ist nicht in den Bruttoverdienst einbezogen.

Die Arbeitszeiten und Verdienste der Arbeiter

Der Untersuchung der wöchentlichen Arbeitsdauer und der Verdienste sei ein Überblick über die

Zusammensetzung der Industriearbeiterschaft nach Geschlecht und Leistungsgruppen vorangestellt, da die Verdienstdurchschnitte nachstehend in dieser Gliederung analysiert werden.

Im August 1961 gehörten annähernd 60 vH der männlichen Arbeiter der Leistungsgruppe 1 an; es sind dies die Arbeiter, welche auf Grund ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten als Facharbeiter mit Arbeiten beschäftigt werden, welche als besonders schwierig oder verantwortungsvoll oder vielgestaltig anzusehen sind. In der Industrie sind dies hauptsächlich Maschinenbauer, Schiffbauer, Schlosser, Elektriker, Mechaniker, Schweißer, Dreher und Monteure; im Baugewerbe werden die Hilfspolierer, Vorarbeiter, Maurer, Zimmerer und sonstige Facharbeiter zur Leistungsgruppe 1 gerechnet, außerdem Betonbauer, Baustukkateure, Gipsler, Fliesenleger, Steinsetzer u. ä. Bei den Arbeiterinnen betrug der Anteil dieser Leistungsgruppe nur rd. 7 vH; die Mehrzahl der Frauen, rd. 56 vH, verrichteten einfache, als Hilfsarbeiten zu bewertende Tätigkeiten, die statistisch in der Leistungsgruppe 3 nachgewiesen werden (Hilfs-, ungelernte oder einfache Arbeiterinnen). Von den Betrieben waren 15 vH der männlichen Arbeiter dieser Leistungsgruppe zugeordnet worden. Zwischen den Facharbeitern und den Hilfsarbeitern steht die Gruppe derjenigen Arbeiter, welche im Rahmen einer speziellen, meist branchegebundenen Tätigkeit mit gleichmäßig wiederkehrenden oder mit weniger schwierigen und verantwortungsvollen Arbeiten beschäftigt werden, für die keine allgemeine Berufsbefähigung vorausgesetzt werden muß. In den Tarifen werden diese Arbeiter häufig als angelernte Arbeiter oder Spezialarbeiter aufgeführt; statistisch sind sie der Leistungsgruppe 2 zugeordnet. In der Industrie fallen z. B. die Revolver- und Automaten-dreher, Fräser, Metallschleifer, Nieter und Motorenwickler darunter, im Baugewerbe die Hoch- und Tiefbauhelfer, Planierer, Steinschläger, Eisenbieger und -flechter, Einschaler und ähnliche. Jeder vierte männliche Arbeiter und 36,5 vH der Arbeiterinnen übten im August 1961 derartige Tätigkeiten aus.

Tab. 1
Prozentuale Verteilung der Arbeiter auf die Leistungsgruppen
- jeweils August -

Leistungsgruppen	Männliche Arbeiter		Weibliche Arbeiter	
	1961	1957	1961	1957
1 ¹⁾	59,8	56,7	7,2	3,3
2 ²⁾	25,2	24,1	36,5	34,7
3 ³⁾	15,0	19,2	56,3	62,0

1) Facharbeiter aller Qualifikationsstufen, Meister und Vorarbeiter im Stundenlohn, Betriebshandwerker.

2) Spezialarbeiter, angelernte Arbeiter jeglicher Art, Betriebsarbeiter, angelernte Hilfsarbeiter usw.

3) Hilfsarbeiter, ungelernete oder einfache Arbeiter.

Der Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten Arbeitskräften brachte es mit sich, daß zwischen 1957 und 1961 eine Zunahme des Anteils der Beschäftigten der Leistungsgruppe 1 und ein Rückgang des Anteils der Leistungsgruppe 3 (Hilfsarbeiter) bei Männern und Frauen eingetreten ist; die Angelernten (Leistungsgruppe 2) konnten ihren Anteil leicht verbessern.

Dieser Vorgang darf bei der Beurteilung der Verdienstentwicklung nicht übersehen werden: Durch

die angegebene Umschichtung zwischen 1957 und 1961 entstehen bei der Berechnung von Durchschnittsverdiensten für sämtliche Arbeiter bzw. Arbeiterinnen Lohnerhöhungen, die nicht echt, sondern durch die Veränderung in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft bedingt sind.

Die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten

Die in den letzten Jahren in Kraft getretenen Vereinbarungen über die Verkürzung der Arbeitszeit auf Grund der Forderungen der Arbeitnehmerorganisationen finden auch in den Ergebnissen der Verdienststatistik ihren Niederschlag. Die Einführung der tariflichen 44 Stunden-Woche in den größeren Wirtschaftsbereichen, fällt in den Berichtszeitraum der letzten vier Jahre.

Die Zahl der geleisteten Wochenarbeitsstunden betrug im August 1961 für den Gesamtdurchschnitt der männlichen Industriearbeiter 42,2 Std., vor vier Jahren wurden sie noch mit 43,6 Std. ausgewiesen. Während damals die Arbeiterinnen 40,7 Std. pro Woche leisteten, wurden im August 1961 noch 39,1 Std. registriert. Die in der geleisteten Wochenarbeitszeit enthaltenen Mehrarbeitsstunden, die über die betriebliche (normale) Arbeitszeit hinaus geleistet werden, haben sich in den letzten Jahren kaum verändert; bei den Männern betrug der Anteil etwa 3 Std. pro Woche (Höchststand 1959 mit 3,7 Std.), die Arbeiterinnen leisteten nur vereinzelt Überzeitarbeit (0,5 Std. 1961; 0,7 Std. 1957).

Tab. 2
Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten nach Leistungsgruppen

Leistungsgruppen	Männliche Arbeiter		Weibliche Arbeiter	
	August 1961	Veränderung gegenüber August 1957 in vH	August 1961	Veränderung gegenüber August 1957 in vH
Geleistete Wochenarbeitsstunden				
1	42,0	- 3,0	40,1	+ 6,6 ¹⁾
2	42,0	- 3,2	38,4	- 4,0
3	43,5	- 2,7	39,4	- 4,4
Zus.	42,2	- 3,2	39,1	- 3,9
darunter Mehrarbeitsstunden				
1	3,1	- 3,1	0,2	- 33,3
2	3,3	-	0,5	- 16,7
3	2,7	+ 35,0	0,6	- 25,0
Zus.	3,1	+ 3,3	0,5	- 28,6
Bezahlte Wochenstunden				
1	46,7	- 2,1	43,2	- 0,7
2	46,6	- 2,3	43,3	- 2,9
3	46,3	- 1,3	43,4	- 2,5
Zus.	46,6	- 1,9	43,4	- 2,5

1) Hervorgerufen im wesentlichen durch die Zunahme von Facharbeiterinnen in der Elektroindustrie (Arbeitsdauer im August 1961 41 Std.) sowie einer im Bekleidungs-gewerbe gegenüber 1957 um 2 Std. verlängerten Arbeitszeit.

Neben der geleisteten Arbeitszeit werden von den Betrieben auch die bezahlten Wochenstunden nachgewiesen, d. h. also die „geleisteten“ Stunden zuzüglich der bezahlten Ausfallstunden, z. B. für Urlaub, gesetzliche Feiertage, bezahlte Arbeitspausen, bezahlte Freizeit aus betrieblichen und persönlichen Gründen usw. Die im Zuge der Arbeitszeitverkürzung gewährten Ruhetage gelten weder als Arbeitszeit noch als bezahlte Ausfallzeit. Da der

August in die Urlaubszeit fällt, nehmen die Ausfallstunden in diesem Berichtsmonat einen verhältnismäßig großen Umfang an. Bei 46,6 bezahlten Wochenstunden für den Durchschnitt aller männlichen Arbeiter und 43,4 Std. für die Arbeiterinnen im August 1961 wurden 4,4 bzw. 4,3 Ausfallstunden je Person und Woche errechnet. Die verhältnismäßig geringe Zahl der Ausfallstunden von ungelerten Arbeitern dürfte z. T. damit zusammenhängen, daß die im Baugewerbe und sonstigen saisonabhängigen Berufen Beschäftigten in diesem Monat nur in geringerem Maße Urlaub nehmen können.

Die Brutto-Stunden- und -Wochenverdienste

Die Lohnentwicklung der Nachkriegszeit ist mit dem allgemeinen Wirtschaftsablauf eng verflochten, und so zeichnen sich auch entsprechende Zuwachsraten bei den Verdiensten ab. Mit der Währungsreform, der Aufhebung des Lohn- und Preisstops und dem Wegfall der in den ersten Nachkriegsjahren verbreiteten Naturalentlohnungen setzte 1948 die erste kräftige Lohnwelle ein, und zwar besonders nachhaltig bei den Verdiensten der Arbeiterinnen. Zwei Jahre später folgte in Auswirkung der Koreakrise eine noch ausgeprägtere Lohnwelle, die wiederum den Arbeiterinnen etwas größere Aufbesserungen brachte als den Arbeitern. Durch diese beiden Lohnbewegungen konnten die männlichen Arbeiter im Verlauf von drei Jahren ihre Stundenverdienste um ein Drittel, die Arbeiterinnen sogar um rd. 37 vH verbessern. Von der Tarifentwicklung her gesehen waren in der Folge nur noch 1952 und 1954 Jahre mit relativ gleichbleibenden Löhnen, in den übrigen Jahren traten mit dem wirtschaftlichen Wachstum weitere beträchtliche Lohnaufbesserungen ein. Der in den letzten Jahren auftretende Arbeitskräftemangel veranlaßte auch manche Firmen, freiwillige laufende Zuschläge zu gewähren, um dadurch das Personal zu halten oder neue Arbeiter zu gewinnen. Zwischen 1957 und 1961 konnten die männlichen Arbeiter eine Steigerung des Brutto-Stundenverdienstes um rd. 42 vH, die Arbeiterinnen um 45 vH erreichen.

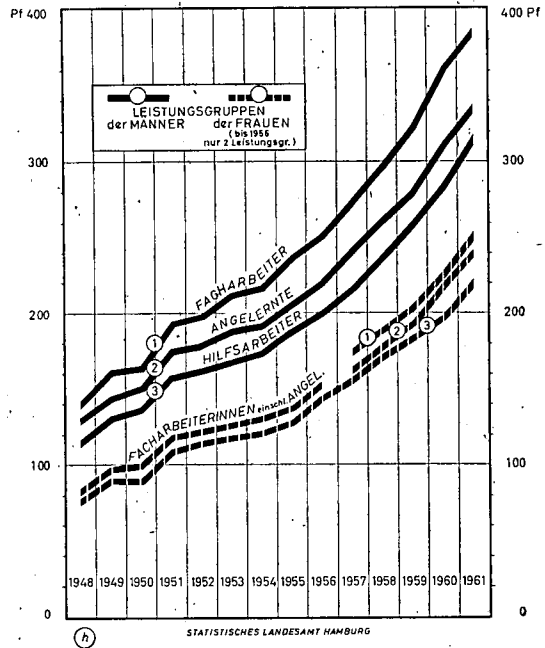
Tab. 3
**Zunahme der Verdienste der Industriearbeiter
1948 bis 1961**

- Zeitraum - Veränderung jeweils gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres	Zunahme in vH der			
	Brutto- Stundenverdienste		Brutto- Wochenverdienste	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
September 1949 . . .	13,1	17,0	27,1	31,9
September 1950 . . .	3,0	0,7	5,5	3,0
September 1951 . . .	16,9	19,7	15,7	17,6
August 1952 . . .	2,8	3,6	4,7	3,2
August 1953 . . .	6,1	3,9	6,9	5,0
August 1954 . . .	2,4	3,1	1,6	3,5
August 1955 . . .	8,7	5,4	8,5	4,4
August 1956 . . .	6,5	11,6	7,0	11,6
August 1957 . . .	8,1	7,0	2,6	3,6
August 1958 . . .	8,7	9,8	9,5	8,5
August 1959 . . .	8,5	7,6	8,4	7,5
August 1960 . . .	11,6	10,3	9,3	9,4
August 1961 . . .	7,9	11,1	7,2	10,7

Die Zunahme der Stundenverdienste in den Leistungsgruppen verlief im großen und ganzen gleichmäßig,

so daß von einer Nivellierung der Arbeiterverdienste nicht gesprochen werden kann (vgl. hierzu auch das Schaubild). Die Spanne zwischen dem Verdienst des männlichen Arbeiters von Leistungsgruppe 1 und 2 ist in den letzten Jahren etwas größer geworden.

Schaubild 1
**Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste der Arbeiter
September 1948-1951 bzw. August 1952-1961
in Pf.**



Der männliche Facharbeiter verdiente im August 1961 3,87 DM je Std., also gut 50 Pf mehr als ein angelernter bzw. 72 Pf mehr als ein Hilfsarbeiter. Weniger differenziert war das Lohngefüge bei den Frauen. Nach dem Stand vom August 1961 erreichte die Facharbeiterin bei einem Verdienst von 2,54 DM je Std. nur 12 Pf bzw. 33 Pf mehr als eine angelernte oder ungelernete Arbeiterin. Aus den verhältnismäßig großen Unterschieden zwischen den Verdiensten der männlichen und weiblichen Arbeiter, bei der Leistungsgruppe 1 im August 1,33 DM je Std., bei den angelernten und ungelerten Beschäftigten jeweils rd. 94 Pf, darf nicht der Schluß gezogen werden, daß Männer und Frauen bei gleicher Tätigkeit unterschiedlich entlohnt werden. Die Unterschiede in der Lohnhöhe sind im wesentlichen durch folgende Faktoren verursacht: Erstens wird von den männlichen Arbeitern aller Leistungsgruppen mehr Überzeitarbeit geleistet als von den Arbeiterinnen; durch die entsprechenden Zuschläge erhöhen sich daher ihre Verdienste. Zweitens und hauptsächlich ist zu beachten, daß die in den Tarifen beschriebenen Tätigkeiten nach ihrem Schwierigkeitsgrad gestaffelt und dementsprechend bewertet bzw. entlohnt werden. Die zu einer statistischen Leistungsgruppe zusammengefaßten tariflichen Lohngruppen enthalten also unterschiedlich hohe Lohnsätze. Die - meist auch körperlich - schwierigeren Arbeiten innerhalb der Leistungsgruppe werden - bei den verschiedenen Industriezweigen allerdings in unterschiedlichem Ausmaß - überwiegend von Männern ausgeübt. Darüber hinaus wird auch durch Erschwerniszulagen, Schmutz- und Lästigkeitszulagen usw. ein Gefälle zum Lohn der

Arbeiterinnen hervorgerufen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die bei dem Vergleich der Durchschnittslöhne nach Leistungsgruppen auftretenden Lohnunterschiede nicht durch eine andersartige Zusammensetzung der weiblichen Arbeiterschaft hinsichtlich Lebensalter, Familienstand und Dauer der Betriebszugehörigkeit verursacht sind, da diese Faktoren im wesentlichen nur in den Angestellten-Tarifen eine Rolle spielen.

Tab. 4
Verdienste der Industriearbeiter nach Leistungsgruppen

Leistungsgruppen	Geschlecht	August 1957	August 1961	Veränderung gegenüber August 1957 in vH
Brutto-Stundenverdienste in Pf				
1	männl.	275,0	387,3	+ 40,8
	weibl.	176,1	254,2	+ 44,3
2	männl.	242,9	336,8	+ 38,7
	weibl.	163,8	242,1	+ 47,8
3	männl.	218,4	315,6	+ 44,5
	weibl.	156,5	221,5	+ 41,5
Zusammen	männl.	256,5	363,9	+ 41,9
	weibl.	159,7	231,4	+ 44,9
Brutto-Wochenverdienste in DM				
1	männl.	131,03	180,69	+ 37,9
	weibl.	76,63	109,79	+ 43,3
2	männl.	115,87	156,86	+ 35,4
	weibl.	73,10	104,92	+ 43,5
3	männl.	102,46	146,02	+ 42,5
	weibl.	69,61	96,19	+ 38,2
Zusammen	männl.	121,89	169,50	+ 39,1
	weibl.	71,05	100,36	+ 41,3

Die stark angestiegenen Brutto-Stundenverdienste führten – trotz verringerter Arbeitsdauer – auch zu einer beachtlichen Steigerung der Brutto-Wochenverdienste. Für die männlichen Arbeiter der Leistungsgruppe 1 wurde im August 1961 mit rd. 181 DM ein um rd. 38 vH höherer Wochenverdienst als im August 1957 ausgewiesen. Im Gesamtdurchschnitt aller Leistungsgruppen war die Steigerung des Wochenverdienstes bei den Arbeiterinnen, der Entwicklung der Stundenverdienste entsprechend, höher als bei den Arbeitern.

Tab. 5
Durchschnittliche Brutto-Stunden- bzw. -Wochenverdienste der weiblichen Arbeiter in vH der jeweiligen Verdienste der männlichen Arbeiter

Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste		Brutto-Wochenverdienste	
	August 1957	August 1961	August 1957	August 1961
	1	64,0	65,6	58,5
2	67,4	71,9	63,1	66,9
3	71,7	70,2	67,9	65,9

Die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitszeiten und Stundenverdienste in den Leistungsgruppen führte bei den Arbeiterinnen der Leistungsgruppen 1 und 2 zu einer leichten Angleichung an die Wochenverdienste der männlichen Arbeiter. Die Arbeiterinnen der Leistungsgruppen 2 und 3 erreichten im August 1961 zwei Drittel der jeweiligen Brutto-

Wochenverdienste der männlichen Arbeiter, die Facharbeiterinnen dagegen nur rd. 61 vH des Wochenverdienstes eines Facharbeiters. Im Vergleich zum August 1957 ist der Verdienstunterschied bei den Hilfsarbeiterinnen allerdings etwas größer geworden.

In den Wirtschaftsbereichen war die Streuung der durchschnittlichen Brutto-Wochenverdienste im August 1961 für männliche und weibliche Arbeiter sehr ausgeprägt und die Zunahme gegenüber 1957 recht unterschiedlich. Das Gefälle bei den Wochenverdiensten geht, wie bereits ausgeführt, nicht so sehr auf eine starke Staffelung in den Tarifen der einzelnen Wirtschaftsbereiche zurück, sondern auf den unterschiedlichen Umfang von Frauen-

Tab. 6
Durchschnittlicher Brutto-Wochenverdienst in der Industrie nach Wirtschaftsbereichen im August 1957 und August 1961

Ausgewählte Wirtschaftsbereiche	Durchschnittlicher Brutto-Wochenverdienst		Zahl der erfaßten Arbeiter August 1961
	August 1961 in DM	Zunahme gegenüber Aug. 1957 in vH	
Männliche Arbeiter			
Energiewirtschaft	150	+ 29,3	1 460
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	164	+ 43,9	5 428
dar.: NE-Metallindustrie	173	+ 39,5	589
Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoffindustrie	146	+ 30,4	1 076
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserherstellung)	152	+ 35,7	1 166
Gummi- und Asbestverarbeitung	173	+ 54,5	1 527
Investitionsgüterindustrien (metallverarbeitende Industrie)	157	+ 33,1	12 097
dar.: Stahlbau	157	+ 37,7	1 114
Maschinenbau	153	+ 31,9	3 367
Schiffbau	168	+ 36,6	3 893
Straßen- und Luftfahrzeugbau	151	+ 29,1	955
Elektrotechnik	143	+ 28,8	1 842
Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbe	153	+ 33,0	703
Verbrauchsgüterindustrien	168	+ 32,3	2 464
dar.: Druckereigewerbe	186	+ 24,0	1 359
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	157	+ 35,3	2 606
Baugewerbe (Hoch-, Tief- und Ingenieurbau)	205	+ 51,9	7 075
Gesamtindustrie	170	+ 39,3	31 127
Weibliche Arbeiter			
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	108	+ 42,1	1 858
dar.: Chemische Industrie (ohne Chemiefaserherstellung)	98	+ 32,4	798
Gummi- und Asbestverarbeitung	117	+ 50,0	889
Investitionsgüterindustrien (metallverarbeitende Industrie)	105	+ 41,9	3 235
dar.: Elektrotechnik	106	+ 45,2	2 386
Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbe	110	+ 44,7	418
Verbrauchsgüterindustrien	94	+ 42,4	2 429
dar.: Papierverarbeitung (einschl. Papierveredelung)	89	+ 36,9	458
Druckereigewerbe	96	+ 41,2	454
Textilgewerbe (ohne Chemiefaserherstellung)	95	+ 43,9	482
Bekleidungsindustrie	93	+ 40,9	755
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	94	+ 36,2	1 977
dar.: Mühlgewerbe, Nahrungsmittel-, Stärke- und Futtermittelindustrie, Süßwarengewerbe	85	+ 32,8	693
Fischverarbeitung	100	+ 40,8	263
Tabakwarenherstellung	100	+ 33,3	341
Gesamtindustrie	100	+ 40,8	9 613

arbeit, die verschiedene Besetzung der Leistungsgruppen, die verschiedene Bedeutung der tariflichen Zulagen, die unterschiedlichen Anteile der Überstunden usw. Den höchsten Wochenverdienst im Durchschnitt aller Leistungsgruppen in Hamburg erreichten im August 1961 mit 205 DM die männlichen Arbeiter im Baugewerbe; die Zunahme seit 1957 betrug rd.

52 vH. An zweiter Stelle folgen die Arbeiter im Druckereigewerbe mit 186 DM; sie haben gegenüber 1957 eine Zunahme um 24 vH zu verzeichnen und sind dadurch in der Rangfolge der Verdiensthöhe von der ersten Stelle im Jahre 1957 auf den zweiten Platz gerückt. Im größten Bereich, in der metallverarbeitenden Industrie, konnten die Arbeiter zwischen 1957 und 1961 ihre Wochenverdienste im Durchschnitt um ein Drittel verbessern; im Schiff- und Stahlbau war die Zunahme etwas ausgeprägter. Dort wurde im August 1961 ein durchschnittlicher Wochenverdienst von 168 DM bzw. 157 DM erreicht. Bei den Arbeiterinnen standen 1957 und 1961 die in der Gummi- und Asbestverarbeitung Beschäftigten an der Spitze der Verdienstskaala. Durch den hohen Anteil an ungelerten Arbeiterinnen waren die Verdienste in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien relativ niedrig, wie auch in den Verbrauchsgüterindustrien niedrige Verdienste ausgewiesen werden.

Die Verdienste der Angestellten

Der Brutto-Monatsverdienst eines männlichen Angestellten in Industrie und Handel betrug in Hamburg im August 1961 im Durchschnitt aller erfaßten Gewerbebezüge und Leistungsgruppen 795 DM, der einer weiblichen Angestellten 509 DM. Tarifliche und außertarifliche Gehaltserhöhungen sowie die berufliche Umschichtung der Angestellten, auf die noch eingegangen wird, führten dazu, daß die männlichen Angestellten ihre Gehälter seit dem Sommer 1957 um 196 DM oder rd. ein Drittel verbessern konnten. Die Monatsverdienste der weiblichen Angestellten erreichten im August 1961 einen um 118 DM oder rd. 30 vH höheren Stand als 1957. In den beiden letzten Jahren war die Verdienstzunahme ausgeprägter als in den vorhergehenden, wobei im vergangenen Jahr die weiblichen Angestellten erstmals einen prozentual höheren Verdienstzuwachs aufwiesen als die Männer. Es ist nicht zu übersehen, daß sich die absolute Spanne zwischen dem durchschnittlichen Monatsgehalt der männlichen und weiblichen Angestellten von 208 DM im August 1957 auf 286 DM im August 1961 verbreitert hat. Auch bei Betrachtung des relativen Unterschiedes ist eine Nivellierung der Gehälter von Männern und Frauen nicht festzustellen, da der durchschnittliche Brutto-Monatsverdienst aller weiblichen Angestellten 1961 rd. 36 vH unter demjenigen der männlichen Angestellten lag; im Jahr 1957 betrug die Differenz knapp 35 vH.

Tab. 7

Durchschnittliche Brutto-Monatsverdienste aller Angestellten
(einschl. Handel, Geld- und Versicherungswesen)

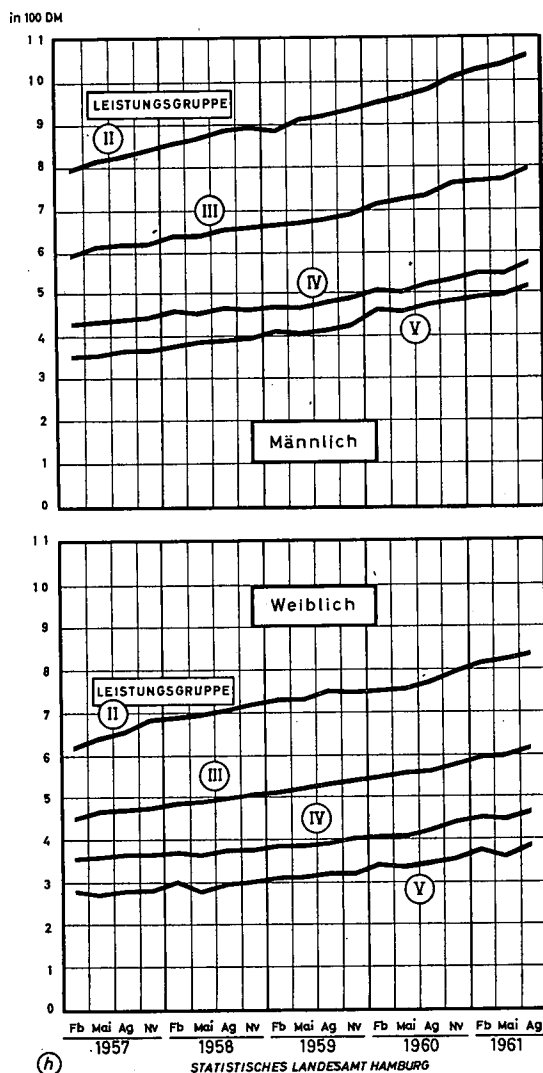
August	Männliche Angestellte		Weibliche Angestellte	
	Brutto-Monatsverdienst in DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	Brutto-Monatsverdienst in DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH
1957	599	.	391	.
1958	640	6,8	412	5,4
1959	675	5,5	433	5,1
1960	734	8,7	464	7,2
1961	795	8,3	509	9,7

Diese Aussage überrascht, da sie mit den Vorstellungen über die allgemeine Tarifentwicklung, die

meist in Richtung einer Angleichung der Gehälter gehen, nicht übereinstimmt und bedarf daher näherer Begründung. Wie eingangs erwähnt, verbergen sich hinter den rechnerischen Veränderungen der Verdienstdurchschnitte nicht nur reine Gehaltserhöhungen, sondern auch die Auswirkungen von Verschiebungen in der Zusammensetzung der Angestelltenschaft. Daß letztere in beträchtlichem Umfang eingetreten sind, zeigt die Tabelle über die Verteilung der Angestellten nach Leistungsgruppen und Geschlecht im August 1957 und 1961. Bei den männlichen kaufmännischen Angestellten waren die beiden oberen Leistungsgruppen 1961 stärker besetzt als 1957, während die Leistungsgruppe IV schrumpfte. Es sind offensichtlich im Laufe der Jahre Angestelltentätigkeiten der Leistungsgruppe IV relativ seltener geworden, Tätigkeiten der Leistungsgruppen III und II dagegen häufiger.

Schaubild 2

Durchschnittliche Brutto-Monatsverdienste der kaufmännischen und technischen Angestellten in Industrie und Handel in DM



Am ausgeprägtesten war die Zunahme in der Leistungsgruppe III: Gut 47 vH aller männlichen Angestellten im kaufmännischen Bereich übten im Sommer 1961 diese Tätigkeiten aus gegenüber 42,5 vH im Jahre 1957. Der Bedarf an höherqualifizierten

Kräften machte sich auch bei den weiblichen Angestellten bemerkbar; ihr Anteil hat sich in der Leistungsgruppe III, den Sekretärinnen, fremdsprachlichen Stenotypistinnen, ersten Verkäuferinnen und den gehobenen Kräften in der Buchhaltung, im Einkauf usw., von 22,3 vH im Jahre 1957 auf 26,2 vH erhöht. Die Mehrzahl der weiblichen Angestellten war allerdings nach wie vor in der Leistungsgruppe IV als Verkäuferinnen, Stenotypistinnen, Telefonistinnen und als Angestellte für einfache Büroarbeiten tätig (1957 und 1961 je rd. 59 vH). In der Leistungsgruppe V, in welcher die mit einfachen schematischen Arbeiten betrauten Angestellten ohne Berufsausbildung, wie z. B. Karteibearbeiterinnen, zusammengefaßt sind, waren 1961 nur noch knapp 12 vH tätig gegen gut 15 vH im Jahre 1957. Auch bei den technischen Angestellten traten Veränderungen in der Besetzung der Leistungsgruppen ein, vor allem bei den Frauen der Leistungsgruppe IV, der 1961 fast zwei Drittel aller Angestellten angehörten, gegenüber nur rd. 57 vH im Jahre 1957.

Tab. 8

Prozentuale Verteilung der Angestellten auf die Leistungsgruppen
- jeweils August -

Leistungsgruppen	Männliche Angestellte		Weibliche Angestellte	
	1957	1961	1957	1961
Kaufmännische Angestellte				
II ¹⁾	19,9	22,6	3,2	3,0
III ²⁾	42,5	47,1	22,3	26,2
IV ³⁾	31,8	25,2	59,2	59,2
V ⁴⁾	5,8	5,1	15,3	11,6
Technische Angestellte				
II	21,2	24,2	9,9	4,1
III	55,2	56,0	19,1	16,3
IV	21,0	18,3	56,9	66,1
V	2,6	1,5	14,1	13,5

- 1) Selbständig verantwortliche Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis und mit Verantwortung für die Tätigkeit anderer.
- 2) Schwierige Tätigkeit nach allgemeiner Anweisung bzw. selbständige verantwortliche Erledigung schwieriger Arbeiten, jedoch ohne Verantwortung für die Tätigkeit anderer.
- 3) Einfache Tätigkeit mit Berufsausbildung.
- 4) Einfache Tätigkeit ohne Berufsausbildung.

Halten die strukturellen Veränderungen, die Verlagerungen zu den höherbewerteten Qualifikationsgruppen, an, so muß mit einem noch weiteren Ausschere der Durchschnittsgehälter von männlichen und weiblichen Angestellten gerechnet werden.

Die Verdienstdurchschnitte werden wesentlich aufschlußreicher, wenn sie nicht global für alle männlichen bzw. weiblichen Angestellten, sondern nach Beschäftigungsart, also kaufmännischer oder technischer Tätigkeit und Leistungsgruppen gegliedert werden, da dann jeweils Durchschnitte für einigermaßen homogene Gruppen vorliegen; die innerhalb einer Leistungsgruppe zwischen Männern und Frauen auftretenden Unterschiede können dann im wesentlichen durch die das Gehalt mitbestimmenden Faktoren Alter, Familienstand, Kinderzahl und Dauer der Betriebszugehörigkeit erklärt werden.

Die Gehälter der männlichen und weiblichen technischen Angestellten lagen, wenn man von der schwach besetzten Leistungsgruppe V der Männer absieht, durchweg über denjenigen der kaufmännischen Angestellten. Der männliche technische Ange-

Tab. 9

Durchschnittliche Brutto-Monatsverdienste der Angestellten nach Geschlecht, Beschäftigungsart und Leistungsgruppen

Leistungsgruppen	Geschlecht	Brutto-Monatsverdienst in DM		Zunahme in vH
		August 1957	August 1961	
Kaufmännische Angestellte				
II	männl.	811	1 032	27,3
	weibl.	655	835	27,5
III	männl.	609	775	27,3
	weibl.	474	615	29,7
IV	männl.	438	559	27,6
	weibl.	371	466	25,6
V	männl.	366	520	42,1
	weibl.	283	388	37,1
Zusammen	männl.	581	766	31,8
	weibl.	389	507	30,3
Technische Angestellte				
II	männl.	909	1 195	31,5
	weibl.	710	913	28,6
III	männl.	693	887	28,0
	weibl.	535	725	35,5
IV	männl.	509	659	29,5
	weibl.	409	537	31,3
V	männl.	404	497	23,0
	weibl.	319	414	29,8
Zusammen	männl.	693	914	31,9
	weibl.	450	566	25,8

stellte der Leistungsgruppe II stand mit 1195 DM Monatsverdienst im August 1961 an der Spitze, erst mit einem Abstand von 163 DM folgt sein kaufmännischer Kollege. Die niedrigsten Monatsverdienste wurden für die weiblichen kaufmännischen Angestellten der Leistungsgruppe V errechnet (388 DM), obwohl ihre Gehälter seit 1957 um rd. 37 vH, also überdurchschnittlich angehoben wurden. Die höchste Verdienstzunahme mit 42 vH verzeichneten die männlichen kaufmännischen Angestellten dieser Leistungsgruppe; bei den Technikern ist dieses starke Aufholen der Gehälter in der untersten Leistungsgruppe nicht feststellbar, dagegen verzeichneten hier die mit qualifizierten Arbeiten betrauten Angestellten höhere Gehaltszunahmen als die kaufmännischen Angestellten. Beachtenswert ist auch, daß die weiblichen Angestellten der Leistungsgruppe III, und zwar die kaufmännischen und die technischen, seit 1957 nachhaltige Gehaltsaufbesserungen erhielten. Ihr durchschnittlicher Monatsverdienst hatte 1957 im kaufmännischen Bereich 77,8 vH vom Verdienst des männlichen Angestellten betragen, 1961 dagegen 79,4 vH; die weiblichen technischen Angestellten konnten diesen Anteil sogar von 77,2 auf 81,7 vH erhöhen.

Tab. 10

Durchschnittliche Brutto-Monatsverdienste der weiblichen Angestellten in vH der jeweiligen Verdienste für die männlichen Angestellten

Leistungsgruppen	Kaufmännische Angestellte		Technische Angestellte	
	August 1957	August 1961	August 1957	August 1961
II	80,8	80,9	78,1	76,4
III	77,8	79,4	77,2	81,7
IV	84,7	83,4	80,4	81,5
V	77,3	74,6	79,0	83,3

Am nächsten an die Verdienste ihrer männlichen Kollegen kommen die weiblichen kaufmännischen Angestellten der Leistungsgruppe IV heran; in der untersten Leistungsgruppe macht der Monatsverdienst der weiblichen Angestellten dagegen nur drei Viertel von demjenigen der männlichen Kollegen aus. Für die technischen Angestellten ergibt sich eine andere Abstufung: Hier ist die Differenz in der obersten Leistungsgruppe, hauptsächlich wegen der Gehälter der männlichen Diplomingenieure, am größten, in der untersten ist die Spanne zwischen den Gehältern von Männern und Frauen am geringsten.

Die Staffelung der Monatsverdienste nach Leistungsgruppen im August 1961 zeigt außerdem, daß die Monatsverdienste der männlichen kaufmännischen Angestellten in der Leistungsgruppe III dem Gesamtdurchschnitt am nächsten kommen; die Verdienste der Angestellten in Leistungsgruppe II liegen etwa ein Drittel über, diejenigen der Leistungsgruppe V etwa ein Drittel unter diesem Durchschnitt. Bei den weiblichen kaufmännischen Angestellten resultiert der durchschnittliche Brutto-Monatsverdienst weitgehend aus der am stärksten besetzten Leistungsgruppe IV. Da dieser relativ niedrig ist, ergibt sich zur Leistungsgruppe II eine sehr weite Spanne. Die Staffelung bei den Monatsgehältern der technischen Angestellten stimmt weitgehend mit diesen Feststellungen für kaufmännische Angestellte überein.

Tab. 11

Staffelung der durchschnittlichen Brutto-Monatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel nach Leistungsgruppen im August 1961
- Verhältniszahlen -

Leistungsgruppen	Brutto-Monatsverdienste in vH			
	aller Leistungsgruppen		der Leistungsgruppe II	
	männliche Angestellte	weibliche Angestellte	männliche Angestellte	weibliche Angestellte
Kaufmännische Angestellte				
II	134,7	164,7	100	100
III	101,2	121,3	75,1	73,7
IV	73,0	91,9	54,2	55,8
V	67,9	76,5	50,4	46,5
Zusammen	100	100	74,2	60,7
Technische Angestellte				
II	130,7	161,3	100	100
III	97,0	128,1	74,2	79,4
IV	72,1	94,9	55,1	58,8
V	54,4	73,1	41,6	45,3
Zusammen	100	100	76,5	62,0

Orientiert man die Gehälter an den Durchschnitten für die Leistungsgruppe II, so zeigt sich bei den kaufmännischen und technischen Angestellten ein verhältnismäßig gleichmäßiges Gefälle in der Reihenfolge der Leistungsgruppen. Die Gehälter der Beschäftigten in den Leistungsgruppen IV und V folgen allerdings in verhältnismäßig engem Abstand. Für diese Gruppen liegen die Monatsverdienste etwa bei der Hälfte, diejenigen für die Leistungsgruppe III etwa bei 75 vH der für die Leistungsgruppe II errechneten Durchschnittsgehälter.

Die Aufgliederung der Brutto-Monatsverdienste der männlichen und weiblichen Angestellten nach einigen

größeren Wirtschaftsbereichen läßt beträchtliche Unterschiede im Gehaltsniveau erkennen, die nicht Ausdruck einer besseren oder schlechteren Bezahlung sein müssen, sondern mit der Zusammensetzung der Angestellten in den einzelnen Bereichen (Leistungsgruppe, Alter usw.) zusammenhängen können. Das Gehaltsgefälle und die Unterschiede in der Zunahme seit 1957 deuten aber darauf hin, daß die konjunkturelle Situation und der Arbeitskräftemangel die Gehaltsentwicklung in den Branchen in unterschiedlichem Ausmaß beeinflußt haben. Bei den an der Spitze liegenden Gehältern der Angestellten im Baugewerbe ist daran zu erinnern, daß in ihnen auch die Verdienste der zahlreichen technischen Angestellten der Leistungsgruppe II (Diplomingenieure usw.) enthalten sind. Unter den im Baugewerbe tätigen weiblichen Angestellten überwiegen diejenigen der Leistungsgruppe III (gehobene Kräfte in der Buchhaltung, Kalkulation usw.), so daß auch bei den Frauen relativ hohe Durchschnittsgehälter entstehen. Der Einsatz qualifizierten Personals und die tariflichen und außertariflichen Gehaltserhöhungen führten dazu, daß im Baugewerbe seit 1957 die höchsten Aufbesserungen eintraten; der durchschnittliche Brutto-Monatsverdienst der weiblichen Angestellten war 1961 um 40 vH, der männlichen Angestellten um rd. 37 vH höher als im Sommer 1957.

Tab. 12

Durchschnittliche Brutto-Monatsverdienste der Angestellten nach Wirtschaftsbereichen im August 1957 und August 1961

Ausgewählte Wirtschaftsbereiche	Durchschnittlicher Brutto-Monatsverdienst		Zahl der erfaßten kaufm. u. techn. Angestellten zusammen Aug. 1961
	August 1961 in DM	Zunahme gegenüber August 1957 in vH	
Männliche Angestellte			
Energiewirtschaft	842	+ 31,6	638
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	876	+ 32,7	1 491
Investitionsgüterindustrien	855	+ 31,9	3 161
Verbrauchsgüterindustrien	879	+ 31,6	538
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	825	+ 33,5	1 211
Baugewerbe (Hoch-, Tief- und Ingenieurbau)	1 009	+ 37,3	760
Ein- und Ausfuhrhandel	747	+ 35,1	1 677
Binnengroßhandel	749	+ 31,6	5 095
Einzelhandel	786	+ 35,8	3 193
Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung und Verleih	764	+ 33,3	950
Geld-, Bank- und Börsenwesen	765	+ 28,6	2 299
Versicherungswesen	724	+ 24,0	2 110
Weibliche Angestellte			
Energiewirtschaft	607	+ 22,1	166
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	569	+ 30,8	1 294
Investitionsgüterindustrien	534	+ 33,8	1 937
Verbrauchsgüterindustrien	537	+ 31,9	533
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	529	+ 32,3	999
Baugewerbe (Hoch-, Tief- und Ingenieurbau)	592	+ 40,0	315
Ein- und Ausfuhrhandel	478	+ 27,5	1 791
Binnengroßhandel	523	+ 27,6	5 340
Einzelhandel	466	+ 31,6	5 560
Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung und Verleih	494	+ 34,6	1 118
Geld-, Bank- und Börsenwesen	521	+ 28,0	2 392
Versicherungswesen	513	+ 25,1	2 036

Unter den hier nachgewiesenen Wirtschaftsbereichen lag im August 1961 das Versicherungswesen mit einem durchschnittlichen Monatsgehalt von 724 DM bei den männlichen Angestellten an letzter Stelle; seit 1957 wurde dort auch die niedrigste Zunahme festgestellt. Verhandlungen über die Erhöhung des Tarifs standen im August 1961 allerdings kurz vor dem Abschluß. Es wird vermutet, daß der starke Arbeitskräftebedarf im Versicherungswesen in den letzten Jahren zu zahlreichen Neueinstellungen von jüngerem Personal führte, so daß die Durchschnitte u. a. von den relativ niedrigen Eingangsgehältern beeinflußt sind. Unter den weiblichen Angestellten standen 1961 die im Einzelhandel Beschäftigten – nicht zuletzt infolge des hohen Anteils von jungen Verkäuferinnen in den Leistungsgruppen IV und V – am unteren Ende der Gehaltsskala.

Vergleich der Verdienste von Arbeitern und Angestellten

Bei der Erörterung von Lohn- und Gehaltsfragen werden gelegentlich auch Verdienste von Arbeitern und Angestellten verglichen und dazu Ergebnisse der laufenden Verdienststatistik in Industrie und Handel herangezogen. Die Problematik derartiger Vergleiche ist nach den vorstehenden Ausführungen offenkundig: Die beruflichen Tätigkeiten von Arbeitern und Angestellten lassen sich in bezug auf Schwierigkeitsgrad, Verantwortlichkeit, Ausmaß der Berufsausbildung und Berufserfahrung nicht aufeinander abstimmen; die Arbeiter werden drei, die Angestellten dagegen fünf Qualifikationsgruppen zugeordnet, wobei die Leistungsgruppe I der Angestellten wegen ihrer geringen Besetzung in der laufenden Verdienststatistik bereits nicht mehr interessiert. Die auf Monatsergebnisse umgerechneten Verdienste der Arbeiter in Leistungsgruppe 3 und die Monatsgehälter der Angestellten in Leistungsgruppe V lassen sich noch am ehesten vergleichen, da es sich jeweils um die Abgeltung einfacher Tätigkeiten, die keine Berufsausbildung erfordern, handelt. Aber auch dabei sind Vorbehalte am Platz: Nur 5 vH der männlichen kaufmännischen Angestellten gehören dieser Qualifikationsstufe, vorwiegend einer Eingangsgruppe mit starker Fluktuation, an. Während der Faktor „Arbeitszeit“ die Gehaltshöhe der Angestellten relativ wenig beeinflußt, werden die Löhne der zahlreichen männlichen Hilfsarbeiter weitgehend davon bestimmt und erklären außer sonstigen Zulagen den beträchtlichen Verdienstunterschied. Zwischen den Brutto-Monatsverdiensten von weiblichen Angestellten in der Industrie und Arbeiterinnen der untersten Leistungsgruppe besteht kein Unterschied, die Gehälter der mit einfachen Arbeiten betrauten weiblichen Angestellten im Handel, Geld- und Versicherungswesen liegen dagegen beträchtlich darunter. In welchem Ausmaß dies durch einen höheren Anteil von jugendlichen Beschäftigten oder niedrigere Tarifgehälter bedingt ist, läßt die vorliegende Statistik nicht erkennen. Es sei in diesem Zusammenhang auch darauf verwiesen, daß die in diesem Wirtschaftsbereich häufig gewährten Sonderzuwendungen (Gratifikationen, Jahresabschluß-

prämien, Umsatzbeteiligung, soweit nicht monatlich verrechnet, 13. Monatsgehalt, Urlaubsgelder usw.) in der laufenden Verdienststatistik im allgemeinen nicht in Ansatz gebracht sind. Vor allem bei Gehaltsvergleichen für die Angestellten der höheren Leistungsgruppen ist darauf zu achten.

Tab. 13

Brutto-Monatsverdienste der Arbeiter und Angestellten nach Leistungsgruppen im August 1961

– ohne Angestelltegehälter der Leistungsgruppe II¹⁾ –

Arbeiter bzw. Angestellte Leistungsgruppen	Männer		Frauen	
	Monats- verdienst in DM	Reihen- folge der Ver- dienst- höhe	Monats- verdienst in DM	Reihen- folge der Ver- dienst- höhe
Arbeiter in der Industrie ²⁾				
Leistungsgruppe 1	785	2	477	4
Leistungsgruppe 2	682	4	456	5
Leistungsgruppe 3	634	6	418	7
Angestellte in der Industrie				
Leistungsgruppe III	866	1	683	1
Leistungsgruppe IV	643	5	518	3
Leistungsgruppe V	527	8	415	8
Angestellte im Handel, Geld- und Versiche- rungswesen				
Leistungsgruppe III	764	3	603	2
Leistungsgruppe IV	537	7	453	6
Leistungsgruppe V	517	9	380	9

¹⁾ Die Gehälter für männliche Angestellte dieser Leistungsgruppe betragen in der Industrie 1173 DM, im Handel, Geld- und Versicherungswesen 1016 DM. Weibliche Angestellte verdienen in Leistungsgruppe II in der Industrie 915 DM, im Handel, Geld- und Versicherungswesen 825 DM.

²⁾ Brutto-Wochenverdienst multipliziert mit dem Faktor 4,345.

In die Tabelle der Verdienste von Arbeitern und Angestellten nach Leistungsgruppen wurden Durchschnittsgehälter für die Angestellten der Leistungsgruppe II nicht aufgenommen, da deren Tätigkeitsmerkmale – selbständige Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis – einen Vergleich mit den Arbeitergruppen ohnehin nicht zulassen. Auch zwischen der Leistungsgruppe III der Angestellten und den Facharbeitern läßt sich eine Verbindung nicht ohne weiteres herstellen, weil hier qualifizierte Tätigkeiten unterstellt werden, die bereits den fachlichen Erfahrungen von Meistern entsprechen. Die männlichen Angestellten der Leistungsgruppe III verdienen im August 1961 in der Industrie monatlich etwa 80 DM mehr als die Facharbeiter. Andererseits lagen die Verdienste der männlichen Facharbeiter wiederum beträchtlich höher als diejenigen der Angestellten in Leistungsgruppe IV. Die Differenz dürfte nicht zuletzt auf die Vergütung von Überstunden bei den Arbeitern zurückzuführen sein. Da die Arbeiter der Leistungsgruppe 2 keine allgemeine Berufsbefähigung, aber spezielle, im Rahmen einer Anlernzeit erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten haben müssen, nehmen sie eine Sonderstellung ein, die theoretisch einer Angestellten-tätigkeit zwischen V und IV entsprechen würde. Mehrarbeitszuschläge und sonstige Zulagen auf seiten

Tab. 14

Nominale und reale Verdienste der Arbeiter und Angestellten

Verdienst Geschlecht Leistungsgruppen	August 1957 = 100			
	August 1959		August 1961	
	nominal	real	nominal	real
Brutto-Wochenverdienste der Industriearbeiter				
männlich insgesamt	119	113	139	126
darunter Leistungsgruppe 1	118	112	138	125
weiblich insgesamt	117	111	141	128
darunter Leistungsgruppe 3	116	110	138	125
Brutto-Monatsgehälter der Angestellten				
männlich insgesamt	113	107	133	121
darunter Leistungsgruppe III	110	104	128	116
weiblich insgesamt	111	105	130	118
darunter Leistungsgruppe IV	106	100	126	114

der angelernten Arbeiter erschweren aber auch hier wieder den auf Tätigkeitsmerkmale abgestellten Verdienstvergleich.

Um eine Vorstellung über die Veränderung der Kaufkraft der Einkommen von Arbeitern und Angestellten seit 1957 zu vermitteln, werden abschließend noch die Nominal- und Realverdienste der am stärksten besetzten Leistungsgruppen nach dem Stand vom August 1959 und 1961 gegenübergestellt.

Bei einer Erhöhung des Preisniveaus zwischen 1957 und 1961 um etwa 10 vH, wie sie durch die Preisindexziffern für die Lebenshaltung zum Ausdruck gebracht wird, haben sich die Brutto-Wochenverdienste der männlichen Industriearbeiter in Hamburg real um 26 vH, diejenigen der Arbeiterinnen um rd. 28 vH verbessert. Die Kaufkraft der Angestelltengehälter hat sich nicht in dem gleichen Umfang verändert; für die weiblichen Angestellten betrug die reale Zunahme der Gehälter z. B. nur 18 vH. Die geringste Verbesserung mit 14 vH errechnet sich für die zahlreichen weiblichen Angestellten der Qualifikationsstufe IV.

Werner Matti

Das Steueraufkommen 1961 in Hamburg

Allgemeine Entwicklung im Berichtsjahr

Die Einnahmen aus Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern sind dem fortschreitenden wirtschaftlichen Aufstieg im Jahre 1961 mit einem weiteren Anwachsen gefolgt. Mit fast 6,8 Mrd. DM erreichte das Steueraufkommen in Hamburg einen Betrag, der den Stand des Jahres 1960 um rd. 0,8 Mrd. DM oder 14 vH und die Einnahmen des Jahres 1951 (ein Jahrzehnt zurück) um 4,6 Mrd. DM oder 211 vH übertraf. Wenn auch die hohen Wachstumsraten der Jahre 1952 und 1959 (17,3 bzw. 16,2 vH) nicht wieder ganz erreicht wurden, so überschritt die Zunahme des Gesamtsteueraufkommens 1961 die des Vorjahres, das nur eine Steigerung um 8,8 vH erbracht hatte, erheblich. Das höhere Steueraufkommen des letzten Jahres resultiert aus einem Anstieg der Einnahmen aus Landes- und Bundessteuern, die um 14,7 bzw. 14,4 vH höher lagen als im Vorjahr, während sich bei den Gemeindesteuern eine Zuwachsrate von nur 9,5 vH ergab. Entsprechend dieser Entwicklung haben sich die Anteilssätze der drei Steuergruppen am Gesamtsteueraufkommen gegenüber 1960 verschoben, und zwar haben die Landes- und Bundessteuern ihren Anteil auf Kosten der Gemeindesteuern etwas vergrößert. Die im letzten Jahrzehnt eingetretene Erhöhung der Steuereinnahmen wird besonders deutlich durch ihren rechnerischen Vergleich mit der Einwohnerzahl veranschaulicht; einem Steueraufkommen von 3 660 DM je Einwohner im Jahre 1961 stand ein Aufkommen von 1 340 DM im Jahre 1951 gegenüber.

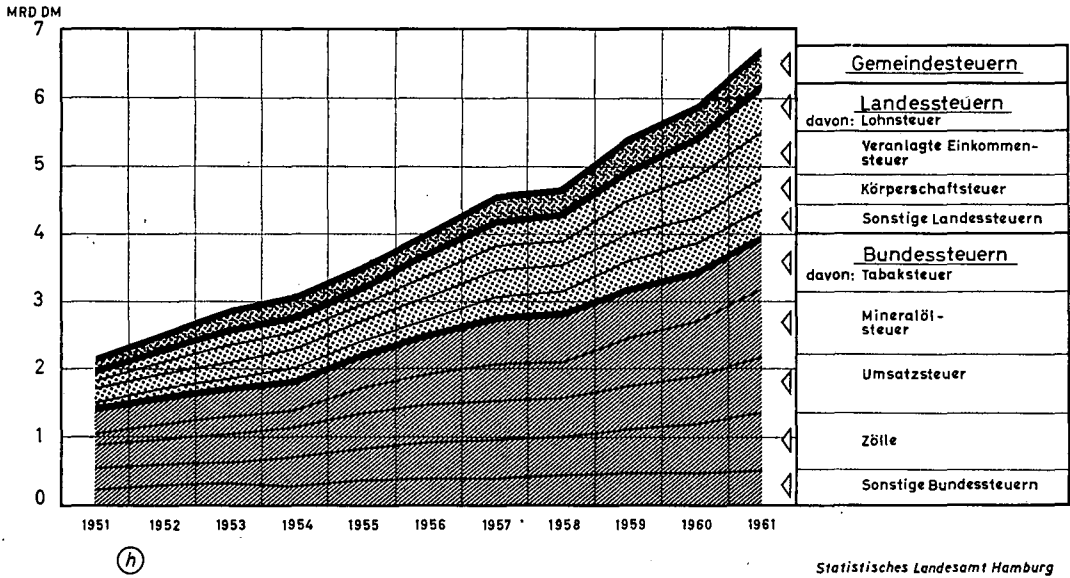
Bei der Statistik über das Steueraufkommen werden jeweils die kassenmäßigen Einnahmen an Bundes-,

Landes- und Gemeindesteuern erfaßt. Das sind die Einnahmen, die innerhalb des Berichtszeitraumes bei den Hamburger Amts-, Finanz- und Zollkassen eingegangen sind, ohne Rücksicht darauf, ob die Steuerbeträge für diesen oder einen anderen Zeitabschnitt gezahlt worden sind. Dementsprechend enthalten auch die Steuerablieferungen Hamburgs an den Bund sowie an andere Länder und Gemeinden sämtliche im Erhebungszeitraum überwiesenen Beträge, gleichviel, für welche Zeit sie geleistet wurden.

Weiter muß beachtet werden, daß nach der im Grundgesetz festgelegten und am 1. April 1950 in Kraft getretenen Aufteilung der Steuern auf Bund und Länder ein wesentlicher Teil der in Hamburg vereinnahmten Steuern an den Bund abzuführen ist. Das sind einmal Bundessteuern, also die für den Bund erhobenen Steuern, wie Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer, Zölle und alle Verbrauchsteuern mit Ausnahme der Biersteuer. Zum anderen ist der Bund ab April 1951 an den Erträgen aus der Einkommen-, Körperschaft- und Kapitalertragsteuer beteiligt (vertikaler Finanzausgleich); die Anteilssätze des Bundes an diesen Steuereinnahmen bewegten sich in den Jahren 1951 bis 1961 zwischen 27 und 38 vH (seit 1958 = 35 vH). Neben dem „vertikalen“ Finanzausgleich gibt es noch einen „horizontalen“ Finanzausgleich, der den Zweck hat, die verschiedenen, starke Steuerkraft der Bundesländer auszugleichen. Darüber hinaus wurden die Länder mit Inkrafttreten des sog. Zerlegungsgesetzes im Jahre 1952 verpflichtet, die Steuern vom Einkommen regional aufzuteilen, wenn es sich um Zahlungen von Steuerpflichtigen handelt, die Betriebs-

Schaubild 1

Gesamtsteueraufkommen in Hamburg 1951 bis 1961



stätten im Bundesgebiet außerhalb des Landes, in dem sie zur Steuer herangezogen werden, unterhielten; hierzu gehörte auch der Lohnsteuerausgleich zwischen Hamburg und den benachbarten Kreisen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens. Mit der Neugestaltung der finanziellen Beziehungen zwischen Bund und Ländern im Jahre 1955 laufen die Zahlungen auf Grund des Zerlegungsgesetzes zwar aus, doch haben sich die von Hamburg zu zahlenden Beträge innerhalb des horizontalen Finanzausgleichs, die alljährlich gesetzlich festgelegt werden, nicht unerheblich erhöht. Ferner wird die hamburgische Finanzkraft durch den Gewerbesteuerenausgleich belastet. Um den umliegenden Wohnsitzgemeinden von in Hamburg beschäftigten Personen die Aufbringung der Mittel für Aufwendungen, die sie auch für die Hamburgpendler tragen müssen, zu erleichtern, erhalten sie von Hamburg – als Betriebsgemeinde – im Gewerbesteuerenausgleich einen Anteil am Gewerbesteueraufkommen. Und schließlich sei noch erwähnt, daß die Länder nach § 6 LAG größere Zuschüsse aus ihren Haushalten an den Lastenausgleichsfonds abzuführen haben.

Entwicklung des Aufkommens der einzelnen Steuern

Das Mehraufkommen an Steuern im Rechnungsjahr 1961 ist zum weitaus größten Teil der anhaltenden konjunkturellen Aufwärtsentwicklung und zum kleineren Teil Steuerrechtsänderungen zuzuschreiben. Inwieweit die auch zum Zwecke der Konjunkturdämpfung im März 1961 vorgenommene Aufwertung der D-Mark das Anwachsen des Steueraufkommens gemildert hat, ist nicht festzustellen, da sich in den auf Veranlagung beruhenden Steuern noch die günstige Wirtschaftstätigkeit von 1960 ausgewirkt hat. Auch bei den anderen konjunkturbeeinflussten Steuern ist eine rückläufige Tendenz in der Zunahme des Aufkommens noch nicht zu erkennen.

Bestimmend für den Verlauf der kassenmäßigen Steuereinnahmen 1961 war neben der Mehreinnahme

bei der Mineralölsteuer und bei den Zöllen die Zunahme des Aufkommens der Einkommensteuern und hier wiederum in erster Linie die Ertragssteigerung bei der Lohnsteuer, die rd. ein Viertel mehr erbrachte als 1960. Die günstige Entwicklung der Einnahmen aus der Lohnsteuer ist vor allem auf die fortgesetzte Erhöhung der Löhne und Gehälter zurückzuführen, die infolge des progressiven Tarifs höhere Steuerabzüge bei den steuerbelasteten Einkommensbeziehern brachte. Außerdem überschritten zahlreiche bisher nicht zur Steuer herangezogene Arbeitnehmer die Steuerfreigrenze. Dagegen blieb die Zunahme der Beschäftigten ohne nennenswerten Einfluß auf die Steigerung des Lohnsteueraufkommens; von September 1960 bis September 1961 hat die Beschäftigtenzahl in Hamburg nur noch um 2,8 vH zugenommen.

Tab. 1
Die Einnahmen aus den Steuern vom Einkommen in Hamburg

Steuerarten	1960	1961	Veränderung 1960 gegenüber 1959		1961 gegenüber 1960	
	Mio DM		vH			
Lohnsteuer	570,4	706,1	+ 26,4	+ 23,8		
Veranlagte Einkommensteuer . .	613,4	681,4	+ 18,6	+ 11,1		
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	95,2	75,3	- 20,6	- 20,9		
Körperschaftsteuer . .	402,6 ¹⁾	473,3	+ 4,8	+ 17,6		
Insgesamt	1 681,6	1 936,1	+ 14,2	+ 15,1		

¹⁾ Einschl. Zerlegungsbetrag in Höhe von 7,8 Mio DM.

Ein Vergleich des Aufkommens an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer 1961 mit dem Aufkommen 1959–1960 zeigt, daß die Steigerungsquoten 1961 nicht mehr ganz so stark waren. Die Zuwachsrate des Körperschaftsteueraufkommens lag mehr als dreimal so hoch wie im Vorjahr. Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (Kapitalertrag- und

Aufsichtsratssteuer), die immer niedriger als die übrigen Einkommensteuerarten waren, wiesen im Berichtszeitraum eine Mindereinnahme von 20,9 vH gegenüber dem Vorjahr auf. Bei dieser Steuerart wird die Aufkommenshöhe von einzelnen hohen Zahlungen einiger Großunternehmen beeinflusst, so daß die Ergebnisse von Jahr zu Jahr stark schwanken können.

Die Verbrauchsteuern sind gegenüber 1960 im ganzen um 13 vH gestiegen; in der Aufgliederung nach den einzelnen Steuerarten zeigen sich jedoch stark divergierende Einnahmeentwicklungen. Die größte (relative und absolute) Zunahme ist bei der Mineralölsteuer zu verzeichnen; um rd. 176 Mio D-Mark oder 21 vH lag das Aufkommen aus dieser Steuer infolge des allgemeinen Mehrverbrauchs an Kraftstoffen durch die zunehmende Motorisierung und Umstellung von festen auf flüssige Brennstoffe für Heizungsanlagen im Jahre 1961 über dem des Jahres 1960.

Tab. 2
Die Einnahmen aus Verbrauchsteuern in Hamburg

Steuerarten	1960	1961	Veränderung 1960 1961 gegenüber 1959 1960	
			Mio DM	vH
Tabaksteuer	738,1	775,6	- 2,0	+ 5,1
Kaffeesteuer	203,7	229,5	+ 9,9	+ 12,7
Teesteuer	9,5	8,9	+ 28,4	- 6,3
Biersteuer	21,1	22,6	+ 3,4	+ 7,1
Branntweinmonopol ¹⁾	50,6	51,3	- 0,2	+ 1,4
Mineralölsteuer	833,3	1 009,4	+ 14,0	+ 21,1
Sonstige Verbrauchsteuern	3,3	2,6	- 21,4	- 21,2
Insgesamt	1 859,6	2 099,9	+ 6,1	+ 12,9

¹⁾ Ausschließlich der nicht über die Kassen Hamburgs geleisteten Beträge.

Die Erträge aus der Tabaksteuer, die 1959 und 1960 rückläufig waren, erbrachten zwar im Berichtsjahr ein Mehr von 5,1 vH, doch erreichten sie damit erst wieder den Stand von 1958. Für die abgeschwächte Entwicklung spricht vor allem die Tatsache, daß die in der Hansestadt ansässigen großen Unternehmen der Zigarettenindustrie in den letzten Jahren aus steuertechnischen und sonstigen Gründen dazu übergegangen sind, Produktionsstätten in Berlin zu errichten bzw. zu erweitern. Bei den übrigen Steuern auf Genußmittel waren die Zuwachsraten mit Ausnahme der Teesteuer und der „sonstigen Verbrauchsteuern“ höher als im Vorjahr.

Aus Zöllen und Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer sind 1961 ebenfalls Mehreinnahmen aus der Besteuerung zu verzeichnen, wie die folgende Zusammenstellung zeigt:

Tab. 3
Die Einnahmen aus Zöllen und Umsatzsteuer in Hamburg

Steuerarten	1960	1961	Veränderung 1960 1961 gegenüber 1959 1960	
			Mio DM	vH
Zölle	703,9	869,1	+ 11,3	+ 23,5
Umsatzsteuer	717,0	804,7	+ 9,7	+ 12,2
Umsatzausgleichsteuer	200,5	211,0	+ 12,5	+ 5,2

Bei diesen Steuerarten fällt vor allem die überdurchschnittliche Steigerungsquote bei den Zolleinnahmen auf, die 1961 mit 23,5 vH erheblich über der vorjährigen lag. Sie ist sowohl mit der starken Zunahme der Mineralöleinfuhren als auch mit dem Anstieg der Importe gewerblicher Fertigwaren zu begründen. Die Einnahmen aus der Besteuerung des Umsatzes erbrachten ein Mehr von 12,2 vH, das damit nur wenig unter der Wachstumsrate des Gesamtsteueraufkommens lag. Die Umsatzausgleichsteuer, die auf importierte Waren zum Ausgleich der Umsatzsteuerbelastung inländischer Produkte erhoben wird, wies mit einer Zunahme von 5,2 vH 1961 eine gegenüber dem Vorjahr (12,5 vH) sehr viel niedrigere Zuwachsrate auf.

Die Einnahmen aus den Gemeindesteuern, die sich 1961 auf 529 Mio DM beliefen, werden in ihrer Aufkommenshöhe fast ausschließlich durch die Realsteuern bestimmt. Unter ihnen ist es die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, deren Einnahmeschwankungen das Ergebnis der Gemeindesteuern beeinflussen. Rund 11 vH betrug die Mehreinnahme gegenüber dem Vorjahr bei dieser Steuer, wobei zu berücksichtigen ist, daß die im letzten Jahr durchgeführte Gewerbesteuerreform (Erhöhung des jährlichen Freibetrages der Gewerbebetriebe von 2 400 D-Mark auf 7 200 DM) das Aufkommen abgeschwächt hat. Die Einnahmen aus den beiden Grundsteuerarten änderten sich in ihrer Höhe kaum. Rückläufig waren wieder die Einnahmen aus der Kinosteuer. Der Rückgang der Kinosteuer um 6,8 vH im Jahre 1961 gegenüber 1960 zeigt, daß sich - wenngleich in geringerem Ausmaß - auch für den Staat die Konkurrenz zwischen Fernsehen und Kino auswirkt.

Veränderungen in der Struktur der Steuereinnahmen

Infolge der verschiedenen Entwicklung der Einnahmen bei den einzelnen Steuerarten hat sich deren Bedeutung im Rahmen der Gesamtsteuereinnahmen verändert. Die Anteilszahlen, wie sie aus der nachstehenden Tabelle 4 zu ersehen sind, kennzeichnen die Stellung der einzelnen Steuerart und die Bedeutung der Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern gegenüber den Gesamtsteuereinnahmen. Die ertragreichsten der in Hamburg vereinnahmten Steuern sind außer Mineralöl-, Tabak-, Umsatzsteuer und Einnahmen aus Zöllen die Steuern vom Einkommen (Lohn-, Einkommen-, Körperschaftsteuer) und die Gewerbesteuer. Auf diese acht Steuerarten entfielen 1961 mehr als vier Fünftel (84,8 vH) aller Steuereinnahmen. Wenn man berücksichtigt, daß z. Z. in Hamburg aus fast 50 Steuerarten Einnahmen in die Staatskassen fließen, so ergibt sich, daß das Steueraufkommen sich auf wenige große Steuerquellen konzentriert. Der Anteil der acht bedeutendsten Steuern am Gesamtaufkommen blieb von 1955 bis 1961 verhältnismäßig konstant und bewegte sich zwischen 84 und 86 vH.

Unter den Einnahmen aus Bundessteuern hat die Mineralölsteuer in den vorangegangenen Jahren die verhältnismäßig größte Bedeutung gewonnen; sie stand in den beiden Jahren 1960 und 1961 mit über 14 vH des Gesamtsteueraufkommens an erster Stelle, während in den früheren Jahren die Tabaksteuer die stärkste Steuerquelle (zwischen 14,9 und

Tab. 4

Die Entwicklung der Einnahmen aus Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern 1951 bis 1961 in Hamburg

Steuerarten	1951		1955		1960		1961		Veränderungen		
	Mio DM	vH	Mio DM	vH	Mio DM	vH	Mio DM	vH	1961 gegenüber 1951	1961 gegenüber 1960	
Bundessteuern	1 437,4	66,1	2 255,4	63,7	3 480,6	58,7	3 981,2	58,9	+	177,0	+ 14,4
Umsatzsteuer	365,3	16,8	522,8	14,8	717,0	12,1	804,7	11,9	+	120,3	+ 12,2
Umsatzausgleichsteuer	57,9	2,7	117,2	3,3	200,5	3,4	211,0	3,1	+	264,4	+ 5,2
Beförderungsteuer	3,1	0,1	9,8	0,3	16,8	0,3	15,5	0,2	+	400,0	- 7,7
Notopfer Berlin	35,9	1,7	87,1	2,5	3,9	0,1	3,5	0,1	-	90,3	- 10,3
Zölle	310,7	14,3	478,8	13,5	703,9	11,9	869,1	12,9	+	179,7	+ 23,5
Verbrauchssteuern zusammen	664,4	30,6	1 039,8	29,4	1 838,5	31,0	2 077,3	30,7	+	212,7	+ 13,0
davon											
Tabaksteuer	396,5	18,2	558,4	15,8	738,1	12,5	775,6	11,5	+	95,6	+ 5,1
Kaffeesteuer	84,3	3,9	89,9	2,5	203,7	3,4	229,5	3,4	+	172,2	+ 12,7
Teesteuer	5,8	0,3	3,9	0,1	9,5	0,2	8,9	0,1	+	53,4	- 6,3
Branntweinmonopol ¹⁾	16,1	0,7	25,6	0,7	50,6	0,9	51,3	0,8	+	218,6	+ 1,4
Mineralölsteuer	146,7	6,8	356,1	10,1	833,3	14,1	1 009,4	14,9	+	588,1	+ 21,1
Sonstige Verbrauchsteuern	15,1	0,7	5,9	0,2	3,3	0,1	2,6	0,0	-	82,8	- 21,2
Landessteuern	564,0	26,0	1 000,5	28,2	1 963,6	33,1	2 252,0	33,3	+	299,3	+ 14,7
Lohnsteuer	174,8	8,0	285,8	8,1	570,4	9,6	706,1	10,4	+	303,9	+ 23,8
Veranlagte Einkommensteuer	105,6	4,9	247,0	7,0	613,4	10,3	681,4	10,1	+	545,3	+ 11,1
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	6,3	0,3	35,8	1,0	95,2	1,6	75,3	1,1	+	1 095,2	- 20,9
Körperschaftsteuer	203,9	9,4	284,4	8,0	402,6 ²⁾	6,8	473,3	7,0	+	132,1	+ 17,6
Einkommen- und Körperschaftsteuer zusammen	490,7	22,6	853,0	24,0	1 681,6	28,4	1 936,1	28,6	+	294,6	+ 15,1
Vermögenssteuer	8,1	0,4	38,2	1,1	86,2	1,5	105,2	1,6	+	1 198,8	+ 22,0
Erbschaftsteuer	1,9	0,1	5,4	0,2	20,3	0,3	16,9	0,2	+	789,5	- 16,7
Grunderwerbsteuer	2,1	0,1	8,5	0,2	11,7	0,2	13,2	0,2	+	528,6	+ 12,8
Kapitalverkehrssteuer	2,9	0,1	12,1	0,3	22,0	0,4	25,2	0,4	+	769,0	+ 14,5
Kraftfahrzeugsteuer	17,9	0,8	29,7	0,8	59,4	1,0	66,3	1,0	+	270,4	+ 11,6
Versicherungsteuer	13,6	0,6	20,6	0,6	32,4	0,5	36,6	0,5	+	169,1	+ 13,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	10,4	0,5	10,8	0,3	19,0	0,3	19,7	0,3	+	89,4	+ 3,7
Biersteuer	7,6	0,3	13,1	0,4	21,1	0,4	22,6	0,3	+	197,4	+ 7,1
Übrige Landessteuern	8,6	0,4	9,0	0,3	9,9	0,2	10,2	0,2	+	18,6	+ 3,0
Gemeindesteuern	171,7	7,9	285,8	8,1	483,5	8,2	529,3	7,8	+	208,3	+ 9,5
Realsteuern zusammen	151,2	7,0	265,6	7,5	471,9	8,0	517,9	7,7	+	242,5	+ 9,7
Grundsteuer A	0,5	0,0	0,5	0,0	0,5	0,0	0,5	0,0	-	-	-
Grundsteuer B	43,5	2,0	44,8	1,3	55,2	0,9	55,1	0,8	+	26,7	- 0,2
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	91,5	4,2	189,5	5,4	371,0	6,3	412,3	6,1	+	350,6	+ 11,1
Gewerbsteuer nach der Lohnsumme	15,7	0,7	30,8	0,9	45,2	0,8	50,0	0,7	+	218,5	+ 10,6
Übrige Gemeindesteuern	20,5	0,9	20,2	0,6	11,6	0,2	11,4	0,2	-	44,4	- 1,7
darunter											
Kinosteuer	6,8	0,3	7,5	0,2	5,9	0,1	5,5	0,1	-	19,1	- 6,8
Übrige Vergnügungsteuer	2,1	0,1	3,1	0,1	3,0	0,1	3,2	0,0	+	52,4	+ 6,7
Hundesteuer	2,6	0,1	2,7	0,1	2,7	0,0	2,7	0,0	+	3,8	-
Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern	2 173,1	100,0	3 541,7	100,0	5 927,7	100,0	6 762,5	100,0	+	211,2	+ 14,1
Außerdem:											
Lastenausgleichs-abgaben	91,5	4,2	120,6	3,4	101,1	1,7	99,4	1,5	+	8,6	- 1,7
Vermögensabgabe	56,1	2,6	68,8	1,9	75,3	1,3	76,5	1,1	+	36,4	+ 1,6
Hypothekengewinnabgabe	33,7	1,6	45,5	1,3	20,1	0,3	17,1	0,3	-	49,3	- 14,9
Kreditgewinnabgabe	1,7	0,1	6,3	0,2	5,7	0,1	5,8	0,1	+	241,2	+ 1,8

¹⁾ Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. - ²⁾ Einschl. Zerlegungsbetrag in Höhe von 7,8 Mio DM.

18,2 vH) der Gesamtsteuereinnahmen war. Zölle und Umsatzsteuer sind 1961 an die zweite und dritte Stelle gerückt, nachdem sie 1960 auf die Mineralölsteuer und die Tabaksteuer folgten. Das deutet darauf hin, daß der Einnahmewuchs bei den vier Bundessteuerarten unterschiedlich gewesen sein muß. Während sich das jährliche Aufkommen an Mineralölsteuer von 1955 bis 1961 um 183 vH erhöht hat, stiegen im gleichen Zeitraum das Aufkommen aus der Tabaksteuer um 39 vH, das aus der Umsatzsteuer um 54 vH und das aus den Zöllen um 82 vH. Im

gleichen Zeitraum haben die Gesamtsteuereinnahmen um 91 vH zugenommen. Der Anteil dieser vier Bundessteuerarten am Gesamtsteueraufkommen ging entsprechend dieser Entwicklung von 54,2 vH im Jahre 1955 auf 50,6 vH im Jahre 1961 zurück.

Als hauptsächlichste Verschiedenheit in der Stellung der Landessteuerarten innerhalb der Gesamtsteuereinnahmen zeigt sich die immer stärkere Bedeutung der Lohn- und insbesondere der veranlagten Einkommensteuer und im Gegensatz dazu der Rückgang der Erträge aus der Körperschaftsteuer. Insgesamt

Tab. 5

Die Netto-Steuerereinnahmen Hamburgs 1955 bis 1961

Art der Angaben	Steuereinnahmen						Veränderung 1961 gegenüber	
	1955		1960		1961		1955	1960
	Mio DM	vH	Mio DM	vH	Mio DM	vH		
Gesamtsteuereinnahmen . . .	3 541,7	100	5 927,7	100	6 762,5	100	+ 91,1	+ 14,1
davon								
Einnahmen des Bundes . . .	2 530,8	71,5	4 066,4	68,6	4 658,8	68,9	+ 84,1	+ 14,6
Bundessteuern	2 255,4	63,7	3 480,6	58,7	3 981,2	58,9	+ 76,5	+ 14,4
Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer . .	275,4	7,8	585,8	9,9	677,6	10,0	+ 146,0	+ 15,7
Einnahmen des Landes ausschl. Bundesanteil an der ESt und KSt	1 010,9	28,5	1 861,3	31,4	2 103,7	31,1	+ 106,3	+ 13,0
Beitrag zum Länderfinanz- und Gewerbesteuerenausgleich	135,4	3,8	366,6	6,2	325,6	4,8	+ 140,5	- 11,2
Netto-Steuerereinnahmen Hamburgs	875,5	24,7	1 494,6	25,2	1 778,0	26,3	+ 103,1	+ 19,0

betragen die Anteilssätze der drei Landessteuerarten 27,5 vH im Jahre 1961 gegen 23,1 vH im Jahre 1955. Die Gewerbesteuer hat ihren verhältnismäßig niedrigen Anteil (5-7 vH) nicht nur behauptet, sondern seit 1955 etwas erhöht.

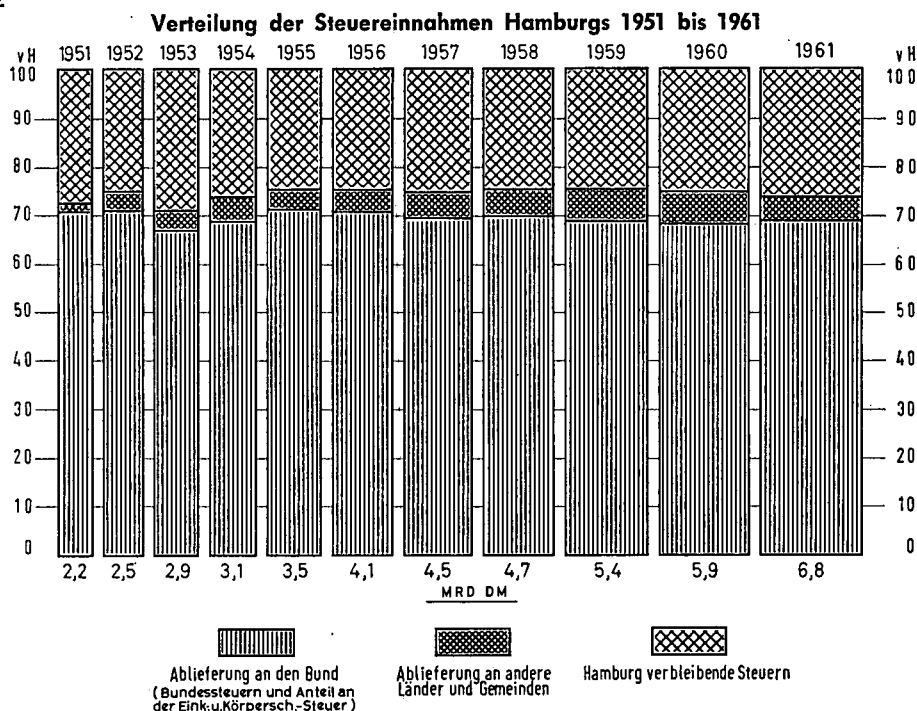
Bei den Steuereinnahmen des Bundes wirkt sich die schon oben behandelte verschiedenartige Gestaltung der Einnahmen aus der Mineralölsteuer einerseits und aus der Umsatz- und Tabaksteuer sowie aus den Zöllen andererseits dahin aus, daß auch der Anteil aller Bundessteuern am Gesamtaufkommen nicht unerheblich gesunken ist (von 64 vH im Jahre 1955 auf 59 vH im Jahre 1961). Dem verringerten Anteil der Einnahmen aus Bundessteuern steht ein entsprechend erhöhter Anteil der Einnahmen aus den Landessteuern - vor allem aus der Lohn- und Einkommensteuer - gegenüber, da sich die übrigen Landes- und Gemeindesteuern anteilmäßig nur wenig verändert haben.

Verteilung der Steuereinnahmen

Wenn das Gesamtsteueraufkommen in der Freien und Hansestadt Hamburg auf den ersten Blick hoch erscheint, so muß darauf hingewiesen werden, daß von den insgesamt im Rechnungsjahr 1961 vereinnahmten Steuern in Höhe von 6,76 Mrd. DM neben den Bundessteuern (3,98 Mrd. DM) auch von den Landessteuern 0,68 Mrd. DM als Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer an den Bund abzuführen waren. Ferner wurden 0,32 Mrd. DM in Form von Beiträgen zum Länderfinanzausgleich und Gewerbesteuerenausgleichszuschüssen an andere Länder und Gemeinden überwiesen.

Für Ausgaben im Rahmen des hamburgischen Haushaltsplanes standen schließlich noch 1,78 Mrd. DM oder 26,3 vH der gesamten Steuereinnahmen zur Verfügung. Unberücksichtigt blieben dabei 65,9 Mio DM, die nach § 6 LAG an den Ausgleichsfonds zu

Schaubild 2



(h)

Tab. 6

Aufkommen an Bundes- und Landessteuern in den Bundesländern vom 1. Januar bis 30. September 1961 im Vergleich zu den entsprechenden Monaten 1960

Länder	Bundes- und Landessteueraufkommen			d a v o n				
	insgesamt		Veränderung gegenüber dem Vorjahr vH	Bundessteuern			Landessteuern	
	Mio DM	vH		Mio DM	vH der jeweiligen Gesamtzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr vH	Mio DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr vH
Schleswig-Holstein	1 552,9	3,4	+ 14,3	872,4	56,2	+ 7,2	680,6	+ 24,9
Hamburg	4 491,3	10,0	+ 13,8	2 862,0	63,7	+ 13,6	1 629,3	+ 14,1
Niedersachsen	4 114,4	9,1	+ 14,5	1 912,3	46,5	+ 11,6	2 202,1	+ 17,0
Bremen	1 039,2	2,3	+ 8,8	641,5	61,7	+ 5,1	397,7	+ 15,5
Nordrhein-Westfalen	15 013,6	33,3	+ 15,7	6 831,3	45,5	+ 9,9	8 182,3	+ 21,1
Hessen	3 922,8	8,7	+ 23,0	1 424,4	36,3	+ 14,2	2 498,3	+ 28,7
Rheinland-Pfalz	2 049,6	4,5	+ 20,4	968,0	47,2	+ 6,9	1 081,6	+ 35,9
Baden-Württemberg	6 507,8	14,4	+ 19,8	2 706,6	41,6	+ 11,9	3 801,2	+ 26,1
Bayern	6 433,9	14,3	+ 20,3	2 774,6	43,1	+ 13,2	3 659,6	+ 26,4
Bundesgebiet ¹⁾	45 125,6	100	+ 17,2	20 993,1	46,5	+ 11,1	24 132,7	+ 23,1

¹⁾ Ohne Berlin (West) und Saarland.
Quelle: Ministerialblatt des BFM, Jg. 1960 und 1961.

zahlen sind und die das Hamburg zur Verfügung stehende Steueraufkommen weiter verminderten.

Ein Vergleich der Entwicklung in der Verteilung der Gesamtsteuereinnahmen läßt einige Änderungen erkennen. So wiesen die dem Land Hamburg verbleibenden Steuereinnahmen seit der Finanzreform 1955 eine gegenüber dem Aufkommen an Landes- und Gemeindesteuern niedrigere Zuwachsrate auf. Dieses Zurückbleiben liegt daran, daß mehr als ein Drittel der Einnahmen aus den ertragreichsten Steuern vom Einkommen durch Beanspruchung des Bundes nicht dem hamburgischen Haushalt zugeführt werden konnte. Weiter sind die Leistungen an anspruchsberechtigte Länder auf Grund des horizontalen Finanzausgleichs verhältnismäßig stark gestiegen; letztere nahmen seit 1955 um 140,5 vH und die Bundeserträge an der Einkommen- und Körperschaftsteuer um 146 vH zu, während die Netto-Steuereinnahmen Hamburgs nur um 103,1 vH gewachsen sind. Entsprechend dieser Entwicklung hat sich der Hamburg verbleibende Anteil am Gesamtaufkommen in den letzten sieben Jahren nur unbedeutend erhöht (24,7 auf 26,3 vH); die innerhalb des vertikalen und horizontalen Finanzausgleichs zu zahlenden Beträge weisen dagegen im gleichen Zeitraum anteilmäßig eine Steigerung von 11,6 auf 14,8 vH auf. Die für Rechnung des Bundes erhobenen Steuern einschließlich Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer erbrachten 1961 gegenüber 1955 ein Mehr von 84,1 vH, der Anteil der Einnahmen des Bundes am Gesamtaufkommen der Steuern in Hamburg ging jedoch von 71,5 auf 68,9 vH zurück.

Hamburgs Steueraufkommen im Rahmen des Bundes

Vergleicht man die Steigerung der Einnahmen aus Bundes- und Landessteuern in den beiden letzten Jahren in Hamburg mit dem Durchschnitt der Länder, so zeigt die Freie und Hansestadt eine weitaus geringere Erhöhung. Während nämlich im Bundesdurchschnitt die Steuereinnahmen in den ersten drei Vierteljahre 1961 gegenüber den entsprechenden Monaten des Vorjahres um 17,2 vH gestiegen sind, stellte sich die Wachstumsrate der Steuern in Hamburg nur auf 13,8 vH. Den höchsten Anstieg haben die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern zu verzeichnen, wo die Steigerungsquoten über 20 vH

betragen. Das liegt vor allem daran, daß in diesen Ländern der Anteil der Einnahmen an Bundessteuern am jeweiligen Gesamtsteueraufkommen verhältnismäßig niedrig liegt und die Landessteuern, die sich günstiger als die Bundessteuern entwickelten, überdurchschnittliche Bedeutung haben. Den niedrigsten Zuwachs haben die beiden Hansestädte aufzuweisen, die eine Anteilsquote der Bundessteuern am Gesamtsteueraufkommen von über 60 vH hatten. Bemerkenswert ist weiter die Tatsache, daß sich in diesen Ländern das Landessteueraufkommen relativ am geringsten erhöht hat. In welchem Umfang die im letzten Jahr in Hamburgs Industrie zu beobachtende Abschwächung des konjunkturellen Wachstums – die Zuwachsraten der Industrieproduktion in Hamburg lagen in den ersten drei Quartalen 1961 um 1 vH über dem Stand des Vorjahres, während sie im Bundesdurchschnitt noch rd. 7 vH betragen – die Steuerergebnisse beeinflusst hat, läßt sich derzeit noch nicht überblicken.

Die Stellung, die die Freie und Hansestadt Hamburg im Rahmen des Steueraufkommens des Bundes einnimmt, kommt abschließend durch folgende Zahlen zum Ausdruck. Von den im Bundesgebiet – ohne Berlin (West) und Saarland – für das Jahr 1960 vereinnahmten Bundes- und Landessteuern in Höhe von 53,4 Mrd. DM entfielen 10 vH auf die Hansestadt Hamburg, obwohl ihr Anteil an der Bevölkerung des Bundes nur 3,4 vH entsprach. Im Durchschnitt des Bundes belief sich das Aufkommen an Bundes- und Landessteuern je Einwohner auf 1 014 DM, wovon die Länder je nach ihrer wirtschaftlichen Struktur mehr oder weniger abwichen. Weit voran standen die Hansestädte; für Hamburg betrug der Durchschnittssatz 2 969 DM, für Bremen 1 849 DM. Es folgte das Land Nordrhein-Westfalen mit 1 138 DM, dem sich die beiden Länder Baden-Württemberg und Hessen mit einem Steueraufkommen von 984 und 918 DM pro Kopf anschlossen, also Länder mit einer bedeutenden Industrieproduktion. Die geringsten Steuerbeträge im Bundesgebiet fanden sich in den Agrarländern Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, wo sich das Steueraufkommen je Einwohner zwischen 684 und 815 DM bewegte.

Gustav Hohmann

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1961	Januar 1962	Dezember 1961
	1938	1950	1960			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte ¹⁾						
Luftdruck, mm	761,7	758,8	758,3	761,0	759,5	760,8
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	8,6	0,3	3,3	0
Relative Luftfeuchtigkeit, vH	82	82	81	84	84	83
Windstärke ²⁾	3	4	3
Bewölkung ³⁾	6,7	7,2	7,3	7	8	7
2. Summenwerte						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	908,2	66	79	127
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 457,6	64	27	37
Tage ohne Sonnenschein	88	76	113	13	18	17
Tage mit Niederschlägen	160	221	221	22	29	23
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) ^{5) 6)}						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	295,4	295,5	295 p	295 p
Altona	220,3	272,7	273,0	273,8	273 p	273 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	262,5	262,1	262 p	261 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	433,4	431,6	428 p	429 p
Wandsbek	166,7	221,9	290,4	297,3	312 p	310 p
Bergedorf	52,6	82,4	78,0	78,0	78 p	78 p
Harburg	135,7	172,4	197,0	199,4	202 p	203 p
* Hamburg insgesamt	1 679,7	1 602,5	1 829,7	1 837,7	1 850 p	1 849 p
davon männlich	788,8	750,3	846,1	850,9	858 p	858 p
weiblich	890,9	852,2	983,6	986,8	992 p	991 p
dar. Ausländer ⁷⁾	16,6	19,9	30,5	34,5	41,7	42
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 535	1 012	957	1 750
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	10,0	6,5	6,1 p	11,1
* Ehescheidungen	266	434	283	252	288	364
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	2 346	1 448	2 023	2 170	2 179	2 089
darunter unehelich	209	154	168	163	154	177
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	13,2	13,9	13,9 p	13,3
Unehelich Geborene vH der Geborenen	9,1	10,8	8,4	7,5	7,2	11,6
Totgeborene vH der Geborenen	2,1	1,9	1,3	1,8	1,4	1,9
* Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	1 949	2 195	2 343	2 423
darunter unter 1 Jahr alt	118	64	52	51	57	74
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 089	1 296	1 380 p	1 410
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	12,7	14,1	14,9 p	15,4
* Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	50,6	43,5	25,6	23,6	26,0	35,2
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 74	- 25	- 164	- 334
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	6 602	6 489	6 700 p	6 600 p
* Fortgezogene Personen nach außerhalb Hamburgs	7 788	2 174	5 559	5 678	5 700 p	5 600 p
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	+ 1 043	+ 811	+ 1 000 p	+ 1 000 p
davon männlich	..	+ 2 533	+ 691	+ 445	+ 600 p	+ 600 p
weiblich	..	+ 2 954	+ 352	+ 366	+ 400 p	+ 400 p
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	14 912	15 094	16 949	16 670
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	..	2 668	1 590	1 604	1 700 p	1 300 p
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾	..	1 311	769	830	800 p	700 p
Niedersachsen	..	1 854	1 293	1 263	1 300 p	900 p
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	..	567	266	275	300 p	200 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	..	1 214 ¹¹⁾	2 158	2 122	2 400 p	1 860 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	..	1 072	440	437	70 p	80 p
Ausland	..	485	1 054	979	1 200 p	600 p
Unbekannt	..	368	67	84	60 p	60 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	..	718	1 770	2 028	1 600 p	1 600 p
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾	..	457	1 104	1 382	1 100 p	1 100 p
Niedersachsen	..	449	1 073	1 074	1 300 p	800 p
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	..	131	310	321	400 p	200 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	..	764 ¹¹⁾	1 963	1 964	2 070 p	1 900 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	..	89	63	45	30 p	30 p
Ausland	..	142	632	522	730 p	400 p
Unbekannt	..	12	58	45	20 p	30 p

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 3) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — 4) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 5) Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählung vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. — 6) Am Monatsende nach der Fortschreibung im Anschluß an die Wohnungszählung vom 25. 9. 1956 (ohne Schiffsbevölkerung). — 7) Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — 8) Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 10) Landkreise Harburg und Stade. — 11) Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1961	Januar 1962	Dezember 1961
	1938	1950	1960			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	9 464	12 742	11 867	11 840	11 857	11 857
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	312 450	323 983	320 989	274 676
Bettenausnutzung in vH ²⁾	77,1	86,8	90,4	91,5	90,2	77,4
b) Gemeinnützige Krankenanstalten ³⁾						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	4 339	4 690	4 643	4 652	4 671	4 671
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	124 271	130 050	129 151	114 336
Bettenausnutzung in vH ²⁾	74,5	88,6	87,9	90,3	89,4	79,1
c) Privatkanenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	..	409	531	556	571	570
Krankenverpflegungstage	..	8 983	13 613	10 186	13 978	10 576
Bettenausnutzung in vH ²⁾	..	60,1	84,4	94,2	79,0	59,9
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	189	2 260	982	982	947	982
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	24 652	24 731	23 744	21 732
Bettenausnutzung in vH ²⁾	81,8	91,5	82,4	81,2	79,4	71,4
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	833	1 645	1 201	1 171	1 136	1 136
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	31 079	30 779	28 626	28 572
Bettenausnutzung in vH ²⁾	93,5	97,4	85,7	84,9	85,9	84,5
3. Anstalten für Geisteskranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 649	1 649	1 719	1 719
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	46 449	48 801	49 430	47 969
Bettenausnutzung in vH ²⁾	98,0	75,1	96,1	97,8	95,9	93,6
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 302	1 302	1 302	1 302
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	39 203	40 023	39 688	39 850
Bettenausnutzung in vH ²⁾	99,7	98,8	98,7	99,2	98,3	98,7
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 220	1 220	1 280	1 280
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 784	39 221	38 910	39 002
Bettenausnutzung in vH ²⁾	—	68,4	100	100	98,1	98,3
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 949	2 195	..	2 430
darunter						
Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	23	27	..	29
Krebs	240	285	382	402	..	442
Gehirnblutungen	136	172	253	282	..	275
Herzkrankheiten	232	269	432	525	..	568
Lungenentzündung	103	47	56	56	..	72
Freitod	62	50	46	41	..	54
Verkehrsunfälle	22	20	31	32	..	45
Andere Verunglückungen	48	41	59	53	..	75
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	176	174	164	164
Plätze	66 691	47 891	93 753	93 044	87 308	87 308
Besucher	1 931 580	1 854 754	2 245 196	2 339 684	1 965 974	1 717 243
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer ⁴⁾	361 531	407 741	617 442	623 117	632 748	629 687
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	211 301	238 979	291 254	282 048
Öffentliche Fürsorge						
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung⁵⁾						
Mitglieder						
Pflichtmitglieder	452 518	694 658	697 552	696 517	701 166	703 720
Rentner	..	486 742	468 170	467 914	467 406	470 157
Freiwillige Mitglieder	64 028	171 139	171 452	169 649	170 583	170 828
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	36 777	57 930	58 954	63 177	62 735
männlich	9 091	15 825	31 194	30 858	31 382	33 923
weiblich	6 450	10 123	21 012	21 161	21 698	23 521
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger		153 175	289 292	293 236	298 621	297 738
Rentenversicherung der Arbeiter	94 346 ⁷⁾	106 248	190 720	193 065	196 310	195 925
Rentenversicherung der Angestellten	..	46 927	98 572	100 171	102 311	101 813
Ausgezahlte Renten in DM	..	28 880 000	55 940 388	53 799 114	58 255 652	58 057 569
Rentenversicherung der Arbeiter	..	18 350 000	32 434 339	31 012 393	33 305 824	33 244 424
Rentenversicherung der Angestellten	..	10 530 000	23 506 049	22 786 721	24 949 828	24 813 145
Offene Fürsorge						
Laufend unterstützte Parteien ⁶⁾	55 658	25 040	22 230	22 488	21 788	21 731
Laufend unterstützte Personen	..	40 214	31 031	31 283	29 890	29 901
Laufend unterstützte Personen auf 1000 Einwohner	..	25,3	17,0	17,0	16,2	16,2

¹⁾ Ohne Säuglingsbetten. — ²⁾ Ohne gesperrte Betten. — ³⁾ 1938 einschl. Privatkanenanstalten. — ⁴⁾ 1938 und 1950 Postamtbezirk Hamburg. — ⁵⁾ Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁶⁾ Der für 1938 ausgewiesene Personenkreis ist mit den übrigen Jahren nur bedingt vergleichbar. — ⁷⁾ Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1961	Januar 1962	Dezember 1961
	1938	1950	1960			
Arbeitsmarkt						
1. Umfang der Beschäftigung						
* Beschäftigte Arbeitnehmer am Monatsende 1)	638 856 5)	580 940	813 163			841 072
davon						
* männlich	428 675	384 486	493 699			504 823
* weiblich	210 181	196 454	319 464			336 249
2. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	5 889	6 731	5 489	5 163
davon						
* männlich	23 937	56 428	3 639	4 389	3 616	3 466
* weiblich	5 971	34 403	2 250	2 342	1 873	1 697
Offene Stellen	31 522	1 789	18 019	14 745	19 845	16 140
davon						
* männlich	21 009	744	10 540	6 523	10 559	8 608
* weiblich	10 513	1 045	7 479	8 222	9 286	7 532
Stellenvermittlung in Dauerbeschäftigung 2)	16 088	21 006	8 719	8 553	7 690	5 877
davon						
* männlich	11 107	13 007	5 749	5 496	5 064	4 126
* weiblich	4 981	7 999	2 970	3 057	2 626	1 751
Stellenvermittlung in kurzfristige Beschäftigung	9 175	24 625	21 295	17 444	9 569	15 988
davon						
* männlich	7 544	23 585	20 496	16 564	8 647	15 025
* weiblich	1 631	1 040	799	880	922	963
Arbeitsuchende am Monatsende 2)	35 944	94 886	10 948	12 177	10 951	9 493
davon						
* männlich	28 215	59 355	7 263	8 031	7 380	6 727
* weiblich	7 729	35 531	3 685	4 146	3 571	2 766
3. Die Arbeitslosen 4)						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	5 889	6 731	5 489	5 163
darunter						
Bauberufe		6 710 6)	169	656	388	390
Metallerzeuger und -verarbeiter		6 766 6)	177	190	92	137
Elektriker		1 627 6)	20	27	31	32
Chemiewerker		1 879 6)	107	124	81	91
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe		1 596 6)	32	38	49	40
Graphische Berufe		690 6)	70	74	33	46
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter		1 180 6)	23	20	16	16
Nahrungs- und Genussmittelhersteller		6 623 6)	185	206	141	140
Kaufmännische Berufe		8 598 6)	1 235	1 046	570	887
Verkehrsberufe		8 787 6)	706	815	379	620
Verwaltungs- und Büroberufe		5 807 6)	1 023	914	1 236	847
Künstlerische Berufe		2 260 6)	398	416	365	382
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude		469	606	523	171	419
* Umbauter Raum in 1000 cbm		642	709	534	226	791
* Wohnungen		2 540	2 328	1 621	721	2 725
Bruttowohnfläche in 1000 qm		128	145	103	50	167
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM		22 029	58 991	46 539	23 517	72 170
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude		185	127	88	118	142
* Umbauter Raum in 1000 cbm		233	334	205	496	451
* Wohnungen		20	24	7	17	17
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM		6 403	27 332	15 890	33 696	45 665
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude		516	535	190	75	563
Umbauter Raum in 1000 cbm			641	299	122	932
Wohnungen		2 206	2 130	1 003	426	3 266
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM			52 866	27 468	12 060	84 325
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude		237	115	96	85	255
Umbauter Raum in 1000 cbm			322	272	340	654
Wohnungen			32	41	9	33
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM			26 094	19 741	16 370	56 549
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	504	76	150	1 649
Umbauter Raum in 1000 cbm		482	535	134	169	1 851
Wohnungen		2 096	1 716	535	584	6 241
Bruttowohnfläche in 1000 qm		107	108	27	34	390
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM		19 250	41 683	10 718	17 114	155 266
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	123	37	56	516
Umbauter Raum in 1000 cbm		144	365	98	217	1 307
Wohnungen		26	26	6	5	97
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM		3 069	23 835	7 110	21 807	90 481

1) Wird vierteljährlich ausgezählt. - 2) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. - 3) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. - 4) Infolge Umstellung der Systematik sind die Zahlen von 1961 und 1962 nur bedingt vergleichbar. - 5) Juni 1938. - 6) Durchschnitt aus April-Dezember 1950.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1961	Januar 1962	Dezember 1961
	1938	1950	1960			
Nach: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt ¹⁾	706	2 122	1 742	541	589	6 338
darunter						
mit öffentlichen Mitteln gefördert	.	1 526	1 259	411	347	4 571
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	.	6 575	6 554	1 507	2 082	22 582
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes) ²⁾						
Im Bau befindliche Wohnungen	.	17 089	24 717	25 200	22 900	23 031 r
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	.	8 412	9 695	10 300	8 500	8 180
5. Bestand an normalen Wohngebäuden und Wohnungen³⁾ (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden	.	122	179	183	189	189
Bestand an Wohnungen	.	336	570	583	604	604
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	.	1 276	2 054	2 105	2 183	2 181
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	658	238	156	2 321
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77—80 II. WoBauG.	—	830	495	121	160	1 897
c) für die Umschichtung	—	—	102	52	31	316
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	782	718	565	800
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	678	443	101	199	1 698
Abgang von Wohnungen (Wohnraumkartei)	—	306	144	79	211	352
7. Bauberichterstattung⁴⁾						
* Zahl der Beschäftigten	.	21 853	42 725	40 720	43 210	44 094
davon						
Inhaber	.	335	436	441	459	462
Angestellte	.	1 739	3 390	3 498	3 809	3 814
Arbeiter ⁵⁾	.	19 779	38 899	36 781	38 942	39 818
* Löhne in 1000 DM	.	6 168	25 599	19 586	26 341	26 961
* Gehälter in 1000 DM	.	791	2 881	2 964	3 555	5 011
* Umsatz in 1000 DM	.	15 950	74 335	54 160	58 538	107 923
darunter						
im Wohnungsbau in 1000 DM	.	.	24 797	18 063	18 836	33 949
im gewerbl. und industr. Bau in 1000 DM	.	.	18 006	13 294	15 646	25 557
* Geleistete Arbeitsstunden in 1000	.	3 732	6 575	5 003	5 761	5 479
darunter						
für Wohnungsbauten in 1000	.	1 498	2 210	1 597	1 871	1 836
für gewerbl. und industr. Bauten in 1000	.	1 051	1 563	1 328	1 430	1 222
Preise und Indexziffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt						
für 50 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	43,80	75,80	117,60	121,00	124,70	120,80
Kühe, sonstige vollfleischige	37,60	62,70	91,80	91,00	93,00	91,00
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	57,00	91,30	167,50	156,30	164,70	184,80
Schweine, von 100—119,5 kg Lebendgewicht	50,90	117,50	123,40	130,70	122,50	123,00
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	40,70	61,90	97,40	102,10	99,50	99,90
2. Durchschnittspreise für Fleisch⁶⁾						
1. Qualität für 50 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	76,50	131,50	206,80	203,80	210,00	208,40
Kalbfleisch, beste Qualität	94,70	174,50	297,90	295,60	312,50	333,80
Hammelfleisch, beste Qualität	92,80	127,00	223,10	224,40	240,00	232,50
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	70,40	178,50	166,00	176,70	171,90	171,60
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbrauchergruppe — Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	132,6	129,4	136,4	135,9
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	83,1	83,7	83,9	83,9
Wohnung	97,5	100	130,2	140,3	143,9	143,1
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	138,8	146,0	149,8	148,7
Hausrat	53,9	100	112,3	115,5	120,1	119,9
Bekleidung	47,9	100	105,7	106,6	107,9	107,8
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	117,2	117,5	122,1	121,7
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	138,2	145,9	149,3	149,3
Verkehr	65,0	100	137,5	143,6	144,1	144,1
Ernährung						
einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	126,1	123,4	129,5	129,1
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	124,1	124,1	128,9	128,5
Gesamtlebenshaltung (1950 = 100)	62,8	100	124,6	125,5	130,1	129,7
(1938 = 100)	100	159,3	198,5	200,0	207,4	206,7

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 44 Wohnungen). — 2) Für die Jahre 1950 und 1960 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — 3) Einschl. Behelfsheime von 30 und mehr qm; Bestand 1950 nach der Wohnungszählung vom 13. 9. 1950. — 4) Betriebe ab 20 Beschäftigte. — 5) Einschl. Umschüler und Lehrlinge. — 6) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1961	Januar 1962	Dezember 1961
	1936 ¹⁾	1950	1960			
Industrie ²⁾						
1. Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 853	1 857	1 842	1 852
* Beschäftigte insgesamt	145 200	140 867	232 431	232 231	232 254	232 905
darunter						
* Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		111 760	173 204	171 276	168 885	169 522
* Geleistete Arbeiterstunden in 1000		21 399	29 783	29 319	28 316	28 521
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	44 099	46 508	52 326	63 705
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	86 098	85 477	95 111	106 850
* Umsatzwerte in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 073 469	1 003 722	1 034 579	1 142 624
darunter nach dem Ausland in 1000 RM/DM		12 845	138 195	147 715	153 725	144 462
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ³⁾ †		52 913	21 033	23 885	20.762	21 035
Heizölverbrauch in t			47 144	57 367	61 966	60 015
* Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	12 849	15 253	14 953	14 256
* Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	95 471	105 319	107 631	102 528
Gasverbrauch in 1000 cbm			6 436	8 242	8 668	7 770
2. Beschäftigte und Umsatz nach Industriegruppen						
Beschäftigte						
Gesamte Industrie	145 200	140 867	232 431	232 231	232 254	232 905
darunter						
Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 672	8 391	8 439	8 420
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	3 084	3 076	3 087	3 008
Chemische Industrie	8 200	10 439	17 471	17 214	17 173	17 013
Kautschuk und Asbest	9 200	10 380	13 883	13 848	13 398	13 567
Maschinenbau	12 400	16 409	28 900	29 911	29.983	30 106
Schiffbau	26 500	12 559	31 818	31 262	29 719	29 483
Elektroindustrie	5 400	10 785	26 724	27 911	28 572	28 692
Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁵⁾	6 721	11 802	11 927	12 387	12 260
Ölmühlen	5 400	4 628	2 782	2 791	2 781	2 806
Margarineindustrie		721	3 046	3 020	3 038	3 076
Kaffee, Tee und Kaffeemittel		721	3 171	3 312	3 722	3 867
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 476	3 472	3 491	3 465
Umsatz ⁴⁾ in 1000 RM/DM						
Gesamte Industrie	154 200	333 013	1 073 469	1 003 722	1 034 579	1 142 624
darunter						
Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	222 973	181 174	178 895	183 769
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	39 614	38 674	30 599	35 257
Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	74 540	76 310	79 614	65 329
Kautschuk und Asbest	4 600	13 990	36 014	33 124	32 544	39 085
Maschinenbau	9 400	16 234	56 438	56 028	62 766	86 621
Schiffbau	14 400	7 633	71 617	63 110	64 091	83 990
Elektroindustrie	4 400	10 463	105 621	102 983	116 750	121 401
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁵⁾	7 748	29 647	26 662	30 442	36 395
Ölmühlen			35 718	42 769	40 346	37 446
Margarineindustrie	21 500	41 967	24 302	22 446	21 213	22 979
Kaffee, Tee und Kaffeemittel		4 298	49 393	48 954	55 204	82 697
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	96 099	92 402	93 459	102 274
3. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung in 1000 cbm	5 737 ⁷⁾	8 282	10 066	10 240	10 508	9 964
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis	18 767 ⁸⁾	20 935	33 745	48 106	49 058	51 371
* Stromerzeugung in 1000 kWh	40 210 ⁸⁾	125 855	327 367	426 661	445 660	447 043
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
	1938					
* Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	2 134	2 058	2 087	2 071
* Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 714	1 645	1 646	1 628
* in vH der Gesamterzeugung	61,0	85,2	80,3	79,9	78,8	78,6
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	9,8	8,9	10,2	9,0
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg		10 709	11 355	10 597	11 115	10 511
davon						
lose in 1000 kg			6 148	5 250	4 747	4 550
in Flaschen in 1000 kg			5 207	5 347	6 368	5 961
Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	545	293	317	281
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	9 240	9 143	9 406	8 603
Kälber	3 884	3 699	3 431	4 443	3 051	2 561
Schweine	24 847	19 784	45 383	51 849	53 684	45 330
Schafe	4 265	5 681	4 067	3 912	3 734	2 421
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
* Rindvieh (ohne Kälber)	8 075	3 363	7 888	7 804	7 725	8 936
* Kälber	5 568	4 065	3 351	4 385	3 042	2 556
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	46 907	53 084	57 131	49 894
darunter Hausschlachtungen		1 455	603	1 605	1 629	1 983
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ⁹⁾	6 467	3 220	6 295	6 678	7 203	6 502
darunter						
* Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	1 833	1 829	1 908	2 131
* Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 048	4 402	4 923	4 096
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
* für Rinder in kg	246,3	248,7	232,3	234,4	247,0	238,5
* für Kälber in kg	57,2	43,2	55,2	52,5	58,3	54,8
* für Schweine in kg	96,5	95,5	87,4	85,5	88,7	85,5

1) Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. - 2) Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Arbeitskräften berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). - 3) 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. - 4) Ohne Handelsware, einschl. Verbrauchsteuern. - 5) 1936 = einschl. Papierverarbeitung. - 6) 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. - 7) Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. - 8) Rechnungsjahr 1935/36. - 9) Der gewerblichen Schlachtungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1961	Januar 1962	Dezember 1961
	1938	1950	1960			
Nach: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Deichtormarkt)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	3 333	1 564	2 213	2 022
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	12 257	11 700	14 953	14 615
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 382	4 066	5 234	5 448
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	4 235	3 019	3 638	2 313
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	3 738	2 672	2 630	2 214
darunter in Hamburg angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	3 460	2 189	2 124	1 931
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
* Einzelhandel aller Betriebsformen	.	.	156	143	157	252
* davon	.	.	149	142	155	212
Nahrungs- und Genußmittel	.	.	148	145	159	221
darunter	.	.	149	123	149	175
Lebensmittel aller Art	.	.	170	166	182	278
Obst, Gemüse, Südfrüchte	.	.	137	129	137	155
Fische und Fischwaren	.	.	133	105	108	209
Milch und Milcherzeugnisse	.	.	145	140	150	209
Schokolade und Süßwaren	.	.	152	129	145	287
Tabakwaren	.	.	169	153	167	374
* Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	162	132	160	368
darunter	.	.	135	115	132	237
Textilien aller Art	.	.	167	128	135	266
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	164	149	163	283
Oberbekleidung	.	.	162	142	148	312
Schuhwaren	.	.	168	158	147	448
* Hausrat und Wohnbedarf	.	.	198	169	198	365
darunter	.	.	178	178	213	407
Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	126	108	113	165
Porzellan und Glaswaren	.	.	126	119	144	178
Beleuchtungs- und Elektrogeräte	.	.	168	157	170	276
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel	.	.	182	164	203	408
Möbel	.	.	159	167	194	309
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	150	92	117	456
* Sonstige Waren	.	.	155	167	181	182
darunter	.	.	160	140	149	274
Bücher	.	.	191	130	157	254
Papier- und Schreibwaren	.	.	140	156	155	202
Galanterie- und Lederwaren	.	.	183	144	90	141
Apotheken	.	.	206	178	164	175
Drogerien	.	.	167	132	152	554
Foto und Optik	.	.	185	184	210	275
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	143	170	182	173
Fahrräder, Krafträder und Zubehör	.	.				
Kraftwagen und Zubehör	.	.				
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.				
Blumen und Sämereien	.	.				
Brennmaterial	.	.				
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1955 = 100)						
Gaststättenwesen insgesamt	.	.	143	136	141	157
darunter	.	.	117	104	110	116
Hotels und Gasthöfe	.	.	150	132	141	139
Fremdenheime und Pensionen	.	.				
Schank- und Speisewirtschaften	.	.	133	127	136	157
mit Ausschank alkoholischer Getränke	.	.				
3. Fremdenverkehr ^{1) 2)}						
* Zahl der gemeldeten Fremden	.	48 229	101 623	77 135	83 076	74 167
* darunter Ausländer	.	10 303	38 212	18 706	19 822	19 590
* Zahl der Übernachtungen	.	103 109	213 882	171 457	182 118	163 805
* darunter Ausländer	.	22 805	78 218	45 528	47 740	48 604
Bettenausnutzung vH der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	.	55	58	45	46	41
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) ³⁾						
* Bezüge Hamburgs	.	5	9	7	.	5
* Lieferungen Hamburgs	.	3	5	3	.	4
5. Handel mit Berlin (West) ³⁾ (in Mio DM)						
* Bezüge Hamburgs	.	9	88	80	84	80
* Lieferungen Hamburgs	.	37	117	124	145	123
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
* Insgesamt	.	26	174	145	140 p	144
davon nach Warengruppen	.					
Ernährungswirtschaft	.	1	13	16	.	10

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1961	Januar 1962	Dezember 1961
	1938	1950	1960			
• Noch: Handel und Gastgewerbe						
• Gewerbliche Wirtschaft		25	161	129		134
• davon						
• Rohstoffe		1	2	2		2
• Halbwaren		12	31	35		36
• Fertigwaren		12	128	92		96
• davon						
• Vorerzeugnisse		2	12	10		10
• Enderzeugnisse		10	116	82		86
• davon nach ausgewählten Verbrauchsgebieten						
• Europa			89	85		96
• darunter						
• EWG-Länder			29	20		30
• EFTA-Länder			42	47		47
• Afrika			19	23		8
• Amerika			39	21		25
• davon						
• Nordamerika			18	12		13
• darunter USA			17	11		12
• Mittelamerika			10	1		1
• Südamerika			11	8		11
• Asien			26	15		14
• Australien und Ozeanien			1	1		1
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
• Wareneinfuhr (in Mio DM)		301	761	708	770 p	867
• Warengruppen:						
• darunter						
• Ernährungswirtschaft		159	321	278	300 p	416
• Gewerbliche Wirtschaft		141	439	429	468 p	449
• davon						
• Rohstoffe und Halbwaren		120	298	301	330 p	282
• Fertigwaren		21	141	128	138 p	167
• Ländergruppen:						
• darunter						
• Europa		108	187	185	200 p	259
• davon						
• EWG-Länder		25	27	22		30
• EFTA-Länder		60	87	92		119
• Sonstige Länder		23	73	71		110
• AuBereuropa		193	572	522	567	605
• davon						
• Amerika		82	292	275	300	350
• davon						
• Nordamerika		44	152	151		193
• Mittelamerika		8	35	26		33
• Südamerika		30	105	98		124
• Afrika		50	83	81	85 p	81
• Asien		58	182	155	170 p	154
• Australien und Ozeanien		3	15	11	12 p	20
• Warenausfuhr (in Mio DM)		120	766	748	750 p	806
• Warengruppen:						
• darunter						
• Ernährungswirtschaft		3	18	20	15 p	16
• Gewerbliche Wirtschaft		117	747	728	735 p	790
• davon						
• Rohstoffe		3	10	9	10 p	10
• Halbwaren		24	49	50	50 p	61
• Fertigwaren		90	688	669	690 p	719
• davon						
• Vorerzeugnisse		20	96	92		90
• Enderzeugnisse		70	592	577		629
• Ländergruppen:						
• darunter						
• Europa		54	214	229	200 p	218
• davon						
• EWG-Länder		4	14	8		15
• EFTA-Länder		35	100	107		100
• Sonstige Länder		15	100	114		103
• AuBereuropa		64	547	518	550 p	588
• davon						
• Amerika		36	261	220	300 p	318
• davon						
• Nordamerika		10	128	96		148
• darunter USA		8	103	80		122
• Mittelamerika		5	40	29		33
• Südamerika		21	93	95		137
• Afrika		10	99	109	70 p	84
• Asien		14	153	158	160 p	163
• Australien und Ozeanien		4	34	31	20 p	23
Verkehr						
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
• Angekommene Schiffe	1 512	955	1 726	1 619	1 650 p	1 663
• darunter deutsche Schiffe	1 027	526	1 041	902	950 p	926
• Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 876	1 713	1 700 p	1 621
• darunter deutsche Schiffe	1 118	591	1 179	985	990 p	895
• Raumgehalt der angekommenen Schiffe						
• in 1000 NRT	1 714	937	2 681	2 860	2 950 p	2 864
• darunter deutsche Schiffe	873	128	766	780	850 p	726
• Raumgehalt der abgegangenen Schiffe						
• in 1000 NRT	1 712	936	2 707	2 876	2 980 p	2 814
• darunter deutsche Schiffe	875	135	794	799	850 p	736

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1961	Januar 1962	Dezember 1961
	1938	1950	1960			
Noch: Verkehr b) Linienschiffahrt (Linien)¹⁾ davon Europa Außereuropa Reisen (Abfahrten) darunter nach Europäischem Ausland Amerika Afrika Asien Australien c) Personenverkehr über See Ausreisende insgesamt darunter nach Häfen in Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet) West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland) Nordamerika Südamerika Einreisende insgesamt darunter von Häfen in Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet) West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland) Nordamerika Südamerika d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto) Empfang dav. Massengut dar. Mineralöle Kohle Gefreide Sackgut Stückgut Verkehrsbezirke: Inland Europäisches Ausland Außereuropa darunter Nahost und Persischer Golf Vereinigte Staaten von Amerika Versand davon Massengut Sackgut Stückgut Verkehrsbezirke: Inland Europäisches Ausland Außereuropa 2. Binnenschiffahrt a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen Angekommene Schiffe Abgegangene Schiffe Tragfähigkeit der angekommenen Schiffe in 1000 t Tragfähigkeit der abgegangenen Schiffe in 1000 t b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen Eingang (in 1000 t) darunter Bundesrepublik davon Niederelbe Oberelbe bis Zonengrenze Mittellandkanal Berlin (West) Sowjetische Besatzungszone Tschechoslowakei Ausgang (in 1000 t) darunter Bundesrepublik davon Niederelbe Oberelbe bis Zonengrenze Mittellandkanal Berlin (West) Sowjetische Besatzungszone Tschechoslowakei 3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr) Gelandete Flugzeuge Gestartete Flugzeuge Angekommene Fluggäste darunter aus dem Ausland Abgereiste Fluggäste darunter nach dem Ausland Angekommene Fracht in t darunter aus dem Ausland Abgegangene Fracht in t darunter nach dem Ausland Angekommene Post in t Abgegangene Post in t 4. Bundesbahnverkehr Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr) Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr) Gestellte Güterwagen	184 102 82 728 383 72 37 33 7 6744 2882 1286 5373 2147 1521 980 307 262 133 541 110 520 891 171 626 205 421 149 302 175 2674 2560 879 845 318 77 24 53 0 7 155 42 504 59 49 10 0 29 268 34 351 352 1818 1812 22,8 20,3 9,0 5,6 416,9 246,8 31414	176 84 92 319 159 54 18 23 4 870 446 231 333 919 914 620 429 162 113 70 191 110 159 351 128 78 299 144 155 32 170 97 1716 1677 362 344 151 101 32 62 7 25 3 22 121 81 48 32 1 28 2 10 491 491 4993 4203 186,8 58,7 35,6 15,8 416,9 246,8 31414	249 69 180 715 290 173 81 94 16 2417 259 526 898 218 2115 229 547 775 334 2563 1914 2563 1369 760 258 145 134 411 70 359 1485 486 384 649 270 95 284 74 326 249 2475 2385 667 640 272 228 33 173 22 8 14 20 17 267 121 73 34 14 61 55 29 1573 1573 37890 13922 35665 13545 470,7 219,0 379,1 173,8 74,6 78,7 521,4 505,1 42440	253 71 182 719 296 172 91 96 18 1105 55 280 296 335 1318 47 317 18 211 2901 2174 1626 1017 261 93 163 385 51 376 1747 589 404 727 255 126 346 75 339 313 1850 1816 518 501 230 184 35 129 20 9 20 17 227 98 61 30 7 78 35 16 1679 1685 486 489 158 135 23 98 14 10 8 5 267 153 84 47 22 66 — 48 1457 1456 31716 10244 28774 10668 502,1 225,8 365,0 209,3 70,2 79,5 560,4 482,1 39510	255 p 71 p 182 p 720 p 288 165 90 101 18 1509 46 240 339 186 1349 53 337 41 181 2960 p 2310 p 1750 p 1020 p 160 p 400 p 49 499 1512 442 440 644 254 107 283 73 298 273 1790 1726 531 493 224 192 26 122 34 10 23 9 219 176 63 35 18 60 10 33 1789 1790 41292 15155 41179 15429 688,4 330,8 512,6 207,7 126,9 157,1 608,1 550,6 46822	

1) Stand am Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1961	Januar 1962	Dezember 1961
	1938	1950	1960			
Nach: Verkehr						
5. Personen-Nahverkehr						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	11 194	12 342	11 679	10 424
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	12 445	13 921	15 042	14 719
Straßenbahn	13 799	23 498	17 672	16 762	15 028	14 820
Kraftomnibusse der HHA ¹⁾	1 083	2 028	6 477	7 678	8 746	8 592
Alsterdampfer	281	337	192	100	38	89
Dampfer der Hafendampfschiffahrt AG.	1 268	1 283	1 659	1 746	1 612	1 436
Kraftomnibusse der VHH AG. ²⁾	373	786	1 519	1 705	1 685	1 627
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	25	24	22	19
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	332	367	394	404
Private Kraftomnibusse	.	151	652	679	710	670
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung (im Verkehr befindlich) insgesamt ³⁾ darunter Personenkraftwagen ⁴⁾	82 080 39 260	59 100 25 948	216 088 168 542	215 788 168 910	244 720 197 936	245 051 197 421
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	3 687	3 046	3 292	3 454
darunter						
• Krafträder	232	221	140	30	19	9
• Personenkraftwagen	501	644	2 945	2 396	2 701	2 765
• Kombinationskraftwagen	.	.	200	225	216	266
• Lastkraftwagen	179	288	340	351	299	338
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	4 594	4 463	5 014	5 345
davon						
• mit Personenschaden ⁵⁾	459	426	1 081	828	955	1 034
• mit nur Sachschaden	406	632	3 513	3 635	4 059	4 311
• Getötete Personen	8	12	21	25	34	41
• Verletzte Personen	517	483	1 308	968	1 164	1 255
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken) (Beträge in Mio RM/DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute ⁶⁾						
Kredite an Nichtkreditinstitute am Monatsende	.	1 556,1	7 017,0	7 294,6	8 276,0	8 442,4
davon kurzfristige Kredite ⁷⁾	.	1 353,8	3 182,0	3 308,8	3 579,2	3 792,3
davon						
• an Wirtschaft und Private	.	1 328,7	2 853,5	3 075,4	3 333,5	3 546,0
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	25,1	328,5	233,4	245,7	246,3
mittelfristige Kredite ⁸⁾ ⁹⁾	.	55,8	608,1	583,7	643,7	661,1
davon						
• an Wirtschaft und Private	.	55,6	519,2	493,6	561,1	578,9
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	0,2	88,9	90,1	82,6	82,2
langfristige Kredite ⁸⁾ ⁹⁾	.	146,5	3 226,9	3 402,1	4 053,1	3 989,0
davon						
• an Wirtschaft und Private	.	146,0	2 913,7	3 085,7	3 681,2	3 618,5
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	0,5	313,2	316,4	371,9	370,5
Kredite an Kreditinstitute am Monatsende	.	105,7	699,7	752,7	851,4	836,8
b) Einlagen bei den Kreditinstituten						
Einlagen von Nichtkreditinstituten am Monatsende	.	1 152,3	5 446,0	5 664,9	6 224,1	6 357,1
davon Sicht- und Termineinlagen	.	1 026,3	3 255,6	3 245,8	3 614,4	3 795,8
davon						
• von Wirtschaft und Privaten	.	848,0	2 866,5	2 810,7	2 977,3	3 219,9
• von öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	178,3	389,1	435,1	637,1	575,9
Spareinlagen	.	126,0	2 190,4	2 419,1	2 609,7	2 561,3
Einlagen von Kreditinstituten am Monatsende	.	106,6	1 386,5	1 450,2	1 870,9	1 879,6
c) Sparverkehr						
Sämtliche Kreditinstitute ¹⁰⁾	.					
Spareinlagen am Monatsende	.	126,0	2 190,4	2 419,1	2 609,7	2 561,3
darunter						
• steuerbegünstigt	.	12,4	266,6	238,6	3,0	4,6
• prämienbegünstigt	.	.	49,4	81,0	139,8	131,0
Gutschriften	.	10,2	130,8	159,3	184,0	186,5
Lastschriften	.	7,3	110,2	119,6	136,7	212,4
Saldo der Gut- und Lastschriften	.	+ 2,9	+ 20,6	+ 39,7	+ 47,3	- 25,9
Zinsen	.	+ 2,6	+ 7,0	+ 1,6	+ 1,1	+ 82,8
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste ¹¹⁾ (Zahl)						
Betrag in 1000 RM/DM	.	1 324	1 580	1 407	1 245	1 295
Durchschnittsbetrag je protestierten Wechsel in RM/DM	.	1 194,0	977,0	866,8	1 038,6	1 380,0
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)						
Konkurse	12	25	17	12	15	13
Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	2	-	1
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)						
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	20 889	20 045	19 803	19 047
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	.	2 392	2 841	3 079	2 846	2 213
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	.	848	1 280	983	1 180	1 048
Abgeleitete Offenbarungseide	.	124	375	316	401	337
d) Öffentliche Leihhäuser						
Verpfändungen ¹²⁾ , Zahl	19 155	13 214	4 627	4 067	4 415	2 865
RM/DM	298 306	384 610	194 378	194 148	221 392	155 300
Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	4 761	3 170	2 993	4 285
RM/DM	176 172	401 990	196 006	151 456	159 784	216 340

¹⁾ 1950 einschl. Obusse. - ²⁾ 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). - ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. - ⁴⁾ Einschl. Kombinationskraftwagen. - ⁵⁾ Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - ⁶⁾ Ohne durchlaufende Mittel. - ⁷⁾ 106 berichtspflichtige Institute. - ⁸⁾ 89 berichtspflichtige Institute. - ⁹⁾ Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. - ¹⁰⁾ Ohne Postsparkasse. - ¹¹⁾ Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. - ¹²⁾ Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1961	Januar 1962	Dezember 1961
	1938	1950	1960			
Nach: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	172	-169	165 1)	163
Kapital in Mio DM	3 072,0	3 284,9	3 257,7	3 198,2
Gesellschaften m. b. H., Zahl	3 107	3 161	3 308	3 293
Kapital in Mio DM	1 833,6	2 123,4	2 357,9	2 356,1
Steuern 2)						
Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) 3)						
a) Bundessteuern						
* Umsatzsteuer	9 363	22 996	59 750	82 494	82 578	72 378
* Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	16 711	17 802	33 057	17 608
* Beförderungsteuer	79	943	1 402	1 399	1 209	1 162
* Notopfer Berlin	..	1 749	321	257	511	153
* Zölle	45 572	17 772	58 655	36 463	48 917	127 633
* Verbrauchsteuern	31 925	42 968	153 212	161 015	184 752	187 212
davon						
* Tabaksteuer	24 492	32 535	61 505	60 260	66 936	72 577
* Kaffeesteuer	..	5 831	16 978	18 546	20 703	18 674
* Teesteuer	..	521	792	774	738	763
* Branntweinmonopol 4)	249	2 514	4 218	3 329	8 861	4 055
* Mineralölsteuer	51	871	69 440	77 943	87 326	90 860
* Sonstige Verbrauchsteuern	7 133	697	279	164	187	283
* Summe der Bundessteuern	..	89 211	290 050	299 430	351 025	406 147
* Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 5)	8 426	4 499	3 051	2 153
davon						
* Vermögensabgabe	..	5 352	6 277	2 195	882	1 143
* Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 677	1 207	1 160	1 000
* Kreditgewinnabgabe	472	1 097	1 009	10
b) Landessteuern						
* Lohnsteuer	7 390	10 051	47 532	69 542	85 082	71 208
* Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	51 113	24 239	28 978	143 855
* Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	7 937	23 569	59 150	4 263
* Körperschaftsteuer	8 928	9 544	33 553	24 621	16 051	130 216
* Summe der Eink.- und Körperschaftsteuer	33 902	29 097	-140 135	141 971	189 261	349 543
darunter an den Bund abgeführt						
* Mithin:	48 818	49 690	66 242	122 340
Hamburg daraus verbliebene Einnahmen						
* Vermögensteuer	1 513	466	91 316	92 281	123 020	227 203
* Erbschaftsteuer	469	63	7 185	9 165	4 441	2 508
* Grunderwerbsteuer	398	135	1 691	914	356	5 017
* Kapitalverkehrsteuer	227	179	975	1 332	1 167	998
* Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	4 947	6 234	7 405	5 182
* Versicherungsteuer	559	847	2 698	2 922	3 290	2 833
* Rennweit- und Lotteriesteuer	452	820	1 581	1 032	1 492	1 629
* Wechselsteuer	0	536	657	796	833	717
* Feuerschutzsteuer	15	127	165	- 83	- 37	191
* Biersteuer	792	870	1 762	1 704	1 938	1 941
* Summe der Landessteuern	..	34 461	163 634	166 760	212 069	372 477
c) Gemeindesteuern						
* Realsteuern	9 974	8 666	39 322	23 952	26 989	13 868
davon						
* Grundsteuer A	50	42	43	14	17	- 16
* Grundsteuer B	4 538	3 365	4 602	845	1 166	454
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	30 913	10 434	11 439	13 431
* Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	3 765	12 659	14 367	- 1
* Gewerbesteuerzuschüsse	24	29	277	0	-	39
* Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	971	1 785	1 826	402
darunter						
* Kinosteuer	123	497	493	716	686	237
* Übrige Vergnügungsteuer	106	146	249	393	439	162
* Hundesteuer	68	132	228	675	699	3
* Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	40 293	25 738	28 815	14 270
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	3 548	3 630	3 813	4 413
a) Feueralarme						
187	185	281	275	253	287	
davon						
falsche Alarme und Unfugmeldungen	49	39	44	55	52	51
bekämpfte Brände	138	146	236	220	201	236
davon						
Großbrände	10	4	18	6	12	11
Mittelbrände	17	14	45	21	15	26
Kleinbrände	88	114	90	70	75	70
Entstehungsbrände	74	106	80	104
Schornsteinbrände	..	10	11	17	19	25
b) Hilfeleistungen aller Art						
446	1 242	3 267	3 355	3 560	4 126	
darunter bei						
Straßen- und Verkehrsunfällen	..	314	1 073	945	936	1 186
Betriebsunfällen	..	235	588	560	496	552
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	..	976	3 048	3 098	3 322	3 749
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	..	5 625	5 008	5 557	5 698	5 420
Beförderte Personen	..	6 449	5 147	5 782	5 978	5 592

1) Außerdem eine AG. mit einem Grundkapital von 1,5 Mio RM. — 2) Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — 3) Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — 4) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — 5) Einsch. Soforthilfsonderabgabe.

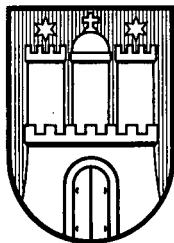
Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Januar 1961	Januar 1962	Dezember 1961
	1938	1950	1960			
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
3. Feststellungen der Polizei						
Der Kriminalpolizei bekannt gewordene Straftaten		2 365	7 199	8 020	7 182	7 224
darunter						
Sittlichkeitsdelikte		52	178	170	187	186
Mord und Totschlag		11	3	4	3	1
Fahrlässige Tötung		2	12	13	21	12
Körperverletzung)		13	63	85	82	68
Einfacher Diebstahl		1 106	3 307	3 515	2 989	3 268
Schwerer Diebstahl		266	1 034	1 230	1 267	1 298
Diebstähle zusammen		1 372	4 342	4 745	4 256	4 566
darunter						
von Kraftfahrzeugen (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)		7	220	179	188	166
von Fahrrädern, Mopeds (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)		85	671	602	418	550
Taschendiebstahl		43	40	64	20	38
Unterschlagung		188	273	297	243	242
Raub und Erpressung		3	29	62	41	38
Begünstigung und Hehlerei		16	87	120	127	96
Betrug und Untreue		286	781	994	683	581
Brandstiftung		12	43	45	49	31
Münzdelikte		1	2	1	1	—
Übertretung der Verkehrsordnung		22 902	33 294	38 541	32 140	34 189
davon						
Strafanzeigen		10 060	6 819	7 500	5 852	6 451
Gebührenpflichtige Verwarnungen			26 475	31 041	26 288	27 738
4. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt		1 316	1 909	1 823	2 083	1 762 ¹⁾
a) Erwachsene nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt		1 229	1 499	1 455	1 661	1 378
b) Heranwachsende nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt			188	162	189	169
c) Jugendliche nach Jugendstrafrecht abgeurteilt		87	141	115	163	142
d) Heranwachsende nach Jugendstrafrecht abgeurteilt			81	91	70	73
darunter						
Widerstand gegen die Staatsgewalt		12	9	12	7	8
Fahrerflucht		6	45	49	76	40
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie		4	42	40	33	38
Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit		51	54	52	53	43
Beleidigung, üble Nachrede		24	23	19	21	30
Verbrechen und Vergehen wider das Leben		9	9	12	6	13
Körperverletzung		52	144	127	163	113
Einfacher Diebstahl		324	274	254	307	270
Schwerer Diebstahl		60	75	63	81	76
Einfacher und schwerer Diebstahl im Rückfall		79	56	58	72	50
Unterschlagung		70	81	56	83	73
Raub und Erpressung		9	12	18	10	17
Begünstigung und Hehlerei		68	42	29	56	35
Betrug und Untreue		92	175	150	164	146
Urkundenfälschung		19	15	17	16	27
Vergehen gegen das StVG.		53	261	261	315	251

¹⁾ Ohne §§ 223 und 230. - ²⁾ Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) Januar 1962 7 Heranwachsende. Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) Januar 1962 31 Jugendliche.

Girardet & Co., Hamburg

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1962

April-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Die ersten Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 6. Juni 1961 in Hamburg

Erhebungsgrundlagen

Wie viele Länder Europas, Amerikas, Asiens und Afrikas zu Anfang dieses Jahrzehnts folgte auch die Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) der Empfehlung der Vereinten Nationen (UN) und führte nach einem einheitlichen Mindestprogramm am 6. Juni 1961 eine Volks- und Berufszählung in Verbindung mit einer Zählung der Gebäude und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten durch. Auf diesem Wege sollte für Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft erneut international vergleichbares Zahlenmaterial über die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Familienstand, über Umfang der Erwerbstätigkeit, Größe und Zusammensetzung der Haushalte u. ä. zur Lösung der anstehenden staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme bereitgestellt werden. Die Ergebnisse der letzten Volks- und Berufszählung am 13. September 1950 in der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) sind durch vielfältige Ereignisse und Entwicklungen – man denke z. B. nur an die Zuwanderung der Flüchtlinge oder die Entwicklung der Wirtschaft – längst überholt. Die Wohnungszählung am 25. September 1956, bei der von der Bevölkerung ebenfalls Haushaltslisten auszufüllen waren, lieferte nur zu bestimmten Problemkreisen statistisches Material. Aktuelle Strukturdaten für die gesamte Bevölkerung und in tiefer regionaler Gliederung werden daher erst nach der Aufbereitung der Volks- und Berufszählung 1961 wieder zur Verfügung stehen. Allerdings wird bei der Beurteilung der endgültigen Ergebnisse der Volkszählung 1961 zu berücksichtigen sein, daß sich in Hamburg seit dem Zählungstichtag weit über das normale Maß hinaus tiefgreifende Strukturveränderungen durch die Katastrophe am 16. Februar 1962 ergeben haben.

Die für die Volks- und Berufszählung notwendige gesetzliche Grundlage war durch die Verkündung des „Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961)“ am 13. April 1961 gegeben. Auf Grund dieses Gesetzes (§§ 3 und 6) war jeder Haushaltsvorstand bzw. jedes voll-

jährige Mitglied des Haushalts zur Auskunft über die im Gesetz inhaltlich festgelegten Merkmale zur Person, Familie und zum Haushalt verpflichtet. Die Volks- und Berufszählung 1961 wurde wie die Gebäude- und die Arbeitsstättenzählung im ganzen Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) mit einheitlichen, von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder in gemeinsamen Beratungen ausgearbeiteten Fragebogen durchgeführt, die in Hamburg zur Berücksichtigung speziell Hamburger Probleme durch einige Zusatzfragen, z. B. nach den benutzten Verkehrsmitteln, dem Besitz und der Benutzung von Führerscheinen, nach Abstellplätzen für Kraftfahrzeuge u. ä., ergänzt worden waren.

Bei der Volkszählung 1961 waren alle Personen, die am 6. Juni 1961 um Mitternacht in Hamburg einen festen Wohnsitz hatten, zu zählen, unabhängig davon, ob die Personen am Zählungstichtag anwesend oder aus beruflichen oder privaten Gründen abwesend waren. Personen mit mehreren Wohnsitzen wurden durch die Erhebung ebenfalls erfaßt und der Hamburger Wohnbevölkerung zugerechnet, wenn hier ihr wirtschaftlicher Schwerpunkt lag. Nur vorübergehend bei Privatpersonen oder in Beherbergungsbetrieben anwesende Personen wurden nicht gezählt, da diese ja an ihrem Heimatwohnsitz in die Haushaltsliste mit eingetragen werden mußten.

Nicht alle Auskunftspflichtigen hatten die Zählpapiere vollständig ausgefüllt. Alle Fragebogen mußten daher in den letzten Monaten überprüft, die fehlenden Angaben nach Rückfragen in den Haushalten ergänzt werden. Außerdem waren die Zählpapiere der Personen, die am Zählungstichtag abwesend waren (Urlaub, Reise) nachträglich einzuholen. Darüber hinaus war für jede Person mit zwei oder mehr Wohnsitzen der überwiegende Aufenthaltsort auf Grund der Eintragungen in den Haushaltslisten zu ermitteln, damit auch diese Personen nur einmal gezählt wurden. Die vom Zähler für den Zählbezirk festgestellte Personenzahl mußte also um die Personen, die ihren überwiegenden Aufenthaltsort in einer anderen Gemeinde oder in einem anderen Stadtteil Hamburgs hatten, verringert werden. Infolge des Umfangs dieser zeitraubenden Ergän-

zungsarbeiten liegen die ersten vorläufigen, manuell zusammengestellten Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961 erst jetzt vor. Sie sollen im folgenden kurz erläutert werden.

Vergleich mit der Fortschreibung

Volks- und Berufszählungen können wegen der damit verbundenen Kosten und organisatorischen Schwierigkeiten nicht so häufig durchgeführt werden. In der Zeit zwischen solchen Großzählungen muß sich der Konsument dieser statistischen Zahlen daher mit Schätzungen behelfen, sofern nicht die Möglichkeit besteht, alle Veränderungen, die im Zeitablauf eintreten, zu registrieren und statistisch auszuwerten. Bei sehr differenzierten und sich u. U. auch rasch ändernden Merkmalen - z. B. dem Beruf, der sozialen Stellung, der Arbeitsstätte u. ä. - ist das unmöglich. Bei den feststehenden bzw. sich nur in größeren Zeitabständen ändernden Daten zur Person ist dagegen die Registrierung und statistische Auswertung der Veränderungen eher möglich. So wird z. B. die Gesamtzahl der Bevölkerung, gegliedert nach Geschlecht und Alter, jährlich bzw. vierteljährlich auf Grund der amtlichen Meldungen für das Einwohnermeldeamt und das Standesamt festgestellt oder, wie der Fachausdruck lautet, „fortgeschrieben“. Wie der folgende Vergleich zeigen wird, ist allerdings auch hier von Zeit zu Zeit eine Totalzählung der Bevölkerung zur Bereinigung der Fortschreibungsgrundlage notwendig.

Die Gegenüberstellung der Ergebnisse der Fortschreibung bis zum Stichtag der Volkszählung am 6. Juni 1961 und der bis jetzt aus der Volkszählung vorliegenden Gesamtzahlen über die Bevölkerung

Hamburgs ergibt eine gute Übereinstimmung (vgl. Tabelle 1). Die Abweichung für Hamburg insgesamt beträgt, bezogen auf die Fortschreibung, nur - 8 172 Personen oder - 0,45 vH, ein Wert, der unter den gegebenen Bedingungen als gering bezeichnet werden kann. Etwas größer sind dagegen die Abweichungen, wenn man die Ergebnisse der Fortschreibung und der Volkszählung in der Aufgliederung nach dem Geschlecht betrachtet. Die Tatsache, daß die Differenzen ganz überwiegend bei der Zahl der männlichen Personen liegen, deutet bereits darauf hin, daß vor allem die mit der wechselnden Berufstätigkeit und sonstigen Fluktuationen zusammenhängenden Wandlungsvorgänge der männlichen Bevölkerung, und zwar vor allem der alleinstehenden jüngeren Altersgruppen, die Unsicherheit in die Bevölkerungsfortschreibung bringen.

Wie zu erwarten war, sind bei der Volkszählung auch in allen Bezirken, abgesehen von Wandsbek, weniger Personen gezählt worden, als die Fortschreibung zum gleichen Stichtag auswies. Am größten sind die Abweichungen zwischen Fortschreibung und Volkszählung in den Bezirken Hamburg-Mitte, Eimsbüttel und Harburg. Die Untergliederung der Einwohnerzahl nach dem Geschlecht (s. Tab. 1) zeigt, daß auch hier hauptsächlich bei den männlichen Bevölkerungszahlen Differenzen auftraten. Dies ist insofern erklärlich, als insbesondere in den genannten Bezirken die ausländischen Arbeitskräfte untergebracht sind, die sich zwar an-, aber beim Wegzug häufig nicht abmelden. Außerdem sind in den Bezirken Harburg und Eimsbüttel die bei den Bauzügen der Bundesbahn Beschäftigten angemeldet, für die das für die ausländischen Arbeitskräfte Erwähnte ebenfalls gilt. Darüber hinaus ist auch zu

Tab. 1

Die vorläufige Wohnbevölkerung in den Bezirken nach der Volkszählung und der Fortschreibung am 6. Juni 1961

Bezirke	Geschlecht	Wohnbevölkerung am 6. Juni 1961 nach der		Abweichungen der Ergebnisse der Volkszählung gegenüber der Fortschreibung	
		Volkszählung 1961	Fortschreibung	absolut	in vH
		1	2	3	4
Hamburg-Mitte	männlich	137 652	141 605	- 3 953	- 2,87
	weiblich	153 734	153 477	+ 257	+ 0,17
	zusammen	291 386	295 082	- 3 696	- 1,27
Altona	männlich	124 608	125 723	- 1 115	- 0,89
	weiblich	147 805	147 828	- 23	- 0,02
	zusammen	272 413	273 551	- 1 138	- 0,42
Eimsbüttel	männlich	116 752	118 626	- 1 874	- 1,61
	weiblich	143 036	143 308	- 272	- 0,19
	zusammen	259 788	261 934	- 2 146	- 0,83
Hamburg-Nord	männlich	190 703	191 134	- 431	- 0,23
	weiblich	238 401	238 638	- 237	- 0,10
	zusammen	429 104	429 772	- 668	- 0,16
Wandsbek	männlich	141 147	141 399	- 252	- 0,18
	weiblich	161 422	160 427	+ 995	+ 0,62
	zusammen	302 569	301 826	+ 743	+ 0,25
Bergedorf	männlich	36 967	37 065	- 98	- 0,27
	weiblich	41 278	41 182	+ 96	+ 0,23
	zusammen	78 245	78 247	- 2	- 0,00
Harburg	männlich	95 900	97 172	- 1 272	- 1,33
	weiblich	102 969	102 962	+ 7	+ 0,01
	zusammen	198 869	200 134	- 1 265	- 0,64
Hamburg insgesamt	männlich	843 729	852 724	- 8 995	- 1,06
	weiblich	988 645	987 822	+ 823	+ 0,08
	zusammen	1 832 374	1 840 546	- 8 172	- 0,45

berücksichtigen, daß deutsche Seeleute, die in Hamburg keinen festen Wohnsitz, sondern nur eine Briefadresse haben, sich – wenn überhaupt – dann in den hafennahen Bezirken, Altona und Hamburg-Mitte, anmelden. Da diese Personen zur Zeit der Zählung nicht anwesend waren, werden sie z. T. in den Volkszählungszahlen nicht enthalten sein.

Besonders gut ist die Übereinstimmung zwischen Fortschreibung und Volkszählungsergebnis in Bergedorf und in dem größten Wohngebiet, Hamburg-Nord. Im erstgenannten Bezirk wies die Fortschreibung nur 2, im letzteren nur 668 Personen mehr aus als die Volkszählung. Eine vollständige Übereinstimmung der Zahlen läßt sich allerdings nie erreichen, weil zu viele Faktoren sowohl bei den Zählungen – unterschiedliche Arbeit der Zähler bei der Erhebung 1961 und bei der Wohnungszählung 1956, die die Basis der Fortschreibung gewesen ist, und Aufbereitungsfehler – als auch auf dem Gebiet der Fortschreibung – Unterlassung von An-, Ab- und Ummeldungen – dabei eine Rolle spielen. Man wird daher bei den gegebenen Abweichungen davon ausgehen können, daß bei der Erhebung 1961 ein ausreichender Vollzählungsgrad erreicht wurde.

Die Haushalte in den Bezirken

Um eine möglichst vollständige Erfassung aller Personen zu erreichen, mußten die rd. 8 600 Hamburger Zähler alle Wohnungen, Behelfsheime und sonstigen Unterkünfte in ihrem Zählbezirk aufsuchen und Zählpapiere für die dort Wohnenden ausgeben. Für soziologische Fragen sind bei der augenblicklichen Lebensweise allerdings weniger die in einer Wohnung oft zufällig zusammen lebenden Personen als vielmehr die eigentlichen Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaften, in die die einzelnen Personen eingegliedert sind – also die Haushalte –, interessant. Die Entscheidung für den Haushalt als Erhebungseinheit bei der Volks- und Berufszählung 1961 diente also einerseits organisatorischen Zwecken, andererseits sollten dadurch die Voraussetzungen für spätere Untersuchungen über die Struktur der Haushalte und Familien an Hand des Volkszählungsmaterials geschaffen werden.

Nach der Definition des Haushaltsbegriffes bilden Personen, die in einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft zusammen leben, einen „Haushalt“. Hinter dieser einfachen Definition verbirgt sich eine Vielfalt verschiedener Haushaltstypen. Ein großer Teil der Haushalte besteht nur aus verheirateten oder nur aus in direkter Linie miteinander verwandten Personen. Nicht immer aber bilden Eltern und Kinder, selbst wenn sie in einer Wohnung zusammen wohnen, auch einen Haushalt. Wenn z. B. die verheiratete Tochter mit ihrem Mann bei den Eltern lebt, kommt es nicht selten vor, daß das junge Paar einen eigenen Haushalt führt. Andererseits können zu einem Haushalt auch familienfremde Personen gehören; auch diese waren mit in die Haushaltsliste einzutragen. Darüber hinaus galten Personen, die allein eine Wohnung bewohnten, und Untermieter (Einzelpersonen oder Familien), sofern sie allein wirtschafteten, ebenfalls als selbständige Haushalte.

Um auch statistisches Material über die Struktur der in Lagern, Heimen oder ähnlichen Gemeinschaftsunterkünften, sog. „Anstalten“, untergebrachten Ehe-

paare oder Familien zu gewinnen, hatten auch diese Haushaltslisten auszufüllen, selbst, wenn sie im Rahmen der Anstalt keinen selbständigen Haushalt führten, wie z. B. Ehepaare in Alters- oder Pflegeheimen. Die übrigen in Anstalten lebenden Personen wurden, sofern sie keinen selbständigen Haushalt führten, über eine Anstaltsliste erfaßt und mußten Einzelbogen ausfüllen.

Bei der Volkszählung 1961 wurden in Hamburg 754 184 Haushalte gezählt. Die Gegenüberstellung der Zahlen der bei der Volkszählung 1961 und bei der Wohnungszählung 1956 in Hamburg insgesamt sowie in den Bezirken festgestellten Haushalte läßt deutlich die Entwicklung der letzten Jahre erkennen (Tabelle 2). Es ergibt sich daraus, daß die Zahl der Haushalte in Hamburg insgesamt (um 53 853 oder 7,7 vH) gestiegen ist. In den Bezirken ergeben sich Zunahmen zwischen 2,3 und 20,0 vH. Einen überdurchschnittlichen Zuwachs haben, bedingt durch die rege Bautätigkeit, vor allem Wandsbek sowie Hamburg-Mitte und Harburg erfahren; hier spielt, abgesehen von der Bautätigkeit, auch der Zuzug von ausländischen Arbeitskräften eine Rolle. Die verhältnismäßig geringste Entwicklung ist in Bergedorf mit einem Zuwachs von nur 632 (2,3 vH) Haushalten festzustellen.

Tab. 2

Die Haushalte in den Bezirken bei der Wohnungszählung 1956 und der Volkszählung 1961

Bezirke	Haushalte		
	1956	1961	Zunahme 1961 gegenüber 1956 in vH
Hamburg-Mitte	111 608	121 592	8,9
Altona	109 250	112 792	3,2
Eimsbüttel	113 347	117 291	3,5
Hamburg-Nord	172 833	182 788	5,8
Wandsbek	96 205	115 465	20,0
Bergedorf	27 758	28 390	2,3
Harburg	69 330	75 866	9,4
Hamburg insgesamt . .	700 331	754 184	7,7

Die Wohnbevölkerung in den Gebietsteilen

Betrachtet man daneben die bei der Volkszählung festgestellten Zahlen der Personen (Tabelle 3), so stellt man für Hamburg insgesamt (mit einer Zuwachsrate von 4,6 vH) seit 1956 ebenfalls einen der Zunahme der Haushalte parallel laufenden Anstieg fest. Insgesamt wurden bei der Volkszählung 1961 in Hamburg 1 832 374 Personen gezählt. Im ganzen hat die Zahl der Personen nicht im gleichen Maße wie die Zahl der Haushalte zugenommen.

Bei der Aufgliederung nach Bezirken ergibt sich, daß die Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Bezirken noch weit weniger einheitlich waren als die der Haushaltszahlen.

Auch nach Personen haben Wandsbek, Hamburg-Mitte und Harburg seit 1956 den größten Zuwachs zu verzeichnen, wenngleich auch hier die Zahlen der Haushalte relativ stärker gestiegen sind als die Wohnbevölkerungszahlen. Wandsbek steht mit 302 569 Personen hinsichtlich der Bevölkerungszahl nunmehr an 2. Stelle (1956 noch an 5. Stelle) nach Hamburg-Nord. Hamburg-Nord und Altona sind nur wenig gewachsen, und in Eimsbüttel und Bergedorf ist die Bevölkerungszahl seit 1956 sogar leicht gesunken.

Tab. 3
Die Wohnbevölkerung in den Bezirken bei der Wohnungszählung 1956 und der Volkszählung 1961

Bezirke	Personen		
	1956	1961	Zu- oder Abnahme 1961 gegenüber 1956 in vH
Hamburg-Mitte	273 065	291 386	+ 6,7
Altona	269 909	272 413	+ 0,9
Eimsbüttel	261 574	259 788	- 0,7
Hamburg-Nord	421 485	429 104	+ 1,8
Wandsbek	257 237	302 569	+ 17,6
Bergedorf	78 858	78 245	- 0,8
Harburg	189 161	198 869	+ 5,1
Hamburg insgesamt . .	1 751 289	1 832 374	+ 4,6

Zieht man zur Beurteilung dieser Veränderungen auch die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen seit 1956 heran, dann zeigt sich, daß es in allen Bezirken – auch in denen, die insgesamt eine Bevölkerungszunahme ausweisen – einzelne Stadtteile gibt, in denen die Bevölkerungszahl seit 1956 zurückgegangen ist. Man kann diese Stadtteile in die folgenden drei Gruppen einteilen:

- a) Dichtbebaute Kern- und Innenstadtgebiete, die seit Kriegsende einen ständigen Rückgang der Bevölkerung erkennen lassen, z. B. St. Pauli, St. Georg, Klostertor, Hamburg Altstadt und teilweise auch Altona Altstadt und Altona Nord.
- b) Ältere Wohngebiete, die für die Zeit nach Kriegsende zunächst noch eine Zunahme der Bevölkerung ausweisen, in denen sich aber seit 1956 oder teilweise auch schon früher die Bevölkerungszahl wieder verringert hat, z. B. Rotherbaum, Eppendorf, Winterhude, Harvestehude, Blankenese, Nienstedten, Othmarschen, Groß Flottbek, Bahrenfeld, Ottensen usw. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Wohngebiete mit großen Wohnungen, in die nach dem Krieg zahlreiche Untermieter eingewiesen worden waren.
- c) Gebiete mit geringer Einwohnerdichte in Harburg, Bergedorf und im äußersten Nordosten von Wandsbek. (Bei den meisten Stadtteilen dieser Gruppe kommen nur höchstens 10 Einwohner auf den ha). Auch diese Gebiete haben vorübergehend nach dem Krieg Bevölkerungszuwachs erhalten, seit 1950 ist aber auch hier ein, wenn auch geringer, Bevölkerungsrückgang

feststellbar, z. B. Francop, Altenwerder, Moorburg, Kl. Grasbrook, Billwerder, Allermöhe, Ochsenwerder, Duvenstedt, Wohldorf-Ohlstedt usw.

Die Bevölkerungszunahme ist also vor allem zugunsten der am Rand des Hamburger Gebietes gelegenen Stadtteile gegangen; den hinsichtlich der Personenzahl größten Bevölkerungszuwachs hatten die Stadtteile Hamm, Horn, Rothenburgsort, Billstedt, Wilhelmsburg sowie der gesamte Bezirk Wandsbek mit Ausnahme der im äußersten Nordosten gelegenen Stadtteile.

Die durchschnittliche Haushaltsgröße

Bei einem Vergleich der Zuwachsraten für die Zahlen der Haushalte und für die Wohnbevölkerung in Hamburg und in den einzelnen Bezirken zwischen den beiden großen Zählungen 1956 und 1961 ist zu erkennen, daß bei gleichzeitiger Zunahme der Zahl der Haushaltungen in allen Bezirken die durchschnittliche Personenzahl des einzelnen Haushalts zurückgegangen ist (vgl. die Tabellen 2 und 3). Eine genaue Feststellung der durchschnittlichen Haushaltsgröße für die einzelnen Bezirke ist noch nicht möglich, da in den Wohnbevölkerungszahlen auch die über Einzelbogen zur Anstaltsliste erfaßten Einzelpersonen enthalten sind, diese Zahlen aber vorerst weder für Bezirke noch für Hamburg insgesamt genau bekannt sind. Für Hamburg insgesamt kann mit ziemlicher Sicherheit eine Zahl von etwa 40 000 Personen angenommen werden. Danach ergibt sich gegenüber 1956 mit einem Durchschnitt von 2,5 Personen je Haushalt für 1961 nur noch eine durchschnittliche Haushaltsgröße von knapp 2,4 Personen. Die schon über mehrere Zählungen festgestellte Entwicklung einer ständigen Verringerung der durchschnittlichen Personenzahl der privaten Haushalte hat sich also fortgesetzt.

Die Wohnbevölkerung nach dem Geschlecht

Die Aufgliederung der absoluten Zahlen der Wohnbevölkerung 1956 und 1961 nach dem Geschlecht zeigt in den Bezirken eine gleichgerichtete Entwicklung für die männliche und weibliche Bevölkerung. Abgesehen von Eimsbüttel und Bergedorf – wo beide Zahlen sich verringerten – hat in allen Bezirken die männliche und die weibliche Bevölkerung zugenommen (Tabelle 4).

Am 6. Juni 1961 lebten in Hamburg 37 885 Männer und 43 200 Frauen mehr als am 25. September 1956.

Tab. 4
Die Wohnbevölkerung in den Bezirken nach dem Geschlecht bei der Wohnungszählung 1956 und der Volkszählung 1961

Jahre	Hamburg insgesamt	davon Bezirk						
		Hmb.-Mitte	Altona	Eimsbüttel	Hmb.-Nord	Wandsbek	Bergedorf	Harburg
	1	2	3	4	5	6	7	8
männlich								
1956	805 844	128 434	123 276	117 694	188 576	120 040	37 404	90 420
1961	843 729	137 652	124 608	116 752	190 703	141 147	36 967	95 900
weiblich								
1956	945 445	144 631	146 633	143 880	232 909	137 197	41 454	98 741
1961	988 645	153 734	147 805	143 036	238 401	161 422	41 278	102 969
auf 1000 Männer kommen . . . Frauen								
1956	1 173	1 126	1 189	1 222	1 235	1 143	1 108	1 092
1961	1 172	1 117	1 186	1 225	1 250	1 144	1 117	1 074

Die Geschlechterproportion hat sich in den vergangenen Jahren für Hamburg insgesamt nicht verändert; auf 1 000 männliche kommen im Durchschnitt nach wie vor etwa 1 172 weibliche Personen. Bei der Aufgliederung nach Bezirken zeigt sich, daß der Frauenüberschuß in den Bezirken Hamburg-Mitte, Harburg und Altona, zum großen Teil bedingt durch die Zuwanderung der ausländischen Arbeitskräfte, abgenommen hat, während in den übrigen Bezirken das Geschlechterverhältnis noch ungünstiger geworden ist.

Die Personen mit mehreren Wohnsitzen

Wie weiter oben schon angedeutet, besteht für Personen mit mehreren Wohnsitzen bei Großzählungen immer die Gefahr, daß sie entweder doppelt oder gar nicht gezählt werden. Um das zu vermeiden, sollte bei der Volkszählung jede dieser Personen an allen Wohnsitzen in eine Haushaltsliste bzw. einen Einzelbogen eingetragen werden. Bei richtiger Beantwortung der Frage 10. - „Gehen Sie von dem weiteren Wohnsitz zur Arbeit oder Ausbildung“ - in allen Haushaltslisten war für erwerbstätige oder in Ausbildung befindliche Personen sichergestellt, daß sie nur einmal, und zwar am überwiegenden Aufenthaltsort gezählt wurden. Dabei wurde vorausgesetzt, daß der Wohnsitz, von dem die betreffende Person zur Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte ging, auch der überwiegende Aufenthaltsort war. Bei nicht erwerbstätigen und auch nicht in Ausbildung befindlichen Personen hatte der Zähler die Frage nach dem überwiegenden Aufenthaltsort mündlich zu stellen und die Antwort in der Haushaltsliste zu vermerken. Soweit die Zähler dieser Forderung nachgekommen sind, bereitete auch die Zuordnung dieser Personen keine Schwierigkeiten.

Die Auswertung der Angaben zu der erwähnten Frage in der Haushaltsliste ergab, daß 57 680 von insgesamt 1 856 888 in Hamburg gezählten Personen (etwa 3 vH) außerhalb von Hamburg noch eine Wohnung, ein möbliertes Zimmer, ein Wochenendhaus o. ä. hatten. 20 577 (ein Drittel davon) hielten sich aus beruflichen oder privaten Gründen überwiegend an dem Wohnsitz außerhalb Hamburgs auf. Die Zahl der Personen mit weiterem Wohnsitz hat, gemessen an der Gesamtzahl der gezählten Personen, seit 1956 um etwa 1 % zugenommen, und zwar geht die Zunahme hauptsächlich zugunsten der sich überwiegend in Hamburg aufhaltenden Personen. Der Anteil dieser Personen an der Gesamtzahl der Personen mit weiterem Wohnsitz in einer anderen

Gemeinde ist seit 1956 von 17 208 auf 37 103 gestiegen, während 1961 nur etwa 500 Personen mehr als 1956 (20 068 Personen) einen Nebenwohnsitz, an dem sie sich nur selten aufhielten, in Hamburg hatten.

Abgesehen von den Personen mit weiterem Wohnraum in einer anderen Gemeinde gab es in Hamburg noch etwa 12 550 Personen, die innerhalb des Hamburger Gebietes selbst noch einen weiteren Wohnsitz hatten. Genaue Angaben über diesen Personenkreis können erst gegeben werden, wenn die in Hamburg zu diesem Problem durchgeführte Sonderuntersuchung abgeschlossen ist. Bis jetzt läßt sich nur soviel sagen, daß es sich hierbei überwiegend um erwerbstätige bzw. noch in Ausbildung begriffene Personen handelt. Wie die Aufgliederung nach dem Geschlecht zeigt, sind Männer wie Frauen fast gleich stark vertreten, während bei dem Bevölkerungsteil mit weiterem Wohnsitz außerhalb Hamburgs bei einem Verhältnis von 34 350 Männern zu 23 330 Frauen das männliche Geschlecht überwiegt.

Tab. 5
Die Wohnbevölkerung und die Personen mit mehreren Wohnsitzen in den Bezirken nach der Volkszählung 1961

Bezirke	Wohnbevölkerung		Außerdem Personen, die nicht zur Wohnbevölkerung gehören
	Insgesamt	darunter Personen mit mehreren Wohnsitzen	
Hamburg-Mitte	291 386	7 238	3 610
Altona	272 413	7 574	3 831
Eimsbüttel	259 788	7 698	3 868
Hamburg-Nord	429 104	12 858	6 020
Wandsbek	302 569	5 978	4 001
Bergedorf	78 245	1 534	860
Harburg	198 869	3 332	2 324
Hamburg insgesamt	1 832 374	46 212	24 514

Sofern die Personen mit mehreren Wohnsitzen in Hamburg Angaben über das Vorhandensein des weiteren Wohnsitzes in den Haushaltslisten gemacht haben, sind sie in den Zahlen der Tabelle 5 mit-enthalten. Wie die Sonderuntersuchung allerdings gezeigt hat, wurde nicht immer der weitere Wohnsitz innerhalb des Gebietes der Hansestadt in beiden Haushaltslisten angegeben. Das ist bei der Beurteilung der Zahlen zu berücksichtigen. Trotz dieser Fehler gibt Tabelle 5 aber einen recht guten Überblick über die Häufigkeit von weiteren Wohnsitzen in den einzelnen Bezirken.

Barbara Winkler

Der Gemüse- und Blumenanbau und die Ernte von Gemüse in Hamburg 1961

Im Rahmen der Gartenbauerhebung 1961 wurde in Hamburg zum ersten Male seit 1958 wieder eine Gemüsehaupterhebung durchgeführt. Gemüseanbauerhebungen dienen der Erfassung der Flächen, die im Freiland oder in Unterglasanlagen für Erwerbszwecke mit Gemüse, Erdbeeren sowie Blumen und Zierpflanzen angebaut werden. Nach der bestehenden gesetzlichen Regelung¹⁾ sind die Stadtstaaten

von den Gemüseanbauerhebungen in den Jahren ausgenommen, in denen die übrigen Länder diese Erhebungen nur repräsentativ durchführen. Demzufolge liegen originäre Ergebnisse für die Jahre 1959 und 1960 nicht vor. Die Darstellung der Ergebnisse über den Anbau bezieht sich daher auf die

¹⁾ Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteberichterstattung vom 3. Dezember 1958 (BGBl. I, Seite 895).

Jahre 1961 und 1958 und den Durchschnitt der Jahre 1954/1958.

Um die Erntemengen zu berechnen, benötigt man außer der Anbaufläche den Durchschnittsertrag je ha. Die Schätzung solcher Durchschnittserträge wird von ehrenamtlichen Berichterstattern vorgenommen. Die Erntemenge erhält man dann durch Multiplikation der Flächenerträge je ha mit der festgestellten Anbaufläche. Die jährlich in der Vegetationsperiode von März bis Oktober in acht monatlichen Erhebungen für den Freilandanbau durchzuführende Gemüseberichterstattung umfaßt außer den Ernteschätzungen Berichte über den Wachstumsstand, Angaben über Ernteaussichten, Niederschläge, Temperaturverlauf und das Auftreten von Pflanzenkrankheiten und Pflanzenschädlingen.

Zweck der Anbauerhebung und der Berichterstattung ist die Beschaffung von Grundmaterial für agrarpolitische Maßnahmen des Bundes und der Länder, für die Beurteilung der Versorgungslage und die Berechnung des Einfuhrbedarfs, für die Beurteilung der weiteren Entwicklung der Erzeugung und die Beratung der Landwirtschaft im Hinblick auf die Gestaltung des Anbaus.

Tab. 1
Anbaufläche und Ernteerträge von Gemüse auf Freiland 1961 und 1958

Gemüsearten ¹⁾	1961	1958	JD 1954/58	Veränderung 1961 gegenüber 1958 1954/58 in vH	
	1	2	3	4	5
Anbauflächen in ha					
Kohl Gemüse . .	1 058	1 024	1 063	+ 3,3	— 0,5
Blatt Gemüse . .	490	395	380	+ 24,1	+ 28,9
Frucht Gemüse .	458	440	439	+ 4,1	+ 4,3
Wurzel Gemüse	503	473	482	+ 6,3	+ 4,4
Sonstiges Gemüse . . .	173	173	177	—	— 2,3
Zusammen . . .	2 682	2 505	2 541	+ 7,1	+ 5,5
Ernteerträge in dz					
Kohl Gemüse . .	255 263	235 500	243 291	+ 8,4	+ 4,9
Blatt Gemüse . .	82 494	57 088	56 003	+ 44,5	+ 47,3
Frucht Gemüse .	80 573	69 205	62 179	+ 16,4	+ 29,6
Wurzel Gemüse	121 500	98 723	100 835	+ 23,1	+ 20,5
Sonstiges Gemüse . . .	38 864	37 423	38 353	+ 3,9	+ 1,3
Zusammen . . .	578 694	497 939	500 661	+ 16,2	+ 15,6

¹⁾ Eine Aufgliederung nach einzelnen Gemüsearten zeigt die Tabelle auf Seite 112.

1961 betrug die Gesamtanbaufläche für Gemüse im Freiland und in Unterglasanlagen 2825 ha, wovon 143 ha (5 vH) auf den Gemüseanbau in Unterglasanlagen entfallen. Sie hat im Jahre 1961 gegenüber 1958 geringfügig zugenommen, blieb aber auf dem seit 1951 eingehaltenen Niveau. Allerdings hat sich im Freiland die Reihenfolge bedeutender Gemüsearten nach der Größe der Anbaufläche verschoben. Während zu den fünf nach der Anbaufläche wichtigsten Gemüsearten in den Jahren 1954/58 drei Kohlsorten zählten (Blumenkohl, Weißkohl, Wirsingkohl) und an zweiter Stelle der Anbau von Tomaten stand, folgten im Jahre 1961 hinter Blumenkohl, dessen Anbau erstmals weniger als 300 ha betrug, Spinat, Kopfsalat und Tomaten.

Der Hektarertrag im Freiland, der 1961 gegenüber 1958 von 199 auf 216 dz insgesamt angestiegen ist und merklich über dem Durchschnitt der Jahre 1954/58 (197 dz) lag, ist zwar auch abhängig vom Anteil stärker tragender Gemüsearten; wesentlicher ist aber der Witterungsverlauf, der die Erträge der einzelnen Arten je nach Anbauzeit und Empfindlichkeit unterschiedlich beeinflusst (siehe hierzu die Tabelle auf Seite 112).

Ein Vergleich der in Hamburg erzielten Hektarerträge einiger Gemüsearten im Freiland mit denen im Bundesgebiet ergibt z.T. beträchtliche Unterschiede. So war der Ertrag je ha an Rosenkohl in Hamburg 1961 doppelt so hoch wie im Bundesgebiet und auch bei Grünkohl in den Jahren 1960 und 1961 der bei weitem höchste aller Bundesländer. Ähnliches gilt für Frühlkohlrabi, Frühjahrsspinat, Sellerie und Porree. Der Grund für die hohen Erträge dieser Gemüsearten ist in den günstigen Bodenverhältnissen in den Hauptanbaugebieten der Bezirke Harburg und Bergedorf zu sehen.

Die Veränderung des Ertrags je ha von 1960 auf 1961 entsprach in Hamburg im übrigen bei den meisten Gemüsearten der Entwicklungstendenz in den benachbarten Bundesländern.

Entsprechend der Zunahme der Anbaufläche und des Ertrags je ha erbrachte das Jahr 1961 im Freiland eine um rd. 16 vH höhere Ernte als 1958. Relativ am bedeutendsten waren die Veränderungen bei Pflückerbsen, Spargel und Kohlrabi. Nach der absoluten Erntemenge an der Spitze standen Weiß- und Blumenkohl vor Tomaten und Spinat.

Der Anbau von Gemüse in Unterglasanlagen hat 1961 gegenüber 1958 für die fünf Hauptgemüsearten zwar auch geringfügig (von 115 auf 119 ha) zugenommen, erreichte aber nicht den Umfang des Anbaus in den davorliegenden Jahren. Unter den wichtigeren Gemüsearten nach der Anbaufläche ist eine Verschiebung zugunsten von Gurken, Kopfsalat und Kohlrabi eingetreten, während der Anbau von Blumenkohl und Tomaten zurückging.

Bemißt man die Bedeutung des Unterglasanbaus nur nach der Anbaufläche, so zeigt sich zwar, daß z. B. Gurken überwiegend in Unterglasanlagen angebaut werden und von der Anbaufläche von Tomaten und Kopfsalat rd. 15 vH auf Unterglasanlagen entfallen, gemessen am Ernteertrag erbringt aber der Anbau in Unterglasanlagen nach früheren Ermittlungen rd. 30 vH des Ertrages der gesamten Gemüsefläche²⁾.

Bei regionaler Betrachtung des Gemüseanbaus in Hamburg³⁾ stellt man fest, daß 80 vH der Anbauflächen im Freiland auf den Bezirk Bergedorf entfallen, rd. 15 vH auf den Bezirk Harburg und nur 5 vH auf die übrigen Bezirke. Allein rd. 50 vH der gesamten Anbaufläche konzentrieren sich auf die Ortsteile Kirchwerder und Ochsenwerder in den Vier- und Marschlanden, von den Anbauflächen unter Glas sogar 80 vH. Über die regionale Verteilung des Anbaus der Gemüsearten im einzelnen gibt der bereits erwähnte Statistische Bericht³⁾ Aufschluß.

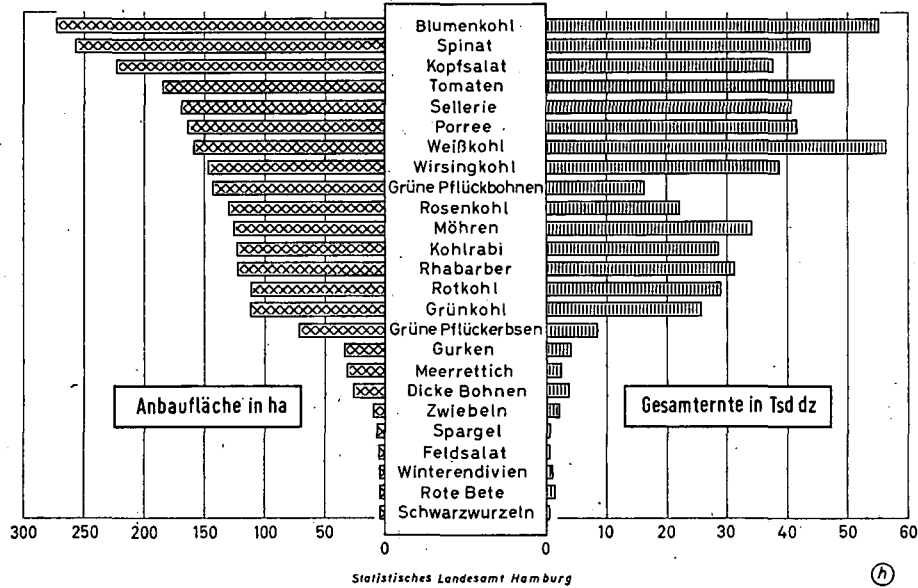
Der Gemüseanbaufläche von insgesamt rd. 2 800 ha steht in Hamburg eine Blumenanbaufläche von 660 ha gegenüber.

²⁾ Hamburg in Zahlen, Jg. 1958, Heft Nr. 4, S. 50.

³⁾ Statistische Berichte, Reihe C, Land- und Forstwirtschaft, lfd. Nr. 1, vom 23. Februar 1962.

Schaubild 1

Anbauflächen und Ernteerträge in Hamburg 1961



Tab. 2

Die Anbauflächen von Gemüse in Unterglasanlagen 1961 und 1958

Gemüsearten	Anbauflächen in qm			Veränderung 1961 gegenüber 1958 in vH	
	1961 ¹⁾	1958	1954/58	1958	1954/58
	1	2	3	4	5
Blumenkohl	131 569	133 157	152 613	- 1,2	- 13,8
Kohlrabi	70 448	30 649	29 472	+ 129,9	+ 139,0
Kopfsalat	339 186	315 132	318 726	+ 7,6	+ 6,4
Gurken	384 642	383 709	368 465	+ 0,2	+ 4,4
Tomaten	267 084	290 865	357 454	- 8,2	- 25,3
Insgesamt	1 192 929	1 153 512	1 226 730	+ 3,4	- 2,8

¹⁾ Außerdem 241 831 qm sonstige Gemüsearten, die in den vorausgegangenen Erhebungen noch nicht erfaßt wurden.

Vom Blumenanbau entfällt ein größerer Prozentsatz der Anbaufläche als beim Gemüseanbau auf Unterglasanlagen, und zwar waren es im Jahre 1961 rd. 16 vH, wobei in der Fläche für Unterglasanlagen die von Topf- und Grünpflanzen in Töpfen, Ballen und sonstigen Einheiten in Anspruch genommene Fläche nicht berücksichtigt ist. Ein zeitlicher Vergleich kann nur mit den Anbauflächen im Jahre 1955 durchgeführt werden, die damals im Rahmen der Gemüsehaupterhebung festgestellt wurden. Er zeigt eine erhebliche Steigerung der Anbaufläche für Blumen im Freiland. Die Fläche für die Vermehrung von Maiblumen hat sich verdoppelt, die zur Vermehrung von Blumenzwiebeln verdreifacht. Der Anbau von Blumen unter Glas brachte insgesamt keine so starke Zunahme (24 vH), u. a. aber erhöhte sich die Fläche für Rosen zum Schnitt um rd. 60 vH und Nelken zum Schnitt um 130 vH.

Betrachtet man die Entwicklung des Anbaus von Gemüse und von Blumen in den letzten Jahren im Zusammenhang, so scheint die nur geringe Zunahme der Anbaufläche von Gemüse seit 1955 um 6 vH gegenüber dem starken Anstieg der Blumenanbaufläche um 70 vH auf eine gewisse Strukturveränderung im Erwerbsgartenbau in Hamburg hinzudeuten.

Tab. 3

Der Anbau von Blumen und Zierpflanzen auf Freiland und in Unterglasanlagen 1961 und 1955

Blumenarten	Anbauflächen in ha		Veränderung in vH
	1961	1955	
Im Freiland	569,4	315,8	+ 80,3
darunter			
Vermehrung von Blumenzwiebeln . . .	7,1	2,5	+ 202,1
Vermehrung von Maiblumen	79,8	39,9	+ 100,7
In Unterglasanlagen	86,5	69,7	+ 24,1
darunter			
Rosen zum Schnitt . . .	17,1	10,6	+ 61,3
Nelken zum Schnitt . .	13,4	5,9	+ 127,1
Insgesamt	655,9	385,5	+ 70,1

Dabei dürften Wandlungen in der Nachfrage und eine unterschiedliche Entwicklung der Ertragslage der beiden Erzeugnisarten als Ursachen eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Erich Böhm

Die Obsternte in Hamburg 1961

Gesetzliche Grundlage für die Obstberichterstattung ist ebenfalls das Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteberichterstattung vom 3. Dezember 1958 (BGBl. I, Seite 895). Die Ernteberechnung stützt sich auf die von den ehrenamtlichen Berichterstattern für ihren Berichtsbezirk geschätzten durchschnittlichen Erträge je Baum, je Strauch oder je Anbaufläche nach Obstarten und Baumformen. Die Erträge werden anschließend mit der Zahl der entsprechenden Bäume oder Sträucher usw. je Berichtsbezirk nach der letzten Obstbaumzählung multipliziert. Der Bestand an Obstbäumen wurde letztmalig 1957 ermittelt, die Zahl der Johannis- und Stachelbeersträucher und die Anbaufläche für Himbeeren und Erdbeeren bei der Obstbaumzählung 1951, während die Anbaufläche für Erdbeeren bei den jeweiligen Gemüsehaupterhebungen festgestellt wird (zuletzt 1961).

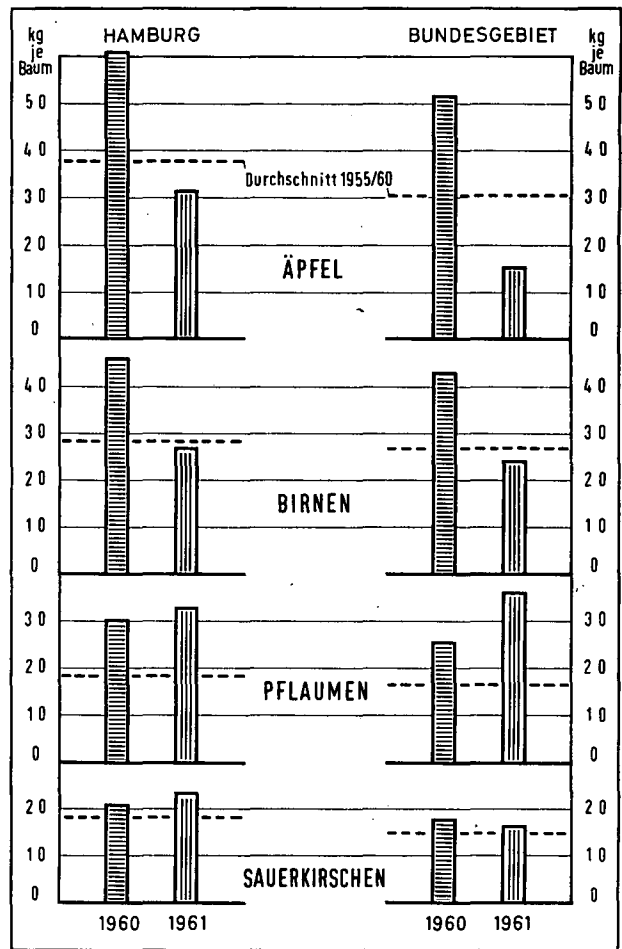
Die Obstberichterstattung wird - ähnlich wie die Gemüseberichterstattung - von Mai bis Oktober durchgeführt und erbringt Beurteilungen des Wachstumstandes, Feststellungen über Frostschäden, Pflegemaßnahmen, Temperatur- und Witterungsverlauf, Insektenflug sowie laufende Vorausschätzungen des Ertrages. Je nach Reifezeit des Obstes wird die endgültige Ertragsschätzung durchgeführt, und zwar im Juli für Kirschen, Johannis-, Stachel- und Erdbeeren; im August für das übrige Stein- und Beerenobst mit Ausnahme der Pflaumen, im September für Pflaumen und im Oktober für Äpfel, Birnen und Walnüsse.

Die ausgewiesene Menge umfaßt die gesamte gewachsene Ernte ohne die vor der Schätzung abgefallenen, aber einschließlich der nicht abgeernteten Früchte. Die Ernte an Erdbeeren wird nur für die dem Verkauf dienende Anbaufläche berechnet.

Die Regel, wonach gute und schlechte Ernten miteinander jährlich abwechseln, ist auch 1961 im allgemeinen bestätigt worden. Gegenüber der Rekordernte des Jahres 1960 ist die Erntemenge um rd. ein Drittel zurückgegangen. Das Ergebnis bei den

Schaubild 1

Ertrag je Baum nach Obstarten 1960 und 1961



Statistisches Landesamt Hamburg

einzelnen Obstarten war jedoch unterschiedlich. Bei Süß-, Sauerkirschen und Pflaumen wurde das gute Vorjahresergebnis, das schon um 30 vH über dem

Tab. 1

Die Obsternte 1961 und 1960¹⁾

Obstarten	Gesamtertrag in dz			Veränderung 1961 gegenüber 1960 gegenüber 1955/60	
	1961	1960	JD 1955/60	in vH	
	1	2	3	4	5
Kernobst	390 349	735 232	456 055	- 46,9	- 14,4
davon					
Äpfel	297 291	574 655	353 932	- 48,3	- 16,0
Birnen	93 058	160 577	102 123	- 42,0	- 8,9
Steinobst	182 373	168 202	123 550	+ 8,4	+ 47,6
davon					
Süßkirschen	24 255	21 764	16 492	+ 11,4	+ 47,1
Sauerkirschen	52 725	49 262	42 160	+ 7,0	+ 25,1
Pflaumen, Zwetschen	101 019	92 168	60 902	+ 9,6	+ 65,9
Sonstiges Steinobst	4 374	5 008	3 996	- 12,7	+ 9,5
Walnüsse	482	805	503	- 40,1	- 4,2
Baumobst insgesamt	573 204	904 239	580 108	- 36,6	- 1,2
Beerenobst	103 518	95 254	103 159	+ 8,7	+ 0,3
davon					
Johannisbeeren	46 175	42 699	47 911	+ 8,1	- 3,6
Stachelbeeren	33 419	31 355	35 220	+ 6,6	- 5,1
Himbeeren	7 548	5 850	5 956	+ 29,0	+ 26,7
Erdbeeren	16 376	15 350	14 072	+ 6,7	+ 16,4

¹⁾ Vgl. auch Statistische Berichte, Reihe C, Land- und Forstwirtschaft, lfd. Nr. 2, vom 29. Dezember 1961.

Tab. 2 Durchschnittliche Obsterträge in Hamburg und im Bundesgebiet 1961 und 1960

Obstarten	Hamburg			Bundesgebiet		
	1961	1960	JD 1955/60	1961 ¹⁾	1960	JD 1955/60
	kg je Baum bzw. Strauch					
	1	2	3	4	5	6
Äpfel	31,6	61,2	38,1	15,6	51,5	30,4
davon						
Hoch-, Halb- und Viertelstämme	38,5	75,4	48,5	17,8	60,6	35,3
Buschbäume	18,6	31,7	20,2	9,8	24,0	16,1
Spindeln, Spindelbüsche und Spaliere .	6,1	13,9	8,6	5,0	11,7	8,3
Birnen	26,8	46,2	28,5	23,9	42,8	27,0
davon						
Hoch-, Halb- und Viertelstämme	30,6	52,5	32,8	28,0	50,3	31,6
Buschbäume	12,3	22,0	13,5	10,2	18,9	12,3
Spindeln und Spaliere	5,2	11,7	6,9	6,7	10,7	6,7
Süßkirschen	34,8	31,2	25,1	27,6	31,8	23,8
Sauerkirschen	23,6	21,1	18,4	16,6	18,1	15,0
Pflaumen, Zwetschen	33,1	30,2	18,9	36,1	25,4	16,5
Mirabellen, Renekloden	16,7	15,5	11,7	27,2	16,8	13,4
Aprikosen	8,2	8,8	5,8	12,0	9,3	6,0
Pflirsche	7,8	10,8	6,8	13,0	13,6	7,7
Walnüsse	9,8	16,4	10,3	6,7	13,9	8,0
Johannisbeeren	3,6	3,3	3,7	3,3	2,8	2,9
Stachelbeeren	3,4	3,2	3,6	3,3	2,9	2,9
Himbeeren (kg je qm)	1,6	1,2	1,3	1,3	1,4	1,3
Erdbeeren (dz je ha)	74,1	61,4	57,9	66,4	60,4	61,5

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis.

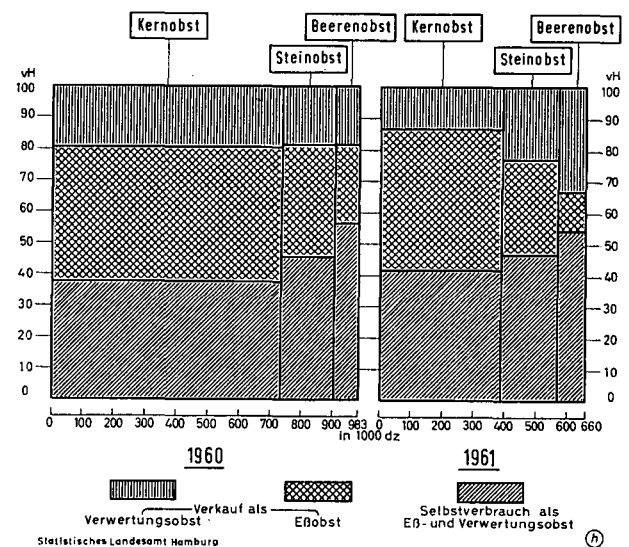
Durchschnittsergebnis der Jahre 1955/60 lag, noch um 10 vH übertroffen.

Obwohl die Ernte an Kernobst gegenüber dem Vorjahr um fast 50 vH zurückging, kann man 1961 insgesamt als Jahr mit einer mittelmäßigen Ernte bezeichnen. Die Baumobsternte war nur um 1,2 vH geringer als die durchschnittlich erzielte Ernte in den Jahren 1955/60. Auch die Ernte an Beerenobst stellte sich günstig, insbesondere war der Ertrag an Himbeeren um rd. ein Drittel größer als 1960.

Nach vorliegenden Unterlagen wird in einigen anderen Ländern des Bundesgebiets teilweise von ausgesprochenen Mißernten berichtet, wozu der extreme Witterungsablauf im Frühjahr örtlich beigetragen haben mag. Zu dem besseren Ernteertrag in Hamburg hat vermutlich neben dem Ausbleiben von Frostschäden der gegenüber den anderen Bundesländern zufriedenstellendere Insektenflug, aber auch die intensivere Obstbaupflege in Form von Winter-, Vorblüten- und Nachblütenspritzungen geführt. Der Anteil der Betriebe, die diese Spritzungen durchführten, war in Hamburg größer als im Durchschnitt des Bundesgebiets.

Vergleicht man den Ertrag je Baum in Hamburg mit dem im Bundesgebiet, so zeigt sich, daß die letztjährige Ernte im Bundesgebiet bei den Äpfeln besonders ungünstig war, sie betrug bei den größeren Baumformen nur die Hälfte der in Hamburg erzielten Ernte. Auch die Birnenernte stellte sich bei den größeren Baumformen in Hamburg günstiger als im Bundesgebiet. Das gleiche trifft für die Kirschen zu. Die Erträge je Baum der genannten Obstarten einschl. der Pflaumen liegen auch im mehrjährigen Mittel 1955/60 über den Erträgen im Bundesgebiet. Die gegenüber dem Bundesgebiet festzustellenden höheren Erträge sind weniger auf die Bevorzugung stärker tragender Baumformen zurückzuführen als vielmehr auf die Sortenwahl und auf allgemein günstige Standortfaktoren.

Schaubild 2 Die Obsternten 1960 und 1961 und ihre Verwendung



Außer den Ernteschätzungen liefert die Obstberichterstattung auch Angaben darüber, welcher Anteil der Ernte im eigenen Haushalt verbraucht und wieviel Prozent als Eßobst oder als Verwertungsobst verkauft werden. Wie zu erwarten, verhält sich der Anteil des Selbstverbrauchs umgekehrt proportional zur Erntemenge, wogegen die Größe der als Verwertungsobst oder Eßobst verkauften Anteile mehr von der Qualität bzw. dem Zustand des Obstes zur Erntezeit abhängt. Bei den im Schaubild 2 enthaltenen Werten handelt es sich um Ergebnisse für ganz Hamburg. In den typischen Obstbaugebieten des Alten Landes kommen in der Regel über 90 vH der Ernte der im Erwerbsobstbau angebauten Arten zum Verkauf.

Erich Böhm

Der Viehbestand in Hamburg im Dezember 1961

In Hamburg findet nach § 1 Abs. 2 des Viehzählungsgesetzes vom 18. Juni 1956¹⁾ im Dezember jedes zweiten Jahres eine Viehzählung statt. Die Zählungen werden als Totalerhebungen durchgeführt, bei denen sämtliche Tierhalter ihren Nutzviehbestand in eine vom Zähler vorgelegte Zählliste einzutragen haben.

Tab. 1
Der Viehbestand am 4. Dezember 1961¹⁾

Viehartens und -gattungen	Bestand im Dezember		Ver- änderung in vH
	1961	1959	
	In Stück		
Pferde	2 676	3 122	- 14,3
davon			
unter 1 Jahr alt (Fohlen)	153	104	+ 47,1
1 bis noch nicht 5 J. alt	697	809	- 13,8
5 bis noch nicht 14 J. alt	1 438	1 750	- 17,8
14 Jahre alt und älter . .	388	459	- 15,5
Rindvieh	17 474	17 871	- 2,2
davon			
Kälber (unter 3 Monate alt)	1 718	1 676	+ 2,5
Jungvieh			
(3 Monate bis 2 Jahre alt)	7 559	7 273	+ 3,9
davon			
männliches Jungvieh . .	2 610	2 257	+ 15,6
weibliches Jungvieh . . .	4 949	5 016	- 1,3
Anderes Rindvieh			
(2 Jahre alt und älter) . . .	8 197	8 922	- 8,1
darunter			
Milchkühe	6 614	7 129	- 7,2
Färsen, Starke	1 205	1 451	- 17,0
Schweine	22 344	23 668	- 5,6
darunter			
Ferkel (unter 8 Wochen alt)	4 600	4 552	+ 1,1
Jungschweine			
(8 Wochen bis 1/2 Jahr alt)	8 605	9 660	- 10,9
Zuchtsauen			
(1/2 Jahr alt und älter) . .	1 668	1 457	+ 14,5
davon			
trächtig	969	799	+ 21,3
nicht trächtig	699	658	+ 6,2
Schlacht- u. Mastschweine	7 418	7 949	- 6,7
Schafe	1 935	2 202	- 12,1
davon			
unter 1 Jahr alt	592	712	- 16,9
1 Jahr alt und älter	1 343	1 490	- 9,9
darunter			
zur Zucht benutzte weibl. Schafe	1 061	1 126	- 5,8
Ziegen	835	1 301	- 35,8
davon			
unter 1 Jahr alt	41	73	- 43,8
1 Jahr alt und älter	794	1 228	- 35,3
darunter			
weibliche Ziegen	769	1 203	- 36,1
Hühner ²⁾	321 804	382 645	- 15,9
Gänse	6 059	8 803	- 31,2
Enten	6 090	8 353	- 17,1
Bienenvölker	6 315	6 538	- 3,4

¹⁾ Ohne Schlachthöfe und Viehmärkte.
²⁾ Ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner.

Die Ergebnisse vermitteln einen laufenden Überblick über die Entwicklung und die Zusammensetzung des Viehbestandes. Sie dienen in der Bundesrepublik der Aufstellung des jährlichen Versorgungsplanes für Vieh und Fleisch sowie der Ausarbeitung von Prognosen über die weitere Entwicklung der Vieh-

bestände und der Versorgung des Marktes mit Schlachtvieh. Außerdem werden die Zahlen über die Viehbestände für die Feststellung der Nahrungsmittelproduktion und des Einfuhrbedarfs an Futtermitteln sowie für die Beratung der Landwirtschaft in Fragen der Zucht- und Nutzungsrichtung und des Umfangs der Viehhaltung verwendet. Schließlich werden sie als Grundlage anderer Statistiken, z. B. der Milcherzeugungsstatistik, benutzt.

Obwohl die Vorstellung, die man sich von einer Großstadt wie Hamburg macht, einen nennenswerten Viehbestand auszuschließen scheint, führt die Zugehörigkeit ausgedehnter Landgebiete zu Hamburg doch zu beachtlichen und z. B. für Rinder auch verhältnismäßig konstanten Bestandszahlen. Im allgemeinen aber ist der Bestand an Nutzvieh in Hamburg einer ständigen rückläufigen Entwicklung unterworfen.

Pferde

Die Zahl der Pferde hat sich von 1959 auf 1961 weiter vermindert; der Rückgang ist auf die weitere Verdrängung des Pferdes als Zugkraft durch Motorfahrzeuge zurückzuführen; dies gilt sowohl für die Landwirtschaft als auch für die gewerbliche Wirtschaft.

Der jährliche Rückgang des Pferdebestandes hat sich etwas verlangsamt. Er betrug in den Jahren 1950/53 600 Pferde im Jahr, 1953/55 500 und liegt seitdem bei etwa 200 Pferden pro Jahr. Der Rückgang des Pferdebestandes seit 1950 ist nicht auf eine Einschränkung in der Zahl der gehaltenen Tiere je Tierhalter zurückzuführen, sondern auf die Aufgabe der Pferdehaltung überhaupt bei rd. 64 vH der im Jahre 1950 gezählten Pferdehalter (1950: 2104, 1959: 991). Die Zahl der Pferde verminderte sich in diesem Zeitraum um 60 vH.

Rinder

Wie bereits erwähnt, hat sich der Bestand an Rindern ziemlich konstant gehalten. Zwar lag er 1961 gegenüber 1959 geringfügig niedriger, übertraf aber die Zahl von 1950 um 400 Tiere. In der Zusammensetzung des Rindviehbestandes haben sich allerdings interessante Änderungen ergeben. Ein Vergleich mit 1959 zeigt eine Verringerung des Milchkuhbestandes²⁾ gegenüber einer Vermehrung des Bestandes an Mastvieh. Der Rückgang des Milchkuhbestandes seit 1950 um 30 vH ist nur bei Betrieben mit einer landw. Nutzfläche unter 20 ha festzustellen³⁾; dabei war die Abnahme bei den kleineren Betrieben am stärksten. Die Zunahme der Mastviehhaltung betrifft dagegen alle Betriebsgrößen relativ in etwa gleichem Maße. Während sich der Bestand an Kälbern gegenüber 1950 verdoppelte, nahm der von männlichem Jungvieh sogar auf das Fünffache zu. Als Gründe für die Einschränkung des Milchkuhbestandes in den Kleinbetrieben ist im allgemeinen der weitgehende Verzicht auf Selbstversorgung mit Milch anzusehen. Für

¹⁾ BGBl. I, S. 522, in der Fassung des Gesetzes vom 3. Dezember 1958, BGBl. I, S. 897.

²⁾ Angaben über die Milcherzeugung und -verwendung 1961 gehen aus der Tabelle auf Seite 108 hervor.

³⁾ Nach Ergebnissen der Landw. Betriebszählungen 1949 und 1960.

die Ausweitung der Mastviehhaltung dürften in erster Linie Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten, die zu einer erhöhten Nachfrage nach Qualitätsfleisch führten, maßgebend sein.

Die Zahl der Rindviehhalter verminderte sich von 2 246 im Jahre 1950 auf 1 181 im Jahre 1961 (1959: 1 385). Dies führte bei etwa gleichbleibendem Bestand zu einer Verdoppelung der durchschnittlichen Stärke der Herden; sie betrug 1961 14,8 Tiere. Demnach sind also in erster Linie Rindviehhalter mit geringen Stückzahlen ausgeschieden.

Schweine

Die Zählung im Jahre 1961 brachte einen geringfügigen Rückgang des Schweinebestandes um 6 vH gegenüber 1959. Seit 1950 ist der Schweinebestand um 38 vH gesunken, wobei die Zahl der Schlacht- und Mastschweine etwa auf die Hälfte zurückging. Die in der letzten Veröffentlichung angedeutete Entwicklung⁴⁾, nämlich die Aufgabe der Schweinehaltung in Kleinbetrieben, hat sich offenbar fortgesetzt. Dies spiegelt sich einmal in der Zunahme der Zahl der Schweine je Tierhaltung wider, die im Jahre 1950 3,5, 1959 6,2 und 1961 7,4 Schweine betrug, zum anderen im Rückgang der Zahl der Schweinehaltungen um zwei Drittel gegenüber 1950 von 9 432 auf 3 019 (1959: 3 804).

Betrachtet man die Entwicklung des Schweinebestandes getrennt nach landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Betrieben, so zeigt sich, daß sich der Rückgang ausschließlich bei den nichtlandwirtschaftlichen Tierhaltern abgespielt hat. Während 1950 noch zwei Drittel der Schweine von Tierhaltern mit geringer Bodenbewirtschaftung in der Regel zum Zwecke der Selbstversorgung oder als Nebenerwerb gehalten wurden (rd. 22 000), sank ihr Anteil bis 1960 auf knapp 30 vH (rd. 6 000 Tiere) ab, während die Zahl der Schweine in der Landwirtschaft von rd. 11 000 auf 16 000 zunahm⁵⁾.

Sonstige Tierarten

Während sich der Bestand an Schafen seit 1957 bei etwa 2 000 Tieren hält, hat sich die Zahl der Ziegen

um ein Drittel des Bestandes von 1955 vermindert. Gegenüber 1950 ist die Zahl der Schafe auf gut die Hälfte, die der Ziegen auf ein Sechstel ihres Bestandes gesunken. Der Bestand an Federvieh zeigt ebenfalls einen weiteren Rückgang. Die Zahl der Bienenvölker nahm nur geringfügig ab.

Verteilung auf die Bezirke

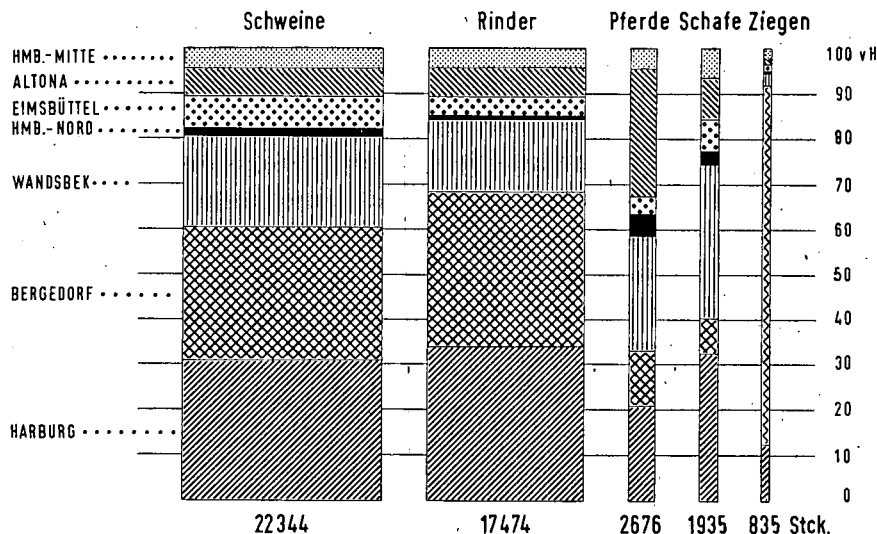
Die regionale Verteilung des Bestandes der einzelnen Vieharten (vgl. hierzu die Tabelle auf Seite 113) entspricht der jeweils vorherrschenden örtlichen Bodennutzung oder der besonderen Verwendungsart der Tiere. So entfallen z. B. von den Pferden 75 vH auf die Bezirke Altona, Wandsbek und Harburg, davon allein auf Farmsen 20 vH. Zwei Drittel des Rindviehbestandes werden in den Bezirken Bergedorf und Harburg gehalten, und hier in erster Linie in den Stadtteilen Neuenfelde (12,5 vH des Bestandes), Kirchwerder, Neuen- und Altengamme. Ähnlich verhält es sich mit dem Schweinebestand. In der Schafzucht stehen Wandsbek und Harburg, auf die sich etwa 66 vH des Bestandes konzentrieren, an der Spitze. Auf Duvenstedt allein entfallen 20 vH des Gesamtbestandes, auf Neugraben-Fischbek rd. 15 vH. Die Ziegenhaltung ist vor allem in den Gemüseanbauzentren stark ausgeprägt. Daher finden wir 80 vH des Ziegenbestandes im Bezirk Bergedorf, darunter allein 30 vH im Stadtteil Kirchwerder. An der Zahl der Bienenvölker hat der Bezirk Wandsbek den höchsten Anteil, über 300 Völker finden wir in Rahlstedt, mehr als je 200 in Volksdorf und Poppenbüttel.

Auch die Entwicklung der Nutzviehbestände ist regional unterschiedlich. Beim Pferdebestand sind weitere Abnahmen dort zu verzeichnen, wo Pferde vorwiegend als Zugtiere verwendet werden. In Farmsen hat sich der Bestand geringfügig gehoben, in Altona sogar um 10 vH zugenommen. Der Rinderbestand zeigt im Bezirk Bergedorf infolge der vermehrten Anzucht von Mastvieh eine Zunahme um 10 vH, sonst ging er – mit Ausnahme des Bezirks Mitte – zurück. Ebenfalls zeigt Bergedorf als einziger Bezirk eine geringe Zunahme des Schweinebestandes.

⁴⁾ „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1960, Heft 5, S. 81.

⁵⁾ Nach Ergebnissen der Landw. Betriebszählungen 1949 und 1960.

Schaubild 1 Der Bestand an ausgewählten Vieharten nach Bezirken im Dezember 1961



Interessant ist, daß sich der Schafbestand im Bezirk Harburg durch den Zugang einer größeren Schafherde, die zur Erhaltung des Heidecharakters im Hamburger Randgebiet beitragen soll, gegenüber 1955 um 50 vH erhöht hat, während er in allen übrigen Bezirken rückläufig ist. Eine leichte Zunahme zeigt die Zahl der Bienenvölker in Hamburg-Mitte, hier insbesondere in Billstedt, außerdem in Wandsbek und Harburg.

Die Flutkatastrophe am 17. Februar 1962 führte im Gebiet der Süderelbe zu erheblichen Tierverlusten;

besonders betroffen wurden die Stadtteile Altenwerder, Moorburg, Francop, Neuenfelde und Finckenwerder. Nach vorläufigen Schätzungen der zuständigen Fachbehörde sind etwa 2 200 Rinder, 3 000 Schweine, 40 bis 50 Pferde und rd. 26 000 Stück Federvieh umgekommen, davon schätzungsweise 1 000 Stück Federvieh in den Marschlanden. Die Verluste an Schweinen und Rindern machen im Bezirk Harburg jeweils 40 vH des bei der Viehzählung im Dezember 1961 festgestellten Bestandes aus.

Erich Böhm

Die Erzeugung und Verwendung von Kuhmilch in den einzelnen Monaten des Jahres 1961

Monate	Durchschnittlicher Milchertrag je Kuh				Gesamtmilchertrag in 1000 kg ¹⁾		Verwendung der erzeugten Kuhmilch							
	im Monat kg		pro Tag kg				Ange­lie­fert an Molke­reien und Händler	im Haushalt des Kuhhalters verbraucht ²⁾		Verfüttert an Kälber und andere Tiere		Sonstige Verwendung		
	1961	1960	1961	1960	in vH der Erzeugung									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Januar	277	269	8,9	8,7	2 058	1 920	79,9	74,2	4,3	7,7	11,9	10,5	3,9	7,6
Februar	282	276	10,1	9,5	2 098	1 967	76,4	73,8	6,2	7,6	12,6	11,3	4,8	7,3
März	353	331	11,4	10,7	2 624	2 362	80,5	79,6	5,1	5,5	10,5	9,7	3,9	5,2
April	392	364	13,1	12,1	2 911	2 597	81,8	81,1	4,5	5,1	10,0	9,2	3,7	4,6
Mai	436	419	14,1	13,5	3 240	2 989	84,2	83,9	4,1	4,5	8,5	7,6	3,2	4,0
Juni	385	362	12,8	12,1	2 860	2 578	83,7	82,7	4,7	5,2	7,9	7,2	3,7	4,9
Juli	350	330	11,3	10,6	2 603	2 355	83,6	83,3	5,5	5,8	6,6	5,4	4,3	5,5
August	314	291	10,1	9,4	2 333	2 075	83,7	85,2	6,0	5,4	5,6	4,3	4,7	5,1
September	245	246	8,2	8,2	1 823	1 754	79,9	77,3	7,4	9,4	7,0	6,9	5,7	6,4
Oktober	223	227	7,2	7,3	1 659	1 621	78,3	75,8	6,5	8,6	9,1	9,4	6,0	6,2
November	221	219	7,4	7,3	1 642	1 560	79,4	79,2	5,1	5,2	11,0	10,5	4,5	5,1
Dezember	279	257	9,0	8,3	2 071	1 833	78,6	82,1	5,0	3,6	12,7	10,4	3,7	3,9
Insgesamt	3 759	3 591	10,3	9,8	27 922	25 611	81,2	80,3	5,3	5,9	9,3	8,4	4,2	5,4

¹⁾ Für die Berechnung der Gesamtmilcherzeugung wurde 1960 ein durchschnittlicher Kuhbestand von 7 129 und 1961 von 7 428 zugrunde gelegt.
²⁾ Einschl. der zu Landbutter und -käse verarbeiteten Milch.

Die Kleinbetriebe des hamburgischen Bauhauptgewerbes

In der wirtschaftspolitischen Diskussion nimmt das Baugewerbe wegen seiner konjunkturellen Bedeutung seit jeher eine besondere Stellung ein. In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg hat sich die Bedeutung des Baugewerbes im Zuge des Wiederaufbaus der Wohnungen, der gewerblichen und der öffentlichen Bauten noch verstärkt. Aus diesen Gründen ist eine laufende und eingehende Durchleuchtung dieses Bereiches der Wirtschaft besonders notwendig.

Der wirtschaftlich bedeutendste Teil des Baugewerbes ist das „Bauhauptgewerbe“. Hierzu rechnen der Hoch- und Tiefbau, der Ingenieurbau, der Straßenbau, der Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau, der Isolierbau, der Brunnenbau, die Abbruch-, Spreng- und Entrümmungsbetriebe, das Stukkateur-, Gips- und Verputzergewerbe, die Zimmerer, der Ingenieurholzbau und die Dachdeckerei. Der andere Teil des Baugewerbes ist das Ausbau- und das Bauhilfsgewerbe ¹⁾.

In diesem Aufsatz soll nur vom Bauhauptgewerbe die Rede sein, das auf Grund des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I, S. 720) in der Fassung vom 26. April 1961 (BGBl. I, S. 477) regel-

mäßig statistisch erfaßt wird, und zwar müssen die Betriebe mit in der Regel 20 und mehr Beschäftigten monatlich berichten, während die Kleinbetriebe mit unter 20 Beschäftigten nur einmal jährlich zu der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe für den Berichtsmonat Juli herangezogen werden. Auf dieser Totalerhebung fußt die folgende Betrachtung der

Tab. 1
Die Kleinbetriebe des Bauhauptgewerbes in Hamburg nach der Totalerhebung im Juli 1961

Art der Angaben	Betriebe insgesamt	d a v o n			
		Betriebe mit 1-19 Beschäftigten		Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten	
		absolut	vH	absolut	vH
	1	2	3	4	5
Anzahl der Betriebe	1 260	815	64,7	445	35,3
Beschäftigte	51 827	5 407	10,4	46 420	89,6
Löhne in 1000 DM	37 108	3 041	8,2	34 067	91,8
Umsatz 1960 in Mio DM	993	109	11,0	884	89,0
Geleistete Arbeitsstunden in 1000	8 028	734	9,1	7 294	90,9

Kleinbetriebe des hamburgischen Bauhauptgewerbes. Es geht dabei vor allem darum, die Bedeutung dieser Kleinbetriebe im Rahmen des gesamten hamburgischen Bauhauptgewerbes darzustellen.

¹⁾ In der Systematik der Wirtschaftszweige bildet das Baugewerbe die Abteilung 3, das Bauhauptgewerbe die Unterabteilung 30 und das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe die Unterabteilung 31.

Einen ersten groben Überblick über das Gewicht der Kleinbetriebe im Juli 1961 für die wichtigsten erhobenen Merkmale gibt die Tabelle 1.

Obwohl die Zahl der Kleinbetriebe etwas über zwei Drittel der Gesamtzahl der Baubetriebe ausmachte, lag das wirtschaftliche Gewicht dieser Betriebe nur etwa bei rund einem Zehntel des gesamten Bauhauptgewerbes. Wird die Gruppe der Betriebe bis zu 19 Beschäftigten in die beiden Untergruppen 1 bis 9 und 10 bis 19 Beschäftigte unterteilt, so zeigt sich, daß auf die erste Gruppe etwa die Hälfte aller Betriebe (48,7 vH) entfiel, deren wirtschaftliche Bedeutung aber im Durchschnitt unter 5 vH lag.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Kleinbetriebe hat in den vergangenen Jahren fast von Jahr zu Jahr abgenommen. 1954 hatten diese Kleinbetriebe noch ein Gewicht von etwa einem Siebtel des gesamten Bauhauptgewerbes. Es zeigte sich somit auch in diesem Bereich in den letzten Jahren deutlich der Trend zum größeren Betrieb (s. Tab. 7 auf Seite 111).

Zahl und Art der Kleinbetriebe

Von den 815 Kleinbetrieben zählten 767 (94,1 vH) Betriebe im Juli 1961 zum Handwerk und 48 (5,9 vH) zur Industrie. Von allen 1047 Handwerksbetrieben des Bauhauptgewerbes gehörten somit 73,3 vH zur Gruppe der Kleinbetriebe und von allen 213 industriellen Baubetrieben waren es 22,5 vH.

Interessant ist die Aufgliederung der Kleinbetriebe nach den einzelnen Fachrichtungen des Bauhauptgewerbes, wie die Tabelle 2 ausweist.

Tab. 2
Die Fachrichtung der Kleinbetriebe des Bauhauptgewerbes in Hamburg nach der Totalerhebung im Juli 1961

Wirtschaftlicher Schwerpunkt	Betriebe mit		Kleinbetriebe	
	1-9 Beschäftigten	10-19 Beschäftigten	insgesamt	in vH der Betriebe des Bauhauptgewerbes
	1	2	3	4
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	3	4	7	11,9
Hoch- und Ingenieurbau . . .	364	124	488	67,4
Tief- und Ingenieurbau . . .	30	19	49	43,8
Straßenbau	14	8	22	29,3
Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau	2	2	4	66,7
Isolierbau	14	8	22	62,9
Abbruchbetriebe	17	3	20	87,0
Zimmerei- und Ingenieurholzbau	112	22	134	91,2
Dachdeckerei	53	10	63	92,6
Stukkateur-, Gips- und Verputzergewerbe	4	2	6	54,5
Insgesamt	613	202	815	64,7

Es zeigt sich, daß dort, wo die handwerkliche Tätigkeit noch einen breiten Raum einnimmt – nämlich bei der Zimmerei und dem Ingenieurholzbau, der Dachdeckerei und auch bei den Abbruchbetrieben – die Zahl der Kleinbetriebe relativ groß ist, während in den Bereichen, die einen größeren maschinellen und industriellen Einsatz verlangen – wie z. B. beim kombinierten Hoch-, Tief- und Ingenieurbau, beim Tief- und Ingenieurbau und beim Straßenbau – der

Anteil der Kleinbetriebe geringer ist. In den anderen Bereichen – mit Ausnahme des Stukkateur-, Gips- und Verputzergewerbes – entspricht der Anteil der Kleinbetriebe in etwa ihrem Durchschnittssatz von rund zwei Dritteln der gesamten Betriebszahl.

Beschäftigte sowie Löhne und Gehälter in den Kleinbetrieben

Von den 51 827 im Juli 1961 im Bauhauptgewerbe beschäftigten Personen entfielen 5 407 oder 10,4 vH auf die Kleinbetriebe. Tabelle 3 zeigt ihre Aufgliederung nach Beschäftigtengruppen.

Tab. 3
Die Beschäftigten der Kleinbetriebe des Bauhauptgewerbes in Hamburg nach der Totalerhebung im Juli 1961

Beschäftigtengruppen	In Betrieben mit		In Kleinbetrieben insgesamt	
	1-9 Beschäftigten	10-19 Beschäftigten	Beschäftigte	Anteil am Bauhauptgewerbe in vH
	1	2	3	4
Tätige Inhaber und Mitinhaber	648	221	869	65,0
Kaufm. Angestellte (einschl. Lehrlinge) . . .	71	108	179	7,8
Techn. Angestellte (einschl. Lehrlinge) . . .	9	39	48	2,8
Poliere, Schachtmeister, Meister	27	66	93	5,4
Hilfspolier, Hilfsmeister, Fachvorarbeiter	42	119	161	7,4
Facharbeiter	1 317	1 607	2 924	11,6
davon				
Maurer	781	921	1 702	15,5
Betonbauer	9	30	39	1,9
Zimmerer	219	230	449	9,4
Übrige Baufacharbeiter	243	283	526	15,6
Sonstige	65	143	208	5,1
Helfer	150	217	367	5,2
Hilfsarbeiter und sonstige Beschäftigte	166	237	403	4,9
Gewerbliche Lehrlinge, Umschüler, Anlernlinge und Praktikanten	175	188	363	18,4
Beschäftigte insgesamt . . .	2 605	2 802	5 407	10,4

Der Anteil der tätigen Inhaber und Mitinhaber in den Kleinbetrieben am gesamten Bauhauptgewerbe (65,0 vH) entspricht etwa dem Anteil der Kleinbetriebe an der Zahl aller Betriebe (64,7 vH). Das bedeutet, daß auch in den größeren Betrieben des Bauhauptgewerbes die tätigen Inhaber und Mitinhaber in etwa dem gleichen Umfange auftreten wie in den Kleinbetrieben. Bei insgesamt 815 Kleinbetrieben wurden 869 tätige Inhaber und Mitinhaber gezählt, so daß im Durchschnitt auf 100 Betriebe rd. 107 tätige Inhaber oder Mitinhaber entfielen.

Nur in wenigen Beschäftigtengruppen lag der Anteil der Kleinbetriebe über ihrem Anteil an allen Beschäftigten im Bauhauptgewerbe (10,4 vH). Hier sind vor allem die Facharbeiter zu nennen, von denen relativ mehr in den Kleinbetrieben zu finden waren (11,6 vH) und unter ihnen dann insbesondere diejenigen Gruppen, die vorwiegend handwerklich tätig

sind, wie die Maurer (15,5 vH) und die übrigen Bau-facharbeiter (15,6 vH), zu denen u. a. die Dachdecker, Isolierer und Stukkateure gehören.

Auch bei den gewerblichen Lehrlingen, Umschülern, Anlernlingen und Praktikanten lag der Anteil der Kleinbetriebe mit 18,4 vH relativ hoch. Einen besonders geringen Anteil hatten mit 2,8 vH naturgemäß die technischen Angestellten aufzuweisen, die vorwiegend in größeren Betrieben beschäftigt sind.

Bei den Gehältern liegt der Anteil der Kleinbetriebe an den Gehaltszahlungen im gesamten Bauhaupt-gewerbe besonders niedrig und entspricht dem ebenfalls geringen Anteil der Angestellten in den Kleinbetrieben.

Tab. 4
Löhne und Gehälter in den Kleinbetrieben des Bauhaupt-gewerbes in Hamburg nach der Totalerhebung im Juli 1961

Art der Bezüge	In Betrieben mit		In Kleinbetrieben insgesamt	
	1-9 Be-schäf-tigten	10-19 Be-schäf-tigten	Betrag	Anteil am Bau-haupt-gewerbe
	in 1000 DM			in vH
	1	2	3	4
Löhne	1 289	1 752	3 041	8,2
Gehälter	28	101	129	3,6

Geleistete Arbeitsstunden und Umsatz der Kleinbetriebe

Die wirtschaftliche Leistung der Kleinbetriebe des Bauhauptgewerbes zeigt sich vor allem in den Arbeitsstunden und im Umsatz dieser Betriebe.

Tab. 5
Geleistete Arbeitsstunden der Kleinbetriebe des Bauhaupt-gewerbes in Hamburg nach der Totalerhebung im Juli 1961

Bauarten	In Betrieben mit		In Kleinbetrieben	
	1-9 Be-schäf-tigten	10-19 Be-schäf-tigten	ins-gesamt	Anteil am Bau-haupt-gewerbe
	in 1000 Stunden			in vH
	1	2	3	4
Wohnungsbau	263	231	494	16,7
Gewerblicher und industrieller Bau	43	61	104	6,6
Öffentlicher und Verkehrs-bau	39	97	136	3,9
davon				
Hochbau	17	40	57	8,2
Straßenbau	10	20	30	5,1
Sonstiger Tiefbau	12	37	49	2,2
Insgesamt	345	389	734	9,1

Das Hauptgewicht der Tätigkeit der Kleinbetriebe des Bauhauptgewerbes lag im Wohnungsbau, auf den etwa zwei Drittel aller geleisteten Arbeitsstunden dieser Betriebe entfielen. Außerdem hatten die Kleinbetriebe auch im Rahmen des gesamten Bauhauptgewerbes bei dieser Bauart mit 16,7 vH ein verhältnismäßig großes Gewicht. Der gewerbliche und der industrielle Bau, der Straßenbau und der sonstige Tiefbau lagen dagegen mehr in den Händen größerer Betriebe. Nur im Hochbau des öffentlichen und des Verkehrsbaus hatten auch die Kleinbetriebe

eine etwas stärkere Bedeutung. Der Umsatz der Kleinbetriebe zeigt etwa das gleiche Bild wie bei den Arbeitsstunden; beide Größen weichen nur beim sonstigen Tiefbau etwas mehr voneinander ab, der bei den Arbeitsstunden nur 2,2 vH des Bauhaupt-gewerbes ausmachte, beim Umsatz dagegen mit 3,4 vH erheblich höher war, wenn auch hier der Abstand zum Durchschnitt von 9,1 vH sehr groß ist.

Tab. 6
Der Umsatz der Kleinbetriebe des Bauhauptgewerbes in Hamburg nach der Totalerhebung im Juli 1961

Bauarten	In Betrieben mit		In Kleinbetrieben insgesamt	
	1-9 Be-schäf-tigten	10-19 Be-schäf-tigten	Umsatz	Anteil am Bau-haupt-gewerbe
	in 1000 DM			in vH
	1	2	3	4
Wohnungsbau	3 243	2 829	6 072	15,6
Gewerblicher und industrieller Bau	564	1 003	1 567	6,8
Öffentlicher und Verkehrs-bau	561	1 575	2 136	4,7
davon				
Hochbau	194	643	837	8,0
Straßenbau	127	220	347	5,2
Sonstiger Tiefbau	240	712	952	3,4
Insgesamt	4 368	5 407	9 775	9,1

Wenn auch für die Kleinbetriebe des Bauhaupt-gewerbes nur die Zahlen für den Monat Juli vorliegen, so dürften diese doch ein zutreffendes Bild über die wirtschaftliche Bedeutung der betrachteten Betriebe abgeben, weil im Bauhauptgewerbe der Monat Juli als typisch für die Tätigkeit in der Bauwirtschaft angesehen werden kann.

Geräteausstattung der Kleinbetriebe

Die Geräteausstattung der Kleinbetriebe zeigt, daß die Mechanisierung auch in diesem Teil des Bauhauptgewerbes bedeutsam ist, wenn sie sich natürlich auch vorwiegend auf Geräte bezieht, die für kleinere Betriebe geeignet sind. Weit höher als dem wirtschaftlichen Gewicht der Kleinbetriebe von etwa 10 vH entspricht, waren die Betonmischer mit Trommelinhalt bis 250 l (35,7 vH), die Bauaufzüge (16,9 vH) und die Lkw bis 5 t (46,2 vH) vertreten. Dem wirtschaftlichen Gewicht der Kleinbetriebe entsprach etwa ihre Ausstattung mit Kompressoren (9,7 vH), Planierdraht (9,2 vH) und von den Straßenbaumaschinen für Schwarzdecken die Bitumen-, Teer- und Gußasphalt-Kocher (9,7 vH). Bei den anderen Geräten lag der Anteil der Kleinbetriebe am gesamten Bauhauptgewerbe mehr oder weniger unter dem Durchschnitt (Tabelle 8).

Schlußbemerkungen

Das durchschnittliche wirtschaftliche Gewicht der Kleinbetriebe des Bauhauptgewerbes von etwa 10 vH darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Kleinbetriebe in einzelnen Fachrichtungen, in verschiedenen Beschäftigungsgruppen und als Ausbildungsstellen; bei den Bauarten im Wohnungsbau und bei mehreren Gerätearten ein besonderes, überproportionales wirtschaftliches Gewicht haben. Es war Aufgabe der vorstehenden Ausführungen, durch die

Tab. 7 Der Anteil der Kleinbetriebe am Bauhauptgewerbe in Hamburg 1954 bis 1961 (jeweils Juli)

Jahre	Zahl der Betriebe		Beschäftigte		Löhne in 1000 DM		Umsatz im Vorjahr in Mio DM		Geleistete Arbeitsstunden in 1000	
	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1954	937	71,0	5 699	14,3	1 701	11,2	59	15,0	927	13,2
1955	882	67,8	5 794	12,8	1 894	9,8	58	13,8	938	11,7
1956	865	67,1	5 844	12,4	2 070	9,4	66	12,6	951	11,4
1957	871	68,7	5 740	13,2	2 215	10,5	79	12,3	912	12,5
1958	864	68,3	5 757	12,7	2 505	10,3	84	13,3	925	11,8
1959	822	66,1	5 512	11,2	2 644	9,2	90	12,5	849	10,2
1960	813	65,3	5 456	10,8	2 791	8,6	91	10,9	782	9,6
1961	815	64,7	5 407	10,4	3 041	8,2	109	11,0	734	9,1

Tab. 8

Geräteausstattung der Kleinbetriebe des Bauhauptgewerbes in Hamburg nach der Totalerhebung im Juli 1961

Geräte am 31. Juli 1961 ¹⁾		In Betrieben mit		In Kleinbetrieben insgesamt	
		1-9 Beschäftigten	10-19 Beschäftigten	Anzahl	Anteil am Bauhauptgewerbe in vH
		1	2	3	4
Betonmischer mit Trommelinhalt	unter 250 l	236	182	418	35,7
	250 bis 500 l	11	30	41	5,5
	über 500 l	—	3	3	2,2
Turmdrehkrane	bis 16 m/t	—	—	—	—
	über 16 m/t	1	2	3	1,9
Baufzüge		141	172	313	16,9
Förderbänder		25	33	58	8,6
Stahlrohrgerüste	in t	26	16	42	2,3
Kompressoren		26	33	59	9,7
Bagger mit Löffelinhalt	bis 0,5 cbm	11	20	31	8,7
	über 0,5 cbm	3	4	7	4,0
Lkw mit Nutzlast	bis 5 t	312	139	451	46,2
	über 5 t	7	11	18	5,3
Zugmaschinen, Traktoren		5	2	7	6,8
Planierraupen		14	20	34	9,2
Schürfwagen		1	—	1	3,2
Lader und Schütter		4	5	9	5,7
Straßenbau- maschinen für	a) Betonstraßen Fertiger und Verteiler	—	—	—	—
	Brückenmischer	—	—	—	—
	b) Schwarzdecken Fertiger	—	—	—	—
	Mischanlagen	—	1	1	2,6
	Bitumen-, Teer-, Gußasphaltkocher	7	11	18	9,7
Motorspritz- maschinen		1	4	5	6,4
		5	4	9	5,5
Straßenwalzen mit Walzgewicht	bis 8 t	—	2	2	3,5
	über 8 t	—	—	—	—
Verdichtungs- maschinen ohne Straßenwalzen		16	13	29	5,0
Boden- stabilisierungs- (Vermörtelungs-) maschinen		—	3	3	5,5
Rammen ohne Handrammen		4	20	24	6,3

¹⁾ In Stück bzw. t (bei Stahlrohrgerüsten).

weit aufgegliederte Darstellung der einzelnen in der Totalerhebung für das Bauhauptgewerbe erhobenen Merkmale die Punkte aufzuzeigen, wo die Klein-

betriebe eine besondere wirtschaftliche Bedeutung haben und besondere Leistungen innerhalb des Bauhauptgewerbes erbringen. Detlef Schmidt

Zum Aufsatz: „Der Gemüse- und Blumenanbau und die Ernte von Gemüse in Hamburg 1961“

Anbauflächen und Ernteerträge 1961 und 1958

Gemüsearten	Anbaufläche		Veränderung 1961 gegenüber 1958 in vH	Hektarertrag		Gesamternte		Veränderung 1961 gegenüber 1958	
	1961	1958		1961	1958	1961	1958	je ha	Gesamternte
	ha			in dz				in vH	
	1	2		3	4	5	6	7	8
Frühweißkohl	77	75	+ 2,7	304,0	306,5	23 408	22 988	— 0,8	+ 1,8
Herbstweißkohl	33	30	+ 10,0	422,0	407,1	13 926	12 212	+ 3,7	+ 14,0
Dauerweißkohl	49	70	— 30,0	387,1	390,5	18 968	27 335	— 0,9	— 30,6
Weißkohl zusammen	159	175	— 9,1	354,1	357,3	56 302	62 535	— 0,9	— 6,7
Frührotkohl	37	21	+ 76,2	218,6	226,1	8 088	4 748	— 3,3	+ 70,3
Herbstrotkohl	31	28	+ 10,7	292,9	288,3	9 080	8 073	+ 1,6	+ 12,5
Dauerrotkohl	44	41	+ 7,3	272,9	251,8	12 008	10 324	+ 8,4	+ 16,3
Rotkohl zusammen	112	90	+ 24,4	260,5	257,2	29 176	23 145	+ 1,3	+ 26,1
Frühwirsingkohl	124	130	— 4,6	260,3	264,8	32 277	34 424	— 1,7	— 6,2
Herbstwirsingkohl	17	15	+ 13,3	261,6	284,4	4 447	4 266	— 8,0	+ 4,2
Dauerwirsingkohl	7	3	+ 133,3	260,3	282,8	1 822	848	— 8,0	+ 114,9
Wirsingkohl zusammen	148	148	—	260,4	267,1	38 546	39 538	— 2,5	— 2,5
Grünkohl	112	101	+ 10,9	230,1	183,3	25 771	18 513	+ 25,5	+ 39,2
Rosenkohl	130	136	— 4,4	167,5	112,3	21 775	15 273	+ 49,2	+ 42,6
Frühblumenkohl	175	176	— 0,6	211,0	220,2	36 925	38 755	— 4,2	— 4,7
Spätblumenkohl (einschl. mittelfrüher)	98	127	— 22,8	188,2	193,7	18 444	24 600	— 2,8	— 25,0
Blumenkohl zusammen	273	303	— 9,9	202,8	209,1	55 369	63 355	— 3,0	— 12,6
Frühkohlrabi	98	61	+ 60,7	235,0	185,2	23 030	11 297	+ 26,9	+ 103,9
Spätkohlrabi	26	10	+ 160,0	203,6	184,4	5 294	1 844	+ 10,4	+ 187,1
Kohlrabi zusammen	124	71	+ 74,6	228,4	185,1	28 324	13 141	+ 23,4	+ 115,5
Kohl Gemüse zusammen	1 058	1 024	+ 3,3	241,3	230,0	255 263	235 500	+ 4,9	+ 8,4
Frühjahrskopfsalat	118	96	+ 22,9	190,4	167,8	22 467	16 109	+ 13,5	+ 39,5
Sommer- und Herbst- kopfsalat	106	92	+ 15,2	143,2	151,9	15 179	13 977	— 5,7	+ 8,6
Winterkopfsalat	0	1		135,5	100,1		100	+ 35,4	
Kopfsalat zusammen	224	189	+ 18,5	168,1	159,7	37 646	30 186	+ 5,3	+ 24,7
Feldsalat (Ackersalat)	5	5	—	82,0	93,2	410	466	— 12,0	— 12,0
Winterendivien	4	4	—	185,9	153,5	744	614	+ 21,1	+ 21,2
Frühjahrs spinat	163	145	+ 12,4	186,9	124,7	30 465	18 082	+ 49,9	+ 68,5
Herbst spinat	49	50	— 2,0	141,0	151,2	12 972	7 560	— 6,7	+ 71,6
Winterspinat	2	2	—	128,4	90,0	257	180	+ 42,7	+ 42,8
Spinat zusammen	257	197	+ 30,5	170,0	131,1	43 694	25 822	+ 29,7	+ 69,2
Blattgemüse zusammen	490	395	+ 24,1	168,4	144,5	82 494	57 088	+ 16,5	+ 44,5
Grüne Pflückerbsen	71	12	+ 491,7	118,9	94,2	8 442	1 130	+ 26,2	+ 647,1
Buschbohnen	109	134	— 18,7	109,5	110,0	11 936	14 744	— 0,5	— 19,0
Stangenbohnen	34	30	+ 13,3	133,0	125,2	4 522	3 755	+ 6,2	+ 20,4
Grüne Pflückbohnen zus.	143	164	— 12,8	115,1	112,8	16 458	18 499	+ 2,0	— 11,0
Dicke Bohnen	26	26	—	143,0	122,9	3 718	3 195	+ 16,4	+ 16,4
Einlegegurken	20	18	+ 11,1	108,4	130,3	2 168	2 346	— 16,8	— 7,6
Schälgurken	13	20	— 35,0	151,1	154,8	1 964	3 095	— 2,4	— 36,5
Gurken zusammen	33	38	— 13,2	125,2	143,2	4 132	5 441	— 12,6	— 24,1
Tomaten	185	200	— 7,5	258,5	204,7	47 823	40 940	+ 26,3	+ 16,8
Fruchtgemüse zusammen	458	440	+ 4,1	175,9	157,3	80 573	69 205	+ 11,8	+ 16,4
Frühe Möhren	50	47	+ 6,4	224,7	193,6	11 235	9 099	+ 16,1	+ 23,5
Späte Möhren	77	79	— 2,5	295,9	313,9	22 784	24 798	— 5,7	— 8,1
Möhren zusammen	127	126	+ 0,8	267,9	269,0	34 019	33 897	— 0,4	+ 0,4
Rote Bete (Rote Rüben)	4	3	+ 33,3	226,2	235,5	905	707	— 4,0	+ 28,0
Meerrettich	31	27	+ 14,8	75,6	84,5	2 344	2 282	— 10,5	+ 2,7
Sellerie	168	157	+ 7,0	241,7	201,2	40 606	31 588	+ 20,1	+ 28,5
Porree (Lauch)	163	152	+ 7,2	256,0	191,6	41 728	29 123	+ 33,6	+ 43,3
Zwiebeln	10	8	+ 25,0	189,8	140,8	1 898	1 126	+ 34,8	+ 68,6
Wurzelgemüse zusammen	503	473	+ 6,3	241,6	208,7	121 500	98 723	+ 15,8	+ 23,1
Schwarzwurzeln	4	7	— 42,9	99,2	123,5	397	865	— 19,7	— 54,1
Spargel (ertragfähiger)	7	3	+ 133,3	41,0	22,1	287	66	+ 85,5	+ 334,8
Rhabarber	123	134	— 8,2	251,3	234,9	30 910	31 477	+ 7,0	— 1,8
Sonstige Gemüsearten	39	29	+ 34,5	186,4	172,9	7 270	5 015	+ 7,8	+ 45,0
Freiland-Gemüse insges.	2 682	2 505	+ 7,1	215,8	198,8	578 694	497 939	+ 8,6	+ 16,2

Zum Aufsatz: „Der Viehbestand in Hamburg im Dezember 1961“

Der Viehbestand am 4. Dezember 1961 in den hamburgischen Bezirken

Bezirke, Stadtteile	Rindvieh					Schweine				Schafe	Ziegen	Federvieh		Bienen-völker
	Pferde	Ins-gesamt	darunter			ins-gesamt	darunter					Hühner ¹⁾	Gänse und Enten	
			Jung-vieh 3 Mon. b. unt. 2 Jahre alt	Kühe und Färsen			Jung-schwei-ne 8Woch. bis unt. 1/2 Jahr alt	Zucht-sau- en 1/2 Jahr alt und älter	Schlacht-schwei-ne 1/2 Jahr alt und älter					
				zu-sam-men	dar-unter Milch-kühe									
S t ü c k														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Bez. Hamburg-Mitte 1961	119	685	328	265	213	1 017	562	47	279	129	22	36 423	1 656	332
dagegen 1959	165	671	284	289	248	1 039	408	67	366	160	21	40 981	1 870	296
darunter (im Jahre 1961)														
Blankstedt	21	257	66	158	130	281	151	22	70	13	5	9 810	332	137
Blankenwerder	26	421	259	103	81	602	356	20	161	69	5	8 797	480	37
Bez. Altona 1961	748	1 136	428	515	437	1 323	524	80	376	175	9	24 897	874	796
dagegen 1959	688	1 215	455	596	496	1 443	771	55	305	185	9	34 072	1 206	849
Bez. Eimsbüttel 1961	112	709	307	306	266	1 580	831	124	318	136	11	33 929	760	600
dagegen 1959	155	820	315	400	343	2 339	1 111	173	562	177	21	45 942	2 587	672
darunter (im Jahre 1961)														
Blankenstedt	39	100	39	52	49	147	52	12	45	41	5	9 852	205	123
Blankenfelde	43	404	181	182	149	441	193	29	123	51	5	11 367	259	180
Bez. Hamburg-Nord 1961	130	124	49	60	54	461	144	37	210	52	3	16 629	497	803
dagegen 1959	186	157	61	82	70	476	217	36	132	54	5	21 222	602	960
Bez. Wandsbek 1961	685	2 766	1 111	1 365	1 244	4 428	1 530	246	1 979	658	19	69 677	2 129	2 177
dagegen 1959	711	3 004	1 032	1 673	1 416	4 666	1 693	198	2 182	864	37	98 145	3 469	2 077
darunter (im Jahre 1961)														
Almsen	387	89	84	5	3	62	7	37	8	23	2	4 233	78	189
Almsen und Steilshoop	12	179	140	30	25	689	273	18	371	84	4	15 654	321	186
Blankenfelde-Mellingstedt	38	204	49	134	121	1 038	68	13	835	18	—	3 239	120	108
Blankenstedt	55	328	117	171	157	387	138	16	149	384	2	2 629	96	101
Blankenstedt-Ohlstedt	38	288	126	112	102	289	149	5	95	6	—	2 517	143	178
Blankenstedt	20	222	92	104	98	347	140	32	93	12	2	2 833	152	75
Blankenstedt	30	78	24	44	44	62	27	7	25	14	—	1 846	18	245
Blankenstedt	21	673	227	378	355	614	222	52	150	62	3	10 256	432	332
Bez. Bergedorf 1961	322	6 143	2 404	2 934	2 359	6 593	2 372	579	2 277	158	665	71 508	2 966	847
dagegen 1959	496	5 665	2 165	2 931	2 350	6 291	2 197	415	2 362	176	1 046	60 692	3 802	968
darunter (im Jahre 1961)														
Blankenfelde	34	536	175	274	197	347	142	32	99	13	39	3 705	93	107
Blankenfelde	57	882	374	429	356	516	213	27	215	10	79	4 241	85	74
Blankenfelde	42	855	304	452	372	796	192	67	289	9	93	4 469	92	98
Blankenfelde	71	1 010	388	477	375	1 790	739	108	680	10	326	26 307	1 857	46
Blankenfelde	9	554	249	206	147	713	185	76	319	6	37	2 697	71	12
Blankenfelde	18	418	174	219	180	357	125	40	90	3	20	1 415	59	6
Blankenfelde	30	688	292	326	256	429	140	46	118	9	22	3 344	75	44
Blankenfelde	36	706	269	296	277	486	214	114	60	48	3	6 348	212	49
Blankenfelde	7	195	65	94	76	283	107	7	133	3	5	5 249	79	2
Blankenfelde	1	39	3	32	17	96	18	3	50	11	20	3 012	66	—
Blankenfelde	2	87	48	35	23	308	77	23	95	1	2	552	2	15
Bez. Harburg 1961	560	5 911	2 932	2 374	2 041	6 942	2 642	555	1 979	627	106	68 741	3 267	760
dagegen 1959	721	6 339	2 961	2 664	2 206	7 414	3 263	513	2 040	586	162	81 591	3 620	716
darunter (im Jahre 1961)														
Blankenfelde und Gut Moor	49	632	290	301	264	298	123	25	88	40	18	4 568	373	4
Blankenfelde	32	247	80	109	97	343	102	29	100	26	3	2 957	151	46
Blankenfelde u. Georgsw.	82	239	85	141	118	421	150	50	142	62	12	15 408	672	52
Blankenfelde	70	267	108	132	114	418	118	20	211	35	6	1 653	122	5
Blankenfelde	17	465	209	186	158	223	123	5	68	5	—	3 291	143	—
Blankenfelde	21	878	340	448	389	856	345	76	200	30	5	4 754	194	2
Blankenfelde	19	116	48	57	53	142	52	7	45	24	11	2 340	53	10
Blankenfelde-Fischbek	63	597	249	296	246	1 077	444	38	367	314	6	10 975	169	143
Blankenfelde	42	602	382	161	126	583	168	66	145	1	2	1 737	101	8
Blankenfelde	99	1 503	1 006	347	292	1 967	796	193	392	11	14	8 390	471	112
Hamburg insgesamt²⁾	2 676	17 474	7 559	7 819	6 614	22 344	8 605	1 668	7 418	1 935	835	321 804	12 149	6 315
dagegen 1959 ²⁾	3 122	17 871	7 273	8 635	7 129	23 668	9 660	1 457	7 949	2 202	1 301	382 645	17 156	6 538

¹⁾ Ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner. — ²⁾ Ohne Schlachthöfe und Viehmärkte.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1961	Februar 1962	Januar 1962
	1938	1950	1961			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte ¹⁾						
Luftdruck, mm	761,7	758,8	761,1	764,0	763,3	759,5
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,9	5,3	2,1	3,3
Relative Luftfeuchtigkeit, vH	82	82	78	86	77	84
Windstärke ²⁾	3,1	3	3	4
Bewölkung ³⁾	6,7	7,2	6,9	8	8	8
2. Summenwerte						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	917	84	86	79
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 454	45	52	27
Tage ohne Sonnenschein	88	76	71	8	7	18
Tage mit Niederschlägen	160	221	209	26	27	29
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) ⁴⁾						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	295,2	295,4	295 p	295 p
Altona	220,3	272,7	273,4	273,6	273 p	273 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,9	261,9	262 p	262 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	429,8	431,2	428 p	428 p
Wandsbek	166,7	221,9	303,4	298,0	312 p	312 p
Bergedorf	52,6	82,4	78,3	78,0	78 p	78 p
Harburg	135,7	172,4	200,6	199,7	202 p	202 p
* Hamburg insgesamt	1 679,7	1 602,5	1 842,6	1 837,8	1 850 p	1 850 p
davon männlich	788,8	750,3	853,9	850,9	858 p	858 p
weiblich	890,9	852,2	988,7	986,9	992 p	992 p
dar. Ausländer ⁷⁾	16,6	19,9	37,9	34,7	43	41,7
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
Eheschließungen	1 447	1 414	1 588	1 151	1 208	957
Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	10,3	8,2	8,5 p	6,1
Ehescheidungen	266	434	298	325	291	288
• Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	2 346	1 448	2 122	2 026	2 010	2 179
darunter unehelich	209	154	162	166	160 p	154
• Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	13,8	14,4	14,2 p	13,9
• Unehelich Geborene vH der Geborenen	9,1	10,8	7,7	8,2	7,9 p	7,2
• Totgeborene vH der Geborenen	2,1	1,9	1,5	1,0	1,3	1,4
* Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	1 949	1 830	2 222	2 343
darunter unter 1 Jahr alt	118	64	50	45	49	57
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 103	1 059	1 300 p	1 399
• Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	12,7	13,0	15,7 p	14,9
• Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	50,6	43,5	23,6	24,1	24,4 p	26,0
• Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 173	+ 196	- 212	- 164
3. Wanderungen						
• Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	6 535	4 933	4 800 p	6 700 p
• Fortgezogene Personen nach außerhalb Hamburgs	7 788	2 174	5 729	5 026	4 200 p	5 700 p
• Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	+ 806	- 93	+ 600 p	+ 1 000 p
davon männlich	...	+ 2 533	+ 517	- 61	+ 400 p	+ 600 p
weiblich	...	+ 2 954	+ 289	- 32	+ 200 p	+ 400 p
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	15 503	12 831	14 082	16 949
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	...	2 668	1 561	1 302	1 300 p	1 700 p
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾	...	1 311	796	701	700 p	800 p
Niedersachsen	...	1 854	1 204	928	900 p	1 300 p
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	...	567	270	267	250 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	...	1 214 ¹¹⁾	2 242	1 614	1 600 p	2 400 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	...	1 072	403	281	50 p	70 p
Ausland	...	485	1 057	741	900 p	1 200 p
Unbekannt	...	368	68	67	50 p	60 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	...	718	1 864	1 659	1 350 p	1 600 p
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾	...	457	1 203	1 106	800 p	1 100 p
Niedersachsen	...	449	1 136	995	800 p	1 300 p
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	...	131	381	269	180 p	400 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	...	764 ¹¹⁾	2 059	1 747	1 500 p	2 070 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	...	89	38	31	20 p	30 p
Ausland	...	142	591	553	500 p	730 p
Unbekannt	...	12	41	41	30 p	20 p

¹⁾ Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ³⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — ⁴⁾ Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ⁵⁾ Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählung vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. — ⁶⁾ Ab 1961 Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Wohnungszählung 1961. In den Berichtsmonaten Stand am Monatsende. — ⁷⁾ Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — ⁸⁾ Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1961	Februar 1962	Januar 1962
	1938	1950	1961			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	9 464	12 742	11 843	11 866	11 857	11 857
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	301 220	303 547	288 022	320 989
Bettenausnutzung in vH ²⁾	77,1	86,8	86,6	93,8	89,6	90,2
b) Gemeinnützige Krankenanstalten ³⁾						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	4 339	4 690	4 657	4 651	4 671	4 671
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	123 035	122 009	119 939	129 151
Bettenausnutzung in vH ²⁾	74,5	88,6	87,1	93,9	91,9	89,4
c) Privatkanenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	..	409	563	556	577	571
Krankenverpflegungstage	..	8 983	12 955	14 650	13 414	13 978
Bettenausnutzung in vH ²⁾	..	60,1	78,9	94,4	83,5	79,0
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	189	2 260	982	982	947	947
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	24 046	23 853	23 878	23 744
Bettenausnutzung in vH ²⁾	81,8	91,5	80,6	86,8	90,1	79,4
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	833	1 645	1 132	1 127	1 136	1 136
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	29 359	29 107	26 909	28 626
Bettenausnutzung in vH ²⁾	93,5	97,4	86,8	92,0	89,6	85,9
3. Anstalten für Geisteskranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 678	1 649	1 719	1 719
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	47 203	44 355	45 183	49 430
Bettenausnutzung in vH ²⁾	98,0	75,1	95,5	98,5	96,6	95,9
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 302	1 302	1 302	1 302
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	39 102	36 100	35 941	39 688
Bettenausnutzung in vH ²⁾	99,7	98,8	98,8	99,0	98,6	98,3
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 270	1 220	1 280	1 280
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 366	35 399	35 288	38 910
Bettenausnutzung in vH ²⁾	—	68,4	98,8	100,0	98,5	98,1
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 949	1 830	..	2 343
darunter						
Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	21	23	..	25
Krebs	240	285	395	360	..	430
Gehirnblutungen	136	172	239	225	..	327
Herzkrankheiten	232	269	438	426	..	557
Lungenentzündung	103	47	45	52	..	60
Freitod	62	50	42	30	..	43
Verkehrsunfälle	22	20	34	31	..	45
Andere Verunglückungen	48	41	54	39	..	61
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	169	174	154 ⁵⁾	164
Plätze	66 691	47 891	90 426	93 044	83 164 ⁵⁾	87 308
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 908 976	2 017 058	1 525 770	1 965 974
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer ⁴⁾	361 531	407 741	625 156	623 428	633 198	632 748
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	258 670	243 369	296 350	291 254
Öffentliche Fürsorge						
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung ⁶⁾						
Mitglieder		694 658	701 079	697 452	699 691	701 166
Pflichtmitglieder	452 518	486 742	469 104	466 890	465 225	467 406
Rentner	..	171 139	170 469	170 579	171 164	170 583
Freiwillige Mitglieder	64 028	36 777	61 506	59 983	63 302	63 177
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	15 825	31 706	40 961	41 836	31 382
männlich	9 091	10 123	21 539	28 243	27 770	21 698
weiblich	6 450	5 702	10 167	12 718	14 066	9 684
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger		153 175	294 342	293 321	298 996	298 621
Rentenversicherung der Arbeiter	94 346 ⁸⁾	106 248	193 895	192 950	196 366	196 310
Rentenversicherung der Angestellten	..	46 927	100 447	100 371	102 630	102 311
Ausgezahlte Renten in DM	..	28 880 000	56 778 681	53 899 126	58 349 383	58 255 652
Rentenversicherung der Arbeiter	..	18 350 000	32 792 909	31 024 663	33 326 825	33 305 824
Rentenversicherung der Angestellten	..	10 530 000	23 985 772	22 874 463	25 022 558	24 949 828
Offene Fürsorge						
Laufend unterstützte Parteien ⁷⁾	55 658	25 040	22 036	22 556	21 797	21 788
Laufend unterstützte Personen	..	40 214	30 541	31 426	29 869	29 890
Laufend unterstützte Personen auf 1000 Einwohner	..	25,3	16,6	17,1	16,2	16,2

¹⁾ Ohne Säuglingsbetten. — ²⁾ Ohne gesperrte Betten. — ³⁾ 1938 einschl. Privatkanenanstalten. — ⁴⁾ 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — ⁵⁾ Außerdem 8 Lichtspieltheater mit 2993 Plätzen, die von der Flutkatastrophe betroffen wurden und voraussichtlich nur vorübergehend geschlossen sind. — ⁶⁾ Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁷⁾ Der für 1938 ausgewiesene Personenkreis ist mit den übrigen Jahren nur bedingt vergleichbar. — ⁸⁾ Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1961	Februar 1962	Januar 1962
	1938	1950	1961			
Arbeitsmarkt						
1. Umfang der Beschäftigung						
* Beschäftigte Arbeitnehmer am Monatsende 1)	638 856 5)	580 940	835 739	.	.	841 072 7)
davon						
* männlich	428 675	384 486	502 914	.	.	504 823
weiblich	210 181	196 454	332 825	.	.	336 249
2. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	4 865	5 949	5 998	5 489
davon						
* männlich	23 937	56 428	3 072	3 712	4 092	3 616
weiblich	5 971	34 403	1 793	2 237	1 906	1 873
Offene Stellen	31 522	1 789	19 999	17 941	21 665	19 845
davon						
* männlich	21 009	744	10 861	8 419	11 511	10 559
weiblich	10 513	1 045	9 138	9 522	10 154	9 286
Stellenvermittlung in Dauerbeschäftigung *)	16 088	21 006	7 661	8 208	6 605	7 690
davon						
* männlich	11 107	13 007	5 178	5 531	4 558	5 064
weiblich	4 981	7 999	2 483	2 677	2 047	2 626
Stellenvermittlung in kurzfristige Beschäftigung	9 175	24 625	10 828	16 909	9 758	9 569
davon						
* männlich	7 544	23 585	9 952	15 986	9 076	8 647
weiblich	1 631	1 040	876	923	682	922
Arbeitsuchende am Monatsende *)	35 944	94 886	9 273	11 974	11 224	10 951
davon						
* männlich	28 215	59 355	6 197	7 844	7 717	7 380
weiblich	7 729	35 531	3 076	4 130	3 507	3 571
3. Die Arbeitslosen 4)						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 865	5 949	5 998	5 489
darunter						
Bauberufe	.	6 710 6)	162	251	451	388
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 766 6)	130	155	199	92
Elektriker	.	1 627 6)	29	32	44	31
Chemiewerker	.	1 879 6)	84	124	93	81
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 6)	28	30	62	49
Graphische Berufe	.	690 6)	53	65	34	33
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	.	1 180 6)	11	16	15	16
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	.	6 623 6)	139	190	171	141
Kaufmännische Berufe	.	8 598 6)	965	1 169	500	570
Verkehrsberufe	.	8 787 6)	592	798	423	379
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 6)	844	885	1 187	1 236
Künstlerische Berufe	.	2 260 6)	341	391	386	365
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude	.	469	348	334	152	171
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	485	311	174	226
* Wohnungen	.	2 540	1 550	969	649	721
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	100	62	40	50
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	45 316	28 856	19 179	23 517
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude	.	185	133	128	60	118
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	376	330	98	496
* Wohnungen	.	20	21	35	6	17
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	32 692	27 067	9 036	33 696
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	516	385	367	79	75
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	524	376	124	122
Wohnungen	.	2 206	1 692	1 133	414	426
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	47 751	31 330	12 876	12 060
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	237	128	95	43	85
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	369	181	86	340
Wohnungen	.	.	20	14	4	9
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	31 230	16 932	7 565	16 370
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	479	86	80	150
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	547	149	123	169
Wohnungen	.	2 096	1 804	501	380	584
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	114	33	22	34
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	45 353	13 217	11 044	17 114
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	117	45	39	56
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	293	263	56	217
Wohnungen	.	26	20	9	5	5
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	22 781	14 454	5 387	21 807

1) Wird vierteljährlich ausgezählt. - 2) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. - 3) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. - 4) Infolge Umstellung der Systematik sind die Zahlen von 1961 und 1962 nur bedingt vergleichbar. - 5) Juni 1938. - 6) Durchschnitt aus April-Dezember 1950. - 7) Dezember 1961.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1961	Februar 1962	Januar 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt ¹⁾	706	2 122	1 824	510	380	589
darunter						
mit öffentlichen Mitteln gefördert	.	1 526	1 417	341	201	347
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	.	6 575	6 668	1 934	1 314	2 082
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes ²⁾)						
Im Bau befindliche Wohnungen	.	17 089	23 031	25 900	22 900	22 900
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	.	8 412	8 180	10 100	8 700	8 500
5. Bestand an normalen Wohngebäuden und Wohnungen³⁾ (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden	.	122	185	183	189	189
Bestand an Wohnungen	.	336	590	584	605	604
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	.	1 276	2 129	2 106	2 183	2 183
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	744	248	120	156
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77—80 II. WoBauG.	—	830	567	86	70	160
c) für die Umschichtung	—	—	104	7	11	31
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	739	573	642	565
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	678	363	123	146	199
Abgang von Wohnungen (Wohnraumkartei)	—	306	156	167	103	211
7. Bauberichterstattung⁴⁾						
* Zahl der Beschäftigten	.	21 853	44 262	41 720	42 553	43 210
davon						
Inhaber	.	335	449	443	456	459
Angestellte	.	1 739	3 686	3 516	3 828	3 809
Arbeiter ⁵⁾	.	19 779	40 127	37 761	38 269	38 942
* Löhne in 1000 DM	.	6 168	30 615	24 576	22 887	26 341
* Gehälter in 1000 DM	.	731	3 451	2 952	3 532	3 555
* Umsatz in 1000 DM	.	15 950	85 931	55 361	59 919	58 538
darunter						
im Wohnungsbau in 1000 DM	.	.	29 874	20 768	19 790	18 836
im gewerbl. und industr. Bau in 1000 DM	.	.	19 546	13 438	15 614	15 646
* Geleistete Arbeitsstunden in 1000	.	3 732	6 900	5 732	5 056	5 761
darunter						
für Wohnungsbauten in 1000	.	1 498	2 369	2 058	1 535	1 871
für gewerbl. und industr. Bauten in 1000	.	1 051	1 515	1 420	1 246	1 430
Preise und Indizes						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt						
für 50 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	43,80	75,80	119,30	119,90	124,50	124,70
Kühe, sonstige vollfleischige	37,60	62,70	93,70	93,40	94,20	93,00
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	57,00	91,30	167,10	154,00	158,80	164,70
Schweine, von 100—119,5 kg Lebendgewicht	50,90	117,50	126,70	130,10	123,70	122,50
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	40,70	61,90	99,90	103,40	109,00	99,50
2. Durchschnittspreise für Fleisch⁶⁾						
1. Qualität für 50 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	76,50	131,50	208,50	205,00	210,30	210,00
Kalbfleisch, beste Qualität	94,70	174,50	297,70	278,80	287,00	312,50
Hammelfleisch, beste Qualität	92,80	127,00	231,00	229,40	261,50	240,00
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	70,40	178,50	173,40	175,30	173,30	171,90
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbraucherguppe —						
Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	132,0	129,6	136,9	136,4
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	83,8	83,7	84,4	83,9
Wohnung	97,5	100	141,8	140,3	143,9	143,9
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	147,0	146,4	149,9	149,8
Hausrat	53,9	100	117,7	115,9	120,6	120,1
Bekleidung	47,9	100	107,2	106,6	108,1	107,9
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	119,4	118,0	122,4	122,1
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	147,6	145,9	149,5	149,3
Verkehr	65,0	100	143,9	143,6	144,1	144,1
Ernährung						
einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	125,7	123,6	130,0	129,5
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	125,9	124,2	129,3	128,9
Gesamtlebenshaltung	62,8	100	127,3	125,7	130,5	130,1
(1950 = 100)						
(1938 = 100)	100	159,3	202,9	200,3	207,9	207,4

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 34 Wohnungen). — 2) Für die Jahre 1950 und 1961 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — 3) Einschl. Behelfsheime von 30 und mehr qm; Bestand 1950 nach der Wohnungszählung vom 13. 9. 1950. — 4) Betriebe ab 20 Beschäftigte. — 5) Einschl. Umschüler und Lehrlinge. — 6) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1961	Februar 1962	Januar 1962
	1936 ¹⁾	1950	1961			
Industrie ²⁾						
1. Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 857	1 853	1 843	1 842
• Beschäftigte insgesamt	145 200	140 867	233 971	232 094	232 283	232 254
darunter						
• Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge	•	111 760	171 526	171 062	168 851	168 885
• Geleistete Arbeiterstunden in 1000	•	21 399	28 929	27 811	26 350	28 316
• Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM	•	11 369	50 328	46 038	52 678	52 326
• Bruttosumme der Löhne in 1000 DM	•	28 356	92 882	80 290	89 172	95 111
• Umsatzwerte in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 063 658	955 317	941 769	1 034 579
• darunter nach dem Ausland in 1000 RM/DM	•	12 845	131 761	141 868	122 404	153 725
• Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ³⁾ t	•	52 913	16 806	20 518	19 322	20 762
• Heizölverbrauch in t	•	•	47 309	50 952	52 659	61 966
• Stromerzeugung in 1000 kWh	•	•	12 962	13 188	12 874	14 953
• Stromverbrauch in 1000 kWh	•	34 341	98 143	97 654	92 855	107 631
• Gasverbrauch in 1000 cbm	•	•	7 005	7 719	7 270	8 668
2. Beschäftigte und Umsatz nach Industriegruppen						
Beschäftigte						
Gesamte Industrie	145 200	140 867	233 971	232 094	232 283	232 254
darunter						
Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 417	8 401	8 454	8 439
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	3 034	3 065	3 068	3 087
Chemische Industrie	8 200	10 439	17 396	17 234	17 500	17 173
Kautschuk und Asbest	9 200	10 380	13 723	13 899	13 324	13 398
Maschinenbau	12 400	16 409	30 283	29 930	30 125	29 983
Schiffbau	26 500	12 559	30 188	30 899	29 592	29 719
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 472	27 852	28 906	28 572
Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁵⁾	6 721	12 160	11 858	12 435	12 387
Ölmühlenindustrie	5 400	4 628	2 790	2 782	2 787	2 781
Margarineindustrie	•	•	3 093	3 045	3 045	3 038
Kaffee und Tee	•	721	3 505	3 289	3 557	3 722
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 601	3 459	3 541	3 491
Umsatz ⁴⁾ in 1000 RM/DM						
Gesamte Industrie	154 200	333 013	1 063 658	955 317	941 769	1 034 579
darunter						
Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	182 278	151 412	151 859	178 895
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	35 548	34 529	29 142	30 599
Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	77 253	72 876	74 028	79 614
Kautschuk und Asbest	4 600	13 990	37 397	35 258	34 110	32 544
Maschinenbau	9 400	16 234	64 650	56 383	60 944	62 766
Schiffbau	14 400	7 633	66 076	54 800	40 868	64 091
Elektroindustrie	4 400	10 463	112 793	109 984	106 762	116 750
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁵⁾	7 748	31 950	27 699	32 503	30 442
Ölmühlenindustrie	•	•	37 023	37 852	35 058	40 346
Margarineindustrie	21 500	41 967	23 036	23 041	17 728	21 213
Kaffee und Tee	•	4 298	57 307	49 491	55 132	55 204
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	100 437	89 294	89 608	93 459
3. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung in 1000 cbm	5 737 ⁷⁾	8 282	10 164	9 218	9 227	10 508
• Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis	18 767 ⁸⁾	20 935	34 088	37 385	42 130	49 058
• Stromerzeugung in 1000 kWh	40 210 ⁹⁾	125 855	361 337	362 800	372 596	445 660
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
	1938					
• Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	2 327	2 098	1 992	2 087
• Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 890	1 603	1 679	1 646
• in vH der Gesamterzeugung	61,0	85,2	81,2	76,4	84,3	78,8
• Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	10,3	10,1	11,4	10,2
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg	•	10 709	11 279	10 189	10 392	11 115
davon						
lose in 1000 kg	•	•	5 295	5 023	4 379	4 747
in Flaschen in 1000 kg	•	•	5 984	5 166	6 013	6 368
Mager- und Buttermilch in 1000 kg	•	1 186	568	307	290	317
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	9 992	6 831	6 791	9 406
Kälber	3 884	3 699	3 197	3 360	2 640	3 051
Schweine	24 847	19 784	46 132	43 616	44 896	53 684
Schafe	4 265	5 681	4 024	3 106	2 602	3 734
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
Rindvieh (ohne Kälber)	8 075	3 363	9 080	6 964	6 650	7 725
• Kälber	5 568	4 065	3 082	3 382	2 675	3 042
• Schweine insgesamt	40 186	21 165	48 507	45 623	46 830	57 131
• darunter Hausschlachtungen	•	1 455	553	882	628	1 629
• Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ⁹⁾	6 467	3 220	6 714	5 782	5 932	7 203
darunter						
• Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	2 216	1 649	1 642	1 908
• Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 124	3 780	3 996	4 923
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
• für Rinder in kg	246,3	248,7	244,1	236,8	246,9	247,0
• für Kälber in kg	57,2	43,2	58,8	53,3	61,8	58,3
• für Schweine in kg	96,5	95,5	86,0	84,5	86,5	88,7

¹⁾ Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. - ²⁾ Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Arbeitskräften berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). - ³⁾ 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. - ⁴⁾ Ohne Handelsware, einschl. Verbrauchsteuern. - ⁵⁾ 1936 = einschl. Papierverarbeitung. - ⁶⁾ 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. - ⁷⁾ Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. - ⁸⁾ Rechnungsjahr 1935/36. - ⁹⁾ Der gewerblichen Schlachtungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1961	Februar 1962	Januar 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Deichtormarkt)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	3 015	2 219	2 022	2 213
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	13 135	14 094	13 216	14 953
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 489	3 404	4 244	5 234
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	4 021	3 775	2 886	3 638
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	3 154	2 807	2 324	2 630
darunter in Hamburg angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	2 867	2 258	1 991	2 124
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
* Einzelhandel aller Betriebsformen			168	138	145	157
davon						
* Nahrungs- und Genußmittel			161	139	151	155
darunter						
Lebensmittel aller Art			162	141	157	159
Obst, Gemüse, Süßfrüchte			162	123	143	149
Fische und Fischwaren			176	162	162	182
Milch und Milcherzeugnisse			142	128	130	137
Schokolade und Süßwaren			133	109	109	108
Tabakwaren			156	136	142	150
* Bekleidung, Wäsche, Schuhe			167	118	116	145
darunter						
Textilien aller Art			191	135	138	167
Wirk-, Strick- und Kurzwaren			180	130	144	160
Oberbekleidung			156	98	93	132
Schuhwaren			172	114	103	135
* Hausrat und Wohnbedarf			180	148	154	163
darunter						
Eisenwaren und Küchengeräte			175	124	136	148
Porzellan und Glaswaren			193	180	115	147
Beleuchtungs- und Elektrogeräte			224	173	180	198
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel			213	173	216	213
Möbel			135	113	118	113
Teppiche, Gardinen usw.			138	141	140	144
* Sonstige Waren			176	153	158	170
darunter						
Bücher			192	164	184	203
Papier- und Schreibwaren			166	150	138	194
Galanterie- und Lederwaren			169	112	116	117
Apotheken			164	162	172	181
Drogerien			176	135	153	149
Foto und Optik			182	127	128	157
Büromaschinen und Büromöbel			143	154	131	155
Fahrräder, Kraftfahrzeuge und Zubehör			197	162	94	90
Kraftwagen und Zubehör			205	204	168	164
Uhren, Gold- und Silberwaren			182	123	126	152
Blumen und Sämereien			200	176	176	210
Brennmaterial			128	139	175	182
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1955 = 100)						
Gaststättenwesen insgesamt			149	129	124	141
darunter						
Hotels und Gasthöfe			122	97	88	110
Fremdenheime und Pensionen			165	126	130	141
Schank- und Speisewirtschaften mit Ausschank alkoholischer Getränke			141	123	120	136
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden		48 229	106 693	72 574	71 544	83 076
darunter Ausländer		10 303	39 328	18 245	16 706	19 822
* Zahl der Übernachtungen		103 109	221 092	159 872	157 719	182 118
darunter Ausländer		22 805	80 261	45 462	41 486	47 740
Bettenausnutzung vH der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres		55	58	47	44	46
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
* Bezüge Hamburgs		5	6	4	5	8
* Lieferungen Hamburgs		3	4	4	7	6
5. Handel mit Berlin (West) 3) (in Mio DM)						
* Bezüge Hamburgs		9	84	82	83	84
* Lieferungen Hamburgs		37	118	118	108	145
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
* Insgesamt		26	149	165	150 p	162 r
davon nach Warengruppen						
Ernährungswirtschaft		1	12	12		7

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1961	Februar 1962	Januar 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Handel und Gastgewerbe						
• Gewerbliche Wirtschaft	.	25	137	153	.	155
davon	.				.	
Rohstoffe	.	1	2	2	.	2
Halbwaren	.	12	33	23	.	29
Fertigwaren	.	12	102	128	.	124
davon	.				.	
Vorerzeugnisse	.	2	9	12	.	7
Enderzeugnisse	.	10	93	116	.	117
• davon nach ausgewählten Verbrauchsgebieten	.				.	
Europa	.	.	93	109	.	127
darunter	.	.			.	
EWG-Länder	.	.	27	24	.	64
EFTA-Länder	.	.	49	71	.	46
Afrika	.	.	9	5	.	5
Amerika	.	.	26	19	.	16
davon	.	.			.	
Nordamerika	.	.	12	12	.	7
darunter USA	.	.	11	12	.	7
Mittelamerika	.	.	5	1	.	1
Südamerika	.	.	9	6	.	8
Asien	.	.	20	31	.	12
Australien und Ozeanien	.	.	1	1	.	2
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
Wareneinfuhr (in Mio DM)	.	301	693	680	810 p	770 p
Warengruppen:	.					
darunter	.					
Ernährungswirtschaft	.	159	296	281	.	300 p
Gewerbliche Wirtschaft	.	141	396	399	.	468 p
davon	.					
Rohstoffe und Halbwaren	.	120	257	258	.	330 p
Fertigwaren	.	21	139	141	.	138 p
Ländergruppen:	.					
darunter	.					
Europa	.	108	175	180	.	200 p
davon	.					
EWG-Länder	.	25	24	27	.	.
EFTA-Länder	.	60	82	78	.	.
Sonstige Länder	.	23	69	75	.	.
Außereuropa	.	193	517	498	.	567 p
davon	.					
Amerika	.	82	274	262	.	300 p
davon	.					
Nordamerika	.	44	145	142	.	.
Mittelamerika	.	8	32	30	.	.
Südamerika	.	30	97	90	.	.
Afrika	.	50	79	85	.	85 p
Asien	.	58	150	145	.	170 p
Australien und Ozeanien	.	3	14	6	.	12 p
Warenausfuhr (in Mio DM)	.	120	771	798	800 p	750 p
Warengruppen:	.					
darunter	.					
Ernährungswirtschaft	.	3	17	16	.	15 p
Gewerbliche Wirtschaft	.	117	754	782	.	735 p
davon	.					
Rohstoffe	.	3	10	9	.	10 p
Halbwaren	.	24	51	42	.	50 p
Fertigwaren	.	90	693	731	.	690 p
davon	.					
Vorerzeugnisse	.	20	83	83	.	.
Enderzeugnisse	.	70	610	648	.	.
Ländergruppen:	.					
darunter	.					
Europa	.	54	219	241	.	200 p
davon	.					
EWG-Länder	.	4	12	10	.	.
EFTA-Länder	.	35	104	126	.	.
Sonstige Länder	.	15	103	105	.	.
Außereuropa	.	64	550	556	.	550 p
davon	.					
Amerika	.	36	269	268	.	300 p
davon	.					
Nordamerika	.	10	128	145	.	.
darunter USA	.	8	104	119	.	.
Mittelamerika	.	5	32	31	.	.
Südamerika	.	21	109	92	.	.
Afrika	.	10	91	88	.	70 p
Asien	.	14	164	170	.	160 p
Australien und Ozeanien	.	4	26	30	.	20 p
Verkehr						
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 669	1 521	1 540 p	1 574 r
darunter deutsche Schiffe	1 027	526	989	865	820 p	834 r
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 746	1 638	1 660 p	1 717 r
darunter deutsche Schiffe	1 118	591	1 060	983	960 p	973 r
Raumgehalt der angekommenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 714	937	2 675	2 395	2 400 p	2 856 r
darunter deutsche Schiffe	873	128	742	643	650 p	732 r
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 712	936	2 676	2 399	2 450 p	2 919 r
darunter deutsche Schiffe	875	135	755	799	800 p	770 r

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1961	Februar 1962	Januar 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Verkehr						
b) Linienschifffahrt (Linien) ¹⁾	184	176	255	253	248 p	248 r
davon						
Europa	102	84	72	71	72 p	72 r
Außereuropa	82	92	183	182	176 p	176 r
Reisen (Abfahrten)	728	319	734	694	700 p	753 r
darunter nach						
Europäischem Ausland	383	159	299	285	290 p	323
Amerika	72	54	176	160	160 p	175
Afrika	37	18	87	89	90 p	97
Asien	33	23	97	98	100 p	98
Australien	7	4	16	17	15 p	15
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	2 235	2 297	600 p	1 004
darunter nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			151	52	40 p	46
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			530	186	180 p	240
Nordamerika	2 882	446	778	55	60 p	339
Südamerika	1 286	231	374	335	120 p	186
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 834	603	600 p	1 349
darunter von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			120	49	40 p	53
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			475	215	260 p	337
Nordamerika	2 057	171	655	21	10 p	41
Südamerika	882	30	335	156	150 p	181
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)						
Empfang	2 147	919	2 490	2 254	2 280 p	2 871 r
dav. Massengut	1 521	620	1 855	1 651	1 778 p	2 218 r
dar. Mineralöle	980	429	1 350	1 187	1 350 p	1 691 r
Kohle	307	162	789	698		1 030 r
Getreide	262	113	226	226		271
Sackgut	133	70	139	72	98 p	233
Stückgut	541	191	126	110	330 p	167 r
Verkehrsbezirke:						
Inland	110	110	62	56	50 p	42
Europäisches Ausland	520	159	348	310	350 p	552
Außereuropa	891	351	1 445	1 285	1 378 p	1 624
darunter						
Nahost und Persischer Golf		128	480	439		508
Vereinigte Staaten von Amerika	171	78	323	316		410
Versand	626	299	635	603	502 p	653 r
davon						
Massengut	205	144	248	196	200 p	292 r
Sackgut	421	155	105	121	72 p	104 r
Stückgut			282	286	230 p	257 r
Verkehrsbezirke:						
Inland	149	32	75	59	48 p	94
Europäisches Ausland	302	170	301	253	234 p	335
Außereuropa	175	97	259	291	220 p	224
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 286	1 956	1 719	1 679
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 233	1 915	1 649	1 685
Tragfähigkeit der angekommenen Schiffe in 1000 t	879	362	643	525	483	486
Tragfähigkeit der abgegangenen Schiffe in 1000 t	845	344	626	518	458	489
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	296	224	207	158
darunter						
Bundesrepublik	77	101	251	193	176	135
davon						
Niederelbe	24	32	30	26	22	23
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	190	156	126	98
Mittellandkanal	0	7	31	11	28	14
Berlin (West)	7	25	10	8	10	10
Sowjetische Besatzungszone	155	3	18	7	8	8
Tschechoslowakei	42	22	17	16	13	5
Ausgang (in 1000 t)	504	121	243	221	215	267
darunter						
Bundesrepublik	59	81	117	86	111	153
davon						
Niederelbe	49	48	73	54	58	84
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	32	29	42	47
Mittellandkanal	0	1	12	3	11	22
Berlin (West)	29	28	58	77	57	66
Sowjetische Besatzungszone	268	2	36	29	4	—
Tschechoslowakei	34	10	32	29	43	48
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)			1960			Okt. 1961
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 573	1 255		1 789
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 573	1 249		1 790
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	37 890	26 643		41 292
darunter aus dem Ausland			13 922	9 692		15 155
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	35 665	24 422		41 179
darunter nach dem Ausland			13 545	9 418		15 429
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	470,7	494,6		688,4
darunter aus dem Ausland			219,0	251,1		330,8
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	379,1	327,3		512,6
darunter nach dem Ausland			173,8	159,7		207,7
Angekommene Post in t	9,0	35,6	74,6	64,6		126,9
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	78,7	75,0		157,1
4. Bundesbahnverkehr			1961			Dez. 1961
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9	497,4	533,5		608,1
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8	471,9	465,1		550,6
Gestellte Güterwagen		31 414	42 278	37 722	33 250	46 822

1) Stand am Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1961	Februar 1962	Januar 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Verkehr						
5. Personen-Nahverkehr						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	10 872	10 595	9 894	11 679
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 789	12 932 r	13 445	15 042
Straßenbahn	13 799	23 498	15 614	15 429	13 327	15 028
Kraftomnibusse der HHA 1)	1 083	2 028	7 835	7 241	7 870	8 746
Alsterdampfer	281	337	202	121	89	38
Dampfer der Hafendampfschiffahrt AG.	1 268	1 283	1 517	1 487	1 448	1 612
Kraftomnibusse der VHH AG. 2)	373	786	1 573	1 556	1 511	1 685
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	20	15	13	22
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	358	333	390	394
Private Kraftomnibusse	.	151	634	601	.	710
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberichtigung (im Verkehr befindlich) insgesamt ³⁾	82 080	59 100	245 051	218 694	246 887	244 720
darunter Personenkraftwagen 4)	39 260	25 948	197 421	171 542	200 270	197 936
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	3 989	3 634	4 003	3 292
darunter						
* Krafträder	232	221	87	44	31	19
* Personenkraftwagen	501	644	3 221	3 008	3 346	2 701
* Kombinationskraftwagen	.	.	257	206	258	216
* Lastkraftwagen	179	288	353	293	332	299
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	4 877	4 232	4 174	5 014
davon						
* mit Personenschaden 5)	459	426	1 050	787	819	955
* mit nur Sachschaden	406	632	3 827	3 445	3 355	4 059
* Getötete Personen	8	12	23	29	23	34
* Verletzte Personen	517	483	1 281	957	998	1 164
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken) (Beträge in Mio RM/DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 6)						
* Kredite an Nichtkreditinstitute am Monatsende		1 556,1	7 744,0	7 296,5	8 360,6	8 276,0
* davon kurzfristige Kredite 7)		1 353,8	3 459,7	3 302,4	3 616,6	3 579,2
* davon						
an Wirtschaft und Private		1 328,7	3 213,1	3 063,6	3 385,8	3 333,5
an öffentl.-rechtl. Körperschaften		25,1	246,6	238,8	230,8	245,7
* mittelfristige Kredite 8) 9)		55,8	626,7	574,4	656,6	643,7
* davon						
an Wirtschaft und Private		55,6	549,0	498,3	575,2	561,1
an öffentl.-rechtl. Körperschaften		0,2	77,7	76,1	81,4	82,6
* langfristige Kredite 8) 9)		146,5	3 657,6	3 419,7	4 087,4	4 053,1
* davon						
an Wirtschaft und Private		146,0	3 315,4	3 103,0	3 714,3	3 681,2
an öffentl.-rechtl. Körperschaften		0,5	342,2	316,7	373,1	371,9
* Kredite an Kreditinstitute am Monatsende		105,7	789,7	778,8	837,6	851,4
b) Einlagen bei den Kreditinstituten						
* Einlagen von Nichtkreditinstituten am Monatsende		1 152,3	5 969,6	5 756,5	6 278,0	6 224,1
* davon Sicht- und Termineinlagen		1 026,3	3 485,1	3 309,0	3 630,8	3 614,4
* davon						
von Wirtschaft und Privaten		848,0	2 997,2	2 870,8	2 964,8	2 977,3
von öffentl.-rechtl. Körperschaften		178,3	487,9	438,2	666,0	637,1
* Spareinlagen		126,0	2 484,5	2 447,5	2 647,2	2 609,7
* Einlagen von Kreditinstituten am Monatsende		106,6	1 618,9	1 606,5	1 817,9	1 870,9
c) Sparverkehr						
* Sämtliche Kreditinstitute 10)						
* Spareinlagen am Monatsende		126,0	2 484,5	2 447,5	2 647,2	2 609,7
* darunter						
steuerbegünstigt		12,4	166,7	211,5	3,0	3,0
prämienbegünstigt		.	100,2	84,2	143,6	139,8
* Gutschriften		10,2	142,2	130,6	147,3	184,0
* Lastschriften		7,3	134,2	102,2	109,8	136,7
* Saldo der Gut- und Lastschriften		+ 2,9	+ 8,0	+ 28,4	+ 37,5	+ 47,3
* Zinsen		+ 2,6	+ 7,3	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,1
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)		1 324	1 450	1 658	1 187	1 245
Betrag in 1000 RM/DM		1 194,0	1 040,3	1 162,7	949,3	1 038,6
Durchschnittsbetrag je protestierten Wechsel in RM/DM		902	718	701	800	834
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)						
* Konkurse	12	25	14	18	12	15
* Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	1	—	—
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)						
* Anträge auf Erlass eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	21 398	19 033	18 242	19 803
* Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides		2 392	2 716	2 559	2 481	2 846
* Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides		848	1 135	925	1 044	1 180
* Abgeleitete Offenbarungseide		124	338	368	364	401
d) Öffentliche Leihhäuser						
* Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	3 858	3 878	3 584	4 415
RM/DM	298 306	384 610	181 810	176 095	177 541	221 392
* Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 633	3 336	3 114	2 993
RM/DM	176 172	401 990	172 763	157 648	156 565	159 784

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 3) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 4) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 5) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 6) Ohne durchlaufende Mittel. — 7) 106 berichtspflichtige Institute. — 8) 89 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1961	Februar 1962	Januar 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	.	.	167	169	165 ¹⁾	165
Kapital in Mio DM	.	.	3 453,9	3 284,9	3 257,9	3 257,7
Gesellschaften m. b. H., Zahl	.	.	3 228	3 175	3 323	3 308
Kapital in Mio DM	.	.	2 229,4	2 146,3	2 358,7	2 357,9
Steuern²⁾						
1. Steueraufkommen (in 1000 RM/DM)³⁾						
a) Bundessteuern						
Umsatzsteuer	9 363	22 996	67 055	54 509	62 637	82 578
Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	17 587	18 583	30 439	33 057
Beförderungsteuer	79	943	1 295	1 254	1 085	1 209
Notopfer Berlin	.	1 749	292	185	108	511
Zölle	45 572	17 772	72 426	50 806	37 901	48 917
Verbrauchssteuern	31 925	42 968	173 112	165 683	162 679	184 752
davon						
Tabaksteuer	24 492	32 535	64 636	59 572	51 604	66 936
Kaffeesteuer	..	5 831	19 121	21 110	25 489	20 703
Teesteuer	..	521	744	793	700	738
Branntweinmonopol ⁴⁾	249	2 514	4 277	3 810	3 673	8 861
Mineralölsteuer	51	871	84 115	80 179	81 031	87 326
Sonstige Verbrauchssteuern	7 133	697	220	220	182	187
Summe der Bundessteuern	..	89 211	331 767	291 021	294 849	351 025
Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 ⁵⁾	8 286	17 033	19 988	3 051
davon						
Vermögensabgabe	..	5 352	6 375	16 975	17 390	882
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 426	— 119	2 539	1 160
Kreditgewinnabgabe	485	177	59	1 009
b) Landessteuern						
Lohnsteuer	7 390	10 051	58 839	45 073	52 936	85 082
Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	56 782	17 681	19 681	28 978
Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	6 273	39 851	— 14 979	59 150
Körperschaftsteuer	8 928	9 544	39 444	10 715	5 557	16 051
Summe der Eink.- und Körperschaftsteuer	33 902	29 097	161 338	113 320	63 195	189 261
darunter an den Bund abgeführt	56 468	39 662	22 118	66 242
Mithin:						
Hamburg daraus verbliebene Einnahmen	104 870	73 658	41 077	123 020
Erbischaftsteuer	1 513	466	8 686	18 176	21 687	4 441
Verkaufsteuer	469	63	1 407	740	4 047	356
Kundenwerbssteuer	398	135	1 099	1 080	1 390	1 167
Kapitalverkehrssteuer	227	179	2 103	1 188	1 295	1 923
Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	5 522	4 628	5 076	7 405
Versicherungssteuer	559	847	3 052	4 152	4 317	3 290
Rennwetl- und Lotteriesteuer	452	820	1 643	1 635	3 848	1 492
Wechselsteuer	0	536	690	767	699	833
Feuerschutzsteuer	15	127	159	530	598	— 37
Biersteuer	792	870	1 879	1 854	1 884	1 938
Summe der Landessteuern	..	34 461	187 663	148 070	108 036	212 069
c) Gemeindesteuern						
Realsteuern	9 974	8 666	43 157	91 718	94 959	26 989
davon						
Grundsteuer A	50	42	44	108	105	17
Grundsteuer B	4 538	3 365	4 590	11 287	12 327	1 166
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	34 358	79 933	82 166	11 439
Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	4 165	391	361	14 367
Gewerbesteuerzuschüsse	24	29	322	—	1	—
Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	952	902	843	1 826
darunter						
Kinosteuer	123	497	456	442	391	686
Übrige Vergnügungssteuer	106	146	268	310	327	439
Hundesteuer	68	132	227	150	125	699
Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 107	44 109	92 620	95 801	28 815
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	3 696	3 019	3 528	3 813
a) Feueralarme						
davon	187	185	224	195	268	253
falsche Alarme und Unfugmeldungen	49	39	43	51	55	52
bekämpfte Brände	138	146	181	144	213	201
davon						
Großbrände	10	4	11	5	14	12
Mittelbrände	17	14	24	17	24	15
Kleinbrände	88	114	63	51	72	75
Entstehungsbrände	.	.	73	56	87	80
Schornsteinbrände	.	10	10	15	16	19
b) Hilfeleistungen aller Art						
darunter bei	446	1 242	3 474	2 824	3 260	3 560
Straßen- und Verkehrsunfällen	.	314	1 044	830	852	936
Betriebsunfällen	.	235	540	483	459	496
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	.	976	3 238	2 619	3 041	3 322
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	.	5 625	4 967	4 819	4 780	5 698
Beförderte Personen	.	6 449	5 179	5 070	5 324	5 978

¹⁾ Außerdem eine AG. mit einem Grundkapital von 1,5 Mio RM. — ²⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — ³⁾ Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — ⁴⁾ Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — ⁵⁾ Einschl. Soforthilfsonderabgabe.

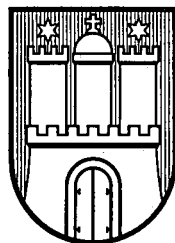
Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Februar 1961	Februar 1962	Januar 1962	
	1938	1950	1961				
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
3. Feststellungen der Polizei							
Der Kriminalpolizei bekannt gewordene Straftaten		5 443 r	7 516	7 036	6 561	7 182	
darunter							
Sittlichkeitsdelikte		142 r	197	197	184	187	
Mord und Totschlag		2 r	3	1	3	3	
Fahrlässige Tötung		11 r	14	13	14	21	
Körperverletzung)		32 r	65	58	62	82	
Einfacher Diebstahl		2 416 r	3 439	3 096	2 803	2 989	
Schwerer Diebstahl		558 r	1 247	1 099	1 168	1 267	
Diebstähle zusammen		2 974 r	4 686	4 195	3 971	4 256	
darunter							
von Kraftfahrzeugen (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)		36 r	197	167	192	188	
von Fahrrädern, Mopeds (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)		202 r	661	460	387	418	
Taschendiebstahl		78 r	37	35	33	20	
Unterschlagung		357 r	253	281	238	243	
Raub und Erpressung		11 r	37	42	29	41	
Begünstigung und Hehlerei		99 r	91	62	68	127	
Betrug und Untreue		607 r	755	745	730	683	
Brandstiftung		39 r	26	37	32	49	
Münzdelikte		13 r	1	1	—	1	
Übertretung der Verkehrsordnung		22 902	39 177	37 985	22 316	32 140	
davon							
Strafanzeigen		10 060	9 259	7 967	4 233	5 852	
Gebührenpflichtige Verwarnungen			29 918	30 018	18 083	26 288	
4. Rechtskräftig Abgeurteilte							
Abgeurteilte insgesamt		1 316	1 940	1 841	1 822 ²⁾	2 083	
a) Erwachsene nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt		1 229	1 525	1 520	1 451	1 661	
b) Heranwachsende nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt			178	150	141	189	
c) Jugendliche nach Jugendstrafrecht abgeurteilt		87	154	96	157	163	
d) Heranwachsende nach Jugendstrafrecht abgeurteilt			83	75	73	70	
darunter							
Widerstand gegen die Staatsgewalt		12	12	12	7	7	
Fahrerflucht		6	52	39	57	76	
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie		4	43	33	42	33	
Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit		51	50	51	66	53	
Beleidigung, üble Nachrede		24	22	21	19	21	
Verbrechen und Vergehen wider das Leben		9	11	13	5	6	
Körperverletzung		52	141	143	121	163	
Einfacher Diebstahl		324	285	252	284	307	
Schwerer Diebstahl		80	80	66	91	81	
Einfacher und schwerer Diebstahl im Rückfall		79	55	61	57	72	
Unterschlagung		70	69	74	51	83	
Raub und Erpressung		9	14	12	7	10	
Begünstigung und Hehlerei		68	40	48	28	56	
Betrug und Untreue		92	163	150	177	164	
Urkundenfälschung		19	17	15	12	16	
Vergehen gegen das StVG.		53	299	260	274	315	
Löhne und Gehälter ³⁾							
1. Arbeiterverdienste in der Industrie ⁴⁾					November 1961	August 1961	
* Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51,38	76,52	164,65	155,05	173,51	169,50
	weiblich	26,99	43,84	98,93	95,50	103,53	100,36
* Bruttostundenverdienste in Rpf/Pf	männlich	99,9	156,7	355,0	336,8	372,4	363,9
	weiblich	56,9	96,6	228,0	220,3	238,5	231,4
* Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	46,4	46,0	46,6	46,6
	weiblich	47,4	45,4	43,4	43,4	43,4	43,4
* Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich			42,8	45,4	44,2	42,2
	weiblich			39,9	42,9	41,0	39,1
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste in DM)							
Industrie ⁴⁾							
* Kaufmännische Angestellte	männlich			791	773	816	805
	weiblich			538	522	560	546
* Technische Angestellte	männlich			913	885	942	932
	weiblich			551	537	568	560
Handel, Geld- und Versicherungswesen							
* Kaufmännische Angestellte	männlich			754	737	784	756
	weiblich			495	486	516	498
* Technische Angestellte	männlich			767	750	780	783
	weiblich			663	671	664	639
Industrie u. Handel, Geld- u. Versicherungswesen							
* Kaufmännische Angestellte	männlich			761	744	791	766
	weiblich			503	493	524	507
* Technische Angestellte	männlich			895	868	921	914
	weiblich			560	547	577	566

¹⁾ Ohne §§ 223 und 230. — ²⁾ Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) Februar 1962 — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) Februar 1962 ³⁾ Jugendliche. — ⁴⁾ 1938 = September 1938, 1950 und 1961 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — ⁵⁾ Einschl. Energiewirtschaft und Hoch-, Tief- und Ingenieurbau.

HAMBURG IN ZAHLEN

Jahrgang 1962



Mai-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Die hamburgische Bauwirtschaft im Jahre 1961

Im April-Heft dieser Zeitschrift wurde über „Die Kleinbetriebe des hamburgischen Bauhauptgewerbes“¹⁾ berichtet. In diesem Beitrag soll nun von den größeren Betrieben des Bauhauptgewerbes die Rede sein, die nach dem Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I, S. 720) in der Fassung vom 26. April 1961 (BGBl. I, S. 477) regelmäßig monatlich erfaßt werden. Es handelt sich hierbei um Betriebe mit in der Regel 20 und mehr Beschäftigten, deren wirtschaftliches Gewicht in Hamburg etwa 90 % des gesamten Bauhauptgewerbes ausmacht.²⁾

Die Entwicklung von 1950 bis 1961

In den vergangenen Jahren hat sich die hamburgische Bauwirtschaft kräftig entwickelt: die Zahl der Beschäftigten hat sich mehr als verdoppelt, die Zahl

Tab. 1

Betriebe, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden und Umsätze im hamburgischen Bauhauptgewerbe 1950 bis 1961
(Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Jahre	Zahl der		Geleistete Arbeitsstunden in 1000	Umsätze in 1000 DM
	Betriebe	Beschäftigten		
	Jahresdurchschnitte		Jahressummen	
	1	2	3	4
1950	235	21 853	44 785	191 403
1951	352	24 831	51 994	254 853
1952	355	25 992	51 616	281 328
1953 ¹⁾	371	28 862	60 382	340 621
1954	374	28 692	60 652	357 997
1955	394	32 500	67 968	452 858
1956	418	35 323	76 029	559 094
1957	414	33 925	68 321	560 161
1958	402	35 781	72 765	627 295
1959	409	40 077	79 411	774 072
1960	427	42 725	78 896	892 023
1961	441	44 262	82 805	1 031 170

¹⁾ ab 1953 einschl. Arbeitsgemeinschaften.

¹⁾ Vgl. a.a.O., S. 108 ff.
²⁾ Vgl. a.a.O., S. 109

Tab. 2

Beschäftigte und geleistete Arbeitsstunden im hamburgischen Bauhauptgewerbe im Jahre 1961
(Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Monate	Beschäftigte		Geleistete Arbeitsstunden in 1000			
	Zahl	Abweichung vom Jahresdurchschnitt in %	im Monat		je Arbeitstag	
			Zahl	Abweichung vom Jahresdurchschnitt in %	Zahl	Abweichung vom Jahresdurchschnitt in %
	1	2	3	4	5	6
Januar	40 720	— 8,0	5 003	— 27,5	192,4	— 29,6
Februar	41 720	— 5,7	5 732	— 16,9	238,8	— 12,6
März	43 804	— 1,0	7 381	+ 7,0	283,9	+ 3,9
April	44 327	+ 0,1	6 974	+ 1,1	290,6	+ 6,4
Mai	44 504	+ 0,5	7 450	+ 8,0	310,4	+ 13,6
Juni	44 988	+ 1,6	7 634	+ 10,6	305,4	+ 11,8
Juli	45 740	+ 3,3	7 190	+ 4,2	276,5	+ 1,2
August	45 841	+ 3,6	7 951	+ 15,2	294,5	+ 7,2
September	45 501	+ 2,8	7 399	+ 7,2	284,6	+ 4,2
Oktober	45 190	+ 2,1	7 530	+ 9,1	289,6	+ 6,0
November	44 722	+ 1,0	7 082	+ 2,6	283,3	+ 3,7
Dezember	44 094	— 0,4	5 479	— 20,6	228,3	— 16,4
Jahresdurchschnitt 1961	44 262	—	6 900	—	273,2	—

Tab. 3

Beschäftigte im hamburgischen Bauhauptgewerbe nach Stellung im Betrieb im Jahre 1961
(Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Monate	Beschäftigte insgesamt	d a v o n					
		Tätige Inhaber	Kfm. u. techn. Angestellte	Obrige Beschäftigte	d a v o n		
					Poliere, Meister und Facharbeiter	Helfer und Hilfsarbeiter	Lehrlinge
1	2	3	4	5	6	7	
Januar	40 720	441	3 498	36 781	22 486	12 669	1 626
Februar	41 720	443	3 516	37 761	22 970	13 161	1 630
März	43 804	442	3 608	39 754	24 209	13 945	1 600
April	44 327	443	3 681	40 203	24 456	14 173	1 574
Mai	44 504	447	3 681	40 376	24 699	14 100	1 577
Juni	44 988	447	3 679	40 862	25 284	14 002	1 576
Juli	45 740	451	3 725	41 564	25 812	14 139	1 613
August	45 841	448	3 711	41 682	25 783	14 310	1 589
September	45 501	448	3 740	41 313	25 430	14 306	1 577
Oktober	45 190	462	3 791	40 937	24 966	14 456	1 515
November	44 722	458	3 793	40 471	24 734	14 238	1 499
Dezember	44 094	462	3 814	39 818	24 690	13 657	1 471
im Jahresdurchschnitt absolut	44 262	449	3 686	40 127	24 627	13 930	1 570
%	100	1,0	8,3	90,7	55,6	31,5	3,6

der geleisteten Arbeitsstunden ist um etwa 85 % gestiegen, und der Umsatz war 1961 mehr als fünfmal so hoch wie 1950.

Beschäftigung und Arbeitsleistung

Obwohl das Baugewerbe von Witterungseinflüssen besonders abhängig ist, schwankte die Zahl der Beschäftigten in den einzelnen Monaten des Jahres 1961 nicht erheblich. Das hängt vor allem mit den gesetzlichen Bestimmungen über das sogenannte „Schlechtwettergeld“ zusammen, die es den Bauunternehmern ermöglichen, auch in den Wintermonaten ihre Arbeitskräfte weitgehend zu behalten. In den Jahren, bevor diese Regelung getroffen worden war, konnte stets eine deutliche Verminderung der Zahl der im Bauhauptgewerbe beschäftigten Personen in den Wintermonaten beobachtet werden. Die Saisonabhängigkeit des Baugewerbes drückt sich daher jetzt vor allem in der Arbeitsleistung in den einzelnen Monaten aus; hier ist es besonders die je Arbeitstag geleistete Zahl der Arbeitsstunden, die in den Wintermonaten z. T. erheblich geringer war (Tab. 2).

Aber nicht nur die Witterungsbedingungen zeigen sich in der arbeitstäglichen Leistung; auch der Urlaubsmonat Juli weist eine gegenüber den Nachbarmonaten erheblich verringerte Arbeitsleistung auf. Bei der Arbeitsleistung je Monat spielen außerdem die gesetzlichen Feiertage eine Rolle.

Werden die Beschäftigten im Bauhauptgewerbe in den einzelnen Monaten nach ihrer Stellung im Betrieb aufgegliedert, so zeigt es sich, daß in den Wintermonaten besonders die Zahl der Helfer und Hilfsarbeiter abgenommen hat. Aber auch die Zahl der Poliere, Meister und Facharbeiter zeigt eine gewisse – wenn auch geringere – Saisonabhängigkeit. Die anderen Beschäftigungsgruppen, die allerdings im Jahresdurchschnitt nur etwa 12 % aller Beschäftigten ausmachen, waren dagegen weniger von der Bausaison beeinflusst.

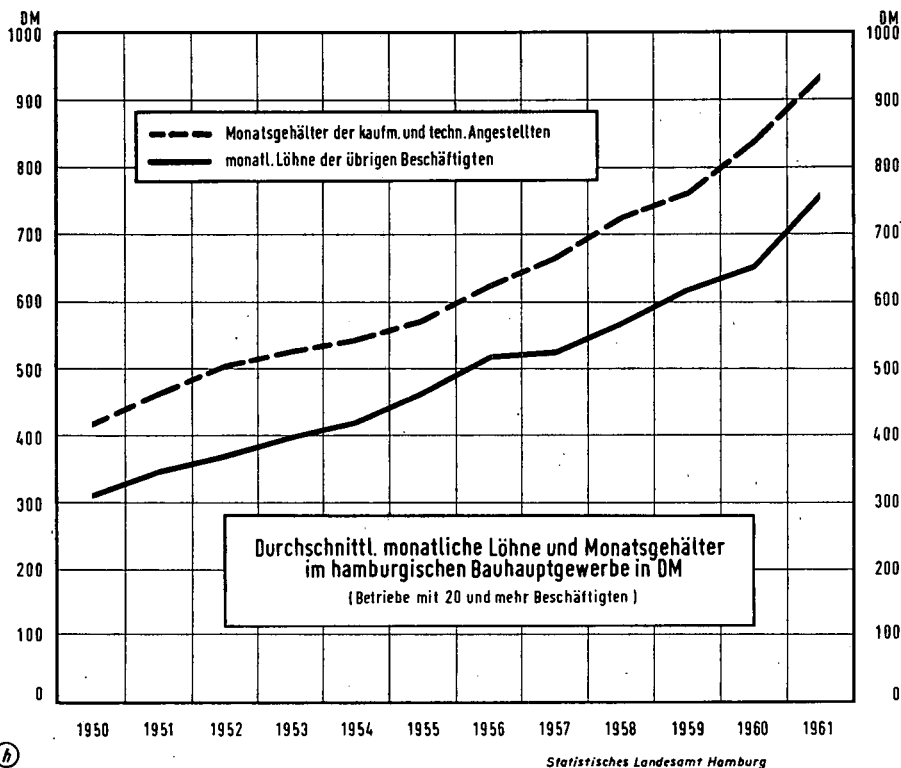
Interessant ist auch die Betrachtung der Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten. Da

nur die Arbeitsstunden gemeldet werden, die auf Baustellen und Bauhöfen geleistet werden, ist es allerdings nicht ganz exakt, diese Arbeitsstunden allen im Bauhauptgewerbe Beschäftigten gegenüberzustellen. Da aber die Entwicklung bei einer Gegenüberstellung der geleisteten Arbeitsstunden nur mit den Polieren, Meistern, Facharbeitern, Helfern, Hilfsarbeitern und Lehrlingen von der Entwicklung, die sich aus der Relation der geleisteten Arbeitsstunden zu allen Beschäftigten ergibt, kaum abweicht, soll hier die letztgenannte Darstellung gewählt werden.

Tab. 4
Geleistete Arbeitsstunden je Beschäftigten im hamburgischen Bauhauptgewerbe
in den Jahren 1954 bis 1961 und in den Monaten des Jahres 1961
(Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Jahre	Geleistete Arbeitsstunden in 1000	Zahl der Beschäftigten	Geleistete Arbeitsstunden je Beschäftigten und Monat
1954 MD	5 054	28 692	176,1
1955 MD	5 664	32 500	174,3
1956 MD	6 336	35 323	179,4
1957 MD	5 694	33 925	167,8
1958 MD	6 064	35 781	169,5
1959 MD	6 618	40 077	165,1
1960 MD	6 575	42 725	154,0
1961 MD	6 900	44 262	155,9
Monate 1961	Arbeitstäglich geleistete Arbeitsstunden in 1000	Zahl der Beschäftigten	Geleistete Arbeitsstunden je Beschäftigten und Arbeitstag
Januar	192,4	40 720	4,7
Februar	238,8	41 720	5,7
März	283,9	43 804	6,5
April	290,6	44 327	6,6
Mai	310,4	44 504	7,0
Juni	305,4	44 988	6,8
Juli	276,5	45 740	6,0
August	294,5	45 841	6,4
September	284,6	45 501	6,3
Oktober	289,6	45 190	6,4
November	283,3	44 722	6,3
Dezember	228,3	44 094	5,2

Schaubild 1



h

Es zeigt sich, daß die geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten und Monat von 1954 bis 1956 leicht zugenommen haben und seitdem bis 1960 erheblich zurückgegangen sind; für das letzte Jahr ist wieder ein geringer Zuwachs zu verzeichnen. Die Tendenz zu einer Verkürzung der Arbeitszeit wird aus diesen Zahlen deutlich.

Bei der Betrachtung der Arbeitsleistung je Beschäftigten in den einzelnen Monaten des Jahres 1961 wird nur dann ein zutreffendes Bild vermittelt, wenn man von der arbeitstäglichen Leistung ausgeht, weil sonst durch die unterschiedliche Zahl der Arbeitstage eine Verzerrung eintritt. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten und Arbeitstag war wegen der vielen witterungsbedingten Ausfallzeiten in den Wintermonaten nur gering; sie erreichte im Mai 1961 mit 7 Stunden ihren Höhepunkt und blieb auch im folgenden Monat nur wenig darunter. Der Urlaubsmonat Juli fiel in seiner Arbeitsleistung wieder deutlich ab; im Spätsommer und Herbst stieg die Zahl der arbeitstäglichen geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten wieder an, erreichte aber nicht ganz die Frühjahrswerte. Erst im Dezember zeigten sich dann wieder die winterlichen Ausfallzeiten.

Löhne und Gehälter

Während sich die Zahl der im hamburgischen Bauhauptgewerbe beschäftigten Personen von 1950 bis 1961 etwas mehr als verdoppelt hat, erhöhten sich die ausgezahlten Lohnsummen im gleichen Zeitraum fast um das Fünffache und die ausgezahlten Gehaltssummen etwa auf das Vierdreiviertelfache. Hierin zeigen sich deutlich die verschiedenen Lohn- und Gehaltserhöhungen der vergangenen Jahre.

Werden die durchschnittlich im Monat ausgezahlten Löhne für die einzelnen Jahre auf die Zahl der „übrigen Beschäftigten“ (Polierer, Meister, Fach-

Tab. 5
Löhne und Gehälter im hamburgischen Bauhauptgewerbe 1950 bis 1961 in 1000 DM (Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Jahre	Löhne		Gehälter	
	Jahres-summe	1950=100	Jahres-summe	1950=100
	1	2	3	4
1950	74 012	100	8 769	100
1951	94 775	128,1	10 490	119,6
1952	102 397	138,4	11 589	132,2
1953	126 774	171,3	12 626	144,0
1954	133 601	180,5	13 419	153,0
1955	166 469	224,9	15 877	181,1
1956	201 154	271,8	20 106	229,3
1957	194 371	262,6	22 268	253,9
1958	222 406	300,5	25 446	290,2
1959	270 855	366,0	29 419	335,5
1960	307 191	415,1	34 577	394,3
1961	367 376	496,4	41 417	472,3

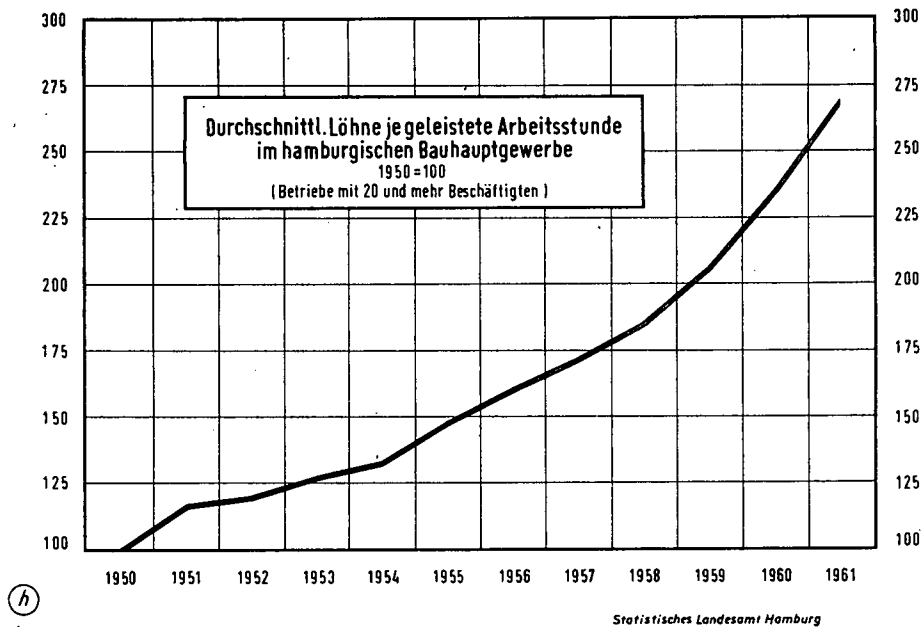
arbeiter, Helfer, Hilfsarbeiter und Lehrlinge) bezogen, so ergibt sich für den durchschnittlichen monatlichen Lohn für diese Beschäftigten das im Schaubild 1 dargestellte Bild.

Einen ähnlichen Verlauf nehmen die durchschnittlichen Löhne je geleisteter Arbeitsstunde, die von 1,65 DM im Jahre 1950 auf 4,44 DM im Jahre 1961 angestiegen sind (Schaubild 2).

Aus den Schaubildern 1 und 2 werden besonders die in den letzten Jahren erfolgten erheblichen Lohn-erhöhungen deutlich. Ab 1957 wird der Verlauf beider Kurven gegenüber den vorhergehenden Jahren steiler; das gilt besonders für die Stundenlöhne infolge der seit 1957 ausgeprägten Arbeitszeitverkürzung (siehe Tabelle 4).

Nicht ganz so stark wie die durchschnittlichen monatlichen Löhne sind die durchschnittlichen Monatsgehälter der kaufmännischen und technischen Ange-

Schaubild 2



stellten im hamburgischen Bauhauptgewerbe angestiegen; sie haben sich allerdings auch im Laufe der letzten zwölf Jahre mehr als verdoppelt (siehe Schaubild 1).

Im Ablauf des Jahres 1961 zeigten die Löhne in den einzelnen Monaten nicht das gleiche Bild, wie es der Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden entspricht (vgl. Tabelle 2). Diese Verschiebungen sind daraus zu erklären, daß die wöchentlichen Lohnzahlungstermine mit den Monaten nicht übereinstimmen, während die tägliche Anschreibung der Arbeitsstunden genauer nach Monaten gemeldet werden kann. Bei den Gehältern fällt besonders die hohe Summe für den Dezember 1961 auf; hierin sind Gratifikationen, Prämien und Tantiemen enthalten, die im allgemeinen zum Jahresende ausgeschüttet werden.

Tab. 6
Löhne und Gehälter im hamburgischen Bauhauptgewerbe im Jahre 1961 in 1000 DM (Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Monate	Löhne	Gehälter
Januar	19 586	2 964
Februar	24 576	2 952
März	30 556	3 026
April	28 812	3 023
Mai	31 011	3 114
Juni	34 275	3 404
Juli	33 578	3 450
August	34 559	3 591
September	35 388	3 479
Oktober	34 842	3 499
November	33 232	3 904
Dezember	26 961	5 011

Umsätze

Die Gesamtumsätze im hamburgischen Bauhauptgewerbe haben sich in den Jahren von 1950 bis 1961 mehr als verfünffacht (siehe Tabelle 1). Hieran waren sowohl eine vergrößerte Zahl von Beschäftigten bzw. geleisteten Arbeitsstunden als auch eine Erhöhung des Umsatzes je Beschäftigten bzw. je Arbeitsstunden in den entsprechenden Jahren beteiligt.

Tab. 7
Umsatz je Beschäftigten und je geleisteter Arbeitsstunde im hamburgischen Bauhauptgewerbe von 1950 bis 1961 in DM (Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Jahre	Umsatz in DM je			
	Beschäftigten		geleisteter Arbeitsstunde	
	absolut	1950 = 100	absolut	1950 = 100
	1	2	3	4
1950	730	100	4,27	100
1951	855	117,1	4,90	114,8
1952	934	127,9	5,45	127,6
1953	983	134,7	5,64	132,1
1954	1 040	142,5	5,90	138,2
1955	1 161	159,0	6,66	156,0
1956	1 319	180,7	7,35	172,1
1957	1 376	188,5	8,20	192,0
1958	1 461	200,1	8,62	201,9
1959	1 610	220,5	9,75	228,3
1960	1 740	238,4	11,31	264,9
1961	1 941	265,9	12,45	291,6

Wie weit der erhöhte Umsatz je Beschäftigten bzw. je geleisteter Arbeitsstunde auf eine vergrößerte Produktivität oder auf Preiserhöhungen im Bauwesen zurückzuführen ist, geht aus den Unterlagen der Bauberichterstattung nicht hervor. Eine eingehende Untersuchung dieser Frage würde auch über den Rahmen dieses Beitrages hinausgehen.

Interessant ist noch eine Betrachtung des Anteiles des Lohnes am Umsatz (jeweils je geleisteter Arbeitsstunde) in den Jahren 1950 bis 1961. Hierbei zeigt sich, daß dieser Anteil mit fast 40% im Jahre 1951 am höchsten war und mit etwa 34% im Jahre 1960 seinen niedrigsten Wert erreichte; insgesamt ergibt sich in den betrachteten Jahren eine abfallende Tendenz dieses Anteiles. Hier muß allerdings beachtet werden, daß die Zahlen über den Lohn je Arbeitsstunde nicht die Sozialaufwendungen der Betriebe außerhalb des Bruttolohnes und der oben genannten Nebenleistungen enthalten.

Eine Betrachtung der Umsätze im Bauhauptgewerbe in den einzelnen Monaten des Jahres 1961 ist wenig sinnvoll, da die Umsätze von den Firmen nach dem Datum des Geldeinganges gemeldet werden und ein

Zusammenhang zwischen Geldeingang und Leistung für die Monate nicht herzustellen ist. Zu Ende eines jeden Jahres steigen die Umsätze regelmäßig stark an, weil sich die Zahlungen erfahrungsgemäß in diesem Zeitraum häufen.

Tab. 8

Umsatz und Lohn je geleisteter Arbeitsstunde im hamburgischen Bauhauptgewerbe von 1950 bis 1961
(Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Jahre	Umsatz	Lohn	Lohn in % vom Umsatz
	je geleisteter Arbeitsstunde in DM		
1950	4,27	1,65	38,6
1951	4,90	1,92	39,2
1952	5,45	1,98	36,3
1953	5,64	2,10	37,2
1954	5,90	2,20	37,3
1955	6,66	2,45	36,8
1956	7,35	2,65	36,1
1957	8,20	2,84	34,6
1958	8,62	3,06	35,5
1959	9,75	3,41	35,0
1960	11,31	3,89	34,4
1961	12,45	4,44	35,7

Arbeitsstunden und Umsätze nach Bauarten

Von den berichtspflichtigen Betrieben werden die geleisteten Arbeitsstunden und die Umsätze nach Bauarten aufgeteilt und gemeldet. Maßgebend für die Art der Bauten ist ausschließlich die überwiegende Zweckbestimmung des einzelnen Auftrages. Die für Trümmerbeseitigung³⁾ auf Bauhöfen und in Fabriken geleisteten Arbeitsstunden sind dabei an-

³⁾ Bis 1953 wurden die Arbeitsstunden für Trümmerbeseitigung gesondert ausgewiesen.

Tab. 9

Geleistete Arbeitsstunden nach Bauarten im hamburgischen Bauhauptgewerbe 1950 bis 1961
(Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Jahre Monate	Geleistete Arbeitsstunden in 1000	davon entfielen in % auf				
		Wohnungsbau	Landwirtschftl. Bau	Gewerbl. u. industriellen Bau	Öffentl. u. Verkehrsbau	Trümmer- beseitigung ¹⁾
		1	2	3	4	5
1950	44 785	40,1	0,5	28,2	27,6	3,6
1951	51 994	43,2	0,5	25,8	26,9	3,6
1952	51 616	39,6	0,3	25,8	32,4	1,9
1953	60 382	41,2	0,4	24,1	33,5	0,8
1954	60 652	41,4	0	26,6	32,0	.
1955	67 968	40,5	—	26,4	33,1	.
1956	76 029	38,4	—	24,5	37,1	.
1957	68 321	36,9	—	27,9	35,2	.
1958	72 765	36,3	—	26,8	36,9	.
1959	79 411	35,9	—	21,9	42,2	.
1960	78 896	33,6	—	23,8	42,6	.
1961	82 805	34,3	—	22,0	43,7	.
1961						
Januar	5 003	31,9	.	26,6	41,5	.
Februar	5 732	35,9	—	24,8	39,3	.
März	7 381	34,5	—	22,3	43,2	.
April	6 974	35,3	—	20,7	44,0	.
Mai	7 450	34,8	—	19,6	45,6	.
Juni	7 634	34,4	—	21,6	44,0	.
Juli	7 190	33,7	—	20,4	45,9	.
August	7 951	33,5	—	21,5	45,0	.
September	7 399	34,7	—	22,0	43,3	.
Oktober	7 530	35,4	—	21,7	42,9	.
November	7 082	33,8	—	22,1	44,1	.
Dezember	5 479	33,5	—	22,3	44,2	.

¹⁾ Ab 1954 wurden die geleisteten Arbeitsstunden für Trümmerbeseitigung nicht mehr gesondert ausgewiesen.

teilig auf die Bauarten aufzuteilen, denen das Endbauwerk angehört.

Seit 1950 haben sich in den Anteilen, zu denen die Arbeitsstunden auf die einzelnen Bauarten entfielen, erhebliche Veränderungen ergeben, und zwar zu Lasten des Wohnungsbaus und zugunsten des öffentlichen und Verkehrsbaus.

Diese Anteile sagen natürlich nicht aus, daß sich die absoluten Werte der für den Wohnungsbau geleisteten Arbeitsstunden auch von 1950 bis 1961 vermindert haben. Das Gegenteil ist der Fall: sie stiegen infolge des allgemeinen Anstiegs der Arbeitsleistung von fast 18 Mio Stunden 1950 auf über 28 Mio Stunden 1961.

In den einzelnen Monaten des Jahres 1961 gab es nur geringfügige Abweichungen in der Aufteilung der Arbeitsstunden auf die Bauarten vom Jahresdurchschnitt. Immerhin ist interessant, daß die gewerblichen und industriellen Baumaßnahmen gerade in den Wintermonaten Januar und Februar die höchsten Anteile aufwiesen, also in dieser Zeit in höherem Maße weitergeführt wurden als der Wohnungsbau und der Verkehrsbau.

Das vermehrte Gewicht, das in den letzten Jahren dem öffentlichen und Verkehrsbau zugekommen ist, ist vor allem auf den „sonstigen Tiefbau“ zurückzuführen. Dieser „sonstige Tiefbau“, zu dem vor allem der U-Bahn-Bau und der Hafenbau zu rechnen ist, hatte im Jahre 1961 einen Anteil von 60,3 % an den Arbeitsstunden des öffentlichen und Verkehrsbaus gegen 21,0 %, die auf den öffentlichen Hochbau und 18,7 %, die auf den Straßenbau entfielen.

Der Umsatz im Bauhauptgewerbe wurde erst ab 1954 nach Bauarten aufgliedert. Die Anteile nach Art

der Bauten zeigen im wesentlichen das gleiche Bild, wie wir es bei den Arbeitsstunden feststellen konnten (Tabelle 9). Eine Aufteilung des Umsatzes nach Bauarten in den einzelnen Monaten des Jahres 1961 ist dagegen wenig sinnvoll, da der monatliche Umsatz von vielen zufälligen Faktoren beeinflusst wird.

Tab. 10

Umsatz nach Bauarten im hamburgischen Bauhauptgewerbe 1954 bis 1961
(Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Jahre	Umsatz in 1000 DM	davon entfielen in % auf			
		Wohnungs- bau	Landwirt- schaftl. Bau	Gewerbl. u. industriell. Bau	Öffentl. u. Verkehrsbau
		1	2	3	4
1954	357 997	40,8	0,1	28,3	30,8
1955	452 858	41,2	0	29,0	29,8
1956	559 094	38,2	—	27,4	34,4
1957	560 161	36,1	—	31,9	32,0
1958	627 295	33,9	—	31,1	35,0
1959	774 072	33,8	—	22,3	43,9
1960	892 023	33,4	—	24,2	42,4
1961	1 031 170	34,8	—	22,7	42,5

Betriebsarten

Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten wird nur einmal im Jahr, und zwar im Juli festgestellt.

Es entfielen im Juli 1961 in Hamburg von den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten auf die Fachrichtung (in Klammern: hier behandelte Betriebe in % der Betriebe bzw. der Beschäftigten des Bauhauptgewerbes insgesamt in der jeweiligen Fachrichtung):

- Hoch-, Tief- und Ingenieurbau
52 Betriebe (88 %) mit 9 037 Beschäftigten (99 %)
- Hoch- und Ingenieurbau
237 Betriebe (33 %) mit 22 282 Beschäftigten (87 %)
- Tief- und Ingenieurbau
62 Betriebe (56 %) mit 7 267 Beschäftigten (95 %)
- Straßenbau
53 Betriebe (71 %) mit 4 999 Beschäftigten (96 %)
- Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau
2 Betriebe (33 %) mit 135 Beschäftigten (80 %)
- Isolierbau
13 Betriebe (37 %) mit 1 429 Beschäftigten (89 %)
- Abbruchbetriebe
3 Betriebe (13 %) mit 95 Beschäftigten (48 %)
- Zimmerei- und Ingenieurholzbau
13 Betriebe (9 %) mit 581 Beschäftigten (44 %)
- Dachdeckerei
5 Betriebe (7 %) mit 259 Beschäftigten (42 %)
- Stukkateur-, Gips- und Verputzergewerbe
5 Betriebe (46 %) mit 336 Beschäftigten (88 %)
- Insgesamt 445 Betriebe (das sind 35 % aller Betriebe des Bauhauptgewerbes) mit 46 420 Beschäftigten (90 %).

Ein besonders großes absolutes und auch relatives Gewicht hatten die Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten im Hochbau, Ingenieurbau, Tiefbau und Straßenbau und den hieraus kombinierten Fachrichtungen aufzuweisen.

Detlef Schmidt

Bautätigkeit und Wohnungswesen in Hamburg im Jahre 1961

Einleitung

Die Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik für das Jahr 1961 lassen über das bisherige Programm der Hochbaustatistik hinaus erstmals Aussagen über den Tiefbau zu. In den Diskussionen über den saisonalen und konjunkturellen Ablauf der Bautätigkeit und den Einfluß der öffentlichen Hand hierauf kommt dem Tiefbauvolumen besondere Bedeutung zu. Mit der allmählichen Überwindung der Wohnungsnot und der Ausweitung des Verkehrs beanspruchen die Tiefbaumaßnahmen, insbesondere der Straßenbau, den Markt in steigendem Maße. Die gesetzgebenden Körperschaften beschlossen daher, die laufende statistische Erfassung der vergebenen Tiefbaufträge mit einem Auftragswert ab 25 000 DM in das Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit aufzunehmen (vgl. BauStatG vom 20. 8. 1960, BGBl. I, Nr. 47, S. 704).

Das Baugeschehen des Jahres 1961 stand wiederum im Zeichen der Vollbeschäftigung und einer hohen Bauleistung, begünstigt durch den Witterungsverlauf zu Anfang und Ende des Jahres; die Sommermonate waren allerdings niederschlagsreich. In welchem Umfang sich die Maßnahmen zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe in den Wintermonaten auf die Bauleistung 1961 ausgewirkt haben, läßt sich mit den Ergebnissen der vorliegenden Statistiken nicht feststellen. Kennzeichnend für die Bautätigkeit des Berichtsjahres im Vergleich zum Vorjahr war die Zunahme an fertiggestellten Wohnungen um rd. 1000 auf insgesamt knapp 22 000 Wohnungen bei einem hohen Anteil der öffentlichen Förderung,

ein deutlicher Rückgang von fertiggestellten gewerblichen Bauten und – wie aus den Ergebnissen der Bauberichterstattung ersichtlich – die Expansion des Tiefbaus. Auffallend war der hohe Rückgang an erteilten Baugenehmigungen für Wohnbauten gegenüber dem Vorjahr um mehr als 9000 Wohnungen. In der Öffentlichkeit diskutierte Pläne, die eine Dämpfung der Baukonjunktur durch vorübergehenden Baugenehmigungsstop vorsahen, kamen im Berichtsjahr nicht zur Ausführung.

Das nachstehend veröffentlichte Material umfaßt nicht die rege Bautätigkeit, die sich infolge der Baulandknappheit Hamburgs in den schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Randgemeinden entfaltet hat.

Bevor auf die Ergebnisse im einzelnen eingegangen wird, sollen noch einige Vorbemerkungen zur Methode der Baustatistiken gemacht werden.

In Hamburg wird die Statistik der Hochbautätigkeit auf Grund des bereits erwähnten Bundesgesetzes vom 20. 8. 1960 und der Fachlichen Weisung BOA 3/60 des Bauordnungsamtes der Hamburger Baubehörde vom 9. 5. 1960 durchgeführt. Durch die Baustatistik werden alle Baumaßnahmen im Hochbau erfaßt, die aus Gründen der Bausicherheit, des Feuerschutzes, der Bauplanung und der Gestaltung des Stadt- und Landschaftsbildes der Begutachtung durch die Bauüberwachungsbehörden unterliegen¹⁾. Die Hochbauten werden statistisch in meh-

¹⁾ Vgl. hierzu auch Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 111, „Die Bautätigkeit im Jahre 1953“, S. 5.

renen Stufen bearbeitet: zum Zeitpunkt der Genehmigung, des Baubeginns und der Fertigstellung; außerdem wird für alle am Jahresende noch nicht vollendeten Baumaßnahmen durch die sog. Bauüberhangserhebung der Bauzustand festgestellt. Für jedes Gebäude, das neu errichtet, wiederaufgebaut oder durch Baumaßnahmen verändert wird, ist nach Erteilung der baupolizeilichen Genehmigung eine Genehmigungszählkarte auszufüllen; das gleiche gilt für Baumaßnahmen, die nicht ein ganzes Gebäude, sondern nur den Teil eines solchen umfassen (Umbau, Ausbau, Erweiterung). Davon ausgenommen sind aus Vereinfachungsgründen jedoch Bagatellmaßnahmen von 100 cbm und weniger umbautem Raum oder unter 5000 DM Bauaufwand, bei denen kein Wohnraum oder keine Garagen zu- oder abgehen. Bei Ausstellung der Genehmigungszählkarte werden im Durchschreibeverfahren eine Baubeginn- und eine Baufertigstellungszählkarte vorbereitet; eine weitere Durchschrift verbleibt bei der Akte der Bauämter. Ist die Inangriffnahme des Bauvorhabens vom Bauherrn gemeldet oder behördlich festgestellt, so ist die Baubeginnzählkarte mit dem Datum des Baubeginns zu versehen, ebenso die Fertigstellungszählkarte, sobald die Benutzung des Gebäudes, bei großen Bauvorhaben auch von einzelnen Gebäuden oder Bauabschnitten, festgestellt oder die baupolizeiliche Abnahme durch den Bauherrn beantragt worden ist. Die Meldung der Fertigstellung erfolgt also nicht erst nach erfolgter Gebrauchsabnahme oder nach Beginn der Benutzung. Sofern nach Baubeginn Änderungen gegenüber der ursprünglichen Planung eingetreten sind, soll die Baufertigstellungszählkarte entsprechend berichtigt werden.

In Hamburg werden die genehmigungspflichtigen Bauanträge von privaten Bauherren, Unternehmen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften usw. von 22 Bauprüfteilungen bearbeitet, die sich bei den 15 Ortsämtern (für den jeweiligen Bereich) und den 7 Bezirksverwaltungen (für das jeweilige Kerngebiet) befinden. Die Ausfüllung der Zählkarten wird im allgemeinen von den Bauprüfteilungen vorgenommen, kann jedoch auch den Bauherren oder Architekten übertragen werden; für die Richtigkeit bleibt die Bauprüfteilung verantwortlich. Die Bauprüfteilungen sind nach der Fachlichen Weisung BOA 3/60 zur Führung einer „Eingangsliste“ verpflichtet, in welche das Ausfertigungs- und Absenddatum der Bautätigkeitszählkarten einzutragen sind, so daß jederzeit eine Kontrolle über die statistische Bearbeitung der Vorhaben möglich ist. Die Zählkarten sind jeweils nach Ausfüllung an das Bauordnungsamt zu leiten, von wo aus sie laufend dem Statistischen Landesamt zugestellt werden.

Für Hochbauten, die von S o n d e r bauverwaltungen z. T. in eigener Regie durchgeführt werden, sind die Zählkarten nicht von den Bauprüfteilungen, sondern von den betreffenden Dienststellen selbst auszufertigen. Die Durchführung von Baumaßnahmen dieser Sonderbauverwaltungen bedarf der Zustimmung der „Höheren Baupolizei“, deren Befugnisse in Hamburg vom Bauordnungsamt ausgeübt werden. Von folgenden Dienststellen gehen Bautätigkeitszählkarten unmittelbar beim Statistischen Landesamt ein:

1. Hochbauamt (für Verwaltungs-, Schul-, Kranken-, Bundesbauten usw.)
2. Tiefbauamt (für raumgewinnende Hochbaumaßnahmen)
3. 7 Hochbau- und Tiefbauabteilungen der Bezirke
4. Behörde für Wirtschaft und Verkehr, Abt. Strom- und Hafenbau
5. Deutsche Bundesbahn
6. Deutsche Bundespost
7. Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg
8. Landeszentralbank, Bauabteilung

Im Statistischen Landesamt wird eine Baukartei geführt; für jede eingehende Genehmigungszählkarte wird eine Karteikarte angelegt. Dadurch ist eine Zusammenführung mit den später eingehenden Baubeginn- und Fertigstellungsmeldungen sowie den Bewilligungsbogen zur Statistik des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus möglich. Die Baukartei bildet außerdem die Grundlage für die Durchführung der jährlichen Bauüberhangserhebung. Der Nachweis der öffentlichen Förderung von fertiggestellten Bauvorhaben läßt sich nur über die Baukartei erbringen, da die Zählkarten der Bauprüfteilungen Angaben über die Förderung nicht enthalten.

Die Erhebungsbogen für die Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau werden von der Statistischen Abteilung der Hamburgischen Wohnungsbaukasse im Anschluß an die Beschlußfassung durch den Bewilligungsausschuß ausgefertigt und dem Statistischen Landesamt zugeleitet.

Die Vergaben öffentlicher Tiefbauvorhaben mit einem Auftragswert von 25 000 DM und mehr werden unter Verwendung einer einfachen Postkartenmeldung monatlich dem Statistischen Landesamt von folgenden Dienststellen bekanntgegeben:

1. Tiefbauamt
2. Tiefbauabteilungen der 7 Bezirksämter
3. Behörde für Wirtschaft und Verkehr, Abt. Strom- und Hafenbau
4. Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg
5. Deutsche Bundesbahn
6. Deutsche Bundespost
7. Hamburger Wasserwerke GmbH.
8. Hamburger Flughafenverwaltung GmbH.
9. Hamburger Hochbahn AG.
10. Hamburgische Electricitätswerke AG.
11. Hamburger Gaswerke GmbH.
12. 4 gemeinnützige Wohnungsunternehmen, an denen die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt ist (mit mehr als 50 %).

Der Wert der vergebenen Aufträge wird in Verbindung mit der voraussichtlichen Abwicklungsdauer erfaßt. Die von den Hamburger Landesstellen vergebenen Aufträge werden außerdem nach den Arten der Vergabe gegliedert, d. h. nach öffentlicher Ausschreibung, beschränkter Ausschreibung und freihändiger Vergabe.

Die Wohnraum vergabestatistik ist im § 4 des Baustatistischen Gesetzes angeordnet; mit ihr sollen

die Erstvergaben neugeschaffener Wohnungen und Wohnräume des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus registriert werden, um die Versorgung der einzelnen Bevölkerungsgruppen mit neuen sozialen Wohnungen beobachten zu können. In Hamburg werden die Unterlagen für diese Statistik bei den Wohnungsabteilungen der Bezirkswohnungsämter erstellt und der Allgemeinen Technischen Abteilung der Baubehörde zugeleitet. Von dort erhält das Statistische Landesamt die Gesamtergebnisse für das Stadtgebiet.

Schließlich wird in Hamburg eine Geschäftsstatistik über die Empfänger von Mietausgleich geführt. Die Gewährung von Beihilfen der Freien und Hansestadt Hamburg zu Wohnungsmieten und Lasten sowie die Bewilligung von individuellen Miet- und Lastenbeihilfen nach dem Gesetz über die Gewährung von Miet- und Lastenbeihilfen vom 23. 6. 1960 bzw. nach § 73 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. 8. 1961 obliegt in Hamburg den Bezirksämtern (Abt. für Mietausgleich und Unterhaltssicherung). Die Bearbeitung des Mietausgleichs erfolgt nach den von der Baubehörde und der Sozialbehörde gemeinsam erlassenen Fachlichen Weisungen (Fachliche Weisung vom 15. 2. 1961 bzw. 22. 8. 1961). Von der Sozialbehörde - Verwaltungsabteilung - wird ein Vierteljahresbericht über die Empfänger von Mietausgleich in Hamburg herausgegeben.

Fertigstellungen im Hochbau

Einschließlich der Bauleistung des Jahres 1961 in Höhe von 21 888 Wohnungen sind in Hamburg seit Kriegsende rd. 315 000 Wohnungen gebaut worden. Trotzdem weist Hamburg unter den Großstädten - vor München und Hannover - noch das größte Wohnungsdefizit aus. Die staatlichen Bemühungen um eine baldige Beseitigung der Wohnungsnot kommen in dem hohen Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen am Bauergebnis zum Ausdruck: rd. 17 000 oder fast 78 % aller fertiggestellten Wohnungen waren 1961 in Hamburg im sozialen Wohnungsbau geplant worden. Damit hat Hamburg - wenn man von der Sonderstellung Berlins im Wohnungsbau absieht - zweifellos wieder die größte Zahl von geförderten Wohnungen unter den Großstädten zu verzeichnen. Die Steigerung des Bauergebnisses gegenüber dem Vorjahr war auch nur auf dem Sektor des öffentlich geförderten Wohnungsbaues feststellbar, der frei finanzierte und nur

Tab. 1

Bruttozugang an Normalwohnungen und Anteil der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen in Hamburg 1960 und 1961

Jahre	Fertiggestellte Wohnungen		
	insgesamt	davon	
		mit öffentlichen Mitteln gefördert	frei finanziert und steuerbegünstigt
	Anzahl		
1961	21 888	16 999	4 889
1960	20 900	15 108	5 792
	in %		
1961	100	77,7	22,3
1960	100	72,3	27,7

steuerlich begünstigte Wohnungsbau zeigte 1961 eine rückläufige Tendenz.

In welchem Umfang sich die private Bautätigkeit wegen der Baulandknappheit und hoher Grundstückspreise im Stadtgebiet auf Randgemeinden in Schleswig-Holstein und Niedersachsen verlagert hat, wird sich erst nach Vorliegen der Ergebnisse der Gebäudezählung vom 6. 6. 1961 feststellen lassen.

Das Bauvolumen für die 1961 fertiggestellten Hochbauten, gemessen an den „veranschlagten reinen Baukosten“, betrug 817,6 Mio DM, von denen rd. zwei Drittel auf Wohn- und ein Drittel auf Nichtwohnbauten entfielen. In diesem Volumen sind die Kosten für die Grundstücke und deren Aufschließung, Außenanlagen, Baunebenkosten und Betriebseinrichtungen usw. nicht enthalten. Bei dem in der Tabelle 2 nachgewiesenen Bauaufwand handelt es sich zweifellos um Mindestwerte, da die bei der Schlußabrechnung festgestellten effektiven Baukosten den im Zeitpunkt der Genehmigung - der durchschnittlich 15 bis 20 Monate früher liegt - veranschlagten Bauaufwand häufig übersteigen. Während bei den Wohnbauten das Volumen gegenüber dem Vorjahr um 44 Mio DM oder fast 9 % angestiegen ist, wurde für Nichtwohnbauten, d. h. gewerbliche Betriebsgebäude, Bürogebäude, Schulen, Krankenhäuser, Hafenanlagen (soweit raumgewinnende Vorhaben) usw. eine Verringerung des Bauaufwandes um 12,6 Mio DM oder 4,4 % festgestellt. Der umbaute Raum für die 1961 fertiggestellten Nichtwohnbauten betrug 3,52 Mio cbm gegenüber 4,38 Mio cbm im Vorjahr. Es ist allerdings zu beachten, daß auf dem gewerblichen Sektor am Ende des Berichtsjahres ein verhältnismäßig hoher Bauüberhang zu verzeichnen war.

Tab. 2

Veranschlagte reine Baukosten der fertiggestellten Wohn- und Nichtwohnbauten in Hamburg 1960 und 1961

Jahre	Gebäude	Reine Baukosten ¹⁾	
		in 1000 DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Wohnbauten			
1961	5 751	544 235	+ 8,8
1960	6 052	500 201	+ 2,9
Nichtwohnbauten ²⁾			
1961	1 407	273 370	- 4,4
1960	1 481	286 015	+ 17,7

¹⁾ einschl. Gebäudeteile.

²⁾ darin befanden sich 246 Wohnungen im Jahr 1961 und 311 Wohnungen 1960.

Nach den Ergebnissen der Bauberichterstattung stieg beim Bauhauptgewerbe die Zahl der im Monatsdurchschnitt für den Wohnungsbau geleisteten Arbeitsstunden von 2,76 Mio im Jahre 1960 auf 2,88 Mio an, während beim gewerblichen und industriellen Bau eine leicht rückläufige Tendenz festzustellen war. Im Bereich des „Sonstigen Tiefbaus“ zeichneten sich beim geleisteten Arbeitsaufwand und Umsatz beachtliche Ausweitungen aus, im Straßenbau dagegen erreichten die geleisteten Arbeitsstunden nicht den Vorjahresstand. Weitere Ausführungen über das Tiefbau-Volumen 1961 enthält der letzte Abschnitt dieses Beitrages.

Unter den 1961 fertiggestellten Nichtwohnbauten mit einem Bauaufwand im Einzelfall von mehr als 500 000 DM befanden sich Bürogebäude und Geschäftshäuser mit einem Bauvolumen von rd. 43 Mio DM, außerdem Gewerbe- und Industriebauten (Silos, Speicher, Tiefgaragen, Kühlhäuser usw.) mit einem Bauaufwand von rd. 33 Mio D-Mark. An öffentlichen Bauten sind Schulen (rd. 16 Mio DM), 3 Kirchen und zahlreiche sonstige Bauten mit rd. 51 Mio DM aufzuführen. Zu der letzten Gruppe zählten u. a. die Lärmschutzhalle und Heizzentrale im Flughafen Fuhlsbüttel, Schwestern- und Bettenhäuser in den Krankenhäusern Friedrichsberg und Langenhorn, ein Jugendheim in Altona, ein Altersheim in Bramfeld und ein Mütter- und Säuglingsheim in Groß Borstel.

Tab. 3
Geleistete Arbeitsstunden und Umsatz im gesamten Bauhauptgewerbe in Hamburg 1960 und 1961
- Alle Betriebe, durchlaufende Reihen -

Art der Bauten	Arbeitsstunden im Monatsdurchschnitt in 1000		Umsatz im Monatsdurchschnitt in 1000 DM	
	1961	1960	1961	1960
	1	2	3	4
Wohnungsbau	2 883	2 762	35 749	30 031
Landwirtschaftlicher Bau	—	—	—	—
Gewerbl. u. industr. Bau	1 596	1 604	20 871	19 038
Öffentl. u. Verkehrsbau	3 200	2 990	39 218	33 773
davon				
Hochbau	689	678	8 937	8 293
Tiefbau	627	669	8 305	8 072
{ Straßenbau	1 884	1 643	21 976	17 408
{ sonst. Tiefbau				
Insgesamt	7 679	7 356	95 838	82 842
Für Streitkräfte ¹⁾	46	28	738	645

¹⁾ Ausländische Streitkräfte und Bundeswehr.

Die Gliederung der fertiggestellten Wohnbauten nach der Gebäudeart zeigt, daß im Berichtsjahr weniger Einfamilien- und mehr Mehrfamilienhäuser, d. h. Gebäude mit 3 und mehr Wohnungen, als im Vorjahr errichtet wurden. Es kamen aber 1961 immer noch – nach der Zahl der Gebäude gerechnet – auf ein Mehrfamilienhaus annähernd 2 Einfamilienhäuser, eine für großstädtische Verhältnisse sehr günstige Relation, die zunächst den Eindruck erwecken kann, Hamburg habe – dank seiner relativ großen Gebietsfläche – weniger Baulandschwierigkeiten beim Einfamilienhausbau als die meisten übrigen Großstädte.²⁾

Dabei ist aber zu beachten, daß unter den Einfamilienhäusern (mit einer oder zwei Wohnungen) nicht nur freistehende Einzelhäuser subsumiert werden, sondern auch die Einfamilien-Reihenhäuser mit z. T. sehr kleinen Grundstücksflächen. Diese Bauweise wurde in den letzten Jahren in den Randgebieten Hamburgs immer häufiger gewählt, weil die örtlichen Bebauungspläne mehrgeschossige Bauten meist nicht zulassen und weil die Planung in Hamburg den Bau von Einfamilien-Reihenhäusern in einem bestimmten Prozentsatz fördert. Der Mangel an Grundstücken, die Entwicklung der Baulandpreise und Baukosten machen andererseits vielen privaten Bauwilligen die Errichtung von freistehenden Einzelhäusern unerreichbar. Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, darunter auch städtische Wohnungsbaugesellschaften, haben deshalb in größerem Umfang Reihenhausprojekte erstellt, die teils vermietet oder auch später als Kaufeigenheime in privates Eigentum übergehen werden.

²⁾ Vergleiche hierzu „Münchener Statistik“ Nr. 10, Oktober 1961, S. 211.

Tab. 4
Rohzugang an normalen Wohngebäuden mit Wohnungen in Hamburg nach der Art der Wohngebäude 1960 und 1961

Jahre	Ein-familien-häuser	Mehr-familien-häuser	Klein-stedler-stellen	Wohngebäude insgesamt
	1	2	3	4
absolut				
Anzahl der Gebäude				
1961	3 771	1 919	61	5 751
1960	4 181	1 655	216	6 052
Anzahl der Wohnungen				
1961	4 195	16 450	61	20 706
1960	4 698	14 800	218	19 716
in %				
Gebäude				
1961	65,6	33,4	1,0	100
1960	69,1	27,3	3,6	100
Wohnungen				
1961	20,3	79,4	0,3	100
1960	23,8	75,1	1,1	100

Wie aus der Tabelle 4 ersichtlich, befanden sich in den 1961 erstellten Einfamilienhäusern nur noch selten Zweitwohnungen – etwa in jedem 10. Fall –; der Anteil von Einfamilienhäusern mit eingepanter zweiter Wohnung hat in den letzten Jahren ständig abgenommen. Im Fertigstellungsergebnis von 1956 kamen 1,24 Wohnungen je Einfamilienhaus, im Berichtsjahr nur noch 1,11. Fast vier Fünftel aller Neubauwohnungen des Jahres 1961 befanden sich in Mehrfamilienhäusern, für die sich ein Durchschnitt von 8,6 Wohnungen je Gebäude errechnet.

Tab. 5
Fertiggestellte Gebäude und Wohnungen 1961

Art der Finanzierung	Bauherrengruppen und Gebäudeart					
	Einfamilien-häuser ¹⁾		Mehrfamilien-häuser		Zusammen ²⁾	
	Ge-bäude	Woh-nungen	Ge-bäude	Woh-nungen	Ge-bäude	Woh-nungen
	1	2	3	4	5	6
Private Haushalte						
Öffentl. gefördert	671	825	423	2 947	1 094	3 772
Frei finanziert	631	709	236	2 016	867	2 725
Zusammen	1 302	1 534	659	4 963	1 961	6 497
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen – ohne Städtische Wohnungsunternehmen –						
Öffentl. gefördert	1 725	1 856	566	4 630	2 291	6 486
Frei finanziert	36	43	6	49	42	92
Zusammen	1 761	1 899	572	4 679	2 333	6 578
Städtische Wohnungsunternehmen						
Öffentl. gefördert	395	441	461	4 363	856	4 804
Frei finanziert	—	—	—	—	—	—
Zusammen	395	441	461	4 363	856	4 804
Freie Wohnungsunternehmen						
Öffentl. gefördert	134	134	148	1 359	282	1 493
Frei finanziert	204	207	17	273	221	480
Zusammen	338	341	165	1 632	503	1 973
Sonstige Bauherren						
Öffentl. gefördert	13	14	22	325	35	339
Frei finanziert	23	27	40	488	63	515
Zusammen	36	41	62	813	98	854
Zusammen						
Öffentl. gefördert	2 938	3 270	1 620	13 624	4 558	16 894
Frei finanziert	894	986	299	2 826	1 193	3 812
Zusammen	3 832	4 256	1 919	16 450	5 751	20 706

¹⁾ Gebäude mit 1 und 2 Wohnungen. – ²⁾ Außerdem entstanden im Rahmen von Umbau-, Ausbau- oder Erweiterungsmaßnahmen 1182 Wohnungen.

Wie aus Tabelle 5 hervorgeht, wurden von den Städtischen Wohnungsunternehmen im Berichtsjahr 4 804 Wohnungen fertiggestellt, von den sonstigen Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen 6 578. Der Marktanteil der Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen insgesamt ist also höher als derjenige der übrigen Bauherrengruppen. Dabei ist allerdings zu beachten, daß 2 340 der von Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen erstellten Wohnungen in Einfamilienhäusern liegen. Es handelt sich dabei ganz überwiegend um Kaufeigenheime in Reihenhausform; diese gehen früher oder später (nach Auflassung) in privates Eigentum über. Bemerkenswert ist, daß die Freien Wohnungsunternehmen ihre Bauleistung 1961 auf fast 2 000 Wohnungen oder ihren Anteil am gesamten Bauvolumen von 8 % im Jahr 1960 auf 9 % erhöhen konnten; 878 oder 4 % der fertiggestellten Wohnungen wurden von Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen finanziert. Der Bau von Wohnungen durch Behörden und Verwaltungen ist zahlenmäßig von untergeordneter Bedeutung (199); vermutlich werden von den beiden zuletzt aufgeführten Bauherrengruppen jetzt häufiger Wohnungsdarlehen an ihre Arbeitnehmer gewährt.

Tab. 6
Rohzugang an Wohnungen in Normalbauten (Wohn- und Nichtwohngebäude) in Hamburg 1960 und 1961 nach der Wohnungsgröße

Jahre	Wohnungen mit . . . Räumen (einschl. Küchen)			
	1 und 2	3	4	5 und mehr
	1	2	3	4
	Anzahl			
1961	3 143	5 089	9 026	4 630
1960	2 484	5 016	8 681	4 719
	in %			
1961	14,4	23,2	41,2	21,2
1960	11,9	24,0	41,5	22,6

Der Schwerpunkt der Wohnungsgröße lag, wie in den vergangenen Jahren auch 1961 bei den Vierraumwohnungen, d. h. den Dreizimmerwohnungen mit Küche; auf sie entfielen rd. 9 000 Wohnungen oder 41 % aller Fertigstellungen. An zweiter Stelle standen mit 23 % die Zweizimmerwohnungen mit Küche. Wie im Vorjahr nahmen die Wohnungen mit vier und mehr Zimmern in der Rangfolge der Wohnungsgrößen den dritten Platz ein (21 %). Es sei daran erinnert, daß im Jahre 1956 die Dreiraumwohnungen noch 35 %, die Fünfraumwohnungen dagegen nur knapp 10 % des Fertigstellungsergebnisses ausmachten; die Anforderungen der Bauherren richteten sich im Zuge der verstärkten Förderung von familiengerechten Wohnungen also auf größere und besser ausgestattete Wohnungen. Erwähnenswert ist jedoch eine Zunahme der Kleinstwohnungen von 2 484 im vorigen Jahr auf 3 143. Häufig handelt es sich hierbei um Appartementwohnungen, für die in Anbetracht der zahlreichen Einpersonenhaushalte Bedarf besteht.

Bei der Ausstattung der Wohnungen mit Heizung ist bemerkenswert, daß etwa jede fünfte fertiggestellte Wohnung an eine Fernheizung angeschlossen wurde. Während im Vorjahr noch jede vierte Wohnung Ofenheizung hatte, traf dies im Berichtsjahr nur noch bei jeder fünften Wohnung zu. Die

Sammelheizung (Zentral-, Etagen- oder Fernheizung), welche in den letzten Jahren beim frei finanzierten oder steuerbegünstigten Wohnungsbau vorherrschte, wird auch in zunehmendem Maße bei den Vorhaben des sozialen Wohnungsbaus installiert. Nur in etwa 3 % aller fertiggestellten Wohnungen war kein Vollbad oder eine Dusche vorhanden, wobei es sich meist um die Zweitwohnungen in Einfamilienhäusern handelt. Den Auflagen des Zweiten Wohnungsbaugesetzes über die Mindestausstattung der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen entsprechend, sind die im sozialen Wohnungsbau fertiggestellten Wohnungen fast ausnahmslos mit Bad oder Dusche versehen. Im frei finanzierten oder nur steuerbegünstigten Wohnungsbau wird gelegentlich für die zweite Wohnung im Einfamilienhaus auf das Bad verzichtet, vermutlich besonders dann, wenn der ins Auge gefaßte künftige Mieter in einem Verwandtschaftsverhältnis zum Gebäudeeigentümer steht.

Tab. 7
Rohzugang an Wohnungen in Normalbauten in Hamburg 1960 und 1961 nach der Ausstattung

Jahre	Von 100 fertiggestellten Wohnungen waren ausgestattet mit . . .				
	Ofenheizung	Zentralheizung	Etagenheizung	Fernheizung	Bad ¹⁾
	1	2	3	4	5
1961	19,7	46,6	14,2	19,5	96,8
1960	25,0	47,6	15,1	12,3	98,3

¹⁾ Vollbad oder Dusche.

Unter den Fertigstellungen im Wohnungsbau des Jahres 1961 sind die nachstehend aufgeführten Vorhaben bemerkenswert:

Im Bereich des Ortsamts Rahlstedt wurden mehr als 2 700 Wohnungen fertiggestellt, darunter rd. 1 000 im Projekt „Hohenhorst“ (Bauherr: Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen „Neues Hamburg“). Dieses Vorhaben wird insgesamt 2 700 Wohnungen umfassen, von denen 37 % im Montagebauverfahren erstellt werden. Rd. 2 400 Wohnungen entstanden in Bramfeld (Karlshöhe, Hegholt und Heukoppel) und rd. 600 Wohnungen in Farmsen (Berner Heerweg). Im Norden der Stadt, in Langenhorn, wurden über 900 Wohnungen fertiggestellt (Siedlung Foßberger Moor, Rittmerskamp und Neuberger Weg). Im ehemaligen Kleingartengebiet Horner Moor wurde ein Zugang von rd. 800 Wohnungen verzeichnet (Kroogblöcke und Speckenreihe). In Lurup entstanden etwa 500 Wohnungen durch das Bauvorhaben Vermoor und in Eidelstedt gut 400 Wohnungen im Projekt Jaasmoor. Südlich der Elbe sind die Fertigstellungen in Eißendorf im ehemaligen Kleingartengelände Up de Bünte (760 Wohnungen) und mehr als 500 Wohnungen in Bergedorf (Wiesnerring) zu erwähnen. Die regionalen Schwerpunkte der Baufertigstellungen in der Gliederung nach Bezirken bzw. Ortsamtsbereichen gehen aus der Tabelle 8 hervor.

Der Bauüberhang am 31. 12. 1961

Die Zahlen des Bauüberhangs sind sowohl für die Beurteilung der Bauleistung des abgelaufenen Jahres als auch für die Entwicklung des Baugeschehens im kommenden Jahr von Bedeutung, da die im Bau befindlichen Vorhaben einen zusätzlichen Vorrat an Bauleistung darstellen, der im vergangenen Jahr über die Fertigstellungen hinaus entstanden ist und der 1962 verhältnismäßig früh seinen Niederschlag in der Fertigstellungsstatistik finden wird. Allerdings muß hierbei beachtet werden, daß auch in den Fertigstellungen Bauleistungen stecken, die bereits in früheren Jahren – bis Anfang 1961 bereits in Bauausfüh-

Tab. 8
Baufertigstellungen, Baugenehmigungen und Bauüberhang
in Hamburg 1961 nach Gebietsteilen

Bezirke Ortsämter (OA.)	Baufertigstellungen	Baugenehmigungen		Bauüberhang am 31. 12. 1961
	Zahl der Wohnungen ¹⁾	Zahl der Wohnungen ¹⁾	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude in 1000 cbm	Im Bau befindliche und noch nicht begonnene Wohnungen
Bezirk Hamburg-Mitte	2 739	2 572	1 940	4 530
davon Kerngebiet	795	306	1 000	707
OA. Billstedt	1 737	1 832	345	3 241
OA. Veddel-				
Rothenburgsort	66	195	509	278
OA. Rinkenwerder	141	239	86	304
Bezirk Altona	1 822	1 907	481	2 848
davon Kerngebiet	665	576	408	760
OA. Blankenese	1 157	1 331	73	2 088
Bezirk Eimsbüttel	2 536	3 349	390	5 262
davon Kerngebiet	401	461	147	683
OA. Lokstedt	1 102	1 547	102	2 858
OA. Stellingen	1 033	1 341	141	1 721
Bezirk Hamburg-Nord	2 748	1 126	388	1 939
davon Kerngebiet	447	189	150	292
OA. Barmbek-Uhlenhorst	587	619	136	729
OA. Fuhlsbüttel	1 714	318	102	918
Bezirk Wandsbek	8 727	6 892	489	12 706
davon Kerngebiet	2 194	1 652	230	3 809
OA. Bramfeld	2 378	1 849	108	3 397
OA. Alstertal	782	960	50	1 937
OA. Waldsdorfer	590	240	56	216
OA. Rahlstedt	2 783	2 191	45	3 347
Bezirk Bergedorf	1 009	383	231	904
davon Kerngebiet	880	282	65	640
OA. Vier- u. Marschlande	129	101	166	264
Bezirk Harburg	2 307	2 621	591	3 022
davon Kerngebiet	1 550	1 389	188	1 802
OA. Wilhelmsburg	357	420	313	411
OA. Süderelbe	400	812	90	809
Hamburg insgesamt	21 888	18 850	4 510	31 211
dagegen 1960	20 900	28 226	4 003	34 412
1959	22 116	26 065	4 709	29 056

¹⁾ einschl. Wohnungen in Nichtwohnbauten.

rung begriffen gewesenen Bauten – vollbracht wurden. Bei der Überhangserhebung am Jahresende 1961 wurden in Hamburg insgesamt 31 211 Wohnungen registriert, für die behördlicherseits eine Baugenehmigung vorlag, deren Bauausführung bei rd. 22 800 Wohnungen noch im Gange, für rd. 8200 Wohnungen noch nicht in Angriff genommen war. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang des Bauüberhangs um 3201 Wohnungen festzustellen. Dieser Abbau noch nicht fertiggestellter Vorhaben ist mit dem günstigen Fertigstellungsergebnis und dem Rückgang von Bau-

Tab. 9
Der Bauüberhang in Hamburg am 31. 12. 1961
(Normalbauten)

Zeitpunkt	Wohnungen insgesamt ¹⁾	davon		
		unter Dach (rohbaufertig) noch nicht bezogen	nach nicht unter Dach	nach nicht begonnen
	1	2	3	4
		Anzahl		
31.12.1961	31 211	11 868	10 912	8 180
31.12.1960	34 412	9 860	14 714	9 695
		in %		
31.12.1961	100	38,0	35,0	26,2
31.12.1960	100	28,7	42,8	28,2

¹⁾ einschl. der bezogenen Wohnungen in Gebäuden, die bereits unter Dach sind; es waren dies 1960: 143, 1961: 251 Wohnungen. 251 Wohnungen.

genehmigungen im Berichtsjahr begründet. Eine regionale Gliederung der genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen enthält die Tabelle 8. Die eingehendere Analyse des Bauüberhangs am Jahresende 1961 wird in einer der nächsten Nummern der Monatshefte erfolgen.

Die Baugenehmigungen 1961

Von den Bauämtern wurden Genehmigungen für die Errichtung von rd. 18 600 Wohnungen in Wohnbauten erteilt; das entspricht einer Abnahme der Baufreigabe von Wohnungen gegenüber dem Vorjahr um 9337 oder rd. ein Drittel. Die reinen Baukosten je Wohnung in Neu- und Wiederaufbauten wurden auf 28 800 DM veranschlagt; gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Erhöhung um rd. 15%. Dabei ist allerdings zu beachten, daß je Gebäude für das Jahr 1961 ein umbauter Raum von durchschnittlich 1392 cbm errechnet wird, während er im Vorjahr um 16% niedriger lag. Daß die 1961 zur Genehmigung anstehenden Gebäude größer geplant waren als im Vorjahr, geht auch daraus hervor, daß 1961 je 4,3 Wohnungen auf ein Gebäude kamen, während es im Vorjahr 3,8 waren. Außerdem war auch die Wohnfläche je genehmigter Wohnung von durchschnittlich 61,6 qm im Jahre 1960 auf 63,3 qm im Berichtsjahr angestiegen. Wie aus den Ergebnissen der Tabelle 8 zu erkennen ist, werden sich auch im kommenden Jahr die Schwerpunkte der Bautätigkeit im Bezirk Wandsbek, im Bereich des Ortsamts Billstedt, in Lokstedt, Stellingen, Blankenese und im Kerngebiet von Harburg befinden.

Tab. 10

Die Baugenehmigungen in Hamburg 1960 und 1961

Jahre	Gebäude	Umbauter Raum in 1000 cbm	Wohnungen ¹⁾	Baukosten in 1000 DM ¹⁾
	1	2	3	4
	Wohnbauten			
1961	4 177	5 815	18 601	543 789
1960	7 271	8 506	27 938	707 895
	Nichtwohnbauten			
1961	1 598	4 510	249	392 298
1960	1 529	4 003	288	327 981

¹⁾ einschl. Gebäudeteile

Bei den Nichtwohnbauten betrug der umbaute Raum insgesamt 4,5 Mio cbm, das waren gut 12% mehr als im Vorjahr. Die veranschlagten Baukosten stiegen um 64,3 Mio DM oder fast 20% auf 392,3 Mio DM an.

Von diesem Bauaufwand entfallen gut zwei Drittel auf Bürogebäude, Geschäftshäuser, Gewerbe- und Industriebauten. Aus diesem Grunde ist auch das Volumen im Kerngebiet des Bezirks Hamburg-Mitte verhältnismäßig hoch (vgl. hierzu die Tabelle 8). Unter den 1961 genehmigten öffentlichen Bauten befanden sich neben Schulbauten und Kirchen (rund 23 Mio DM) die Studentenwohnheime am Rothenbaum und in Winterhude, Altersheime in Barmbek und Jenfeld, Schwesternhäuser in Marienthal und Schnelsen, ein Abwasserpumpwerk, ein Betriebsbahnhof der HHA, eine Sporthalle und eine Feuerwache.

Das Bauvolumen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus nach den Bewilligungen der Hamburgischen Wohnungsbaukasse

Für die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus geplanten Baumaßnahmen werden aus den Akten der Bewilligungsstellen zusätzliche Feststellungen insbesondere über die Art der Finanzierung getroffen. Die Zahl der bewilligten Wohnungen stimmt jedoch nicht mit den in der Tabelle 1 aufgeführten fertiggestellten Wohnungen überein, welche mit öffentlichen Mitteln gefördert worden sind, weil die in einem Kalenderjahr bewilligten Wohnungen nur zu einem Teil auch im gleichen Jahr fertiggestellt werden. Die Angaben über die Struktur der Masse der öffentlich geförderten Wohnbauten nach den Unterlagen der Bewilligungsstatistik können trotz des Unterschiedes der Jahreszahlen als Charakterisierung des Sektors öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau verwendet werden. Die folgenden Ergebnisse beruhen auf den 4 Vierteljahresberichten der Bewilligungsstatistik 1961.

Tab. 11

Erteilte Bewilligungen durch die Hamburgische Wohnungsbaukasse in Hamburg 1960 und 1961

Merkmal	Kalenderjahr		Veränderung 1961 gegenüber 1960 in %
	1961	1960	
Geförderte Wohnungen insgesamt	14 315	17 297	- 17,2
davon			
vollgeförderte reine Wohnbauten	11 062	10 197	+ 8,5
alle übrigen geförderten Wohnbauten	3 253	7 100	- 54,2
Von den vollgeförderten Wohnungen waren finanziert mit Öffentl. Baudarlehen allein Objektbezogenen Beihilfen allein ¹⁾	6 780	4 043	+ 67,7
Öffentl. Baudarlehen und objektbezogenen Beihilfen gemischt ¹⁾	1 101	3 062	- 64,0
Veranschlagte Gesamtherstellungskosten in 1000 DM	589 712	606 707	- 2,8
davon			
Öffentliche Mittel	69 036	123 072	- 43,9
Kapitalmarktmittel	377 492	353 268	+ 6,9
darunter			
durch Annuitätsdarlehen verbürgt	156 103	111 498	+ 40,0
Sonstige Mittel	143 184	130 367	+ 9,8
Außerdem:			
Instandsetzungsmittel in 1000 DM	1 236	1 261	- 2,0
Kosten je vollgeförderte Wohnung in DM	39 200	35 100	+ 11,7

¹⁾ Der in früheren Veröffentlichungen verwendete Begriff „Lastenbeihilfen“ ist durch die Bezeichnung „objektbezogene Beihilfen“ nach § 42 Abs. 6 Zweites WoBauG ersetzt worden, um Verwechslungen mit den individuellen Miet- und Lastenbeihilfen nach dem Gesetz über die Gewährung von Miet- und Lastenbeihilfen vom 23. 6. 1960 bzw. nach § 73 Zweites WoBauG in der Fassung vom 1. 8. 1962 zu vermeiden.

In Hamburg wurden im Berichtsjahr Bewilligungen für 14 315 Wohnungen ausgesprochen, das waren rd. 17 % weniger als 1960; im Jahre 1960 wurden 305 Wohnungen mehr als 1959 von der Wohnungsbaukasse gefördert. Unter diesen Vorhaben befanden sich 11 062, die nur reine Wohnbauten umfassen und bei denen alle Wohnungen gefördert werden (vollgeförderte reine Wohnbauten). Die restlichen

3253 Wohnungen lagen in Vorhaben, die gleichzeitig auch gewerbliche Einrichtungen oder steuerbegünstigte bzw. frei finanzierte Wohnbauten enthalten. Der Anteil dieser teilgeförderten Wohnbauten ist gegenüber dem Vorjahr um mehr als die Hälfte zurückgegangen.

Die Gesamtherstellungskosten (einschl. Grundstücks-, Erschließungs- und Baunebenkosten) für alle geförderten Vorhaben beliefen sich auf rd. 590 Mio DM. Hiervon sollten – unter Einschluß der durch Annuitätsdarlehen verbürgten Kapitalmarktmittel³⁾ – rund 38 % von der öffentlichen Hand, 37,5 % vom Kapitalmarkt und rd. 27 % aus sonstigen Mitteln aufgebracht werden (vgl. Tabelle 11). Unter „Sonstige Mittel“ (rd. 143 Mio DM) versteht man außer dem echten Eigenkapital der Bauherren (97,3 Mio DM) auch solche öffentliche Mittel, die Anspruchsberechtigten unmittelbar als Ersatz für fehlendes Eigenkapital gegeben werden, z. B. Eingliederungsdarlehen aus Lastenausgleichsmitteln (22,4 Mio DM), öffentliche Mittel für die Umsetzungsaktion „Besser und schöner wohnen“ u. a., ferner Mieterdarlehen und Mietvorauszahlungen (7,0 Mio DM), Arbeitgeberdarlehen und -zuschüsse (6,6 Mio DM) usw. Die Bauherren haben 1961 um rd. 10 Mio DM mehr echtes Eigenkapital eingesetzt als im Vorjahr. Für die 1961 durch die öffentliche Hand subventionierten Hypotheken in Höhe von 156,1 Mio DM betrug die Jahressumme der Lastenbeihilfen 14,2 Mio DM, darunter 10,9 Mio DM Annuitäten und rd. 4,1 Mio DM Zinszuschüsse zur Verbilligung der Miete bzw. Belastung.

Tab. 12

Wohnfläche je geförderte Wohnung in Hamburg 1960 und 1961 in qm

Größe der Wohnungen	1961	1960	Veränderung 1961 gegenüber 1960 in %
Einraum-Wohnung	35	32	+ 9,4
Zweiraum-Wohnung	36	36	—
Dreiraum-Wohnung	54	53	+ 1,9
Vierraum-Wohnung	66	66	—
Fünfraum-Wohnung	81	79	+ 2,5
Sechsräum-Wohnung	100	97	+ 3,1
Sieben- und Mehrraum-Wohnungen	119	117	+ 1,7
Alle Wohnungen	63	61	+ 3,3

Die durchschnittlichen Kosten einer Wohnung in vollgeförderten reinen Wohnbauten errechnen sich auf 39 200 DM, das sind rd. 4000 DM oder knapp 12 % mehr als 1960. Diese Erhöhung ist nur zum Teil auf gestiegene Grundstücks- und Baukosten zurückzuführen; die 1961 bewilligten Wohnungen waren meist größer als im Vorjahr. Die durchschnittliche Wohnfläche betrug im Berichtsjahr 63 qm, bei den Bewilligungen von 1960 wurden 61 qm je Wohnung ermittelt.

Von den geförderten 14 315 Wohnungen werden 11 203 oder 78 % in Mehrfamilienhäusern, 2842 oder 20 % in Einfamilienhäusern und Kleinsiedlerstellen errichtet. Als Mietwohnungen sind 10 991 oder 77 % ausgewiesen, die restlichen 3324 Wohnungen sollen vom Eigentümer des Gebäudes oder im Wohnungseigentum bewohnt werden.

³⁾ Nachrangige Kapitalmarktmittel (Ic-Hypotheken), die an Stelle öffentlicher Mittel zum Einsatz kommen, durch die öffentliche Hand verbürgt und von der Hansestadt Hamburg auf 40 Jahre mit Annuitätsleistungen bedient werden.

Zu erwähnen ist noch, daß unter den 14 315 geförderten Wohnungen 192 in Einfamilienhäusern enthalten waren, die mit hamburgischen Mitteln in Niedersachsen gefördert wurden. Außerdem förderte Hamburg 55 Wohnungen in Einfamilienhäusern in Schleswig-Holstein, die in dem o. a. Jahresergebnis nicht enthalten sind, weil die Bearbeitung der Bewilligungsanträge und die Bewilligung der öffentlichen Mittel aus dem Hamburger Globalkontingent durch das Land Schleswig-Holstein selbst erfolgen, während die Bewilligungen für die in Niedersachsen gelegenen Bauvorhaben durch die Hamburgische Wohnungsbaukasse ausgesprochen werden.

Preisindex für den Wohnungsbau in der Stadt Hamburg

Die Erhöhung der Baupreise auf dem Sektor Wohnungsbau im Jahre 1961 betrug im Durchschnitt 4,6%. Der Umfang der Verteuerung für Erdarbeiten, Baustoffe, Handwerkerarbeiten, Löhne und Baunebenleistungen war, wie die Tabelle 13 zeigt, unterschiedlich hoch. Der Berechnung liegt das sogenannte Indexhaus (Reihenhaus mit 6 Vierraumwohnungen) zugrunde, dessen Herstellungskosten im Basisjahr 1936 in Hamburg rd. 43 400 RM betragen hätte. Für das gleiche Objekt wäre 1960 eine Aufwandssumme von 143 900 DM und 1961 von 150 600 DM erforderlich gewesen. Überdurchschnittlich – fast um 10% – sind seit 1960 die beim Bau erforderlichen Handwerkerleistungen angestiegen, besonders ausgeprägt bei Küchenherden, Dauerbrandöfen, Kachelöfen sowie Fenstern, Verglasung, Regenabfallrohr und Zinkblechbelag. Durch tarifliche und außertarifliche Lohnaufbesserungen ist die Indexgruppe „Löhne“ gegenüber dem Vorjahr um 3,6% angestiegen.

Tab. 13
Preisindexziffern für den Wohnungsbau in der Stadt Hamburg
1936 = 100

Indexgruppe	Jahresdurchschnitt		Veränderung 1961 gegenüber 1960 in %
	1961	1960	
Bauleistungen am Gebäude . .	336,6	320,9	+ 4,9
dav. Erdabfuhr	296,7	295,0	+ 0,6
Baustoffe frei Bau	328,8	321,2	+ 2,4
dar. Mauersteine	339,8	329,5	+ 3,1
Kalk	224,4	225,6	- 0,5
Zement	216,2	216,2	—
Bauholz	371,8	364,1	+ 2,1
Baueisen	376,0	368,8	+ 2,0
Handwerkerarbeiten . .	350,5	319,6	+ 9,7
Löhne ¹⁾	286,3	276,3	+ 3,6
Baunebenleistungen ²⁾	477,0	464,6	+ 2,7
Gesamtindex	346,9	331,5	+ 4,6

¹⁾ Tariflöhne einschl. Zuschläge für Stundenlohnarbeiten.
²⁾ Dazu gehören: Planung und Bauleitung, baupolizeiliche Gebühren und Zinsen für Baugeld des Bauherrn.

Der Wohnungsbestand (Wohnungsfortschreibung)

Der auf Grund der Wohnungszählung vom 25. 9. 1956 und der Bautätigkeitsstatistik fortgeschriebene Wohnungsbestand betrug am Jahresende 1961 rd. 604 000 Normalwohnungen mit 2,18 Mio Normalwohnräumen (d. h. Zimmer mit 6 qm und mehr und alle Küchen, ohne Rücksicht auf die Größe). In diesem Bestand sind auch etwa 37 500 Behelfsheime mit 30 und mehr qm enthalten, welche nach den Richtlinien der

Wohnungszählung von 1956 als Normalwohnungen zu registrieren waren. Außerdem sind in Hamburg noch ca. 12 000 bis 15 000 Notwohnungen vorhanden, welche in der Fortschreibung nicht berücksichtigt werden können.

Durch die intensive Bautätigkeit der letzten Jahre hat sich der Bestand an Normalwohnungen seit 1956 um rd. 22% erhöht. Obwohl die Vierraumwohnungen am stärksten zugenommen haben (rd. 33%), entfällt immer noch der größte Teil des Wohnungsbestandes auf die Zweizimmerwohnungen mit Küche (Dreiraumwohnungen).

Tab. 14
Bestand an Wohngebäuden, Wohnungen und Räumen in Hamburg

Gebäude Wohnungen Räume	31. 12. 1961	25. 9. 1956	Zunahme von 1956 bis 1961 in %
	Normale Wohngebäude .	188 625	158 361
Normalwohnungen	603 937	494 787	+ 22,1
davon mit Räumen			
1 und 2	82 679	71 763	+ 15,2
3	219 499	192 113	+ 14,3
4	199 376	150 184	+ 32,8
5 und 6	87 292	67 368	+ 29,6
7 und mehr	15 091	13 359	+ 13,0
Normalwohnräume	2 180 598	1 766 746	+ 23,4
davon Zimmer mit			
6 und mehr qm	1 616 936	1 306 627	+ 23,7
Küchen	563 662	460 119	+ 22,5

Bezieht man die Gesamtbevölkerung der Stadt Hamburg, also einschl. der Personen in Notwohnungen, Anstalten, Lagern, Gefängnissen usw., am 31. 12. 1961 auf die vorhandenen Normalwohnungen, so errechnet sich eine Wohndichte von 3,06 Einwohner je Normalwohnung oder 0,85 Personen je Raum. Gegenüber 1950 ist eine beachtliche Auflockerung der Wohnverhältnisse zu erkennen; in diesem Jahr kamen noch 4,71 Personen je Wohnung bzw. 1,24 je Raum. Mit der Vorkriegszeit lassen sich diese Relationen wegen der damals nicht in diesem Umfang vorhandenen Behelfsunterkünfte kaum vergleichen. Für das Jahr 1939 betrug die Wohndichte in Hamburg 3,09 Personen je Wohnung bzw. 0,76 je Raum.

Das rechnerische Wohnungsdefizit in Hamburg per 31. 12. 1961

Nach den Vorschriften des Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht vom 23. 6. 1960 soll die Wohnraumbewirtschaftung in den Gemeinden dann aufgehoben werden, wenn am 31. Dezember des vorhergegangenen Jahres die Zahl der Wohnparteien die Zahl der vorhandenen Normalwohnungen (ohne die Normalwohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm sowie in einsturzgefährdeten Gebäuden) um weniger als 3% überschritten hat. Dieser Überschuß an wohnungsbedürftigen Haushalten über die Anzahl der vorhandenen Normalwohnungen, das sogenannte Wohnungsdefizit, betrug für Hamburg Ende 1961 noch rd. 91 000 Wohnungen oder 16,1% des zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Bestandes an Normalwohnungen. Das rechnerische Wohnungsdefizit hat sich durch die Bevölkerungsentwicklung und Bauleistung seit Ende 1960 um rd. 19 700 Wohnungen oder fast 18% verringert.

Tab. 15

Wohnungsdefizit in Hamburg 1960 und 1961 nach § 3c (2) des Abbaugesetzes

Jahresende	Wohnungsbedürftige Haushalte ¹⁾	Normalwohnungen	Wohnungsdefizit	
			absolut	in % der Sp. 2
	1	2	3	4
1961	656 601	565 789	90 812	16,1
1960	655 353	544 816	110 537	20,3

¹⁾ Sämtliche Mehrpersonen-Wohnparteien plus 60 % sämtlicher Einpersonen-Wohnparteien (Wohnungsinhaber - und Untermieterparteien in Normal- und Notwohnungen sowie Parteien in Unterküften außerhalb von Wohnungen).

Auf den Aussagewert der nach vorstehender Modellrechnung ermittelten Ergebnisse wird in einem demnächst erscheinenden Sonderbeitrag näher eingegangen.

Die Wohnraumvergaben

Bei dieser Geschäftsstatistik der Wohnungsämter werden nur die Zuweisungen von neuerstelltem oder wiederaufgebautem Wohnraum des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus registriert (Erstvergaben). Die Vermietungen von nicht mehr bewirtschafteten Neu- oder Wiederaufbauten und von Einzelräumen an alleinstehende Untermieter werden also in dieser Statistik nicht erfaßt.

Im Jahre 1961 haben in Hamburg in 14 305 Fällen Mehrpersonenhaushalte und in 1 379 Fällen Einpersonenhaushalte Wohnraum durch die Maßnahmen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus erhalten. Da die Zahl der Zuweisungen etwa derjenigen der vergebenen Wohnungen entspricht, wurden also rd. 15 700 im Jahre 1961 bezugsfertig gewordene Wohnungen über die Wohnungsämter vermittelt. Diese Zahl weicht von der in der Bautätigkeitsstatistik unter den Fertigstellungen ausgezählten geförderten Wohnungen (17 000) infolge zeitlicher Überschneidungen um rd. 1 300 Wohnungen ab. Von den 1961 insgesamt erstellten Wohnungen sind also rd. 72 % über die Wohnungsämter vergeben worden. Die 1961 zugewiesenen Wohnungen sind im Durchschnitt mit 0,81 Personen je Raum belegt worden.

Tab. 16

Wohnraumvergaben¹⁾ in Hamburg 1961

Personenkreis	Zahl der Fälle		Mit . . . Personen	Vergebene Räume	Personen je Raum
	Familien,	Einzel-			
	1	2	3	4	5
Vertriebene	1 324	93	4 534	5 396	0,84
Umgesiedelte Vertriebene	253	9	805	965	0,83
Zugewanderte	1 122	81	3 786	4 095	0,92
Sachgeschädigte (ohne zurückgeführte Evakuierte)	3 017	567	10 247	12 513	0,82
Zurückgeführte Evakuierte	167	111	618	744	0,83
Sonstige	8 422	518	27 619	35 027	0,79
Insgesamt	14 305	1 379	47 609	58 740	0,81
darunter					
Kinderreiche Familien	1 724	—	9 453	8 247	0,87
Dagegen 1960	13 383	842	43 555	54 134	0,80

¹⁾ Erstvergaben.

Innerhalb der einzelnen Personengruppen, welche bei der Vergabe bevorzugt zu berücksichtigen sind, zeigten sich deutliche Unterschiede in der Belegungsdichte; sie ist am ungünstigsten bei den Zugewanderten-Haushalten (0,92 Personen je Raum) und den Vertriebenen (0,84). Bei der Gruppe der „Sonstigen“,

d. h. der nicht zu einer Geschädigtengruppe der Kriegs- und Kriegsfolgeerscheinungen zählenden Personen, war die Belegungsdichte mit 0,79 Personen je Raum am niedrigsten. Dieser Personenkreis stand unter den an Familien und Einzelpersonen zugewiesenen Fällen mit rd. 57 % an erster Stelle, gefolgt von den Sachgeschädigten, auf die rd. 23 % aller Vergaben entfielen.

Die Empfänger von Mietausgleich

Am Jahresende 1961 waren in Hamburg rd. 7 000 Empfänger von Mietausgleich registriert. Diese Personen erhalten Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln, weil sie auf Grund ihrer Einkommensverhältnisse nicht den vollen Betrag der Miete ihrer Wohnung oder der Last ihres Eigenheimes aufbringen können. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl dieser Beihilfeempfänger fast verdoppelt, weil 1961 die Voraussetzungen über die Gewährung von Miet- und Lastenbeihilfen durch das Gesetz zur Änderung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, anderer wohnungsbaurechtlicher Vorschriften und über die Rückerstattung von Baukostenzuschüssen (in Kraft getreten am 21.7.1961) geändert wurden. Das Land Hamburg hat bereits im Jahre 1958 individuelle Mietbeihilfen eingeführt; von der Freien und Hansestadt Hamburg wurden 1961 rund 738 000 DM Beihilfen zu Wohnungsmieten und zu den Lasten von Eigenheimen, Kleinsiedlungen und Eigentumswohnungen gewährt. Von dem Gesamtbetrag der Beihilfen in Höhe von 2,27 Mio DM wurden rund 1,31 Mio DM oder 58 % nach den Bestimmungen des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, § 73, ausbezahlt. Es sind dies die Fälle von Mietausgleich, wenn Wohnungen bzw. Eigenheime mit öffentlichen Mitteln nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz gefördert worden sind und die Wohnungsinhaber bzw. Eigentümer zu den Personen mit geringem Einkommen im Sinne des § 27 dieses Gesetzes gehören.

Tab. 17

Empfänger von Mietausgleich in Hamburg 1960 und 1961

Wohnungsart	Zahl der Empfänger		Veränderung 31. 12. 1961 gegenüber 31. 12. 1960 in %
	am 31. 12. 1961	am 31. 12. 1960	
In nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz geförderten Wohnungen ¹⁾	4 099	1 977	+ 107,3
In sonstigen Wohnungen	2 930	1 610	+ 82,0
Insgesamt	7 029	3 587	+ 96,0

¹⁾ darunter 513 bzw. 267 Empfänger, die die Voraussetzungen für eine Leistung nach § 73 Zweites Wohnungsbaugesetz nicht erfüllen.

Weitere 225 000 DM wurden nach dem Gesetz über die Gewährung von Miet- und Lastenbeihilfen (Art. VII des Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht vom 23. 6. 1960 - Abbaugesetz) bewilligt. Die Mieter bekommen in den Fällen, in denen die preisrechtlich zulässigen Mietanhebungen (nach dem Abbaugesetz) zu Härten führen, Mietbeihilfen. Auch hier soll der Mieter nur einen bestimmten Teil seines Einkommens für die Miete aufwenden müssen, wobei für Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und kinderreiche Familien besondere

Vergünstigungen eingeräumt werden. Die Lastenbeihilfen für das Eigenheim sollen bei unverschuldeter Notlage bewilligt werden, wenn sich das Familieneinkommen durch Tod oder Arbeitsunfähigkeit wesentlich verringert.

Dem Bericht der Sozialbehörde über die Empfänger von Mietausgleich am 31. 12. 1961 ist zu entnehmen, daß von den 7029 Haushalten, die Mietausgleich erhielten, die Alleinstehenden, vorwiegend ältere von Renten und Unterstützung lebende Personen, mit 27,7% die größte Gruppe bildeten. Als zweitgrößte Gruppe folgen die Zweipersonen-Haushalte – meist wohl ältere Rentnerhepaare – mit 24,5%.

Jeder vierte Haushalt, der Mietausgleich bezog, bestand aus fünf oder mehr Personen. Über die Höhe des monatlichen Mietausgleichs stehen folgende Angaben zur Verfügung:

Monatlicher Mietausgleich	Anzahl der Empfänger insgesamt	%
unter 10 DM	843	12,0
10 bis unter 20 DM	1 459	20,8
20 bis unter 30 DM	1 520	21,6
30 bis unter 40 DM	1 242	17,7
40 bis unter 50 DM	820	11,7
50 bis unter 60 DM	515	7,3
60 bis unter 70 DM	278	3,9
70 DM und darüber	352	5,0

Schließlich sei noch erwähnt, daß die größte Gruppe der Empfänger von Mietausgleich – 2702 oder 38,4% – eine Miete oder Belastung zwischen 1,50 und 1,80 DM je Quadratmeter Wohnfläche aufzubringen hatten. Zwischen 1,20 und 1,50 DM bezahlten rund 32% der Mietausgleichempfänger, unter 1,20 DM rund 13% und mehr als 1,80 DM rund 16% dieses Personenkreises. Es ist damit zu rechnen, daß die Zahl der Empfänger von Mietausgleich im Zuge weiterer Mieterhöhungen nach dem Abbaugesetz, durch den Fortfall von Grundsteuervergünstigungen und Zinszuschüssen zur Verbilligung der Mieten usw. noch ansteigen wird.

Die Auftragsvergaben im Tiefbau

Die Statistik der vergebenen Tiefbauaufträge mit einem Auftragswert von 25 000 DM und mehr ist – wie eingangs bereits erwähnt – ab Januar 1961 angelaufen. Da die Erhebung sehr kurzfristig in die Wege geleitet werden mußte, besteht die Möglichkeit, daß die Ergebnisse für das erste Berichtsjahr noch nicht vollständig sind. Dies trifft auch für das Auftragsvolumen der Finanzbauämter bzw. der Oberfinanzdirektion zu. Die Meldungen dieser Stellen gehen nicht unmittelbar beim Statistischen Landesamt ein, sondern werden über eine sogenannte „Koordinierte Vergabe-Berichterstattung der Finanzbauverwaltungen der Länder“ über das Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes dem Statistischen Bundesamt gemeldet. Von dort aus erhalten die Statistischen Landesämter die entsprechenden regional zuständigen Angaben; zeitliche Verzögerungen sind durch diesen Berichtsweg unausbleiblich.

Im Kalenderjahr 1961 wurden in Hamburg insgesamt mehr als 1000 Aufträge registriert, von denen gut 700 vom Tiefbauamt, den Tiefbauabteilungen und der Behörde für Wirtschaft und Verkehr, Abt. Strom- und Hafenbau, vergeben wurden. Bundesbehörden meldeten 175 Aufträge, in 49 Fällen war allerdings die Vergabe Hamburger Landesstellen übertragen

worden. Der Gesamtbetrag aller Auftragsvergaben betrug rund 275 Mio DM, auf das von den Bauherren gestellte Material entfielen rund 32 Mio DM dieses Volumens⁴⁾. Hamburgische Behörden erteilten – einschließlich der von Bundesstellen delegierten Tiefbauaufträge – für 203 Mio DM Vergaben. Wie aus den Durchschnittswerten je Auftrag hervorgeht, waren die Vorhaben des Bundes umfangreicher als diejenigen der Landesbehörden; die Schwankungen um die Mittelwerte sind allerdings beträchtlich.

Tab. 18

Auftragsvergaben in Hamburg 1961 nach Bauherren und Zahl der Aufträge

Bauherr	Zahl der Aufträge	Gesamt- betrag der Auftrags- vergaben in Mio DM	Darunter vom Bauherrn gestelltes Material in Mio DM
Bundesbehörden ¹⁾	175	82,3	4,5
Landesbehörden	713	153,2	16,3
Sonstige Bauherren	145	24,9	10,8
Insgesamt ²⁾	1 033	260,4	31,6

¹⁾ Darunter 49 Aufträge mit rd. 50 Mio DM, deren Vergabe vom Land Hamburg vorgenommen wurde.

²⁾ Außerdem: Auftragsvergaben der Finanzbauverwaltung Hamburg 1961 (für Rechnung des Bundes) in Höhe von 3,5 Mio DM und der in Hamburg erfaßten zusätzlichen Berichtsstellen (Versorgungsbetriebe, städtische Wohnungsgesellschaften u. ä.) in Höhe von 10,7 Mio DM für „Sonstige Bauherren“.

Unter den Tiefbauarbeiten kommen den Straßen- und Straßenbrückenbauten mit einem Auftragsvolumen von rund 106 Mio DM besondere Bedeutung zu. Vergleicht man diesen Bauaufwand mit den in der Bauberichterstattung 1961 ermittelten Umsatzzahlen für Straßenbauten (99,7 Mio DM), so ist eine ungefähre Übereinstimmung festzustellen. Ein direkter Vergleich ist allerdings aus verschiedenen Gründen nicht möglich, hauptsächlich weil die durch die Bauberichterstattung nachgewiesenen Umsätze sich auf effektiv durchgeführte Bauleistungen beziehen, während die Auftragsvergabestatistik Aussagen über die erst in naher Zukunft zur Ausführung gelangenden Vorhaben zuläßt.

Dies wird besonders deutlich, wenn man den Umsatz für den „Sonstigen Tiefbau“ nach der Bauberichterstattung dem entsprechenden Auftragsvolumen der Tiefbaumaßnahmen (ohne Straßen- und Straßenbrückenbauten) gegenüberstellt. Die Umsätze liegen um rund 109 Mio DM höher als der in der Vergabestatistik nachgewiesene Bauaufwand. Abgesehen von dem bereits erwähnten zeitlichen Moment, das den Vergleich von Ergebnissen der beiden Statistiken beeinträchtigt, ist noch einmal darauf hinzuweisen, daß die Auftragsvergabestatistik nur Beträge über 25 000 DM erfaßt und daß auch der Firmenkreis der Bauberichterstattung anders abgegrenzt ist. In die Vergabestatistik sind z. B. nur vier Wohnungsbaunternehmen einbezogen worden, bei denen die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt ist. Es werden jedoch auch von zahlreichen anderen nichtstaatlichen

⁴⁾ Bei der Ermittlung des Auftragswertes eines Tiefbaues sind die maschinellen Anlagen zur Inbetriebnahme eines Tiefbauwerkes, wie z. B. die elektrische Steuerungsanlage bei einer Schleuse, die elektrische Einrichtung eines Kraftwerks, die Krane bei einer Kranbahn, die Pumpenanlage eines Wasserwerkes oder einer Kläranlage o. ä. außer acht zu lassen. Dagegen sind Zulieferungen als Bestandteil eines Tiefbaues, wie die Stahlkonstruktion einer Stahlgitterbrücke, die Leitungsrohre für eine Trinkwasserversorgungsanlage, die Betonformstücke für Abwasserkanäle u. a. m. einzubeziehen. Wenn Baustoffe, Leitungsrohre usw. vom Bauherrn gestellt werden, sollen sie mit dem kalkulierten Preis „frei Baustelle“ dem reinen Auftragswert zugeschlagen werden.

Tab. 19

Auftragsvergaben in Hamburg 1961 nach Art der Tiefbaumaßnahmen und Ausführungszeit
- Auftragsvergaben von 25 000 DM und höher -

Art der Tiefbaumaßnahmen	Gesamtbetrag der Aufträge in 1000 DM					Außerdem vom Bauherrn gestelltes Material in 1000 DM
	Insgesamt	davon vorgesehene Ausführungszeit				
		bis 3 Monate	über 3 bis 6 Monate	über 6 bis 12 Monate	über 12 Monate	
1	2	3	4	5	6	
Land Hamburg als Bauherr						
Straßenbauten und Straßenbrückenbauten	52 447	10 880	15 357	22 182	4 029	10 843
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen und an Häfen	15 345	2 968	4 688	7 462	227	3 325
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	38 036	6 448	16 669	11 688	3 231	416
Landeskulturbauten	730	—	730	—	—	7
Sonstige Tiefbauten	30 392	1 628	1 726	9 650	17 388	1 699
Insgesamt	136 950	21 923	39 169	50 982	24 875	16 290
Alle Bauherren ¹⁾						
Straßenbauten und Straßenbrückenbauten	102 014	12 149	18 544	35 172	36 149	13 462
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen und an Häfen	15 345	2 968	4 688	7 462	227	3 325
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	47 378	8 269	18 826	16 990	3 293	4 599
Landeskulturbauten	730	—	730	—	—	7
Sonstige Tiefbauten	66 749	7 797	7 328	22 627	28 996	10 258
Insgesamt	232 216	31 183	50 116	82 251	68 665	31 651

Abweichungen in den Summen durch Runden von Zahlen

¹⁾ Außerdem: 1961 zusätzlich erfaßte Berichtsstellen für „Sonstige Bauherren“ (Versorgungsbetriebe, städtische Wohnungsbaugesellschaften u. ä.) mit Auftragsvergaben in Höhe von 10,7 Mio DM (davon Straßenbauten 4 Mio DM, Wasserwirtschaftliche Tiefbauten 0,6 Mio DM und sonstige Tiefbauten 6,1 Mio DM).

Stellen Tiefbauten vergeben (Parkplätze, Unternehmerrstraßen der Wohnungsunternehmen, Gemeinschaftsflächen und -anlagen, private Sportanlagen usw.), deren Volumen größtenteils in den von den Tiefbaufirmen für die Bauberichterstattung gemeldeten Umsätzen enthalten sein dürfte.

Die Tiefbauaufträge im Bereich des Hamburger Hafens und der Elbe, welche von der Behörde für Wirtschaft und Verkehr, Abt. Strom- und Hafenbau, bzw. von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg gemeldet werden, umfaßten ein Volumen von rund 63 Mio DM (vgl. Tabelle 19), während die Landeskulturbauten mit 730 000 DM einen relativ geringen Raum einnehmen. Unter die „Sonstigen Tiefbauten“, für die 1961 Aufträge in Höhe von rund 73 Mio DM vergeben wurden, fallen hauptsächlich die Vorhaben der Hamburger Hochbahn AG. in Höhe von 34,5 Mio DM (darunter U-Bahn-Neubau mit rund 24 Mio DM) sowie Vorhaben der Bundesbahn (rund 26 Mio DM) und der Bundespost (rund 6,5 Mio DM).

Die Intensität des Auftragsandrangs auf dem Tiefbausektor und seine zeitliche Abwicklung lassen sich besser beurteilen, wenn die Auftragswerte nach ihrer voraussichtlichen Ausführungsdauer gruppiert werden. Wie die Tabelle 19 zeigt, beanspruchen die Vergaben mit rund 30% der Auftragswertsumme bis zur Fertigstellung länger als ein Jahr, weitere 35% des Gesamtvolumens benötigen eine Ausführungszeit zwischen sechs und zwölf Monaten. Nur rund 13% der Auftragssumme finden ihre Erledigung bereits innerhalb von drei Monaten und etwa 22% zwischen drei und sechs Monaten. Die Ausführungsdauer ist bei den einzelnen Tiefbaumaßnahmen unterschiedlich. In der Gruppe der „Sonstigen Tiefbauten“ benötigen die Vergaben mit mehr als 40% der Auftragssumme für ihre Abwicklung länger als ein Jahr, wobei daran zu erinnern ist, daß sich hierunter die U-Bahn-Bauten befinden. Auch die Straßen-

und Straßenbrückenbauten beanspruchen im allgemeinen eine relativ lange Ausführungszeit.

Tab. 20

Auftragsvergaben der Hamburger Behörden 1961 nach der Zahl der Aufträge und der Vergabeart

Vergabeart	Zahl der Aufträge	Gesamtbetrag der Auftragsvergaben in Mio DM	Darunter vom Bauherrn gestelltes Material in Mio DM
Öffentliche Ausschreibung	383	137,9	16,5
Beschränkte Ausschreibung	172	24,1	1,3
Freihändige Vergabe	207	41,7	1,2

Für die kommunalen Auftraggeber ist die Gliederung der Tiefbauvorhaben nach der Vergabeart, d. h. nach öffentlicher oder beschränkter Ausschreibung sowie nach freihändiger Vergabe von Interesse. Da dieses Merkmal in der Bundesstatistik nicht vorgesehen ist, wurde für die von den Hamburger Behörden erteilten Aufträge eine entsprechende Sonderauszählung vorgenommen. Die öffentliche Ausschreibung kam am häufigsten vor und fand bei 383 Aufträgen mit einem Gesamtvolumen von rund 138 Mio DM statt; freihändig vergeben wurden 207 Aufträge mit 41,7 Mio DM und 172 Fälle mit einem Auftragswert von rund 24 Mio DM waren als beschränkte Ausschreibungen registriert worden. Die durchschnittliche Höhe je Auftrag war bei den öffentlichen Ausschreibungen am höchsten, bei den beschränkten am niedrigsten.

Wegen ihrer Bedeutung für die Beobachtung der Konjunkturentwicklung und des Auslastungsgrades des Baumarktes sollen die Ergebnisse der Tiefbaustatistik ab 1962 im vierteljährlichen Turnus in der „Reihe F“ der Statistischen Berichte veröffentlicht werden.

Werner Matti

Ertrag, Kapital und Steuermeßbeträge der gewerblichen Unternehmen in Hamburg

Ergebnisse der Gewerbesteuerstatistik 1958

Mit dem Gesetz über eine Gewerbesteuerstatistik für das Kalenderjahr 1958 vom 23. Dezember 1960 (BGBl. I, S. 1071) ist

- a) eine Statistik der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital (Gewerbesteuerhauptstatistik),
- b) eine Statistik der Zerlegungsanteile und
- c) eine Statistik der Lohnsummensteuer

angeordnet worden. Die gewonnenen Zahlen vermitteln nicht nur einen umfassenden Überblick über die Zahl der Gewerbesteuerpflichtigen, über Gewerbeertrag, Gewerbekapital und Steuermeßbeträge, durch die Aufgliederung dieser Angaben nach Wirtschaftsbereichen und Wertgrößeklassen werden auch tiefere Einblicke in die Ertrags- und Kapitalverhältnisse der gewerblichen Wirtschaft und mannigfache Vergleiche mit anderen Statistiken ermöglicht. Insbesondere die Statistik der Zerlegungsanteile gewinnt dadurch große Bedeutung, daß sie weitere Zahlenangaben für die Beurteilung der regionalen Verflechtung der gewerblichen Unternehmen bringt. Bei dieser Statistik besteht nämlich die Möglichkeit, eine Aufteilung des für ein gewerbliches Unternehmen mit mehreren Niederlassungen festgesetzten Steuermeßbetrags auf diejenigen Gemeinden durchzuführen, in denen sich seine Betriebsstätten befinden, während in der Umsatzsteuerstatistik und in anderen Steuerstatistiken Steuerbeträge von Unternehmen, die in mehreren Orten Arbeitsstätten unterhalten, nur für die Gesamtunternehmung am Sitz des Unternehmens erfaßt werden können.

Im Gegensatz zu den wiederholt durchgeführten Einkommensteuer-, Umsatzsteuer-, Einheitswert- und Vermögensteuerstatistiken haben umfassende Gewerbesteuererhebungen bisher erst zweimal stattgefunden, und zwar nach der großen Realsteuerreform für die Jahre 1937 und 1938. Da die Ergebnisse dieser beiden Erhebungen durch den zweiten Weltkrieg, durch die Auswirkungen der Währungsreform und durch die günstige Wirtschaftstätigkeit des letzten Jahrzehnts völlig überholt sind und neues Zahlenmaterial für die von verschiedenen Seiten angeregte Gewerbesteuerreform dringend benötigt wird, wurde die Durchführung der o. a. Statistiken angeordnet.

Im folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der Gewerbesteuerhauptstatistik 1958 vorgelegt. In weiteren Beiträgen dieser Zeitschrift wird in Kürze über die Ergebnisse der Lohnsummensteuerstatistik und der Statistik der Zerlegungsanteile berichtet. Aus dem umfangreichen Programm der angeführten Statistiken können in der Monatsschrift „Hamburg in Zahlen“ nur verhältnismäßig kurze Auszüge geboten werden; eine erheblich weitergehende Darstellung mit den ausführlichen Tabellennachweisen muß der Schriftenreihe „Statistik des Hamburgischen Staates“ überlassen bleiben.

Bemerkungen zur Methode der Statistik

Als Erhebungsunterlagen für die Statistik der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und nach dem Gewerbekapital (Gewerbesteuerhauptstatistik) haben Durchschriften — Statistische Blätter — der Gewerbesteuermeßbescheide 1958 gedient. Ein Statistisches Blatt war von den Finanzämtern für jeden in der Veranlagungsliste mit dem Signal „Gewerbesteuer“ versehenen Steuerpflichtigen auszufertigen, für den ein Meßbescheid erteilt worden ist. Nach dem Gewerbesteuergesetz 1957 in der Fassung vom 18. November 1958 (BGBl. I, S. 754) unterliegen der Gewerbesteuer alle stehenden Gewerbebetriebe und alle Wandergewerbebetriebe, soweit sie im Inland betrieben werden. Was als Gewerbebetrieb zu gelten hat, ist im Gewerbesteuerrecht näher bestimmt; nach § 2 Abs. 1 GewStG ist unter Gewerbebetrieb ein gewerbliches Unternehmen im Sinne des Einkommensteuergesetzes zu verstehen. Als solches gilt stets die Tätigkeit der Personen- und Kapitalgesellschaften des Handelsrechts. Aber auch die Tätigkeit der sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts und der nichtrechtsfähigen Vereine, soweit sie einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (ausgenommen Land- und Forstwirtschaft) unterhalten, zählt als Gewerbebetrieb. Auch die selbständige Tätigkeit der Einzelunternehmer gilt als Gewerbebetrieb. Von diesen unterliegt nicht der Gewerbesteuer nach dem Ertrag und dem Kapital die Ausübung eines freien Berufs, als Arzt, Anwalt, Künstler, Architekt usw.

In der Gewerbesteuerstatistik sind nicht berücksichtigt gewerbliche Unternehmen, die nach § 3 GewStG von der Zahlung der Gewerbesteuer befreit sind. Dies sind u. a.: Verschiedene Unternehmen der öffentlichen Hand (Bundespost, Bundesbahn, Staatsbanken und Sparkassen, soweit sie den eigentlichen Sparverkehr pflegen); Unternehmen, die nach Satzung und Geschäftsführung ausschließlich gemeinnützigen, kirchlichen oder mildtätigen Zwecken dienen; kleinere Hochsee- und Küstenfischereibetriebe; Berufsverbände, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, und rechtsfähige Unterstützungskassen.

Besteuerungsgrundlagen für die Gewerbesteuer sind der Gewerbeertrag und das Gewerbekapital. Gewerbeertrag ist mit einigen Zu- und Absetzungen der nach den Vorschriften des Einkommensteuer- oder Körperschaftsteuergesetzes zu ermittelnde Gewinn (Verlust) aus dem Gewerbebetrieb. Hinzurechnet werden nach § 8 des Gewerbesteuergesetzes die Zinsen für sogenannte Dauerschulden, die zum Erwerb, zur Erweiterung oder Verbesserung des Betriebs aufgenommen sind oder die nicht nur vorübergehender Verstärkung des Betriebskapitals dienen; außerdem Vergütungen für die Beschäftigung des Ehegatten im Betrieb, die Hälfte der Miet- und Pachtzinsen für gemietete Maschinen oder sonstiges bewegliches Anlagevermögen u. a. m. Unter den Kürzungen ist vor allem die Absetzung von 3% des Ein-

heitswertes des am 1. Januar 1958 zum Betriebsvermögen des Unternehmers gehörenden Grundbesitzes zu erwähnen. Weiter werden noch die Anteile am Gewinn aus der Beteiligung an Personengesellschaften und der auf ausländische Betriebsstätten des Unternehmens entfallende Teil des Gewerbeertrages abgesetzt, wenn diese Beträge im Gewinn des Steuerpflichtigen enthalten sind. Als Gewerkekaptial gilt der Einheitswert des gewerblichen Unternehmens im Sinne des Bewertungsgesetzes, wiederum mit gewissen Änderungen, insbesondere unter Kürzung der Einheitswerte, mit denen die Betriebsgrundstücke in dem Einheitswert des Unternehmens enthalten sind; denn die Grundstücke werden gesondert zur Grundsteuer herangezogen. Hinzugefügt werden dieselben Schulden, deren Zinsen in den Gewerbeertrag einbezogen sind, sowie der Wert der für das Unternehmen gepachteten oder gemieteten beweglichen Betriebsmittel.

Die Steuermeßzahlen sind bei der Steuer nach dem Gewerbeertrag Prozentsätze des Gewerbeertrages; sie sind bei natürlichen Personen und Personengesellschaften unter Schonung der kleinen Unternehmen gestaffelt. Aus dem zugunsten des Steuerpflichtigen auf volle 100 DM nach unten gerundeten Gewerbeertrag und der Steuermeßzahl errechnet sich der Steuermeßbetrag. Die ersten 2400 DM des Gewerbeertrages sind steuerfrei (Meßzahl = 0%). Für jede weiteren 2400 DM bis zum Betrag von 12000 DM steigt die Meßzahl um je 1% bis zu 4%, für den 12000 DM übersteigenden Ertragsteil ist die Steuermeßzahl 5%¹⁾. Bei Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften u. a. beträgt die Steuermeßzahl allgemein 5%, eine Abstufung findet hier nicht statt. Für das Gewerbekaptial gilt eine einheitliche Steuermeßzahl in Höhe von 2‰, jedoch wird für Gewerbeunternehmen, deren Gewerbekaptial — auf volle 1000 DM nach unten gerundet — weniger als 6000 DM beträgt, ein Steuermeßbetrag nicht festgestellt.

Die Steuermeßbeträge nach Ertrag und Kapital werden zu einem Steuermeßbetrag zusammengezählt, der die Grundlage für die Erhebung der Gewerbesteuer in der Gemeinde ist. Durch Multiplikation des Steuermeßbetrages mit dem von der Gemeinde festgesetzten Hebesatz (in Hamburg für 1958: 250%) erhält man die Gewerbebesteuerschuld der gewerblichen Unternehmen.

Die Gewerbebesteuerstatistik gliedert die Steuerpflichtigen nach ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. Ging ein Pflichtiger verschiedenen Tätigkeiten nach, so wurde er dem Gewerbezug zugeordnet, der dem Schwerpunkt seiner Tätigkeiten entsprach. Dabei galt als Maßstab für die Schwerpunktbestimmung — soweit möglich — die in den verschiedenen Gewerbebezügen erzielte Wertschöpfung. Maßgebend für die gewerbliche Zuordnung der Steuerpflichtigen war die bei den Finanzämtern im Adrema-Aufdruck enthaltene Gewerbekennziffer nach dem Gewerbekennzifferverzeichnis der Steuerstatistiken, das auf dem Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten 1950 beruht.

Neben der Gliederung nach der wirtschaftlichen Tätigkeit ist in der Steuerstatistik eine weitere Aufteilung derjenigen Steuerpflichtigen vorgenommen worden, die industriell oder handwerklich tätig waren.

Dadurch wurde das „Produzierende Gewerbe“ aller Wirtschaftszweige dreigeteilt, und zwar in die Bereiche „Industrie“, „Handwerk“ und „Übriges Produzierendes Gewerbe“. Zur Industrie zählten alle Steuerpflichtigen, die einen industriellen Schwerpunkt hatten und in der Unternehmenskartei des Industrieberichts geführt wurden. Für die Zuordnung zum Handwerk galten die Eintragung in die Handwerksrolle und der handwerkliche Schwerpunkt als Kriterium. Alle sonstigen Steuerpflichtigen des Produzierenden Gewerbes rechneten zum Übrigen Produzierenden Gewerbe.

Bei der Beurteilung der Ergebnisse der Statistik der Gewerbebesteuer nach dem Gewerbeertrag und nach dem Gewerbekaptial ist zu berücksichtigen, daß es sich hier nur um Angaben über steuerlich in Hamburg geführte Gewerbeunternehmen einschließlich aller ihrer teilweise auch außerhalb Hamburgs gelegenen Arbeitsstätten handelt. Dagegen sind die in der Freien und Hansestadt belegenen Arbeitsstätten von außerhalb Hamburgs steuerlich zuständigen Unternehmen nicht einbezogen. Erst bei der Auswertung der Statistik der Zerlegungsanteile kann die Darstellung des Gewerbeertrags und -kaptials auf die in Hamburg tätigen Niederlassungen abgestellt werden.

Gewerbeertrag und Gewerbekaptial

In der Statistik der Gewerbebesteuer nach dem Gewerbeertrag und nach dem Gewerbekaptial (Gewerbebesteuerhauptstatistik) für das Jahr 1958 sind in Hamburg insgesamt 68387 Steuerpflichtige mit einem (abgerundeten) Gewerbeertrag in Höhe von 2,37 Mrd. DM und mit einem (abgerundeten) Gewerbekaptial von 8,08 Mrd. DM im Sinne des Gewerbebesteuerrechts erfaßt worden. Mit 2590 (3,8%) Steuerpflichtigen war die Zahl der juristischen Personen nur recht gering; ihr Anteil am Gesamtgewerbeertrag betrug 29,5% und am Gesamtgewerbekaptial 55,6%. Der Durchschnittsbetrag je Steuerpflichtigen war demzufolge bei den juristischen Personen wesentlich höher als bei den Einzelunternehmen und Personengesellschaften. Im Durchschnitt kam bei den juristischen Personen auf einen Steuerpflichtigen ein Gewerbeertrag von 270700 DM gegen 25400 DM bei den natürlichen Personen; beim Gewerbekaptial betragen die entsprechenden Zahlen 1735100 DM bzw. 54600 DM.

Die Verteilung der Steuerpflichtigen auf die bedeutendsten Wirtschaftszweige zeigt u. a., daß rund ein Viertel der Steuerpflichtigen dem Einzelhandel angehörte. Ein weiteres Viertel der Pflichtigen entfiel auf die unter dem Begriff „Produzierendes Gewerbe“ zusammengefaßten Wirtschaftszweige. Hier bildeten die rund 12000 Handwerksbetriebe den weitest größten Teil der Steuerpflichtigen; an Industrieunternehmen wurden nur 2520 erfaßt, d. s. 3,7% der Steuerpflichtigen des gesamten Gewerbes. Der Großhandel umfaßte 12,1% der Pflichtigen. Von den als „Sonstige Wirtschaftszweige“ zusammengefaßten Bereichen (zusammen 38,1% der Steuerpflichtigen) entfiel fast die Hälfte auf das Übrige Handelsgewerbe (vgl. Tabelle 1).

¹⁾ Nach dem Steueränderungsgesetz vom Juni 1961 ist der Freibetrag beim Gewerbeertrag von 2400 DM auf 7200 DM erhöht worden, wobei die Degressionsstufen von je 2400 DM auf den neuen Freibetrag aufgestockt werden.

Tab. 1

Ertrag und Kapital der Gewerbesteuerpflichtigen in Hamburg 1958 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige	Steuerpflichtige insgesamt		Abgerundeter Gewerbeertrag			Abgerundetes Gewerbekapital		
	Zahl	%	insgesamt		je Steuerpflichtigen 1000 DM	insgesamt		je Steuerpflichtigen 1000 DM
			Mio DM	%		Mio DM	%	
1	2	3	4	5	6	7	8	
Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei und Tierzucht, Fischerei	336	0,5	4,2	0,2	12,5	12,1	0,1	36,0
Produzierendes Gewerbe	16 134	23,6	1 059,1	44,6	65,6	4 113,6	50,9	255,0
dav. Industrie	2 520	3,7	841,9	35,5	334,1	3 873,3	47,9	1 537,0
Handwerk	11 883	17,4	186,0	7,8	15,7	192,5	2,4	16,2
Übriges Produzierendes Gewerbe	1 731	2,5	31,2	1,3	18,0	47,8	0,6	27,6
Großhandel	8 261	12,1	402,9	17,0	48,8	1 361,2	16,8	164,4
Einzelhandel	17 580	25,7	268,1	11,3	15,3	381,5	4,7	21,7
Sonstige Wirtschaftszweige	26 076	38,1	640,6	27,0	24,7	2 215,5	27,4	85,0
dar. Übriges Handelsgewerbe	11 451	16,7	346,9	14,6	30,3	585,3	7,2	51,1
Dienstleistungen	8 686	12,7	110,6	4,7	512,7	178,0	2,2	20,5
Verkehrswirtschaft	5 421	7,9	173,6	7,3	32,0	1 431,8	17,7	264,1
Wirtschaftszweige insgesamt	68 387	100	2 374,9	100	34,7	8 083,8	100	118,2
dav. Natürliche Personen	65 797	96,2	1 673,9	70,5	25,4	3 589,9	44,4	54,6
Juristische Personen	2 590	3,8	701,0	29,5	270,7	4 493,9	55,6	1 735,1

Die Gesamtsumme der Gewerbeerträge und des Gewerbekapitals verteilt sich auf die Wirtschaftszweige in anderer Weise. Der Anteil des Gewerbeertrags und des Gewerbekapitals am jeweiligen Gesamtbetrag ist am höchsten im Bereich mit der niedrigsten Zahl der Steuerpflichtigen, nämlich in der Industrie, und zugleich zum Teil am niedrigsten in den Bereichen mit der höchsten Zahl der Unternehmen, vor allem im Einzelhandel und Handwerk. Entsprechend ergibt sich bei der Industrie ein Gewerbeertrag von durchschnittlich 334 100 DM, beim Handwerk dagegen ein solcher von nur 15 700 DM je Steuerpflichtigen insgesamt. Noch stärker waren die Unterschiede beim Gewerbekapital, hier wurde je Pflichtiger ein Betrag von 1 537 000 DM bei der Industrie gegenüber 16 200 DM beim Handwerk ermittelt.

Der Gewerbeertrag von Industrie, Handwerk und übrigem Produzierendem Gewerbe macht 45% des Gewerbeertrags aller durch die Statistik erfaßten Gesamtsteuerpflichtigen von 2,37 Mrd. DM aus; der entsprechende Anteil am Gewerbekapital betrug sogar mehr als die Hälfte (bei 23,6% der Steuerpflichtigen). Der Einzelhandel ist nur mit 4,7% am Gesamtgewerbekapital, aber mit 11,3% am Gesamtertrag und mit 25,7% an der Zahl der Steuerpflichtigen beteiligt. Bei allen übrigen in Tabelle 1 aufgeführten Wirtschaftszweigen — mit Ausnahme des Dienstleistungsgewerbes — waren die Unterschiede in der Beteiligung an der Zahl der Steuerpflichtigen, am Ertrag und am Kapital weniger stark. In der Tabelle 2 werden die Gewerbesteuerpflichtigen nach Art der Veranlagung (Besteuerung) besonders dargestellt. Sie sind nach drei Gruppen

Tab. 2

Zusammensetzung der Gewerbesteuerpflichtigen in Hamburg 1958 nach Art der Veranlagung und Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige	Von der Gesamtzahl der Gewerbesteuerpflichtigen wurden veranlagt									
	nach Ertrag und Kapital				nach Ertrag allein			nach Kapital allein		
	Steuerpflichtige		Summe der Erträge	Summe des Kapitals	Steuerpflichtige		Summe der Erträge	Steuerpflichtige		Summe des Kapitals
	Zahl	%	Mio DM	Zahl	%	Mio DM	Zahl	%	Mio DM	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei und Tierzucht, Fischerei	175	52,1	3,3	5,6	134	39,9	0,9	27	8,0	6,5
Produzierendes Gewerbe	10 821	67,0	1 003,2	3 609,1	4 690	29,1	55,9	623	3,9	504,5
dav. Industrie	2 030	80,6	822,3	3 379,5	228	9,0	19,6	262	10,4	493,8
Handwerk	7 907	66,5	155,0	186,2	3 738	31,5	31,0	238	2,0	6,3
Übriges produzierendes Gewerbe	884	51,1	25,9	43,4	724	41,8	5,3	123	7,1	4,4
Großhandel	5 583	67,5	379,4	1 266,9	1 806	21,9	23,5	872	10,6	94,3
Einzelhandel	11 752	66,8	229,5	367,6	5 323	30,3	38,6	505	2,9	13,9
Sonstige Wirtschaftszweige	14 866	57,0	536,4	1 330,2	9 654	37,0	104,2	1 556	6,0	885,3
dar. Übriges Handelsgewerbe	5 724	50,0	285,3	542,9	5 346	46,7	61,6	381	3,3	42,4
Dienstleistungen	5 453	62,8	86,6	140,8	2 734	31,5	24,1	499	5,7	37,2
Verkehrswirtschaft	3 426	63,2	156,6	628,0	1 376	25,4	17,0	619	11,4	803,8
Wirtschaftszweige insgesamt	43 197	63,2	2 151,8	6 579,3	21 607	31,6	223,1	3 583	5,2	1 504,5
dav. Natürliche Personen	41 739	63,4	1 459,4	2 765,2	21 498	32,7	214,5	2 560	3,9	824,7
Juristische Personen	1 458	55,9	692,4	3 814,1	109	4,6	8,6	1 023	39,5	679,8

unterschieden worden. Zur ersten Gruppe gehören diejenigen, bei denen die Steuerpflichtigen einen Gewerbeertrag in Höhe von 2 500 DM und mehr (bei juristischen Personen mindestens 100 DM) und ein Gewerbekapital von 6 000 DM und darüber hatten. Die zweite Gruppe setzt sich aus denen zusammen, die nur über einen Ertrag von 2500 DM und über kein Kapital oder höchstens über ein solches von unter 6 000 DM verfügten. Die dritte Gruppe schließlich besteht aus Steuerpflichtigen, die ein Kapital über 6 000 DM und überhaupt keine Erträge hatten oder bei denen die Erträge geringer waren als die erwähnten Freibeträge nach dem Ertrag.

Von den 68387 Gewerbesteuerpflichtigen sind fast zwei Drittel (63,2%) sowohl nach dem Ertrag als auch nach dem Kapital, gut drei Zehntel (31,6%) nur nach dem Ertrag und 5,2% nur nach dem Kapital besteuert worden. Demnach spielten die gewerblichen Unternehmen, die ausschließlich nach dem Gewerbekapital veranlagt wurden, im Rahmen der Gesamtsteuerpflichtigen keine besondere Rolle. Dies gilt insbesondere für die gewerblichen Unternehmen des Handwerks, des Einzelhandels und des übrigen Handelsgewerbes, bei denen der Anteil der Pflichtigen, die nur Gewerbekapital aufwiesen, an der Gesamtzahl der Pflichtigen zwischen 2 und 3,3% schwankte; umgekehrt war der Anteil der Steuerpflichtigen mit nur Kapital besonders hoch bei den Unternehmen des Großhandels und der Industrie (über 10%). Die Zahl der Steuerpflichtigen, die nur über Gewerbeerträge verfügten, war in den Wirtschaftszweigen mit starker Bedeutung der Klein- und Mittelbetrieben verhältnismäßig hoch. Der Anteil derartiger Betriebe an den Steuerpflichtigen insgesamt stieg von 30,3% im Einzelhandel, 31,5% im Handwerk bis auf 46,7% bei den Unternehmen des übrigen Handelsgewerbes. Dagegen erscheinen die Industrieunternehmen mit einem weit unter dem Gesamtdurchschnitt (9%) liegenden Anteil.

Von den Steuerpflichtigen insgesamt haben 64531 einen veranlagten Gewinn aus Gewerbebetrieb im Gesamtbetrag von 2,33 Mrd. DM und 363 einen Verlust aus Gewerbebetrieb von 32,7 Mio DM nachgewiesen. Im Durchschnitt kam auf einen Steuerpflichtigen ein Gewinn von 33 900 DM; bei den natürlichen Personen und Personengesellschaften sowie bei den juristischen Personen und nichtrechtsfähigen Vereinen lauteten die entsprechenden Durchschnitte 24700 bzw. 271 300 DM. Eingangs wurde darauf hingewiesen, daß bei der Errechnung des Gewerbeertrages aus dem Gewinn bestimmte Hinzurechnungs- und Kürzungsbeträge zu berücksichtigen sind. Zum Gewinn wurden 224,9 Mio DM hinzugerechnet, von denen fast die Hälfte auf Zinsen von Schulden, die wirtschaftlich mit der Gründung, dem Erwerb oder Verbesserung des Betriebs zusammenhängen (Dauerschulden), entfielen.

Die andere Hälfte verteilte sich auf die in § 8 Abs. 2-9 GewStG aufgeführten Hinzurechnungsarten, wie z. B. Renten und dauernde Lasten, Gewinnanteile des stillen Gesellschafters, Gehälter und sonstige Vergütungen an Ehegatten, die im Betrieb beschäftigt sind, Miet- und Pachtzinsen u. ä. m. Bei den Kürzungen entfiel überwiegende Teil auf den Gewinnanteil von Personengesellschaften und auf den Grundstücks-ertrag, der bei der Errechnung des Gewerbeertra-

ges mit 3% des Einheitswertes der eigenen Betriebsgrundstücke in Abzug zu bringen war. Betrachtet man die natürlichen Personen und Personengesellschaften sowie die juristischen Personen und nichtrechtsfähigen Vereine getrennt, so ergibt sich folgendes Bild:

Tab. 3
Entwicklung des Gewerbeertrages aus Gewinn der gewerblichen Unternehmen in Hamburg 1958

Art der Angaben	Natürliche Personen und Personengesellschaften			Juristische Personen und nichtrechtsfähige Vereine		
	Betrag Mio DM	je Steuerpflichtigen insges.	je jeweils beteiligten Steuerpflicht.	Betrag Mio DM	je Steuerpflichtigen insges.	je jeweils beteiligten Steuerpflicht.
	1	2	3	4	5	6
Gewinn aus Gewerbebetrieb	1 622,4	24,7	25,7	702,6	271,3	497,3
Verlust aus Gewerbebetrieb	3,4	0,1	20,2	29,3	11,3	151,1
Hinzurechnungen nach § 8 GewStG insgesamt	77,0	1,2	4,1	147,9	57,1	61,1
dar. Zinsen für Dauerschulden (Ziff. 1)	39,9	0,6	2,6	59,6	23,0	101,9
die Hälfte der Miet- u. Pachtzinsen (Ziff. 7)	3,3	0,1	3,4	20,9	8,1	203,0
Kürzungen nach § 9 GewStG insgesamt	35,6	0,5	5,1	94,2	36,4	118,3
dar. 3% des Einheitswertes des zum Betriebsvermögen gehörenden Grundbesitzes (Ziff. 1, Sätze 1 u. 2)	9,0	0,1	1,5	12,9	5,0	27,8
Anteile am Gewinn von Personengesellschaften (Ziff. 2)	20,4	0,3	79,5	65,1	25,1	1 002,1
Verbleibender Betrag	1 660,4	-	-	727,0	-	-
Gewerbeverlust aus Vorjahren	12,1	0,2	18,6	5,6	2,2	28,2
Abgerundeter Gewerbeertrag	1 673,9	25,4	26,5	701,0	270,7	447,3

Insgesamt wurden für 44021 Steuerpflichtige Einheitswerte in Höhe von 7,4 Mrd. DM und für 2516 Steuerpflichtige eine Überschuldung (negativer Einheitswert) von 0,12 Mrd. DM festgestellt. In welchem Umfang die Hinzurechnungen auf der einen und die Kürzungen auf der anderen Seite die Einheitswerte und damit das Gewerbekapital beeinflusst haben, läßt sich aus der Tabelle 4 entnehmen. Bemerkenswert ist, daß die Summe der Hinzurechnungen und die der Kürzungen im Verhältnis zur Summe des Einheitswertes erheblich höher sind als die entsprechenden Hinzurechnungen und Kürzungen im Verhältnis zum Gewinn. Dem Einheitswert wurden nach § 12 GewStG solche Beträge wieder zugeschlagen, die bei der Feststellung des Einheitswertes abgezogen sind (2,06 Mrd. DM). Es handelt sich hierbei fast ausschließlich um Verbindlichkeiten, die den o. a. Schuldzinsen beim Gewerbeertrag entsprechen. Die Summe der Kürzungen machte 1,2 Mrd. DM aus, davon entfielen 0,8 Mrd. DM auf den Einheitswert der Betriebsgrundstücke.

Gewerbesteuermeßbeträge

Wenn auch die Gesamtsumme des (abgerundeten) Gewerbekapitals der steuerpflichtigen Unternehmen mehr als dreimal so hoch ist als die des (abgerundeten) Gewerbeertrages, so wird doch der Steuermeßbetrag (115,6 Mio DM) am stärksten durch den

Tab. 4
Entwicklung des Gewerbekapitals aus dem Einheitswert der gewerblichen Unternehmen in Hamburg 1958

Art der Angaben	Natürliche Personen und Personengesellschaften			Juristische Personen und nichtrechtsfähige Vereine		
	Betrag Mio DM	je Steuerpflichtigen insges.	je jeweils beteiligten Steuerpflicht.	Betrag Mio DM	je Steuerpflichtigen insges.	je jeweils beteiligten Steuerpflicht.
	1	2	3	4	5	6
Einheitswert	3 114,2	47,3	74,6	4 255,1	1 642,9	1 861,4
Oberschuldung (Negativer Einheitswert)	69,8	1,1	30,0	50,6	19,5	266,2
Hinzurechnungen nach § 12 Abs. 2 GewStG insgesamt	992,5	15,1	54,8	1 063,7	410,7	968,8
dar. Verbindlichkeiten, die den Schuldzinsen entsprechen (§ 12 Abs. 2 Ziff. 1)	975,8	14,8	55,2	1 032,4	398,6	987,0
Kürzungen nach § 12 Abs. 3 u. 4 GewStG insgesamt	438,8	6,7	94,6	726,9	280,7	984,9
dar. Summe der Einheitswerte von Betriebsgrundstücken (Ziff. 1)	270,6	4,1	63,6	502,8	194,1	822,9
Wert (Teilwerte) von Beteiligungen (Ziff. 2)	164,7	2,5	470,6	193,2	74,6	1 680,0
Gewerbekapital	3 598,2	54,7	80,4	4 541,4	1 753,4	1 829,0
Abgerundetes Gewerbekapital	3 589,9	54,6	81,0	4 493,9	1 735,1	1 811,3

Meßbetrag nach dem Gewerbeertrag bestimmt, auf den 1958 in Hamburg allein 86% der Summe der Meßbeträge nach Ertrag und Kapital entfielen. Der Grund liegt vor allem darin, daß die gesetzlich festgelegte Meßzahl auf den Ertrag erheblich höher liegt — bis 5% — als diejenige auf das Gewerbekapital (2‰). Auf einen Steuerpflichtigen kamen durchschnittlich ein einheitlicher Steuermeßbetrag von 1 690 DM; bei den Einzelunternehmen und Personengesellschaften betrug der Durchschnitt 1 091 DM, bei den juristischen Personen und nichtrechtsfähigen Vereinen rund 1 690 DM.

In den einzelnen Wirtschaftszweigen weichen, wie die Tabelle 5 und die Sondertabelle (S. 148) zeigen, sowohl das Verhältnis von Meßbeträgen nach dem Ertrag und von Meßbeträgen nach dem Kapital als auch die durchschnittlichen Steuermeßbeträge je Steuerpflichtigen infolge der jeweils anders gearteten Betriebsstruktur mehr oder weniger stark von dem Gesamtdurchschnitt ab. Die in Tabelle 5 gleichfalls dargestellten Anteile der Wirtschaftszweige an den Steuermeßbeträgen nach dem Ertrag und nach dem Kapital unterscheiden sich dagegen nur wenig von den entsprechenden Anteilen der Beträge des Gewerbeertrages und des Gewerbekapitals.

Es gibt Wirtschaftszweige, die als kapitalintensiv erkannt werden können, wie z. B. Unternehmen der Wirtschaftsgruppe Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoffindustrie sowie Schiffahrts-, Wasser- und Hafengewesen. Hier war der Anteil der Steuermeßbeträge nach dem Kapital an der Summe der einheitlichen Meßbeträge mit 71,6 und 34,0% bedeutend höher als beispielsweise bei der Gesamtindustrie (15,7%). Zu den Industriezweigen, die ein beträchtliches Anlagekapital benötigen, weil sie in starkem Maße Maschinen und sonstige Hilfsmittel benutzen, gehören weiter insbesondere die Eisen- und Stahlindustrie und die Ledererzeugung und Lederverarbeitung. Wesentlich unter dem Gesamtdurchschnitt in der Industrie lagen die Industriezweige Obst- und Gemüseverwertung, Kaffee- und Teeverarbeitung u. ä., Maschinenbau, Papiererzeugung und -verarbeitung sowie Druckereigewerbe.

Das Verhältnis Steuermeßbetrag nach dem Ertrag zu dem Steuermeßbetrag nach dem Kapital betrug beim Handwerk 94 zu 6 und beim Einzelhandel 92 zu 8. Hierin ist ein Ausdruck dafür zu sehen, daß beide Bereiche verhältnismäßig wenig kapitalintensiv sind. In den Branchen des Handwerks und Einzelhandels wich das durchschnittliche Anteilsverhältnis der beiden Meßbeträge nur unbedeutend von dem jeweiligen Gesamtdurchschnitt ab. Im sonstigen

Tab. 5
Steuermeßbeträge der Gewerbesteuerpflichtigen in Hamburg 1958 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige	Einheitlicher Steuermeßbetrag			Steuermeßbetrag nach dem Gewerbeertrag			Steuermeßbetrag nach dem Gewerbekapital			
	insgesamt		je Steuerpflichtigen	insgesamt		je Steuerpflichtigen	insgesamt		je Steuerpflichtigen	% des einheitlichen Steuermeßbetrages
	1000 DM	%		1000 DM	%		1000 DM	%		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei und Tierzucht, Fischerei	150	0,1	446	127	0,1	378	23	0,1	68	15,3
Produzierendes Gewerbe	56 413	48,8	3 497	48 253	48,4	2 991	8 160	51,5	506	14,5
dav. Industrie	48 948	42,3	19 424	41 246	41,3	16 367	7 702	48,6	3 056	15,7
Handwerk	6 251	5,4	526	5 885	5,9	495	366	2,3	31	5,9
Übriges produzierendes Gewerbe	1 214	1,1	701	1 122	1,1	648	92	0,6	53	7,6
Großhandel	20 550	17,8	2 488	17 855	17,9	2 161	2 695	17,0	326	13,1
Einzelhandel	9 315	8,1	530	8 578	8,6	488	737	4,7	42	7,9
Sonstige Wirtschaftszweige	29 160	25,2	1 118	24 943	25,0	957	4 217	26,6	162	14,5
dav. Übriges Handelsgewerbe	15 271	13,2	1 334	14 148	14,2	1 236	1 123	7,1	98	7,4
Dienstleistungen	3 586	3,1	413	3 261	3,3	375	325	2,1	37	9,1
Verkehrswirtschaft	9 908	8,6	1 828	7 179	7,2	1 324	2 729	17,2	503	27,5
Wirtschaftszweige insgesamt	115 588	100	1 690	99 756	100	1 459	15 832	100	232	13,7
dav. Natürliche Personen	71 804	62,1	1 091	64 928	65,1	987	6 886	43,5	105	9,6
Juristische Personen	43 784	37,9	1 691	34 838	34,9	1 350	8 946	56,5	3 454	20,4

Tab. 6

Steuerpflichtige, Gewerbeertrag und Gewerkekapi tal sowie Steuermeßbeträge in Hamburg 1958 nach Ertragsgruppen

Gewerbeertragsgruppen	Steuerpflichtige insgesamt		Abgerundeter Gewerbeertrag		Abgerundetes Gewerkekapi tal		Steuermeßbetrag nach dem				Einheitlicher Steuermeßbetrag	
	Zahl	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Ertrag		Kapi tal		Mio DM	%
							Mio DM	%	Mio DM	%		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Ohne Gewerbeertrag	3 583	5,2	—	—	1 504,5	18,6	—	—	2,8	17,9	2,8	2,4
unter 2 500 DM	3 039	4,4	4,3	0,1	46,1	0,6	0,0	0,0	0,1	0,6	0,1	0,1
2 500 bis unter 4 900 DM	12 617	18,5	46,1	1,9	51,5	0,6	0,2	0,2	0,0	0,4	0,2	0,2
4 900 bis unter 7 300 DM	11 549	16,9	69,2	3,0	65,1	0,8	0,6	0,6	0,1	0,6	0,7	0,6
7 300 bis unter 9 700 DM	8 098	11,8	67,9	2,9	63,1	0,8	0,9	0,9	0,1	0,7	1,0	0,8
9 700 bis unter 12 100 DM	5 717	8,4	61,7	2,6	67,1	1,1	1,1	1,1	0,1	0,7	1,2	1,0
12 100 bis unter 16 000 DM	6 005	8,8	83,3	3,5	91,2	1,1	2,0	2,0	0,2	1,1	2,2	1,9
16 000 bis unter 25 000 DM	6 775	9,9	133,3	5,6	156,1	1,9	4,2	4,2	0,3	2,0	4,5	3,9
25 000 bis unter 50 000 DM	5 732	8,4	197,6	8,3	313,4	3,9	7,6	7,6	0,6	3,9	8,2	7,1
50 000 bis unter 100 000 DM	2 774	4,1	193,3	8,1	334,3	4,1	8,6	8,6	0,7	4,2	9,3	8,0
100 000 bis unter 1 Mio DM	2 388	3,3	573,3	24,1	1 638,9	20,3	27,6	27,6	3,2	20,5	30,8	26,7
1 Mio bis unter 10 Mio DM	190	0,3	437,1	18,4	1 998,6	24,8	21,7	21,7	3,8	25,2	25,7	22,3
10 Mio und mehr DM	20	0,0	507,7	21,5	1 654,1	21,7	25,4	25,5	3,5	22,2	28,9	25,0
Insgesamt	68 387	100	2 374,9	100	8 083,8	100	99,8	100	15,8	100	115,6	100

produzierenden Gewerbe nahm der Anteil der Meßbeträge nach dem Kapital mit 14,5% ebenfalls einen verhältnismäßig breiten Raum in der Aufteilung der Meßbeträge ein. Dies ist daraus zu erklären, daß in den zu diesem Bereich gehörenden Unternehmen der Verkehrswirtschaft die maschinelle Ausrüstung ein größeres Kapital erfordert.

Setzt man weiter die Zahl der Steuerpflichtigen und die Steuermeßbetragssummen in den Wirtschaftszweigen in Beziehung, so ergibt sich die durchschnittliche gewerbesteuerliche Belastung der Unternehmen. An der Spitze der Steuermeßbetragsskala standen die Wirtschaftszweige, die sich hauptsächlich durch das starke Überwiegen des Großunternehmens auszeichnen, wie z. B. die Industrie, einige Branchen des Großhandels und die Verkehrswirtschaft. Für die Steuerpflichtigen der Industrie ergab sich mit rund 19 400 DM im Durchschnitt der höchste einheitliche Steuermeßbetrag. Mit verhältnismäßig weitem Abstand folgten die Steuerpflichtigen des Großhandels und der Verkehrswirtschaft, deren einheitlicher Steuermeßbetrag 2 488 bzw. 1 828 DM betrug. Im Gegensatz hierzu handelt es sich bei den unter dem Durchschnitt aller Steuerpflichtigen der gewerblichen Wirtschaft liegenden Zweigen vorwiegend um solche mit starker Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe, wie Handwerk und Einzelhandel, die nur einen einheitlichen Steuermeßbetrag von durchschnittlich 526 bzw. 530 DM je Steuerpflichtigen aufwiesen. Unter den Industriegruppen erreichten die höchsten einheitlichen Steuermeßbetrag je Pflichtigen die Unternehmen der Tabakwarenherstellung mit 373 500 DM, und an zweiter Stelle standen die Unternehmen der Mineralölindustrie mit 189 200 DM. Verhältnismäßig hohe einheitliche Steuermeßbeträge ergaben sich ferner für die Gummi- und Asbestverarbeitung (58 500 DM) und für den Schiffbau (46 800 DM). Zu den Industriegruppen, in denen der durchschnittliche Steuermeßbetrag verhältnismäßig niedrig war, zählten vor allem die Ledererzeugung und -verarbeitung, die Holzverarbeitung und das Textilgewerbe.

In den Gewerbebezügen des Handwerks zeigten sich ebenfalls stark voneinander abweichende einheitliche Meßbeträge im Durchschnitt je Steuerpflichtigen. An der Spitze stand die Wirtschaftsgruppe

Hoch-, Tief- und Ingenieurbau mit einem Betrag von 1 423 DM je Unternehmen, die Zimmerei und Dachdeckerei, der Maschinenbau und der Straßen- und Luftfahrzeugbau mit je über 700 DM. Relativ niedrige Durchschnittsbeträge je Pflichtigen hatten die Handwerksbetriebe der Schneider und der Schuhmacher (133 und 129 DM). Auch im Einzelhandel gab es wenige Wirtschaftszweige, die je Steuerpflichtigen einen einheitlichen Steuermeßbetrag von über 1 000 DM aufwiesen, wenn man von dem Wirtschaftszweig „Einzelhandel mit Waren aller Art“, in dem die Waren- und Kaufhäuser enthalten sind (3 571 DM), und dem Einzelhandel mit Maschinen, Fahrrädern und Kraftfahrzeugen (1 196 DM) absieht. Besonders stark variierten die Durchschnittsmeßbeträge im Großhandel, und zwar wurden für die Steuerpflichtigen des Ein- und Ausführhandels ein einheitlicher Steuermeßbetrag von durchschnittlich 4224 DM je Steuerpflichtigen und für die des Binnengroßhandels ein solcher von nur 1 958 DM errechnet.

Schichtung der Gewerbebesteuerkraft

Von besonderer Wichtigkeit für die Beurteilung der Gewerbebesteuerkraft sowohl vom wirtschaftlichen als auch vom steuerlichen Gesichtspunkt ist die Gruppierung der Steuerpflichtigen mit ihrem Gewerbeertrag, Gewerkekapi tal und Steuermeßbetrag auf die einzelnen Gewerbeertrags- und -kapi talgrößenklassen. Die Schichtung der Gewerbebesteuerkraft in der Tabelle 6, für die der Gewerbeertrag zugrunde gelegt wurde, ist dadurch gekennzeichnet, daß die unteren Ertragsgruppen zwar mit Steuerpflichtigen sehr stark besetzt, aber am Gesamtertrag nur verhältnismäßig gering beteiligt sind. Umgekehrt vereinigt ein recht kleiner Teil der Pflichtigen die Hauptmasse des Gesamtertrages auf sich. Im einzelnen hatten 1958 drei Viertel der in Hamburg zur Gewerbebesteuer Veranlagten einen Gewerbeertrag unter 16 000 DM je Steuerpflichtigen, ihr Anteil am gesamten Gewerbeertrag betrug aber nur ein Siebtel. Bei diesen Zahlen handelt es sich vor allem um die kleinen Gewerbetreibenden, die ihren Betrieb selbst leiten und deren Arbeitseinkommen — häufig mit dem Einkommen der im Betrieb mithelfenden Ehefrauen und Kinder — zum Ertrag gerechnet wird. Auf die mittleren Gewerbeertragsgrößenklas-

Tab. 7

Hauptergebnisse der Gewerbesteuerstatistik in Hamburg 1937 und 1958

Art der Angaben	Einheit	1937	1958	Veränderung in %
Steuerpflichtige insgesamt	Zahl	56 967	68 387	+ 20,0
davon mit Ertrag	"	55 574	64 804	+ 16,6
mit Kapital	"	21 689	46 780	+ 115,7
Gewerbeertrag insgesamt	Mio RM/DM	662,9	2 374,9	+ 258,3
je Steuerpflichtigen	RM/DM	11 928	36 646	+ 207,2
Gewerbekapital insgesamt	Mio RM/DM	2 144,1	8 083,8	+ 277,0
je Steuerpflichtigen	RM/DM	98 854	172 805	+ 74,8
Steuermeßbetrag nach dem Ertrag	Mio RM/DM	26,1	99,8	+ 282,1
Steuermeßbetrag nach dem Kapital	Mio RM/DM	4,3	15,8	+ 270,9
Einheitlicher Steuermeßbetrag	Mio RM/DM	30,4	115,6	+ 280,5
je Steuerpflichtigen	RM/DM	533	1 690	+ 217,1

sen 16 000 bis unter 100 000 DM entfielen sowohl bei den Pflichtigen als auch bei den Erträgen je gut ein Fünftel der jeweiligen Gesamtzahl. Die Größenklassen mit Gewerbeerträgen von 1 Mio DM und mehr konnten 0,3 % der Steuerpflichtigen, aber 40% der gesamten Gewerbeerträge auf sich vereinigen; unter den Steuerpflichtigen mit einem Gewerbeertrag von über 10 Mio DM waren 20 Großunternehmen, die allein auf ein Fünftel der Summe des Gewerbeertrags kamen.

Bei der Betrachtung der Verteilung des Gewerbekapitals auf die Gewerbeertragsgrößenklassen ist zu berücksichtigen, daß der Kreis der Steuerpflichtigen hier ein anderer ist als beim Gewerbeertrag. Wie bereits ausgeführt, wurden beim Kapital alle diejenigen Betriebe nicht erfaßt, deren Gewerbekapital unter der Besteuerungsgrenze von 6 000 DM lagen, das waren etwa ein Drittel aller Steuerpflichtigen, während der Anteil der Pflichtigen die nach dem Gewerbeertrag unter der Besteuerungsgrenze blieben, etwa nur 5,0% ausmachte. Der verhältnismäßig hohe Anteil des Gewerbekapitals in der Größenklasse „ohne Gewerbeertrag“ erklärt sich daraus, daß in dieser Klasse alle diejenigen Steuerpflichtigen enthalten sind, die zwar ein Gewerbekapital von über 6 000 DM, aber keinen Gewerbeertrag oder höchstens einen solchen unter 2 500 DM aufwiesen.

Die Schichtung der Steuermeßbeträge nach dem Ertrag weicht zum Teil von der Schichtung des Gewerbeertrags selbst ab. So waren in den Größenklassen unter 7 300 DM und 7 300 bis unter 16 000 DM die Anteile der Steuermeßbeträge vom Ertrag an der Gesamtsumme dieser Meßbeträge weit höher als der entsprechende Anteil des Gewerbeertrags am Gesamtertrag. Das beruht in der Hauptsache darauf, daß das Gewerbesteuerrecht bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften mit relativ geringen Gewerbeerträgen — wie erwähnt — niedrigere Meßzahlen für den Gewerbeertrag vorsieht. Der Anteil der oberen Gewerbeertragsgruppen ist dementsprechend bei den Steuermeßbeträgen nach dem Ertrag

größer als beim Ertrag. Bei dem Steuermeßbetrag nach dem Kapital, der einheitlich 2‰ des abgerundeten Gewerbekapitals ausmacht, ist die Schichtung der Steuermeßbeträge fast völlig die gleiche wie die Gliederung des Gewerbekapitals.

Vergleich mit der Gewerbesteuerstatistik 1937

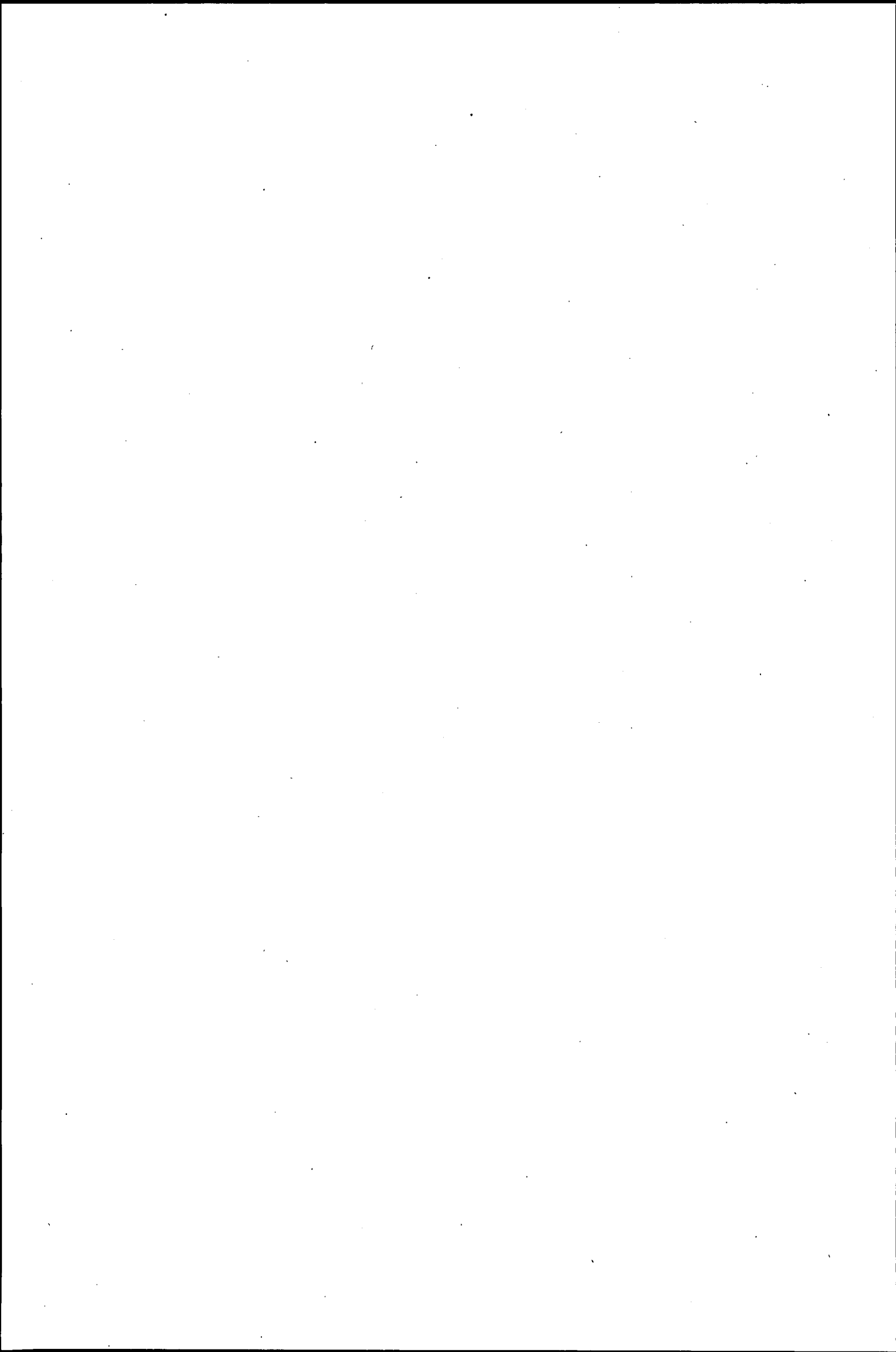
Abschließend werden die in der Gewerbesteuerstatistik 1958 ermittelten Hauptergebnisse im Vergleich zu den Zahlen der Gewerbesteuerstatistik 1937 gesetzt. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß bei der Vorkriegserhebung nur Steuerpflichtige einbezogen worden sind, die einen Gewerbeertrag über 1 200 RM und ein Gewerbekapital über 3 000 RM hatten, während 1958 die Grenzen bei 2 400 DM und 6 000 DM lagen; erwähnt sei weiter, daß sich die Ergebnisse des Jahres 1937 schon auf den heutigen Gebietsstand beziehen.

Die Zahl der veranlagten Steuerpflichtigen, für die eine Gewerbesteuer festgesetzt worden ist, erhöhte sich in Hamburg gegenüber der Gewerbesteuerstatistik 1937 trotz Erhöhung der Freigrenzen um ein Fünftel; und die Zahl der Steuerpflichtigen mit Gewerbekapital stieg sogar um 116%. Dies hatte zur Folge, daß der Anteil der Pflichtigen mit Gewerbeertrag an der Gesamtzahl der Pflichtigen im Verlauf der letzten 20 Jahre von 38 auf 68% zugenommen hat. Das Gewerbekapital und der Gewerbeertrag haben eine Steigerung um fast das Dreifache aufzuweisen. Die Steigerungsrate bei den Steuermeßbeträgen verlief ähnlich. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, daß sich auch das Preisniveau seit 1937 nicht unerheblich erhöht hat und zahlreiche Unternehmen infolge der politischen Entwicklung in Deutschland ihren Betrieb oder ihren Sitz nach Hamburg verlegt haben. Der durchschnittliche einheitliche Steuermeßbetrag je Steuerpflichtigen betrug 1958 rund 1 700 DM, während vor dem Kriege ein Betrag von 533 RM ausgewiesen wurde, das ist eine Steigerung von 217%.

Gustav Hohmann

Zum Aufsatz: „Ertrag, Kapital und Steuermeßbeträge der gewerblichen Unternehmen in Hamburg“
**Steuerpflichtige, Gewerbeertrag, Gewerkekapiial und einheitlicher Steuermeßbetrag in Hamburg 1958 in ausgewählten
Wirtschaftszweigen**

Kenn- ziffer	Wirtschaftliche Gliederung	Steuer- pflich- tige Zahl	Abgerundeter Gewerbeertrag		Abgerundetes Gewerkekapiial		Einheitlicher Steuermeßbetrag		
			ins- gesamt	je Steuer- pflichtigen mit Ertrag	ins- gesamt	je Steuer- pflichtigen mit Kapital	ins- gesamt	je Steuer- pflich- tigen	Anteil des Meß- betrages nach dem Gewerkekapiial ‰
			Mio DM	DM	Mio DM	DM	1000 DM	DM	
1	2	3	4	5	6	7	8		
	Industrie	2 520	841,9	372 869	3 873,3	1 689 921	48 948	19 424	15,7
	darunter								
1	Bergbau, Gewinnung und Verar- beitung von Steinen und Erden	105	130,8	1 362 197	991,5	9 816 425	8 492	80 876	23,3
2	Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	584	193,5	369 892	669,2	1 221 233	10 769	18 440	12,2
23	Stahlbau	50	11,9	270 500	24,5	510 708	629	12 580	7,6
24	Maschinenbau	178	75,4	468 360	137,4	813 142	3 950	22 191	6,9
25	Schiffbau	41	32,9	865 894	153,0	3 922 051	1 919	46 805	14,9
26	Straßen- und Luftfahrzeugbau . .	19	4,3	268 063	14,5	850 882	239	12 579	12,1
27	Elektrotechnik	79	16,2	231 042	47,5	689 057	889	11 253	10,7
28	Feinmechanik und Optik	43	4,6	122 342	12,9	313 707	247	5 744	10,5
29	Eisen-, Stahl- und Metallgewerbe	126	13,9	120 834	39,9	329 636	741	5 881	10,9
31	Mineralölverarbeitung und Kohlen- wertstoffindustrie	15	16,1	1 241 462	1 016,4	67 760 933	2 838	189 200	71,6
32	Chemische Industrie	253	81,4	371 707	208,4	906 008	4 418	17 462	9,4
34	Kunststoffverarbeitung	42	4,6	138 424	13,5	355 816	246	5 857	11,0
35	Gummi- und Asbestverarbeitung .	26	26,5	1 058 720	103,0	4 119 040	1 521	58 500	13,5
38	Holzverarbeitung	95	5,1	57 897	13,3	158 000	254	2 674	10,6
39	Papierherzeugung und -verarbei- tung	419	46,9	117 871	85,4	226 570	2 390	5 704	7,2
41	Lederherzeugung und -verarbeitung	24	0,6	28 143	9,9	516 105	42	1 750	45,2
43	Bekleidungsgererbe	131	8,9	80 486	20,6	173 252	454	3 466	9,0
45	Mühlengererbe, Nahrungsmittel-, Stärke- und Futtermittelindustrie	132	32,3	285 477	78,9	662 655	1 727	13 083	8,9
46	Fleisch- und Fischverarbeitung, Milchverarbeitung, Speiseöl- und Speisefettherstellung	92	31,4	382 658	80,1	1 000 775	1 627	17 685	9,8
49	Tabakwarenherstellung	22	151,5	8 419 167	322,5	15 355 667	8 218	373 545	7,8
5	Bau-, Ausbau- und Bauhilfs- gererbe	128	23,6	218 259	73,7	682 333	1 286	10 047	11,1
	Produzierendes Handwerk	11 883	186,0	15 970	192,5	23 633	6 251	526	5,9
	darunter								
24	Maschinenbau	174	3,6	21 625	4,5	32 656	137	787	5,8
26	Straßen- und Luftfahrzeugbau . .	455	8,7	19 967	8,4	25 295	328	721	4,9
27	Elektrotechnik	165	2,8	17 503	2,7	21 960	95	576	5,3
28	Feinmechanik und Optik	420	7,4	17 681	7,9	25 723	258	614	5,8
29	Schmiederei und Schlosserei . . .	656	12,5	19 328	10,6	21 471	444	677	4,5
38	Holzverarbeitung	1 327	15,4	11 789	14,8	16 921	439	331	6,4
41	Schuhmacherei	912	6,7	7 434	3,6	7 151	118	129	5,1
42	Wirkerei und Strickerei	115	1,8	16 351	2,7	33 814	65	565	9,2
43	Schneiderei	1 359	9,1	6 831	8,9	12 046	181	133	8,8
45	Bäckerei	737	14,0	19 312	16,9	27 372	498	676	6,6
46	Fleischerei	990	16,8	17 592	19,6	23 715	565	570	6,7
5	Bau-, Ausbau- und Bauhilfs- gererbe	3 931	75,8	19 636	79,4	30 060	2 730	694	5,5
	Großhandel	8 261	402,9	54 526	1 361,2	210 875	20 550	2 488	13,1
	davon								
61	Ein- und Ausfuhrhandel	1 931	146,6	95 950	650,6	386 319	8 157	4 224	15,8
62/3	Binnengroßhandel	6 330	256,3	43 726	710,6	148 949	12 393	1 958	11,3
	Einzelhandel	17 580	268,1	15 703	381,5	31 123	9 315	530	7,9
	davon								
641	Einzelhandel mit Waren aller Art	294	20,6	73 596	45,5	224 364	1 050	3 571	8,7
642	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln	8 991	83,3	9 467	91,0	14 829	1 951	217	8,7
643	Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen	1 925	44,9	24 704	86,0	62 974	1 887	980	9,0
644	Einzelhandel mit Eisen-, Stahl-, Metallwaren	1 276	31,2	25 417	47,8	50 290	1 272	997	7,4
645	Einzelhandel mit Druckereierzeug- nissen, Papier- und Schreibwaren	1 050	15,4	15 166	19,8	29 856	540	514	7,0
646	Einzelhandel mit Gegenständen der Körper- und Gesundheits- pflege	1 315	26,4	20 890	33,9	30 749	981	746	6,6
647	Einzelhandel mit Maschinen, Fahr- rädern und Kraftfahrzeugen . .	817	23,8	30 247	28,1	47 543	977	1 196	5,5
648	Sonstiger Facheinzelhandel . . .	1 912	22,4	11 936	29,4	23 589	657	343	8,5
	Sonstige Bereiche								
	darunter								
72	Gaststättenwesen	4 096	53,9	13 727	64,1	21 421	1 594	390	7,0
77	Friseurgererbe	1 892	15,6	8 359	11,8	9 164	312	165	6,4
78	Wäscherei, Färberei und chemische Reinigung	1 358	16,4	12 506	16,9	20 428	525	387	6,1
84	Straßenverkehr	3 086	37,6	12 566	36,5	18 175	1 075	348	6,2
85	Schiffahrt, Wasserstraßen- und Hafenwesen	1 715	103,4	83 143	1 279,8	823 550	7 161	4 176	34,0



Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1961	März 1962	Februar 1962
	1938	1950	1961			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte ¹⁾						
Luftdruck, mm	761,7	758,8 ⁴⁾	761,1 ⁴⁾	764,7 ⁴⁾	758,3 ⁴⁾	763,3 ⁴⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,9	7,0	1,2	2,1
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	78	79	79	77
Windstärke ²⁾			3,1	3,7	3,0	3
Bewölkung ³⁾	6,7	7,2	6,9	7	7	8
2. Summenwerte						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	917	87	46	86
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 454	115	80	52
Tage ohne Sonnenschein	88	76	71	6	10	7
Tage mit Niederschlägen	160	221	209	21	26	27
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) ⁵⁾						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	295,2	295,5	295 p	295 p
Altona	220,3	272,7	273,4	273,6	272 p	273 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,9	261,7	261 p	262 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	429,8	430,8	427 p	428 p
Wandsbek	166,7	221,9	303,4	298,7	315 p	312 p
Bergedorf	52,6	82,4	78,3	78,1	78 p	78 p
Harburg	135,7	172,4	200,6	199,9	202 p	202 p
* Hamburg insgesamt	1 679,7	1 602,5	1 842,6	1 838,3	1 850 p	1 850 p
davon männlich	788,8	750,3	853,9	851,4	858 p	858 p
weiblich	890,9	852,2	988,7	986,9	992 p	992 p
dar. Ausländer ⁷⁾	16,6	19,9	37,9	36,0	43 p	42 r
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 588	1 822	1 694 p	1 208
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	10,3	11,7	10,8 p	8,5
* Ehescheidungen	266	434	298	337	318	291
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern darunter unehelich	2 346	1 448	2 122	2 219	2 209 p	2 010
	209	154	162	172	160 p	152 r
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	13,8	14,2	14,1 p	14,2
Unehelich Geborene % der Geborenen	9,1	10,8	7,7	8,0	7,4 p	7,5 r
Totgeborene % der Geborenen	2,1	1,9	1,5	1,4	1,3 p	1,3
* Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	1 949	2 057	2 183 p	2 222
darunter unter 1 Jahr alt	118	64	50	61	57 p	49
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 103	1 137	1 200 p	1 240 r
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	12,7	13,2	13,9 p	15,7
* Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	50,6	43,5	23,6	28,1	25,8 p	26,0 r
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 173	+ 162	+ 26 p	- 212
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	6 535	6 037	5 800 p	4 800 p
* Fortgezogene Personen nach außerhalb Hamburgs	7 788	2 174	5 729	5 712	5 800 p	4 200 p
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	+ 806	+ 325	-	+ 600 p
davon männlich	.	+ 2 533	+ 517	+ 400	-	+ 400 p
weiblich	.	+ 2 954	+ 289	- 75	-	+ 200 p
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	15 503	13 816	14 729	14 082
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	.	2 668	1 561	1 487	1 500 p	1 300 p
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾	.	1 311	796	734	800 p	700 p
Niedersachsen	.	1 854	1 204	1 135	1 100 p	900 p
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	.	567	270	266	300 p	250 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	1 214 ¹¹⁾	2 242	2 048	2 000 p	1 600 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	1 072	403	370	50 p	50 p
Ausland	.	485	1 057	925	1 000 p	900 p
Unbekannt	.	368	68	72	100 p	50 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	.	718	1 864	1 835	1 700 p	1 350 p
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾	.	457	1 203	1 163	1 000 p	800 p
Niedersachsen	.	449	1 136	1 037	950 p	800 p
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	.	131	381	328	250 p	200 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	764 ¹¹⁾	2 059	2 210	2 400 p	1 500 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	89	38	42	.	.
Ausland	.	142	591	558	700 p	500 p
Unbekannt	.	12	41	30	.	.

¹⁾ Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ³⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — ⁴⁾ Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ⁵⁾ Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählung vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. — ⁶⁾ Ab 1961 Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Wohnungszählung 1956. In den Berichtsmontaten Stand am Monatsende. — ⁷⁾ Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — ⁸⁾ Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1961	März 1962	Februar 1962
	1938	1950	1961			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	9 464	12 742	11 843	11 867	11 857	11 857
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	301 220	323 553	310 071	288 022
Bettenausnutzung in % ²⁾	77,1	86,8	86,6	90,5	87,7	89,6
b) Gemeinnützige Krankenanstalten ³⁾						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	4 339	4 690	4 657	4 651	4 671	4 671
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	123 035	132 421	128 810	119 939
Bettenausnutzung in % ²⁾	74,5	88,6	87,1	92,0	89,2	91,9
c) Privatkrankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	.	409	563	556	576	577
Krankenverpflegungstage	.	8 983	12 955	15 155	14 740	13 414
Bettenausnutzung in % ²⁾	.	60,1	78,9	88,1	82,5	83,5
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	189	2 260	982	982	947	947
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	24 046	26 285	27 043	23 878
Bettenausnutzung in % ²⁾	81,8	91,5	80,6	86,3	92,1	90,1
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	833	1 645	1 132	1 126	1 136	1 136
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	29 359	29 262	30 341	26 909
Bettenausnutzung in % ²⁾	93,5	97,4	86,8	85,7	91,2	89,6
3. Anstalten für Geisteskranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 678	1 649	1 719	1 719
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	47 203	48 854	49 523	45 183
Bettenausnutzung in % ²⁾	98,0	75,1	95,5	97,9	95,7	96,6
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 302	1 302	1 302	1 302
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	39 102	39 731	39 868	35 941
Bettenausnutzung in % ²⁾	99,7	98,8	98,8	98,4	98,8	98,6
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 270	1 280	1 280	1 280
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 366	39 345	38 989	35 288
Bettenausnutzung in % ²⁾	—	68,4	98,8	99,2	98,3	98,5
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 949	2 057	.	2 222
darunter						
Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	21	20	.	20
Krebs	240	285	395	359	.	355
Gehirnblutungen	136	172	239	278	.	223
Herzkrankheiten	232	269	438	443	.	434
Lungenentzündung	103	47	45	53	.	56
Freitod	62	50	42	64	.	30
Verkehrsunfälle	22	20	34	37	.	24
Andere Verunglückungen	48	41	54	61	.	347 *)
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	169	173	152 ⁸⁾	154 ⁸⁾
Plätze	66 691	47 891	90 426	92 924	82 477 ⁸⁾	83 167 ⁸⁾
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 908 976	2 572 039 ^r	2 071 782 ⁸⁾	1 525 770
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer ⁴⁾	361 531	407 741	625 156	623 455	630 135	633 198
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	258 670	246 877	298 355	296 350
Öffentliche Fürsorge						
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung ⁵⁾						
Mitglieder		694 658	701 079	698 484	699 025	699 691
Pflichtmitglieder	452 518	486 742	469 104	466 799	464 304	465 225
Rentner		171 139	170 469	170 903	171 007	171 164
Freiwillige Mitglieder	64 028	36 777	61 506	60 782	63 714	63 302
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	15 825	31 706	36 095	42 687	41 836
männlich	9 091	10 123	21 539	24 288	28 320	27 770
weiblich	6 450	5 702	10 167	11 807	14 367	14 066
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger		153 175	294 342	291 789	297 480	298 996
Rentenversicherung der Arbeiter	94 346 ¹⁰⁾	106 248	193 895	191 924	194 934	196 366
Rentenversicherung der Angestellten		46 927	100 447	99 865	102 546	102 630
Ausgezählte Renten in DM		28 880 000	56 778 681	53 655 432	58 160 730	58 349 383
Rentenversicherung der Arbeiter		18 350 000	32 792 909	30 898 391	33 114 156	33 326 825
Rentenversicherung der Angestellten		10 530 000	23 985 772	22 757 041	25 046 574	25 022 558
Offene Fürsorge						
Laufend unterstützte Parteien ⁶⁾	55 658	25 040	22 036	22 354	21 361	21 797
Laufend unterstützte Personen	.	40 214	30 541	31 224	29 338	29 869
auf 1000 Einwohner	.	25,3	16,6	17,0	15,9	16,2

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkrankenanstalten. — 4) 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Der für 1938 ausgewiesene Personenkreis ist mit den übrigen Jahren nur bedingt vergleichbar. — 7) Einschl. 288 Opfer der Flutkatastrophe. — 8) Ohne Lichtspieltheater im Ortsamtsbereich Wilhelmsburg. — 9) Außerdem 8 Lichtspieltheater mit 2 993 Plätzen, die von der Flutkatastrophe betroffen wurden und voraussichtlich nur vorübergehend geschlossen sind. — 10) Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1961	März 1962	Februar 1962
	1938	1950	1961			
Arbeitsmarkt						
1. Umfang der Beschäftigung						
* Beschäftigte Arbeitnehmer am Monatsende 1)	638 856 e)	580 940	835 739	822 879	833 852	.
davon						
männlich	428 675	384 486	502 914	496 731	500 836	.
weiblich	210 181	196 454	332 825	326 148	333 016	.
2. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	4 865	5 202	5 321	5 998
davon						
männlich	23 937	56 428	3 072	3 242	3 453	4 092
weiblich	5 971	34 403	1 793	1 960	1 868	1 906
Offene Stellen	31 522	1 789	19 999	18 325	22 892	21 665
davon						
männlich	21 009	744	10 861	9 228	12 237	11 511
weiblich	10 513	1 045	9 138	9 097	10 655	10 154
Stellenvermittlung in Dauerbeschäftigung 2)	16 088	21 006	7 661	9 237	7 923	6 605
davon						
männlich	11 107	13 007	5 178	6 160	5 507	4 558
weiblich	4 981	7 999	2 483	3 077	2 416	2 047
Stellenvermittlung in kurzfristige Beschäftigung	9 175	24 625	10 828	12 050	11 730	9 758
davon						
männlich	7 544	23 585	9 952	10 967	11 065	9 076
weiblich	1 631	1 040	876	1 083	665	682
Arbeitsuchende am Monatsende 3)	35 944	94 886	9 273	10 424	9 978	11 224
davon						
männlich	28 215	59 355	6 197	7 059	6 813	7 717
weiblich	7 729	35 531	3 076	3 365	3 165	3 507
3. Die Arbeitslosen 4)						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 865	5 202	5 321	5 998
darunter						
Bauberufe	.	6 710 e)	162	137	209	451
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 766 e)	130	148	79	199
Elektriker	.	1 627 e)	29	31	32	44
Chemiewerker	.	1 879 e)	84	90	79	93
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 e)	28	27	43	62
Graphische Berufe	.	690 e)	53	59	29	34
Lederhersteller, Leder- und Fallverarbeiter	.	1 180 e)	11	9	14	15
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	.	6 623 e)	139	180	134	171
Kaufmännische Berufe	.	8 598 e)	965	1 005	492	500
Verkehrsberufe	.	8 787 e)	592	696	342	423
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 e)	844	822	1 071	1 187
Künstlerische Berufe	.	2 260 e)	341	335	345	386
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude	.	469	348	372	201	152
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	485	389	271	174
* Wohnungen	.	2 540	1 550	1 263	767	649
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	100	82	55	40
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	45 316	36 543	26 215	19 179
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude	.	185	133	102	69	60
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	376	198	100	98
* Wohnungen	.	20	21	6	10	6
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	32 692	19 133	9 605	9 036
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	516	385	482	91	79
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	524	430	127	124
Wohnungen	.	2 206	1 692	1 376	440	414
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	47 751	37 417	13 067	12 876
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	237	128	88	50	43
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	369	160	127	86
Wohnungen	.	.	20	8	29	4
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	31 230	15 025	10 547	7 565
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	479	125	194	80
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	547	190	316	123
Wohnungen	.	2 096	1 804	626	995	380
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	114	41	67	22
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	45 353	16 850	26 901	11 044
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	117	66	36	39
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	293	181	127	56
Wohnungen	.	26	20	7	20	5
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	22 781	15 743	12 818	5 387

1) Wird vierteljährlich ausgezählt. - 2) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. - 3) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. - 4) Infolge Umstellung der Systematik sind die Zahlen von 1961 und 1962 nur bedingt vergleichbar. - 5) Juni 1938. - 6) Durchschnitt aus April-Dezember 1950.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1961	März 1962	Februar 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt ¹⁾	706	2 122	1 824	633	1 015	380
darunter						
mit öffentlichen Mitteln gefördert	.	1 526	1 417	399	824	201
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	.	6 575	6 668	2 300	3 854	1 314
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes) ²⁾						
Im Bau befindliche Wohnungen	.	17 089	23 031	26 600	22 400	22 900
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	.	8 412	8 180	10 000	9 000	8 700
5. Bestand an normalen Wohngebäuden und Wohnungen³⁾ (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden	.	122	185	183	189	189
Bestand an Wohnungen	.	336	590	584	606	605
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)	.	1 276	2 129	2 107	2 187	2 183
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	744	124	264	120
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77—80 II. WoBauG.	—	830	567	241	448	70
c) für die Umschichtung	—	—	104	40	118	11
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	739	611	633	642
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	678	363	211	150	146
Abgang von Wohnungen (Wohnraumkartei)	—	306	156	86	75	103
7. Bauberichterstattung⁴⁾						
* Zahl der Beschäftigten						
davon	.	21 853	44 262	43 804	42 604	42 553
Inhaber	.	335	449	442	454	456
Angestellte	.	1 739	3 686	3 608	3 863	3 828
Arbeiter ⁵⁾	.	19 779	40 127	39 754	38 287	38 269
* Löhne in 1000 DM	.	6 168	30 615	30 556	24 904	22 887
* Gehälter in 1000 DM	.	731	3 451	3 026	3 567	3 532
* Umsatz in 1000 DM	.	15 950	85 931	75 159	65 280	59 919
darunter	.					
im Wohnungsbau in 1000 DM	.		29 874	28 592	18 175	19 790
im gewerblich und industr. Bau in 1000 DM	.		19 546	16 744	15 984	15 614
* Geleistete Arbeitsstunden in 1000	.	3 732	6 900	7 381	5 596	5 056
darunter	.					
für Wohnungsbauten in 1000	.	1 498	2 369	2 548	1 601	1 535
für gewerblich und industr. Bauten in 1000	.	1 051	1 515	1 647	1 383	1 246
Preise und Indexziffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt						
für 50 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	43,80	75,80	119,30	122,00	124,60	124,50
Kühe, sonstige vollfleischige	37,60	62,70	93,70	93,40	95,10	94,20
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	57,00	91,30	167,10	157,50	157,40	158,80
Schweine, von 100—119,5 kg Lebendgewicht	50,90	117,50	126,70	122,60	119,00	123,70
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	40,70	61,90	99,90	107,90	110,90	109,00
2. Durchschnittspreise für Fleisch⁶⁾						
I. Qualität für 50 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	76,50	131,50	208,50	208,50	211,30	210,30
Kalbfleisch, beste Qualität	94,70	174,50	297,70	286,00	281,90	287,00
Hammelfleisch, beste Qualität	92,80	127,00	231,00	241,50	276,90	261,50
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	70,40	178,50	173,40	167,30	169,90	173,30
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbrauchergruppe — Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	132,0	130,1	138,6	136,9
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	83,8	83,7	84,4	84,4
Wohnung	97,5	100	141,8	140,3	143,9	143,9
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	147,0	146,4	150,0	149,9
Hausrat	53,9	100	117,7	116,4	121,3	120,6
Bekleidung	47,9	100	107,2	106,7	108,3	108,1
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	119,4	118,2	122,6	122,4
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	147,6	146,8	150,8	149,5
Verkehr	65,0	100	143,9	143,6	144,1	144,1
Ernährung						
einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	125,7	124,0	131,5	130,0
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	125,9	124,6	130,4	129,3
Gesamtlebenshaltung	62,8	100	127,3	126,0	131,4	130,5
(1950 = 100)						
(1938 = 100)	100	159,3	202,9	200,8	209,4	207,9

¹⁾ Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 36 Wohnungen). — ²⁾ Für die Jahre 1950 und 1961 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — ³⁾ Einschl. Behelfsheime von 30 und mehr qm; Bestand 1950 nach der Wohnungszählung vom 13. 9. 1950. — ⁴⁾ Betriebe ab 20 Beschäftigte. — ⁵⁾ Einschl. Umschüler und Lehrlinge. — ⁶⁾ Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1961	März 1962	Februar 1962
	1936 ¹⁾	1950	1961			
Industrie ²⁾						
1. Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 857	1 852	1 844	1 843
• Beschäftigte insgesamt	145 200	140 867	233 971	232 060	232 410	232 283
darunter						
• Arbeiter einschl. gewerbli. Lehrlinge		111 760	171 526	170 847	168 520	168 851
• Geleistete Arbeiterstunden in 1000		21 399	28 929	30 908	29 195	26 350
• Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	50 328	47 221	55 039	52 678
• Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	92 882	91 832	101 016	89 172
• Umsatzwerte in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 063 658	1 081 373	1 198 809	941 769
• darunter nach dem Ausland in 1000 RM/DM		12 845	131 761	148 903	121 751	122 404
• Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ³⁾ t		52 913	16 806	20 327	20 466	19 322
• Heizölverbrauch in t			47 309	49 616	61 802	52 659
• Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	12 962	14 006	14 666	12 874
• Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	98 143	102 380	107 288	92 855
• Gasverbrauch in 1000 cbm			7 005	7 506	8 461	7 270
2. Beschäftigte und Umsatz nach Industriegruppen						
Beschäftigte						
Gesamte Industrie	145 200	140 867	233 971	232 060	232 410	232 283
darunter						
Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 417	8 372	8 484	8 454
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	3 034	2 999	3 055	3 068
Chemische Industrie	8 200	10 439	17 396	17 361	17 388	17 500
Kautschuk und Asbest	9 200	10 380	13 723	13 729	13 281	13 324
Maschinenbau	12 400	16 409	30 283	29 939	30 254	30 125
Schiffbau	26 500	12 559	30 188	30 340	29 428	29 592
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 472	28 038	29 010	28 906
Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁵⁾	6 721	12 160	11 965	12 493	12 435
Olmühlenindustrie	} 5 400	} 4 628	2 790	2 789	2 777	2 787
Margarineindustrie			3 093	3 051	3 058	3 045
Kaffee und Tee		721	3 505	3 427	3 593	3 557
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 601	3 529	3 560	3 541
Umsatz ⁴⁾ in 1000 RM/DM						
Gesamte Industrie	154 200	333 013	1 063 658	1 081 373	1 198 809	941 769
darunter						
Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	182 278	177 818	184 132	151 859
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	35 548	32 634	33 560	29 142
Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	77 253	80 187	84 801	74 028
Kautschuk und Asbest	4 600	13 990	37 397	40 494	38 955	34 110
Maschinenbau	9 400	16 234	64 650	67 210	68 362	60 944
Schiffbau	14 400	7 633	66 076	65 569	138 979	40 868
Elektroindustrie	4 400	10 463	112 793	101 070	133 356	106 762
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁵⁾	7 748	31 950	32 551	34 872	32 503
Olmühlenindustrie	} 21 500	} 41 967	37 023	37 954	42 579	35 058
Margarineindustrie			23 036	24 042	21 142	17 728
Kaffee und Tee		4 298	57 307	61 415	64 091	55 132
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	100 437	110 504	99 600	89 608
3. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung in 1000 cbm	5 737 ⁷⁾	8 282	10 164	10 126	10 969	9 227
• Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis	18 767 ⁸⁾	20 935	34 088	37 858	49 595	42 130
• Stromerzeugung in 1000 kWh	40 210 ⁸⁾	125 855	361 337	374 593	433 388	372 596
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
1938						
• Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	2 327	2 624	2 598	1 992
• Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 890	2 112	2 182	1 679
* in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	81,2	80,5	84,0	84,3
• Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	10,3	11,4	13,4	11,4
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg		10 709	11 279	11 265	11 665	10 392
davon						
lose in 1000 kg			5 295	5 499	4 851	4 379
in Flaschen in 1000 kg			5 984	5 766	6 814	6 013
Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	568	387	331	290
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	9 992	8 026	7 450	6 791
Kälber	3 884	3 699	3 197	4 240	2 875	2 640
Schweine	24 847	19 784	46 132	47 877	49 377	44 896
Schafe	4 265	5 681	4 024	4 405	3 127	2 602
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
• Rindvieh (ohne Kälber)	8 075	3 363	9 080	8 517	8 685	6 650
• Kälber	5 568	4 065	3 082	4 303	2 843	2 675
• Schweine insgesamt	40 186	21 165	48 507	51 715	52 525	46 830
• darunter Hausschlachtungen		1 455	553	284	266	628
• Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ⁹⁾	6 467	3 220	6 714	6 772	7 011	5 932
darunter						
• Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	2 216	2 012	2 172	1 642
• Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 124	4 295	4 499	3 996
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
• für Rinder in kg	246,3	248,7	244,1	236,2	250,1	246,9
• für Kälber in kg	57,2	43,2	58,8	58,7	61,3	61,8
• für Schweine in kg	96,5	95,5	86,0	83,5	86,1	86,5

¹⁾ Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. - ²⁾ Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Arbeitskräften berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). - ³⁾ 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. - ⁴⁾ Ohne Handelsware, einschl. Verbrauchsteuern. - ⁵⁾ 1936 = einschl. Papierverarbeitung. - ⁶⁾ 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. - ⁷⁾ Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. - ⁸⁾ Rechnungsjahr 1935/36. - ⁹⁾ Der gewerblichen Schlachtungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1961	März 1962	Februar 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Deichtormarkt)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	3 015	2 559	1 796	2 022
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	13 135	15 248	15 707	13 216
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 489	3 523	3 384	4 244
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	4 021	4 737	2 830	2 886
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	3 154	3 269	3 576	2 324
darunter in Hamburg angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	2 867	2 944	3 130	1 991
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
* Einzelhandel aller Betriebsformen	.	.	168	167	180	145
davon	.	.				
* Nahrungs- und Genußmittel	.	.	161	166	178	151
darunter	.	.				
Lebensmittel aller Art	.	.	162	171	187	157
Obst, Gemüse, Südfrüchte	.	.	162	143	169	143
Fische und Fischwaren	.	.	176	185	192	162
Milch und Milchzeugnisse	.	.	142	145	154	130
Schokolade und Süßwaren	.	.	133	157	133	109
Tabakwaren	.	.	156	160	163	142
* Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	167	156	158	116
darunter	.	.				
Textilien aller Art	.	.	191	168	183	138
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	180	154	181	144
Oberbekleidung	.	.	156	155	153	93
Schuhwaren	.	.	172	165	143	103
* Hausrat und Wohnbedarf	.	.	180	171	195	154
darunter	.	.				
Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	175	155	175	136
Porzellan und Glaswaren	.	.	193	171	138	115
Beleuchtungs- und Elektrogeräte	.	.	224	206	235	180
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel	.	.	213	186	230	216
Möbel	.	.	135	133	162	118
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	138	136	146	140
* Sonstige Waren	.	.	176	180	199	158
darunter	.	.				
Bücher	.	.	192	198	207	184
Papier- und Schreibwaren	.	.	166	162	167	138
Galanterie- und Lederwaren	.	.	169	158	169	116
Apotheken	.	.	164	167	179	172
Drogerien	.	.	176	180	185	153
Foto und Optik	.	.	182	159	161	128
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	143	140	161	131
Fahrräder, Kraftfahrzeuge und Zubehör	.	.	197	273	162	94
Kraftwagen und Zubehör	.	.	205	257	263	168
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.	182	162	166	126
Blumen und Sämereien	.	.	200	230	235	176
Brennmaterial	.	.	128	119	198	175
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1955 = 100)						
Gasstättenwesen insgesamt	.	.	149	143	153	124
darunter	.	.				
Hotels und Gasthöfe	.	.	122	110	114	88
Fremdenheime und Pensionen	.	.	165	151	159	130
Schank- und Speisewirtschaften mit Ausschank alkoholischer Getränke	.	.	141	134	150	120
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden	.	48 229	106 693	91 921	87 474	71 544
darunter Ausländer	.	10 303	39 328	24 467	20 865	16 706
* Zahl der Übernachtungen	.	103 109	221 092	200 000	195 665	157 719
darunter Ausländer	.	22 805	80 261	60 054	49 167	41 486
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	.	55	58	52	50	44
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
* Bezüge Hamburgs	.	5	6	7	.	5
* Lieferungen Hamburgs	.	3	4	7	.	7
5. Handel mit Berlin (West) 3) (in Mio DM)						
* Bezüge Hamburgs	.	9	84	91	92	83
* Lieferungen Hamburgs	.	37	118	134	141	108
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
* Insgesamt	.	26	149	162	145 p	130 r
* davon nach Warengruppen	.					
* Ernährungswirtschaft	.	1	12	12	.	8

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1961	März 1962	Februar 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Handel und Gastgewerbe						
• Gewerbliche Wirtschaft	.	25	137	150	.	122
davon	.				.	
• Rohstoffe	.	1	2	2	.	3
• Halbwaren	.	12	33	30	.	42
• Fertigwaren	.	12	102	118	.	77
davon	.				.	
• Vorerzeugnisse	.	2	9	11	.	8
• Enderzeugnisse	.	10	93	107	.	69
• davon nach ausgewählten Verbrauchsgebieten	.				.	
Europa	.	.	93	91	.	91
darunter	.	.			.	
• EWG-Länder	.	.	27	27	.	30
• EFTA-Länder	.	.	49	43	.	43
Afrika	.	.	9	20	.	7
Amerika	.	.	26	20	.	18
davon	.	.			.	
• Nordamerika	.	.	12	11	.	10
darunter USA	.	.	11	10	.	9
• Mittelamerika	.	.	5	3	.	1
• Südamerika	.	.	9	6	.	7
Asien	.	.	20	30	.	13
Australien und Ozeanien	.	.	1	1	.	1
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
Wareneinfuhr (in Mio DM)	.	301	693	732	825 p	810 p
Warengruppen:						
darunter						
• Ernährungswirtschaft	.	159	296	300	.	350 p
• Gewerbliche Wirtschaft	.	141	396	431	.	458 p
davon						
• Rohstoffe und Halbwaren	.	120	257	284	.	300 p
• Fertigwaren	.	21	139	147	.	158 p
Ländergruppen:						
darunter						
• Europa	.	108	175	191	.	210 p
davon						
• EWG-Länder	.	25	24	28	.	.
• EFTA-Länder	.	60	82	92	.	.
• Sonstige Länder	.	23	69	71	.	.
• Außereuropa	.	193	517	538	.	598 p
davon						
• Amerika	.	82	274	273	.	300 p
davon						
• Nordamerika	.	44	145	147	.	.
• Mittelamerika	.	8	32	36	.	.
• Südamerika	.	30	97	90	.	.
• Afrika	.	50	79	88	.	100 p
• Asien	.	58	150	166	.	180 p
• Australien und Ozeanien	.	3	14	11	.	18 p
Warenausfuhr (in Mio DM)	.	120	771	790	810 p	800 p
Warengruppen:						
darunter						
• Ernährungswirtschaft	.	3	17	16	.	30 p
• Gewerbliche Wirtschaft	.	117	754	774	.	770 p
davon						
• Rohstoffe	.	3	10	10	.	10 p
• Halbwaren	.	24	51	45	.	50 p
• Fertigwaren	.	90	693	719	.	710 p
davon						
• Vorerzeugnisse	.	20	83	88	.	90 p
• Enderzeugnisse	.	70	610	631	.	620 p
Ländergruppen:						
darunter						
• Europa	.	54	219	223	.	220 p
davon						
• EWG-Länder	.	4	12	8	.	.
• EFTA-Länder	.	35	104	101	.	.
• Sonstige Länder	.	15	103	114	.	.
• Außereuropa	.	64	550	565	.	578 p
davon						
• Amerika	.	36	269	245	.	238 p
davon						
• Nordamerika	.	10	128	120	.	.
darunter USA	.	8	104	100	.	.
• Mittelamerika	.	5	32	31	.	.
• Südamerika	.	21	109	94	.	.
• Afrika	.	10	91	116	.	120 p
• Asien	.	14	164	175	.	190 p
• Australien und Ozeanien	.	4	26	29	.	30 p
Verkehr						
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 669	1 725	1 700 p	1 429 r
darunter deutsche Schiffe	1 027	526	989	1 024	1 000 p	795 r
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 746	1 845	1 750 p	1 544 r
darunter deutsche Schiffe	1 118	591	1 060	1 112	1 050 p	883 r
Raumgehalt der angekommenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 714	937	2 675	2 806	2 700 p	2 474 r
darunter deutsche Schiffe	873	128	742	828	900 p	641 r
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 712	936	2 676	2 872	2 750 p	2 496 r
darunter deutsche Schiffe	875	135	755	837	930 p	627 r

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1961	März 1962	Februar 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Verkehr						
b) Linienschifffahrt (Linien) ¹⁾	184	176	255	255	248 p	248
davon						
Europa	102	84	72	72	72 p	72
Außereuropa	82	92	183	183	176 p	176
Reisen (Abfahrten)	728	319	734	765	730 p	675 r
darunter nach						
Europäischem Ausland	383	159	299	321	320 p	276 r
Amerika	72	54	176	187	175 p	162 r
Afrika	37	18	87	92	90 p	90
Asien	33	23	97	104	85 p	85 r
Australien	7	4	16	16	18 p	17 r
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	2 235	1 042	992	1 090 r
darunter nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			151	92	73	52 r
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)						
Nordamerika	2 882	446	530	386	250	205 r
Südamerika	1 286	231	778	125	102	79 r
Einreisende insgesamt	5 373	333	374	247	371	341 r
darunter von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			120	65	47	32 r
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)						
Nordamerika	2 057	171	475	361	330	206 r
Südamerika	882	30	655	45	23	29 r
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)						
Empfang	2 147	919	2 490	2 535	2 580 p	2 275 r
dav. Massengut	1 521	620	1 855	1 847	1 930 p	1 767 r
dar. Mineralöle	980	429	1 350	1 304	1 390 p	1 239 r
Kohle	307	162	789	766		734 r
Getreide	262	113	226	176		268 r
Sackgut	133	70	139	119		94 r
Stückgut	541	191	126	132	160 p	163 r
Verkehrsbezirke:						
Inland	110	110	62	61	60 p	49 r
Europäisches Ausland	520	159	348	312	330 p	312 r
Außereuropa	891	351	1 445	1 474	1 540 p	1 406 r
darunter						
Nahost und Persischer Golf		128	480	490		405
Vereinigte Staaten von Amerika	171	78	323	288		350
Versand	626	299	635	688	650 p	508 r
davon						
Massengut	205	144	248	286	250 p	183 r
Sackgut	421	155	105	112	130 p	113 r
Stückgut			282	290	270 p	212 r
Verkehrsbezirke:						
Inland	149	32	75	69	60 p	60 r
Europäisches Ausland	302	170	301	345	310 p	258 r
Außereuropa	175	97	259	274	280 p	190 r
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 286	2 314	2 090	1 719
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 233	2 184	2 018	1 649
Tragfähigkeit der angekommenen Schiffe in 1000 t	879	362	643	647	576	483
Tragfähigkeit der abgegangenen Schiffe in 1000 t	845	344	626	599	564	458
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	296	300	230	207
darunter						
Bundesrepublik	77	101	251	252	186	176
davon						
Niederelbe	24	32	30	35	21	22
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	190	191	133	126
Mittellandkanal	0	7	31	26	32	28
Berlin (West)	7	25	10	10	13	10
Sowjetische Besatzungszone	155	3	18	8	8	8
Tschechoslowakei	42	22	17	30	23	13
Ausgang (in 1000 t)	504	121	243	233	279	215
darunter						
Bundesrepublik	59	81	117	90	148	111
davon						
Niederelbe	49	48	73	62	91	58
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	32	19	34	42
Mittellandkanal	0	1	12	9	23	11
Berlin (West)	29	28	58	71	75	57
Sowjetische Besatzungszone	268	2	36	29	10	4
Tschechoslowakei	34	10	32	43	46	43
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 573	1 522	1 336	1 420
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 573	1 531	1 338	1 427
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	37 890	36 047	31 709	31 362
darunter aus dem Ausland						
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	13 922	12 540	11 649	12 033
darunter nach dem Ausland						
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	35 665	34 683	30 309	32 428
darunter aus dem Ausland						
Angekommene Fracht in t	20,3	58,7	13 545	12 997	11 112	12 833
Abgegangene Fracht in t			470,7	636,4	602,9	650,9
darunter aus dem Ausland			219,0	338,5	276,9	301,6
Abgegangene Post in t	9,0	35,6	379,1	502,0	451,5	466,3
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	173,8	180,7	194,7	194,1
Abgegangene Post in t			74,6	87,8	157,1	117,8
Abgegangene Post in t			78,7	88,0	191,2	146,3
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9	497,4	482,4		
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8	471,9	462,4		
Gestellte Güterwagen		31 414	42 278	43 529		33 250

¹⁾ Stand am Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1961	März 1962	Februar 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Verkehr						
5. Personen-Nahverkehr						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	10 872	10 364	10 312	9 894
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 789	14 036	14 849	13 445
Straßenbahn	13 799	23 498	15 614	16 791	15 024	13 327
Kraftomnibusse der HHA ¹⁾	1 083	2 028	7 835	7 934	8 870	7 870
Alsterdampfer	281	337	202	169	120	89
Dampfer der Hafendampfschiffahrt AG.	1 268	1 283	1 517	1 543	1 511	1 448
Kraftomnibusse der VHH AG. ²⁾	373	786	1 573	1 649	1 677	1 511
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	20	17	16	13
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	358	357	416	390
Private Kraftomnibusse	.	151	634	631	.	.
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung (im Verkehr befindlich) insgesamt ³⁾ darunter Personenkraftwagen ⁴⁾	82 080 39 260	59 100 25 948	245 051 197 421	227 353 178 558	252 608 205 504	246 887 200 270
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	3 989	5 945	6 282	4 003
darunter						
• Krafträder	232	221	87	250	74	31
• Personenkraftwagen	501	644	3 221	4 871	5 397	3 346
• Kombinationskraftwagen	.	.	257	357	339	258
• Lastkraftwagen	179	288	353	375	423	332
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	4 877	4 751	4 905	4 174
davon						
• mit Personenschaden ⁵⁾	459	426	1 050	1 015	901	819
• mit nur Sachschaden	406	632	3 827	3 736	4 004	3 355
• Getötete Personen	8	12	23	16	27	23
• Verletzte Personen	517	483	1 281	1 179	1 133	998
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken) (Beträge in Mio RM/DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute ⁶⁾						
Kredite an Nichtkreditinstitute						
am Monatsende	.	1 556,1	7 744,0	7 364,8	8 460,6	8 360,6
davon kurzfristige Kredite ⁷⁾	.	1 353,8	3 459,7	3 344,5	3 676,9	3 616,6
davon						
• an Wirtschaft und Private	.	1 328,7	3 213,1	3 074,1	3 448,4	3 385,8
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	25,1	246,6	270,4	228,5	230,8
mittelfristige Kredite ⁸⁾ ⁹⁾	.	55,8	626,7	588,5	655,4	656,6
davon						
• an Wirtschaft und Private	.	55,6	549,0	514,0	574,9	575,2
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	0,2	77,7	74,5	80,5	81,4
langfristige Kredite ⁹⁾ ⁹⁾	.	146,5	3 657,6	3 431,8	4 128,3	4 087,4
davon						
• an Wirtschaft und Private	.	146,0	3 315,4	3 106,2	3 758,1	3 714,3
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	0,5	342,2	325,6	370,2	373,1
Kredite an Kreditinstitute						
am Monatsende	.	105,7	789,7	758,6	831,4	837,6
b) Einlagen bei den Kreditinstituten						
Einlagen von Nichtkreditinstituten						
am Monatsende	.	1 152,3	5 969,6	5 797,0	6 238,5	6 278,0
davon Sicht- und Termineinlagen	.	1 026,3	3 485,1	3 338,5	3 565,6	3 630,8
davon						
• von Wirtschaft und Privaten	.	848,0	2 997,2	2 833,4	2 841,4	2 964,8
• von öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	178,3	487,9	505,1	724,2	666,0
Spareinlagen	.	126,0	2 484,5	2 458,5	2 672,9	2 647,2
Einlagen von Kreditinstituten						
am Monatsende	.	106,6	1 618,9	1 494,6	1 851,2	1 817,9
c) Sparverkehr						
Sämtliche Kreditinstitute ¹⁰⁾						
Spareinlagen am Monatsende	.	126,0	2 484,5	2 458,5	2 672,9	2 647,2
darunter						
• steuerbegünstigt	.	12,4	166,7	210,5	3,0	3,0
• prämienbegünstigt	.	—	100,2	86,9	147,3	143,6
Gutschriften	.	10,2	142,2	145,7	171,4	147,3
Lastschriften	.	7,3	134,2	134,8	145,7	109,8
Saldo der Gut- und Lastschriften	.	+ 2,9	+ 8,0	+ 10,9	+ 25,7	+ 37,5
Zinsen	.	+ 2,6	+ 7,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste ¹¹⁾ (Zahl)	.	1 324	1 450	1 404	1 447	1 187
Betrag in 1000 RM/DM	.	1 194,0	1 040,3	911	1 113	949,3
Durchschnittsbetrag je protestierten Wechsel in RM/DM	.	902	718	649	769	800
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)						
• Konkurse	12	25	14	16	10	12
• Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	1	—	—
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)						
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	21 398	21 320	20 263	18 242
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	.	2 392	2 716	3 022	2 596	2 481
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	.	848	1 135	1 056	1 280	1 044
Abgeleitete Offenbarungseide	.	124	338	350	394	364
d) Öffentliche Leihhäuser						
Verpfändungen ¹²⁾ , Zahl	19 155	13 214	3 858	3 996	3 958	3 584
RM/DM	298 306	384 610	181 810	182 125	205 391	177 541
Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 633	3 992	3 871	3 114
RM/DM	176 172	401 990	172 763	182 224	217 809	156 565

¹⁾ 1950 einschl. Obusse. — ²⁾ 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ Einschl. Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁶⁾ Ohne durchlaufende Mittel. — ⁷⁾ 106 berichtspflichtige Institute. — ⁸⁾ 89 berichtspflichtige Institute. — ⁹⁾ Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — ¹⁰⁾ Ohne Postsparkasse. — ¹¹⁾ Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — ¹²⁾ Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1961	März 1962	Februar 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	.	.	167	169	167	165 1)
Kapital in Mio DM	.	.	3 453,9	3 399,9	3 262,8	3 257,9
Gesellschaften m. b. H., Zahl	.	.	3 228	3 190	3 332	3 323
Kapital in Mio DM	.	.	2 229,4	2 176,0	2 358,6	2 358,7
Steuern 2)						
1. Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) 3)						
a) Bundessteuern						
Umsatzsteuer	9 363	22 996	67 055	59 601	58 988	62 637
Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	17 587	18 648	34 216	30 439
Beförderungsteuer	79	943	1 295	1 188	1 155	1 085
Notopfer Berlin	.	1 749	292	181	406	108
Zölle	45 572	17 772	72 426	43 827	51 836	37 901
Verbrauchssteuern	31 925	42 968	173 112	165 185	169 862	162 679
davon						
Tabaksteuer	24 492	32 535	64 636	65 636	69 268	51 604
Kaffeesteuer	..	5 831	19 121	25 929	29 181	25 489
Teesteuer	..	521	744	912	803	700
Branntweinmonopol 4)	249	2 514	4 277	4 175	3 976	3 673
Mineralölsteuer	51	871	84 115	70 311	66 366	81 031
Sonstige Verbrauchssteuern	7 133	697	220	221	267	182
Summe der Bundessteuern	..	89 211	331 767	288 629	316 463	294 849
Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 5)	8 286	1 922	4 000	19 988
davon						
Vermögensabgabe	..	5 352	6 375	618	1 290	17 390
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 426	1 292	2 632	2 539
Kreditgewinnabgabe	485	12	78	59
b) Landessteuern						
Lohnsteuer	7 390	10 051	58 839	41 376	48 298	52 936
Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	56 782	122 460	128 581	19 681
Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	6 273	- 28 753	6 376	14 979
Körperschaftsteuer	8 928	9 544	39 444	91 992	102 961	5 557
Summe der Eink.- und Körperschaftsteuer	33 902	29 097	161 338	227 075	286 216	63 195
darunter an den Bund abgeführt	56 468	79 476	100 175	22 118
Mithin:						
Hamburg daraus verbliebene Einnahmen	104 870	147 598	186 040	41 077
Vermögenssteuer	1 513	466	8 686	2 932	2 168	21 687
Erbschaftsteuer	469	63	1 407	1 140	4 154	4 047
Gründerwerbsteuer	398	135	1 099	1 323	1 261	1 390
Kapitalverkehrssteuer	227	179	2 103	2 441	1 363	1 295
Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	5 522	4 872	6 389	5 076
Versicherungssteuer	559	847	3 052	2 863	3 049	4 317
Rennwett- und Lotteriesteuer	452	820	1 643	2 753	1 468	3 848
Wechselsteuer	0	536	690	629	654	699
Feuerschutzsteuer	15	127	159	383	386	598
Biersteuer	792	870	1 879	1 410	1 481	1 884
Summe der Landessteuern	..	34 461	187 663	247 821	308 588	108 036
c) Gemeindesteuern						
Realsteuern	9 974	8 666	43 157	10 070	13 033	94 959
davon						
Grundsteuer A	50	42	44	26	22	105
Grundsteuer B	4 538	3 365	4 590	619	943	12 327
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	34 358	9 213	11 913	82 166
Gewerbsteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	4 165	212	155	361
Gewerbsteuerzuschüsse	24	29	322	-	-	1
Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	952	780	655	843
darunter						
Kinosteuer	123	497	456	456	430	391
Übrige Vergnügungssteuer	106	146	268	260	166	327
Hundesteuer	68	132	227	64	59	125
Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	44 109	10 850	13 688	95 801
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	3 696	3 638	3 867	3 528
a) Feueralarme						
187	185	224	271	377	268	
davon						
falsche Alarme und Unfugmeldungen	49	39	43	49	68	55
bekämpfte Brände	138	146	181	222	309	213
davon						
Großbrände	10	4	11	14	14	14
Mittelbrände	17	14	24	35	50	24
Kleinbrände	88	114	63	78	139	72
Entstehungsbrände	.	.	73	73	89	87
Schornsteinbrände	.	10	10	22	17	16
b) Hilfeleistungen aller Art						
446	1 242	3 474	3 367	3 490	3 260	
darunter bei						
Straßen- und Verkehrsunfällen	.	314	1 044	958	1 016	852
Betriebsunfällen	.	235	540	573	523	459
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	.	976	3 238	3 079	3 285	3 041
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	.	5 625	4 967	5 041	5 454	4 780
Beförderte Personen	.	6 449	5 179	5 312	5 829	5 324

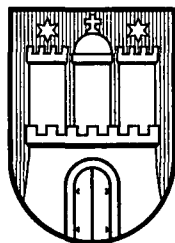
1) Außerdem eine AG. mit einem Grundkapital von 1,5 Mio RM. — 2) Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — 3) Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — 4) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — 5) Einschl. Soforthilfesonderabgabe.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			März 1961	März 1962	Februar 1962	
	1938	1950	1961				
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
3. Feststellungen der Polizei							
Der Kriminalpolizei bekannt gewordene Straftaten	.	5 443 r	7 516	8 149	6 788	6 561	
darunter	.						
Sittlichkeitsdelikte	.	142 r	197	244	173	184	
Mord und Totschlag	.	2 r	3	4	5	3	
Fahrlässige Tötung	.	11 r	14	15	22	14	
Körperverletzung ¹⁾	.	32 r	65	59	71	62	
Einfacher Diebstahl	.	2 416 r	3 439	3 620	2 891	2 803	
Schwerer Diebstahl	.	558 r	1 247	1 505	1 112	1 168	
Diebstähle zusammen	.	2 974 r	4 686	5 125	4 003	3 971	
darunter	.						
von Kraftfahrzeugen (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)	.	36 r	197	206	156	192	
von Fahrrädern, Mopeds (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)	.	202 r	661	675	387	387	
Taschendiebstahl	.	78 r	37	25	30	33	
Unterschlagung	.	357 r	253	307	234	238	
Raub und Erpressung	.	11 r	37	42	27	29	
Begünstigung und Hülerei	.	99 r	91	105	50	68	
Betrug und Untreue	.	607 r	755	778	818	730	
Brandstiftung	.	39 r	26	33	44	32	
Münzdelikte	.	13 r	1	2	-	-	
Übertretung der Verkehrsordnung	.	22 902	39 177	39 211	27 316	22 316	
davon	.						
Strafanzeigen	.	10 060	9 259	9 585	4 935	4 233	
Gebührenpflichtige Verwarnungen	.	.	29 918	29 626	22 381	18 083	
4. Rechtskräftig Abgeurteilte							
Abgeurteilte insgesamt	.	1 316	1 940	2 335	2 029 ²⁾	1 822	
a) Erwachsene nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt	.	1 229	1 525	1 717	1 593	1 451	
b) Heranwachsende nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt	.	.	178	271	157	141	
c) Jugendliche nach Jugendstrafrecht abgeurteilt	.	87	154	237	184	157	
d) Heranwachsende nach Jugendstrafrecht abgeurteilt	.	.	83	110	95	73	
darunter	.						
Widerstand gegen die Staatsgewalt	.	12	12	16	10	7	
Fahrerflucht	.	6	52	58	74	57	
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie	.	4	43	39	39	42	
Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit	.	51	50	54	68	66	
Beleidigung, üble Nachrede	.	24	22	27	28	19	
Verbrechen und Vergehen wider das Leben	.	9	11	12	8	5	
Körperverletzung	.	52	141	158	163	121	
Einfacher Diebstahl	.	324	285	380	323	284	
Schwerer Diebstahl	.	80	80	97	99	91	
Einfacher und schwerer Diebstahl im Rückfall	.	79	55	56	60	57	
Unterschlagung	.	70	69	86	73	51	
Raub und Erpressung	.	9	14	7	10	7	
Begünstigung und Hülerei	.	68	40	46	30	28	
Betrug und Untreue	.	92	163	185	190	177	
Urkundenfälschung	.	19	17	17	17	12	
Vergehen gegen das StVG.	.	53	299	332	326	274	
Löhne und Gehälter³⁾							
1. Arbeiterverdienste in der Industrie⁴⁾							
* Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51,38	76,52	164,65	155,05	171,80	173,51
	weiblich	26,99	43,84	98,93	95,50	107,69	103,53
* Bruttostundenverdienste in Rpf/Pf	männlich	99,9	156,7	355,0	336,8	377,9	372,4
	weiblich	56,9	96,6	228,0	220,3	251,7	238,5
* Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	46,4	46,0	45,5	46,6
	weiblich	47,4	45,4	43,4	43,4	42,8	43,4
* Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich	.	.	42,8	45,4	44,2	44,2
	weiblich	.	.	39,9	42,9	41,7	41,0
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste in DM)							
Industrie ⁴⁾							
* Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	791	773	844	816
	weiblich	.	.	538	522	581	560
* Technische Angestellte	männlich	.	.	913	885	967	942
	weiblich	.	.	551	537	592	568
Handel, Geld- und Versicherungswesen							
* Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	754	737	800	784
	weiblich	.	.	495	486	534	516
* Technische Angestellte	männlich	.	.	767	750	801	780
	weiblich	.	.	663	671	671	664
Industrie u. Handel, Geld- u. Versicherungswesen							
* Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	761	744	809	791
	weiblich	.	.	503	493	544	524
* Technische Angestellte	männlich	.	.	895	868	946	921
	weiblich	.	.	560	547	598	577

¹⁾ Ohne §§ 223 und 230. - ²⁾ Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) März 1962 3 Jugendliche und 3 Heranwachsende. - Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) März 1962 33 Jugendliche. - ³⁾ 1938 = September 1938, 1950 und 1961 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. - ⁴⁾ Einschl. Energiewirtschaft und Hoch-, Tief- und Ingenieurbau.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1962

Juni-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Beschäftigung in der hamburgischen Industrie im Jahre 1961

In Zeiten der Vollbeschäftigung und des Arbeitskräftemangels wird die Frage nach der Entwicklung und der Aufteilung der Beschäftigten in der Industrie besonders häufig gestellt. Dabei spielen Fragen nach der unterschiedlichen Entwicklung in den Industriezweigen, in den Wirtschaftsgebieten, in den verschiedenen Beschäftigungsgruppen eine Rolle. Einen Beitrag zur Beantwortung dieser Fragen sollen die folgenden Ausführungen geben, in denen allerdings nur über die Beschäftigten der monatlich meldenden Industriebetriebe in Hamburg berichtet werden soll.

Nach dem Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I, S. 720) in der Fassung vom 26. April 1961 (BGBl. I, S. 477) berichten die Industriebetriebe monatlich, die regelmäßig 10 und mehr Personen beschäftigen, während die sog. Kleinbetriebe nur einmal im Jahr in der Totalerhebung im September zur Berichterstattung herangezogen werden. Da die monatlich meldenden Betriebe mit etwa 97 % aller in der Industrie in Hamburg beschäftigten Personen eine überwiegende Bedeutung haben, kann dieser Beitrag trotz seiner Beschränkung auf diesen Berichtskreis die Gesamtentwicklung der Industrie in Hamburg im Jahre 1961 beschreiben.

Nach den „Erläuterungen zur Industrierichterstattung“ sind als Beschäftigte zu zählen: Tätige Inhaber, tätige Teilhaber und alle beschäftigten Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen. Hierzu gehören auch Direktoren, Reisende im Angestelltenverhältnis, Volontäre, Praktikanten und Lehrlinge. Der Stichtag für die Beschäftigtenmeldung ist der letzte Arbeitstag des Monats, wobei auch am Stichtag vorübergehend Abwesende (wie z. B. Erkrankte, Urlauber, Streikende, deren Arbeitsverhältnis noch besteht, und Angehörige des Betriebes, die Übungen bei der Bundeswehr ableisten), vorübergehend Anwesende (wie z. B. Saison- und Aus-hilfsarbeiter und Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Verfügung gestellt worden sind) sowie Halbtagsbeschäftigte und Kurzarbeiter voll als Beschäftigte zu zählen sind. Nicht zu den Beschäftigten im Sinne der Industrierichterstattung rechnen dagegen Heimarbeiter, Beschäftigte in nicht-industriellen Betriebsteilen und Beschäftigte, die den Grundwehrdienst ableisten.

Im Monatsbericht werden die Beschäftigten des Betriebes zunächst in einer Summe gemeldet und außerdem die Arbeiter noch einmal gesondert ausgewiesen. Eine weitere Aufgliederung der Beschäftigten nach Stellung im Betrieb und nach Geschlecht ist zuletzt für den September 1960 in der Zusatzerhebung 1960 zum Industriebericht vorgenommen worden; im Jahre 1961 hat eine entsprechende Erhebung nicht stattgefunden. Für 1962 soll diese Aufgliederung jedoch in der Zusatzerhebung wieder erfolgen. Für die Darstellung nach der Stellung im Betrieb muß hier das Material aus dem Jahre 1960 verwertet werden.

Die Entwicklung der Beschäftigung 1950 bis 1961

Die Zahl der in der hamburgischen Industrie beschäftigten Personen ist in den vergangenen 12 Jahren um etwa 90 000 oder 66 % des Standes von 1950 angestiegen, wobei berücksichtigt ist, daß ab 1959 durch eine begriffliche Änderung etwa 4000 Beschäftigte mehr erfaßt wurden (Tabelle 1).

Tab. 1

Die Beschäftigten in der hamburgischen Industrie im Jahresdurchschnitt 1950 bis 1961 (Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahre	Beschäftigte	1950 = 100	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %
1950	140 867	100,0	—
1951	151 846	107,8	7,8
1952	157 241	111,6	3,6
1953	167 194	118,7	6,3
1954	175 694	124,7	5,0
1955	191 086	135,6	8,8
1956	205 280	145,7	7,4
1957	218 366	155,0	6,4
1958	223 519	158,6	2,4
1959 ¹⁾	227 515	161,5	1,8
1960	232 431	165,0	2,2
1961	233 971	166,0	0,7

¹⁾ Ab Januar 1959 etwa 4000 Beschäftigte mehr durch methodische Änderung der Erfassung.

An diesem Anstieg der Zahl der Beschäftigten von 1950 bis 1961 war die Mineralölindustrie mit etwa

3000 Personen, der Stahlbau mit etwa 4700 Personen, der Maschinenbau mit etwa 13 800 Personen, der Schiffbau mit etwa 17 600 Personen, die Elektroindustrie mit etwa 17 700 Personen, die Chemische Industrie mit etwa 7000 Personen, die Druckerei mit etwa 5400 Personen, die Kautschuk- und Asbestindustrie mit etwa 3500 Personen und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit etwa 6700 Personen beteiligt. Die relative Zunahme der Beschäftigten im genannten Zeitraum war in diesen Industriezweigen ebenfalls sehr unterschiedlich; von 1950 (= 100) bis 1961 stieg die Zahl der Beschäftigten in der Elektroindustrie auf 264,0 %, im Schiffbau auf 240,4 %, im Stahlbau auf 207,8 %, in der Mineralölindustrie auf 192,6 %, im Maschinenbau auf 184,6 %, in der Druckerei auf 180,9 %, in der Chemischen Industrie auf 166,6 %, in der Kautschuk- und Asbestindustrie auf 132,2 % und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie auf 124,3 %.

Die Beschäftigung im Jahre 1961

Die einzelnen Industriezweige sind nach dem überwiegenden Verwendungszweck ihrer Erzeugnisse entsprechend einem vom Statistischen Bundesamt für Zwecke der Indexberechnung aufgestellten Schema zu vier Hauptgruppen zusammengefaßt worden. Die Industrien, die den einzelnen Hauptgruppen zugeordnet sind, stellen also im gesamten Bundesgebiet vorwiegend Erzeugnisse her, die der jeweiligen Hauptgruppe zugerechnet werden können. Die so gebildeten Hauptgruppen sind aus Tabelle 2 zu ersehen. Die Zuordnung mag im einzelnen problematisch sein, doch ist wegen der notwendigen Vergleichbarkeit mit den Bundesergebnissen die Übernahme der Gruppierung auch für die Hamburger Statistik erforderlich.

Tab. 2

Die Betriebe und Beschäftigten in Hamburgs Industrie 1961
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Industriehauptgruppen und Industriegruppen	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten	
		absolut	%
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie zusammen	311	50 136	21,4
darunter			
Mineralölverarbeitung	21	8 417	3,6
Chemische Industrie	148	17 396	7,4
Kautschuk- und Asbestverarbeitung	19	13 723	5,9
Investitionsgüterindustrie zusammen	496	116 897	50,0
darunter			
Stahlbau	52	9 188	3,9
Maschinenbau	162	30 283	12,9
Schiffbau	37	30 188	12,9
Elektroindustrie	87	28 472	12,2
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	77	7 976	3,4
Verbrauchsgüterindustrie zusammen	445	32 482	13,9
darunter			
Druck und Vervielfältigung ..	182	12 160	5,2
Bekleidung	82	5 154	2,2
Nahrungs- und Genußmittelindustrie zusammen	271	34 456	14,7
Insgesamt	1 523	233 971	100,0

Genau die Hälfte aller in der Industrie beschäftigten Personen war 1961 in Hamburg in der Investitionsgüterindustrie beschäftigt, zu der vor allem der Stahlbau, der Maschinenbau, der Fahrzeugbau, der Schiffbau, die Elektroindustrie, die feinmechanische und optische Industrie und die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie gehören. Etwas mehr als ein Fünftel der Industriebeschäftigten gehörten zur Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und der Rest von gut einem Viertel der Beschäftigten verteilte sich etwa gleichmäßig auf die Verbrauchsgüter- und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Die Zahl der Beschäftigten in den einzelnen Industriegruppen ist in Hamburg sehr unterschiedlich. Die zahlenmäßig bedeutendsten waren im Jahresdurchschnitt 1961 der Maschinenbau, der Schiffbau und die Elektroindustrie. Die 10 für Hamburg wichtigsten Industriegruppen umfaßten 1961 fast 70 % der gesamten Industriebeschäftigten. Die übrigen 30 % verteilten sich auf weitere 45 Industriegruppen. Wenn man darüber hinaus feststellt, daß 50 % aller in der Industrie Beschäftigten sich auf nur 5 Industriegruppen konzentrieren, so charakterisiert dies die besondere Struktur der Hamburger Industrie.

Die Beschäftigung hat sich in den einzelnen Monaten des vergangenen Jahres in der hamburgischen Industrie nicht stetig von Monat zu Monat verändert. Nach einem Tiefpunkt im März 1961 ist die Beschäftigung in zwei Monaten bis zu ihrem Höhepunkt im Mai 1961 um etwa 3700 Personen angestiegen; in der folgenden Zeit schwankte die Zahl der Beschäftigten von Monat zu Monat nur geringfügig um den Jahresdurchschnitt, und vom November zum Dezember 1961 war dann ein erheblicher Rückgang um mehr als 2000 Personen zu verzeichnen. In der hamburgischen Industrie (Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) waren beschäftigt am Ende des Monats

Jan.	232 231 Pers., d. s. 0,7 % unter
Febr.	232 094 Pers., d. s. 0,8 % unter
März	232 060 Pers., d. s. 0,8 % unter
April	235 225 Pers., d. s. 0,5 % über
Mai	235 751 Pers., d. s. 0,8 % über
Juni	234 865 Pers., d. s. 0,4 % über
Juli	234 240 Pers., d. s. 0,1 % über
August	234 698 Pers., d. s. 0,3 % über
Sept.	234 208 Pers., d. s. 0,1 % über
Okt.	234 428 Pers., d. s. 0,2 % über
Nov.	234 946 Pers., d. s. 0,4 % über
Dez.	232 905 Pers., d. s. 0,5 % unter

dem Jahresdurchschnitt

Saisonale und strukturelle Beschäftigungsschwankungen

Wenn auch die Schwankungen der Beschäftigung in der hamburgischen Industrie nur relativ unbedeutend waren – sie gingen nur von März auf April 1961 über 1 % hinaus –, so soll doch untersucht werden, ob und inwieweit diese Veränderungen auf saisonale oder strukturelle Gründe zurückzuführen sind.

Bei der Untersuchung saisonaler Schwankungen ist es naheliegend, sich zuerst der Nahrungs- und Genußmittelindustrie zuzuwenden. Über die Zahl der Beschäftigten in den einzelnen Monaten des Jahres 1961 in den wichtigsten Industriezweigen dieser Hauptgruppe gibt die Tabelle 3 Auskunft. Sie zeigt deutlich, daß von einer Saisonschwankung in der Haupt-

Tab. 3

Die Beschäftigten in ausgewählten Industriegruppen in Hamburg 1961
nach Monaten in % des Jahresdurchschnittes
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Monate	Haupt- gruppe Nahrungs- und Genußmittel	Süßwaren- industrie	Ölmühlen	Margarine	Fisch- verarbei- tende Industrie	Kaffee- mittel-, Kaffee- und Tee- Industrie	Brauereien und Mälzereien	Tabak- verarbei- tende Industrie	Steine und Erden	Beklei- dungs- industrie
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Januar	98,1	95,1	100,0	97,6	107,8	94,5	95,4	96,4	90,5	102,3
Februar	98,3	96,2	99,7	98,4	106,5	93,8	96,6	96,1	95,8	102,6
März	98,5	95,0	100,0	98,6	103,4	97,8	98,1	98,0	98,9	102,0
April	98,9	95,8	100,5	100,4	99,1	96,1	99,8	100,4	101,1	102,7
Mai	99,6	96,9	99,8	101,1	97,0	99,2	101,1	102,0	101,7	101,8
Juni	99,4	96,7	99,5	101,6	95,8	95,3	103,6	100,5	102,0	100,8
Juli	99,7	96,6	100,0	101,6	96,5	95,9	104,1	103,1	102,4	99,3
August	100,2	100,3	100,1	101,2	96,3	97,5	103,1	103,9	103,2	99,2
September	101,0	106,6	100,1	100,4	98,7	100,2	101,3	102,7	101,7	98,5
Oktober	102,5	110,8	99,7	99,8	99,3	108,0	99,5	101,3	102,6	98,5
November	102,5	108,0	99,9	99,7	100,1	111,1	99,1	99,3	101,1	96,8
Dezember	101,1	103,0	100,6	99,5	99,4	110,3	98,2	96,2	99,0	95,5
Jahresdurchschnitt	34 456	4 741	2 790	3 093	2 844	3 505	2 651	3 601	3 132	5 154

gruppe nicht gesprochen werden kann. Die Zahl der Beschäftigten steigt von Monat zu Monat fast stetig an; erst im November und im Dezember waren geringe Rückgänge zu verzeichnen. Wie sieht es aber in den wichtigsten Industriezweigen dieser Hauptgruppe aus? In der Süßwarenindustrie war nach kleineren monatlichen Schwankungen der Höhepunkt der Beschäftigung im Oktober erreicht, der mit der Weihnachtssaison zusammenhängen dürfte. In der Ölmühlenindustrie war die Beschäftigung über das ganze Jahr hinweg ziemlich konstant. Die Zahl der Beschäftigten stieg in der Margarineindustrie von Monat zu Monat bis zum Juni an und fiel dann von Monat zu Monat wieder ab. Die Fischverarbeitende Industrie hatte dagegen im Juni einen Tiefpunkt zu verzeichnen und den höchsten Stand der Beschäftigung zu Beginn und am Ende des Jahres; hier haben wir also eine ausgesprochene Wintersaison zu verzeichnen. In der Kaffeemittel-, Kaffee und Tee verarbeitenden Industrie war die Beschäftigung im letzten Drittel des Jahres 1961 höher als in den vorangegangenen Monaten; auch hier dürfte - wie bei der Süßwarenindustrie - das Weihnachtsgeschäft die Ursache sein. Die Brauereien und Mälzereien hatten dagegen naturgemäß eine ausgesprochene Sommersaison mit den höchsten Beschäftigtenzahlen in den Monaten Juni, Juli und August. In der Tabakverarbeitenden Industrie ist eine Saisonabhängigkeit der Beschäftigten nicht zu erkennen; der Höhepunkt im August 1961 ist jedenfalls nicht als typisch anzusehen.

Noch in zwei weiteren Gruppen der hamburgischen Industrie waren im Jahre 1961 saisonale Beschäftigungsschwankungen deutlich zu erkennen, nämlich in der Industrie der Steine und Erden, die ihren Beschäftigungshöhepunkt im allgemeinen im 3. Quartal des Jahres hat, und in der Bekleidungsindustrie, bei der im 2. Quartal des Jahres meist die höchste Beschäftigung zu finden ist.

Strukturelle Veränderungen in der Zahl der Beschäftigten, d. h. über längere Zeiträume hinausgehende gleichartige Entwicklungen, waren in verschiedenen bedeutsamen Industriegruppen in Hamburg auch während des Jahres 1961 deutlich zu erkennen. Steigende Beschäftigtenzahlen traten im Maschinenbau, in der Elektroindustrie und in der Druck- und Vervielfältigungsindustrie, sinkende Zahlen beim Schiffbau auf.

fältigungsindustrie, sinkende Zahlen beim Schiffbau auf.

Tab. 4

Die Beschäftigten in ausgewählten Industriegruppen in Hamburg

im Monatsdurchschnitt 1958 bis 1961 und in den Monaten des Jahres 1961
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahre/Monate	Maschinen- bau	Elektro- industrie	Druck und Vervielfältigung	Schiffbau
	1	2	3	4
1958 MD	28 305	23 411	10 842	33 767
1959 MD	27 792	24 526	11 309	32 730
1960 MD	28 900	26 724	11 802	31 818
1961 MD	30 283	28 472	12 160	30 188
1961				
Januar	29 911	27 911	11 927	31 262
Februar	29 930	27 852	11 858	30 899
März	29 939	28 038	11 965	30 340
April	30 506	28 593	12 171	30 755
Mai	30 810	28 719	12 197	30 494
Juni	30 431	28 850	12 185	30 311
Juli	30 276	28 494	12 205	30 222
August	30 635	28 769	12 142	29 986
September	30 258	28 629	12 304	29 577
Oktober	30 227	28 485	12 344	29 485
November	30 367	28 627	12 358	29 444
Dezember	30 106	28 692	12 260	29 483

Erstmals ist im Jahresdurchschnitt 1961 in Hamburg der Maschinenbau die stärkste Industriegruppe nach der Zahl der Beschäftigten geworden; der Schiffbau ist auf den zweiten Platz zurückgefallen.

Die Beschäftigten nach dem Geschlecht und nach der Stellung im Betrieb

Es wurde oben schon erwähnt, daß die folgenden Angaben über die Gliederung der in der Hamburger Industrie beschäftigten Personen aus der Zuserhebung 1960 entnommen werden mußten. Da sich die Struktur der Gesamtheit der Beschäftigten in der hamburgischen Industrie seitdem kaum erheblich ver-

ändert haben dürfte, können die Zahlen aus 1960 auch für 1961 Gültigkeit beanspruchen. Die Zuserhebung 1960 basiert auf dem Stand von Ende September 1960 und umfaßt Angaben von Betrieben aus dem monatlichen Berichtskreis und aus der Erhebung für Kleinbetriebe, die Ende September 1960 10 und mehr Beschäftigte hatten.

Der Anteil der weiblichen Beschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten lag im Durchschnitt der gesamten Industrie in Hamburg bei etwas mehr als 30 %. Verschiedene Industriegruppen hatten einen erheblich höheren Anteil an weiblichen Beschäftigten aufzuweisen; der höchste Anteil mit 82 % ergab sich in der Bekleidungsindustrie.

Tab. 5

Der Anteil der weiblichen Beschäftigten in ausgewählten Industriegruppen in Hamburg im September 1960

(Zusatzerhebung zum Industriebericht 1960)

Industriegruppen	Beschäftigte		
	Industrie	darunter weiblich	
		absolut	%
Bekleidungsindustrie	5 375	4 407	82,0
Kaffee- und Teeindustrie ...	3 296	2 428	73,7
Süßwarenindustrie	4 921	3 583	72,8
Fischverarbeitung	2 803	2 004	71,5
Textilindustrie	4 424	2 998	67,7
Obst- und Gemüseverarbeit.	414	272	65,7
Tabakverarbeitung	3 492	2 186	62,6
Papierverarbeitung	4 761	2 956	62,1
Essig-, Senf-, Essenzen-, Gewürzindustrie	605	331	54,7
Kunststoffverarbeitung	1 861	996	53,5
Nährmittellindustrie	943	468	49,6
Lederverarbeitung	186	91	48,9
Eisen-, Blech- u. Metallwaren	8 357	3 862	46,2
Fleischverarbeitung	2 453	1 122	45,7
Alkohol- und Spirituosenind.	1 336	598	44,8
Chemische Industrie	16 849	7 392	43,9
Margarineindustrie	3 034	1 294	42,6

Seit 1950 hat sich der Anteil der in der hamburgischen Industrie beschäftigten weiblichen Personen kaum verändert. Obwohl sich die absolute Zahl der in der Industrie beschäftigten Frauen seit 1950 um mehr als 25 000 auf etwa 70 000 erhöht hat, ist ihr Anteil an der Zahl der Gesamtbeschäftigten von 31,2 % im Jahresdurchschnitt 1950 auf 29,4 % im Jahresdurchschnitt 1952 leicht abgefallen und hat sich auf 30,7 % im September 1960 wieder geringfügig erhöht. Diese Entwicklung steht im Gegensatz zur allgemeinen Tendenz der Erhöhung des Anteils der weiblichen

Beschäftigten im Erwerbsleben. Der Grund hierfür ist darin zu sehen, daß sich die Zahl der Beschäftigten in der hamburgischen Industrie in einigen Industriezweigen, die einen besonders hohen Anteil von männlichen Beschäftigten haben, in den Jahren 1950 bis 1961 sehr stark erhöht hat; hierzu zählen z. B. der Schiffbau, der Stahlbau, die Mineralölindustrie und der Maschinenbau.

Von den etwa 235 300 Beschäftigten in der hamburgischen Industrie waren im September 1960 tätig als

Tätige Inhaber und tätige Mitinhaber	1 583 Personen, d. s. 0,7 %
Angestellte (ohne Lehrlinge)	55 395 Personen, d. s. 23,5 %
Kaufmännische und techn. Lehrlinge	3 547 Personen, d. s. 1,5 %
Arbeiter (ohne Lehrlinge)	164 514 Personen, d. s. 69,9 %
Gewerbl. Lehrlinge	10 292 Personen, d. s. 4,4 %.

Nach der Stellung im Betrieb war in der gesamten Industrie der Anteil der weiblichen Beschäftigten besonders hoch bei den kaufmännischen und technischen Lehrlingen (54,9 %) und den Angestellten (ohne Lehrlinge) (37,9 %). Bei den Arbeitern (ohne Lehrlinge) entsprach der Anteil der weiblichen Personen mit 29,5 % ungefähr ihrem Durchschnittsanteil bei der Gesamtzahl der Beschäftigten. Von den tätigen Inhabern und tätigen Mitinhabern waren 13,0 % weiblich und von den gewerblichen Lehrlingen 4,0 %.

Die regionale Aufteilung der Beschäftigten

Für den Oktober 1961 wurden die Angaben aus der Industrieberichterstattung der Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten nach den sieben Hamburger Stadtbezirken aufbereitet. Eine Darstellung der Beschäftigten in Kombination nach Industriegruppen und nach Bezirken geht aber über den Rahmen dieses Beitrages hinaus und soll an anderer Stelle behandelt werden. Hier soll zum Schluß nur noch eine Übersicht über Zahl und Anteil der in der Industrie Beschäftigten insgesamt in den Bezirken folgen. Es waren tätig

in Hamburg-Mitte	96 609 Personen, d. s. 41,2 %
in Altona	33 900 Personen, d. s. 14,5 %
in Eimsbüttel	21 804 Personen, d. s. 9,3 %
in Hamburg-Nord	24 701 Personen, d. s. 10,5 %
in Wandsbek	18 272 Personen, d. s. 7,8 %
in Bergedorf	7 143 Personen, d. s. 3,0 %
in Harburg	31 999 Personen, d. s. 13,7 %.

Detlef Schmidt

Die Kleinbetriebe in der hamburgischen Industrie im September 1961

Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe in der hamburgischen Industrie

Mit dem Wort Industrie verbindet sich zumeist die Vorstellung von großen Werkhallen, vielen Maschinen, hohen Produktionsmengen, vielen Beschäftigten u. dgl. Der Hamburger denkt, wenn von Industrie die Rede ist, zunächst an so markante Produktionsstätten wie die Helgen der großen Seeschiffswerften, die Destillationsanlagen der Mineralölwirtschaft und darüber hinaus an eine Reihe weithin bekannter Werke wie die großen Zigarettenfabriken, die Phoenix Gummiwerke AG, die Valvo GmbH, die P. Beiersdorf & Co AG, die Norddeutsche Affinerie, die Ölmühlen und Margarinewerke, die großen Brauereien und einige andere.

Im September 1961 waren es insgesamt 95 Betriebe, die in Hamburg in etwa diesem Bilde einer Produktion im großen entsprachen. Jeder dieser Betriebe hatte 500 Beschäftigte oder mehr, darunter 39 mehr als 1000 Arbeitskräfte, einige von ihnen besaßen je mehr als 5000 Arbeitsplätze¹⁾. Zusammen verfügten sie im September über 128 100 Beschäftigte. Damit waren mehr als die Hälfte (53,2 %) der rd. 241 000 Arbeitskräfte in der gesamten hamburgischen Industrie in Großbetrieben tätig. Die andere Hälfte dieser Gesamtbelegschaft – fast 113 000 Personen oder 46,8 % – verteilte sich auf 2777 Betriebe der verschiedensten Größe bis hinunter zum Einmannbetrieb.

Nach Beschäftigtengrößenklassen geordnet zeigt die hamburgische Industrie das in Tabelle 1 dargestellte Bild.

Tab. 1

Betriebe und Beschäftigte der hamburgischen Industrie nach Betriebsgrößenklassen

Stand: Ende September 1961

Örtliche Einheiten

Betriebe mit ... Beschäftigten	Betriebe		Beschäftigte	
	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4
1— 9	1 313	45,7	5 810	2,4
10— 49	869	30,3	20 774	8,6
50— 99	292	10,1	20 585	8,6
100—199	172	6,0	24 435	10,1
200—499	131	4,6	41 289	17,1
500—999	56	1,9	37 507	15,6
1000 und mehr	39	1,4	90 593	37,6
Insgesamt	2 872	100	240 993	100

Die Struktur der Hamburger Industrie ähnelt in ihrer Gliederung nach Betriebsgrößen mit im einzelnen zumeist nur geringfügigen Abweichungen der Industrie im gesamten Bundesgebiet. In Schleswig-Holstein und Bayern ist der Anteil der Betriebe mit 1—9 Beschäftigten etwas größer als in Hamburg, in Rheinland-Pfalz etwa gleich groß und in den übrigen Bundesländern niedriger, zum Teil sogar um ein gutes Stück, wie in Hessen, Baden-Württemberg und im Saarland. Auf der anderen Seite ist der Anteil der Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen etwa

eben so groß wie in Hamburg, im Saarland und in Bremen um einiges größer. In den einzelnen Mittelklassen schwanken die Anteilssätze in etlichen Fällen etwas stärker, der gesamte Block der mittleren Betriebe hat jedoch zumeist etwa das gleiche Gewicht.

In diesem Zusammenhange ist noch ein kurzer Hinweis auf die begriffliche Abgrenzung der industriellen Kleinbetriebe im Gegensatz zum Handwerk und zum Kleingewerbe notwendig²⁾. Das Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 schreibt im § 3 Abs. 1 für einen ausgewählten Kreis von Industriebetrieben eine monatliche Erhebung vor. Zu dieser monatlichen Berichterstattung ziehen die Statistischen Landesämter grundsätzlich alle Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten heran³⁾. Für die Kleinbetriebe sieht das Gesetz vom 15. 7. 1957 im § 3 Abs. 2 eine einmal im Jahr – in der Regel im September – stattfindende Erhebung vor. Dieser Industriebericht für Kleinbetriebe enthält außer einigen allgemeinen Angaben Fragen über den Produktionszweig, über die Gesamtzahl der Beschäftigten und über den Umsatz im Berichtsmonat. Die exakte Abgrenzung dieses nur einmal jährlich zu erfassenden Firmenkreises stößt auf einige Schwierigkeiten im Verhältnis zum Handwerk und zum sogenannten „produzierenden Kleingewerbe“⁴⁾.

Handwerksbetriebe sollen in der Industriestatistik nicht enthalten sein. Bei der Entscheidung, ob es sich im konkreten Falle um einen „handwerksmäßig betriebenen“ Betrieb handelt, orientiert sich die Statistik an dem formalen Merkmal, ob der Betrieb in die Handwerksrolle eingetragen ist oder nicht. Dabei werden Betriebe, die sich von der „handwerksmäßigen“ zur „industriellen“ Betriebsweise entwickelt haben – ein ständig vorkommender Fall –, ebensowenig von der Industriestatistik erfaßt, solange sie noch in der Handwerksrolle stehen, wie handwerklich-industriell gemischte Betriebe, die in der Handwerksrolle stehen, ihren Schwerpunkt aber – für die Statistik nicht erkennbar – in der Industrie haben.

Im Bereich der produzierenden Wirtschaft gibt es sodann noch eine Reihe von Betrieben unter der Bezeichnung „produzierendes Kleingewerbe“. Eine befriedigende Abgrenzung zwischen diesem

¹⁾ Die Aufteilung der Industrie in Betriebsgrößenklassen nach der Zahl der Beschäftigten ist reichlich schematisch. Sie ist jedoch das eingebürgerte Gliederungsprinzip nach Größenkategorien für die Industrie des Bundesgebietes und reicht im übrigen für die Zwecke dieser Betrachtung aus, so daß hier auf feinere Unterscheidungen nicht eingegangen zu werden braucht.

Für die Großbetriebe wurde die untere Beschäftigtengrenze bei 500 Personen gewählt. An sich treten von Industriezweig zu Industriezweig wechselnde Eigentümlichkeiten auf, die jeweils andere Grenzen zwischen „klein“, „mittel“ und „groß“ angebracht erscheinen lassen. Die Praxis, die einheitliche Vergleichsgrößen braucht, zwingt jedoch dazu, über diese Unterschiede hinwegzugehen und Betriebe mit den gleichen Besetzungsziffern schematisch zu Kategorien gleicher Ordnung zusammenzufassen und den so gebildeten Kategorien ein einheitliches Prädikat zuzuweisen. Die in diesem Beitrag gezogene Untergrenze von 500 Beschäftigten für die Großbetriebe enthält also keine verbindliche Entscheidung über die Abgrenzung dieser Kategorie, sondern wurde aus praktischen Erwägungen gewählt.

²⁾ Dabei ist – wie im ganzen Artikel – von dem sogenannten Bauhauptgewerbe und dessen Kleinbetrieben abgesehen, da dieses Gewerbe von einer besonderen Statistik erfaßt wird. Siehe hierzu Hamburg in Zahlen, 1962, März- und April-Heft.

³⁾ Näheres hierüber siehe in Statistik des Hamburgischen Staates, Heft 55.

⁴⁾ Vgl. hierzu K. Werner, Die Industriestatistik der Bundesrepublik Deutschland, Duncker & Humblot, Berlin, S. 45 ff.

Kleingewerbe und den Kleinbetrieben der Industrie gelingt bei der Durchführung der Erhebungen nicht immer, da die Kriterien für eine einwandfreie Zuordnung problematisch und in der Praxis nicht mit gebührender Genauigkeit festzustellen sind. Es bleibt daher häufig keine andere Wahl, als sich nach der Selbsteinschätzung der Betriebe zu richten. Der Industriebericht für Kleinbetriebe enthält eine entsprechende Frage, mit der die Betriebe gebeten werden, soweit sie keinem Verband oder keiner Innung angehören, anzugeben, ob sie ihren Betrieb zur Industrie oder zum Handwerk rechnen. Werden beide Fragen verneint, wird der Betrieb als Betrieb des Kleingewerbes gewertet.

Alles in allem ist damit zu rechnen, daß in den nachfolgend beschriebenen Ergebnissen des Industrieberichts für Kleinbetriebe zum Teil auch Arbeitsstätten enthalten sind, die eigentlich dem produzierenden Kleingewerbe zuzurechnen wären. Auf der anderen Seite werden zur Industrie gehörende Betriebe des „Handwerks“ und des „Kleingewerbes“ fehlen. Fehlen werden auch die Betriebe, von deren Existenz das erhebende Statistische Landesamt nichts erfahren hat, da eine entsprechende Nachricht (Gewerbeanmeldung) nicht vorliegt. Die etwas unbefriedigende Erfassung der industriellen Kleinbetriebe wird jedoch meist nicht als störend empfunden, da den Kleinbetrieben im Rahmen der Industrie produktions- und umsatzmäßig ein nur geringes Gewicht beizumessen ist. Außerdem dient die jährliche Statistik der industriellen Kleinbetriebe vor allem dazu, die in den Kreis der monatlich meldepflichtigen Betriebe hineingewachsenen Kleinbetriebe zu ermitteln. Unter diesen Umständen mag es verständlich sein, daß man allgemein mit den Ergebnissen des monatlichen Industrieberichts die „Industrie“ und ihre Entwicklung darstellt. Nachstehend sollen nun auch einmal die industriellen Kleinbetriebe behandelt werden, da die Öffentlichkeit diesen Bereich so gut wie gar nicht kennt und die Zahl der zugehörigen Betriebe in Hamburg nicht ganz unbedeutend ist.

Umfang und Struktur der hamburgischen Kleinindustrie

Kleinbetriebe gibt es in nahezu allen Sparten der hamburgischen Industrie. Selbst in so überwiegend großbetrieblich organisierten Industriezweigen wie der Mineralölindustrie, der Verarbeitung von Kautschuk und der Tabakindustrie erscheinen Kleinbetriebe. Im Schiffbau fehlen sie fast ganz.

Zunächst treten die Kleinbetriebe mit einer gewissen Bedeutung in solchen Industriezweigen auf, deren Betriebe sich über die verschiedenen Größenklassen breit verteilen. In dieser Gruppe findet man vor allem die Industrie der Steine und Erden, den Maschinenbau, die Elektrotechnische Industrie, die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie und die Bekleidungsindustrie; weiterhin gehören hierher die Holzverarbeitung, die Papierverarbeitung, die Textilindustrie, die Süßwarenindustrie und die Fischverarbeitung. Die Zahl der Kleinbetriebe schwankte in dieser Gruppe von Industrien im September 1961 je nach Umfang der Industriezweige zwischen 58 (Bekleidungsindustrie) und 22 (Fischindustrie). Von den insgesamt 1037 Betrieben dieser Gruppe waren 350 Kleinbetriebe. Allein der Stahlbau, der seiner Größenordnung und seinen sonstigen Besetzungsverhältnissen nach in

dieser Gruppe noch zu erwarten wäre, fehlt; von seinen 61 Betrieben zählten im September 1961 lediglich 6 zu den Kleinbetrieben.

In einer zweiten Gruppe von Industriezweigen, welche die Kunststoffverarbeitung, die Nahrungsmittelindustrie, die Obst- und Gemüseverarbeitung, die Hersteller von Mineralwasser und die Essigindustrie umfaßt, wird die Hauptzahl der vorhandenen Betriebe durch Kleinbetriebe gestellt. Im September 1961 lag die Zahl der Kleinbetriebe je Industriezweig zwischen 34 (Kunststoffverarbeitung) und 22 (Nahrungsmittelindustrie) bei Gesamtzahlen zwischen 66 und 33 Betrieben. Insgesamt waren in dieser Gruppe von 218 Betrieben 140 Kleinbetriebe (64 %).

Die Hauptmasse der Kleinbetriebe konzentriert sich zahlenmäßig und anteilig in Hamburg auf 4 Industriezweige, die im September 1961 bei insgesamt 1097 Betrieben 697 Kleinbetriebe (64 %) auswiesen; etwas mehr als die Hälfte (53,0 %) aller Kleinbetriebe insgesamt gehören hierher. Der absoluten Zahl nach an der Spitze dieser Gruppe standen die Druckereien mit 210 Kleinbetrieben unter 408 Betrieben insgesamt. Ihnen folgte die Chemische Industrie mit 179 Kleinbetrieben bei 324 Betrieben insgesamt. Die Hersteller von Spirituosen hatten ebenfalls 179 Kleinbetriebe bei einer Gesamtzahl von 204 Betrieben. In dem letzten Industriezweig dieser Gruppe, bei den Kaffeeröstern, waren 129 von 161 Betrieben Kleinbetriebe. Die Zahl der größeren Betriebe war in den beiden letzten Industriezweigen relativ gering, während sie bei der Chemischen Industrie und den Druckereien ebenfalls hoch war.

Die außerhalb dieser drei Gruppen von Industrien stehenden 126 Kleinbetriebe gehörten zu einer ganzen Reihe von Industriezweigen mit zumeist geringem Umfang (Zahl der Betriebe insgesamt: 481). Keine Kleinbetriebe bestanden bei einigen wenigen, zumeist unbedeutenden Industriezweigen: Erdöl-gewinnung, Eisen- und Stahlguß, Luftfahrzeugbau, Stärkeverarbeitung, Backwarenindustrie, Talgverarbeitung, Brauereien.

Unter den 1313 Kleinbetrieben der hamburgischen Industrie findet man 174 Einmannbetriebe (13,3 %). Ein gewisses Gewicht haben diese Kleinstbetriebe lediglich in den vier auch sonst am stärksten mit Kleinbetrieben besetzten Industriezweigen: Chemische Industrie (29 Einmannbetriebe), Druckereien (28), Kaffeeröster (31) und Hersteller von Spirituosen (46). In allen übrigen Industriezweigen geht die Zahl der Einmannbetriebe selten über ein oder zwei Betriebe hinaus; Papierverarbeitung (5), Bekleidungsindustrie (4), Hersteller von Mineralwasser (4) und Textilindustrie (3) lagen im September 1961 etwas darüber. In einer ganzen Reihe von Industriezweigen fehlten Einmannbetriebe überhaupt.

Die verbleibenden 86,7 % Kleinbetriebe verteilten sich mit 557 Betrieben (42,4 %) mit 2-4 Beschäftigten und 582 Betrieben (44,3 %) mit 5-9 Beschäftigten ziemlich gleichmäßig auf diese beiden Größenklassen. Das gilt auch für eine ganze Reihe von Industriezweigen im einzelnen. Stärkere Unterschiede in der Besetzung der beiden Klassen finden sich bei den Druckereien, bei denen 69 mit 2-4 Beschäftigten einer Zahl von 113 Betrieben mit 5-9 Beschäftigten gegenüberstanden. Bei den Kaffeeröstern lauteten die Zahlen 60 zu 38, bei den Herstellern von Spirituosen 82 zu 51.

Tab. 2

Betriebe der hamburgischen Industrie nach Betriebsgrößenklassen¹⁾

Stand: September 1961
Örtliche Einheiten

Hauptbeteiligte Industriegruppen/-zweige	Betriebe						
	Anzahl			Anteil in %			
	insgesamt	davon Betriebe mit ... Beschäftigten			Betriebe mit ... Beschäftigten		
		1—9	10—199	200 und mehr	1—9	10—199	200 und mehr
1	2	3	4	5	6	7	
Mineralölverarbeitung	25	3	11	11	12,0	44,0	44,0
Industrie der Steine und Erden ..	109	45	63	1	41,3	57,8	0,9
Stahlbau	61	6	44	11	9,8	72,1	18,1
Maschinenbau	210	45	137	28	21,4	65,2	13,4
Schiffbau	39	2	26	11	5,1	66,7	28,2
Elektrotechnische Industrie	117	25	65	27	21,4	55,6	23,0
Eisen-, Blech- und Metallwaren- industrie	109	34	63	12	31,2	57,8	11,0
Chemische Industrie	324	179	125	20	55,2	38,6	6,2
Holzverarbeitende Industrie ...	70	30	39	1	42,9	55,7	1,4
Papier u. Pappe verarbeitende Industrie	76	26	43	7	34,2	56,6	9,2
Druckerei- u. Vervielfältigungs- industrie	408	210	188	10	51,5	46,1	2,4
Kunststoffverarbeitende Industrie	66	34	29	3	51,5	43,9	4,6
Kautschuk und Asbest verarbei- tende Industrie	31	12	10	9	38,7	32,3	29,0
Textilindustrie	76	36	36	4	47,4	47,4	5,2
Bekleidungsindustrie	151	58	88	5	38,4	58,3	3,3
Nährmittelindustrie	34	22	11	1	64,7	32,4	2,9
Obst u. Gemüse verarbeitende Industrie	37	25	12	—	67,6	32,4	—
Süßwarenindustrie	69	29	34	6	42,0	49,2	8,8
Fischverarbeitende Industrie ...	50	22	23	5	44,0	46,0	10,0
Kaffeemittel, Kaffee und Tee verarbeitende Industrie	161	129	30	2	80,1	18,6	1,3
Alkoholbrennereien, Spiritus- reinigungsanstalten und Spirituosenindustrie	204	179	24	1	87,7	11,8	0,5
Mineralbrunnen-, Mineralwasser- und Limonadenindustrie	48	34	14	—	70,8	29,2	—
Essig-, Senf-, Essenzen- und Gewürzindustrie	33	25	7	1	75,8	21,2	3,0
Tabakverarbeitende Industrie ..	13	3	5	5	23,0	38,5	38,5
Übrige Industrie mit Kleinbetrieben	311	100	178	33	32,2	57,2	10,6
Industrie ohne Kleinbetriebe ...	40	—	28	12	—	70,0	30,0
Industrie insgesamt	2 872	1 313	1 333	226	45,7	46,4	7,9

¹⁾ Größenklassen stark zusammengefaßt.

Der Industriebericht für Kleinbetriebe enthält — wie bereits oben gesagt wurde — auch eine Frage nach der Produktion des Betriebes. Angegeben werden sollen die im Vierteljahr vom Juli bis September 1961 hergestellten Erzeugnisse (ohne Mengen- oder Wert-angabe) mit ihrer handelsüblichen Bezeichnung, bei mehreren Erzeugnissen soll das Haupterzeugnis hervorgehoben werden. Ausgeführte Reparatur- und Montagearbeiten sollen ihrer Art nach genannt werden.

Aufgabe dieser gem. § 5 des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 erhobenen Angaben ist es, eine richtige Zuordnung der Betriebe zu dem für sie in Betracht kommenden Industriezweig zu gewährleisten. Darüber hinaus lassen es diese Angaben zu, die Tätigkeit dieser Betriebe näher zu untersuchen. Dies ist allerdings zum Teil nur verhältnismäßig grob möglich, da die Bezeichnungen der hergestellten Erzeugnisse manchmal recht vage sind.

Sieht man einmal von den Kaffeeröstern und den Herstellern von Spirituosen ab, die eine der Gattung

nach ziemlich einheitliche Produktion aufweisen, so findet man in den übrigen Industriezweigen zumeist ein von Betrieb zu Betrieb stark wechselndes Programm, was insgesamt zu einem sehr umfangreichen Katalog von Erzeugnissen führt; die in diesen Kleinbetrieben produziert werden. Groß ist der Anteil von Spezialisten unter diesen Betrieben. Vielfach ist der Grad der Spezialisierung sogar recht weit getrieben; es wird nicht nur allein eine bestimmte Güterart hergestellt, sondern nur eine bestimmte Ausführung von ihr.

Von den Kleinbetrieben der Chemischen Industrie ist ein großer Teil in der Pharmazeutik tätig (etwa 50 von 179 Betrieben). 27 stellen Lacke und Farben, Beizen und Polituren her, eine kleinere Gruppe kosmetische Erzeugnisse, eine andere Seifen, Handwasch- und sonstige Reinigungsmittel. Zu den von den Kleinbetrieben der Chemischen Industrie hergestellten Produkten zählen außerdem: Schädlingsbekämpfungsmittel, Bautenschutzmittel, Textilhilfsmittel, Konservierungsmittel, Klebstoffe usw.

Die Masse der kleinen Druckereien und Vervielfälti-

Tab. 3

Kleinbetriebe der hamburgischen Industrie nach Betriebsgrößenklassen

Stand: September 1961

Örtliche Einheiten

Hauptbeteiligte Industriegruppen/-zweige	Betriebe						
	Anzahl				Anteil in %		
	insgesamt	davon Betriebe mit ... Beschäftigten			Betriebe mit ... Beschäftigten		
		1	2-4	5-9	1	2-4	5-9
1	2	3	4	5	6	7	
Industrie der Steine und Erden ..	45	—	22	23	—	48,9	51,1
Maschinenbau	45	2	20	23	4,5	44,4	51,1
Elektrotechnische Industrie	25	2	9	14	8,0	36,0	56,0
Eisen-, Blech- und Metallwaren- industrie	34	2	15	17	5,9	44,1	50,0
Chemische Industrie	179	29	72	78	16,2	40,2	43,6
Holzverarbeitende Industrie	30	—	12	18	—	40,0	60,0
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	26	5	13	8	19,2	50,0	30,8
Druckerei- u. Vervielfältigungs- industrie	210	28	69	113	13,3	32,9	53,8
Kautschuk und Asbest verarbei- tende Industrie.. ..	12	—	6	6	—	50,0	50,0
Textilindustrie	36	3	14	19	8,3	38,9	52,8
Bekleidungsindustrie	58	4	28	26	6,9	48,3	44,8
Nährmittelindustrie	22	2	11	9	9,1	50,0	40,9
Obst u. Gemüse verarbeitende Industrie	25	3	10	12	12,0	40,0	48,0
Kaffeemittel, Kaffee und Tee verarbeitende Industrie	129	31	60	38	24,0	46,5	29,5
Alkoholbrennereien, Spiritus- reinigungsanstalten und Spirituosenindustrie	179	46	82	51	25,7	45,8	28,5
Mineralbrunnen-, Mineralwasser- und Limonadenindustrie	34	4	14	16	11,7	41,2	47,1
22 Industriezweige ohne Einmannbetriebe	91	—	41	50	—	45,1	54,9
Übrige Industriezweige	133	13	59	61	9,8	44,4	45,8
Insgesamt	1 313	174	557	582	13,3	42,4	44,3

gungsbetriebe befaßt sich mit der Herstellung von Drucksachen, Formularen u. dgl. Kleinere Gruppen fertigen Lichtpausen, Fotokopien und Fotodrucke an, andere Klischees oder Stempel. Eine ganze Reihe von Betrieben führt Spezialarbeiten aus, die hier nicht alle erwähnt werden können. Etliche dieser Arbeiten werden jeweils von nur einem einzigen Betrieb vorgenommen.

Hauptprodukte der kleinen Holzverarbeiter sind Kisten, Leisten, Bilderrahmen. Bei den Kleinbetrieben der Papierverarbeitung sind es Lampenschirme und Kartonagen, bei den Kunststoffverarbeitern Artikel des täglichen Bedarfs, Plastikbeutel und Schutzhüllen, technische Artikel.

Die Kleinbetriebe der Fischverarbeitung stellen insbesondere Räucherfische her, die der Nahrungsmittelindustrie Backmittel, die der Obst- und Gemüseverarbeiter vorwiegend Frucht- und Gemüsesäfte, die der Süßwarenindustrie in erster Linie Zuckerwaren, Schokoladenerzeugnisse, daneben auch Dauerbackwaren und Kunsthonig.

Der Maschinenbau und die Elektrotechnische Industrie sind nahezu die einzigen Industriezweige, bei denen die Kleinbetriebe in größerer Zahl Reparatur- und Montagebetriebe sind. Im übrigen bieten beide Industriezweige und mit ihnen auch die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie ein sehr vielschichtiges Bild der verschiedensten Fabrikate mit zum Teil starker Spezialisierung einer Reihe von Kleinbetrieben. Gewisse Schwerpunkte in der Produktion der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie bildeten im übrigen

Stahlblechverarbeitung, Metallwaren, Werkzeuge. Schwerpunkt im Bereich der zum Teil auch spezialisierten Kleinbetriebe der Bekleidungs- und Textilindustrie bildeten Damenoberbekleidung, Berufskleidung bzw. Strickwaren und Säcke.

Erhebungseinheit der Industrieberichterstattung und insbesondere auch des Industrieberichts für Kleinbetriebe ist der Betrieb, das „Werk“, als örtliche Einheit, nicht dagegen die wirtschaftliche Einheit eines ganzen Unternehmens. Unternehmen mit mehreren örtlich getrennten Produktionsbetrieben müssen also für jeden einzelnen Betrieb eine Meldung erstatten. Unter Umständen ist außerdem nicht all das im Industriebericht zu melden, was in einer örtlichen Einheit an Betriebsteilen vorhanden ist, bestimmte Teile sind wegzulassen. Die Industriestatistik ist auf den „Produktionsbetrieb“ aus. Was nicht Fertigung ist oder ihr dient, soll daher nicht im Industriebericht erscheinen. Solche nicht zu berücksichtigenden sogenannten „nichtindustriellen Betriebsteile“ sind vor allem Handelsabteilungen, Redaktions- und Verlagsabteilungen und ähnliche Einrichtungen, wenn sie mit der „Produktionsstätte“ auf einem Grundstück, in einem Gebäudekomplex untergebracht sind.

Die von der Industriestatistik erfaßte Meldeeinheit ist daher unter Umständen kleiner als die gesamte örtliche Einheit, von der sie nur den industriellen Teil darstellt, oder sie ist zwar eine geschlossene örtlich selbständige Einheit, aber ein wirtschaftlich unselbständiger Teil eines größeren Ganzen, des Unternehmens. Diese Zusammenhänge sind auch bei der Be-

trachtung der Kleinbetriebe in der Industrie zu beachten. Ein Teil dieser Betriebe ist größer, als er in dem Industriebericht für Kleinbetriebe erscheint, da auch etwa Handelsabteilungen oder dgl. zu ihm gehören. Ein anderer Teil ist, da er nur den örtlich ausgegliederten Teil eines größeren Unternehmens darstellt, in seiner wirtschaftlichen Situation anders zu beurteilen als ein gleich großer, aber wirtschaftlich auf sich allein gestellter Betrieb.

Es ist nicht möglich, die Kleinbetriebe der hamburgischen Industrie nach diesen Gesichtspunkten zu unterscheiden. Aus den zur Verfügung stehenden Unterlagen sind die Verhältnisse nicht für alle Betriebe bekannt.

Relativ sichere Angaben liegen darüber vor, wie weit Kleinbetriebe Teile von Mehrbetriebsunternehmen der Industrie sind. Dies galt im September 1961 von insgesamt 76 Betrieben (5,8 % aller Kleinbetriebe). Darunter waren vor allem 18 Betriebe aus der Industrie der Steine und Erden, zumeist Hauptverwaltungen von Kieswerken. Mehrere solcher Kleinbetriebe als Teilbetriebe gab es noch im Maschinenbau, in der Elektrotechnischen Industrie, in der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, in der Chemischen Industrie, im Druck- und Vervielfältigungsgewerbe und bei der Verarbeitung von Kunststoffen.

Wenig zuverlässig sind dagegen die Angaben zu der in diesem Zusammenhang wichtigen Frage des Industrieberichts für Kleinbetriebe, ob nämlich neben der Produktion noch Einzelhandel oder Großhandel be-

trieben wird. Soweit die Frage bejaht worden ist, ist nicht immer sicher, ob sie nicht mißverstanden und der Absatz der eigenen Produkte als „Handel“ angegeben wurde. In vielen Fällen hatten die Betriebe diese Frage überhaupt nicht beachtet. Für die Mehrzahl der Kleinbetriebe der Chemischen Industrie, der Druckereien, der Kaffeeröster und der Hersteller von Spirituosen läßt sich mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit vermuten, daß in ihnen auch eine Handelstätigkeit ausgeübt wird. Welchen Umfang und welchen Charakter diese Tätigkeit besitzt und ob sie die Produktionstätigkeit überwiegt, läßt sich den vorhandenen Unterlagen nicht entnehmen.

Entwicklung seit 1953

Ein hervorstechendes Merkmal für den Bereich der industriellen Kleinbetriebe ist die starke Fluktuation, insbesondere bei den Einmannbetrieben. Es werden ständig neue Betriebe gegründet, bestehende werden geschlossen. Eine Reihe von Betrieben steigt in den Kreis der monatlich berichtenden Betriebe (mit 10 und mehr Beschäftigten) auf, eine andere Zahl wechselt von dorthin in den Kreis der Kleinbetriebe über. Betriebe, die Produktion und Handel miteinander kombiniert hatten, beschränken sich auf den Handel, Handelsbetriebe nehmen eine Produktion auf.

Alle diese Linien überschneiden sich in ständigem Wechsel. Eine allgemein gültige feste Tendenz läßt sich aus dem Zahlenbild für mehrere Jahre kaum ab-

Tab. 4

Kleinbetriebe der hamburgischen Industrie (Betriebe mit 1—9 Beschäftigten)

Örtliche Einheiten

Hauptbeteiligte Industriegruppen/-zweige	September	September	September	September	Veränderungen			
	1953	1958	1960	1961	1961 gegenüber 1953		1961 gegenüber 1960	
	Betriebe				absolut	in %	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
Industrie der Steine und Erden ..	49	35	46	45	- 4	- 8,2	- 1	- 2,2
Maschinenbau	36	40	41	45	+ 9	+ 25,0	+ 4	+ 9,8
Elektrotechnische Industrie	33	24	21	25	- 8	- 24,2	+ 4	+ 19,0
Eisen-, Blech- und Metallwaren- industrie	45	43	33	34	- 11	- 24,4	+ 1	+ 3,0
Chemische Industrie	117	156	182	179	+ 62	+ 53,0	- 3	- 1,6
Holzverarbeitende Industrie ...	60	49	30	30	- 30	- 50,0	-	-
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	35	30	29	26	- 9	- 25,7	- 3	- 10,3
Druckerei- u. Vervielfältigungs- Industrie	213	215	202	210	- 3	- 1,4	+ 8	+ 4,0
Kunststoffverarbeitende Industrie	14	34	42	34	+ 20	+ 142,9	- 8	- 19,0
Textilindustrie	34	39	38	36	+ 2	+ 5,9	- 2	- 5,3
Bekleidungsindustrie	54	67	58	58	+ 4	+ 7,4	-	-
Nährmittelinindustrie	25	24	23	22	- 3	- 12,0	- 1	- 4,3
Obst u. Gemüse verarbeitende Industrie	24	25	25	25	+ 1	+ 4,2	-	-
Süßwarenindustrie	44	40	33	29	- 15	- 34,1	- 4	- 12,1
Fischverarbeitende Industrie ...	35	28	25	22	- 13	- 37,1	- 3	- 12,0
Kaffeemittel, Kaffee und Tee verarbeitende Industrie	56	157	138	129	+ 73	+ 130,4	- 9	- 6,5
Alkoholbrennereien, Spiritus- reinigungsanstalten und Spirituosenindustrie	114	198	188	179	+ 65	+ 57,0	- 9	- 4,8
Mineralbrunnen-, Mineralwasser- und Limonadenindustrie	36	41	37	34	- 2	- 5,6	- 3	- 8,1
Essig-, Senf-, Essenzen- und Gewürzindustrie	30	33	30	25	- 5	- 16,7	- 5	- 16,7
Übrige Industrie	220	140	136	126	- 94	- 42,7	- 10	- 7,4
Kleinbetriebe der Industrie insgesamt	1 274	1 418	1 357	1 313	+ 39	+ 3,1	- 44	- 3,2

lesen. Die Zahl der industriellen Kleinbetriebe war im September 1961 mit 1313 Betrieben etwas höher als im September 1953 (1274), lag jedoch um mehr als hundert Betriebe unter der des Jahres 1958, die mit 1418 Betrieben einen Gipfel bildet, und um 44 unter der Zahl vom September 1960.

Geht man der Entwicklung im einzelnen nach, so zeigt sich, daß in einigen Industriezweigen die Zahl der Kleinbetriebe ständig geringer wurde. Am krassen tritt dies bei der Holzverarbeitung hervor, deren Bestand an Kleinbetrieben sich seit September 1953 halbierte. Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, Süßwarenindustrie und Fischverarbeitung büßten in der gleichen Zeit je ein Viertel bzw. Drittel ihrer Kleinbetriebe ein. Dem stand ein beträchtlicher Zuwachs bei den Kleinbetrieben der Chemischen Industrie, den Kaffeeröstern, den Herstellern von Spirituosen und der Kunststoffverarbeitenden Industrie gegenüber, obwohl bei allen diesen Industriezweigen die Zahl der Kleinbetriebe von 1960 auf 1961 bzw. zum Teil schon seit 1958 wieder abbröckelte.

Eine Verringerung der Zahl der Betriebe von 1960 auf 1961 war in nahezu allen Bereichen zu beobachten. Dabei hielten sich Geschäftsaufgaben, Geschäftsverlegungen, die Beschränkung auf Handelstätigkeit und das Hinüberwecheln in den Kreis der Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten als Gründe für den Rückgang insgesamt nahezu die Waage.

Während sich in Hamburg die Zahl der Kleinbetriebe von 1953 bis 1958 um 144 auf 1418 (+ 11 %) erhöhte und in den folgenden Jahren diesen Stand zwar nicht behauptete, aber doch weiterhin höher lag als 1953, war im gesamten Bundesgebiet seit 1953 ein ständiger Rückgang festzustellen. Das Jahr 1958 wies mit 40 339 Kleinbetrieben um 1207 Betriebe (3 %) weniger auf als das Jahr 1953, bis 1960 – dem letzten Jahr mit Angaben für das Bundesgebiet – weitete sich dieser Rückgang um 131 auf 1338 Betriebe aus.

Hatte sich in Hamburg die Zahl der Einmannbetriebe von 1953 bis 1960 verringert – um 43 von 209 auf 166 – und die Zahl der Betriebe mit 2–4 bzw. 5–9 Beschäftigten erhöht – um insgesamt 126 von 1065 auf

Tab. 5

**Kleinbetriebe der Industrie
in Hamburg und im Bundesgebiet¹⁾**
(Betriebe mit 1–9 Beschäftigten)
Örtliche Einheiten

Zeit	Betriebe	
	Hamburg	Bundesgebiet ¹⁾
September 1953	1 274	41 546
September 1958	1 418	40 339
September 1960	1 357	40 208
Veränderungen		
1958 gegenüber 1953		
absolut	+ 144	— 1 207
in %	+ 11,3	— 2,9
1960 gegenüber 1958		
absolut	— 61	— 131
in %	— 4,3	— 0,3
1960 gegenüber 1953		
absolut	+ 83	— 1 338
in %	+ 6,5	— 3,2

¹⁾ Ohne Saarland, ohne Westberlin.

1191 –, so war es im Bundesgebiet gerade umgekehrt, die Zahl der Einmannbetriebe stieg und die der übrigen Kleinbetriebe verringerte sich. Im Jahre 1960 bestanden im Bundesgebiet 9530 Einmannbetriebe = 2562 mehr als im Jahre 1953; und 34 651 anderen Kleinbetrieben des Jahres 1953 standen 1960 30 678 gegenüber = 3973 weniger.

Wieweit bei dieser unterschiedlichen Entwicklung in Hamburg und im Bund Stilllegungen, Verlagerungen der Tätigkeit auf andere Funktionen oder der Aufstieg dieser Betriebe in Größenklassen mit mehr als 10 Beschäftigten im Spiele waren, kann mangels entsprechender Unterlagen nicht gesagt werden. Insgesamt dürften aber auch diese Zahlen der Saldo einer beträchtlichen Fluktuation in verschiedenen Richtungen sein.

Willi Lellau

Der Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure seit dem Jahre 1955

Die allgemeine Entwicklung

Die Statistik über den Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure wurde im Jahre 1955 in das Arbeitsprogramm aufgenommen. Sie wird aus den Unterlagen der Außenhandelsstatistik des Bundes entwickelt, die auf Grund des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I, S. 1314) und des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs vom 1.5.1957 (BGBl. I, S. 413)¹⁾ erhoben werden. Die Statistik erfaßt den Teil der Einfuhren und Ausfuhren des Bundesgebietes, der durch hamburgische Im- und Exporteure getätigt wird. Wer hamburgischer Im- oder Exporteur ist, ergibt sich aus den Angaben über die Anschrift in den von den Ein- bzw. Ausfuhrern auszufertigenden und bei der Abfertigung der Ware vorzulegenden Ein- und Ausfuhrmeldungen, die dann von der Statistik ausgewertet werden. Für die Ausstellung dieser Meldungen gilt als Ein- oder Ausfuhrer, wer im Erhebungsgebiet seinen Sitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat und als Vertragspartner einer Person mit Sitz oder gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb des Erhebungsgebietes Waren ein- oder ausführt. Wer im Rahmen dieser Bestimmungen als Ein- und Ausfuhrer auftreten kann, bleibt offen, es können daher ebensogut Einzelpersonen sein wie Unternehmen, Zweigniederlassungen von Unternehmen oder sonstige Teile von Unternehmen (Handelsabteilungen usw.). Als Meldungen hamburgischer Im- oder Exporteure gelten diejenigen, auf denen als Wohnort des anmeldenden Ein- oder Ausfuhrers Hamburg angegeben ist. Gleichgültig ist dabei, wo die angemeldete Ware über die Grenze des Bundesgebietes geht, ob über den Hamburger Hafen oder über andere Grenzstellen. Bemerkt sei noch, daß die Erhebung über den Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure sich nicht auf den sogenannten, in der Regel in den statistischen Veröffentlichungen dargestellten Spezialhandel – das sind die unmittelbaren Einfuhren einschließlich der Einfuhren aus Lager und die unmittelbaren Ausfuhren – beschränkt, sondern den Generalhandel – das sind die unmittelbaren Einfuhren zuzüglich der Einfuhren auf Lager und die unmittelbaren

Ausfuhren zuzüglich der Ausfuhren aus Lager – umfaßt, worauf bei dem Vergleich mit anderen Veröffentlichungen über den Außenhandel zu achten ist. Der Außenhandel der in Hamburg tätigen Handels- und Industriefirmen hat für Hamburg eine große Bedeutung und bestimmt in hohem Maße den Verkehr über den Hamburger Hafen. Die besondere Erfassung ermöglicht einen Vergleich mit dem Außenhandel der Bundesrepublik insgesamt und vermag Aufschluß darüber zu geben, ob die Hamburger Wirtschaft gleichmäßig an der allgemeinen Entwicklung partizipiert oder nicht.

Die seit 1955 vorliegenden Zahlen über den Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure lassen deutlich erkennen, daß das Schwergewicht des Außenhandels der hamburgischen Wirtschaft beim Verkehr mit den überseeischen Staaten liegt, der Außenhandel der Bundesrepublik insgesamt vorwiegend europaorientiert ist. Damit ist zugleich die besondere Lage des hamburgischen Außenhandels gekennzeichnet; denn während der Außenhandel im europäischen Raum durch die Harmonisierungsbestrebungen und durch die Konvertierbarkeit der bedeutenden europäischen Währungen ab 29. 12. 1958 in den letzten Jahren festere Formen angenommen hat, haben viele überseeische Staaten in Südamerika, im Fernen, Nahen und Mittleren Osten noch nicht den gleichen Grad der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht. Die Intensivierung des Außenhandels mit diesen Gebieten blieb daher in den Jahren 1955 bis 1961 im Durchschnitt noch erheblich zurück, wobei auch Fragen des Exportsortiments eine Rolle spielen mögen.

Tabelle 1 läßt erkennen, daß der Außenhandel der Bundesrepublik sich seit 1955 wertmäßig fast verdoppelte, während der Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure bei weitem nicht die gleiche Expansion erreichte (+ 50 %), im Jahre 1958 sogar einen Rückschlag hinnehmen mußte und im Jahre 1961 keinen nennenswerten Fortschritt gegenüber dem Vorjahr verzeichnete.

¹⁾ Zu diesem Gesetz ist eine neue Durchführungsverordnung am 2. April 1962 (BGBl. I, S. 206) erlassen worden.

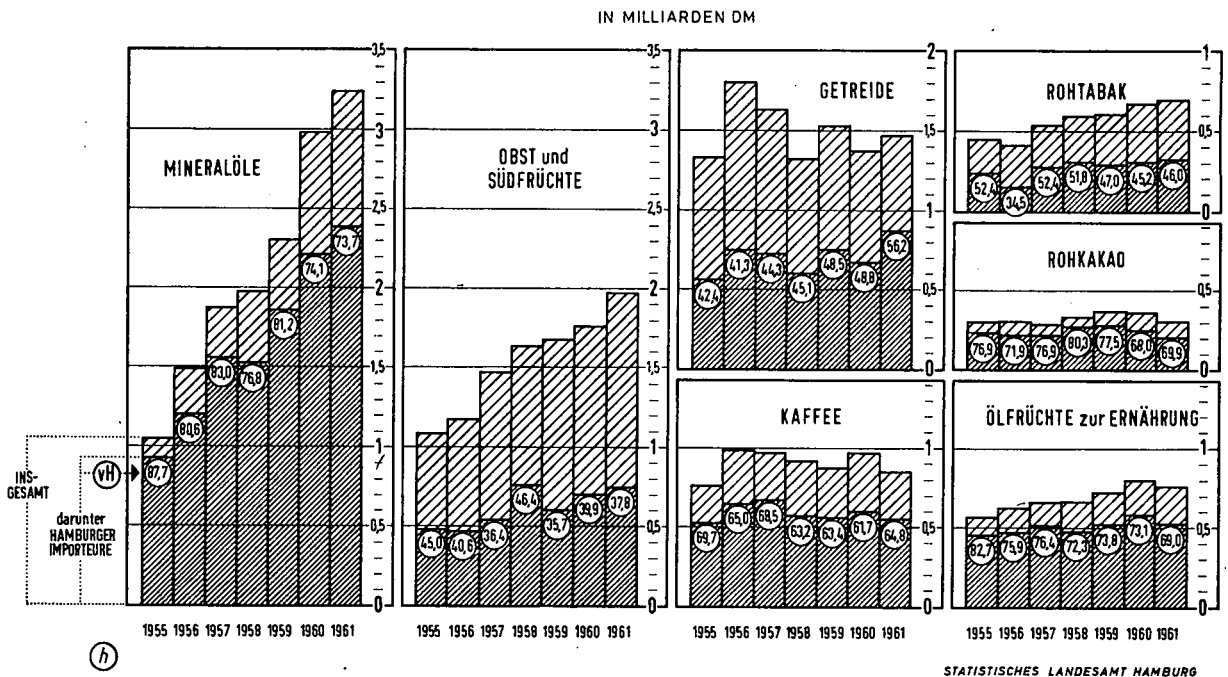
Tab. 1
Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland insgesamt und der Anteil der hamburgischen Im- und Exporteure in den Jahren 1955 bis 1961

Jahre	Ein- und Ausfuhren der Bundesrepublik				darunter Ein- und Ausfuhren hamburgischer Im- und Exporteure				Anteil der hamb. Im- und Exporteure am Außenhandel des Bundes in %
	in Mio DM	Zunahme gegenüber dem Vorjahr		Index 1955 = 100	Mio DM	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr		Index 1955 = 100	
		in Mio DM	in %			in Mio DM	in %		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1955	50 997			100	10 541			100	20,7
1956	59 793	8 796	17,2	117,2	11 896	+ 1 355	+ 12,9	112,9	19,9
1957	68 742	8 949	15,0	134,8	13 467	+ 1 571	+ 13,2	127,8	19,6
1958	69 625	883	1,3	136,5	12 946	- 521	- 3,9	122,8	18,6
1959 ¹⁾	78 841	9 216	13,2	154,6	14 369	+ 1 423	+ 11,0	136,3	18,2
1960	92 927	14 086	17,9	182,2	15 885	+ 1 516	+ 10,6	150,7	17,1
1961	97 609	4 682	5,0	191,4	15 887	+ 2	+ 0,0	150,7	16,3

¹⁾ Ab 6. Juli 1959 einschließlich Saarland.

Schaubild 1

Einige von hamburgischen Importeuren eingeführte Waren und deren Anteil an der Bundeseinfuhr



Die Gliederung nach Warengruppen

Am Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure hat die Einfuhr einen überragenden Anteil; in den Jahren seit 1955 war sie fast dreimal so hoch wie die Ausfuhr. Seit dieser Zeit hat sich die Einfuhr etwas abgeschwächt, da die Ausfuhr wertmäßig stärker gestiegen ist (62,5 % Zunahme von 1955 auf 1961 gegenüber 46,7 % Zunahme der Einfuhr). Im gesamten Außenhandel der Bundesrepublik waren die Einfuhren geringer als die Ausfuhren; 1955 betrug der Anteil der Einfuhren 49 % und ging bis 46,8 % im Jahre 1961 zurück. Beim Außenhandel der Bundesrepublik blieb die wertmäßige Steigerung der Einfuhren (82,6 % Zunahme von 1955 bis 1961) gleichfalls hinter der der Ausfuhren (99,9 % Zunahme) zurück. Die Zuwachsraten sowohl bei den Einfuhren als auch bei den Ausfuhren der Bundesrepublik waren aber bedeutend höher als beim Außenhandel der hamburgischen Wirtschaft. Gleichzeitig mit dieser Entwicklung der Ein- und Ausfuhr der hamburgischen Wirtschaft im Verhältnis zum Außenhandel des Bundes insgesamt ist eine Strukturverschiebung innerhalb der Einfuhr und der Ausfuhr in Hamburg eingetreten.

In der Einfuhr der hamburgischen Importeure von 1955 bis 1961 hat sich – wertmäßig betrachtet – die Bedeutung von den Waren der Ernährungswirtschaft stärker auf die Waren der gewerblichen Wirtschaft verlagert; einem Anteil der Waren der Ernährungswirtschaft am Gesamteinfuhrwert von fast 50 % im Jahre 1955 steht ein solcher von 44,5 % im Jahre 1961 gegenüber. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß innerhalb dieser Gruppe von Waren, und zwar bei den mengenmäßig stark ins Gewicht fallenden Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs, wie z. B. Getreide, Obst, Rohkakaó, Ölfrüchte, pflanzliche Öle und Fette, die Weltmarktpreise seit 1955 zum Teil erhebliche Senkungen erfahren haben. Das gleiche

trifft für die wichtigeren Genußmittel, wie Kaffee, Tee und Rohkakaó, zu. Der Rückgang der Einfuhranteile ist daher relativ; denn er geht nicht mit dem entsprechenden Rückgang der Warenmengen einher, die im Gegenteil eine steigende Tendenz aufwiesen. Bei den Waren der gewerblichen Wirtschaft, deren Anteil an dem Gesamteinfuhrwert der hamburgischen Wirtschaft sich von 1955 bis 1961 von knapp 51 % auf etwas mehr als 55 % erhöht hat, haben sich die Anteile der Einfuhren von Rohstoffen hauptsächlich durch Rückgang von Kohleimporten verringert zugunsten der Einfuhr von Fertigwaren, deren Anteil stark gestiegen ist. Hierbei handelte es sich vorwiegend um Kraft- und Luftfahrzeuge, elektrotechnische Erzeugnisse, Kunststoffe, Papier und Pappe, Maschinen und chemische Erzeugnisse. Trotz des Rückganges der Anteile der Rohstoffeinfuhren sind aber die absoluten Einfuhrwerte entsprechend der allgemeinen Steigerung der Außenhandelsumsätze von 1955 bis 1961 ebenfalls gestiegen (siehe Tabelle 2).

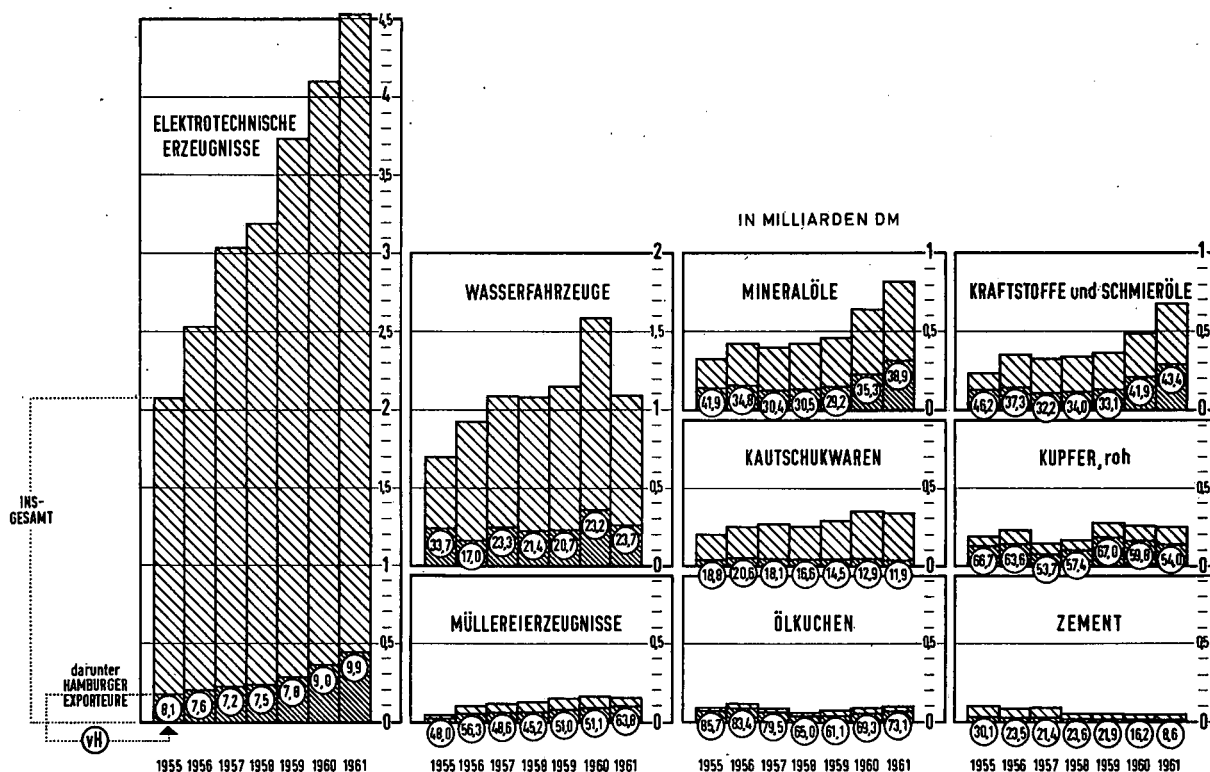
In der Ausfuhr der hamburgischen Wirtschaft zeigte sich eine der Einfuhr ähnliche, jedoch nicht so stark hervortretende Verlagerung, indem hier ebenfalls der Anteil der Waren der Ernährungswirtschaft zugunsten des Anteils der gewerblichen Wirtschaft zurückging. Innerhalb der Gruppe Ernährungswirtschaft nahm die Ausfuhr von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs wertmäßig relativ und absolut stark ab. Die Anteile der Ausfuhren von Nahrungsmitteln und Genußmitteln gingen gleichfalls zurück. Bei den Ausfuhren von Waren der gewerblichen Wirtschaft, deren Anteil von fast 87 % im Jahre 1955 auf etwas mehr als 89 % im Jahre 1961 anstieg, stand einem verhältnismäßig geringen Rückgang des Anteils der Rohstoffe eine Steigerung des Anteils der Halbwaren und im besonderen Maße der Fertigwaren gegenüber. Bei letzteren spielten die Vorerzeugnisse, wie chemische Vorerzeugnisse, Formeisen, Bleche und

Tab. 2
Der Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure in den Jahren 1955, 1960 und 1961 nach Warengruppen

Warengruppen	1955		1960		1961	
	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%
	1	2	3	4	5	6
Einfuhr						
Ernährungswirtschaft	3 885	49,5	5 081	43,9	5 130	44,5
davon Lebende Tiere	42	0,5	79	0,7	59	0,5
Nahrungsmittel tierisch. Ursprungs	580	7,4	877	7,6	889	7,7
Nahrungsmittel pflanzl. Ursprungs	2 436	31,0	3 137	27,1	3 220	27,9
Genußmittel	827	10,6	988	8,5	962	8,4
Gewerbliche Wirtschaft	3 970	50,5	6 487	56,0	6 379	55,4
davon Rohstoffe	2 233	28,4	3 097	26,7	2 919	25,3
Halbwaren	999	12,7	1 588	13,7	1 614	14,0
Fertigwaren	738	9,4	1 802	15,6	1 846	16,1
Ubrige Waren			16	0,1	12	0,1
Insgesamt	7 855	100	11 584	100	11 521	100
Ausfuhr						
Ernährungswirtschaft	356	13,3	417	9,7	465	10,6
davon Lebende Tiere	1	0,1	0	0,0	0	0,0
Nahrungsmittel tierisch. Ursprungs	91	3,4	67	1,5	61	1,4
Nahrungsmittel pflanzl. Ursprungs	229	8,5	295	6,9	351	8,0
Genußmittel	35	1,3	55	1,3	53	1,2
Gewerbliche Wirtschaft	2 330	86,7	3 876	90,1	3 898	89,3
davon Rohstoffe	61	2,3	97	2,2	97	2,2
Halbwaren	457	17,0	657	15,3	755	17,3
Fertigwaren	1 812	67,4	3 122	72,6	3 046	69,8
Ubrige Waren			8	0,2	3	0,1
Insgesamt	2 686	100	4 301	100	4 366	100

Schaubild 2

Einige von hamburgischen Exporteuren ausgeführte Waren und deren Anteil an der Bundesausfuhr - in Hamburg im Rechnungsjahr 1958 -



Kupferhalbzeug, eine gewisse Rolle. Der in der Ausfuhr überragende Anteil entfiel auf die Enderzeugnisse, darunter in erster Linie auf Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse und Eisenwaren. Aber auch die Ausfuhr von Wasser- und Kraftfahrzeugen war für die Hamburger Exporteure von Bedeutung.

Vergleich der Warengliederung im Außenhandel Hamburgs und der Bundesrepublik

Bei den Einfuhren der Bundesrepublik haben sich ähnliche Strukturverschiebungen wie in Hamburg, wenn auch nicht immer im gleichen Umfange, ergeben. Der Anteil der Einfuhren von Waren der Ernährungswirtschaft ging beim Bund — nach Werten betrachtet — von 31,8 % im Jahre 1955 auf 26,8 % im Jahre 1961 zurück. Während innerhalb dieser Gruppe der Anteil der lebenden Tiere im Gegensatz zu Hamburg geringfügig zunahm, lagen die Anteile für die Nahrungs- und Genußmittel im Jahre 1961 ebenso wie in Hamburg unter denen des Jahres 1955. Auch bei den Einfuhren von Waren der gewerblichen Wirtschaft bestand die gleiche Tendenz wie in Hamburg. Ihr Anteil am Gesamtwert der Einfuhren stieg von 68,2 % im Jahre 1955 auf 72,1 % im Jahre 1961. Für die hamburgische Wirtschaft spielte die Einfuhr von Waren der gewerblichen Wirtschaft trotz des etwas stärkeren Anstieges als beim Bund wegen ihrer im Ganzen geringen anteiligen Bedeutung nicht die gleiche Rolle wie im Bund. Aber innerhalb dieser Warengruppe hatte für Hamburg die Rohstoffeinfuhr die größere Bedeutung, obgleich ihr Einfuhranteil stärker als beim Bund sank. Im Bund lag dagegen das Hauptgewicht bei den Einfuhren von Fertigwaren, deren Anteile weit stärker als in Hamburg zunahmen; im Bund verdreifachte sich diese Einfuhr; für Hamburg, das im Jahre 1961 nur 11,5 % des Bundesvolumens aufwies, war es das Zweieinhalbfache.

In der Ausfuhr der Bundesrepublik traten im Gegensatz zu Hamburg keine wesentlichen Strukturverschiebungen auf. Der Anteil der Waren aus der Ernährungswirtschaft, der im Jahre 1955 nach Werten 3,3 % betrug, erfuhr einen leichten Rückgang auf rd. 3 % im Jahre 1961, indem sich der Anteil der Nahrungsmittelausfuhren verringerte; der Anteil der Genußmittel ist dagegen etwas gestiegen. Für Hamburg haben die Ausfuhren von Waren der Ernährungswirtschaft wegen ihres höheren Anteiles an der Gesamtausfuhr eine weit größere Bedeutung als beim Bund. Mit der Verringerung des Anteiles dieser Ausfuhren um fast ein Fünftel, hauptsächlich hervorgerufen durch den Rückgang der Anteile bei den Nahrungsmittelausfuhren, trat in dieser Warengruppe in Hamburg eine vom Bund erheblich abweichende Entwicklung ein. Der Anteil der Waren der gewerblichen Wirtschaft hat sich beim Bund bei einer Steigerung von 96,7 % im Jahre 1955 auf 96,8 % im Jahre 1961 nicht wesentlich geändert; in Hamburg wurde trotz bedeutsamen Anwachsens dieses Anteiles der hohe Stand der Bundesrepublik in dieser Warengruppe bei weitem nicht erreicht. Eine Sonderentwicklung ergab sich für Hamburg in dieser Gruppe insofern, als der Anteil der Ausfuhren von Halbwaren etwas und der der Fertigwaren erheblich zunahm, während der Anteil der Rohstoffausfuhren nur gering zurückging. Dagegen stieg beim Bund ebenfalls bedeutend der Anteil der Fertigwarenausfuhr, aber ganz zu Lasten der

Anteile der Rohstoff- und Halbwarenausfuhr. Damit erreichte die Bundesrepublik im Jahre 1961 eine Fertigwarenausfuhr, die mehr als fünfmal größer war als die Ausfuhr von Rohstoffen und Halbwaren; in Hamburg dagegen war sie nicht ganz viermal so groß.

Seit dem Jahre 1955 sank — wertmäßig betrachtet — der Anteil des Außenhandels der hamburgischen Im- und Exporteure an dem des Bundes von knapp 21 % auf etwas mehr als 16 % im Jahre 1961. In erster Linie betraf dieser Rückgang die hamburgischen Importeure; denn der Anteil der hamburgischen Einfuhren am Bund nahm von 31,4 % im Jahre 1955 auf 25,2 % im Jahre 1961 ab, der der Ausfuhren dagegen von 10,3 % auf 8,4 %.

Sehr stark trat der Rückgang bei dem hamburgischen Anteil der Einfuhren von Waren der Ernährungswirtschaft an den entsprechenden Bundeseinfuhren in Erscheinung, indem er sich von rd. 49 % im Jahre 1955 auf rd. 42 % im Jahre 1961 verringerte. Dies ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß bei hamburgischen Importen die Anteile der Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs und der Genußmittel stärker abnahmen als die entsprechenden Einfuhren beim Bund. Der Anteil der hamburgischen Einfuhren von Waren der gewerblichen Wirtschaft an den gleichen des Bundes fiel von rd. 23 % im Jahre 1955 auf rd. 19 % im Jahre 1961.

Bei den Ausfuhren zeichnete sich die bei den Einfuhren eingetretene Entwicklung noch stärker ab. Der hamburgische Anteil an den Ausfuhren von Waren der Ernährungswirtschaft des Bundes ging von 41,9 % im Jahre 1955 auf 31,7 % im Jahre 1961 zurück. Wesentlich trug hierzu die Verringerung der Ausfuhren von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs bei, deren hamburgischer Anteil an der entsprechenden Bundesausfuhr von rd. 45 % auf rd. 22 % sank. Auch der Rückgang des hamburgischen Anteils an den Bundesausfuhren von Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs von 51,5 % auf 47 % fiel wegen seiner großen Bedeutung in dieser Warengruppe stark ins Gewicht. Der hamburgische Anteil an den Ausfuhren von Waren der gewerblichen Wirtschaft des Bundesgebietes nahm von 9,3 % im Jahre 1955 auf 7,8 % im Jahre 1961 ab. Obgleich in dieser Warengruppe der hamburgische Anteil bei den Ausfuhren von Rohstoffen und Halbwaren 1961 gegenüber dem Bund etwas höher als 1955 war, so glich dieser Anstieg doch nicht den Rückgang des hamburgischen Anteils von 9 % auf 7,1 % bei den Fertigwarenausfuhren des Bundesgebietes aus.

Der Außenhandel der hamburgischen Wirtschaft nach Partnerländern

Aus der Darstellung des Außenhandels nach Herstellungs- und Verbrauchsländern ist zu erkennen, welchen Umfang die Handelsbeziehungen mit den Partnerländern haben. Aus der Tabelle 3 geht hervor, daß in der Einfuhr im Jahre 1961 wertmäßig etwas mehr als zwei Drittel der Einfuhren aus Übersee kämen und darunter die Länder Amerikas mit fast einem Drittel die wichtigsten Partner der hamburgischen Wirtschaft waren. Von diesen Einfuhren aus Amerika wurde fast die Hälfte aus den Vereinigten Staaten von Amerika importiert, denen damit die Hauptbedeutung innerhalb dieser Ländergruppe, noch vor

den Ländern Südamerikas zusammen, zukam. Unter den Überseeländern standen an nächster Stelle mit etwas mehr als einem Fünftel die Länder Asiens, und diesen folgten mit etwas mehr als einem Zehntel die Länder Afrikas. Auf die Einfuhren aus den europäischen Ländern, von denen die EWG-Länder gegenüber den EFTA-Ländern den Vorrang hatten, entfiel knapp ein Drittel.

In der Ausfuhr Hamburgs standen die europäischen Länder mit etwas mehr als der Hälfte der Exporte gegenüber den außereuropäischen Ländern im Vordergrund. Unter den europäischen Ländern nahmen die EFTA-Länder mit Abstand vor den EWG-Ländern die meisten Exporte auf. Unter den Überseeländern hatten die wichtigste Position mit mehr als einem Fünftel der Ausfuhren die amerikanischen Länder inne, von denen die südamerikanischen Länder vor den Vereinigten Staaten den Vorrang hatten. An nächster Stelle standen mit einem Fünftel der Ausfuhren die Länder Asiens; ihnen folgten mit etwas mehr als einem Zwölftel der Ausfuhren die Länder Afrikas.

Tab. 3
Der Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure in den Jahren 1955, 1960 und 1961 nach Erdteilen

Erdteile	1955		1960		1961	
	MioDM	%	MioDM	%	MioDM	%
	1	2	3	4	5	6
Einfuhr						
Europa	2 472	31,5	3 680	31,8	3 773	32,7
davon						
EWG-Länder	809	10,3	1 338	11,6	1 378	11,9
EFTA-Länder	952	12,1	1 329	11,5	1 269	11,0
Ostblockländer	203	2,6	418	3,6	492	4,3
Übrige Länder	508	6,5	595	5,1	634	5,5
Afrika	899	11,4	1 208	10,4	1 246	10,8
Amerika	2 521	32,1	3 780	32,6	3 742	32,5
davon						
Nordamerika	1 227	15,6	1 950	16,8	1 917	16,6
darunter USA	1 050	13,4	1 743	15,0	1 596	13,8
Mittelamerika	354	4,5	479	4,1	444	3,9
Südamerika	940	12,0	1 351	11,7	1 381	12,0
Asien	1 790	22,8	2 698	23,3	2 554	22,2
Australien und Ozeanien	145	1,8	218	1,9	207	1,8
Schiffsbedarf	28	0,4	—	—	0	0,0
Insgesamt	7 855	100	11 584	100	11 522	100
Ausfuhr						
Europa	1 294	48,2	2 007	46,6	2 215	50,7
davon						
EWG-Länder	294	10,9	635	14,8	744	17,0
EFTA-Länder	764	28,4	990	23,0	1 088	24,9
Ostblockländer	106	4,0	177	4,1	167	3,8
Übrige Länder	130	4,9	205	4,7	216	5,0
Afrika	336	12,5	438	10,2	344	7,9
Amerika	562	20,9	980	22,8	878	20,1
davon						
Nordamerika	166	6,2	390	9,1	301	6,9
darunter USA	145	5,4	360	8,3	273	6,3
Mittelamerika	80	3,0	208	4,8	148	3,4
Südamerika	316	11,7	382	8,9	429	9,8
Asien	439	16,3	795	18,5	873	20,0
Australien und Ozeanien	33	1,2	44	1,0	34	0,8
Schiffsbedarf	23	0,9	37	0,9	22	0,5
Insgesamt	2 687	100	4 301	100	4 366	100

Eine andere Struktur als der Außenhandel der hamburgischen Wirtschaft im Verhältnis zu den Partnerstaaten wies der Außenhandel der Bundesrepublik

durch die weit stärkere Beteiligung der europäischen und unter diesen der EWG-Länder auf, während die außereuropäischen Länder im Hintergrund standen. Von den auf die europäischen Länder fallenden fast 60 % der Einfuhrwerte betrafen mehr als die Hälfte, nämlich fast 31 %, die EWG und etwas mehr als 19 % der Einfuhren die EFTA-Länder. An zweiter Stelle standen mit fast einem Viertel der Einfuhren die amerikanischen Länder, unter denen die Vereinigten Staaten mit knapp 14 % der Einfuhren vor den Ländern Südamerikas mit knapp 7 % die wichtigste Rolle spielten. Es folgten mit fast 10 % die Länder Asiens und diesen mit fast 6 % der Einfuhren die Länder Afrikas.

Bei der Ausfuhr der Bundesrepublik lagen die europäischen Länder mit mehr als zwei Dritteln der Gesamtausfuhren an der Spitze. Auch hier hatten die EWG-Länder mit knapp 32 % der Ausfuhren den Vorrang vor den EFTA-Ländern, in die etwas mehr als 28 % der Ausfuhren gingen. An nächster Stelle standen die amerikanischen Länder mit knapp 15 % der Ausfuhren, von denen rund die Hälfte die USA und fast ein Drittel die südamerikanischen Länder aufnahmen. Es folgten die asiatischen Länder mit knapp 10 % und die afrikanischen Länder mit etwas mehr als 4 % der Ausfuhren.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen des Jahres 1955 zeigt, daß der Anteil der Einfuhren der hamburgischen Importeure aus den überseeischen Ländern an den Gesamteinfuhrwerten hamburgischer Importeure von 68,5 % auf 67,3 % im Jahre 1961 gesunken ist. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Einfuhranteile der Länder Asiens und Afrikas merkbar zurückgingen. Der Anteil der Einfuhren aus den Ländern Amerikas stieg zwar etwas an; jedoch wurde dadurch der Gesamtanteil der Überseeländer nicht wesentlich beeinflusst. Innerhalb der Ländergruppe Amerika nahm der Anteil der Importeure aus den USA stärker zu, der Anteil Mittelamerikas ging dagegen zurück. Bei den Einfuhren aus den europäischen Ländern stiegen die Anteile seit 1955 leicht — auf fast ein Drittel der Gesamteinfuhren — an. Innerhalb dieser Ländergruppe zeigte sich aber eine wesentliche Strukturveränderung, indem sich der Anteil der Einfuhren aus den EWG-Ländern bedeutend erhöhte, der der EFTA-Länder dagegen merkbar sank. Größere Bedeutung gewannen seit 1955 auch die Einfuhren aus den Ostblockländern.

In der Ausfuhr traten Strukturveränderungen in stärkerem Ausmaß ein. Der Anteil der Ausfuhren hamburgischer Exporteure in die europäischen Länder an den Gesamtausfuhrwerten der Wirtschaft Hamburgs betrug im Jahre 1961 seit 1955 erstmalig mehr als 50 %. Innerhalb dieser Ländergruppe zeigte sich ein bedeutender Strukturwandel, indem der Anteil der Ausfuhren in die EWG-Länder um etwas mehr als die Hälfte zunahm, während er bei den EFTA-Ländern stark abnahm. Der Anteil der Überseeländer an den hamburgischen Ausfuhren ging von 51,8 % im Jahre 1955 auf 49,3 % im Jahre 1961 zurück. Auch in der an der zweiten Stelle der Ausfuhren stehenden Ländergruppe Amerika war eine Strukturverschiebung festzustellen, indem der Anteil der Ausfuhren bei den Ländern Nord- und Mittelamerikas anstieg, bei den Ländern Südamerikas aber entsprechend zurückging. Der Anteil der Ausfuhren der Länder Asiens

nahm seit 1955 um fast ein Fünftel zu, dagegen der der Länder Afrikas um mehr als ein Drittel ab.

Vergleich der Ländergliederung im Außenhandel Hamburgs und der Bundesrepublik

Die Strukturveränderungen im Außenhandel der hamburgischen Wirtschaft waren im Außenhandel der Bundesrepublik zum Teil noch ausgeprägter zu beobachten, zum Teil waren sie jedoch anderer Art. Bei den Einfuhren des Bundes ergab sich ein bedeutender Strukturwandel, indem der Anteil der europäischen Länder, die beim Bund an der ersten Stelle stehen, an den Gesamteinfuhrwerten von fast 53 % im Jahre 1955 auf 59 % im Jahre 1961 stieg und entsprechend der Anteil der Einfuhren aus den Überseeländern abnahm. Die Entwicklung verlief bei den Einfuhren der hamburgischen Wirtschaft zwar in gleicher Richtung, aber nicht in ebensolchem Ausmaß. Der Anteil der Einfuhren aus den EFTA-Staaten blieb unverändert, während er bei den hamburgischen Importen zurückgegangen war. Bei den nächstwichtigen Partnerstaaten des Bundes, den Ländern Amerikas, trat eine andere Strukturverschiebung als in Hamburg ein, indem der Anteil der Einfuhren seit 1955 sank, im Gegensatz zu dem Anteil der hamburgischen Importe, der etwas stieg. Innerhalb dieser Ländergruppe erhöhte sich beim Bund der Anteil der Einfuhren aus den USA, aber er verringerte sich bei den mittel- und südamerikanischen Ländern. Der Anteil der hamburgischen Einfuhren ging bei den mittelamerikanischen Ländern gleichfalls zurück, blieb aber bei den südamerikanischen Ländern auf dem gleichen Stand. Bei den Ländern Asiens und Afrikas sank der Anteil der Einfuhren des Bundes stärker als bei den hamburgischen Einfuhren.

Auf der Ausfuhrseite erhöhte sich im Bund der Anteil der europäischen Länder an der Gesamteinfuhr des Bundes wertmäßig von 66,9 % im Jahre 1955 auf 70,2 % im Jahre 1961. Entsprechend nahm der Anteil der Ausfuhren in die Überseeländer ab. Auch hier

zeigte sich die gleiche Entwicklung wie bei den Ausfuhren der hamburgischen Exporteure, bei denen die Veränderungen jedoch nicht so stark waren. Der Anteil der EWG-Länder nahm beim Bund ähnlich wie in Hamburg zu, während der Anteil der EFTA-Länder im Gegensatz zu den Ausfuhren der hamburgischen Wirtschaft, deren Anteil sich stark verringert hatte, gleich blieb. Bei den in den Ausfuhren des Bundes an der zweiten Stelle stehenden Ländern Amerikas fiel der Anteil von 15,5 % im Jahre 1955 auf 14,8 % im Jahre 1961. Innerhalb dieser Ländergruppe trat ein den hamburgischen Ausfuhren ähnlicher Strukturwandel, jedoch viel ausgeprägter, ein, indem sich der Anteil der Ausfuhren in die USA zu Lasten des Anteiles der Ausfuhren in die südamerikanischen Länder erhöhte. Der Anteil der Ausfuhren in die Länder Asiens ging beim Bund von 9,6 % im Jahre 1955 auf 9,1 % im Jahre 1961 zurück, während dagegen der Anteil der hamburgischen Ausfuhren bedeutend angestiegen war. Bei den Ländern Afrikas fiel der Anteil der Ausfuhren im Bund von 5,7 % im Jahre 1955 auf 4,3 % im Jahre 1961 und damit im Verhältnis nicht so stark wie bei den entsprechenden hamburgischen Ausfuhren.

Der Vergleich des Außenhandels der Bundesrepublik mit dem der hamburgischen Wirtschaft läßt deutlich erkennen, daß beim Bund der Schwerpunkt des Warenaustausches im Außenhandel mit den europäischen Ländern liegt und dieser seit 1955 weiter an Bedeutung gewonnen hat, während der Warenaustausch des Bundes mit den Überseeländern anteilmäßig zurückging. Im Außenhandel der hamburgischen Wirtschaft dagegen liegt, hauptsächlich durch den überragenden Anteil der Einfuhr, das Schwergewicht bei den außereuropäischen Ländern, insbesondere den Ländern Amerikas und Asiens, wenngleich innerhalb der Ländergruppen seit 1955 teilweise starke Strukturveränderungen aufgetreten sind und im Warenaustausch mit den Überseeländern insgesamt anteilmäßig ein Rückgang, aber nicht in dem Umfange wie beim Bund, zu verzeichnen war.

Karl Disse

Die Lohnsummensteuer in Hamburg

Ergebnisse der Gewerbesteuerstatistik 1958

Zum ersten Male nach zwanzig Jahren ist für 1958 eine Gewerbesteuerstatistik im gesamten Bundesgebiet durchgeführt worden. Bestandteil dieser gesetzlich angeordneten Erhebung¹⁾ war neben der Erfassung der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital²⁾ auch die Erfassung der Gewerbelohnsummensteuer, die das aus der Gewerbesteuerstatistik gewonnene Bild über die steuerliche Beanspruchung der Wirtschaft vervollständigen sollte.

Allgemeines über die Lohnsummensteuer

Die Lohnsummensteuer – nicht zu verwechseln mit der Lohnsteuer – ist eine Hilfsform der eigentlichen Gewerbesteuer. Sie kann von den Gemeinden mit Zustimmung der Landesregierung erhoben werden, wenn umfangreichere Betriebe, die wegen ihrer großen Arbeitnehmerzahl beträchtliche öffentliche Aufwendungen erfordern (z. B. besondere Aufwendungen für die allgemeine Verwaltung, Wohlfahrtspflege, Fürsorge und Schulen, aber auch Ausgaben für Straßen und Wege, Hafenanlagen und Kanalisation) und die nicht durch eine angemessene Gewerbesteuer von Ertrag und Kapital hinreichend zu den Lasten beitragen, in einer Gemeinde liegen. Hieraus ergibt sich der subsidiäre, „zusätzliche“ Charakter dieser nicht obligatorischen Gemeindesteuer.

Die alleinige Ausrichtung der Gewerbesteuer auf den Gewerbeertrag würde die Steuer so konjunktur- und krisenempfindlich machen, daß in die Gemeindefinanzen eine erhebliche Unsicherheit hineingetragen würde. Eine Besteuerung nur nach dem Gewerkekapital erfaßt nicht die Gewerbetreibenden, die kein oder nur geringes Kapital einsetzen. Stellt man die Gewerbesteuer lediglich auf die Lohnsumme ab, so würden einseitig die lohnintensiven Betriebe betroffen. Infolge der unterschiedlichen Besteuerungsgrundlagen (nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme) wird die Gewerbesteuer aber besser verteilt. Damit tritt für den Steuerpflichtigen bis zu einem gewissen Grad ein innerer Ausgleich ein. Die Lohnsummensteuer als Erhebungsform der Gewerbesteuer ermöglicht es auch den Gemeinden, eine verhältnismäßig kurzfristig fließende beständige Einnahmequelle zu erschließen.

Seit dem 1. 4. 1923 wird in Hamburg eine Lohnsummensteuer erhoben; bis 1933 hieß sie „Gehaltsummensteuer“.

Steuergegenstand und damit sachlich steuerpflichtig ist der Gewerbebetrieb als solcher. Unter Gewerbebetrieb ist ein gewerbliches Unternehmen im Sinne des Einkommensteuergesetzes zu verstehen. Der persönlich Steuerpflichtige, der auch als Steuerschuldner bezeichnet wird, ist der Unternehmer. Als Realsteuer nimmt die Lohnsummensteuer prinzipiell keine Rücksicht auf seine eigene Leistungsfähigkeit.

Bemessungsgrundlage ist die Summe der Bruttolöhne und -gehälter, die in jedem Kalendermonat an die Arbeitnehmer der in der Gemeinde belegenen Betriebsstätte gezahlt worden sind, abzüglich der Lehrlingsvergütungen und der Beträge, die nach § 8 Ziff. 3 bis 6 GewStG für die Ermittlung des Gewerbeertra-

ges dem Gewinn hinzuzurechnen sind. Ging die Summe der Arbeitsentgelte beim Gewerbebetrieb 1958 nicht über 12 000 DM hinaus, so war ein Freibetrag von 3600 DM absetzbar. Hat die Steuerpflicht nicht während des ganzen Jahres bestanden, so ermäßigen sich diese Beträge entsprechend. Die Steuermeßzahl beträgt 2 vom Tausend. Durch Multiplikation der Lohnsumme mit der Steuermeßzahl ergibt sich der Steuermeßbetrag, der für die Festsetzung der Abgabenhöhe maßgeblich ist. Der Steuermeßbetrag führt nach Anwendung des Hebesatzes (in Hamburg 1958 = 500 %, bei zweigstellensteuerpflichtigen Betrieben 650 %) zur Steuerschuld (= Lohnsummensteuer).

Das Verfahren der Statistik

Anders als bei der Gewerbesteuerstatistik nach Ertrag und Kapital, für die das Kalenderjahr 1958 maßgebend war, konnte bei der Lohnsummensteuer auch das Rechnungsjahr 1958 (1. 4. 1958 bis 31. 3. 1959) zugrunde gelegt werden. Das war in Hamburg der Fall.

Die Lohnsummensteuerstatistik ist auf dem für Steuerstatistiken üblichen Weg der Sekundärerhebung durchgeführt worden; nicht der Steuerpflichtige selbst wurde zur Auskunft herangezogen, sondern seine zuständige Steuerdienststelle der Bezirksverwaltung. Da in der Regel Lohnsummensteuerbescheide nicht zur Verfügung stehen, mußten aus den Steuerakten folgende erforderliche Tatbestände in ein Statistisches Blatt übertragen werden:

1. Steuernummer und Gewerbezug
2. Zweigstelle nach § 17 GewStG
3. Betrag der Lohnsumme nach § 24 GewStG
4. Freibetrag nach § 23 Abs. 2 GewStG
5. Steuerpflichtige Lohnsumme
6. Steuersollbetrag für das Rechnungsjahr 1958
7. Hebesatz für die Lohnsummensteuer.

Die ausgefüllten Zählblätter sämtlicher ortsfester Gewerbebetriebe³⁾, die für das Rechnungsjahr 1958 Lohnsummensteuer zu entrichten hatten, gelangten ab Mitte 1960 zur Aufbereitung in das Statistische Landesamt.

Ergebnisse der Statistik

Für das Rechnungsjahr 1958 fielen rund 39 Millionen DM Lohnsummensteuer an; das waren knapp 1 % der Lohnsumme von 3945 Millionen DM. Von je 100 DM Hamburg verbliebenen Landes- und Gemeindesteuern entstammten nur 2,60 DM der Lohnsummensteuer. Von den drei tragenden Säulen der Gewerbebesteuerung – Ertrag-, Kapital-, Lohnsummensteuer – ist letztere die schwächste. Ihr Anteil am Gesamtaufkommen aus der Gewerbesteuer betrug nur 12 %. Ist damit die Lohnsummensteuer für Hamburg auch nicht gerade eine Bagatelsteuer, so gehört sie doch zu den kleinen Steuerquellen.

Je Steuerfall ergab sich 1958 im Durchschnitt eine Lohnsumme von 127 000 DM. Unterscheidet man nach

¹⁾ Gesetz über eine Gewerbesteuerstatistik für das Kalenderjahr 1958 vom 23. Dezember 1960 (BGBl. I, S. 1071).

²⁾ Siehe hierzu Hamburg in Zahlen, 1962, S. 141 ff.

³⁾ Wandergewerbebetriebe unterliegen nicht der Lohnsummensteuer.

Tab. 1

Steuerfälle, Lohnsumme, steuerpflichtige Lohnsumme, Steuermeßbetrag und Lohnsummensteuer
in Hamburg im Rechnungsjahr 1958 nach Lohnsummengrößenklassen

Lohnsummengrößenklassen	Anzahl der Steuerfälle	Lohnsumme		Steuer- pflichtige Lohnsumme	Steuer- meßbetrag	Lohnsummen- steuer
		insgesamt	je Steuerfall			
		in 1000 DM				
	1	2	3	4	5	6
bis 12 000 DM mit Freibetrag	11 603	81 375	7,0	42 490	85	424
bis 12 000 DM ohne Freibetrag ¹⁾ ..	178	1 100	6,2	1 100	2	11
über 12 000 DM bis 18 000 DM	3 821	56 428	14,8	56 406	113	564
" 18 000 DM " 24 000 DM	2 459	51 137	20,8	51 127	102	510
" 24 000 DM " 36 000 DM	2 994	87 867	29,3	87 857	176	881
" 36 000 DM " 50 000 DM	2 072	87 965	42,5	87 959	176	882
" 50 000 DM " 100 000 DM	3 169	223 580	70,6	223 568	447	2 239
" 100 000 DM " 250 000 DM	2 553	398 065	155,9	398 056	796	3 988
" 250 000 DM " 500 000 DM	1 140	396 944	348,2	396 941	794	3 983
" 500 000 DM " 1 Mio DM	555	380 934	686,4	380 933	762	3 828
" 1 Mio DM " 2,5 " DM	354	544 992	1 539,5	544 991	1 090	5 469
" 2,5 " DM " 5 " DM	112	377 991	3 374,9	377 991	756	3 787
" 5 " DM " 10 " DM	43	294 549	6 849,9	294 549	589	2 980
" 10 " DM " 20 " DM	20	284 016	14 200,8	284 016	568	2 972
" 20 " DM " 50 " DM	16	456 557	28 534,8	456 557	913	4 565
" 50 " DM	4	221 909	55 477,3	221 909	444	2 219
Insgesamt	31 093	3 945 409	126,9	3 906 450	7 813	39 302
davon natürliche Personen	28 014	2 004 167	71,5	1 966 245	3 933	19 677
juristische Personen	3 079	1 941 242	630,4	1 940 205	3 880	19 625

¹⁾ Gewerbebetriebe mit Rumpfgeschäftsjahr

natürlichen und juristischen Personen, so entfielen im Mittel 72 000 DM Lohnsumme auf die Betriebsstätte bei den natürlichen und 630 000 DM auf die Betriebs-

stätte bei den juristischen Personen. Man könnte versucht sein, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Lohnsummensteuer in erster Linie eine Abgabe der Mittel- und Großbetriebe ist, was sie nach der Absicht des Gesetzgebers auch sein soll. Das Schwergewicht der Lohnsummensteuer liegt in Hamburg deutlich bei den Betrieben mit über 100 000 DM Lohnsumme; auf sie kamen mehr als 85 % der Gesamtsumme der Steuermeßbeträge, der Zahl der Steuerfälle nach aber nur 15 %. Es wurden also auch zahlreiche Kleinbetriebe mit Lohnsummensteuer belegt. Zum Lohnsummensteueraufkommen trugen diese Kleinbetriebe nur den geringen Bruchteil von 15 % bei. Die Kleinstbetriebe unterlagen dank des Freibetrages von 3600 DM so gut wie nicht der Steuer. Der Rechtsform nach handelte es sich dabei fast ausschließlich um Betriebe natürlicher Personen oder um Personengesellschaften.

Tab. 2

Der Anteil der Lohnsummensteuer
an den Gesamtzahlungen an Gewerbesteuer
in Hamburg im Rechnungsjahr 1958
nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereiche	Gesamt- zahlungen an Gewerbe- steuer		darunter auf Grund der Lohnsumme	
	in 1000 DM		% von Sp. 1	
	1	2	3	
Produzierendes Gewerbe	161 741	20 709	12,8	
davon				
Industrie	138 911	16 541	11,9	
Produzierendes				
Handwerk	19 424	3 797	19,5	
Sonst. Produzierendes				
Gewerbe	3 406	371	10,9	
Großhandel	56 087	4 712	8,4	
Einzelhandel	25 705	2 417	9,4	
Sonstige				
Wirtschaftsbereiche ¹⁾ ..	84 739	11 464	13,5	
darunter				
Übriges Handelsgewerbe, Geld- und Versicherungswesen	41 937	3 759	9,0	
Dienstleistungen	10 887	1 922	17,7	
Verkehrswirtschaft	30 166	5 396	17,9	
Wirtschaftsbereiche				
insgesamt	328 272	39 302	12,0	
davon				
natürliche Personen	199 187	19 677	9,9	
juristische Personen	129 085	19 625	15,2	

¹⁾ Einschließlich land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, bei denen die gewerbliche Tätigkeit überwiegt

Da die Lohnsummensteuer an die bezahlten Vergütungen anknüpft, werden von ihr vornehmlich die Betriebe belastet, in denen der Produktionsfaktor „Arbeit“ gegenüber dem Produktionsfaktor „Kapital“ überwiegt. Die Aufbringung der erfolgsunabhängigen Lohnsummensteuer fällt den Betrieben um so schwerer, je ungünstiger sich ihre Ertragslage erweist. Tabelle 2 zeigt, welche Rolle die Besteuerung der Lohnsumme im Rahmen der gesamten Gewerbesteuer in den einzelnen Wirtschaftsbereichen 1958 spielte. Danach stand der Wirtschaftsbereich „Produzierendes Handwerk“, in dem lohnintensive Betriebe vorherrschen, anteilmäßig an erster Stelle. Ihm folgten die Verkehrswirtschaft sowie der Dienstleistungsbereich. Die relativ geringste Beanspruchung durch die Lohnsummensteuer erfuhren Groß- und Einzelhandel und das Geld- und Versicherungswesen, Sektoren, in denen das Verhältnis von Ertrag und Kapital zur Lohnsumme mehr zugunsten der ersten beiden Besteuerungsgrundlagen verschoben ist.

Tab. 3

**Steuerfälle, Lohnsumme, Steuermeßbetrag und Lohnsummensteuer
in Hamburg im Rechnungsjahr 1958 nach Wirtschaftsbereichen**

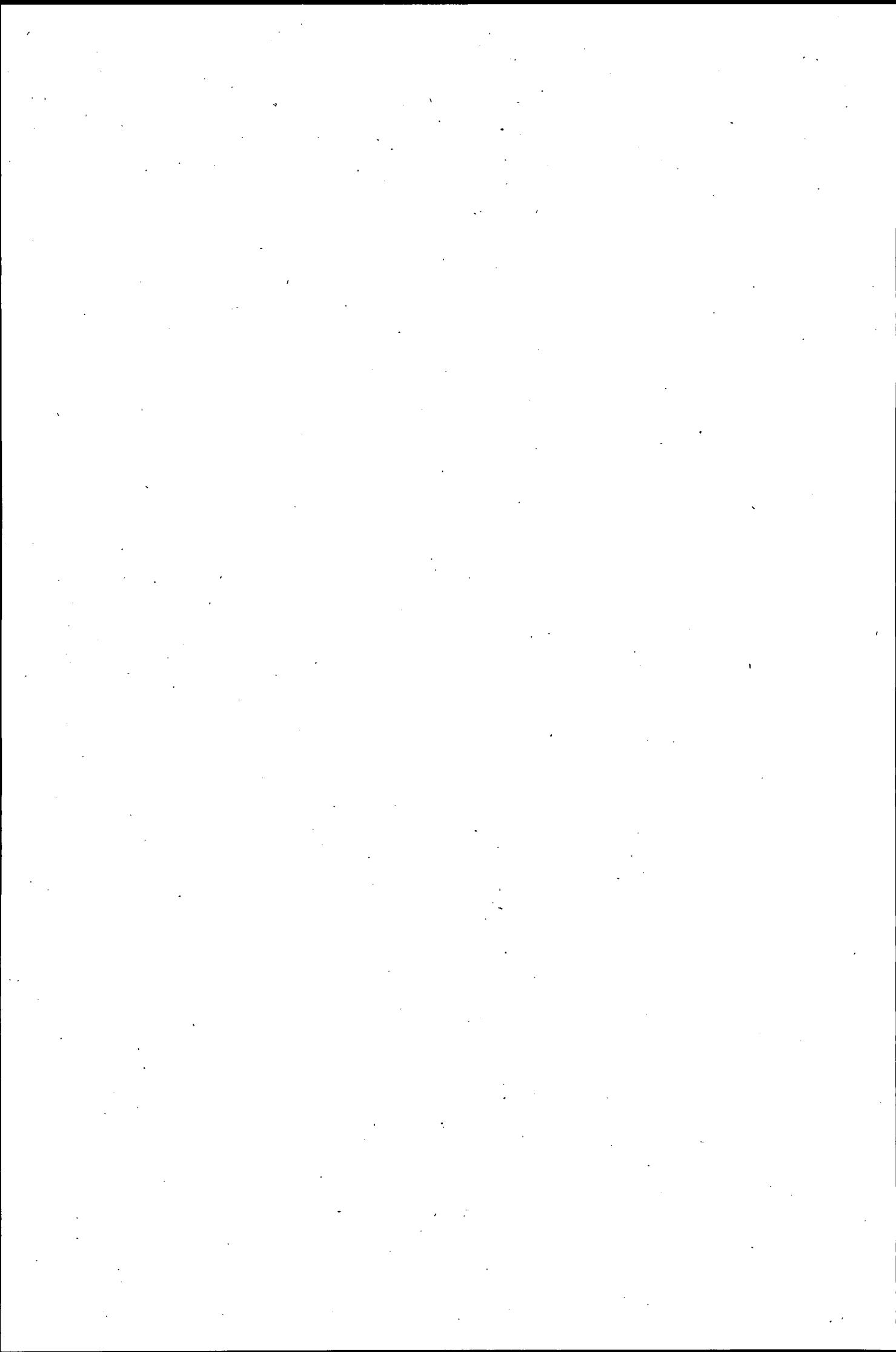
Wirtschaftsbereiche	Steuerfälle		Lohnsumme		Steuermeßbetrag		Lohnsummensteuer	
	Anzahl	%	in 1000 DM	%	in 1000 DM	%	in 1000 DM	%
	1	2	3	4	5	6	7	8
Produzierendes Gewerbe	10 923	35,1	2 081 479	52,8	4 140	53,0	20 709	52,7
davon Industrie	2 984	9,6	1 654 391	41,9	3 307	42,3	16 541	42,1
Produzierendes Handwerk	7 261	23,3	389 125	9,9	759	9,7	3 797	9,7
Sonstiges Produzierendes Gewerbe	678	2,2	37 963	1,0	74	1,0	371	0,9
Großhandel	5 106	16,4	475 584	12,0	942	12,0	4 712	12,0
Einzelhandel	5 343	17,2	241 177	6,1	463	5,9	2 417	6,1
Sonstige Wirtschaftsbereiche ¹⁾	9 721	31,3	1 147 169	29,1	2 268	29,1	11 464	29,2
darunter Übriges Handels- gewerbe, Geld- und Versicherungswesen..	2 711	8,8	369 264	9,3	732	9,4	3 759	9,6
Dienstleistungen	3 889	12,5	196 276	5,0	379	4,9	1 922	4,9
Verkehrswirtschaft	2 714	8,7	542 518	13,8	1 079	13,8	5 396	13,7
Wirtschaftsbereiche insgesamt	31 093	100	3 945 409	100	7 813	100	39 302	100
davon natürliche Personen	28 014	90,1	2 004 167	50,8	3 933	50,3	19 677	50,1
juristische Personen	3 079	9,9	1 941 242	49,2	3 880	49,7	19 625	49,9

¹⁾ Einschließlich land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, bei denen die gewerbliche Tätigkeit überwiegt.

Über die steuerliche Ergiebigkeit der Wirtschaftsbereiche orientiert die Tabelle 3. Mehr als die Hälfte des Lohnsummensteueraufkommens wurde von den rd. 11 000 Betriebsstätten des Produzierenden Ge-

werbes - d. i. rd. 1/3 aller Lohnsummensteuerpflichtigen Betriebe -, in erster Linie der Industrie, geleistet.

Francisco Villalaz



Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1961	April 1962	März 1962
	1938	1950	1961			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte ¹⁾						
Luftdruck, mm	761,7	758,8 ⁴⁾	761,1 ⁴⁾	758,3 ⁴⁾	759,9 ⁴⁾	758,3 ⁴⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,9	11,0	8,2	1,2
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	78	70	76	79
Windstärke ²⁾	3,1	3	3	3,0
Bewölkung ³⁾	6,7	7,2	6,9	7	7	7
2. Summenwerte						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	917	46	58	46
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 454	158	125	80
Tage ohne Sonnenschein	88	76	71	1	1	10
Tage mit Niederschlägen	160	221	209	20	21	26
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) ⁵⁾ ⁶⁾						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	295,2	295,6	290 p	290 p
Altona	220,3	272,7	273,4	273,8	270 p	270 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,9	261,6	259 p	259 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	429,8	430,7	426 p	426 p
Wandsbek	166,7	221,9	303,4	299,6	319 p	318 p
Bergedorf	52,6	82,4	78,3	78,1	78 p	78 p
Harburg	135,7	172,4	200,6	200,1	200 p	200 p
* Hamburg insgesamt	1 679,7	1 602,5	1 842,6	1 839,5	1 842 p	1 841 p
davon männlich	788,8	750,3	853,9	851,9	850 p	849 p
weiblich	890,9	852,2	988,7	987,6	992 p	992 p
dar. Ausländer ⁷⁾	16,6	19,9	37,9	36,2	43,0	43,2 r
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 588	1 322	1 560	1 695 r
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	10,3	8,7	10,3	10,8
* Ehescheidungen	266	434	298	272	278	318
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	2 346	1 448	2 122	2 139	2 299	2 214 r
darunter unehelich	209	154	162	149	193	142 r
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	13,8	14,2	15,2	14,2 r
Unehelich Geborene % der Geborenen	9,1	10,8	7,7	7,0	8,5	6,4 r
Totgeborene % der Geborenen	2,1	1,9	1,5	1,4	1,2	1,2 r
* Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	1 949	1 919	2 008	2 186 r
darunter unter 1 Jahr alt	118	64	50	60	75	58 r
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 103	1 096	1 150 p	1 294 r
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	12,7	12,7	13,3	14,0 r
* Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	50,6	43,5	23,6	28,7	34,0	26,3 r
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 173	+ 220	+ 291	+ 28 r
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	6 535	7 529	7 500 p	5 773 r
* Fortgezogene Personen nach außerhalb Hamburgs	7 788	2 174	5 729	6 627	6 800 p	5 821 r
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	+ 806	+ 902	+ 700 p	- 48 r
davon männlich	..	+ 2 533	+ 517	+ 398	+ 800 p	+ 242 r
weiblich	..	+ 2 954	+ 289	+ 504	- 100 p	- 290 r
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	15 503	13 719	15 957	14 729
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	..	2 668	1 561	1 901	2 150 p	1 508 r
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾	..	1 311	796	830	1 050 p	870 r
Niedersachsen	..	1 854	1 204	1 586	1 650 p	1 143 r
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	..	567	270	320	450 p	315 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	..	1 214 ¹¹⁾	2 242	2 581	2 600 p	1 872 r
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	..	1 072	403	481	40 p	28 r
Ausland	..	485	1 057	932	950 p	1 131 r
Unbekannt	..	368	68	48	100 p	91 r
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	..	718	1 864	2 174	2 100 p	1 739 r
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾	..	457	1 203	1 288	1 150 p	1 051 r
Niedersachsen	..	449	1 136	1 420	1 800 p	1 286 r
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	..	131	381	405	550 p	475 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	..	764 ¹¹⁾	2 059	2 448	2 300 p	2 090 r
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	..	89	38	31	..	26 r
Ausland	..	142	591	516	600 p	635 r
Unbekannt	..	12	41	38	..	45 r

¹⁾ Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ³⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — ⁴⁾ Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ⁵⁾ Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählung vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. — ⁶⁾ Ab März 1962 vorläufige Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961; für April 1961 nach der Wohnungszählung 1956. — ⁷⁾ Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — ⁸⁾ Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1961	April 1962	März 1962
	1938	1950	1961			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	9 464	12 742	11 843	11 874	11 857	11 857
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	301 220	292 172	291 156	310 071
Bettenausnutzung in % ²⁾	77,1	86,8	86,6	84,8	85,6	87,7
b) Gemeinnützige Krankenanstalten ³⁾						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	4 339	4 690	4 657	4 651	4 653	4 671
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	123 035	116 181	115 802	128 810
Bettenausnutzung in % ²⁾	74,5	88,6	87,1	83,4	83,1	89,2
c) Privatkanenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	.	409	563	563	576	576
Krankenverpflegungstage	.	8 983	12 955	12 596	13 669	14 740
Bettenausnutzung in % ²⁾	.	60,1	78,9	75,2	79,1	82,5
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	189	2 260	982	982	947	947
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	24 046	24 529	24 773	27 043
Bettenausnutzung in % ²⁾	81,8	91,5	80,6	83,3	87,2	92,1
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	833	1 645	1 132	1 126	1 136	1 136
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	29 359	27 693	28 194	30 341
Bettenausnutzung in % ²⁾	93,5	97,4	86,8	83,2	87,8	91,2
3. Anstalten für Geistesranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 678	1 649	1 719	1 719
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	47 203	46 106	46 799	49 523
Bettenausnutzung in % ²⁾	98,0	75,1	95,5	95,5	93,4	95,7
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 302	1 302	1 302	1 302
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	39 102	38 391	38 294	39 868
Bettenausnutzung in % ²⁾	99,7	98,8	98,8	98,3	98,0	98,8
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 270	1 280	1 280	1 280
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 366	37 940	37 624	38 989
Bettenausnutzung in % ²⁾	—	68,4	98,8	98,0	98,0	98,3
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 949	1 919	.	2 186
darunter						
Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	21	23	.	16
Krebs	240	285	395	395	.	367
Gehirnblutungen	136	172	239	238	.	259
Herzkrankheiten	232	269	438	409	.	523
Lungenentzündung	103	47	45	40	.	64
Freitod	62	50	42	38	.	51
Verkehrsunfälle	22	20	34	25	.	22
Andere Verunglückungen	48	41	54	52	.	100
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	169	171	157	156 r ⁷⁾
Plätze	66 691	47 891	90 426	92 060	85 639	84 084 r ⁷⁾
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 908 976	1 865 455	1 594 415	2 090 028 r ⁷⁾
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer ⁴⁾	361 531	407 741	625 156	623 532	301 773	630 135
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	258 670	249 834	629 881	298 355
Öffentliche Fürsorge						
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung ⁵⁾						
Mitglieder		694 658	701 079	694 362	696 199	699 025
Pflichtmitglieder	452 518	486 742	469 104	462 683	462 084	464 304
Rentner		171 139	170 469	171 139	170 459	171 007
Freiwillige Mitglieder	64 028	36 777	61 506	60 540	63 656	63 714
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	15 825	31 706	29 406	36 741	42 687
männlich	9 091	10 123	21 539	20 033	24 493	28 320
weiblich	6 450	5 702	10 167	9 373	12 248	14 367
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger		153 175	294 342	291 568	297 022	297 480
Rentenversicherung der Arbeiter	94 346 ⁶⁾	106 248	193 895	192 259	195 204	194 934
Rentenversicherung der Angestellten	.	46 927	100 447	99 309	101 818	102 546
Ausgezahlte Renten in DM	.	28 880 000	56 778 681	61 025 154	65 281 643	58 160 730
Rentenversicherung der Arbeiter	.	18 350 000	32 792 909	37 047 342	39 084 580	33 114 156
Rentenversicherung der Angestellten	.	10 530 000	23 985 772	23 977 812	26 197 063	25 046 574
Offene Fürsorge						
Laufend unterstützte Parteien ⁶⁾	55 658	25 040	22 036	22 049	21 111	21 361
Laufend unterstützte Personen	.	40 214	30 541	30 844	28 943	29 338
auf 1000 Einwohner	.	25,3	16,6	16,8	15,7	15,9

¹⁾ Ohne Säuglingsbetten. — ²⁾ Ohne gesperrte Betten. — ³⁾ 1938 einschl. Privatkanenanstalten. — ⁴⁾ 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — ⁵⁾ Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁶⁾ Der für 1938 ausgewiesene Personenkreis ist mit den übrigen Jahren nur bedingt vergleichbar. — ⁷⁾ Einschl. Lichtspieltheater im Ortsamtsbereich Wilhelmsburg. — ⁸⁾ Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1961	April 1962	März 1962
	1938	1950	1961			
Arbeitsmarkt						
1. Umfang der Beschäftigung						
• Beschäftigte Arbeitnehmer am Monatsende ¹⁾	638 856 ⁵⁾	580 940	835 739	.	.	833 852
• davon						
• männlich	428 675	384 486	502 914	.	.	500 836
• weiblich	210 181	196 454	332 825	.	.	333 016
2. Angebot und Nachfrage						
• Arbeitslose	29 908	90 831	4 865	5 157	4 782	5 321
• davon						
• männlich	23 937	56 428	3 072	3 143	3 100	3 453
• weiblich	5 971	34 403	1 793	2 014	1 682	1 868
Offene Stellen	31 522	1 789	19 999	18 996	23 069	22 892
• davon						
• männlich	21 009	744	10 861	10 174	12 722	12 237
• weiblich	10 513	1 045	9 138	8 822	10 347	10 655
Stellenvermittlung in Dauerbeschäftigung ²⁾	16 088	21 006	7 661	8 322	7 728	7 923
• davon						
• männlich	11 107	13 007	5 178	5 639	5 523	5 507
• weiblich	4 981	7 999	2 483	2 683	2 205	2 416
Stellenvermittlung in kurzfristige Beschäftigung	9 175	24 625	10 828	10 413	8 990	11 730
• davon						
• männlich	7 544	23 585	9 952	9 364	8 108	11 065
• weiblich	1 631	1 040	876	1 049	882	665
Arbeitsuchende am Monatsende ³⁾	35 944	94 886	9 273	9 510	8 874	9 978
• davon						
• männlich	28 215	59 355	6 197	6 254	6 085	6 813
• weiblich	7 729	35 531	3 076	3 256	2 789	3 165
3. Die Arbeitslosen ⁴⁾						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 865	5 157	4 782	5 321
darunter						
• Bauberufe	.	6 710 ⁶⁾	162	118	141	209
• Metallherzeuger und -verarbeiter	.	6 766 ⁶⁾	130	151	79	79
• Elektriker	.	1 627 ⁶⁾	29	37	24	32
• Chemiker	.	1 879 ⁶⁾	84	95	70	79
• Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 ⁶⁾	28	35	37	43
• Graphische Berufe	.	690 ⁶⁾	53	57	22	29
• Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	.	1 180 ⁶⁾	11	9	17	14
• Nahrungs- und Genussmittelhersteller	.	6 623 ⁶⁾	139	163	126	134
• Kaufmännische Berufe	.	8 598 ⁶⁾	965	1 144	525	492
• Verkehrsberufe	.	8 787 ⁶⁾	592	626	371	342
• Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 ⁶⁾	844	840	1 260	1 071
• Künstlerische Berufe	.	2 260 ⁶⁾	341	319	315	345
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
• Wohngebäude	.	469	348	271	219	201
• Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	485	649	266	271
• Wohnungen	.	2 540	1 550	2 053	867	767
• Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	100	135	55	55
• Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	45 316	62 398	28 395	26 215
Nichtwohnbauten						
• Nichtwohngebäude	.	185	133	137	88	69
• Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	376	402	153	100
• Wohnungen	.	20	21	42	21	10
• Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	32 692	22 067	12 478	9 605
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
• Wohngebäude	.	516	385	201	152	91
• Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	524	357	204	127
• Wohnungen	.	2 206	1 692	1 181	636	440
• Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	47 751	36 834	20 779	13 067
Nichtwohnbauten						
• Nichtwohngebäude	.	237	128	109	65	50
• Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	369	310	206	127
• Wohnungen	.	.	20	14	3	29
• Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	31 230	15 469	19 527	10 547
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
• Wohngebäude	188	395	479	196	131	194
• Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	547	261	237	316
• Wohnungen	.	2 096	1 804	875	756	995
• Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	114	55	49	67
• Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	45 353	21 023	19 616	26 901
Nichtwohnbauten						
• Nichtwohngebäude	26	137	117	67	30	36
• Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	293	133	49	127
• Wohnungen	.	26	20	14	2	20
• Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	22 781	11 282	3 161	12 818

¹⁾ Wird vierteljährlich ausgezählt. - ²⁾ Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. - ³⁾ Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. - ⁴⁾ Infolge Umstellung der Systematik sind die Zahlen von 1961 und 1962 nur bedingt vergleichbar. - ⁵⁾ Juni 1938. - ⁶⁾ Durchschnitt aus April-Dezember 1950.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1961	April 1962	März 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt ¹⁾	706	2 122	1 824	889	758	1 015
darunter						
mit öffentlichen Mitteln gefördert		1 526	1 417	732	642	824
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)		6 375	6 668	3 067	2 873	3 854
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes ²⁾)						
Im Bau befindliche Wohnungen		17 089	23 031	26 900	22 300	22 400
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen		8 412	8 180	10 900	9 300	9 000
5. Bestand an normalen Wohngebäuden und Wohnungen³⁾ (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden		122	185	183	189	189
Bestand an Wohnungen		336	590	585	606	606
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)		1 276	2 129	2 109	2 189	2 187
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	744	478	464	264
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77—80 II. WoBauG.	—	830	567	236	157	448
c) für die Umschichtung	—	—	104	24	21	118
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	739	781	802	633
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	678	363	124	101	150
Abgang von Wohnungen (Wohnraumkartei)	—	306	156	62	71	75
7. Bauberichterstattung⁴⁾						
* Zahl der Beschäftigten		21 853	44 262	44 327		42 604
davon						
Inhaber		335	449	443		454
Angestellte		1 739	3 686	3 681		3 863
Arbeiter ⁵⁾		19 779	40 127	40 203		38 287
* Löhne in 1000 DM		6 168	30 615	28 812		24 904
* Gehälter in 1000 DM		731	3 451	3 023		3 567
* Umsatz in 1000 DM		15 950	85 931	75 846		65 280
darunter						
im Wohnungsbau in 1000 DM			29 874	27 615		18 175
im gewerbl. und industr. Bau in 1000 DM			19 546	16 209		15 984
* Geleistete Arbeitsstunden in 1000		3 732	6 900	6 974		5 596
darunter						
für Wohnungsbauten in 1000		1 498	2 369	2 463		1 601
für gewerbl. und industr. Bauten in 1000		1 051	1 515	1 442		1 383
Preise und Indexziffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt						
für 50 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	43,80	75,80	119,30	124,50	124,80	124,60
Kühe, sonstige vollfleischige	37,60	62,70	93,70	94,90	93,10	95,10
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	57,00	91,30	167,10	166,30	154,70	157,40
Schweine, von 100—119,5 kg Lebendgewicht	50,90	117,50	126,70	118,20	112,80	119,00
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	40,70	61,90	99,90	101,60	116,40	110,90
2. Durchschnittspreise für Fleisch⁶⁾						
I. Qualität für 50 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	76,50	131,50	208,50	211,90	210,00	211,30
Kalbfleisch, beste Qualität	94,70	174,50	297,70	291,90	277,50	281,90
Hammelfleisch, beste Qualität	92,80	127,00	231,00	247,20	289,40	276,90
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	70,40	178,50	173,40	164,30	165,00	169,90
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbrauchergruppe —						
Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	132,0	129,7	140,2	138,6
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	83,8	83,7	84,4	84,4
Wohnung	97,5	100	141,8	141,5	144,1	143,9
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	147,0	146,1	150,3	150,0
Hausrat	53,9	100	117,7	116,7	121,3	121,3
Bekleidung	47,9	100	107,2	106,8	108,4	108,3
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	119,4	118,4	122,9	122,6
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	147,6	147,9	150,8	150,8
Verkehr	65,0	100	143,9	143,8	144,1	144,1
Ernährung						
einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	125,7	123,7	132,8	131,5
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	125,9	124,5	131,2	130,4
Gesamtlebenshaltung	62,8	100	127,3	126,1	132,2	131,4
(1950 = 100)						
(1938 = 100)	100	159,3	202,9	200,9	210,7	209,4

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 16 Wohnungen). — 2) Für die Jahre 1950 und 1961 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — 3) Einschl. Behelfsheime von 30 und mehr qm; Bestand 1950 nach der Wohnungszählung vom 13. 9. 1950. — 4) Betriebe ab 20 Beschäftigte. — 5) Einschl. Umschüler und Lehrlinge. — 6) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1961	April 1962	März 1962
	1936 ¹⁾	1950	1961			
Industrie²⁾						
1. Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 857	1 860	1 837	1 844
• Beschäftigte insgesamt	145 200	140 867	233 971	235 225	234 457	232 410
darunter						
• Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		111 760	171 526	173 002	169 803	168 520
• Geleistete Arbeiterstunden in 1000		21 399	28 929	28 375	27 398	29 195
• Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	50 328	47 247	55 759	55 039
• Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	92 882	85 873	97 781	101 016
• Umsatzwerte in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 063 658	955 582	1 023 649	1 198 809
darunter nach dem Ausland in 1000 RM/DM		12 845	131 761	101 456	114 256	121 751
• Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ³⁾ t		52 913	16 806	16 353	16 612	20 466
• Heizölverbrauch in t			47 309	42 659	49 482	61 802
• Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	12 962	12 108	13 094	14 666
• Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	98 143	90 886	93 474	107 288
• Gasverbrauch in 1000 cbm			7 005	6 707	7 268	8 461
2. Beschäftigte und Umsatz nach Industriegruppen						
Beschäftigte						
Gesamte Industrie	145 200	140 867	233 971	235 225	234 457	232 410
darunter						
• Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 417	8 433	8 579	8 484
• NE-Metallindustrie	1 900	2 509	3 034	3 055	3 063	3 055
• Chemische Industrie	8 200	10 439	17 396	17 558	17 774	17 388
• Kautschuk und Asbest	9 200	10 380	13 723	13 872	13 296	13 281
• Maschinenbau	12 400	16 409	30 283	30 506	31 031	30 254
• Schiffbau	26 500	12 559	30 188	30 755	29 529	29 428
• Elektroindustrie	5 400	10 785	28 472	28 593	29 385	29 010
• Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁵⁾	6 721	12 160	12 171	12 651	12 493
• Ölmühlenindustrie	5 400	4 628	2 790	2 804	2 802	2 777
• Margarineindustrie			3 093	3 104	3 074	3 058
• Kaffee und Tee		721	3 505	3 370	3 627	3 593
• Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 601	3 616	3 586	3 560
Umsatz⁴⁾ in 1000 RM/DM						
Gesamte Industrie	154 200	333 013	1 063 658	955 582	1 023 649	1 198 809
darunter						
• Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	182 278	155 609	184 979	184 132
• NE-Metallindustrie	9 700	15 005	35 548	31 946	38 870	33 560
• Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	77 253	80 640	80 773	84 801
• Kautschuk und Asbest	4 600	13 990	37 397	36 458	36 854	38 955
• Maschinenbau	9 400	16 234	64 650	58 725	59 835	68 362
• Schiffbau	14 400	7 633	66 076	45 457	20 214	138 979
• Elektroindustrie	4 400	10 463	112 793	89 654	99 652	133 356
• Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁵⁾	7 748	31 950	32 524	34 454	34 872
• Ölmühlenindustrie			37 023	40 140	39 323	42 579
• Margarineindustrie	21 500	41 967	23 036	23 615	24 464	21 142
• Kaffee und Tee		4 298	57 307	50 550	62 883	64 091
• Tabakverarbeitung	12 000	55 911	100 437	88 688	102 846	99 600
3. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung in 1000 cbm	5 737 ⁷⁾	8 282	10 164	9 798	10 256	10 969
• Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis	18 767 ⁸⁾	20 935	34 088	29 691	35 493	49 595
• Stromerzeugung in 1000 kWh	40 210 ⁸⁾	125 855	361 337	324 059	367 375	433 388
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
	1938					
• Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	2 327	2 911	2 720	2 598
• Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 890	2 381	2 260	2 182
• in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	81,2	81,8	83,1	84,0
• Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	10,3	13,1	14,5	13,4
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg						
davon		10 709	11 279	11 515	11 097	11 665
• lose in 1000 kg			5 295	5 672	4 680	4 851
• in Flaschen in 1000 kg			5 984	5 843	6 417	6 814
• Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	568	611	484	331
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	9 992	6 894	7 507	7 450
Kälber	3 884	3 699	3 197	3 201	3 258	2 875
Schweine	24 847	19 784	46 132	44 819	60 989	49 377
Schafe	4 265	5 681	4 024	4 278	3 587	3 127
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
Rindvieh (ohne Kälber)						
• Rindvieh (ohne Kälber)	8 075	3 363	9 080	6 548	6 636	8 685
• Kälber	5 568	4 065	3 082	3 090	3 273	2 843
• Schweine insgesamt	40 186	21 165	48 070	46 090	63 208	52 525
darunter Hausschlachtungen		1 455	553	75	169	266
• Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ⁹⁾	6 467	3 220	6 714	5 924	7 452	7 011
darunter						
• Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	2 216	1 609	1 637	2 172
• Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 124	3 939	5 465	4 499
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
• für Rinder in kg	246,3	248,7	244,1	245,7	246,7	250,1
• für Kälber in kg	57,2	43,2	58,8	57,9	63,1	61,3
• für Schweine in kg	96,5	95,5	86,0	85,6	86,7	86,1

¹⁾ Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. - ²⁾ Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Arbeitskräften berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). - ³⁾ 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. - ⁴⁾ Ohne Handelsware, einschl. Verbrauchsteuern. - ⁵⁾ 1936 = einschl. Papierverarbeitung. - ⁶⁾ 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. - ⁷⁾ Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. - ⁸⁾ Rechnungsjahr 1935/36. - ⁹⁾ Der gewerblichen Schlachtungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1961	April 1962	März 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Deichtormarkt)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	3 015	2 497	1 390	1 796
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	13 135	13 682	12 255	15 707
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 489	4 671	2 158	3 384
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	4 021	5 046	4 337	2 830
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	3 154	3 564	3 403	3 576
darunter in Hamburg angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	2 867	3 341	3 228	3 130
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
* Einzelhandel aller Betriebsformen	.	.	168	158	180	180
davon	.	.				
* Nahrungs- und Genußmittel	.	.	161	156	174	178
darunter	.	.				
Lebensmittel aller Art	.	.	162	158	181	187
Obst, Gemüse, Südfrüchte	.	.	162	156	173	169
Fische und Fischwaren	.	.	176	166	169	192
Milch und Milcherzeugnisse	.	.	142	142	153	154
Schokolade und Süßwaren	.	.	133	135	160	133
Tabakwaren	.	.	156	152	155	163
* Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	167	160	183	158
darunter	.	.				
Textilien aller Art	.	.	191	167	191	183
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	180	160	185	181
Oberbekleidung	.	.	156	166	188	153
Schuhwaren	.	.	172	191	205	143
* Hausrat und Wohnbedarf	.	.	180	159	188	195
darunter	.	.				
Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	175	172	188	175
Porzellan und Glaswaren	.	.	193	143	134	138
Beleuchtungs- und Elektrogeräte	.	.	224	175	206	235
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel	.	.	213	158	212	230
Möbel	.	.	135	121	152	162
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	138	130	144	146
* Sonstige Waren	.	.	176	159	185	199
darunter	.	.				
Bücher	.	.	192	165	178	207
Papier- und Schreibwaren	.	.	166	145	173	167
Galanterie- und Lederwaren	.	.	169	147	168	169
Apotheken	.	.	164	162	170	179
Drogerien	.	.	176	188	187	185
Foto und Optik	.	.	182	157	162	161
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	143	125	153	161
Fahrräder, Krafträder und Zubehör	.	.	197	238	198	162
Kraftwagen und Zubehör	.	.	205	200	239	263
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.	182	131	158	166
Blumen und Sämereien	.	.	200	218	245	235
Brennmaterial	.	.	128	86	131	198
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1955 = 100)						
Gaststättenwesen insgesamt	.	.	149	148	151	153
darunter	.	.				
Hotels und Gasthöfe	.	.	122	121	117	114
Fremdenheime und Pensionen	.	.	165	158	159	159
Schank- und Speisewirtschaften mit Ausschank alkoholischer Getränke	.	.	141	140	145	150
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	106 693	107 999	105 903	87 474
* darunter Ausländer	11 283	10 303	39 328	36 139	36 171	20 865
* Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	221 092	223 587	219 566	195 665
* darunter Ausländer	27 491	22 805	80 261	75 842	72 784	49 167
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	58	60	56	50
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
* Bezüge Hamburgs	.	5	6	4	.	5
* Lieferungen Hamburgs	.	3	4	5	.	11
5. Handel mit Berlin (West) 3) (in Mio DM)						
* Bezüge Hamburgs	.	9	84	71	.	92
* Lieferungen Hamburgs	.	37	118	104	.	141
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
* insgesamt	.	26	149	156	131	141 r
* davon nach Warengruppen	.					
* Ernährungswirtschaft	.	1	12	11	9	11

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1961	April 1962	März 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Handel und Gastgewerbe						
• Gewerbliche Wirtschaft		25	137	145	122	130
• davon						
• Rohstoffe		1	2	3	2	3
• Halbwaren		12	33	39	33	36
• Fertigwaren		12	102	103	87	91
• davon						
• Vorerzeugnisse		2	9	10	7	9
• Enderzeugnisse		10	93	93	80	82
• davon nach ausgewählten Verbrauchsgebieten						
Europa			93	96	84	97
darunter						
EWG-Länder			27	29	29	34
EFTA-Länder			49	50	36	46
Afrika			9	8	10	15
Amerika			26	38	24	16
• davon						
Nordamerika			12	15	14	8
darunter USA			11	13	13	7
Mittelamerika			5	1	4	1
Südamerika			9	22	6	7
Asien			20	13	12	12
Australien und Ozeanien			1	1	1	1
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
Wareneinfuhr (in Mio DM)		301	693	692	740 p	825 p
Warengruppen:						
darunter						
Ernährungswirtschaft		159	296	285		360 p
Gewerbliche Wirtschaft		141	396	406		463 p
• davon						
Rohstoffe und Halbwaren		120	257	268		305 p
Fertigwaren		21	139	138		158 p
Ländergruppen:						
darunter						
Europa		108	175	155		215 p
• davon						
EWG-Länder		25	24	21		
EFTA-Länder		60	82	69		
Sonstige Länder		23	69	65		
Außereuropa		193	517	536		608 p
• davon						
Amerika		82	274	286		300 p
• davon						
Nordamerika		44	145	160		
Mittelamerika		8	32	37		
Südamerika		30	97	89		
Afrika		50	79	80		108 p
Asien		58	150	164		180 p
Australien und Ozeanien		3	14	6		18 p
Warenausfuhr (in Mio DM)		120	771	798	730 p	810 p
Warengruppen:						
darunter						
Ernährungswirtschaft		3	17	23		30 p
Gewerbliche Wirtschaft		117	754	775		780 p
• davon						
Rohstoffe		3	10	12		10 p
Halbwaren		24	51	59		50 p
Fertigwaren		90	693	704		720 p
• davon						
Vorerzeugnisse		20	83	87		95 p
Enderzeugnisse		70	610	617		625 p
Ländergruppen:						
darunter						
Europa		54	219	237		220 p
• davon						
EWG-Länder		4	12	14		
EFTA-Länder		35	104	109		
Sonstige Länder		15	103	114		
Außereuropa		64	550	559		588 p
• davon						
Amerika		36	269	270		240 p
• davon						
Nordamerika		10	128	128		
darunter USA		8	104	107		
Mittelamerika		5	32	27		
Südamerika		21	109	115		
Afrika		10	91	100		125 p
Asien		14	164	159		190 p
Australien und Ozeanien		4	26	30		30 p
Verkehr						
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 669	1 630	1 800 p	1 823 r
darunter deutsche Schiffe	1 027	526	989	951	1 000 p	1 087 r
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 746	1 696	1 850 p	1 896 r
darunter deutsche Schiffe	1 118	591	1 060	1 027	1 050 p	1 150 r
Raumgehalt der angekommenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 714	937	2 675	2 637	2 750 p	2 862 r
darunter deutsche Schiffe	873	128	742	748	770 p	782 r
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 712	936	2 676	2 608	2 800 p	2 868 r
darunter deutsche Schiffe	875	135	755	771	765 p	774 r

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1961	April 1962	März 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Verkehr						
b) Linienschifffahrt (Linien)¹)	184	176	255	255	248 p	248
davon						
Europa	102	84	72	72	72 p	72
Außereuropa	82	92	183	183	176 p	176
Reisen (Abfahrten)	728	319	734	705	780 p	790 r
darunter nach						
Europäischem Ausland	383	159	299	276	330 p	331 r
Amerika	72	54	176	175	185 p	189 r
Afrika	37	18	87	87	95 p	96 r
Asien	33	23	97	93	100 p	102 r
Australien	7	4	16	16	15 p	17 r
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	2 235	1 592	1 200 p	992
darunter nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			151	95	100 p	73
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			530	498	350 p	250
Nordamerika	2 882	446	778	656	450 p	102
Südamerika	1 286	231	374	185	200 p	371
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 834	2 224	1 850 p	803
darunter von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			120	102	100 p	47
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			475	462	300 p	330
Nordamerika	2 057	171	655	958	900 p	23
Südamerika	882	30	335	461	450 p	215
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)						
Empfang	1 521	620	1 855	1 888	1 958 p	1 976 r
dav. Massengut	980	429	1 350	1 365	1 400 p	1 396 r
dar. Mineralöle	307	162	789	793	777	777
Kohle	262	113	226	218		252
Getreide	133	70	139	167		127
Sackgut			126	111	150 p	149 r
Stückgut	541	191	379	412	408 p	431 r
Verkehrsbezirke:						
Inland	110	110	62	62	70 p	78 r
Europäisches Ausland	520	159	348	374	380 p	405 r
Außereuropa	891	351	1 445	1 452	1 508 p	1 493 r
darunter						
Nahost und Persischer Golf		128	480	444		432
Vereinigte Staaten von Amerika	171	78	323	304		341
Versand	626	299	635	617	502 p	634 r
davon						
Massengut	205	144	248	234	200 p	249 r
Sackgut			105	81	100 p	110 r
Stückgut	421	155	282	302	202 p	275 r
Verkehrsbezirke:						
Inland	149	32	75	79	65 p	92 r
Europäisches Ausland	302	170	301	294	235 p	232 r
Außereuropa	175	97	259	244	202 p	310 r
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 286	2 074	2 069	2 090
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 233	2 061	1 967	2 018
Tragfähigkeit der angekommenen Schiffe in 1000 t	879	362	643	622	562	576
Tragfähigkeit der abgegangenen Schiffe in 1000 t	845	344	626	633	523	564
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	296	284	258	230
darunter						
Bundesrepublik	77	101	251	225	219	186
davon						
Niederelbe	24	32	30	30	21	21
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	190	147	165	133
Mittellandkanal	0	7	31	48	33	32
Berlin (West)	7	25	10	10	12	13
Sowjetische Besatzungszone	155	3	18	26	3	8
Tschechoslowakei	42	22	17	23	24	23
Ausgang (in 1000 t)	504	121	243	292	222	279
darunter						
Bundesrepublik	59	81	117	135	130	148
davon						
Niederelbe	49	48	73	86	84	91
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	32	35	31	34
Mittellandkanal	0	1	12	14	15	23
Berlin (West)	29	28	58	55	58	75
Sowjetische Besatzungszone	268	2	36	47	11	10
Tschechoslowakei	34	10	32	55	23	46
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
			1960			
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 573	1 735		
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 573	1 738		
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	37 890	41 510		
darunter aus dem Ausland			13 922	14 328		
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	35 665	36 126		
darunter nach dem Ausland			13 545	13 282		
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	470,7	674		
darunter aus dem Ausland			219,0	415		
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	379,1	431		
darunter nach dem Ausland			173,8	159		
Angekommene Post in t	9,0	35,6	74,6	65		
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	78,7	68		
4. Bundesbahnverkehr						
			1961			
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9	497,4	452,0		
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8	471,9	419,0		
Gestellte Güterwagen		31 414	42 278	38 075	41 565	43 444

¹) Stand am Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1961	April 1962	März 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Verkehr						
5. Personen-Nahverkehr						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	10 872	11 133	10 263	10 312
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 789	13 352	13 762	14 849
Straßenbahn	13 799	23 498	15 614	15 952	13 991	15 024
Kraftomnibusse der HHA ¹⁾	1 083	2 028	7 835	7 544	8 280	8 870
Alsterdampfer	281	337	202	194	142	120
Dampfer der Hafendampfschiffahrt AG.	1 268	1 283	1 517	1 554 r	1 518	1 511
Kraftomnibusse der VHH AG. ²⁾	373	786	1 573	1 588	1 663	1 677
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	20	25	21	16
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	358	364	384	416
Private Kraftomnibusse	.	151	634	597	.	681
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung (im Verkehr befindlich) insgesamt ³⁾	82 080	59 100	245 051	232 630	260 544	252 608
darunter Personenkraftwagen ⁴⁾	39 260	25 948	197 421	182 470	212 359	205 504
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	3 989	4 122	5 464	6 282
darunter						
• Krafträder	232	221	87	173	108	74
• Personenkraftwagen	501	644	3 221	3 301	4 564	5 397
• Kombinationskraftwagen	.	.	257	254	350	339
• Lastkraftwagen	179	288	353	341	382	423
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	4 877	4 278	5 041	4 905
davon						
• mit Personenschaden ⁵⁾	459	426	1 050	975	993	901
• mit nur Sachschaden	406	632	3 827	3 303	4 048	4 004
• Getötete Personen	8	12	23	18	22	27
• Verletzte Personen	517	483	1 281	1 190	1 218	1 133
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken)						
(Beträge in Mio RM/DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute ⁶⁾						
Kredite an Nichtkreditinstitute						
am Monatsende		1 556,1	7 744,0	7 401,9	8 547,5	8 460,6
davon kurzfristige Kredite ⁷⁾		1 353,8	3 459,7	3 337,4	3 707,4	3 676,9
davon						
• an Wirtschaft und Private		1 328,7	3 213,1	3 098,8	3 463,0	3 448,4
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften		25,1	246,6	238,6	244,4	228,5
mittelfristige Kredite ⁸⁾ ⁹⁾		55,8	626,7	582,4	665,3	655,4
davon						
• an Wirtschaft und Private		55,6	549,0	508,0	584,9	574,9
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften		0,2	77,7	74,4	80,4	80,5
langfristige Kredite ⁸⁾ ⁹⁾		146,5	3 657,6	3 482,1	4 174,8	4 128,3
davon						
• an Wirtschaft und Private		146,0	3 315,4	3 154,6	3 802,4	3 758,1
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften		0,5	342,2	327,5	372,4	370,2
Kredite an Kreditinstitute						
am Monatsende		105,7	789,7	734,3	821,3	831,4
b) Einlagen bei den Kreditinstituten						
Einlagen von Nichtkreditinstituten						
am Monatsende		1 152,3	5 969,6	5 853,4	6 438,2	6 238,5
davon Sicht- und Termineinlagen		1 026,3	3 485,1	3 397,5	3 745,0	3 565,6
davon						
• von Wirtschaft und Privaten		848,0	2 997,2	2 937,8	3 068,7	2 841,4
• von öffentl.-rechtl. Körperschaften		178,3	487,9	459,7	676,3	724,2
Spareinlagen		126,0	2 484,5	2 455,9	2 693,2	2 672,9
Einlagen von Kreditinstituten						
am Monatsende		106,6	1 618,9	1 512,8	1 733,5	1 851,2
c) Sparverkehr						
Sämtliche Kreditinstitute ¹⁰⁾						
Spareinlagen am Monatsende		126,0	2 484,5	2 455,9	2 693,2	2 672,9
darunter						
• steuerbegünstigt		12,4	166,7	209,4	3,0	3,0
• prämienbegünstigt		—	100,2	90,2	151,1	147,3
Gutschriften		10,2	142,2	126,7	144,9	171,4
Lastschriften		7,3	134,2	129,6	124,8	145,7
Saldo der Gut- und Lastschriften		+ 2,9	+ 8,0	- 2,9	+ 20,1	+ 25,7
Zinsen		+ 2,6	+ 7,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,0
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste ¹¹⁾ (Zahl)		1 324	1 450	1 372	1 268	1 447
Betrag in 1000 RM/DM		1 194,0	1 040,3	829	1 081	1 113
Durchschnittsbetrag je protestierten Wechsel in RM/DM		902	718	604	852	769
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)						
• Konkurse	12	25	14	13	19	10
• Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	1	—	—
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)						
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	21 398	20 741	19 975	20 263
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	.	2 392	2 716	2 862	2 348	2 596
Haftbefehle zur Erzwungung des Offenbarungseides	.	848	1 135	977	1 103	1 280
Abgeleitete Offenbarungseide	.	124	338	302	368	394
d) Öffentliche Leihhäuser						
Verpfändungen ¹²⁾ , Zahl	19 155	13 214	3 858	3 981	3 830	3 958
RM/DM	298 306	384 610	181 810	207 381	197 473	205 391
Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 633	3 717	3 447	3 871
RM/DM	176 172	401 990	172 763	182 964	166 909	217 809

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 3) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 4) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 5) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 6) Ohne durchlaufende Mittel. — 7) 106 berichtspflichtige Institute. — 8) 89 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

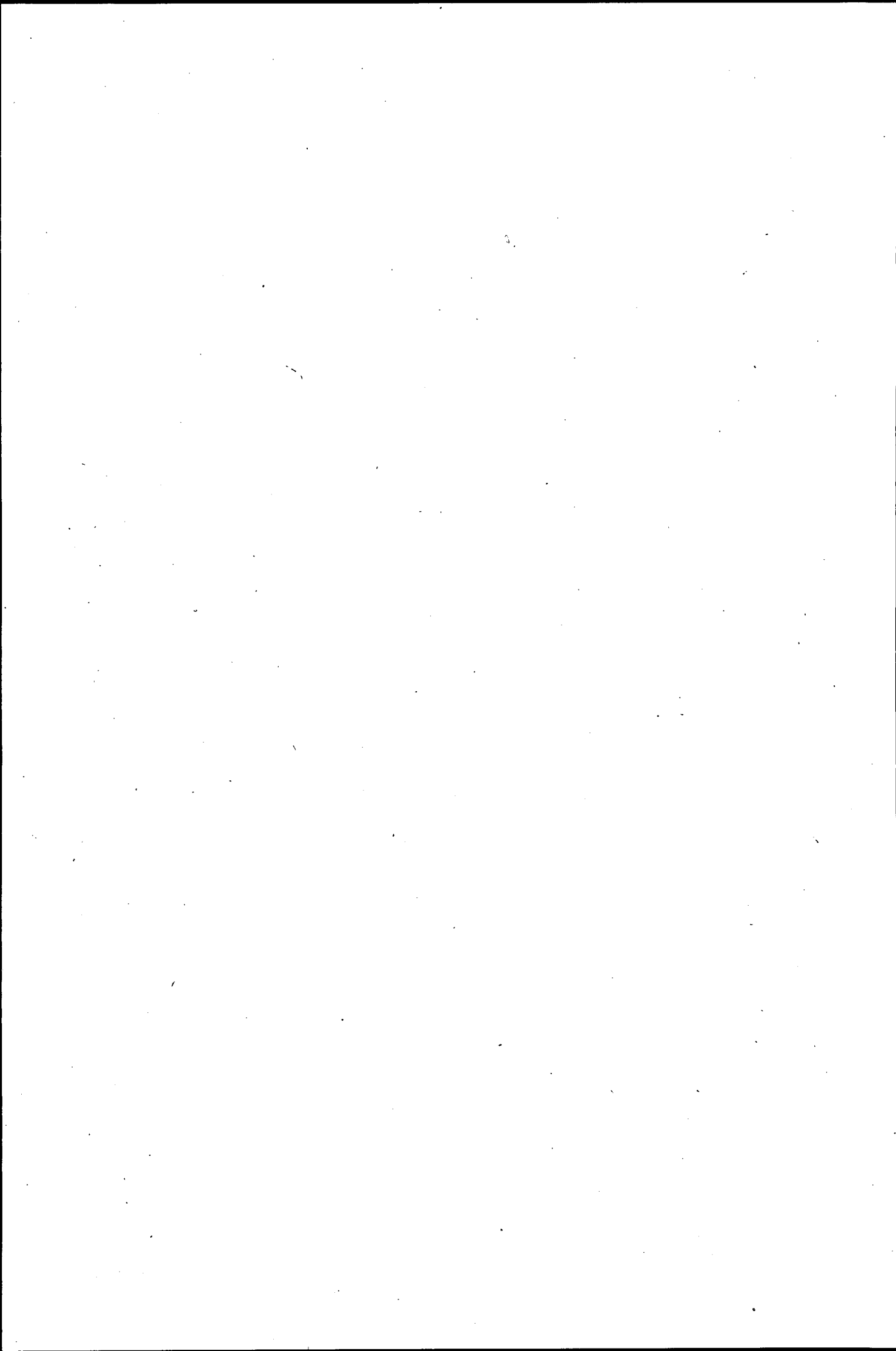
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1961	April 1962	März 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	.	.	167	168	168 ¹⁾	167
Kapital in Mio DM	.	.	3 453,9	3 433,9	3 263,5	3 262,8
Gesellschaften m. b. H., Zahl	.	.	3 228	3 209	3 352	3 337 r
Kapital in Mio DM	.	.	2 229,4	2 213,9	2 372,9	2 363,7 r
Steuern ²⁾						
1. Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ³⁾						
a) Bundessteuern						
Umsatzsteuer	9 363	22 996	67 055	68 225	68 239	58 988
Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	17 587	16 925	19 782	34 216
Beförderungsteuer	79	943	1 295	1 268	1 199	1 155
Notopfer Berlin	.	1 749	292	765	62	406
Zölle	45 572	17 772	72 426	112 932	83 861	51 836
Verbrauchssteuern	31 925	42 968	173 112	152 578	153 230	169 862
davon						
Tabaksteuer	24 492	32 535	64 636	59 838	60 430	69 268
Kaffeesteuer	..	5 831	19 121	15 494	7 895	29 181
Teesteuer	..	521	744	791	472	803
Branntweinmonopol ⁴⁾	249	2 514	4 277	5 242	5 541	3 976
Mineralölsteuer	51	871	84 115	71 050	78 688	66 366
Sonstige Verbrauchssteuern	7 133	697	220	162	204	267
Summe der Bundessteuern	..	89 211	331 767	352 694	326 372	316 463
Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 ⁵⁾	8 286	4 909	15 676	4 000
davon						
Vermögensabgabe	..	5 352	6 375	577	7 466	1 290
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 426	3 243	4 845	2 632
Kreditgewinnabgabe	485	1 088	3 365	78
b) Landessteuern						
Lohnsteuer	7 390	10 051	58 839	48 758	56 351	48 298
Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	56 782	29 920	29 397	128 581
Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	6 273	2 997	4 527	6 376
Körperschaftsteuer	8 928	9 544	39 444	13 201	10 644	102 961
Summe der Eink.- und Körperschaftsteuer	33 902	29 097	161 338	94 876	100 919	286 216
darunter an den Bund abgeführt	56 468	33 206	35 322	100 175
Mithin:						
Hamburg daraus verbliebene Einnahmen	104 870	61 669	65 597	186 040
Vermögensteuer	1 513	466	8 686	1 066	3 398	2 168
Erbschaftsteuer	469	63	1 407	932	778	4 154
Grundwerbsteuer	398	135	1 099	964	1 019	1 261
Kapitalverkehrssteuer	227	179	2 103	1 346	1 559	1 363
Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	5 522	6 871	6 959	6 389
Versicherungssteuer	559	847	3 052	3 279	3 550	3 049
Rennwett- und Lotteriesteuer	452	820	1 643	1 480	1 613	1 468
Wechselsteuer	0	536	690	782	779	654
Feuerschutzsteuer	15	127	1 159	395	— 225	386
Biersteuer	792	870	1 879	1 465	1 416	1 481
Summe der Landessteuern	..	34 461	187 663	113 456	121 766	308 588
c) Gemeindesteuern						
Realsteuern	9 974	8 666	43 157	19 191	23 155	13 033
davon						
Grundsteuer A	50	42	44	7	7	22
Grundsteuer B	4 538	3 365	4 590	440	553	943
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	34 358	7 752	10 679	11 913
Gewerbsteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	4 165	10 991	11 916	155
Gewerbsteuerzuschüsse	24	29	322	—	—	—
Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	952	1 251	1 110	655
darunter						
Kinosteuer	123	497	456	469	379	430
Übrige Vergnügungssteuer	106	146	268	309	311	166
Hundesteuer	68	132	227	473	419	59
Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	44 109	20 442	24 265	13 688
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	3 696	3 573	3 831	3 867
a) Feueralarme	187	185	224	221	459	377
davon						
falsche Alarme und Unfugmeldungen	49	39	43	47	68	68
bekämpfte Brände	138	146	181	174	391	309
davon						
Großbrände	10	4	11	5	21	14
Mittelbrände	17	14	24	17	78	50
Kleinbrände	88	114	63	73	175	139
Entstehungsbrände	73	68	106	89
Schornsteinbrände	..	10	10	11	11	17
b) Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	3 474	3 352	3 372	3 490
darunter bei						
Straßen- und Verkehrsunfällen	..	314	1 044	1 040	998	1 016
Betriebsunfällen	..	235	540	521	465	523
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	..	976	3 238	3 155	3 157	3 285
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	..	5 625	4 967	4 866	4 687	5 454
Beförderte Personen	..	6 449	5 179	5 036	4 942	5 829

¹⁾ Außerdem eine AG. mit einem Grundkapital von 1,5 Mio RM. — ²⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — ³⁾ Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — ⁴⁾ Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — ⁵⁾ Einschl. Soforthilfsonderabgabe.

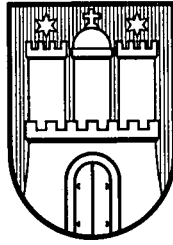
Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			April 1961	April 1962	März 1962	
	1938	1950	1961				
Nach: Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
3. Feststellungen der Polizei							
Der Kriminalpolizei bekannt gewordene Straftaten		5 443 r	7 516	7 574	7 061	6 788	
darunter							
Sittlichkeitsdelikte		142 r	197	171	144	173	
Mord und Totschlag		2 r	3	7	4	5	
Fahrlässige Tötung		11 r	14	11	12	22	
Körperverletzung ¹⁾		32 r	65	74	58	71	
Einfacher Diebstahl		2 416 r	3 439	3 497	3 134	2 891	
Schwerer Diebstahl		558 r	1 247	1 255	1 312	1 112	
Diebstähle zusammen		2 974 r	4 686	4 752	4 446	4 003	
darunter							
von Kraftfahrzeugen (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)		36 r	197	195	200	156	
von Fahrrädern, Mopeds (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)		202 r	661	580	384	387	
Taschendiebstahl		78 r	37	27	10	30	
Unterschlagung		357 r	253	266	218	234	
Raub und Erpressung		11 r	37	33	40	27	
Begünstigung und Hehlerei		99 r	91	78	108	50	
Betrug und Untreue		607 r	755	698	706	818	
Brandstiftung		39 r	26	27	49	44	
Münzdelikte		13 r	1	4	2	-	
Übertretung der Verkehrsordnung		22 902	39 177	37 821	33 597	27 316	
davon							
Strafanzügen		10 060	9 259	9 511	5 748	4 935	
Gebührenpflichtige Verwarnungen			29 918	28 310	27 849	22 381	
4. Rechtskräftig Abgeurteilte							
Abgeurteilte insgesamt		1 316	1 940	1 975	1 574 ²⁾	2 029	
a) Erwachsene nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt		1 229	1 525	1 603	1 251	1 593	
b) Heranwachsende nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt			178	156	101	157	
c) Jugendliche nach Jugendstrafrecht abgeurteilt		87	154	136	155	184	
d) Heranwachsende nach Jugendstrafrecht abgeurteilt			83	80	67	95	
darunter							
Widerstand gegen die Staatsgewalt		12	12	11	8	10	
Fahrerflucht		6	52	39	53	74	
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie		4	43	43	43	39	
Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit		51	50	41	43	68	
Beleidigung, üble Nachrede		24	22	24	12	28	
Verbrechen und Vergehen wider das Leben		9	11	12	5	8	
Körperverletzung		52	141	153	104	163	
Einfacher Diebstahl		324	285	295	247	323	
Schwerer Diebstahl		80	80	82	111	99	
Einfacher und schwerer Diebstahl im Rückfall		79	55	47	59	60	
Unterschlagung		70	69	66	59	73	
Raub und Erpressung		9	14	17	18	10	
Begünstigung und Hehlerei		68	40	32	35	30	
Betrug und Untreue		92	163	136	152	190	
Urkundenfälschung		19	17	11	13	17	
Vergehen gegen das StVG.		53	299	311	189	326	
Löhne und Gehälter³⁾							
1. Arbeiterverdienste in der Industrie⁴⁾				Februar 1961	Februar 1962	November 1961	
• Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51,38	76,52	164,65	155,05	171,80	173,51
	weiblich	26,99	43,84	98,93	95,50	107,69	103,53
• Bruttostundenverdienste in Rpf/Pf	männlich	99,9	156,7	355,0	336,8	377,9	372,4
	weiblich	56,9	96,6	228,0	220,3	251,7	238,5
• Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	46,4	46,0	45,5	46,6
	weiblich	47,4	45,4	43,4	43,4	42,8	43,4
• Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich			42,8	45,4	44,2	44,2
	weiblich			39,9	42,9	41,7	41,0
2. Angestelltenverdienste (Erfultmonatsverdienste in DM)							
Industrie ⁴⁾							
• Kaufmännische Angestellte	männlich			791	773	844	816
	weiblich			538	522	581	560
• Technische Angestellte	männlich			913	885	967	942
	weiblich			551	537	592	568
Handel, Geld- und Versicherungswesen							
• Kaufmännische Angestellte	männlich			754	737	800	784
	weiblich			495	486	534	516
• Technische Angestellte	männlich			767	750	801	780
	weiblich			663	671	671	664
Industrie u. Handel, Geld- u. Versicherungswesen							
• Kaufmännische Angestellte	männlich			761	744	809	791
	weiblich			503	493	544	524
• Technische Angestellte	männlich			895	868	946	921
	weiblich			560	547	598	577

¹⁾ Ohne §§ 223 und 230. — ²⁾ Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) April 1962 4 Jugendliche und 5 Heranwachsende. — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) April 1962 15 Jugendliche. — ³⁾ 1938 = September 1938, 1950 und 1961 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — ⁴⁾ Einschl. Energiewirtschaft und Hoch-, Tief- und Ingenieurbau.



HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1962

Juli-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Umsätze der hamburgischen Industrie im Jahre 1961

Für den Wirtschaftspolitiker bilden die Umsätze einen der bemerkenswertesten Tatbestände. Von besonderer Bedeutung ist eine Statistik der Umsatzwerte zumal in einer Marktwirtschaft. Mit ihren Erzeugnissen erscheinen die Unternehmen auf dem Markt, treten mit anderen Unternehmen der Volkswirtschaft in Verbindung, wirken auf sie ein und werden von ihnen beeinflusst. Mit dem Generalnenner „Umsatz“ läßt sich ein Bild von der Marktleistung aller wirtschaftlichen Bereiche gewinnen und darstellen, in welchem Umfang die verschiedenen Wirtschaftsbereiche in den Wirtschaftsablauf eingeschaltet sind.

Außer der Umsatzsteuerstatistik, die einen möglichst umfassenden Überblick über alle Bereiche der Wirtschaft zu geben sucht, erhebt eine Reihe von Spezialstatistiken ebenfalls Umsatzwerte. Während die Umsatzsteuerstatistik Jahreszahlen errechnet, arbeiten die anderen Statistiken mit Monatsdaten. Zumeist begnügen sich diese Statistiken damit, für eine repräsentative Auswahl von Unternehmen die monatlichen Umsätze festzustellen und auf dieser Grundlage Meßziffern über die Umsatzentwicklung der verschiedenen Wirtschaftszweige zu ermitteln. So arbeiten die Umsatzstatistiken im Groß- und Außenhandel, im Einzelhandel, im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe.

Anders steht es mit der Industrie. Ihre Umsätze werden besonders eingehend beobachtet. Die auf dem Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe v. 15. 7. 1957 (BGBl. I, S. 720) in der Fassung vom 26. 4. 1961 (BGBl. I, S. 477) beruhende monatliche Industrieberichterstattung hat als Ziel, die Bedeutung sämtlicher Industriezweige im Gesamtgefüge der Volkswirtschaft zahlenmäßig zu erfassen. Sie ist daher auf mögliche Vollständigkeit aus und wendet sich bei ihren Erhebungen an alle Industriebetriebe, die regelmäßig 10 und mehr Personen beschäftigen. Das ist der überwiegende Teil der Industrie, gemessen am Umsatz und an den Beschäftigten. Die in den Monatserhebungen beiseite gelassenen Kleinbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten erzielen insgesamt

einen Umsatz, der in Hamburg etwa 2—3 % des Gesamtumsatzes der Industrie ausmacht. Der folgende Beitrag beschränkt sich auf den Kreis der Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten.

Die Erfassung des Umsatzes in der Industrieberichterstattung ist abgestellt auf den Wert „aller... anderen Firmen oder sonstigen Kunden in Rechnung gestellten Lieferungen und Leistungen (einschl. Reparaturen, Lohnarbeiten und Montagen)“¹⁾. Hieraus und aus der Tatsache, daß die Industrieberichterstattung auf den „Industriebetrieb“ ausgerichtet ist, ergibt sich eine Reihe von Konsequenzen, die zu beachten sind, wenn die Umsatzzahlen der Industrieberichterstattung richtig beurteilt werden sollen.

Erhebungseinheit der Industrieberichterstattung ist nicht das Unternehmen in seiner Gesamtheit, sondern der Betrieb im Sinne der örtlich zusammenliegenden Arbeitsstätte, und hier unter Umständen wiederum nicht der Betrieb als volle Einheit, sondern der „Produktionsbetrieb“. Das bedeutet, daß Unternehmen mit örtlich getrennten Produktionsbetrieben für jeden einzelnen Betrieb eine gesonderte Meldung zu erstatten haben. Ferner sind „nichtindustrielle Betriebsteile“, wie reine Handelsabteilungen, Transport- und Bauabteilungen, soweit sie überwiegend für fremde Rechnung arbeiten, landwirtschaftliche Betriebsteile usw. abzutrennen und nicht in die Meldung des Betriebes einzubeziehen.

Lieferungen innerhalb des gleichen Unternehmens von Betrieb zu Betrieb (etwa von Zwischenprodukten oder Teilen) erscheinen, da es sich nicht um Lieferungen über den Markt handelt, nicht in der Industrieberichterstattung, obwohl sie, aus der Sicht des jeweils berichtenden Betriebes betrachtet, den Marktlieferungen zumeist sehr ähnlich sind. Handelt es sich bei solchen firmeninternen Lieferungen bei dem belieferten Betrieb um einen nichtindustriellen Teil der Firma, der nicht in der Industrieberichterstattung erfaßt ist (unternehmenseigene Ladengeschäfte und dgl.), so hat der liefernde Produktionsbetrieb diese Lieferungen in seinem Umsatz zu melden, und zwar grundsätzlich zum Verkaufswert. Werden Umsätze

¹⁾ Vgl. Statistik des Hamburgischen Staates, Heft 55 „Hamburgs Industrie 1960, Ergebnisse der Industrieberichterstattung“. S. 1 ff.

örtlich getrennter Betriebe eines Unternehmens durch eine zentrale Buchhaltung festgestellt, so sollen diese Umsätze auf die einzelnen örtlichen Einheiten aufgeschlüsselt werden.

Entsprechend ihrer Ausrichtung auf den Bereich der industriellen Produktion unterscheidet die Industrieberichterstattung streng nach dem „Umsatz aus eigener Erzeugung“ und dem „sonstigen Umsatz“. Die Veröffentlichungen über die Industriestatistik enthalten nur den „Umsatz aus eigener Erzeugung“; der „sonstige Umsatz“ dient in der Erhebung als Kontrollzahl und wird außerdem für gewisse interne Berechnungen benutzt. Als „Umsatz aus eigener Erzeugung“ gelten alle Umsätze an Erzeugnissen (einschl. Reparaturen, Lohnarbeiten und Montagen), die in dem meldenden Betrieb oder in einem anderen Betrieb des gleichen Unternehmens hergestellt und durch den meldenden Betrieb abgesetzt worden sind. Dazu gehören auch die von fremden Unternehmen bezogenen Teile, die in eigene Erzeugnisse eingebaut sind und deren Preis im Rechnungswert der eigenen Erzeugnisse enthalten ist. Ferner sind zum „Umsatz aus eigener Erzeugung“ auch Umsätze an Erzeugnissen, die bei anderen Firmen in Lohnarbeit hergestellt worden sind, und Erlöse aus der Vermietung von selbst hergestellten Erzeugnissen (wie Mietmaschinen und Mietanlagen) zu rechnen. Der „sonstige Umsatz“ umfaßt alles übrige, insbesondere den Umsatz mit Handelsware, das sind Waren, die von anderen Unternehmen gekauft und ohne Be- und Verarbeitung oder ohne Einbau in eigene Erzeugnisse weiterverkauft werden. Daneben zählen zum „sonstigen Umsatz“ die Erlöse aus der Abgabe von Strom, Gas (außer Erdgas), Dampf und Wärme; aus dem Verkauf von Abfällen (z. B. Schrott, Gußbruch, Wollabfälle u. ä.); aus der Vermietung und Verpachtung von Grundstücken und Gebäuden (mit und ohne Betriebseinrichtungen) sowie Erlöse aus Lizenzverträgen u. ä. und aus der Veräußerung von Anlagegütern.

In den Meldungen zur Industrieberichterstattung sollen die Rechnungsbeträge (Fakturenwerte) angegeben werden. Diese Werte schließen darin enthaltene Verbrauchsteuern²⁾ ein, ebenso Frachtkosten, Verpackung, Porti usw., selbst wenn diese gesondert in Rechnung gestellt werden.

Die Umsätze werden getrennt nach Inlands-umsatz und Auslands-umsatz erhoben. Zum Inlands-umsatz zählen alle Umsätze mit Empfängern im Bundesgebiet, in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in Berlin (Ost und West) und mit den im Bundesgebiet stationierten Streitkräften. Als Auslands-umsatz gelten alle direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger im Ausland sowie Lieferungen an Firmen im Inland, die diese Waren ohne weitere Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen (Exporteure). In der Praxis wird der in der Industrieberichterstattung erscheinende Auslands-umsatz nicht ganz vollständig sein, da in den Industriebetrieben nicht in jedem Falle bekannt sein dürfte, ob ein an einen inländischen Empfänger geliefertes Erzeugnis nicht doch exportiert wird.

²⁾ Diese Verbrauchsteuern haben in Hamburg, insbesondere bei der Tabakverarbeitung und der Kaffeerösterei, ein erhebliches Gewicht, was bei der Beurteilung der Bedeutung dieser Industriezweige zu beachten ist.

Die Stellung der hamburgischen Industrie im Bundesgebiet

Die hamburgischen Industriebetriebe erzielten im Jahre 1961 einen Umsatz von insgesamt nahezu 12,8 Mrd. DM. Der für das gesamte Bundesgebiet (einschl. Saarland; ohne Westberlin) ausgewiesene Industrieumsatz betrug 277,9 Mrd. DM. An der Marktleistung der gesamten westdeutschen Industrie (in der oben beschriebenen Abgrenzung) hatten Hamburgs Industriebetriebe einen Anteil von 4,6 %. An der Bevölkerung des Bundesgebietes von 54,2 Mio Personen war Hamburgs Bevölkerung von 1,8 Mio Personen mit 3,4 % beteiligt. Hamburgs Industriebetriebe hatten also im Rahmen des Bundes ein stärkeres Gewicht als seine Bevölkerung.

In der Reihe der 10 Bundesländer hielt Hamburgs Industrie mit ihrem Umsatz von 12,8 Mrd. DM den sechsten Platz. Mit seiner Einwohnerzahl von 1,8 Mio Personen steht Hamburg dagegen in der Rangfolge der Länder zwei Stufen weiter zurück an achter Stelle. Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Niedersachsen nahmen nach den Industrieumsätzen die 5 Plätze vor Hamburg ein, und zwar in der angegebenen Reihenfolge. Während Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein in der Reihe der Industrieumsätze hinter Hamburg standen, hatten sie in der Reihe der Einwohnerzahlen die beiden Plätze vor Hamburg inne. Den Schluß in beiden Reihen bildete Bremen nach dem Saarland. Die Industrieumsätze und die Einwohnerzahlen zeigten zur Hauptsache eine nahezu gleichmäßige Reihenfolge der Bundesländer. Von den zwei Ausnahmen (siehe Tabelle 1) betrifft die eine die ausgetauschten Positionen der Länder Baden-Württemberg und Bayern in den beiden Reihen, die andere den nach vorn gerückten Platz Hamburgs bei den Industrieumsätzen.

Unterschiede zwischen den Anteilswerten an den Umsätzen der Industriebetriebe und an der Bevölkerung sind bei allen Ländern vorhanden. Richtung und Ausmaß dieser Unterschiede sind interessante Kennzeichen der Position der einzelnen Länder. Außer Bremen und Hamburg gehörten zu den Ländern mit höheren Anteilen an den Industrieumsätzen als an der Bevölkerung des Bundes auch die beiden größten Industrieländer des Bundesgebietes, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. In allen übrigen Bundesländern lagen die jeweiligen Anteilswerte für die industriellen Umsätze zum Teil beträchtlich unter denen der Einwohnerzahl. Hamburg hebt sich bei dieser Betrachtung in besonderer Weise heraus. Zumal in Nordrhein-Westfalen und in gewissem Umfange auch noch in Baden-Württemberg war der absolute Abstand zwischen der Anteilswert für den Industrieumsatz und derjenigen für die Einwohnerzahl mit 8,6 Punkten in Nordrhein-Westfalen und 1,9 Punkten in Baden-Württemberg zwar höher als in Hamburg mit 1,2 Punkten. Dem relativen Abstand zwischen den jeweiligen Anteilswerten nach hielt Hamburg mit 35,3 % die Spitze vor Bremen, bei dem der relative Abstand zwischen beiden Anteilswerten 23,0 % betrug, Nordrhein-Westfalen (22,6 %) und Baden-Württemberg (13,1 %).

Der hohe Industrialisierungsgrad Hamburgs wird auch durch eine andere Zahlenreihe beleuchtet. Die hamburgischen Industriebetriebe erzielten im Jahre

1961 einen Umsatz von 6 929 DM je Einwohner. Der Prokopfumsatz des Bundesgebietes betrug dagegen 5 127 DM. Über diesem Durchschnitt lagen noch die Umsätze je Einwohner in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Bremen und Baden-Württemberg. Keines dieser Länder erreichte jedoch die Quote Hamburgs. Während Nordrhein-Westfalen mit einem Umsatz von 6 615 DM je Person noch relativ dichtauf folgte, war der Abstand über die Bremer Quote von 6 309 DM gegenüber der Quote von Baden-Württemberg (5 820 DM) bereits auf über 1 000 DM gewachsen. Bei dem dann folgenden, bereits erheblich unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Prokopfumsatz Hessens (4 529 DM) verbreiterte sich der Abstand gegenüber Hamburg auf nahezu 2 500 DM. Mit seiner Quote von 6 929 DM Industrieumsatz je Einwohner im Jahr steht Hamburg unter den größeren Städten des Bundesgebietes jedoch noch keineswegs obenan. Städte wie Köln, Düsseldorf, Frankfurt, Dortmund und Augsburg lagen mit Hamburg etwa auf gleicher Höhe. Stuttgart, Duisburg, Gelsenkirchen und Krefeld wiesen Industrieumsätze je Einwohner aus, die zwischen rd. 8 000 bis 10 000 DM lagen, Mannheim kam auf bald 12 000 DM. Einen ganz außergewöhnlichen Satz erzielte Wolfsburg mit nahezu 45 000 DM.

Die Umsätze der hamburgischen Industrie nach Bereichen

Die Struktur der Industrie in Hamburg und im ganzen Bundesgebiet ist in vielen Zügen verschieden. Diese Unterschiede zeigen sich bereits deutlich in der Verteilung des Umsatzes auf die fünf Hauptgruppen der Industrie. Das Übergewicht besitzen im Bundesgebiet die Investitionsgüterindustrien sowie die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Dabei haben die Investitionsgüterindustrien einen knappen Vorsprung vor der anderen Hauptgruppe. An dem gesamten Umsatz der Industrie im Bundesgebiet von 277,9 Mrd. DM waren die Investitionsgüterindustrien im Jahre 1961 mit 34,3 % beteiligt, die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit 29,9 %, beide zusammen mit 64,2 %. Auch in Hamburg erreichten diese beiden Bereiche mit 61,8 % nahezu den gleichen Anteilssatz. Die Situation war hier jedoch insofern anders, als die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit 33,2 % einen — allerdings nicht sonderlich großen — Vorsprung vor den Investitionsgüterindustrien (28,6 %) hatten und außerdem die im Bundesgebiet mit einem Anteil von 13,4 % an vorletzter Stelle stehenden Nahrungs- und Genussmittelindustrien ein stärkeres Gewicht (30,5 %) hatten als die Investitionsgüterindustrien und in der hamburgischen Industrie den zweiten Platz einnahmen. In Hamburg standen damit drei etwa gleich große Industriebereiche nebeneinander. Neben diesen drei Bereichen trat die vierte Hauptgruppe der Industrie, die Verbrauchsgüterindustrie, weit zurück. Mit 7,7 % erreichte ihr Anteil am gesamten hamburgischen Industrieumsatz nur einen Bruchteil der Anteilsquoten der übrigen drei Bereiche und war zudem nicht ganz halb so groß wie der Beteiligungssatz der Verbrauchsgüterindustrien am Industrieumsatz im Bundesgebiet (18,5 %). Der im Bundesgebiet mit einem relativ niedrigen Anteil von 3,9 % auftretende Bergbau fehlt in Hamburg ganz.

Tab. 1
Umsatz der Industrie¹⁾ und Einwohnerzahl nach Bundesländern im Jahre 1961

Länder	Umsatz		Einwohner		Umsatz je Einwohner in DM
	in Mio DM	in %	Anzahl in Mio	in %	
	1	2	3	4	5
Schleswig-Holstein ...	7 009	2,5	2,3	4,3	3 015
Hamburg	12 764	4,6	1,8	3,4	6 929
Niedersachsen	27 960	10,1	6,6	12,2	4 233
Bremen	4 478	1,6	0,7	1,3	6 309
Nordrhein-Westfalen ..	105 678	38,0	16,0	29,4	6 615
Hessen	21 886	7,9	4,8	8,9	4 529
Rheinland-Pfalz	12 144	4,4	3,4	6,3	3 527
Baden-Württemberg ..	45 631	16,4	7,8	14,5	5 820
Bayern	35 678	12,8	9,6	17,7	3 725
Saarland	4 710	1,7	1,1	2,0	4 387
Bundesgebiet ohne Berlin	277 922	100	54,1	100	5 127

1) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten.

Gemessen an den Industrieumsätzen hat sich an der Stellung Hamburgs gegenüber dem Bund und den Ländern seit Jahren wenig geändert. Im Jahre 1950 hatten sich die Länder nach der Höhe des Anteils der industriellen Umsätze am Gesamtumsatz im Bundesgebiet in der gleichen Reihenfolge gruppiert wie auch 1961; Hamburg stand damals ebenso wie diesmal an sechster Stelle. War die Entwicklung der einzelnen Industriezweige in den vergangenen Jahren auch sehr unterschiedlich, ihr Einfluß auf die Zusammensetzung des Industrieumsatzes nach Ländern war gering. Die Anteile der Länder an dem gesamten industriellen Umsatz des Bundes verschieben sich zumeist um nicht mehr als um Bruchteile von Prozenten. Hamburgs Anteil an diesem Umsatz hatte sich seit 1950 von 4,8 % auf 4,6 % im Jahre 1961 vermindert bei in der Regel relativ geringen Schwankungen von Jahr zu Jahr.

Tab. 2
Umsatz der Industrie im Bundesgebiet¹⁾ und in Hamburg im Jahre 1961 nach Industriebereichen²⁾ (Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Industrie- hauptgruppe ²⁾	Umsatz				
	Bundesgebiet		Hamburg		
	in Mio DM	in %	in Mio DM	in %	in % des Bundesgebietes
	1	2	3	4	5
Bergbau	10 769	3,9	—	—	—
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien ..	83 122	29,9	4 233	33,2	5,1
Investitionsgüterindustrien	95 284	34,3	3 649	28,6	3,8
Verbrauchsgüterindustrien	51 502	18,5	988	7,7	1,9
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	37 245	13,4	3 894	30,5	10,5
Industrie insgesamt	277 922	100	12 764	100	4,6

1) Einschließlich Saarland; ohne West-Berlin. — 2) Aufgegliedert nach beteiligten Industriezweigen.

Stärker als an dem jeweiligen Umfang der einzelnen Industriebauptgruppen tritt der Strukturunterschied zwischen der hamburgischen Industrie und der des Bundes in der Zusammensetzung dieser Hauptgruppen hervor. In jeder dieser Gruppen zeichnen sich in Hamburg gewisse zumeist klar herausgehobene Schwerpunkte ab. In einer Reihe von Fällen finden diese Schwerpunkte zwar ein Gegenstück bei der gleichen Sparte in der Industrie des Bundes. An keiner Stelle heben sich diese Bereiche jedoch in der Bundesindustrie so stark heraus wie in Hamburg, zuweilen treten im Bund ganz andere Industriegruppen mit den höchsten Umsatzanteilen auf als in Hamburg. Das bedeutet, daß die Hamburger In-

dustrie mit stark ausgeprägten Schwerpunkten in stärkerem Maße von evtl. Sonderentwicklungen in den entsprechenden Industriezweigen betroffen wird als die Industrie im ganzen Bundesgebiet. Bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien hat in Hamburg die Mineralölverarbeitung ein hohes Übergewicht. Im Jahre 1961 war sie an dem Gesamtumsatz dieses Bereichs in Höhe von 4 233 Mio DM allein mit 2 187 Mio DM oder zu etwas mehr als der Hälfte beteiligt. Mit diesem Umsatz stand die Mineralölindustrie zugleich an der Spitze aller Industriegruppen in Hamburg. In der Industrie des Bundesgebietes hatte sie bei weitem nicht diese Bedeutung. Sie zählte mit einem Umsatz von

Tab. 3

Umsatz der Industrie im Bundesgebiet¹⁾ und in Hamburg im Jahre 1961 nach Industriebauptgruppen und Industriegruppen
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Industriebauptgruppen Industriegruppen	Umsatz						
	Bundesgebiet			Hamburg			
	in Mio DM	in %	in der Rangfolge	in Mio DM	in %	in der folge Rang-	in % des Bundesgebietes
	1	2	3	4	5	6	7
Bergbau	10 769	3,9	..	—	—	—	—
davon							
Kohlenbergbau	7 776	2,8	11	—	—	—	—
Übriger Bergbau	2 993	1,1	19	—	—	—	—
Grundstoff- u. Produktionsgüterind. ..	83 122	29,9	..	4 233	33,2		5,1
davon							
Industrie der Steine und Erden	8 331	3,0	9	116	0,9	18	1,4
Eisenschaffende Industrie	17 800	6,4	5	—	—	—	—
Ziehereien und Kaltwalzwerke	4 740	1,7	15	14	0,1	21	0,3
NE-Metallindustrie	4 685	1,7	16	427	3,3	10	9,1
Mineralölverarbeitung	8 774	3,2	8	2 187	17,1	1	24,9
Chemische Industrie	23 336	8,4	2	927	7,3	4	4,0
Kautschuk u. Asbest verarb. Ind. ..	3 691	1,3	18	449	3,5	8	12,2
Übrige Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	11 765	4,2	..	113	1,0	..	1,0
Investitionsgüterindustrien	95 284	34,3	..	3 649	28,6		3,8
davon							
Stahlbau	5 554	2,0	13	201	1,6	15	3,6
Maschinenbau	28 990	10,4	1	776	6,1	6	2,7
Fahrzeugbau	18 335	6,6	4	137	1,1	17	0,7
Schiffbau	2 448	0,9	21	793	6,2	5	32,4
Elektrotechnische Industrie	21 046	7,6	3	1 354	10,6	2	6,4
Eisen-, Blech- u. Metallwarenind. ..	11 027	4,0	7	227	1,8	13	2,1
Übrige Investitionsgüterindustrien ..	7 884	2,8	4	161	1,2	..	2,0
Verbrauchsgüterindustrien	51 502	18,5	..	988	7,7		1,9
davon							
Holzverarbeitende Industrie	5 702	2,1	12	50	0,4	20	0,9
Druckerei u. Vervielfältigungs-Ind. ..	4 320	1,6	17	383	3,0	11	8,9
Textilindustrie	16 929	6,1	6	117	0,9	19	0,7
Bekleidungsindustrie	8 010	2,9	10	137	1,1	16	1,7
Übrige Verbrauchsgüterindustrien ..	16 541	5,8	..	301	2,3	..	1,8
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	37 245	13,4	..	3 894	30,5		10,5
davon							
Süßwarenindustrie	2 655	1,0	20	214	1,7	14	8,1
Olmühlenindustrie	965	0,3	24	444	3,4	9	46,0
Margarineindustrie	1 193	0,4	23	276	2,2	12	23,2
Kaffeeverarbeitung	2 165	0,8	22	688	5,4	7	31,7
Tabakverarbeitung	4 839	1,7	14	1 205	9,4	3	24,9
Übrige Nahrungs- u. Genußmittelind.	25 428	9,2	..	1 067	8,4	..	4,2
Industrie insgesamt ²⁾	277 922	100	..	12 764	100	..	4,6

1) Einschließlich Saarland; ohne West-Berlin. — 2) Ohne Bauindustrie und öffentliche Energieversorgungsunternehmen.

8 774 Mio DM zwar auch hier mit zu den 10 bedeutendsten Industriegruppen. Unter ihnen nahm sie den achten Platz ein und lag damit erheblich weiter zurück als in Hamburg. Im Bund stand sie im Rahmen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien etwa mit der Industrie der Steine und Erden auf einer Stufe und rangierte beträchtlich hinter der Chemischen Industrie und der Eisenschaffenden Industrie, die mit 23 336 Mio DM bzw. 17 800 Mio DM etwa die Hälfte des gesamten Umsatzes der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie von 83 122 Mio DM stellten. Während in Hamburg die Eisenschaffende Industrie nicht vertreten ist, ist die Chemische Industrie die zweitwichtigste Sparte in der hamburgischen Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, an deren Umsatz sie im Jahre 1961 mit 927 Mio DM oder zu nicht ganz einem Fünftel beteiligt war. Unter den Zweigen der gesamten hamburgischen Industrie stand sie an vierter Stelle.

Von den Investitionsgüterindustrien Hamburgs lag die Elektrotechnische Industrie obenan. Neben ihr ragten Maschinenbau und Schiffbau hervor. Mit Umsätzen von 1 354, 776 bzw. 793 Mio DM stellten sie zusammen rd. vier Fünftel des gesamten Umsatzes von 3 649 Mio DM der hamburgischen Investitionsgüterindustrien. Unter den Gruppen der gesamten hamburgischen Industrie standen Elektroindustrie, Schiffbau und Maschinenbau an zweiter, fünfter und sechster Stelle. Während der Schiffbau im Bundesrahmen zu den Sparten mit den geringsten Umsätzen zählte und keinen besonderen Platz einnahm, gehörten Maschinenbau und Elektrotechnische Industrie zu den hervorragendsten Zweigen der Investitionsgüterindustrien im Bundesgebiet. Mit einem Umsatz von 28 990 Mio DM stand der Maschinenbau im Jahre 1961 an der Spitze unter den Industrien des Bundesgebietes. Die Elektroindustrie nahm mit 21 046 Mio DM Umsatz den dritten Platz ein. Neben ihnen standen anders als in Hamburg mit dem Fahrzeugbau und der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie zwei weitere Industriegruppen, die ebenfalls beträchtliche, wenn auch mit 18 335 bzw. 11 027 Mio DM nicht so hohe Umsätze auswiesen und im Rahmen der gesamten Industrie des Bundesgebietes an fünfter bzw. siebenter Stelle standen.

In den umfangreichen und vielgestaltigen Nahrungs- und Genußmittelindustrien Hamburgs steht die Tabakverarbeitung an der Spitze (allerdings vorwiegend auf Grund des hohen Anteils an Verbrauchsteuern). Mit einem Umsatz von 1 205 Mio DM kam sie im Gesamtrahmen der hamburgischen Industrie auf den dritten Platz hinter der Mineralölverarbeitung und der Elektroindustrie. Unter den übrigen Sparten dieser Industriehauptgruppe haben noch die Kaffeeröstereien, die Ölmöhlen, die Margarineindustrie und die Süßwarenindustrie gewisse Bedeutung. Auch von den Nahrungs- und Genußmittelindustrien des Bundes hatte die Tabakverarbeitung mit 4 839 Mio DM den höchsten Umsatz. Nach ihr rangierten jedoch anders als in Hamburg Molkereien und Brauereien. Insgesamt zeigten sich im Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrie im Bundesgebiet keine so ausgeprägten Schwerpunkte wie in Hamburg.

Die Verbrauchsgüterindustrien verfügten in Hamburg allein in den Druckereien über einen Industriezweig

von einem gewissen Umfang. Mit einem Umsatz von 383 Mio DM stand dieser Industriezweig im Jahre 1961 an elfter Stelle unter den hamburgischen Industrien. Textilindustrie und Bekleidungsindustrie, die im Bundesgebiet 1961 mit Umsätzen von 16 929 und 8 010 Mio DM den sechsten und elften Platz unter den Industriezweigen einnahmen, gehörten in Hamburg zu den Industriezweigen von geringem Umfang, die 1961 mit 117 bzw. 137 Mio DM einen Anteil von 0,9 oder 1,1 % am gesamten Umsatz der hamburgischen Industrie erzielt hatten.

Strukturveränderungen in den letzten 10 Jahren

Die Umsätze der hamburgischen Industrie hatten sich in den letzten 10 Jahren ständig erhöht — mit Ausnahme des Jahres 1961, in dem der Industrieumsatz um 0,9 % geringer war als im Jahre 1960. Die Zuwachsraten in den einzelnen Jahren bewegten sich zwischen 400 und 1 500 Mio DM oder 6 bis 17 %. Für den Durchschnitt der Jahre läßt sich eine jährliche Zuwachsrate von 9,3 % errechnen. Dabei wurde in der ersten Hälfte des Dezenniums ein Zuwachs von jährlich 12,0 % erzielt, in der zweiten Hälfte einer von jährlich 6,6 %.

In den einzelnen Industriegruppen streuten die Zuwachsraten beträchtlich um diese Durchschnittswerte. Besonders hohe Zuwachsraten erzielten Mineralölverarbeitung, Schiffbau, Elektroindustrie, Maschinenbau, Kaffeeröstereien und Chemische Industrie. Ölmöhlen, Margarine-Industrie, NE-Metallindustrie, Fischverarbeitung, Textilindustrie wiesen dagegen häufig Umsatzeinbußen aus.

Die Differenzierung der Umsatzentwicklung in den einzelnen Industriezweigen hat zu einer Reihe von Verschiebungen in der Struktur der hamburgischen Industrie geführt. An den Grundzügen dieser Struktur änderte sich durch diese Verschiebungen jedoch nicht sonderlich viel. Soweit sich die Anteilssätze ganzer Bereiche oder einzelner Sparten änderten, geschah dies zumeist in relativ engen Grenzen. Relativ wenig änderte sich insbesondere an der Zugehörigkeit der einzelnen Industriezweige zu bestimmten Größenklassen, wenn sich auch die Plätze der einzelnen Sparten innerhalb dieser Klassen zum Teil beträchtlich verschoben. So änderte sich auch die Zusammensetzung der Gruppe der 12 größten Industriezweige Hamburgs nicht, während sich die Reihenfolge der einzelnen Industriezweige und ihre Größe in dieser Klasse beträchtlich wandelte. Insgesamt ist in der hamburgischen Industrie der Anteil der Industriegruppen mit engen oder sich verengenden Märkten geringer geworden. Auf der anderen Seite sind die Anteile von Industriegruppen der verschiedensten Marktbereiche gestiegen. Wenn sich die Entwicklung der hamburgischen Industrie auf den ersten Blick vorwiegend auf die Entwicklung der Produktion einiger weniger Produkte wie Treibstoffe, Zigaretten, Seeschiffe, Kaffee und Autoreifen zu stützen scheint, so zeigt sich bei näherer Betrachtung, daß bei der Vielzahl der in Hamburgs Industrie vorhandenen Sparten eine solche einseitige Abhängigkeit von einigen wenigen Märkten nicht zu beurteilen braucht, weil das Gewicht der wenigen großen Industriezweige durch die Gewichte vieler kleiner Industriezweige in der Waage gehalten wird.

Tab. 4

**Umsatz der hamburgischen Industrie
in den Jahren 1952, 1956 und 1961
nach Industriehauptgruppen und Industriegruppen
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)**

Industriehauptgruppen Industriegruppen	Umsatz			
	1961		1956	1952
	in Mio DM	in %	in %	in %
	1	2	3	4
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	4 233	33,2	32,5	32,6
davon				
Industrie der Steine u. Erden	116	0,9	0,7	0,7
Ziehereien u. Kaltwalzwerke	14	0,1	0,1	0,2
NE-Metallindustrie	427	3,3	5,9	6,2
Mineralölverarbeitung	2 187	17,1	15,1	13,7
Chemische Industrie	927	7,3	6,8	6,8
Kautschuk u. Asbest verarbeitende Industrie	449	3,5	3,2	4,1
Übrige Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrien	113	1,0	0,7	0,9
Investitionsgüterindustrien	3 649	28,6	26,1	22,6
davon				
Stahlbau	201	1,6	1,7	1,3
Maschinenbau	776	6,1	5,6	6,1
Fahrzeugbau	137	1,1	1,1	1,8
Schiffbau	793	6,2	6,8	5,3
Elektrotechnische Industrie	1 354	10,6	8,4	4,8
Eisen-, Blech- u. Metallwarenindustrie	227	1,8	1,6	2,3
Übrige Investitionsgüterindustrie	161	1,2	0,9	1,0
Verbrauchsgüterindustrien	988	7,7	8,1	9,1
davon				
Holzverarbeitende Industrie	50	0,4	0,5	0,6
Druckerei u. Vervielfältigungs-Industrie	383	3,0	2,4	2,4
Textilindustrie	117	0,9	1,3	2,0
Bekleidungsindustrie	137	1,1	1,3	1,6
Übrige Verbrauchsgüterindustrie	301	2,3	2,6	2,5
Nahrungs- u. Genußmittelindustrien	3 894	30,5	33,3	35,7
davon				
Süßwarenindustrie	214	1,7	1,5	1,9
Ölmühlenindustrie	444	3,4	5,1	5,1
Margarineindustrie	276	2,2	3,5	4,4
Kaffeeverarbeitung	688	5,4	4,1	2,4
Tabakverarbeitung	1 205	9,4	10,0	11,3
Übrige Nahrungs- u. Genußmittelindustrien	1 067	8,4	9,1	10,6
Industrie insgesamt ¹⁾	12 764	100	100	100

¹⁾ Ohne Bauindustrie und öffentliche Energieversorgungsunternehmen.

Im Jahre 1952 standen nach ihrem Anteil am gesamten Umsatz der hamburgischen Industrie die Nahrungs- und Genußmittelindustrien an erster Stelle vor den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, vor allem auf Grund der hohen Anteile der Tabakverarbeitung, der Ölmühlenindustrie und der Margarine-Industrie. Im Jahre 1961 waren die Nahrungs- und Genußmittelindustrien auf den zweiten Platz hinter den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien gerückt, da mit Ausnahme der Kaffeeverarbeitung, die ihren Anteil mehr als verdoppelte, die Anteile der übrigen Nahrungs- und Genußmittelindustrien geringer waren als in den Jahren zuvor.

Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien waren auf den ersten Platz vor den Nahrungs- und Genußmittelindustrien gekommen, ohne ihren Anteil an den Umsätzen der hamburgischen Industrie wesentlich erhöht zu haben. Lediglich die stärkste Gruppe dieses Bereichs, die Mineralölverarbeitung, hatte ihren Anteil erheblich vergrößern können. Diesem Zuwachs standen Anteilseinbußen der NE-Metallindustrie sowie der Kautschuk- und Asbestverarbeitung gegenüber.

Die Investitionsgüterindustrien erhöhten dagegen ihren Anteil, der 1952 22,6 % betragen hatte, auf

28,6 %. Dieser Zuwachs ist insbesondere der Elektroindustrie zuzuschreiben, deren Anteil von 4,8 % auf 10,6 % stieg (bis zu einem gewissen Grade wurde diese Tendenz allerdings verstärkt durch Verbesserungen in den Methoden zur Erfassung und Verrechnung der Umsätze bei elf Großunternehmen dieser Branche). Auf höhere Anteile als 1952 kam 1961 auch der Schiffbau.

Außer der Nahrungs- und Genußmittelindustrie verringerte sich der bereits 1952 relativ niedrige Anteil der Verbrauchsgüterindustrien von 9,1 % auf 7,7 % im Jahre 1961. Abgesehen von den Druckereien, die einen Zuwachs auswiesen, war die Mehrzahl der Industriezweige dieses Bereichs an der Einbuße beteiligt.

Die Klasse der zwölf Industriegruppen mit den höchsten Anteilen am Umsatz der hamburgischen Industrie umfaßt seit 1952 gleichbleibend folgende Industriezweige: Mineralölverarbeitung, Elektrotechnische Industrie, Tabakverarbeitung, Chemische Industrie, Schiffbau, Maschinenbau, Kaffeeverarbeitung, Kautschukverarbeitung, Ölmühlenindustrie, NE-Metallindustrie, Druckereien und Margarineindustrie. Eine einzige Sparte hatte durchgehend den ersten Platz inne, die Mineralölindustrie. Die ihr im Jahre 1961 auf dem zweiten Platz folgende Elektrotechnische Industrie ist ein Beispiel für die starken Verschiebungen innerhalb des Bereichs der größeren Industriegruppen. Sie hatte 1952 an achter Stelle gestanden. Ein weiteres Beispiel ist die NE-Metallindustrie, die 1952 den vierten Platz innegehabt hatte, im Jahre 1956 an sechster und 1961 an zehnter Stelle erschien. Kaffeeverarbeitung und Kautschukverarbeitung rückten dagegen von dem elften auf den siebenten bzw. von dem zehnten auf den achten Platz. Die Margarineindustrie, 1952 an neunter, stand 1961 an zwölfter Stelle.

Der Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie

An der Entwicklung des Umsatzes einer Reihe von Industriegruppen in Hamburg war in besonderem Maße der Auslandsumsatz beteiligt. Wie auch sonst im Bundesgebiet, ist die Exportleistung der hamburgischen Industrie während der letzten Jahre erheblich gestiegen. Im Jahre 1950 war der Anteil des Auslandsumsatzes von 154 Mio DM am Gesamtumsatz der hamburgischen Industrie mit 3,8 % noch relativ gering. Im Jahre 1951 hatte er sich dagegen nahezu verdoppelt auf 7,1 %, erreichte 1952 10,1 %, seit 1957 hielt er sich zwischen 12 und 13 %. Der Auslandsumsatz des Jahres 1961 betrug 1,6 Mrd. DM, sein Anteil am Gesamtumsatz 12,4 %.

An dem Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie war die Mehrzahl der Industriegruppen beteiligt. Den Hauptteil der Exportleistung stellten jedoch relativ wenige Industriegruppen. Sechs Sparten erbrachten 80 % der Gesamtsumme. Drei von ihnen – Schiffbau, Maschinenbau und Elektrotechnische Industrie – erzielten mit 833 Mio DM etwas mehr als die Hälfte des gesamten Auslandsumsatzes.

Von den 1 523 hamburgischen Industriebetrieben arbeiteten rund 600 für die Ausfuhr. Von den rd. 170 000 Beschäftigten dieser Betriebe ³⁾ waren etwa 40 000 für den Export tätig. An den 9,4 Mrd. DM Umsatz dieser

³⁾ In der hamburgischen Industrie arbeiteten 1961 rd. 234 000 Personen.

Tab. 5

Auslandsatz der hamburgischen Industrie im Jahre 1961 in Millionen DM

Industriegruppen	Umsatz insgesamt in Mio DM	darunter Auslandsumsatz		
		in Mio DM	in %	in % des Umsatzes insgesamt
	1	2	3	4
Schiffbau	793	342	21,6	43,1
Maschinenbau	776	275	17,4	35,4
Elektroindustrie	1 354	216	13,7	16,0
Mineralölindustrie	2 187	198	12,6	9,1
Chemische Industrie	927	130	8,2	14,0
NE-Metallindustrie	427	108	6,9	25,3
Ölmühlenindustrie	444	59	3,7	13,1
Kautschuk u. Asbest verarbeitende Industrie ..	449	37	2,3	8,1
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie ..	227	23	1,4	10,0
Feinmechanik und Optik.	69	21	1,4	31,0
Stahlbau	201	15	0,9	7,2
Textilindustrie	117	11	0,7	9,6
Kunststoffverarbeitende Industrie	76	10	0,6	13,1
Übrige exportierende Gruppen	4 200	136	8,6	3,2
Übrige Industrie	517	—	—	—
Industrie insgesamt	12 764	1 581	100	12,4

Betriebe war der Auslandsatz von 1,6 Mrd. DM mit 16,9 % beteiligt. Die Bedeutung des Exports für

diese einzelnen Betriebe schwankte zwischen 100 und nicht ganz 1 %. Nach dieser Bedeutung lassen sich die am Export beteiligten Betriebe gruppieren.

Tab. 6

Betriebe der hamburgischen Industrie, ihr Umsatz und ihr Auslandsatz im Jahre 1961 nach den Anteilklassen des Auslandsatzes am Gesamtumsatz

Anteil des Auslandsatzes am Gesamtumsatz	Betriebe Anzahl	Gesamtumsatz in Mio DM	Auslandsatz	
			in Mio DM	durchschn. Anteil am Gesamtumsatz
0,1— 9 %	287	4 100	168	4,1
10 —24 %	127	3 427	585	17,1
25 —49 %	115	1 189	411	34,5
50 —74 %	49	533	333	62,5
75 % und mehr	18	107	84	78,3
Betriebe insgesamt	596	9 356	1 581	16,9

Unter diesen 596 Betrieben waren 17 der insgesamt 37 hamburgischen Werften, und zwar insbesondere alle Seeschiffswerften, 120 der 162 Betriebe des Maschinenbaus und 44 der 87 Betriebe der Elektrotechnischen Industrie, außerdem 95 Betriebe der Chemischen Industrie und 41 der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie.

Willi Lellau

Der Bauüberhang in Hamburg am Jahresbeginn 1962

Vorbemerkungen

Das Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit vom 20. August 1960 (BGBl. I, S. 704) ordnet im § 2 Abs. 2 Feststellungen über den Bauzustand der zum Bau genehmigten, aber am Jahresende noch nicht als fertiggestellt registrierten Bauvorhaben (Bauüberhang) an. Diese Bauüberhangserhebungen dienen dem Nachweis der effektiven Jahresbauleistung, da sie um die Jahreswende den Vorrat an Bautätigkeit aufzeigen, der im abgelaufenen Baujahr oder bereits früher über die abgeschlossenen Vorhaben hinaus entstanden ist und voraussichtlich im kommenden Jahr verhältnismäßig früh seinen Niederschlag in der Fertigstellungsstatistik finden wird. Die Gliederung der am Jahresende im Bau befindlichen Vorhaben in solche, die bereits unter Dach, also rohbaufertig sind, und in diejenigen, die bereits im Bau, aber noch nicht unter Dach sind, gibt wichtige Hinweise über den Stand des Baufortschritts. Für die zeitliche Beobachtung der Bauabwicklung bedeutungsvoll ist der Anteil von Bauten, deren Errichtung zwar von den Bauprüf- abteilungen bzw. Bauämtern bereits genehmigt ist, deren Ausführung aber noch nicht begonnen wurde. Auch bei diesen Vorhaben haben die Bauherren ihre baldige Bauabsicht schon sehr konkret bekundet, da die Einreichung der Bauanträge bei den Bauämtern eingehende Vorplanung über das Grundstück, die Bauausführung usw. erfordert. Spätestens ein Jahr nach der Genehmigung muß mit der Bauausführung begonnen werden, da sonst die Genehmigung erlischt¹⁾; auf Antrag kann die Gültigkeit der Genehmigung allerdings verlängert werden. Um den zeitlichen Ablauf des Baugeschehens, die tatsächliche Inanspruchnahme der Baukapazität und die künftige Entwicklung auf dem Baumarkt besser beurteilen zu können, werden alle bei der Überhangserhebung erfaßten Vorhaben nach dem Datum der Baugenehmigung gegliedert.

Um Anhaltspunkte über das Volumen des Bauvorrates zu erhalten, werden seit 1959 in Hamburg für die am Jahresende noch nicht fertiggestellten Wohn- und Nichtwohnbauten auch die veranschlagten reinen Baukosten nachgewiesen, wie sie in den Baugenehmigungszählkarten angegeben sind. Die Kosten für die Grundstücke und deren Aufschließung, Außenanlagen, Baunebenkosten und Betriebseinrichtungen sind in diesem Bauaufwand also nicht enthalten. Bei Beurteilung der Höhe des am Jahresende 1961 noch anhängigen Bauvolumens — rd. 841 Mio DM für Wohn- und 639 Mio DM für Nichtwohnbauten — ist zu beachten, daß darin der Bauaufwand für Umbauten, Ausbau- und Erweiterungsmaßnahmen nicht vollständig enthalten ist. Nach den Richtlinien des Statistischen Bundesamtes sind die Umbauten usw. von der Bauüberhangserhebung ausgenommen, welche nur Teile einer Wohnung betreffen und Nichtwohnbauten, sofern sie weder ein ganzes Gebäude noch mindestens eine ganze Wohnung umfassen. In der Statistik der Baufertigstellungen der beiden letzten Jahre betrug der Anteil solcher Baumaßnahmen bei den Wohnbauten jeweils etwa 3 %, im Nichtwohnbau sogar 8 bis 9 % des Gesamtvolumens.

Die Feststellungen über das Baustadium der noch nicht abgeschlossenen Vorhaben sollen nach den Richtlinien des Statistischen Bundesamtes an der Baustelle durch die Gemeindebehörden getroffen werden. In Hamburg werden die entsprechenden Angaben von den Bauämtern²⁾ aus der Kenntnis ihrer Baubezirke heraus, auf Grund der Bauakten oder nach Besichtigung am Ort der Baumaßnahmen gemacht. Im Statistischen Landesamt werden nach den Unterlagen der Baukartei³⁾ für alle genehmigten Vorhaben, für die am Jahresende noch keine Baufertigstellungsmeldungen vorlagen, Bauüberhangs-Zählblättchen angelegt und den Bauämtern mit der Bitte um Eintragung des Bauzustandes zugestellt. An Hand der Eingangsliste³⁾ prüfen die Bauämter zunächst die Vollzähligkeit und Vollständigkeit der Unterlagen und füllen für beim Statistischen Landesamt versehentlich noch nicht erfaßte Vorhaben Bauüberhangs-Zählblättchen und die entsprechenden Bautätigkeitszählkarten nachträglich aus. Im Zuge dieser Arbeiten werden auch die am Jahresende bereits bezugsfertigen, in der Fertigstellungsstatistik des abgelaufenen Jahres jedoch noch nicht erfaßten Bauvorhaben ermittelt und so das Bauergebnis des abgelaufenen Jahres vervollständigt. Seit 1952 werden anlässlich der Bauüberhangserhebung auch jeweils die im Berichtsjahr erloschenen Baugenehmigungen registriert und daraufhin die Baukartei entsprechend bereinigt.

Nach Eintragung des Bauzustandes werden die Bauüberhangs-Zählblättchen von den Bauprüf- abteilungen über das Bauordnungsamt, von den Sonderbauverwaltungen unmittelbar dem Statistischen Landesamt zugeleitet. Die geprüften Angaben der Zählblättchen werden auf Lochkarten übernommen und schließlich maschinell ausgewertet.

Der Bauüberhang an Wohnbauten

Am Jahresbeginn 1962 waren im Stadtgebiet von Hamburg rd. 23 000 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohnbauten noch in der Bauausführung, von denen etwa 12 000 rohbaufertig unter Dach waren; es fehlte bis zur Fertigstellung also noch teilweise der innere und äußere Ausbau.

Außerdem waren um die Jahreswende von den Bauämtern für 8 180 Wohnungen bereits Baugenehmigungen erteilt, mit dem Bau aber noch nicht begonnen. Der gesamte Bauüberhang betrug also rd. 31 200 Wohnungen und lag damit um 3 200 Wohnungen oder gut 9 % niedriger als im Vorjahr. Das stetige Anwachsen des Bauüberhanges seit dem Jahre 1957 ist damit erstmals unterbrochen, verursacht durch das verhältnismäßig günstige Fertigstellungsergebnis und die stark rückläufige Zahl von Baugenehmigungen im Kalenderjahr 1961. Gegenüber dem Ende 1960 ermittelten Bauüberhang werden Vorhaben bei den noch nicht begonnenen Vorhaben um rd. 1 500 Wohnungen und den begonnenen, aber noch nicht unter Dach befindlichen Bauten sogar um 3 800 Wohnungen festgestellt.

¹⁾ Baupolizeiverordnung für die Hansestadt Hamburg v. 8. 6. 1938 § 5, Ziff. 2.

²⁾ Vgl. hierzu die Ausführungen in „Hamburg in Zahlen“, 1962, Mai-Heft, S. 130 ff.

Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der rohbaufertigen Maßnahmen um rd. 2100 Wohnungen. Diese Relationen lassen darauf schließen, daß sich die Bauabwicklung im Stadium der Ausbaurbeiten verlangsamt hat.

Tab. 1

Bauüberhang von Wohnungen in Wohn- und Nichtwohnbauten in Hamburg 1957 bis 1961

31. Dezember	Im Bau befindliche Wohnungen		Genehmigt, aber noch nicht begonnen	Bauüberhang zusammen ¹⁾
	rohbaufertig (bereits unter Dach) ¹⁾	noch nicht unter Dach		
	1	2		
Anzahl				
1961	12 119	10 912	8 180	31 211
1960	10 003	14 714	9 695	34 412
1959	10 522	8 759	9 775	29 056
1958	7 737	10 492	5 893	24 122
1957	5 687	8 527	5 593	19 807
in %				
1961	38,8	35,0	26,2	100
1960	29,1	42,7	28,2	100
1959	36,2	30,2	33,6	100
1958	32,1	43,5	24,4	100
1957	28,7	43,1	28,2	100

¹⁾ Einschl. bereits bezogener Wohnungen in teilweise fertigen Gebäuden (am 31. Dezember 1961 waren es 251 Wohnungen, darunter 9 in Nichtwohnbauten).

Die rohbaufertigen Maßnahmen haben — bei Berücksichtigung eines um rd. 1000 Wohnungen höheren Fertigstellungsergebnisses im Jahre 1961 gegenüber 1960 — nicht in dem Umfang zugenommen, wie dies auf Grund der starken Abnahme der noch nicht unter Dach befindlichen Vorhaben zu erwarten gewesen wäre. In Anbetracht der noch immer außergewöhnlichen Höhe des Bauüberhanges — er betrug fast das Eineinhalbfache der Fertigstellungen des Jahres 1961 — und des in früheren Jahren nie erreichten Anteils der rohbaufertigen Maßnahmen (38,8 %) kann aber zweifellos auch für 1962 mit einem günstigen Fertigstellungsergebnis gerechnet werden.

Der Rückgang der am Jahresende 1961 noch unfertigen Wohnungen gegenüber dem Vorjahr trat vor allem bei den Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen ein, deren Vorrat, einschließlich der bei ihnen im Bau befindlichen Kaufeigenheime, zu Beginn des Jahres 1962 noch 17 877 Wohnungen betrug, d. h. also 3 275 (15 %) weniger als um die Jahreswende 1960/61. Die eingangs geschilderte Entwicklung, ein starker Rückgang der noch nicht unter Dach befindlichen Vorhaben, eine Verringerung noch nicht begonnener Bauten bei relativ beträchtlicher Zunahme (13 %) der rohbaufertigen Maßnahmen ist weitgehend bedeutsam für das Baugeschehen im Hamburger Wohnungsbau. Der Anteil der Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen am gesamten Überhang wurde Ende 1961 mit 58,1 % ausgewiesen gegen 62,5 % am Jahresbeginn. Der für private Haushalte noch anstehende Bauvorrat, 8 305 Wohnungen oder 27 % des gesamten Überhanges, hat sich gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert; ihr Anteil an den noch nicht begonnenen Wohnungen ist, wie im Vorjahr, relativ höher als bei den Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen. Die übrigen 4 585 Wohnungen, die am Jahresbeginn 1962 noch nicht fertig-

Tab. 2

Bauüberhang von Wohnbauten in Hamburg nach Bauherren am 31. 12. 1960 und 1961

Bauherren	Wohnungen			
	unter Dach	noch nicht unter Dach	noch nicht begonnen	zusammen ¹⁾
	1	2	3	4
31. 12. 1961				
Alle Bauherren ...	11 906	10 797	8 064	30 767
davon Gemeinnützige Wohnungsunternehmen ...	6 865	6 251	4 761	17 877
Private Haushalte	2 900	2 717	2 688	8 305
Sonst. Bauherren	2 141	1 829	615	4 585
31. 12. 1960				
Alle Bauherren ...	9 780	14 398	9 644	33 822
davon Gemeinnützige Wohnungsunternehmen ...	6 077	10 047	5 028	21 152
Private Haushalte	2 502	2 928	3 120	8 550
Sonst. Bauherren	1 201	1 423	1 496	4 120

¹⁾ Außerdem 1961 im Nichtwohnbau 444 Wohnungen (1960: 590 Wohnungen).

gestellt waren (14,9 %), sind von Freien Wohnungsunternehmen, Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen oder Behörden und Verwaltungen geplant worden. Hier hat sich der Rückstand rohbaufertiger Wohnungen relativ am stärksten gezeigt, ebenso der Rückgang der noch nicht begonnenen Wohnbauvorhaben.

Tab. 3

Bauvolumen des Bauüberhanges an Wohnbauten in Hamburg 1959 bis 1961

Bauzustand	Bauüberhang am Jahresende		
	1959	1960	1961
Im Bau befindliche Vorhaben			
Wohnungen	19 116	24 178	22 703
Veranschlagte reine Baukosten in Mio DM	450,8	573,0	615,5
Durchschnittl. Kosten je Wohnung in DM	23 500	24 000	27 300
Noch nicht begonnene Vorhaben			
Wohnungen	9 740	9 644	8 064
Veranschlagte reine Baukosten in Mio DM	230,7	251,3	225,4
Durchschnittl. Kosten je Wohnung in DM	24 000	26 000	28 000

Das Bauvolumen des gesamten Bauüberhanges Ende 1961 für 30 767 noch nicht fertiggestellte Wohnungen betrug rd. 841 Mio DM, von denen 225,4 Mio DM auf die noch nicht begonnenen Maßnahmen entfielen. Bei diesem Bauaufwand handelt es sich um die Summierung der veranschlagten reinen Baukosten, wie sie zum Zeitpunkt der Baugenehmigung in den Zählkarten angegeben sind. Die durchschnittlichen Baukosten je unfertige Wohnung wurden Ende 1959 mit rd. 23 500 DM, Ende 1961 dagegen mit 27 300 DM errechnet. Wie aus Tabelle 3 ersichtlich, waren in den letzten drei Jahren die durchschnittlichen Kosten je Wohnung für die im Bau befindlichen Wohnungen jeweils niedriger als für die noch nicht begonnenen. Letztere haben im allgemeinen ein jüngeres Genehmigungsdatum und damit auch die höheren Baukosten, als die früher

genehmigten und bereits im Bau befindlichen Vorhaben.

Die Auszählung des Bauüberhanges nach dem Genehmigungsdatum, wie sie in den folgenden Tabellen dargestellt ist, ermöglicht Schlußfolgerungen über die Dauer der Bauausführung.

Tab. 4
Bauüberhang von Wohngebäuden in Hamburg nach Genehmigungszeiträumen am 31.12.1961

Bauzustand	Genehmigungszeitraum				
	1961		1960	1959	1958 und früher
	2. Halbjahr	1. Halbjahr			
1	2	3	4	5	
Wohngebäude					
Rohbaufertig	526	2 942	5 937	2 368	133
Noch nicht begonnen	1 759	4 361	3 939	589	149
Noch nicht unter Dach	3 198	2 323	2 060	442	41
Zusammen	5 483	9 626	11 936	3 399	323
Wohnungen					
Rohbaufertig	120	781	1 547	448	83
Noch nicht begonnen	332	834	1 074	117	51
Noch nicht unter Dach	720	757	746	85	8
Zusammen	1 172	2 372	3 367	650	142

Von den 1961 als Bauüberhang ermittelten Wohnungen trugen rd. 18 % ein Genehmigungsdatum aus dem zweiten Halbjahr 1961, während rd. 31 % im ersten Halbjahr 1961 von den Bauämtern genehmigt wurden. Es hatten also knapp die Hälfte der bei der Bauüberhangserhebung gezählten Wohnungen ein Genehmigungsdatum des Jahres 1961, im Vorjahr betrug der entsprechende Anteil infolge der hohen Genehmigungszahl des Jahres 1960 noch rd. 69 %. Von dem Anfang 1962 vorhandenen Bauvorrat an Wohnungen hatten weitere 39 % ein Genehmigungsdatum aus dem Jahre 1960, und bei 12 % lag dieses noch weiter zurück. Ganz anders ist speziell die Schichtung der Wohnungen, die bereits rohbaufertig waren: Von ihnen waren nur 29 % im Jahre 1961, dagegen die Hälfte 1960 und 21 % früher genehmigt worden. Bei den noch nicht begonnenen Wohnungen überwiegen verständlicherweise diejenigen mit verhältnismäßig kurz zurückliegendem Genehmigungsdatum (rd. 40 % aus dem zweiten und 29 % aus dem ersten Halbjahr 1961).

Gliedert man das Anfang 1962 anstehende Bauvolumen nach Bauherren und Genehmigungszeiträumen, ergeben sich weitere Aufschlüsse über die Struktur des Bauvorrates (Tab. 5).

Vom Gesamtvolumen der im Bauüberhang erfaßten Wohnbauvorhaben in Höhe von rd. 841 Mio DM entfiel über die Hälfte (53 %) auf die im Laufe des Jahres 1961 genehmigten Vorhaben und rd. 308 Mio DM oder 37 % auf solche, die 1960 zum Bau freigegeben wurden. Den zehnten Teil des Bauvolumens beanspruchten Bauten, die 1959 genehmigt worden waren. Schließlich befanden sich im Überhang noch 323 Wohnungen, für die bereits 1958 oder früher die Bauerlaubnis ausgesprochen wurde; die veranschlagten Baukosten hierfür betrugen 6,8 Mio DM oder 0,8 % des Gesamtvolumens. Bei den einzelnen Bauherrngruppen war die Verteilung der Vorhaben auf die Genehmigungszeiträume unterschiedlich. Fast 44 % des Gesamtvolumens der Gemeinnützigen

Tab. 5
Gesamter Bauüberhang von Wohnbauten in Hamburg am 31.12.1961 nach Genehmigungszeiträumen und Bauherren

Bauherren	Genehmigungszeitraum				
	1961		1960	1959	1958 und früher
	2. Halbjahr	1. Halbjahr			
1	2	3	4	5	
Wohnungen					
Behörden und Verwaltungen	19	9	424	—	—
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	2 456	4 885	7 811	2 557	168
Freie Wohnungsunternehmen ..	68	677	737	252	—
Erwerbs- oder Wirtschaftsunternehmen	338	1 489	418	136	18
Private Haushalte	2 602	2 566	2 546	454	137
Zusammen	5 483	9 626	11 936	3 399	323
Bauvolumen in 1000 DM					
Behörden und Verwaltungen	2 118	717	4 696	—	—
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	65 319	126 251	197 137	57 822	3 134
Freie Wohnungsunternehmen ..	1 839	19 822	20 482	8 156	—
Erwerbs- oder Wirtschaftsunternehmen	11 022	43 055	10 788	2 569	461
Private Haushalte	90 220	82 170	74 781	15 196	3 216
Zusammen	170 518	272 015	307 884	83 743	6 811

Wohnungsunternehmen bildeten die 1960 genehmigten Projekte, der entsprechende Anteil bei den Privaten Haushalten machte nur 28 % aus. Während die Bauvorhaben, welche im zweiten Halbjahr 1961 für Private Haushalte genehmigt wurden, 90 Mio DM oder 34 % des Gesamtvolumens dieser Bauherrngruppe beanspruchten, betrug der jüngste Bauvorrat bei den Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen nur 14,5 % ihres gesamten Bestandes. Von der Zahl der Wohnungen aus gesehen entfällt auf die Privaten Haushalte ein jeweils etwa gleich großer Vorrat (2 600 Wohnungen) auf die beiden Halbjahre 1961 und das Jahr 1960, während bei den Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen – zu denen auch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften gehören – das Jahr 1960 mit seiner hohen Genehmigungszahl einen entsprechenden Überhang zur Folge hatte (7 811 Wohnungen).

Die starke Nachfrage nach Bauleistungen, die zu dem Anwachsen des Überhanges von Wohnbauten in den letzten Jahren führte, brachte erhebliche Verzögerungen der Fertigstellungen mit sich, die nicht zuletzt durch die Wünsche nach größeren und besser ausgestatteten Wohnungen hervorgerufen sind. Wie aus Tabelle 6 hervorgeht, waren im Überhang Ende 1953 rd. 17 % Wohnungen enthalten, die ein Jahr vor dem Berichtsjahr genehmigt wurden; dieser Anteil betrug Ende 1961 fast 39 %.

Tab. 6
Bauüberhang in Hamburg nach dem Genehmigungszeitraum

Zeitraum der Baugenehmigung	Bauüberhang von Wohnungen am 31. Dezember				
	1953	1956	1959	1960	1961
	1	2	3	4	5
Von 100 Wohnungen des Bauüberhanges waren ...					
im Berichtsjahr genehmigt	75,3	78,1	74,5	68,8	49,1
im jeweiligen Vorjahr genehmigt	16,9	15,7	20,7	29,0	38,8
noch ältere Genehmigungen ..	7,8	6,2	4,8	2,2	12,1

Die zwei oder mehr Jahre vor der jeweiligen Bauüberhangsermittlung genehmigten Vorhaben bildeten 1953 knapp 8 % der im Überhang befindlichen Wohnungen, Ende 1961 dagegen rd. 12 %. In den früheren Jahren dominierten im Überhang am Jahresende die während des Berichtsjahres genehmigten Vorhaben; sie umfaßten etwa drei Viertel des Gesamtbestandes anstehender Bauten (1956 sogar 78 %). Wegen des Rückgangs der Genehmigungen betrug dieser Anteil Ende 1961 nur noch rd. 49 %.

Die Verlangsamung der Bauabwicklung durch den auf dem Baumarkt herrschenden Arbeitskräftemangel, die gesteigerten Ansprüche an Ausstattung, Größe der Wohnungen usw. läßt sich auch mit Ergebnissen der Fertigstellungsstatistik belegen. Gruppieren man die Fertigstellungen auf Grund der in den Zählkarten angegebenen Genehmigungs- und Fertigstellungsdaten nach ungefähren mittleren Zeitspannen³⁾, so ergibt diese Modellrechnung die in Tabelle 7 dargestellte Entwicklung der durchschnittlichen Abwicklungsdauer der Wohnbauten zwischen 1954 und 1961.

Tab. 7
Durchschnittliche Abwicklungsdauer der fertiggestellten Wohnbauten in Hamburg in Monaten

Jahre	Alle Bauherren	darunter	
		Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	Private Haushalte
1954	14	15	13
1957	15	15	15
1960	18	20	15
1961	20	23	16

Danach hat sich die durchschnittliche Bauabwicklungsdauer der Wohnbauten von 14 Monaten im Jahre 1954 bis 1961 auf etwa 20 Monate verlängert. Es bedarf keiner näheren Begründung, daß es sich bei diesen Ergebnissen über die Baudauer nur um grobe Durchschnitte handelt, die im einzelnen sehr stark streuen können. Die Großbauvorhaben der Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen beanspruchten z. B. 1961 im Durchschnitt 23 Monate für die Bauausführung; die Einzelbauten der Privaten Haushalte verzeichneten mit 16 Monaten im Jahre 1961 eine um 3 Monate längere Abwicklungsdauer als 1954, wobei seit 1957 keine wesentliche Verlangsamung mehr zu verzeichnen war.

Der Bauüberhang an Nichtwohnbauten

Um die Jahreswende befanden sich in Hamburg 1 034 Nichtwohngebäude noch in der Bauausführung, die einen umbauten Raum von rd. 6,3 Mio cbm aufwiesen und für die ein Bauaufwand (reine Baukosten) in Höhe von rund 569 Mio DM veranschlagt war. Von den im Bau befindlichen Gebäuden waren rd. 57 % rohbaufertig unter Dach. Für weitere 455 Gebäude mit 0,83 Mio cbm umbauten Raumes und rd. 70 Mio DM veranschlagten Baukosten war eine Genehmigung bereits erteilt, mit der Ausführung jedoch noch nicht begonnen worden.

Im Gegensatz zur Entwicklung des Überhanges auf dem Sektor Wohnungsbau hat sich das Volumen des Bauüberhanges an Nichtwohnbauten gegenüber dem Vorjahr beträchtlich erhöht.

Für die noch im Bau befindlichen Gebäude lagen der umbaute Raum um 23 %, die Summe der veranschlag-

Tab. 8
Bauüberhang an Nichtwohnbauten in Hamburg 1957 bis 1961

Bauzustand	Am Jahresende				
	1957	1958	1959	1960	1961
	1	2	3	4	5
Im Bau befindlich					
Gebäude					
insgesamt	963	900	1 097	917	1 034
dar. rohbaufertig	653	509	611	566	590
Umbauter Raum ¹⁾					
insgesamt					
in 1000 cbm	3 048	4 888	5 230	5 163	6 347
dar. rohbaufertig					
absolut	1 916	1 837	2 527	3 598	3 708
in %	62,9	37,6	48,3	69,7	58,4
Veranschlagte reine Baukosten in Mio DM			398,4	432,5	569,1
Wohnungen	144	143	165	539	328
Noch nicht begonnen					
Gebäude	242	393	479	428	455
Umbauter Raum					
in 1000 cbm ¹⁾	293	421	973	813	830
Veranschlagte reine Baukosten in Mio DM			61,7	63,7	70,3
Wohnungen	40	29	35	51	116

¹⁾ Neu- und Wiederaufbau.

ten reinen Baukosten um rd. 32 % höher als im Vorjahr. Wurden bei der Erhebung am Jahresende 1957 noch 963 in der Bauausführung befindliche Gebäude mit rd. 3 Mio cbm umbauten Raumes registriert, so betrug dieses Volumen Ende 1961 für 1 034 Gebäude mehr als das Doppelte. Die Bauvorhaben sind also, wie dies ja auch von den Ergebnissen der Baufertigstellungsstatistik her bekannt ist, in den letzten Jahren erheblich größer geplant worden. Zu beachten ist, daß in der Bautätigkeitsstatistik ab Anfang 1960 insofern eine begriffliche Änderung eingetreten ist, als die Mindestgrenze für die von den Bauämtern zu meldenden Bauten von 50 auf 100 cbm umbauten Raumes und die Mindestbausumme von 1 000 auf 5 000 DM erhöht worden sind. Die Abnahme der Gebäudezahlen und des umbauten Raumes am Jahresende 1960 gegenüber dem Vorjahresstand ist durch die unterschiedliche Erfassung dieser Bagatellmaßnahmen bedingt.

Die Gliederung der 1961 noch nicht vollendeten Vorhaben nach Bauherrngruppen zeigt, daß zwei Drittel der im Bau befindlichen Nichtwohngebäude mit rd. 57 % des umbauten Raumes und 52 % des Bauaufwandes auf die Bauherrngruppe „Betriebe und Unternehmen“ entfielen.

An zweiter Stelle folgten die Bauvorhaben der „Behörden und Verwaltungen“, für die ein Viertel der im Bau befindlichen Nichtwohngebäude mit rd. 41 % des umbauten Raumes und 47 % der veranschlagten reinen Baukosten registriert wurde. Danach ist gegen-

³⁾ Es sind hier die folgenden, in dem Beitrag von P. J. Deneffe in „Wirtschaft und Statistik“ Heft 9/1956, S. 455, verwendeten Annahmen zugrunde gelegt:

im letzten Halbjahr
genehmigte Baufertigstellungen: 4 Monate Abwicklungsdauer;
im vorletzten Halbjahr
genehmigte Baufertigstellungen: 7 Monate Abwicklungsdauer;
im drittletzten Halbjahr
genehmigte Baufertigstellungen: 11 Monate Abwicklungsdauer;
im viertletzten Halbjahr
genehmigte Baufertigstellungen: 16 Monate Abwicklungsdauer;
davon
genehmigte Baufertigstellungen: 30 Monate Abwicklungsdauer.

Tab. 9
**Bauüberhang an Nichtwohnbauten in Hamburg
 am 31. 12. 1961 nach Bauherrengruppen**

Bauzustand	Behörden und Ver- waltungen	Betriebe und Unter- nehmen	Private Haushalte
Im Bau befindlich			
Gebäude			
insgesamt	261	683	90
dar. rohbaufertig			
absolut	188	351	51
in %	72,0	51,4	56,7
Umbauter Raum ¹⁾			
insgesamt in 1000 cbm	2 619,7	3 633,2	94,1
dar. rohbaufertig			
absolut	2 148,5	1 524,0	35,4
in %	82,0	41,9	37,6
Veranschlagte reine			
Baukosten in Mio DM	267,6	293,4	8,1
Wohnungen	79	222	27
noch nicht begonnen			
Gebäude	42	340	73
Umbauter Raum			
in 1000 cbm ¹⁾	230,4	551,9	47,6
Veranschlagte reine			
Baukosten in Mio DM	29,1	37,4	3,8
Wohnungen	25	73	18

¹⁾ Neu- und Wiederaufbau.

über dem Vorjahr eine starke Veränderung in der Struktur des Bauüberhanges im Nichtwohnungsbau eingetreten:

Ende 1960 betrug das Volumen der für Behörden und Verwaltungen genehmigten, noch im Bau befindlichen Nichtwohnbauten rd. 268 Mio DM und war damit um fast 118 Mio DM höher als dasjenige für Betriebe und Unternehmen. Durch zahlreiche gewerbliche Großbauvorhaben, die 1961 genehmigt wurden und mit deren Bauausführung auch bereits begonnen worden war, lag das Überhangsvolumen für die Bauherrengruppe „Betriebe und Unternehmen“ Ende 1961 um rd. 143 Mio DM höher als zu Beginn des Jahres und übertraf damit auch den veranschlagten Bauaufwand der noch anstehenden Behörden- und Verwaltungsbauten um fast 26 Mio DM. Unter den gewerblichen Großprojekten, die sich zu Beginn des Jahres 1962 noch in der Bauausführung befanden, sind das Verwaltungsgebäude der Margarine-Union AG, die Verwaltungsgebäude mehrerer Versicherungsgesellschaften, ein größeres Kaufhaus in Altona, Betriebseinrichtungen der HEW und HHA sowie große Büro- und Geschäftshäuser, Lagergebäude, Werkhallen, eine Tiefgarage u. ä. enthalten. Bei den für die Behörden und Verwaltungen registrierten Vorhaben sind die Großmarkthalle in Hammerbrook, das Verwaltungsgebäude des Polizeipräsidiums, Flughafenbauten und umfangreiche Strom- und Hafengebäude (Hafenschuppen und Bürogebäude) erwähnenswert. Außerdem hatte diese Bauherrengruppe noch größere Universitätsbauten, mehrere Schulen, Kirchen, Gemeindehäuser, Krankenhäuser usw. in der Bauausführung. Bemerkenswert ist, daß – am umbauten Raum gemessen – von den Behörden- und Verwaltungsbauten bereits 82 % rohbaufertig unter Dach waren, während der entsprechende Anteil bei den gewerblichen Nichtwohnbauten nur rd. 42 % betrug. Dies läßt darauf schließen, daß sich das Volumen der im Bau befindlichen Behörden- und Verwaltungsgebäude nach Fertigstellung der vorstehend erwähnten Großbauvorhaben (Großmarkthalle, Poli-

zeipräsidium etc.) im kommenden Jahr erheblich verringern wird, während von den gewerblichen Bauten in Anbetracht der zahlreichen noch nicht rohbaufertigen und noch nicht begonnenen Vorhaben ein größerer Teil in den Überhang des kommenden Jahres eingehen dürfte. Wie aus der vorstehenden Übersicht hervorgeht, ist der Anteil der für private Haushalte genehmigten und noch im Bau befindlichen Nichtwohngebäude relativ gering; es handelt sich dabei häufig nur um kleinere Bauvorhaben, wie Garagen, Schuppen und dergl. Weitergehende Aufschlüsse über die zeitliche Bauabwicklung, die Ingangsetzung und den Baufortschritt der bis zum Jahresende noch nicht fertiggestellten Nichtwohngebäude vermittelt die Untersuchung nach dem Datum der Erteilung der Baugenehmigung.

Tab. 10
**Bauüberhang an Nichtwohnbauten in Hamburg
 am 31. 12. 1961 nach dem Genehmigungszeitraum**

Bauzustand	Genehmigungszeitraum				
	1961		1960	1959	1958 und früher
	2. Halb- jahr	1. Halb- jahr			
1	2	3	4	5	
Im Bau befindlich					
Gebäude					
insgesamt	320	288	255	102	69
dar. rohbaufertig	115	164	175	80	56
Umbauter Raum ¹⁾					
insgesamt					
in 1000 cbm	1 256,0	1 737,2	1 292,9	633,9	1 427,0
dar. rohbaufertig					
absolut	161,3	698,5	950,6	511,4	1 386,1
in %	12,8	40,2	73,5	80,7	97,1
Veranschlagte					
reine Baukosten					
in Mio DM	122,8	135,0	142,6	64,0	104,8
Wohnungen	39	93	138	47	11
noch nicht begonnen					
Gebäude	243	121	70	17	4
Umbauter Raum					
in 1000 cbm ¹⁾	380,5	190,9	206,0	44,2	8,3
Veranschlagte					
reine Baukosten					
in Mio DM	27,8	14,5	23,5	4,0	0,5
Wohnungen	37	48	25	6	—

¹⁾ Neu- und Wiederaufbau.

Von den am Jahresende 1961 noch im Bau befindlichen 1 034 Nichtwohngebäuden hatten 320 oder rd. 31 % ein Baugenehmigungsdatum aus der zweiten Hälfte dieses Jahres, und von diesen waren Anfang 1962 bereits 115 rohbaufertig; es handelt sich bei letzteren offensichtlich um relativ kleine Vorhaben, da sie nur 4 % des gesamten umbauten Raumes der Rohbaumaßnahmen in Anspruch nahmen. Umgekehrt zeigt die vorstehende Tabelle, daß die 69 bereits 1958 oder früher genehmigten, Ende 1961 noch im Bau befindlichen Gebäude vorwiegend Großbauvorhaben sind; ihrem Anteil von knapp 7 % an der Gebäudezahl entsprach ein umbauter Raum von 22,5 %. Dem Bauzustand nach waren sie – wie nicht anders zu erwarten – auch am weitesten fortgeschritten: sie beanspruchten 37,4 % des umbauten Raumes aller rohbaufertigen Maßnahmen.

Daß es sich bei diesen Großbauten mit langer Abwicklungsdauer vorwiegend um solche der Bauherrengruppe „Behörden und Verwaltungen“ handelt, zeigt die folgende Tabelle, aus der gleichzeitig hervorgeht, daß ihr Bauvorrat von erst im Jahre 1961 genehmigten Vorhaben verhältnismäßig gering ist. Umgekehrt sind Baumaßnahmen der „Betriebe und Unternehmen“ mit Genehmigungsdaten aus dem

Tab. 11
**Umbauter Raum der in Hamburg am 31. 12. 1961
 im Bau befindlichen Nichtwohngebäude
 nach dem Genehmigungszeitraum**
 — in 1000 cbm —

Genehmigungs- zeitraum	Behörden und Ver- waltungen	Betriebe und Unter- nehmen	Private Haus- halte	Zusammen
	1	2	3	4
2. Halbjahr 1961 ..	123,6	1 127,7	4,7	1 256,0
1. Halbjahr 1961 ..	261,1	1 443,9	32,2	1 737,2
1960	540,3	718,5	34,1	1 292,9
1959	345,6	265,2	23,1	633,9
1958 und früher ..	1 349,1	77,9	—	1 427,0
Zusammen	2 619,7	3 633,2	94,1	6 347,0

Jahre 1958 und früher weitgehend abgewickelt, das noch anstehende Bauvolumen von Baufreigaben aus dem Jahre 1961 ist jedoch außerordentlich hoch; dies erklärt auch den hohen Anteil von noch nicht begonnenen Gebäuden (340 mit rd. 552 000 cbm umbauten Raumes) bei dieser Bauherrngruppe.

**Der Bauüberhang nach Verwaltungs-
bezirken und funktionalen Raumeinheiten**

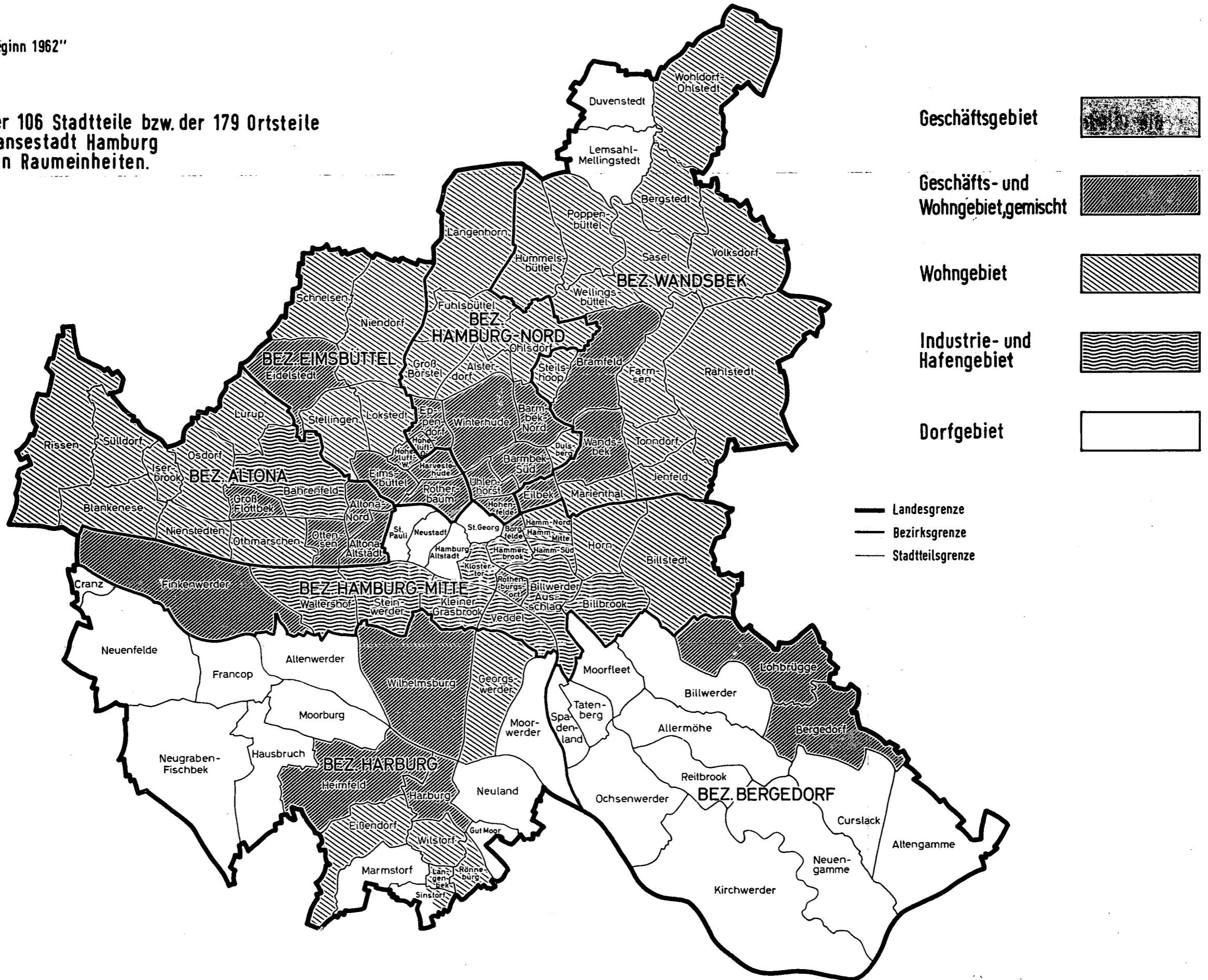
Die regionale Gliederung des Bauüberhanges wurde über die verwaltungsmäßige Gliederung nach Stadtbezirken und Ortsämtern hinaus erstmals auch nach funktionalen Raumeinheiten vorgenommen. Es wurde die auf dem beiliegenden Kartenblatt dargestellte Einteilung der Hamburger Stadtteile nach ihrem

Tab. 12
Bauüberhang von Gebäuden und Wohnungen in den Hamburger Bezirken und Ortsämtern am 31. 12. 1961

Bezirke Ortsämter (OA)	Im Bau				Noch nicht begonnen				Insgesamt			
	Nicht- wohn- ge- bäude	mit umbautem Raum 1000 cbm	Wohn- ge- bäude	Wohn- ungen ¹⁾	Nicht- wohn- ge- bäude	mit umbautem Raum 1000 cbm	Wohn- ge- bäude	Wohn- ungen ¹⁾	Nicht- wohn- ge- bäude	mit umbautem Raum 1000 cbm	Wohn- ge- bäude	Wohn- ungen ¹⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Bezirk Hamburg-Mitte ...	273	3 219,3	365	3 442	88	311,7	175	1 088	361	3 531,0	540	4 530
davon												
Kerngebiet	110	2 273,7	40	598	27	234,4	7	109	137	2 508,1	47	707
OA. Billstedt ...	65	387,4	276	2 448	27	36,9	95	793	92	424,3	371	3 241
OA. Veddel- Rothenburgsort ..	69	429,7	21	242	22	33,5	3	36	91	463,2	24	278
OA. Finkenwerder ..	29	128,5	28	154	12	6,9	70	150	41	135,4	98	304
Bezirk Altona	120	637,8	628	2 473	43	70,2	170	375	163	708,0	798	2 848
davon												
Kerngebiet	85	548,4	135	690	27	58,4	11	70	112	606,8	146	760
OA. Blankenese ..	35	89,4	493	1 783	16	11,8	159	305	51	101,2	652	2 088
Bezirk Eimsbüttel ..	149	613,1	1 128	2 980	79	105,7	484	2 282	228	718,8	1 612	5 262
davon												
Kerngebiet	42	339,3	42	438	20	45,6	24	245	62	384,9	66	683
OA. Lokstedt ...	67	153,9	888	1 777	38	27,0	264	1 081	105	180,9	1 152	2 858
OA. Stellingen ..	40	119,9	198	765	21	33,1	196	956	61	153,0	394	1 721
Bezirk Hamburg-Nord ...	114	570,7	229	1 060	50	131,9	282	879	164	702,6	511	1 939
davon												
Kerngebiet	40	219,2	22	200	13	22,5	16	92	53	241,7	38	292
OA. Barmbek- Uhlenhorst	42	235,3	36	271	25	78,2	43	458	67	313,5	79	729
OA. Fuhsbüttel ..	32	116,2	171	589	12	31,2	223	329	44	147,4	394	918
Bezirk Wandsbek ..	175	503,4	2 224	10 009	72	70,1	910	2 697	247	573,5	3 134	12 706
davon												
Kerngebiet	77	260,5	500	3 048	28	50,5	143	761	105	311,0	643	3 809
OA. Bramfeld ...	25	80,5	681	3 056	7	4,2	41	341	32	84,7	722	3 397
OA. Alstertal ...	22	40,6	438	860	14	8,0	528	1 077	36	48,6	966	1 937
OA. Walddörfer ..	17	57,1	112	144	11	2,1	65	72	28	59,2	177	216
OA. Rahlstedt ..	34	64,7	493	2 901	12	5,3	133	446	46	70,0	626	3 347
Bezirk Bergedorf ..	67	232,9	255	718	40	30,8	58	186	107	263,7	313	904
davon												
Kerngebiet	31	203,4	125	495	10	4,5	42	145	41	207,9	167	640
OA. Vier- und Marschlande ...	36	29,5	130	223	30	26,3	16	41	66	55,8	146	264
Bezirk Harburg ...	136	619,0	558	2 349	83	117,8	237	673	219	736,8	795	3 022
davon												
Kerngebiet	59	250,6	256	1 532	44	40,4	135	270	103	291,0	391	1 802
OA. Wilhelmsburg ..	28	154,4	26	368	14	36,8	9	43	42	191,2	35	411
OA. Süderelbe ..	49	214,0	276	449	25	40,6	93	360	74	254,6	369	809
Hamburg insgesamt	1 034	6 396,2	5 387	23 031	455	838,2	2 316	8 180	1 489	7 234,4	7 703	31 211

¹⁾ Einschließlich der Wohnungen in Nichtwohnbauten.

Die Gliederung der 106 Stadtteile bzw. der 179 Ortsteile
der Freien und Hansestadt Hamburg
nach funktionalen Raumeinheiten.



überwiegenden Charakter als Geschäfts-, Wohn-, Industrie- und Hafen- sowie Dorfgebiet verwendet. Diese in Zusammenarbeit mit der Hamburger Landesplanung 1961 getroffene Einteilung des Stadtgebiets wird auch der Statistik der Baulandpreise zugrunde gelegt; sie wird nach Vorliegen der Ergebnisse des Zensus 1961 überprüft und erforderlichenfalls berichtigt werden.

Die Verteilung des Bauüberhanges zu Jahresbeginn 1962 auf die Bezirke und Ortsämter enthält die Tabelle 12. Der Schwerpunkt im Wohnungsbau lag, wie auch in den Vorjahren, im Bezirk Wandsbek, wo sich 12706 oder rd. 41 % aller in Hamburg genehmigten, bis zum Jahresende 1961 noch nicht vollendeten Wohnungen befanden. Gegenüber dem Vorjahresstand ist in diesem Bezirk ein Rückgang des Überhanges um 2251 Wohnungen zu beobachten. Neben den Bauvorhaben im Kerngebiet des Bezirks Wandsbek (3809 Wohnungen) handelt es sich dabei vor allem um die Großprojekte in den Ortsamtsbereichen Bramfeld und Rahlstedt. An zweiter Stelle, allerdings mit weitem Abstand, folgt der Bezirk Eimsbüttel, wo 5262 Wohnungen im Überhang festgestellt wurden; von diesen lagen 2858 im Ortsamt Lokstedt und 1721 in Stellingen. Im Bezirk Hamburg-Mitte, der mit 4530 Wohnungen an dritter Stelle folgt, lag der Schwerpunkt der Bautätigkeit im Ortsamt Billstedt (3241 Wohnungen). Im Vorjahr stand dieser Bezirk vor Eimsbüttel an zweiter Stelle⁴⁾; damals hatte der Bezirk Eimsbüttel einen hohen Anteil von genehmigten, aber noch nicht begonnenen Vorhaben, und es ist bemerkenswert, daß auch Ende 1961 Eimsbüttel wiederum verhältnismäßig zahlreiche nicht begonnene Bauten aufwies. Die drei genannten Bezirke umfaßten Ende 1961 bereits 72 % des gesamten Überhanges im Wohnungsbau (im Vorjahr 71 %). Rechnet man noch die Bezirke Harburg (3022 Wohnungen) und Altona (2848 Wohnungen, darunter 2088 im Ortsamtsbereich Blankenese) hinzu, so kommt man auf über 90 %. Der Rest des Überhanges entfiel auf die Bezirke Hamburg-Nord (1939 Wohnungen gegenüber 3417 im Vorjahr) und Bergedorf (904 Wohnungen gegenüber 1529 im Vorjahr). Außer in diesen beiden Bezirken hat sich der Überhang in Wandsbek und Hamburg-Mitte gegenüber dem Vorjahr verringert, während er in Eimsbüttel um 801 Wohnungen, in Harburg um 528 und in Altona um 163 Wohnungen zugenommen hat.

Von den Nichtwohnbauten, deren Ausführung bis Ende 1961 noch nicht abgeschlossen war, befanden sich – auf den umbauten Raum bezogen – fast die Hälfte im Bezirk Hamburg-Mitte, und zwar der weit überwiegende Teil im Kerngebiet. Es sind dies hauptsächlich die noch nicht vollendeten Büro- und Verwaltungsgebäude. Mit großem Abstand folgt an zweiter Stelle der Bezirk Harburg, wo die industriellen Bauten die Höhe des Überhanges maßgeblich beeinflussen. In Eimsbüttel, Altona und Hamburg-Nord betrug der noch anstehende umbaute

Raum jeweils etwa 0,7 Mio cbm. Wandsbek steht von der Gebäudezahl aus betrachtet zwar an zweiter Stelle unter den Bezirken, dem umbauten Raum nach jedoch – vor Bergedorf – an vorletzter Stelle. Die Ergebnisse in den beiden letztgenannten Bezirken sind durch die Garagen bzw. ländlichen Bauten beeinflusst.

Die Zusammenfassung des Überhanges nach funktionalen Raumeinheiten gibt interessante Aufschlüsse über die Verteilung des Bauvorrates in den auf der Beilage gekennzeichneten Zonen. Fast 60 % aller noch anstehenden Wohnbauvorhaben liegen in den reinen Wohngebieten. Auf die Gliederung der Wohngebiete in diejenigen mit offener und geschlossener Bauweise mußte vorläufig verzichtet werden, weil diese Abgrenzung in Anbetracht der starken Bautätigkeit und der damit verbundenen laufenden Veränderungen der Wohngebiete problematisch ist. Ein Drittel der bis Ende 1961 noch nicht vollendeten Wohnungen befanden sich in den Mischgebieten, die Geschäfts- und Wohngegend zugleich sind.

Im reinen Geschäftsgebiet, der City, tritt der Wohnungsbau ganz in den Hintergrund, dagegen werden im Industrie- und Hafengebiet vereinzelt Wohnbauten – und zwar große Mietshäuser – erstellt. Ebenso

T a b. 13

Gesamter Bauüberhang an Gebäuden und Wohnungen in Hamburg am 31. 12. 1961 nach funktionalen Raumeinheiten

Raumeinheit	Nichtwohnbäude	mit umbautem Raum in 1000 cbm	Wohngebäude	Wohnungen ¹⁾
	1	2	3	4
Geschäftsgebiet	78	1 211,4	4	186
Geschäfts- und Wohngebiet gemischt ...	506	2 387,7	1 847	10 317
Wohngebiet	534	1 158,5	5 204	18 593
Industrie- und Hafengebiet	209	2 152,5	62	944
Dorfgebiet	162	324,3	586	1 171
Zusammen	1 489	7 234,4	7 703	31 211

¹⁾ Einschließlich der Wohnungen in Nichtwohnbauten.

zeigt die Tabelle 13, daß in den Ortsteilen mit Dorfcharakter vorwiegend Ein- und Zweifamilienhäuser zum Bau anstehen.

Vom Bauvorrat des umbauten Raumes der Nichtwohngebäude lag ein Drittel in den Stadtteilen, die als gemischte Geschäfts- und Wohngebiete ausgewiesen sind; annähernd 30 % des umbauten Raumes, und zwar große Bauten, befanden sich im Industrie- und Hafengebiet. Hier sei an Bauvorhaben wie die Großmarkthalle und die sonstigen Hafen- und Industriebauten erinnert. In der City waren noch 78 Nichtwohngebäude mit 1,2 Mio cbm oder rd. 17 % des gesamten umbauten Raumes im Überhang. Etwa dasselbe räummäßige Volumen verteilte sich auf 534 Nichtwohngebäude in den Wohngebieten. Im Dorfgebiet betrug der umbaute Raum je Nichtwohngebäude durchschnittlich 2 000 cbm, in der City dagegen 15 530 cbm.

Werner Matti

⁴⁾ Vgl. Statistische Berichte der Freien und Hansestadt Hamburg, Reihe F II, lfd. Nr. 11 vom 24. 4. 1961 S. 5. Dort ist die Entwicklung des Überhanges 1957 bis 1960 in regionaler Gliederung dargestellt.

Der Fremdenverkehr in den Hamburger Beherbergungsstätten im Jahre 1961

Wie München, Frankfurt oder Köln zählt Hamburg von jeher zu den vielbesuchten Großstädten der Bundesrepublik. Ebenso wie für den Geschäftsreisenden aus allen Teilen des In- und Auslandes, den Hamburgs Kaufleute und Industrielle, Reeder und Schiffsmakler, Spediteure und Bankiers in ihren Kontoren empfangen, ist die Stadt seit langem ein beliebtes Reiseziel für den Touristen. Die einen kommen, um den Hafen, seine Schiffe und Werften, seine Schuppen und Kräne zu sehen, andere kommen, um die Bauten und Anlagen der Stadt, um ihre Theater und Konzerte, Ausstellungen und Messen, Kongresse und Tagungen, Läden und auch St. Pauli zu besuchen.

Die Zahl der Besucher der Stadt, die ihr Beruf oder ihr Interesse auf kürzere oder längere Zeit hierher geführt hat, auch nur annähernd zu nennen, ist nicht möglich. Unbekannt ist die Zahl der Gäste in den Häusern und Wohnungen ihrer Hamburger Verwandten, Freunde, Kollegen, Glaubensbrüder usw. Nicht gezählt werden auch die Besucher, die mit der Bahn, dem Flugzeug, dem Schiff, dem Kraftwagen in Hamburg ankommen und am gleichen Tage die Stadt, ohne zu übernachten, wieder verlassen (Tagesgäste).

Es wird der Statistik kaum gelingen, jemals alle diese Tages- und Übernachtungsgäste zu zählen. Dazu reichen die ihr zu Gebote stehenden technischen, organisatorischen und finanziellen Mittel nicht. Mit Erfolg vermag die Statistik dann anzusetzen, wenn der Fremde eine Beherbergungsstätte aufsucht, um dort zu übernachten. Über diese Beherbergungsstätten, die ihm in der Regel bekannt sind, kann sich der Statistiker die Informationen beschaffen, die er für seine Arbeit benötigt. Hier knüpft auch die deutsche Fremdenverkehrsstatistik an.

Das „Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten“ vom 12. Januar 1960 (BGBl. I, S. 6) verpflichtet im § 4 die Betriebe des Beherbergungsgewerbes – Hotels, Gasthäuser, Fremdenheime, Pensionen und Hospize – sowie darüber hinaus unter anderem auch die Inhaber oder geschäftsführenden Personen von Erholungs- und Ferienheimen, Heilstätten, Sanatorien, Jugendherbergen und Campingplätzen zu monatlichen Auskünften an die Statistischen Ämter. Zu gleichen Auskünften sind auch sonstige Unterkunftsstätten angehalten, in denen zum vorübergehenden Aufenthalt gegen Entgelt Personen Unterkunft gewährt wird. Das gilt insbesondere für Privatquartiere, die zumal in Heilbädern, Luftkurorten und Seebädern einen beträchtlichen Anteil an der Beherbergungskapazität besitzen. Die in Wohlfahrtsheimen, Obdachlosenasylen, Massenquartieren und dergleichen beherbergten Personen erfaßt die Fremdenverkehrsstatistik nicht.

Erfaßt werden monatlich die Zahl der Fremdenmeldungen und der Fremdenübernachtungen. Bei Fremden mit ständigem Wohnsitz im Ausland wird außerdem das Herkunftsland des Fremden erfragt.

Fremdenmeldungen sind die Anmeldungen der im Berichtsmonat neu angekommenen Fremden. Als Fremde im Sinne der Fremdenverkehrsstatistik zählen alle nichtortsansässigen Personen, die in den

Beherbergungsstätten gegen Entgelt (unabhängig vom Aufenthaltszweck) vorübergehend Unterkunft nehmen. Übersteigt der Aufenthalt der Fremden die Dauer von 2 Monaten, so gilt dieser Aufenthalt nicht mehr als vorübergehend, und die Fremden werden nicht mehr für die Statistik gezählt. Da eine Person sich im Laufe der Zeit mehrmals in einer Stadt aufhalten kann, handelt es sich bei der so festgestellten Zahl nicht um die Zahl der Besucher unserer Stadt, sondern der Besuchsfälle.

Für die Herkunft der Fremden ist ihr ständiger Wohnsitz entscheidend, nicht ihre Staatsangehörigkeit. Als Auslandsgäste zählen daher Personen mit ständigem Wohnsitz im Ausland. Die Unterscheidung zwischen Inlands- und Auslandsgästen ist jedoch insofern nicht ganz zuverlässig, als damit zu rechnen ist, daß die Beherbergungsbetriebe sich vielfach nach dem ihnen von den Fremden meist vorgelegten Reisepaß richten und als Herkunft des Fremden nicht, wie vorgeschrieben, den ständigen Wohnsitz des Fremden, der in der Bundesrepublik liegen kann, angeben, sondern seine Staatsangehörigkeit. Das wird insbesondere bei den Angehörigen der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte – ständiger Wohnsitz z. B. Deutschland – und des diplomatischen oder konsularischen Corps zutreffen. Die Zahlen über den Ausländerverkehr können insoweit überhöht sein, was vornehmlich bei den Gemeinden von Bedeutung ist, bei denen die Zahl solcher Gäste relativ hoch ist.

Als Fremdenübernachtungen eines Monats werden die Übernachtungen aller in diesem Monat anwesenden Fremden gezählt, einschließlich der Übernachtungen von solchen Personen, die bereits vorher angekommen waren und noch anwesend sind. Monatliche Fremdenmeldungen, die Ankünfte der Fremden eines Monats betreffend, und monatliche Fremdenübernachtungen, die Übernachtungen aller jeweils Anwesenden umfassend, bilden zwei unabhängig nebeneinander stehende Größen, die in ihrem Inhalt differieren um die Fremden, die bereits im Vormonat angekommen waren, aber noch im Berichtsmonat in der Beherbergungsstätte verblieben sind, ohne hier noch einmal als Fremde gezählt zu werden. Andererseits umfaßt die Zahl der Übernachtungen eines Monats insofern nicht alle Übernachtungen der in diesem Monat angekommenen Fremden, als diese zu einem Teil über das Monatsende bleiben. Das ist zu beachten, wenn die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Fremden (Zahl der Übernachtungen je angekommenen Fremden) berechnet und beurteilt wird. Diese durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist ein rechnerischer Wert, der nicht in jedem Falle der einzelnen Fremdenmeldung die ihr insgesamt zugehörenden Fremdenübernachtungen zuordnet – diese lassen sich aus den vorgelegten Angaben nicht bestimmen –, sondern immer nur das Verhältnis der im Berichtszeitraum gezählten Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen angibt. Insbesondere bei Heilstätten, Sanatorien, Kuranstalten und ähnlichen Instituten mit langer Verweildauer kann diese überall mehr oder minder stark vorhandene Inkongruenz beider Größen zu verzerrten Ergebnissen führen.

Der Fremdenverkehr in Hamburg im Vergleich zu dem Verkehr in anderen Fremdenverkehrsgemeinden des Bundesgebietes

Geschäftsreisende, Tagungsteilnehmer, Ausstellungs-, Museums- und Theaterbesucher von auswärts halten sich am Besuchsort in der Regel nur kurze Zeit auf. Urlauber, Erholung oder Heilung Suchende bleiben dagegen zumeist längere Zeit am gleichen Platz. Darauf beruhen gewisse charakteristische Unterschiede in den Anteilen der Fremdenverkehrsgemeinden an der Zahl der Gäste bzw. der Übernachtungen im Bundesgebiet. Überwiegender Durchgangsverkehr von Geschäftsreisenden und anderen sich nur kurze Zeit aufhaltenden Besuchern bringt höhere Anteile an der Zahl der Fremdenmeldungen als an der der Fremdenübernachtungen mit sich. Bei Plätzen mit vorwiegend Erholungsverkehr von durchweg längerer Aufenthaltsdauer ist es umgekehrt. Großstädte sind Gemeinden mit überwiegendem Durchgangsverkehr; Besucher halten sich hier im Durchschnitt 2 Tage auf. An der Gesamtzahl der Fremdenmeldungen im Bundesgebiet sind die Großstädte daher in höherem Maße beteiligt als an der Gesamtzahl der Übernachtungen. Der Unterschied ist beträchtlich. Die Anteile der Großstädte und der übrigen Gemeindegruppen an der Gesamtzahl der Fremden bzw. der Übernachtungen ergeben sich aus der Tabelle 1.

Tab. 1
Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen im Bundesgebiet¹⁾ im Jahre 1961 nach Gemeindegruppen²⁾

Gemeindegruppen	Gemeinden	Fremdenmeldungen		Fremdenübernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer Tage
		Anzahl	in 1000	in ‰	in 1000	
	1	2	3	4	5	6
Heilbäder (ohne Seebäder)	172	4 191	13	47 254	35	11,3
Luftkurorte	360	3 055	10	22 105	16	7,2
Seebäder	72	1 093	4	11 607	9	10,6
Gemeindegruppen mit überwiegendem Erholungsverkehr	604	8 338	27	80 966	60	9,7
Großstädte	49	10 710	34	21 032	16	2,0
Sonstige Berichtsgemeinden	.3)	12 368	39	33 585	24	2,7
Gemeindegruppen mit überwiegendem Durchgangsverkehr	.3)	23 078	73	54 617	40	2,4
Bundesgebiet (ohne Berlin)	.3)	31 416	100	135 583	100	4,3

¹⁾ Bundesgebiet ohne Berlin. — ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Berichte: „Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten im Dezember 1961 und im Jahre 1961“, Arb.Nr. V/26/146 v. 21. 3. 1962. — ³⁾ Januar bis März: 1711, April bis September: 1750, Oktober bis Dezember: 1724.

Wie diese Tabelle zeigt, entfielen von den im Bundesgebiet gemeldeten 31,4 Mio Fremden 10,7 Mio oder etwas mehr als ein Drittel (34 %) auf die Gruppe der 49 Großstädte. Großstädte und sonstige Berichtsgemeinden – zur Hauptsache Mittel- und Kleinstädte – mit ebenfalls überwiegendem Durchgangsverkehr hatten zusammen einen Anteil von nahezu drei Vierteln (73 %) an der Gesamtzahl der Fremden. An der

Zahl der 135,6 Mio Übernachtungen im Bundesgebiet waren beide Gemeindegruppen dagegen mit einer wesentlich geringeren Quote beteiligt, etwas mehr als halb so stark – zu 40 %. Heilbäder, Luftkurorte und Seebäder, an der Zahl der Fremden mit 8,3 Mio Gästen zu wenig mehr als einem Viertel (27 %) beteiligt, hatten einen mehr als doppelt so hohen Anteil an der Zahl der Übernachtungen (60 %).

Während der Anteil der „sonstigen Gemeinden mit überwiegendem Durchgangsverkehr“ bei den Übernachtungen mit 24 % nur etwa ein Drittel geringer ist als der Anteil an der Zahl der Gäste (39 %), erreichte er bei den Großstädten mit 16 % nicht ganz die Hälfte der Anteilsquote bei den Fremdenmeldungen (34 %). Das bedeutet, daß die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Fremden in den kleineren Durchzugsgemeinden immerhin noch knapp einen Tag länger ist als in den Großstädten.

Dieser Gesamtsituation des Fremdenverkehrs in den Großstädten entsprechen auch die Verhältnisse in Hamburg. In den Beherbergungsstätten Hamburgs wurden im Jahre 1961 insgesamt 1,28 Mio Fremdenmeldungen gezählt und 2,65 Mio Fremdenübernachtungen. Danach war der Fremdenverkehr in Hamburg an der Zahl der Fremdenübernachtungen im gesamten Bundesgebiet (2 %) halb so stark beteiligt wie an der Zahl der Fremdenmeldungen (4 %).

In der Gruppe der 49 zur Fremdenverkehrsstatistik berichtenden Großstädte hält Hamburg zusammen mit München die Spitze. Jede der beiden Städte war im Jahre 1961 zu jeweils mehr als einem Zehntel an den 10,7 Mio Fremdenmeldungen und den 21,0 Mio Fremdenübernachtungen in allen 49 Großstädten zusammen beteiligt. München stellte mit 1,54 Mio Gästen 14 % der Großstadtbesucher und mit 3,06 Mio Übernachtungen 15 % der Übernachtungen in Großstädten. Hamburgs Anteile betragen 12 bzw. 13 %. In beiden Städten zusammen wurden also etwas mehr als ein Viertel der in den Großstädten der Bundesrepublik gezählten Fremdenmeldungen (26 %) und Fremdenübernachtungen (27 %) registriert. Frankfurt, hinter München und Hamburg rangierend, kam mit 933 000 Gästen bzw. 1,84 Mio Übernachtungen nicht ganz an einen Anteil von einem Zehntel heran (9 %). München, Hamburg und Frankfurt vereinigten auf sich etwas mehr als ein Drittel des Fremdenverkehrs in den Großstädten. Ein zweites Drittel entfiel auf 8 weitere Großstädte, deren Anteile zwischen 7 % (Köln) und 3 % (Nürnberg, Heidelberg, Wiesbaden und Bremen) bei den Fremdenmeldungen schwankten. Das letzte knappe Drittel verteilte sich auf die übrigen 38 Großstädte.

Die größte Stadt im Norden der Bundesrepublik und die größte Stadt in ihrem Süden sind zugleich ihre größten Fremdenverkehrsgemeinden, sowohl der Zahl der Fremdenmeldungen als auch der Zahl der Fremdenübernachtungen nach. In dem Umfang ihres Verkehrs unterscheiden sich beide Städte relativ wenig. In der Zusammensetzung dieses Verkehrs und in seiner Bedeutung für den Platz zeigen sich jedoch charakteristische Unterschiede zwischen beiden Orten. Diese Unterschiede, wie auch die zu anderen Großstädten, ergeben sich aus der jeweiligen Lage, die mit ihren Besonderheiten für den Verkehr jeder Stadt eine andere Situation schafft, aus ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Bedeutung als Handels-, Industrie-, Banken- oder Versicherungszentrum mit dem daraus

Tab. 2
Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen
in den Großstädten der Bundesrepublik im Jahre 1961¹⁾

Großstädte	Fremdenmeldungen		Fremdenübernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer Tage
	in 1000	in %	in 1000	in %	
	1	2	3	4	5
München	1 543	14	3 056	15	2,0
Hamburg	1 280	12	2 653	13	2,1
Frankfurt	933	9	1 836	9	2,0
Köln	708	7	1 276	6	1,8
Düsseldorf	584	6	1 164	6	2,0
Stuttgart	553	5	1 318	6	2,4
Hannover	402	4	771	4	1,9
Nürnberg	304	3	576	3	1,9
Heidelberg	298	3	527	3	1,8
Wiesbaden	280	3	761	4	2,7
Bremen	274	3	492	2	1,8
Übrige 38 Großstädte	3 551	31	6 602	29	1,9
49 Großstädte insgesamt ..	10 710	100	21 032	100	2,0

¹⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Berichte: „Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten im Dezember 1961 und im Jahre 1961“, Arb.Nr. V/26/146 v. 21. 3. 1962.

folgenden Geschäftsreiseverkehr, aus ihrer Ausstattung mit Sehenswürdigkeiten und Kunststätten sowie aus dem Charakter und der Anzahl von Veranstaltungen der verschiedensten Art, die eine unterschiedliche Zahl von Gästen anzuziehen vermögen.

Einen Einblick in die Unterschiede von Großstadt und Großstadt gibt die Tabelle 3. Für 11 Großstädte sind hier die Fremdenmeldungen, die Fremdenübernachtungen, die Beherbergungsbetriebe und ihre Bettenkapazität sowie die Bevölkerung in ihrer absoluten Größe und in ihren jeweiligen Anteilen an den Summen der 11 Großstädte zusammen einander gegenübergestellt. Die Tabelle enthält außerdem in den letzten beiden Spalten Angaben über die Zahl der Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen je 1 000 Einwohner. Diese Angaben sollen eine deutlichere Vorstellung von dem Fremdenverkehr als Faktor des Lebens der einzelnen Städte vermitteln.

Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen sowie Bettenkapazität treten in Hamburg mit etwa gleichen Anteilssätzen auf. Auffallend ist der – damit verglichen – relativ hohe Anteil der Beherbergungsbetriebe, wie er etwa auch in Stuttgart zu beobachten ist. Frankfurt, Düsseldorf und Hannover zeigen ein anderes Bild. Bei Hamburg lag der Bevölkerungsanteil über sämtlichen Anteilssätzen des Fremdenverkehrs; in München und Frankfurt war es umgekehrt.

Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen, zur jeweiligen Bevölkerung in Beziehung gesetzt, geben ein stark differenziertes Bild von der relativen Bedeutung des Fremdenverkehrs in den einzelnen Großstädten. Nach der Höhe der so errechneten Zahlen ergibt sich eine andere Reihenfolge unter den 11 Großstädten als nach der Größe der Anteile von Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen. München und Frankfurt gehören auch hier zu der Spitzengruppe, zu ihnen gesellen sich Heidelberg und Wiesbaden. Hamburg rückt an das Ende der Reihe in eine Gruppe, zu der außerdem Hannover, Nürnberg und Bremen zählen.

Bei Frankfurt und Stuttgart war der Anteil an der Zahl der Betten in den Großstädten geringer als an der Zahl der Übernachtungen. Beide Städte hatten daher eine überdurchschnittlich hohe Ausnutzung der verfügbaren Bettenkapazität.¹⁾ Sie betrug in Frankfurt 70 %, in Stuttgart 66 % gegenüber 54 % in den 49 Großstädten insgesamt. Hamburg, zwar an der Zahl der Betten stärker beteiligt als an der Zahl der Übernachtungen, hatte gleichwohl ebenfalls einen überdurchschnittlichen Ausnutzungsgrad seiner Bettenkapazität. Nach Hannover, das eine Bettenbelegungsziffer von 60 % auswies, folgte Hamburg zusammen mit Düsseldorf mit einer Ausnutzungsquote von 58 %. Von den übrigen 11 größeren Fremdenverkehrsgemeinden unter den Großstädten blieben noch München und Bremen mit 57 % bzw. 56 % über dem Durchschnitt. Köln, Wiesbaden und Nürnberg lagen darunter mit 53 % bzw.

¹⁾ Berechnet nach der Formel: $\frac{\text{Übernachtungen}}{\text{Betten} \times 365 \text{ Tage}} \times 100$

Tab. 3
Fremdenverkehr, Beherbergungskapazität und Bevölkerung in 11 Großstädten der Bundesrepublik im Jahre 1961

Großstädte	Fremdenmeldungen ¹⁾		Fremdenübernachtungen ¹⁾		Beherbergungsbetriebe ²⁾				Bevölkerung ³⁾		Fremdenmeldungen je 1000 Einwohner	Fremdenübernachtungen je 1000 Einwohner
	in 1000	in %	in 1000	in %	Betriebe		Betten		in 1000	in %		
					Anzahl	in %	Anzahl	in %				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
München	1 543	22	3 056	21	447	19	14 703	22	1 102	14	1 401	2 774
Hamburg	1 280	18	2 653	18	518	22	12 585	19	1 837	24	697	1 444
Frankfurt	933	13	1 836	13	202	8	7 208	11	675	9	1 382	2 719
Köln	708	10	1 276	9	235	10	6 591	10	801	11	884	1 592
Düsseldorf	584	8	1 164	8	162	7	5 488	8	698	9	836	1 667
Stuttgart	553	8	1 318	9	260	11	5 486	8	637	8	868	2 068
Hannover	402	5	771	5	89	4	3 537	5	575	7	700	1 342
Nürnberg	304	4	576	4	116	5	3 069	4	458	6	662	1 256
Heidelberg	298	4	527	4	123	5	3 072	4	128	2	2 338	4 129
Wiesbaden	280	4	761	5	114	5	4 055	6	257	3	1 088	2 958
Bremen	274	4	492	4	101	4	2 388	3	563	7	486	873
11 Großstädte ..	7 159	100	14 430	100	2 367	100	68 182	100	7 731	100	926	1 866

¹⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Berichte: „Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten im Dezember 1961 und im Jahre 1961“, Arb.Nr. V/26/146 v. 21. 3. 1962. — ²⁾ Stand: 1. 4. 1961; Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Berichte: „Beherbergungskapazität vom 1. 4. 1961“, Arb.Nr. V/26/138 v. 18. 9. 1961. — ³⁾ Stand: 31. 12. 1960; Quellen: „Vergleichende Städtestatistik“, „Statistische Berichte des Statistischen Bundesamtes“.

51 %. Heidelberg stand noch etwas weiter zurück, mit 47 % noch unter dem Durchschnitt der 38 übrigen Großstädte von 49 % (vgl. Tab. 4).

Tab. 4
Ausnutzung der Bettenkapazität in den Großstädten des Bundesgebietes im Jahre 1961

Großstädte	Fremdenübernachtungen	Betten ¹⁾	Ausnutzung der verfügbaren Bettenkapazität ²⁾
	in 1000	Anzahl	in %
Frankfurt	1 836	7 208	70
Stuttgart	1 318	5 486	66
Hannover	771	3 537	60
Hamburg	2 653	12 585	58
Düsseldorf	1 164	5 488	58
München	3 056	14 703	57
Bremen	492	2 388	56
Köln	1 276	6 591	53
Wiesbaden	761	4 055	51
Nürnberg	576	3 069	51
Heidelberg	527	3 072	47
Übrige 38 Großstädte ..	6 602	36 858	49
49 Großstädte insgesamt	21 032	105 040	54

1) Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Berichte: „Beherbergungskapazität vom 1. April 1961“, Arb.Nr. V/26/138 v. 18. 9. 1961. -

2) Berechnet nach der Formel: $\frac{\text{Übernachtungen}}{\text{Betten} \times 365 \text{ Tage}} \cdot 100$

In den hier betrachteten Großstädten herrscht ein unterschiedlicher Mischungsgrad von Geschäftsreiseverkehr und Touristenverkehr im Fremdenverkehr der einzelnen Städte. Er geht in etwa parallel mit einer schwächer auftretenden Bedeutung des Geschäftsreiseverkehrs und einer entsprechend stärker hervortretenden Bedeutung des Touristenverkehrs von Großstadt zu Großstadt. Frankfurt hat einen höheren Anteil an Geschäftsreisenden und einen geringeren Anteil an Touristen unter seinen Besuchern als Heidelberg. In Hamburg dürfte der Geschäftsreiseverkehr - nach der Stellung Hamburgs in der gesamten Reihenfolge zu urteilen - vermutlich eine größere Rolle spielen als der Touristenverkehr.

Daß sich ein unterschiedlicher Anteil des Geschäftsreisenden- und Touristenverkehrs bis zu einem gewissen Grade in den Unterschieden der Bettenbelegung widerspiegelt, bestätigt ein Blick auf die Ausnutzung der verfügbaren Bettenkapazität in den anderen Gemeindegruppen des Bundesgebietes im Jahre 1961²⁾:

Gemeindegruppen	Ausnutzung der Bettenkapazität in %
Großstädte	54
Heilbäder (ohne Seebäder)	50
Luftkurorte	32
Seebäder	23
Sonstige Berichtsgemeinden	27
Bundesgebiet insgesamt	36

Seebäder und Luftkurorte, Hauptorte des Touristenverkehrs, weisen die niedrigsten Ausnutzungsziffern aus; die Großstädte, Hauptorte des Geschäftsreisendenverkehrs, die höchsten. Das hängt vor allem damit zusammen, daß Touristenverkehr vorwiegend saisonabhängiger Verkehr ist, Geschäftsreiseverkehr sich

dagegen weithin unbeeinflusst von der Jahreszeit vollzieht. In Orten mit vorwiegendem Touristenverkehr wechseln daher Zeiten hoher Bettenbelegung ab mit Zeiten geringer oder schwacher Belegung. Im Jahresdurchschnitt ergeben sich dadurch niedrige Ausnutzungsziffern für die auf die Bedarfsspitze zugeschnittene Bettenkapazität. In Orten mit geringeren jahreszeitlichen Schwankungen in der Entwicklung des Fremdenverkehrs ist es dagegen möglich, Bettennachfrage und Bettenangebot näher beieinander zu halten und dadurch eine höhere Ausnutzung der verfügbaren Bettenkapazität zu erzielen.

Einflüsse der Jahreszeit sind auch in Hamburg zu spüren. Ihr Ausmaß unterscheidet sich jedoch beträchtlich von dem des Bundesgebietes insgesamt. Das deutet darauf hin, daß Hamburg zwar von einer beträchtlichen Zahl von Touristen besucht wird, daß jedoch das Verhältnis zwischen saisonabhängigem Touristenverkehr und weniger von der Jahreszeit beeinflusstem Geschäftsreiseverkehr in Hamburg ausgewogener ist als im gesamten Fremdenverkehr im Bundesgebiet, in dem der Touristenverkehr eindeutig den Vorrang vor dem Geschäftsreiseverkehr besitzt. Im Bundesgebiet und in Hamburg betragen die Anteile an der Gesamtzahl der Übernachtungen des Jahres 1961

	Bundesgebiet Hamburg	
im April/September	71	58
im Jan./März u. Oktober/Dezember	29	42

Dieser unterschiedliche Einfluß der Jahreszeit auf den Fremdenverkehr des Bundesgebietes und Hamburgs tritt noch deutlicher hervor, wird die Entwicklung von Monat zu Monat betrachtet (Tabelle 5). Die Fremdenverkehrsspitze lag in Hamburg wie im Bund in den beiden Ferienmonaten Juli und August. Ein Drittel des gesamten Fremdenverkehrs im Bundesgebiet drängte sich in diesen beiden Monaten zusammen. In Hamburg war der Anteil dieser Monate dagegen nur etwas mehr als ein Fünftel des Jahresverkehrs. Noch krasser tritt der Unterschied zwischen dem Bund und Hamburg bei einem Vergleich der Abweichungen vom Jahresdurchschnitt für beide Monate hervor. Hamburg wies mit einem Schwankungsbereich zwischen +35,3 % und -27,7 % des Jahresdurchschnitts einen Bruchteil der entsprechenden Abweichungen im Bundesgebiet zwischen +107,8 % und -56,2 % aus. Die monatliche Entwicklung des Jahres 1961 verlief also in Hamburg weit ausgeglichener als im Bundesgebiet.

Dementsprechend war auch die Kapazitätsausnutzung der Beherbergungsbetriebe in Hamburg viel gleichmäßiger im Jahresablauf als im gesamten Bundesdurchschnitt. Wie der Vergleich der Bettenbelegungsziffern weiter zeigt, lagen die hamburgischen Ausnutzungsquoten stets beträchtlich über denen des Bundesgebietes; nur im Monat August erreichte die Quote im Bundesgebiet das Niveau der hamburgischen Quote. Bei einem Vergleich der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet und in Hamburg fällt auf, daß die Zahl der Tage in den Spitzenmonaten des Fremdenverkehrs in Hamburg am niedrigsten und in den ruhigsten Monaten am höchsten war. Im Bundesgebiet war es dagegen umgekehrt.

2) Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Berichte: „Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten im Dezember 1961 und im Jahre 1961“, Arb. Nr. V/26/146 v. 21. 3. 1962.

Tab. 5

Fremdenübernachtungen im Bundesgebiet und in Hamburg im Jahre 1961 nach Monaten¹⁾

Monate	Fremdenübernachtungen				Durchschnittliche Aufenthaltsdauer		Ausnutzung der verfügbaren Bettenkapazität	
	Übernachtungen		Abweichung vom Jahresdurchschnitt		Tage		in %	
	in 1000		in %					
	Bund	Hamburg	Bund	Hamburg	Bund	Hamburg	Bund	Hamburg
	1	2	3	4	5	6	7	8
Januar	5 467	172	— 51,6	— 22,4	3,3	2,2	18,0	45,3
Februar	6 547	160	— 42,1	— 27,7	3,8	2,2	23,9	46,7
März	7 563	200	— 33,2	— 9,5	3,7	2,2	24,8	52,4
April	8 051	224	— 28,7	+ 1,1	3,4	2,1	25,8	59,6
Mai	11 324	244	+ 0,2	+ 10,2	4,0	2,1	35,1	62,6
Juni	15 812	247	+ 39,9	+ 11,7	4,8	2,1	50,7	65,4
Juli	22 367	299	+ 98,0	+ 35,3	5,3	1,9	69,4	76,2
August	23 484	286	+ 107,8	+ 29,5	5,6	1,9	72,8	72,9
September	14 936	240	+ 32,2	+ 8,5	4,5	2,0	47,9	63,6
Oktober	8 907	222	— 21,1	+ 0,4	3,6	2,1	27,6	56,8
November	6 203	196	— 45,1	— 11,3	3,4	2,2	19,9	51,9
Dezember	4 944	164	— 56,2	— 25,9	3,3	2,2	15,3	41,9
Jahresdurchschnitt 1961 ..	11 299	221	—	—	4,3	2,1	35,9	57,8
Sommermonate	95 973	1 540	+ 41,6	+ 16,1	4,8	2,0	50,4	66,9
Wintermonate	39 610	1 113	— 41,6	— 16,1	3,5	2,2	20,9	48,6
Jahr 1961	135 583	2 653	—	—	4,3	2,1	35,9	57,8

¹⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Berichte: „Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten im Dezember 1961 und im Jahre 1961“ Arb.Nr. V/26/146 v. 21. 3. 1962.

An den jahreszeitlichen Schwankungen des Fremdenverkehrs in Hamburg hatten die Besuche von Gästen aus dem Ausland einen beträchtlichen Anteil. In den Monaten Juli und August 1961 übernachteten 146 000 bzw. 126 000 ausländische Besucher in Hamburgs Beherbergungsstätten, 83 % bzw. 58 % mehr als im Jahresdurchschnitt (80 000 Ausländer). Nahezu die Hälfte der im Juli und August in Hamburg übernachtenden Gäste (299 000 bzw. 286 000 Übernachtungen) waren Ausländer (49 % im Juli und 44 % im August). Im Jahresdurchschnitt betrug ihr Anteil an den Fremdenübernachtungen insgesamt 36 %.

Im Fremdenverkehr des gesamten Bundesgebietes war der Anteil der Auslandsgäste gering, die Inlandsgäste überwogen hier bei weitem. Von den 135,6 Mio Fremdenübernachtungen des Bundesgebietes im Jahre 1961 kamen 124,6 Mio Übernachtungen (92 %) auf Inlandsgäste und 10,9 Mio (8 %) auf Auslandsgäste.

Auslandsgäste sind zur Hauptsache Durchgangsreisende. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Auslandsreisenden betrug 2,1 Tage im Jahre 1961, die aller Fremden 4,3 Tage. Der Verkehrsstrom der ausländischen Fremden berührt vornehmlich die größeren Städte. Die Gemeindegruppe der Großstädte wies dabei einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Ausländern unter ihren Besuchern aus. Von den 21,0 Mio Fremdenübernachtungen in den Großstädten entfielen 5,5 Mio oder 26 % auf Auslandsgäste. Etwas mehr als die Hälfte aller Übernachtungen von Ausländern im Bundesgebiet (51 %) waren Übernachtungen in Großstädten.

Mit 36 % hatte Hamburg einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Auslandsgästen an den Fremdenübernachtungen. Dieser Satz wurde von Frankfurt, Köln und München in etwa erreicht und von Heidelberg mit 43 % beträchtlich übertroffen.

An den 963 000 Übernachtungen von Gästen aus dem

Tab. 6

Anteil der Auslandsgäste an den Fremdenübernachtungen in den Gemeindegruppen des Bundesgebietes im Jahre 1961¹⁾

Gemeindegruppen	Fremdenübernachtungen				Anteil der Auslandsgäste an den Fremdenübernachtungen insgesamt in %
	insgesamt		darunter Auslandsgäste		
	in 1000	in %	in 1000	in %	
	1	2	3	4	
Großstädte ...	21 032	16	5 535	51	26
Heilbäder, Luftkurorte, Seebäder	80 966	60	2 480	23	4
Sonst. Berichtsgemeinden ..	33 585	24	2 904	26	9
Bundesgebiet	135 583	100	10 919	100	8

¹⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Berichte: „Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten im Dezember 1961 und im Jahre 1961“, Arb.Nr. V/26/146 v. 21. 3. 1962.

Auslande in Hamburg waren Besucher aus einer großen Zahl von Ländern beteiligt. Unter diesen Ländern traten vor allem die nordischen Länder (39 %) hervor. Die Besucher aus überseeischen Gebieten hatten einen Anteil von 24 % der Übernachtungen, etwas mehr als im gesamten Bundesgebiet. Hier überwogen dagegen die Besucher aus Westeuropa (47 % aller Übernachtungen). Der Fremdenverkehr aus Übersee beruhte im Bundesgebiet insgesamt anders als in Hamburg zur Hauptsache auf dem großen Zustrom von Besuchern aus den Vereinigten Staaten von Amerika, deren Übernachtungszahl größer war als die von Fremden aus den Niederlanden, aus Großbritannien und Nordirland oder Frankreich.

Tab. 7
Anteil der Auslandsgäste an den Fremdenübernachtungen in den Großstädten des Bundesgebietes im Jahre 1961¹⁾

Großstädte	Fremdenübernachtungen				Anteil der Auslandsgäste an den Fremdenübernachtungen insgesamt
	insgesamt		darunter Auslandsgäste		
	in 1000	in %	in 1000	in %	
	1	2	3	4	
Heidelberg ...	527	3	226	4	43
Hamburg	2 653	13	963	17	36
Frankfurt	1 836	9	631	11	34
Köln	1 276	6	429	8	34
München	3 056	15	1 013	18	33
Düsseldorf ...	1 164	6	329	6	28
Wiesbaden ...	761	4	210	4	28
Nürnberg	576	3	133	2	23
Stuttgart	1 318	6	277	5	21
Bremen	492	2	103	2	21
Hannover	771	4	127	2	16
Übrige 38 Großstädte	6 602	29	1 094	21	17
49 Großstädte insgesamt ...	21 032	100	5 535	100	26

¹⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Berichte: „Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten im Dezember 1961 und im Jahre 1961“, Arb.Nr. V/26/146 v. 21. 3. 1962.

Der Anteil der verschiedenen Betriebsarten und Fremdenverkehrszentren an dem Fremdenverkehr in Hamburg

Der Gästestrom stößt in Hamburg auf ein reichhaltiges Angebot von Unterkünften, das von dem luxuriös eingerichteten Hotel bis zum einfachen Gasthaus reicht³⁾. Rund sechs Zehntel (59 %) aller 12 585 Betten in den Hamburger Beherbergungsbetrieben standen am 1. April 1961 in 125 Hotels, weitere knapp drei Zehntel (28 %) in 216 Hotel-Pensionen. 103 Pensionen hielten 6 % der Betten bereit und 84 Gasthäuser 7 %. In ähnlicher Abstufung verteilte sich die Zahl der 2,65 Mio Übernachtungen des Jahres 1961 auf die verschiedenen Betriebsarten. Dabei waren die Hotels mit einem Anteil von 67 % stärker an den Übernachtungen beteiligt als an der Zahl der Betten (59 %). Hotel-Pensionen beherbergten ein Viertel der übernachtenden Fremden, etwas weniger als ihr Anteil an der Bettenzahl (28 %) beträgt. Pensionen (5 %) und Gasthäuser (3 %) waren dagegen an der Beherbergung weniger beteiligt als an der Zahl der Betten.

Ähnliche Unterschiede zeigen sich in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen. Größere Beherbergungsbetriebe waren stärker an der Zahl der Übernachtungen beteiligt als an der Zahl der Betten, bei kleineren Übernachtungsstätten war es umgekehrt. Die Klasse der Betriebe mit 101 und mehr Betten hatte am 1. April 1961 an der Zahl der Betten einen Anteil von 27 %, an der Zahl der Übernachtungen von 35 %. In den Betrieben mit 51-100 bzw. 31-50 Betten waren die Anteile an der Zahl der Betten und der Übernachtungen in jeder Klasse mit 19 % bzw. 13 % gleich groß. Die kleineren Betriebe waren stets schwächer an der Zahl der Übernachtungen als an der Zahl der Betten beteiligt. Daraus ergibt sich, daß die Betten-

³⁾ Vgl. hierzu: Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1962, Heft 1, S. 10 ff: „Die Hamburger Beherbergungsbetriebe“.

ausnutzung mit steigender Betriebsgröße ebenfalls steigt.

Wenn die Hotels die einzige Betriebsart bilden, die stärker an der Zahl der Übernachtungen beteiligt war als an der der Betten, so hatten dazu fast ausschließlich die 16 Großhotels mit über 100 Betten beigetragen, bei denen auf 27 % der Fremdenbetten in Hamburg 35 % der Übernachtungen entfielen.

Aus den unterschiedlichen Anteilen der einzelnen Betriebsgruppen an Bettenbestand, angekommenen Fremden und Übernachtungen berechnen sich die Ausnutzungsgrade der verfügbaren Bettenkapazität und die durchschnittliche Aufenthaltsdauer. Die Ausnutzung der Bettenkapazität betrug im Jahre 1961 im Durchschnitt 58 % und schwankte zwischen 22 % bei den großen Gasthäusern und 74 % bei den Großhotels. Bei den Hotels (65 %) lag sie über dem Durchschnitt der Hamburger Beherbergungsbetriebe insgesamt, bedingt durch den hohen Ausnutzungsgrad der Großhotels. Bei den übrigen Betriebsarten lagen die Ausnutzungsgrade unter dem Gesamtdurchschnitt. Die größeren Hotel-Pensionen kamen dem Durchschnitt nahe oder lagen knapp darüber hinaus (55 %, 60 %). Pensionen hielten mit 47 % etwa das Niveau von Hotels der gleichen Größenklassen. Die Gasthäuser erreichten insgesamt mit 29 % die Hälfte des durchschnittlichen Ausnutzungsgrades.

Interessant ist, daß die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei den kleineren Betrieben im Durchschnitt

Tab. 8
Übernachtungen von Auslandsgästen im Bundesgebiet und in Hamburg im Jahre 1961 nach Herkunftsländern¹⁾

Herkunft	Übernachtungen von Auslandsgästen				Anteil Hamburgs am Bundesgebiet
	Bundesgebiet		Hamburg		
	in 1000	in %	in 1000	in %	
	1	2	3	4	
Dänemark	674	6	140	15	21
Schweden	580	5	138	14	24
Norwegen	160	1	60	6	35
Finnland	97	1	35	4	36
Nordische Länder	1 511	13	373	39	25
USA	1 514	14	99	10	7
Asien	339	3	60	6	18
Süd- und Mittelamerika	293	3	44	5	15
Afrika	176	2	22	2	13
Kanada	91	1	10	1	11
Australien	42	0	5	0	13
Überseegebiete ..	2 455	23	240	24	10
Niederlande	1 466	13	52	5	4
Großbritannien und Nordirland ..	1 144	11	64	7	6
Frankreich	1 035	10	34	4	3
Belgien-Luxemburg	725	7	20	2	3
Schweiz	694	6	40	4	6
Westeuropäische Länder	5 064	47	210	22	4
Übriges Ausland ..	1 889	17	140	15	7
Auslandsgäste insgesamt	10 919	100	963	100	9

¹⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Berichte: „Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten im Dezember 1961 und im Jahre 1961“, Arb.Nr. V/26/146 v. 21. 3. 1962.

Tab. 9
**Betten und Übernachtungen
in den Hamburger Beherbergungsbetrieben im Jahre 1961
nach Betriebsarten und Betriebsgrößenklassen**

Betriebsarten Betriebs- größenklassen	Betten		Über- nachtungen		Aus- nutzung der verfü- gbaren Betten- kapazi- tät in %	Durch- schnitt- liche Aufent- halts- dauer in Tagen
	Anzahl	in %	in 1000	in %		
	1	2	3	4		
Hotels						
1-10 Betten	50	0	6	0	32	1,8
11-20 "	384	3	77	3	55	2,0
21-30 "	477	4	77	3	44	1,7
31-50 "	1 286	10	264	10	56	1,7
51-100 "	1 851	15	417	16	62	1,7
101 und mehr "	3 421	27	929	35	74	2,2
Hotels zusammen	7 469	59	1 770	67	65	1,9
Gasthäuser						
1-10 Betten	319	3	30	1	25	3,0
11-20 "	234	2	31	1	37	2,1
21-30 "	178	1	21	1	33	1,7
31-50 "	—	—	—	—	—	—
51-100 "	122	1	10	0	22	2,2
101 und mehr "	—	—	—	—	—	—
Gasthäuser zusammen	853	7	92	3	29	2,2
Hotel-Pensionen						
1-10 Betten	553	4	101	4	50	2,8
11-20 "	1 334	11	237	9	49	2,6
21-30 "	883	7	168	6	52	2,2
31-50 "	379	3	76	3	55	1,7
51 und mehr "	405	3	88	3	60	1,8
Hotel-Pensionen zusammen	3 554	28	670	25	52	2,2
Pensionen						
1-10 Betten	464	4	84	3	49	5,1
11-20 "	245	2	37	2	41	4,5
21 und mehr "	—	—	—	—	—	—
Pensionen zusammen	709	6	121	5	47	5,0
Alle Beherbergungsbetriebe						
1-10 Betten	1 386	11	220	8	44	3,3
11-20 "	2 197	18	383	15	48	2,5
21-30 "	1 538	12	266	10	47	2,0
31-50 "	1 665	13	340	13	56	1,7
51-100 "	2 378	19	515	19	59	1,7
101 und mehr "	3 421	27	929	35	74	2,2
Insgesamt	12 585	100	2 653	100	58	2,1

höher ist als bei den großen. Hier hatte die Betriebsgröße mit 1-10 Betten einen Satz von 3,3 Tagen, der sich bis zu der Betriebsgröße mit 51-100 Betten auf 1,7 Tage verringerte, bei den Großbetrieben mit mehr als 100 Betten allerdings wieder auf 2,2 Tage anstieg. In den Pensionen verweilten die Gäste am längsten (5,0 Tage), in den Hotels am kürzesten (1,9 Tage). Vornehmlich die großen Hotels und Hotel-Pensionen sind die Beherbergungsstätten, in denen die Auslandsgäste in Hamburg überwiegend zu übernachten pflegen. An den 963 000 Übernachtungen von Ausländern im Jahre 1961 waren Hotels mit 700 000 Übernachtungen oder 73 % beteiligt, darunter Hotels mit mehr als 51 Betten mit 582 000 Übernachtungen oder 61 %, Hotel-Pensionen mit 206 000 Übernachtungen oder 21 %, Pensionen mit 38 000 Übernachtungen oder 4 % und Gasthäuser mit 19 000 Übernachtungen oder 2 %. An 1,77 Mio Übernachtungen in Hotels hatten Auslandsgäste einen Anteil von 40 %, an den 929 000 Übernachtungen in den Großhotels (101 und mehr Betten) einen Anteil von 45 %. Bei Hotel-Pensionen und Pensionen betrug dieser Anteilssatz 31 % oder 32 %, bei den Gasthäusern lag er mit 21 % noch beträchtlich darunter. In den Fremdenverkehrszentren

Hamburgs, in den Gebieten um den Hauptbahnhof, den Dammtorbahnhof, die Reeperbahn und die Außenalster⁴⁾ standen am 1. April 1961 insgesamt 9 104 Betten oder 72 % des Hamburger Gesamtbestandes an Betten (12 585). In den Beherbergungsstätten dieser vier Gebiete wurden im Jahre 1961 etwas über 2 Mio Übernachtungen oder 76 % der Fremdenübernachtungen in Hamburg insgesamt gezählt. Wie an den Betten hatte die Gegend um den Hauptbahnhof auch den stärksten Anteil an der Zahl der Übernachtungen, 44 % bei den Übernachtungen und 40 % bei den Betten.

Tab. 10
**Bettenbestand und Fremdenübernachtungen
in den Hamburger Beherbergungsbetrieben nach Fremden-
verkehrsgebieten im Jahre 1961**

Fremden- verkehrs- gebiete	Betten Stand 1. 4. 1961		Fremden- übernachtungen		Durch- schnitt- liche Aufent- halts- dauer Tage	Aus- nutzung der verfü- gbaren Betten- kapazi- tät in %
	Anzahl	in %	in 1000	in %		
	1	2	3	4		
Hauptbahnhof	4 997	40	1 168	44	1,9	64
Dammtorbahn.	1 312	10	297	11	2,4	62
Reeperbahn	1 415	11	314	12	1,8	61
Außenalster ...	1 380	11	236	9	3,1	48
Übrige Stadt- gebiete	3 481	28	638	24	2,1	50
Beherbergungs- betriebe insgesamt	12 585	100	2 653	100	2,1	58

Wie nach der Zahl der Fremdenübernachtungen unterschieden sich die Hauptfremdenverkehrsbezirke der Stadt auch nach der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Gäste und in der Ausnutzung der verfügbaren Bettenkapazität. Die Mannigfaltigkeit des Hamburger Beherbergungsgewerbes, ausgedrückt in der Lage der Betriebe im Stadtgebiet, in der unterschiedlichen Struktur des Kundenkreises der verschiedenen Betriebsarten, spiegelt sich in einer Reihe von Unterschieden der Frequenzierung, deren Vielfalt hier nur in einigen wenigen Hinweisen angedeutet werden kann. Die in der Tabelle 10 bereits erkennbare Differenzierung des Fremdenverkehrs in den Hauptverkehrsgebieten der Stadt verstärkt sich, wird darüber hinaus nach Betriebsarten und Betriebsgrößenklassen unterschieden. Die Tabellen 11, 12 und 13 bringen einen Nachweis nach Fremdenverkehrsgebieten und Betriebsarten.

Wie aus der Tabelle 10 zu ersehen ist, hatten die Betriebe in dem Gebiet um den Hauptbahnhof ihre Kapazität an Betten im Jahre 1961 am höchsten ausnutzen können (64 %). Nicht so hoch kamen die Betriebe am Dammtorbahnhof (62 %) und an der Reeperbahn (61 %). Beträchtlich unter dem Gesamtdurchschnitt (58 %) blieben die Bettenbelegungsziffern der Betriebe an der Außenalster (48 %) und in den übrigen Stadtgebieten (50 %). Die sich in dieser Zahlenreihe ausdrückende Tendenz, daß die Ausnutzung der Bettenkapazität um so geringer wird, je weiter die Betriebe vom Stadtkern entfernt sind, wird durch eine Aufgliederung nach Betriebsarten (Tab. 12) erheblich

⁴⁾ Umkreis mit Radius von rund 500 m um den Hauptbahnhof und Dammtorbahnhof; der Bezirk Reeperbahn ist mit einem Radius von rund 500 m mit dem Mittelpunkt Davidswache abgegrenzt.

Tab. 11
Fremdenübernachtungen in den Hamburger Beherbergungsbetrieben nach Fremdenverkehrsgebieten und Betriebsarten im Jahre 1961

Fremdenverkehrsgebiete	Fremdenübernachtungen in ...				
	Hotels	Gasthäusern	Hotel-Pensionen	Pensionen	Beherbergungsbetrieben insgesamt
	1	2	3	4	5
	in 1000				
Hauptbahnhof	898	2	225	43	1 168
Dammtorbahnhof	197	—	88	12	297
Reeperbahn	190	14	110	—	314
Außenalster	81	2	115	42	240
Übrige Stadtgebiete	404	73	133	24	634
Insgesamt	1 770	91	671	121	2 653
	in %				
Hauptbahnhof	77	0	19	4	100
Dammtorbahnhof	66	—	30	4	100
Reeperbahn	61	4	35	—	100
Außenalster	34	1	48	17	100
Übrige Stadtgebiete	64	11	21	4	100
Insgesamt	67	3	25	5	100

modifiziert. So waren die Betten in Hotel-Pensionen an der Reeperbahn und in den „übrigen Stadtgebieten“ mit 66 % bzw. 57 % weit über dem Durchschnitt dieser Sparte (52 %) ausgenutzt. Diese beiden Raten stehen außerdem im Gegensatz zu der sonst zumeist zu beobachtenden Tendenz, daß die Hotels ihre Betten stärker ausnutzen als die anderen Betriebsarten, indem sie zeigen, daß in manchen Fremdenverkehrsgebieten die Hotels nicht die relativ häufigst gesuchte Beherbergungsform sind.

Der hohe Ausnutzungsgrad der Hotels am Hauptbahnhof und am Dammtorbahnhof (72 %) im Verein mit dem hohen Anteil dieser Betriebsarten an der Zahl der Fremdenübernachtungen in diesen beiden Gebieten (77 % bzw. 66 %) verlieh deren Gesamtquoten das Niveau von 64 % bzw. 62 %, obwohl z.B.

Tab. 12
Die Ausnutzung der verfügbaren Bettenkapazität in den Hamburger Beherbergungsbetrieben nach Fremdenverkehrsgebieten und Betriebsarten im Jahre 1961

Fremdenverkehrsgebiete	Ausnutzungsgrad in % in ...				
	Hotels	Gasthäusern	Hotel-Pensionen	Pensionen	Beherbergungsbetrieben insgesamt
	1	2	3	4	5
Hauptbahnhof	70	31	52	49	64
Dammtorbahnhof	72	—	50	41	62
Reeperbahn	62	31	66	—	61
Außenalster	61	51	41	52	48
Übrige Stadtgebiete	56	29	57	39	50
Insgesamt	65	30	52	47	58

die Gasthäuser auch hier mit 31 % weit weniger ausgenutzt waren. Einen auffallend geringen, beträchtlich unter der sonstigen Höhe dieser Sparte liegenden Ausnutzungsgrad wies die stärkste Betriebsart an der Außenalster, die Gruppe der Hotel-Pensionen, mit 41 % aus.

Tab. 13
Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Hamburger Beherbergungsbetrieben nach Fremdenverkehrsgebieten und Betriebsarten im Jahre 1961

Fremdenverkehrsgebiete	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tagen in ...				
	Hotels	Gasthäusern	Hotel-Pensionen	Pensionen	Beherbergungsbetrieben insgesamt
	1	2	3	4	5
Hauptbahnhof	1,9	1,1	2,0	3,8	1,9
Dammtorbahnhof	2,2	—	2,7	6,2	2,4
Reeperbahn	2,1	1,8	1,4	—	1,8
Außenalster	2,3	1,9	3,3	5,4	3,1
Übriges Stadtgebiet	1,8	2,4	3,0	7,2	2,1
Insgesamt	1,9	2,2	2,2	5,0	2,1

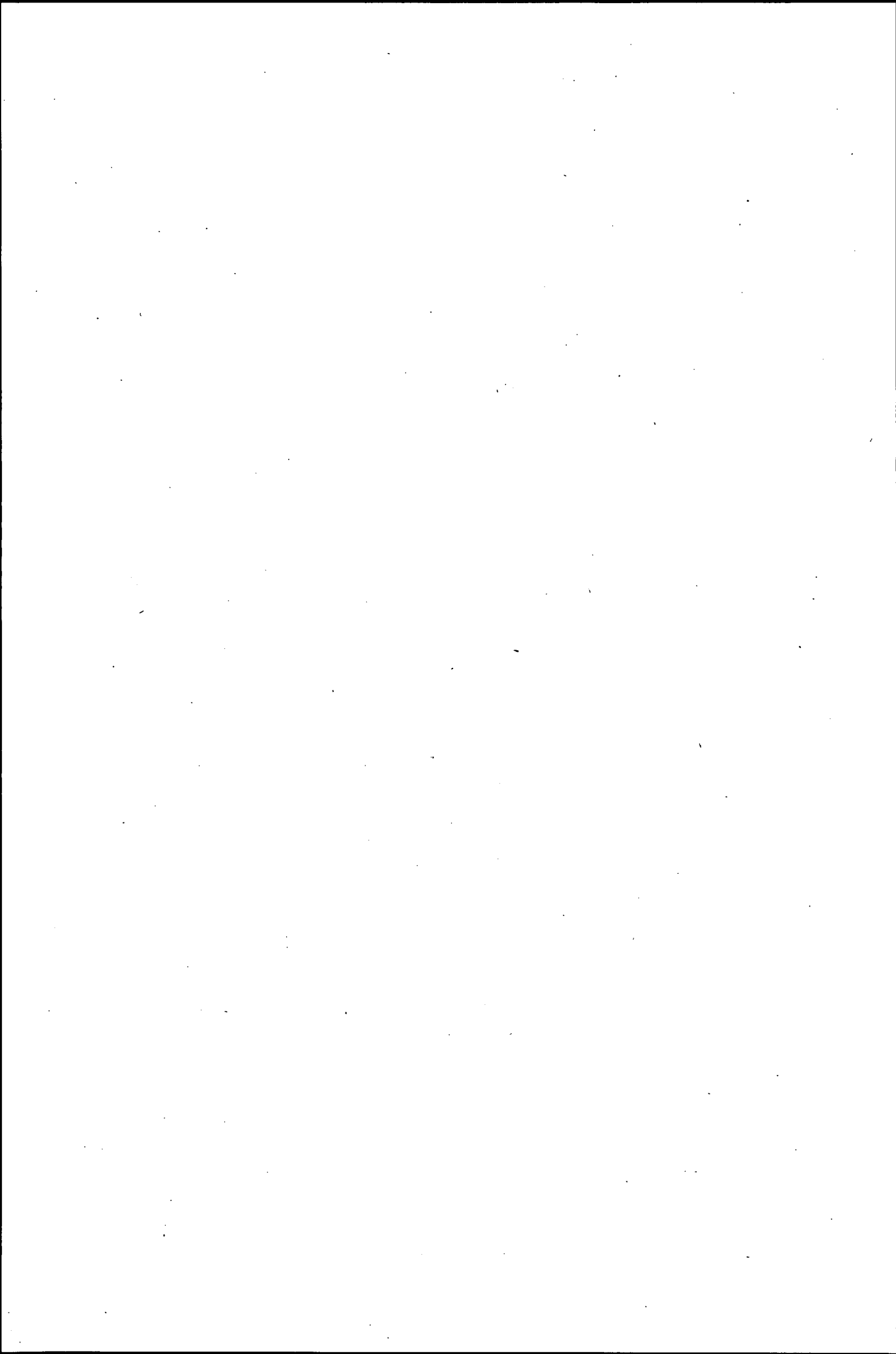
Eine beträchtliche Streuung in den einzelnen Gebieten und Betriebsarten zeigte auch die durchschnittliche Aufenthaltsdauer. Die Spanne reichte von 1,1 Tagen in den Gasthäusern am Hauptbahnhof bis zu 7,2 Tagen bei den Pensionen am „übrigen Stadtgebiet“. Die kürzeste Zeit hielten sich die Besucher – durch alle Betriebsarten hindurch – in den Beherbergungsstätten am Hauptbahnhof und an der Reeperbahn auf. Weniger Durchgangsreisende und dafür mehr Gäste, die längere Zeit blieben, verkehrten in den Hotel-Pensionen und Pensionen an der Außenalster. Zu der hohen Verweildauer in den Pensionen des „übrigen Stadtgebiets“ von 7,2 Tagen dürften vor allem die Betriebe in den Außenbezirken der Stadt mit vorwiegend Erholungsverkehr beigetragen haben.

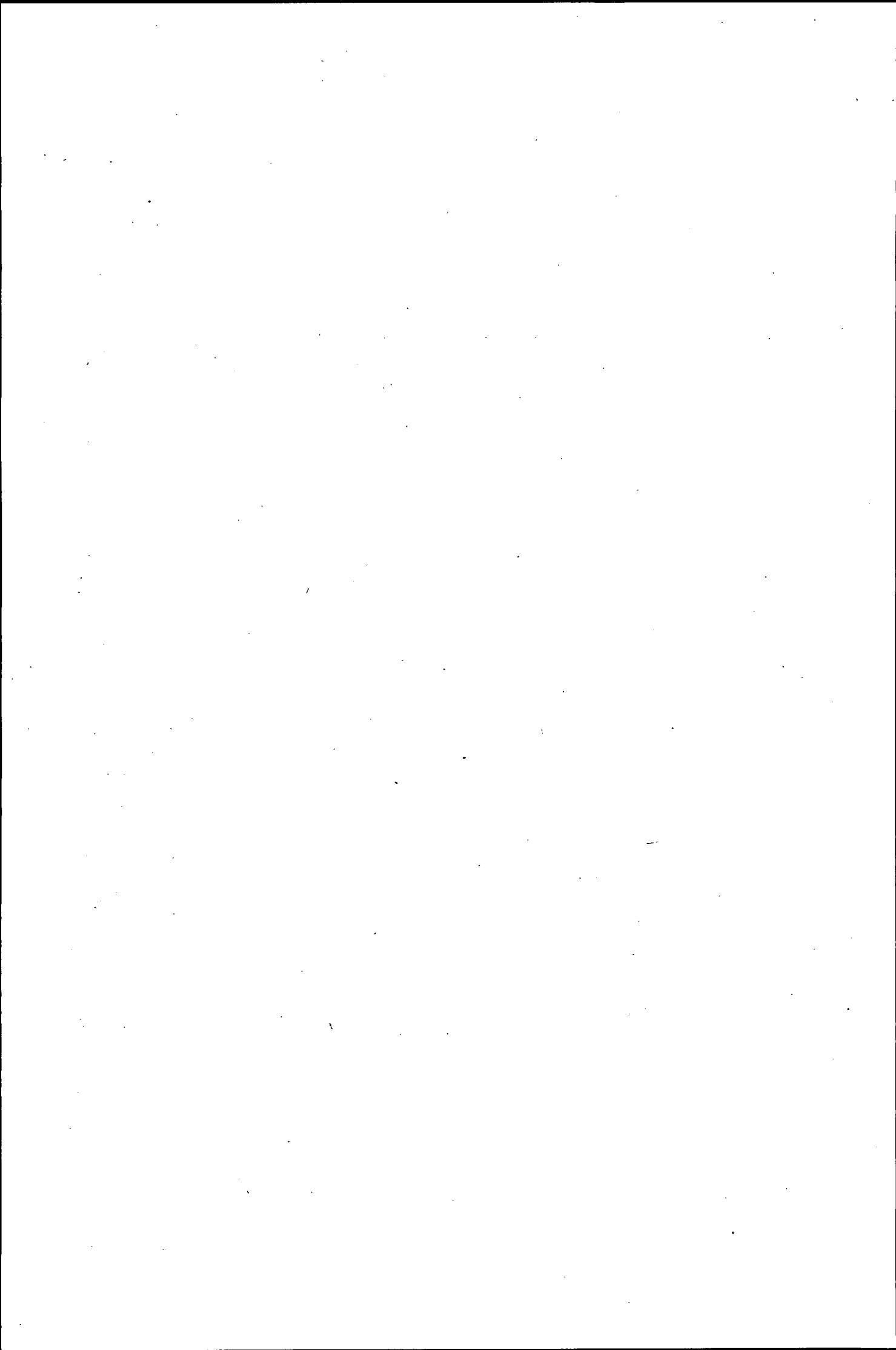
Tab. 14
Ausländer-Übernachtungen in den Hamburger Beherbergungsbetrieben nach Fremdenverkehrsgebieten im Jahre 1961

Fremdenverkehrsgebiete	Fremdenübernachtungen				Anteil der Auslands-gäste in %
	insgesamt		darunter Auslands-gäste		
	in 1000	in %	in 1000	in %	
	1	2	3	4	5
Hauptbahnhof	1 168	44	524	54	45
Dammtorbahnhof	297	11	126	13	42
Reeperbahn	314	12	84	9	27
Andere Stadtgebiete zusammen	874	33	229	24	26
Insgesamt	2 653	100	963	100	36

Zu dem hohen Anteil der Gegend um den Hauptbahnhof und um den Dammtorbahnhof an dem gesamten Fremdenverkehr in den Hamburger Beherbergungsstätten hatten im Jahre 1961 in einem erheblichen Maße Auslands-gäste beigetragen. An der Zahl der Fremdenübernachtungen in den Betrieben am Hauptbahnhof waren Auslands-gäste mit 45 % beteiligt, an der in den Betrieben am Dammtorbahnhof mit 42 %, an der entsprechenden Zahl in den anderen Teilen der Stadt zu 26 %. Insgesamt übernachteten 650 000 Auslands-gäste im Jahre 1961 am Hauptbahnhof und am Dammtorbahnhof, 67 % aller Auslands-gäste. Besonders viel waren Gäste aus Dänemark, Schweden, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Nordirland, Norwegen, Niederlande sowie aus Finnland unter diesen Besuchern vertreten. Ihr Anteil an der Zahl der 650 000 Übernachtungen von Auslands-gästen in den Betrieben dieser beiden Zentren betrug mit 408 000 mehr als die Hälfte (63 %).

Willi Lellau





Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1961	Mai 1962	April 1962
	1938	1950	1961			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte ¹⁾						
Luftdruck, mm	761,7	758,8 ⁴⁾	761,1 ⁴⁾	760,3 ⁴⁾	759,4 ⁴⁾	759,9 ⁴⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,9	11,3	10,3	8,2
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	78	74	74	76
Windstärke ²⁾			3,1	3	3	3
Bewölkung ³⁾	6,7	7,2	6,9	8	7	7
2. Summenwerte						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	917	90	112	58
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 454	146	117	125
Tage ohne Sonnenschein	88	76	71	3	2	1
Tage mit Niederschlägen	160	221	209	25	28	21
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) ⁵⁾						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	295,2	295,3	291 p	290 p
Altona	220,3	272,7	273,4	273,9	270 p	270 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,9	261,9	259 p	259 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	429,8	430,3	426 p	426 p
Wandsbek	166,7	221,9	303,4	301,3	319 p	319 p
Bergedorf	52,6	82,4	78,3	78,2	78 p	78 p
Harburg	135,7	172,4	200,6	200,2	200 p	200 p
• Hamburg insgesamt	1 679,7	1 602,5	1 842,6	1 841,1	1 843 p	1 842 p
davon männlich	788,8	750,3	853,9	853,0	850 p	850 p
weiblich	890,9	852,2	988,7	988,1	993 p	992 p
dar. Ausländer ⁷⁾	16,6	19,9	37,9	37,1	44	43
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
• Eheschließungen	1 447	1 414	1 588	1 789	1 601	1 560
• Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	10,3	11,5	10,2 p	10,3
• Ehescheidungen	266	434	298	352	280 p	278
• Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	2 346	1 448	2 122	2 273	2 332	2 299
darunter unehelich	209	154	162	184	170 p	193
• Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	13,8	14,5	14,9 p	15,2
Unehelich Geborene % der Geborenen	9,1	10,8	7,7	8,1	7,4 p	8,5
Totgeborene % der Geborenen	2,1	1,9	1,5	1,8	1,4	1,2
• Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	1 949	1 864	1 935	2 008
darunter unter 1 Jahr alt	118	64	50	38	39	75
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 103	1 063	1 150 p	1 161 r
• Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	12,7	11,9	12,4 p	13,3
• Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	50,6	43,5	23,6	16,9	16,6	34,0
• Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 173	+ 409	+ 397	+ 291
3. Wanderungen						
• Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	6 535	7 568	7 100 p	7 500 p
• Fortgezogene Personen nach außerhalb Hamburgs	7 788	2 174	5 729	6 292	6 300 p	6 800 p
• Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	+ 806	+ 1 276	+ 800 p	+ 700 p
davon männlich	.	+ 2 533	+ 517	+ 900	+ 700 p	+ 800 p
weiblich	.	+ 2 954	+ 289	+ 376	+ 100 p	- 100 p
• Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	15 503	16 944	17 099	15 957
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	.	2 668	1 561	1 679	1 700 p	2 150 p
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾	.	1 311	796	891	800 p	1 050 p
Niedersachsen	.	1 854	1 204	1 519	1 700 p	1 650 p
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	.	567	270	293	500 p	450 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	1 214 ¹¹⁾	2 242	2 694	2 500 p	2 600 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	1 072	403	471	-50 p	50 p
Ausland	.	485	1 057	1 144	1 100 p	950 p
Unbekannt	.	368	68	61	50 p	100 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	.	718	1 864	2 110	2 100 p	2 100 p
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾	.	457	1 203	1 290	1 000 p	1 150 p
Niedersachsen	.	449	1 136	1 132	1 300 p	1 800 p
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	.	131	381	368	400 p	550 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	764 ¹¹⁾	2 059	2 347	2 200 p	2 300 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	89	38	39	.	.
Ausland	.	142	591	616	700 p	600 p
Unbekannt	.	12	41	48	.	.

¹⁾ Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ³⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — ⁴⁾ Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ⁵⁾ Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählung vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. — ⁶⁾ Ab April 1962 vorläufige Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961; für Mai 1961 nach der Wohnungszählung 1956. — ⁷⁾ Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — ⁸⁾ Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1961	Mai 1962	April 1962
	1938	1950	1961			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	9 464	12 742	11 843	11 872	11 857	11 857
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	301 220	302 072	299 347	291 156
Bettenausnutzung in ‰ ²⁾	77,1	86,8	86,6	85,2	85,7	85,6
b) Gemeinnützige Krankenanstalten ³⁾						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	4 339	4 690	4 657	4 650	4 605	4 653
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	123 035	122 285	121 008	115 802
Bettenausnutzung in ‰ ²⁾	74,5	88,6	87,1	85,0	85,0	83,1
c) Privatkanenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	.	409	563	563	610	576
Krankenverpflegungstage	.	8 983	12 955	12 838	15 482	13 669
Bettenausnutzung in ‰ ²⁾	.	60,1	78,9	73,8	81,3	79,1
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	189	2 260	982	982	947	947
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	24 046	25 107	25 268	24 773
Bettenausnutzung in ‰ ²⁾	81,8	91,5	80,6	82,5	86,1	87,2
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	833	1 645	1 132	1 126	1 136	1 136
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	29 359	29 278	29 804	28 194
Bettenausnutzung in ‰ ²⁾	93,5	97,4	86,8	85,1	90,0	87,8
3. Anstalten für Geisteskranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 678	1 649	1 719	1 719
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	47 203	46 937	48 916	46 799
Bettenausnutzung in ‰ ²⁾	98,0	75,1	95,5	94,1	94,5	93,4
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 302	1 302	1 302	1 302
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	39 102	39 783	39 630	38 294
Bettenausnutzung in ‰ ²⁾	99,7	98,8	98,8	98,6	98,2	98,0
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 270	1 280	1 280	1 280
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 366	39 134	38 768	37 624
Bettenausnutzung in ‰ ²⁾	—	68,4	98,8	98,6	97,7	98,0
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 949	1 864	1 935	2 008
darunter						
Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	21	15	.	20
Krebs	240	285	395	370	.	393
Gehirnblutungen	136	172	239	227	.	210
Herzkrankheiten	232	269	438	451	.	455
Lungenentzündung	103	47	45	36	.	45
Freitod	62	50	42	40	.	41
Verkehrsunfälle	22	20	34	39	.	35
Andere Verunglückungen	48	41	54	51	.	64
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	169	169	155	157
Plätze	66 691	47 891	90 426	91 413	84 412	85 639
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 908 976	1 866 228	1 567 867	1 594 415
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer ⁴⁾	361 531	407 741	625 156	623 434	630 676	629 881
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	258 670	252 627	305 878	301 773
Öffentliche Fürsorge						
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung ⁵⁾						
Mitglieder		694 658	701 079	703 859	703 258	696 199
Pflichtmitglieder	452 518	486 742	469 104	472 378	468 612	462 084
Rentner	.	171 139	170 469	170 581	170 549	170 459
Freiwillige Mitglieder	64 028	36 777	61 506	60 900	64 097	63 656
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	15 825	31 706	29 117	28 804	36 741
männlich	9 091	10 123	21 539	19 320	19 244	24 493
weiblich	6 450	5 702	10 167	9 797	9 560	12 248
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger		153 175	294 342	292 797	297 774	297 022
Rentenversicherung der Arbeiter	94 346 ⁷⁾	106 248	193 895	193 147	195 616	195 204
Rentenversicherung der Angestellten	.	46 927	100 447	99 650	102 158	101 818
Ausgezählte Renten in DM	.	28 880 000	56 778 681	56 780 597	61 157 213	65 281 643
Rentenversicherung der Arbeiter	.	18 350 000	32 792 909	32 685 224	34 839 743	39 084 580
Rentenversicherung der Angestellten	.	10 530 000	23 985 772	24 095 373	26 317 470	26 197 063
Offene Fürsorge						
Laufend unterstützte Parteien ⁶⁾	55 658	25 040	22 036	21 877	20 971	21 111
Laufend unterstützte Personen	.	40 214	30 541	30 373	28 680	28 943
auf 1000 Einwohner		25,3	16,6	16,5	15,6	15,7

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkanenanstalten. — 4) 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Der für 1938 ausgewiesene Personenkreis ist mit den übrigen Jahren nur bedingt vergleichbar. — 7) Stand 1. 1. 1960.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1961	Mai 1962	April 1962
	1938	1950	1961			
Arbeitsmarkt						
1. Umfang der Beschäftigung						
• Beschäftigte Arbeitnehmer am Monatsende ¹⁾	638 856 ⁵⁾	580 940	835 739	.	.	833 852 ⁷⁾
• davon						
• männlich	428 675	384 486	502 914	.	.	500 836
• weiblich	210 181	196 454	332 825	.	.	333 016
2. Angebot und Nachfrage						
• Arbeitslose	29 908	90 831	4 865	4 731	4 266	4 782
• davon						
• männlich	23 937	56 428	3 072	2 857	2 755	3 100
• weiblich	5 971	34 403	1 793	1 874	1 511	1 682
Offene Stellen	31 522	1 789	19 999	19 964	25 840	23 069
• davon						
• männlich	21 009	744	10 861	10 773	14 397	12 722
• weiblich	10 513	1 045	9 138	9 191	11 443	10 347
Stellenvermittlung in Dauerbeschäftigung ²⁾	16 088	21 006	7 661	7 235	6 924	7 728
• davon						
• männlich	11 107	13 007	5 178	5 031	4 847	5 523
• weiblich	4 981	7 999	2 483	2 204	2 077	2 205
Stellenvermittlung in kurzfristige Beschäftigung	9 175	24 625	10 828	11 517	9 296	8 990
• davon						
• männlich	7 544	23 585	9 952	10 685	8 491	8 108
• weiblich	1 631	1 040	876	832	805	882
Arbeitsuchende am Monatsende ³⁾	35 944	94 886	9 273	8 930	8 266	8 874
• davon						
• männlich	28 215	59 355	6 197	5 894	5 572	6 085
• weiblich	7 729	35 531	3 076	3 036	2 694	2 789
3. Die Arbeitslosen ⁴⁾						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 865	4 731	4 266	4 782
darunter						
Bauberberufe	.	6 710 ⁶⁾	162	71	103	141
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 766 ⁶⁾	130	142	79	79
Elektriker	.	1 627 ⁶⁾	29	20	25	24
Chemiewerker	.	1 879 ⁶⁾	84	77	62	70
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 ⁶⁾	28	31	28	37
Graphische Berufe	.	690 ⁶⁾	53	54	30	22
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	.	1 180 ⁶⁾	11	7	10	17
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	.	6 623 ⁶⁾	139	137	118	126
Kaufmännische Berufe	.	8 598 ⁶⁾	965	1 032	449	525
Verkehrsberufe	.	8 787 ⁶⁾	592	539	346	371
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 ⁶⁾	844	819	1 260	1 260
Künstlerische Berufe	.	2 260 ⁶⁾	341	316	247	315
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
• Wohngebäude	.	469	348	582	251	219
• Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	485	764	386	266
• Wohnungen	.	2 540	1 550	2 437	1 232	867
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	100	155	80	55
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	45 316	66 967	39 244	28 395
Nichtwohnbauten						
• Nichtwohngebäude	.	185	133	158	129	88
• Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	376	383	408	153
• Wohnungen	.	20	21	23	10	21
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	32 692	31 596	33 756	12 478
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
• Wohngebäude	.	516	385	395	269	152
• Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	524	526	452	204
• Wohnungen	.	2 206	1 692	1 634	1 550	636
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	47 751	46 509	44 808	20 779
Nichtwohnbauten						
• Nichtwohngebäude	.	237	128	79	105	65
• Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	369	264	314	206
• Wohnungen	.	.	20	16	13	3
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	31 230	20 240	24 857	19 527
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
• Wohngebäude	188	395	479	335	270	131
• Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	547	398	347	237
• Wohnungen	.	2 096	1 804	1 306	1 221	756
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	114	86	75	49
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	45 353	33 727	32 042	19 616
Nichtwohnbauten						
• Nichtwohngebäude	26	137	117	79	79	30
• Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	293	184	223	49
• Wohnungen	.	26	20	11	10	2
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	22 781	14 516	22 713	3 161

1) Wird vierteljährlich ausgezählt. — 2) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 3) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 4) Infolge Umstellung der Systematik sind die Zahlen von 1961 und 1962 nur bedingt vergleichbar. — 5) Juni 1938. — 6) Durchschnitt aus April—Dezember 1950. — 7) März 1962.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1961	Mai 1962	April 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt ¹⁾	706	2 122	1 824	1 317	1 231	758
darunter						
mit öffentlichen Mitteln gefördert		1 526	1 417	1 023	877	642
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)		6 575	6 668	5 061	4 672	2 873
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes) ²⁾						
Im Bau befindliche Wohnungen						
Genehmigte, aber noch nicht begonnene		17 089	23 031	27 200	22 600	22 300
Wohnungen		8 412	8 180	11 700	9 000	9 300
5. Bestand an normalen Wohngebäuden						
und Wohnungen ³⁾ (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden		122	185	184	189	189
Bestand an Wohnungen		336	590	586	607	606
Bestand an Wohnräumen über 6 qm						
(einschl. Küchen)		1 276	2 129	2 115	2 193	2 189
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	744	619	480	464
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77—80 II. WoBauG.	—	830	567	332	327	157
c) für die Umschichtung	—	—	104	72	75	21
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	739	671	505	802
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete	—					
Wohnungen	—	678	363	255	320	101
Abgang von Wohnungen (Wohnraumkartei)	—	306	156	94	438	71
7. Bauberichterstattung⁴⁾						
• Zahl der Beschäftigten		21 853	44 262	44 504	44 792	43 335
davon						
Inhaber		335	449	447	453	451
Angestellte		1 739	3 686	3 681	3 924	3 897
Arbeiter ⁵⁾		19 779	40 127	40 376	40 415	38 987
• Löhne in 1000 DM		6 168	30 615	31 011	37 297	32 853
• Gehälter in 1000 DM		731	3 451	3 114	3 845	3 621
• Umsatz in 1000 DM		15 950	85 931	80 074	95 360	74 030
darunter						
im Wohnungsbau in 1000 DM			29 874	28 641	32 652	24 163
im gewerbl. und industr. Bau in 1000 DM			19 546	16 333	22 827	18 314
• Geleistete Arbeitsstunden in 1000		3 732	6 900	7 450	7 617	6 735
darunter						
für Wohnungsbauten in 1000		1 498	2 369	2 595	2 574	2 293
für gewerbl. und industr. Bauten in 1000		1 051	1 515	1 459	1 770	1 555
Preise und Indexpfiffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt						
für 50 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	43,80	75,80	119,30	125,40	125,60	124,80
Kühe, sonstige vollfleischige	37,60	62,70	93,70	100,50	95,20	93,10
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	57,00	91,30	167,10	162,30	149,00	154,70
Schweine, von 100—119,5 kg Lebendgewicht	50,90	117,50	126,70	124,50	112,40	112,80
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	40,70	61,90	99,90	102,20	110,20	116,40
2. Durchschnittspreise für Fleisch⁶⁾						
I. Qualität für 50 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	76,50	131,50	208,50	213,80	211,50	210,00
Kalbfeisch, beste Qualität	94,70	174,50	297,70	290,00	270,50	277,50
Hammelfeisch, beste Qualität	92,80	127,00	231,00	250,30	279,30	289,40
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	70,40	178,50	173,40	170,80	164,70	165,00
3. Preisindexzfiffern für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbraucherguppe —						
Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	132,0	130,0	139,5	140,2
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	83,8	83,7	84,4	84,4
Wohnung	97,5	100	141,8	141,8	144,3	144,1
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	147,0	146,1	150,5	150,3
Hausrat	53,9	100	117,7	117,4	121,6	121,3
Bekleidung	47,9	100	107,2	107,1	108,9	108,4
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	119,4	118,5	123,6	122,9
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	147,6	147,9	150,8	150,8
Verkehr	65,0	100	143,9	143,8	144,1	144,1
Ernährung						
einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	125,9	123,9	132,3	132,8
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	125,7	124,8	131,0	131,2
Gesamtlebenshaltung	62,8	100	127,3	126,3	132,0	132,2
(1950 = 100)						
(1938 = 100)	100	159,3	202,9	201,2	210,4	210,7

¹⁾ Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 32 Wohnungen). — ²⁾ Für die Jahre 1950 und 1961 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — ³⁾ Einschl. Behelfsheime von 30 und mehr qm; Bestand 1950 nach der Wohnungszählung vom 13. 9. 1950. — ⁴⁾ Betriebe ab 20 Beschäftigte. — ⁵⁾ Einschl. Umschüler und Lehrlinge. — ⁶⁾ Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1961	Mai 1962	April 1962
	1936 ¹⁾	1950	1961			
Industrie ²⁾						
1. Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 857	1 861	1 829	1 837
• Beschäftigte insgesamt	145 200	140 867	233 971	235 751	234 406	234 457
darunter						
• Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge	.	111 760	171 526	173 098	169 633	169 803
• Geleistete Arbeiterstunden in 1000	.	21 399	28 929	29 185	29 083	27 398
• Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM	.	11 369	50 328	48 091	55 291	55 759
• Bruttosumme der Löhne in 1000 DM	.	28 356	92 882	93 224	104 839	97 781
• Umsatzwerte in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 063 658	1 002 005	1 113 551	1 023 649
• darunter nach dem Ausland in 1000 RM/DM	.	12 845	131 761	105 969	155 836	114 256
• Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ³⁾ †	.	52 913	16 806	14 463	15 524	16 612
• Heizölverbrauch in t	.	.	47 309	45 356	48 974	49 482
• Stromerzeugung in 1000 kWh	.	5 925	12 962	12 467	13 117	13 094
• Stromverbrauch in 1000 kWh	.	34 341	98 143	93 827	95 485	93 474
• Gasverbrauch in 1000 cbm	.	.	7 005	6 679	6 570	7 268
2. Beschäftigte und Umsatz nach Industriegruppen						
Beschäftigte						
Gesamte Industrie	145 200	140 867	233 971	235 751	234 406	234 457
darunter						
• Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 417	8 439	8 627	8 579
• NE-Metallindustrie	1 900	2 509	3 034	3 065	3 026	3 063
• Chemische Industrie	8 200	10 439	17 396	17 678	17 793	17 774
• Kautschuk und Asbest	9 200	10 380	13 723	13 830	13 285	13 296
• Maschinenbau	12 400	16 409	30 283	30 810	31 115	31 031
• Schiffbau	26 500	12 559	30 188	30 494	29 290	29 529
• Elektroindustrie	5 400	10 785	28 472	28 719	29 369	29 385
• Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁴⁾	6 721	12 160	12 197	12 683	12 651
• Ölmühlenindustrie	.	.	2 790	2 785	2 794	2 802
• Margarineindustrie	5 400	4 628	3 093	3 126	3 063	3 074
• Kaffee und Tee	.	721	3 505	3 477	3 610	3 627
• Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 601	3 674	3 572	3 586
Umsatz ⁴⁾ in 1000 RM/DM						
Gesamte Industrie	154 200	333 013	1 063 658	1 002 005	1 113 551	1 023 649
darunter						
• Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	182 278	178 133	189 051	184 979
• NE-Metallindustrie	9 700	15 005	35 548	33 338	35 125	38 870
• Chemische Industrie	12 900 ⁵⁾	25 296	77 253	78 206	89 830	80 773
• Kautschuk und Asbest	4 600	13 990	37 397	37 485	38 861	36 854
• Maschinenbau	9 400	16 234	64 650	61 096	73 635	59 835
• Schiffbau	14 400	7 633	66 076	31 348	69 488	20 214
• Elektroindustrie	4 400	10 463	112 793	100 402	107 816	99 652
• Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁵⁾	7 748	31 950	30 845	34 522	34 454
• Ölmühlenindustrie	.	.	37 023	37 316	35 363	39 323
• Margarineindustrie	21 500	41 967	23 036	24 198	19 545	24 464
• Kaffee und Tee	.	4 298	57 307	56 780	61 868	62 883
• Tabakverarbeitung	12 000	55 911	100 437	101 706	101 536	102 846
3. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung in 1000 cbm	5 737 ⁷⁾	8 282	10 164	10 128	10 814	10 256
• Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis	18 767 ⁸⁾	20 935	34 088	29 636	33 158	35 493
• Stromerzeugung in 1000 kWh	40 210 ⁸⁾	125 855	361 337	329 749	364 915	367 375
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
1938						
• Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	2 327	3 240	2 920	2 720
• Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 890	2 728	2 488	2 260
• in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	81,2	84,2	85,2	83,1
• Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	10,3	14,1	15,1	14,5
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg	.	10 709	11 279	11 358	11 649	11 097
davon						
• lose in 1000 kg	.	.	5 295	5 431	4 737	4 680
• in Flaschen in 1000 kg	.	.	5 984	5 927	6 912	6 417
• Mager- und Buttermilch in 1000 kg	.	1 186	568	625	576	484
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	9 992	6 745	7 481	7 507
Kälber	3 884	3 699	3 197	4 538	3 684	3 258
Schweine	24 847	19 784	46 132	54 747	57 555	60 989
Schafe	4 265	5 681	4 024	5 316	3 749	3 587
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
Rindvieh (ohne Kälber)	8 075	3 363	9 080	5 768	8 042	6 636
• Kälber	5 568	4 065	3 082	4 337	3 567	3 273
• Schweine insgesamt	40 186	21 165	48 507	56 596	58 986	63 208
• darunter Hausschlachtungen	.	1 455	553	99	80	169
• Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ⁹⁾	6 467	3 220	6 714	6 729	7 552	7 452
darunter						
• Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	2 216	1 379	1 973	1 637
• Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 124	4 864	5 178	5 465
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
• für Rinder in kg	246,3	248,7	244,1	239,1	245,3	246,7
• für Kälber in kg	57,2	43,2	58,8	59,9	64,2	63,1
• für Schweine in kg	96,5	95,5	86,0	86,1	87,9	86,7

¹⁾ Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. - ²⁾ Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Arbeitskräften berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). - ³⁾ 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. - ⁴⁾ Ohne Handelsware, einschl. Verbrauchsteuern. - ⁵⁾ 1936 = einschl. Papierverarbeitung. - ⁶⁾ 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. - ⁷⁾ Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. - ⁸⁾ Rechnungsjahr 1935/36. - ⁹⁾ Der gewerblichen Schlachtungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1961	Mai 1962	April 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Deichtormarkt)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	3 015	1 375	1 040	1 390
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	13 135	9 399	14 807	12 255
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 489	4 855	4 034	2 158
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	4 021	4 707	6 149	4 337
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	3 154	2 755	2 852	3 403
darunter						
in Hamburg angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	2 867	2 591	2 630	3 228
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
• Einzelhandel aller Betriebsformen			168	163	178	180
davon						
• Nahrungs- und Genußmittel			161	158	171	174
darunter						
Lebensmittel aller Art			162	155	171	181
Obst, Gemüse, Südfrüchte			162	184	201	173
Fische und Fischwaren			176	164	174	169
Milch und Milcherzeugnisse			142	140	151	153
Schokolade und Süßwaren			133	128	129	160
Tabakwaren			156	152	157	155
• Bekleidung, Wäsche, Schuhe			167	168	177	183
darunter						
Textilien aller Art			191	179	184	191
Wirk-, Strick- und Kurzwaren			180	170	175	185
Oberbekleidung			156	172	181	188
Schuhwaren			172	190	189	205
• Hausrat und Wohnbedarf			180	158	188	188
darunter						
Eisenwaren und Küchengeräte			175	164	182	188
Porzellan und Glaswaren			193	148	132	134
Beleuchtungs- und Elektrogeräte			224	174	224	206
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel			213	165	230	212
Möbel			135	121	149	152
Teppiche, Gardinen usw.			138	131	124	144
• Sonstige Waren			176	170	188	185
darunter						
Bücher			192	180	195	178
Papier- und Schreibwaren			166	146	157	173
Galanterie- und Lederwaren			169	152	161	168
Apotheken			164	159	162	170
Drogerien			176	182	200	187
Foto und Optik			182	180	184	162
Büromaschinen und Büromöbel			143	116	164	153
Fahrräder, Krafträder und Zubehör			197	279	184	198
Kraftwagen und Zubehör			205	228	262	239
Uhren, Gold- und Silberwaren			182	128	150	158
Blumen und Sämereien			200	244	246	245
Brennmaterial			128	104	130	131
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1955 = 100)						
Gaststättenwesen insgesamt			149	152	161	151
darunter						
Hotels und Gasthöfe			122	136	150	120 r
Fremdenheime und Pensionen			165	170	169	159
Schank- und Speisewirtschaften						
mit Ausschank alkoholischer Getränke			141	144	153	145
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
• Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	106 693	116 352	118 842	105 903
• darunter Ausländer	11 283	10 303	39 328	44 042	42 795	36 171
• Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	221 092	243 570	241 263	219 566
• darunter Ausländer	27 491	22 805	80 261	88 819	90 022	72 784
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	58	63	61	60 r
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
• Bezüge Hamburgs		5	6	7	7	4
• Lieferungen Hamburgs		3	4	4	6	5
5. Handel mit Berlin (West) 3) (in Mio DM)						
• Bezüge Hamburgs		9	84	80	86	86
• Lieferungen Hamburgs		37	118	120	133	113
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
• Insgesamt		26	149	124	179	131
• davon nach Warengruppen						
Ernährungswirtschaft		1	12	13	9	9

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1961	Mai 1962	April 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Handel und Gastgewerbe						
• Gewerbliche Wirtschaft	.	25	137	111	170	122
• davon	.					
• Rohstoffe	.	1	2	2	4	2
• Halbwaren	.	12	33	33	38	33
• Fertigwaren	.	12	102	76	128	87
• davon	.					
• Vorerzeugnisse	.	2	9	9	9	7
• Enderzeugnisse	.	10	93	67	119	80
• davon nach ausgewählten Verbrauchsgebieten	.					
• Europa	.		93	89	140	84
• darunter	.					
• EWG-Länder	.		27	30	68	29
• EFTA-Länder	.		49	47	52	36
• Afrika	.		9	6	6	10
• Amerika	.		26	18	20	24
• davon	.					
• Nordamerika	.		12	9	8	14
• darunter USA	.		11	7	7	13
• Mittelamerika	.		5	2	2	4
• Südamerika	.		9	7	10	6
• Asien	.		20	10	11	12
• Australien und Ozeanien	.		1	1	2	1
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
Wareneinfuhr (in Mio DM)	.	301	693	700	765 p	740 p
Warengruppen:						
• darunter						
• Ernährungswirtschaft	.	159	296	286	301 p	291 p
• Gewerbliche Wirtschaft	.	141	396	414	464 p	449 p
• davon						
• Rohstoffe und Halbwaren	.	120	257	246	251 p	249 p
• Fertigwaren	.	21	139	168	213 p	200 p
Ländergruppen:						
• darunter						
• Europa	.	108	175	176	.	172 p
• davon						
• EWG-Länder	.	25	24	24	.	22 p
• EFTA-Länder	.	60	82	86	.	31 p
• Sonstige Länder	.	23	69	66	.	89 p
• Außereuropa	.	193	517	524	.	68 p
• davon						
• Amerika	.	82	274	280	.	568 p
• davon						
• Nordamerika	.	44	145	162	.	291 p
• Mittelamerika	.	8	32	35	.	171 p
• Südamerika	.	30	97	83	.	31 p
• Afrika	.	50	79	83	.	89 p
• Asien	.	58	150	149	.	86 p
• Australien und Ozeanien	.	3	14	12	.	86 p
• Warenausfuhr (in Mio DM)	.	120	771	707	742 p	730 p
Warengruppen:						
• darunter						
• Ernährungswirtschaft	.	3	17	16	19 p	21 p
• Gewerbliche Wirtschaft	.	117	754	691	723 p	709 p
• davon						
• Rohstoffe	.	3	10	9	13 p	11 p
• Halbwaren	.	24	51	48	54 p	53 p
• Fertigwaren	.	90	693	634	656 p	645 p
• davon						
• Vorerzeugnisse	.	20	83	79	81 p	85 p
• Enderzeugnisse	.	70	610	555	575 p	560 p
Ländergruppen:						
• darunter						
• Europa	.	54	219	216	.	222 p
• davon						
• EWG-Länder	.	4	12	12	.	18 p
• EFTA-Länder	.	35	104	100	.	102 p
• Sonstige Länder	.	15	103	104	.	102 p
• Außereuropa	.	64	550	490	.	102 p
• davon						
• Amerika	.	36	269	235	.	508 p
• davon						
• Nordamerika	.	10	128	124	.	242 p
• darunter USA	.	8	104	106	.	126 p
• Mittelamerika	.	5	32	26	.	108 p
• Südamerika	.	21	109	85	.	20 p
• Afrika	.	10	91	83	.	96 p
• Asien	.	14	164	148	.	87 p
• Australien und Ozeanien	.	4	26	24	.	154 p
						25 p
Verkehr						
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
• Angekommene Schiffe	1 512	955	1 669	1 640	1 635 p	1 605 r
• darunter deutsche Schiffe	1 027	526	989	940	905 p	898 r
• Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 746	1 814	1 700 p	1 674 r
• darunter deutsche Schiffe	1 118	591	1 060	1 092	997 p	978 r
• Raumgehalt der angekommenen Schiffe in 1000 NRT	1 714	937	2 675	2 634	2 851 p	2 764 r
• darunter deutsche Schiffe	873	128	742	684	722 p	711 r
• Raumgehalt der abgegangenen Schiffe in 1000 NRT	1 712	936	2 676	2 718	2 842 p	2 753 r
• darunter deutsche Schiffe	875	135	755	701	705 p	686 r

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1961	Mai 1962	April 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Verkehr						
b) Linienschifffahrt (Linien!)¹⁾	184	176	255	255	252 p	252 r
davon						
Europa	102	84	72	72	76 p	76 r
Außereuropa	82	92	183	183	176 p	176 r
Reisen (Abfahrten)	728	319	734	733	723 p	699 r
darunter nach						
Europäischem Ausland	383	159	299	289	281 p	277 r
Amerika	72	54	176	178	171 p	169 r
Afrika	37	18	87	87	88 p	89 r
Asien	33	23	97	96	97 p	98 r
Australien	7	4	16	14	15 p	16 r
c) Personenvverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	2 235	2 570		1 200 p
darunter nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			151	179		100 p
West-Europa						
(einschl. Großbritannien und Irland)			530	623		350 p
Nordamerika	2 882	446	778	1 292		450 p
Südamerika	1 286	231	374	268		200 p
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 834	2 241		1 850 p
darunter von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			120	112		100 p
West-Europa						
(einschl. Großbritannien und Irland)			475	566		300 p
Nordamerika	2 057	171	655	830		900 p
Südamerika	882	30	335	481		450 p
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)						
Empfang	1 521	620	1 855	1 729	2 062 p	1 977 r
dav. Massengut	980	429	1 350	1 246	1 529 p	1 442 r
dar. Mineralöle	307	162	789	675		683
Kohle	262	113	226	215		235
Getreide	133	70	139	161		204
Sackgut			126	112	127 p	157 r
Stückgut	541	191	379	371	406 p	378 r
Verkehrsbezirke:						
Inland	110	110	62	55	56 p	46 r
Europäisches Ausland	520	159	348	327	337 p	331 r
Außereuropa	891	351	1 445	1 347	1 669 p	1 600 r
darunter						
Nahost und Persischer Golf		128	480	370		484
Vereinigte Staaten von Amerika	171	78	323	303		328
Versand	626	299	635	647	586 p	507 r
davon						
Massengut	205	144	248	255	248 p	181 r
Sackgut			105	100	113 p	82 r
Stückgut	421	155	282	292	225 p	244 r
Verkehrsbezirke:						
Inland	149	32	75	76	71 p	67 r
Europäisches Ausland	302	170	301	314	243 p	238 r
Außereuropa	175	97	259	257	272 p	202
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 286	2 407	2 331	2 069
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 233	2 290	2 172	1 967
Tragfähigkeit der angekommenen Schiffe						
in 1000 t	879	362	643	704	654	562
Tragfähigkeit der abgegangenen Schiffe						
in 1000 t	845	344	626	666	595	523
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	296	330	296	258
darunter						
Bundesrepublik	77	101	251	283	267	219
davon						
Niederelbe	24	32	30	33	28	21
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	190	206	199	165
Mittellandkanal	0	7	31	44	40	33
Berlin (West)	7	25	10	12	9	12
Sowjetische Besatzungszone	155	3	18	15	3	3
Tschechoslowakei	42	22	17	20	17	24
Ausgang (in 1000 t)	504	121	243	266	249	222
darunter						
Bundesrepublik	59	81	117	116	111	130
davon						
Niederelbe	49	48	73	68	63	84
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	32	35	28	31
Mittellandkanal	0	1	12	13	20	15
Berlin (West)	29	28	58	50	80	58
Sowjetische Besatzungszone	268	2	36	58	7	11
Tschechoslowakei	34	10	32	42	51	23
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 713	1 840		
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 714	1 833		
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	41 254	48 331		
darunter aus dem Ausland			14 401	17 810		
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	38 679	43 758		
darunter nach dem Ausland			14 311	17 702		
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	586	540		
darunter aus dem Ausland			300	313		
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	441	444		
darunter nach dem Ausland			184	190		
Angekommene Post in t	9,0	35,6	92	72		
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	103	69		
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9	497,4	444,5		
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8	471,9	427,7		
Gestellte Güterwagen		31 414	42 278	38 609	41 361	41 565

¹⁾ Stand am Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1961	Mai 1962	April 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Verkehr						
5. Personen-Nahverkehr						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	10 872	11 964	11 102	10 263
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 789	13 435	14 701	13 762
Straßenbahn	13 799	23 498	15 614	16 230	13 884	13 991
Kraftomnibusse der HHA ¹⁾	1 083	2 028	7 835	7 583	9 233	8 280
Alsterdampfer	281	337	202	240	190	142
Dampfer der Hafendampfschiffahrt AG.	1 268	1 283	1 517	1 657	1 190	1 518
Kraftomnibusse der VHH AG. ²⁾	373	786	1 573	1 561	1 610	1 663
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	20	25	16	21
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	358	355	378	384
Private Kraftomnibusse	.	151	634	626	608	595
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrerlaubnis (im Verkehr befindlich) insgesamt ³⁾	82 080	59 100	245 051	237 321	265 913	260 544
darunter Personenkraftwagen ⁴⁾	39 260	25 948	197 421	186 432	217 023	212 359
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	3 989	4 537	6 493	5 464
darunter						
• Krafträder	232	221	87	145	87	108
• Personenkraftwagen	501	644	3 221	3 689	5 420	4 564
• Kombinationskraftwagen	—	—	257	284	392	350
• Lastkraftwagen	179	288	353	347	484	382
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	4 877	5 028	5 351	5 041
davon						
• mit Personenschaden ⁵⁾	459	426	1 050	1 111	1 172	993
• mit nur Sachschaden	406	632	3 827	3 917	4 179	4 048
• Getötete Personen	8	12	23	18	32	22
• Verletzte Personen	517	483	1 281	1 421	1 467	1 218
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken)						
(Beträge in Mio RM/DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute ⁶⁾						
• Kredite an Nichtkreditinstitute am Monatsende		1 556,1	7 744,0	7 508,0	8 621,6	8 547,5
• davon kurzfristige Kredite ⁷⁾		1 353,8	3 459,7	3 360,5	3 671,8	3 707,4
• davon						
• an Wirtschaft und Private		1 328,7	3 213,1	3 122,3	3 427,4	3 463,0
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften		25,1	246,6	238,2	244,4	244,4
• mittelfristige Kredite ⁸⁾		55,8	626,7	599,0	691,2	665,3
• davon						
• an Wirtschaft und Private		55,6	549,0	524,6	607,9	584,9
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften		0,2	77,7	74,4	83,3	80,4
• langfristige Kredite ⁸⁾		146,5	3 657,6	3 548,5	4 258,6	4 174,8
• davon						
• an Wirtschaft und Private		146,0	3 315,4	3 216,0	3 882,8	3 802,4
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften		0,5	342,2	332,5	375,8	372,4
• Kredite an Kreditinstitute am Monatsende		105,7	789,7	762,1	797,8	821,3
b) Einlagen bei den Kreditinstituten						
• Einlagen von Nichtkreditinstituten am Monatsende		1 152,3	5 969,6	5 986,1	6 530,2	6 438,2
• davon Sicht- und Termineinlagen		1 026,3	3 485,1	3 511,3	3 826,0	3 745,0
• davon						
• von Wirtschaft und Privaten		848,0	2 997,2	3 054,8	3 165,9	3 068,7
• von öffentl.-rechtl. Körperschaften		178,3	487,9	456,5	660,1	676,3
• Spareinlagen		126,0	2 484,5	2 474,8	2 704,2	2 693,2
• Einlagen von Kreditinstituten am Monatsende		106,6	1 618,9	1 472,1	1 807,3	1 733,5
c) Sparverkehr						
• Sämtliche Kreditinstitute ¹⁰⁾						
• Spareinlagen am Monatsende		126,0	2 484,5	2 474,8	2 704,2	2 693,2
• darunter						
• steuerbegünstigt		12,4	166,7	208,3	3,0	3,0
• prämienbegünstigt		—	100,2	93,4	154,4	151,1
• Gutschriften		10,2	142,2	124,7	158,3	144,9
• Lastschriften		7,3	134,2	105,9	147,4	124,8
• Saldo der Gut- und Lastschriften		+ 2,9	+ 8,0	+ 18,8	+ 10,9	+ 20,1
• Zinsen		+ 2,6	+ 7,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste ¹¹⁾ (Zahl)		1 324	1 450	1 542	1 407	1 268
• Betrag in 1000 RM/DM		1 194,0	1 040,3	1 032	1 143	1 081
• Durchschnittsbetrag je protestierten Wechsel in RM/DM		902	718	670	812	852
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)						
• Konkurse	12	25	14	9	8	19
• Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	—	—	—
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)						
• Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	21 398	21 302	23 851	19 975
• Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	.	2 392	2 716	2 660	2 716	2 348
• Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	.	848	1 135	1 246	1 130	1 103
• Abgeleistete Offenbarungseide	.	124	338	320	373	368
d) Öffentliche Leihhäuser						
• Verpfändungen ¹²⁾ , Zahl	19 155	13 214	3 858	4 175	4 439	3 830
• RM/DM	298 306	384 610	181 810	210 508	195 588	197 473
• Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 633	3 543	3 162	3 447
• RM/DM	176 172	401 990	172 763	167 489	157 024	166 909

¹⁾ 1950 einschl. Obusse. — ²⁾ 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ Einschl. Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁶⁾ Ohne durchlaufende Mittel. — ⁷⁾ 106 berichtspflichtige Institute. — ⁸⁾ 89 berichtspflichtige Institute. — ⁹⁾ Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — ¹⁰⁾ Ohne Postsparkasse. — ¹¹⁾ Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — ¹²⁾ Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

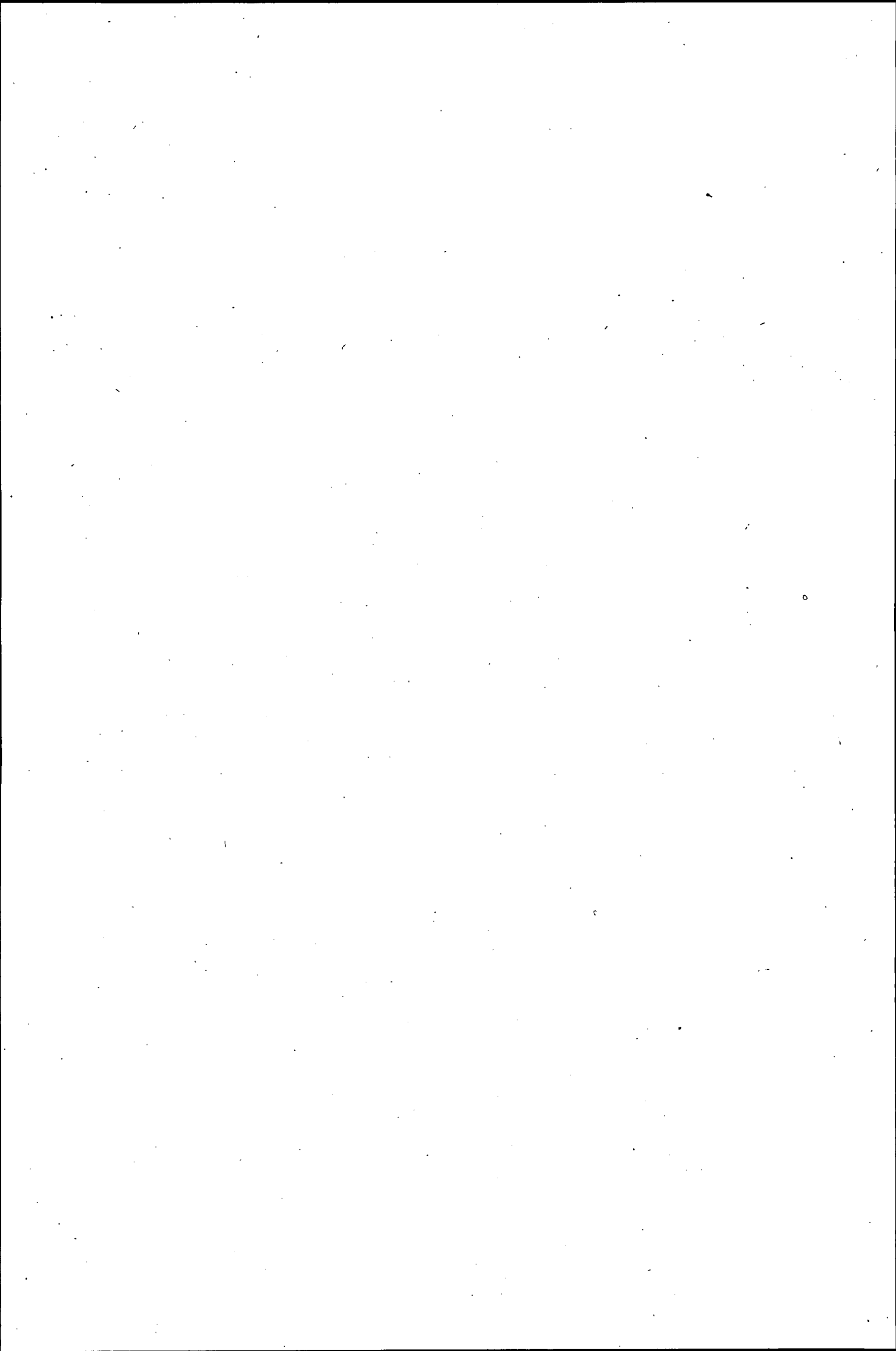
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1961	Mai 1962	April 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	.	.	167	168	167 ¹⁾	168
Kapital in Mio DM	.	.	3 453,9	3 436,0	3 259,8	3 263,5
Gesellschaften m. b. H., Zahl	.	.	3 228	3 214	3 363	3 352
Kapital in Mio DM	.	.	2 229,4	2 216,6	2 379,2	2 372,9
Steuern ²⁾						
1. Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ³⁾						
a) Bundessteuern						
Umsatzsteuer	9 363	22 996	67 055	60 187	71 034	68 239
Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	17 587	17 065	25 027	19 782
Beförderungsteuer	79	943	1 295	1 436	1 288	1 199
Notopfer Berlin	.	1 749	292	158	209	62
Zölle	45 572	17 772	72 426	51 884	71 158	83 861
Verbrauchssteuern	31 925	42 968	173 112	169 216	177 476	153 230
davon						
Tabaksteuer	24 492	32 535	64 636	60 097	63 647	60 430
Kaffeesteuer	..	5 831	19 121	17 265	17 678	7 895
Teesteuer	..	521	744	685	513	472
Branntweinmonopol ⁴⁾	249	2 514	4 277	6 528	1 360	5 541
Mineralölsteuer	51	871	84 115	84 411	93 964	78 688
Sonstige Verbrauchssteuern	7 133	697	220	230	315	204
Summe der Bundessteuern	..	89 211	331 767	299 946	346 189	326 372
Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 ⁵⁾	8 286	18 019	19 091	15 676
davon						
Vermögensabgabe	..	5 352	6 375	17 035	17 501	7 466
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 426	898	1 582	4 845
Kreditgewinnabgabe	485	86	8	3 365
b) Landessteuern						
Lohnsteuer	7 390	10 051	58 839	54 352	64 085	56 351
Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	56 782	23 694	27 230	29 397
Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	6 273	2 024	3 528	4 527
Körperschaftsteuer	8 928	9 544	39 444	4 944	2 098	10 644
Summe der Eink.- und Körperschaftsteuer	33 902	29 097	161 338	85 014	96 942	100 919
darunter an den Bund abgeführt	56 468	29 755	33 930	35 322
Mithin:						
Hamburg daraus verbliebene Einnahmen	104 870	55 259	63 012	65 597
Vermögenssteuer	1 513	466	8 686	19 880	22 890	3 398
Erbschaftsteuer	469	63	1 407	642	627	778
Grunderwerbsteuer	398	135	1 099	948	1 285	1 019
Kapitalverkehrssteuer	227	179	2 103	3 606	3 613	1 559
Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	5 522	5 569	6 133	6 959
Versicherungssteuer	559	847	3 052	3 268	3 629	3 550
Rennwett- und Lotteriesteuer	452	820	1 643	1 482	1 801	1 613
Wechselsteuer	0	536	690	522	647	779
Feuerschutzsteuer	15	127	159	264	309	— 225
Biersteuer	792	870	1 879	1 871	1 747	1 416
Summe der Landessteuern	..	34 461	187 663	123 162	139 623	121 766
c) Gemeindesteuern						
Realsteuern	9 974	8 666	43 157	97 018	100 190	23 155
davon						
Grundsteuer A	50	42	44	96	90	7
Grundsteuer B	4 538	3 365	4 590	11 386	12 263	553
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	34 358	85 157	87 197	10 679
Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	4 165	379	640	11 916
Gewerbesteuerzuschüsse	24	29	322	—	—	—
Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	952	944	629	1 110
darunter						
Kinosteuer	123	497	456	547	230	379
Übrige Vergnügungsteuer	106	146	268	267	276	311
Hundesteuer	68	132	227	130	122	419
Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	44 109	97 962	100 819	24 265
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	3 696	3 554	3 787	3 831
a) Feueralarme	187	185	224	181	239	459
davon						
falsche Alarme und Unfugmeldungen	49	39	43	46	62	68
bekämpfte Brände	138	146	181	135	177	391
davon						
Großbrände	10	4	11	5	9	21
Mittelbrände	17	14	24	15	22	78
Kleinbrände	88	114	63	45	75	175
Entstehungsbrände	.	.	73	63	66	106
Schornsteinbrände	.	10	10	7	5	11
b) Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	3 474	3 373	3 548	3 372
darunter bei						
Straßen- und Verkehrsunfällen	.	314	1 044	1 033	1 075	998
Betriebsunfällen	.	235	540	481	534	465
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	.	976	3 238	3 205	3 296	3 157
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	.	5 625	4 967	4 708	4 724	4 687
Beförderte Personen	.	6 449	5 179	4 986	5 045	4 942

¹⁾ Außerdem eine AG. mit einem Grundkapital von 1,5 Mio RM. — ²⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — ³⁾ Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — ⁴⁾ Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — ⁵⁾ Einsch. Soforthilfsonderabgabe.

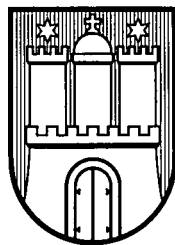
Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Mai 1961	Mai 1962	April 1962	
	1938	1950	1961				
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
3. Feststellungen der Polizei							
Der Kriminalpolizei bekannt gewordene Straftaten	.	5 443	7 516	7 454	7 174	7 061	
darunter	.						
Sittlichkeitsdelikte	.	142	197	159	172	144	
Mord und Totschlag	.	2	3	2	3	4	
Fahrlässige Tötung	.	11	14	9	9	12	
Körperverletzung ¹⁾	.	32	65	73	67	58	
Einfacher Diebstahl	.	2 416	3 439	3 456	3 300	3 134	
Schwerer Diebstahl	.	558	1 247	1 140	1 195	1 312	
Diebstähle zusammen	.	2 974	4 686	4 596	4 495	4 446	
darunter	.						
von Kraftfahrzeugen (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)	.	36	197	210	207	200	
von Fahrrädern, Mopeds (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)	.	202	661	636	504	384	
Taschendiebstahl	.	78	37	25	13	10	
Unterschlagung	.	357	253	237	190	218	
Raub und Erpressung	.	11	37	36	22	40	
Begünstigung und Hülfe	.	99	91	88	95	108	
Betrug und Untreue	.	607	755	814	695	706	
Brandstiftung	.	39	26	15	58	49	
Münzdelikte	.	13	1	2	—	2	
Übertretung der Verkehrsordnung	.	22 902	39 177	39 850	36 062	33 597	
davon	.						
Strafanzeigen	.	10 060	9 259	10 073	6 203	5 748	
Gebührenpflichtige Verwarnungen	.	.	29 918	29 777	29 859	27 849	
4. Rechtskräftig Abgeurteilte							
Abgeurteilte insgesamt	.	1 316	1 940	2 054	1 936 ²⁾	1 574	
a) Erwachsene nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt	.	1 229	1 525	1 679	1 514	1 251	
b) Heranwachsende nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt	.	.	178	164	192	101	
c) Jugendliche nach Jugendstrafrecht abgeurteilt	.	87	154	127	139	155	
d) Heranwachsende nach Jugendstrafrecht abgeurteilt	.	.	83	84	91	67	
darunter	.						
Widerstand gegen die Staatsgewalt	.	12	12	13	6	8	
Fahrerflucht	.	6	52	53	81	53	
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie	.	4	43	54	58	43	
Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit	.	51	50	51	49	43	
Beleidigung, üble Nachrede	.	24	22	21	21	12	
Verbrechen und Vergehen wider das Leben	.	9	11	7	14	5	
Körperverletzung	.	52	141	140	144	104	
Einfacher Diebstahl	.	324	285	306	292	247	
Schwerer Diebstahl	.	80	80	83	85	111	
Einfacher und schwerer Diebstahl im Rückfall	.	79	55	64	51	59	
Unterschlagung	.	70	69	88	72	59	
Raub und Erpressung	.	9	14	10	18	18	
Begünstigung und Hülfe	.	68	40	45	46	35	
Betrug und Untreue	.	92	163	189	179	152	
Urkundenfälschung	.	19	17	10	10	13	
Vergehen gegen das StVG.	.	53	299	346	295	189	
Löhne und Gehälter³⁾							
1. Arbeiterverdienste in der Industrie⁴⁾							
• Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51,38	76,52	164,65	160,55	171,80	173,51
	weiblich	26,99	43,84	98,93	96,33	107,69	103,53
• Bruttostundenverdienste in Rpf/Pf	männlich	99,9	156,7	355,0	346,8	377,9	372,4
	weiblich	56,9	96,6	228,0	221,8	251,7	238,5
• Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	46,4	46,3	45,5	46,6
	weiblich	47,4	45,4	43,4	43,4	42,8	43,4
• Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich	.	.	42,8	39,3	44,2	44,2
	weiblich	.	.	39,9	36,6	41,7	41,0
2. Angestelltenverdienste (Erttomonatsverdienste in DM)							
Industrie⁴⁾							
• Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	791	771	844	816
	weiblich	.	.	538	522	581	560
• Technische Angestellte	männlich	.	.	913	893	967	942
	weiblich	.	.	551	539	592	568
Handel, Geld- und Versicherungswesen							
• Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	754	737	800	784
	weiblich	.	.	495	480	534	516
• Technische Angestellte	männlich	.	.	767	756	801	780
	weiblich	.	.	663	679	671	664
Industrie u. Handel, Geld- u. Versicherungswesen							
• Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	761	744	809	791
	weiblich	.	.	503	488	544	524
• Technische Angestellte	männlich	.	.	895	876	946	921
	weiblich	.	.	560	550	598	577

¹⁾ Ohne §§ 223 und 230. — ²⁾ Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) Mai 1962 9 Jugendliche und 3 Heranwachsende. — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) Mai 1962 9 Jugendliche. — ³⁾ 1938 = September 1938, 1950 und 1961 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — ⁴⁾ Einschl. Energiewirtschaft und Hoch-, Tief- und Ingenieurbau.



HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1962

August-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Methoden und Begriffe der Arbeitsstättenzählung 1961

Da nicht alle Wirtschaftszweige laufend statistisch erfaßt werden, ein Überblick über die gesamte Wirtschaft aber für die Verwaltung, die Wissenschaft und auch die Wirtschaft selbst — wenigstens in größeren zeitlichen Abständen — notwendig ist, werden von Zeit zu Zeit allgemeine Arbeitsstättenzählungen durchgeführt. Die letzten dieser Zählungen fanden in den Jahren 1939, 1950 und 1961, jeweils zusammen mit Volkszählungen, statt. Die gleichzeitige Durchführung von Volks- und Arbeitsstättenzählungen erfolgte dabei nicht nur aus organisatorischen Gründen — die gleichen Zähler können Haushalte und Arbeitsstätten erfassen —, sondern auch aus sachlichen Gründen, da sich aus den gleichzeitig gewonnenen Daten über die Personen und deren Berufe und über die Arbeitsstätten mit Zahl und Art der Beschäftigten vielfältige Vergleichs- und Abstimmungsmöglichkeiten ergeben.

Die gesetzliche Grundlage der Arbeitsstättenzählung 1961, die mit Stichtag vom 6. Juni 1961 erfolgte, ist das „Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962“ vom 13. April 1961 (BGBl. I, S. 437). Nach § 4 dieses Gesetzes wurden bei der Arbeitsstättenzählung folgende Merkmale erhoben:

1. Art der Arbeitsstätten und Unternehmen und der ausgeübten Tätigkeiten,
2. Zahl und Art der Voll- und Teilbeschäftigten,
3. Rechtsform der Unternehmen,
4. Unternehmen von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen,
5. Art der vorhandenen Transportmittel und Verkehrseinrichtungen sowie Zahl der vorhandenen Kraftfahrzeuge.

Die Erhebung

Es wurde oben schon erwähnt, daß die Erfassung der Arbeitsstätten durch die gleichen Zähler erfolgte, die auch für die Volkszählung die einzelnen Haushalte aufgesucht haben. Die Zählbezirke waren dabei so eingeteilt, daß jeder Zähler etwa die gleiche Zahl von Haushalten zugeteilt erhielt. Da die Verteilung der Arbeitsstätten über das Stadtgebiet — besonders in einer Großstadt wie Hamburg — naturgemäß von derjenigen der Haushalte z. T. erheblich abweicht, entfiel auf den einzelnen Zähler eine sehr unterschiedliche Anzahl von Arbeitsstätten.

Die Zähler hatten die Aufgabe, die in ihrem Zählbezirk befindlichen Arbeitsstätten — sofern sie nicht in den z. T. schon vorher ausgefüllten Gebäude listen besonders aufgeführt waren — zu finden, aufzusuchen, dort einen Arbeitsstättenbogen abzugeben und nach Ausfüllung durch den Betriebsinhaber wieder abzuholen. Sie sollten ferner Auskünfte und Hinweise für die Ausfüllung geben und notfalls sogar bei der Ausfüllung helfen bzw. diese nach den Angaben der Auskunftspflichtigen selbst vornehmen.

Im Zuge der Aufbereitung der Arbeitsstättenzählung stellte es sich heraus, daß die Zähler in Hamburg sehr viele Arbeitsstätten nicht gefunden bzw. nicht besucht hätten. Es war daher notwendig, zur Erreichung einer möglichst vollzähligen Erfassung aller Arbeitsstätten verschiedene Vollzähligkeitskontrollen durchzuführen (siehe unten).

Eine Ausnahme von dem Prinzip der Erfassung durch Zähler machten die Arbeitsstätten der Bundesbahn, Bundespost und Bundeswehr; diese Institutionen zählten die Arbeitsstätten in ihrem Bereich selbst. Für ständig bemannte Schiffe wurden die Arbeitsstättenbögen von den Reedereien ausgefüllt. Ausländische Missionen und Unterkünfte ausländischer Streitkräfte wurden nicht gezählt.

Der Begriff der Arbeitsstätte

Aus dem oben zitierten ausführlichen Titel des Volkszählungsgesetzes 1961 geht schon hervor, daß nur die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten erfaßt worden sind; eine Landwirtschaftszählung hatte bereits im Mai 1960 stattgefunden. Auch die Arbeitsstätten der Binnenfischerei (Fluß- und Seenfischerei) fielen nicht in den Rahmen der Arbeitsstättenzählung, weil auch sie bei der Landwirtschaftszählung erfaßt wurden. Allerdings mußten für solche Betriebe im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, die bei der Besteuerung als Gewerbebetriebe gelten, ebenfalls Arbeitsstättenbogen ausgefüllt werden, sofern diese gewerblichen Betriebsteile nicht lediglich als Neben- oder Hilfsbetriebe der Land- und Forstwirtschaft anzusehen sind. Zu den Gewerbebetrieben der Landwirtschaft gehören z. B. die gewerbliche Gärtnerei, die gewerbliche Tierhaltung, Dienstleistungsbetriebe wie Lohndrescherei, Lohnpflügerei usw.

Die beiden Hauptkriterien für das Vorliegen einer Arbeitsstätte und damit für die Verpflichtung, einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen, waren die örtliche Einheit und die Erwerbstätigkeit. Das Prinzip der örtlichen Einheit besagte, daß für jede Arbeitsstätte, die sich in einem gesonderten Gebäude bzw. auf einem gesonderten Grundstück befindet, ein eigener Arbeitsstättenbogen auszufüllen war. Dabei war es gleichgültig, ob es sich um eine Hauptniederlassung (Unternehmenssitz) oder eine Filiale handelt. Die Grundlage für die Entscheidung, ob es sich um ein gesondertes Gebäude bzw. Grundstück handelte, ergab sich aus der Gebäudeliste, die dem Zähler als „Leitpapier“ sowohl für die Erfassung der Haushalte als auch der Arbeitsstätten diente. Das Kriterium der Erwerbstätigkeit bedeutete, daß eine Arbeitsstätte nur dort vorliegt, wo wenigstens eine Person regelmäßig erwerbstätig ist; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Erwerbstätigkeit haupt- oder nebenberuflich erfolgt und ob es sich um eine ganztägige oder geringere Arbeitszeit handelt; eine ehrenamtliche Tätigkeit begründet dagegen keine Arbeitsstätte.

Eine Ausnahme von der Konzeption der örtlichen Einheit machten die nicht ortsfesten Arbeitsstätten, zu denen vor allem die Baustellen und die Standplätze des ambulanten Gewerbes gehören: beide galten nicht als Arbeitsstätten im Sinne der Arbeitsstättenzählung. Die auf den Baustellen beschäftigten Personen waren bei der Firma zu zählen, von der sie beschäftigt wurden; war die Baustelle dagegen eine eigene „Firma“, was bei den sog. Arbeitsgemeinschaften häufig der Fall ist, so mußte auch ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt werden. Das ambulante Gewerbe — vor allem Schausteller und Straßenhändler — war verpflichtet, zur Arbeitsstättenzählung zu melden. Hier war allerdings nicht die örtliche Einheit der eigentlichen Arbeitsstätte für die Erfassung maßgebend, sondern der Arbeitsstättenbogen war in der Wohnung des Gewerbetreibenden auszufüllen. Diese Ausnahmen zu kennen ist bedeutsam, wenn die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung unter regionalen Gesichtspunkten — in Hamburg z. B. nach Bezirken und Ortsteilen — betrachtet werden.

Der Arbeitsstättenbogen

Da die Arbeitsstättenzählung 1961 — im Gegensatz zu früheren ähnlichen Erhebungen — nur als „Rahmenerhebung“ durchgeführt wurde, beschränkte sich das Programm auf die Ermittlung einiger Strukturdaten; insbesondere wurde der Umsatz nicht erfragt. Tiefer eindringende Erhebungen sollen Sonderzählungen vorbehalten bleiben, die den Vorteil haben, ihr Frageprogramm spezieller auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche und deren Eigenarten abstimmen zu können.

Der Arbeitsstättenbogen war demnach auch verhältnismäßig einfach gehalten, wenn auf einige kompliziertere Fragestellungen auch nicht verzichtet werden konnte, die allerdings nur für einen geringen Anteil der Arbeitsstätten in Frage kamen. Da — mit Ausnahme der Bundesbahn und der Bundespost — für alle Bereiche ein einheitlicher Arbeitsstättenbogen verwendet wurde, sind die Fragen, die von Behörden, Anstalten und Einrichtungen des öffentlichen Rechts sowie von Arbeitsstätten der Organisationen ohne Erwerbscharakter zu beantworten waren, besonders gekennzeichnet worden.

Im Abschnitt A des Arbeitsstättenbogens waren die üblichen allgemeinen Angaben — Name und Anschrift — zu machen; außerdem sollte der Träger der jeweiligen Arbeitsstätte bei Anstalten oder Einrichtungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts, von kirchlichen, religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften, von wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen angegeben werden.

Für die besonders wichtige wirtschaftssystematische Zuordnung der Arbeitsstätte war der etwas ausführlichere Abschnitt B gedacht, aus dem das betriebene Gewerbe und die einzelnen ausgeübten Tätigkeiten zu ersehen sind. Die Festlegung des wirtschaftlichen Schwerpunktes sollte von den Auskunftspflichtigen durch „Selbstbeurteilung“ vorgenommen werden. Auch die Frage nach der Eintragung in die Handelsrolle und nach der Eigenschaft als Heimarbeiter, Hausgewerbetreibender und Zwischenmeister gehört zum Abschnitt B.

Der Abschnitt C des Arbeitsstättenbogens enthält die am Stichtag, dem 6. Juni 1961, in der Arbeitsstätte beschäftigten Personen nach Voll- und Teilbeschäftigten, nach Geschlecht und nach der Stellung im Betrieb. Als Teilbeschäftigte waren dabei alle Personen anzugeben, die zur Ableistung einer kürzeren als der betriebsüblichen Wochenarbeitszeit angestellt waren. Bei der Stellung im Betrieb wurde unterschieden nach tätigen Inhabern, mithelfenden Familienangehörigen, Beamten (im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis), Angestellten, Arbeitern und Lehrlingen, Anlernlingen, Praktikanten, Volontären.

Die Fragen nach der Art der Niederlassung, d. h. ob es sich bei der Arbeitsstätte um eine einzige Niederlassung bzw. — bei Mehrbetriebsunternehmen — eine Haupt- oder eine Zweigniederlassung handelte, waren im Abschnitt D gestellt. Dabei war als Hauptniederlassung diejenige Arbeitsstätte anzusehen, von der das ganze Unternehmen geleitet wird; Zweigniederlassungen waren alle von der Hauptniederlassung örtlich getrennten nichtselbständigen Arbeitsstätten, selbst dann, wenn sie im üblichen Sprachgebrauch nicht als Zweigniederlassungen bezeichnet

werden, wie z. B. räumlich getrennt liegende Teile eines Betriebes. Die Hauptniederlassungen hatten Angaben über Lage, betriebenes Gewerbe und Beschäftigte aller Zweigniederlassungen und über den wirtschaftlichen Schwerpunkt des gesamten Unternehmens zu machen; die Zweigniederlassungen sollten die Anschrift der Hauptniederlassung und den Geschäftszweig des Unternehmens angeben. Diese Angaben waren notwendig, um durch Zusammenführung der einzelnen Arbeitsstättenbogen von Haupt- und Zweigniederlassungen die Daten für ganze Unternehmen zu erhalten und die Angaben aufeinander abzustimmen.

Nur von einzigen Niederlassungen und von Hauptniederlassungen waren die Fragen in den Abschnitten E nach der Rechtsform und F zur Ermittlung von Unternehmen von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlings zu beantworten.

Der letzte Abschnitt G des Arbeitsstättenbogens über Transportmittel und Verkehrseinrichtungen war ursprünglich nur als Adressenermittlung für den Verkehrszensus 1962 vorgesehen. Jetzt ist aber vom Statistischen Bundesamt geplant, auch eine tabellarische Auswertung der Angaben aus diesem Abschnitt vorzunehmen. Für Hamburg war von vornherein eine Auswertung zusammen mit Zusatzfragen über die Abstellung der Kraftfahrzeuge vorgesehen.

Die Vollzähligkeitskontrolle

Da es den Rahmen dieses Beitrages sprengen würde, wenn alle methodischen Fragen und Probleme der Aufbereitung der Arbeitsstättenzählung behandelt würden, sollen aus der Fülle dieser Probleme einige wichtige Abschnitte der Aufbereitung herausgegriffen werden. Hierzu zählen: die Vollzähligkeitskontrolle, die „Zusammenführung“, die „Vorbeiführung“ und das Hamburger Programm der sog. „Einkaufszentren“. Aber selbst diese Abschnitte können aus Platzmangel nicht in aller Ausführlichkeit behandelt werden.

Nach sorgfältiger Schätzung auf Grund vorhandener Unterlagen — insbesondere aus der Umsatzsteuerstatistik — war in Hamburg mit etwa 100 000 Arbeitsstätten zu rechnen. Durch die Zähler und die Zählungsdienststellen bei den Bezirksämtern wurden aber nur etwas mehr als 96 000 Arbeitsstätten erfaßt, so daß sich eine umfangreiche Vollzähligkeitskontrolle als notwendig erwies. Neben der „Zusammenführung“ und der „Vorbeiführung“, die unten eingehender behandelt werden, diente vor allem die sog. „Kontrollzettelaktion“ dieser Vollzähligkeitskontrolle.

Hierzu wurden aus den Haushaltslisten für alle Personen, die sich dort als Selbständige bezeichnet und einen Gewerbezweig außerhalb der Landwirtschaft angegeben haben und deren Wohnung nicht mit ihrer Arbeitsstätte auf dem gleichen Grundstück liegt, Kontrollzettel ausgeschrieben. In den Fällen, in denen Wohnung und Arbeitsstätte örtlich zusammenfallen, war bei der Sichtung der Zählpapiere ohne weiteres eine Kontrolle darüber möglich, ob der Zähler mit der Haushaltsliste auch den Arbeitsstättenbogen eingezogen hat. So konnte die Kontrollzettelaktion auf die genannten Fälle beschränkt werden.

Die ausgeschriebenen etwa 34 000 Kontrollzettel wurden mit den vorliegenden Arbeitsstättenbogen verglichen, um festzustellen, ob für alle diese Selbständigen ein ausgefüllter Fragebogen vorlag. In etwa 2 700 Fällen wurden Arbeitsstättenbogen nicht gefunden und die fehlenden Angaben nacherhoben. Insgesamt wurden hierdurch etwa 2,8 % der vorhandenen Arbeitsstättenbogen nacherfaßt, wobei sich herausstellte, daß im Bezirk Hamburg-Mitte der Anteil der Restanten an den vorhandenen Bogen mit fast 4 % besonders hoch und im Bezirk Bergedorf mit etwa 1,5 % besonders niedrig lag.

Obwohl der Arbeits- und Zeitaufwand für die Kontrollzettelaktion recht erheblich war, wurde er doch durch das Ergebnis voll gerechtfertigt, da eine möglichst vollzählige Erfassung die Grundlage der gesamten Zählung darstellt.

Die Zusammenführung

Unter „Zusammenführung“ wird die Bildung von vollständigen Unternehmen, die aus mehreren Arbeitsstätten bestehen, verstanden. Hierzu müssen die Arbeitsstättenbogen der Hauptniederlassungen mit denen der dazugehörigen Zweigniederlassungen zusammengefaßt werden.

Bei dieser Zusammenführung müssen zwei Arten unterschieden werden:

- a) alle Arbeitsstätten eines Unternehmens liegen in Hamburg und
- b) einzelne Arbeitsstätten eines Unternehmens liegen in anderen Bundesländern.

Für den Fall a) liegen die Arbeitsstättenbogen der Haupt- und Zweigniederlassungen — soweit sie erfaßt wurden — in Hamburg vor; für den Fall b) ist dagegen ein Austausch zwischen den Ländern erforderlich.

Die Zusammenführung der Arbeitsstättenbogen von in Hamburg gelegenen Hauptniederlassungen mit den Arbeitsstättenbogen der hamburgischen Zweigniederlassung ergab erhebliche Erfassungslücken und diente somit auch einer Vollzähligkeitskontrolle; etwa 1 600 Arbeitsstätten wurden hierbei nachträglich noch erfaßt. Die Zusammenführung hat aber ferner noch die Aufgabe, den vom Firmeninhaber angegebenen wirtschaftlichen Schwerpunkt des gesamten Unternehmens auf Richtigkeit zu prüfen und einheitlich auf alle Bogen der zugehörigen Zweigniederlassungen zu übertragen.

Beim Länderaustausch wurde so verfahren, daß die Statistischen Landesämter für die Zweigniederlassungen in ihrem Bereich, die zu einer Hauptniederlassung in anderen Bundesländern gehören, Formblätter ausgefüllt haben und diese an das Statistische Landesamt, das für den Hauptsitz des Unternehmens zuständig ist, sandten. Dort wurden diese Formblätter mit dem Hauptniederlassungsbogen zusammengeführt, verglichen, der wirtschaftliche Schwerpunkt und die Vertriebeneneigenschaft des Unternehmens eingetragen und wieder zurückgesandt.

Durch diesen Länderaustausch wurden in Hamburg wiederum viele Arbeitsstätten entdeckt, für die ein Erhebungsbogen nicht vorlag; und zwar sowohl Hauptniederlassungen, für die ein Formblatt für eine

Zweigniederlassung aus einem anderen Lande übersandt worden war, als auch Zweigniederlassungen, für die in einem anderen Lande ein Hauptniederlassungsbogen vorhanden, von Hamburg aber das entsprechende Formblatt nicht an das betr. Landesamt eingesandt worden war und daher angefordert wurde. Das gleiche galt auch umgekehrt: für Zweigniederlassungen in anderen Ländern fehlte uns das Formblatt zu der in Hamburg erfaßten Hauptniederlassung. Aus Termingründen war es nicht möglich, alle diese gefundenen Lücken restlos zu füllen und alle bekannt gewordenen Zweifelsfälle zu klären. Soweit möglich wurden aber die durch den Länderaustausch erkannten Mängel beseitigt.

Die Vorbeiführung

Um die einmalige Erhebung der Arbeitsstättenzählung 1961 mit anderen einmaligen Erhebungen und mit laufenden Statistiken weitgehend vergleichen und auch dafür nutzbar machen zu können, wurden Unterlagen aus der Handels- und Gaststättenzählung 1960, aus der Industrieberichterstattung, aus der Bauberichterstattung und aus der Bilanzstatistik an den Arbeitsstättenbogen vorbeigeführt. Dies geschah in der Weise, daß bestimmte Angaben im Arbeitsstättenbogen einer Niederlassung mit den entsprechenden Angaben in den Erhebungsbogen für die anderen genannten Statistiken verglichen und in Übereinstimmung gebracht wurden.

Hauptanliegen dieser Vorbeiführung war es, die gleichen Arbeitsstätten und Unternehmen in den verschiedenen Erhebungen wirtschaftssystematisch gleich zuzuordnen. Dabei bestand ursprünglich die Ansicht, daß Sondererhebungen — wie die Handels- und Gaststättenzählung — und laufende Erhebungen — wie die Industrie- und die Bauberichterstattung — wegen ihres tiefer gehenden Frageprogramms eine bessere wirtschaftssystematische Zuordnung und Schwerpunktbestimmung ermöglichen, als es bei der in der Fragestellung nur sehr summarischen Arbeitsstättenzählung möglich sei. Bei der Vorbeiführung hat sich aber nun herausgestellt, daß das durchaus nicht immer der Fall ist. Bei abweichender Zuordnung wurde deshalb nicht ohne weiteres der wirtschaftliche Schwerpunkt auf dem Arbeitsstättenbogen berichtigt. Es wurden vielmehr alle Angaben noch einmal sorgfältig überprüft und nach Möglichkeit auch bei den Auskunftspflichtigen Rückfrage gehalten. Auf eine zutreffende systematische Zuordnung der Arbeitsstätten wurde somit besonderer Wert gelegt.

Aber nicht nur die einheitliche Zuordnung, sondern auch eine Vollzähligkeitskontrolle sowohl der Handels- und Gaststättenzählung, der Industrie- und Bauberichterstattung als auch der Arbeitsstättenzählung wurde mit der Vorbeiführung verbunden. Hierbei zeigten sich insbesondere bei der Handels- und Gaststättenzählung sehr große Erfassungslücken, die im einzelnen festgehalten wurden und zur Hochrechnung verschiedener Ergebnisse dieser Zählung dienen sollen. Durch die Vorbeiführung festgestellte fehlende Arbeitsstätten wurden für die allgemeine Arbeitsstättenzählung nacherfaßt.

Eine besondere Schwierigkeit bei der Vorbeiführung der Unterlagen der Handels- und Gaststättenzählung ergab sich daraus, daß die Erhebungspapiere häufig nicht die Anschriften der Arbeitsstätte, sondern die der Wohnung des Firmeninhabers enthielten. Dadurch war ein Zusammenführen der Unterlagen aus den beiden Erhebungen vielfach nicht nach der örtlichen Lage der Arbeitsstätte, sondern nur über den Namen des Firmeninhabers möglich. Für die regionale Aufbereitung der Handels- und Gaststättenzählung mußte in diesen Fällen die Lage der Arbeitsstätte besonders in den entsprechenden Unterlagen gekennzeichnet werden. Infolge der zeitlichen Differenz zwischen den Stichtagen der Handels- und Gaststättenzählung — Herbst 1960 — und der Arbeitsstättenzählung — Juni 1961 — waren in einigen Bereichen (wie z. B. bei den Gaststätten durch inzwischen eingetretenen z. T. mehrfachen Inhaberwechsel) große Schwierigkeiten zu überwinden, ehe die Bogen der identischen Arbeitsstätten zusammengefunden werden konnten. Manche der noch verbliebenen Lücken lassen sich aus dieser Zeitdifferenz erklären.

Eine restlose Bereinigung aller offenen Fälle ließ sich aus Termingründen auch bei der Vorbeiführung nicht erreichen. Trotzdem hat sich der erhebliche Arbeitsaufwand gelohnt, weil viele Fragen geklärt und eine große Zahl nicht erfaßter Arbeitsstätten festgestellt werden konnten.

Nicht unerwähnt bleiben soll, daß bei der Vorbeiführung aus den anderen Unterlagen auf den Arbeitsstättenbogen verschiedene Signierungen angebracht wurden, die für spätere systematische Zuordnungen bei der Umsatzsteuerstatistik gedacht sind. Hieraus wird deutlich, daß die Arbeitsstättenzählung auch nach ihrer Aufbereitung noch für andere Statistiken ihre Bedeutung haben wird.

Die »Einkaufszentren«

Für besondere hamburgische Belange ist aus den Unterlagen der Handels- und Gaststättenzählung und der Arbeitsstättenzählung ein gemeinsames Programm über sog. »Einkaufszentren« in Arbeit. Für alle Arbeitsstätten mit größerem Publikumsverkehr — hierzu gehören vor allem Einzelhandelsgeschäfte, Reparaturwerkstätten, Tankstellen, Bahnhöfe und Haltestellen, Banken, Sparkassen, Versicherungen, Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, andere Dienstleistungsbetriebe, Behördendienststellen, Postämter usw. — werden Angaben aus der Arbeitsstättenzählung und — soweit vorhanden — aus der Handels- und Gaststättenzählung besonders ausgewertet werden. Aus der Lage dieser Arbeitsstätten innerhalb Hamburgs und ihrer Ballung in bestimmten Räumen im Stadtgebiet sollen die wichtigsten sog. Einkaufszentren festgestellt und in ihrer Lage, Ausdehnung und Struktur näher untersucht werden.

Um dieses Programm durchführen zu können, war es erforderlich, alle Bogen der Arbeitsstätten mit stärkerem Publikumsverkehr besonders zu kennzeichnen und die Angaben zur Kennzeichnung der Tätigkeit und der Struktur der Arbeitsstätte auf ein besonderes Signierblatt zu übertragen. Auf dieses Signierblatt wurden ebenfalls verschiedene Angaben

aus der Handels- und Gaststättenzählung eingetragen, sofern für die betreffende Arbeitsstätte aus dieser Zählung eine Unterlage vorhanden war.

Für dieses Programm ist eine möglichst genaue regionale Zuordnung der Arbeitsstätten notwendig, so daß die sonst übliche Eintragung des Ortsteiles als nicht ausreichend angesehen werden muß. Aus diesem Grunde werden die Signierblätter mit dem Planquadrat, in dem die Arbeitsstätte liegt, noch gesondert ausgezeichnet¹⁾. Nach der Auswertung dieser Signierblätter wird also jede Arbeitsstätte mit

stärkerem Publikumsverkehr auf einen verhältnismäßig engen Raum zu lokalisieren sein.

Die ersten Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1961 werden wahrscheinlich gegen Ende 1962 vorliegen. Es ist vorgesehen, hierüber dann in späteren Heften von „Hamburg in Zahlen“ zu berichten.

Detlef Schmidt

¹⁾ Über das gesamte Hamburger Gebiet wurde ein „Gitter“ von Quadraten mit der Seitenlänge von 200 x 200 m gelegt; die einzelnen Quadrate wurden numeriert.

Das hamburgische Handwerk im Jahre 1961

In der deutschen Wirtschaftsstatistik wurde lange Zeit hindurch das Handwerk nicht regelmäßig erfaßt. Aufschluß über wirtschaftliche Vorgänge im Handwerk brachten nur die Handwerkszählungen von 1949 und 1956; außerdem wurden durch die Arbeitsstättenzählungen 1939, 1950 und 1961 Daten aus dem Bereich des Handwerks gewonnen. Durch das „Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (HwGaStatG)“ vom 12. August 1960 (BGBl. I, S. 689) wurde eine „Umsatz-Schnellstatistik in wichtigen Zweigen des Handwerks“ (§ 1) eingeführt. Durch diese Statistik wird vierteljährlich der Umsatz – getrennt nach Handwerksumsatz und Gesamtumsatz – und die Zahl der Beschäftigten in einer repräsentativen Stichprobe aus den in die Handwerksrolle eingetragenen Betrieben erfaßt. Die Ergebnisse der Handwerksberichterstattung sollen vor allem der laufenden Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung beim Handwerk und der Feststellung evtl. saisonaler, konjunktureller und struktureller Veränderungen dienen. Die nachstehende Darstellung beruht auf den Ergebnissen dieser vierteljährlichen Erhebungen bei ausgewählten Handwerksbetrieben in Hamburg.

Die Auswahl der Stichprobe

Für die Handwerksberichterstattung wurden aus den 139 Handwerkszweigen des amtlichen Verzeichnisses der Gewerbe, die als Handwerk ausgeübt werden können, die für das Bundesgebiet bedeutsamsten 53 Handwerkszweige ausgewählt. Durch Zusammenfassung eng verwandter Zweige – z. B. Handwerkszweig 107 „Zimmerei (einschl. Treppenbau, ohne Tischlerei)“ mit Handwerkszweig 108 „Zimmerei mit Tischlerei“ – wurden hieraus 38 Handwerkszweige gebildet, die in den Erhebungskreis aufgenommen worden sind. Diese ausgewählten Handwerkszweige hatten in Hamburg nach der Handwerkszählung 1956 einen Anteil von etwa 86 % an den Umsätzen und an der Zahl der Beschäftigten im gesamten Handwerk, so daß dieses als durch die für die Stichprobe ausgewählten Zweige repräsentiert angesehen werden kann.

Für die Auswahl der in die Stichprobe fallenden Betriebe¹⁾ sind die Betriebsbogen aus der Handwerkszählung 1956 nach der Zahl der Beschäftigten in Gruppen von Betrieben mit 1, 2–4, 5–9, 10–24, 25–49 und 50 und mehr Beschäftigten sortiert worden. Die Auswahl in diesen „Schichten“ wurde so getroffen, daß die Zahl der Betriebe in jeder Schicht für alle Handwerkszweige möglichst gleich groß war; eine Ausnahme bildete nur die Schicht der Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten, die zu 100 % in die Stichprobe einbezogen wurde. Insgesamt erfaßte die Auswahl etwa 14 % aller Betriebe der ausgewählten 38 Handwerkszweige aus der Handwerkszählung 1956.

Aus den seit 1956 neu gegründeten Handwerksbetrieben wurde ebenfalls eine Stichprobe gezogen, die allerdings nicht nach Beschäftigtenklassen geschichtet werden konnte, weil hierüber Unterlagen nicht vorhanden waren.

Eine Ausnahme bei der Stichprobenauswahl machten die Betriebe des Bauhauptgewerbes. Da hier aus der laufenden Bauberichterstattung aktuellere Unterlagen vorhanden waren, wurden diese als Grundlage der Ziehung der Stichprobenbetriebe verwendet.

Die Zahl der in Hamburg zur Handwerksberichterstattung für das III. Vierteljahr 1960 – den ersten Berichtszeitraum – herangezogenen Betriebe belief sich auf 2569. Von Quartal zu Quartal ändert sich die Zahl der Betriebe durch Neuzugänge und Löschungen; wegen der um mehr als 4 Jahre zurückliegenden Grundlage waren viele der im ersten Berichtszeitraum angeschriebenen Betriebe inzwischen erloschen, darum ist die Differenz zwischen dem III. und dem IV. Vierteljahr 1960 (1. und 2. Erhebungszeitraum) besonders groß. Für die Vierteljahre, für die Erhebungen stattgefunden haben, ergibt sich folgendes Bild der Zahl der Stichprobenbetriebe:

Im III. Vj. 1960 waren 2569 Betriebe in der Stichprobe, im IV. Vj. 1960 waren 2226 Betriebe in der Stichprobe, im I. Vj. 1961 waren 2241 Betriebe in der Stichprobe, im II. Vj. 1961 waren 2251 Betriebe in der Stichprobe, im III. Vj. 1961 waren 2244 Betriebe in der Stichprobe, im IV. Vj. 1961 waren 2242 Betriebe in der Stichprobe, im I. Vj. 1962 waren 2242 Betriebe in der Stichprobe.

¹⁾ Als Handwerksbetrieb galt ein gewerblicher Betrieb dann, wenn er in die Handwerksrolle eingetragen war. Es wurde also nicht auf die Tätigkeitsform oder auf traditionelle Gesichtspunkte bei der Definition der Erhebungseinheit, sondern auf ein formales Kriterium abgestellt.

Das Frageprogramm

Die für die Stichprobe ausgewählten Betriebe erhielten zu Beginn der Erhebung einen „Einmaligen Fragebogen zur statistischen Einordnung der meldepflichtigen Betriebe“, der Angaben über das betriebene Gewerbe und die ausgeübten Tätigkeiten enthielt, um den wirtschaftlichen Schwerpunkt des Betriebes zu erkennen und die Betriebe nach Handwerkszweigen richtig einzuordnen.

Für die laufende Berichterstattung müssen die meldepflichtigen Betriebe Angaben über die Zahl der Beschäftigten (einschließlich tätiger Inhaber, mithelfender Familienangehörigen und Lehrlinge) am Ende des Berichtszeitraumes und über den Umsatz im Berichtszeitraum machen. Der Umsatz, zu dem auch die umsatzsteuerfreien Beträge gehören, soll von den Betrieben als Gesamtumsatz, der den handwerklichen Umsatz, den Handelsumsatz und den sonstigen Umsatz — ohne landwirtschaftlichen Umsatz — enthält, gemeldet werden; daneben soll der „Handwerksumsatz“ noch in einer gesonderten Zahl angegeben werden. Als Handwerksumsatz gelten dabei alle Umsätze an selbsthergestellten oder bearbeiteten handwerklichen Erzeugnissen und aus sonstigen handwerklichen Leistungen wie Reparaturen, Lohnarbeiten für fremde Betriebe und Dienstleistungen. Nicht dagegen zum Handwerksumsatz zählen Umsätze in Handelsware, auch wenn mit dem Absatz derartiger Waren geringfügige handwerkliche Leistungen verbunden sind, wie z. B. das Anschließen elektrischer Geräte an vorhandene Leitungen oder das geringfügige Ändern von Kleidungsstücken nach den Maßen des Käufers beim Kauf von Fertigteile.

Da es vielen — besonders kleinen — Handwerksbetrieben nicht möglich ist, ihren Handwerksumsatz genau anzugeben, genügen hierfür nach den für die

Erhebung geltenden Vorschriften auch sorgfältige Schätzungen.

Die Ergebnisse

Für das 2. Halbjahr 1960 und das Jahr 1961 liegen die Ergebnisse der Handwerksberichterstattung jetzt vor. Berechnet werden für die drei Angaben Beschäftigte, Umsatz und Handwerksumsatz Relativzahlen auf der Basis Mai 1956 (Beschäftigte) bzw. 1955 (Umsätze) = 100. Der Grund für die unterschiedlichen Basiszeiträume liegt darin, daß in der Handwerkszählung 1956 die Beschäftigten mit Stichtag 31. Mai 1956 und die Umsätze für 1955 angegeben wurden. Aus den Relativzahlen ist dann die Berechnung absoluter Werte möglich.²⁾

Es muß allerdings in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß der Handwerksumsatz bei der Handwerkszählung 1956 etwas anders definiert war als bei der jetzt laufenden Handwerksberichterstattung. Da der Unterschied jedoch nur geringfügig ist, können die dadurch auftretenden Fehler unberücksichtigt bleiben.

Jede Repräsentativstatistik enthält aber auch auf ihrem Charakter als Teilerhebung beruhende Zufallsfehler, die bei der Betrachtung der Ergebnisse berücksichtigt werden müssen. Da einzelne der erfaßten Handwerkszweige in Hamburg nur mit einer geringen Anzahl von Betrieben bzw. mit einem geringen Umsatzanteil in die Stichprobe eingehen, sind die Ergebnisse für diese Handwerkszweige mit größeren Zufallsfehlern behaftet. Es sollen daher in

²⁾ Bei einem Vergleich der Ergebnisse der Handwerksberichterstattung mit den im Heft 46 der „Statistik des Hamburgischen Staates“ veröffentlichten Zahlen aus der Handwerkszählung 1956 ist zu beachten, daß die Handwerksberichterstattung die handwerklichen Nebenbetriebe nicht enthält.

Tab. 1

Die Beschäftigten im Hamburger Handwerk im 2. Halbjahr 1960 und im Jahr 1961
(Stand jeweils am Ende des Vierteljahres)

Handwerksgruppen	III. Vj. 1960		IV. Vj. 1960		I. Vj. 1961		II. Vj. 1961		III. Vj. 1961		IV. Vj. 1961	
	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Bau- und Ausbauhandwerke	101,1	37 350	100,4	37 092	100,3	37 055	100,9	37 276	101,6	37 535	83,9	30 996
Metallverarbeit. Handwerke	109,8	29 862	111,0	30 189	109,2	29 699	112,5	30 597	112,0	30 461	110,9	30 161
Holzverarbeitende Handwerke	83,5	7 280	86,1	7 506	84,5	7 367	85,2	7 428	85,9	7 489	87,2	7 602
Bekleidungs-, Textil- u. Leder- verarbeitende Handwerke	91,1	10 402	87,6	10 002	83,2	9 500	83,9	9 580	83,3	9 511	82,6	9 431
Nahrungsmittel- Handwerke	116,5	15 794	112,5	15 252	111,8	15 157	114,3	15 496	111,1	15 062	108,6	14 723
Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungs- Handwerke	119,7	15 688	112,5	14 744	115,9	15 190	117,5	15 400	115,9	15 190	117,0	15 334
Glas-, Papier-, keramische und sonst. Handwerke	109,6	3 794	107,1	3 708	101,6	3 517	105,7	3 659	108,2	3 746	104,9	3 632
Handwerk insges. . .	105,0	120 170	103,6	118 493	102,7	117 985	104,4	119 436	104,0	118 994	97,8	111 879

¹⁾ Mai 1956 = 100.

diesem Beitrag nur die Ergebnisse für die sieben Handwerksgruppen, zu denen die Handwerkszweige zusammengefaßt sind, und für das Handwerk insgesamt gebracht werden, da die Untersuchungen darüber, für welche einzelnen Handwerkszweige die angefallenen Ergebnisse veröffentlichungsfähig erscheinen, noch nicht abgeschlossen sind. Die auch bei Zusammenfassung zu Handwerksgruppen noch vorhandenen Zufallsfehler haben bei der größeren Zahl der dann in einer Gruppe enthaltenen Betriebe und der größeren systematischen Gliederung keine so große Bedeutung mehr.

Die Beschäftigten im Hamburger Handwerk

Die Zahl der im Hamburger Handwerk beschäftigten Personen hat sich in den fünf Jahren von Mai 1956 bis Ende Juni 1961 um 4,4% oder etwa 5 000 auf rund 120 000 Personen erhöht. In den letzten sechs Quartalen, für die bisher Ergebnisse der Handwerksberichterstattung vorliegen, schwankt die Gesamtzahl der Beschäftigten nicht erheblich; lediglich Ende 1961 war eine größere Verminderung festzustellen, die vorwiegend auf die witterungsbedingt verringerte Anzahl der in den Bauhandwerken beschäftigten Personen zurückzuführen war (Tab. 1). Im Durchschnitt hat die Zahl der Beschäftigten im Jahre 1961 etwa um 5% zugenommen.

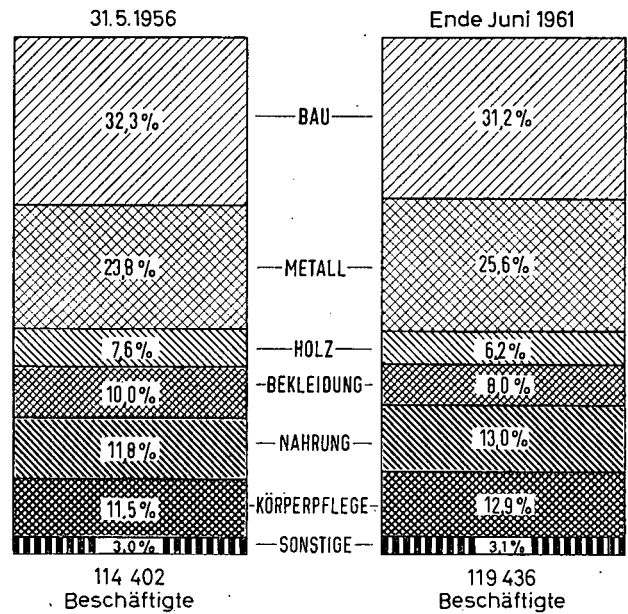
In den vergangenen fünf Jahren entwickelte sich die Beschäftigung in den einzelnen Handwerksgruppen recht unterschiedlich. Während die Holzverarbeitenden und die Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitenden Handwerke in Hamburg 1961 eine geringere Zahl von Personen beschäftigten als 1956, hatten alle anderen Gruppen eine gegenüber 1956 höhere Zahl von Beschäftigten aufzuweisen (Tab. 1). Besonders ausgedehnt hat sich die Beschäftigung in den Handwerken für Gesundheits- und Körperpflege sowie in den chemischen und Reinigungshandwerken, also in den typischen Dienstleistungshandwerken (im Durchschnitt etwa +16%) und in den Nahrungsmittelhandwerken (Fleischer, Bäcker u. a. — etwa +14%). Aber auch die metallverarbeitenden Handwerke (etwa +11%) und die Glas-, Papier-, keramischen und sonstigen Handwerke (etwa +6%) wiesen in Hamburg eine überdurchschnittliche Erhöhung der Zahl der Beschäftigten auf.

Auf die unterschiedliche Entwicklung in den Handwerksgruppen ist es zurückzuführen, daß der Anteil der Gruppen nach der Zahl der Beschäftigten am gesamten Handwerk jetzt ein anderes Bild zeigt als 1956 (Schaubild 1), sich die Struktur also etwas gewandelt hat.

Typische saisonale Veränderungen in der Zahl der Beschäftigten sind aus den bisherigen Ergebnissen der vierteljährlichen Berichterstattung — mit Ausnahme des schon erwähnten erheblichen Beschäftigungsrückgangs bei den Bauhandwerken im 4. Quartal 1961 — nicht zu erkennen. Die Schwankungen halten sich im allgemeinen in engen Grenzen und bedürfen auch wegen der möglichen Zufallsfehler einer vorsichtigen Interpretation. Es mag sein, daß bei Vorliegen der Ergebnisse weiterer Quartale oder sogar Jahre evtl. auftretende Saisonschwankungen besser zu erkennen sein werden.

Schaubild 1

Die Anteile der Beschäftigten der Handwerksgruppen am gesamten Handwerk am 31. Mai 1956 und Ende Juni 1961 in %



⊙

Statistisches Landesamt Hamburg

Der Gesamtumsatz im Hamburger Handwerk

In den Jahren von 1955 bis 1961 hat sich der Gesamtumsatz im Hamburger Handwerk fast verdoppelt; er erhöhte sich von 1 628 Mio DM auf 3 115 Mio DM. An diesem Anstieg sind die sieben in die vierteljährlichen Erhebungen einbezogenen Handwerksgruppen sehr unterschiedlich beteiligt; während die metallverarbeitenden Handwerke, die Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungshandwerke und die Glas-, Papier-, keramischen und sonstigen Handwerke ihren Umsatz in diesem Zeitraum überdurchschnittlich erweitern konnten, blieben alle anderen Handwerksgruppen mehr oder weniger hinter der durchschnittlichen Umsatzentwicklung des Handwerks zurück (Tab. 2).

Tab. 2

Der Gesamtumsatz im Hamburger Handwerk 1955 und 1961

Handwerksgruppen	1955		1961	
	in 1000 DM		1955 = 100	
Bau- und Ausbauhandwerke	403 680	738 835	183,0	
Metallverarbeitende Handwerke	390 349	917 620	235,1	
Holzverarbeitende Handwerke	115 664	187 231	161,9	
Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitende Handwerke	110 069	159 874	145,2	
Nahrungsmittelhandwerke	478 289	858 885	179,6	
Handwerke für Gesundheits- u. Körperpflege, sowie chemische und Reinigungs-Handwerke	84 509	162 847	192,7	
Glas-, Papier-, keramische u. sonstige Handwerke	45 447	89 736	197,5	
Handwerk insgesamt	1 628 007	3 115 028	191,3	

Genau wie bei den Beschäftigten hat auch die unterschiedliche Umsatzentwicklung in den einzelnen Handwerksgruppen zur Folge gehabt, daß sich die Bedeutung der Gruppen innerhalb des gesamten Handwerks von 1955 bis 1961 gegeneinander verschoben hat. Den höchsten Umsatz hatten 1961 nicht mehr die Nahrungsmittelhandwerke, sondern die metallverarbeitenden Handwerke aufzuweisen; die Bau- und Ausbauhandwerke mußten ihren zweiten Platz 1961 an die Nahrungsmittelhandwerke abgeben. Zwischen dem fünften und dem sechsten Platz getauscht haben die Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitenden Handwerke mit den Handwerken für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemischen und Reinigungshandwerken.

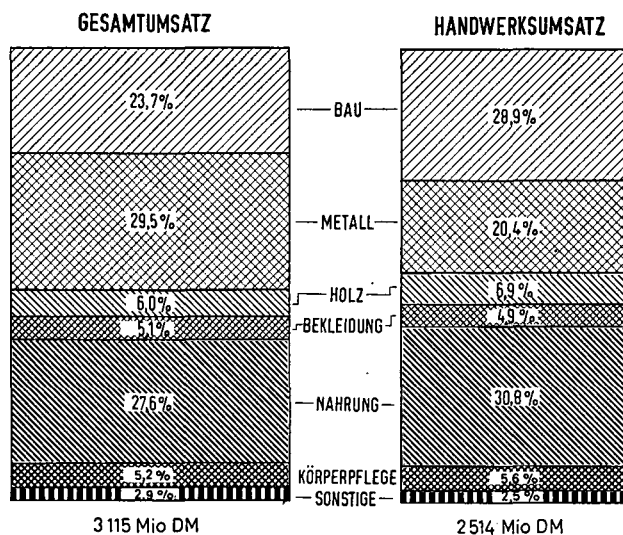
Die Umsatzanteile der einzelnen Gruppen am Gesamtumsatz für 1961 vermittelt das Schaubild 2.

Über die saisonalen Schwankungen des Gesamtumsatzes in den einzelnen Berichtsvierteljahren gibt die Tab. 3 Auskunft.

Sie zeigt für das gesamte Handwerk einen Anstieg des Umsatzes vom III. auf das IV. Quartal 1960 und von Quartal zu Quartal im Jahre 1961. In den einzelnen Handwerksgruppen verläuft die Entwicklung - mit Ausnahme des witterungsabhängigen Bau- und Ausbauhandwerkes - ähnlich. Das IV. Vierteljahr hat im allgemeinen den höchsten Gesamtumsatz aufzuweisen, wobei die Zunahmen in den Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitenden Handwerken und den Glas-, Papier-, keramischen und sonstigen Handwerken besonders ausgeprägt sind. Aber auch hier ist der Beobachtungszeitraum vorerst noch zu klein, um allgemeingültige Schlüsse hinsichtlich der saisonalen Umsatzentwicklung ziehen zu können.

Schaubild 2

Die Anteile des Gesamtumsatzes und des Handwerksumsatzes der Handwerksgruppen am gesamten Handwerk 1961 in %



Ⓢ

Statistisches Landesamt Hamburg

Der Handwerksumsatz im Hamburger Handwerk

Der Handwerksumsatz, das Ergebnis der eigentlichen handwerklichen Tätigkeit, hat sich in Hamburg von 1955 bis 1961 von 1 439 Mio DM auf 2 514 Mio D-Mark erhöht. Der relative Anstieg des Handwerksumsatzes um 74,7% war damit geringer als der des Gesamtumsatzes, der um 91,3% gestiegen ist; das bedeutet, daß der „handwerksfremde“ Umsatz -

Tab. 3

Der Gesamtumsatz im Hamburger Handwerk im 2. Halbjahr 1960 und im Jahr 1961

Handwerksgruppen	III. Vj. 1960		IV. Vj. 1960		I. Vj. 1961		II. Vj. 1961		III. Vj. 1961		IV. Vj. 1961	
	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert in 1000 DM	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert in 1000 DM	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert in 1000 DM	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert in 1000 DM	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert in 1000 DM	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert in 1000 DM
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Bau- und Ausbauhandwerke	193,2	194 977	205,7	207 592	145,1	146 435	186,9	188 619	202,0	203 858	198,1	199 923
Metallverarbeit. Handwerke	212,1	206 984	243,0	237 139	208,6	203 569	228,3	222 793	232,8	227 185	270,6	264 073
Holzverarbeitende Handwerke	150,4	43 490	175,6	50 776	147,2	42 564	165,8	47 943	158,1	45 716	176,4	51 008
Bekleidungs-, Textil- u. lederverarbeitende Handwerke	140,0	38 524	186,0	51 182	129,4	35 607	134,0	36 873	132,7	36 515	184,9	50 879
Nahrungsmittelhandwerke	181,2	216 664	179,5	214 632	175,4	209 729	177,8	212 599	174,7	208 892	190,4	227 665
Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungs-Handwerke	188,1	39 740	189,1	39 951	182,7	38 599	191,3	40 416	194,6	41 113	202,2	42 719
Glas-, Papier-, keramische und sonst. Handwerke	164,0	18 634	211,0	23 974	170,5	19 372	181,9	20 667	204,8	23 269	232,6	26 428
Handwerk insges. :	186,5	759 013	202,8	825 246	171,0	695 875	189,2	769 910	193,3	786 548	212,0	862 695

¹⁾ 1955 = 100.

insbesondere der Handelsumsatz – in den vergangenen 6 Jahren sich beim hamburgischen Handwerk relativ stärker erhöht hat, als der Handwerksumsatz. Das gilt allerdings nicht für alle Handwerksgruppen, da sich auch bei der Entwicklung des Handwerksumsatzes von 1955 bis 1961 zwischen den einzelnen Gruppen erhebliche Unterschiede zeigen. Einen überdurchschnittlichen Anstieg ihres Handwerksumsatzes zeigen die Bau- und Ausbauhandwerke, die

Tab. 4
Der Handwerksumsatz im Hamburger Handwerk 1955 und 1961

Handwerksgruppen	1955		1961	
	in 1000 DM		1955 = 100	
Bau- und Ausbauhandwerke	397 634	727 375	182,9	
Metallverarbeitende Handwerke	289 630	513 590	177,3	
Holzverarbeitende Handwerke	108 952	172 280	158,1	
Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitende Handwerke	89 955	122 071	135,7	
Nahrungsmittel-Handwerke	443 901	773 940	174,3	
Handwerke für Gesundheits- u. Körperpflege, sowie chemische und Reinigungs-Handwerke	71 728	140 946	196,5	
Glas-, Papier-, keramische u. sonstige Handwerke	36 946	63 541	172,0	
Handwerk insgesamt ...	1 438 746	2 513 743	174,7	

metallverarbeitenden Handwerke und die Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungshandwerke. Besonders deutlich wird die unterschiedliche Entwicklung in den Handwerksgruppen und die Tendenz zum nichthandwerklichen Umsatz, wenn man

Tab. 6

Der Handwerksumsatz im Hamburger Handwerk im 2. Halbjahr 1960 und im Jahr 1961

Handwerksgruppen	III. Vj. 1960		IV. Vj. 1960		I. Vj. 1961		II. Vj. 1961		III. Vj. 1961		IV. Vj. 1961	
	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert in 1000 DM	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert in 1000 DM	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert in 1000 DM	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert in 1000 DM	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert in 1000 DM	Meßziffer ¹⁾	absoluter Wert in 1000 DM
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Bau- und Ausbauhandwerke	193,0	191 859	205,9	204 683	145,2	144 342	186,1	185 000	202,0	200 806	198,4	197 227
Metallverarbeit. Handwerke	163,7	118 532	186,2	134 824	158,1	114 477	176,2	127 583	182,0	131 783	193,0	139 747
Holzverarbeitende Handwerke	140,7	38 324	170,5	46 441	141,7	38 596	163,5	44 534	155,2	42 273	172,1	46 877
Bekleidungs-, Textil- u. lederverarbeitende Handwerke	125,5	28 224	166,9	37 534	118,8	26 717	126,9	28 539	125,1	28 134	172,0	38 681
Nahrungsmittel-Handwerke	173,1	192 098	177,5	196 981	170,9	189 656	175,7	194 983	169,9	188 547	180,9	200 754
Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungs-Handwerke	191,9	34 412	192,2	34 465	187,4	33 605	197,7	35 452	197,8	35 469	203,1	36 420
Glas-, Papier-, keramische und sonst. Handwerke	169,6	15 666	196,0	18 105	153,6	14 188	155,0	14 317	182,3	16 839	197,0	18 197
Handwerk insges. .	172,1	619 115	187,1	673 033	156,1	561 581	175,3	630 408	179,0	643 851	188,5	677 903

1) 1955 = 100.

den Anteil des Handwerksumsatzes am Gesamtumsatz von 1955 und 1961 einander gegenüberstellt (Tab. 5).

Tab. 5
Der Anteil des Handwerksumsatzes am Gesamtumsatz im Hamburger Handwerk 1955 und 1961
— in % —

Handwerksgruppen	1955	1961
Bau- und Ausbauhandwerke	98,5	98,4
Metallverarbeitende Handwerke	74,2	56,0
Holzverarbeitende Handwerke	94,2	92,0
Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitende Handwerke	81,7	76,4
Nahrungsmittel-Handwerke	92,8	90,1
Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege, sowie chemische und Reinigungs-Handwerke	84,9	86,6
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Handwerke	81,3	70,8
Handwerk insgesamt	88,4	80,7

Bei den Bau- und Ausbauhandwerken spielt der nichthandwerkliche Umsatz nur eine geringe Rolle; er hat sich von 1955 bis 1961 kaum verändert. Auch bei den Holzverarbeitenden und den Nahrungsmittelhandwerken hat der Handwerksumsatz einen sehr hohen Anteil von über 90 % am Gesamtumsatz und auch hier ist dieser Anteil von 1955 bis 1961 nur geringfügig zurückgegangen.

Besonders stark hat sich dagegen der nichthandwerkliche Umsatz in den metallverarbeitenden Handwerken ausgebreitet; nur noch etwas mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes gehört zum Handwerksumsatz. Für das gesamte Handwerk kann man feststellen, daß 1961 etwa $\frac{4}{5}$ des Umsatzes zum Handwerksumsatz und $\frac{1}{5}$ zum nichthandwerklichen Umsatz – hauptsächlich zum Handelsumsatz – zu rechnen waren.

Im Vergleich mit den Beschäftigten und dem Gesamtumsatz haben sich beim Handwerkumsatz nur geringere Veränderungen des Anteiles der Handwerksgruppen am Gesamthandwerk von 1955 bis 1961 ergeben; lediglich die Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitenden Handwerke sind stärker zurückgefallen. Die Anteile der Gruppen am gesamten Handwerkumsatz zeigt für 1961 das Schaubild 2.

Zum Abschluß soll noch kurz die Entwicklung des Handwerkumsatzes in den sechs Erhebungsquartelen

jahren betrachtet werden (Tab. 6). Sie verläuft ähnlich wie die des Gesamtumsatzes mit Höhepunkten, die jeweils im 4. Quartal liegen. Hierfür dürfte das Weihnachtsgeschäft, an dem große Teile des Handwerks einen wichtigen Anteil haben, ausschlaggebend sein. Lediglich die Bau- und Ausbauhandwerke machen wieder im IV. Quartal 1961 eine Ausnahme, die auf das frühe Einsetzen der kalten Witterung in dieser Zeit zurückzuführen ist.

Detlef Schmidt

Organkreise mit Hauptsitz Hamburg 1958 bis 1961

Was ist ein Organkreis?

Die Umsatzsteuerpflicht knüpft an die Ausübung einer selbständigen gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit an. Aus dem Kreis der Steuerpflichtigen scheiden demnach die Unselbständigen prinzipiell aus. Von diesem Tatbestand ausgehend, hat über die Organlehre die Unterscheidung zwischen selbständigen und unselbständigen juristischen Personen Eingang in das Umsatzsteuerrecht gefunden. Entsprechend kann eine juristische Person, also vor allem eine Kapitalgesellschaft, „Unternehmer“ (selbständig) oder „Organ“ bzw. Organgesellschaft (unselbständig) sein. Sie gilt dann als unselbständig, wenn sie vom Willen eines Unternehmers dermaßen abhängt, daß sie selbst wirtschaftlich keinen freien Anschluß hat. Diese Voraussetzung ist erfüllt, wenn eine juristische Person nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in die Gesamtverfügungsgewalt des Unternehmers eingegliedert ist¹⁾. Voraussetzung für das Organschaftsverhältnis ist also neben der finanziellen Verflechtung über die Beteiligung eine unternehmerische Beeinflussung der betriebswirtschaftlichen Planung und Planausführung des Organs durch den Unternehmer. Das gesellschaftsrechtlich selbständig bleibende untergeordnete Unternehmen (Organ) erhält so die Stellung eines bloßen Betriebes im Unternehmen des herrschenden Unternehmers (Organträger). Organ(e) und Organträger werden als eine übergeordnete Unternehmenseinheit angesehen und zusammen als Organkreis bezeichnet.

Die Folge aus dieser Konstruktion für die Umsatzbesteuerung ist, daß bei Anerkennung eines Organverhältnisses sämtliche Transaktionen zwischen den einem Organkreis angehörenden Organen (= rechtlich selbständigen Unternehmen) als Innenumsätze nicht der Umsatzbesteuerung unterliegen. Diese Maßnahme dient dem mit der Organschaft verfolgten wirtschaftspolitischen Ziel, dem Hang zur Fusionierung von Unternehmen entgegenzuwirken, um möglichst zahlreiche juristisch selbständige Unternehmen trotz des im Rahmen der modernen Volkswirtschaft sich vollziehenden Verbundes zu erhalten²⁾. Das schließt nicht aus, daß die Organkreise im Sinne einer Zusammenballung von Produktionskapazitäten unter einheitlicher Leitung am Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft haben.

Ökonomisch gesehen ist die Organschaft ein Unternehmenszusammenschluß und dem Konzern nahe verwandt.

Durch das Kontrollratsgesetz Nr. 15 vom 11. Februar 1946 wurde die umsatzsteuerliche Organschaft für mehr als 12 Jahre aufgehoben. Nur in den Fällen, in denen Organträger eine natürliche Einzelperson oder eine Körperschaft des öffentlichen Rechts waren, durfte die Organschaft weiterbestehen. Die Wiedereinführung der Organkreise erfolgte ab April 1958 durch das 9. Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 18. Oktober 1957. Mit dem 11. Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 16. August 1961 wurde die Bildung von Organkreisen ab Oktober 1961 dadurch erschwert, daß das Beteiligungsverhältnis vom übergeordneten am untergeordneten Unternehmen von 51 % auf 75 % heraufgesetzt wurde.

Zur Erhebungsmethode

Im Rahmen der sekundären Umsatzsteuerstatistiken wurden nach Wiederezulassung des Instituts der Organschaft von 1958 an auch die Organkreise als Erhebungseinheit behandelt, während in den Statistiken vor 1958 die einzelnen in den Organkreisen zusammengefaßten rechtlich selbständigen Unternehmen noch als getrennte Einheiten erschienen. Seit 1958/59 werden die Angaben über die seit dem jeweiligen Vorjahr in ihrer Firmenzusammensetzung unverändert gebliebenen Organkreise und für die Organkreise, welche in dem Berichtsjahr erst gebildet wurden oder in ihrer Struktur sich veränderten, auf verschiedenen Formularen gemacht. Für die erste Gruppe von Organkreisen werden von den Finanzämtern aus den für die Steuerpflichtigen geführten Umsatzsteuer-Überwachungsbogen die gewerbliche oder berufliche Zugehörigkeit, der steuerbare und nichtsteuerbare wertmäßige Umsatz im Berichts- und im Vorjahr, die zu 1 % zu versteuernden Umsätze und das Umsatzsteuervorauszahlungssoll gemeldet und die Meldung als eine Organschaft betreffend gekennzeichnet.

Für im Berichtsjahr neu gegründete Organkreise sowie für Organkreise mit Zu- und Abgängen von Tochtergesellschaften waren Sonderzählblätter auszufüllen, vermittels derer man Vergleichsstörungen

¹⁾ UStG § 2 Abs. 2 Ziff. 2.

²⁾ Siehe BFH-Urteil V 17/52 vom 17. 7. 1952 in BSIBI III 52, S. 234.

gegenüber dem jeweiligen Vorjahr durch rückwirkende Zusammenfassung der betreffenden Firmen bereinigen konnte. In das Sonderzählblatt für Neugründungen waren vom Finanzamt neben den allgemeinen Merkmalen die Angaben über wertmäßigen Umsatz und Umsatzsteuer des neuen Organkreises einzutragen, und zwar lediglich für die Zeit, in der der Organkreis im Berichtsjahr bestanden hat. Weiter waren vom zuständigen Finanzamt für jede der zum Organkreis gehörenden Firmen — auch für die von auswärts hinzugekommenen — Angaben für das Vorjahr und für den Teil des Berichtsjahrs, der noch vor der umsatzsteuerlichen Anerkennung des Organkreises lag, herzugeben. In das Sonderzählblatt für Organkreise mit Zu- und Abgängen wurden die Daten für den gesamten Organkreis eingetragen, und zwar einschließlich der Daten für die neu hinzugekommenen Gesellschaften (vom Zeitpunkt des Zugangs an) und abzüglich der Abgänge (vom Zeitpunkt des Ausscheidens an). Außerdem waren Angaben zu jeder in einen Organkreis im Berichtsjahr eingegliederten Gesellschaft für die Zeit vor dem Zugang bzw. für die Zeit nach dem Ausscheiden der jeweiligen Firma aus dem Organkreis anzuschreiben.

In der Umsatzsteuerstatistik 1961 wurde noch ein drittes Sonderzählblatt für die nach dem 30. 9. 1961 aufgelösten oder durch Abgänge geänderten Organkreise benutzt. Es diente der Feststellung, inwieweit sich das 11. Umsatzsteueränderungsgesetz auf die Organkreise ausgewirkt hat.

Anzahl und Größe der Organkreise gemessen am wertmäßigen Umsatz

Der Anziehungskraft Hamburgs als Handels- und Industriezentrum ist es wohl zuzuschreiben, daß 1960³⁾ ungefähr jedes siebte organschaftliche Ver-

bundunternehmen der Bundesrepublik Deutschland seine Geschäftsleitung in Hamburg hatte. Im Jahre 1961 versteuerten 351 Organkreise ihre Umsätze in Hamburg. 1960 waren es 318 und 1958 erst 249. Innerhalb von vier Jahren erhöhte sich der Organkreisbestand um 41 %.

Die Schichtung nach Umsatzgrößenklassen in Tab. 1 zeigt zunächst, daß die mit dem Begriff „Organkreis“ oft verbundene Vorstellung vom Mammutumsatz längst nicht immer zutrifft. Von den 1961 gezählten 351 Organkreisen entfielen immerhin 55 oder 16 % auf die Absatzgrößenklassen bis unter 1 Mio DM. Es handelte sich dabei in erster Linie um Organkreise mit einer natürlichen Einzelperson an der Spitze. Anzahlmäßig am stärksten waren durchweg die mittleren Größenklassen von 1 Mio DM bis unter 100 Mio DM besetzt. Auf sie kamen rd. 70 bis 75 % aller Organschaften. Interessant ist ferner die Feststellung, daß es eine Reihe von Organkreisen mit Milliardenumsätzen in Hamburg gab. Ihre Zahl hat sich von 1958 auf 1961 von 3 auf 7 erhöht.

Die Zahl der Organkreise in den Umsatzgrößenklassen unter 1 Mio DM ist zwischen 1958 und 1961 zwar um 10 % gestiegen, ihr Anteil an der Gesamtzahl ist aber von 20,1 % im Jahre 1958 auf 15,7 % im Jahre 1961 gesunken. Demgegenüber haben sich die Anteile der Organkreise an der Gesamtzahl sowohl in der mittleren als auch in der oberen Größenklasse erhöht. Bei der Eingruppierung der Organkreise in die Umsatzgrößenklassen ist zu bedenken, daß einmal die Zahl der Organkreise von Jahr zu Jahr nicht gleichgeblieben ist; so kamen in der betrachteten Zeitspanne 143 Organkreise hinzu und 41 schieden aus, darunter 3 nach dem 30. 9. 1961. Als Ausscheidungsgründe kamen u. a. in Frage: Geschäftssitzverlegung nach auswärts, Liquidation, Fusion, Auflösung. Zum anderen war die Zusammensetzung nach Tochtergesellschaften eben-

³⁾ Für 1961 liegen noch keine Bundeszahlen vor.

Tab. 1

Organkreise in Hamburg nach Umsatzgrößenklassen 1958 bis 1961

Umsatzgrößenklassen	Steuerpflichtige Organkreise								Veränderung 1961 gegenüber 1958
	1958		1959		1960		1961		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
unter 1 Mio DM	50	20,1	48	17,0	44	13,8	55	15,7	+ 10,0
davon									
unter 250 000 DM	12	4,8	10	3,5	7	2,2	17	4,9	+ 41,7
250 000 bis unter 500 000 DM	13	5,3	10	3,5	11	3,5	12	3,4	- 7,7
500 000 bis unter 1 Mio DM	25	10,0	28	9,8	26	8,1	26	7,4	+ 4,0
1 Mio bis unter 100 Mio DM	173	69,5	207	73,1	241	75,8	256	72,9	+ 48,0
davon									
1 Mio bis unter 2 Mio DM	20	8,0	26	9,1	32	10,0	41	11,6	+ 105,0
2 Mio bis unter 5 Mio DM	33	13,3	35	12,4	50	15,7	47	13,4	+ 42,4
5 Mio bis unter 10 Mio DM	32	12,9	39	13,8	44	13,8	49	14,0	+ 53,1
10 Mio bis unter 25 Mio DM	42	16,8	49	17,3	55	17,4	59	16,8	+ 40,5
25 Mio bis unter 50 Mio DM	33	13,3	37	13,1	39	12,3	37	10,5	+ 12,1
50 Mio bis unter 100 Mio DM	13	5,2	21	7,4	21	6,6	23	6,6	+ 76,9
100 Mio DM und mehr	26	10,4	28	9,9	33	10,4	40	11,4	+ 53,8
davon									
100 Mio bis unter 250 Mio DM	12	4,8	13	4,6	15	4,7	23	6,6	+ 91,7
250 Mio bis unter 500 Mio DM	4	1,6	5	1,8	7	2,2	6	1,7	+ 50,0
500 Mio bis unter 1 Mrd. DM	7	2,8	5	1,7	5	1,6	4	1,1	- 42,9
1 Mrd. DM und mehr	3	1,2	5	1,8	6	1,9	7	2,0	+ 133,3
Insgesamt	249	100	283	100	318	100	351	100	+ 41,0

Tab. 2

Wertmäßiger Gesamtumsatz der Organkreise in Hamburg nach Umsatzgrößenklassen 1958 bis 1961

Umsatzgrößenklassen	Wertmäßiger Gesamtumsatz								
	1958		1959		1960		1961		Veränderung 1961 gegenüber 1958
	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	
	1	2	3	4	5	6	7	8	
unter 1 Mio DM	25	0,1	26	0,1	24	0,1	26	0,1	+ 4,0
davon									
unter 250 000 DM	1	0,0	1	0,0	1	0,0	2	0,0	+ 100,0
250 000 bis unter 500 000 DM	5	0,0	4	0,0	4	0,0	5	0,0	0,0
500 000 bis unter 1 Mio DM	19	0,1	21	0,1	19	0,1	19	0,1	0,0
1 Mio bis unter 100 Mio DM	3 057	18,1	3 863	19,8	4 254	18,9	4 332	17,3	+ 41,7
davon									
1 Mio bis unter 2 Mio DM	29	0,2	39	0,2	47	0,2	62	0,2	+ 113,8
2 Mio bis unter 5 Mio DM	108	0,6	114	0,6	165	0,8	159	0,6	+ 47,2
5 Mio bis unter 10 Mio DM	238	1,4	279	1,4	302	1,3	351	1,4	+ 47,5
10 Mio bis unter 25 Mio DM	642	3,8	805	4,1	879	3,9	966	3,9	+ 50,5
25 Mio bis unter 50 Mio DM	1 207	7,2	1 308	6,7	1 417	6,3	1 252	5,0	+ 3,7
50 Mio bis unter 100 Mio DM	833	4,9	1 318	6,8	1 444	6,4	1 542	6,2	+ 85,1
100 Mio DM und mehr	13 808	81,8	15 672	80,1	18 288	81,0	20 711	82,6	+ 50,0
davon									
100 Mio bis unter 250 Mio DM	1 976	11,7	2 243	11,5	2 080	9,2	3 440	13,7	+ 74,1
250 Mio bis unter 500 Mio DM	1 391	8,3	1 725	8,8	2 226	9,8	1 956	7,8	+ 40,6
500 Mio bis unter 1 Mrd. DM	5 055	29,9	3 530	18,0	3 889	17,2	3 105	12,4	- 38,6
1 Mrd. DM und mehr	5 386	31,9	8 174	41,8	10 093	44,8	12 210	48,7	+ 126,7
Insgesamt	16 890	100	19 561	100	22 566	100	25 069	100	+ 48,4

falls dem Wechsel unterworfen. Es ist also nicht ohne weiteres möglich, die Umsatzentwicklung der Unternehmen selbst zu erkennen. Dazu muß man diejenigen Organkreise heranziehen, die vom Beginn bis zum Ende des Betrachtungszeitraums in ihrer Zusammensetzung nach Organträgern und Organen konstant geblieben sind (siehe weiter unten).

Der von Organkreisen 1961 getätigte wertmäßige Gesamtumsatz betrug 25 Mrd. DM und war damit

um knapp die Hälfte höher als 1958. Der durchschnittliche Umsatz je Organkreis stieg dagegen nur um 4,4 % von 68 Mio DM auf 71 Mio DM. Diese geringe Zunahme ist auf die gleichzeitige Erhöhung der Zahl der Organschaften zurückzuführen.

Bündelt man wieder die Größenklassen zu unteren, mittleren und oberen, dann zeigt sich, daß in allen vier Jahren ganz überwiegend die großen Organkreise am wertmäßigen Gesamtumsatz beteiligt waren. Unter diesen spielten wiederum die Milliarden-

Tab. 3

Wertmäßiger Gesamtumsatz der seit 1958 in ihrer Zusammensetzung nach Mutterunternehmen und Tochtergesellschaften unverändert gebliebenen Organkreise in Hamburg nach Umsatzgrößenklassen 1958 bis 1961

Umsatzgrößenklassen	In ihrer Zusammensetzung unverändert gebliebene steuerpflichtige Organkreise								
	1958		1959		1960		1961		Veränderung 1961 gegenüber 1958 Gesamtumsatz %
	Anzahl	Gesamtumsatz Mio DM	Anzahl	Gesamtumsatz Mio DM	Anzahl	Gesamtumsatz Mio DM	Anzahl	Gesamtumsatz Mio DM	
	1	2	3	4	5	6	7	8	
unter 1 Mio DM	31	19	28	17	23	14	24	12	- 36,8
davon									
unter 500 000 DM	11	4	7	2	7	2	10	2	- 50,0
500 000 bis unter 1 Mio DM	20	15	21	15	16	12	14	10	- 33,3
1 Mio DM bis unter 100 Mio DM ...	144	2 493	146	2 586	149	2 635	145	2 495	+ 0,1
davon									
1 Mio DM bis unter 2 Mio DM ...	18	26	21	32	21	31	19	30	+ 15,4
2 Mio DM bis unter 5 Mio DM ...	25	82	24	82	28	95	27	92	+ 12,2
5 Mio DM bis unter 10 Mio DM ...	30	222	26	186	22	145	26	182	- 18,0
10 Mio DM bis unter 25 Mio DM ...	36	545	42	705	42	676	37	580	+ 6,4
25 Mio DM bis unter 50 Mio DM ...	23	842	20	730	23	818	22	693	- 17,7
50 Mio DM bis unter 100 Mio DM ...	12	776	13	851	13	870	14	918	+ 18,3
100 Mio DM und mehr	19	10 225	20	11 359	22	12 812	25	13 897	+ 35,9
davon									
100 Mio DM bis unter 250 Mio DM ...	8	1 321	10	1 827	9	1 293	14	2 229	+ 68,7
250 Mio DM bis unter 500 Mio DM ...	4	1 391	3	1 186	5	1 616	3	1 006	- 27,7
500 Mio DM und mehr	7	7 513	7	8 346	8	9 903	8	10 662	+ 41,9
Insgesamt	194	12 737	194	13 962	194	15 461	194	16 404	+ 28,8

unternehmen die stärkste Rolle. Ihr Umsatzanteil, der 1958 noch knapp ein Drittel ausmachte, dehnte sich bis 1961 auf fast die Hälfte aus. Im ganzen sind bis 1961 jeweils bestimmte Umsatzgrößenklassen nach der Zahl der Organkreise und entsprechend nach dem Wertumsatz überdurchschnittlich gewachsen.

Wie war nun die Entwicklung bei den vergleichbaren, d. h. seit 1958 bestehenden und in ihrer Zusammensetzung nach Mutterunternehmen und Tochtergesellschaften unverändert gebliebenen Organkreisen? 194 der im Jahre 1958 bestehenden Organkreise mit Geschäftssitz in Hamburg haben bis 1961 weder Organe abgegeben noch welche neu aufgenommen, was nicht bedeutet, daß es sich dabei um Unternehmen mit stagnierender Kapazität handelte. Werkserweiterungen und die Errichtung von rechtlich unselbständigen Zweigniederlassungen können völlig unabhängig von einer Ausdehnung des Organverhältnisses vor sich gehen (Tabelle 3). Die wertmäßige Umsatzzuwachsrates dieser Organkreise blieb erheblich hinter der sämtlicher Organkreise zurück, dafür stieg aber der durchschnittliche Umsatz je Organkreis in dieser Gruppe wesentlich stärker, und zwar um 13 % von 66 Mio DM auf 85 Mio DM. Hierin ist ein besserer Maßstab für die wirtschaftliche Entwicklung der Organkreise zu sehen als in der Umsatzentwicklung aller jeweils bestehenden Organkreise, da bei einem solchen Vergleich neben den Veränderungen des Umsatzes auch Veränderungen der Zahl der Organkreise mitwirken. Bis 1961 hat sich bei diesen unverändert bestehenden Organkreisen eine innere Verschiebung in der Verteilung auf die Umsatzgrößenklassen ergeben; die Zahl der kleinen Organkreise hat um 7 abgenommen, die der mittleren per Saldo um 1 und die der großen per Saldo um 6 zugenommen.

Die Bedeutung der Organkreise in den Wirtschaftszweigen

In der Statistik wird der Organkreis als gesamte Einheit dem Wirtschaftssektor schwerpunktmäßig zugeordnet, in dem er überwiegend wertschöpfend auftritt. Gerade bei vertikalen Zusammenschlüssen mit vor- oder nachgelagerten Produktionsstufen und bei diagonalen Zusammenschlüssen, welche den Produktionsbereich der Hilfsstoffe oder der Produktionsmittel für die eigene Herstellung miteinbeziehen, hat das zur Folge, daß einzelne Organe auch einer anderen Branche als derjenigen angehören, welcher der ganze Organkreis zugerechnet wurde. Die Umsätze sind deshalb in Wirklichkeit nicht dem jeweiligen Wirtschaftszweig in der vollen Höhe zuzuordnen, in der sie die Umsatzstatistik der Organkreise ausweist. Bei der Beurteilung der beiden nachstehenden Tabellen gilt es, diesen nicht zu umgehenden Nachteil der institutionellen Darstellungsweise in Rechnung zu stellen.

Der Anzahl nach waren die meisten Organkreise im Groß- und Außenhandel vertreten. Die Konzentration dieses in Hamburg so gewichtigen Wirtschaftszweiges hat vom Jahr der generellen Wiederzulassung der Organkreise an erhebliche Fortschritte gemacht; die Zunahme betrug hier von 1958 auf 1961 rund 65 %. An zweiter Stelle rangierte die Industrie, die schon von einer rationell fließenden Produktionstechnik her zu Verbundunternehmen tendiert. Einzelhandel, Handelshilfsgewerbe, Dienstleistungen und Handwerk, die Domänen der Einzelunternehmen, hatten verhältnismäßig wenig Organkreise gebildet, deren Anteil am wertmäßigen Umsatz aller Organkreise nicht ins Gewicht fiel.

Tab. 4

Organkreise in Hamburg nach wirtschaftlicher Gliederung 1958 bis 1961

Wirtschaftliche Gliederung	Steuerpflichtige Organkreise								
	1958		1959		1960		1961		Veränderung 1961 gegenüber 1958
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
	1	2	3	4	5	6	7	8	
Industrie	68	27,3	81	28,6	89	28,0	91	25,9	+ 33,8
darunter									
Eisen- und Metallerezeugung und -verarbeitung .	14	5,6	14	5,0	20	6,3	19	5,4	+ 35,7
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	48	19,3	60	21,2	63	19,8	65	18,5	+ 35,4
Großhandel	95	38,2	111	39,2	132	41,5	157	44,7	+ 65,3
davon									
Ein- und Ausfuhrhandel ..	56	22,5	64	22,6	73	23,0	88	25,1	+ 57,1
Binnengroßhandel	39	15,7	47	16,6	59	18,5	69	19,6	+ 76,9
Einzelhandel	15	6,0	17	6,0	19	6,0	20	5,7	+ 33,3
Sonst. Wirtschaftsbereiche ¹⁾	71	28,5	74	26,2	78	24,5	83	23,7	+ 16,9
darunter									
Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung und Verleih	15	6,0	15	5,3	17	5,3	15	4,3	—
Dienstleistungen	9	3,6	9	3,2	11	3,5	10	2,9	+ 11,1
Verkehrswirtschaft	31	12,5	33	11,7	34	10,7	37	10,5	+ 19,4
Wirtschaftsbereiche insg. ...	249	100	283	100	318	100	351	100	+ 41,0

1) Einschl. Prod. Handwerk, Sonst. Prod. Gewerbe und Fischerei.

Tab. 5

Anteil der wertmäßigen Organkreisumsätze am wertmäßigen Gesamtumsatz aller hamburgischen Umsatzsteuerpflichtigen nach wirtschaftlicher Gliederung 1958 bis 1961

Wirtschaftliche Gliederung	1958			1959			1960			1961			Veränderung 1961 gegenüber 1958	
	Umsatz insgesamt	darunter von Organkreisen		Umsatz insgesamt	darunter von Organkreisen		Umsatz insgesamt	darunter von Organkreisen		Umsatz insgesamt	darunter von Organkreisen		Umsatz insgesamt	dar. v. Organkreisen
	Millionen DM	%		Millionen DM	%		Millionen DM	%		Millionen DM	%		%	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Industrie	20 869	11 201	53,7	23 119	12 899	55,8	25 741	15 059	58,5	27 392	16 237	59,3	+ 31,3	+ 45,0
darunter Eisen- und Metallherzeugung und Verarbeitung	3 824	1 988	52,0	4 095	2 112	51,6	4 744	2 512	53,0	4 637	2 423	52,3	+ 21,3	+ 21,9
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	14 434	7 872	54,5	16 128	9 307	57,7	17 224	10 516	61,1	18 612	11 553	62,1	+ 29,0	+ 46,8
Großhandel	16 465	4 450	27,0	17 873	5 280	29,5	19 678	5 956	30,3	19 972	7 048	35,3	+ 21,3	+ 58,4
davon Ein- und Ausfuhrhandel	9 235	2 717	29,4	9 939	2 946	29,6	10 899	3 327	30,5	10 773	4 301	39,9	+ 16,7	+ 58,3
Binnengroßhandel	7 230	1 733	24,0	7 934	2 334	29,4	8 779	2 629	30,0	9 199	2 747	29,9	+ 27,2	+ 58,5
Einzelhandel	3 778	163	4,3	3 995	252	6,3	4 299	318	7,4	4 667	334	7,2	+ 23,5	+ 104,9
Sonst. Wirtschaftsbereiche ¹⁾	7 949	1 076	13,5	7 991	1 130	14,1	8 959	1 233	13,8	9 592	1 450	15,1	+ 20,7	+ 34,8
darunter Handelsvertretung u. Vermittlung, Werbung und Verleih	913	106	11,6	814	73	9,0	930	79	8,5	1 033	74	7,2	+ 13,1	- 30,2
Dienstleistungen	1 148	71	6,2	1 285	100	7,8	1 466	145	9,9	1 537	192	12,5	+ 33,9	+ 170,4
Verkehrswirtschaft	2 649	678	25,6	2 492	639	25,6	2 761	668	24,2	2 760	801	29,0	+ 4,2	+ 18,1
Wirtschaftsbereiche insg. .	49 061	16 890	34,4	52 978	19 561	36,9	58 677	22 566	38,5	61 623	25 069	40,7	+ 25,6	+ 48,4

¹⁾ Einschl. Prod. Handwerk, Sonst. Prod. Gewerbe und Fischerei.

Der Umsatz der Organkreise mit Hauptsitz in Hamburg, der 1961 eine Höhe von 25 Mrd. DM erreichte, entsprach einer Beteiligung von 41 % am gesamtwirtschaftlichem Umsatz, wobei der Umsatzanteil in den einzelnen Gewerbebereichen unterschiedlich war. Die Entwicklung des wertmäßigen Umsatzes der Organkreise war von 1958 auf 1961 nahezu doppelt so stark wie bei sämtlichen erfaßten Umsatzsteuerpflichtigen Hamburgs. Dabei ist aber vor allem die Ausweitung des Instituts der Organschaft als Grund anzusehen.

Überragende Bedeutung haben die Organkreise im Verarbeitenden Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung) mit einem Umsatzanteil von 62 % im Jahre 1961 erlangt. Im Durchschnitt hatte dieser Bereich auch die größten Organkreise nach dem Umsatz aufzuweisen (178 Mio DM je Organkreis). Des weiteren hatten die Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung mit 52 % sowie der Ein- und Ausfuhrhandel mit 40 % hohe Organkreisanteile. Auffällig ist die Zuwachsrates der Organkreisanteile im Außenhandel von 1958 auf 1961, sie beträgt 10 %. Von untergeordneter Bedeutung waren die Umsatzbeteiligungen organschaftlicher Verflechtungen im Einzelhandel und im Handelshilfsgewerbe. Der mittlere Umsatz je Organkreis betrug in diesen Wirtschaftszweigen 16,7 Mio DM bzw. 4,9 Mio DM. Die Tatsache, daß bei den Handelsvertretern und Handelsmaklern steuerrechtlich nur die Provisionen und nicht der Gegenwert der dafür vermittelten Waren oder Dienstleistungen zum Umsatz rechnen, erklärt den hier besonders niedrigen durchschnittlichen Umsatz je Organkreis.

Die Tochtergesellschaften der Organkreise nach Belegenheitsländern

Die geographische Ausdehnung der einzelnen in Hamburg ansässigen Organschaften ist unterschiedlich. Die einen beschränken sich auf das hamburgische

Staatsterritorium, andere wiederum leiten auch auswärts gelegene Firmen. Leitungs- und Kontrollfunktionen können durch die Organspitze selbstverständlich dann am besten wahrgenommen werden, wenn die räumliche Distanz zwischen ihr und den abhängigen Organen möglichst klein ist.

Es verwundert deshalb nicht, wenn die überwiegende Mehrzahl (82 %) der den im Jahre 1961 in Hamburg ansässigen 351 Mutterunternehmen subordinierten 717 Tochtergesellschaften ihren Sitz ebenfalls in Hamburg hatte. Die stärkste Verbindung nach außerhalb ging ins größte Bundesland, nach Nordrhein-Westfalen, und wurde zur Hauptsache von industriellen Organkreisen getragen. Auch die bayrischen Organe Hamburger Organkreisangehöriger gehörten zum größeren Teil zum industriellen Schwerpunkt, während die Berliner Organe etwa im gleichen Verhältnis aus Zusammenschlüssen von Unternehmen der Industrie, des Großhandels und der Sonstigen Wirtschaftszweige stammten.

Die Tochtergesellschaften in den hamburgischen Nachbarländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen gehörten zur Hälfte zu den Organkreisen des Handels. Von den 717 „Töchtern“ Hamburger „Organkreisangehöriger“ waren gelegen in

Hamburg	589	Rheinland-Pfalz	2
Schleswig-Holstein	15	Baden-Württemberg	13
Niedersachsen	13	Bayern	18
Bremen	9	Saarland	1
Nordrhein-Westfalen	29	West-Berlin	17
Hessen	11		

Die Rechtsform der Organspitzen

Aus dem § 2 Abs. 2 Ziff. 2 UstG geht hervor, daß Organe nur in der Form einer juristischen Person auftreten können. Anders ist es bei den Organkreis-

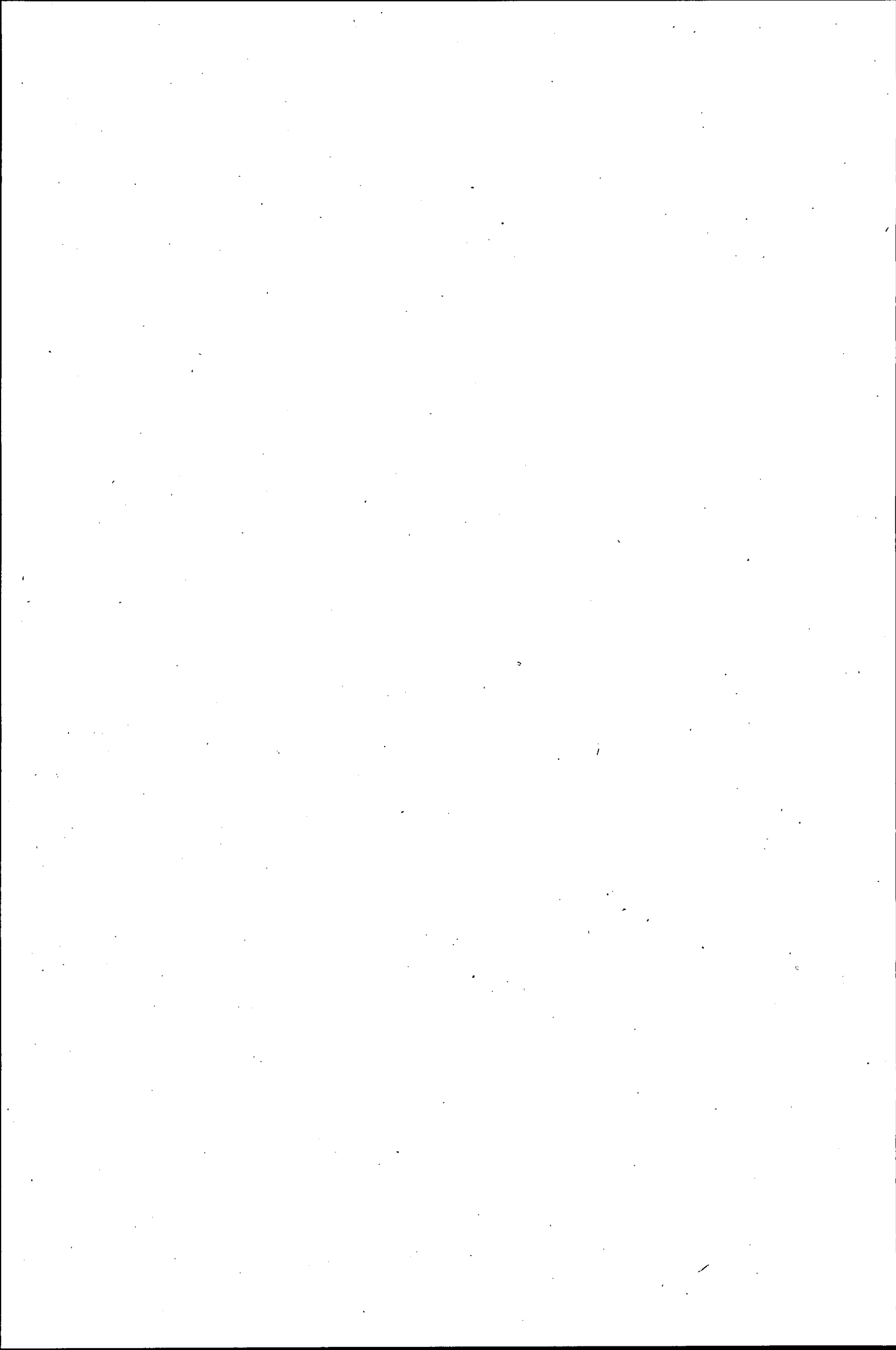
Tab. 6
Die Rechtsform der Organspitzen in Hamburg 1961

Rechtsform	Mutter- unternehmen Anzahl
Einzelunternehmen	90
Kommanditgesellschaften	71
Offene Handelsgesellschaften	67
Gesellschaften des bürgerlichen Rechts Gesellschaften mit beschränkter Haftung	2
Aktiengesellschaften	67
Eingetragene Genossenschaften mit beschränkter Haftung	48
Sonstige Rechtsformen	3
Sonstige Rechtsformen	3
Alle Rechtsformen	351

gern, die sowohl als Einzelunternehmen wie auch als Personenvereinigungen und als Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit vorkommen.

Am häufigsten waren 1961 in Hamburg unter den beherrschenden Unternehmen die Gesellschaftsunternehmen vertreten. Sie kamen 255mal vor, und zwar 140mal als Personengesellschaften und 115mal als Kapitalgesellschaften (Körperschaften des privaten Rechts). An zweiter Stelle rangierten die Einzelunternehmen (Einzelkaufmann), bei denen Inhaber und Betriebsleiter miteinander übereinstimmen. Genossenschaften gab es nur drei.

Francisco Villalaz



Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1961	Juni 1962	Mai 1962
	1938	1950	1961			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte ¹⁾						
Luftdruck, mm	761,7	758,8 ⁴⁾	761,1 ⁴⁾	761,5 ⁴⁾	764,9 ⁴⁾	759,4 ⁴⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,9	17,4	14,8	10,3
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	78	66	66	74
Windstärke ²⁾			3,1	3	3	3
Bewölkung ³⁾	6,7	7,2	6,9	6	7	7
2. Summenwerte						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	917	36	48	112
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 454	267	222	117
Tage ohne Sonnenschein	88	76	71	2		2
Tage mit Niederschlägen	160	221	209	17	17	28
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) ⁵⁾						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	295,2	292 p	291 p	291 p
Altona	220,3	272,7	273,4	273 p	270 p	270 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,9	260 p	259 p	259 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	429,8	429 p	425 p	426 p
Wandsbek	166,7	221,9	303,4	303 p	321 p	319 p
Bergedorf	52,6	82,4	78,3	78 p	78 p	78 p
Harburg	135,7	172,4	200,6	199 p	199 p	200 p
Hamburg insgesamt	1 679,7	1 602,5	1 842,6	1 834 p	1 843 p	1 843 p
davon männlich	788,8	750,3	853,9	845 p	850 p	850 p
weiblich	890,9	852,2	988,7	989 p	993 p	993 p
dar. Ausländer ⁷⁾	16,6	19,9	37,9	37,7	44,2	43,6 r
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
Eheschließungen	1 447	1 414	1 588	1 802	1 919	1 601
Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	10,3	11,9	12,7 p	10,2
Ehescheidungen	266	434	298	333	367	323 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	2 346	1 448	2 122	2 164	1 993	2 334 r
darunter unehelich	209	154	162	153	158	180 r
Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	13,8	14,3	13,2 p	14,9
Unehelich Geborene % der Geborenen	9,1	10,8	7,7	7,1	7,9	7,9 r
Totgeborene % der Geborenen	2,1	1,9	1,5	1,2	1,3	1,4
Totgeborene Ortsansässige	1 702	1 389	1 949	1 902	1 827	1 935
darunter unter 1 Jahr alt	118	64	50	54	59	39
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 103	1 027	1 080 p	1 133 r
Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	12,7	12,6	12,1 p	12,4
Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	50,6	43,5	23,6	25,4	28,7	16,6
Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 173	+ 262	+ 166	+ 399 r
3. Wanderungen						
Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	6 535	7 618	5 400 p	7 100 p
Fortgezogene Personen nach außerhalb Hamburgs	7 788	2 174	5 729	6 995	5 400 p	6 300 p
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	+ 806	+ 623	.	+ 800 p
davon männlich	.	+ 2 533	+ 517	+ 549	.	+ 700 p
weiblich	.	+ 2 954	+ 289	+ 74	.	+ 100 p
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	15 503	18 030	15 156	17 099
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	.	2 668	1 561	1 816	1 200 p	1 700 p
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾	.	1 311	796	894	600 p	800 p
Niedersachsen	.	1 854	1 204	1 353	1 000 p	1 700 p
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	.	567	270	274	200 p	500 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	1 214 ¹¹⁾	2 242	2 535	2 100 p	2 500 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	1 072	403	501	50 p	50 p
Ausland	.	485	1 057	1 353	1 000 p	1 100 p
Unbekannt	.	368	68	60	50 p	50 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	.	718	1 864	2 403	1 700 p	2 100 p
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾	.	457	1 203	1 469	900 p	1 000 p
Niedersachsen	.	449	1 136	1 361	1 000 p	1 300 p
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	.	131	381	467	300 p	400 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	764 ¹¹⁾	2 059	2 534	2 000 p	2 200 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	89	38	62	.	.
Ausland	.	142	591	578	600 p	700 p
Unbekannt	.	12	41	57	.	.

¹⁾ Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ³⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — ⁴⁾ Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ⁵⁾ Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählung vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. — ⁶⁾ Vorläufige Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961. ⁷⁾ Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — ⁸⁾ Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1961	Juni 1962	Mai 1962
	1938	1950	1961			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	9 464	12 742	11 843	11 872	11 857	11 857
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	301 220	294 127	273 670	299 347
Bettenausnutzung in % ²⁾	77,1	86,8	86,6	86,0	82,1	85,7
b) Gemeinnützige Krankenanstalten ³⁾						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	4 339	4 690	4 657	4 650	4 605	4 605
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	123 035	119 121	112 137	121 008
Bettenausnutzung in % ²⁾	74,5	88,6	87,1	85,6	81,7	85,0
c) Privatkanenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	.	409	563	563	610	610
Krankenverpflegungstage	.	8 983	12 955	13 207	13 706	15 482
Bettenausnutzung in % ²⁾	.	60,1	78,9	78,2	74,9	81,3
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	189	2 260	982	982	947	947
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	24 046	23 962	23 266	25 268
Bettenausnutzung in % ²⁾	81,8	91,5	80,6	81,3	83,2	86,1
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	833	1 645	1 132	1 126	1 136	1 136
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	29 359	29 409	29 125	29 804
Bettenausnutzung in % ²⁾	93,5	97,4	86,8	88,5	90,9	90,0
3. Anstalten für Geisteskranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 678	1 649	1 719	1 719
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	47 203	45 623	47 486	48 916
Bettenausnutzung in % ²⁾	98,0	75,1	95,5	94,5	94,8	94,5
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 302	1 302	1 302	1 302
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	39 102	38 538	38 399	39 630
Bettenausnutzung in % ²⁾	99,7	98,8	98,8	98,7	98,3	98,2
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 270	1 280	1 280	1 280
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 366	37 892	38 012	38 768
Bettenausnutzung in % ²⁾	—	68,4	98,8	98,7	99,0	97,7
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 949	1 902	1 827	1 935
darunter						
Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	21	23	.	23
Krebs	240	285	395	446	.	393
Gehirnblutungen	136	172	239	222	.	240
Herzkrankheiten	232	269	438	381	.	457
Lungentzündung	103	47	45	36	.	47
Freitod	62	50	42	53	.	47
Verkehrsunfälle	22	20	34	23	.	38
Andere Verunglückungen	48	41	54	56	.	51
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	169	168	151	155
Plätze	66 691	47 891	90 426	90 346	81 617	84 412
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 908 976	1 669 913	1 587 586	1 567 867
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer ⁴⁾	361 531	407 741	625 156	624 431	632 538	630 676
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	258 670	256 698	309 704	305 878
Öffentliche Fürsorge						
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung ⁵⁾						
Mitglieder		694 658	701 079	703 349	703 362	703 258
Pflichtmitglieder	452 518	486 742	469 104	472 199	469 296	468 612
Rentner	.	171 139	170 469	170 137	169 850	170 549
Freiwillige Mitglieder	64 028	36 777	61 506	61 013	64 216	64 097
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	15 825	31 706	26 362	28 258	28 804
männlich	9 091	10 123	21 539	17 534	18 917	19 244
weiblich	6 450	5 702	10 167	8 828	9 341	9 560
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger		153 175	294 342	293 000	297 686	297 774
Rentenversicherung der Arbeiter	94 346 ⁷⁾	106 248	193 895	193 214	195 406	195 616
Rentenversicherung der Angestellten	.	46 927	100 447	99 786	102 280	102 158
Ausgezahlte Renten in DM	.	28 880 000	56 778 681	56 783 609	61 117 608	61 157 213
Rentenversicherung der Arbeiter	.	18 350 000	32 792 909	32 664 634	34 760 087	34 839 743
Rentenversicherung der Angestellten	.	10 530 000	23 985 772	24 118 975	26 357 521	26 317 470
Offene Fürsorge						
Laufend unterstützte Parteien ⁶⁾	55 658	25 040	22 036	21 875	20 713	20 971
Laufend unterstützte Personen	.	40 214	30 541	30 353	28 214	28 680
Laufend unterstützte Personen auf 1000 Einwohner	.	25,3	16,6	16,5	15,3	15,6

¹⁾ Ohne Säuglingsbetten. — ²⁾ Ohne gesperrte Betten. — ³⁾ 1938 einschl. Privatkanenanstalten. — ⁴⁾ 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — ⁵⁾ Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁶⁾ Der für 1938 ausgewiesene Personenkreis ist mit den übrigen Jahren nur bedingt vergleichbar. — ⁷⁾ Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1961	Juni 1962	Mai 1962
	1938	1950	1961			
Arbeitsmarkt						
1. Umfang der Beschäftigung						
• Beschäftigte Arbeitnehmer am Monatsende ¹⁾	638 856 ⁵⁾	580 940	835 739	835 938	842 486	833 852 ⁷⁾
• davon						
• männlich	428 675	384 486	502 914	503 379	506 406	500 836
• weiblich	210 181	196 454	332 825	332 559	336 080	333 016
2. Angebot und Nachfrage						
• Arbeitslose	29 908	90 831	4 865	4 305	3 787	4 266
• davon						
• männlich	23 937	56 428	3 072	2 703	2 469	2 755
• weiblich	5 971	34 403	1 793	1 602	1 318	1 511
Offene Stellen	31 522	1 789	19 999	22 943	27 890	25 840
• davon						
• männlich	21 009	744	10 861	12 905	15 870	14 397
• weiblich	10 513	1 045	9 138	10 038	12 020	11 443
Stellenvermittlung in Dauerbeschäftigung ²⁾	16 088	21 006	7 661	7 070	5 980	6 924
• davon						
• männlich	11 107	13 007	5 178	4 809	4 296	4 847
• weiblich	4 981	7 999	2 483	2 261	1 684	2 077
Stellenvermittlung in kurzfristige Beschäftigung	9 175	24 625	10 828	10 493	9 258	9 296
• davon						
• männlich	7 544	23 585	9 952	9 520	8 483	8 491
• weiblich	1 631	1 040	876	973	775	805
Arbeitsuchende am Monatsende ³⁾	35 944	94 886	9 273	7 958	7 558	8 266
• davon						
• männlich	28 215	59 355	6 197	5 371	5 150	5 572
• weiblich	7 729	35 531	3 076	2 587	2 408	2 694
3. Die Arbeitslosen ⁴⁾						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 865	4 305	3 787	4 266
darunter						
Bauberufe	•	6 710 ⁶⁾	162	50	60	103
Metallerzeuger und -verarbeiter	•	6 766 ⁶⁾	130	118	55	79
Elektriker	•	1 627 ⁶⁾	29	24	14	25
Chemiewerker	•	1 879 ⁶⁾	84	54	55	62
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	•	1 596 ⁶⁾	28	23	24	28
Graphische Berufe	•	690 ⁶⁾	53	46	22	30
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	•	1 180 ⁶⁾	11	8	11	10
Nahrungs- und Genussmittelhersteller	•	6 623 ⁶⁾	139	112	95	118
Kaufmännische Berufe	•	8 598 ⁶⁾	965	938	443	449
Verkehrsberufe	•	8 787 ⁶⁾	592	480	315	346
Verwaltungs- und Büroberufe	•	5 807 ⁶⁾	844	884	1 125	1 260
Künstlerische Berufe	•	2 260 ⁶⁾	341	272	200	247
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
• Wohngebäude	•	469	348	269	399	251
• Umbauter Raum in 1000 cbm	•	642	485	320	469	386
• Wohnungen	•	2 540	1 550	922	1 333	1 232
Bruttowohnfläche in 1000 qm	•	128	100	66	96	80
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	•	22 029	45 316	31 019	47 247	39 244
Nichtwohnbauten						
• Nichtwohngebäude	•	185	133	106	201	129
• Umbauter Raum in 1000 cbm	•	233	376	541	311	408
• Wohnungen	•	20	21	32	13	10
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	•	6 403	32 692	38 714	29 609	33 756
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
• Wohngebäude	•	516	385	687	419	269
• Umbauter Raum in 1000 cbm	•	•	524	915	556	452
• Wohnungen	•	2 206	1 692	2 740	1 695	1 550
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	•	•	47 751	79 967	55 247	44 808
Nichtwohnbauten						
• Nichtwohngebäude	•	237	128	134	110	105
• Umbauter Raum in 1000 cbm	•	•	369	504	221	314
• Wohnungen	•	•	20	27	14	13
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	•	•	31 230	44 311	19 977	24 857
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
• Wohngebäude	188	395	479	182	424	270
• Umbauter Raum in 1000 cbm	•	482	547	266	761	347
• Wohnungen	•	2 096	1 804	951	2 258	1 221
Bruttowohnfläche in 1000 qm	•	107	114	58	145	75
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	•	19 250	45 353	24 309	63 249	32 042
Nichtwohnbauten						
• Nichtwohngebäude	26	137	117	49	82	79
• Umbauter Raum in 1000 cbm	•	144	293	111	149	223
• Wohnungen	•	26	20	13	9	10
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	•	3 069	22 781	7 585	11 922	22 713

¹⁾ Wird vierteljährlich ausgezählt. - ²⁾ Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. - ³⁾ Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. - ⁴⁾ Infolge Umstellung der Systematik sind die Zahlen von 1961 und 1962 nur bedingt vergleichbar. - ⁵⁾ Juni 1938. - ⁶⁾ Durchschnitt aus April-Dezember 1950. - ⁷⁾ März 1962.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1961	Juni 1962	Mai 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt ¹⁾	706	2 122	1 824	964	2 267	1 231
darunter						
mit öffentlichen Mitteln gefördert		1 526	1 417	614	1 836	877
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)		6 575	6 668	3 392	8 620	4 672
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes) ²⁾						
Im Bau befindliche Wohnungen		17 089	23 031	29 100	22 000	22 600
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen		8 412	8 180	9 900	8 600	9 000
5. Bestand an normalen Wohngebäuden und Wohnungen³⁾ (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden		122	185	184	190	189
Bestand an Wohnungen		336	590	587	610	607
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)		1 276	2 129	2 118	2 202	2 193
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	744	296	1 217	480
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77—80 II. WoBauG.	—	830	567	266	514	327
c) für die Umschichtung	—	—	104	51	119	75
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	739	796	623	505
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	678	363	311	377	320
Abgang von Wohnungen (Wohnraumkartei)	—	306	156	76	408	438
7. Bauberichterstattung⁴⁾						
• Zahl der Beschäftigten		21 853	44 262	44 988	44 428	44 792
davon						
Inhaber		335	449	447	455	453
Angestellte		1 739	3 686	3 679	3 906	3 924
Arbeiter ⁵⁾		19 779	40 127	40 862	40 067	40 415
• Löhne in 1000 DM		6 168	30 615	34 275	36 993	37 297
• Gehälter in 1000 DM		731	3 451	3 404	3 898	3 845
• Umsatz in 1000 DM		15 950	85 931	92 798	91 338	95 360
darunter						
im Wohnungsbau in 1000 DM			29 874	32 745	30 881	32 652
im gewerbli. und industr. Bau in 1000 DM			19 546	21 786	20 857	22 827
• Geleistete Arbeitsstunden in 1000		3 732	6 900	7 634	7 394	7 617
darunter						
für Wohnungsbauten in 1000		1 498	2 369	2 626	2 460	2 574
für gewerbli. und industr. Bauten in 1000		1 051	1 515	1 651	1 739	1 770
Preise und Indexziffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt						
für 50 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	43,80	75,80	119,30	121,30	126,20	125,60
Kühe, sonstige vollfleischige	37,60	62,70	93,70	93,20	95,80	95,20
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	57,00	91,30	167,10	147,90	153,80	149,00
Schweine, von 100—119,5 kg Lebendgewicht	50,90	117,50	126,70	124,00	115,10	112,40
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	40,70	61,90	99,90	103,10	102,00	110,20
2. Durchschnittspreise für Fleisch⁶⁾						
I. Qualität für 50 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	76,50	131,50	208,50	212,00	210,60	211,50
Kalbfleisch, beste Qualität	94,70	174,50	297,70	274,50	272,50	270,50
Hammelfleisch, beste Qualität	92,80	127,00	231,00	232,50	255,30	279,30
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	70,40	178,50	173,40	169,50	165,90	164,70
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbrauchergruppe —						
Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	132,0	131,3	140,4	139,5
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	83,8	83,9	84,4	84,4
Wohnung	97,5	100	141,8	141,8	144,3	144,3
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	147,0	146,2	150,6	150,5
Hausrat	53,9	100	117,7	117,7	122,0	121,6
Bekleidung	47,9	100	107,2	107,2	109,4	108,9
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	119,4	118,5	124,6	123,6
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	147,6	147,9	151,1	150,8
Verkehr	65,0	100	143,9	143,9	144,1	144,1
Ernährung						
einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	125,7	125,0	133,1	132,3
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	125,9	125,5	131,6	131,0
Gesamtlebenshaltung	62,8	100	127,3	126,9	132,6	132,0
(1950 = 100)						
(1938 = 100)	100	159,3	202,9	202,3	211,3	210,4

¹⁾ Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 40 Wohnungen). — ²⁾ Für die Jahre 1950 und 1961 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — ³⁾ Einschl. Behelfsheime von 30 und mehr qm; Bestand 1950 nach der Wohnungszählung vom 13. 9. 1950. — ⁴⁾ Betriebe ab 20 Beschäftigte. — ⁵⁾ Einschl. Umschüler und Lehrlinge. — ⁶⁾ Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1961	Juni 1962	Mai 1962
	1936 ¹⁾	1950	1961			
Industrie *)						
1. Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 857	1 860	1 826	1 829
• Beschäftigte insgesamt	145 200	140 867	233 971	234 865	233 243	234 406
darunter						
• Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		111 760	171 526	172 276	168 620	169 633
• Geleistete Arbeiterstunden in 1000		21 399	28 929	30 147	27 956	29 083
• Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	50 328	48 839	56 093	55 291
• Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	92 882	96 116	104 686	104 839
• Umsatzwerte in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 063 658	1 060 264	1 058 282	1 113 551
darunter nach dem Ausland in 1000 RM/DM		12 845	131 761	145 231	118 006	155 836
• Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ²⁾ t		52 913	16 806	12 688	13 095	15 524
Heizölverbrauch in t			47 309	40 258	46 283	48 974
• Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	12 962	12 073	12 048	13 117
• Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	98 143	97 145	94 709	95 485
Gasverbrauch in 1000 cbm			7 005	6 663	5 497	6 570
2. Beschäftigte und Umsatz nach Industriegruppen						
Beschäftigte						
Gesamte Industrie	145 200	140 867	233 971	234 865	233 243	234 406
darunter						
Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 417	8 418	8 632	8 627
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	3 034	3 025	3 046	3 026
Chemische Industrie	8 200	10 439	17 396	17 608	17 803	17 793
Kautschuk und Asbest	9 200	10 380	13 723	13 729	13 176	13 285
Maschinenbau	12 400	16 409	30 283	30 431	30 813	31 115
Schiffbau	26 500	12 559	30 188	30 311	29 448	29 290
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 472	28 850	29 264	29 369
Druck und Vervielfältigung	7 800 ³⁾	6 721	12 160	12 185	12 627	12 683
Ölmühlenindustrie			2 790	2 777	2 762	2 794
Margarineindustrie	5 400	4 628	3 093	3 143	3 071	3 063
Kaffee und Tee		721	3 505	3 342	3 522	3 610
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 601	3 620	3 597	3 572
Umsatz⁴⁾ in 1000 RM/DM						
Gesamte Industrie	154 200	333 013	1 063 658	1 060 264	1 058 282	1 113 551
darunter						
Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	182 278	181 641	193 467	189 051
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	35 548	37 914	40 824	35 125
Chemische Industrie	12 900 ⁵⁾	25 296	77 253	76 998	82 434	89 830
Kautschuk und Asbest	4 600	13 990	37 397	39 778	39 000	38 861
Maschinenbau	9 400	16 234	64 650	66 274	76 807	73 635
Schiffbau	14 400	7 633	66 076	72 065	24 426	69 488
Elektroindustrie	4 400	10 463	112 793	115 050	109 989	107 816
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁶⁾	7 748	31 950	31 719	33 593	34 522
Ölmühlenindustrie			37 023	31 188	38 327	35 363
Margarineindustrie	21 500	41 967	23 036	19 010	20 688	19 545
Kaffee und Tee		4 298	57 307	53 973	59 705	61 868
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	100 437	102 396	99 833	101 536
3. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung in 1000 cbm	5 737 ⁷⁾	8 282	10 164	10 756	10 756	10 814
Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis	18 767 ⁸⁾	20 935	34 088	24 371	26 403	33 158
Stromerzeugung in 1000 kWh	40 210 ⁹⁾	125 855	361 337	305 944	335 249	364 915
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
	1938					
• Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	2 327	2 860	2 848	2 920
• Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 890	2 394	2 463	2 488
• in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	81,2	83,7	86,5	85,2
• Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	10,3	12,8	15,2	15,1
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg		10 709	11 279	12 951	12 395	11 649
davon						
lose in 1000 kg			5 295	6 269	5 088	4 737
in Flaschen in 1000 kg			5 984	6 682	7 307	6 912
Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	568	1 477	1 186	576
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	9 992	5 400	6 421	7 481
Kälber	3 884	3 699	3 197	3 178	3 445	3 684
Schweine	24 847	19 784	46 132	40 648	44 788	57 555
Schafe	4 265	5 681	4 024	3 694	3 250	3 749
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
• Rindvieh (ohne Kälber)	8 075	3 363	9 080	6 097	6 372	8 042
• Kälber	5 568	4 065	3 082	2 915 r	3 357	3 567
• Schweine insgesamt	40 186	21 165	48 507	42 921	47 048	58 986
darunter Hausschlachtungen		1 455	553	72	91	80
• Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ²⁾	6 467	3 220	6 714	5 471 r	5 968	7 552
darunter						
• Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	2 216	1 452	1 507	1 973
• Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 124	3 646	4 109	5 178
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
• für Rinder in kg	246,3	248,7	244,1	238,2	236,5	245,3
• für Kälber in kg	57,2	43,2	58,8	61,7	65,2	64,2
• für Schweine in kg	96,5	95,5	86,0	85,1	87,5	87,9

1) Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. - 2) Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Arbeitskräften berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). - 3) 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. - 4) Ohne Handelsware, einschl. Verbrauchsteuern. - 5) 1936 = einschl. Papierverarbeitung. - 6) 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. - 7) Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. - 8) Rechnungsjahr 1935/36. - 9) Der gewerblichen Schlachtungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1961	Juni 1962	Mai 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Deichtormarkt)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	3 015	3 656	2 145	1 040
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	13 135	11 888	14 594	14 807
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 489	8 527	5 930	4 034
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	4 021	7 143	7 098	6 149
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg darunter	12 241	6 044	3 154	2 608 r	2 084	2 852
in Hamburg angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	2 867	2 337	1 927	2 630
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
• Einzelhandel aller Betriebsformen			168	158	176	178
davon						
• Nahrungs- und Genußmittel			161	158	178	171
darunter						
Lebensmittel aller Art			162	152	176	171
Obst, Gemüse, Südfrüchte			162	216	230	201
Fische und Fischwaren			176	144	164	174
Milch und Milchzeugnisse			142	150	167	151
Schokolade und Süßwaren			133	121	128	129
Tabakwaren			156	149	157	157
• Bekleidung, Wäsche, Schuhe			167	150	168	177
darunter						
Textilien aller Art			191	181	192	184
Wirk-, Strick- und Kurzwaren			180	182	201	175
Oberbekleidung			156	132	150	181
Schuhwaren			172	181	201	189
• Hausrat und Wohnbedarf			180	153	178	188
darunter						
Eisenwaren und Küchengeräte			175	166	175	182
Porzellan und Glaswaren			193	144	155	132
Beleuchtungs- und Elektrogeräte			224	209	211	224
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel			213	167	218	230
Möbel			135	111	132	149
Teppiche, Gardinen usw.			138	106	134	124
• Sonstige Waren			176	166	182	188
darunter						
Bücher			192	153	169	195
Papier- und Schreibwaren			166	140	143	157
Galanterie- und Lederwaren			169	143	155	161
Apotheken			164	156	166	162
Drogerien			176	183	188	200
Foto und Optik			182	205	203	184
Büromaschinen und Büromöbel			143	127	140	164
Fahrräder, Krafträder und Zubehör			197	234	187	184
Kraftwagen und Zubehör			205	242	236	262
Uhren, Gold- und Silberwaren			182	121	150	150
Blumen und Sämereien			200	180	214	246
Brennmaterial			128	109	136	130
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1955 = 100)						
Gaststättenwesen insgesamt			149	154	161	161
darunter						
Hotels und Gasthöfe			122	126	132	150
Fremdenheime und Pensionen			165	187	189	169
Schank- und Speisewirtschaften mit Ausschank alkoholischer Getränke			141	144	154	153
3. Fremdenverkehr ^{1) 2)}						
• Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	106 693	122 592	127 696	118 842
darunter Ausländer	11 283	10 303	39 328	54 502	49 483	42 795
• Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	221 092	246 926	252 610	241 263
darunter Ausländer	27 491	22 805	80 261	101 817	97 929	90 022
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	58	65	66	61
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) ³⁾						
• Bezüge Hamburgs		5	6	4	6	7
• Lieferungen Hamburgs		3	4	6	6	6
5. Handel mit Berlin (West) ³⁾ (in Mio DM)						
• Bezüge Hamburgs		9	84	93	83	86
• Lieferungen Hamburgs		37	118	122	126	133
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
• Insgesamt		26	149	159	146	179
davon nach Warengruppen						
• Ernährungswirtschaft		1	12	9	12	9

¹⁾ Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — ²⁾ 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1961	Juni 1962	Mai 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Handel und Gastgewerbe						
• Gewerbliche Wirtschaft	.	25	137	150	134	170
• davon	.					
• Rohstoffe	.	1	2	3	2	4
• Halbwaren	.	12	33	34	34	38
• Fertigwaren	.	12	102	113	98	128
• davon	.					
• Vorerzeugnisse	.	2	9	8	9	9
• Enderzeugnisse	.	10	93	105	89	119
• davon nach ausgewählten Verbrauchsgebieten	.					
Europa	.	.	93	92	95	140
• darunter	.	.				
• EWG-Länder	.	.	27	28	25	68
• EFTA-Länder	.	.	49	47	57	52
Afrika	.	.	9	6	6	6
Amerika	.	.	26	28	31	20
• davon	.	.				
• Nordamerika	.	.	12	16	21	8
• darunter USA	.	.	11	15	20	7
• Mittelamerika	.	.	5	3	2	2
• Südamerika	.	.	9	9	8	10
Asien	.	.	20	33	13	11
Australien und Ozeanien	.	.	1	1	1	2
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
	1936					
Wareneinfuhr (in 1000 t netto)	648	464	1 498	1 528	1 600 p	1 550 p
Warengruppen:						
• darunter						
• Ernährungswirtschaft	161	185	341	293	330 p	310 p
• Gewerbliche Wirtschaft	487	278	1 157	1 235	1 270 p	1 240 p
• davon						
• Rohstoffe und Halbwaren	480	272	1 110	1 192	.	1 200 p
• Fertigwaren	7	6	47	43	.	40 p
Ländergruppen:						
• darunter						
• Europa	319	134	269	277	.	280 p
• davon						
• EWG-Länder	29	32	49	29	.	.
• EFTA-Länder	179	75	116	120	.	.
• Sonstige Länder	111	27	104	128	.	.
• Außereuropa	329	330	1 226	1 250	.	1 269 p
• davon						
• Amerika	214	150	576	518	.	520 p
• davon						
• Nordamerika	77	73	304	268	.	270 p
• Mittelamerika	83	25	31	13	.	20 p
• Südamerika	54	52	241	237	.	230 p
• Afrika	48	60	97	78	.	80 p
• Asien	64	118	533	637	.	650 p
• Australien und Ozeanien	3	2	20	17	.	19 p
Warenausfuhr (in 1000 t netto)	168	216	324	333	320 p	330 p
Warengruppen:						
• darunter						
• Ernährungswirtschaft	12	4	55	56	60 p	50 p
• Gewerbliche Wirtschaft	156	212	269	277	260 p	280 p
• davon						
• Rohstoffe	84	16	14	25	20 p	25 p
• Halbwaren		160	142	142	140 p	145 p
• Fertigwaren	72	36	113	110	100 p	110 p
• davon						
• Vorerzeugnisse	.	17	36	28	.	30 p
• Enderzeugnisse	.	19	77	82	.	80 p
Ländergruppen:						
• darunter						
• Europa	80	153	153	158	.	160 p
• davon						
• EWG-Länder	13	4	18	11	.	.
• EFTA-Länder	44	125	107	118	.	.
• Sonstige Länder	23	24	28	29	.	.
• Außereuropa	88	58	144	142	.	145 p
• davon						
• Amerika	45	38	60	61	.	60 p
• davon						
• Nordamerika	18	17	23	21	.	20 p
• darunter USA	13	12	18	16	.	.
• Mittelamerika	7	5	10	14	.	12 p
• Südamerika	20	16	27	26	.	28 p
• Afrika	11	8	29	36	.	40 p
• Asien	30	8	50	40	.	40 p
• Australien und Ozeanien	2	4	5	5	.	5 p
Verkehr						
	1938					
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
• Angekommene Schiffe	1 512	955	1 669	1 793	1 800 p	1 754 r
• darunter deutsche Schiffe	1 027	526	989	1 095	1 100 p	1 065 r
• Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 746	1 870	1 950 p	1 923 r
• darunter deutsche Schiffe	1 118	591	1 060	1 173	1 250 p	1 225 r
Raumgehalt der angekommenen Schiffe in 1000 NRT	1 714	937	2 675	2 720	2 900 p	2 879 r
• darunter deutsche Schiffe	873	128	742	782	800 p	796 r
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe in 1000 NRT	1 712	936	2 676	2 668	3 000 p	2 944 r
• darunter deutsche Schiffe	875	135	755	799	850 p	844 r

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1961	Juni 1962	Mai 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Verkehr						
b) Linienschifffahrt (Linien!)	184	176	255	255	252 p	252
davon						
Europa	102	84	72	72	76 p	76
Außereuropa	82	92	183	183	176 p	176
Reisen (Abfahrten)	728	319	734	771	780 p	775 r
darunter nach						
Europäischem Ausland	383	159	299	302	315 p	312 r
Amerika	72	54	176	189	190 p	190 r
Afrika	37	18	87	82	90 p	89 r
Asien	33	23	97	99	100 p	100 r
Australien	7	4	16	19	15 p	15
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	2 235	2 969	2 600 p	2 400 p
darunter nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			151	221		200 p
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			530	656		550 p
Nordamerika	2 882	446	778	1 585		1 300 p
Südamerika	1 286	231	374	250		200 p
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 834	3 776	3 000 p	2 800 p
darunter von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			120	200		150 p
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			475	781		550 p
Nordamerika	2 057	171	655	1 999		1 600 p
Südamerika	882	30	335	466		300 p
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)	2 147	919	2 490	2 483	2 727 p	2 735 p
Empfang	1 521	620	1 855	1 845	2 127 p	2 136 p
dav. Massengut	980	429	1 350	1 349	1 547 p	1 550 p
dar. Mineralöle	307	162	789	803		
Kohle	262	113	226	205		
Getreide	133	70	139	135		
Sackgut			126	116	140 p	140 p
Stückgut	541	191	379	380	440 p	446 p
Verkehrsbezirke:						
Inland	110	110	62	58	70 p	66 p
Europäisches Ausland	520	159	348	328	350 p	350 p
Außereuropa	891	351	1 445	1 459	1 707 p	1 720 p
darunter						
Nahost und Persischer Golf		128	480	544		
Vereinigte Staaten von Amerika	171	78	323	282		
Versand	626	299	635	638	600 p	599 p
davon						
Massengut	205	144	248	266	270 p	250 p
Sackgut			105	110	110 p	115 p
Stückgut	421	155	282	262	220 p	234 p
Verkehrsbezirke:						
Inland	149	32	75	118	70 p	75 p
Europäisches Ausland	302	170	301	288	250 p	245 p
Außereuropa	175	97	259	232	280 p	279 p
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 286	2 419	2 707	2 331
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 233	2 399	2 541	2 172
Tragfähigkeit der angekommenen Schiffe in 1000 t	879	362	643	654	709	654
Tragfähigkeit der abgegangenen Schiffe in 1000 t	845	344	626	650	642	595
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	296	330	327	296
darunter						
Bundesrepublik	77	101	251	280	290	267
davon						
Niederelbe	24	32	30	38	31	28
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	190	210	227	199
Mittellandkanal	0	7	31	32	32	40
Berlin (West)	7	25	10	12	14	9
Sowjetische Besatzungszone	155	3	18	15	5	3
Tschechoslowakei	42	22	17	23	18	17
Ausgang (in 1000 t)	504	121	243	249	257	249
darunter						
Bundesrepublik	59	81	117	101	142	111
davon						
Niederelbe	49	48	73	63	86	63
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	32	21	33	28
Mittellandkanal	0	1	12	17	23	20
Berlin (West)	29	28	58	50	56	80
Sowjetische Besatzungszone	268	2	36	48	24	7
Tschechoslowakei	34	10	32	50	35	51
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 713	1 809		
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 714	1 803		
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	41 254	48 196		
darunter aus dem Ausland			14 401	17 233		
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	38 679	42 960		
darunter nach dem Ausland			14 311	16 260		
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	586	539		
darunter aus dem Ausland			300	305		
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	441	454		
darunter nach dem Ausland			184	172		
Angekommene Post in t	9,0	35,6	92	70		
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	103	72		
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9	497,4	470,9		
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8	471,9	482,7		
Gestellte Güterwagen		31 414	42 278	41 061	42 927	41 361

1) Stand am Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1961	Juni 1962	Mai 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Verkehr						
5. Personen-Nahverkehr						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	10 872	9 937	9 825	11 102
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 789	13 372	13 631	14 701
Straßenbahn	13 799	23 498	15 614	15 544	12 951	13 884
Kraftomnibusse der HHA 1)	1 083	2 028	7 835	7 736	8 720	9 233
Alsterdampfer	281	337	202	296	246	190
Dampfer der Hafendampfschiffahrt AG.	1 268	1 283	1 517	1 485		
Kraftomnibusse der VHH AG. 2)	373	786	1 573	1 457	1 588	1 610
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	20	20	18	16
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	358	334	365	378
Private Kraftomnibusse	.	181	634	603		608
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrer- bezug (im Verkehr befindlich) insgesamt ³⁾ darunter Personenkraftwagen 4)	82 080 39 260	59 100 25 948	245 051 197 421	241 963 190 470	271 011 221 539	265 913 217 023
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	3 989	4 817	5 014	6 493
darunter						
• Krafträder	232	221	87	123	71	87
• Personenkraftwagen	501	644	3 221	3 995	4 205	5 420
• Kombinationskraftwagen			257	276	310	392
• Lastkraftwagen	179	288	353	360	345	484
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	4 877	4 836	4 508	5 351
davon						
• mit Personenschaden 5)	459	426	1 050	1 183	1 090	1 172
• mit nur Sachschaden	406	632	3 827	3 653	3 418	4 179
• Getötete Personen	8	12	23	18	23	32
• Verletzte Personen	517	483	1 281	1 455	1 360	1 467
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken)						
(Beträge in Mio RM/DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 6)						
• Kredite an Nichtkreditinstitute						
• am Monatsende		1 556,1	7 744,0	7 541,9	8 821,0	8 621,6
• davon kurzfristige Kredite 7)		1 353,8	3 459,7	3 374,0	3 784,9	3 671,8
• davon						
• an Wirtschaft und Private		1 328,7	3 213,1	3 157,4	3 573,5	3 427,4
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften		25,1	246,6	211,4	211,4	244,4
• mittelfristige Kredite 8) 9)		55,8	626,7	592,4	725,0	691,2
• davon						
• an Wirtschaft und Private		55,6	549,0	516,5	641,7	607,9
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften		0,2	77,7	75,9	83,3	83,3
• langfristige Kredite 8) 9)		146,5	3 657,6	3 575,5	4 311,1	4 258,6
• davon						
• an Wirtschaft und Private		146,0	3 315,4	3 239,3	3 933,2	3 882,8
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften		0,5	342,2	336,2	377,9	375,8
• Kredite an Kreditinstitute		105,7	789,7	786,8	851,1	797,8
• am Monatsende						
b) Einlagen bei den Kreditinstituten						
• Einlagen von Nichtkreditinstituten						
• am Monatsende		1 152,3	5 969,6	6 034,8	6 471,2	6 530,2
• davon Sicht- und Termineinlagen		1 026,3	3 485,1	3 555,9	3 747,5	3 826,0
• davon						
• von Wirtschaft und Privaten		848,0	2 997,2	3 058,5	3 045,2	3 165,9
• von öffentl.-rechtl. Körperschaften		178,3	487,9	497,4	702,3	660,1
• Spareinlagen		126,0	2 484,5	2 478,9	2 723,7	2 704,2
• Einlagen von Kreditinstituten		106,6	1 618,9	1 529,5	1 872,8	1 807,3
• am Monatsende						
c) Sparverkehr						
• Sämtliche Kreditinstitute 10)		126,0	2 484,5	2 478,9	2 723,7	2 704,2
• Spareinlagen am Monatsende						
• darunter						
• steuerbegünstigt		12,4	166,7	207,3	3,0	3,0
• prämienbegünstigt			100,2	99,2	159,8	154,4
• Gutschriften		10,2	142,2	125,4	144,0	158,3
• Lastschriften		7,3	134,2	121,4	124,6	147,4
• Saldo der Gut- und Lastschriften		+ 2,9	+ 8,0	+ 4,0	+ 19,4	+ 10,9
• Zinsen		+ 2,6	+ 7,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)		1 324	1 450	1 379	1 412	1 407
• Betrag in 1000 RM/DM		1 194,0	1 040,3	932	1 236	1 143
• Durchschnittsbetrag je protestierten Wechsel in RM/DM		902	718	676	875	812
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)						
• Konkurse	12	25	14	17	13	8
• Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	—	1	—
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)						
• Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	21 398	24 612	20 251	23 851
• Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides		2 392	2 716	2 745	2 396	2 716
• Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides		848	1 135	1 233	1 140	1 130
• Abgeleitete Offenbarungseide		124	338	327	356	373
d) Öffentliche Leihhäuser						
• Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	3 858	4 074	4 495	4 439
• RM/DM	298 306	384 610	181 810	192 615	226 240	195 588
• Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 633	3 482	3 770	3 162
• RM/DM	176 172	401 990	172 763	161 035	178 394	157 024

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 3) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 4) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 5) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 6) Ohne durchlaufende Mittel. — 7) 107 berichtspflichtige Institute. — 8) 90 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

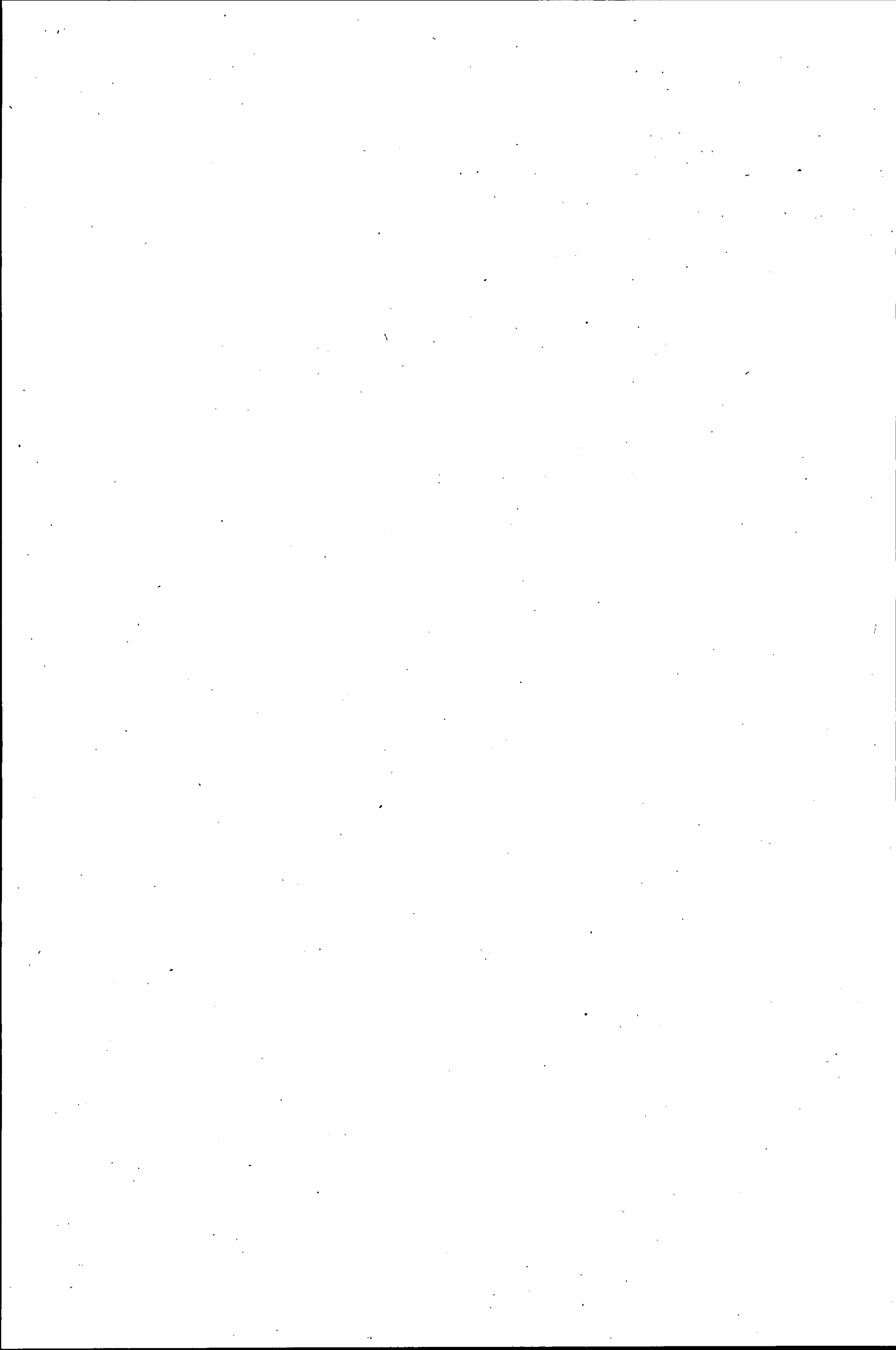
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1961	Juni 1962	Mai 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	·	·	167	167	167 ¹⁾	167
Kapital in Mio DM	·	·	3 453,9	3 434,1	3 288,3	3 259,8
Gesellschaften m. b. H., Zahl	·	·	3 228	3 225	3 374	3 363
Kapital in Mio DM	·	·	2 229,4	2 217,8	2 389,8	2 379,2
Steuern ²⁾						
1. Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ³⁾						
a) Bundessteuern						
Umsatzsteuer	9 363	22 996	67 055	68 689	77 395	71 034
Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	17 587	18 134	15 041	25 027
Beförderungsteuer	79	943	1 295	1 183	1 295	1 288
Notopfer Berlin	·	1 749	292	160	476	209
Zölle	45 572	17 772	72 426	88 786	122 828	71 158
Verbrauchssteuern	31 925	42 968	173 112	162 433	171 283	177 476
davon	·	·	·	·	·	·
Tabaksteuer	24 492	32 535	64 636	58 258	58 719	63 647
Kaffeesteuer	·	5 831	19 121	20 359	16 939	17 678
Teesteuer	·	521	744	745	493	513
Branntweinmonopol ⁴⁾	249	2 514	4 277	5 975	5 857	1 360
Mineralölsteuer	51	871	84 115	76 862	89 058	93 964
Sonstige Verbrauchssteuern	7 133	697	220	234	218	315
Summe der Bundessteuern	·	89 211	331 767	339 384	388 319	346 189
Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	·	9 478 ⁵⁾	8 286	2 059	5 171	19 091
davon	·	·	·	·	·	·
Vermögensabgabe	·	5 352	6 375	663	2 639	17 501
Hypothekengewinnabgabe	·	2 771	1 426	1 365	1 321	1 582
Kreditgewinnabgabe	·	·	485	31	1 212	8
b) Landessteuern						
Lohnsteuer	7 390	10 051	58 839	55 160	70 520	64 085
Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	56 782	120 983	144 712	27 230
Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	6 273	3 176	5 351	3 528
Körperschaftsteuer	8 928	9 544	39 444	85 234	107 488	2 098
Summe der Eink.- und Körperschaftsteuer	33 902	29 097	161 338	264 554	328 073	96 942
darunter an den Bund abgeführt	·	·	56 468	92 594	114 825	33 930
Mithin:	·	·	·	·	·	·
Hamburg daraus verbliebene Einnahmen	·	·	104 870	171 960	213 247	63 012
Vermögenssteuer	1 513	466	8 686	1 329	3 125	22 890
Erbschaftsteuer	469	63	1 407	1 405	468	627
Gründerwerbsteuer	398	135	1 099	824	837	1 285
Kapitalverkehrssteuer	227	179	2 103	994	1 143	3 613
Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	5 522	5 705	5 643	6 133
Versicherungssteuer	559	847	3 052	2 757	3 106	3 629
Rennwett- und Lotteriesteuer	452	820	1 643	1 733	1 567	1 801
Wechselsteuer	0	536	690	647	688	647
Feuerschutzsteuer	15	127	159	129	225	309
Biersteuer	792	870	1 879	1 837	2 211	1 747
Summe der Landessteuern	·	34 461	187 663	281 659	347 085	139 623
c) Gemeindesteuern						
Realsteuern	9 974	8 666	43 157	6 812	9 139	100 190
davon	·	·	·	·	·	·
Grundsteuer A	50	42	44	13	16	90
Grundsteuer B	4 538	3 365	4 590	493	700	12 263
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	34 358	6 153	8 097	87 197
Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	4 165	153	326	640
Gewerbesteuerzuschüsse	24	29	322	·	·	·
Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	952	662	495	629
darunter	·	·	·	·	·	·
Kinosteuer	123	497	456	405	251	230
Übrige Vergnügungsteuer	106	146	268	190	174	276
Hundesteuer	68	132	227	66	70	122
Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	44 109	7 474	9 634	100 819
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	3 696	3 992	3 907	3 787
a) Feueralarme	187	185	224	254	313	239
davon	·	·	·	·	·	·
falsche Alarme und Unfugmeldungen	49	39	43	35	52	62
bekämpfte Brände	138	146	181	219	261	177
davon	·	·	·	·	·	·
Großbrände	10	4	11	23	15	9
Mittelbrände	17	14	24	30	45	22
Kleinbrände	88	114	63	88	132	75
Entstehungsbrände	·	·	73	75	67	66
Schornsteinbrände	·	10	10	3	2	5
b) Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	3 474	3 738	3 594	3 548
darunter bei	·	·	·	·	·	·
Straßen- und Verkehrsunfällen	·	314	1 044	1 140	1 116	1 075
Betriebsunfällen	·	235	540	637	492	534
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	·	976	3 238	3 539	3 339	3 296
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	·	5 625	4 967	4 640	4 429	4 724
Beförderte Personen	·	6 449	5 179	4 839	4 819	5 045

¹⁾ Außerdem eine AG. mit einem Grundkapital von 1,5 Mio RM. — ²⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — ³⁾ Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — ⁴⁾ Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — ⁵⁾ Einsch. Soforthilfsonderabgabe.

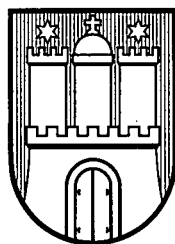
Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juni 1961	Juni 1962	Mai 1962	
	1938	1950	1961				
Nach: Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
3. Feststellungen der Polizei							
Der Kriminalpolizei bekannt gewordene Straftaten	.	5 443	7 516	7 317	6 969	7 174	
darunter	.						
Sittlichkeitsdelikte	.	142	197	227	229	172	
Mord und Totschlag	.	2	3	6	1	3	
Fahrlässige Tötung	.	11	14	17	11	9	
Körperverletzung)	.	32	65	64	59	67	
Einfacher Diebstahl	.	2 416	3 439	3 354	3 093	3 300	
Schwerer Diebstahl	.	558	1 247	1 142	1 335	1 195	
Diebstähle zusammen	.	2 974	4 686	4 496	4 428	4 495	
darunter	.						
von Kraftfahrzeugen (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)	.	36	197	170	213	207	
von Fahrrädern, Mopeds (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)	.	202	661	649	521	504	
Taschendiebstahl	.	78	37	22	42	13	
Unterschlagung	.	357	253	234	220	190	
Raub und Erpressung	.	11	37	31	39	22	
Begünstigung und Hehlerei	.	99	91	81	40	95	
Betrug und Untreue	.	607	755	788	689	695	
Brandstiftung	.	39	26	20	30	58	
Münzdelikte	.	13	1	3	1	-	
Übertretung der Verkehrsordnung	.	22 902	39 177	36 525	28 150	36 062	
davon	.						
Strafanzeigen	.	10 060	9 259	9 027	4 649	6 203	
Gebührenpflichtige Verwarnungen	.	.	29 918	27 498	23 501	29 859	
4. Rechtskräftig Abgeurteilte							
Abgeurteilte insgesamt	.	1 316	1 940	2 063	1 569 ²⁾	1 936	
a) Erwachsene nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt	.	1 229	1 525	1 627	1 251	1 514	
b) Heranwachsende nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt	.	.	178	193	132	192	
c) Jugendliche nach Jugendstrafrecht abgeurteilt	.	87	154	173	122	139	
d) Heranwachsende nach Jugendstrafrecht abgeurteilt	.	.	83	70	64	91	
darunter	.						
Widerstand gegen die Staatsgewalt	.	12	12	10	5	6	
Fahrerflucht	.	6	52	51	53	81	
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie	.	4	43	52	41	58	
Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit	.	51	50	47	48	49	
Beleidigung, üble Nachrede	.	24	22	16	22	21	
Verbrechen und Vergehen wider das Leben	.	9	11	17	10	14	
Körperverletzung	.	52	141	155	125	144	
Einfacher Diebstahl	.	324	285	300	247	292	
Schwerer Diebstahl	.	80	80	85	67	85	
Einfacher und schwerer Diebstahl im Rückfall	.	79	55	55	56	51	
Unterschlagung	.	70	69	57	55	72	
Raub und Erpressung	.	9	14	19	9	18	
Begünstigung und Hehlerei	.	68	40	42	48	46	
Betrug und Untreue	.	92	163	189	166	179	
Urkundenfälschung	.	19	17	12	16	10	
Vergehen gegen das StVG.	.	53	299	322	223	295	
Löhne und Gehälter ³⁾							
1. Arbeiterverdienste in der Industrie ⁴⁾							
• Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51,38	76,52	164,65	160,55	183,71	171,80
	weiblich	26,99	43,84	98,93	96,33	109,06	107,69
• Bruttostundenverdienste in Rp/Pf	männlich	99,9	156,7	355,0	346,8	397,6	377,9
	weiblich	56,9	96,6	228,0	221,8	254,4	251,7
• Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	46,4	46,3	46,2	45,5
	weiblich	47,4	45,4	43,4	43,4	42,9	42,8
• Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich	.	.	42,8	39,3	42,3	44,2
	weiblich	.	.	39,9	36,6	38,8	41,7
2. Angestelltenverdienste (Erfultmonatsverdienste in DM)							
Industrie ⁴⁾							
• Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	791	771	855	844
	weiblich	.	.	538	522	581	581
• Technische Angestellte	männlich	.	.	913	893	989	967
	weiblich	.	.	551	539	599	592
Handel, Geld- und Versicherungswesen							
• Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	754	737	797	800
	weiblich	.	.	495	480	533	534
• Technische Angestellte	männlich	.	.	767	756	801	801
	weiblich	.	.	663	679	639	671
Industrie u. Handel, Geld- u. Versicherungswesen							
• Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	761	744	809	809
	weiblich	.	.	503	488	543	544
• Technische Angestellte	männlich	.	.	895	876	965	946
	weiblich	.	.	560	550	602	598

¹⁾ Ohne §§ 223 und 230. — ²⁾ Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) Juni 1962 1 Jugendlicher und 4 Heranwachsende. — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) Juni 1962 28 Jugendliche. — ³⁾ 1938 = September 1938, 1950 und 1961 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — ⁴⁾ Einschl. Energiewirtschaft und Hoch-, Tief- und Ingenieurbau.



HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1962

September-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Berichtigung

Es muß heißen

auf Seite 265, rechte Spalte, 3. Zeile „... eine Rolle (Tab. 2, Seite 264)“,

auf Seite 267, Tab. 8, Überschrift „Die Lehrlinge, Anlernlinge, Angelernten, Praktikanten und ...“,

auf Seite 268, Fußnote 3), Abs. 4, drittletzte Zeile „... Loggern in Hamburg verzeichnet sind, handelt es sich um Fänge meist ...“,

auf Seite 273, Tab. 4, Vorspalte über Zeile b) „zusammen“,

auf Seite 280, obere Tabelle, Überschrift „Die Schüler an den Hamburger Berufs- und Berufsfachschulen 1951 bis 1961 nach dem Geschlecht“,

auf Seite 284, obere Tabelle, Abschnitt Bremerhaven, Zeile Reisetage, Spalte 8 „27 514“.

Methodisch

Die Verände
außer von
grenze, den
auch von de
im Hinblick
Geburtenent
Entwicklungs
zu Planungs
die Statistik
gebiet der B

Das „Geset:
bewegung u
standes“ vo
daß bei jec
folgenden T

zu erfassen sind: Tag der Eheschließung, Alter der Eheschließenden und bisheriger Familienstand, Vorhandensein von gemeinsamen vorehelichen Kindern, rechtliche Zugehörigkeit zu einer Kirche, Staatsangehörigkeit und Vertriebenen-(Flüchtlings-)eigenschaft. Die Zählkarten werden (§ 3) von den Hamburger Standesämtern angelegt und im Statistischen Landesamt statistisch ausgewertet. Für die Eheschließungen von Hamburgern außerhalb der Landesgrenzen liegen allerdings in Hamburg keine statistischen Zählkarten vor, während umgekehrt Eheschließungen auswärts wohnhafter Personen vor Hamburger Standesämtern hier mit erfaßt werden. Diese aus Gründen der Vereinfachung getroffene Regelung ist wegen der geringen Zahl entsprechender Fälle ohne wesentliche Einschränkung des Erkenntniswertes der Ergebnisse tragbar.

Überhaupt darf der Zusammenhang zwischen Eheschließungen und Bevölkerungsstruktur in einer Stadt nicht so unmittelbar gesehen werden wie in einem geschlossenen Staatsgebiet, da es bei der

über 3 383 im Jahre 1958) wiederum etwas an Bedeutung gewonnen. Die steuerlichen Überlegungen bestimmen also weiterhin den Zeitpunkt der Eheschließung in einem gewissen Ausmaß, obwohl eine echte Steuerersparnis seit der Änderung der Steuergesetzgebung im Jahre 1958 nur noch dann mit dem August-Termin verbunden ist, wenn die Frau nach der Eheschließung nicht mehr erwerbstätig ist.

Der seit 1954 zu beobachtende Anstieg sowohl der absoluten Zahl der Eheschließungen als auch der Zahl der Eheschließungen auf 1 000 der Bevölkerung hat sich auch in diesem Jahr weiter fortgesetzt. Die Eheschließungsziffer des Jahres 1961 hat mit 10,4 Eheschließungen auf 1 000 der Bevölkerung fast die Höhe der Nachkriegsjahre 1947 bis 1950 erreicht, die durch das Nachholen der in der Kriegszeit unterbliebenen Eheschließungen, insbesondere mit der Rückkehr der Kriegsgefangenen, bedingt war, und entspricht etwa dem Vorkriegsstand von 1938.

Die ständige Zunahme der Eheschließungen in Hamburg in den letzten Jahren ist in erster Linie durch

loch
ältig
isse
ger
der

61

des-
den
Mo-
ung
über
960,

Tab. 1

**Die Eheschließungen in Hamburg 1937 bis 1939
und 1945 bis 1961**

Jahre	Eheschließungen	
	Zahl	auf 1000 der Bevölkerung
1937	15 841	9,5
1938	17 361	10,3
1939	22 861	13,4
1945	10 719	8,8
1946	13 343	9,5
1947	15 343	10,7
1948	17 330	11,6
1949	16 143	10,5
1950	16 965	10,7
1951	16 022	9,8
1952	14 512	8,7
1953	14 205	8,3
1954	14 602	8,4
1955	15 530	8,8
1956	16 351	9,2
1957	16 619	9,4
1958	17 445	9,7
1959	17 903	9,9
1960	18 419	10,0
1961	19 041	10,4

die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung, nämlich das Eintreten der geburtenstarken Jahrgänge der zweiten Hälfte der 30er Jahre in das heiratsfähige Alter bestimmt. Verglichen mit der durchschnittlichen Eheschließungsziffer für das gesamte Bundesgebiet (9,4) und den entsprechenden Zahlen der anderen Bundesländer liegt die Eheschließungsziffer in Hamburg 1961 nach den bis jetzt vorliegenden vorläufigen Ergebnissen überdurchschnittlich hoch. Vergleiche mit anderen Städten wie Köln, Düsseldorf, Frankfurt oder München geben zu der Vermutung Anlaß, daß es sich bei der überdurchschnittlichen Eheschließungsziffer um eine spezifische Eigenart der städtischen Bevölkerung handelt.

Da die Eheschließungsziffer auf die gesamte Bevölkerung bezogen ist, also nicht nur auf die im entsprechenden Alter stehenden männlichen und weiblichen unverheirateten Personen, die überhaupt für eine Heirat in Frage kommen, ist sie kein genügend genaues Maß für die Messung der „Eheschließungsfreudigkeit“ und für vergleichende Wertung. Es wäre durchaus denkbar, daß die voneinander abweichenden Eheschließungsziffern in den Städten und in den Bundesländern sowie für das Bundesgebiet als Ganzes durch Unterschiede im Altersaufbau der Bevölkerung sowie unterschiedliche Geschlechterproportionen und verschieden hohe Anteile der Verheirateten und der Nichtverheirateten an der Gesamtzahl der Personen der betreffenden Jahrgänge bedingt sind. Das läßt sich allerdings erst mit Vorliegen der Bestandszahlen aus der Volkszählung 1961 eindeutig feststellen.

Die absolut höchste Zahl der Eheschließungen wurde auch 1961 im Bezirk Hamburg-Nord (4 208) entsprechend der großen Bevölkerungszahl in diesem Bezirk festgestellt. Die Bevölkerung der Bezirke Eimsbüttel und Altona war jedoch im Verhältnis zur Zahl der dort ansässigen Personen relativ am „heiratsfreudigsten“, wie die hohen Eheschließungsziffern zeigen. Die im Vergleich mit den anderen Hambur-

ger Bezirken kleinste Eheschließungsziffer in Wandsbek (9,7) ist möglicherweise durch eine abweichende altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung und andersartige Struktur der Haushalte bedingt; denn tatsächlich hat die Bevölkerung dieses Bezirks auch in den vergangenen Jahren unterdurchschnittliche Eheschließungshäufigkeiten gezeigt. Auch bei der Betrachtung der Eheschließungen nach Bezirken ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Eheschließenden nicht alle auch im Bereich des Standesamtes, vor dem die Ehe geschlossen wird, ihren ständigen Wohnsitz haben.

Tab. 2

Die Eheschließungen in Hamburg 1961 nach Bezirken

Bezirke	Eheschließungen	
	Zahl	auf 1000 der Bevölkerung
Hamburg-Mitte	3 080	10,6
Altona	2 995	11,0
Eimsbüttel	2 996	11,5
Hamburg-Nord	4 208	9,8
Wandsbek	2 942	9,7
Bergedorf	787	10,1
Harburg	2 033	10,2
Hamburg insgesamt	19 041	10,4

**Die Eheschließungen
nach der Staatsangehörigkeit**

Bei 18 260 oder fast 96 % aller Eheschließungen im Jahre 1961 waren beide Ehepartner deutsche Staatsangehörige, 1936 und 1937 rund 93 %.

Die Zuwanderung von Ausländern, insbesondere von ausländischen Arbeitskräften, ist im Hinblick auf die Gesamtzahl der Eheschließungen in Hamburg und für die Höhe der Eheschließungsziffer nur von untergeordneter Bedeutung, obwohl ab 1954 die Eheschließungen von Angehörigen fremder Staaten mit deutschen Frauen und ab 1957 auch die Eheschließungen von Ausländerinnen mit deutschen Männern absolut und anteilmäßig an der Gesamtzahl der Eheschließungen Hamburgs fast durchweg zugenommen haben. Verglichen mit der Vorkriegszeit liegt allerdings die Zahl der Eheschließungen, an denen Personen fremder Staatsangehörigkeit beteiligt waren, mit 781 Fällen (4,1 %) im Jahre 1961 noch immer um mehr als 3 % niedriger als in den Jahren 1936 und 1937 (je 7,3 %).

Aus der Erfahrung, daß die standesamtliche Eheschließung überwiegend am ständigen Wohnort der Frau vorgenommen wird, ist erklärlich, daß im Jahre 1961 nur 165 oder rd. 0,9 % aller männlichen deutschen Eheschließenden eine Ausländerin, aber 586 oder rd. 3,1 % aller weiblichen deutschen Eheschließenden einen Ausländer vor einem Hamburger Standesamt geheiratet haben.

Bei der Aufgliederung der 616 ausländischen männlichen Eheschließenden nach Staatsangehörigkeitsgruppen fällt der hohe Anteil der Männer aus den Herkunftsländern der ausländischen Gastarbeiter

Tab. 3
Die Eheschließungen in Hamburg zwischen Deutschen und Ausländern 1936 bis 1938 und 1950 bis 1961

Jahre	Eheschließungen				
	insgesamt	davon waren			
		beide Ehepartner Deutsche	beide Ehepartner Ausländer	Mann Ausländer, Frau Deutsche	Frau Ausländerin, Mann Deutscher
	absolut	%	%	%	%
1	2	3	4	5	
1936	11 733	92,7	0,5	3,7	3,1
1937	15 841	92,7	0,4	3,7	3,2
1938	17 361	99,4	0,1	0,3	0,2
1950	16 965	94,8	0,5	3,9	0,8
1951	16 022	96,0	0,4	2,9	0,7
1952	14 512	96,9	0,2	2,0	0,9
1953	14 205	97,3	0,2	1,7	0,8
1954	14 602	97,2	0,2	1,8	0,8
1955	15 530	96,7	0,2	2,1	1,0
1956	16 351	97,0	0,1	2,0	0,9
1957	16 619	96,8	0,3	2,2	0,7
1958	17 445	96,9	0,2	2,2	0,7
1959	17 903	96,6	0,3	2,3	0,8
1960	18 419	96,1	0,2	2,8	0,9
1961	19 041	95,9	0,1	3,1	0,9

auf, darunter insbesondere Italien (63), Spanien (47) und Griechenland (39). Mit nahezu 25 % — bezogen auf die Gesamtzahl der männlichen ausländischen Eheschließenden — ist die Zahl der Eheschließenden aus den genannten Gastarbeiterländern fast so hoch wie die Gesamtzahl der männlichen Eheschließenden, die den nördlichen Nachbarländern sowie Großbritannien, USA, Kanada und Holland entstammen. Unter diesen Ländern hat Großbritannien mit 42 Personen die größte Bedeutung. Auffallend hoch ist auch die Zahl der männlichen Eheschließenden aus den in Lebensweise und Sprache Deutschland eng verwandten Ländern Österreich (58 Personen) und der Schweiz (16).

Unter den weiblichen ausländischen Eheschließenden spielen die Österreicherinnen die erste Rolle (31) vor

den Spanierinnen (13), den Holländerinnen (11) und den Schweizerinnen, Engländerinnen und Schwedinnen (je 10). Bemerkenswert gering ist die Zahl der Männer (28) und Frauen (8) aus den Vereinigten Staaten, die 1961 in Hamburg eine Ehe eingegangen sind.

Die Zahl der Eheschließungen, in denen beide Ehepartner ausländischer Staatsangehörigkeit waren, beträgt mit 30 Fällen nur 0,16 % aller Eheschließungen im Jahre 1961 in Hamburg. In 21 von diesen 30 Fällen heirateten Angehörige gleicher Staatsangehörigkeit, besonders häufig haben Spanierinnen und Italienerinnen einen Partner gleicher Staatsangehörigkeit gewählt.

Wohnsitz der Ehepartner vor und nach der Eheschließung

Wie die Auszählung der Eheschließenden nach dem ständigen Wohnort vor der Eheschließung zeigt, wurden in Hamburg zum ganz überwiegenden Teil Ehen geschlossen, deren Ehepartner ihren ständigen Wohnsitz vor der Eheschließung in Hamburg hatten (85,8 %). In nur 14,2 % der Ehen hatte ein Ehepartner seinen Wohnsitz außerhalb Hamburgs, wobei die Ehepartner in erster Linie aus den beiden angrenzenden Bundesländern (1 642 oder rd. 8,6 % aller Eheschließungen in Hamburg) stammen. Da die verkehrsmäßige und wirtschaftliche Verflechtung mit Schleswig-Holstein intensiver ist als mit Niedersachsen und aus dem zuerst genannten Land weit mehr Einpendler zur Arbeit oder Ausbildung nach Hamburg kommen, ist es verständlich, daß die Zahl der aus Schleswig-Holstein stammenden Ehepartner fast doppelt so hoch wie die Zahl derjenigen aus Niedersachsen ist. Unter den übrigen Ländern wäre als nächstes Nordrhein-Westfalen mit 262 Eheschließenden zu nennen. Mit 205 Eheschließenden spielt auch das Ausland als ständiger Wohnsitz eines Ehepartners vor der Eheschließung eine Rolle.

Tab. 4

Die ausländischen Eheschließenden in Hamburg im Jahre 1961 nach der Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeitsgruppen	Ausländische Eheschließende				Von den männl. Eheschließenden fremder Staatsangehörigkeit haben				Von den weibl. Eheschließenden fremder Staatsangehörigkeit haben			
	männlich		weiblich		eine deutsche Frau geheiratet		eine Ausländerin geheiratet		einen deutschen Mann geheiratet		einen Ausländer geheiratet	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Italien, Spanien, Portugal, Griechenland . . .	153	24,8	23	11,8	141	24,1	12	40,0	11	6,7	12	40,0
Belgien, Niederlande, Luxemburg, Frankreich . . .	62	10,1	16	8,2	62	10,6	—	—	14	8,5	2	6,7
Skandinav. Länder sowie Großbrit. u. Nordirland	83	13,5	39	20,0	80	13,6	3	10,0	35	21,2	4	13,3
Österreich und Schweiz	74	12,0	41	21,0	71	12,1	3	10,0	36	21,8	5	16,7
Ostblockländer	39	6,3	24	12,3	37	6,3	2	6,7	21	12,7	3	10,0
Sonstige Staaten einschl. USA und Kanada	205	33,3	52	26,7	195	33,3	10	33,3	48	29,1	4	13,3
Insgesamt	616	100	195	100	586	100	30	100	165	100	30	100

Tab. 5
Die Eheschließenden in Hamburg nach ihrem ständigen Wohnort (Land) vor der Eheschließung 1961

Ständiger Wohnort des Mannes	Ständiger Wohnort der Frau				Zusammen
	Hamburg	Schleswig-Holst.	Niedersachsen	übrige Gebiete	
	1	2	3	4	
Hamburg	16 341	391	188	193	17 113
Schleswig-Holstein	699	47	2	3	751
Niedersachsen	364	4	30	2	400
Übrige Gebiete	662	9	6	100	777
Zusammen	18 066	451	226	298	19 041

Da die Ehen im allgemeinen am ständigen Wohnsitz der Frau geschlossen werden, ist die Zahl der weiblichen Personen mit ständigem Wohnsitz in Hamburg (1 725), die ihren Ehepartner außerhalb Hamburgs fanden, wesentlich größer als die der Männer (772 Männer), die mit Nichthamburgerinnen die Ehe vor Hamburger Standesämtern schlossen. Bemerkenswert ist, daß im Jahre 1961 vor Hamburger Standesämtern 203 Ehen geschlossen wurden, bei denen der ständige Wohnsitz beider Ehepartner vor der Ehe außerhalb Hamburgs lag; darunter hatten in 165 Fällen beide Ehepartner vor der Heirat in demselben Bundesland bzw. im Ausland ihren ständigen Wohnsitz.

Mit 16 738 ist die Zahl der Ehen, bei denen beide Ehepartner auch nach der Eheschließung Hamburg als ständigen Wohnsitz wählten, nur wenig größer als die Zahl der Eheschließungen, bei denen beide Ehepartner vor der Heirat ständig in Hamburg wohnten (16 341). In einer erstaunlich hohen Zahl von Fällen wohnen die Ehepartner auch nach der Eheschließung getrennt in verschiedenen Bundesländern (865); das sind rd. 4,5 % aller Eheschließungen. Bei 847 dieser Paare lebt ein Ehepartner in Hamburg. Für einen Teil dieser Ehepaare wird der Wohnungsmangel in Hamburg die Ursache für das Getrenntleben sein; insbesondere bei einem großen Teil der 269 Paare, bei denen der Mann nach der Eheschließung in Hamburg seinen ständigen Wohnsitz hat. Für die Restgruppe, bei der nach der Eheschließung die Frau in Hamburg, der Mann aber außerhalb des Staatsgebietes wohnt, dürfte dieses Argument ebenfalls zum Teil zutreffen, und zwar insbesondere in den Fällen, in denen der ständige Wohnsitz des Mannes in Niedersachsen oder Schleswig-Holstein liegt (368), da es sich bei diesen Verheirateten z. T. um Einpendler handeln wird, die in Hamburg einen festen Arbeitsplatz haben und auf lange Sicht hier eine Wohnung suchen.

Die Eheschließenden nach dem Familienstand

Bei der Aufgliederung der Eheschließungen nach dem Familienstand der Ehepartner vor der Eheschließung ist festzustellen, daß unter den Frauen die ledigen (15 753 oder 82,7 %) etwas häufiger vertreten sind als unter den Männern (15 037 oder 79 %). Dagegen ist die Wiederverheiratung verwitweter

oder geschiedener Männer häufiger als die der Frauen. Bei Männern wie Frauen entschließen sich die geschiedenen relativ häufiger zu einer Wiederheirat als die verwitweten. Das ist — abgesehen von der jeweiligen persönlichen Einstellung zur Wiederverheiratung — natürlich zum Teil auch durch das allgemein höhere Alter der Verwitweten beim Tode des Partners bedingt. Wie die Ergebnisse des Jahres 1961 zeigen, betrug das Durchschnittsalter der verwitweten Frauen zum Zeitpunkt der Wiederverheiratung 50 Jahre, das der geschiedenen Frauen dagegen nur 37,4 Jahre; bei den wiederheiratenden Männern betrug das Durchschnittsalter der verwitweten 59,2 Jahre und das der geschiedenen 41,8 Jahre.

Bedingt durch das Heranwachsen der geburtenstarken Jahrgänge der 30er Jahre, hat in den letzten 5 Jahren nicht nur die absolute Zahl, sondern auch der Anteil der Ledigen an der Gesamtzahl der männlichen und weiblichen Eheschließenden stetig zugenommen.

Die Auszählung der Zählkarten für Eheschließungen des Jahres 1961 nach dem Familienstand der Ehepartner vor der Eheschließung läßt bei den Ledigen einerseits und den Verwitweten und Geschiedenen andererseits deutliche Unterschiede hinsichtlich des Familienstandes bei der Partnerwahl erkennen; das findet in der Häufigkeit einiger immer wiederkehrender Kombinationen bestimmter Ausprägungen des Merkmales „Familienstand“ des Mannes und der Frau vor der Eheschließung seinen zahlenmäßigen Ausdruck. Die größte Zahl der Ehen wurde 1961 wie in den Jahren davor zwischen Ledigen geschlossen (73,2 % aller Eheschließungen); an zweiter Stelle steht die Gruppe der geschiedenen Männer, die ledige Frauen heirateten (7,9 %). Vergleicht man die Verhältnisse des Jahres 1961, die als typisch für die Situation der letzten Jahre in Hamburg überhaupt gelten können, mit denen der Vorkriegszeit, dann fallen einige Abweichungen auf. So haben die geschiedenen Frauen und verwitweten Männer 1938 vorwiegend ledige und nicht — wie 1961 — geschiedene Ehepartner gewählt. Dafür waren allerdings auch die Anteile der geschiedenen Männer und Frauen an der Gesamtzahl der Eheschließenden 1938 geringer als 1961 und die Ledigen und Verwitweten unter den Eheschließenden entsprechend häufiger vertreten. In gewisser Weise deutet sich in diesem Zahlenbild auch eine Wandlung in der gesellschaftlichen Einstellung zur Scheidung an (s. Sonder-tabelle auf Seite 279).

Die Eheschließenden nach dem Alter

Wie sich aus der Aufgliederung der Eheschließenden nach dem Familienstand und dem Alter ergibt, heiraten 40,2 % der Männer und 49,6 % der Frauen im Alter von 20 bis 25 Jahren. Das Durchschnittsalter der ledigen Eheschließenden betrug 1961 für die Frauen 23,9 Jahre und lag bei den Männern mit 26,1 Jahren gut 2 Jahre darüber, ist also gegenüber der Vorkriegszeit 1938 bei den Männern (29,3) und den Frauen (26,7) relativ stark zurückgegangen. 85,9 % der Frauen hatten bis zur Vollendung des

Tab. 6

Die Eheschließenden in Hamburg nach Alter und Familienstand im Jahre 1961

Alter bei der Eheschließung in Jahren	Eheschließende							
	zusammen		davon waren nach dem Familienstand					
			ledig		verwitwet		geschieden	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
1	2	3	4	5	6	7	8	
männlich								
15 b. u. 20	222	1,2	222	1,5	—	—	—	—
20 " " 21	518	2,7	518	3,4	—	—	—	—
21 " " 25	7 133	37,5	7 039	46,8	2	0,2	92	3,0
25 " " 30	5 480	28,8	5 082	33,8	8	0,8	390	13,0
30 " " 35	1 881	9,9	1 346	9,0	18	1,8	517	17,2
35 " " 40	964	5,1	419	2,8	31	3,1	514	17,1
40 " " 50	1 086	5,7	240	1,6	141	14,1	705	23,5
50 " " 60	1 026	5,4	132	0,8	312	31,1	582	19,4
60 " " 70	515	2,6	30	0,2	305	30,5	180	6,0
70 u. älter	216	1,1	9	0,1	184	18,4	23	0,8
Insgesamt	19 041	100	15 037	100	1 001	100	3 003	100
weiblich								
15 b. u. 20	2 452	12,9	2 447	15,5	—	—	5	0,2
20 " " 21	1 701	8,9	1 693	10,8	—	—	8	0,3
21 " " 25	7 744	40,7	7 500	47,6	7	0,9	237	9,4
25 " " 30	3 252	17,1	2 707	17,2	23	3,1	522	20,6
30 " " 35	1 194	6,3	687	4,4	42	5,6	465	18,3
35 " " 40	823	4,3	356	2,3	69	9,2	398	15,7
40 " " 50	1 002	5,3	236	1,5	233	31,0	533	21,0
50 " " 60	597	3,1	86	0,5	234	31,2	277	10,9
60 " " 70	233	1,2	36	0,2	109	14,5	88	3,5
70 u. älter	43	0,2	5	—	34	4,5	4	0,1
Insgesamt	19 041	100	15 753	100	751	100	2 537	100

35. Lebensjahres geheiratet, dagegen beträgt der Anteil bei den Männern nur 80,1 %. Bei beiden Geschlechtern spielen nach Vollendung des 35. Lebensjahres vor allem die Zweitehen und da insbesondere die Eheschließungen der Geschiedenen zunehmend eine Rolle, während die Ledigen nach Erreichung des 35. Lebensjahres nur noch selten heiraten. So waren an den Eheschließungen im Jahre 1961 nur 830 (4,4 %) ledige Männer und 719 (3,8 %) ledige Frauen beteiligt, die 35 Jahre und älter waren. Der Anteil der Frauen, die vor Vollendung des 21. Lebensjahres die Ehe schlossen, hat sich seit 1938 (10,3 %) mehr als verdoppelt (1961 = 4 153 = 21,8 %), darunter waren 356 Mädchen unter 18 Jahren. Auch bei den Männern gewinnen die Ehen der unter 21jährigen an Bedeutung; der Anteil ist seit 1938 von 0,4 % auf 3,9 % 1961 angestiegen. Während es sich aber bei den Männern ausschließlich um ledige handelt, heirateten bei den Frauen in diesem Alter 13 geschiedene bereits zum zweiten Mal.

Die Zahl der Ehen, bei denen beide Ehepartner zum Zeitpunkt der Eheschließung noch minderjährig waren, kann für das Jahr 1961 mit 567 Fällen angegeben werden (1938 = 52), d. s. knapp 3 % aller Eheschließungen.

Altersunterschiede zwischen den Eheschließenden

3 998 (21 %) Männer haben 1961 eine ältere Partnerin gewählt. In den einzelnen Altersgruppen ist der Anteil allerdings teilweise höher, besonders bei

den 23jährigen und jüngeren. So haben von den 18- bis 20jährigen Männern über die Hälfte ältere Frauen geheiratet, die in einzelnen Fällen bis zu 7 Jahren, überwiegend aber 1, 2 oder 3 Jahre älter als der Partner waren. In 27 der 1961 geschlossenen Ehen ist die Frau sogar 16 und mehr Jahre älter als der Mann. Der durchschnittliche Altersunterschied bei allen Eheschließungen zwischen jüngeren Männern und älteren Frauen beträgt allerdings nur 2,8 Jahre, dagegen in den Ehen, in denen die Frau jünger ist, 5,2 Jahre. In 9 669 Ehen ist die Frau bis zu 5 Jahren jünger. Extreme Unterschiede sind in der Gruppe der Ehen, in denen der Mann älter ist, häufiger als in der zuerst genannten Gruppe. Wie der umstehenden Abbildung zu entnehmen ist, besteht zwischen dem Alter des Mannes zum Zeitpunkt der Eheschließung und dem Altersunterschied zwischen den Ehepartnern bei diesen Ehen ein enger Zusammenhang; der Altersunterschied zwischen den Ehepartnern ist nämlich um so größer, je älter der Mann bei der Eheschließung ist.

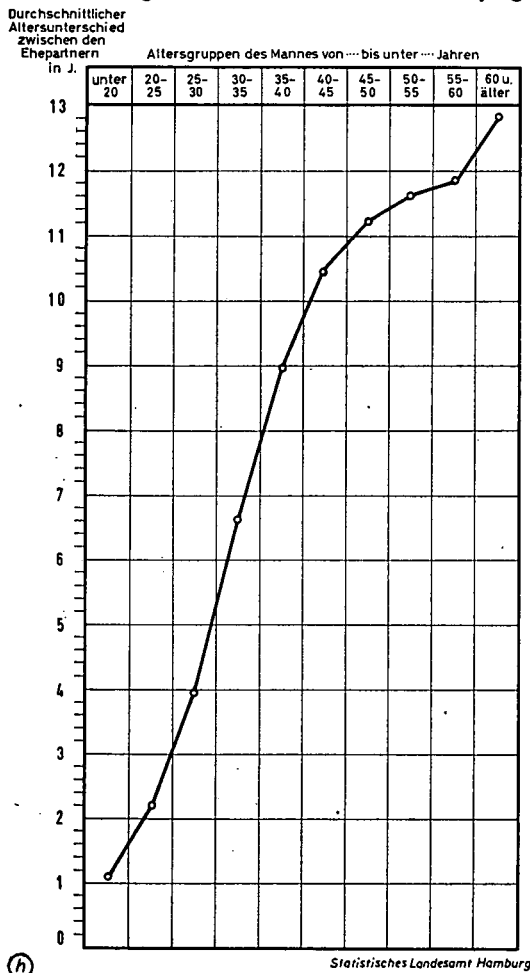
Die Eheschließungen mit gemeinsamen vorehelichen Kindern der Ehepartner

522 oder 2,7 % der in Hamburg getrauten Ehepaare — die für das Bundesgebiet (ohne Hessen, Schleswig-Holstein und Berlin) ermittelte Zahl wird mit 5 % angegeben ¹⁾ — hatten 1961 gemeinsame voreheliche Kinder, darunter 53 Ehepaare oder 0,3 % aller Eheschließenden 2 und mehr. In Einzelfällen waren die

¹⁾ „Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im Jahr 1961“ in Wirtschaft und Statistik 1962, Heft 4, Seite 208.

Schaubild 1

Darstellung des durchschnittlichen Altersunterschieds der Ehepartner in Abhängigkeit vom Alter des Mannes bei der Eheschließung für Ehen, in denen die Frau jünger ist



insgesamt 596 Kinder bereits 1948 und früher, überwiegend aber im Jahr der Eheschließung selbst (178 Kinder) oder 1 Jahr zuvor (171) geboren worden.

Rund 22 % dieser Mütter hatten zum Zeitpunkt der Eheschließung das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet und über die Hälfte noch nicht das 25. Bezogen auf die Gesamtzahl der Eheschließenden in den entsprechenden Altersgruppen ist der Anteil der Ehepaare mit gemeinsamen vorehelichen Kindern bei den 36- bis 40jährigen Frauen mit 5,1 %, gefolgt von den 41- bis 45jährigen mit 4,5 %, am höchsten; bei den 20- bis 25jährigen — wenn man einmal von der Gruppe der 46jährigen und älteren Frauen absieht — mit rund 21 Eheschließungen mit gemeinsamen vorehelichen Kindern unter 1 000 Eheschließungen am niedrigsten. Die Werte schwankten allerdings im Ablauf der letzten 4 Jahre insbesondere in den höheren Altersgruppen ziemlich stark; nur die Gruppe der 20- bis 25jährigen zeigt durchgehend einen Rückgang der Ehen mit gemeinsamen vorehelichen Kindern von 26 auf 21 unter 1 000 Eheschließungen. Möglicherweise ist das eine Folge der sich mehr und mehr normalisierenden Wohnverhältnisse und der besseren Verdienstmöglichkeiten schon für relativ jüngere Menschen, so daß die Heirat früher erfolgen kann.

Barbara Winkler

Die öffentlichen und privaten Berufs- und Berufsfachschulen in Hamburg

Methodische Grundlagen

Wie in den vorangegangenen 11 Jahren wurde auch im Jahre 1961 am 15. November eine Erhebung an allen berufsbildenden Schulen und entsprechenden Einrichtungen der verschiedensten Art und Ausbildungsrichtung durchgeführt. Von jeder öffentlichen oder privaten Berufs-, Berufsfach- oder Fachschule, Bau-, Ingenieur- oder Technikerschule oder einer sonstigen berufsbildenden Einrichtung ähnlicher Art, wie z. B. auch den Berufsaufbauschulen, war im ganzen Bundesgebiet ein für jede Schulart ausgearbeiteter Fragebogen auszufüllen. Die einheitliche Durchführung dieser Schulerhebung im ganzen Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) beruht auf einer Vereinbarung der für das Bildungswesen verantwortlichen Minister (Senatoren) der Länder, die zur Lösung ihrer meist mehrere Jahre in die Zukunft greifenden Planungs- und Organisationsaufgaben

(z. B. Bereitstellung von Schulräumen und Lernmitteln), darüber hinaus aber auch zur Beobachtung der Veränderungen auf dem gesamten Sektor der allgemeinen und beruflichen Aus- und Weiterbildung aktuelle statistische Daten benötigen.

Die Ergebnisse der Erhebung an Berufs- und Berufsfachschulen in Hamburg liegen nach Beendigung der umfangreichen, zeitraubenden Prüfungs- und Abstimmungsarbeiten nunmehr vor und sollen im folgenden erläutert werden. Da die methodische Grundlage der Befragung und auch die Fragestellungen seit 1951 im wesentlichen dieselben geblieben sind, werden neben der Betrachtung der gegenwärtigen Struktur der Schulen auch die wichtigsten Entwicklungslinien seit 1951 aufgezeigt.

Nach dem Hamburger Schulgesetz sind in Hamburg grundsätzlich alle Jugendlichen bis zum Abschluß des 12. Schuljahres bzw. bis zum Ende des Schuljahres, in dem das 18. Lebensjahr vollendet wird, schulpflichtig.

Mit Beendigung des 9. Schuljahres bzw. mit Abschluß des Schuljahres, in dem das 15. Lebensjahr vollendet wird, endet allerdings die Pflicht zur Teilnahme am Vollunterricht. Der Erziehungsberechtigte eines Jugendlichen kann also mit Erreichung der genannten Altersgrenze entscheiden, ob dieser weiterhin eine Mittel- oder Höhere Schule besuchen oder aber die allgemeinbildende Schule verlassen soll, um evtl. direkt ins Berufsleben zu treten oder sich auf einer Berufsfachschule auf seinen zukünftigen Beruf vorzubereiten. Während die Berufsfachschulen dem Jugendlichen das für die spätere Berufsausübung notwendige Wissen vorweg schulisch in ein- oder mehrjährigem Vollunterricht mit durchschnittlich 35 Wochenstunden vermitteln, betreuen die Berufsschulen die noch schulpflichtigen berufslosen sowie die bereits berufstätigen Jugendlichen, die in einem Lehr-, Anlern- oder sonstigen Arbeitsverhältnis stehen, bis zum Ende der Schulpflicht und vermitteln — abgesehen von den auch an der Berufsschule weitergeführten allgemeinbildenden Fächern — ergänzend zur praktischen Berufsausbildung die theoretischen Grundlagen in einem Unterricht von nur wenigen Wochenstunden (im Durchschnitt 8 bis 12 Stunden). Inwieweit nach Abschluß der Ausbildung an einer Berufsfachschule noch eine Berufsschule besucht werden muß, richtet sich nach dem Alter. Gewerbliche und kaufmännische Lehrlinge, deren Lehrzeit nach Vollendung des 18. Lebensjahres, aber vor Vollendung des 21. Lebensjahres beginnt, müssen allerdings in jedem Fall für die Dauer der Lehrzeit eine Berufsschule besuchen.

Im Gegensatz zu den beiden o. e. Arten der berufsbildenden Institutionen schließen die Fachschulen in ihrer Bildungsarbeit an die Berufs- und Berufsfachschulen an. Der Besuch dieser Schulen ist grundsätzlich freiwillig und setzt den Nachweis einer abgeschlossenen Berufsausbildung voraus (§ 23 des Hamburger Schulgesetzes). Das Ziel dieser recht heterogenen Gruppe der berufsbildenden Schulen (z. B. Meisterschule für Mode, Schule für Med.-techn. Assistentinnen, Verwaltungsschule, Büchereischule, Werbefachschule, Seefahrtsschule; auch die Bau- und

Ingenieurschulen sind ursprünglich aus dieser Gruppe hervorgegangen) ist es, qualifizierten Nachwuchs für die gehobenen Positionen im technischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben auszubilden. Zusammensetzung und Vorbildung der Schüler an Fachschulen unterscheiden sich wesentlich von der der Berufs- und Berufsfachschulen; sie sollen daher auch in diesem Zusammenhang nicht behandelt werden.

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als größte Industrie- und Handelsstadt Nordwestdeutschlands eine bedeutende Anziehungskraft als Arbeits- und Ausbildungsort. Auch die in Schleswig-Holstein und Niedersachsen wohnenden, aber in Hamburg in einem Lehr- oder Arbeitsverhältnis stehenden Jugendlichen des entsprechenden Alters sind in Hamburg schulpflichtig; das ist für die Beurteilung der nachstehenden Zahlen wichtig.

Wie der Tabelle 1 über die in Hamburg bestehenden öffentlichen und privaten berufsbildenden Schulen zu entnehmen ist, sind hier in 31 von 76 öffentlichen berufsbildenden Schulen Berufsschulen, Berufsfachschulen und Fachschulen in verschiedener Kombination organisatorisch miteinander verbunden; das bedeutet nicht nur, daß Schulräume und Lernmittel soweit wie möglich von den Schülern der verbundenen Schulen gemeinsam benutzt werden, auch die Lehrer unterrichten an den verschiedenen Schulzweigen. Ähnliches gilt auch für die in Hamburg vorhandenen öffentlichen Bau-, Ingenieur- und Technikerschulen. Dagegen umfassen die privaten berufsbildenden Institutionen fast alle nur eine Schulart. Für die weitere Betrachtung dürfte es allerdings zweckmäßig sein, auch bei den öffentlichen Schulen nicht von den Schuleinheiten, sondern von den einzelnen Schulzweigen auszugehen. Schwierigkeiten ergeben sich bei dieser Verfahrensweise nur hinsichtlich der Untersuchung der Struktur der Lehrerschaft, die aus dem oben erwähnten Grund für Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen nicht getrennt durchgeführt werden kann und deshalb auch hier nicht vorgenommen werden soll.

Schülerzahlen und Klassenfrequenzen

Im Schuljahr 1961/62 besuchten insgesamt 64 185 Jugendliche, davon 27 118 Mädchen (42,2 %) die 47 Hamburger Berufsschulen. Sie waren in 2 552 Klassen mit durchschnittlich 25 Schülern zusammengefaßt, wobei allerdings die Klassenfrequenz zwischen den einzelnen Berufsschularten stark schwankte (z. B. hatten gewerbliche Berufsschulen durchschnittlich rd. 24, kaufmännische Berufsschulen rd. 27, hauswirtschaftliche Berufsschulen rd. 25, Heimbewerfsschulen rd. 14 Schüler je Klasse). Der ganz überwiegende Teil (54 409 = 85 %) der Schüler in gewerblichen, kaufmännischen, hauswirtschaftlichen und Verwaltungsschulen (Berufsschulzweig) wird in sogen. Berufsgruppen- oder Fachklassen unterrichtet — es handelt sich hierbei um Klassen für verwandte oder sogar gleiche Berufe —; das bedeutet, daß die Schüler häufig längere Wege zu den Schulen zurücklegen haben, da nicht in jeder Berufsschule für alle Berufe bzw. Berufsgruppen eine besondere Klasse eingerichtet werden kann; so gibt es z. B. an den 47 Berufsschulen nur 3 landwirtschaftliche Fachklassen mit zusammen 40 Schülern.

Tab. 1
Die berufsbildenden Schulen¹⁾ in der Freien und Hansestadt Hamburg
(Stand 15. November 1961)

Schularten	Nach Schulen			Nach Schulzweigen		
	Öffentliche	Private	Zusammen	Berufsschule	Berufsfachschule	Fachschule
	1	2	3	4	5	6
Schulen überhaupt	76	58	134 ²⁾	47	70	55
davon						
reine Berufsschulen	16	—	16	16	—	—
reine Berufsfachschulen	1	37	38	—	38	—
reine Fachschulen	28	20	48	—	—	48
Berufs- und Berufsfachschulen	25	—	25	25	25	—
Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen	5	1	6	6	6	6
Berufsfach- und Fachschulen	1	—	1	—	1	1

¹⁾ Einschließlich der Schulen, die nicht der Aufsicht der Schulbehörde unterstehen.

²⁾ Außerdem:

1 Bauschule in Tages- und Abendform

1 Ingenieurschule in Tages- und Abendform (einschl. Schiffingenieur- und Seemaschinistenschule und der Technischen Abendfachschule der Ingenieurschule)

1 Ingenieurschule für Fahrzeugtechnik (einschl. Wagenbauschule).

Beachtenswert ist, daß 2 074 Berufsschüler (3 %) Sonderklassen (insgesamt 110 Klassen), z. B. für Hilfsschüler, Blinde, Taubstumme, Körperbehinderte u. ä., in den gewerblichen und hauswirtschaftlichen Schulen und in für diese Zwecke eingerichteten Sonderschulen (Heimberufsschulen der Jugendbehörde, Berufsschule für Gehörlose) besuchen.

Tab. 2
Die Schüler an den Hamburger Berufsfachschulen nach dem Geschlecht
(Stand 15. November 1961)

Berufsfachschularten	Zahl der Schüler		
	insgesamt	davon	
		männlich	weiblich
Öffentliche Berufsfachschulen			
Handels- und Höhere Handelsschulen	3 055	1 081	1 974
Gewerbl. Berufsfachschulen	363	125	238
Haushaltungsschulen	757	—	757
Kinderpflegerinnenschulen	456	—	456
Frauenfachschule	127	—	127
Berufsfachschule für technisches Zeichnen	122	4	118
Berufsfachschule für Blinde und Sehbehinderte	19	10	9
Zusammen	4 899	1 220	3 679
Private Berufsfachschulen			
Handels- und Höhere Handelsschulen	1 069	317	752
Fremdsprachenschulen	535	49	486
Gewerbliche Berufsfachschule	121	118	3
Haushaltungsschule	19	—	19
Kinderpflegerinnenschule	48	—	48
Berufsfachschulen für technisches Zeichnen	168	85	83
Chemieschulen	54	12	42
Berufsfachschulzweig der Werkberufsschule der Alsterdorfer Anstalten	30	—	30
Kunstschulen	140	66	74
Schauspielschulen u. Schulen für Tanz u. Körperbildung	140	32	108
Musikschulen	70	43	27
Zusammen	2 394	722	1 672

Die Zahl der Schüler, die nach Abgang von einer allgemeinbildenden Schule oder in Ergänzung zum Berufsschulunterricht eine Berufsfachschule besuchen, beträgt mit 7 293 Jugendlichen nur etwas mehr als 10 % aller Schüler, die im Jahr 1961/62 eine Berufs- oder Berufsfachschule besuchten. Im Vergleich zur Berufsschule fällt allerdings auf, daß der Anteil der Mädchen in den Berufsfachschulen mit 5 351 oder 73,4 % wesentlich höher als in den Berufsschulen ist. Ein Blick auf den Katalog (Tab. 2) der in Hamburg vertretenen Berufsfachschularten läßt erkennen, daß von den hier bestehenden Ausbildungsinstitutionen dieser Art in besonderem Maß den weiblichen Interessen Rechnung getragen wird. Wie aus der Sondertabelle „Die Schüler an den Hamburger Berufs- und Berufsfachschulen 1951 bis 1961 nach dem Geschlecht“ auf Seite 280 zu entnehmen ist, schwankte die Zahl der Schüler in den Berufsschulen im Ablauf des letzten Jahrzehnts relativ stark mit

Höchstzahlen in den Jahren 1952 (66 930) und 1958 (71 318), während die Schülerzahl in den Berufsfachschulen bis 1958 stetig anstieg und in den Jahren danach ebenfalls zurückging. Vom Kulminationsjahr 1958 gerechnet war der Rückgang der Schülerzahl bei den Berufsfachschulen sogar verhältnismäßig stärker als bei den Berufsschulen. Der Rückgang zeigte sich insbesondere auch bei den privaten Berufsfachschulen (Tabelle 3). Die erwähnte Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten 10 Jahren erklärt sich im wesentlichen durch die Schwankungen in der Besetzung der einzelnen Geburtsjahrgänge; so ist auch der Rückgang der Schülerzahlen seit 1958 zur Hauptsache auf das Eintreten der geburtenschwachen Jahrgänge in das Berufsschulalter zurückzuführen.

Tab. 3
Die Veränderungen der Schülerzahlen an den Hamburger Berufs- und Berufsfachschulen 1958 bis 1961
(1958 = 100)

Erhebungsjahre	Berufsschulen	Berufsfachschulen	
		insgesamt	darunter private Berufsfachschulen
1958	100	100	100
1959	97,7	98,6	100,0
1960	95,5	95,9	94,5
1961	90,0	83,0	78,4

Bei dem Vergleich der Anteile der weiblichen Schüler in den Jahren von 1951 bis 1961 ist für die Berufsschulen ab 1954 eine leichte Abnahme der Anteile der weiblichen Schüler im Verhältnis zu denen der männlichen Schüler festzustellen; auch bei den Berufsfachschulen ist, wenn auch mit vorübergehenden Unterbrechungen, eine Rückentwicklung der Anteile der weiblichen Schüler ersichtlich. Die bei den Berufsfachschulen im Vergleich zu den Berufsschulen wesentlich stärkere relative Zunahme der Zahl der männlichen Schüler läßt sich zum großen Teil daraus erklären, daß mehr und mehr auch die männlichen Jugendlichen Berufe ergreifen, die eine schulische Ausbildung im Vollunterricht vor Eintritt in das Erwerbsleben erfordern; darauf deutet auch der seit 1951 eingetretene Zuwachs der männlichen Berufsfachschüler an der Gesamtzahl der Berufs- und Berufsfachschüler von 1,4 auf 2,7 % hin.

Da die Zahl der Berufsschüler weit größer ist als die Zahl der Berufsfachschüler, wird die Geschlechterproportion der Berufs- und Berufsfachschüler zusammen ausschlaggebend durch die Berufsschüler bestimmt. Es fällt auf, daß in diesem Kreis von Schülern für den gesamten Zeitraum der Betrachtung die männlichen Schüler überwiegen (auf 1000 männliche Jugendliche kamen 924 Mädchen im Jahre 1953 und 832 Mädchen im Jahre 1961). Auffallend ist auch, daß von 1951 bis 1953 der Anteil der Mädchen zu-, später aber ständig abnahm. Eine eindeutige Erklärung für diesen Tatbestand läßt sich nicht geben, da die verschiedensten Einflüsse im Hinblick auf die Zusammensetzung des Kreises der Jugendlichen eine Rolle spielten. Es ist aber zu vermuten, daß die Entwicklung mit den Veränderungen der

Geschlechterproportion der betreffenden Geburtsjahrgänge, der großen Zahl der Einpendler — worunter sich wahrscheinlich mehr männliche als weibliche Berufsschulpflichtige befinden — und der Altersgliederung der Schüler in den Berufs- und Berufsfachschulen zusammenhängt, die im folgenden Abschnitt eingehender besprochen werden soll.

Im Berufsfachschulwesen spielt der private Schulträger seit jeher eine größere Rolle als im Berufsschulwesen. In den vergangenen 10 Jahren war die Zahl der Schüler in privaten Berufsschulen ebenso bedeutungslos wie 1961, gemessen an der Gesamt-

Schulen für technische Zeichner sowie für die Ausbildung auf dem Gebiet der künstlerischen Berufe eine Rolle (Tabelle 2, Seite 264).

Altersgliederung und Schulvorbildung der Berufs- und Berufsfachschüler

Betrachtet man die Altersgliederung der Schüler an den Berufs- und Berufsfachschulen 1961, dann fällt auf, daß mehr als ein Viertel (26,8 %) der Schüler in Berufsfachschulen 19 Jahre und älter war, während der vergleichbare Anteil in den Berufsschulen wesentlich tiefer lag (15,4 %, s. Tabelle 5). Die Aufgliederung dieser 19jährigen und Älteren nach dem Geschlecht zeigt, daß in Berufs- und Berufsfachschulen der Anteil der männlichen Jugendlichen dieser Altersgruppen größer war als der der Mädchen im entsprechenden Alter. Bei den Berufsschülern ist dieser Tatbestand eindeutig eine Folge der Verordnung über das Weiterbestehen der Berufsschulpflicht der kaufmännischen und gewerblichen Lehrlinge (auch Anlernlinge) über das 18. Lebensjahr hinaus auch bei Beginn der Lehre erst nach Vollendung des 18. bis zum 21. Lebensjahr; denn bei Untergliederung der Schüler nach Geburtsjahren und Berufsschularten ergibt sich, daß es sich bei den Schülern der älteren Geburtsjahrgänge im wesentlichen um solche an kaufmännischen und gewerblichen Berufsschulen handelte. Da diese Beobachtung durch frühere Erhebungen bestätigt wird, kann daraus geschlossen werden, daß die männlichen Jugendlichen häufiger als Mädchen nach Abschluß der Mittel- oder Höheren Schule noch eine kaufmännische oder gewerbliche Lehre absolvieren. Der Anteil der 19jährigen und älteren Berufsschüler zeigt trotz rückläufiger Entwicklung der Gesamtzahl der Berufsschüler ab 1958 eine ständige Zunahme (Tabelle 6). Der hohe Anteil der höheren Altersgruppen in den Berufsfachschulen ist dadurch bedingt, daß diese Ausbildungsstätten teilweise höhere Anforderungen hinsichtlich der schulischen Vorbildung stellen als die Berufsschulen. Rund 47 % der Schüler an Berufsfachschulen im Jahre 1961 hatten einen Mittelschul-

Tab. 4
Die Schüler an öffentlichen und privaten Berufsfachschulen in Hamburg in den Jahren 1951 bis 1961

Erhebungsjahre	Zahl der Schüler an Berufsfachschulen				
	insgesamt	davon an			
		öffentlichen		privaten	
		Schulen			
	absolut	%	absolut	%	
	1	2	3	4	5
1951	5 206	3 228	62,0	1 978	38,0
1952	6 454	4 010	62,1	2 444	37,9
1953	7 244	4 692	64,8	2 552	35,2
1954	7 382	4 686	63,5	2 696	36,5
1955	8 068	5 289	65,6	2 779	34,4
1956	8 273	5 262	63,6	3 011	36,4
1957	8 603	5 626	65,4	2 977	34,6
1958	8 787	5 733	65,2	3 054	34,8
1959	8 666	5 613	64,8	3 053	35,2
1960	8 424	5 539	65,8	2 885	34,2
1961	7 293	4 899	67,2	2 394	32,8

zahl der Berufsschüler. Dagegen war die Zahl von 2 394 Schülern in den privaten Berufsfachschulen im Jahre 1961, d. s. rund 33 % der Berufsfachschüler, recht bedeutsam. Wie Tabelle 4 zeigt, haben allerdings die privaten Berufsfachschulen seit 1951 unter größeren Schwankungen an Bedeutung verloren. Sie spielen heute vor allem noch als Handels- und Höhere Handelsschulen, als Fremdsprachenschulen,

Tab. 5
Die Berufs- und Berufsfachschüler in Hamburg nach Alter und Geschlecht (Stand 15. November 1961)

Geburtsjahre	Zahl der Schüler an											
	Berufsschulen						Berufsfachschulen					
	insgesamt		davon				insgesamt		davon			
			männlich		weiblich				männlich		weiblich	
absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1948 und später	1	0,0	—	—	1	0,0	—	—	—	—	—	—
1947	111	0,2	85	0,2	26	0,1	49	0,7	14	0,7	35	0,7
1946	2 514	3,9	1 175	3,2	1 339	4,9	400	5,5	93	4,8	307	5,7
1945	13 824	21,5	7 113	19,2	6 711	24,8	1 595	21,9	394	20,3	1 201	22,4
1944	20 232	31,5	10 702	28,9	9 530	35,1	2 032	27,9	497	25,6	1 535	28,7
1943	17 631	27,5	10 400	28,0	7 231	26,7	1 257	17,2	302	15,5	955	17,9
1942	5 438	8,5	3 884	10,5	1 554	5,7	766	10,5	202	10,4	564	10,5
1941	2 491	3,9	2 006	5,4	485	1,8	499	6,8	154	7,9	345	6,5
1940	1 088	1,7	932	2,5	156	0,6	314	4,3	83	4,3	231	4,3
1939 und früher	855	1,3	770	2,1	85	0,3	381	5,2	203	10,5	178	3,3
Zusammen	64 185	100	37 067	100	27 118	100	7 293	100	1 942	100	5 351	100

abschluß bzw. Mittlere Reife und 3,3 % Hochschulreife. Wie Tabelle 7 zeigt, hängt der Grad der schulischen Vorbildung eng mit der Berufsfachschulart zusammen.

Die relative Zahl der männlichen und weiblichen Berufsfachschüler mit Mittelschulabschluß bzw. Mittlerer Reife ist in den letzten 10 Jahren an den

öffentlichen und privaten Lehranstalten von rd. 27 % auf 47 % gestiegen, während die absolute Zahl der Schüler mit weniger als Mittelschulabschluß oder Mittlerer Reife sich nicht wesentlich gegenüber 1951 verändert hat. Die starke Veränderung in der Gliederung der Berufsfachschüler nach der Vorbildung ging also gleichzeitig mit der Erhöhung der Schülerzahlen an diesen Schulen seit 1951 vor sich (s. Sondertabelle „Die Schüler an den Hamburger Berufsfachschulen nach der schulischen Vorbildung 1951 bis 1961“ auf Seite 280).

Tab. 6
Anteil der 19jährigen und älteren Berufsschüler in Hamburg in den Jahren 1951 bis 1961

Erhebungsjahre	Zahl der Schüler		
	insgesamt	darunter	
		19 Jahre und älter	
		absolut	%
1951	60 643		
1952	66 930	6 488	9,7
1953	64 349	7 105	11,0
1954	63 911	7 749	12,1
1955	62 229	7 436	11,9
1956	67 990		
1957	68 865	8 383	12,2
1958	71 318	7 817	11,0
1959	69 672	9 181	13,2
1960	68 124	10 115	14,8
1961	64 185	9 872	15,4

Arbeitsverhältnis und Beruf der Berufs- und Berufsfachschüler

Betrachten wir die Aufgliederung der unter Lehr- bzw. einem sonstigen Ausbildungsvertrag stehenden Schüler an den Berufsschulen nach dem Wirtschaftszweig der Arbeitsstätte bzw. dem Beruf, dann ergibt sich, daß die gewerblichen, teilweise mit schwerer körperlicher Arbeit verbundenen Berufe (Bau-, Metall- und Holzbearbeitungsberufe, Elektriker) erwartetermaßen ganz überwiegend von männlichen Jugendlichen gewählt werden, während bei Textil-, Bekleidungs- und hauswirtschaftlichen Berufen sowie auch vor allem in kaufmännischen Fächern die weib-

Tab. 7
Die Schüler an den Berufsfachschulen in Hamburg nach Geschlecht und Vorbildung (Stand 15. November 1961)

Berufsfachschularten	Zahl der Schüler						
	insgesamt	davon mit					
		Hochschulreife		Mittelschulabschluß oder mittlerer Reife		weniger als Mittelschulabschluß	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%
1	2	3	4	5	6	7	
Öffentliche Berufsfachschulen							
Handels- und Höhere Handelsschulen	3 055	73	2,4	1 486	48,6	1 496	49,0
Gewerbliche Berufsfachschulen	363	5	1,4	143	39,4	215	59,2
Haushaltungsschulen	757	—	—	147	19,4	610	80,6
Kinderpflegerinnen-schulen	456	1	0,2	239	52,4	216	47,4
Frauenfachschule	127	—	—	127	100,0	—	—
Berufsfachschule für technisches Zeichnen	122	—	—	108	88,5	14	11,5
Berufsfachschule für Blinde u. Sehbehinderte	19	—	—	1	5,3	18	94,7
Zusammen	4 899	79	1,6	2 251	46,0	2 569	52,4
Private Berufsfachschulen							
Handels- und Höhere Handelsschulen	1 069	10	0,9	261	24,4	798	74,7
Fremdsprachenschulen ..	535	83	15,5	435	81,3	17	3,2
Gewerbliche Berufsfachschule	121	—	—	114	94,2	7	5,8
Haushaltungsschule	19	—	—	2	10,5	17	89,5
Kinderpflegerinnenschule	48	—	—	48	100,0	—	—
Berufsfachschulen für technisches Zeichnen ..	168	7	4,2	59	35,1	102	60,7
Chemieschulen	54	1	1,9	53	98,1	—	—
Berufsfachschulzweig der Werkberufsschule der Alsterdorfer Anstalten	30	—	—	2	6,7	28	93,3
Kunstschulen	140	28	20,0	97	69,3	15	10,7
Schauspielschulen und Schulen für Tanz und Körperbildung	140	24	17,1	82	58,6	34	24,3
Musikschulen	70	8	11,4	32	45,7	30	42,9
Zusammen	2 394	161	6,7	1 185	49,5	1 048	43,8

lichen Jugendlichen überwiegen. Auffallend ist allerdings die hohe absolute Zahl der im Bau- und Metallverarbeitenden Gewerbe tätigen Mädchen; es handelt sich hierbei überwiegend um Bau- und Technische Zeichnerinnen. Der Anteil der ungelerten männlichen und weiblichen Arbeiter, der mit-helfenden Familienangehörigen sowie Berufs- und Arbeitslosen beträgt mit 8 285 heute noch rund 13 % der Jugendlichen, die die Berufsschule besuchen, darunter 1 115 Mädchen, die in der Hauswirtschaft, und weitere 3 197, die in sonstigen nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsbereichen, also insbesondere in der Industrie, tätig sind.

Hinsichtlich der Aufgliederung nach Berufen ist das statistische Material für die letzten 10 Jahre leider nicht lückenlos und, soweit es vorhanden ist, auch nicht immer vergleichbar. Soviel läßt sich aber doch sagen, daß die Zahl der Berufsschüler, die als Lehrlinge, Anlernlinge und Praktikanten im Bau-, Holzverarbeitungs-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe tätig waren, zurückgegangen ist, während die Zahl der Schüler mit kaufmännischen und Verwaltungsberufen seit 1952 gestiegen ist. So wurden 1961 über 43 % aller Jugendlichen in festem Vertragsverhältnis in einem derartigen Beruf ausgebildet.

Insgesamt 85 % der Berufsschüler haben heute einen Ausbildungs- oder Lehrvertrag. Bei den Mädchen liegt der Anteil der Jugendlichen in sonstigen Arbeitsverhältnissen — also ohne Lehr- oder Ausbildungsvertrag in irgendeiner Form — mit 24 % etwas höher als bei den männlichen Jugendlichen (9 %); das ergibt sich z. T. auch daraus, daß die Jungangestellten in kaufmännischen Berufen, die ihre Ausbildung in einer Handels- oder Höheren Handelsschule erhielten, aber das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, noch berufsschulpflichtig und in der Gruppe der Jugendlichen mit sonstigen Arbeitsverhältnissen enthalten sind (rd. 6 % aller weiblichen Berufsschulpflichtigen).

Tab. 8
Die Lehrlinge, Anlernlinge, Angelernte, Praktikanten und Jungangestellten an den Hamburger Berufsschulen nach Geschlecht und Wirtschaftsbereichen sowie Berufsgruppen (Stand 15. November 1961)

Berufsgruppen	Schüler					
	insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
	1	2	3	4	5	6
Landwirtschaftliche, Forst- und Fischereiberufe	43	0,1	32	0,1	11	0,0
Ländliche Hauswirtschaftsberufe	11	0,0	—	—	11	0,0
Gartenbauberufe	199	0,4	163	0,5	36	0,2
Bauberufe	3 357	6,0	3 096	9,2	261	1,2
Metallberufe	11 833	21,2	11 300	33,4	533	2,4
Elektrikerberufe	3 396	6,1	3 377	10,0	19	0,1
Holzbearbeitungsberufe	770	1,4	742	2,2	28	0,1
Textil- und Bekleidungsberufe	1 298	2,3	171	0,5	1 127	5,1
Nahrungs- und Genussmittelberufe	2 088	3,7	1 442	4,3	646	2,9
Übrige gewerbliche Berufe	6 164	11,0	3 208	9,5	2 956	13,4
Hauswirtschaftliche Berufe	69	0,1	—	—	69	0,3
Kaufmännische Berufe	23 502	42,1	9 388	27,8	14 114	63,8
Sonstige Berufe	1 587	2,8	842	2,5	745	3,4
Jungangestellte in kaufmännischen Berufen	1 578	2,8	—	—	1 578	7,1
Zusammen	55 895	100	33 761	100	22 134	100

Die Zahl der Lehrlinge, Anlernlinge und Praktikanten beiderlei Geschlechts mit Vertrag hat unter den Berufsschülern — abgesehen von 1961 — in den letzten 10 Jahren ständig zugenommen. Inwieweit sich ab 1961 ein Umschwung in der Entwicklungsrichtung ankündigt, läßt sich noch nicht absehen (s. Sondertabelle „Die Schüler an den Hamburger Berufsschulen nach der Stellung im Beruf bzw. zum Erwerbsleben 1951 bis 1961“ auf Seite 280).

Auch in der Berufswahl der Berufsfachschüler zeigt sich deutlich das schon bei den Schülern der Berufsschulen beobachtete besondere Interesse für kaufmännische und allgemeine Büro- und Verwaltungsberufe. Dem Charakter der Berufsfachschulen entsprechend tritt an diesen Schulen die Ausbildung für gewerbliche Berufe zugunsten der Hauswirtschafts- und Haushaltsberufe, der Kinderpflegerinnen- und -betreuungsberufe zurück. Außerdem spielt die Ausbildung für künstlerische Berufe sowie vor allem auch der Fremdsprachenkorrespondenten, Übersetzer und Dolmetscher hier eine große Rolle (s. Tabelle 9).

Tab. 9
Die Berufsfachschüler in Hamburg nach Geschlecht und Beruf (Stand 15. November 1961)

Berufe (Fachrichtung)	Zahl der Berufsfachschüler		
	insgesamt		darunter weiblich
	absolut	%	absolut
Metallberufe (einschließlich Metallfeinbauer)	36	0,5	5
Elektriker (auch Elektromaschinen- und Elektroapparatebauer)	121	1,7	3
Chemiefachwerker (ohne Chemiker und Chemotechniker)	54	0,7	42
Holzbearbeitungsberufe u. zugehörige Berufe	20	0,3	—
Lichtbildner, Drucker u. verwandte Berufe (auch technische Zeichner)	290	4,0	201
Textilnäher und Handschuhmacher	136	1,9	136
Gaststättenberufe	25	0,3	13
Hauswirtschafts- und Haushaltsberufe	872	12,0	872
Kinderpflegerinnen, Kindergärtnerinnen	565	7,7	565
Verwaltungs- und allgemeine Büroberufe (einschl. kaufm. Berufe)	3 599	49,3	2 578
Dolmetscher, Übersetzer (einschl. Fremdsprachenkorrespondenten)	535	7,3	486
Künstlerische Berufe	434	6,0	276
Sonstige Berufe	606	8,3	174
Zusammen	7 293	100	5 351

Da die Ergebnisse der Erhebungen in den letzten 10 Jahren sich hinsichtlich der Berufe — wie auch bei den Berufsschulen schon erwähnt — nicht lückenlos und vergleichbar ineinanderfügen und die absolute Zahl der betrachteten Fälle im Vergleich mit den Berufsschulen recht klein und daher gleich viel eher vom Zufall beeinflusst ist, muß die Ausdeutung des vorliegenden statistischen Materials recht vorsichtig vorgenommen werden. Hinsichtlich der Veränderungen in der Berufswahl der Berufsfachschüler

lassen sich nur wenige relativ eindeutige Entwicklungslinien für den Ablauf des letzten Jahrzehnts erkennen. Bezogen auf die Gesamtheit der in Berufsfachschulen erlernbaren Berufe, hat der Anteil der Kinderpflegerinnen und Kindergärtnerinnen, der Fremdsprachenkorrespondenten, Übersetzer und Dolmetscher auf Kosten der kaufmännischen und allgemeinen Büro- und Verwaltungsberufe in den letzten Jahren etwas zugenommen.

Für langfristige Planungen von Verwaltung und Wirtschaft ist auch die Zahl der Berufsfachschüler,

die in jedem Jahr in den einzelnen Berufen die Ausbildung beenden und in das Erwerbsleben eintreten, von besonderer Bedeutung. Wie die Befragung der Schulen ergeben hat, werden 4 840 Jugendliche im Laufe des Jahres 1962 die Berufsfachschule verlassen, darunter 50 % in kaufmännischen oder allgemeinen Büro- und Verwaltungsberufen, 16 % in Hauswirtschafts- und Haushaltsberufen ausgebildete Jugendliche sowie 10 % Fremdsprachenkorrespondenten und Dolmetscher.

Barbara Winkler

Der Hamburger Fischmarkt 1961

Eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der Hamburger Fischwirtschaft und des Hamburger Fischmarktes bis zum Jahre 1955 erschien im Rahmen dieser Veröffentlichungsreihe in Heft 23 des Jahrgangs 1956. Der folgende Beitrag soll einen kurzen Überblick über die weitere Entwicklung der Anlandungen und des Fischmarkts in Hamburg geben.

Rechtliche Grundlage für die Statistik der Fischereifangergebnisse ist das Gesetz über eine Fischereistatistik vom 21. Juli 1960¹⁾, das mit Wirkung vom 1. Oktober 1960 an die Stelle der bis dahin geltenden Vorschriften²⁾ getreten ist. Es handelt sich um eine Bundesstatistik, für die von den Inhabern der Fischereibetriebe nach Abschluß jeder Fangreise eine Meldung abzugeben ist, die Angaben über das Fahrzeug, das Fanggerät, die Reise, das Fanggebiet und die Art der Verarbeitung an Bord enthält. Angaben über das Fangergebnis und die Absatzart sind hingegen von der Fischmarktverwaltung zu machen. Bei Anlandungen der Küstenfischerei, Anlandungen deutscher Fahrzeuge in ausländischen Häfen und Direktanlandungen ausländischer Fahrzeuge in der Bundesrepublik ist nur ein Teil der Angaben erforderlich.

Die nachstehende Darstellung geht von den Unterlagen der Fischmarktverwaltung aus, für die weniger die Fangleistung, wie sie in der Bundesstatistik erfaßt wird, als vielmehr die am Markt zur Versteigerung kommende Menge von Bedeutung ist. Dementsprechend sind in den nachstehenden Zahlen nicht enthalten: die Deputate an Besatzungsmitglieder, für die in der Bundesstatistik im Durchschnitt 10 kg pro Kopf und Reise berechnet werden, die an Bord vorgenommenen Zubereitungen (Tran, Leber, Faßheringe), die direkt an den Abnehmer abgegeben werden, ferner derjenige Teil der Anlandungen der Elb- und Küstenfischerei, der am Sonntagvormittag auf dem St.-Pauli-Fischmarkt freihändig verkauft werden darf, sowie die Selbstentnahmen.

Die Anlandungen

Im Jahre 1961 wurden dem Fischmarkt Hamburg-Altona 37 852 t Fische zugeführt, die einen Gesamterlös von 23,9 Mio DM erbrachten. Von diesen Gesamtzufuhren³⁾ entfielen 70,8 % auf Dampferanlan-

dungen, 18,5 % auf Anlandungen von Hochseekuttern, 1,3 % auf Loggeranlandungen, 0,3 % auf Anlandungen der Elb- und Küstenfischerei und 9,1 % auf sog. Einsendungen, d. h. auf Fische, die an einem anderen Platz angelandet und am Hamburger Fischmarkt zur Auktion gestellt wurden (z. B. Anlandungen an der Ostküste Schleswig-Holsteins). Gegenüber dem Vorjahr ergab sich damit ein weiterer Rückgang der Anlandungen, wie er seit mehreren Jahren für Hamburg, aber auch für die übrigen deutschen Fischmärkte — allerdings nicht in diesem Ausmaß — zu beobachten ist.

Die Anlandungen am Hamburger Fischmarkt sind mengenmäßig von 1955 bis 1961 auf etwa ein Drittel zurückgegangen und betragen nur noch etwas mehr

¹⁾ BGBl. I, S. 589. — ²⁾ Gesetz über die Statistik der Fischereifangergebnisse vom 6. Juli 1938 (RGBl. I, S. 789) und erste VO zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes über die Statistik der Fischereifangergebnisse vom 15. Juli 1938 (RGBl. I, S. 977) nebst Ausführungs-AO hierzu vom 30. Januar 1950 (BANz. Nr. 33 vom 16. Februar 1950) sowie Ausführungsbestimmungen und Ausführungsanweisungen zu dieser Verordnung.

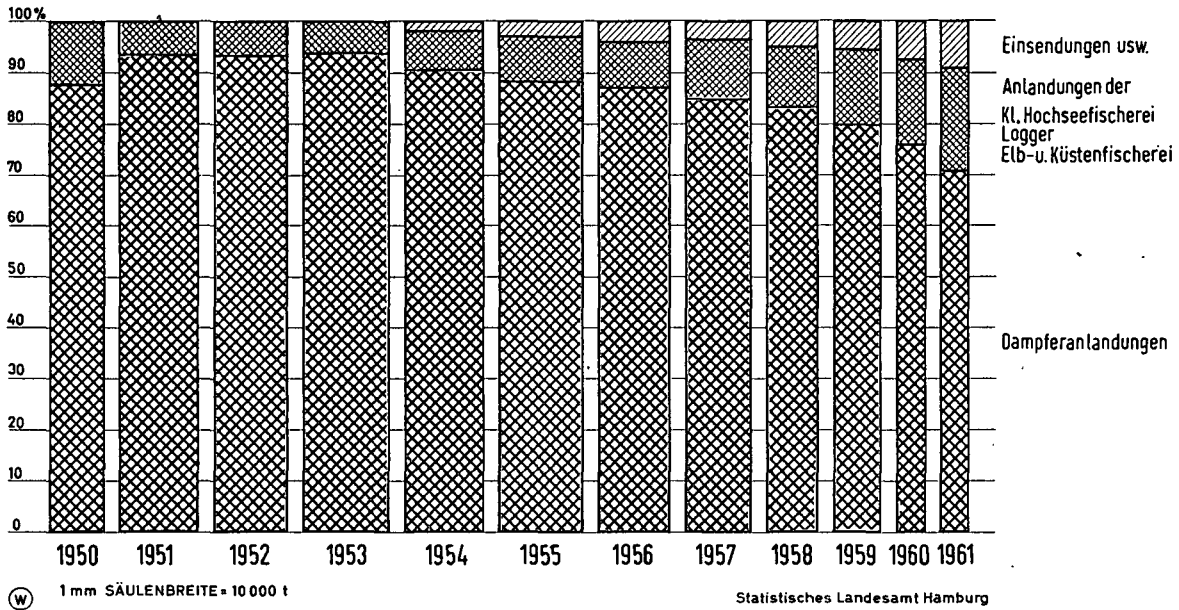
³⁾ Die Große Hochseefischerei wird mit Fischdampfern (Trawler) betrieben, die mit Kohlen-, Ölfeuerung oder Motorantrieb ausgerüstet sind. Die Durchschnittsgröße der Dampfer ist durch den Zugang größerer und den Abgang kleinerer Schiffe laufend angestiegen und liegt heute bei etwa 600 BRT. Dabei ist zu bemerken, daß alle in der Bundesrepublik seit 1956 in Dienst gestellten Einheiten größer als 600 BRT sind. Ein Viertel dieser Neubauten ist sogar über 900 BRT groß. Mit steigender Größe der Einheiten nimmt auch der Aktionsradius zu, der heute bis Neufundland und Labrador reicht. Mit Rücksicht auf die lange Reisedauer und zur Steigerung der Rentabilität ist es erforderlich und durch die Größe der Einheiten möglich, in zunehmendem Maße Tiefkühl-, Fischmehl-, Ölgewinnungsanlagen sowie Verarbeitungsmaschinen (Filetiermaschinen) an Bord einzubauen. Als Fanggerät dienen Grundschnepnetze, wobei sich das für den Heringsfang verwendete Netz durch engere Maschen und zusätzliche Höhenscherbretter von dem Schnepnetz für die übrigen Fischarten unterscheidet. Durch die Höhenscherbretter wird das Netz weiter geöffnet und zugleich vom Meeresboden abgehoben, wodurch ein ergiebiger und reinerer Heringsfang ermöglicht wird. Bedingt durch die Anpassung an die Standortveränderungen der Heringschwärme wird heute in der Dampferhochseefischerei z. T. das Schwimmschnepnetz (pelagisches Heringsnetz, Schwimmtrawl) angewendet.

Die Große Heringsfischerei wird von Loggern ausgeübt, die ihre Standorte in Bremen-Vegesack, Leer, Emden und Glückstadt haben. Die Logger sind Motorfahrzeuge und haben eine durchschnittliche Größe von 240 BRT (etwa 660 Br. cbm), sind also etwa ein Drittel so groß wie die Fischdampfer und für den Heringsfang in der Nordsee und vor der norwegischen Küste vorgesehen. Die Gr. Heringsfischerei wird aber nicht mit dem Schnepnetz, sondern mit dem Treibnetz (Fleet) ausgeübt. Die Heringe werden an Bord sofort ausgenommen, gesalzen und als Faßheringe in den oben genannten Häfen angelandet und in den Handel gebracht. Der Absatz findet somit außerhalb der Auktionen auf den Fischmärkten statt. Soweit Anlandungen von Logger in Hamburg verzeichnet sind, handelt es sich um Fänge meist außerhalb der Heringsaison mit dem Grundschnepnetz wie in der Großen Hochseefischerei.

Die Kleine Hochseefischerei wird durch Hochseekutter mit Motorantrieb ausgeübt, deren Durchschnittsgröße in Hamburg etwa 140 Br. cbm beträgt, also etwa ein Fünftel der Größe der Logger ausmacht. Sie befischen den südlichen Teil der Nordsee, den Skagerak, das Kattegat und den westlichen Teil der Ostsee mit dem Grundschnepnetz und teilweise auch mit dem Schwimmtrawl.

Die Elb- und Küstenfischerei benutzt offene Boote, meist mit Motorantrieb, die in den Küstengewässern (einschl. der Elbe) den Fischfang hauptsächlich mit Harnen (durch einen Holzrahmen offenehaltener Netzsack) und Reusen ausüben. Von den angelandeten Fischen wird nur ein Teil zur Auktion gestellt.

Schaubild 1
Die Zufuhren zum Fischmarkt Hamburg-Altona nach Zufuhrarten 1950 bis 1961



Tab. 1
Die Anlandungen und Auktionserlöse am Fischmarkt Hamburg-Altona nach Zufuhrarten 1956 bis 1961

Zufuhrarten	1956 ¹⁾	1957 ¹⁾	1958	1959	1960	1961
	1	2	3	4	5	6
Zahl der Reisen						
Deutsche Fischdampfer	647	560	485	416	290	212
Ausländische Fischdampfer	12	8	1	—	1	3
Deutsche Logger	19	24	38	56	31	8
Deutsche Hochseekutter	767	795	837	843	1 042	982
Ausländische Hochseekutter	57	79	7	30	41	76
Insgesamt	1 502	1 466	1 368	1 345	1 405	1 281
Anlandungen in 1000 kg						
Deutsche Fischdampfer	83 421,4	73 565,8	56 442,0	49 829,8	33 992,5	26 396,9
Ausländische Fischdampfer	702,2	260,3	123,7	—	100,0	405,8
Deutsche Logger	1 015,6	1 319,1	2 275,6	3 298,6	1 871,9	490,3
Deutsche Hochseekutter	5 612,2	5 934,2	5 227,9	4 499,8	3 886,2	3 884,4
Ausländische Hochseekutter	1 667,4	2 665,2	209,5	1 086,9	1 527,7	3 116,8
Elb- und Küstenfischerei	273,4	261,8	212,7	188,4	145,9	103,3
Einsendungen und Einstellungen	3 810,6	2 927,7	3 314,9	3 354,5	3 329,0	3 454,3
Insgesamt	96 502,8	86 934,1	67 806,3	62 258,0	44 853,2	37 851,8
Auktionserlöse in 1000 DM						
Deutsche Fischdampfer	32 183,0	26 113,8	25 683,1	21 844,6	16 302,2	15 081,5
Ausländische Fischdampfer	338,1	145,8	50,5	—	74,0	240,8
Deutsche Logger	403,4	448,2	812,4	1 184,3	669,7	212,6
Deutsche Hochseekutter	3 903,2	4 641,0	4 929,5	4 427,2	4 866,3	4 744,0
Ausländische Hochseekutter	849,8	1 233,0	109,4	470,0	712,5	1 390,7
Elb- und Küstenfischerei	133,0	135,9	148,1	116,9	83,4	146,6
Einsendungen und Einstellungen	1 614,4	1 446,2	1 895,7	2 144,5	2 089,9	2 126,9
Insgesamt	39 424,9	34 163,9	33 628,7	30 187,5	24 798,0	23 943,1
Durchschnittspreis je kg in Pf						
Deutsche Fischdampfer	38,6	35,5	45,5	43,8	48,0	57,1
Ausländische Fischdampfer	48,1	56,0	40,8	—	74,0	59,3
Deutsche Logger	39,7	34,0	35,7	35,9	35,8	43,4
Deutsche Hochseekutter	69,5	78,2	94,3	98,4	125,2	122,1
Ausländische Hochseekutter	51,0	46,3	52,2	43,2	46,6	44,6
Elb- und Küstenfischerei	48,6	51,9	69,6	62,0	57,2	141,9
Einsendungen und Einstellungen	42,4	49,4	57,2	63,9	62,8	61,6
Insgesamt	40,9	39,3	49,6	48,5	55,3	63,3

¹⁾ Deutsche Hochseekutter einschl. indirekter Anlandungen.
Anmerkung: Abweichungen in den Zahlenangaben der einzelnen Tabellen sind auf Rundungen zurückzuführen.

als die Hälfte der Anlandungen von 1950. Die Entwicklung ist sowohl bei den Dampfer- als auch den Kutteranlandungen aufgetreten. Während der Gesamterlös der Großen Hochseefischerei gegenüber 1955 auf etwa die Hälfte absank, hält er sich seit 1957 bei der Kleinen Hochseefischerei (deutsche Fischkutter) auf dem gegenüber den Vorjahren relativ hohen Niveau von 4,5 bis 5 Mio DM. Zusammen mit den ausländischen Kuttern wurde 1961 erstmals ein Auktionserlös über 6 Mio DM erzielt. Diese unterschiedliche Entwicklung der Erlöse in der Dampfer- und Kutterfischerei schlägt sich auch in der Zahl der Fangreisen nieder, die bei den Dampfern von 679 im Jahre 1955 auf 215 im Jahre 1961 zurückgegangen sind, während bei den Hochseekuttern die Zahl der Reisen von 811 auf 1 058 deutlich ansteigen ist (Tabelle 1).

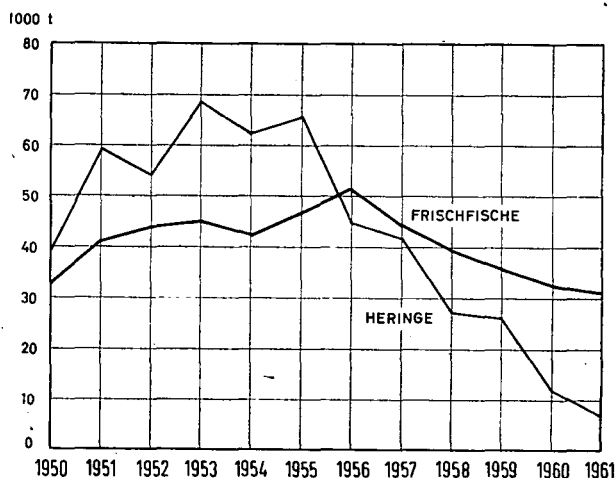
Der Rückgang der Dampfer- und auch der Gesamtanlandungen ist in erster Linie auf die seit 1956 von Jahr zu Jahr geringeren Ergebnisse der Heringsfischerei zurückzuführen (Schaubild 2)⁴⁾. Diese machen 1961 noch etwa ein Zehntel der Anlandungen von 1955 aus, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß über die Hälfte der Heringsfänge 1961 auf Anlandungen ausländischer Fahrzeuge, meist Hochseekutter, entfällt (Sondertabelle auf Seite 281, oben). Obwohl auch die Frischfischanlandungen das hohe Niveau, das sie in den Jahren 1952 bis 1957 erreichten, nicht halten konnten, ist der Rückgang hier wesentlich geringer. Die angelandete Menge betrug 1961 zwei Drittel der Anlandungen von 1955 und entsprach etwa der von 1950.

Die Gliederung der Reisen nach Fanggebieten zeigt, abgesehen von der mit dem Rückgang der Heringsfänge zusammenhängenden Abnahme der Reisen in die Nordsee und den Kanal (1955: 424, 1961: 28), auch in Hamburg eine allmähliche Verschiebung zugunsten der sog. Fernreisen nach Grönland, Neufundland und Labrador. So entfielen auf diese Fanggebiete, von denen bei Grönland erst seit 1955 und bei Neufundland/Labrador erst seit 1958 intensiver gefischt wird, 1961 rd. 41 % der Anlandungen gegenüber knapp 10 % im Jahre 1955 (Tabelle 2).

Der Rückgang der Heringsanlandungen ist eine Erscheinung, die nicht nur in Hamburg, sondern auch an den übrigen deutschen Fischmärkten festzustellen

Schaubild 2

Die Anlandungen in Hamburg nach Frischfischen und Heringen 1950 bis 1961



⊙

Statistisches Landesamt Hamburg

ist. An allen Fischmärkten zusammen gingen die Heringsanlandungen von 1955 bis 1961 auf 37 %, in der Dampferhochseefischerei sogar auf 18 % der Anlandungen von 1955 zurück. Ähnlich wie in der Landwirtschaft ist der Ausfall des Jahresergebnisses wesentlich von Komponenten abhängig, die sich unmittelbarem menschlichem Einfluß entziehen oder sich erst zum Teil unserer genaueren Kenntnis erschlossen haben, obwohl die Fischereiforschung zunehmend Aufschluß über Altersaufbau und Wachstumsgeschwindigkeit der Bestände, über ihre Abhängigkeit von Nährgehalt, Strömung und Temperatur des Wassers und vom Klima sowie über die Einwirkungen dieser Faktoren auf Laichzeit und -ort, den Zeitpunkt und Weg der Wanderung zu Laich- und Weideplätzen, das Verhalten der Schwärme im Tagesablauf (Aufsteigen und Absinken), die Auswirkungen einer Überfischung auf die Bestände usw. liefert. Die schlechten Ergebnisse der Heringsfischerei in den letzten Jahren hängen nun offensichtlich mit

⁴⁾ Eine wesentliche Rolle spielt auch die Verringerung des Flottenbestandes. Sie hängt unmittelbar mit dem hamburgischen fischwirtschaftlichen Förderungsprogramm (Rahmenprogramm) zusammen, aus dem sich im Interesse der Wiederherstellung der Rentabilität der Reedereien eine beschleunigte Abwrackaktion vor Anlaufen der Neubaution ergab.

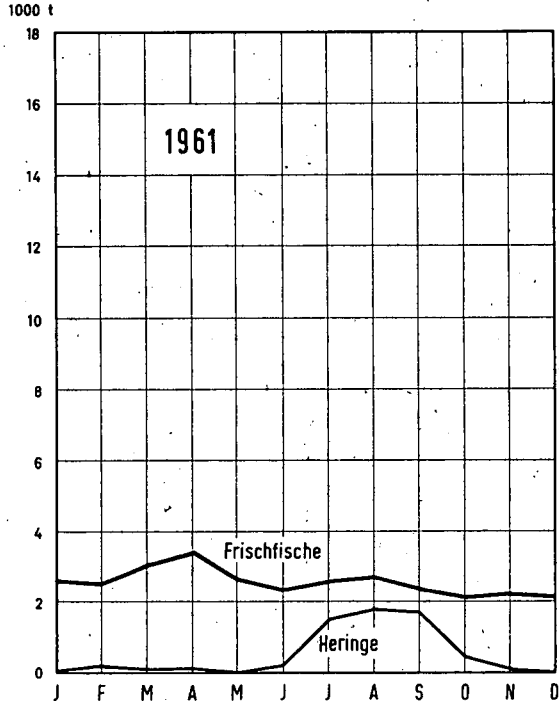
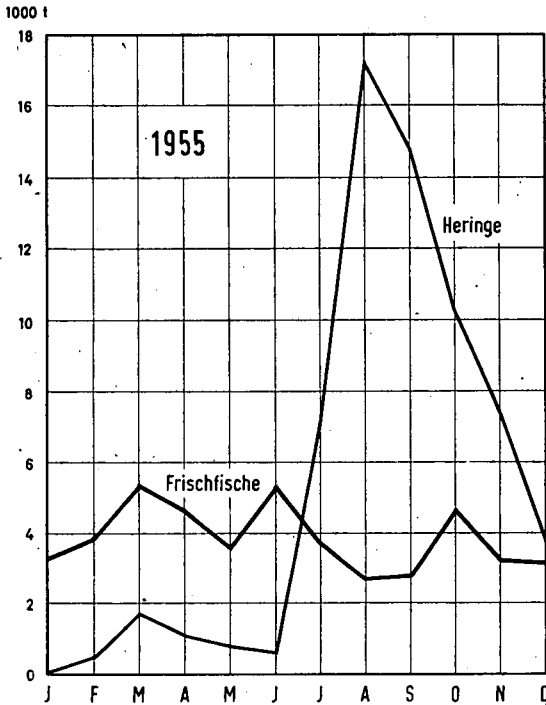
Tab. 2

Die Anlandungen der deutschen Fischdampfer am Fischmarkt Hamburg-Altona nach Fanggebieten 1956 bis 1961

Fanggebiete	1956		1957		1958		1959		1960		1961	
	1000 kg	%	1000 kg	%	1000 kg	%	1000 kg	%	1000 kg	%	1000 kg	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Nordsee	41 734,8	50,0	41 412,3	56,3	26 017,6	46,1	22 062,6	44,3	9 908,9	29,2	2 819,0	10,7
Kanal	4 256,9	5,1	3 438,4	4,7	1 236,9	2,2	900,6	1,8	3,6	0,0	—	—
Irische See	—	—	—	—	2 293,5	4,1	1 038,8	2,1	487,9	1,4	—	—
Island	12 565,2	15,1	9 598,2	13,1	11 788,0	20,9	10 221,1	20,5	7 613,4	22,4	6 701,4	25,4
Färöer	702,3	0,8	3 930,8	5,3	1 553,0	2,7	1 959,1	3,9	985,7	2,9	1 170,7	4,4
Norwegische Küste	5 289,0	6,3	2 783,0	3,8	3 174,8	5,6	2 130,8	4,3	1 368,4	4,0	986,9	3,7
Bäreninsel	2 582,5	3,1	1 702,3	2,3	610,6	1,1	—	—	—	—	—	—
Barentssee	579,9	0,7	467,2	0,6	150,2	0,3	—	—	—	—	—	—
Spitzbergen	223,9	0,3	675,9	0,9	—	—	—	—	—	—	—	—
Grönland	8 899,5	10,7	5 523,2	7,5	3 690,4	6,5	5 231,5	10,5	7 590,0	22,3	10 046,8	38,1
Neufundl./Labrad.	—	—	—	—	1 269,3	2,2	3 627,5	7,3	1 478,2	4,4	738,5	2,8
Mischreisen	6 587,4	7,9	3 611,6	4,9	3 995,2	7,1	1 703,1	3,4	4 005,9	11,8	2 868,5	10,9
Versch.Fanggebiete	—	—	422,9	0,6	662,5	1,2	954,7	1,9	550,5	1,6	1 065,1	4,0
Insgesamt	83 421,4	100	73 565,8	100	56 442,0	100	49 829,8	100	33 992,5	100	26 396,9	100

Schaubild 3

Die monatlichen Anlandungen in Hamburg nach Frischfischen und Heringen 1955 und 1961



Statistisches Landesamt Hamburg

der Schwierigkeit des Problems zusammen, die Fangmethoden der deutschen Fangflotte den durch die naturbedingten Veränderungen der Fischbestände und -standorte hervorgerufenen neuen Fangverhältnissen anzupassen.

Durch den Ausfall der Heringsanlandungen ist das Gesamtergebnis in Hamburg um so mehr betroffen, als der Anteil der Heringsanlandungen an den Gesamtanlandungen in Hamburg stets höher lag als an den anderen Märkten⁵⁾. Aus diesem Grunde ist Hamburg auch während der Heringssaison immer auf Anlandungen auswärtiger Dampfer angewiesen. So stammten z. B. im Jahre 1953, dem Jahr der höchsten Heringsanlandungen in Hamburg nach dem Kriege, 24 % der gesamten Dampferanlandungen von auswärtigen Dampfern, 1961 waren es nur noch 7,7 %.

Tatsächlich war aber der Saldo zwischen den Anlandungen auswärtiger Fahrzeuge in Hamburg und den Anlandungen Hamburger Fahrzeuge in anderen Häfen für Hamburg meist negativ, und zwar für Dampfer mit Ausnahme der Jahre 1952 bis 1955 und für Kutter mit Ausnahme der Jahre 1960 und 1961, in denen hohe Anlandungen ausländischer Kutter bei gleichzeitiger Abnahme der Anlandungen Hamburger Hochseekutter in fremden Häfen zu verzeichnen waren (Sondertabelle auf Seite 281, Mitte). Die Entwicklung der Anlandungen in Hamburg und den anderen Seefischmärkten seit 1924 geht aus der Sondertabelle auf Seite 281, unten, hervor.

Den jahreszeitlichen Ablauf der Anlandungen, getrennt nach Heringen und Frischfischen, zeigt Schaubild 3. Sehr ausgeprägt stellt sich die Heringssaison im Jahre 1955 und — wenn auch im ganzen zusammengeschrumpft — im Jahre 1961 dar, während die

Frischfischanlandungen jeweils relativ gleichmäßig über das ganze Jahr verteilt sind. Die Zusammensetzung der Fänge nach Fischarten hat sich mit dem Schwinden der Heringsanlandungen selbstverständlich immer weiter zugunsten der übrigen Fischarten verschoben. So entfiel 1961 rd. die Hälfte der Anlandungen auf Rotbarsch, obwohl dieser Fisch seit 1951 in verhältnismäßig gleichbleibenden Mengen angelandet wird (Sondertabelle auf Seite 282).

Der starke Anstieg des erzielten Durchschnittspreises je kg der Gesamtanlandungen (Tab. 1, S. 269) bei den deutschen Hochseekütern ist weniger auf höhere Preise für die einzelnen Fischarten (Sondertabelle auf Seite 283, oben), als vielmehr auf relativ stärkere Anlandungen von teureren Fischarten wie Scholle und Seezunge bei gleichzeitigem Rückgang des Heringsfangs zurückzuführen. Das letztgenannte Moment führt auch für die Gesamtanlandungen zu einer Erhöhung des Durchschnittspreises. Der von der Elb- und Küstenfischerei im Jahre 1961 erzielte hohe Durchschnittspreis hat seine Ursache in erster Linie in der Verdoppelung der Anlandungen im vergangenen Jahr. Die geringen Gesamtauktionserlöse der Elb- und Küstenfischerei im Jahre 1960 sind wesentlich durch die geringen Aal-, Elbutt- und Stintanlandungen bedingt.

Obwohl die Anlandungen und der Erlös je Reise ohne Kenntnis der Kostenentwicklung nur einen ungenügenden Anhalt über die Rentabilität der Fangflotte geben können, ist es interessant, die Entwicklung zu verfolgen. Die höchsten Fangmengen je Reise zwischen 140 t und 150 t wurden in der großen Hochseefischerei in den Jahren 1951 bis 1955 erzielt.

⁵⁾ „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1956, Heft 23, S. 236.

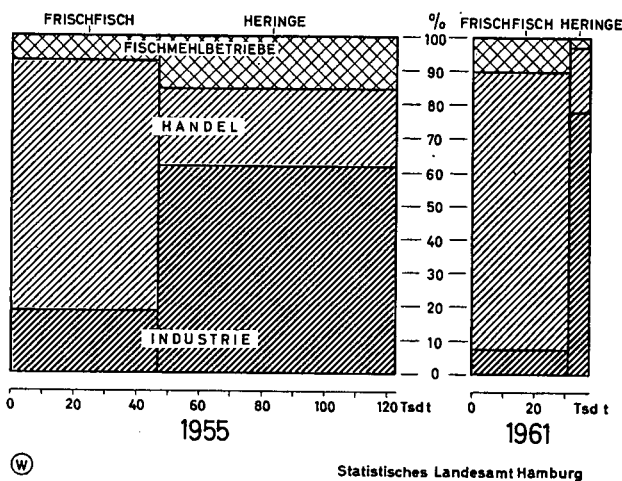
Der Erlös je Reise hat sich dagegen von 1950 bis 1961 mehr als verdoppelt. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings der höhere Anteil der Fernreisen, die nur bei einem höheren Erlös je Reise lohnend sind. Betrachten wir den Erlös je Reise nach Fanggebieten, so liegt er für die Nordsee seit 1959 unter 40 000 DM und hat sich überhaupt ungünstiger entwickelt als bei den Reisen nach den übrigen Fanggebieten. Der durchschnittliche Ertrag der Reisen nach Grönland brachte im Jahre 1961 rd. 89 000 DM und ist gegenüber den Vorjahren nicht unbedeutend gestiegen (Sondertabelle auf Seite 283, unten) ⁶⁾.

Ein besserer Anhalt über die Entwicklung der Erträge ergibt sich nach Ausschaltung der unterschiedlich langen Reisedauer durch die Berechnung der Fangmenge und des Erlöses je Reisetag (Sondertabelle auf Seite 284, oben). Während Hamburg bis 1954 hinter Cuxhaven noch an zweiter Stelle lag, ist es seit 1955/56 hinter Bremerhaven zurückgefallen. Obwohl die Fangmenge je Reisetag weiterhin rückläufig war, ist im Erlös je Reisetag im Jahre 1961 für alle Häfen — in den Nordseehäfen erstmals seit 1958 — eine Zunahme zu verzeichnen.

Der Absatz am Fischmarkt und die Versorgung der Fischindustrie

Der Kreis der Käufer von Heringen und Frischfischen zeigt sehr auffallende Unterschiede. Während die Heringe in der Regel zu zwei Dritteln von der Fischindustrie aufgenommen werden — seit 1956 beträgt der Anteil meist über 70 % — und nur ein Fünftel auf den Handel entfällt, nimmt allein der Versandgroßhandel die Hälfte der Frischfischmenge und der

Schaubild 4
Die auf dem Fischmarkt Hamburg-Altona versteigerten Frischfische und Heringe nach Käufergruppen 1955 und 1961



Handel am Platz bis zu einem weiteren Drittel davon auf. Die Industrie dagegen ist hier mit nur 6 bis 8 % beteiligt (Sondertabelle auf Seite 284, unten).

Der Anteil der an Fischmehlbetriebe abgegebenen Fische ist abhängig von der Qualität — was übrigens umgekehrt auch für die Aufnahme von Herin-

gen durch die Fischindustrie zutrifft — und von der zeitlichen Verteilung der Anlandungen (zeitweiliges Überangebot) und schwankt dementsprechend von Jahr zu Jahr.

Im Schaubild werden die sehr unterschiedlichen Mengen von Heringen deutlich, die der Fischindustrie in den Jahren 1955 und 1961 zugeführt wurden. Dies läßt sofort die Frage nach den Folgen entstehen, die sich aus den rückläufigen Heringsanlandungen für die Fischindustrie ergeben. Tatsächlich ist in Hamburg die Produktionsmenge für bearbeitete Fische und Fischwaren von 39 000 t im Jahre 1955 auf rd. 29 000 t im Jahre 1960 und knapp 24 000 t im Jahre 1961 zurückgegangen. Demgegenüber haben sich die Umsätze allerdings kaum verändert. Sie betrugen 1961 rd. 84 Mio DM gegenüber 79 Mio DM im Jahre 1955 bzw. 89 Mio DM im Jahre 1956. Die Differenz zwischen der vom Fischmarkt aufgenommenen Menge von rd. 5 000 t im Jahre 1961 und dem Gesamtbedarf der Industrie bei einer Produktionsmenge von 24 000 t ist offenbar im wesentlichen durch Importe gedeckt worden, obwohl wahrscheinlich auch auf Zufuhren von anderen Fischmärkten zurückgegriffen worden ist. 1961 wurden rd. 8 200 t durch die Industrie in Hamburg selbst importiert. Etwa 56 000 t Heringe führte der in Hamburg ansässige Importhandel ein. Die Gesamtimporte Hamburger Firmen haben sich seit 1955 von 33 500 auf 64 200 t im Jahre 1961 nahezu verdoppelt. Obwohl die vorliegende Statistik keinen Anhalt darüber zu geben vermag, welche Mengen hiervon in Hamburg verblieben sind oder überhaupt Hamburg berührt haben, ist doch anzunehmen, daß die Importe in erster Linie dazu beigetragen haben, den Bedarf an Heringen in der Industrie zu decken.

Die steigende Abhängigkeit der deutschen Fischwirtschaft von Importen geht auch aus den Versorgungsbilanzen für die Bundesrepublik hervor ⁷⁾. Während im Jahre 1952 nur 16,7 % und 1955 19,3 % der dem menschlichen Verzehr zugeführten Fische und Fischwaren aus Einfuhren stammten, ist der Anteil bis 1961 bereits auf 41,3 % gestiegen.

Die Fangflotte

Die Hamburger Dampferflotte ist von 44 Einheiten Anfang 1950 auf 20 Fahrzeuge Ende 1961 zurückgegangen. Dabei steht einem Abgang von 51 Dampfern ein Zugang von 27 Einheiten gegenüber. Die Flotte ist in diesem Zeitraum also nicht nur erneuert worden, vielmehr sind bereits sieben Dampfer verkauft oder außer Dienst gestellt worden, die erst 1950 oder später in Betrieb genommen worden waren. Obwohl Ende 1960 nur noch 30 % der Dampfer mit Kohlenfeuerung angetrieben wurden (gegenüber 56 % in Bremerhaven, 58 % in Cuxhaven und 8 % in Kiel) und demnach die Hamburger Flotte — von der Antriebsart her gesehen — relativ modern ist, bleibt doch zu beachten, daß seit 1957 keine Neubauten mehr für Hamburg abgeliefert

⁶⁾ „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., S. 213, 220.

⁷⁾ „Jahresbericht über die deutsche Fischwirtschaft“, herausgegeben vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unter Mitwirkung des Statistischen Bundesamtes, verschiedene Jahrgänge.

Tab. 3

Die Hamburger Fischdampferflotte 1956 bis 1961

Bestand an Schiffen Fassungsvermögen	1956	1957	1958	1959	1960	1961
	1	2	3	4	5	6
Anfangsbestand						
Zahl der Schiffe ..	37	36	36	35	34	29
Fassungsvermögen						
BRT	19 397	19 109	19 612	19 053	18 414	15 997
Korb ¹⁾	166 100	163 300	168 400	164 100	159 100	138 800
Zugang						
Zahl der Schiffe ..	1	3	—	—	—	—
Fassungsvermögen						
BRT	665	1 918	—	—	—	—
Korb ¹⁾	5 000	16 300	—	—	—	—
Abgang						
Zahl der Schiffe ..	2	3	1	1	5	9
Fassungsvermögen						
BRT	953	1 415	559	639	2 414	4 065
Korb ¹⁾	7 800	11 200	4 300	5 000	20 300	36 100
Endbestand						
Zahl der Schiffe ..	36	36	35	34	29	20
Fassungsvermögen						
BRT	19 109	19 612	19 053	18 414	15 997	11 932
Korb ¹⁾	163 300	168 400	164 100	159 100	138 800	102 700
Fassungsvermögen pro Einheit						
BRT	531	545	544	542	552	597
Korb ¹⁾	4 536	4 678	4 689	4 679	4 786	5 135

¹⁾ Korb = 50 kg.

Tab. 4

Die Hamburger Kutterflotte 1956, 1960 und 1961

Schiffsarten Größen- klassen (Länge)	Bestand am 31. Dezember					
	1956		1960		1961	
	Zahl	Br.cbm	Zahl	Br.cbm	Zahl	Br.cbm
	1	2	3	4	5	6
a) Hochsee- kutter						
bis 10 m ...	10	235	10	144	8	119
10,1 bis 14 m	22	654	17	703	17	703
14,1 bis 18 m	3	284	3	181	4	205
18,1 bis 20 m	6	922	8	1 285	9	1 100
20,1 bis 24 m	55	9 825	55	9 381	50	8 872
über 24 m ..	9	2 114	10	2 695	9	2 466
	105	14 034	103	14 389	97	13 465
b) Fahrzeuge der Elb- und Küsten- fischerei ...	40 ¹⁾		41 ¹⁾		38 ¹⁾	

¹⁾ Darunter 1 ohne Motor.

worden sind und man gerade in dieser Zeit in anderen Häfen zu modernen Heckfängern, die oft einen Teil der Anlandungen auf See verarbeiten, übergegangen ist. Das Fassungsvermögen pro Einheit ist seit 1950 um rd. 50 % gestiegen (vgl. auch Fußnote 3 auf Seite 268).

Die Kutterflotte weist insgesamt keine starken Veränderungen auf, obwohl Jahr für Jahr neue Boote in Betrieb genommen werden und alte ausscheiden. Ihr Bestand ist seit 1951 relativ konstant. Es hat eine langsame Umschichtung zugunsten größerer Boote stattgefunden, in deren Verlauf seit 1954 die durchschnittliche Größe von 132 auf 139 Br. cbm zunahm. Der Bestand an Fahrzeugen der Elb- und Küstenfischerei zeigt im Saldo nur geringfügige Veränderungen.

Erich Böhm

Der Verkehrszensus 1962

Eine Zählung der Betriebe und Unternehmen mit Verkehr für fremde oder eigene Rechnung

Hamburgs Verkehrswirtschaft in der Statistik

Hamburg zählt zu den größten Verkehrsknotenpunkten der Bundesrepublik. Neben der großen Bevölkerungszahl mit ihren Versorgungsansprüchen und der ansässigen Industrie mit ihrem Zubringer- und Absatzverkehr ist der Verkehrsknoten Hamburg vor allem durch seinen Hafen, den bedeutendsten der Bundesrepublik und einen der größten Europas,

gekennzeichnet. Zu der Charakteristik eines solchen Knotenpunktes gehört nicht nur eine Vielzahl von Verkehrsbetrieben, vielmehr ist das „Sortiment“ der benötigten Verkehrsleistungen nach Art und Umfang besonders wichtig. Denn von der angemessenen Ausgewogenheit dieses Sortiments hängt nicht zuletzt das reibungslose Ineinandergreifen der verschiedenen Phasen der Verkehrsvorgänge und damit der glatte Ablauf ab.

So viel über die in Hamburg zu Wasser und zu Lande ein- und ausgehenden Verkehrsströme – über ihren Umfang, ihre Zusammensetzung, ihre Richtung und ihre Veränderungen – bekannt ist, so wenig weiß man dagegen in der Öffentlichkeit und auch bei den Beteiligten sowie den für ihre Interessen bestellten Institutionen über Hamburgs Verkehrswirtschaft selbst. Auch gute Kenner dieses Wirtschaftszweiges müssen sich zumeist mit mehr oder weniger großen Teilkenntnissen begnügen. Ein ausreichender Gesamtüberblick – wie er etwa für Hamburgs Industrie in weitem Maße selbstverständlich ist – fehlt.

Der an der Verkehrswirtschaft Interessierte findet viele statistische Zahlen über die vollbrachten Verkehrsleistungen selbst. So berichtet z. B. das Statistische Jahrbuch über den Schiffs- und Güterverkehr des Hamburger Hafens, über die Leistungen der Binnenschifffahrt, über den Verkehr auf dem Flughafen, über die Leistungen von Bundesbahn, Hochbahn, Straßenbahn und Kraftomnibussen, über den Postverkehr und den Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen. Er findet in diesem Jahrbuch auch einige Angaben über Straßenverkehrsunfälle oder über die Investitionen des hamburgischen Staates im Verkehrswesen. Über das Kernstück des hamburgischen Verkehrsgeschehens – den Hafenerverkehr – unterrichtet darüber hinaus ein einmal im Jahr in der Reihe „Statistik des Hamburgischen Staates“ erscheinender Band über „Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg“. Hier sind auch die Ergebnisse der Umsatzstatistik und der Sozialproduktberechnung zu nennen.

Was das Verkehrskapitel und einige weitere über das Statistische Jahrbuch verstreute Tabellen an Auskünften über die Betriebe und Unternehmen der Verkehrswirtschaft enthält, sind vor allem Zahlen über den Bestand an Transportmitteln und Verkehrseinrichtungen. Neben einigen Angaben über den Bestand an Schiffen und Kraftfahrzeugen stehen solche über Größe und Ausstattung des Hafens. Ferner gibt es globale Angaben über die Zahl der im Verkehr tätigen Erwerbspersonen. Weiteres statistisches Material über die Unternehmen bzw. Betriebe der Verkehrswirtschaft ist durch die im Anschluß an die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1950 durchgeführte Zusatzerhebung bei den Straßenverkehrsbetrieben gewonnen worden. Diese Zahlen betreffen jedoch nur die Straßenverkehrsbetriebe und sind inzwischen völlig veraltet. Als weitere Quelle sind noch die Kostenstrukturstatistiken zu nennen, die in gewissen Abständen Einblicke in die Struktur des Umsatzes, des Vermögens und des Kapitals sowie der Beschäftigten und der Löhne der verkehrswirtschaftlichen Unternehmen gewähren. Diese Aufschlüsse sind für Hamburg jedoch relativ wertlos, weil es sich um Stichprobenerhebungen handelt, die auf schmaler Basis arbeiten und in ihrem Aufbau auf die Bedürfnisse der Bundesrepublik zugeschnitten sind. Ihre Ergebnisse sind daher zur Hauptsache nur für die Zwecke des Bundes zu verwenden.

Einen vollständigen Überblick über die gesamte Verkehrswirtschaft bringen die in größeren Abständen – etwa alle 10 Jahre – veranstalteten Arbeits-

stättenzählungen. Da sich diese Erhebungen an alle Zweige der Wirtschaft wenden, müssen sie ihr Programm auf solche Merkmale abstellen, die allen diesen Zweigen gemeinsam sind. Arbeitsstättenzählungen enthalten daher nur einige wenige, allerdings wichtige Tatbestände. Die strukturellen Verhältnisse eines Wirtschaftszweiges kommen auf diese Weise nicht heraus. Insbesondere reichen die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung nicht aus, das Spezifische der einzelnen Sparten eines so vielfältigen und so heterogen zusammengesetzten Wirtschaftszweiges herauszuarbeiten, wie es die Verkehrswirtschaft ist.

Der Verkehrszensus hat dementsprechend die Aufgabe, ein vollständiges Strukturbild der Verkehrswirtschaft bei institutioneller Betrachtung, also unter Zugrundelegung der Verkehr treibenden Unternehmen und Betriebe zu liefern.

Hamburgs Interesse an einer Statistik der Verkehrswirtschaft

Hamburg mit seinen besonderen und weitverzweigten Verkehrsinteressen muß den fehlenden Einblick in seinen Verkehrsapparat stärker missen als anders orientierte Gebiete der Bundesrepublik. Es gehört mit zu den dringendsten Aufgaben der Hamburger Wirtschafts- und Verkehrspolitik, nicht allein die Verkehrsströme, die die Stadt durchfließen, zu beobachten, sondern auch Auswirkungen von Veränderungen dieser Verkehrsströme auf die beteiligten Wirtschaftszweige abschätzen und dementsprechend handeln zu können. Die Gesamtsituation der Hamburger Verkehrswirtschaft ist durch die Untersuchung der Situation in ihren Einzelbereichen zu analysieren, ihre Lage im Rahmen der deutschen Verkehrswirtschaft ist festzustellen, die Umstände, welche ihre Konkurrenzlage und ihre Konjunkturabhängigkeit bestimmen, sind zu ergründen.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Grundsituation Hamburgs mit ihren Besonderheiten im Rahmen der EWG und der Abtrennung des natürlichen Hinterlandes durch die Zonengrenze, deren Auswirkungen Hamburg schon verspürt, ohne daß die Entwicklung voll zu übersehen ist, verstärkt das Bedürfnis nach einem umfassenden und tiefgegliederten Überblick über die gesamte Verkehrswirtschaft. Dieser Überblick muß insbesondere auch die Hafenerverkehrswirtschaft in ihrem vielfältigen Aufbau und ihren Verflechtungen mit der übrigen Verkehrswirtschaft Hamburgs erkennen lassen.

Verkehrswirtschaft bedeutet mehr als Transportwirtschaft. Hamburgs Interesse richtet sich daher nicht allein auf die Hauptverkehrsträger – Schiene, Straße, Schiff und Flugzeug –, sondern ebenso sehr auch auf Umschlagsbetriebe, Stauereien, Lagereien etc. und die zahlreichen stark differenzierten Arbeitsstätten und Unternehmen des Hilfs- und Nebengewerbes der Verkehrswirtschaft wie Spediteure, Schiffsmakler, Reisebüros u. a. m.

Was für all diese Zweige neben der Größe, Kapazität, Ausstattung mit Transportmitteln und Verkehrseinrichtungen ihrer Betriebe und Unternehmen zu

erkennen sein muß, ist die Art der Leistungen, die diese Betriebe und Unternehmen auf dem Markt anbieten, ihr „Sortiment“. In der Verkehrswirtschaft gibt es einmal Institutionen, die ihre Leistungen stark spezialisiert haben — sie findet man insbesondere an so großen Verkehrsknotenpunkten wie den Seehäfen in großer Zahl — und zum anderen Institutionen, die in ihrer Hand ganze Bündel von Funktionen vereinigen. Je nach ihrem Sortiment sind Konkurrenzlage und Konjunkturabhängigkeit der einzelnen Institutionen sehr verschieden zu beurteilen. Das gilt insbesondere für Spezialisten, die ihre Tätigkeit auf bestimmte Waren oder Richtungen abgestellt haben, sowie ferner für solche Betriebe oder Unternehmen, die ganz oder überwiegend von bestimmten Auftraggebern abhängen. Besonders aufschlußreich werden Auskünfte über diese Zusammenhänge, wenn die Verkehrsleistungen nicht allein ihrer Art nach, sondern darüber hinaus auch mit ihrem jeweiligen Umfang nachgewiesen werden können.

Bei der Mehrzahl der vielen tausend Betriebe des Verkehrsgewerbes in Hamburg handelt es sich um Kleinbetriebe. Neben dem Handwerk, dem Kleingewerbe, dem Handel und dem Gaststättengewerbe ist daher auch das Verkehrsgewerbe ein bedeutender Teil des Mittelstandes. Auch unter dem Gesichtspunkt der Mittelstandspolitik richtet sich daher das Interesse der staatlichen Wirtschaftspolitik in Hamburg auf eine Feststellung und Beobachtung der Verhältnisse in der Verkehrswirtschaft.

Noch unter einem weiteren Aspekt ist eine Erhebung in der Verkehrswirtschaft, soweit sie den Straßenverkehr betrifft, für Hamburg von Bedeutung. Die Aufbau-, Verkehrs- und Straßenbauplanung in Hamburg und den angrenzenden Gebieten benötigt Unterlagen über die Standorte der am Verkehr nach und von Hamburg beteiligten Unternehmen und Betriebe. Dies erfordert eine Zusammenarbeit mit den Nachbarländern auch im Rahmen des Verkehrszensus, um ohne Rücksicht auf die Landesgrenzen die verkehrswirtschaftlichen Zusammenhänge darstellen zu können.

Anordnung eines Verkehrszensus

Wenn bisher nur relativ wenige Daten über die Institutionen der Verkehrswirtschaft vorhanden waren und ein einigermaßen brauchbares Gesamtbild ihrer Struktur überhaupt fehlte, so zur Hauptsache deshalb, weil eine Erhebung auf breiter Grundlage mit einem komplizierten Frageprogramm als zu schwierig galt. Inzwischen haben sich die Anschauungen über eine solche Erhebung gewandelt. Industrie, Handwerk und Landwirtschaft haben bereits relativ umfangreiche Befragungen erlebt.

Als vor einigen Jahren das große Zählungswerk der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung vorbereitet wurde, entschloß man sich dazu, neben dem Handel und dem Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe — für die Strukturdaten ebenfalls fehlten — auch das Verkehrsgewerbe eingehend zu befragen. Da ein umfangreiches und differenziertes Frageprogramm, wie es für eine Strukturhebung notwendig ist, nicht

in den Rahmen der üblichen Arbeitsstättenzählung gepaßt hätte, wurde folgendes Konzept entworfen: Die Arbeitsstättenzählung sollte eine Zählung sein mit einigen wenigen einfachen Fragen über allen Wirtschaftszweigen gemeinsame Tatbestände. Die spezifischen Tatbestände des Handels, des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes sowie des Verkehrsgewerbes sollten durch Sondererhebungen erfaßt werden.

Für Handel und Gastgewerbe wurde am 27. Mai 1960 ein „Gesetz über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1960)“ erlassen (BGBl. I, S. 313). Der Verkehrszensus wurde in das Volkszählungsgesetz eingebaut. Dieses „Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961“ vom 13. April 1961 [BGBl. I, S. 437]) bestimmt im § 1, Absatz 2, daß am 30. September 1962 ein Verkehrszensus durchgeführt wird, der

- a) alle Betriebe und Unternehmen mit gewerblichem Verkehr, also
 - 1) die ausschließlich oder überwiegend gewerblichen Verkehr treibenden Firmen, (§ 5 Nr. 1)
 - 2) die neben anderen Tätigkeiten auch Verkehrsleistungen für fremde Rechnung ausführenden Firmen, (§ 5 Nr. 3)
- b) bis zu 15 vom Hundert der Betriebe und Unternehmen mit Werkverkehr (§ 5 Nr. 2)

erfaßt.

Dieses Gesetz verpflichtet die Inhaber oder Leiter der in Frage kommenden Betriebe und Unternehmen (§ 6 Nr. 2), die gestellten Fragen wahrheitsgemäß, vollständig, fristgemäß und unentgeltlich zu beantworten (§ 10 Absatz 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953, BGBl. I, S. 1314).

Die Verknüpfung des Verkehrszensus mit der Arbeitsstättenzählung in einem Gesetz ist nicht allein formeller Natur, sie besteht auch materiell. Der Verkehrszensus entnimmt die Anschriften der zu befragenden Firmen den durch die Zählerorganisation der Volkszählung zusammengetragenen Erhebungsunterlagen der Arbeitsstättenzählung. Auf eine andere Weise hätten sich die Statistischen Ämter die Anschriften aller Verkehrstreibenden, insbesondere die für den Werkverkehr, nicht so vollständig beschaffen können. Die Ämter entgingen dadurch auch den Schwierigkeiten, mit denen sie bei der bereits vor der Arbeitsstättenzählung durchgeführten Handels- und Gaststättenzählung zu kämpfen hatten, die sich ihre Anschriften auf anderem Wege hatte beschaffen müssen und dadurch über nicht so zuverlässiges Adressenmaterial wie jetzt der Verkehrszensus verfügte. Damit der Verkehrszensus an die Arbeitsstättenzählung anknüpfen kann, enthielt der Fragebogen der Arbeitsstättenzählung — gemäß § 4 Ziff. 5 des Volkszählungsgesetzes — Fragen nach der „Art der vorhandenen Transportmittel und Verkehrseinrichtungen, sowie Zahl der vorhandenen Kraftfahrzeuge“. Mit Hilfe dieser Angaben konnte entschieden werden, welche Arbeitsstätten in den Kreis der Erhebung zum Verkehrszensus gehören.

Kreis der Befragten

Der Verkehrszensus wendet sich zunächst an alle Betriebe und Unternehmen, die ausschließlich oder überwiegend gewerblichen Verkehr oder ein Verkehrsneben- oder -hilfsgewerbe betreiben. Welche Gewerbebezüge zu diesem Sektor zählen, ergibt sich aus der „Systematik der Wirtschaftszweige“ (Ausgabe 1961), die als „Grundsystematik“ bei allen nach Wirtschaftszweigen gegliederten Statistiken verwendet werden soll. In der „Abteilung 5: Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ dieser Systematik sind die folgenden Wirtschaftszweige zusammengefaßt: Eisenbahn, Straßenverkehr, Binnenschifffahrt, -wasserstraßen und -häfen, See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen, Luftfahrt, Flugplätze, Transport in Rohrleitungen, Deutsche Bundespost, Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung (Schiffsmaklerbüros und -agenturen, Reiseveranstaltung und Reisevermittlung, Sonstige Verkehrsvermittlung).

In den Verkehrszensus einbezogen werden auch jene Betriebe und Unternehmen, die überwiegend ein anderes als ein Verkehrsgewerbe betreiben und damit zu anderen Gruppen der Systematik der Wirtschaftszweige gehören, aber neben ihrer eigentlichen Tätigkeit auch Verkehrsleistungen für fremde Rechnung ausführen. So erhalten etwa ein Industriebetrieb, ein Kohlenhändler, ein Landwirt Fragebogen für den Verkehrszensus, wenn in den Unterlagen der Arbeitsstättenzählung festgestellt wurde, daß sie Personen oder Güter gegen Entgelt beförderten oder eine sonstige Verkehrstätigkeit gegen Entgelt ausübten, z. B. eine Posthilfsstelle betrieben, Gelegenheitsfahrten für andere Betriebe durchführten etc.

Während diese beiden Kategorien von Betrieben und Unternehmen vollzählig zum Verkehrszensus herangezogen werden, erfaßt der Verkehrszensus bei der dritten Kategorie, bei den Betrieben und Unternehmen mit **W e r k v e r k e h r**, nur eine repräsentative Auswahl der in Betracht kommenden Firmen. Die Erhebung wird dadurch bei der großen Zahl der Betriebe des Werkverkehrs entlastet, erzielt aber dennoch Ergebnisse von hinreichender Aussagefähigkeit. Die Auswahl des Werkverkehrs ist eine sogenannte geschichtete Auswahl mit optimaler Aufteilung. Bei ihr wird die Gesamtheit der Fälle, die zur Auswahl herangezogen werden sollen, in Gruppen (Schichten) geteilt. Aus jeder dieser Gruppen werden dann gesondert Zufallsstichproben mit einem geeigneten, nach mathematischen Grundsätzen errechneten Auswahlmaß gezogen. Die Schichten für den Werkverkehr werden sachlich nach Wirtschaftsgruppen und nach der Besetzung mit Lastkraftfahrzeugen und außerdem nach Bundesländern gebildet. Dieses Verfahren führt für Hamburg — als kleines Bundesland — zu relativ hohen Auswahlmaßen, da auch für Hamburg brauchbare Ergebnisse erzielt werden sollen.

Als Betriebe des Werkverkehrs gelten alle Betriebe außerhalb des Sektors der oben genannten zwei Kategorien, die Busse, Lastfahrzeuge, Schienenfahrzeuge, Schiffe, Luftfahrzeuge, Schwebbahnen oder Verkehrseinrichtungen wie Hafenanlagen oder Umschlagseinrichtungen für den Schiffsverkehr, für die

Zwecke des eigenen Betriebs — für eigene Rechnung — einsetzen.

Betriebe, die nur Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen, Krafträder, Mopeds besitzen, erfaßt der Verkehrszensus nicht, es sei denn, es handelt sich um Betriebe, die ihrer Tätigkeit nach einer der oben genannten Kategorien des Verkehrsbereichs zuzurechnen sind. Um die Erhebung zu entlasten, hat man darauf verzichtet, den Werkverkehr mit Kombinationskraftwagen oder mit ihnen gleichzusetzenden Personenkraftwagen mit Anhängern (z. B. Eigentransporte eines Blumenhändlers mit solchen Fahrzeugen) zu erfassen. Der Natur der Sache nach kann es sich hier nur um Transport von untergeordneter Bedeutung handeln.

Die Anlehnung an die Arbeitsstättenzählung bedeutet, daß die Erhebungseinheiten dieser Zählungen — „Arbeitsstätten“ bzw. „Betriebe“ — auch zu Erhebungseinheiten für den Verkehrszensus werden. Bei Unternehmen mit mehreren Betrieben (Mehrbetriebsunternehmen) erhält daher außer der Hauptniederlassung auch jeder ihrer sonstigen Betriebe (Zweigniederlassung) einen Fragebogen, also z. B. jeder räumlich getrennte und regelmäßig mindestens mit einer Person besetzte Betriebsteil, jedes auf dem Bahn- oder Hafengelände gelegene Büro oder Lager einer Speditions- oder Lagerfirma, die außerhalb eines Betriebes liegende regieeigene Kraftfahrzeugwerkstatt u. a. m.

Da das Frageprogramm auch Fragen nach Angaben aus dem Rechnungswesen enthält, die sich auf das gesamte Unternehmen beziehen und in der Regel auch nur von den Hauptniederlassungen und nicht von den einzelnen Betrieben des Unternehmens für ihren Teil beantwortet werden können, hat der Gesetzgeber nicht nur die Inhaber oder Leiter der Betriebe, sondern ausdrücklich auch die der Unternehmen zur Auskunft verpflichtet (§ 6, Ziff. 2).

In Hamburg gehören etwa — ein endgültiger Überblick besteht bei dem gegenwärtigen Stand der Vorbereitungen (Ende August) noch nicht — 6 000 der rund 100 000 Betriebe zu der Kategorie des eigentlichen Verkehrsgewerbes. 800 Betriebe betreiben teilweise Verkehr und 10 000 Betriebe Werkverkehr. Von den Betrieben des Werkverkehrs werden etwa 6 000 in die Stichprobe kommen.

Fragebogen für die einzelnen Verkehrszweige

Großzählungen arbeiten in der Regel mit einem einheitlichen Fragebogen. Bei allen Befragten sollen ja die gleichen Tatbestände erhoben werden. Der Verkehrszensus mußte dieses Prinzip verlassen — die Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe war ihm mit einem ähnlichen Schritt bereits vorausgegangen. Es hätte wenig Sinn gehabt, um ein krasses Beispiel zu nennen, ein Reisebüro nach Silos oder Hafenanlagen zu fragen. Außerdem hätte ein Fragebogen, der alle festzustellenden Tatbestände zu vereinigen versucht hätte, das „Herdplattenformat“ des Fragebogens der Volkszählung (Albert Seyler in der Frankfurter All-

gemeinen Zeitung vom 24. April 1961) überschritten und das Format eines Konferenztisches erreicht.

Um den Eigenarten der einzelnen Fachsparten in der Verkehrswirtschaft möglichst gerecht werden zu können, haben die Statistischen Ämter eine Reihe von Fragebogentypen entwickelt, die zwar nach einem einheitlichen Grundschema aufgebaut sind und eine Anzahl allgemein zutreffender Fragen enthalten, im übrigen aber auf die Besonderheiten des jeweiligen Verkehrszweiges abgestellt sind. So sind Fragebogen entstanden für:

Deutsche Bundesbahn
Nichtbundeseigene Eisenbahnen
Straßenverkehrsgewerbe: Beförderung von Personen; Transport von Gütern
Binnenschifffahrt
Seeschifffahrt
Binnenhäfen, Seehäfen (Hafenverwaltungen)
Hafenbetriebe
Luftfahrtunternehmen
Flugplätze
Rohrleitungen
Deutsche Bundespost
Spedition, Lagerei
Schiffsmakler und andere Verkehrsvermittlung
Reiseveranstaltung, Reisevermittlung
Autohöfe.

Außerdem erhalten besondere Fragebogen:
Betriebe, die nebenbei Verkehr für fremde Rechnung betreiben
Betriebe des Werkverkehrs nur mit Lastkraftfahrzeugen
Betriebe des Werkverkehrs mit Lastkraftfahrzeugen, Schiffen, Schienen- u. Luftfahrzeugen.

Insgesamt sind das 18 verschiedene Fragebogentypen; eine ungewöhnlich hohe Zahl. Trotzdem war es auch so nicht zu vermeiden, daß eine große Zahl von Betrieben Fragen nach Tatbeständen vorgelegt bekommt, die bei ihnen nicht vorkommen. So erhalten etwa Straßenbahn- und Omnibusbetriebe, Kraftdroschken- und Mietwagenunternehmen, Fuhrbetriebe und Güterkraftverkehrsbetriebe, also Betriebe von unterschiedlichem Charakter, den gleichen Fragebogen. Es hätte zu weit geführt, für jede dieser Betriebsformen einen eigenen Fragebogen zu entwickeln. Eine solche Aufspaltung verbot sich im übrigen auch deshalb, weil diese Betriebsformen auch nebeneinander im gleichen Betrieb vorkommen. Auch solche Betriebe müssen auf ihrem Fragebogen eine vollständige Meldung abgeben können; darüber hinaus mußte noch an diejenigen Betriebe und Unternehmen gedacht werden, die sich nicht auf die Aufgaben ihres Verkehrszweiges (etwa Straßenverkehr) beschränken, sondern daneben noch andere (etwa Spedition, Lagerei) wahrnehmen.

Die zu erhebenden Tatbestände

Der Verkehrszensus benutzt ein Frageprogramm mit einem für alle Verkehrszweige einheitlichen Grundschema. Lediglich für den Werkverkehr und für die Betriebe und Unternehmen, die neben anderen Tätigkeiten auch Verkehrsleistungen für fremde

Rechnung ausführen, wird ein verkürztes Programm verwandt.

Nach § 5 des Gesetzes vom 13. April 1961 werden bei dem Verkehrszensus 1962 erhoben:

1. Bei Betrieben und Unternehmen des gewerblichen Verkehrs
 - a) Art und Tätigkeiten dieser Betriebe und Unternehmen;
 - b) Zahl der Voll- und Teilbeschäftigten nach der Art ihrer im Verkehr ausgeübten Funktionen und nach der Stellung im Betrieb sowie die von ihnen geleisteten Arbeitsstunden;
 - c) Zahl, Art und Kapazität der Transportmittel und Verkehrseinrichtungen;
 - d) Umsatzstruktur, Aufwendungen für wichtige Fremdleistungen und für Löhne und Gehälter im Geschäftsjahr 1961;
 - e) Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1960 und 1961.
2. Bei Betrieben und Unternehmen mit Werkverkehr
 - a) Art und Tätigkeiten dieser Betriebe und Unternehmen im Verkehr;
 - b) Zahl der Voll- und Teilbeschäftigten nach der Art ihrer im Verkehr ausgeübten Funktionen sowie die von ihnen geleisteten Arbeitsstunden;
 - c) Zahl, Art und Kapazität der selbst genutzten Transportmittel und Verkehrseinrichtungen.
3. Bei Betrieben und Unternehmen, die neben anderen Tätigkeiten auch Verkehrsleistungen für fremde Rechnung ausführen, außer den Angaben zu Nummer 2 auch Angaben über die Erlöse für diese Verkehrsleistungen im Geschäftsjahr 1961.

Die Fragen nach der Kennzeichnung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Betriebe nehmen in allen Fragebogen einen verhältnismäßig breiten Raum ein. Sie müssen es, soll die Erhebung zu der angestrebten gründlichen Strukturuntersuchung führen. Die hier geforderten Angaben sollen mehr als nur dazu dienen, die systematische Zuordnung zu erleichtern. Sie gestatten es, in der Gliederung der Betriebe weiter in die Tiefe zu gehen und feinere Unterteilungen vorzunehmen und damit ein umfassendes, die Mannigfaltigkeit des Verkehrssektors einfangendes Bild zu zeichnen. Sie gestatten namentlich, die Spezialisten einer Tätigkeitsgruppe zu sondern von denen, die mehrere Funktionen in einer Hand vereinigen, und bei diesen wieder zu unterscheiden nach Kombinationsvarianten.

Die Fragen nach der Ausstattung der Arbeitsstätten mit Fahrzeugen und Verkehrseinrichtungen sollen Einzelheiten der nach Größe, Leistungsfähigkeit und anderen technischen Eigenschaften sehr verschiedenartigen Betriebsmittel der Verkehrswirtschaft ermitteln. Zur Kennzeichnung der Verkehrskapazität (Nutzlast, Sitzplatzzahl u. dgl.) kommt es auch darauf an, festzustellen, in welchem Ausmaß Unternehmen oder Betriebe nur Fahrzeuge einer bestimmten Art besitzen oder Fahrzeuge verschiedener Arten einsetzen und wie sie sich gruppieren nach der Art ihrer Fahrzeughaltung.

Die Fragen über die in dem Betrieb beschäftigten Personen betreffen zunächst die für Statistiken über

Betriebe üblichen Tatbestände: Betriebsinhaber, mit-helfende Familienangehörige, Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge und Volontäre; männliche und weibliche Beschäftigte, ferner auch Voll- und Teilbeschäftigte. Speziellere Fragen betreffen eine Teilfunktion des Tätigkeitsbereichs Verkehr, die Funktion „Transport“. Fragen nach der Zahl der als Fahr- und Begleitpersonal von Fahrzeugen eingesetzten Personen und nach der Arbeitszeit (Stunden oder Tage), die dieses Personal in einer Woche im Monat September 1962 geleistet hat, sollen Anhaltspunkte dafür liefern, das Ausmaß des Arbeitseinsatzes für Transportaufgaben zu bestimmen. Leider wird die geleistete Arbeitszeit des gesamten Personals nicht erfaßt, so daß die Zusammenhänge zwischen Personaleinsatz, Personalkosten und Erlösstruktur nicht genauer untersucht werden können und sich der Verkehrszensus mit der Darstellung des Arbeitseinsatzes für Transportaufgaben begnügen muß.

Durch Vereinbarungen mit den Statistischen Landesämtern von Niedersachsen und Schleswig-Holstein konnte das Statistische Landesamt Hamburg erreichen, über den Nachweis der im Fahrdienst zwischen Niedersachsen bzw. Schleswig-Holstein und Hamburg geleisteten Arbeitsstunden im Straßenverkehr Auskünfte darüber zu gewinnen, in welchem Ausmaß die Leistung der Verkehrsbetriebe in diesen drei Ländern auf den Verkehr innerhalb des Wirtschaftsraumes Hamburg abgestellt ist. Diese Daten lassen eine weitere Vertiefung der im Zusammenhang mit der gemeinsamen Landesplanungsarbeit der drei Länder erwünschten Kenntnisse über die Verkehrsverflechtung erwarten.

Der nächste Abschnitt der Fragebogen befaßt sich mit Angaben über etwaige Spezialisierungen der Verkehrstätigkeit. Im Straßenverkehr — ebenso aber auch in anderen Verkehrszweigen — gibt es viele Unternehmen, die ihren Betrieb überwiegend auf eine bestimmte Gütergruppe, auf eine bestimmte Richtung oder auf einen bestimmten Auftraggeber abgestellt haben. Durch ihre Spezialisierung unterscheiden sich diese Betriebe wesentlich von den übrigen Betrieben ihrer Branche. Dadurch, daß sie sich aus dem Gesamtaufgabengebiet ihrer Sparte ihnen besonders lohnend oder zweckmäßig erscheinende Teilaufgaben herausgreifen und sich ausschließlich oder überwiegend mit ihnen beschäftigen, erscheint ihre Marktstellung einerseits gesicherter (sie können mit einem festen Transportaufkommen rechnen), andererseits — bei einem Wechsel der Konjunktur — auch wieder gefährdeter als die anderer Betriebe, die auf dem allgemeinen Markt für Verkehrsleistungen auftreten. Die Gruppe der spezialisierten Betriebe und Unternehmen gesondert zu erfassen und in den Ergebnissen auszuweisen, ist eine konsequente Fortsetzung der Grundsätze, die zu der starken Differenzierung bei den Fragen nach der Kennzeichnung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Betriebe geführt haben.

Der letzte Abschnitt des Fragebogens betrifft Angaben aus dem Rechnungswesen des Unternehmens. Diese Angaben beziehen sich auf das gesamte Unternehmen. Zweigniederlassungen brauchen zu diesem Abschnitt keine Angaben zu machen. Erfragt werden Umsätze, aufgliedert nach den einzelnen Arten von Verkehrsleistungen, außerdem bestimmte

Kostenarten, wie Löhne, Gehälter und soziale Aufwendungen, Stoffverbrauch, Einstandswert evtl. umgesetzter Handelsware und schließlich Angaben über die Anschaffung und den Verkauf von Anlagevermögen. Gegenüber den stark technisch orientierten Teilen der Fragebogen enthält der Abschnitt über Umsätze, Kosten und Investitionen die wirtschaftlichen Tatbestände, die für eine Ergänzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für den Sektor des Verkehrs und für eine Bewertung der Bedeutung des Verkehrs in der Volkswirtschaft benötigt werden.

In dem Frageprogramm für den Verkehrszensus fehlen Fragen nach den mengenmäßigen Verkehrsleistungen, die in den einzelnen Verkehrszweigen von den Betrieben und Unternehmen erbracht worden sind. So bedeutsam es gewesen wäre, festzustellen, in welchem Ausmaß sich die einzelnen Verkehrsgewerbe an dem gesamten Leistungsaufkommen im Verkehr beteiligten, wurde auf ihre Ermittlung vorwiegend deshalb verzichtet, weil derartige Angaben besondere Anschreibungen durch die Auskunftspflichtigen zumindest für einen Monat notwendig gemacht hätten. Eine solche Belastung sollte den Betrieben jedoch nicht zugemutet werden.

Für die Betriebe und Unternehmen des Werkverkehrs bzw. für die nebenbei gewerblichen Verkehr betreibenden Firmen gleicht der Inhalt der Fragebogen, soweit es sich um die Kennzeichnung der wirtschaftlichen Tätigkeit und die Ausstattung mit Fahrzeugen und Transportmitteln handelt, mit entsprechenden Abwandlungen dem der Fragebogen für das Verkehrsgewerbe. Im übrigen ist der Inhalt der Fragebogen reduziert auf die in dem Gesetz festgelegten Tatbestände.

Mitarbeit der Wirtschaft notwendig

Das statistische Material des Verkehrszensus wird auf viele Jahre hinaus — Zählungen dieses Umfangs können nur in längeren Zeitabständen durchgeführt werden — eine Unterlage für wirtschafts- und verkehrspolitische Überlegungen und Entscheidungen sein. Dadurch und durch die Informationen, die jeder Firmeninhaber für seine eigenen Zwecke verwenden kann, wird dieses Material der Hamburger Wirtschaft von Nutzen sein. Das sollte Grund dafür sein, daß die angesprochenen Firmen die Erhebung durch bereitwillige Mitarbeit unterstützen.

Eine solche Mitarbeit ist diesmal in einem Punkte besonders wichtig, nämlich für den Nachweis der Fahrdienstzeit des Fahr- und Begleitpersonals. Dieser Nachweis ist den im Betrieb üblichen Aufzeichnungen nicht immer ohne weiteres zu entnehmen. Deshalb werden zusätzliche Anschreibungen für die Berichtszeit, für die Woche vom 22. bis 28. September 1962 erforderlich sein. Die Statistischen Landesämter haben ihren Fragebogen geeignete Hilfslisten beigelegt, um so den Betrieben die Arbeiten zu erleichtern. Diese Anschreibungen werden den Beteiligten eine gewisse Arbeit zumuten; die Berichtsdauer ist jedoch auf nur eine einzige Woche beschränkt worden, um das Ausmaß der Arbeitsbelastung so gering wie möglich zu halten.

Willi Lellau

Zum Aufsatz: „Die Eheschließungen in Hamburg im Jahre 1961“

Die Eheschließungen in Hamburg nach dem bisherigen Familienstand der Ehegatten in den Jahren 1938 und 1956 bis 1961

Jahre	Familienstand des Mannes vor der Eheschließung									Eheschließungen insgesamt
	ledig			verwitwet ¹⁾			geschieden ²⁾			
	Familienstand der Frau vor der Eheschließung									
	ledig	verw.	gesch.	ledig	verw.	gesch.	ledig	verw.	gesch.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
	absolut									
1938	12 660	273	1 006	668	296	329	1 262	208	659	17 361
1956	10 558	181	1 043	381	212	428	1 666	270	1 612	16 351
1957	10 661	212	1 032	413	268	450	1 666	359	1 558	16 619
1958	11 720	217	939	369	319	468	1 693	311	1 409	17 445
1959	12 567	154	914	309	300	441	1 627	264	1 327	17 903
1960	13 217	152	910	343	287	389	1 557	260	1 304	18 419
1961	13 941	149	947	313	306	382	1 499	296	1 208	19 041
	in % (bezogen auf den jeweiligen Familienstand des Mannes)									
1938	90,8	2,0	7,2	51,7	22,9	25,4	59,3	9,7	31,0	—
1956	89,6	1,5	8,9	37,3	20,8	41,9	47,0	7,6	45,4	—
1957	89,5	1,8	8,7	36,5	23,7	39,8	46,5	10,0	43,5	—
1958	91,0	1,7	7,3	31,9	27,6	40,5	49,6	9,1	41,3	—
1959	92,2	1,1	6,7	29,4	28,6	42,0	50,6	8,2	41,2	—
1960	92,6	1,0	6,4	33,6	28,2	38,2	49,9	8,3	41,8	—
1961	92,7	1,0	6,3	31,2	30,6	38,2	49,9	9,9	40,2	—

Jahre	Familienstand der Frau vor der Eheschließung									Eheschließungen insgesamt
	ledig			verwitwet ¹⁾			geschieden ²⁾			
	Familienstand des Mannes vor der Eheschließung									
	ledig	verw.	gesch.	ledig	verw.	gesch.	ledig	verw.	gesch.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
	absolut									
1938	12 660	668	1 262	273	296	208	1 006	329	659	17 361
1956	10 558	381	1 666	181	212	270	1 043	428	1 612	16 351
1957	10 661	413	1 666	212	268	359	1 032	450	1 558	16 619
1958	11 720	369	1 693	217	319	311	939	468	1 409	17 445
1959	12 567	309	1 627	154	300	264	914	441	1 327	17 903
1960	13 217	343	1 557	152	287	260	910	389	1 304	18 419
1961	13 941	313	1 499	149	306	296	947	382	1 208	19 041
	in % (bezogen auf den jeweiligen Familienstand der Frau)									
1938	86,8	4,6	8,6	35,1	38,1	26,8	50,5	16,5	33,0	—
1956	83,8	3,0	13,2	27,3	32,0	40,7	33,8	13,9	52,3	—
1957	83,7	3,2	13,1	25,3	31,9	42,8	33,9	14,8	51,3	—
1958	85,0	2,7	12,3	25,6	37,7	36,7	33,4	16,6	50,0	—
1959	86,7	2,1	11,2	21,4	41,8	36,8	34,1	16,4	49,5	—
1960	87,4	2,3	10,3	21,7	41,1	37,2	35,0	14,9	50,1	—
1961	88,5	2,0	9,5	19,9	40,7	39,4	37,3	15,1	47,6	—

¹⁾ Einschl. der Fälle, in denen der bisherige Partner für tot erklärt worden ist. — ²⁾ Einschl. „frühere Ehe aufgehoben“.

Die Schüler an den Hamburger Berufsfachschulen 1951 bis 1961 nach dem Geschlecht

Erhebungsjahre	Zahl der Schüler an												Anteil der weiblichen Schüler in %		
	Berufsschulen 1)			Berufsfachschulen						Berufs- und Berufsfachschulen insgesamt			Berufsschulen	Berufsfachschulen	Berufs- und Berufsfachschulen insges.
				öffentlichen Berufsfachschulen			privaten Berufsfachschulen								
	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	13	14	15
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12				
1951 2)	60 643	35 059	25 584	3 228	449	2 779	1 978	489	1 489	65 849	35 997	29 852	42,2	82,0	45,3
1952	66 930	37 513	29 417	4 010	553	3 457	2 444	605	1 839	73 384	38 671	34 713	44,0	82,1	47,3
1953	64 349	35 803	28 546	4 692	762	3 930	2 552	652	1 900	71 593	37 217	34 376	44,4	80,5	48,0
1954	63 911	35 545	28 366	4 686	870	3 816	2 696	700	1 996	71 293	37 115	34 178	44,4	78,7	47,9
1955	62 229	35 207	27 022	5 289	986	4 303	2 779	715	2 064	70 297	36 908	33 389	43,4	78,9	47,5
1956	67 990	38 602	29 388	5 262	996	4 266	3 011	726	2 285	76 263	40 324	35 939	43,2	79,2	47,1
1957	68 865	39 519	29 346	5 626	1 047	4 579	2 977	786	2 191	77 468	41 352	36 116	42,6	78,7	46,6
1958	71 318	41 063	30 255	5 733	1 097	4 636	3 054	963	2 091	80 105	43 123	36 982	42,4	76,6	46,2
1959	69 672	40 149	29 523	5 613	1 107	4 506	3 053	871	2 182	78 338	42 127	36 211	42,4	77,2	46,2
1960	68 124	39 218	28 906	5 539	1 220	4 319	2 885	952	1 933	76 548	41 390	35 158	42,4	74,2	45,9
1961	64 185	37 067	27 118	4 899	1 220	3 679	2 394	722	1 672	71 478	39 009	32 469	42,2	73,4	45,4

1) 1951 bis 1961 einschl. 1 private Berufsschule. 2) Ohne Heimberufsschulen.

Die Schüler an den Hamburger Berufsfachschulen¹⁾ nach der schulischen Vorbildung 1951 bis 1961

Erhebungsjahre	Zahl der Schüler											
	insgesamt			davon mit								
				Hochschulreife			Mittelschulabschluß oder mittlerer Reife			weniger als Mittelschulabschluß		
	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
1951 absolut	938	4 268	5 206	81	209	290	250	1 147	1 397	607	2 912	3 519
1951 %	100	100	100	8,6	4,9	5,6	26,7	26,9	26,8	64,7	68,2	67,6
1952 absolut	1 158	5 296	6 454	70	201	271	404	1 798	2 202	684	3 297	3 981
1952 %	100	100	100	6,0	3,8	4,2	34,9	33,9	34,1	59,1	62,3	61,7
1953 absolut	1 414	5 830	7 244	51	206	257	438	1 937	2 375	925	3 687	4 612
1953 %	100	100	100	3,6	3,5	3,5	31,0	33,2	32,8	65,4	63,3	63,7
1954 absolut	1 570	5 812	7 382	42	214	256	554	2 005	2 559	974	3 593	4 567
1954 %	100	100	100	2,7	3,7	3,5	35,3	34,5	34,6	62,0	61,8	61,9
1955 absolut	1 701	6 367	8 068	48	210	258	629	2 527	3 156	1 024	3 630	4 654
1955 %	100	100	100	2,8	3,3	3,2	37,0	39,7	39,1	60,2	57,0	57,7
1956 absolut	1 722	6 551	8 273
1957 absolut	1 833	6 770	8 603
1958 absolut	2 060	6 727	8 787	42	152	194	767	2 986	3 753	1 251	3 589	4 840
1958 %	100	100	100	2,1	2,3	2,2	37,2	44,4	42,7	60,7	53,3	55,1
1959 absolut	1 978	6 688	8 666	33	196	229	773	2 916	3 689	1 172	3 576	4 748
1959 %	100	100	100	1,7	2,9	2,6	39,1	43,6	42,6	59,2	53,5	54,8
1960 absolut	2 172	6 252	8 424	46	205	251	837	2 883	3 720	1 289	3 164	4 453
1960 %	100	100	100	2,1	3,3	3,0	38,5	46,1	44,1	59,4	50,6	52,9
1961 absolut	1 942	5 351	7 293	40	200	240	836	2 600	3 436	1 066	2 551	3 617
1961 %	100	100	100	2,1	3,7	3,3	43,0	48,6	47,1	54,9	47,7	49,6

1) Öffentliche und private Berufsfachschulen.

Die Schüler an den Hamburger Berufsschulen¹⁾ nach der Stellung im Beruf bzw. zum Erwerbsleben 1951 bis 1961

Erhebungsjahre	Zahl der Schüler									
	insgesamt			davon						
				Lehrlinge, Anlernlinge, Angelernte und Praktikanten (mit Vertrag)			Sonstiges Arbeitsverhältnis und nicht erwerbstätig			
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
1951 ²⁾ absolut	35 059	25 584	60 643	30 705	15 938	46 643	4 354	9 646	14 000	
1951 %	100	100	100	87,6	62,3	76,9	12,4	37,7	23,1	
1952 absolut	37 513	29 417	66 930	33 124	17 369	50 493	4 389	12 048	16 437	
1952 %	100	100	100	88,3	59,0	75,4	11,7	41,0	24,6	
1953 absolut	35 803	28 546	64 349	32 259	18 075	50 334	3 544	10 471	14 015	
1953 %	100	100	100	90,1	63,3	78,2	9,9	36,7	21,8	
1954 absolut	35 545	28 366	63 911	32 450	18 412	50 862	3 095	9 954	13 049	
1954 %	100	100	100	91,3	64,9	79,6	8,7	35,1	20,4	
1955 absolut	35 207	27 022	62 229	32 429	19 382	51 811	2 778	7 640	10 418	
1955 %	100	100	100	92,1	71,7	83,3	7,9	28,3	16,7	
1956 absolut	38 602	29 388	67 990	35 386	21 601	56 987	3 216	7 787	11 003	
1956 %	100	100	100	91,7	73,5	83,8	8,3	26,5	16,2	
1957 absolut	39 519	29 346	68 865	36 435	21 767	58 202	3 084	7 579	10 663	
1957 %	100	100	100	92,2	74,2	84,5	7,8	25,8	15,5	
1958 absolut	41 063	30 255	71 318	37 753	22 539	60 292	3 310	7 716	11 026	
1958 %	100	100	100	91,9	74,5	84,5	8,1	25,5	15,5	
1959 absolut	40 149	29 523	69 672	37 056	22 307	59 363	3 093	7 216	10 309	
1959 %	100	100	100	92,3	75,6	85,2	7,7	24,4	14,8	
1960 absolut	39 218	28 906	68 124	36 342	21 995	58 337	2 876	6 911	9 787	
1960 %	100	100	100	92,7	76,1	85,6	7,3	23,9	14,4	
1961 absolut	37 067	27 118	64 185	33 761	20 556	54 317	3 306	6 562	9 868	
1961 %	100	100	100	91,1	75,8	84,6	8,9	24,2	15,4	

1) Einschließlich 1 private Werkberufsschule. — 2) Ohne Heimberufsschulen.

Die Anlandungen von Heringen am Fischmarkt Hamburg-Altona nach Fischereibetriebsarten ¹⁾ 1950 bis 1961
 - in 1000 kg -

Fischereibetriebsarten	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Deutsche Dampfer	37 648	57 098	52 123	66 794	56 552	57 025	39 862	37 436	23 613	21 000	8 281	2 638
Ausländische Dampfer	—	—	—	—	937	844	142	—	124	—	—	149
Deutsche Logger	—	—	—	—	586	518	948	1 183	1 858	2 163	1 322	332
Ausländische Logger	—	—	—	—	28	252	—	—	—	—	—	—
Deutsche Hochseekutter	1 771	1 612	1 517	1 478	3 513	4 528	1 175	150	860	914	116	125
Ausländische Hochseekutter	342	524	272	668	268	1 598	1 546	2 503	161	1 002	1 449	2 964
Deutsche Fahrzeuge insgesamt	39 419	58 710	53 640	68 272	60 651	62 071	41 985	38 769	26 331	24 077	9 719	3 095
Ausländische Fahrzeuge insgesamt	342	524	272	668	1 233	2 694	1 688	2 503	285	1 002	1 449	3 113

¹⁾ Ohne die geringen Heringsanlandungen der Elb- und Küstenfischerei und die in den Einsendungen und Einstellungen enthaltenen Mengen.

Die Anlandungen der Hamburger Dampfer und Kutter überhaupt und die Anlandungen am Fischmarkt Hamburg-Altona 1950 bis 1961
 - in 1000 kg -

Art der Anlandungen	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Insgesamt												
Anlandungen Hamburger Fahrzeuge	77 346	103 051	93 264	104 424	93 959	103 930	97 161	90 731	76 405	64 765	49 779	36 718
davon in fremden Häfen	14 246	17 869	10 970	17 553	15 713	22 314	21 657	26 250	23 839	16 516	13 793	8 398
in Hamburg	63 100	85 182	82 294	86 871	78 246	81 616	75 504	64 481	52 566	48 204	35 986	28 320
Anlandungen auswärtiger deutscher Fahrzeuge	8 344	13 182	14 706	26 097	22 176	24 599	13 370	14 934	9 104	6 080	1 898	1 961
Anlandungen ausländischer Fahrzeuge	346	1 579	829	694	1 387	2 522	2 369	2 925	334	1 087	1 628	3 523
Anlandungen in Hamburg insgesamt	71 790	99 943	97 829	113 662	101 809	108 737	91 243	82 340	62 004	55 416	39 512	33 804
davon: Dampfer												
Anlandungen Hamburger Fahrzeuge	67 742	95 009	85 714	95 244	84 862	91 811	88 768	81 203	67 646	58 106	44 588	31 354
davon in fremden Häfen	11 068	14 180	8 221	13 128	11 601	16 257	17 115	21 075	19 158	14 229	12 210	6 482
in Hamburg	56 674	80 829	77 493	82 116	73 261	75 554	71 653	60 128	48 488	43 877	32 378	24 872
Anlandungen auswärtiger deutscher Fahrzeuge	7 069	12 516	13 969	25 232	20 208	23 113	11 768	13 438	7 954	5 953	1 620	1 525
Anlandungen ausländischer Fahrzeuge	—	1 002	548	—	1 105	851	702	260	124	—	100	406
Anlandungen in Hamburg zusammen	63 743	94 347	92 010	107 348	94 574	99 518	84 123	73 826	56 566	49 830	34 098	26 803
Hochseekutter												
Anlandungen Hamburger Fahrzeuge	9 604	8 042	7 550	9 180	9 097	12 119	8 393	9 528	8 759	6 659	5 191	5 364
davon in fremden Häfen	3 178	3 689	2 749	4 425	4 112	6 057	4 542	5 175	4 681	2 287	1 583	1 916
in Hamburg	6 426	4 353	4 801	4 755	4 985	6 062	3 851	4 353	4 078	4 372	3 608	3 448
Anlandungen auswärtiger deutscher Fahrzeuge	1 275	666	737	865	1 968	1 486	1 602	1 496	1 150	127	278	436
Anlandungen ausländischer Fahrzeuge	346	577	281	694	282	1 671	1 667	2 665	210	1 087	1 528	3 117
Anlandungen in Hamburg zusammen	8 047	5 596	5 819	6 314	7 235	9 219	7 120	8 514	5 438	5 586	5 414	7 001

Die Auktionsmengen an den Fischmärkten in t

Jahre	Bremerhaven/ Wesermünde ¹⁾		Cuxhaven		Hamburg / Altona		Kiel		Insgesamt	
	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Insgesamt										
1924 ²⁾	71 724	46,9	36 194	23,7	42 368	27,7	—	—	152 862	100
1928 ³⁾	99 565	48,6	50 685	24,8	49 043	23,9	—	—	204 814	100
1932	128 196	49,0	72 650	27,8	60 800	23,2	—	—	261 646	100
1936	227 600	51,0	106 800	24,0	111 700	25,0	—	—	446 100	100
1938	279 500	48,6	139 200	24,2	156 200	27,2	—	—	574 900	100
1950	197 251	51,2	105 511	27,4	71 831	18,6	10 893	2,8	385 486	100
1954	241 984	45,6	150 046	28,2	104 268	19,6	35 153	6,6	531 451	100
1958	239 257	48,0	159 330	31,9	67 806	13,6	32 216	6,5	498 609	100
1960	233 341	47,5	174 938	35,6	44 853	9,1	38 320	7,8	491 452	100
1961	197 245	46,6	151 243	35,8	37 852	8,9	36 756	8,7	423 096	100

darunter Dampfer-Trawlherringsanlandungen										
1924 ⁴⁾	4 950	16,1	9 990	32,4	14 509	47,1	—	—	30 791	100
1928	9 468 ⁵⁾	22,1	13 472	31,4	20 000	46,5	—	—	42 940	100
1932	25 288	31,0	23 250	28,4	33 200	40,6	—	—	81 738	100
1936	51 400	36,6	28 400	20,2	60 600	43,2	—	—	140 400	100
1938	53 300	33,1	28 900	18,0	78 600	48,9	—	—	160 800	100
1950	60 984	42,8	37 053	26,0	37 918	26,6	6 487	4,6	142 442	100
1954	72 594	37,5	49 522	25,6	56 847	29,3	14 731	7,6	193 694	100
1958	50 375	42,1	36 144	30,2	23 643	19,7	9 553	8,0	119 715	100
1960	32 615	46,7	21 227	30,4	8 281	11,9	7 664	11,0	69 787	100
1961	18 563	54,5	8 033	23,6	2 640	7,7	4 835	14,2	34 071	100

Quellen: „Insgesamt“ 1950 bis 1961, Konferenz deutscher Seefischmarktgesellschaften, Bremerhaven-F, sonst „Jahresbericht über die deutsche Fischerei“, verschiedene Jahrgänge.

¹⁾ 1924 bis 1932 einschließlich der Mengen am Fischmarkt Bremerhaven. — ²⁾ Außerdem Emden 2576 t = 1,7 %. — ³⁾ Außerdem Emden 5521 t = 2,7 %. — ⁴⁾ Außerdem Emden 1342 t = 4,4 %. — ⁵⁾ Einschließlich Emden.

Zum Aufsatz: „Der Hamburger Fischmarkt 1961“

Die Anlandungen der deutschen und ausländischen Fischdampfer, Logger, Hochseekutter sowie der Elb- und Küstenfischer am Fischmarkt Hamburg-Altona nach Hauptfischarten 1956 bis 1961

Fischarten	Menge in 1000 kg						Anteil am Gesamtfang in %					
	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1956	1957	1958	1959	1960	1961
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Deutsche Fischdampfer												
Hering	39 861,9	37 436,4	23 613,2	20 999,8	8 280,8	2 638,6	47,8	50,9	41,8	42,1	24,4	10,0
Makrele	2 108,6	3 177,8	2 172,4	1 063,3	1 222,2	155,8	2,5	4,3	3,9	2,1	3,6	0,6
Kabeljau	14 042,3	6 117,7	6 045,4	4 500,5	5 253,3	5 942,4	16,8	8,3	10,7	9,0	15,4	22,5
Schellfisch	2 018,2	1 187,1	1 434,4	676,0	444,1	349,2	2,4	1,6	2,5	1,4	1,3	1,3
Köhler (Seelachs)	7 636,9	9 034,5	5 844,3	4 312,2	2 816,5	2 560,2	9,2	12,3	10,4	8,7	8,3	9,7
Rotbarsch	13 748,0	13 216,8	12 435,5	15 398,2	13 528,0	13 133,2	16,5	18,0	22,0	30,9	39,8	49,8
Sonstige	4 005,5	3 395,5	4 898,8	2 879,7	2 447,0	1 617,5	4,8	4,6	8,7	5,8	7,2	6,1
Zusammen	83 421,4	73 565,8	56 441,9	49 829,7	33 991,9	26 396,9	100	100	100	100	100	100
Ausländische Fischdampfer												
Hering	142,5	—	123,7	—	—	148,8	20,3	—	100,0	—	—	36,7
Kabeljau	245,9	111,4	—	—	12,2	103,1	35,0	42,8	—	—	12,2	25,4
Schellfisch	18,2	27,2	—	—	4,5	22,8	2,6	10,6	—	—	4,5	5,6
Köhler (Seelachs)	200,1	7,6	—	—	18,9	—	28,5	2,9	—	—	18,9	—
Rotbarsch	61,6	53,8	—	—	59,2	66,8	8,8	20,7	—	—	59,2	16,5
Sonstige	33,9	59,8	—	—	5,2	64,3	4,8	23,0	—	—	5,2	15,8
Zusammen	702,2	260,3	123,7	—	100,0	405,8	100	100	100	—	100	100
Deutsche Logger												
Hering	948,0	1 183,1	1 857,7	2 162,7	1 321,7	332,1	93,3	89,7	81,7	65,6	70,6	67,7
Makrele	28,2	46,0	184,4	515,7	251,0	85,7	2,8	3,5	8,1	15,6	13,4	17,5
Kabeljau	7,4	6,5	20,9	37,5	34,7	10,4	0,7	0,5	0,9	1,1	1,9	2,1
Schellfisch	6,2	8,1	31,1	41,9	26,6	5,4	0,6	0,6	1,3	1,3	1,4	1,1
Köhler (Seelachs)	13,8	46,9	97,9	236,2	130,9	38,6	1,4	3,5	4,3	7,2	7,0	7,9
Sonstige	12,0	28,5	83,5	304,6	107,0	18,1	1,2	2,2	3,7	9,2	5,7	3,7
Zusammen	1 015,6	1 319,1	2 272,5	3 298,6	1 871,9	490,3	100	100	100	100	100	100
Deutsche Hochseekutter												
Hering	1 174,6	149,8	860,6	913,9	115,9	125,3	21,5	2,6	16,4	20,3	3,0	3,2
Kabeljau	195,9	320,6	350,5	314,7	507,9	740,6	3,6	5,5	6,7	7,0	13,1	19,1
Scholle	1 086,4	1 751,3	1 993,3	1 626,7	1 703,7	1 437,3	19,9	29,9	38,1	36,2	43,9	37,0
Butt	19,6	11,1	24,6	49,8	—	32,8	0,4	0,2	0,5	1,1	—	0,8
Seezunge	321,8	281,6	505,7	384,2	595,7	634,7	5,9	4,8	9,7	8,5	15,3	16,3
Steinbutt	299,4	274,7	291,1	251,5	257,3	254,4	5,5	4,7	5,6	5,6	6,6	6,6
Thunfisch	280,6	690,5	213,5	489,3	206,8	128,8	5,2	11,8	4,1	10,9	5,3	3,3
Sonstige	2 074,5	2 369,3	988,6	468,9	498,9	530,6	38,0	40,5	18,9	10,4	12,8	13,7
Zusammen	5 452,8	5 848,9	5 227,9	4 499,0	3 886,2	3 884,5	100	100	100	100	100	100
Ausländische Hochseekutter												
Hering	1 546,1	2 502,5	160,6	1 002,2	1 449,0	2 923,7	92,7	93,9	76,7	92,2	94,8	93,8
Sonstige	121,3	162,7	48,9	84,7	78,7	193,1	7,3	6,1	23,3	7,8	5,2	6,2
Zusammen	1 667,4	2 665,2	209,5	1 086,9	1 527,7	3 116,8	100	100	100	100	100	100
Elb- und Küstenfischer												
Hering	1,1	1,2	0,7	0,0	0,1	0,1	0,4	0,4	0,3	0,0	0,1	0,1
Aal	23,1	20,7	24,9	20,8	13,8	24,7	8,5	7,9	11,7	11,0	9,5	23,9
Brassen	2,3	1,8	1,9	1,0	0,7	0,3	0,8	0,7	0,9	0,5	0,5	0,3
Rotauge	1,3	1,1	1,2	1,6	1,1	0,4	0,5	0,4	0,6	0,9	0,7	0,4
Stint	64,4	74,0	84,2	71,8	39,8	41,9	23,6	28,3	39,6	38,1	27,3	40,5
Sturen	1,2	1,0	4,0	9,0	4,7	4,7	0,4	0,4	1,9	4,8	3,2	4,5
Elbutt	2,2	5,8	3,3	3,8	—	2,5	0,8	2,2	1,5	2,0	—	2,4
Sonstige	177,8	156,2	92,5	80,4	85,7	28,8	65,0	59,7	43,5	42,7	58,7	27,9
Zusammen	273,4	261,8	212,7	188,4	145,9	103,4	100	100	100	100	100	100

Zum Aufsatz: „Der Hamburger Fischmarkt 1961“

Durchschnittserlöse wichtiger Konsumfische am Fischmarkt Hamburg-Altona 1956 bis 1961

- Preis für 1 kg in Pf -

Fischarten	1956	1957	1958	1959	1960	1961
	1	2	3	4	5	6
Fischdampfer						
Hering	41,8	34,7	46,8	40,6	40,6	39,0
Kabeljau I	39,5	47,0	52,3	54,9	56,9	58,0
Kabeljau II	33,2	34,4	41,8	48,3	48,3	55,0
Schellfisch I	46,0	62,8	73,0	69,9	96,7	95,8
Schellfisch II	38,0	45,7	52,0	57,8	77,7	79,3
Schellfisch III	38,0	32,5	42,8	50,7	67,0	69,9
Köhler (Seelachs) I	45,7	40,6	59,3	66,4	68,3	85,1
Köhler (Seelachs) II	37,8	33,7	44,2	48,8	54,1	62,4
Rotbarsch	44,7	45,1	53,4	55,2	58,1	65,3
Hochseekutter						
Hering	38,4	27,9	44,7	42,5	42,7	
Kabeljau I	49,5	50,5	57,0	61,7	72,8	73,9
Kabeljau II	44,7	46,9	55,2	61,5	71,8	66,5
Schollen I	103,8	88,9	102,7	89,2	98,3	91,1
Schollen II	127,9	118,8	134,5	129,0	124,1	120,2
Schollen III	101,5	92,6	108,8	106,1	98,8	94,8
Seezunge I	322,2	389,4	402,9	387,4	421,2	458,5
Seezunge II	240,9	280,3	269,7	268,9	261,9	271,3
Seezunge III	170,0	187,1	173,7	176,7	172,6	161,7
Steinbutt I	225,5	276,4	308,6	300,6	365,5	330,9
Steinbutt II	195,5	217,0	223,9	235,2	264,5	268,0
Steinbutt III	195,1	212,1	209,2	230,0	257,5	261,4
Thunfisch	147,1	128,4	148,2	142,5	146,3	

Die Anlandungen und Auktionserlöse je Reise nach Fischereibetriebsarten und Fanggebieten 1956 bis 1961

Fischereibetriebsarten Fanggebiete	1956	1957	1958	1959	1960	1961
	1	2	3	4	5	6
Anlandungen in kg						
Deutsche Fischdampfer ¹⁾	128 936	129 063	115 009	117 488	115 317	119 490
darunter Nordsee	115 609	131 886	106 194	113 142	98 108	100 679
Kanal	92 541	76 409	72 759	81 873	3 600	—
Irische See	—	—	109 214	64 925	97 580	—
Island	141 182	110 324	132 449	121 680	117 129	108 087
Färöer-Inseln	140 460	157 232	97 063	89 050	75 823	83 621
Norwegische Küste	160 273	121 000	126 992	133 175	136 840	98 690
Bäreninsel	184 464	189 144	152 650	—	—	—
Barentssee	115 980	155 733	75 100	—	—	—
Spitzbergen	223 900	225 300	—	—	—	—
Grönland	217 061	178 168	160 452	163 484	158 125	154 566
Neufundland/Labrador	—	—	181 329	181 375	134 382	123 083
Mischreisen	126 681	120 387	110 978	85 155	111 275	106 241
Deutsche Logger	53 453	54 963	59 884	58 904	60 384	61 288
Deutsche Hochseekutter	7 317	7 464	6 246	5 338	3 730	3 956
Ausländische Hochseekutter	29 253	33 737	29 929	36 230	37 261	41 011
Auktionserlös in DM						
Deutsche Fischdampfer ¹⁾	49 742	45 814	52 286	51 338	55 207	68 206
darunter Nordsee	45 616	41 015	44 349	38 882	35 879	38 625
Kanal	40 080	34 638	29 282	36 664	2 700	—
Irische See	—	—	44 010	34 975	32 920	—
Island	58 430	52 110	67 211	64 054	62 118	63 315
Färöer-Inseln	56 880	63 408	59 150	60 305	52 646	61 079
Norwegische Küste	51 845	49 604	62 236	64 688	73 450	57 640
Bäreninsel	57 507	48 033	49 300	—	—	—
Barentssee	39 080	55 667	44 300	—	—	—
Spitzbergen	61 700	42 967	—	—	—	—
Grönland	71 568	60 348	74 352	78 691	79 377	88 874
Neufundland/Labrador	—	—	84 986	78 530	60 545	66 467
Mischreisen	51 535	55 693	55 450	49 050	63 506	68 356
Deutsche Logger	21 232	18 675	21 379	21 148	21 603	26 575
Deutsche Hochseekutter	5 089	5 838	5 889	5 252	4 670	4 831
Ausländische Hochseekutter	14 909	15 608	15 629	15 667	17 378	18 299

¹⁾ Ohne Teilladungen.

Zum Aufsatz: „Der Hamburger Fischmarkt 1961“

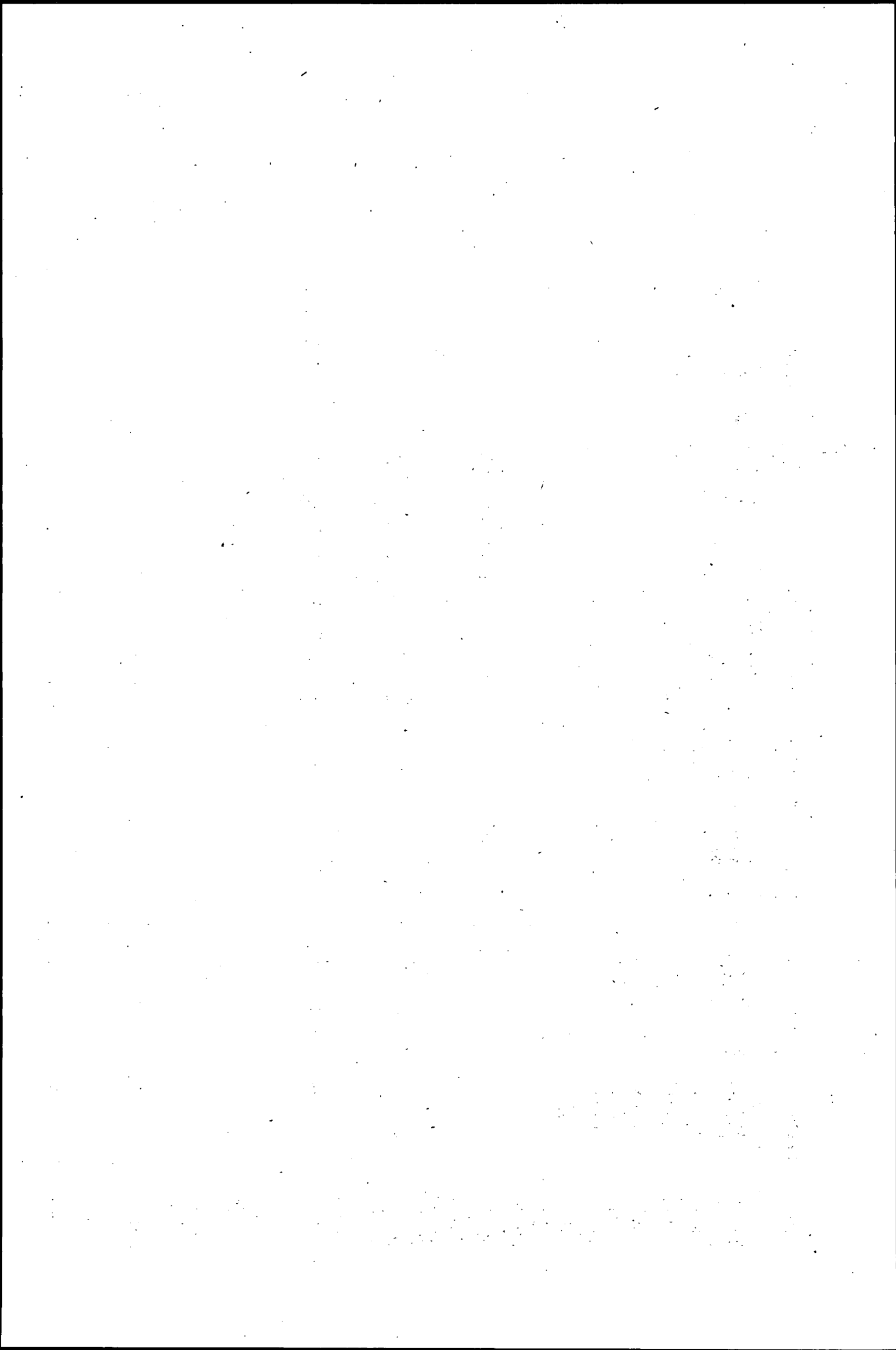
Die Anlandungen und Erlöse deutscher Fischdampfer nach Anlandeplätzen insgesamt und je Reisetag 1950 bis 1961

Sachverhalt	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Bremerhaven												
Anlandungen in t	196 089	243 446	232 459	243 148	223 839	247 391	250 302	222 345	220 813	229 949	216 279	196 524
Erlös in 1000 DM	55 186	76 573	72 592	74 969	84 965	90 043	101 374	91 168	110 320	109 741	106 994	106 849
Reisetage	28 250	29 412	28 081	26 849	27 980	28 478	29 764	27 513	29 380	29 538	29 334	26 990
Fang je Reisetag in t	6,9	8,3	8,3	9,1	8,0	8,7	8,4	8,1	7,5	7,8	7,4	7,3
Erlös je Reisetag in 1000 DM	2,0	2,6	2,6	2,8	3,0	3,2	3,4	3,3	3,8	3,7	3,6	4,0
Cuxhaven												
Anlandungen in t	99 883	129 889	119 676	127 472	115 187	132 195	125 407	120 045	112 812	123 732	106 892	96 214
Erlös in 1000 DM	27 991	39 465	36 410	37 728	41 700	45 743	49 484	45 778	53 939	56 966	51 484	54 609
Reisetage	14 493	13 486	12 005	11 700	11 920	12 738	13 739	13 794	13 947	15 148	14 250	13 286
Fang je Reisetag in t	6,9	9,6	10,0	10,9	9,7	10,4	9,1	8,7	8,1	8,2	7,5	7,2
Erlös je Reisetag in 1000 DM	1,9	2,9	3,0	3,2	3,5	3,6	3,6	3,3	3,9	3,8	3,6	4,1
Hamburg												
Anlandungen in t	64 328	93 873	92 377	108 725	95 005	100 194	84 382	78 087	61 958	52 516	37 144	30 077
Erlös in 1000 DM	17 525	26 645	26 693	30 374	32 785	32 799	32 983	28 293	28 277	23 232	17 904	16 853
Reisetage	8 841	9 561	9 759	10 468	10 573	10 696	10 524	9 027	8 609	7 349	5 650	4 724
Fang je Reisetag in t	7,3	9,8	9,5	10,4	9,0	9,4	8,0	8,7	7,2	7,1	6,6	6,4
Erlös je Reisetag in 1000 DM	2,0	2,8	2,7	2,9	3,1	3,1	3,1	3,1	3,3	3,2	3,2	3,6
Kiel												
Anlandungen in t	10 980	21 808	25 975	28 688	27 000	29 648	32 132	26 426	20 962	24 474	22 906	22 814
Erlös in 1000 DM	3 061	6 069	7 391	7 881	9 229	9 468	12 228	9 455	9 456	10 699	10 264	11 416
Reisetage	1 612	2 542	3 637	3 451	3 470	3 480	4 014	3 430	3 260	3 410	3 492	3 635
Fang je Reisetag in t	6,8	8,6	7,1	8,3	7,8	8,5	8,0	7,7	6,4	7,2	6,6	6,3
Erlös je Reisetag in 1000 DM	1,9	2,4	2,0	2,3	2,7	2,7	3,0	2,8	2,9	3,1	2,9	3,1
Insgesamt												
Anlandungen in t	371 280	489 016	470 786	508 033	461 030	509 428	492 222	446 903	416 545	430 671	383 222	345 630
Erlös in 1000 DM	103 763	148 752	143 087	150 952	168 679	178 054	196 069	174 694	201 992	200 638	186 646	189 727
Reisetage	53 196	55 001	53 482	52 468	53 943	55 392	58 041	53 765	55 196	55 445	52 726	48 635
Fang je Reisetag in t	7,0	8,9	8,8	9,7	8,5	9,2	8,5	8,3	7,5	7,8	7,3	7,1
Erlös je Reisetag in 1000 DM	2,0	2,7	2,7	2,9	3,1	3,2	3,4	3,2	3,7	3,6	3,5	3,9

Quelle: „Jahresbericht über die deutsche Fischerei“, verschiedene Jahrgänge.

Auf dem Fischmarkt Hamburg-Altona versteigerte Frischfische und Heringe 1956 bis 1961
- in 1000 kg -

Jahre	Fischmengen insgesamt	davon wurden aufgenommen							durch Fischmehlbetriebe (einschl. Futterfische)
		durch die			durch den				
		Fischindustrie (einschl. Stadträucherer); Seelachsbetriebe	Tiefkühlbetriebe	Fischbratbetriebe	Versand-	Stadt-	hiesigen und auswärtigen Kleinhandel	Standhandel	
					Großhandel				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Frischfische absolut									
1956	51 599,1	3 978,7	3 387,1	1 059,5	22 983,0	1 837,1	5 404,6	5 189,9	7 759,2
1957	44 994,8	3 107,6	1 911,4	832,2	19 336,3	1 835,7	5 347,1	4 876,3	7 748,2
1958	39 949,3	3 109,0	1 156,3	649,2	18 351,3	1 855,2	5 046,5	4 477,6	5 304,2
1959	35 987,8	2 841,6	1 364,7	642,9	16 032,9	1 908,4	4 552,6	4 316,2	4 328,5
1960	32 916,5	2 077,1	1 310,4	614,9	14 226,9	1 922,1	4 688,6	3 802,3	4 274,2
1961	31 177,0	1 953,8	—	300,5	16 424,4	2 065,9	3 816,9	3 474,4	3 141,1
Frischfische in %									
1956	100	7,7	6,6	2,0	44,5	3,6	10,5	10,1	15,0
1957	100	6,9	4,2	1,9	43,0	4,1	11,9	10,8	17,2
1958	100	7,8	2,9	1,6	45,9	4,7	12,6	11,2	13,3
1959	100	7,9	3,8	1,8	44,6	5,3	12,6	12,0	12,0
1960	100	6,3	4,0	1,9	43,2	5,8	14,2	11,6	13,0
1961	100	6,3	—	1,0	52,7	6,6	12,2	11,1	10,1
Heringe absolut									
1956	44 903,7	34 206,8	—	112,7	6 422,7	267,3	1 246,8	801,1	1 846,3
1957	41 939,3	28 327,8	—	92,5	7 577,1	105,4	1 125,6	793,1	3 917,8
1958	27 857,0	19 789,8	—	114,1	3 965,1	75,9	856,3	598,3	2 457,5
1959	26 270,0	16 964,8	118,0	86,1	2 528,8	69,4	811,4	543,4	5 148,1
1960	11 936,6	8 667,9	—	47,3	1 338,7	52,4	636,8	359,5	834,0
1961	6 674,5	4 990,5	—	13,4	745,0	54,1	467,4	210,5	193,6
Heringe in %									
1956	100	76,2	—	0,2	14,3	0,6	2,8	1,8	4,1
1957	100	67,5	—	0,2	18,1	0,3	2,7	1,9	9,3
1958	100	71,1	—	0,4	14,2	0,3	3,1	2,1	8,8
1959	100	64,6	0,4	0,3	9,6	0,3	3,1	2,1	19,6
1960	100	72,6	—	0,4	11,2	0,5	5,3	3,0	7,0
1961	100	74,7	—	0,2	11,2	0,8	7,0	3,2	2,9



Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1961	Juli 1962	Juni 1962
	1938	1950	1961			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte ¹⁾						
Lufldruck, mm	761,7	758,8 ⁴⁾	761,1 ⁴⁾	759,5 ⁴⁾	760,9 ⁴⁾	764,9 ⁴⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,9	15,9	15,2	14,8
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	78	75	76	66
Windstärke ²⁾			3,1	3	3	3
Bewölkung ³⁾	6,7	7,2	6,9	7	7	7
2. Summenwerte						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	917	130	70	48
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 454	152	141	222
Tage ohne Sonnenschein	88	76	71	1	4	
Tage mit Niederschlägen	160	221	209	27	26	17
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) ⁵⁾						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	295,2	292 p	290 p	291 p
Altona	220,3	272,7	273,4	273 p	270 p	270 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,9	260 p	258 p	258 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	429,8	428 p	425 p	425 p
Wandsbek	166,7	221,9	303,4	305 p	325 p	324 p
Bergedorf	52,6	82,4	78,3	78 p	78 p	78 p
Harburg	135,7	172,4	200,6	199 p	198 p	198 p
Hamburg insgesamt	1 679,7	1 602,5	1 842,6	1 835 p	1 844 p	1 844 p
davon männlich	788,8	750,3	853,9	845 p	852 p	852 p
weiblich	890,9	852,2	988,7	990 p	992 p	992 p
dar. Ausländer ⁷⁾	16,6	19,9	37,9	38,5	44,9	44,2
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
Eheschließungen	1 447	1 414	1 588	1 709	1 724	1 919
Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	10,3	10,9	11,0 p	12,7
Ehescheidungen	266	434	298	293	300 p	367
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern darunter unehelich	2 346	1 448	2 122	2 106	2 196	1 993
Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	209	154	162	136	150 p	158
Unehelich Geborene % der Geborenen	16,8	10,9	13,8	13,5	14,0 p	13,2
Totgeborene % der Geborenen	9,1	10,8	7,7	6,5	7,0 p	7,9
Gestorbene Ortsansässige	2,1	1,9	1,5	1,0	0,9	1,3
Gestorbene Ortsansässige darunter unter 1 Jahr alt	1 702	1 389	1 949	1 752	1 910	1 827
70 und mehr Jahre alt	118	64	50	47	52	59
Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	657	631	1 103	910	1 000 p	985 r
Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	12,2	10,5	12,7	11,2	12,2 p	12,1
Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	50,6	43,5	23,6	21,9	23,5	28,7
	+ 644	+ 59	+ 173	+ 354	+ 286	+ 166
3. Wanderungen						
Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	6 535	5 118	5 800 p	5 400 p
Fortgezogene Personen nach außerhalb Hamburgs	7 788	2 174	5 729	4 744	5 600 p	5 400 p
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-) davon männlich weiblich	+ 338	+ 5 487	+ 806	374	200 p	
		+ 2 533	+ 517	186	100 p	
		+ 2 954	+ 289	188	100 p	
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	15 503	12 951	15 765	15 156
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein		2 668	1 561	1 151	1 400 p	1 200 p
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾		1 311	796	578	700 p	600 p
Niedersachsen		1 854	1 204	792	1 100 p	1 000 p
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾		567	270	176	200 p	200 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)		1 214 ¹¹⁾	2 242	1 617	1 700 p	2 100 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung		1 072	403	655	50 p	50 p
Ausland		485	1 057	869	1 500 p	1 000 p
Unbekannt		368	68	34	50 p	50 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein		718	1 864	1 615	1 800 p	1 700 p
darunter angrenzende Kreise ⁹⁾		457	1 203	1 053	900 p	900 p
Niedersachsen		449	1 136	918	1 000 p	1 000 p
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾		131	381	335	300 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)		764 ¹¹⁾	2 059	1 671	2 000 p	2 000 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung		89	38	16		
Ausland		142	591	500	700 p	600 p
Unbekannt		12	41	24		

¹⁾ Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ³⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — ⁴⁾ Reduziert auf 0° C. Normalschwere und Meeresspiegel. — ⁵⁾ Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählung vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. — ⁶⁾ Vorläufige Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961. ⁷⁾ Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — ⁸⁾ Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1961	Juli 1962	Juni 1962
	1938	1950	1961			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	9 464	12 742	11 843	11 872	11 765	11 857
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	301 220	289 352	283 782	273 670
Bettenausnutzung in ‰ ²⁾	77,1	86,8	86,6	82,0	84,0	82,1
b) Gemeinnützige Krankenanstalten ³⁾						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	4 339	4 690	4 657	4 631	4 451	4 605
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	123 035	119 345	116 261	112 137
Bettenausnutzung in ‰ ²⁾	74,5	88,6	87,1	83,0	83,8	81,7
c) Privatkrankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	.	409	563	563	662	610
Krankenverpflegungstage	.	8 983	12 955	12 405	15 272	13 706
Bettenausnutzung in ‰ ²⁾	.	60,1	78,9	71,4	77,5	74,9
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	189	2 260	982	982	947	947
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	24 046	24 166	24 285	23 266
Bettenausnutzung in ‰ ²⁾	81,8	91,5	80,6	79,4	85,4	83,2
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende ¹⁾	833	1 645	1 132	1 126	1 136	1 136
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	29 359	31 119	28 967	29 125
Bettenausnutzung in ‰ ²⁾	93,5	97,4	86,8	90,8	87,5	90,9
3. Anstalten für Geistesranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 678	1 649	1 719	1 719
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	47 203	47 113	49 833	47 486
Bettenausnutzung in ‰ ²⁾	98,0	75,1	95,5	94,5	95,5	94,8
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 302	1 302	1 302	1 302
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	39 102	39 782	39 744	38 399
Bettenausnutzung in ‰ ²⁾	99,7	98,8	98,8	98,7	98,5	98,3
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 270	1 280	1 280	1 280
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 366	39 038	39 233	38 012
Bettenausnutzung in ‰ ²⁾	—	68,4	98,8	98,4	98,9	99,0
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 949	1 752		1 827
darunter						
Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	21	12	.	24
Krebs	240	285	395	392	.	370
Gehirnblutungen	136	172	239	225	.	205
Herzkrankheiten	232	269	438	409	.	424
Lungenentzündung	103	47	45	34	.	28
Freitod	62	50	42	36	.	58
Verkehrsunfälle	22	20	34	43	.	28
Andere Verunglückungen	48	41	54	49	.	43
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	169	168	146	151
Plätze	66 691	47 891	90 426	90 314	78 687	81 617
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 908 976	1 747 240	1 248 322	1 587 586
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer ⁴⁾	361 531	407 741	625 156	624 321	633 125	632 538
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	258 670	259 370	312 574	309 704
Öffentliche Fürsorge						
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung ⁵⁾						
Mitglieder		694 658	701 079	702 095	701 993	703 362
Pflichtmitglieder	452 518	486 742	469 104	470 831	467 956	469 296
Rentner	.	171 139	170 469	169 846	169 821	169 850
Freiwillige Mitglieder	64 028	36 777	61 506	61 418	64 216	64 216
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	15 825	31 706	26 942	26 562	28 258
männlich	9 091	10 123	21 539	18 363	18 019	18 917
weiblich	6 450	5 702	10 167	8 579	8 543	9 341
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger		153 175	294 342	294 378	299 320	297 686
Rentenversicherung der Arbeiter	94 346 ⁷⁾	106 248	193 895	194 055	196 352	195 406
Rentenversicherung der Angestellten	.	46 927	100 447	100 323	102 968	102 280
Ausgezahlte Renten in DM	.	28 880 000	56 778 681	57 102 717	61 420 670	61 117 608
Rentenversicherung der Arbeiter	.	18 350 000	32 792 909	32 812 675	34 894 538	34 760 087
Rentenversicherung der Angestellten	.	10 530 000	23 985 772	24 290 042	26 526 132	26 357 521
Offene Fürsorge						
Laufend unterstützte Parteien ⁶⁾	55 658	25 040	22 036	22 045	20 795	20 713
Laufend unterstützte Personen	.	40 214	30 541	30 575	28 301	28 214
Laufend unterstützte Personen auf 1000 Einwohner	.	25,3	16,6	16,5	15,4	15,3

¹⁾ Ohne Säuglingsbetten. — ²⁾ Ohne gesperrte Betten. — ³⁾ 1938 einschl. Privatkrankenanstalten. — ⁴⁾ 1938 und 1950, Postamtsbezirk Hamburg. — ⁵⁾ Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁶⁾ Der für 1938 ausgewiesene Personenkreis ist mit den übrigen Jahren nur bedingt vergleichbar. — ⁷⁾ Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1961	Juli 1962	Juni 1962
	1938	1950	1961			
Arbeitsmarkt						
1. Umfang der Beschäftigung						
* Beschäftigte Arbeitnehmer am Monatsende ¹⁾	638 856 ⁵⁾	580 940	835-739	835 9387)	842 4867)	842 486
davon						
männlich	428 675	384 486	502 914	503 379	506 406	506 406
weiblich	210 181	196 454	332 825	332 559	336 080	336 080
2. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	4 865	3 842	3 619	3 787
davon						
männlich	23 937	56 428	3 072	2 416	2 391	2 469
weiblich	5 971	34 403	1 793	1 426	1 228	1 318
Offene Stellen	31 522	1 789	19 999	23 556	27 195	27 890
davon						
männlich	21 009	744	10 861	13 542	15 838	15 870
weiblich	10 513	1 045	9 138	10 014	11 357	12 020
Stellenvermittlung in Dauerbeschäftigung ²⁾	16 088	21 006	7 661	7 047	6 126	5 980
davon						
männlich	11 107	13 007	5 178	4 889	4 255	4 296
weiblich	4 981	7 999	2 483	2 158	1 871	1 684
Stellenvermittlung in kurzfristige Beschäftigung	9 175	24 625	10 828	8 932	9 066	9 258
davon						
männlich	7 544	23 585	9 952	8 055	8 179	8 483
weiblich	1 631	1 040	876	877	887	775
Arbeitsuchende am Monatsende ³⁾	35 944	94 886	9 273	7 730	7 448	7 558
davon						
männlich	28 215	59 355	6 197	5 258	5 021	5 150
weiblich	7 729	35 531	3 076	2 472	2 427	2 408
3. Die Arbeitslosen ⁴⁾						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 865	3 842	3 619	3 787
darunter						
Bauberufe	.	6 710 ⁶⁾	162	45	38	60
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 766 ⁶⁾	130	115	55	55
Elektriker	.	1 627 ⁶⁾	29	23	16	14
Chemiewerker	.	1 879 ⁶⁾	84	63	61	55
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 ⁶⁾	28	19	21	24
Graphische Berufe	.	690 ⁶⁾	53	37	24	22
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	.	1 180 ⁶⁾	11	5	9	11
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	.	6 623 ⁶⁾	139	86	81	95
Kaufmännische Berufe	.	8 598 ⁶⁾	965	797	423	443
Verkehrsberufe	.	8 787 ⁶⁾	592	428	351	315
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 ⁶⁾	844	784	1 121	1 125
Künstlerische Berufe	.	2 260 ⁶⁾	341	268	162	200
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude	.	469	348	372	354	399
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	485	437	488	469
* Wohnungen	.	2 540	1 550	1 435	1 635	1 333
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	100	92	106	96
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	45 316	42 611	48 594	47 247
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude	.	185	133	139	129	201
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	376	625	204	311
* Wohnungen	.	20	21	34	17	13
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	32 692	74 326	16 985	29 609
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	516	385	401	178	419
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	524	406	284	556
Wohnungen	.	2 206	1 692	1 141	981	1 695
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	47 751	36 601	30 820	55 247
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	237	128	119	65	110
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	369	493	178	221
Wohnungen	.	.	20	14	5	14
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	31 230	66 388	12 402	19 977
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	479	378	234	424
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	547	522	302	761
Wohnungen	.	2 096	1 804	1 819	1 030	2 258
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	114	111	63	145
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	45 353	43 630	26 759	63 249
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	117	86	56	82
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	293	216	120	149
Wohnungen	.	26	20	21	4	9
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	22 781	18 652	11 338	11 922

¹⁾ Wird vierteljährlich ausgezählt. - ²⁾ Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. - ³⁾ Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. - ⁴⁾ Infolge Umstellung der Systematik sind die Zahlen von 1961 und 1962 nur bedingt vergleichbar. - ⁵⁾ Juni 1938. - ⁶⁾ Durchschnitt aus April-Dezember 1950. - ⁷⁾ Juni 1961 bzw. 1962.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1961	Juli 1962	Juni 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt ¹⁾	706	2 122	1 824	1 840	1 034	2 267
darunter						
mit öffentlichen Mitteln gefördert		1 526	1 417	1 455	773	1 836
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)		6 575	6 668	6 204	3 842	8 620
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes) ²⁾						
im Bau befindliche Wohnungen		17 089	23 031	28 400	20 900	22 000
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen		8 412	8 180	10 200	9 300	8 600
5. Bestand an normalen Wohngebäuden und Wohnungen³⁾ (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden		122	185	184	190	190
Bestand an Wohnungen		336	590	589	611	610
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)		1 276	2 129	2 124	2 205	2 202
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	744	1 011	304	1 217
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77—80 II. WoBauG.	—	830	567	402	394	514
c) für die Umschichtung	—	—	104	42	86	119
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	739	668	860	623
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	678	363	348	213	377
Abgang von Wohnungen (Wohnraumkartei)	—	306	156	89	50	408
7. Bauberichterstattung⁴⁾						
Zahl der Beschäftigten		21 853	44 262	45 740	44 879	44 428
davon						
Inhaber		335	449	451	461	455
Angestellte		1 739	3 686	3 725	3 915	3 906
Arbeiter ⁵⁾		19 779	40 127	41 564	40 503	40 067
Löhne in 1000 DM		6 168	30 615	33 578	34 885	36 993
Gehälter in 1000 DM		731	3 451	3 450	3 869	3 898
Umsatz in 1000 DM		15 950	85 931	96 216	108 105	91 338
darunter						
im Wohnungsbau in 1000 DM			29 874	32 247	34 094	30 881
im gewerbl. und industr. Bau in 1000 DM			19 546	21 686	30 192	20 857
Geleistete Arbeitsstunden in 1000		3 732	6 900	7 190	7 039	7 394
darunter						
für Wohnungsbauten in 1000		1 498	2 369	2 424	2 321	2 460
für gewerbl. und industr. Bauten in 1000		1 051	1 515	1 468	1 720	1 739
Preise und Indexpfiffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt						
für 50 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	43,80	75,80	119,30	118,10	118,70	126,20
Kühe, sonstige vollfleischige	37,60	62,70	93,70	94,10	92,30	95,80
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	57,00	91,30	167,10	157,00	154,90	153,80
Schweine, von 100—119,5 kg Lebendgewicht	50,90	117,50	126,70	127,30	116,10	115,10
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	40,70	61,90	99,90	94,00	105,80	102,00
2. Durchschnittspreise für Fleisch⁶⁾						
I. Qualität für 50 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	76,50	131,50	208,50	209,10	207,80	210,60
Kalb- und Hammelfleisch, beste Qualität	94,70	174,50	297,70	279,40	276,90	272,50
Hammelfleisch, beste Qualität	92,80	127,00	231,00	214,70	248,80	255,30
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	70,40	178,50	173,40	172,50	164,70	165,90
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbrauchergruppe —						
Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	132,0	132,9	143,8	140,4
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	83,8	83,9	84,4	84,4
Wohnung	97,5	100	141,8	142,2	144,6	144,3
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	147,0	146,3	150,5	150,6
Hausrat	53,9	100	117,7	117,7	122,1	122,0
Bekleidung	47,9	100	107,2	107,2	109,4	109,4
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	119,4	119,7	124,6	124,6
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	147,6	147,9	151,1	151,1
Verkehr	65,0	100	143,9	143,8	144,1	144,1
Ernährung						
einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	125,7	126,5	136,0	133,1
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	125,9	126,4	133,3	131,6
Gesamtlebenshaltung	62,8	100	127,3	127,8	134,2	132,6
(1938 = 100)						
(1950 = 100)	100	159,3	202,9	203,6	213,8	211,3

¹⁾ Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 38 Wohnungen). — ²⁾ Für die Jahre 1950 und 1961 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — ³⁾ Einschl. Behelfsheime von 30 und mehr qm; Bestand 1950 nach der Wohnungszählung vom 13. 9. 1950. — ⁴⁾ Betriebe ab 20 Beschäftigte. — ⁵⁾ Einschl. Umschüler und Lehrlinge. — ⁶⁾ Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1961	Juli 1962	Juni 1962
	1936 ¹⁾	1950	1961			
Industrie ²⁾						
1. Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 857	1 859	1 823	1 826
• Beschäftigte insgesamt	145 200	140 867	233 971	234 240	233 458	233 243
darunter						
• Arbeiter einschl. gewerbj. Lehrlinge	.	111 760	171 526	171 701	168 469	168 620
• Geleistete Arbeiterstunden in 1000	.	21 399	28 929	25 942	25 661	27 956
• Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM	.	11 369	50 328	49 933	55 685	56 093
• Bruttosumme der Löhne in 1000 DM	.	28 356	92 882	91 426	104 192	104 686
• Umsatzwerte in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 063 658	1 006 899	1 089 469	1 058 282
• darunter nach dem Ausland in 1000 RM/DM	.	12 845	131 761	147 458	133 965	118 006
• Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ³⁾ †	.	52 913	16 806	12 053	12 341	13 095
• Heizölverbrauch in t	.	.	47 309	38 125	43 527	46 283
• Stromerzeugung in 1000 kWh	.	5 925	12 962	9 937	10 340	12 048
• Stromverbrauch in 1000 kWh	.	34 341	98 143	87 728	92 164	94 709
• Gasverbrauch in 1000 cbm	.	.	7 005	6 230	5 667	5 497
2. Beschäftigte und Umsatz nach Industriegruppen						
Beschäftigte						
Gesamte Industrie	145 200	140 867	233 971	234 240	233 458	233 243
darunter						
Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 417	8 378	8 666	8 632
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	3 034	3 010	3 075	3 046
Chemische Industrie	8 200	10 439	17 396	17 526	17 854	17 803
Kautschuk und Asbest	9 200	10 380	13 723	13 729	13 043	13 176
Maschinenbau	12 400	16 409	30 283	30 276	30 903	30 813
Schiffbau	26 500	12 559	30 188	30 222	29 418	29 448
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 472	28 494	29 239	29 264
Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁵⁾	6 721	12 160	12 205	12 602	12 627
Olmühlenindustrie	.	.	2 790	2 791	2 776	2 762
Margarineindustrie	} 5 400	} 4 628	3 093	3 141	3 048	3 071
Kaffee und Tee	.	721	3 505	3 363	3 548	3 522
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 601	3 712	3 668	3 597
Umsatz ⁴⁾ in 1000 RM/DM						
Gesamte Industrie	154 200	333 013	1 063 658	1 006 899	1 089 469	1 058 282
darunter						
Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	182 278	198 707	225 158	193 467
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	35 548	34 394	44 707	40 824
Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	77 253	77 495	79 380	82 434
Kautschuk und Asbest	4 600	13 990	37 397	32 841	32 695	39 000
Maschinenbau	9 400	16 234	64 650	58 112	67 673	76 807
Schiffbau	14 400	7 633	66 076	64 743	56 589	24 426
Elektroindustrie	4 400	10 463	112 793	96 829	111 713	109 989
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁵⁾	7 748	31 950	28 423	31 393	33 593
Olmühlenindustrie	.	.	37 023	35 045	35 966	38 327
Margarineindustrie	} 21 500	} 41 967	23 036	20 462	19 727	20 688
Kaffee und Tee	.	4 298	57 307	51 518	58 357	59 705
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	100 437	100 426	103 291	99 833
3. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung in 1000 cbm	5 737 ⁷⁾	8 282	10 164	10 265	10 427	10 756
• Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis	18 767 ⁸⁾	20 935	34 088	24 401	25 663	26 403
• Stromerzeugung in 1000 kWh	40 210 ⁸⁾	125 855	361 337	290 494	323 597	335 249
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
• Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	2 327	2 603	2 591	2 848
• Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 890	2 176	2 252	2 463
• in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	81,2	83,6	86,9	86,5
• Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	10,3	11,3	13,4	15,2
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg	.	10 709	11 279	11 566	10 693	12 395
davon
lose in 1000 kg	.	.	5 295	5 447	4 120	5 088
in Flaschen in 1000 kg	.	.	5 984	6 119	6 573	7 307
Mager- und Buttermilch in 1000 kg	.	1 186	568	795	647	1 186
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	9 992	8 067	8 877	6 421
Kälber	3 884	3 699	3 197	3 072	3 286	3 445
Schweine	24 847	19 784	46 132	46 017	51 053	44 788
Schafe	4 265	5 681	4 024	3 951	3 737	3 250
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
• Rindvieh (ohne Kälber)	8 075	3 363	9 080	6 621	7 089	6 372
• Kälber	5 568	4 065	3 082	2 575	3 131	3 357
• Schweine insgesamt	40 186	21 165	48 507	41 890	51 381	47 048
• darunter Hausschlachtungen	.	1 455	553	51	44	91
• Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ⁹⁾	6 467	3 220	6 714	5 489	6 508	5 968
darunter						
• Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	2 216	1 566	1 667	1 507
• Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 124	3 598	4 513	4 109
• Durchschnittliches Schlachtgewicht						
• für Rinder in kg	246,3	248,7	244,1	236,6	235,2	236,5
• für Kälber in kg	57,2	43,2	58,8	63,1	63,3	65,2
• für Schweine in kg	96,5	95,5	86,0	86,0	87,9	87,5

¹⁾ Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. - ²⁾ Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Arbeitskräften berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). - ³⁾ 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. - ⁴⁾ Ohne Handelsware, einschl. Verbrauchsteuern. - ⁵⁾ 1936 = einschl. Papierverarbeitung. - ⁶⁾ 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. - ⁷⁾ Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. - ⁸⁾ Rechnungsjahr 1935/36. - ⁹⁾ Der gewerblichen Schlachtungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1961	Juli 1962	Juni 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Deichtormarkt)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	3 015	3 725	3 649	2 145
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	13 135	12 328	10 635	14 594
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 489	9 109	7 408	5 930
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	4 021	5 507	7 182	7 098
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	3 154	4 134 r	2 855	2 084
darunter in Hamburg angeordnete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	2 867	3 995	2 663	1 927
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
• Einzelhandel aller Betriebsformen	.	.	168	157	168	176
davan	.	.				
• Nahrungs- und Genußmittel	.	.	161	151	159	178
darunter	.	.				
Lebensmittel aller Art	.	.	162	146	154	176
Obst, Gemüse, Süßfrüchte	.	.	162	190	197	230
Fische und Fischwaren	.	.	176	133	126	164
Milch und Milchzeugnisse	.	.	142	139	149	167
Schokolade und Süßwaren	.	.	133	120	123	128
Tabakwaren	.	.	156	147	151	157
• Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	167	155	164	168
darunter	.	.				
Textilien aller Art	.	.	191	184	182	192
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	180	174	170	201
Oberbekleidung	.	.	156	135	149	150
Schuhwaren	.	.	172	169	169	201
• Hausrat und Wohnbedarf	.	.	180	170	193	178
darunter	.	.				
Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	175	165	165	175
Porzellan und Glaswaren	.	.	193	160	184	155
Beleuchtungs- und Elektrogeräte	.	.	224	212	237	211
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel	.	.	213	186	251	218
Möbel	.	.	135	130	146	132
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	138	131	157	134
• Sonstige Waren	.	.	176	164	179	182
darunter	.	.				
Bücher	.	.	192	173	188	169
Papier- und Schreibwaren	.	.	166	133	138	143
Galanterie- und Lederwaren	.	.	169	173	163	155
Apotheken	.	.	164	156	161	166
Drogerien	.	.	176	179	176	188
Foto und Optik	.	.	182	231	232	203
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	143	136	139	140
Fahrräder, Krafträder und Zubehör	.	.	197	249	164	187
Kraftwagen und Zubehör	.	.	205	188	214	236
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.	182	144	155	150
Blumen und Sämereien	.	.	200	157	180	214
Brennmaterial	.	.	128	103	141	136
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1955 = 100)						
Gaststättenwesen insgesamt	.	.	149	159	162	161
darunter	.	.				
Hotels und Gasthöfe	.	.	122	139	140	132
Fremdenheime und Pensionen	.	.	165	210	231	189
Schank- und Speisewirtschaften mit Ausschank alkoholischer Getränke	.	.	141	147	151	154
3. Fremdenverkehr ^{1) 2)}						
• Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	106 693	153 720	157 414	127 696
darunter Ausländer	11 283	10 303	39 328	79 377	76 278	49 483
• Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	221 092	299 092	293 509	252 610
darunter Ausländer	27 491	22 805	80 261	146 328	136 260	97 929
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	58	76	73	66
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) ³⁾						
• Bezüge Hamburgs	.	5	6	8	6	6
• Lieferungen Hamburgs	.	3	4	5	9	6
5. Handel mit Berlin (West) ³⁾ (in Mio DM)						
• Bezüge Hamburgs	.	9	84	83	83	83
• Lieferungen Hamburgs	.	37	118	106	116	126
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
• Insgesamt	.	26	149	157	152 p	146
• davon nach Warengruppen	.					
• Ernährungswirtschaft	.	1	12	15	12 p	12

¹⁾ Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — ²⁾ 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1961	Juli 1962	Juni 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Handel und Gastgewerbe						
• Gewerbliche Wirtschaft	.	25	137	142	140 p	134
• davon
• Rohstoffe	.	1	2	2	2 p	2
• Halbwaren	.	12	33	29	30 p	34
• Fertigwaren	.	12	102	111	108 p	98
• davon
• Vorerzeugnisse	.	2	9	6	5 p	9
• Enderzeugnisse	.	10	93	105	103 p	89
• davon nach ausgewählten Verbrauchsgebieten
• Europa	.	.	93	83	80 p	95
• darunter
• EWG-Länder	.	.	27	27	.	25
• EFTA-Länder	.	.	49	43	.	57
• Afrika	.	.	9	6	5 p	6
• Amerika	.	.	26	57	60 p	31
• davon
• Nordamerika	.	.	12	10	.	21
• darunter USA	.	.	11	9	.	20
• Mittelamerika	.	.	5	37	.	2
• Südamerika	.	.	9	10	.	8
• Asien	.	.	20	10	6 p	13
• Australien und Ozeanien	.	.	1	1	1 p	1
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg	1936					
Wareneinfuhr (in 1000 t netto)	648	464	1 498	1 397	1 630 p	1 600 p
Warengruppen:						
• darunter						
• Ernährungswirtschaft	161	185	341	283	335 p	330 p
• Gewerbliche Wirtschaft	487	278	1 157	1 114	1 295 p	1 270 p
• davon						
• Rohstoffe und Halbwaren	480	272	1 110	1 070	1 240 p	1 220 p
• Fertigwaren	7	6	47	44	55 p	50 p
Ländergruppen:						
• darunter						
• Europa	319	134	269	203	.	300 p
• davon						
• EWG-Länder	29	32	49	23	.	.
• EFTA-Länder	179	75	116	104	.	.
• Sonstige Länder	111	27	104	76	.	.
• Außereuropa	329	330	1 226	1 189	.	1 300 p
• davon						
• Amerika	214	150	576	487	.	550 p
• davon						
• Nordamerika	77	73	304	247	.	.
• Mittelamerika	83	25	31	13	.	.
• Südamerika	54	52	241	227	.	.
• Afrika	48	60	97	87	.	90 p
• Asien	64	118	533	586	.	640 p
• Australien und Ozeanien	3	2	20	29	.	20 p
Warenausfuhr (in 1000 t netto)	168	216	324	258	334 p	320 p
Warengruppen:						
• darunter						
• Ernährungswirtschaft	12	4	55	47	63 p	60 p
• Gewerbliche Wirtschaft	156	212	269	211	271 p	260 p
• davon						
• Rohstoffe	84	16	14	14	20 p	20 p
• Halbwaren	84	160	142	101	146 p	140 p
• Fertigwaren	72	36	113	96	105 p	100 p
• davon						
• Vorerzeugnisse	.	17	36	28	.	.
• Enderzeugnisse	.	19	77	68	.	.
Ländergruppen:						
• darunter						
• Europa	80	153	153	113	.	155
• davon						
• EWG-Länder	13	4	18	9	.	.
• EFTA-Länder	44	125	107	77	.	.
• Sonstige Länder	23	24	28	27	.	.
• Außereuropa	88	58	144	120	.	150 p
• davon						
• Amerika	45	38	60	50	.	60 p
• davon						
• Nordamerika	18	17	23	15	.	.
• darunter USA	13	12	18	12	.	.
• Mittelamerika	7	5	10	6	.	.
• Südamerika	20	16	27	29	.	.
• Afrika	11	8	29	24	.	40 p
• Asien	30	8	50	40	.	40 p
• Australien und Ozeanien	2	4	5	5	.	10 p
Verkehr	1938					
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
• Angekommene Schiffe	1 512	955	1 669	1 631	1 680 p	1 726 r
• darunter deutsche Schiffe	1 027	526	989	978	1 000 p	1 040 r
• Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 746	1 708	1 950 p	1 956 r
• darunter deutsche Schiffe	1 118	591	1 060	1 049	1 260 p	1 264 r
Raumgehalt der angekommenen Schiffe in 1000 NRT	1 714	937	2 675	2 606	2 800 p	2 942 r
• darunter deutsche Schiffe	873	128	742	724	750 p	803 r
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe in 1000 NRT	1 712	936	2 676	2 625	2 950 p	2 962 r
• darunter deutsche Schiffe	875	135	755	721	800 p	833 r

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1961	Juli 1962	Juni 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Verkehr						
b) Linienschifffahrt (Linien)¹⁾	184	176	255	255	252 p	252 p
davon						
Europa	102	84	72	72	76 p	76 p
Außereuropa	82	92	183	183	176 p	176 p
Reisen (Abfahrten)	728	319	734	755	750 p	780 p
darunter nach						
Europäischem Ausland	383	159	299	303	305 p	315 p
Amerika	72	54	176	178	180 p	190 p
Afrika	37	18	87	90	90 p	90 p
Asien	33	23	97	90	90 p	100 p
Australien	7	4	16	16	15 p	15 p
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	2 235	3 057	3 000 p	2 786 r
darunter nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			151	466		213
West-Europa			530	980		607
(einschl. Großbritannien und Irland)			778	919		1 620
Nordamerika	2 882	446	374	465		51
Südamerika	1 286	231	374	465		51
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 834	2 577	2 800 p	2 509 r
darunter von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			120	203		170
West-Europa			475	625		669
(einschl. Großbritannien und Irland)			655	970		1 167
Nordamerika	2 057	171	335	442		279
Südamerika	882	30	2 490	2 239		2 671 r
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)						
Empfang	2 147	919	2 490	2 239	2 488 p	2 671 r
dav. Massengut	1 521	620	1 855	1 634	1 896 p	2 078 r
dar. Mineralöle	980	429	1 350	1 204	1 480 p	1 561 r
Kohle	307	162	789	796	840 p	842
Getreide	262	113	226	166	240 p	268
Sackgut	133	70	139	76	170 p	273
Stückgut	541	191	379	319	316 p	387 r
Verkehrsbezirke:						
Inland	110	110	62	61	40 p	43 r
Europäisches Ausland	520	159	348	312	300 p	317 r
Außereuropa	891	351	1 445	1 261	1 556 p	1 718 r
darunter						
Nahost und Persischer Golf		128	480	581		448
Vereinigte Staaten von Amerika	171	78	323	200		474
Versand	626	299	635	605	592 p	593 r
davon						
Massengut	205	144	248	251	240 p	241 r
Sackgut	421	155	105	84	100 p	105 r
Stückgut	421	155	282	270	252 p	247 r
Verkehrsbezirke:						
Inland	149	32	75	55	70 p	73 r
Europäisches Ausland	302	170	301	319	320 p	318 r
Außereuropa	175	97	259	231	202 p	202 r
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 286	2 325	2 366	2 707
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 233	2 185	2 110	2 541
Tragfähigkeit der angekommenen Schiffe in 1000 t	879	362	643	690	705	709
Tragfähigkeit der abgegangenen Schiffe in 1000 t	845	344	626	638	610	642
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	296	294	292	327
darunter						
Bundesrepublik	77	101	251	258	255	290
davon						
Niederelbe	24	32	30	31	28	31
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	190	192	193	227
Mittellandkanal	0	7	31	35	34	32
Berlin (West)	7	25	10	13	16	14
Sowjetische Besatzungszone	155	3	18	9	4	5
Tschechoslowakei	42	22	17	14	17	18
Ausgang (in 1000 t)	504	121	243	240	259	257
darunter						
Bundesrepublik	59	81	117	120	145	142
davon						
Niederelbe	49	48	73	88	94	86
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	32	22	36	33
Mittellandkanal	0	1	12	10	15	23
Berlin (West)	29	28	58	60	60	56
Sowjetische Besatzungszone	268	2	36	35	22	24
Tschechoslowakei	34	10	32	25	32	35
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 713	2 155		
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 714	2 160		
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	41 254	59 250		
darunter aus dem Ausland			14 401	18 401		
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	38 679	50 268		
darunter nach dem Ausland			14 311	16 955		
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	586	490		
darunter aus dem Ausland			300	255		
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	441	411		
darunter nach dem Ausland			184	175		
Angekommene Post in t	9,0	35,6	92	69		
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	103	67		
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9	497,4	462,1		
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8	471,9	429,8		
Gestellte Güterwagen		31 414	42 278	42 169	41 766	42 927

¹⁾ Stand am Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1961	Juli 1962	Juni 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Verkehr						
5. Personen-Nahverkehr						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	10 872	10 459	9 875	9 825
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 789	12 968	12 829	13 631
Straßenbahn	13 799	23 498	15 614	14 564	12 498	12 951
Kraftomnibusse der HHA 1)	1 083	2 028	7 835	7 441	8 403	8 720
Alsterdampfer	281	337	202	304	258	246
Dampfer der Hafendampfschiffahrt AG.	1 268	1 283	1 517	1 463		
Kraftomnibusse der VHH AG. 2)	373	786	1 573	1 410	1 478	1 588
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	20	18	13	18
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	358	328	341	365
Private Kraftomnibusse	.	151	634	592		576
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrer- tigung (im Verkehr befindlich) insgesamt 3)	82 080	59 100	245 051	244 401	274 166	271 011
darunter Personenkraftwagen 4)	39 260	25 948	197 421	192 805	224 695	221 539
b) Zulassungen von fabriktneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	3 989	3 513	3 925	5 014
darunter						
Krafträder	232	221	87	110	46	71
Personenkraftwagen	501	644	3 221	2 740	3 233	4 205
Kombinationskraftwagen	.	.	257	291	272	310
Lastkraftwagen	179	288	353	294	302	345
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	4 877	4 996	4 895	4 508
davon						
mit Personenschaden 5)	459	426	1 050	1 150	1 128	1 090
mit nur Sachschaden	406	632	3 827	3 846	3 767	3 418
Getötete Personen	8	12	23	26	24	23
Verletzte Personen	517	483	1 281	1 424	1 437	1 360
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken) (Beträge in Mio RM/DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 6)						
Kredite an Nichtkreditinstitute		1 556,1	7 744,0	7 642,0	8 776,9	8 821,0
am Monatsende		1 353,8	3 459,7	3 345,7	3 661,3	3 784,9
davon kurzfristige Kredite 7)						
davon						
an Wirtschaft und Private		1 328,7	3 213,1	3 128,2	3 446,0	3 573,5
an öffentl.-rechtl. Körperschaften			25,1	217,5	215,3	211,4
mittelfristige Kredite 8)			55,8	626,7	749,2	725,0
davon						
an Wirtschaft und Private		55,6	549,0	549,5	646,8	641,7
an öffentl.-rechtl. Körperschaften		0,2	77,7	75,1	102,4	83,3
langfristige Kredite 9)		146,5	3 657,6	3 671,7	4 366,4	4 311,1
davon						
an Wirtschaft und Private		146,0	3 315,4	3 328,7	3 985,7	3 933,2
an öffentl.-rechtl. Körperschaften		0,5	342,2	343,0	380,7	377,9
Kredite an Kreditinstitute						
am Monatsende		105,7	789,7	790,8	793,5	851,1
b) Einlagen bei den Kreditinstituten						
Einlagen von Nichtkreditinstituten		1 152,3	5 969,6	6 019,5	6 527,4	6 471,2
am Monatsende		1 026,3	3 485,1	3 537,7	3 782,3	3 747,5
davon Sicht- und Termineinlagen						
davon						
von Wirtschaft und Privaten		848,0	2 997,2	3 076,8	3 099,2	3 045,2
von öffentl.-rechtl. Körperschaften		178,3	487,9	460,9	683,1	702,3
Spareinlagen		126,0	2 484,5	2 481,8	2 745,1	2 723,7
Einlagen von Kreditinstituten						
am Monatsende		106,6	1 618,9	1 524,4	1 732,3	1 872,8
c) Sparverkehr						
Sämtliche Kreditinstitute 10)		126,0	2 484,5	2 481,8	2 745,1	2 723,7
Spareinlagen am Monatsende						
steuerbegünstigt		12,4	166,7	174,7	2,9	3,0
prämienbegünstigt			100,2	102,3	163,3	159,8
Gutschriften		10,2	142,2	151,6	159,0	144,0
Lastschriften		7,3	134,2	149,4	138,0	124,6
Saldo der Gut- und Lastschriften		+ 2,9	+ 8,0	+ 2,2	+ 21,0	+ 19,4
Zinsen		+ 2,6	+ 7,3	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,2
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)		1 324	1 450	1 459	1 308	1 412
Betrag in 1000 RM/DM		1 194,0	1 040,3	1 014	1 775	1 236
Durchschnittsbetrag je protestierten Wechsel in RM/DM		902	718	695	1 357	875
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)						
Konkurse	12	25	14	17	21	13
Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1		1	1
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)						
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	21 398	20 659	21 401	20 251
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides		2 392	2 716	2 565	2 693	2 396
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides		848	1 135	1 034	1 002	1 140
Abgeleistete Offenbarungseide		124	338	316	281	356
d) Öffentliche Leihhäuser						
Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	3 858	3 696	4 426	4 495
RM/DM	298 306	384 610	181 810	192 027	247 439	226 240
Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 633	3 524	3 355	3 770
RM/DM	176 172	401 990	172 763	171 882	193 359	178 394

1) 1950 einschl. Obusse. - 2) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). - 3) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. - 4) Einschl. Kombinationskraftwagen. - 5) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - 6) Ohne durchlaufende Mittel. - 7) 107 berichtspflichtige Institute. - 8) 90 berichtspflichtige Institute. - 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. - 10) Ohne Postsparkasse. - 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. - 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1961	Juli 1962	Juni 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	.	.	167	166	167 ¹⁾	167
Kapital in Mio DM	.	.	3 453,9	3 592,1	3 290,4	3 288,3
Gesellschaften m. b. H., Zahl	.	.	3 228	3 244	3 388	3 374
Kapital in Mio DM	.	.	2 229,4	2 230,3	2 392,2	2 389,8
Steuern ²⁾						
1. Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ³⁾						
a) Bundessteuern						
Umsatzsteuer	9 363	22 996	67 055	63 028	71 548	77 395
Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	17 587	19 492	42 575	15 041
Beförderungsteuer	79	943	1 295	1 497	1 400	1 295
Notopfer Berlin	.	1 749	292	476	425	476
Zölle	45 572	17 772	72 426	49 659	81 279	122 828
Verbrauchssteuern	31 925	42 968	173 112	176 696	198 983	171 283
davon						
Tabaksteuer	24 492	32 535	64 636	70 198	63 564	58 719
Kaffeesteuer	.	5 831	19 121	17 181	22 269	16 939
Teesteuer	.	521	744	.	552	493
Branntweinmonopol ⁴⁾	249	2 514	4 277	693	552	5 857
Mineralölsteuer	51	871	84 115	84 949	108 624	89 058
Sonstige Verbrauchssteuern	7 133	697	220	165	254	218
Summe der Bundessteuern	..	89 211	331 767	310 848	396 210	388 319
Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 ⁵⁾	8 286	3 943	4 878	5 171
davon						
Vermögensabgabe	..	5 352	6 375	691	1 682	2 639
Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 426	2 226	2 242	1 321
Kreditgewinnabgabe	..	.	485	1 027	955	1 212
b) Landessteuern						
Lohnsteuer	7 390	10 051	58 839	62 137	73 204	70 520
Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	56 782	26 589	26 737	144 712
Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	6 273	10 353	6 261	5 351
Körperschaftsteuer	8 928	9 544	39 444	5 545	568	107 488
Summe der Eink.- und Körperschaftsteuer	33 902	29 097	161 338	104 624	106 771	328 073
davon						
an den Bund abgeführt	56 468	36 618	37 370	114 825
Hamburg verblieben	104 870	68 006	69 401	213 247
Vermögenssteuer	1 513	466	8 686	82	3 791	3 125
Erbschaftsteuer	469	63	1 407	1 654	1 236	468
Grunderwerbsteuer	398	135	1 099	926	1 128	837
Kapitalverkehrssteuer	227	179	2 103	4 859	1 770	1 143
Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	5 522	5 819	6 065	5 643
Versicherungssteuer	559	847	3 052	2 755	3 030	3 106
Rennwett- und Lotteriesteuer	452	820	1 643	1 594	1 748	1 567
Wechselsteuer	0	536	690	694	729	688
Feuerschutzsteuer	15	127	159	— 164	— 201	225
Biersteuer	792	870	1 879	2 049	2 122	2 211
Summe der Landessteuern	..	34 461	187 663	124 892	128 190	347 085
c) Gemeindesteuern						
Realsteuern	9 974	8 666	43 157	21 686	28 111	9 139
davon						
Grundsteuer A	50	42	44	9	13	16
Grundsteuer B	4 538	3 365	4 590	669	1 419	700
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	34 358	8 899	12 840	8 097
Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	4 165	12 109	13 839	326
Gewerbesteuerausgleichszuschüsse	24	29	322	1 398	1 567	—
Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	952	1 140	1 003	495
darunter						
Kinosteuer	123	497	456	399	321	251
Übrige Vergnügungsteuer	106	146	268	271	220	174
Hundesteuer	68	132	227	468	461	70
Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	44 109	22 825	29 114	9 634
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	3 696	3 777	3 738	3 907
a) Feueralarme	187	185	224	187	186	313
davon						
falsche Alarme und Unfugmeldungen	49	39	43	28	43	52
bekämpfte Brände	138	146	181	159	143	261
davon						
Großbrände	10	4	11	11	16	15
Mittelbrände	17	14	24	26	26	45
Kleinbrände	88	114	63	59	48	132
Entstehungsbrände	.	.	73	59	51	67
Schornsteinbrände	.	10	10	4	2	2
b) Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	3 474	3 590	3 552	3 594
darunter bei						
Straßen- und Verkehrsunfällen	.	314	1 044	1 114	1 099	1 116
Betriebsunfällen	.	235	540	588	510	492
Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	.	976	3 238	3 314	3 328	3 339
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	.	5 625	4 967	4 627	4 461	4 429
Beförderte Personen	.	6 449	5 179	4 762	4 743	4 819

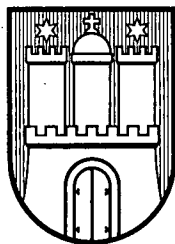
¹⁾ Außerdem eine AG. mit einem Grundkapital von 1,5 Mio RM. — ²⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — ³⁾ Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — ⁴⁾ Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — ⁵⁾ Einschl. Soforthilfesonderabgabe.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Juli 1961	Juli 1962	Juni 1962	
	1938	1950	1961				
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
3. Feststellungen der Polizei							
Der Kriminalpolizei bekannt gewordene Straftaten	.	5 443	7 516	7 046	7 398	6 969	
darunter	.						
Sittlichkeitsdelikte	.	142	197	228	246	229	
Mord und Totschlag	.	2	3	1	3	1	
Fahrlässige Tötung	.	11	14	10	11	11	
Körperverletzung ¹⁾	.	32	65	60	67	59	
Einfacher Diebstahl	.	2 416	3 439	3 238	3 353	3 093	
Schwerer Diebstahl	.	558	1 247	1 112	1 326	1 335	
Diebstähle zusammen	.	2 974	4 686	4 350	4 679	4 428	
darunter	.						
von Kraftfahrzeugen (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)	.	36	197	168	197	213	
von Fahrrädern, Mopeds (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)	.	202	661	655	516	521	
Taschendiebstahl	.	78	37	52	25	42	
Unterschlagung	.	357	253	258	278	220	
Raub und Erpressung	.	11	37	28	40	39	
Begünstigung und Hehlerei	.	99	91	96	69	40	
Betrug und Untreue	.	607	755	799	659	689	
Brandstiftung	.	39	26	16	16	30	
Münzdelikte	.	13	1	—	—	1	
Übertretung der Verkehrsordnung	.	22 902	39 177	39 044	36 062	28 150	
davon	.						
Strafanzeigen	.	10 060	9 259	9 323	6 203	4 649	
Gebührenpflichtige Verwarnungen	.	.	29 918	29 721	29 859	23 501	
4. Rechtskräftig Abgeurteilte							
Abgeurteilte insgesamt	.	1 316	1 940	1 949	1 822 ²⁾	1 569	
a) Erwachsene nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt	.	1 229	1 525	1 568	1 428	1 251	
b) Heranwachsende nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt	.	.	178	149	158	132	
c) Jugendliche nach Jugendstrafrecht abgeurteilt	.	87	154	154	161	122	
d) Heranwachsende nach Jugendstrafrecht abgeurteilt	.	.	83	78	75	64	
darunter	.						
Widerstand gegen die Staatsgewalt	.	12	12	10	9	5	
Fahrerflucht	.	6	52	60	53	53	
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie	.	4	43	40	40	41	
Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit	.	51	50	66	54	48	
Beleidigung, üble Nachrede	.	24	22	17	21	22	
Verbrechen und Vergehen wider das Leben	.	9	11	9	13	10	
Körperverletzung	.	52	141	146	157	125	
Einfacher Diebstahl	.	324	285	274	320	247	
Schwerer Diebstahl	.	80	80	83	106	67	
Einfacher und schwerer Diebstahl im Rückfall	.	79	55	62	83	56	
Unterschlagung	.	70	69	73	71	55	
Raub und Erpressung	.	9	14	12	13	9	
Begünstigung und Hehlerei	.	68	40	38	41	48	
Betrug und Untreue	.	92	163	166	142	166	
Urkundenfälschung	.	19	17	23	21	16	
Vergehen gegen das StVG.	.	53	299	250	274	223	
Löhne und Gehälter³⁾							
1. Arbeiterverdienste in der Industrie⁴⁾							
Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51,38	76,52	164,65	160,55	183,71	171,80
	weiblich	26,99	43,84	98,93	98,33	109,06	107,69
Bruttostundenverdienste in Rp/Pf	männlich	99,9	156,7	355,0	346,8	397,6	377,9
	weiblich	56,9	96,6	228,0	221,8	254,4	251,7
Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	46,4	46,3	46,2	45,5
	weiblich	47,4	45,4	43,4	43,4	42,9	42,8
Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich	.	.	42,8	39,3	42,3	44,2
	weiblich	.	.	39,9	36,6	38,8	41,7
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste in DM)							
Industrie⁴⁾							
Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	791	771	855	844
	weiblich	.	.	538	522	581	581
Technische Angestellte	männlich	.	.	913	893	989	967
	weiblich	.	.	551	539	599	592
Handel, Geld- und Versicherungswesen							
Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	754	737	797	800
	weiblich	.	.	495	480	533	534
Technische Angestellte	männlich	.	.	767	756	801	801
	weiblich	.	.	663	679	639	671
Industrie u. Handel, Geld- u. Versicherungswesen							
Kaufmännische Angestellte	männlich	.	.	761	744	809	809
	weiblich	.	.	503	488	543	544
Technische Angestellte	männlich	.	.	895	876	965	946
	weiblich	.	.	560	550	602	598

¹⁾ Ohne §§ 223 und 230. — ²⁾ Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) Juli 1962 1 Jugendlicher und 6 Heranwachsende. — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) Juli 1962 39 Jugendliche. — ³⁾ 1938 = September 1938, 1950 und 1961 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — ⁴⁾ Einschl. Energiewirtschaft und Hoch-, Tief- und Ingenieurbau.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1962

Oktober-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Der Index der industriellen Produktion in Hamburg und im Bundesgebiet 1950 bis 1961

Vorbemerkungen

Der Index der industriellen Produktion wurde 1956 von der bis dahin gültigen Vorkriegsbasis 1936 gelöst und auf die neue Basis 1950 gestellt. Eine der Grundlagen der Neuberechnung war die Nettoleistungserhebung (Zusatzerhebung 1951/52 zum Industriebericht) in der Industrie, aus der die Nettoproduktionswerte 1950 für die einzelnen Industriezweige errechnet wurden. Die Nettoproduktionswerte ergeben sich aus den Bruttoproduktionswerten minus den Materialverbrauch; die Bruttoproduktionswerte enthalten den Umsatz, die Lagerbestandsveränderungen an fertigen und halbfertigen Erzeugnissen und den Wert der von den Betrieben selbst erstellten Anlagen; der Materialverbrauch enthält auch die Vergütungen für vergebene Lohnarbeiten. Obwohl der Nettoproduktionswert nicht mit der „Wertschöpfung“ gleichgesetzt werden kann, da er noch die sogenannten sonstigen Vorleistungen (z. B. Dienstleistungen anderer Bereiche), verbrauchsbedingte Abschreibungen und Kostensteuern umfaßt, ist er doch ein annäherungsweise brauchbarer Indikator für die Wertschöpfung als den eigentlichen Beitrag der industriellen Betriebe, der Industriegruppen und der gesamten Industrie zum Produktionsergebnis einer Volkswirtschaft. Aus diesem Grunde werden auch die Nettoproduktionswerte der einzelnen Industriegruppen — in % des Nettoproduktionswertes der gesamten Industrie — bei der Berechnung des Index der gesamten Produktion aus den Einzelindizes der Industriegruppen als Wägungszahlen verwendet. Die Wägung bewirkt, daß z. B. die Entwicklung der Produktion einer Industriegruppe mit dem Indexgewicht 10 % (Chemische Industrie in Hamburg) mit einer 10mal stärkeren Bedeutung in den Index eingeht als die Produktionsentwicklung einer Industriegruppe mit dem Indexgewicht 1 % (Industrie der Steine und Erden in Hamburg). Auf weitere Einzelheiten der Berechnung des Index soll in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden; es sei hierfür auf dies-

bezügliche Ausführungen an anderer Stelle verwiesen.¹⁾

Die Entwicklung der Indizes für die gesamte Industrie

Eine Übersicht über den Index der industriellen Produktion für die gesamte Industrie in Hamburg und im Bund für die Jahre 1950 bis 1961 und die jährlichen Veränderungen gibt Tabelle 1. Aus ihr wird die unterschiedliche Entwicklung der industriellen Produktion in Hamburg und im Bund deutlich. Während die Entwicklung der Produktion bis 1954 in beiden Gebieten etwa parallel verlief, fiel Hamburg in den folgenden drei Jahren gegenüber dem Bund um fast 10 Punkte zurück; besonders 1955 war die Produktionsentwicklung in Hamburg erheblich geringer. Im Jahre 1958 hatte Hamburg dafür eine höhere Zunahme aufzuweisen, so daß in diesem Jahr die Indizes für Hamburg und den Bund wieder etwa auf gleicher Höhe lagen. In den letzten drei Jahren fiel Hamburg dagegen wieder sehr zurück; der Index der industriellen Produktion war 1961 im Bund um etwa 25 Punkte höher als in Hamburg.

Tab. 1

Der Index der industriellen Produktion in Hamburg und im Bund 1950 bis 1961 (1950 = 100; arbeitstäglich)

Jahre	Hamburg		Bund	
	Index	Zunahme in % gegen Vorjahr	Index	Zunahme in % gegen Vorjahr
	1	2	3	4
1950	100	—	100	—
1951	116,6	16,6	118,3	18,3
1952	122,0	4,6	125,9	6,4
1953	137,1	12,4	138,8	10,2
1954	154,2	12,5	155,0	11,7
1955	171,2	11,0	178,2	15,0
1956	185,8	8,5	192,2	7,9
1957	193,7	4,3	203,0	5,7
1958	209,4	8,1	209,0	3,0
1959	222,3	6,2	225,0	7,7
1960	235,1	5,8	249,0	10,7
1961	239,2	1,7	264,0	6,0

¹⁾ „Neuberechnung des Index der industriellen Nettoproduktion“ in „Die Industrie der Bundesrepublik Deutschland“, Sonderheft 8, Wiesbaden 1956.

Es erhebt sich nun die Frage, ob der eben durchgeführte Vergleich der Indexwerte zwischen Hamburg und dem Bund überhaupt vertretbar ist. Liegen die Ursachen für eine gleichartige oder für eine unterschiedliche Entwicklung der beiden Indexreihen nur in der gleichartigen oder unterschiedlichen Entwicklung der Industrieproduktion an sich oder hat auch die Berechnungsmethode des Index einen Einfluß auf seine Entwicklung?

Wie in den Vorbemerkungen schon an einem einfachen Beispiel dargelegt wurde, geht eine gleiche prozentuale Veränderung der Produktion zweier Industriegruppen bei verschiedenen Indexgewichten in den Gesamtindex in unterschiedlicher Stärke ein. Wenn also gleiche Industriegruppen in Hamburg und im Bund verschiedene Indexgewichte haben, so hat eine effektiv gleiche Entwicklung dieser Industriegruppen in den beiden Gebieten doch eine unterschiedliche Wirkung auf den Gesamtindex. Hier liegt also in der Berechnungsmethode eine mögliche Ursache für die abweichende Entwicklung der Indizes in Hamburg und im Bund.

Zum anderen ist es aber auch unwahrscheinlich, daß die gleichen Industriegruppen in Hamburg und im Bund eine parallele Produktionsentwicklung haben, weil die Strukturen der einzelnen Industriegruppen in Hamburg und deren Produktionsbedingungen von denen des gesamten Bundesgebietes oft erheblich abweichen. So ist es also wahrscheinlich, daß sich die Produktion einer Industriegruppe als Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Aktivität in Hamburg und im Bund nicht parallel entwickelt und damit selbst bei annähernd gleichen Indexgewichten in beiden Regionen der Index der industriellen Produktion unterschiedlich verlaufen wird.

Diese beiden Momente für voneinander abweichende Indexreihen in Hamburg und im Bund — die im allgemeinen nicht „rein“ auftreten, sondern gleichzeitig zusammen auf den Gesamtindex einwirken werden — sollen jetzt im einzelnen näher untersucht werden.

Die Wägungszahlen der Industriegruppen in Hamburg und im Bund

Die Gewichte, die den einzelnen Industriegruppen innerhalb der gesamten Industrie bei der Indexberechnung zugemessen werden, beruhen — wie bereits dargestellt — auf den Nettoproduktionswerten 1950. In Tabelle 2 sind sie in Form von Wägungsanteilen (%) für die Industriegruppen in Hamburg und im Bund einander gegenübergestellt und zeigen deutlich die unterschiedliche Industriestruktur dieser beiden Gebiete.

Während der Bergbau in Hamburg überhaupt nicht vertreten ist, hat er im gesamten Bundesgebiet ein Gewicht von etwas mehr als 8 %. Die beiden Hauptgruppen Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und Investitionsgüterindustrien haben in Hamburg und im Bund jeweils annähernd das gleiche Gewicht, zusammengenommen liegt in Hamburg das Gewicht bei fast 50 %, im Bund bei etwa 46 %. Während die Verbrauchsgüterindustrien im Bund ein erheblich höheres Gewicht aufzuweisen haben als in Hamburg — vor allem zurückzuführen auf die im Bund stark, in Hamburg schwach vertretene Textilindustrie —, ist

es bei den Nahrungs- und Genußmittelindustrien umgekehrt; hier ist es die Ernährungsindustrie, die in Hamburg ein viel größeres Gewicht hat als im Bund.

T a b. 2

Gewichte des Index der industriellen Produktion auf Basis 1950 in Hamburg und im Bund (Gewichte der Industriegruppen [Nettoproduktionswerte] in vH des Gesamtnettwertes)

Industriegruppen	Hamburg	Bund
Bergbau	—	8,15¹⁾
Kohlenbergbau	—	6,98
Eisenerzbergbau	—	0,21
Metallerzbergbau	—	0,19
Kali- und Steinsalzbergbau	—	0,42
Erdölgewinnung	—	0,27
Sonstiger Bergbau	—	0,03
Torfindustrie	—	0,05
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	26,3	23,40
Industrie der Steine und Erden	1,0	3,24
Eisenschaffende Industrie	—	3,88
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	0,3	1,28
Ziehereien und Kaltwalzwerke	0,2	0,73
NE-Metallindustrie	2,6	1,14
NE-Metallgießereien	0,2	0,17
Chemische Industrie	10,0	8,04
Mineralölverarbeitung	6,0 ¹⁾	0,56
Kautschuk und Asbest verarbeitende Industrie	5,4	1,15
Flachglaserzeugung	—	0,26
Sägewerke und Holzbearbeitende Industrie	0,6	1,51
Zellstoff und Papier erzeugende Industrie	0,0	1,44
Investitionsgüterindustrien	23,4	23,18
Stahlbau	1,4	1,73
Maschinenbau	7,2	7,47
Fahrzeugbau	2,1	3,47
Schiffbau	3,3	0,45
Elektrotechnische Industrie	6,1	4,49
Feinmechanische und optische Industrie	0,7	1,08
Stahlverformung	—	1,13
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	2,6	3,36
Verbrauchsgüterindustrien	14,1	21,68
Musikinstrumenten-, Spiel- und Schmuckwarenindustrie	0,1	0,41
Feinkeramische Industrie	0,4	0,71
Hohlglaserzeugung	0,2	0,43
Holzverarbeitende Industrie	1,1	2,04
Papierverarbeitende Industrie	1,5	1,08
Druckereien und Vervielfältigungsindustrie	4,9	1,97
Kunststoffverarbeitende Industrie	0,4	0,34
Ledererzeugende Industrie	0,1	0,66
Lederverarbeitende Industrie	0,1	0,39
Schuhindustrie	0,1	1,02
Textilindustrie	2,8	10,22
Bekleidungsindustrie	2,4	2,41
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	26,6	16,57
Ernährungsindustrie	23,2	11,30
Tabakverarbeitende Industrie	3,4	5,27
Energieversorgungsbetriebe	6,1	4,52
Elektrizitätserzeugung	4,9	3,61
Gaserzeugung	1,2	0,91
Bauindustrie	3,5	2,50
Gesamte Industrie	100	100

¹⁾ Einschl. Braunkohlenteerdestillation und Kohlenwertstoffe.

²⁾ Einschl. Kohlenwertstoffindustrie.

(Quelle für Bund: „Wirtschaft und Statistik“, 8. Jg. NF, 1956, S. 133.)

Tab. 3 Die Industriegruppen mit den höchsten Indexgewichten auf Basis 1950 in Hamburg und im Bund

Hamburg			Bund		
Rang-ziffer	Industriegruppe	Gewicht	Rang-ziffer	Industriegruppe	Gewicht
1	Ernährungsindustrie	23,2	1	Ernährungsindustrie	11,30
2	Chemische Industrie	10,0	2	Textilindustrie	10,22
3	Maschinenbau	7,2	3	Chemische Industrie	8,51
4	Elektroindustrie	6,1	4	Maschinenbau	7,47
5	Mineralölverarbeitung	6,0	5	Kohlenbergbau	6,98
6	Kautschuk und Asbest verarbeitende Ind.	5,4	6	Tabakverarbeitende Industrie	5,27
7	Druckereien und Vervielf.-Industrie	4,9	7	Elektroindustrie	4,49
8	Elektrizitätserzeugung	4,9	8	Eisenschaffende Industrie	3,88
9	Bauindustrie	3,5	9	Elektrizitätserzeugung	3,61
10	Tabakverarbeitende Industrie	3,4	10	Fahrzeugbau	3,47
11	Schiffbau	3,3	11	Eisen-, Blech- und Metallwaren-Industrie	3,36
12	Textilindustrie	2,6	12	Industrie der Steine und Erden	3,24
Zusammen		80,5	Zusammen		71,80

Auch bei den Energieversorgungsbetrieben und bei der Bauindustrie ist das Gewicht in Hamburg höher als im Bund. Außer in den genannten Gruppen finden sich noch größere Unterschiede zwischen Hamburg und dem Bund in der anteilmäßigen Bedeutung der folgenden Industriegruppen: Industrie der Steine und Erden, Eisenschaffende Industrie, Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung, Kautschuk und Asbest verarbeitende Industrie, Schiffbau sowie Druck- und Vervielfältigungsindustrie.

Werden die Industriegruppen nach ihrem Gewicht geordnet, so ergibt sich ein noch deutlicheres Bild der unterschiedlichen Industriestruktur, gemessen an den Nettoproduktionswerten 1950.

Unter den jeweils für Hamburg und den Bund in Tabelle 3 aufgeführten Industriegruppen sind zwar 7 Industriegruppen — nämlich Ernährungsindustrie, Chemische Industrie, Maschinenbau, Elektroindustrie, Elektrizitätserzeugung, Tabakverarbeitende Industrie und Textilindustrie — sowohl in der Spalte für Hamburg als auch in der für den Bund genannt; sie haben aber — bis auf die Ernährungsindustrie — eine andere Stellung innerhalb der Rangfolge und — mit Ausnahme des Maschinenbaus — auch ein unterschiedliches Gewicht aufzuweisen. Auch das Gesamtgewicht der genannten Industriegruppen weist eine erhebliche Differenz auf.

Aus den obigen Ausführungen über die unterschiedliche Gewichtung der Industriegruppen innerhalb des Gesamtindex in Hamburg und im Bund dürfte deutlich geworden sein, daß selbst bei einer parallelen Entwicklung der Einzelindizes der Industriegruppen in Hamburg und im Bund die beiden Gesamtindizes im Laufe der Zeit nicht die gleiche Entwicklung nehmen könnten; Übereinstimmungen der Indexwerte sind daher als mehr zufällig anzusehen. Da sich aber außerdem die Einzelindizes, die innerhalb des Gesamtindex ein größeres Gewicht aufzuweisen haben, zwischen 1950 und 1961 nicht gleichartig verändert haben, ist eine Übereinstimmung der Daten in Hamburg und im Bund noch weniger zu erwarten.

Die Produktionsentwicklung der bedeutenden Industriegruppen in Hamburg und im Bund

Über die Entwicklung der neun bedeutendsten in Tabelle 3 genannten Industriegruppen, die in Hamburg bzw. im Bund die höchsten Indexgewichte haben,

geben die Tabelle 4 und die graphischen Darstellungen für die betrachteten Jahre Auskunft (Seiten 300 und 301).

Aus dieser Tabelle wird die zweite der genannten Ursachen für abweichende Indexreihen zwischen Hamburg und dem Bund deutlich: die unterschiedliche Entwicklung gleicher Industriegruppen zwischen 1950 und 1961. Sie ist mit darauf zurückzuführen, daß die angeführten Industriegruppen, die ihrerseits wieder aus vielen Einzelzweigen bestehen, in Hamburg und im Bund nicht gleichartig zusammengesetzt sind. Auch mögen die einzelnen Industrien, die in einer Industriegruppe zusammengefaßt werden, in Hamburg wieder anders strukturiert sein als im Bundesgebiet. Es ist also auch hier die innere Unterschiedlichkeit der in Wirtschaftszweige zusammengefaßten Produktionszweige, welche die verschiedene Entwicklung der Produktionsindizes für die Industriegruppen mit begründet.

Eine Kombination der beiden genannten Momente für einen unterschiedlichen Verlauf der Indexreihen in Hamburg und im Bund — verschiedene Indexgewichte und unterschiedlicher Verlauf der Indizes gleicher Industriegruppen — und ihre Einwirkung auf den Index der gesamten Industrie kann man auf folgendem Weg herstellen und deutlich machen:

Werden für einzelne Jahre die prozentualen Veränderungen der Indizes der in Tabelle 4 aufgeführten Industriegruppen mit ihrem Indexgewicht multipliziert und die so gewonnenen Werte addiert, so zeigt diese Summe, mit welchen „Gewichten“ die Einzelindizes der bedeutsamsten Industriegruppen in diesen Jahren in Hamburg und im Bund auf den Gesamtindex eingewirkt haben. Ist diese Summe in Hamburg höher als im Bund, so hat auch der Hamburger Index eine größere Zunahme aufzuweisen als der Bundesindex und umgekehrt.

Wie ist nun die oben gestellte Frage, ob ein Vergleich der Indexwerte zwischen Hamburg und dem Bund überhaupt vertretbar sei, zu beantworten? Da der Index der industriellen Produktion die Entwicklung der Industrieproduktion — bezogen auf einen Basiszeitraum — anzeigt, ist auf jeden Fall ein zeitlicher Vergleich innerhalb der gleichen regionalen Einheit sinnvoll und aussagekräftig; denn in diesem Falle spielen ja Probleme der Zusammensetzung deshalb keine Rolle, weil diese als konstant

Tab. 4

Produktionsindizes ausgewählter Industriegruppen und der gesamten Industrie in Hamburg und im Bundesgebiet 1951 bis 1961
(1950 = 100; arbeitstäglich)

Zeit	Gesamte Industrie (einschl. Bau u. Energie)				Ernährungsindustrie Gewicht ¹⁾ Hmbg. 23,2, Bund 11,3				Chemische Industrie Gewicht ¹⁾ Hmbg. 10,0, Bund 8,5			
	Indexziffern		Veränd. geg. Vorjahr in %		Indexziffern		Veränd. geg. Vorjahr in %		Indexziffern		Veränd. geg. Vorjahr in %	
	Hambg.	Bund	Hambg.	Bund	Hambg.	Bund	Hambg.	Bund	Hambg.	Bund	Hambg.	Bund
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1951	116,6	118,3	+ 16,6	+ 18,3	110,3	112,1	+ 10,3	+ 12,1	108,0	118,7	+ 8,0	+ 18,7
1952	122,0	125,9	+ 4,6	+ 6,4	104,3	119,6	- 5,4	+ 6,7	108,8	118,9	+ 0,8	+ 0,2
1953	137,1	138,8	+ 12,4	+ 10,2	118,6	143,4	+ 13,7	+ 19,9	121,7	140,2	+ 11,9	+ 17,9
1954	154,2	155,0	+ 12,5	+ 11,7	132,4	151,5	+ 11,6	+ 5,6	142,1	157,9	+ 16,8	+ 12,8
1955	171,2	178,2	+ 11,0	+ 15,0	140,4	166,1	+ 6,0	+ 9,6	160,3	178,7	+ 12,8	+ 13,2
1956	185,8	192,0	+ 8,5	+ 7,9	151,5	179,0	+ 7,9	+ 7,8	179,1	196,0	+ 11,7	+ 9,7
1957	193,7	203,0	+ 4,3	+ 5,7	156,2	200,0	+ 3,1	+ 11,7	195,8	220,0	+ 9,3	+ 12,2
1958	209,4	209,0	+ 8,1	+ 3,0	152,8	208,0	- 2,2	+ 4,0	210,7	236,0	+ 7,6	+ 7,3
1959	222,3	225,0	+ 6,2	+ 7,7	159,7	219,0	+ 4,5	+ 5,3	228,6	269,0	+ 8,5	+ 14,0
1960	235,1	249,0	+ 5,8	+ 10,7	163,5	232,0	+ 2,4	+ 5,9	245,5	308,0	+ 7,4	+ 14,5
1961	239,2	264,0	+ 1,7	+ 6,0	168,5	241,0	+ 3,1	+ 3,9	245,9	330,0	+ 0,2	+ 7,1

Zeit	Maschinenbau Gewicht ¹⁾ Hmbg. 7,2, Bund 7,5				Elektroindustrie Gewicht ¹⁾ Hmbg. 6,1, Bund 4,5			
	Indexziffern		Veränd. geg. Vorjahr in %		Indexziffern		Veränd. geg. Vorjahr in %	
	Hambg.	Bund	Hambg.	Bund	Hambg.	Bund	Hambg.	Bund
	13	14	15	16	17	18	19	20
1951	137,2	133,5	+ 37,2	+ 33,5	152,5	137,4	+ 52,5	+ 37,4
1952	162,8	155,1	+ 18,7	+ 16,2	161,8	145,6	+ 6,1	+ 6,0
1953	147,8	153,2	- 9,2	- 1,2	165,8	159,9	+ 2,5	+ 9,8
1954	153,5	171,0	+ 3,9	+ 11,6	192,5	198,5	+ 16,1	+ 24,1
1955	172,0	210,2	+ 12,1	+ 12,3	228,4	246,8	+ 18,6	+ 24,3
1956	195,4	229,0	+ 13,6	+ 8,9	226,2	272,0	- 1,0	+ 10,2
1957	198,7	237,0	+ 1,7	+ 3,5	232,9	291,0	+ 3,0	+ 7,0
1958	224,1	239,0	+ 12,8	+ 0,8	282,2	334,0	+ 21,2	+ 14,8
1959	219,2	247,0	- 2,2	+ 3,3	304,0	368,0	+ 7,7	+ 10,2
1960	237,2	281,0	+ 8,2	+ 13,8	319,2	423,0	+ 5,0	+ 14,9
1961	241,7	311,0	+ 1,9	+ 10,7	336,8	469,0	+ 5,5	+ 10,9

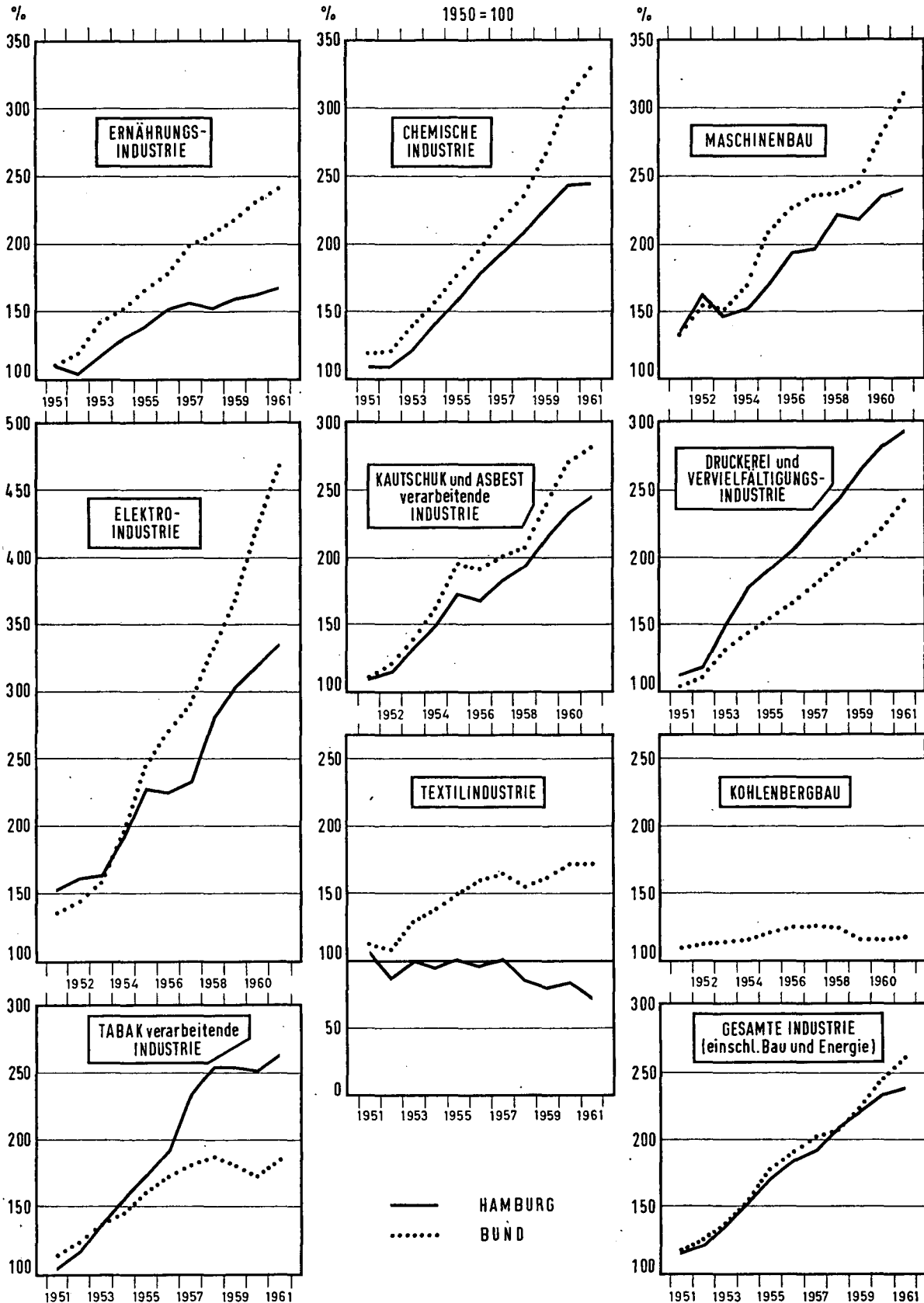
Zeit	Kautschuk und Asbest verarbeitende Industrie Gewicht ¹⁾ Hmbg. 5,4, Bund 1,2				Druckerei und Vervielfältigungsindustrie Gewicht ¹⁾ Hmbg. 4,9, Bund 2,0				Textilindustrie Gewicht ¹⁾ Hmbg. 2,8, Bund 10,2			
	Indexziffern		Veränd. geg. Vorjahr in %		Indexziffern		Veränd. geg. Vorjahr in %		Indexziffern		Veränd. geg. Vorjahr in %	
	Hambg.	Bund	Hambg.	Bund	Hambg.	Bund	Hambg.	Bund	Hambg.	Bund	Hambg.	Bund
	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
1951	109,9	110,9	+ 9,9	+ 10,9	113,5	104,7	+ 13,5	+ 4,7	106,5	112,9	+ 6,5	+ 12,9
1952	115,6	121,8	+ 5,2	+ 9,8	118,3	112,3	+ 4,2	+ 7,3	88,6	109,4	- 16,8	- 3,1
1953	133,1	139,7	+ 15,1	+ 14,7	150,5	132,3	+ 27,2	+ 17,8	100,4	130,2	+ 13,3	+ 19,0
1954	149,8	162,9	+ 12,5	+ 16,6	178,4	145,3	+ 18,5	+ 9,8	97,0	139,4	- 3,4	+ 7,0
1955	173,4	196,2	+ 15,8	+ 20,4	192,1	155,7	+ 7,7	+ 7,2	101,0	150,8	+ 4,1	+ 8,2
1956	167,7	194,0	- 3,3	- 1,1	206,0	166,0	+ 7,2	+ 6,6	98,9	161,0	- 2,0	+ 6,8
1957	183,3	202,0	+ 9,3	+ 4,1	225,2	180,0	+ 9,3	+ 8,4	102,2	167,0	+ 3,3	+ 3,7
1958	195,1	209,0	+ 6,4	+ 3,5	243,3	197,0	+ 8,0	+ 9,4	85,9	157,0	- 15,9	- 6,0
1959	215,9	242,0	+ 10,7	+ 15,8	264,3	207,0	+ 8,6	+ 5,0	81,1	163,0	- 5,6	+ 3,8
1960	235,1	274,0	+ 8,9	+ 13,2	283,4	224,0	+ 7,2	+ 8,2	85,8	173,0	+ 5,8	+ 6,1
1961	247,4	283,0	+ 5,2	+ 3,3	294,5	244,0	+ 3,9	+ 8,9	72,5	173,0	- 15,5	-

Zeit	Kohlenbergbau Gewicht ¹⁾ Hmbg. 0,0, Bund 6,0				Tabakverarbeitende Industrie Gewicht ¹⁾ Hmbg. 3,4, Bund 5,3			
	Indexziffern		Veränd. geg. Vorjahr in %		Indexziffern		Veränd. geg. Vorjahr in %	
	Hambg.	Bund	Hambg.	Bund	Hambg.	Bund	Hambg.	Bund
	33	34	35	36	37	38	39	40
1951	-	109,5	-	+ 9,5	104,9	114,8	+ 4,9	+ 14,8
1952	-	113,9	-	+ 4,0	116,8	125,5	+ 11,3	+ 9,3
1953	-	115,1	-	+ 1,1	139,1	139,0	+ 19,0	+ 10,8
1954	-	117,2	-	+ 1,8	155,9	146,9	+ 12,0	+ 5,7
1955	-	121,5	-	+ 3,7	172,7	162,1	+ 10,8	+ 10,3
1956	-	126,0	-	+ 3,7	193,4	173,0	+ 12,0	+ 6,7
1957	-	127,0	-	+ 0,8	234,0	182,0	+ 21,0	+ 5,2
1958	-	125,0	-	- 1,6	254,9	189,0	+ 8,9	+ 3,8
1959	-	117,0	-	- 6,4	254,3	182,0	- 0,2	- 3,7
1960	-	117,0	-	-	252,0	174,0	- 0,9	- 4,4
1961	-	119,0	-	+ 1,7	265,3	185,0	+ 5,3	+ 6,3

¹⁾ Jeweils in % der gesamten Industrie.

Schaubild 1

**Produktionsindizes ausgewählter Industriegruppen und der gesamten Industrie
in Hamburg und im Bund von 1951 bis 1961
arbeitstäglich**



Tab. 5

Gewichtete Veränderung der Produktionsindizes ausgewählter Industriegruppen in Hamburg und im Bund 1952, 1954, 1958 und 1960

Industriegruppen	Gewichtete Veränderung der Indizes gegenüber Vorjahr							
	1952		1954		1958		1960	
	Hamburg	Bund	Hamburg	Bund	Hamburg	Bund	Hamburg	Bund
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ernährungsindustrie	-1,25	+0,76	+2,69	+0,63	-0,51	+0,45	+0,56	+0,67
Chemische Industrie	+0,08	+0,02	+1,68	+1,09	+0,76	+0,62	+0,74	+1,23
Maschinenbau	+1,35	+1,22	+0,28	+0,87	+0,92	+0,06	+0,59	+1,04
Elektroindustrie	+0,37	+0,27	+0,98	+1,08	+1,29	+0,67	+0,31	+0,67
Kautschuk- und Asbestindustrie	+0,28	+0,12	+0,68	+0,20	+0,35	+0,04	+0,48	+0,16
Druckerei und Vervielfältigungsindustrie	+0,21	+0,15	+0,91	+0,20	+0,39	+0,19	+0,35	+0,16
Textilindustrie	-0,47	-0,32	-0,10	+0,71	-0,45	-0,61	+0,16	+0,62
Kohlenbergbau	—	+0,24	—	+0,11	—	-0,10	—	—
Tabakverarbeitende Industrie	+0,38	+0,49	+0,41	+0,30	+0,30	+0,20	-0,03	-0,23
Industriegruppen zusammen	+0,95	+2,95	+7,53	+5,19	+3,05	+1,52	+3,16	+4,32

anzusehen ist. Aber auch ein Vergleich der Produktionsindizes verschieden strukturierter Industriegebiete miteinander ist wertvoll, weil man dabei die unterschiedliche Entwicklung der verschiedenen Gebiete bei gegebener unterschiedlicher Wirtschaftsstruktur erkennen kann. Daß Hamburg bei seiner besonderen Wirtschaftsstruktur an der industriellen Produktionsentwicklung nur unterdurchschnittlich Anteil nehmen konnte, ist dem hier vorgenommenen Indexvergleich zwischen Hamburg und Bund eindeutig zu entnehmen. Ob sich dagegen die eigentliche Wirtschaftsaktivität in der Industrie unterschiedlich entwickelt hat, kann der Vergleich der Produktionsindizes für Hamburg und für den Bund nicht angeben. Für diesen Zweck müssen die Indizes für möglichst kleine und homogene Produktionen miteinander verglichen werden, wie sie in den Fortschreibungsreihen für den Bund und für Hamburg vorliegen.

Die Fortschreibungsreihen

Um den Index der industriellen Produktion von Monat zu Monat fortschreiben zu können, sind „Meßreihen zur Fortschreibung“ oder kurz „Fortschreibungsreihen“ gebildet worden. Über die Art der Reihen und ihre Auswahl soll an dieser Stelle nicht berichtet werden, da damit der Rahmen dieses Beitrages gesprengt würde; es sei auch in diesem Zusammenhang auf die in der Anmerkung auf Seite 297 zitierte Veröffentlichung hingewiesen.

Vorwiegend werden sowohl im Bund als auch in Hamburg Mengenreihen des Produktionsausstoßes der Industriezweige zur Fortschreibung verwendet. Daneben werden aber auch, wo Mengenreihen nicht anfallen bzw. nicht brauchbar sind, preisbereinigte Wertreihen des Produktionsausstoßes, preisbereinigte Umsatzreihen, Arbeiterstundenreihen und Reihen des Rohstoffverbrauchs verwendet. Die Anzahl der Reihen und ihre Arten im Bund und in Hamburg gibt die folgende Tabelle 6 wieder.

Die unterschiedliche Zahl der Reihen im Bund und in Hamburg deutet bereits darauf hin, daß sich bei einem Vergleich der Entwicklung dieser Reihen einige Schwierigkeiten ergeben werden, da nur solche Fortschreibungsreihen sinnvoll miteinander verglichen

werden können, die in ihrem Inhalt und in der Art der Fortschreibung übereinstimmen.

Für einen Vergleich der Fortschreibungsreihen zwischen Hamburg und dem Bund, aus dem sich nach Möglichkeit eine Antwort auf die Frage nach der unterschiedlichen Wirtschaftsaktivität in den beiden Gebieten ergeben soll, wurden diejenigen hamburgischen Fortschreibungsreihen ausgewählt, die jeweils mit ihrem Wägungsanteil 1 % oder mehr der gesamten Industrie darstellen; zusammen ergeben sich 30 Reihen mit einem Gesamtgewicht von fast zwei Dritteln der gesamten Industrie. Die ausgewähl-

Tab. 6

Anzahl und Art der Fortschreibungsreihen des Index der industriellen Produktion auf Basis 1950 im Bund und in Hamburg

Fortschreibungsreihen	Bund	Hamburg
Reihen insgesamt	383	147
davon		
Mengen des Güterausstoßes	340	132
Werte des Güterausstoßes	10	5
Gesamtumsatz	18	3
Geleistete Arbeiterstunden	9	7
Rohstoffverbrauch	6	—

ten Reihen wurden daraufhin überprüft, inwieweit nach Inhalt und Art gleichartige Reihen des Bundes vorhanden sind. Es zeigte sich hierbei, daß die Hälfte der Reihen mit einem Wägungsanteil von zusammen etwa 30 % der hamburgischen Industrie für einen Vergleich mit den entsprechenden Fortschreibungsreihen des Bundes in Frage kamen. Die restlichen 15 Reihen konnten aus verschiedenen Gründen für einen Vergleich nicht herangezogen werden: 9 Reihen sind keine echten Erzeugnisreihen, also nicht homogen genug, da die betreffenden Industriegruppen als Ganzes und nicht durch einzelne ihrer Erzeugnisse fortgeschrieben werden. Da die Vergleiche der Industriegruppen in ihrer Entwicklung oder vorgenommen worden sind, mußten sie hier außer Betracht bleiben; 3 dieser Reihen waren außerdem wegen der unterschiedlichen Art der Fortschreibung sinnvoll nicht vergleichbar. Eine Reihe wurde deswegen ausgeschieden, weil ihr Inhalt in Hamburg und im Bund unterschiedlich ist. Bei 5 weiteren Reihen waren die Methoden der Fortschreibung in Hamburg andere als im Bund, wie die Gegenüberstellung in Tabelle 7 ausweist.

Tab. 7
Unterschiede der Fortschreibung ausgewählter Reihen des Index der industriellen Produktion auf Basis 1950 in Hamburg und im Bund

Fortschreibungsreihe	Gewicht in % der gesamten Industrie in Hamburg	Fortschreibung	
		Hamburg	Bund
Kosmetik	1,69	Mengen des Güterausstoßes	Wert des Güterausstoßes
Pharmazeutik	2,50	Mengen des Güterausstoßes	Wert des Güterausstoßes
Backwaren	1,01	Geleistete Arbeiterstunden	Umsatz
Kaffee und Tee	1,57	Geleistete Arbeiterstunden	Umsatz
Spirituosen	1,02	Mengen des Güterausstoßes	Geleistete Arbeiterstunden

Tab. 8
Ausgewählte Fortschreibungsreihen des Index der industriellen Produktion Basis 1950 in Hamburg in % des Indexstandes im Bund im Jahre 1961

Fortschreibungsreihen	Wägungsanteil in % der gesamten Industrie in Hamburg	Indexstand in Hamburg in % des Indexstandes im Bund 1961 (1950 = 100)
Spezial- und Testbenzin . . .	1,15	185,9
Seifen	1,22	158,0
Schokoladenwaren	1,36	128,9
Zigaretten	3,21	114,6
Technische Öle	2,58	114,1
Bereifung	1,78	101,8
Elektrolytkupfer	2,31	91,4
Bier	2,42	89,8
Weich- und Hartgummiwaren	3,62	80,3
Empfänger- und Verstärker-		
röhren	1,92	79,1
Margarine	2,99	75,4
Motorenbenzin	1,00	65,4
Handstrickgarne	1,23	64,6
Fischwaren	1,59	59,9
Farben und Lacke	1,89	55,4

Bei den 15 Fortschreibungsreihen, die nach Inhalt und Art zwischen Hamburg und dem Bund sinnvoll vergleichbar sind, ergab sich bei einer Gegenüberstellung das nebenstehende Bild (Tab. 8):

Dieser Vergleich der Entwicklung der Fortschreibungsreihen für die Jahre 1950 bis 1961 zeigt, daß sich die Produktion von 6 wichtigen Erzeugnissen mit einem Gewicht von zusammen 11,30 % der gesamten Industrie in Hamburg hier stärker ausgedehnt hat als im gesamten Bundesgebiet. Bei 9 weiteren Erzeugnissen mit einem Gewicht von 18,97 % der Industrie blieb die Entwicklung dagegen in Hamburg hinter der des Bundes zurück. Aus der Spanne von + 85,9 % bei Spezial- und Testbenzin zu - 44,6 % bei Farben und Lacken, die sich aus dem Vergleich des Standes von 1961 in Hamburg mit der des Bundes ergibt, wird die unterschiedliche Wirtschaftsaktivität in diesen beiden Gebieten bei verschiedenen Erzeugnissen deutlich. Insgesamt gesehen ergibt sich bei den hier gegenübergestellten Fortschreibungsreihen eine für Hamburg geringere Wirtschaftsaktivität im Vergleich mit der des gesamten Bundesgebietes; ein Ergebnis, das auch die Entwicklung des Index der industriellen Produktion mit beeinflußt. (Vgl. Tabelle 1, S. 297). Wenn von diesen verglichenen 15 Erzeugnisreihen mit einem Gewicht von etwa 30 % der hamburgischen Industrie auf die gesamte Industrie geschlossen werden kann, ist also das Zurückbleiben des Index der industriellen Produktion in Hamburg hinter dem des Bundes nicht nur strukturbedingt, sondern auch Ausdruck unterschiedlicher und im Saldo geringerer Wirtschaftsaktivität in der hamburgischen Industrie im Vergleich zum Bund. In welchem Ausmaß die unterschiedliche Indexentwicklung — für 1961 etwa 25 Punkte Differenz — durch Strukturunterschiede der Industrie und methodische Unterschiede in der Fortschreibung der Erzeugnisreihen einerseits und echte Produktions- bzw. Konjunkturunterschiede andererseits bedingt ist, läßt sich nicht nachweisen.

Detlef Schmidt

Hamburger Preisindexziffern für die Lebenshaltung 1950 bis 1962

I. Vorbemerkung

Das Statistische Landesamt Hamburg veröffentlicht monatlich in den Statistischen Berichten (Reihe M I 2) Preisindexziffern für die Lebenshaltung einer mittleren Verbraucherguppe auf der Basis 1950 = 100, die auch im Amtlichen Anzeiger, Teil II, des hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes (heraus-

gegeben von der Staatlichen Pressestelle) und in Tageszeitungen bekanntgegeben werden. Das Interesse an den Preisindizes für die Lebenshaltung hat im Zuge der Diskussionen um die Lohn-Preis-Situation, bei der Bemessung von Renten und öffentlichen Sozialleistungen usw. in den letzten Jahren laufend zugenommen, und es mehren sich die Anfragen von Privatpersonen, Anwälten, Unternehmen, von Verbänden und amtlichen Stellen, welche sich über Preisbewegungen orientieren wollen. Bei den Auskunftverlangen, die von privater Seite aus überwiegend im Zusammenhang mit „Sachwertklauseln“ in Verträgen gestellt werden¹⁾, wird nicht selten festgestellt, daß Zweck und Bedeutung der Preisindexziffern für

¹⁾ Nach § 3 Satz 2 des Währungsgesetzes bedarf es einer Genehmigung durch die Deutsche Bundesbank, wenn Geldschulden in Deutscher Mark eingegangen werden sollen, deren Betrag durch den (künftigen) Preis oder Wert von Gütern oder Leistungen bestimmt werden soll. Vgl. hierzu H. Fögen „Bedeutung, Anwendungsbereich und Grundsätze für die Anwendung von § 3 Satz 2 des Währungsgesetzes“ in: Der Betriebs-Berater, H. 35/36 vom 20./30. 12. 1958; sowie W. Dürkes: „Wertsicherungsklauseln“; Schriften des Betriebsberaters Heft 1, 5. Aufl. 1961, Heidelberg.

die Lebenshaltung unklar sind. So erwarten Konsumenten von diesem Index teilweise Aufschluß über die Preisveränderung einzelner Waren oder Leistungen, während andere Benutzer Indexverlauf und Geldwertschwankungen schlechthin gleichsetzen²⁾. Häufig wird auch unterstellt, die Preisindexziffer sei ein Maßstab für die Erhöhung der Ausgaben für die Lebenshaltung, welche in den letzten Jahren vielfach bei Verbraucherschichten mit gestiegenem Einkommen durch die Kosten für erhöhte Ansprüche und eine verbesserte Güterversorgung eingetreten ist. Im Hinblick auf diese irrigen Vorstellungen und die häufige Zitierung des Preisindex für die Lebenshaltung in der Öffentlichkeit soll kurz auf die Zusammenhänge der Indexberechnung eingegangen werden.

Seiner theoretischen Zielsetzung entsprechend gibt der Preisindex für die Lebenshaltung an, in welchem Umfang sich die Preise derjenigen Güter, Dienstleistungen und Nutzungen bewegen, welche erfahrungsgemäß von privaten Haushalten einer bestimmten, möglichst großen Bevölkerungsschicht verbraucht werden. Hamburg legt seiner Indexberechnung für die „Mittlere Verbrauchergruppe“ das Wägungsschema oder den „Warenkorb“ von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit zwei Kindern (darunter mindestens eines unter 15 Jahren) und einem Einkommensbezieher zugrunde. Das Wägungsschema entspricht der Zusammensetzung, wie sie vom Statistischen Bundesamt auf Grund der Statistik der Wirtschaftsrechnungen 1949 und 1950/51 ermittelt und der Indexberechnung für das Bundesgebiet auf Basis 1950 zugrunde gelegt worden ist³⁾. Das monatliche Haushaltseinkommen betrug für die Indexhaushalte 1950 im Durchschnitt 360 DM, die durchschnittlichen Lebenshaltungsausgaben beliefen sich damals auf 300 DM je Monat. Ein eigenes Hamburger Wägungsschema, das den örtlichen Verbrauchsverhältnissen Rechnung trägt, konnte bisher mangels statistischer Unterlagen nicht erstellt werden. Der Hamburger Preisindex sagt also aus, in welchem Ausmaß sich die Ausgaben verändern, die für den 1950 im Bundesdurchschnitt festgelegten und seither unverändert beibehaltenen Warenkorb der Indexfamilie aus mittlerer Einkommensschicht zu den jeweils in Hamburg gültigen Preisen zu entrichten wären. Die Erhebung

der Hamburger Preise und die Methode der Indexberechnung werden im folgenden Abschnitt dargestellt.

Um den erheblichen Wandlungen des Verbrauchs und der Güterversorgung, die in den letzten Jahren eingetreten sind, Rechnung zu tragen, hat das Statistische Bundesamt Ende 1960 seine Indexberechnung vom Basisjahr 1950 auf 1958 umgestellt. Die vielschichtigen methodischen Probleme, die mit der Neuberechnung von Preisindexziffern für die Lebenshaltung im Zusammenhang stehen, sind in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes ausführlich behandelt worden; sie können hier im einzelnen nicht erörtert werden, am Schluß dieses Beitrages sind Literaturhinweise gegeben. Die für das Bundesgebiet auf der Basis 1958 berechneten Preisindexziffern für die Lebenshaltung werden im Abschnitt IV und in der Tabelle 6 auf Seite 311 dargestellt und mit den nach Verbrauchsverhältnissen von 1950 berechneten, auf 1958 umbasierten Hamburger Ergebnissen verglichen. Auf die Fragen, warum und wie lange Hamburg die Berechnung des Preisindex für die Lebenshaltung auf der Basis 1950 noch weiterführt, wird schließlich im Abschnitt V eingegangen werden.

II. Indexberechnung und Erhebung der Preise

Die Auswahl der wichtigsten Waren und Leistungen, die die Verbraucher im allgemeinen zu kaufen pflegen und die der Indexberechnung zugrunde gelegt werden, ist in Anbetracht der unterschiedlichen Lebenshaltung und der Größe des modernen Güterangebots sehr schwierig. Es kommt das Problem der Repräsentation hinzu, da notwendigerweise die Preisbewegung ganzer Warengruppen nur durch die Preise einzelner Waren dargestellt werden kann und die anteilmäßige Bedeutung dieser Waren der Bedeutung der entsprechenden Warengruppen im Budget der Indexfamilie angemessen sein muß. Um hier eine Willkür zu vermeiden, wird das Material der Statistik der „Wirtschaftsrechnungen“ zu Rate gezogen. Steht die Zusammensetzung des Warenkorbes nach Art und Mengen der Waren fest, können durch Multiplikation von Mengen mit jeweiligen Preisen die Kosten oder Aufwandssummen dieses Warenkorbes zu verschiedenen Zeitpunkten errechnet werden. Das Verhältnis der Aufwandssummen für den Warenkorb bzw. für seine Teile im gegenwärtigen Zeitpunkt zu den im Basiszeitraum für den gleichen Warenkorb ermittelten Kosten drückt die durchschnittliche Preisveränderung zwischen den beiden Zeitpunkten aus. Diese Darstellung einer laufenden, von Mengenveränderungen unabhängigen Preisentwicklung unter Anwendung des Prinzips der starren Gewichtung vom Basiszeitraum ab geht in der deutschen Statistik auf Laspeyres Untersuchungen über Hamburger Warenpreise 1851 bis 1863 zurück⁴⁾. Das Festhalten am konstanten Warenkorb über einen längeren Zeitraum hat zur Folge, daß bei Änderungen der Verbrauchsgewohnheiten die im Index zum Ausdruck gelangenden Preisveränderungen bei zunehmender

²⁾ Ein Index, der eine allgemein gültige Aussage über Kaufkraftveränderungen der DM zwischen zwei Zeitpunkten ermöglichen würde, müßte die Preisentwicklung aller innerhalb der Volkswirtschaft verbrauchten oder investierten Waren und Dienstleistungen ausdrücken.

³⁾ Das Mengenschema ist in „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1953, Heft 19, Seite 251 ff. abgedruckt. Das Statistische Bundesamt hat auf der Basis von 1950 außerdem noch Indizes für eine untere und eine gehobene Verbrauchergruppe berechnet. Bei der unteren Verbrauchergruppe (vorwiegend Arbeitslose, Rentner, Fürsorgeempfänger) wurde ein Lebenshaltungsaufwand von monatlich rd. 175,- DM, ein Haushaltseinkommen (einschl. Steuern, Versicherungsbeiträgen usw.) von 210,- DM zugrunde gelegt; bei der gehobenen Gruppe wurde von 525,- bzw. 650,- DM ausgegangen. Für diese Gruppen wurden entsprechende Mengenschemata aufgestellt.

⁴⁾ E. Laspeyres: „Hamburger Warenpreise 1851-1863“ in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik - Bd. III, S. 81 und 209. Ebenfalls auf Grund des Hamburger Preismaterials hat Paasche 1874 die andere Methode der Messung von Preisveränderungen angewandt, indem er - auf das Beispiel des Preisindex für die Lebenshaltung übertragen - für den im gegenwärtigen Zeitpunkt aufgestellten Warenkorb die augenblickliche Aufwandssumme zu den Kosten des gleichen Warenkorbes eines früheren Berichtszeitraumes in Relation setzt (H. Paasche „Über die Preisentwicklung der letzten Jahre nach den Hamburger Börsennotierungen“ in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik - Bd. 23, 1874, S. 168 ff.). Für eine laufende Berechnung des Preisindex ist diese Methode nicht geeignet, da hiermit eine häufige Neuaufstellung des Warenkorbes und Rückrechnungen der Preisreihen verbunden wären.

Entfernung vom Basiszeitraum mit der Wirklichkeit nicht mehr ausreichend übereinstimmen. Aus diesem Grunde ist eine Anpassung des „veralteten“ Warenkorb an neue Verbrauchsverhältnisse von Zeit zu Zeit unumgänglich; im Interesse einer langfristigen Beobachtung des Preisverlaufs und in Anbetracht der verbreiteten Verwendung von Indexziffern bei Rechtsgeschäften sollte jedoch ein häufiger Wechsel nach Möglichkeit vermieden werden. Auch wäre es zweckmäßig, jeweils bis zur nächsten Indexreform noch die Reihe für den vorhergehenden Index weiterzurechnen.

Die Veränderungen der Preisindexziffern für die Lebenshaltung drücken nicht die Veränderung der gesamten Lebenshaltungskosten, sondern nur den auf die Preisbewegungen zurückzuführenden Teil dieser Kostenänderung aus. Die irrtümlichen Vorstellungen hängen vermutlich mit den Berechnungen der „Reichsindexziffern für die Lebenshaltungskosten“ zusammen, welche das Statistische Reichsamt während des letzten Krieges durchgeführt hat. Ab September 1939 wurde das Wägungsschema monatlich den jeweiligen Verbrauchsverhältnissen angepaßt, die Mengen sowohl mit den Preisen des Berichtsmontats als auch des Vormontats multipliziert und der prozentuale Unterschied der beiden Aufwandssummen auf die Indexziffer des Vormontats (1938 = 100) übertragen. Es ist augenscheinlich, daß dieser Index der Lebenshaltungskosten für die Messung der Preisveränderungen nicht geeignet ist, da er nicht nur die Preiskomponente, sondern auch die durch Qualitäts- und Mengenunterschiede verursachten Änderungen umschließt; letztere standen während des Krieges im Vordergrund, da die Preise gebunden waren.

Voraussetzung für eine exakte Berechnung von Preisindizes ist eine sorgfältige Ermittlung der Preise für die im Wägungsschema enthaltenen Waren und Dienstleistungen. Rechtliche Grundlage für die Preiserhebungen bildet das Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I v. 21. 8. 1958, S. 605 f.). In Hamburg werden die Verbraucherpreise für die wichtigsten Einzelhandelswaren von sieben Beauftragten des Statistischen Landesamts erhoben, welche die einzelnen Geschäfte Mitte des Monats aufsuchen und an Ort und Stelle die tatsächlichen Verkaufspreise ermitteln⁶⁾. Es werden außerdem Preise für Markenartikel, Handwerkerarbeiten (z. B. Haarschneiden, Frisieren, Schneiderinnenarbeit, Besohlen von Schuhen), Strom, Gas, Beförderungsleistungen der Hamburger Verkehrsmittel sowie Vereinsbeiträge (Sportvereine) festgestellt. Die Ermittler sind angewiesen, Preise für rd. 400 Waren ortsüblicher

Qualität und Sorte bei durchschnittlichen Kaufbedingungen monatlich zu registrieren; sie haben bei ihren Feststellungen jeweils in den ausgewählten Berichtsstellen die auf Grund der Warenbeschreibung festgelegten Sorten und Qualitäten beizubehalten und deren Preisbewegung zu beobachten, um die Kontinuität der Preisreihen und damit den echten Preisvergleich sicherzustellen. Soweit erhebliche Qualitätsänderungen auftreten, sind Vorkahrungen zu treffen, damit die Preisreihen im Wege der Verkettung fortgesetzt werden können⁷⁾. Die Berichtsstellen, unter denen sich auch Kaufhäuser, größere Firmen mit Filialgeschäften — jedoch keine Luxusgeschäfte oder Marktstände — befinden, streuen über das gesamte Stadtgebiet, die Schwerpunkte liegen in den Einkaufszentren. Die Gesamtzahl der Berichtsstellen in Hamburg beträgt etwa 550, unter diesen sind 200 Lebensmitteleinzelhändler, 90 Textil- und Schuhgeschäfte und 70 Geschäfte, die Hausrat und Wohnbedarf führen.

Um die jahreszeitliche Preisbewegung für Kartoffeln, Gemüse und Obst während der Erntemonate mit ausreichender Genauigkeit erfassen zu können, werden in den Monaten Mai bis Oktober die Preise zweimal monatlich erhoben, auch die Fleischpreise werden in 14tägigem Abstand festgestellt. Die starken Preisschwankungen bei Kartoffeln und bestimmten Gemüse- und Obstsorten in den Monaten vor und zu Beginn der Erntezeit werden dadurch ausgeschaltet, daß der konstant festgelegte monatliche Gesamtverbrauch in a) Vorratsverbrauch und b) Verbrauch aus laufenden Käufen aufgeteilt wird⁷⁾. In den Monaten Juni und Juli sind Preise für Kartoffeln alter und neuer Ernte, danach Preise nur für Frühkartoffeln und spätere Sorten zu ermitteln.

Die Berichterstattung über die Wohnungsmieten erfolgt nicht durch Ermittler, sondern im Wege der schriftlichen Befragung von Mietern, und zwar in vierteljährlichem Turnus. In Hamburg werden Mieten für rd. 450 2-Zimmer-Wohnungen mit Küche und Ofenheizung (also 3-Raum-Wohnungen), ohne Bad — bei Neu- und Neubauwohnungen mit Bad — erhoben. Weitere Einzelheiten über die Auswahl dieser Wohnungen sind im folgenden Abschnitt bei der Besprechung der Ergebnisse enthalten.

Die in Hamburg von den Ermittlern oder vom Statistischen Landesamt auf schriftlichem Wege erhobenen Preise werden in Preisbücher übertragen und dabei mit den Vormonatspreisen verglichen und geprüft. Auf Grund dieser Eintragungen in den Preisbüchern werden Gemeindedurchschnittspreise als ungewogene arithmetische Mittel der Einzelpreise der Betriebe berechnet. Für Hamburg sind diese Preise identisch mit Landesdurchschnittspreisen, die als solche für die Hamburger Indexberechnung verwendet werden. In den Ländern mit mehreren Berichtsgemeinden erfolgt die Berechnung des Landesdurchschnittspreises jeder einzelnen Ware als ungewogenes arithmetisches Mittel aus den Durchschnittspreisen aller Berichtsgemeinden. Mit diesen Landesdurchschnittspreisen berechnet das Statistische Bundesamt schließlich Bundesdurchschnittspreise, wobei die erhobenen Preise nach dem Bevölkerungsanteil der Gemeindegrößenklassen und Länder in den Bundesdurchschnitt eingehen.

⁵⁾ Preise ohne Zuschläge für Lieferung ins Haus oder für eventuelle Ratenzahlung; ohne Rabatte. Sonderpreise, wie z. B. Schlußverkaufspreise, Preise für einmalige Sonderangebote, für Modellstücke usw. sind nicht einzutragen.

⁶⁾ Fällt eine Ware in der bisher beobachteten Qualität dauernd aus, so muß der Ermittler sich den Preis der qualitäts- und sortenmäßig der bisher beobachteten am nächsten liegenden Ausführung und ihren Vormonatspreis geben lassen. Durch die Korrektur des Basispreises um den Prozentsatz, um den der Vormonatspreis der neuen Qualität über oder unter dem Preis für die bisherige Qualität liegt, kann die Preisreihe im Meßzifferverfahren fortgesetzt werden.

⁷⁾ Das Statistische Bundesamt wendet dieses Verfahren seit Umstellung des Index auf Basis 1958 nicht mehr an (vgl. „Wirtschaft und Statistik“ Heft 1/1961, S. 13 f.).

Tab. 1

Hamburger Preisindexziffern für die Lebenshaltung 1949 bis 1962
 - Mittlere Verbrauchergruppe -
 1950 = 100

Jahre	Bedarfsgruppen											Gesamt-lebenshaltung
	Ernäh-rung	Ge-tränke und Tabak-waren	Wohnung	Heizung und Beleuch-tung	Hausrat	Beklei-dung	Reinigung und Körper-pflege	Bildung und Unter-haltung	Verkehr	Ernäh-rung einschl. Getränke u. Tabak-waren	Lebens-haltung ohne Miete	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
JD 1949	111,8	105,6	100,3	100,8	117,6	114,5	115,4	99,2	100,5	111,0	110,2	109,2
" 1950	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
" 1951	109,4	96,2	101,3	106,2	110,9	106,3	107,8	109,6	114,0	107,7	107,9	107,2
" 1952	115,0	97,3	104,0	110,2	110,7	101,1	106,4	112,8	117,3	112,6	110,5	109,9
" 1953	112,4	90,5	107,8	110,5	103,5	96,9	102,6	109,5	117,1	109,6	107,3	107,3
" 1954	114,9	83,9	108,1	114,8	100,7	95,7	103,1	109,6	116,1	110,8	108,0	107,9
" 1955	116,6	83,1	111,8	118,0	101,6	95,3	105,2	113,6	116,8	112,2	109,4	109,5
" 1956	121,1	82,8	119,2	121,1	104,4	96,3	106,8	118,2	115,9	116,1	112,6	113,2
" 1957	123,0	82,3	119,9	122,6	108,6	99,6	110,1	121,6	120,1	117,7	114,9	115,3
" 1958	127,7	82,3	121,0	128,1	111,0	102,7	112,9	126,1	132,4	121,7	119,0	119,1
" 1959	131,2	82,3	122,7	128,5	111,2	103,5	115,1	131,6	133,9	124,8	121,5	121,6
" 1960	132,6	83,1	130,2	138,8	112,3	105,7	117,2	138,2	137,5	126,1	124,1	124,6
" 1961	132,0	83,8	141,8	147,0	117,7	107,2	119,4	147,6	143,9	125,7	125,9	127,3
" 1962 ¹⁾	139,1	84,4	144,2	150,2	121,4	108,8	123,5	150,6	144,1	131,9	130,7	131,8

¹⁾ Januar-August.

III. Entwicklung des Hamburger Preisindex für die Lebenshaltung

A. Gesamtüberblick

Der Preisindex für die Gesamtlebenshaltung stand im Jahresdurchschnitt 1961 um 27,3 %, zur Jahresmitte 1962 um 32,6 % über dem Basisjahr 1950, wobei die Veränderung des Preisniveaus in den Bedarfsgruppen unterschiedlich ist. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, liegt die Steigerung in den Bedarfsgruppen Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bildung und Unterhaltung sowie Verkehr über dem Durchschnitt, während die Preise für Hausrat, Bekleidung, Reinigung und Körperpflege sowie Getränke und Tabakwaren weniger stark als der Gesamtdurchschnitt angestiegen sind; die letztgenannte Bedarfsgruppe zeigt als einzige seit 1950 einen Preisrückgang. Verfolgt man die jährlichen Schwankungen des Index für die Gesamtlebenshaltung, so zeigt das Jahr 1951, verursacht durch das Ansteigen der Weltmarktpreise infolge der Koreakrise, mit Abstand die höchste Anhebung des Preisniveaus. Die Zunahme gegenüber 1950 betrug rd. 7 %, d. h. gut ein Viertel des in den letzten elf Jahren registrierten Preisanstiegs. Auch im darauffolgenden Jahr trat mit 2,4 % eine nochmalige Steigerung ein, die allerdings 1953 dem Umfange nach wieder ausgeglichen wurde. Ein relativ ruhiges Preisbild zeigen auch die Jahre 1954 und 1955, während 1956, vorwiegend durch politische Ereignisse (Suezkrise und Ungarnaufstand) verursacht, den seit 1951 stärksten Preisanstieg mit 3,3 % aufweist. Das Jahr 1957 brachte mit der politischen Beruhigung einen relativ ausgeglichenen Preisstand (+ 1,9 %). Seit 1958 stieg das Preisniveau jährlich zwischen 2,0 und 3,3 % an, wobei die Steigerung der beiden ersten Jahre wesentlich von der Entwicklung auf dem Ernährungssektor bestimmt wurde, während 1960 und 1961 die Nahrungsmittelpreise wenig Bewegung zeigten, die Auftriebendenz der Gesamtlebenshaltung also auf andere Bedarfsgruppen zurückging.

Bevor auf die Entwicklung dieser Einzelbereiche eingegangen wird, sei noch gezeigt, wie stark der Gesamtindex von den Bedarfsgruppen Ernährung und Wohnung beeinflusst wird.

Die Jahre mit den stärksten Steigerungen der Gesamtlebenshaltung zeigten noch höhere Zunahmen der Nahrungsmittelpreise, der Einfluß des Gewichts der Bedarfsgruppe Ernährung auf den Gesamtindex

Tab. 2

Veränderung der Hamburger Indizes gegenüber dem Vorjahr in %

Jahre	Lebens-haltung insgesamt	Bedarfs-gruppe Ernährung	Lebens-haltung insgesamt ohne Ernährung	Bedarfs-gruppe Wohnung	Lebens-haltung insgesamt ohne Miete
	1	2	3	4	5
1951	+ 7,2	+ 9,4	+ 5,4	+ 1,3	+ 7,9
1952	+ 2,4	+ 5,0	+ 0,2	+ 2,7	+ 2,4
1953	- 2,3	- 2,2	- 2,4	+ 3,6	- 2,9
1954	+ 0,6	+ 2,2	- 0,9	+ 0,3	+ 0,6
1955	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,6	+ 3,4	+ 1,3
1956	+ 3,3	+ 3,9	+ 2,7	+ 6,7	+ 2,9
1957	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,1	+ 0,6	+ 2,0
1958	+ 3,3	+ 3,8	+ 2,9	+ 0,9	+ 3,6
1959	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,1
1960	+ 2,5	+ 1,1	+ 3,7	+ 6,1	+ 2,1
1961	+ 2,2	- 0,5	+ 4,8	+ 8,9	+ 1,5
1962 ¹⁾	+ 4,2	+ 6,5	+ 2,1	+ 2,0	+ 4,6

¹⁾ Januar-August; Veränderung gegenüber Januar-August 1961.

(rd. 46 %) kommt darin zum Ausdruck. Umgekehrt führen auch empfindliche Preissteigerungen auf dem Wohnsektor zu relativ niedrigen Zunahmen im Gesamtindex, da die Bedarfsgruppe Wohnung nur mit rd. 10 % der Gesamtausgaben angesetzt ist.

B. Die Entwicklung der einzelnen Bedarfsgruppen

1. Ernährung

Der Preisanstieg in der Bedarfsgruppe „Ernährung“, dem größten Teilbereich der Lebenshaltung, betrug

seit 1950 rd. 39 %, war also höher als im Gesamtdurchschnitt der Lebenshaltung. Die Entwicklung der zahlreichen Nahrungsmittelpreise verlief, wie die Tabelle 3 über die Warengruppen zeigt, nicht einheitlich, und es sei zunächst festgestellt, daß die pflanzlichen Nahrungsmittel mit rd. 57 % eine beträchtlich stärkere Zunahme verzeichneten als die tierischen, bei denen sie rd. ein Viertel betrug. Eine Verbilligung gegenüber 1950 trat bei pflanzlichen und tierischen Fetten ein; auch die Preise für Eier und Südfrüchte lagen leicht unter dem Stand des Basisjahres. Im einzelnen haben sich die wichtigsten Nahrungsmittelpreise wie folgt entwickelt:

Fleisch und Fleischwaren, welche einen großen Teil des Haushaltbudgets beanspruchen, verzeichnen keine einheitliche Preisbewegung; mit einem Anstieg von rd. 53 % ist Fleisch zwischen 1950 und 1962 fast doppelt so stark angestiegen wie die Fleischwaren. Von der Preishausse 1951 und 1952 war auch Fleisch betroffen, Fleisch- und Wurstwaren in geringerem Maße. Das Jahr 1959 brachte mit einer Verteuerung um rd. 11 % gegenüber dem Vorjahr die höchste Zunahme für den Fleischverbraucher; auch die Jahre 1954 und 1956 verzeichneten überdurchschnittliche Preiserhöhungen, die zum allgemeinen Preisanstieg der Bedarfsgruppe Ernährung in diesen Jahren beitrugen.

Milch und Milcherzeugnisse, deren Ausgabenanteil unter den Nahrungsmitteln im Indexhaushalt an zweiter Stelle folgt, haben etwas weniger angezogen als der Gesamtdurchschnitt. Bei Milch und Butter betrug die Zunahme rd. 32 %, Käse verteuerte sich seit 1950 um über ein Viertel. Nach der Preiswelle 1951/52 brachten die Jahre 1955 und 1956 nochmals Erhöhungen des Milchpreises, seit 1957 traten keine Veränderungen mehr ein. Die Entwicklung der Butterpreise verlief in den letzten Jahren uneinheitlich: 1959 wurde mit 130,4 (1950 = 100) ein relativ hoher Preisstand registriert, im darauffolgenden Jahr gaben die Preise um fast 9 % nach, um 1961 und 1962 wieder um rd. 6 % bzw. 4 % anzusteigen.

Von der Ernte, aber auch von den jeweiligen Einfuhrbestimmungen bzw. dem ausländischen Angebot abhängig sind die Preise für Kartoffeln, Gemüse, Obst und Südfrüchte.

Die Tabelle 3 zeigt die außerordentlichen Schwankungen der Jahresdurchschnittspreise für diese Warengruppen; auf die jahreszeitlichen Veränderungen soll hier nicht eingegangen werden.

Die im Herbst 1949 freigegebenen Kartoffelpreise zogen 1952 gegenüber dem Vorjahr infolge schlechter Ernte um gut ein Drittel an, auch die Jahre 1956, 1958, vor allem aber 1959 durch die Trockenheit, brachten geringe Ernteergebnisse mit außergewöhnlichen Preissteigerungen (Höchststand 225,5 auf 1950 = 100 bezogen). Auch 1960 waren die Kartoffeln noch doppelt so teuer wie 1950; 1961 waren sie um fast 76 % teurer als im Basisjahr. Der außergewöhnlich hohe Kartoffelpreis für den Durchschnitt Januar bis August 1962 beruht auf den in diesem Jahr besonders ausgeprägten saisonalen Schwankungen; zum Jahresende wird sich durch die billigeren Winterkartoffeln ein gewisser Ausgleich ergeben. Gemüse und Obst waren 1951 an der allgemeinen Preishausse nicht beteiligt, das darauffolgende Jahr führte allerdings bei den Preisen für Gemüse zu einer Zunahme von durchschnittlich 31 %. Die durch die schlechte Gemüseernte 1956 eingetretene 15%ige Preissteigerung wurde im folgenden Jahr wieder zur Hälfte aufgefangen. Obst zeigte seit 1956 ganz erhebliche Preisschwankungen, 1958 war der Index bis auf 195,7 angestiegen, im darauffolgenden Jahr betrug er infolge der reichlichen Ernte nur noch 137,0. Der nasse Sommer 1960 führte zu einer Preissteigerung um 18 %, die 1961 wieder ausgeglichen wurde. Die weitgehende Vernichtung der Obstbestände im Februar 1962 (Flutkatastrophe) und die witterungsbedingte Verzögerung der neuen Ernte führten zu dem hohen Preis für den Durchschnitt Januar bis August 1962; auch hier dürfte sich gegen Ende des Jahres eine Abschwächung ergeben. Südfrüchte

Tab. 3

Hamburger Preisindexziffern der Bedarfsgruppe Ernährung 1951 bis 1962
1950 = 100

Warengruppen	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962 (Jan.- Aug.)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Brot	129,2	132,3	139,1	143,1	144,1	151,1	155,4	174,1	174,3	175,4	183,2	191,4
Backwaren	110,3	111,2	106,5	105,9	106,1	112,4	114,0	121,6	121,7	122,8	123,2	125,4
Nährmittel	126,2	128,8	127,7	126,6	123,9	123,7	124,5	128,8	129,9	130,9	132,5	137,5
Zucker, Süßwaren, Schokolade	103,3	110,0	108,2	110,1	113,0	106,7	103,8	105,9	105,8	105,8	105,7	105,5
Hülsenfrüchte	105,0	143,9	133,0	134,8	151,3	120,4	126,1	108,7	122,6	118,5	117,8	115,5
Trockenfrüchte	109,1	109,6	99,7	99,5	98,0	106,5	113,8	126,9	132,2	130,8	131,9	134,1
Gemüsekonserven	133,0	161,5	158,1	152,3	156,7	165,1	181,0	181,0	187,7	188,9	187,9	188,6
Pflanzliche Öle und Fette	115,0	99,7	92,6	95,7	92,8	93,1	92,7	91,6	100,1	99,5	98,4	97,9
Kartoffeln, Gemüse, Obst: Vorratskäufe	98,4	124,2	116,1	114,1	129,0	127,8	141,3	153,5	154,7	175,7	140,9	180,2
" " " : lfd. Käufe	101,1	116,2	109,2	112,5	118,0	138,4	139,8	157,6	159,5	164,6	145,3	198,9
davon Kartoffeln	98,8	132,5	124,4	133,7	139,5	164,9	138,4	169,2	225,5	205,1	175,5	263,4
Gemüse	94,1	123,2	120,6	124,1	131,8	151,6	140,2	142,2	151,8	166,8	154,6	209,4
Obst	99,0	102,9	89,6	95,7	104,3	126,5	167,3	195,7	137,0	161,5	132,3	184,2
Südfrüchte	119,9	97,3	95,6	82,9	79,4	88,4	96,1	98,7	89,7	92,6	98,1	89,2
Gewürze	104,3	111,6	112,6	112,6	112,6	112,6	112,6	112,6	112,6	112,6	112,6	115,5
Pflanzliche Nahrung zusammen	113,5	121,3	119,7	121,2	124,3	128,2	131,0	141,3	142,6	146,1	141,4	157,0
Milch und Milcherzeugnisse	108,6	115,8	114,4	114,2	120,6	126,0	128,4	127,4	129,2	125,9	128,3	130,4
davon Milch	107,1	115,2	115,2	115,2	120,7	128,0	130,3	130,3	130,3	130,3	130,3	130,3
Butter	111,5	117,0	113,9	115,7	123,0	126,6	129,2	127,2	130,4	119,2	125,9	131,5
Käse	107,0	115,4	112,3	106,6	114,0	116,1	119,0	116,2	122,0	125,9	126,8	128,1
Eier	106,4	112,7	105,5	98,8	99,9	103,1	100,0	98,9	91,1	90,2	91,5	79,6
Tierische und gemischte Fette	96,2	88,9	82,5	85,8	80,0	81,3	82,8	81,1	84,8	85,6	86,2	86,0
davon Schmalz	113,3	94,5	83,5	95,2	78,6	79,1	81,9	75,1	74,4	72,5	74,2	72,6
Margarine	90,3	87,0	82,2	82,6	80,5	82,0	83,1	83,1	88,4	90,1	90,2	90,5
Fleisch	109,9	118,1	111,1	120,1	119,8	128,4	129,0	131,0	144,9	145,6	150,4	152,6
Fleisch- und Wurstwaren	105,9	106,2	107,2	112,8	111,0	114,9	115,8	116,6	123,7	124,8	126,9	128,6
Fische	102,7	105,3	105,3	109,6	107,2	114,2	126,0	135,3	149,2	158,5	162,1	171,9
Tierische Nahrung zusammen	106,3	110,0	106,7	109,9	110,5	115,5	116,8	117,0	122,3	122,1	124,6	125,1
Nahrungsmittel insgesamt	109,4	115,0	112,4	114,9	116,6	121,1	123,0	127,7	131,2	132,6	132,0	139,1

waren 1962 billiger als 1950; die Preise stiegen 1951 um rd. ein Fünftel an, fielen im darauffolgenden Jahr beträchtlich und blieben dann stets unter dem Stand von 1950. Die Südfruchtpreise waren 1955 besonders niedrig, als ihr Stand 79,4 % von demjenigen des Jahres 1950 betrug.

Der Brotpreis, dem sozialpolitisch besondere Bedeutung zukommt, verzeichnet unter den Nahrungsmitteln — sieht man von Kartoffeln und Gemüse ab — mit einer Steigerung seit 1950 um 91 % die höchste Zunahme. Dabei ist zu beachten, daß die Ausgaben für Brot etwa ein Fünftel der gesamten Nahrungsmittelausgaben ausmachen. Allein rd. 29 % der Preissteigerung entfallen auf das Jahr 1951, rd. 12 % auf 1958. Die Erhöhung um rd. 5 % im Jahre 1953 war durch den Wegfall der Subvention beim ehemaligen „Konsumbrot“ bedingt. Im übrigen ist die Verteuerung durch eine Erhöhung der Unkosten (Mieten, Löhne, Brennstoffe) und des Mehlpreises bedingt.

Außer den Preisen für Brot, Kartoffeln und Gemüsekonserven verzeichneten noch die Preise für Fische stark überdurchschnittliche Zunahmen seit 1950; es ist allerdings zu beachten, daß im Mengenschema lediglich Kabeljau, Salzheringe, Rollmops und Olsardinen die Preisbewegung der Fische und Fischwaren repräsentieren. Für den Durchschnitt dieser vier Artikel ergab sich zwischen 1950 und 1962 eine Steigerung um 71%; sie begann im wesentlichen erst 1956 und setzte sich bis 1960 fort; nach fünf Jahren mit beträchtlichen Zunahmen war 1961 mit einer Preissteigerung von etwa 2 % das erste relativ stabile Jahr; 1962 trat erneut ein kräftiger Preisanstieg ein.

Von den übrigen Warengruppen ist erwähnenswert, daß die Verteuerung der Nahrungsmittel seit 1950 dem Preisanstieg des Gesamtdurchschnitts der Nahrungsmittel entspricht, wobei diese Zunahme fast ausschließlich auf das Jahr 1951 entfiel. Zucker, Süßwaren und Schokolade blieben seit 1950 im Preis relativ konstant; 1962 betrug der Indexstand 105,5, seit 1956 war der Preisverlauf nahezu unverändert. Durch die amtliche Preisfestsetzung wurde der Zuckerpri s am 1. April 1956 von 1,36 auf 1,20 DM je kg gesenkt, ab 1. Februar 1958 auf 1,24 DM erhöht. Billiger als 1950 waren 1961 pflanzliche Öle und Fette sowie tierische und gemischte Fette; für Schmalz brauchten 1962 nur knapp drei Viertel des Preises von 1950 angelegt zu werden. Schließlich lagen auch die Preise für Eier 1962 unter dem Stand von 1950; in den Jahren 1959 bis 1961 waren keine größeren Preisbewegungen zu beobachten, 1962 war der Indexstand mit rd. 80 am niedrigsten.

2. Bekleidung

Die Ausgaben für Bekleidung stehen im Budget des Haushalts der Indexfamilie mit rd. 13 % an zweiter Stelle; vom variablen Lebensbedarf — den Ausgaben ohne diejenigen für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, die den sogenannten starren Bedarf bilden — beanspruchten sie gut ein Drittel.

Das Preisniveau für Bekleidung, Wäsche und Schuhwerk lag im Durchschnitt Januar bis August 1962 nur um rd. 9 % über dem Stand von 1950. Die Entwicklung bei den einzelnen Waren bzw. Leistungen verlief allerdings unterschiedlich; bei den textilen

Rohstoffmärkten gaben die Preise in den letzten Jahren im allgemeinen nach, die Preisrückgänge traten jedoch durch die gestiegenen Lohnkosten zum Teil nicht in Erscheinung. Während Oberkleidung für Männer sich gegenüber 1950 um rd. 15 % verteuerte, wurde bei der im Mengenschema enthaltenen Damenoberkleidung ein Rückgang der Preise um 12 % beobachtet. Oberkleidung für Knaben blieb im Preis fast unverändert, für Mädchenoberkleidung ergab sich ebenfalls eine beachtliche Verbilligung (14 %). Die Stoffe für Oberkleidung waren 1962 um rd. 7 % preiswerter als 1950. Hüte verteuerten sich im Berichtszeitraum erheblich; von der Preiserhöhung um rd. 35 % zwischen 1950 und 1962 entfielen jeweils 11 % auf die Jahre 1951 und 1961. Bei Wäsche verlief die Preistendenz ähnlich wie bei der Oberkleidung: Die Preise der Wäsche für Männer stiegen an (rd. 13%), die Frauenwäsche gab im Preis nach (24 %), wobei die überdurchschnittlichen Preisrückgänge bei Strümpfen (Kunstseide, Perlon, Nylon) ins Gewicht fielen. Knaben- und Mädchenwäsche war 1962 um 6 bzw. 5 % billiger als im Basisjahr. Für Strickgarn mußten 1962 rd. 16 % mehr angelegt werden als 1950. Bei den Schuhwaren, die sich gegenüber 1950 um 22 % verteuerten, fielen besonders die Preisanstiege des Jahres 1951 um 14 % und des Jahres 1960 um rd. 8 % ins Gewicht. Bei der Ausführung von Schuhreparaturen und der Schneiderinnenarbeit werden gegenüber 1950 höhere Zunahmen verzeichnet; so stieg der Preis für die Anfertigung eines Damenkleides gegenüber 1950 um rd. 53 %, die Jahre 1957 und 1958 brachten dabei mit 7 bzw. 11 % besonders nachhaltige Erhöhungen. Schuhreparaturen (einschl. Material) waren 1962 um fast 24 % teurer als 1950.

Größere Preisrückgänge werden bei Lederwaren verzeichnet, die 1962 um etwa ein Fünftel billiger waren als 1950; 1956 betrug die Preise für Lederwaren sogar nur durchschnittlich 73 % von denjenigen des Basisjahres.

3. Wohnungsmieten

Der Verlauf des Mietpreisindex, die Anhebung des durchschnittlichen Mietpreisniveaus um rd. 42 % seit 1950, veranschaulicht die inzwischen eingetretene Auflockerung der Wohnungszwangswirtschaft und der gesetzlichen Bindung der Mieten. Für Altbauwohnungen, d. h. vor dem 1. April 1924 fertiggestellte Wohnungen, zeigt der Mietpreisindex eine Steigerung von 46 %; die Mieten der danach bis zum 20. Juni 1948 erbauten Wohnungen, der sogenannten Neubauwohnungen, stiegen durchschnittlich um 38 % und die Neubaumieten für die nach der Währungsstellung errichteten Wohnungen erhöhten sich um 27 %⁸⁾.

Das erste leichte Anziehen der Mieten im Jahre 1951 geht auf eine Erhöhung der Sielgebühren im Oktober zurück, die von den Mietern übernommen werden mußte. Im Oktober 1952 erfolgte die 10 %ige Mietanhebung für Altbauwohnungen⁹⁾, die sich zum

⁸⁾ Die Relation der in die Preisberechnung einbezogenen 2-Zimmer-Wohnungen nach Alt-, Neu- und Neubauwohnungen wurde nach den Ergebnissen der Wohnungszählung 1950 entsprechend dem Wohnungsbestand und der Mietpreisabstufung festgelegt (49 : 39 : 12). Es werden effektive Mieten festgestellt, einschließlich der vom Mieter vertraglich zu bezahlenden Nebenkosten, wie z. B. Schornsteinfegergebühr, Wassergeld, Umlage für gemeinsame Treppenbeleuchtung, Müllabfuhr- und Sielbenutzungsgebühren (also ohne Ausgaben für Treppenreinigung und ohne evtl. Untermieterzuschläge).

⁹⁾ Verordnung PR Nr. 72/52 über einen allgemeinen Mietzuschlag bei Wohnraum des Althausbesitzes vom 27. 9. 52, BGBl., Teil I, S. 648.

größeren Teil erst im Indexverlauf des Jahres 1953 auswirkte. In den Jahren 1953 und 1954 traten nur kleinere Veränderungen durch Erhöhungsanteile von Nebenkosten (Sielbenutzungsgebühr und Schornsteinfeger-Kehrtaxe) bei einem Teil der Mieter ein, vereinzelt erhöhten sich auch Mietpreise auf Grund freier Vereinbarungen oder aus Anlaß von Mieterwechsel. Im September 1955 konnten die Mieten für preisgebundenen Wohnraum, der vor dem 21. Juni 1948 bezugsfertig geworden war, nach dem „Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiet des Mietprei-rechts“ vom 27. Juli 1955, dem Ersten Bundesmieten-gesetz, je nach der Wohnungsausstattung um 10, 15 oder 20 % heraufgesetzt werden. Im Gruppenindex der Altbaumieten fand die nach dem Ersten Bundesmietengesetz eingetretene Erhöhung im Jahre 1955 ihren Niederschlag mit 3 %, 1956 mit 6,5 %; bei den Neubaumieten betrug die Erhöhung 4,5 % im Jahre 1955 und 9,3 % im darauffolgenden Jahr. Noch nachhaltiger wirkten sich 1960 und 1961 die Steigerungen der Mietpreise auf Grund des Zweiten Bundesmieten-gesetzes vom 23. Juni 1960 (Artikel I des Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht, BGBl., Teil I, S. 389 ff.) aus. Auf Grund dieser Bestimmungen hob sich das Mietpreisniveau im Durchschnitt aller einbe-zogenen Wohnungen 1960 um 6,2 %, 1961 um 8,7 %, insgesamt also um 15 %. Die Mieten für die Altbau- und Neubauwohnungen erhöhten sich mit 15,8 bzw. 15,4 % stärker als diejenigen für die Neustbauwoh-nungen, bei denen die Zunahme nur 9,5 % betrug.

In dem Gruppenindex für Wohnungsmieten werden auch Ausgaben für Schönheitsreparaturen berück-sichtigt, die im allgemeinen vom Mieter bezahlt werden müssen. Ihr Verlauf wird aus dem Gruppen-index „Ausbauarbeiten“, wie er im Preisindex für den Wohnungsbau errechnet wird, abgeleitet. Zwi-schen 1950 und 1962 sind die Preise für Reparaturen um rd. 63 % angestiegen.

4. Preisentwicklung in den übrigen Bedarfsgruppen

Die Preisentwicklung in der Gruppe „Getränke und Tabakwaren“ wird nicht nur durch die Weltmarkt-notierungen für Rohkaffee, Tee, Rohkakao und Roh-tabak beeinflußt, sondern auch durch die jeweilige Höhe der Verbrauchsteuern, welche auf den Genuß-mitteln lasten. Die Getränkepreise waren 1962 etwa 14 %, Preise für Tabakwaren sogar um rd. 18 % niedriger als 1950. Die starke Rückläufigkeit der Getränke- und Tabakpreise 1953 und 1954 geht hauptsächlich auf Senkungen der Tabaksteuer im Juni 1953 (der Preis für die gängigste Zigarette wurde damals von 10 auf 8 $\frac{1}{3}$ Pfennig herabgesetzt) und der Kaffee- und Teesteuern im August 1953 zurück. Im übrigen blieben die Warenpreise dieser Bedarfs-gruppe seit 1954 relativ konstant.

Starke Preiserhöhungen zwischen 1950 und 1962 werden dagegen bei der Gruppe „Bildung und Unter-haltung“ festgestellt; die Indexveränderung betrug hier rd. 51 %, von denen ein Drittel allein auf die letzten 4 Jahre entfiel. Die Ausgaben in dieser Gruppe repräsentieren Bücher, Tageszeitungen, Zeit-schriften, Schreibwaren, Eintrittskarten für den Besuch der Lichtspieltheater, Rundfunkgebühren, Sportver-einsbeiträge und Artikel für Amateurfotografie. Mehr

als verdoppelt haben sich im Berichtszeitraum die Sportvereinsbeiträge, Kinokarten verteuerten sich um rd. 55 %. Papierwaren, die 1953 und 1954 eine rück-läufige Preistendenz aufwiesen, lagen 1962 um etwa ein Fünftel höher als 1950. Auch Zeitschriften und das Abonnement für eine Tageszeitung verzeichneten gegenüber 1950 beachtliche Preiszunahmen. Unver-ändert blieben die Rundfunkgebühren; über die Preisbewegung der Bücher und des Fotobedarfs kann keine gültige Aussage gemacht werden, da sie im Mengenschema jeweils nur mit einem Standardartikel vertreten sind; letztere zeigten nur geringe Verän-derungen.

Bei „Heizung und Beleuchtung“ ergaben sich Preis-erhöhungen größeren Ausmaßes, der Indexanstieg betrug hier für den Durchschnitt der Bedarfsgruppe rd. 50 %. Die Verteuerung des Hausbrandes um rd. 80 % seit 1950 war für die Verbraucher besonders spürbar. Die Aufhebung der Preisbegünstigung für Kohle auf Beschluß der Montanunion im April 1954 führte in diesem Jahr zu einer Erhöhung um 11 %; auch die Jahre 1957 und 1958 brachten mit rd. 6 bzw. 10 % erhebliche Preisanstiege. In den beiden letzt-genannten Jahren waren die Zunahmen im wesent-lichen durch erhöhte Fracht- und Beifuhrkosten ver-ursacht. Die Preise für Brennholz stiegen insgesamt um rd. 46 % an, und zwar fast ausschließlich während der Preiswelle 1951 und 1952 (22 % und 11 %). Sie waren 1953 und 1954 leicht rückläufig und blieben seit dieser Zeit verhältnismäßig stabil. Die Strom- und Gastarife wurden zwischen 1950 und 1960 je zweimal geändert. Eine Senkung des Haushaltstarifes für Strom Anfang 1957 von 10 auf 9 Pfennig je kWh führte zunächst zu einer Verbilligung um rd. 4 %; nach Erhöhung des Arbeitspreises von 9 auf 11 Pfennig je kWh durch den Haushaltstarif H 11 ab 1. April 1960 errechnet sich 1962 ein gegenüber 1950 um rd. 4 % gestiegener Ausgabenanteil für Strom; erheblich stärker wirkten sich die Veränderungen der Gastarife aus; am 1. Juli 1955 wurde durch den neuen Haus-haltsgastarif der Gaspreis je cbm von 26 Pfennig auf 30 Pfennig angehoben (Kleinverbrauchstarif H 30) unter gleichzeitigem Wegfall der bisherigen Gas-messermiete von 60 Pfennig je Monat. Diese Ände-rung hatte eine etwa 15 %ige Erhöhung der Aus-gaben des Indexhaushalts für den Gasverbrauch zur Folge. Die zweite Änderung des Haushaltsgastarifs (Kleinverbrauchstarif H 32) setzte den Arbeitspreis je cbm ab 1. Juli 1960 von 30 auf 32 Pfennig herauf und brachte außerdem einen Mehrpreis je Zähler und Monat von 1,75 DM. Dadurch waren die Ausgaben für den Gasverbrauch im Durchschnitt Januar bis August 1962 um rd. 79 % höher als 1950.

Der Index für „Hausrat“ registriert zwischen 1950 und 1962 einen Preisanstieg um rd. 21 %. Die Auf-wandsumme des Indexhaushalts für Hausrat ist pro Monat mit 15 DM angesetzt, die sich auf mehr als 50 Waren verteilen. Die Hausratartikel sind, wie auch die übrigen Waren und Leistungen, im Mengenschema unter Berücksichtigung ihrer Lebensdauer mit entsprechenden Quoten angesetzt (ein Kleiderschrank z. B. mit 0,04 Stück pro Jahr). Die Preisentwicklung verlief bei den in der Gruppe Hausrat zusammen-gefaßten Waren sehr unterschiedlich. Niedriger als 1950 lagen im Jahre 1962 die Preise für Hauswäsche. Elektrowaren und Radoröhren haben sich preislich seit 1950 nur geringfügig verändert. Möbel aus Holz

Tab. 4

Hamburger Preisindexziffern für die Gesamtlebenshaltung 1948 bis 1962

- Mittlere Verbrauchergruppe -

1950 = 100

Monate	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962
	.1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Januar	—	112,7	103,9	102,4	113,0	108,9	107,2	109,1	111,2	114,3	118,6	120,2	124,5	125,5	130,1
Februar	—	111,4	101,5	102,7	112,0	108,1	107,0	108,6	112,0	114,1	118,7	120,1	124,3	125,7	130,5
März	—	109,9	100,6	104,9	111,4	107,8	107,3	108,5	113,5	113,8	118,9	120,2	124,1	126,0	131,4
April	—	108,5	99,7	106,0	110,5	107,3	107,8	108,9	113,2	113,9	119,3	119,4	124,2	126,1	132,2
Mai	—	108,1	99,2	106,2	109,4	107,0	107,4	108,4	113,1	114,4	119,4	119,6	124,5	126,3	132,0
Juni	100,4	111,7	98,7	107,0	109,2	107,2	107,4	108,7	113,1	114,4	119,1	119,9	124,2	126,9	132,6
Juli	104,8	110,2	97,9	107,0	108,3	107,1	108,1	109,8	113,8	116,4	119,8	121,6	125,4	127,8	134,2
August	107,9	107,0	98,2	107,0	108,5	107,0	107,8	109,4	112,9	115,7	118,7	122,1	125,0	127,4	131,2
September	110,6	108,0	99,2	108,3	108,7	106,5	108,2	109,8	113,0	115,6	118,4	122,4	124,5	127,7	.
Oktober	118,6	107,7	99,1	110,9	108,8	106,8	108,6	110,6	113,4	116,8	118,9	123,8	124,2	128,9	.
November	116,2	108,8	100,6	112,1	109,0	107,1	109,1	111,3	114,2	117,0	119,7	124,9	125,1	129,6	.
Dezember	118,2	106,8	101,5	112,4	109,3	107,0	109,2	111,6	114,3	117,6	120,0	124,6	124,9	129,7	.

waren 1962 um 17 % teurer als 1950, ihr Preisanstieg lag also unter dem Gesamtdurchschnitt der Bedarfsgruppe; auch die Preise für Korb-, Bürsten- und Gummiwaren lagen unter diesem Durchschnitt. Die höchste Zunahme unter den Hausratartikeln seit 1950 mit fast 80 % wird bei Bratpfannen und Kochtöpfen festgestellt; die Verteuerung in den Jahren 1951 und 1952 betrug mehr als 30 %, die Jahre 1955 bis 1957 brachten durchschnittlich jeweils 6 % Preisanstieg, und auch in den beiden letzten Jahren ergab sich noch eine Steigerung um 8 %. An zweiter Stelle, mit rd. 65 % Erhöhung seit 1950, folgen die Preise für Ofen und Herde; 1951, 1952, 1957 und 1961 waren Jahre mit hohen Zunahmen. Die überdurchschnittliche Preiserhöhung für Erzeugnisse aus Metall, im wesentlichen durch Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen in den Grundstoffindustrien bedingt, kommt auch bei den Preisen für Eßbestecke zum Ausdruck (Zunahme 44 %); für Eimer, Schüsseln und Wannen wird eine Zunahme um 35 % verzeichnet. In den Grenzen der allgemeinen Preisentwicklung seit 1950 hielten sich die Preise für Porzellan-, Steingut- und Glaswaren.

Bei der Gruppe „Reinigung und Körperpflege“ werden Preise und Aufwand für Seife, Wasch- und Putzmittel nachgewiesen, außerdem Ausgaben für den Friseur, für Zahnpasta, Rasierklingen usw. Für den Gesamtdurchschnitt dieser Bedarfsgruppe ergibt sich zwischen 1950 und 1962 eine Preiserhöhung um rd. 24 %. Die Friseurleistungen haben sich allerdings um rd. 80 % verteuert; die Preise für Seife und Waschmittel stiegen um rd. 17 %, die Preise der übrigen Körperpflegeartikel änderten sich nur geringfügig.

Die Indexziffer für „Verkehr“ hat 1962 einen Stand von 144 erreicht; außergewöhnliche Zunahmen mit 14 bzw. 10 % wurden 1951 und 1958 festgestellt. Der Indexverlauf bei Verkehrsleistungen wird weitgehend von den Ausgaben für die öffentlichen Verkehrsmittel bestimmt. Veränderungen des Personentarifs bei den Verkehrsmitteln der Hamburger Hochbahn

AG traten im Oktober 1950, Juli 1952, April 1955, Mai 1957 und Mai 1960 in Kraft. Die Bundesbahn hat Personenbeförderungspreise im Januar und Oktober 1951, im Februar 1958 und November 1960 heraufgesetzt. Im Post- und Fernsprechverkehr, der im Preisindex ebenfalls berücksichtigt wird, betrug die Erhöhung gegenüber 1950 rd. 13 %; das Paketporto wurde 1951 und 1958 heraufgesetzt, andererseits führte der Wegfall des Notopfers Berlin im Jahre 1956 zu einem leichten Rückgang der Indexziffer. Im Indexschema sind schließlich noch das Herrenfahrrad und die Fahrradbereifung enthalten; für sie wird eine Preissteigerung gegenüber 1950 um etwa 8 % errechnet.

IV. Gegenüberstellung der Hamburger Ergebnisse (Originalbasis 1950) und des neuen Preisindex für das Bundesgebiet (Originalbasis 1958)

Die vereinfachende Gegenüberstellung der auf 1958 umbasierten Hamburger Preisindexziffern für die Lebenshaltung mit denjenigen des Statistischen Bundesamtes nach der Ausgabenstruktur 1958 zeigt, daß der den neueren Verhältnissen Rechnung tragende Gesamtindex für das Bundesgebiet seit 1958 einen etwas geringeren Preisanstieg ausweist als der mit dem älteren Wägungsmaterial errechnete Hamburger Index. Im Durchschnitt Januar bis August 1962 stand der Index für das Bundesgebiet mit Originalbasis 1958 auf 108,7, während der Hamburger Index 110,6 betrug. Bei den Bedarfsgruppen verlief die Entwicklung allerdings unterschiedlich: für Ernährung, Wohnung und Bekleidung haben sich die Hamburger Indizes bis 1962 annähernd im gleichen Umfang erhöht wie im Berechnungsergebnis des Statistischen Bundesamtes; auch beim Gruppenindex für Reinigung und Körperpflege wird diese Tendenz festgestellt.

Tab. 5

Veränderung der Hamburger Indizes und der Indizes für das Bundesgebiet¹⁾ gegenüber dem Vorjahr in %

Bedarfsgruppen	1959		1960		1961		1962 (Jan.-Aug.) ²⁾		Veränderung v. 1958 (JD) bis 1962 (Jan.-Aug.)	
	Hamburg	Bundesgebiet	Hamburg	Bundesgebiet	Hamburg	Bundesgebiet	Hamburg	Bundesgebiet	Hamburg	Bundesgebiet
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Ernährung	+ 2,7	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,7	- 0,4	+ 1,2	+ 6,5	+ 5,3	+ 9,0	+ 8,9
Getränke und Tabakwaren	—	- 1,0	+ 1,0	- 0,1	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,9	+ 2,5	- 0,1
Wohnung	+ 1,4	+ 2,4	+ 6,1	+ 6,2	+ 8,9	+ 8,6	+ 2,0	+ 3,2	+ 19,2	+ 21,1
Heizung und Beleuchtung	+ 0,3	+ 0,8	+ 8,1	+ 1,2	+ 5,9	+ 1,7	+ 2,7	+ 2,1	+ 17,3	+ 5,3
Hausrat	+ 0,2	- 1,3	+ 1,0	- 0,1	+ 4,7	+ 2,5	+ 3,8	+ 2,9	+ 9,4	+ 3,4
Bekleidung	+ 0,8	- 0,3	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,5	+ 2,5	+ 1,7	+ 2,7	+ 5,9	+ 6,5
Reinigung und Körperpflege	+ 1,9	+ 1,0	—	+ 1,6	+ 1,9	+ 3,0	+ 4,1	+ 4,0	+ 9,4	+ 9,4
Bildung, Unterhaltung (und Erholung)	+ 4,4	+ 1,6	+ 5,0	+ 2,8	+ 6,8	+ 4,1	+ 2,3	+ 5,7	+ 19,4	+ 13,7
Verkehr	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,8	+ 1,5	+ 4,6	+ 3,0	+ 0,2	+ 1,3	+ 8,8	+ 7,5
Lebenshaltung insgesamt	+ 2,1	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,5	+ 4,2	+ 3,8	+ 10,6	+ 8,7

¹⁾ Hamburger Indizes auf Originalbasis 1950, Indizes für das Bundesgebiet auf Originalbasis 1958. - ²⁾ Veränderung gegenüber Jan.-Aug. 1961.

Tab. 6

Preisindexziffern für die Lebenshaltung 1938 und 1949 bis 1962 - Mittlere Verbrauchergruppe -

Zeit	Bedarfsgruppe										Gesamt-lebenshaltung	
	Er-nährung	Getränke und Tabak-waren	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körper-pflege	Bildung und Unter-haltung	Verkehr	Ernäh-rung, Ge-tränke und Tabak-waren		Lebens-haltung ohne Miete
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		11
JD	Hamburg (Originalbasis 1950) 1958 = 100 ¹⁾											
1938	49,4	42,1	80,6	51,5	48,6	46,6	52,0	58,6	49,1	48,7	49,5	52,7
1949	87,6	128,4	82,9	78,7	106,0	111,4	102,2	78,6	75,9	91,2	92,6	91,7
1950	78,3	121,5	82,7	78,1	90,1	97,4	88,6	79,3	75,5	82,2	84,0	83,9
1951	85,7	116,9	83,7	82,9	99,9	103,4	95,6	86,9	86,1	88,5	90,7	90,0
1952	90,0	118,2	86,0	86,0	99,7	98,4	94,3	89,4	88,6	92,6	92,9	92,2
1953	88,1	110,0	89,1	86,3	93,2	94,3	90,9	86,8	88,4	90,0	90,2	90,1
1954	90,0	101,9	89,4	89,6	90,7	93,1	91,3	86,9	87,7	91,0	90,7	90,6
1955	91,3	101,0	92,4	92,1	91,5	92,8	93,2	90,1	88,2	92,2	91,9	91,9
1956	94,8	100,7	98,6	94,6	94,1	93,8	94,7	93,7	87,6	95,4	94,6	95,0
1957	96,4	100,0	99,1	95,7	97,9	97,0	97,6	96,4	90,7	96,7	96,5	96,8
1958	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1959	102,7	100,0	101,4	100,3	100,2	100,8	101,9	104,4	101,1	102,5	102,1	102,1
1960	103,8	101,0	107,6	108,4	101,2	102,9	101,9	109,6	103,9	103,6	104,3	104,6
1961	103,4	101,8	117,2	114,8	106,0	104,4	103,8	117,0	108,7	103,3	105,8	106,9
1962*)	109,0	102,5	119,2	117,3	109,4	105,9	109,4	119,4	108,8	108,4	109,8	110,6
JD	Bundesgebiet 1958 = 100 ²⁾											
1938	50,0	43,7	78,5	52,6	54,4	52,5	55,5	62,3	53,5	.	.	54,5
1949	86,8	121,8	82,0	71,1	106,2	108,7	98,3	84,2	78,9	.	.	90,7
1950	80,8	117,3	82,6	70,7	91,2	96,1	89,1	83,4	78,0	.	.	85,0
1951	88,1	114,9	84,1	76,5	100,8	106,5	96,2	90,2	87,4	.	.	91,6
1952	92,1	116,8	85,6	82,3	100,1	99,2	95,1	92,6	91,2	.	.	93,5
1953	90,6	109,4	88,3	85,0	95,0	94,0	92,5	91,4	92,1	.	.	91,9
1954	91,8	101,5	88,5	89,6	93,2	92,8	92,0	90,0	92,6	.	.	92,0
1955	93,6	100,6	91,2	91,8	93,9	92,8	94,4	91,9	93,1	.	.	93,5
1956	96,3	100,4	97,0	93,5	95,9	93,7	96,2	94,3	92,2	.	.	95,9
1957	98,0	100,2	98,3	95,9	99,5	97,2	97,8	97,3	93,0	.	.	97,9
1958	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	.	.	100,0
1959	101,7	99,0	102,4	100,8	98,7	99,7	101,0	101,6	101,6	.	.	101,0
1960	102,4	98,9	108,7	102,0	98,6	101,5	102,6	104,4	103,1	.	.	102,4
1961	103,6	99,0	118,0	103,7	101,1	104,0	105,7	108,7	106,2	.	.	105,0
1962*)	108,9	99,9	121,1	105,3	103,4	106,5	109,4	113,7	107,5	.	.	108,7

¹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit Lebenshaltungsausgaben von rd. 300 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1950; umbasiert von Originalbasis 1950 = 100.

²⁾ 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit Lebenshaltungsausgaben von rd. 570 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958 (für die Zeit vor Januar 1957: mit Lebenshaltungsausgaben von rd. 300 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1950). Indizes für die Gesamtlebenshaltung und für die Bedarfsgruppen nach Wägungsschema 1958, jeweils verbunden mit den entsprechenden Indizes nach Wägungsschema 1950.

*) Januar-August.

In den übrigen Bedarfsgruppen dagegen verzeichnet die Hamburger Indexberechnung eine stärkere Aufwärtsentwicklung als der Lebenshaltungsindex des Statistischen Bundesamtes mit der neuen Gewichtung, wobei die Unterschiede bei den Bedarfsgruppen Hausrat, Heizung und Beleuchtung sowie Bildung und Unterhaltung besonders augenfällig sind.

Die unterschiedliche Preisbewegung, die in den Hamburger Indizes bzw. den Indizes für das Bundesgebiet zum Ausdruck kommt, kann im wesentlichen auf vier Ursachen zurückgeführt werden, die sich bei den Bedarfsgruppen in unterschiedlichem Ausmaß auswirken:

1. Regionale Sonderbewegungen bei Leistungen und Waren, letztere durch örtliche Verbrauchsgewohnheiten bedingt, ergeben — soweit sie im Bundesdurchschnitt nivelliert werden — echte Preisunterschiede.
2. Die vom Statistischen Bundesamt vorgenommene Vermehrung der Positionen im Indexschema 1958, insbesondere um höherwertige Waren und Dienstleistungen, führt — mit der damit verbundenen Gewichtsverschiebung — zu einem gegenüber den Hamburger Ergebnissen veränderten Preisverlauf.
3. Waren und Leistungen gleicher Art haben in den beiden Mengenschemata verschiedenes Gewicht.
4. Im Hamburger Index befinden sich Waren, die im Mengenschema des Statistischen Bundesamtes nicht mehr enthalten sind.

So sind die relativ starken Unterschiede in der Preisbewegung für Heizung und Beleuchtung 1960 und 1961 im wesentlichen auf die Tarifierhöhungen für Strom und Gas in Hamburg zurückzuführen, die im Bundesdurchschnitt nahezu untergehen. Die Aufnahme neuer Waren bzw. Leistungen bei der Bedarfsgruppe Hausrat in das Mengenschema des Statistischen Bundesamtes, die einer Erhöhung des bisherigen Ausgabenanteils um 75 % entspricht (vgl. Tab. 7), wirkte sich stabilisierend aus, da die Waren des gehobenen Bedarfs in den letzten Jahren vielfach nur geringe Preisbewegungen verzeichneten; es sei in diesem Zusammenhang auf die Preisentwicklung von Haushaltartikeln aus Kunststoffen, Elektro- und Rundfunkgeräten usw. hingewiesen. Dagegen führten die im Hamburger Mengenschema enthaltenen Hausratgegenstände einfacher Ausstattungsort infolge gestiegener Lohn- und Materialkosten zu einem höheren Preisanstieg. In der Gruppe Bildung und Unterhaltung geht die unterschiedliche Preisentwicklung bei den beiden Indizes vorwiegend auf die vom Statistischen Bundesamt vorgenommene Erweiterung von Leistungen zurück, die ab 1958 z. B. auch den Bedarf für „Erholung“ durch Urlaubsreisen repräsentieren.

Die überraschende Feststellung, daß bei der Bedarfsgruppe Ernährung mit ihrem hohen Anteil an der Gesamt-Lebenshaltung die Preisbewegungen in den hier zum Vergleich stehenden Indizes verhältnismäßig gleichmäßig verlaufen sind, wirft die Frage auf, warum sich die Gewichtsverschiebungen bzw. die Aufnahme neuer Waren im Mengenschema des Statistischen Bundesamtes nicht stärker ausgewirkt haben. Die Preise für höherwertige Nahrungsmittel

und teurere Gemüsesorten, welche im Index für das Bundesgebiet auf Grund der Ergebnisse der Wirtschaftsrechnungen entsprechend berücksichtigt worden sind, haben sich infolge des reichlichen Warenangebots im großen und ganzen in der gleichen Relation entwickelt wie diejenigen für die übrigen Nahrungsmittel. Durch das breite Warensortiment von Nahrungsmitteln in beiden Wägungsschemata wirken sich einzelne Preiserhöhungen auf den Gesamtdurchschnitt wenig aus oder gleichen sich durch Preisrückgänge bei anderen Waren aus. Ob die Entwicklung der beiden Indizes für die Bedarfsgruppe Ernährung weiterhin gleichmäßig verläuft, läßt sich nicht voraussagen, da die Preise auf diesem Sektor — wie mehrfach erwähnt — vom Ausfall der Ernte, dem ausländischen Warenangebot und staatlichen Maßnahmen (Preisbindungen, Steuern, Zölle, Subventionen) abhängen; diese Faktoren können sich auf die in den beiden Mengenschemata enthaltenen Nahrungsmittel durchaus unterschiedlich auswirken.

Tab. 7

Gewicht der Bedarfsgruppen im Wägungsschema des Preisindex der Lebenshaltung für Hamburg und das Bundesgebiet 1950 und 1958
 — Mittlere Verbrauchergruppe —

Bedarfsgruppen	Anteil an den gesamten Lebenshaltungsausgaben in %	
	Wägungsschema 1950 (Bundesgebiet und Hamburg)	Wägungsschema 1958 (Bundesgebiet)
Ernährung	46,1	38,5
Getränke und Tabakwaren	7,1	8,5
Wohnung	10,2	9,4
Heizung und Beleuchtung	5,2	4,8
Hausrat	5,0	8,7
Bekleidung	13,0	13,1
Reinigung und Körperpflege	4,2	4,4
Bildung, Unterhaltung und Erholung	6,4	8,6
Verkehr	2,8	4,0
Insgesamt	100	100

V. Schlußbemerkung

Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und die vorstehenden Ergebnisse haben gezeigt, daß die Umstellung auf die Verbrauchsverhältnisse von 1958 den Indexverlauf nicht so nachhaltig beeinflusste, wie dies vielfach erwartet wurde. Aus diesem Grunde und aus den folgenden Überlegungen wurde zunächst in Hamburg von einer Reform des auf Basis 1950 berechneten Preisindex für die Lebenshaltung abgesehen. Wie eingangs erwähnt, liegt dem Hamburger Index das bundesdurchschnittliche Mengenschema des 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit einem Verdiener zugrunde. Aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63, an der sich in Hamburg über 2 000 Familien und Alleinstehende aller Bevöl-

kerungsschichten über ein Jahr lang in Form der Haushaltsbuchführung beteiligen, sind umfangreiche neue Wägungsunterlagen zu erwarten, mit denen eine Neuberechnung des Hamburger Index versucht werden soll. Dabei sind vor allem auch Ergebnisse des Zensus von 1961, der Wohnungsstichprobe vom Frühjahr 1960 und des laufenden Mikrozensus zu berücksichtigen, welche neuere Aussagen über die soziologische Gliederung der Bevölkerung ermöglichen. Der bisherige Standardtyp des 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit einem Verdienner repräsentiert zweifellos heute nicht mehr die breite Bevölkerungsschicht, wie dies 1950 der Fall war. So stellte sich bei der repräsentativen Wohnungserhebung im Frühjahr 1960 heraus, daß in Hamburg drei Haushaltstypen besonders stark vertreten sind:

Jeder fünfte Haushalt bestand aus einer alleinstehenden Frau, fast ebenso viele Haushalte waren ältere Ehepaare ohne Kinder (Ehemann über 45 Jahre alt) und ein weiteres Fünftel der Haushalte waren Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren bei durchschnittlich 3,6 Personen je Haushalt. Da die oben erwähnten Haushalte die Preisentwicklung — ihren unterschiedlichen Lebensbedürfnissen und Einkommen entsprechend — in unterschiedlichem Ausmaß zu spüren bekommen, würde in Hamburg eine getrennte Indexberechnung für diese drei Haushaltstypen der Wirklichkeit am nächsten kommen. Um dem starken Ein-

fluß der Miete an der Ausgabenverteilung auf Güter anderer Bedarfsgruppen Rechnung zu tragen, wäre schließlich die getrennte Indexberechnung für einen in einer Neustbauwohnung bzw. in einer Altbauwohnung untergebrachten Haushaltstyp des Ehepaars mit Kindern wünschenswert. Der mit einer monatlichen Berechnung und Veröffentlichung von 4 Indizes verbundene Arbeits- und Kostenaufwand ließe sich reduzieren, wenn für drei der vier erwähnten Indizes nur eine halbjährliche oder jährliche Berechnung durchgeführt würde.

Die Realisierbarkeit dieser Überlegungen zur Reform des Hamburger Index für die Lebenshaltung hängt weitgehend vom Umfang und von der Qualität des zu erwartenden Materials der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ab. Sollten diese Unterlagen die Aufstellung statistisch gesicherter Mengenschemata nicht zulassen, müßte die Preisindexberechnung für Hamburg in absehbarer Zeit unter Verwendung des Wägungsschemas des Bundes auf ein neueres Basisjahr umgestellt werden, da sie mit einer noch weiteren Entfernung von 1950 in zunehmendem Maße unrealistisch würde. Eine Einstellung der Indexberechnung dürfte wegen der dadurch entstehenden Rechtsunsicherheit bei zahlreichen Verträgen mit Hamburger Preisindexklauseln nicht in Frage kommen.

Werner Matti

Literaturhinweise

- Deneffe, Peter J. und Fürst, Gerhard: „Der neue Preisindex für die Lebenshaltung“. *Wirtschaft und Statistik*, Heft 10/1952.
- Deneffe, Peter J. und Keller, Josef: „Zum Preisindex für die Lebenshaltung — Zur Kritik am Preisindex“. *Wirtschaft und Statistik*, Heft 10/1956.
- Deneffe, Peter J. und Hiller, Ingegrud: „Zum Preisindex für die Lebenshaltung — Entwicklung der Ausgaben, Preise und des Lebensstandards“. *Wirtschaft und Statistik*, Heft 10/1958.
- Horstmann, Kurt und Guckes, Siegfried: „Der Preisindex für die Lebenshaltung einer mittleren Verbrauchergruppe auf Basis 1958“. *Wirtschaft und Statistik*, Heft 1/1961.
- Fürst, Gerhard: „Zur Wahl des Basisjahres 1958 für Indexberechnungen“. *Wirtschaft und Statistik*, Heft 1/1961.
- Fürst, Gerhard: „Zur Aussagekraft von Preisindexziffern der Lebenshaltung“. *Wirtschaft und Statistik*, Heft 1/1960.
- Deneffe, Peter J.: „Revision des Preisindex für die Lebenshaltung“. *Mitteilungen der Handelskammer Hamburg*, Heft 9/1960.
- Keller, Josef: „Zur Praxis des zeitlichen Vergleichs bei der Ermittlung von Preisreihen“. *Wirtschaft und Statistik*, Heft 11/1961.
- Deneffe, Peter J.: „Lebenshaltungspreisindex“. *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Bd. 6, S. 540 ff.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1961	August 1962	Juli 1962
	1938	1950	1961			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte 1)						
Luftdruck, mm	761,7	758,8 ⁴⁾	761,1 ⁴⁾	761,3 ⁴⁾	760,5 ⁴⁾	760,9 ⁴⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,9	16,3	15,4	15,2
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	78	77	77	76
Windstärke 2)	3,1	3	3,4	3
Bewölkung 3)	6,7	7,2	6,9	7	7	7
2. Summenwerte						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	917	135	93	70
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 454	175	125	141
Tage ohne Sonnenschein	88	76	71	1	2	4
Tage mit Niederschlägen	160	221	209	22	25	26
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) 5) 6)						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	295,2	292 p	291 p	291 p
Altona	220,3	272,7	273,4	272 p	269 p	270 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,9	260 p	258 p	258 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	429,8	428 p	425 p	425 p
Wandsbek	166,7	221,9	303,4	307 p	326 p	324 p
Bergedorf	52,6	82,4	78,3	78 p	78 p	78 p
Harburg	135,7	172,4	200,6	200 p	198 p	198 p
* Hamburg insgesamt	1 679,7	1 602,5	1 842,6	1 837 p	1 845 p	1 844 p
davon männlich	788,8	750,3	853,9	846 p	852 p	852 p
weiblich	890,9	852,2	988,7	991 p	993 p	992 p
dar. Ausländer 7)	16,6	19,9	37,9	39,4	46,1	44,2
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 588	2 624	2 687	1 724
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	10,3	16,8	17,2 p	11,0
Ehescheidungen	266	434	298	146	177	303 r
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern darunter unehelich	2 346	1 448	2 122	2 042	2 295	2 194 r
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	13,8	13,1	14,7 p	14,0
Unehelich Geborene % der Geborenen	9,1	10,8	7,7	8,3	6,8	8,7 r
Totgeborene % der Geborenen	2,1	1,9	1,5	1,5	0,8	0,9
* Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	1 949	1 793	1 775	1 911 r
* darunter unter 1 Jahr alt	118	64	50	37	53	52
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 103	990	1 000 p	1 085 r
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	12,7	11,5	11,3 p	12,2
* Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene 8)	50,6	43,5	23,6	17,5	23,2	23,5
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 173	+ 249	+ 520	+ 283 r
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	6 535	7 221	6 000 p	5 800 p
* Fortgezogene Personen nach außerhalb Hamburgs	7 788	2 174	5 729	5 117	5 600 p	5 600 p
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	+ 806	+ 2 104	+ 400 p	+ 200 p
davon männlich	..	+ 2 533	+ 517	+ 1 206	+ 300 p	+ 100 p
weiblich	..	+ 2 954	+ 289	+ 898	+ 100 p	+ 100 p
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	15 503	16 282	15 872	15 765
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	..	2 668	1 561	1 468	1 500 p	1 400 p
darunter angrenzende Kreise 9)	..	1 311	796	811	800 p	700 p
Niedersachsen	..	1 854	1 204	1 089	1 000 p	1 100 p
darunter angrenzende Kreise 10)	..	567	270	253	200 p	200 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	..	1 214 ¹¹⁾	2 242	2 201	2 200 p	1 700 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	..	1 072	403	1 116	50 p	50 p
Ausland	..	485	1 057	1 265	1 200 p	1 500 p
Unbekannt	..	368	68	82	50 p	50 p
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	..	718	1 864	1 651	1 700 p	1 800 p
darunter angrenzende Kreise 9)	..	457	1 203	1 121	800 p	900 p
Niedersachsen	..	449	1 136	1 191	1 000 p	1 000 p
darunter angrenzende Kreise 10)	..	131	381	518	200 p	300 p
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	..	764 ¹¹⁾	2 059	1 582	2 100 p	2 000 p
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	..	89	38	37
Ausland	..	142	591	616	700 p	700 p
Unbekannt	..	12	41	40

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 3) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — 4) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 5) Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählung vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. — 6) Vorläufige Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961. — 7) Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — 8) Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — 9) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 10) Landkreise Harburg und Stade. — 11) Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1961	August 1962	Juli 1962
	1938	1950	1961			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	9 464	12 742	11 843	11 800	11 734	11 765
Krankenverpflegungstage	221 711	321 088	301 220	292 856	277 916	283 782
Bettenausnutzung in % 2)	77,1	86,8	86,6	83,2	82,9	84,0
b) Gemeinnützige Krankenanstalten 3)						
Bettenbestand am Monatsende 1)	4 339	4 690	4 657	4 661	4 451	4 451
Krankenverpflegungstage	98 261	126 293	123 035	119 538	116 370	116 261
Bettenausnutzung in % 2)	74,5	88,6	87,1	83,1	85,4	83,8
c) Privatkrankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	.	409	563	566	662	662
Krankenverpflegungstage	.	8 983	12 955	11 873	15 364	15 272
Bettenausnutzung in % 2)	.	60,1	78,9	68,1	74,9	77,5
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	189	2 260	982	982	947	947
Krankenverpflegungstage	4 705	61 801	24 046	23 963	24 155	24 285
Bettenausnutzung in % 2)	81,8	91,5	80,6	78,7	85,0	85,4
b) Tbc-Heilstätten						
Bettenbestand am Monatsende 1)	833	1 645	1 132	1 126	1 136	1 136
Krankenverpflegungstage	23 649	48 679	29 359	30 189	29 957	28 967
Bettenausnutzung in % 2)	93,5	97,4	86,8	88,0	90,5	87,5
3. Anstalten für Geistesranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	2 898	1 388	1 678	1 719	1 719	1 719
Krankenverpflegungstage	86 354	29 261	47 203	47 573	49 834	49 833
Bettenausnutzung in % 2)	98,0	75,1	95,5	94,1	96,3	95,5
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg						
Bettenbestand am Monatsende	1 613	1 218	1 302	1 302	1 302	1 302
Krankenverpflegungstage	48 883	36 598	39 102	39 797	38 314	39 744
Bettenausnutzung in % 2)	99,7	98,8	98,8	98,6	94,9	98,5
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
Bettenbestand am Monatsende	—	1 420	1 270	1 280	1 280	1 280
Krankenverpflegungstage	—	35 400	38 366	39 114	39 380	39 233
Bettenausnutzung in % 2)	—	68,4	98,8	98,6	99,2	98,9
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 949	1 793	.	1 911
darunter						
Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	21	14	.	21
Krebs	240	285	395	430	.	423
Gehirnblutungen	136	172	239	199	.	243
Herzkrankheiten	232	269	438	399	.	389
Lungenentzündung	103	47	45	31	.	43
Freitod	62	50	42	45	.	43
Verkehrsunfälle	22	20	34	35	.	36
Andere Verunglückungen	48	41	54	46	.	53
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	169	168	144	146
Plätze	66 691	47 891	90 426	90 124	76 271	78 687
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 908 976	1 608 858	1 648 468	1 248 322
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer 4)	361 531	407 741	625 156	624 580	633 718	633 125
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	258 670	261 668	315 911	312 574
Öffentliche Fürsorge						
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung 5)						
Mitglieder		694 658	701 079	700 020	700 593	701 993
Pflichtmitglieder	452 518	486 742	469 104	467 875	466 358	467 956
Rentner		171 139	170 469	170 083	169 788	169 821
Freiwillige Mitglieder	64 028	36 777	61 506	62 062	64 447	64 216
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	15 825	31 706	25 459	25 531	26 562
männlich	9 091	10 123	21 539	17 291	17 250	18 019
weiblich	6 450	5 702	10 167	8 168	8 281	8 543
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger		153 175	294 342	295 026	300 058	299 320
Rentenversicherung der Arbeiter	94 346 ⁷⁾	106 248	193 895	194 380	196 642	196 352
Rentenversicherung der Angestellten		46 927	100 447	100 646	103 416	102 968
Ausgezahlte Renten in DM		28 880 000	56 778 681	57 291 458	61 681 231	61 420 670
Rentenversicherung der Arbeiter		18 350 000	32 792 909	32 891 603	34 999 334	34 894 538
Rentenversicherung der Angestellten		10 530 000	23 985 772	24 399 855	26 681 897	26 526 132
Offene Fürsorge						
Laufend unterstützte Parteien 6)	55 658	25 040	22 036	22 020	20 939	20 795
Laufend unterstützte Personen		40 214	30 541	30 378	28 483	28 301
Laufend unterstützte Personen auf 1000 Einwohner		25,3	16,6	16,5	15,4	15,4

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkrankenanstalten. — 4) 1938 und 1950 Postamtbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Der für 1938 ausgewiesene Personenkreis ist mit den übrigen Jahren nur bedingt vergleichbar. — 7) Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1961	August 1962	Juli 1962
	1938	1950	1961			
Arbeitsmarkt						
1. Umfang der Beschäftigung						
* Beschäftigte Arbeitnehmer am Monatsende 1)	638 856 ⁵⁾	580 940	835 739	835 938 ⁷⁾	842 486 ⁷⁾	842 486 ⁷⁾
davon						
männlich	428 675	384 486	502 914	503 379	506 406	506 406
weiblich	210 181	196 454	332 825	332 559	336 080	336 080
2. Angebot und Nachfrage						
* Arbeitslose	29 908	90 831	4 865	3 908	3 801	3 619
davon						
männlich	23 937	56 428	3 072	2 426	2 433	2 391
weiblich	5 971	34 403	1 793	1 482	1 368	1 228
Offene Stellen	31 522	1 789	19 999	23 823	26 951	27 195
davon						
männlich	21 009	744	10 861	13 536	15 660	15 838
weiblich	10 513	1 045	9 138	10 287	11 291	11 357
Stellenvermittlung in Dauerbeschäftigung 2)	16 088	21 006	7 661	7 465	7 790	6 126
davon						
männlich	11 107	13 007	5 178	5 161	5 820	4 255
weiblich	4 981	7 999	2 483	2 304	1 970	1 871
Stellenvermittlung in kurzfristige Beschäftigung	9 175	24 625	10 828	9 414	6 253	9 066
davon						
männlich	7 544	23 585	9 952	8 790	5 544	8 179
weiblich	1 631	1 040	876	624	709	887
Arbeitsuchende am Monatsende 3)	35 944	94 886	9 273	7 892	7 596	7 448
davon						
männlich	28 215	59 355	6 197	5 241	5 083	5 021
weiblich	7 729	35 531	3 076	2 651	2 513	2 427
3. Die Arbeitslosen 4)						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 865	3 908	3 801	3 619
darunter						
Bauberufe	.	6 710 ⁶⁾	162	32	26	38
Metallerzeuger und -verarbeiter	.	6 746 ⁶⁾	130	98	58	55
Elektriker	.	1 627 ⁶⁾	29	27	12	16
Chemiewerker	.	1 879 ⁶⁾	84	63	62	61
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	.	1 596 ⁶⁾	28	22	16	21
Graphische Berufe	.	690 ⁶⁾	53	50	38	24
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	.	1 180 ⁶⁾	11	11	7	9
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	.	6 623 ⁶⁾	139	89	100	81
Kaufmännische Berufe	.	8 598 ⁶⁾	965	887	446	423
Verkehrsberufe	.	8 787 ⁶⁾	592	403	355	351
Verwaltungs- und Büroberufe	.	5 807 ⁶⁾	844	776	1 140	1 121
Künstlerische Berufe	.	2 260 ⁶⁾	341	253	167	162
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
* Wohngebäude	.	469	348	215	245	354
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	642	485	345	350	488
* Wohnungen	.	2 540	1 550	1 088	1 028	1 635
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	128	100	72	71	106
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	22 029	45 316	34 150	36 439	48 594
Nichtwohnbauten						
* Nichtwohngebäude	.	185	133	139	163	129
* Umbauter Raum in 1000 cbm	.	233	376	428	548	204
* Wohnungen	.	20	21	16	39	17
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	6 403	32 692	33 577	51 476	16 985
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	.	516	385	215	474	178
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	524	430	446	284
Wohnungen	.	2 206	1 692	1 400	1 190	981
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	47 751	38 954	44 211	30 820
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	.	237	128	103	135	65
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	.	369	340	427	178
Wohnungen	.	.	20	34	42	5
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	.	31 230	27 869	42 495	12 402
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	188	395	479	653	460	234
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	482	547	683	521	302
Wohnungen	.	2 096	1 804	2 296	1 648	1 030
Bruttowohnfläche in 1000 qm	.	107	114	144	110	63
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	19 250	45 353	58 460	47 191	26 759
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	26	137	117	91	72	56
Umbauter Raum in 1000 cbm	.	144	293	155	288	120
Wohnungen	.	26	20	11	17	4
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	.	3 069	22 781	12 894	20 730	11 338

1) Wird vierteljährlich ausgezählt. - 2) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. - 3) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. - 4) Infolge Umstellung der Systematik sind die Zahlen von 1961 und 1962 nur bedingt vergleichbar. - 5) Juni 1938. - 6) Durchschnitt aus April-Dezember 1950. - 7) Juni 1961 bzw. 1962.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1961	August 1962	Juli 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt ¹⁾	706	2 122	1 824	2 307	1 665	1 034
darunter		1 526	1 417	1 877	1 456	773
mit öffentlichen Mitteln gefördert		6 575	6 668	8 737	7 030	3 842
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)						
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes) ²⁾						
im Bau befindliche Wohnungen		17 089	23 031	27 500	21 500	20 900
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen		8 412	8 180	9 900	9 100	9 300
5. Bestand an normalen Wohngebäuden und Wohnungen³⁾ (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden		122	185	185	190	190
Bestand an Wohnungen		336	590	591	612	611
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)		1 276	2 129	2 133	2 212	2 205
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	744	766	972	304
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77—80 II. WoBauG.	—	830	567	964	366	394
c) für die Umschichtung	—	—	104	147	114	86
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	739	614	955	860
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	678	363	390	174	213
Abgang von Wohnungen (Wohnraumkartei)	—	306	156	105	116	50
7. Bauberichterstattung ⁴⁾						
* Zahl der Beschäftigten		21 853	44 262	45 841	44 714	44 879
davon						
Inhaber		335	449	448	462	461
Angestellte		1 739	3 686	3 711	3 937	3 915
Arbeiter ⁵⁾		19 779	40 127	41 682	40 315	40 503
* Löhne in 1000 DM		6 168	30 615	34 559	35 819	34 885
* Gehälter in 1000 DM		731	3 451	3 591	3 827	3 869
* Umsatz in 1000 DM		15 950	85 931	95 069	103 742	108 105
darunter						
im Wohnungsbau in 1000 DM			29 874	33 791	33 093	34 094
im gewerbl. und industr. Bau in 1000 DM			19 546	20 693	26 213	30 192
* Geleistete Arbeitsstunden in 1000		3 732	6 900	7 951	7 154	7 039
darunter						
für Wohnungsbauten in 1000		1 498	2 369	2 663	2 342	2 321
für gewerbl. und industr. Bauten in 1000		1 051	1 515	1 709	1 797	1 720
Preise und Indizes						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt für 50 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	43,80	75,80	119,30	115,70	114,40	118,70
Kühe, sonstige vollfleischige	37,60	62,70	93,70	94,20	89,10	92,30
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	57,00	91,30	167,10	169,20	160,10	154,90
Schweine, von 100—119,5 kg Lebendgewicht	50,90	117,50	126,70	131,20	125,10	116,10
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	40,70	61,90	99,90	93,30	96,00	105,80
2. Durchschnittspreise für Fleisch ⁶⁾						
I. Qualität für 50 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	76,50	131,50	208,50	209,30	205,00	207,80
Kalbfleisch, beste Qualität	94,70	174,50	297,70	293,50	284,50	276,90
Hammelfleisch, beste Qualität	92,80	127,00	231,00	216,50	233,50	248,80
Schweinefleisch, aus-hiesigen Schlachtungen	70,40	178,50	173,40	178,70	171,60	164,70
3. Preisindizes für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbrauchergruppe —						
Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	132,0	132,0	137,2	143,8
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	83,8	83,9	84,4	84,4
Wohnung	97,5	100	141,8	142,2	144,6	144,6
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	147,0	146,4	150,5	150,5
Hausrat	53,9	100	117,7	118,1	122,3	122,1
Bekleidung	47,9	100	107,2	107,2	109,6	109,4
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	119,4	120,4	125,3	124,6
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	147,6	147,9	151,2	151,1
Verkehr	65,0	100	143,9	144,1	144,2	144,1
Ernährung						
einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	125,7	125,7	130,3	136,0
lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	125,9	126,0	130,1	133,3
Gesamtlebenshaltung (1950 = 100)	62,8	100	127,3	127,4	131,2	134,2
(1938 = 100)	100	159,3	202,9	203,0	209,1	213,8

¹⁾ Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 40 Wohnungen). — ²⁾ Für die Jahre 1950 und 1961 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — ³⁾ Einschl. Behelfsheime von 30 und mehr qm; Bestand 1950 nach der Wohnungszählung vom 13. 9. 1950. — ⁴⁾ Betriebe ab 20 Beschäftigte. — ⁵⁾ Einschl. Umschüler und Lehrlinge. — ⁶⁾ Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1961	August 1962	Juli 1962
	1936 ¹⁾	1950	1961			
Industrie ²⁾						
1. Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 857	1 860	1 823	1 823
* Beschäftigte insgesamt	145 200	140 867	233 971	234 698	231 779	233 458
darunter						
* Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		111 760	171 526	171 727	166 920	168 469
* Geleistete Arbeiterstunden in 1000		21 399	28 929	28 342	26 980	25 661
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	50 328	50 184	55 381	55 685
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	92 882	94 982	104 076	104 192
* Umsatzwerte in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 063 658	1 079 809	1 106 265	1 089 469
* darunter nach dem Ausland in 1000 RM/DM		12 845	131 761	111 091	135 967	133 965
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ³⁾ †		52 913	16 806	13 842	12 558	12 341
Heizölverbrauch in †			47 309	40 232	43 649	43 527
* Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	12 962	11 984	11 160	10 340
* Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	98 143	95 985	96 993	92 164
* Gasverbrauch in 1000 cbm			7 005	6 207	5 677	5 667
2. Beschäftigte und Umsatz nach Industriegruppen						
Beschäftigte						
Gesamte Industrie	145 200	140 867	233 971	234 698	231 779	233 458
darunter						
Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 417	8 455	8 709	8 666
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	3 034	3 017	3 060	3 075
Chemische Industrie	8 200	10 439	17 396	17 425	17 668	17 854
Kautschuk und Asbest	9 200	10 380	13 723	13 523	13 131	13 043
Maschinenbau	12 400	16 409	30 283	30 635	30 990	30 903
Schiffbau	26 500	12 559	30 188	29 986	27 055	29 418
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 472	28 769	29 366	29 239
Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁵⁾	6 721	12 160	12 142	12 574	12 602
Ölmühlenindustrie			2 790	2 792	2 747	2 776
Margarineindustrie	} 5 400	} 4 628	3 093	3 129	3 065	3 048
Kaffee und Tee		721	3 505	3 418	3 528	3 548
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 601	3 740	3 681	3 668
Umsatz ⁴⁾ in 1000 RM/DM						
Gesamte Industrie	154 200	333 013	1 063 658	1 079 809	1 106 265	1 089 469
darunter						
Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	182 278	208 758	209 623	225 158
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	35 548	37 411	45 551	44 707
Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	77 253	79 260	82 138	79 380
Kautschuk und Asbest	4 600	13 990	37 397	32 707	35 732	32 695
Maschinenbau	9 400	16 234	64 650	60 666	62 925	67 673
Schiffbau	14 400	7 633	66 076	57 087	42 575	56 589
Elektroindustrie	4 400	10 463	112 793	108 687	120 293	111 713
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁵⁾	7 748	31 950	31 492	31 033	31 393
Ölmühlenindustrie			37 023	35 693	34 622	35 966
Margarineindustrie	} 21 500	} 41 967	23 036	23 686	18 809	19 727
Kaffee und Tee		4 298	57 307	56 196	62 267	58 357
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	100 437	108 559	106 917	103 291
3. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserrförderung in 1000 cbm	5 737 ⁷⁾	8 282	10 164	10 502	10 522	10 427
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis	18 767 ⁸⁾	20 935	34 088	27 225	27 503	25 663
* Stromerzeugung in 1000 kWh	40 210 ⁸⁾	125 855	361 337	322 199	345 027	323 597
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
	1938					
* Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	2 327	2 333	2 184	2 591
* Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 890	1 953	1 889	2 252
* in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	81,2	83,7	86,5	86,9
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	10,3	10,1	11,3	13,4
2. Trinkmilkabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg		10 709	11 279	11 369	11 380	10 693
davon						
lose in 1000 kg			5 295	5 233	4 324	4 120
in Flaschen in 1000 kg			5 984	6 136	7 056	6 573
Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	568	622	576	647
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	9 992	10 365	11 440	8 877
Kälber	3 884	3 699	3 197	3 090	2 551	3 286
Schweine	24 847	19 784	46 132	41 344	43 554	51 053
Schafe	4 265	5 681	4 024	5 420	4 535	3 737
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
* Rindvieh (ohne Kälber)	8 075	3 363	9 080	9 171	11 373	7 089
* Kälber	5 568	4 065	3 082	3 168	2 436	3 131
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	48 507	49 662	46 861	51 381
* darunter Hausschlachtungen		1 455	553	99	34	44
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ⁹⁾	6 467	3 220	6 714	6 895	7 259	6 508
darunter						
* Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	2 216	2 165	2 748	1 667
* Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 124	4 297	4 172	4 513
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
* für Rinder in kg	246,3	248,7	244,1	236,0	241,6	235,2
* für Kälber in kg	57,2	43,2	58,8	64,7	64,0	63,3
* für Schweine in kg	96,5	95,5	86,0	86,7	89,1	87,9

¹⁾ Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. — ²⁾ Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Arbeitskräften berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). — ³⁾ 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. — ⁴⁾ Ohne Handelsware, einschl. Verbrauchsteuern. — ⁵⁾ 1936 = einschl. Papierverarbeitung. — ⁶⁾ 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. — ⁷⁾ Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. — ⁸⁾ Rechnungsjahr 1935/36. — ⁹⁾ Der gewerblichen Schlachtungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1961	August 1962	Juli 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Deichtormarkt)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	3 015	5 171	3 700	3 649
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	13 135	14 763	12 906	10 635
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 489	7 655	8 142	7 408
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	4 021	5 061	4 105	7 182
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	3 154	4 579 r	3 884	2 855
darunter in Hamburg angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	2 867	4 362	3 739	2 663
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
* Einzelhandel aller Betriebsformen	.	.	168	159	169	168
dovon	.	.	161	158	168	159
* Nahrungs- und Genußmittel	.	.	162	158	165	154
darunter	.	.	162	168	190	197
Lebensmittel aller Art	.	.	176	171	176	126
Obst, Gemüse, Südfrüchte	.	.	142	143	157	149
Fische und Fischwaren	.	.	133	122	119	123
Milch und Milcherzeugnisse	.	.	156	154	158	151
Schokolade und Süßwaren	.	.	167	144	148	164
Tabakwaren	.	.	191	173	184	182
* Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	180	153	160	170
darunter	.	.	156	120	120	149
Textilien aller Art	.	.	172	150	146	169
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	180	177	194	193
Oberbekleidung	.	.	175	163	171	165
Schuhwaren	.	.	193	181	199	184
* Hausrat und Wohnbedarf	.	.	224	205	221	237
darunter	.	.	213	208	270	251
Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	135	140	143	146
Porzellan und Glaswaren	.	.	138	162	165	157
Beleuchtungs- und Elektrogeräte	.	.	176	169	180	179
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel	.	.	192	154	174	188
Möbel	.	.	166	139	151	138
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	169	156	155	163
* Sonstige Waren	.	.	164	155	164	161
darunter	.	.	176	177	185	176
Bücher	.	.	182	227	237	232
Papier- und Schreibwaren	.	.	143	115	131	139
Galanterie- und Lederwaren	.	.	197	206	157	164
Apotheken	.	.	205	200	204	214
Drogerien	.	.	182	158	164	155
Foto und Optik	.	.	200	166	191	180
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	128	148	153	141
Fahrräder, Krafträder und Zubehör	.	.				
Kraftwagen und Zubehör	.	.				
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.				
Blumen und Sämereien	.	.				
Brennmaterial	.	.				
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1955 = 100)						
Gaststättenwesen insgesamt	.	.	149	152	162	162
darunter	.	.	122	132	137	140
Hotels und Gasthöfe	.	.	165	216	241	231
Fremdenheime und Pensionen	.	.	141	142	153	151
Schank- und Speisewirtschaften mit Ausschank alkoholischer Getränke	.	.				
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	106 693	148 415	152 237 p	157 414
darunter Ausländer	11 283	10 303	39 328	67 855	66 602 p	76 278
* Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	221 092	286 314	294 407 p	293 509
darunter Ausländer	27 491	22 805	80 261	126 072	123 238 p	136 260
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	58	73	73 p	73
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
* Bezüge Hamburgs	.	5	6	8	8	6
* Lieferungen Hamburgs	.	3	4	6	7	9
5. Handel mit Berlin (West) 3)						
(in Mio DM)						
* Bezüge Hamburgs	.	9	84	90	81	83
* Lieferungen Hamburgs	.	37	118	118	105	116
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
* Insgesamt	.	26	149	144	146 p	150 r
davon nach Warengruppen	.					
* Ernährungswirtschaft	.	1	12	12	10 p	12

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und öhnlicher Vereinshäuser. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1961	August 1962	Juli 1962
	1938	1950	1961			
noch: Handel und Gastgewerbe						
* Gewerbliche Wirtschaft	.	25	137	132	136 p	138 r
davon		1	2	2	3 p	2
* Rohstoffe	.	12	33	36	34 p	32 r
* Halbwaren	.	12	102	94	99 p	104 r
* Fertigwaren	.					
davon		2	9	8	9 p	8 r
* Vorerzeugnisse	.	10	93	86	90 p	96 r
* Enderzeugnisse	.					
* davon nach ausgewählten Verbrauchsgebieten						
Europa	.		93	101	103 p	104 r
darunter						
EWG-Länder	.		27	28	.	29
EFTA-Länder	.		49	55	.	61
Afrika	.		9	5	6 p	7 r
Amerika	.		26	18	23 p	24 r
davon						
Nordamerika	.		12	6	.	12
darunter USA	.		11	5	.	11
Mittelamerika	.		5	2	.	1
Südamerika	.		9	10	.	11
Asien	.		20	19	12 p	14 r
Australien und Ozeanien	.		1	1	2 p	1
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
Wareneinfuhr (in 1000 t netto)	1936					
	648	464	1 498	1 400	1 600 p	1 641 r
Warengruppen:						
darunter						
Ernährungswirtschaft	161	185	341	234	380 p	397 r
Gewerbliche Wirtschaft	487	278	1 157	1 165	1 218 p	1 244 r
davon						
Rohstoffe und Halbwaren	480	272	1 110	1 119	1 178 p	1 200 r
Fertigwaren	7	6	47	46	40 p	44 r
Ländergruppen:						
darunter						
Europa	319	134	269	241	.	278
davon						
EWG-Länder	29	32	49	38	.	58
EFTA-Länder	179	75	116	80	.	132
Sonstige Länder	111	27	104	123	.	88
Außereuropa	329	330	1 226	1 157	.	1 361
davon						
Amerika	214	150	576	469	.	717
davon						
Nordamerika	77	73	304	207	.	386
Mittelamerika	83	25	31	19	.	39
Südamerika	54	52	241	243	.	292
Afrika	48	60	97	82	.	120
Asien	64	118	533	587	.	509
Australien und Ozeanien	3	2	20	19	.	15
Warenausfuhr (in 1000 t netto)	168	216	324	344	300 p	252 r
Warengruppen:						
darunter						
Ernährungswirtschaft	12	4	55	49	50 p	38 r
Gewerbliche Wirtschaft	156	212	269	295	248 p	214 r
davon						
Rohstoffe	84	16	14	12	8 p	10 r
Halbwaren	72	160	142	177	140 p	109 r
Fertigwaren		36	113	106	100 p	95 r
davon						
Vorerzeugnisse		17	36	29	.	31
Enderzeugnisse		19	77	77	.	64
Ländergruppen:						
darunter						
Europa	80	153	153	160	.	123
davon						
EWG-Länder	13	4	18	21	.	9
EFTA-Länder	44	125	107	103	.	91
Sonstige Länder	23	24	28	36	.	23
Außereuropa	88	58	144	156	.	106
davon						
Amerika	45	38	60	58	.	49
davon						
Nordamerika	18	17	23	21	.	23
darunter USA	13	12	18	18	.	16
Mittelamerika	7	5	10	7	.	7
Südamerika	20	16	27	30	.	19
Afrika	11	8	29	24	.	24
Asien	30	8	50	57	.	29
Australien und Ozeanien	2	4	5	17	.	4
Verkehr						
1. Seeschifffahrt	1938					
a) Schiffsverkehr zur See						
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 669	1 784	1 640 p	1 680 p
darunter deutsche Schiffe	1 027	526	989	1 131	950 p	1 000 p
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 746	1 829	1 900 p	1 950 p
darunter deutsche Schiffe	1 118	591	1 060	1 167	1 200 p	1 260 p
Raumgehalt der angekommenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 714	937	2 675	2 672	2 700 p	2 800 p
darunter deutsche Schiffe	873	128	742	784	700 p	750 p
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 712	936	2 676	2 707	2 850 p	2 950 p
darunter deutsche Schiffe	875	135	755	827	770 p	800 p

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1961	August 1962	Juli 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Verkehr						
b) Linienschiffahrt (Linien) 1)	184	176	255	255	252 p	252 p
davon						
Europa	102	84	72	72	76 p	76 p
Außereuropa	82	92	183	183	176 p	176 p
Reisen (Abfahrten)	728	319	734	773	740 p	750 p
darunter nach						
Europäischem Ausland	383	159	299	320	300 p	305 p
Amerika	72	54	176	182	180 p	180 p
Afrika	37	18	87	75	88 p	90 p
Asien	33	23	97	92	88 p	90 p
Australien	7	4	16	18	14 p	15 p
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	2 235	3 312	4 000 p	3 000 p
darunter nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			151	273	350 p	250 p
West-Europa						
(einschl. Großbritannien und Irland)			530	990	1 100 p	900 p
Nordamerika	2 882	446	778	1 198	1 400 p	1 100 p
Südamerika	1 286	231	374	571	600 p	500 p
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 834	2 032	3 000 p	2 800 p
darunter von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			120	267	300 p	280 p
West-Europa						
(einschl. Großbritannien und Irland)			475	623	750 p	700 p
Nordamerika	2 057	171	655	422	1 300 p	1 000 p
Südamerika	882	30	335	438	450 p	400 p
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)						
Empfang	1 521	919	2 490	2 432	2 360 p	2 488 p
dav. Massengut	980	429	1 855	1 809	1 830 p	1 896 p
dar. Mineralöle	307	162	789	760		840 p
Kohle	262	113	226	261		240 p
Getreide	133	70	139	126		170 p
Sackgut			126	131	90 p	100 p
Stückgut	541	191	379	343	320 p	316 p
Verkehrsbezirke:						
Inland	110	110	62	81		40 p
Europäisches Ausland	520	159	348	284		300 p
Außereuropa	891	351	1 445	1 444		1 556 p
darunter						
Nahost und Persischer Golf		128	480	146		
Vereinigte Staaten von Amerika	171	78	323	321		
Südamerika			623	623	530 p	592 p
Versand	626	299	635	623		
davon						
Massengut	205	144	248	245	200 p	240 p
Sackgut			105	124	80 p	100 p
Stückgut	421	155	282	252	250 p	252 p
Verkehrsbezirke:						
Inland	149	32	75	80		70 p
Europäisches Ausland	302	170	301	293		320 p
Außereuropa	175	97	259	250		202 p
2. Binnenschiffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 286	2 636	2 479	2 366
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 233	2 727	2 426	2 110
Tragfähigkeit der angekommenen Schiffe						
in 1000 t	879	362	643	746	644	705
Tragfähigkeit der abgegangenen Schiffe						
in 1000 t	845	344	626	771	629	610
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	296	336	294	292
darunter						
Bundesrepublik	77	101	251	295	268	255
davon						
Niederelbe	24	32	30	33	31	28
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	190	226	207	193
Mittellandkanal	0	7	31	36	30	34
Berlin (West)	7	25	10	9	10	16
Sowjetische Besatzungszone	155	3	18	20	5	4
Tschechoslowakei	42	22	17	12	11	17
Ausgang (in 1000 t)	504	121	243	268	212	259
darunter						
Bundesrepublik	59	81	117	146	120	145
davon						
Niederelbe	49	48	73	87	75	94
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	32	46	31	36
Mittellandkanal	0	1	12	13	14	15
Berlin (West)	29	28	58	44	63	60
Sowjetische Besatzungszone	268	2	36	57	6	22
Tschechoslowakei	34	10	32	21	23	32
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 713	2 349		
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 714	2 348		
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	41 254	54 081		
darunter aus dem Ausland			14 401	17 275		
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	38 679	51 636		
darunter nach dem Ausland			14 311	17 236		
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	586	567		
darunter aus dem Ausland			300	281		
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	441	422		
darunter nach dem Ausland			184	176		
Angekommene Post in t	9,0	35,6	92	74		
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	103	74		
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9	497,4	464,0		
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8	471,9	484,1		
Gestellte Güterwagen		31 414	42 278	45 841	43 161	41 766

1) Stand am Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1961	August 1962	Juli 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Verkehr						
5. Personen-Nahverkehr						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	10 872	9 819	9 031	9 875
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 789	13 726	13 740	12 829
Straßenbahn	13 799	23 498	15 614	15 061	12 819	12 498
Kraftomnibusse der HHA 1)	1 083	2 028	7 835	7 713	8 928	12 498
Alsterdampfer	281	337	202	300	252	8 403
Dampfer der Hafendampfschiffahrt AG.	1 268	1 283	1 517	1 404 r		258
Kraftomnibusse der VHH AG. 2)	373	786	1 573	1 553	1 628	1 478
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	20	20	15	13
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	358	334	343	341
Private Kraftomnibusse	.	151	634	627	571	
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrer- tigung (im Verkehr befindlich) insgesamt 3)	82 080	59 100	245 051	245 766	276 382	274 166
darunter Personenkraftwagen 4)	39 260	25 948	197 421	194 438	226 883	224 695
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	3 989	3 088	3 736	3 925
darunter						
* Krafträder	232	221	87	71	54	46
* Personenkraftwagen	501	644	3 221	2 411	3 049	3 233
* Kombinationskraftwagen	.	.	257	193	212	272
* Lastkraftwagen	179	288	353	362	312	302
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	4 877	5 223	5 235	4 895
davon						
* mit Personenschaden 5)	459	426	1 050	1 180	1 210	1 128
* mit nur Sachschaden	406	632	3 827	4 043	4 025	3 767
* Getötete Personen	8	12	23	28	21	24
* Verletzte Personen	517	483	1 281	1 452	1 561	1 437
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken)						
(Beträge in Mio RM/DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 6)						
Kredite an Nichtkreditinstitute						
am Monatsende	.	1 556,1	7 744,0	7 867,1	8 826,2	8 776,9
davon kurzfristige Kredite 7)	.	1 353,8	3 459,7	3 461,9	3 650,9	3 661,3
davon						
an Wirtschaft und Private	.	1 328,7	3 213,1	3 213,3	3 424,4	3 446,0
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	25,1	246,6	248,6	226,5	215,3
* mittelfristige Kredite 8) 9)	.	55,8	626,7	662,7	753,9	749,2
davon						
an Wirtschaft und Private	.	55,6	549,0	588,3	650,9	646,8
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	0,2	77,7	74,4	103,0	102,4
* langfristige Kredite 8) 9)	.	146,5	3 657,6	3 742,5	4 421,4	4 366,4
davon						
an Wirtschaft und Private	.	146,0	3 315,4	3 393,3	4 041,0	3 985,7
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	0,5	342,2	349,2	380,4	380,7
Kredite an Kreditinstitute						
am Monatsende	.	105,7	789,7	807,5	771,7	793,5
b) Einlagen bei den Kreditinstituten						
Einlagen von Nichtkreditinstituten						
am Monatsende	.	1 152,3	5 969,6	6 058,5	6 590,1	6 527,4
davon Sicht- und Termineinlagen	.	1 026,3	3 485,1	3 569,4	3 827,3	3 782,3
davon						
von Wirtschaft und Privaten	.	848,0	2 997,2	3 075,7	3 164,9	3 099,2
von öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	178,3	487,9	493,7	662,4	683,1
* Spareinlagen	.	126,0	2 484,5	2 489,1	2 762,8	2 745,1
Einlagen von Kreditinstituten						
am Monatsende	.	106,6	1 618,9	1 623,0	1 641,1	1 732,3
c) Sparverkehr						
Sämtliche Kreditinstitute 10)						
Spareinlagen am Monatsende	.	126,0	2 484,5	2 489,1	2 762,8	2 745,1
darunter						
steuerbegünstigt	.	12,4	166,7	168,0	2,9	2,9
prämienbegünstigt	.	.	100,2	104,5	165,8	163,3
* Gutschriften	.	10,2	142,2	127,8	145,9	159,0
* Lastschriften	.	7,3	134,2	120,7	128,3	138,0
Saldo der Gut- und Lastschriften	.	+ 2,9	+ 8,0	+ 7,1	+ 17,6	+ 21,0
Zinsen	.	+ 2,6	+ 7,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)						
Betrag in 1000 RM/DM	.	1 324	1 450	1 447	1 718	1 308
Durchschnittsbetrag je protestierten Wechsel	.	1 194,0	1 040,3	867	1 503	1 775
in RM/DM	.	902	718	585	875	1 357
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)						
Konkurse	12	25	14	15	26	21
Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	—	5	1
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)						
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	21 398	21 804	22 060	21 401
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	.	2 392	2 716	2 735	2 664	2 693
Hafnbefehle zur Erzwingung
des Offenbarungseides	.	848	1 135	1 179	1 611	1 002
Abgeleitete Offenbarungseide	.	124	338	314	458	281
d) Öffentliche Leihhäuser						
Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	3 858	4 341	4 628	4 426
RM/DM	298 306	384 610	181 810	172 942	267 474	247 439
Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 633	3 515	3 571	3 355
RM/DM	176 172	401 990	172 763	169 330	213 728	193 359

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 3) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 4) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 5) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 6) Ohne durchlaufende Mittel. — 7) 107 berichtspflichtige Institute. — 8) 90 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1961	August 1962	Juli 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	167	165	167 ¹⁾	167 ¹⁾
Kapital in Mio DM	3 453,9	3 588,7	3 293,5	3 290,4
Gesellschaften m. b. H., Zahl	3 228	3 239	3 400	3 388
Kapital in Mio DM	2 229,4	2 254,9	2 431,2	2 392,2
Steuern²⁾						
1. Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ³⁾						
a) Bundessteuern						
* Umsatzsteuer	9 363	22 996	67 055	65 327	75 692	71 548
* Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	17 587	18 818	34 089	42 575
* Beförderungsteuer	79	943	1 295	1 322	1 379	1 400
* Notopfer Berlin	..	1 749	292	155	240	425
* Zölle	45 572	17 772	72 426	69 238	114 737	81 279
* Verbrauchsteuern	31 925	42 968	173 112	175 116	192 373	198 983
davon						
* Tabaksteuer	24 492	32 535	64 636	62 848	61 979	63 564
* Kaffeesteuer	..	5 831	19 121	20 769	20 394	22 269
* Teesteuer	..	521	744	745	457	552
* Branntweinmonopol ⁴⁾	249	2 514	4 277	3 334	3 428	3 719
* Mineralölsteuer	51	871	84 115	87 202	105 675	108 624
* Sonstige Verbrauchsteuern	7 133	697	220	217	439	254
* Summe der Bundessteuern	..	89 211	331 767	327 976	418 510	396 210
* Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 ⁵⁾	8 286	17 980	16 994	4 878
davon						
* Vermögensabgabe	..	5 352	6 375	16 845	16 446	1 682
* Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 426	1 018	443	2 242
* Kreditgewinnabgabe	485	117	105	955
b) Landessteuern						
* Lohnsteuer	7 390	10 051	58 839	66 264	71 311	73 204
* Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	56 782	17 486	14 205	26 737
* Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	6 273	14 612	13 117	6 261
* Körperschaftsteuer	8 928	9 544	39 444	3 388	5 452	568
* Summe der Eink.- und Körperschaftsteuer	33 902	29 097	161 338	101 751	104 086	106 771
davon						
* an den Bund abgeführt	56 468	35 613	36 430	37 376
* Hamburg verblieben	104 870	66 138	67 656	69 401
* Vermögensteuer	1 513	466	8 686	20 906	29 376	3 791
* Erbschaftsteuer	469	63	1 407	1 169	829	1 236
* Grunderwerbsteuer	398	135	1 099	1 689	1 531	1 128
* Kapitalverkehrsteuer	227	179	2 103	3 309	1 874	1 770
* Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	5 522	4 892	5 887	6 065
* Versicherungssteuer	559	847	3 052	3 173	3 278	3 030
* Rennwett- und Lotteriesteuer	452	820	1 643	1 701	1 733	1 748
* Wechselsteuer	0	536	690	636	729	729
* Feuerschutzsteuer	15	127	159	223	222	201
* Biersteuer	792	870	1 879	2 179	2 338	2 122
* Summe der Landessteuern	..	34 461	187 663	141 628	151 882	128 190
c) Gemeindesteuern						
* Realsteuern	9 974	8 666	43 157	97 553	98 539	28 111
davon						
* Grundsteuer A	50	42	44	92	109	13
* Grundsteuer B	4 538	3 365	4 590	11 583	12 500	1 419
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	34 358	85 569	85 446	12 840
* Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	4 165	309	484	13 839
* Gewerbesteuerzuschüsse	24	29	322	..	795	1 567
* Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	952	794	609	1 003
darunter						
* Kinosteuer	123	497	456	465	263	321
* Übrige Vergnügungsteuer	106	146	268	222	244	220
* Hundesteuer	68	132	227	108	102	461
* Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	44 109	98 347	99 148	29 114
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	3 696	3 513	3 980	3 738
a) Feueralarme	187	185	224	151	226	186
davon						
* falsche Alarme und Unfugmeldungen	49	39	43	27	45	43
* bekämpfte Brände	138	146	181	124	181	143
davon						
* Großbrände	10	4	11	6	12	16
* Mittelbrände	17	14	24	19	33	26
* Kleinbrände	88	114	63	41	69	48
* Entstehungsbrände	73	56	63	51
* Schornsteinbrände	..	10	10	2	4	2
b) Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	3 474	3 362	3 754	3 552
darunter bei						
* Straßen- und Verkehrsunfällen	..	314	1 044	1 125	1 214	1 099
* Betriebsunfällen	..	235	540	409	525	510
* Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	..	976	3 238	3 149	3 477	3 328
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	..	5 625	4 967	4 797	4 532	4 461
Beförderte Personen	..	6 449	5 179	4 977	4 770	4 743

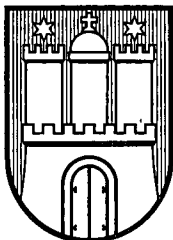
1) Außerdem eine AG. mit einem Grundkapital von 1,5 Mio RM. — 2) Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — 3) Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — 4) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — 5) Einschl. Soforthilfsonderabgabe.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			August 1961	August 1962	Juli 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
3. Feststellungen der Polizei						
Der Kriminalpolizei bekannt gewordene Straftaten						
darunter		5 443	7 516	6 973	7 456	7 398
Sittlichkeitsdelikte		142	197	208	235	246
Mord und Totschlag		2	3	3	4	3
Fahrlässige Tötung		11	14	21	19	11
Körperverletzung ¹⁾		32	65	65	65	67
Einfacher Diebstahl		2 416	3 439	3 174	3 314	3 353
Schwerer Diebstahl		558	1 247	1 261	1 358	1 326
Diebstähle zusammen		2 974	4 686	4 435	4 672	4 679
darunter						
von Kraftfahrzeugen (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)		36	197	215	231	197
von Fahrrädern, Mopeds (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)		202	661	560	552	516
Taschendiebstahl		78	37	43	39	25
Unterschlagung		357	253	232	241	278
Raub und Erpressung		11	37	26	44	40
Begünstigung und Hehlerei		99	91	92	69	69
Betrug und Untreue		607	755	614	783	659
Brandstiftung		39	26	13	22	16
Münzdelikte		13	1	—	—	—
Übertretung der Verkehrsordnung		22 902	39 177	41 176	29 903	36 062
davon						
Strafanzeigen		10 060	9 259	10 741	5 269	6 203
Gebührenpflichtige Verwarnungen			29 918	30 435	24 634	29 859
4. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt						
a) Erwachsene nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt		1 316	1 940	1 895	1 888 ²⁾	1 822
b) Heranwachsende nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt		1 229	1 525	1 494	1 516	1 428
c) Jugendliche nach Jugendstrafrecht abgeurteilt			178	151	172	158
d) Heranwachsende nach Jugendstrafrecht abgeurteilt		87	154	156	131	161
darunter			83	94	69	75
Widerstand gegen die Staatsgewalt		12	12	7	7	9
Fahrerflucht		6	52	67	56	53
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie		4	43	48	33	40
Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit		51	50	53	46	54
Beleidigung, üble Nachrede		24	22	16	23	21
Verbrechen und Vergehen wider das Leben		9	11	10	6	13
Körperverletzung		52	141	152	240	157
Einfacher Diebstahl		324	285	220	269	320
Schwerer Diebstahl		80	80	103	87	106
Einfacher und schwerer Diebstahl im Rückfall		79	55	56	46	83
Unterschlagung		70	69	72	57	71
Raub und Erpressung		9	14	10	26	13
Begünstigung und Hehlerei		68	40	56	41	41
Betrug und Untreue		92	163	195	127	142
Urkundenfälschung		19	17	13	5	21
Vergehen gegen das StVG.		53	299	251	309	274
Löhne und Gehälter ³⁾						
1. Arbeiterverdienste in der Industrie ⁴⁾						
* Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51,38	76,52	164,65	160,55	171,80
	weiblich	26,99	43,84	98,93	96,33	107,69
* Bruttostundenverdienste in Rp/Pf	männlich	99,9	156,7	355,0	346,8	377,9
	weiblich	56,9	96,6	228,0	221,8	251,7
* Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	46,4	46,3	45,5
	weiblich	47,4	45,4	43,4	43,4	42,8
* Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich			42,8	39,3	44,2
	weiblich			39,9	36,6	41,7
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste in DM)						
Industrie ⁴⁾						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			791	771	844
	weiblich			538	522	581
* Technische Angestellte	männlich			913	893	967
	weiblich			551	539	592
Handel, Geld- und Versicherungswesen						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			754	737	800
	weiblich			495	480	534
* Technische Angestellte	männlich			767	756	801
	weiblich			663	679	671
Industrie u. Handel, Geld- u. Versicherungswesen						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			761	744	809
	weiblich			503	488	544
* Technische Angestellte	männlich			895	876	946
	weiblich			560	550	598

1) Ohne §§ 223 und 230. — 2) Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) August 1962 4 Jugendliche und 4 Heranwachsende. — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) August 1962 12 Jugendliche. — 3) 1938 = September 1938, 1950 und 1961 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — 4) Einschl. Energiewirtschaft und Hoch-, Tief- und Ingenieurbau.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1962

November-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Der Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie im Jahre 1961

Im Juli-Heft dieser Zeitschrift wurde im Rahmen eines Beitrages schon kurz über den Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie berichtet¹⁾. Der folgende Artikel behandelt dieses Thema eingehender, weil es notwendig erscheint, sich über das Maß der Abhängigkeit der hamburgischen Industrie und ihrer einzelnen Gruppen vom Auslandsabsatz ein zutreffendes Bild zu machen. Das ist gerade jetzt besonders wichtig, wo in einzelnen Bereichen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt nachzulassen beginnt. Jede Veränderung des Auslandsabsatzes hat aber auch ihre Auswirkungen insbesondere auf die Beschäftigungslage in der Industrie und in den verschiedenen Industriegruppen und führt damit ggf. auch zu wirtschaftspolitischen Konsequenzen. Eine laufende Beobachtung von Stand und Entwicklung des Auslandsumsatzes der Industrie ist daher notwendig.

Methodische Vorbemerkungen

Die nach dem „Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe“ vom 15. Juli 1957 (BGBl. I, S. 720) in der Fassung vom 26. April 1961 (BGBl. I, S. 477) monatlich meldenden Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten geben ihren Umsatz getrennt nach „Inlandsumsatz“ und „Auslandsumsatz“ an. Nach den Erläuterungen für die Industrierichterstattung zählen zum Inlandsumsatz alle Umsätze mit Empfängern im Bundesgebiet, in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in Berlin (Ost und West) und mit den im Bundesgebiet stationierten Streitkräften. Als Auslandsumsatz gelten dagegen alle direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger im Ausland, sowie Lieferungen an Firmen im Inland, die diese Waren ohne weitere Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen (Exporteure). Der sog. mittelbare Export — das sind Lieferungen, die als Zubehörteile oder Verpackungen an andere Firmen geliefert und

von diesen ausgeführt werden — zählt dagegen zum Inlandsumsatz. Aus dieser Abgrenzung des Auslandsumsatzes wird deutlich, daß nicht alle industriellen Lieferungen, die letztlich exportiert werden, in ihm enthalten sind; das gilt nicht nur für den oben erwähnten mittelbaren Export, sondern vor allem auch für Lieferungen an inländische Abnehmer, die die betreffenden Waren dann exportieren, ohne daß der zur Industrierichterstattung meldende Lieferbetrieb hiervon Kenntnis hatte. Allein schon aus diesem Grund ist es z. B. nicht möglich, die Angaben über den Auslandsumsatz der Industrie mit den Zahlen der Außenhandelsstatistik zu vergleichen²⁾. Der folgende Beitrag soll sich nur mit dem Auslandsumsatz der Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten — wie er oben abgegrenzt wurde — befassen. Es sei noch erwähnt, daß sich alle Angaben im folgenden auf „beteiligte Industriegruppen“ beziehen, d. h. daß kombinierte Betriebe nicht nach ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt zugeordnet sind, sondern auf die verschiedenen Industriegruppen bzw. -zweige aufgeteilt wurden, denen die einzelnen Betriebsteile ihrer Produktion zuzurechnen sind.

Die Exportquote

Unter Exportquote wird der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz verstanden. Obwohl gegen diese Größe, die die Exportintensität einzelner Industriegruppen und der gesamten Industrie kennzeichnet, gerade in letzter Zeit wieder methodische Bedenken geäußert wurden³⁾, bleibt die Exportquote doch vorläufig der einzige Wert, an dem die Auslandsverflechtung und -abhängigkeit des Industrieabsatzes gemessen werden kann.

¹⁾ Vgl. Willi Lellau „Die Umsätze der hamburgischen Industrie im Jahre 1961“, S. 193 ff, hier S. 198 f.

²⁾ Außerdem spielen hier unterschiedliche Wertansätze bei der Industriestatistik und der Außenhandelsstatistik eine Rolle.

³⁾ Vgl. K. Werner „Wie hoch ist die Exportquote der Industrie?“ Der Volkswirt, Jg. 16, Nr. 19, S. 858 ff.

In den letzten Jahren lag die Exportquote der gesamten hamburgischen Industrie bei etwa 12 bis 13 %, d. h. bei etwa einem Achtel des Gesamtumsatzes. Dieser Durchschnittssatz darf aber nicht

Tab. 1

Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz der Industrie (Exportquote) in Hamburg und im Bund 1950 bis 1961

(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahre	Exportquoten in %	
	Hamburg	Bund
1950	3,8	8,3
1951	7,1	10,7
1952	10,1	11,6
1953	10,6	12,1
1954	11,8	13,1
1955	11,8	13,1
1956	12,9	14,0
1957	12,8	15,2
1958	13,0	15,1
1959	11,8	15,1
1960	12,9	15,5
1961	12,4	15,2

darüber hinwegtäuschen, daß die Exportquoten der einzelnen Industriegruppen und der einzelnen Industriebetriebe recht unterschiedlich waren ⁴⁾.

Für die Jahre 1950 bis 1961 zeigt die allgemeine Exportquote in Hamburg und im Bund die in Tab. 1 wiedergegebenen Werte. Aus ihr wird deutlich, daß die hamburgische Industrie weniger exportorientiert war als die des gesamten Bundesgebietes. Das liegt vor allem daran, daß einige Industriegruppen, die im Bundesgebiet einen überdurchschnittlich hohen Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz aufweisen, in Hamburg überhaupt nicht oder nur schwach vertreten sind, z. B. die Eisenschaffende Industrie, der Fahrzeugbau, die Spielwarenindustrie und die Edelsteinindustrie. Es ist also nicht so, wie man vielleicht annehmen könnte, daß die Hafennähe mit einer besonders hohen Auslandsorientierung im

Absatz der hamburgischen Industrie verknüpft ist. Auch diese Aussage gilt natürlich nur für die Industrie insgesamt; bei einzelnen Industriezweigen liegen die Verhältnisse naturgemäß anders.

Die Industriegruppe mit der höchsten Exportquote in Hamburg war in den letzten Jahren der Schiffbau; in einigen Jahren (1957, 1958 und 1960) lag diese bei über 60 % und im Jahre 1961 bei 43,1 %. Über dem Durchschnitt liegende Exportquoten hatten 1961 auch die folgenden Industriegruppen:

Maschinenbau	mit 35,4 %
Feinmechanik und Optik	" 31,0 %
NE-Metallindustrie	" 25,3 %
Elektroindustrie	" 16,0 %
Chemische Industrie	" 14,0 %
Ölmühlen	" 13,1 %
Kunststoffverarb. Industrie	" 13,0 %

Die absoluten Werte

Die Exportquote der Industrie oder einzelner Industriegruppen sagt noch nichts darüber aus, welche Bedeutung der Auslandsumsatz in seiner absoluten Höhe hat.

In den Jahren seit 1950 hat sich der Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie besonders stark erhöht; er stieg in einem größeren Ausmaß als der Gesamtumsatz, weil sich der Auslandsumsatz nach dem Kriege — und besonders seit der Währungsreform — erst später entwickelte als der Inlandsumsatz. Aus diesem Grunde liegt die Basis von 1950 bei ihm auf einem tieferen Niveau (Tab. 2). Während sich der Gesamtumsatz von 1950 bis 1961 etwas mehr als verdreifacht hat, stieg der Auslandsumsatz im gleichen Zeitraum um mehr als das Zehnfache. Besonders in den Jahren 1951 und 1952 waren die Zuwachsraten des Auslandsumsatzes sehr hoch; bis zum Jahre 1956 lagen sie jeweils über denen des

⁴⁾ Vgl. Willi Lellau „Die Umsätze der hamburgischen Industrie im Jahre 1961“, Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1962, Juli-Heft, S. 198 f.

Tab. 2

Gesamtumsatz und Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie 1950 bis 1961

(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahre	Gesamtumsatz			darunter Auslandsumsatz		
	in 1000 DM	Veränderung gegen Vorjahr in %	1950 = 100	in 1000 DM	Veränderung gegen Vorjahr in %	1950 = 100
	1	2	3	4	5	6
1950	3 996 132	—	100	154 141	—	100
1951	5 261 175	+ 31,7	131,7	376 038	+ 144,0	244,0
1952	5 632 147	+ 7,1	140,9	573 287	+ 52,3	371,9
1953	6 192 612	+ 10,0	155,0	659 413	+ 15,1	427,8
1954	6 935 096	+ 12,0	173,5	823 027	+ 24,8	534,0
1955	8 137 737	+ 17,3	203,6	961 681	+ 16,8	623,9
1956	9 276 618	+ 14,0	232,1	1 195 230	+ 24,3	775,4
1957	9 860 514	+ 6,3	246,8	1 263 514	+ 5,7	819,7
1958	10 632 455	+ 7,8	266,1	1 379 136	+ 9,2	894,7
1959	12 189 615	+ 14,6	305,0	1 435 162	+ 4,1	931,1
1960	12 881 626	+ 5,7	322,4	1 658 340	+ 15,6	1 075,9
1961	12 763 896	— 0,9	319,4	1 581 128	— 4,7	1 025,8

Tab. 3

Anteile ausgewählter Industriegruppen am Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie 1950 bis 1961 in %
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Industrie- gruppen	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Mineralöl- verarbeitung	1,5	7,1	12,0	12,4	21,0	17,7	14,6	5,1	11,3	9,1	9,6	12,6
NE-Metall- industrie . .	8,2	4,0	14,1	5,7	6,9	6,9	9,4	9,1	7,7	9,9	7,6	6,9
Maschinenbau	28,0	23,8	19,2	16,8	15,8	15,2	14,2	15,7	14,8	13,8	14,3	17,4
Schiffbau . . .	14,3	14,6	25,5	32,7	22,8	28,5	30,7	37,9	36,5	33,6	33,3	21,6
Elektroindustrie	6,8	5,9	4,2	6,2	6,8	6,7	6,3	6,7	6,4	8,0	9,1	13,7
Chemische Industrie . .	9,4	9,2	6,0	6,2	7,5	7,5	7,2	7,4	6,8	7,9	8,1	8,2
Ausgewählte Gruppen zu- sammen . .	68,2	64,6	81,0	80,0	80,8	82,5	82,4	81,9	83,5	82,3	82,0	80,4

Gesamtumsatzes, in den folgenden drei Jahren gingen sie erheblich zurück, und für das Jahr 1961 trat erstmals ein absoluter Rückgang gegenüber dem Vorjahr ein. Um die Gründe hierfür festzustellen, ist es notwendig, den Auslandsumsatz nach den wichtigsten Industriegruppen getrennt in den vergangenen Jahren zu durchleuchten.

Die sechs in Tabelle 3 aufgeführten Industriegruppen erbrachten in den vergangenen Jahren über vier Fünftel des gesamten Auslandsumsatzes der hamburgischen Industrie.

Die Anteile einzelner Industriegruppen am gesamten Auslandsumsatz haben in den vergangenen Jahren erheblich geschwankt; das gilt vor allem für die Mineralölverarbeitung und den Schiffbau, der seit 1952 etwa ein Viertel bis über ein Drittel des Auslandsumsatzes der hamburgischen Industrie ausmachte. Der Anteil der Elektroindustrie hat sich in den letzten vier Jahren mehr als verdoppelt.

Über die Veränderungen der absoluten Werte des Auslandsumsatzes sagen diese Schwankungen der Anteile natürlich noch nichts aus. Es ging hier vor allem darum, aufzuzeigen, welche die für den Auslandsumsatz wichtigsten Industriegruppen in Hamburg sind. Die Tabelle 4 zeigt, daß die gegenüber dem Vorjahr erheblich verminderte Zuwachsraten von 1953 (siehe Tab. 2 auf Seite 326) auf die geringeren Zuwachsraten der Mineralölverarbeitung, des Maschinenbaus und des Schiffbaus sowie auf die absolute Verminderung des Auslandsumsatzes bei der NE-Metallindustrie zurückzuführen ist. Auch alle anderen wichtigen in Tab. 2 aufgezeigten Schwankungen der Veränderungsrate kann man nach ihrem Ursachenherd in der Tab. 4 erkennen. Der Rückgang des Auslandsumsatzes im Jahre 1961 ist vor allem auf den erheblichen Abfall des Auslandsumsatzes im Schiffbau zurückzuführen, der auch durch größere Zunahmen in anderen Industriegruppen nicht aufgeholt werden konnte.

Tab. 4

Auslandsumsatz ausgewählter Industriegruppen der hamburgischen Industrie 1950 bis 1961
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahre	Mineralölverarbeitung		NE-Metalle		Maschinenbau		Schiffbau		Elektro-Industrie		Chem. Industrie	
	1000 DM	Ver- änderung in % gegen Vorjahr	1000 DM	Ver- änderung in % gegen Vorjahr	1000 DM	Ver- änderung in % gegen Vorjahr	1000 DM	Ver- änderung in % gegen Vorjahr	1000 DM	Ver- änderung in % gegen Vorjahr	1000 DM	Ver- änderung in % gegen Vorjahr
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1950	2 274	—	12 704	—	43 167	—	21 975	—	10 474	—	14 439	—
1951	26 725	+ 1075,2	14 891	+ 17,2	89 333	+ 106,9	54 999	+ 150,3	22 067	+ 110,7	34 780	+ 140,9
1952	67 857	+ 153,9	79 245	+ 432,2	108 972	+ 22,0	144 738	+ 163,2	23 270	+ 5,5	33 912	— 2,5
1953	81 822	+ 20,6	37 806	— 52,3	110 928	+ 1,8	215 728	+ 49,0	41 013	+ 76,2	40 874	+ 20,5
1954	172 961	+ 111,4	56 676	+ 49,9	129 970	+ 17,2	187 772	— 13,0	56 092	+ 36,8	60 912	+ 49,0
1955	170 223	— 1,6	66 816	+ 17,9	146 616	+ 12,8	274 419	+ 46,1	64 898	+ 15,7	71 773	+ 17,8
1956	173 686	+ 2,0	112 747	+ 68,7	169 555	+ 15,6	367 343	+ 33,9	74 899	+ 15,4	85 973	+ 19,8
1957	62 444	— 64,0	114 708	+ 1,7	198 392	+ 17,0	479 547	+ 30,5	84 292	+ 12,5	94 166	+ 9,5
1958	155 317	+ 148,7	106 788	— 6,9	204 226	+ 2,9	504 376	+ 5,2	88 054	+ 4,5	93 602	— 0,6
1959	131 246	— 15,5	141 882	+ 32,9	197 337	— 3,4	481 777	— 4,5	115 445	+ 31,1	113 042	+ 20,8
1960	159 501	+ 21,5	125 618	— 11,5	236 648	+ 19,9	551 941	+ 14,6	151 038	+ 30,8	134 462	+ 18,9
1961	198 297	+ 24,3	108 222	— 13,8	275 243	+ 16,3	341 617	— 38,1	216 329	+ 43,2	129 828	— 3,4

Tab. 5

Auslandsumsatz ausgewählter Industriegruppen in Hamburg und im Bundesgebiet (ohne Berlin) 1961
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Industrie- gruppen	Auslandsumsatz 1961 in 1000 DM		Anteil Hamburgs am Auslands- umsatz des Bundesgebietes in %
	Hamburg	Bundesgebiet (ohne Berlin)	
Gesamte Industrie	1 581 128	42 115 093	3,8
darunter			
Ölmühlenindustrie	58 590	93 548	62,6
Mineralölverar- beitung	198 297	685 113	28,9
Schiffbau	341 617	1 248 140	27,4
NE-Metallindustrie	108 222	617 620	17,5
Druck- u. Vervielfältigungs- industrie	7 477	55 717	13,4
Kautschuk- und Asbestindustrie	36 587	425 210	8,6
Elektroindustrie	216 329	3 670 118	5,9

Hamburgs Stellung im Bundesgebiet

Der Auslandsumsatz der Industrie im Bundesgebiet betrug im Jahre 1961 etwa 42 Mrd. DM; der Anteil Hamburgs lag mit etwa 1,6 Mrd. DM bei 3,8%. In verschiedenen Industriegruppen war der Anteil der Hamburger Industrie am gesamten industriellen Auslandsumsatz des Bundesgebietes erheblich höher; bei der Ölmühlenindustrie lag er mit fast zwei Dritteln am höchsten (Tab. 5). Von den sechs Industriegruppen, die den hamburgischen Industrieexport wesentlich bestimmen, hatten vier — nämlich die Mineralölverarbeitung, die NE-Metallindustrie, der Schiffbau und die Elektroindustrie auch am Auslandsumsatz der entsprechenden Gruppen im Bundesgebiet einen überdurchschnittlichen Anteil. Hieraus geht die Bedeutung des Auslandsumsatzes dieser Industriegruppen in Hamburg auch für das gesamte Bundesgebiet deutlich hervor.

Detlef Schmidt

Die Umsätze und ihre Besteuerung 1961 in Hamburg

Mit der „Verordnung über die Durchführung von Umsatzsteuerstatistiken für die Kalenderjahre 1959, 1960 und 1961“ vom 1. März 1960 (BGBl. I, S. 153) sind drei bundeseinheitliche Erhebungen angeordnet worden, für deren letzte die wichtigsten Ergebnisse hier vorgelegt werden. Weitere Ergebnisse über Zahl der Steuerpflichtigen, Umsätze und Umsatzsteuer nach Umsatzgrößenklassen und nach sämtlichen Positionen der Gewerbesystematik mit Vergleichsangaben zu dem Vorjahr werden in der Schriftenreihe „Statistik des Hamburgischen Staates“ veröffentlicht. Für das Jahr 1962 kommt — wie für 1950 und 1954 — eine umfassende Erhebung zur Durchführung, in der nicht nur die Gesamtumsätze, die steuerpflichtigen Umsätze zu 1% und der Vorauszahlungsbetrag zur Umsatzsteuer, sondern auch die steuerpflichtigen Umsätze nach den einzelnen Steuersätzen und die steuerfreien Umsätze nach allen Befreiungsvorschriften erfaßt werden.

Bemerkungen zur Methode der Statistik

Hinsichtlich der methodischen Grundlagen und der Durchführung der Umsatzsteuerstatistik 1961 wird auf die Ausführungen zur Umsatzsteuerstatistik 1960 verwiesen¹⁾. Es werden daher nachstehend nur die seit 1960 eingetretenen Änderungen des Umsatzsteuerrechts behandelt, soweit sie die Ergebnisse der Statistik 1961 in erheblichem Umfang beeinflussen können. Die Steuerfreigrenze ist bei allen Unternehmen, deren Gesamtumsätze 120 000 DM im Jahr nicht überstiegen, mit Wirkung vom 1. Januar 1961 von 8000 DM auf 12 000 DM heraufgesetzt worden; bei den Umsätzen aus freiberuflicher Tätigkeit oder aus einer Tätigkeit als Handelsvertreter oder Makler erhöhte sich der Freibetrag auf 20 000 DM. Damit hat sich der Kreis der Umsatzsteuerpflichtigen, die von der Statistik erfaßt werden,

im Verlauf des letzten Jahrfünfts in Hamburg um etwa ein Drittel reduziert. Für die Statistik 1961 waren es folgende Gruppen:

1. Unternehmen mit nur landwirtschaftlichen Umsätzen;
2. Unternehmen mit einem Gesamtumsatz bis unter 12 500 DM²⁾;
3. Umsätze der freien Berufe, Handelsvertreter und Makler bis unter 20 500 DM²⁾;
4. Steuerfreie Bank- und Versicherungsumsätze;
5. Organschaffliche Innenumsätze.

Entsprechend dem Verfahren der Umsatzbesteuerung und der Statistik können hier nur Angaben über steuerlich in Hamburg geführte Unternehmen und Organgesellschaften³⁾ einschl. aller ihrer teilweise auch außerhalb Hamburgs gelegenen Niederlassungen oder Tochtergesellschaften gemacht werden. Dagegen sind die in Hamburg gelegenen Niederlassungen oder Tochtergesellschaften von außerhalb Hamburgs steuerlich zuständigen Unternehmen oder Organkreisen nicht in der Hamburger Statistik enthalten. Die Statistik der Steuern vom Umsatz vermag somit nur Meßgrößen für das Wirtschaftspotential der in der Freien und Hansestadt ansässigen Unternehmen zu geben. Selbst wenn man die anderen Nachteile der Statistik berücksichtigt, behält die Umsatzsteuerstatistik — unabhängig von ihrer Aufgabe als Steuerstatistik — den Charakter einer umfassenden Wirtschaftsstatistik, welche den Absatz der Produktion und des Handels wertmäßig darstellt. Sie liefert in zeitlicher Folge Zahlenangaben zur Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung, ermöglicht

¹⁾ Vgl. Hamburg in Zahlen Jg. 1962, S. 7 ff „Die Unternehmen und ihre Umsätze in Hamburg“.

²⁾ Diese Grenze ergibt sich unter Berücksichtigung der Steuerfreigrenze und des umsatzsteuerlichen Kleinbetrages von 20 DM Umsatzsteuer im Jahr bei ausschließlich steuerpflichtigen Umsätzen zu 4%.

³⁾ Vgl. Hamburg in Zahlen, Jg. 1962, S. 238 „Organkreise mit Hauptsitz Hamburg“.

Einblicke in die Größenstruktur der Wirtschaft und kann auch für die Untersuchungen über die Konzentration in der gewerblichen Wirtschaft von Bedeutung sein.

Hauptergebnisse

Die Anzahl der in der Umsatzsteuerstatistik erfaßten Steuerpflichtigen, die in der Freien und Hansestadt Hamburg ihren Unternehmenssitz hatten, belief sich 1961 auf 64 316 gegenüber 69 075 im Jahre 1960. Ein erheblicher Teil der Abnahme an Steuerpflichtigen dürfte darauf zurückzuführen sein, daß eine größere Anzahl von Unternehmen durch die oben erwähnte Heraufsetzung der Steuerfreigrenze auf 12 000 DM in der Statistik nicht mehr zu erfassen war.

Ein weiterer Grund für die um rd. 7 % niedrigere Zahl der Steuerpflichtigen ist die Herausnahme der

Tab. 1

Steuerpflichtige, Umsatz und Umsatzsteuer 1960 und 1961 in Hamburg ¹⁾

Art der Angaben	Maßeinheiten	1960	1961
Steuerpflichtige . . .	Anzahl	69 075	64 316
Gesamtumsatz . . .	Mio DM	58 334	61 749
Umsatz je Steuerpflichtigen	1000 DM	845	960
Umsatzsteuer	Mio DM	942	1 005
Durchschnittl. Steuersatz	% des Gesamtumsatzes	1,60	1,63
Steuerpflichtige Umsätze zu 1 %			
Steuerpflichtige . . .	Anzahl	11 176	10 613
Umsatz	Mio DM	5 147	5 420

¹⁾ Ohne die Steuerpflichtigen mit Umsätzen unter 8 500 DM (1960) und unter 12 500 DM bzw. 20 500 DM (1961).

Umsätze der Freien Berufe, Handelsvertreter und Makler unter 20 000 DM; es handelt sich hierbei um rd. 1000 Steuerpflichtige mit einem Umsatz von 18 Mio DM.

Im Jahre 1961 wurde von den in Hamburg erfaßten Unternehmen ein Gesamtumsatz in Höhe von 61,7 Mrd. DM nachgewiesen. Gegenüber 1960 ergibt sich eine Erhöhung des Umsatzes um 5,9 %, die trotz der günstigen Wirtschaftslage erheblich niedriger war als im Jahre 1960 (+ 11,2 %) und 1959 (+ 9,1 %), wobei zu berücksichtigen ist, daß die Wachstumsrate durch den Wegfall der Umsätze von Steuerpflichtigen unter 12 500 bzw. 20 500 DM kaum beeinflußt sein kann, da der Anteil dieser Umsätze am Gesamtumsatz im Jahre 1960 nicht einmal 0,1 % ausmachte.

Auf über 1 Mrd. DM (+ 6,7 % gegen 1960) belief sich 1961 das Aufkommen an Umsatzsteuer, mit dem der oben angegebene Umsatz belastet wurde. Der durchschnittliche Steuersatz, d. h. der Steuerbetrag in % des Gesamtumsatzes, ist mit 1,63 % gegenüber dem Vorjahr (1,60 %) fast unverändert geblieben.

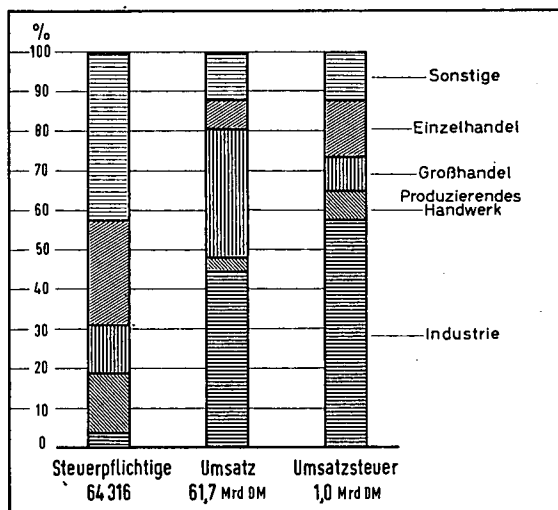
Rund 10 600 Steuerpflichtige (= 16,5 % der Gesamtzahl) nahmen im Berichtsjahr für ihre Umsätze ganz oder teilweise den ermäßigten Steuersatz von 1 %

in Anspruch, der überwiegend für Großhandelslieferungen gewährt wird. Die steuerbegünstigten Umsätze betragen in Hamburg 5,4 Mrd. DM und hatten einen Anteil von 8,8 % am Gesamtumsatz. Gegenüber 1960 war eine Zunahme der mit 1 % versteuerten Umsätze um 5,3 % zu verzeichnen; die Zahl der Steuerpflichtigen mit Umsätzen zu 1 % zeigte dagegen eine Abnahme um 5 %.

Die Umsätze nach Wirtschaftszweigen

Wie sich die Zahl der Steuerpflichtigen, der Umsatz und die Umsatzsteuer auf die in der Umsatzsteuerstatistik unterschiedenen Wirtschaftszweige aufteilen, ergibt sich aus Tabelle 2. Die größte geschlossene Gruppe bildete der Einzelhandel; sein Anteil an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen betrug 1961 über ein Viertel. Gut ein Fünftel der Pflichtigen entfiel auf die unter dem Begriff Produzierendes Gewerbe zusammengefaßten Wirtschaftszweige (Industrie, Handwerk und Kleingewerbe). In dieser Gruppe war das Produzierende Handwerk nach der Zahl der Betriebe relativ stark vertreten. Die Aufteilung der Umsätze zeigt dagegen ein anderes Ergebnis. Am größten waren die Umsätze im Produzierenden Gewerbe (49 % des Gesamtumsatzes); an zweiter Stelle folgt der Umsatz des Großhandels. Gleichwohl steht dieser hinsichtlich seiner Ergiebigkeit für das Steueraufkommen infolge der umfangreichen Begünstigungen und Steuerbefreiungen weit hinter dem Einzelhandel zurück. Die dem Großhandel bzw. dem Einzelhandel zugerechneten Steuerpflichtigen hatten am Gesamtumsatz einen Anteil von rd. 33 bzw. 7 %, an dem gesamten Umsatzsteueraufkommen war der Großhandel nur mit rd. 8 % und der Einzelhandel mit 15 % beteiligt. Die Sonstigen Wirtschaftszweige hatten einen Umsatzanteil von rund einem Zehntel des Gesamtumsatzes bei einem Anteil von mehr als einem Drittel aller Steuerpflichtigen.

Die Anteile der Steuerpflichtigen, des Umsatzes und der Umsatzsteuer nach Wirtschaftszweigen in Hamburg nach den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik 1961



(h)

Der erwähnte Rückgang der Zahl der steuerpflichtigen Unternehmen 1961 gegenüber 1960 um fast 7 % war in den einzelnen Wirtschaftszweigen z. T. recht unterschiedlich. Insbesondere die Unternehmen der Gruppe Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung und Verleih sowie des Produzierenden Handwerks haben absolut und relativ den stärksten Rückgang an Steuerpflichtigen zu verzeichnen. Unter der allgemeinen Entwicklung lag die Abnahme der Zahl der Steuerpflichtigen in allen übrigen in Tabelle 2 aufgeführten Wirtschaftszweigen. Da es sich hierbei um sehr große Zusammenfassungen handelt, muß damit gerechnet werden, daß auch in den Untergruppen dieser Wirtschaftszweige noch stärkere Unterschiede in der Entwicklung der Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen vorhanden sind.

Für den Vergleich der Umsätze nach Wirtschaftszweigen mit den entsprechenden Umsatzzahlen des Vorjahres bieten sich zwei Möglichkeiten an. Einmal können die Umsatzangaben 1960 und 1961, so wie sie sich aus den jeweiligen Umsatzsteuerstatistiken ergeben haben, verglichen werden. Dabei sind Vergleichsstörungen, die infolge von Organkreisbildungen bzw. -veränderungen oder von Schwerpunktverlagerungen in der wirtschaftlichen Tätigkeit der Unternehmen entstanden sind, dadurch ausgeschaltet worden, daß die Zuordnung der Unternehmen in der Statistik von 1960 nachträglich der Zuordnung

in der Statistik von 1961 angepaßt worden ist. Zum andern läßt sich der Umsatzverlauf von 1960 auf 1961 aus der Gegenüberstellung der Umsätze nur solcher Unternehmen erkennen, die sowohl 1960 als auch 1961 ganzjährig tätig waren. Neugründungen, Stilllegungen, Geschäftsübernahmen u. dgl. in den Jahren 1960 und 1961 werden hierbei ausgeklammert. Bei der erstgenannten Darstellung zeigen die Zahlen die gesamtwirtschaftliche Umsatzentwicklung, die auch durch die Zu- und Abgänge von Unternehmen beeinflußt ist, während die zweite Darstellung auf die durchschnittliche einzelwirtschaftliche Entwicklung der ununterbrochen tätig gewesenen Unternehmen besonders in den einzelnen Wirtschaftszweigen abstellt.

Der Umsatz der Steuerpflichtigen hat von 1960 auf 1961 (jeweiliger Kreis der Steuerpflichtigen) im ganzen — wie schon gesagt — um 5,9 % zugenommen. Von den Wirtschaftszweigen zeigen eine überdurchschnittliche Zunahme die Gruppe Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung und Verleih (+ 11,3 %), das Produzierende Handwerk (+ 7,6 %) und der Einzelhandel (+ 7,3 %). Am geringsten war die Zuwachsrate bei der Verkehrswirtschaft (3,6 %) und beim Großhandel (4,5 %).

Weitere Ergebnisse über die Entwicklung der Umsätze sind aus der am Schluß dieses Beitrages beigefügten Anhangtabelle zu entnehmen, in der nur die Umsätze von solchen Unternehmen einander

Tab. 2

Steuerpflichtige, Gesamtumsatz und Umsatzsteuer nach wirtschaftlicher Gliederung 1961 in Hamburg¹⁾

Wirtschaftsgliederung	Steuerpflichtige			Gesamtumsatz			Umsatz ie Steuer- pflichtigen 1961	Umsatzsteuer		
	1961		Veränderung 1961 gegenüber 1960 ²⁾	1961		Veränderung 1961 gegenüber 1960 ²⁾		1961		Veränderung 1961 gegenüber 1960 ²⁾
	Anzahl	%		Mio DM	%		1000 DM	Mio DM	-%	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Nichtlandwirt- schaftliche Gär- tneri und Tier- zucht, Fischerei	375	0,6	— 6,9	61	0,1	—	163	1,4	0,1	+ 7,7
Produzierendes Gewerbe	14 682	22,8	— 6,6	30 258	49,0	+ 6,6	2 061	672,6	66,9	+ 7,8
darunter										
Industrie	2 474	3,8	— 5,3	27 392	44,4	+ 5,8	11 072	577,2	57,4	+ 7,1
Handwerk	9 499	14,8	— 8,1	2 260	3,7	+ 7,6	238	77,0	7,7	+ 6,9
Großhandel	7 843	12,2	— 5,0	20 109	32,6	+ 4,5	2 564	83,0	8,3	+ 1,7
Einzelhandel	17 160	26,7	— 3,2	4 557	7,4	+ 7,3	266	145,9	14,5	+ 6,0
Sonstige Wirt- schaftszweige	24 256	37,7	— 10,0	6 764	10,9	+ 5,9	279	102,3	10,2	+ 5,2
darunter										
Handelsvertre- tung, Vermittlung, Werbung und Verleih	5 909	9,2	— 20,7	1 033	1,7	+ 11,3	175	27,9	2,8	+ 7,3
Dienstleistungen	8 171	12,7	— 5,2	1 537	2,5	+ 5,1	188	37,6	3,7	+ 1,3
Verkehrs- wirtschaft	4 219	6,6	— 5,7	2 860	4,6	+ 3,6	678	12,4	1,2	+ 9,7
Insgesamt	64 316	100	— 6,9	61 749	100	+ 5,9	960	1 005,2	100	+ 6,7

¹⁾ 1961: Ohne die Steuerpflichtigen mit Umsätzen unter 12 500 DM (bei den Freien Berufen, Handelsvertretern und Maklern Umsätze unter 20 500 DM); 1960: Ohne die Steuerpflichtigen mit Umsätzen unter 8 500 DM.
²⁾ Jeweiliger Kreis der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen 1960 und 1961. Zur Herstellung der Vergleichbarkeit mit 1961 sind für 1960 einige Umsetzungen (infolge Bildung von Organkreisen und Schwerpunktverlagerungen) vorgenommen worden.

Tab. 3

**Die steuerpflichtigen Umsätze zu 1 %
nach wirtschaftlicher Gliederung 1961 in Hamburg¹⁾**

Wirtschafts- gliederung	Steuerpflichtige mit Umsätzen zu 1 %				Umsatz zu 1 % versteuert			
	1961		Veränderung 1961 gegenüber 1960	in % aller Steuer- pflichtigen	1961		Veränderung 1961 gegenüber 1960	in % der Gesamt- umsätze
	Anzahl	%			Mio DM	%		
	1	2	3	4	5	6	7	8
Nichtlandw. Gärtnerei u. Tier- zucht, Fischerei	15	0,2	- 11,8	4,0	0	0,0	0,0	0,0
Produzierendes Gewerbe	2 210	20,8	- 1,1	15,1	939	17,3	+ 8,4	3,1
darunter								
Industrie	1 199	11,3	- 4,2	48,5	728	13,4	+ 8,2	2,7
Handwerk	684	6,4	0,0	7,2	164	3,0	- 4,7	7,3
Großhandel	5 501	51,8	- 6,7	70,1	3 907	72,1	+ 5,1	19,4
Einzelhandel	1 270	12,0	- 1,6	7,4	391	7,2	+ 0,8	8,6
Sonstige Wirtschaftszweige	1 617	15,2	- 7,0	6,7	183	3,4	+ 4,0	2,7
Insgesamt	10 613	100	- 5,0	16,5	5 420	100	+ 5,3	8,8

¹⁾ Vgl. Anm. 1 zu Tab. 2.

gegenübergestellt wurden, die während der Jahre 1960 und 1961 ganzjährige Umsätze getätigt haben. In den Zweigen der Industrie sind die Umsätze besonders stark in der Energiewirtschaft (+ 16,3 %), in der Obst- und Gemüseverwertung mit Kaffee- und Teeverarbeitung u. ä. (+ 13,9 %), im Maschinenbau (+ 10,6 %) und in der Mineralölverarbeitenden Industrie (+ 10,1 %) gestiegen, während in allen anderen nachgewiesenen Industriezweigen geringere Wachstumsraten zu beobachten sind. Der Schiffbau weist einen Minderumsatz (- 9,4 %) auf. Beim Produzierenden Handwerk zeigen die Handwerksunternehmen des Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbes, der Zimmerei und Dachdeckerei und der Bauinstallation überdurchschnittliche Umsatzsteigerungen und haben zu der beachtlichen Ausweitung des Umsatzvolumens beim Handwerk um 8,9 % besonders beigetragen.

Umsatzsteigerungen beim Großhandel lagen im Berichtsjahr vor allem in den Zweigen des Binnen-großhandels, der eine Zuwachsrate von 8,3 % aufweist. Die Zunahme des Umsatzes bei Unternehmen des Ein- und Ausfuhrhandels war mit 1,5 % sehr niedrig. Von den einzelnen Branchen, die im Einzelhandel zusammengefaßt sind, haben die Steuerpflichtigen des Einzelhandels mit Waren aller Art (+ 13,9 %), des Einzelhandels mit Gegenständen der Körper- und Gesundheitspflege, chemischen und optischen Erzeugnissen sowie des Einzelhandels mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen und Sportartikeln ihre Umsätze relativ am stärksten steigern können. In allen übrigen Bereichen des Einzelhandels wurde die durchschnittliche Zuwachsrate dieses Wirtschaftszweiges, die 7,0 % beträgt, nicht erreicht.

Wie in den vorhergehenden Umsatzsteuerstatistiken sind auch in der Erhebung für 1961 die steuerpflichtigen Umsätze zu 1 % besonders ermittelt worden.

Hierzu gehören nach § 7 Abs. 3 UStG vor allem Lieferungen der nicht unter § 4 Ziff. 4 fallenden Gegenstände im Großhandel, soweit keine Bearbeitung vorliegt und die Voraussetzungen für den ermäßigten Steuersatz buchmäßig nachgewiesen sind. Daß den mit 1 % versteuerten Umsätzen im Großhandel eine besondere Bedeutung zukommt, liegt auf der Hand und wird in der Tabelle 3 bestätigt. Mehr als die Hälfte der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen mit Umsätzen zu 1 % und fast drei Viertel des steuerbegünstigten Umsatzes wurden beim Großhandel ermittelt, der ein Fünftel seines Gesamtumsatzes zu 1 % versteuert. Gemessen an dem Betrag der begünstigten Umsätze folgten dem Großhandel in weitem Abstand die Unternehmen der Industrie und des Einzelhandels.

Steuerpflichtige und ihre Umsätze nach Umsatzgrößenklassen

Aus der Aufgliederung der Steuerpflichtigen und ihrer Umsätze nach Umsatzgrößenklassen 1960 und 1961 (jeweiliger Firmenkreis) läßt sich wie in den vorangegangenen Jahren ein weiteres Aufrücken von Unternehmen in höhere Größenklassen entnehmen. So ist die Besetzung der unteren Umsatzgrößenklassen (Umsätze zwischen 12 500 und 50 000 DM) absolut und relativ zurückgegangen, während sie in allen darüberliegenden Klassen angestiegen ist. Die Steuerpflichtigen mit Umsätzen von 8 500 bis unter 12 500 DM (bzw. 20 500 DM bei freien Berufen, Handelsvertretern und Maklern), die 1960 noch zu erfassen waren, sind aus Gründen der Vergleichbarkeit hier unberücksichtigt geblieben. Im Jahre 1960 hatten 35,7 % aller Unternehmen einen Umsatz

von 12 500 bis unter 50 000 DM, 1961 waren es dagegen 33,5 %. Die Zahl der Steuerpflichtigen hat in diesen Größenklassen um 6,8 % abgenommen; ein erheblicher Teil der Abnahme dürfte darauf zurückzuführen sein, daß eine größere Zahl von kleineren Unternehmen ausgeschieden oder in die Größenklassen mit höheren Umsätzen aufgerückt ist. Ähnlich war die Entwicklung der Umsätze. Dem Rückgang in den Klassen 12 500 bis unter 50 000 DM standen in den übrigen und besonders in der Größenklasse über 100 Mio DM Zunahmen der Zahl der Unternehmen und der Umsätze gegenüber (vgl. Tab. 4).

Unter den Steuerpflichtigen mit einem Umsatz von über 1 Mio DM waren 62 Unternehmen oder Organkreise, die einen Umsatz von mehr als 100 Mio DM aufwiesen und 45 % des Gesamtumsatzes erzielten. Die Zuwachsrate in der Größenklasse 100 Mio DM und mehr lag beim Umsatz mit 8,3 % erheblich über der des Gesamtumsatzes aller Größenklassen und wurde nur von den Unternehmen in der Gruppe „250 000 bis unter 500 000 DM“ Umsatz annähernd erreicht.

Die steuerliche Belastung

Im letzten Jahr hat die Umsatzbesteuerung in Hamburg etwas mehr als 1 Mrd. DM eingebracht, die steuerliche Beanspruchung der erfaßten Unternehmen betrug 1,63 % des Gesamtumsatzes. Infolge der Steuerermäßigungen und -befreiungen, die bei bestimmten Lieferungen und Leistungen gewährt werden, ist der durchschnittliche Steuersatz in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr unterschiedlich. Die höchste steuerliche Belastung wurde für das Produzierende Handwerk ermittelt (3,41 %). Dagegen lag der durchschnittliche Steuersatz bei den Industrie-

unternehmen mit 2,11 % erheblich niedriger. Der Grund liegt vor allem darin, daß die Unternehmen der Mineralölwirtschaft und des Schiffbaues keine oder stark ermäßigte Umsatzsteuerzahlungen zu leisten haben. Hierzu kommen weiter die steuerbefreiten Exportumsätze, deren Anteil in der Industrie wesentlich höher liegt als im Produzierenden Handwerk.

Für den Großhandel wurde 1961 ein durchschnittlicher Steuersatz von 0,41 % ermittelt, der nur unerheblich von dem der Verkehrswirtschaft abwich. Dem Großhandel wurde für seine Lieferungen an Fertigwaren im allgemeinen der ermäßigte Steuersatz von 1 % zugestanden; daneben wurden für eine Reihe von Lieferungen — wie Rohstoffe und Halbwaren — großenteils Steuerbefreiungen gewährt. Bei der Verkehrswirtschaft waren es vor allem die umsatzsteuerfreien Beförderungsleistungen und die nichtsteuerbaren Umsätze der Seeschifffahrt, die den durchschnittlichen Steuersatz beeinflusst haben.

Da die Umsatzsteuer etwas stärker gestiegen ist als der Umsatz, hat sich der durchschnittliche Steuersatz aller Unternehmen gegenüber 1960 leicht erhöht (von 1,60 auf 1,63 %). In den Hauptwirtschaftszweigen ergeben sich folgende Veränderungen:

Hauptwirtschaftszweige	Durchschnittlicher Steuersatz	
	1961	1960
	%	
Produzierendes Gewerbe	2,22	2,19
darunter Industrie	2,11	2,07
Handwerk	3,41	3,43
Großhandel	0,41	0,42
Einzelhandel	3,20	3,23
Sonstige Wirtschaftszweige	1,51	1,55
darunter Dienstleistungen	2,45	2,60
Verkehrswirtschaft	0,43	0,40

Tab. 4

Steuerpflichtige und Gesamtumsatz nach Umsatzgrößenklassen 1961 im Vergleich zu 1960¹⁾ in Hamburg

Umsatzgrößenklassen von ... bis unter ... DM	Steuerpflichtige				Veränderung 1961 gegenüber 1960	Gesamtumsatz				Veränderung 1961 gegenüber 1960	Umsatz je Steuerpflichtigen 1961
	1961		1960			1961		1960			
	Anzahl	%	Anzahl	%		Mio DM	%	Mio DM	%		
	1	2	3	4		5	6	7	8		
12 500 — 20 000 ²⁾	5 057	7,9	6 155	9,5	— 17,8	82	0,1	98	0,1	— 16,3	16
20 000 — 50 000	16 492	25,6	16 972	26,2	— 2,8	553	0,9	566	1,0	— 2,3	34
50 000 — 100 000	14 780	23,0	14 698	22,7	+ 0,6	1 060	1,7	1 050	1,8	+ 1,0	72
100 000 — 250 000	14 073	21,9	13 696	21,2	+ 2,8	2 209	3,6	2 147	3,7	+ 2,9	157
250 000 — 500 000	5 903	9,2	5 517	8,5	+ 7,0	2 052	3,3	1 915	3,3	+ 7,2	348
500 000 — 1 Mio	3 302	5,1	3 165	4,9	+ 4,3	2 308	3,8	2 202	3,8	+ 4,8	699
1 Mio — 100 Mio	4 647	7,2	4 448	6,9	+ 4,5	25 822	41,8	24 773	42,5	+ 4,2	5 557
100 Mio und mehr	62	0,1	57	0,1	+ 8,8	27 663	44,8	25 532	43,8	+ 8,3	446 177
Insgesamt	64 316	100	64 708	100	— 0,6	61 749	100	58 283	100	+ 5,9	960

¹⁾ Jeweiliger Kreis der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen. Zur Herstellung der Vergleichbarkeit mit 1961 sind für 1960 einige Umsetzungen (infolge Bildung von Organkreisen und Schwerpunktvörderungen) vorgenommen worden.

²⁾ 1960 und 1961 ohne die Steuerpflichtigen der Freien Berufe, Handelsvertreter und Makler.

Die ungleiche Steuerbelastung der einzelnen Wirtschaftszweige führte zu Anteilen an dem gesamten Steueraufkommen, die z. T. stark von den entsprechenden Umsatzanteilen abweichen. Am deutlichsten wird dies beim Großhandel, der am Umsatz der Gesamtwirtschaft 1961 mit 32,6 % partizierte, aber nur 8,3 % der gesamten Umsatzsteuer aufbrachte. Bei der Industrie stand einem Umsatzanteil von 44,4 % ein Steueranteil von 57,4 % gegenüber. Auf den Einzelhandel entfielen 7,4 % des Umsatzes, aber 14,5 % der Umsatzsteuer.

Vergleich mit anderen Ländern

Zum Abschluß der vorliegenden Arbeit sollen einige Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik Hamburgs im Vergleich mit den übrigen Stadtstaaten und dem Bundesgebiet behandelt werden, und zwar bezieht sich die Darstellung auf die Ergebnisse des Jahres 1960, da die Zahlen für 1961 für das Bundesgebiet noch nicht vorliegen. Im gesamten Gebiet der BRD sind 1,75 Mio Unternehmen zur Umsatzsteuer herangezogen worden; in Hamburg betrug die Zahl der Steuerpflichtigen rd. 69 900 oder 4,0 % der Bundessumme. Hamburgs Anteil lag etwas über dem Anteil der hamburgischen Bevölkerung an der Bundesbevölkerung, der sich auf 3,3 % belief. Die Zahl der Steuerpflichtigen war in der Hansestadt also relativ etwas größer als im gesamten Bundesgebiet, und zwar kamen auf 100 000 Einwohner im Bundesdurchschnitt 3140 Steuerpflichtige, in Hamburg aber 3820. In den Ländern Berlin und Bremen betrug die auf 100 000 Einwohner umgerechnete Zahl der steuerpflichtigen Unternehmen 3523 bzw. 3337.

Die überragende Stellung, die die Stadtstaaten im deutschen Wirtschaftsleben einnehmen, kommt weiter darin zum Ausdruck, daß von dem im Bundesgebiet für das Jahr 1960 festgestellten Umsatz in Höhe von 711,0 Mrd. DM 14,0 % auf die drei Stadtstaaten entfielen, während ihr Anteil an der Bevölkerung des Bundesgebiets 8,5 % betrug. Im Durchschnitt des Bundes belief sich der Umsatz je Einwohner auf 12 800 DM. Weit voran standen Hamburg und Bremen; für Hamburg betrug der entsprechende Wert 32 000 DM und für Bremen 21 500 DM; in Berlin hingegen bezifferte er sich nur auf 11 500 DM. Setzt man die Zahlen der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen und die Umsatzsumme zueinander in Beziehung, so tritt die durchschnittliche Wirtschaftsleistung der Unternehmen zutage. Der Umsatz je Steuerpflichtigen betrug im Bundesdurchschnitt 407 500 DM. Unter den Stadtstaaten nahmen wieder die Hansestädte den Vorrang ein. Hamburg stand mit einem durchschnittlichen Umsatz von 843 000 DM je Steuer-

pflichtigen an der Spitze, Bremen folgte an zweiter Stelle mit 643 300 DM und Berlin an dritter Stelle mit 326 800 DM.

Als Durchschnittswert läßt der Umsatz je Steuerpflichtigen die Größenstruktur der Unternehmen selbstverständlich nicht erkennen; er deutet höchstens die in den einzelnen Gebieten vorherrschende Größenform an. Einen genaueren Einblick bieten die folgenden Zahlen über die Verteilung der Umsätze nach Umsatzgrößenklassen der steuerpflichtigen Unternehmen.

Umsatzgrößenklassen von ... bis unter ... DM	Von 100 DM Umsatz insgesamt entfielen auf die nebenstehenden Gruppen			
	in den Ländern			im Bundesgebiet
	Hamburg	Bremen	Berlin	
	1	2	3	4
8500- 20 000	0,2	0,4	0,8	0,6
20 000-100 000	2,8	3,7	7,7	6,1
100 000- 1 Mio	10,7	13,3	22,6	19,2
1 Mio-100 Mio	42,5	51,7	} 68,9	43,8
100 Mio u. m. DM	43,8	30,9		30,3
Insgesamt	100	100	100	100

In den Ländern Hamburg und Bremen ist demnach die Bedeutung der großen Unternehmen relativ erheblich höher als in den anderen Ländern des Bundes. In Hamburg kamen auf die Umsatzgrößenklasse 100 Mio DM und mehr über zwei Fünftel des Gesamtumsatzes, in Bremen knapp ein Drittel. Dafür war in Bremen hauptsächlich der Anteil der Umsatzgrößenklasse 1 Mio bis unter 100 Mio DM höher als in Hamburg.

Gliedert man die Steuerpflichtigen auf die Größenklassen auf, so gelangt man zu folgenden Ziffern:

Umsatzgrößenklassen von ... bis unter ... DM	Von 100 umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen gehörten zu nebenstehenden Gruppen			
	in den Ländern			im Bundesgebiet
	Hamburg	Bremen	Berlin	
	1	2	3	4
8500- 20 000	15,3	15,9	18,3	17,1
20 000-100 000	46,0	46,7	50,6	49,2
100 000- 1 Mio	32,2	31,3	27,7	29,6
1 Mio-100 Mio	6,4	6,0	} 3,4	4,0
100 Mio u. m. DM	0,1	0,1		0,1
Insgesamt	100	100	100	100

Den Unternehmen der unteren Größenordnungen kommt demnach in Hamburg und Bremen eine geringere Bedeutung zu als im Durchschnitt des Bundesgebiets wie auch in Berlin. Dagegen weisen die beiden Hansestädte bei allen übrigen Größenklassen höhere Anteilswerte als der Bund auf. Die Verteilung ist übrigens für Hamburg und Bremen ziemlich gleich.

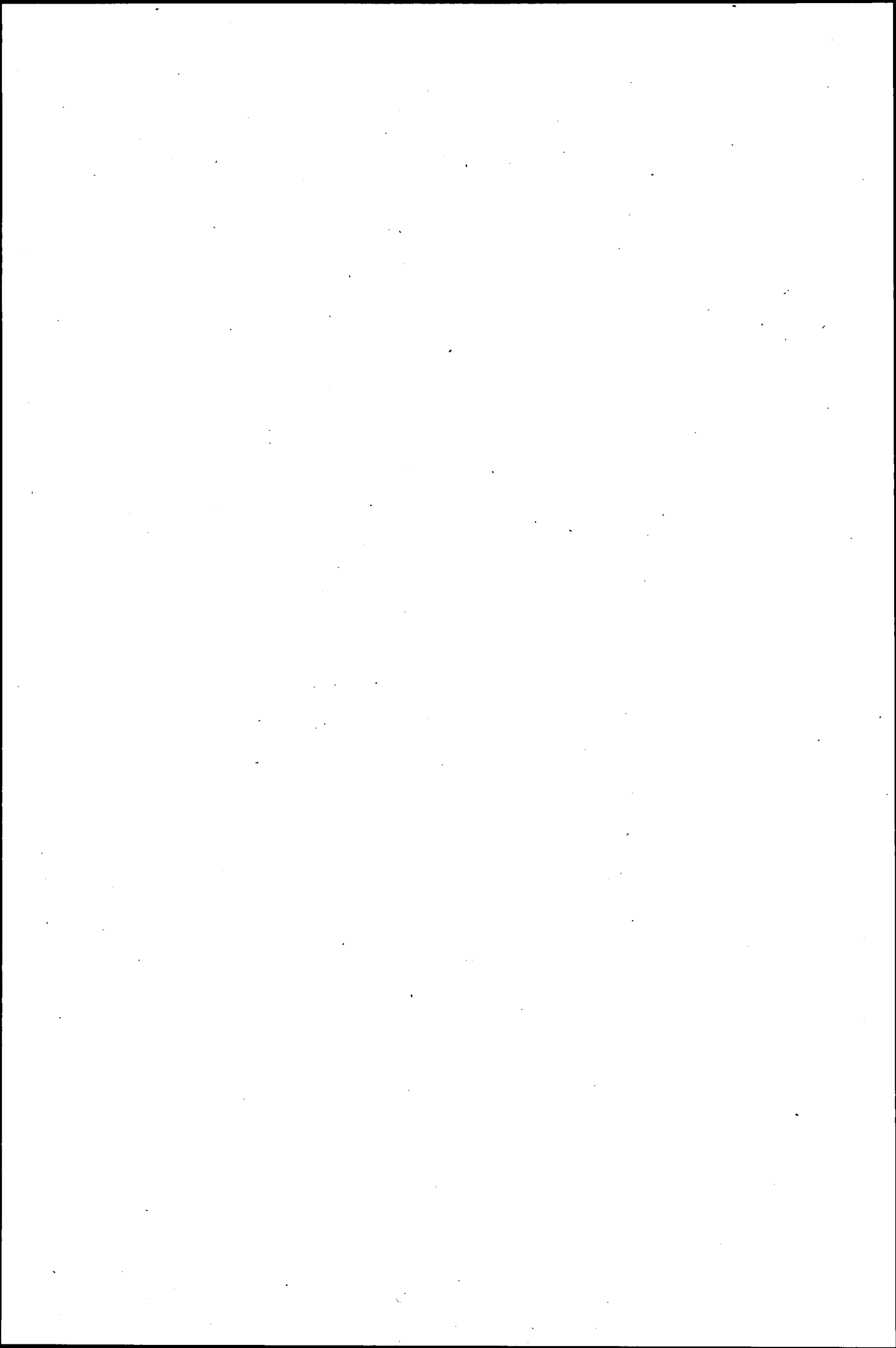
Gustav Hohmann

Anhangtabelle

Die prozentuale Veränderung des Umsatzes 1961 gegenüber 1960
bei Steuerpflichtigen mit Vorjahresumsätzen in ausgewählten Wirtschaftszweigen¹⁾

Wirtschaftszweige	Steuerpflichtige	Umsatz	Veränderung 1961 gegenüber 1960	Wirtschaftszweige	Steuerpflichtige	Umsatz	Veränderung 1961 gegenüber 1960
	Anzahl	Mio DM	%		Anzahl	Mio DM	%
Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei u. Tierzucht und Fischerei	338	57	+ 4,0	Binnengroßhandel mit Fertigwaren der Metallverarbeitenden Industrie (überwiegend Verbrauchsgüter)	696	814	+ 11,9
Produzierendes Gewerbe	13 155	27 031	+ 7,1	Einzelhandel	15 245	4 320	+ 7,0
darunter				davon			
Industrie	2 227	24 449	+ 6,8	Einzelhandel mit Waren aller Art	252	544	+ 13,9
darunter				Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln	7 756	1 448	+ 6,5
Energiewirtschaft	4	889	+ 16,3	Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen und Sportartikeln	1 574	631	+ 8,2
Maschinenbau	147	734	+ 10,6	Einzelhandel mit Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren, Haus- und Küchengeräten, Wohnbedarf, Musikinstrumenten, Elektro- u. Rundfunkgeräten	1 136	446	+ 6,3
Schiffbau	33	1 265	- 9,4	Einzelhandel mit Druckerei-erzeugnissen, Papier- und Schreibwaren, Lehrmitteln und Bürobedarf	893	162	+ 5,2
Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoffindustrie	14	6 822	+ 10,1	Einzelhandel mit Gegenständen der Körper- und Gesundheitspflege, chemischen und optischen Erzeugnissen	1 259	319	+ 9,1
Chemische Industrie	223	898	+ 4,5	Einzelhandel mit Maschinen, Fahrrädern, Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugbedarf	752	536	+ 1,3
Gummi- und Asbestverarbeitung	23	494	+ 3,1	Sonstiger Facheinzelhandel	1 623	234	+ 4,9
Mühlengewerbe, Nahrungsmittel-, Stärke- und Futtermittelindustrie	117	946	+ 6,5	Sonstige Wirtschaftsbereiche	21 417	6 074	+ 6,5
Fleisch- und Fischverarbeitung, Milchverarbeitung, Speiseöl- und Speisefettherstellung, Zuckerindustrie	84	2 755	+ 3,8	davon			
Obst- u. Gemüseverarbeitung, Kaffee- u. Teeverarbeitung und dgl.	153	808	+ 13,9	Verlagswesen	184	282	+ 16,0
Tabakwarenherstellung	9	3 356	+ 9,3	Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung und Verleih	5 382	942	+ 8,1
Hoch-, Tief- u. Ingenieurbau	127	673	+ 5,3	Geld-, Bank- u. Börsenwesen	163	175	- 2,0
Produzierendes Handwerk	8 916	2 161	+ 8,9	Versicherungen	36	46	+ 14,3
darunter				Dienstleistungen	6 771	1 389	+ 9,8
Straßen- u. Luftfahrzeugbau	328	148	+ 9,8	darunter			
Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbe	537	113	+ 14,1	Wohnungs- und Grundstückswesen	342	369	+ 24,2
Holzverarbeitung	1 001	136	+ 4,7	Gaststättenwesen	3 177	483	+ 5,5
Bekleidungsgewerbe	652	55	+ 4,3	Kunst, private Forschung, Theater, Film, Rundfunk	598	260	+ 2,3
Mühlengewerbe, Nahrungsmittel-, Stärke- und Futtermittelherstellung, Bäckerei- und Süßwarengewerbe	656	169	+ 2,9	Verkehrswirtschaft	3 702	2 443	+ 3,6
Fleisch- und Fischverarbeitung, Milchverarbeitung, Speiseöl- und Speisefettherstellung, Zuckerindustrie	890	470	+ 10,3	darunter			
Hoch-, Tief- u. Ingenieurbau	658	421	+ 8,5	Straßenverkehr	1 898	245	+ 9,7
Zimmerei und Dachdeckerei	194	46	+ 13,3	Schifffahrt, Wasserstraßen- und Hafengewerbe	1 184	1 431	+ 0,8
Bauinstallation	978	183	+ 11,7	Verkehrsn Neben- und Hilfgewerbe	613	717	+ 6,6
Ausbauwerke	1 169	184	+ 7,6	Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	5 179	796	+ 6,4
Großhandel	6 949	19 048	+ 4,6				
darunter							
Ein- und Ausfuhrhandel	1 604	10 043	+ 1,5				
darunter							
Einfuhrhandel	626	6 066	+ 0,9				
Ausfuhrhandel	295	1 282	+ 2,1				
Gemeinsamer Ein- und Ausfuhrhandel	142	789	- 4,8				
Binnengroßhandel	5 345	9 005	+ 8,3				
darunter							
Allgemeiner Binnengroßhandel	224	1 725	+ 7,2				
Binnengroßhandel mit Nahrungs- u. Genußmitteln	1 588	2 023	+ 11,1				
Binnengroßhandel mit Rohstoffen und Halbwaren der Kohle- und Mineralölwirtschaft	153	777	+ 4,7				

¹⁾ Angaben von ganzjährig tätigen Steuerpflichtigen mit Umsätzen über 12 500 DM (bei den Freien Berufen, Handelsvertretern und Maklern Umsätze über 20 500 DM), für die jeweils auch der vergleichbare Vorjahresumsatz erfaßt ist, d. h. ohne Neugründungen, Stilllegungen, Geschäftsübernahmen sowie ohne 1961 neugebildete bzw. in der Zusammensetzung veränderte Organkreise.



Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1961	September 1962	August 1962
	1938	1950	1961			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte ¹⁾						
Luftdruck, mm	761,7	758,8 ⁸⁾	761,1 ⁵⁾	762,3 ⁵⁾	760,9 ⁵⁾	760,5 ⁵⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,9	16,8	13,3	15,4
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	78	78	78	77
Windstärke ²⁾	3,1	3	3	3,4
Bewölkung ³⁾	6,7	7,2	6,9	6	6	7
2. Summenwerte ⁴⁾						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	917	25	79	93
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 454	141	150	125
Tage ohne Sonnenschein	88	76	71	2	2	2
Tage mit Niederschlägen	160	221	209	13	21	25
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000 ⁶⁾ ⁷⁾						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	295,2	291 p	291 p	291 p
Altona	220,3	272,7	273,4	272 p	269 p	269 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,9	260 p	257 p	258 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	429,8	428 p	423 p	423 p
Wandsbek	166,7	221,9	303,4	309 p	330 p	328 p
Bergedorf	52,6	82,4	78,3	78 p	78 p	78 p
Harburg	135,7	172,4	200,6	200 p	198 p	198 p
* Hamburg insgesamt	1 679,7	1 602,5	1 842,6	1 838 p	1 846 p	1 845 p
davon männlich	788,8	750,3	853,9	847 p	853 p	853 p
weiblich	890,9	852,2	988,7	991 p	993 p	992 p
dar. Ausländer ⁸⁾	16,6	19,9	37,9	40,3	47,0	46,1
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 588	1 455	1 233	2 687
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	10,3	9,6	8,1 p	17,2
Ehescheidungen	266	434	298	198	133	177
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern darunter unehelich	2 346	1 448	2 122	2 207	2 173	2 295
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	209	154	162	171	145 p	156
Unehelich Geborene % der Geborenen	16,8	10,9	13,8	14,6	14,5 p	14,7
Totgeborene % der Geborenen	9,1	10,8	7,7	7,9	6,5 p	6,8
* Gestorbene Ortsansässige darunter unter 1 Jahr alt	2,1	1,9	1,5	1,4	0,7 p	0,8
70 und mehr Jahre alt	1 702	1 389	1 949	1 760	1 771	1 775
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	118	64	50	48	50 p	53
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	657	631	1 103	989	950 p	954 r
* Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	12,2	10,5	12,7	11,6	11,7 p	11,3
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	50,6	43,5	23,6	22,5	22,7 p	23,2
	+ 644	+ 59	+ 173	+ 447	+ 402	+ 520
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	6 535	6 671	5 800 p	6 012
* Fortgezogene Personen nach außerhalb Hamburgs	7 788	2 174	5 729	5 646	5 400 p	5 583
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	+ 806	+ 1 025	+ 400 p	+ 429
davon männlich	.	+ 2 533	+ 517	+ 812	+ 300 p	+ 523
weiblich	.	+ 2 954	+ 289	+ 213	+ 100 p	- 94
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	15 503	15 732	14 735	15 872
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	.	2 668	1 561	1 510	1 300 p	1 411
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	.	1 311	796	797	800 p	801
Niedersachsen	.	1 854	1 204	1 095	1 100 p	1 019
darunter angrenzende Kreise ¹¹⁾	.	567	270	267	200 p	240
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	1 214 ¹²⁾	2 242	2 389	2 000 p	1 986
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	1 072	403	310	50 p	71
Ausland	.	485	1 057	1 269	1 300 p	1 398
Unbekannt	.	368	68	98	50 p	127
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	.	718	1 864	1 636	1 800 p	1 841
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	.	457	1 203	1 088	1 000 p	1 224
Niedersachsen	.	449	1 136	1 072	1 200 p	1 143
darunter angrenzende Kreise ¹¹⁾	.	131	381	382	400 p	438
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	.	764 ¹²⁾	2 059	2 097	1 700 p	1 921
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	.	89	38	43	.	15
Ausland	.	142	591	753	600 p	631
Unbekannt	.	12	41	45	.	32

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — 3) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — 4) 1938, 1950 und 1961 handelt es sich um Jahreswerte. — 5) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 6) Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählung vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. — 7) Vorläufige Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961. — 8) Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — 9) Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — 10) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 11) Landkreise Harburg und Stade. — 12) Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlungsspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1961	September 1962	August 1962
	1938	1950	1961			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten	9 464	12 742	11 843	11 800	11 727	11 734
Bettenbestand am Monatsende 1)	221 711	321 088	301 220	291 757	275 234	277 916
Krankenverpflegungstage	77,1	86,8	86,6	85,6	84,7	82,9
Bettenausnutzung in % 2)						
b) Gemeinnützige Krankenanstalten 3)	4 339	4 690	4 657	4 676	4 449	4 451
Bettenbestand am Monatsende 1)	98 261	126 293	123 035	121 862	115 345	116 370
Krankenverpflegungstage	74,5	88,6	87,1	87,1	87,0	85,4
Bettenausnutzung in % 2)						
c) Privatkanenanstalten		409	563	564	662	662
Bettenbestand am Monatsende 1)		8 983	12 955	12 564	15 339	15 364
Krankenverpflegungstage		60,1	78,9	74,3	77,2	74,9
Bettenausnutzung in % 2)						
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten	189	2 260	982	982	947	947
Bettenbestand am Monatsende 1)	4 705	61 801	24 046	22 966	21 755	24 155
Krankenverpflegungstage	81,8	91,5	80,6	78,0	79,1	85,0
Bettenausnutzung in % 2)						
b) Tbc-Heilstätten	833	1 645	1 132	1 126	1 136	1 136
Bettenbestand am Monatsende 1)	23 649	48 679	29 359	28 691	28 840	29 957
Krankenverpflegungstage	93,5	97,4	86,8	86,4	90,0	90,5
Bettenausnutzung in % 2)						
3. Anstalten für Geisteskranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg	2 898	1 388	1 678	1 719	1 719	1 719
Bettenbestand am Monatsende	86 354	29 261	47 203	46 737	48 630	49 834
Krankenverpflegungstage	98,0	75,1	95,5	94,2	97,1	96,3
Bettenausnutzung in % 2)						
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg	1 613	1 218	1 302	1 302	1 302	1 302
Bettenbestand am Monatsende	48 883	36 598	39 102	38 576	38 256	38 314
Krankenverpflegungstage	99,7	98,8	98,8	98,8	97,9	94,9
Bettenausnutzung in % 2)						
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs	—	1 420	1 270	1 280	1 300	1 280
Bettenbestand am Monatsende	—	35 400	38 366	37 676	38 476	39 380
Krankenverpflegungstage	—	68,4	98,8	98,1	98,7	99,2
Bettenausnutzung in % 2)						
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 949	1 760	.	1 775
darunter						
Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	21	17	.	19
Krebs	240	285	395	371	.	377
Gehirnblutungen	136	172	239	215	.	189
Herzkrankheiten	232	269	438	386	.	405
Lungenentzündung	103	47	45	37	.	33
Freitod	62	50	42	34	.	37
Verkehrsunfälle	22	20	34	29	.	33
Andere Verunglückungen	48	41	54	52	.	47
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	169	166	143	144
Plätze	66 691	47 891	90 426	88 945	75 848	76 271
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 908 976	1 981 739	1 380 614	1 648 468
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer 4)	361 531	407 741	625 156	625 376	634 477	633 718
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	258 670	265 667	318 654	315 911
Öffentliche Fürsorge						
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung 5)						
Mitglieder		694 658	701 079	702 236	698 747	700 593
Pflichtmitglieder	452 518	486 742	469 104	469 203	463 473	466 358
Rentner		171 139	170 469	170 497	169 902	169 788
Freiwillige Mitglieder	64 028	36 777	61 506	62 536	65 372	64 447
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	15 825	31 706	29 181	27 472	25 531
männlich	9 091	10 123	21 539	19 740	18 491	17 250
weiblich	6 450	5 702	10 167	9 441	8 981	8 281
Soziale Rentenversicherung		153 175	294 342	295 978	300 878	300 058
Rentenempfänger		106 248	193 895	194 921	197 055	196 642
Rentenversicherung der Arbeiter	94 3467)	46 927	100 447	101 057	103 823	103 416
Rentenversicherung der Angestellten		28 880 000	56 778 681	57 447 943	61 818 217	61 681 231
Ausgezählte Renten in DM		18 350 000	32 792 909	32 969 495	35 068 244	34 999 334
Rentenversicherung der Arbeiter		10 530 000	23 985 772	24 478 448	26 749 973	26 681 897
Rentenversicherung der Angestellten						
Offene Fürsorge						
Laufend unterstützte Parteien 6)	55 658	25 040	22 036	21 825	21 052	20 939
Laufend unterstützte Personen		40 214	30 541	30 106	28 647	28 483
Laufend unterstützte Personen auf 1000 Einwohner		25,3	16,6	16,3	15,5	15,4

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkanenanstalten. — 4) 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Der für 1938 ausgewiesene Personenkreis ist mit den übrigen Jahren nur bedingt vergleichbar. — 7) Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1961	September 1962	August 1962
	1938	1950	1961			
Arbeitsmarkt						
1. Umfang der Beschäftigung						
• Beschäftigte Arbeitnehmer am Monatsende 1)	638 856 ⁵⁾	580 940	835 739	843 059	841 199 ⁷⁾	842 486 ⁸⁾
• davon						
• männlich	428 675	384 486	502 914	506 720	503 664	506 406
• weiblich	210 181	196 454	332 825	336 339	337 535	336 080
2. Angebot und Nachfrage						
• Arbeitslose	29 908	90 831	4 865	4 248	3 896	3 801
• davon						
• männlich	23 937	56 428	3 072	2 652	2 392	2 433
• weiblich	5 971	34 403	1 793	1 596	1 504	1 368
Offene Stellen	31 522	1 789	19 999	23 162	24 171	26 951
• davon						
• männlich	21 009	744	10 861	13 361	13 811	15 660
• weiblich	10 513	1 045	9 138	9 801	10 360	11 291
Stellenvermittlung in Dauerbeschäftigung 2)	16 088	21 006	7 661	7 822	6 749	7 790
• davon						
• männlich	11 107	13 007	5 178	5 083	4 491	5 820
• weiblich	4 981	7 999	2 483	2 739	2 258	1 970
Stellenvermittlung in kurzfristige Beschäftigung	9 175	24 625	10 828	6 127	4 427	6 253
• davon						
• männlich	7 544	23 585	9 952	5 319	3 762	5 544
• weiblich	1 631	1 040	876	808	665	709
Arbeitsuchende am Monatsende 3)	35 944	94 886	9 273	8 273	7 565	7 596
• davon						
• männlich	28 215	59 355	6 197	5 435	4 824	5 083
• weiblich	7 729	35 531	3 076	2 838	2 741	2 513
3. Die Arbeitslosen 4)						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 865	4 248	3 896	3 801
darunter						
Bauberufe	•	6 710 ⁶⁾	162	33	22	26
Metallerzeuger und -verarbeiter	•	6 766 ⁶⁾	130	93	73	58
Elektriker	•	1 627 ⁶⁾	29	29	20	12
Chemiewerker	•	1 879 ⁶⁾	84	69	59	62
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	•	1 596 ⁶⁾	28	24	22	16
Graphische Berufe	•	690 ⁶⁾	53	41	40	38
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	•	1 180 ⁶⁾	11	8	10	7
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	•	6 623 ⁶⁾	139	113	105	100
Kaufmännische Berufe	•	8 598 ⁶⁾	965	861	425	446
Verkehrsberufe	•	8 787 ⁶⁾	592	499	342	355
Verwaltungs- und Büroberufe	•	5 807 ⁶⁾	844	812	1 143	1 140
Künstlerische Berufe	•	2 260 ⁶⁾	341	364	200	167
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
• Wohngebäude	•	469	348	284	155	245
• Umbauter Raum in 1000 cbm	•	642	485	391	262	350
• Wohnungen	•	2 540	1 550	1 191	894	1 028
Bruttowohnfläche in 1000 qm	•	128	100	81	56	71
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	•	22 029	45 316	37 749	28 453	36 439
Nichtwohnbauten						
• Nichtwohngebäude	•	185	133	141	119	163
• Umbauter Raum in 1000 cbm	•	233	376	261	261	548
• Wohnungen	•	20	21	15	15	39
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	•	6 403	32 692	22 993	17 058	51 476
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
Wohngebäude	•	516	385	418	339	474
Umbauter Raum in 1000 cbm	•	•	524	639	465	446
Wohnungen	•	2 206	1 692	1 150	1 503	1 190
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	•	•	47 751	60 900	47 592	44 211
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	•	237	128	135	148	135
Umbauter Raum in 1000 cbm	•	•	369	491	497	427
Wohnungen	•	•	20	10	7	42
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	•	•	31 230	27 082	39 489	42 495
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
Wohngebäude	•	188	395	479	535	272
Umbauter Raum in 1000 cbm	•	•	482	547	519	370
Wohnungen	•	•	2 096	1 804	1 739	1 266
Bruttowohnfläche in 1000 qm	•	•	107	114	112	78
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	•	•	19 250	45 353	45 304	33 273
Nichtwohnbauten						
Nichtwohngebäude	•	26	137	117	98	89
Umbauter Raum in 1000 cbm	•	•	144	293	237	190
Wohnungen	•	•	26	20	20	7
Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	•	•	3 069	22 781	19 746	12 923

1) Wird vierteljährlich ausgezählt. - 2) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. - 3) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. - 4) Infolge Umstellung der Systematik sind die Zahlen von 1961 und 1962 nur bedingt vergleichbar. - 5) Juni 1938. - 6) Durchschnitt aus April-Dezember 1950. - 7) Rückgang der Beschäftigtenzahl ist auf Karteibereinigung beim Landesarbeitsamt Hamburg zurückzuführen; Zahlen daher mit den Vormonaten nicht vergleichbar. - 8) Juni 1962.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1961	September 1962	August 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt 1)	706	2 122	1 824	1 759	1 273	1 665
darunter						
mit öffentlichen Mitteln gefördert		1 526	1 417	1 502	924	1 456
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)		6 575	6 668	6 983	4 580	7 030
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes) 2)						
im Bau befindliche Wohnungen		17 089	23 031	27 900	21 800	21 500
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen		8 412	8 180	8 900	8 500	9 100
5. Bestand an normalen Wohngebäuden und Wohnungen³⁾ (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden		122	185	185	191	190
Bestand an Wohnungen		336	590	593	613	612
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)		1 276	2 129	2 140	2 216	2 212
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	744	914	442	972
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77—80 II. WoBauG.	—	830	567	511	411	366
c) für die Umschichtung	—	—	104	69	75	114
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	739	813	730	955
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	678	363	209	318	174
Abgang von Wohnungen (Wohnraumkartei)	—	306	156	184	105	116
7. Bauberichterstattung 4)						
• Zahl der Beschäftigten						
davon		21 853	44 262	45 501	44 831	44 714
Inhaber		335	449	448	460	462
Angestellte		1 739	3 686	3 740	3 990	3 937
Arbeiter 5)		19 779	40 127	41 313	40 381	40 315
• Löhne in 1000 DM		6 168	30 615	35 388	35 845	35 819
• Gehälter in 1000 DM		731	3 451	3 479	3 948	3 827
• Umsatz in 1000 DM		15 950	85 931	95 014	99 226	103 742
darunter						
im Wohnungsbau in 1000 DM			29 874	31 197	31 170	33 093
im gewerbl. und industr. Bau in 1000 DM			19 546	23 652	25 778	26 213
• Geleistete Arbeitsstunden in 1000		3 732	6 900	7 399	7 133	7 154
darunter						
für Wohnungsbauten in 1000		1 498	2 369	2 564	2 366	2 342
für gewerbl. und industr. Bauten in 1000		1 051	1 515	1 628	1 751	1 797
Preise und Indexziffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt						
für 50 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	43,80	75,80	119,30	115,95	112,43	114,40
Kühe, sonstige vollfleischige	37,60	62,70	93,70	95,25	87,93	89,10
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	57,00	91,30	167,10	175,13	171,43	160,10
Schweine, von 100—119,5 kg Lebendgewicht	50,90	117,50	126,70	130,05	133,15	125,10
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	40,70	61,90	99,90	91,65	95,95	96,00
2. Durchschnittspreise für Fleisch 6)						
I. Qualität für 50 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	76,50	131,50	208,50	210,00	203,13	205,00
Kalbfleisch, beste Qualität	94,70	174,50	297,70	298,75	300,00	284,50
Hammelfleisch, beste Qualität	92,80	127,00	231,00	220,00	228,75	233,50
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	70,40	178,50	173,40	178,44	180,94	171,60
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbrauchergruppe —						
Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	132,0	132,2	138,3	137,2
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	83,8	83,9	84,2	84,4
Wohnung	97,5	100	141,8	142,3	144,6	144,6
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	147,0	148,1	151,2	150,5
Hausrat	53,9	100	117,7	118,7	122,6	122,3
Bekleidung	47,9	100	107,2	107,5	109,9	109,6
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	119,4	120,5	125,3	125,3
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	147,6	147,9	150,9	151,2
Verkehr	65,0	100	143,9	144,1	144,2	144,2
Ernährung						
einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	125,7	125,9	131,2	130,3
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	125,9	126,3	130,7	130,1
Gesamtlebenshaltung	62,8	100	127,3	127,7	131,8	131,2
(1950 = 100)						
(1938 = 100)	100	159,3	202,9	203,5	210,0	209,1

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 27 Wohnungen). — 2) Für die Jahre 1950 und 1961 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — 3) Einschl. Behelfsheime von 30 und mehr qm; Bestand 1950 nach der Wohnungszählung vom 13. 9. 1950. — 4) Betriebe ab 20 Beschäftigte. — 5) Einschl. Umschüler und Lehrlinge. — 6) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1961	September 1962	August 1962
	1936 ¹⁾	1950	1961			
Industrie 2)						
1. Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 857	1 859	1 813	1 823
* Beschäftigte insgesamt	145 200	140 867	233 971	234 208	230 114	231 779
darunter						
* Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		111 760	171 526	171 105	165 511	166 920
* Geleistete Arbeiterstunden in 1000		21 399	28 929	29 219	26 804	26 980
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM		11 369	50 328	50 322	55 207	55 381
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM		28 356	92 882	93 801	97 493	104 076
* Umsatzwerte in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 063 658	1 085 587	1 121 785	1 106 265
darunter nach dem Ausland in 1000 RM/DM		12 845	131 761	133 969	129 075	135 967
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert 3) †		52 913	16 806	13 079	14 262	12 558
* Heizölverbrauch in t			47 309	42 522	43 456	43 649
* Stromerzeugung in 1000 kWh		5 925	12 962	12 314	12 619	11 160
* Stromverbrauch in 1000 kWh		34 341	98 143	97 962	97 479	96 993
* Gasverbrauch in 1000 cbm			7 005	5 972	5 291	5 677
2. Beschäftigte und Umsatz nach Industriegruppen						
Beschäftigte						
Gesamte Industrie	145 200	140 867	233 971	234 208	230 114	231 779
darunter						
Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 417	8 471	8 698	8 709
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	3 034	3 017	3 054	3 060
Chemische Industrie	8 200	10 439	17 396	17 590	17 573	17 668
Kautschuk und Asbest	9 200	10 380	13 723	13 583	13 125	13 131
Maschinenbau	12 400	16 409	30 283	30 258	30 690	30 990
Schiffbau	26 500	12 559	30 188	29 577	26 273	27 055
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 472	28 629	29 112	29 366
Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁵⁾	6 721	12 160	12 304	12 580	12 574
Ölmühlenindustrie			2 790	2 794	2 752	2 747
Margarineindustrie	5 400	4 628	3 093	3 106	3 049	3 065
Kaffee und Tee		721	3 505	3 511	3 573	3 528
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 601	3 700	3 629	3 681
Umsatz 4) in 1000 RM/DM						
Gesamte Industrie	154 200	333 013	1 063 658	1 085 587	1 121 785	1 106 265
darunter						
Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	182 278	193 604	187 312	209 623
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	35 548	38 207	37 841	45 551
Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	77 253	80 550	80 198	82 138
Kautschuk und Asbest	4 600	13 990	37 397	39 111	39 368	35 732
Maschinenbau	9 400	16 234	64 650	64 139	62 072	62 925
Schiffbau	14 400	7 633	66 076	45 985	48 746	42 575
Elektroindustrie	4 400	10 463	112 793	133 000	160 986	120 293
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁵⁾	7 748	31 950	32 403	31 557	31 033
Ölmühlenindustrie			37 023	35 067	40 431	34 622
Margarineindustrie	21 500	41 967	23 036	20 873	20 998	18 809
Kaffee und Tee		4 298	57 307	53 966	57 976	62 267
Tabakverarbeitung	12 000	55 911	100 437	100 938	96 252	106 917
3. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung in 1000 cbm	5 737 ⁷⁾	8 282	10 164	10 559	10 204	10 522
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis	18 767 ⁸⁾	20 935	34 088	25 475	28 422	27 503
* Stromerzeugung in 1000 kWh	40 210 ⁹⁾	125 855	361 337	338 906	374 260	345 027
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
	1938					
* Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	2 327	1 823	1 684	2 184
Milchanlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 890	1 456	1 394	1 889
* in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	81,2	79,9	82,8	86,5
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	10,3	8,2	9,0	11,3
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg		10 709	11 279	11 851	10 471	11 380
davon						
lose in 1000 kg			5 295	5 381	3 921	4 324
in Flaschen in 1000 kg			5 984	6 470	6 550	7 056
Mager- und Buttermilch in 1000 kg		1 186	568	710	402	576
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	9 992	13 532	16 106	11 440
Kälber	3 884	3 699	3 197	2 398	2 472	2 551
Schweine	24 847	19 784	46 132	39 671	42 370	43 554
Schafe	4 265	5 681	4 024	3 164	3 864	4 535
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
* Rindvieh (ohne Kälber)	8 075	3 363	9 080	11 503	13 045	11 373
* Kälber	5 568	4 065	3 082	2 202	2 274	2 436
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	48 507	41 713	44 321	46 861
darunter Hausschlachtungen		1 455	553	77	84	34
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg 7)	6 467	3 220	6 714	6 817	7 534	7 259
darunter						
* Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	2 216	2 874	3 351	2 748
* Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 124	3 622	3 880	4 172
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
* für Rinder in kg	246,3	248,7	244,1	249,8	256,9	241,6
* für Kälber in kg	57,2	43,2	58,8	64,1	65,0	64,0
* für Schweine in kg	96,5	95,5	86,0	87,0	87,7	89,1

1) Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. — 2) Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Arbeitskräften berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). — 3) 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. — 4) Ohne Handelsware, einschl. Verbrauchsteuern. — 5) 1936 = einschl. Papierverarbeitung. — 6) 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. — 7) Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. — 8) Rechnungsjahr 1935/36. — 9) Der gewerblichen Schlachtungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1961	September 1962	August 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Deichtormarkt)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	3 015	4 446	4 639	3 700
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	13 135	14 717	13 405	12 906
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 489	10 253	9 337	8 142
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	4 021	2 089	3 849	4 105
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	3 154	4 182	2 958	3 884
darunter in Hamburg angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	2 867	3 972	2 730	3 739
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
* Einzelhandel aller Betriebsformen	.	.	168	158	163	169
davon
* Nahrungs- und Genußmittel	.	.	161	162	163	168
darunter
Lebensmittel aller Art	.	.	162	165	161	165
Obst, Gemüse, Südfrüchte	.	.	162	166	172	190
Fische und Fischwaren	.	.	176	170	177	176
Milch und Milchzeugnisse	.	.	142	148	151	157
Schokolade und Süßwaren	.	.	133	127	120	119
Tabakwaren	.	.	156	154	153	158
* Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	167	139	151	148
darunter
Textilien aller Art	.	.	191	168	165	184
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	180	152	145	160
Oberbekleidung	.	.	156	129	149	120
Schuhwaren	.	.	172	142	148	146
* Hausrat und Wohnbedarf	.	.	180	176	181	194
darunter
Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	175	173	149	171
Porzellan und Glaswaren	.	.	193	162	172	199
Beleuchtungs- und Elektrogeräte	.	.	224	233	245	221
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel	.	.	213	214	260	270
Möbel	.	.	135	144	136	143
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	138	121	129	165
* Sonstige Waren	.	.	176	164	165	180
darunter
Bücher	.	.	192	152	153	174
Papier- und Schreibwaren	.	.	166	148	135	151
Galanterie- und Lederwaren	.	.	169	132	121	155
Apotheken	.	.	164	157	155	164
Drogerien	.	.	176	169	163	185
Foto und Optik	.	.	182	186	191	237
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	143	130	140	131
Fahrräder, Krafträder und Zubehör	.	.	197	183	137	157
Kraftwagen und Zubehör	.	.	205	197	201	204
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.	182	151	146	164
Blumen und Sämereien	.	.	200	176	185	191
Brennmaterial	.	.	128	129	148	153
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1955 = 100)						
Gaststättenwesen insgesamt	.	.	149	154	160	162
darunter
Hotels und Gasthöfe	.	.	122	125	143	137
Fremdenheime und Pensionen	.	.	165	179	204	241
Schank- und Speisewirtschaften mit Ausschank alkoholischer Getränke	.	.	141	148	153	153
3. Fremdenverkehr 1) 2)						
* Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	106 693	120 215	130 194	152 237 p
darunter Ausländer	11 283	10 303	39 328	46 625	47 726	66 602 p
* Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	221 092	240 422	263 222	294 407 p
darunter Ausländer	27 491	22 805	80 261	89 629	93 334	123 238 p
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	58	63	68	73 p
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) 3)						
* Bezüge Hamburgs	.	5	6	7	5	8
* Lieferungen Hamburgs	.	3	4	2	7	7
5. Handel mit Berlin (West) 3) (in Mio DM)						
* Bezüge Hamburgs	.	9	84	96	92	81
* Lieferungen Hamburgs	.	37	118	108	114	105
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
* Insgesamt	.	26	149	138	148	167 r
* davon nach Warengruppen
* Ernährungswirtschaft	.	1	12	11	15	10

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser. —

3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1961	September 1962	August 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Handel und Gastgewerbe						
• Gewerbliche Wirtschaft	.	25	137	127	133	157 r
• davon
• Rohstoffe	.	1	2	2	2	2 r
• Halbwaren	.	12	33	33	45	44 r
• Fertigwaren	.	12	102	92	86	111 r
• davon
• Vorerzeugnisse	.	2	9	9	7	8 r
• Enderzeugnisse	.	10	93	83	79	103 r
• davon nach ausgewählten Verbrauchsgebieten
Europa	.	.	93	86	107	114 r
darunter
EWG-Länder	.	.	27	25	28	23
EFTA-Länder	.	.	49	44	49	68
Afrika	.	.	9	6	5	14 r
Amerika	.	.	26	29	24	22 r
• davon
Nordamerika	.	.	12	19	16	13
darunter USA	.	.	11	19	15	12
Mittelamerika	.	.	5	2	1	1
Südamerika	.	.	9	8	7	8
Asien	.	.	20	16	10	16 r
Australien und Ozeanien	.	.	1	1	2	1 r
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
Wareneinfuhr (in 1000 t)	1938					
	648	464	1 498	1 465	1 800 p	1 846 r
Warengruppen:						
darunter						
Ernährungswirtschaft	161	185	341	294	340 p	360 r
Gewerbliche Wirtschaft	487	278	1 157	1 171	1 460 p	1 486 r
• davon						
Rohstoffe und Halbwaren	480	272	1 110	1 123	1 400 p	1 420 r
Fertigwaren	7	6	47	48	60 p	66 r
Ländergruppen:						
darunter						
Europa	319	134	269	217	.	269
• davon						
EWG-Länder	29	32	49	56	.	36
EFTA-Länder	179	75	116	94	.	143
Sonstige Länder	111	27	104	67	.	90
Außereuropa	329	330	1 226	1 247	.	1 577
• davon						
Amerika	214	150	576	565	.	785
• davon						
Nordamerika	77	73	304	308	.	371
Mittelamerika	83	25	31	18	.	76
Südamerika	54	52	241	239	.	338
Afrika	48	60	97	77	.	195
Asien	64	118	533	591	.	572
Australien und Ozeanien	3	2	20	14	.	24
Warenausfuhr (in 1000 t)	168	216	324	344	375 p	358
Warengruppen:						
darunter						
Ernährungswirtschaft	12	4	55	83	50 p	47 r
Gewerbliche Wirtschaft	156	212	269	261	325 p	311 r
• davon						
Rohstoffe	84	16	14	10	22 p	21 r
Halbwaren	72	160	142	130	200 p	192 r
Fertigwaren		36	113	121	103 p	98 r
• davon						
Vorerzeugnisse	.	17	36	39	33 p	32
Enderzeugnisse	.	19	77	82	70 p	66
Ländergruppen:						
darunter						
Europa	80	153	153	153	150 p	140 p
• davon						
EWG-Länder	13	4	18	15	.	.
EFTA-Länder	44	125	107	111	.	.
Sonstige Länder	23	24	28	27	.	.
Außereuropa	88	58	144	144	175 p	170 p
• davon						
Amerika	45	38	60	62	80 p	70 p
• davon						
Nordamerika	18	17	23	25	.	.
darunter USA	13	12	18	20	.	.
Mittelamerika	7	5	10	9	.	.
Südamerika	20	16	27	28	.	.
Afrika	11	8	29	25	30 p	30 p
Asien	30	8	50	54	60 p	65 p
Australien und Ozeanien	2	4	5	3	5 p	5 p
Verkehr						
1. Seeschifffahrt						
a) Schiffsverkehr zur See						
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 669	1 721	1 750 p	1 729 r
darunter deutsche Schiffe	1 027	526	989	1 084	1 090 p	1 064 r
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 746	1 769	1 900 p	1 844 r
darunter deutsche Schiffe	1 118	591	1 060	1 106	1 225 p	1 175 r
Raumgehalt der ankommenden Schiffe						
in 1000 NRT	1 714	937	2 675	2 631	2 950 p	2 896 r
darunter deutsche Schiffe	873	128	742	741	880 p	836 r
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe						
in 1000 NRT	1 712	936	2 676	2 648	2 900 p	2 848 r
darunter deutsche Schiffe	875	135	755	753	840 p	803 r

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1961	September 1962	August 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Verkehr						
b) Linienschifffahrt (Linien) 1)	184	176	255	255	253 p	253 r
davon						
Europa	102	84	72	72	76 p	76
Außereuropa	82	92	183	183	177 p	177 r
Reisen (Abfahrten)	728	319	734	769	780 p	778 r
darunter nach						
Europäischem Ausland	383	159	299	318	296 p	296 r
Amerika	72	54	176	177	188 p	188 r
Afrika	37	18	87	80	86 p	86 r
Asien	33	23	97	100	80 p	79 r
Australien	7	4	16	15	20 p	19 r
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	2 235	3 846	3 600 p	4 000 p
darunter nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			151	162		350 p
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			530	881		1 100 p
Nordamerika	2 882	446	778	1 513		1 400 p
Südamerika	1 286	231	374	461		600 p
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 834	2 803	2 900 p	3 000 p
darunter von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			120	172		300 p
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			475	601		750 p
Nordamerika	2 057	171	655	1 500		1 300 p
Südamerika	882	30	335	373		450 p
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)						
Empfang	2 147	919	2 490	2 434	2 640 p	2 360 p
dav. Massengut	1 521	620	1 855	1 831	2 120 p	1 830 p
dar. Mineralöle	980	429	1 350	1 362	1 620 p	1 420 p
Kohle	307	162	789	875		
Getreide	262	113	226	229		
Sackgut	133	70	139	132		
Stückgut	541	191	379	348	110 p	90 p
Verkehrsbezirke:						
Inland	110	110	62	86		
Europäisches Ausland	520	159	348	267		
Außereuropa	891	351	1 445	1 478		
darunter						
Nahost und Persischer Golf		128	480	611		
Vereinigte Staaten von Amerika	171	78	323	300	520 p	530 p
Versand	626	299	635	603		
davon						
Massengut	205	144	248	249	180 p	200 p
Sackgut	421	155	105	91	85 p	80 p
Stückgut			282	263	255 p	250 p
Verkehrsbezirke:						
Inland	149	32	75	85		
Europäisches Ausland	302	170	301	276		
Außereuropa	175	97	259	242		
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 286	2 356	2 582	2 479
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 233	2 365	2 473	2 426
Tragfähigkeit der angekommenen Schiffe in 1000 t	879	362	643	634	683	644
Tragfähigkeit der abgegangenen Schiffe in 1000 t	845	344	626	636	652	629
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	296	303	308	294
darunter						
Bundesrepublik	77	101	251	261	283	268
davon						
Niederelbe	24	32	30	27	49	31
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	190	205	203	207
Mittellandkanal	0	7	31	29	31	30
Berlin (West)	7	25	10	9	9	10
Sowjetische Besatzungszone	155	3	18	23	4	5
Tschechoslowakei	42	22	17	10	12	11
Ausgang (in 1000 t)	504	121	243	202	216	212
darunter						
Bundesrepublik	59	81	117	93	110	120
davon						
Niederelbe	49	48	73	65	71	75
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	32	20	27	31
Mittellandkanal	0	1	12	8	12	14
Berlin (West)	29	28	58	37	68	63
Sowjetische Besatzungszone	268	2	36	50	10	6
Tschechoslowakei	34	10	32	22	28	23
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 713	1 889		
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 714	1 891		
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	41 254	44 905		
darunter aus dem Ausland			14 401	16 449		
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	38 679	47 608		
darunter nach dem Ausland			14 311	17 837		
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	586	648		
darunter aus dem Ausland			300	310		
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	441	499		
darunter nach dem Ausland			184	191		
Angekommene Post in t	9,0	35,6	92	133		
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	103	153		
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9	497,4	472,1		
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8	471,9	450,7		
Gestellte Güterwagen		31 414	42 278	43 453	43 562	43 161

1) Stand am Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1961	September 1962	August 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Verkehr						
5. Personen-Nahverkehr						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	10 872	10 825	11 164	9 031
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 789	13 408	13 703	13 740
Straßenbahn	13 799	23 498	15 614	15 213	12 747	12 819
Kraftomnibusse der HHA 1)	1 083	2 028	7 835	7 677	9 061	8 928
Alsterdampfer	281	337	202	276	217	252
Dampfer der Hafendampfschiffahrt AG.	1 268	1 283	1 517	1 447 r		
Kraftomnibusse der VHH AG. 2)	373	786	1 573	1 553	1 576	1 628
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	20	18	17	15
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	358	353	396	343
Private Kraftomnibusse	.	151	634	625	550	571
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung (im Verkehr befindlich) insgesamt 3)	82 080	59 100	245 051	246 661	276 118	276 382
darunter Personenkraftwagen 4)	39 260	25 948	197 421	195 912	228 121	226 883
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	3 989	3 792	3 964	3 736
darunter						
• Krafträder	232	221	87	46	20	54
• Personenkraftwagen	501	644	3 221	3 027	3 147	3 049
• Kombinationskraftwagen	.	.	257	241	332	212
• Lastkraftwagen	179	288	353	395	359	312
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	4 877	4 687	4 694	5 235
davon						
• mit Personenschaden 5)	459	426	1 050	1 144	1 187	1 210
• mit nur Sachschaden	406	632	3 827	3 543	3 507	4 025
• Getötete Personen	8	12	23	22	31	21
• Verletzte Personen	517	483	1 281	1 374	1 467	1 561
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken) (Beträge in Mio RM/DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 6)						
Kredite an Nichtkreditinstitute						
am Monatsende	.	1 556,1	7 744,0	8 027,4	9 025,2	8 826,2
davon kurzfristige Kredite 7)	.	1 353,8	3 459,7	3 582,2	3 787,4	3 650,9
davon						
• an Wirtschaft und Private	.	1 328,7	3 213,1	3 335,7	3 571,6	3 424,4
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	25,1	246,6	246,5	215,8	226,5
mittelfristige Kredite 8) 9)	.	55,8	626,7	655,8	771,7	753,9
davon						
• an Wirtschaft und Private	.	55,6	549,0	582,4	668,8	650,9
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	0,2	77,7	73,4	102,9	103,0
langfristige Kredite 8) 9)	.	146,5	3 657,6	3 789,4	4 466,1	4 421,4
davon						
• an Wirtschaft und Private	.	146,0	3 315,4	3 439,0	4 086,8	4 041,0
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	0,5	342,2	350,4	379,3	380,4
Kredite an Kreditinstitute						
am Monatsende	.	105,7	789,7	845,5	792,9	771,7
b) Einlagen bei den Kreditinstituten						
Einlagen von Nichtkreditinstituten						
am Monatsende	.	1 152,3	5 969,6	5 977,6	6 531,5	6 590,1
davon Sicht- und Termineinlagen	.	1 026,3	3 485,1	3 477,2	3 765,5	3 827,3
davon						
• von Wirtschaft und Privaten	.	848,0	2 997,2	2 941,1	3 090,5	3 164,9
• von öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	178,3	487,9	536,1	675,0	662,4
Spareinlagen	.	126,0	2 484,5	2 500,4	2 776,0	2 762,8
Einlagen von Kreditinstituten						
am Monatsende	.	106,6	1 618,9	1 700,2	1 727,5	1 641,1
c) Sparverkehr						
Sämtliche Kreditinstitute 10)						
Spareinlagen am Monatsende	.	126,0	2 484,5	2 500,4	2 776,0	2 762,8
darunter						
• steuerbegünstigt	.	12,4	166,7	156,9	2,9	2,9
• prämienbegünstigt	.	—	100,2	106,7	168,0	165,8
Gutschriften	.	10,2	142,2	116,2	120,2	145,9
Lastschriften	.	7,3	134,2	105,1	107,1	128,3
Saldo der Gut- und Lastschriften	.	+ 2,9	+ 8,0	+ 11,1	+ 13,1	+ 17,6
Zinsen	.	+ 2,6	+ 7,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)						
Betrag in 1000 RM/DM	.	1 324	1 450	1 513	1 253	1 718
Durchschnittsbetrag je protestierten Wechsel in RM/DM	.	1 194,0	1 040,3	1 216	1 130	1 503
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)						
Konkurse	12	25	14	15	18	26
Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	—	—	5
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)						
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	21 398	20 646	21 769	22 060
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	.	2 392	2 716	2 639	2 287	2 664
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides	.	848	1 135	1 373	1 089	1 611
Abgeleistete Offenbarungseide	.	124	338	359	360	458
d) Öffentliche Leihhäuser						
Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	3 858	3 715	4 278	4 628
RM/DM	298 306	384 610	181 810	156 157	263 351	267 474
Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 633	3 753	3 541	3 571
RM/DM	176 172	401 990	172 763	160 073	191 882	213 728

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 3) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 4) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 5) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 6) Ohne durchlaufende Mittel. — 7) 107 berichtspflichtige Institute. — 8) 90 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

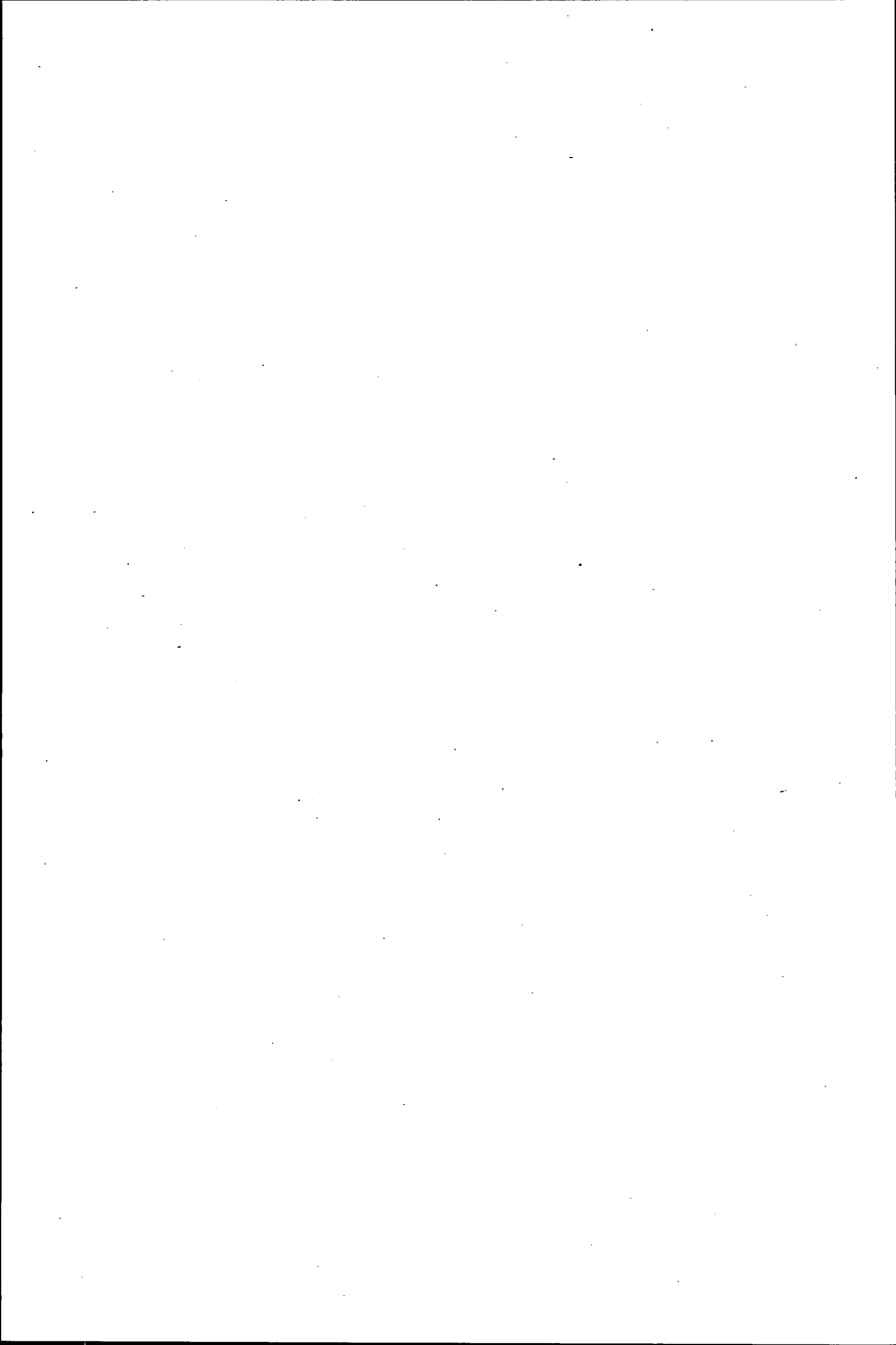
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1961	September 1962	August 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl	.	.	167	166	166 ¹⁾	167 ¹⁾
Kapital in Mio DM	.	.	3 453,9	3 594,7	3 294,9	3 293,5
Gesellschaften m. b. H., Zahl	.	.	3 228	3 250	3 419	3 400
Kapital in Mio DM	.	.	2 229,4	2 268,7	2 466,9	2 431,2
Steuern²⁾						
1. Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ³⁾						
a) Bundessteuern						
* Umsatzsteuer	9 363	22 996	67 055	69 175	79 399	75 692
* Umsatzgleichsteuer	2 180	2 779	17 587	15 931	31 409	34 089
* Beförderungsteuer	79	943	1 295	1 275	1 381	1 379
* Notopfer Berlin	.	1 749	292	131	277	240
* Zölle	45 572	17 772	72 426	73 246	61 115	114 737
* Verbrauchsteuern	31 925	42 968	173 112	180 970	198 039	192 373
davon						
* Tabaksteuer	24 492	32 535	64 636	69 753	71 368	61 979
* Kaffeesteuer	..	5 831	19 121	18 015	19 782	20 394
* Teesteuer	..	521	744	700	397	457
* Branntweinmonopol ⁴⁾	249	2 514	4 277	3 692	3 958	3 428
* Mineralölsteuer	51	871	84 115	88 625	102 168	105 675
* Sonstige Verbrauchsteuern	7 133	697	220	185	365	439
* Summe der Bundessteuern	..	89 211	331 767	339 728	371 621	418 510
* Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 ⁵⁾	8 286	2 880	1 389	16 994
davon						
* Vermögensabgabe	..	5 352	6 375	1 961	419	16 446
* Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 426	872	956	443
* Kreditgewinnabgabe	485	48	14	105
b) Landessteuern						
* Lohnsteuer	7 390	10 051	58 839	61 934	71 973	71 311
* Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	56 782	122 507	141 380	14 205
* Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	6 273	470	13 177	13 117
* Körperschaftsteuer	8 928	9 544	39 444	80 399	102 901	5 452
* Summe der Eink.- und Körperschaftsteuer	33 902	29 097	161 338	265 310	329 432	104 086
davon						
* an den Bund abgeführt	56 468	92 859	115 301	36 430
* Hamburg verblieben	104 870	172 452	214 131	67 656
* Vermögensteuer	1 513	466	8 686	2 103	3 697	29 376
* Erbschaftsteuer	469	63	1 407	923	667	829
* Grunderwerbsteuer	398	135	1 099	988	1 023	1 531
* Kapitalverkehrsteuer	227	179	2 103	780	1 004	1 874
* Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	5 522	5 072	5 475	5 887
* Versicherungssteuer	559	847	3 052	2 558	2 921	3 278
* Rennwett- und Lotteriesteuer	452	820	1 643	1 305	1 541	1 733
* Wechselsteuer	0	536	690	676	669	729
* Feuerschutzsteuer	15	127	159	178	190	222
* Biersteuer	792	870	1 879	1 972	2 185	2 338
* Summe der Landessteuern	..	34 461	187 663	281 866	348 804	151 882
c) Gemeindesteuern						
* Realsteuern	9 974	8 666	43 157	7 278	7 444	98 539
davon						
* Grundsteuer A	50	42	44	18	26	109
* Grundsteuer B	4 538	3 365	4 590	541	849	12 500
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	34 358	6 539	6 388	85 446
* Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	4 165	180	182	484
* Gewerbesteuerzuschüsse	24	29	322	494	—	795
* Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	952	632	540	609
darunter						
* Kinosteuer	123	497	456	355	269	263
* Übrige Vergnügungsteuer	106	146	268	226	227	244
* Hundesteuer	68	132	227	51	43	102
* Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	44 109	7 910	7 984	99 148
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	3 696	3 811	4 092	3 980
a) Feueralarme	187	185	224	218	241	226
davon						
* falsche Alarme und Unfugmeldungen	49	39	43	40	72	45
* bekämpfte Brände	138	146	181	178	169	181
davon						
* Großbrände	10	4	11	17	13	12
* Mittelbrände	17	14	24	33	17	33
* Kleinbrände	88	114	63	69	71	69
* Entstehungsbrände	.	.	73	57	65	63
* Schornsteinbrände	.	10	10	2	3	4
b) Hilfeleistungen aller Art	446	1 242	3 474	3 593	3 851	3 754
darunter bei						
* Straßen- und Verkehrsunfällen	.	314	1 044	1 068	1 166	1 214
* Betriebsunfällen	.	235	540	594	540	525
* Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	.	976	3 238	3 412	3 610	3 477
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte	.	5 625	4 967	4 826	4 428	4 532
Beförderte Personen	.	6 449	5 179	4 968	4 600	4 770

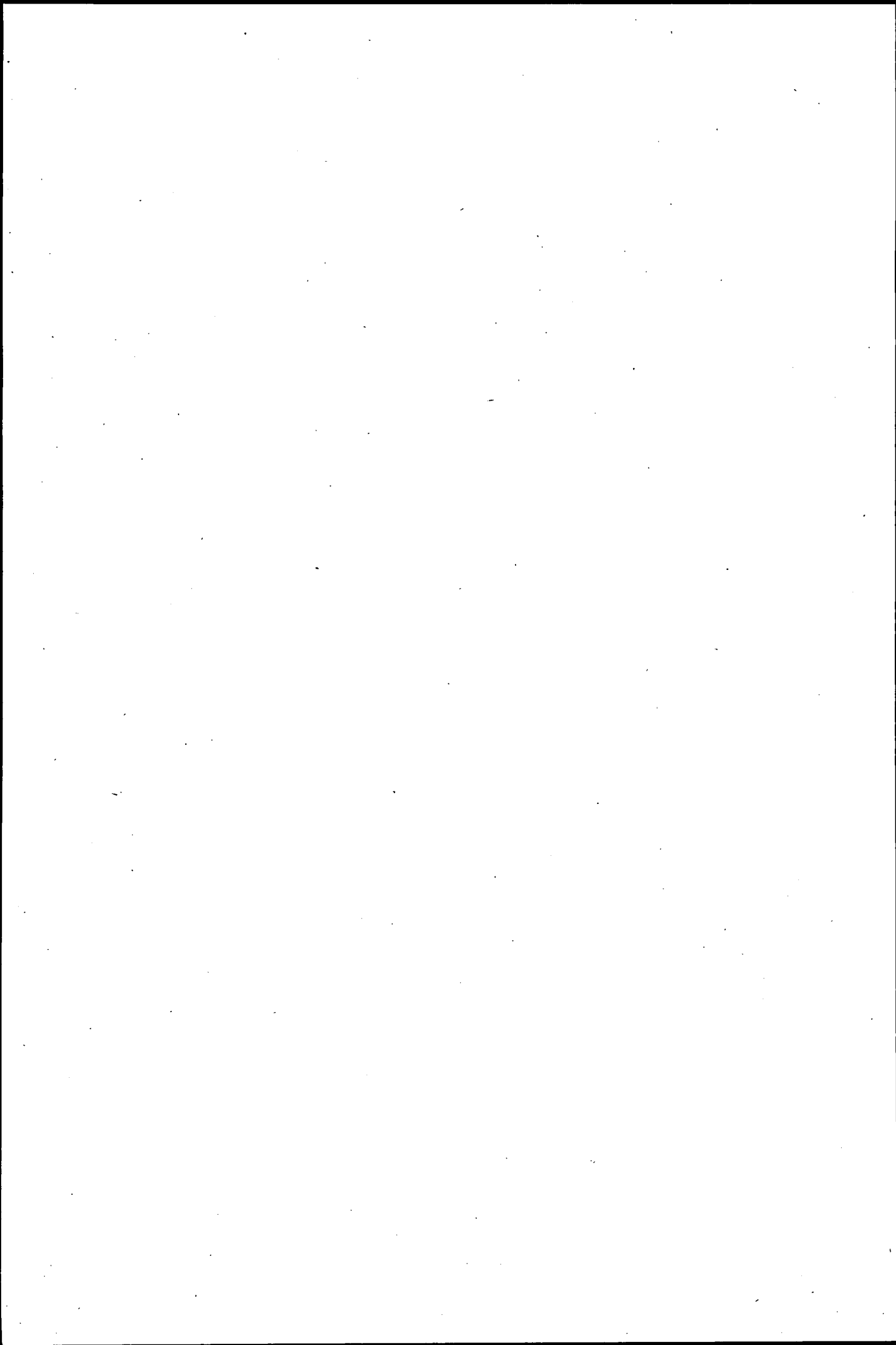
1) Außerdem eine AG. mit einem Grundkapital von 1,5 Mio RM. — 2) Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — 3) Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — 4) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — 5) Einschl. Soforthilfsonderabgabe.

Zahlenspiegel

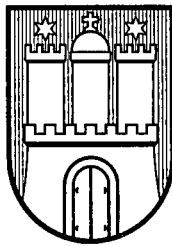
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			September 1961	September 1962	August 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
3. Feststellungen der Polizei						
Der Kriminalpolizei bekannt gewordene Straftaten						
darunter	.	5 443	7 516	7 238	6 992	7 456
Sittlichkeitsdelikte	.	142	197	160	169	235
Mord und Totschlag	.	2	3	3	5	4
Fahrlässige Tötung	.	11	14	18	17	19
Körperverletzung 1)	.	32	65	54	70	65
Einfacher Diebstahl	.	2 416	3 439	3 414	3 305	3 314
Schwerer Diebstahl	.	558	1 247	1 242	1 235	1 358
Diebstähle zusammen	.	2 974	4 686	4 656	4 540	4 672
darunter	.					
von Kraftfahrzeugen (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)	.	36	197	207	275	231
von Fahrrädern, Mopeds (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)	.	202	661	771	595	552
Taschendiebstahl	.	78	37	21	41	39
Unterschlagung	.	357	253	225	217	241
Raub und Erpressung	.	11	37	26	36	44
Begünstigung und Hehlerei	.	99	91	103	57	69
Betrug und Untreue	.	607	755	628	590	783
Brandstiftung	.	39	26	19	14	22
Münzdelikte	.	13	1	—	—	—
Übertretung der Verkehrsordnung	.	22 902	39 177	37 795	26 009	29 903
davon	.					
Strafanzeigen	.	10 060	9 259	9 952	4 693	5 269
Gebührenpflichtige Verwarnungen	.	.	29 918	27 843	21 316	24 634
4. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt	.	1 316	1 940	1 889	1 731 ²⁾	1 888
a) Erwachsene nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt	.	1 229	1 525	1 504	1 377	1 516
b) Heranwachsende nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt	.	.	178	169	169	172
c) Jugendliche nach Jugendstrafrecht abgeurteilt	.	87	154	145	117	131
d) Heranwachsende nach Jugendstrafrecht abgeurteilt	.	.	83	71	68	69
darunter	.					
Widerstand gegen die Staatsgewalt	.	12	12	12	12	7
Fahrerflucht	.	6	52	68	67	56
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie	.	4	43	49	26	33
Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit	.	51	50	41	35	46
Beleidigung, üble Nachrede	.	24	22	25	14	23
Verbrechen und Vergehen wider das Leben	.	9	11	8	11	6
Körperverletzung	.	52	141	144	119	240
Einfacher Diebstahl	.	324	285	285	288	269
Schwerer Diebstahl	.	80	80	80	62	87
Einfacher und schwerer Diebstahl im Rückfall	.	79	55	47	36	46
Unterschlagung	.	70	69	60	45	57
Raub und Erpressung	.	9	14	16	14	26
Begünstigung und Hehlerei	.	68	40	30	39	41
Betrug und Untreue	.	92	163	153	130	127
Urkundenfälschung	.	19	17	23	14	5
Vergehen gegen das StVG.	.	53	299	343	310	309
Löhne und Gehälter 3)						
1. Arbeiterverdienste in der Industrie 4)						
• Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51,38	76,52	164,65	169,50	183,71
	weiblich	26,99	43,84	98,93	100,36	109,06
• Bruttostundenverdienste in Rpf/Pf	männlich	99,9	156,7	355,0	363,9	397,6
	weiblich	56,9	96,6	228,0	231,4	254,4
• Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	46,4	46,6	46,2
	weiblich	47,4	45,4	43,4	43,4	42,9
• Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich	.	.	42,8	42,2	40,4
	weiblich	.	.	39,9	39,1	36,3
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste in DM)						
Industrie 4)						
• Kaufmännische Angestellte	männlich	.	791	805	865	855
	weiblich	.	538	546	593	581
• Technische Angestellte	männlich	.	913	932	999	989
	weiblich	.	551	560	613	599
Handel, Geld- und Versicherungswesen						
• Kaufmännische Angestellte	männlich	.	754	756	807	797
	weiblich	.	495	498	544	533
• Technische Angestellte	männlich	.	767	783	821	801
	weiblich	.	663	639	681	639
Industrie u. Handel, Geld- u. Versicherungswesen						
• Kaufmännische Angestellte	männlich	.	761	766	819	809
	weiblich	.	503	507	554	543
• Technische Angestellte	männlich	.	895	914	978	965
	weiblich	.	560	566	619	602

1) Ohne §§ 223 und 230. - 2) Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) September 1962 4 Jugendliche und 5 Heranwachsende. - Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) September 1962 4 Jugendliche. - 3) 1938 = September 1938, 1950 und 1961 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. - 4) Einschl. Energiewirtschaft und Hoch-, Tief- und Ingenieurbau.





HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1962

Dezember-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Studierenden an der Universität Hamburg im Wintersemester 1961/62

Die Studierendenzahl seit Gründung der Universität

Die Zahl der Studierenden an den deutschen Hochschulen wird für jedes Semester festgestellt, und zwar für das Sommersemester jeweils durch eine Auszählung der Karteien in der Universität und für das Wintersemester auf Grund von Individualfragebogen (Große Hochschulstatistik), die in den Statistischen Landesämtern aufbereitet werden. Da durch die eigenen Angaben der Studierenden in den Fragebogen tiefere Einblicke in die persönlichen Verhältnisse der Studierenden und die Umstände des Studiums gewonnen werden, sollen im folgenden die Ergebnisse aus der sogen. Großen Hochschulstatistik für das WS 1961/62 näher analysiert und mit entsprechenden Ergebnissen aus früheren Semestern verglichen werden. Bei allen Zahlen über die Studierenden an der Universität Hamburg muß beachtet werden, daß in ihnen auch die sogen. Lehrer-Studierenden (Volks-, Mittel- und Berufsschullehrer) enthalten sind, die in Hamburg am Pädagogischen Institut der Universität studieren, während sie in einigen Ländern an besonderen Pädagogischen Hochschulen ausgebildet werden.

Bei der Gründung der Universität Hamburg im SS 1919 wurden 1 729 Studierende immatrikuliert; aber schon nach 2 Jahren war die Zahl der immatrikulierten Studierenden auf mehr als das Doppelte gestiegen (3 700)¹⁾. Diese Aufwärtsbewegung hielt jedoch zunächst nicht an. Nach dem Studienabschluß der Kriegsteilnehmer von 1914/18 und infolge der schwierigen finanziellen Verhältnisse in vielen Familien im Anschluß an die Inflationsjahre ging die Zahl der Studierenden im WS 1925/26 bis auf nahezu den Stand im Gründungssemester wieder zurück. In dem Auf und Ab der Zahl der immatrikulierten Studierenden an der Universität Hamburg in den folgenden Jahren spiegeln sich dann die wirtschaftlichen und

politischen Verhältnisse dieser Zeit deutlich wider. Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Lehrtätigkeit schon im WS 1945/46 mit über 3000 Studierenden wieder aufgenommen. Seit dem WS 1953/54 setzte dann eine stetige Aufwärtsentwicklung ein. Im Durchschnitt hat die Zahl der Studierenden seitdem jährlich um rd. 1 000 zugenommen; im WS 1961/62 waren insgesamt 13 469 deutsche und ausländische Studierende an der Universität Hamburg immatrikuliert (ohne 1 137 Beurlaubte und 598 Gasthörer)²⁾. Auch im Sommersemester 1962 war die Zahl der Studierenden mit 14 556 wiederum um rd. 1 000 höher als im vorhergehenden Semester. Im WS 1961/62 steht die Universität Hamburg mit ihrer Studierendenzahl damit nach München (23 421) und Köln (14 823) an dritter Stelle im Bundesgebiet.

Tab. 1

Zahl der immatrikulierten Studierenden seit der Gründung der Universität Hamburg nach ausgewählten Semestern¹⁾

Sommersemester (SS)	Studierende				
	zusammen	davon		in % Sp. 1	
		männlich	weiblich		
Wintersemester (WS)	1	2	Zahl	3	4
SS 1919	1 729	1 517	212	12,3	
SS 1923	4 571	4 088	483	10,6	
WS 1925/26	1 978	1 679	299	15,1	
SS 1931	4 010	3 018	992	24,7	
SS 1941	926	592	334	36,1	
SS 1944	2 156	1 147	1 009	46,8	
WS 1945/46	3 051	2 593	458	15,0	
SS 1948	5 458	4 037	1 421	26,0	
WS 1950/51	4 480	3 460	1 020	22,8	
WS 1953/54	5 543	4 153	1 390	25,1	
WS 1954/55	6 328	4 721	1 607	25,4	
WS 1955/56	7 108	5 277	1 831	25,8	
WS 1956/57	8 029	5 953	2 076	25,9	
WS 1957/58	9 124	6 698	2 426	26,6	
WS 1958/59	10 317	7 446	2 871	27,8	
WS 1959/60	11 466	8 117	3 349	29,2	
WS 1960/61	12 477	8 799	3 678	29,5	
WS 1961/62	13 469	9 467	4 002	29,7	
SS 1962	14 556	10 116	4 440	30,5	

¹⁾ Ausführliche Angaben über die Entwicklung von 1919 bis 1957 in „Hamburg in Zahlen“ 1958, Heft 12, S. 165 ff.

²⁾ Soweit nicht besonders vermerkt, handelt es sich jeweils um Studierendenzahlen ohne Beurlaubte und Gasthörer.

¹⁾ Deutsche und Ausländer; ohne Beurlaubte und Gasthörer.

Von insgesamt rd. 145 500 deutschen Studierenden, die im WS 1961/62 an den Universitäten des Bundesgebietes immatrikuliert waren, studierten 12 519 (8,6%), und zwar 8 668 oder 8,3 % aller Studenten und 3 851 oder 9,2 % aller Studentinnen in Hamburg. Diese Zahlen zeigen schon, daß das Frauenstudium an der Universität Hamburg größere Bedeutung hat als im Durchschnitt aller Universitäten des Bundesgebietes. Im WS 1961/62 betrug die Quote der deutschen Studentinnen an der Universität Hamburg 30,8%, im Bundesdurchschnitt 28,6%. Aus der Entwicklung dieser Quote seit 1919 ist zu erkennen, daß — abgesehen von den anomalen Verhältnissen während des Krieges und unmittelbar danach — der Anteil der Studentinnen an der Gesamtzahl der Studierenden (Deutsche und Ausländer) in Hamburg stetig zugenommen hat; er ist von 1950 mit 22,8 % an von Jahr zu Jahr bis auf 30,5 % im Sommersemester 1962 gestiegen, während er in den 20er Jahren unter 20 % lag (Tabelle 1). Der im Durchschnitt höhere Frauenanteil ist besonders auf die Einbeziehung der Studierenden für das Lehramt an Volks- und Mittelschulen zurückzuführen; 78 % der Studierenden, die Volksschullehrer werden wollen, sind heute Frauen. Auch unter den deutschen Studierenden der allgemeinen Medizin ist der Anteil der Frauen mit rd. 37 % im WS 1961/62 in Hamburg überdurchschnittlich hoch (Bundesdurchschnitt 34,4 %).

Die ausländischen Studierenden

Von den insgesamt 12 750 ausländischen Studierenden an deutschen Universitäten im WS 1961/62 studierten an der Universität Hamburg 950 oder 7,5%. Der Anteil der deutschen Studierenden der Universität Hamburg an der Gesamtzahl aller deutschen Studierenden an deutschen Universitäten bewegte sich in den letzten Jahren zwischen 8,6 % und 9,0 %, der entsprechende Anteil für die ausländischen Studierenden lag zwischen 7,0 % und 7,8 %. An der Universität Hamburg waren demnach verhältnismäßig weniger Ausländer als Deutsche immatrikuliert (Tabelle 2). Wie stark die einzelnen Kontinente im WS 1961/62 an der Universität Hamburg vertreten waren, ergibt die nachfolgende Tabelle 3.

Tab. 2

Deutsche und ausländische Studierende an den Universitäten des Bundesgebiets und in Hamburg in den WS 1956/57 bis 1961/62¹⁾

Wintersemester	Deutsche Studierende			Ausländische Studierende		
	Bund ²⁾	Hamburg		Bund ²⁾	Hamburg	
		Zahl	in % Sp. 1		Zahl	in % Sp. 4
	1	2	3	4	5	6
1956/57	86 763	7 633	8,8	5 531	396	7,2
1957/58	95 197	8 559	9,0	7 222	565	7,8
1958/59	108 677	9 614	8,8	9 176	703	7,7
1959/60	119 891	10 674	8,9	10 779	792	7,3
1960/61	131 687	11 652	8,8	11 855	825	7,0
1961/62	145 555	12 519	8,6	12 750	950	7,5

¹⁾ Aus den Ergebnissen der „Kleinen Hochschulstatistik“.
²⁾ Ohne Berlin (West).

Tab. 3

Ausländische Studierende an der Universität Hamburg im WS 1961/62

Heimatland in	Männlich	Weiblich	Zusammen	
			Zahl	%
	1	2	3	4
Europa	354	85	439	46,2
Asien	286	23	309	32,6
Amerika	77	38	115	12,1
Afrika	77	4	81	8,5
Australien	2	1	3	0,3
Staatenlos	3	—	3	0,3
Insgesamt	799	151	950	100

Die Mobilität der deutschen Studierenden

Fast die Hälfte der deutschen Studierenden an der Universität Hamburg hat ihren ständigen Wohnsitz in Hamburg und ein gutes Drittel kommt aus den beiden Nachbarländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen; zusammen studierten im WS 1961/62 in Hamburg rd. 82 % aus diesen drei Ländern. Der Rest verteilte sich auf alle übrigen Bundesländer (Tabelle 4).

Tab. 4

Deutsche Studierende an der Universität Hamburg nach dem Heimatland in den WS 1957/58 und 1961/62

Heimatland	WS 1957/58				WS 1961/62			
	männlich	weiblich	zusammen	%	männlich	weiblich	zusammen	%
	1	2	3	4	5	6	7	8
Schleswig-Holstein	1 024	402	1 426	16,7	1 524	635	2 159	17,2
Hamburg	3 010	1 252	4 262	49,8	3 783	1 901	5 684	45,4
Niedersachsen	1 118	359	1 477	17,3	1 799	682	2 481	19,8
Bremen	233	60	293	3,4	364	107	471	3,8
Nordrhein-Westfalen	414	149	563	6,6	650	279	929	7,4
Hessen	63	20	83	1,0	100	50	150	1,2
Rheinland-Pfalz	38	13	51	0,6	45	28	73	0,6
Baden-Württemberg	164	46	210	2,4	217	81	298	2,4
Bayern	68	13	81	0,9	106	45	151	1,2
Saarland	10	8	18	0,2	9	5	14	0,1
Berlin (West)	38	20	58	0,7	71	38	109	0,9
Sowj. Besatzungszone und Sowjetsektor	25	5	30	0,3	—	—	—	—
Ausland	7	—	7	0,1	—	—	—	—
Insgesamt	6 212	2 347	8 559	100	8 668	3 851	12 519	100

Insgesamt waren im WS 1961/62 an den Universitäten des Bundesgebiets und in Berlin (West) 6900 Studierende immatrikuliert, die ihren ständigen Wohnsitz in Hamburg hatten, davon rd. 82 % an der Universität Hamburg (im WS 1955/56 waren es noch 84,6 %). Die übrigen Hamburger studierten insbesondere an den Universitäten in Baden-Württemberg (5,5 %) und in Bayern (4,5 %) (Tabelle 5).

Für das WS 1961/62 hatten die deutschen Studierenden auch Angaben über die Zahl der von ihnen bisher besuchten Hochschulen zu machen. Von den 12 519 deutschen Studierenden an der Universität Hamburg hatten 7 671 oder 61 % nur die Universität Hamburg besucht; davon standen weit über die Hälfte im 1. bis 4. Semester. Weiter muß berücksichtigt werden, daß in den Hamburger Zahlen rd. 1 800 Studierende enthalten sind, die als Berufsziel Volks-, Mittel- oder Berufsschullehrer angegeben haben und die im allgemeinen nur am Pädagogischen Institut der Universität Hamburg studieren werden, da für diesen Beruf in Hamburg ein Universitätsstudium gefordert wird. Bemerkenswert ist, daß fast 1 700 oder 40 % der Studierenden, die im 7. oder einem höheren Fachsemester standen, ausschließlich an der Universität Hamburg studiert haben.

Tab. 5
Hamburger Studierende an den Universitäten des Bundesgebiets und der Universität Berlin (West) in den WS 1955/56 und 1961/62

Land Universität	WS 1955/56	WS 1961/62
Schleswig-Holstein		
Kiel	56	75
Hamburg	3 553	5 684
Niedersachsen		
Göttingen	51	65
Nordrhein-Westfalen		
Bonn	41	49
Köln	14	39
Münster	28	49
Hessen		
Frankfurt	13	13
Marburg	34	57
Gießen	3	12
Rheinland-Pfalz		
Mainz	6	32
Baden-Württemberg		
Heidelberg	70	92
Freiburg	105	163
Tübingen	91	122
Bayern		
München	93	222
Würzburg	20	46
Erlangen	19	} 44
Nürnberg	5	
Saarland		
Saarbrücken	27
Berlin (West)	109
Hamburger Studierende insgesamt		
darunter in Hamburg absolut	4 202 ¹⁾	6 900
in %	3 553	5 684
	84,6 ¹⁾	82,4

¹⁾ Ohne Saarbrücken und Berlin (West).

3 428 oder rd. 27 % der deutschen Studierenden hatten zwei und rd. 11 % drei und mehr Hochschulen besucht. Unter denen, die bereits mehrere Hochschulen besucht haben, befinden sich sogar 134 Studierende im ersten und 250 im zweiten Fachsemester.

Tab. 6
Deutsche Studierende an der Universität Hamburg im Wintersemester 1961/62 nach Fachsemestern und Zahl der besuchten Hochschulen

Fachsemester	Studierende insgesamt	Von 100 Studierenden (Sp. 1), studierten an . . . Hochschule(n)				
		einer	zwei	drei	vier u. mehr	ohne Angabe
	1	2	3	4	5	6
1.	881	84,8	11,5	2,9	0,8	—
2.	2 271	88,2	9,7	1,0	0,3	0,8
3.	745	67,5	25,0	5,4	0,9	1,2
4.	2 021	70,6	25,0	3,3	0,5	0,6
5.	711	52,2	35,9	9,7	1,4	0,8
6.	1 738	54,2	34,3	9,7	1,3	0,5
7.	632	44,8	36,1	15,8	2,7	0,6
8.	1 309	43,5	35,8	15,0	5,0	0,7
9.	494	38,1	43,3	13,8	3,6	1,2
10.	779	36,8	38,0	18,6	6,2	0,4
11.	278	28,4	41,7	18,4	10,4	1,1
12.	359	40,1	38,4	15,0	5,9	0,6
13. u. mehr	301	42,5	34,6	14,6	7,0	1,3
Zu-						
sammen	12 519	61,3	27,4	8,4	2,2	0,7

Das erklärt sich daraus, daß diese Studierenden zwar erst im Anfang ihres jetzigen Fachstudiums stehen, sich aber bereits in einem höheren Studiensemester befinden, weil sie ihr Studienfach inzwischen gewechselt haben.

Von den Studierenden im 3. und 4. Fachsemester hatten jeweils rd. 30 %, von den Studierenden im 5. und 6. Fachsemester fast 50 % und von den in höheren Semestern rd. 60 % mehrere Hochschulen besucht (Tabelle 6).

Wenn man berücksichtigt, daß das Wechseln von Universität zu Universität heute mit größeren Schwierigkeiten (Zimmerbeschaffung, Finanzierung, Arbeitsplatz im Labor) verbunden ist als vor dem Kriege, so lassen die Ergebnisse dieser Erhebung das Bestreben eines erheblichen Teils der deutschen Studierenden erkennen, im Laufe des Studiums möglichst mehrere Universitäten zu besuchen, um insbesondere andere Dozenten zu hören und verschiedene Lehrmeinungen kennenzulernen.

Die Altersgliederung der deutschen Studierenden

Unmittelbar nach dem Kriege (z. B. im WS 1948/49) stand ein Drittel der Studierenden im Alter von 25 bis unter 30 Jahren und etwa ein Zehntel war 30 Jahre alt oder älter; die Gruppe der unter 21jährigen war mit nur 4,6 % besetzt. Nach dem Abgang der Kriegsgeneration von der Universität zu Anfang der 50er Jahre hat sich die altersmäßige Zusammensetzung der Studentenschaft wieder weitgehend normalisiert. In der ganz überwiegenden Zahl der Fälle beginnt der Studierende sein Studium

Tab. 7
Altersgliederung der deutschen Studierenden an der Universität Hamburg in %

Alter von bis unter Jahren	WS	WS	WS	WS	WS
	1930/31	1948/49	1957/58	1960/61	1961/62
	1	2	3	4	5
unter 19	4,3		0,3	0,0	0,1
19 bis unter 20	13,2	1,0	5,2	3,2	3,2
20 " " 21	18,9	3,6	11,7	12,5	10,7
21 " " 22	17,7	7,1	15,6	16,0	15,4
22 " " 23	13,7	10,8	16,5	16,8	16,9
23 " " 24	8,5	12,7	13,8	13,5	15,7
24 " " 25	5,2	12,6	8,3	11,6	11,6
25 " " 26		11,5	6,3	8,5	8,5
26 " " 27		9,2	5,1	5,3	5,6
27 " " 28	12,4	8,6	3,8	2,7	3,7
28 " " 29		7,0	2,7	1,8	1,6
29 " " 30		5,0	2,0	1,5	1,2
30 und älter	6,1	10,9	8,7	6,6	5,8
Zusammen	100	100	100	100	100

unmittelbar nach bestandem Abitur, d. h. im Alter von 19 bis 21 Jahren. Da es sich hier um Zahlen für das jeweilige Wintersemester handelt, befindet sich der größte Teil der „Studienanfänger“ bereits im 2. Semester, so daß die Gruppe der 19- bis unter 20jährigen verhältnismäßig schwach besetzt ist. Gegenüber der Zeit vor dem Kriege hat sich die altersmäßige Zusammensetzung der deutschen Studierenden durchweg um 1 Jahr nach oben verschoben, da seit dem Jahre 1949 die Hochschulreife erst nach Abschluß der 13. Klasse erreicht wird. Abgesehen davon ist der Anteil der Studierenden in höherem Alter heute größer als früher, weil die bis zum Abschlußexamen vorgeschriebene Semesterzahl z. T. erhöht wurde (z. B. Prüfung als Dipl.-Volkswirt nach 8 statt 6 Semestern, medicin. Staatsexamen nach 11 statt 10 Semestern) und das Studium bei vielen Studierenden durch Ausübung einer Berufs-

tätigkeit verzögert wird. So beträgt in den letzten Jahren die Gruppe der 25- bis unter 30jährigen Studierenden rd. 20 % gegenüber nur 12 % im WS 1930/31. Darüber hinaus wird die Universität auch von Personen besucht, die sich überhaupt erst in höherem Alter zum Studium entschließen oder neben einer Berufstätigkeit studieren oder das Studium wieder aufnehmen, um ein weiteres Examen (Doktorprüfung) zu machen. Der Anteil der Gruppe der 30jährigen und älteren Studierenden ist in den letzten Jahren allerdings zurückgegangen und entspricht jetzt etwa den Verhältnissen im WS 1930/31 mit 6,1 % (Tabelle 7).

Die Gliederung der „Studienanfänger“ (1. und 2. Hochschulsesemester) nach Geburtsjahren zeigt, daß zwar der überwiegende Teil der Studierenden unmittelbar nach der Reifeprüfung mit dem Studium begann, eine verhältnismäßig große Zahl der Studierenden aber erst in einem höheren Lebensalter das Studium aufnahm. Da die entsprechenden Angaben nur aus der Individualerhebung im Wintersemester gewonnen werden können, befindet sich der überwiegende Teil dieser sogen. Studienanfänger bereits im 2. Hochschulsesemester. Von den 2730 deutschen Studierenden, die im WS 1961/62 in Hamburg im 1. oder 2. Hochschulsesemester standen, gehörten 2315 oder 85 % den Geburtsjahrgängen 1939 bis 1943 an, sie waren also zwischen 18 und 22 Jahre alt. Von den 335 männlichen und 80 weiblichen „Studienanfängern“, die 1938 und früher geboren waren, widmeten sich 43,4 % den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Tabelle 8). Dieser Anteil von Studierenden in höherem Lebensalter erklärt sich daraus, daß der Studierende der Betriebswirtschaft möglichst vor Beginn des Studiums kaufmännisch tätig gewesen

Tab. 8
Die deutschen Studierenden an der Universität Hamburg im 1. und 2. Hochschulsesemester nach Geburtsjahr und Fakultät im WS 1961/62

Geburtsjahr	Studierende insgesamt			davon in den Fakultäten											
				Theologie		Rechtswissenschaft		Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften		Medizin ¹⁾		Philosophie		Mathematik u. Naturwissenschaften ²⁾	
	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1943 und später	4	3	7	1	—	—	—	1	1	—	—	1	2	1	—
1942	198	196	394	6	2	23	4	33	18	14	30	57	129	65	13
1941	524	445	969	11	3	75	16	139	44	41	31	151	318	107	33
1940	389	190	579	7	1	50	5	125	23	42	7	103	144	62	10
1939	284	82	366	1	—	36	—	124	11	18	6	71	57	34	8
1938	142	32	174	—	—	7	—	84	4	7	1	29	22	15	5
1937	56	18	74	1	—	2	1	37	1	1	4	13	9	2	3
1936	50	6	56	2	—	2	1	22	—	1	1	20	4	3	—
1935	34	4	38	1	—	3	—	9	—	2	—	16	3	3	—
1934	13	5	18	1	—	—	1	7	—	—	—	3	4	2	—
1933	7	1	8	—	—	—	—	3	1	—	—	1	—	3	—
1932	6	3	9	—	—	2	—	3	—	1	—	—	3	—	—
1931	3	—	3	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	1	—
1930	2	2	4	—	—	1	—	—	—	1	—	—	2	—	—
1929	5	—	5	—	—	1	—	3	—	—	—	—	—	1	—
1928	2	2	4	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	—	—
1927	1	1	2	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—
1926 u. früher	14	6	20	—	—	2	—	5	—	2	2	4	4	1	—
Zusammen	1734	996	2730	31	6	205	28	596	103	131	82	471	704	300	73

¹⁾ Einschl. Pharmazie. — ²⁾ Ohne Pharmazie.

sein muß und für den künftigen Handelsschullehrer eine kaufmännische Tätigkeit von einem Jahr, davon ein halbes Jahr vor Beginn des Studiums, vorgeschrieben ist, mancher aber vorher eine kaufmännische Lehre abgeschlossen hat.

Die deutschen Studierenden nach Semestern

Bei der Semesterzahl wird nach Studien- und Fachsemestern unterschieden. Im allgemeinen ist die Zahl der Studiensemester gleich der Zahl der Fachsemester. Es kommt jedoch gar nicht selten vor, wie z. T. aus Tabelle 6, Seite 351 über die Zahl der besuchten Hochschulen hervorgeht, daß der Studierende im Laufe seines Studiums das Fachgebiet wechselt, so daß er sich dann in einem höheren Studien- als Fachsemester befindet, wenn auch ein Teil der in einem anderen Studienfach verbrachten Semester ggf. als Fachsemester für das neue Studienfach angerechnet und somit als Fachsemester gezählt wird.

Bei einem Vergleich der Zusammensetzung der Studierenden nach der Semesterzahl ist zu beachten, daß für die Vorkriegszeit die Zahl der Studiensemester, für die WS 1957/58 bis 1961/62 aber die Zahl der Fachsemester ermittelt wurde. Das bedeutet also, daß die Durchschnittsergebnisse für das WS 1930/31 im Vergleich zur Nachkriegszeit etwas überhöht sind. Aus der Tabelle 9 ist zu erkennen,

Tab. 9
Die deutschen Studierenden an der Universität Hamburg nach Fachsemestern¹⁾ in %

Semester	WS 1930/31	WS 1957/58	WS 1960/61	WS 1961/62
	1	2	3	4
1.	6,4	8,1	7,5	7,0
2.	21,7	19,8	19,6	18,1
3.	6,0	6,5	5,7	6,0
4.	19,5	17,4	16,2	16,1
5.	6,4	6,0	5,6	5,7
6.	14,9	15,2	13,5	13,9
7.	5,9	5,6	5,2	5,1
8.	8,4	9,7	10,5	10,5
9.	3,6	3,4	3,8	3,9
10.	3,7	3,6	6,2	6,2
11.	1,1	1,8	2,0	2,2
12. u. mehr	2,4	2,9	4,2	5,3
Zusammen	100	100	100	100

¹⁾ Für WS 1930/31: Studiensemester.

daß der Anteil der Studierenden in höheren Semestern — also unabhängig vom Alter — ständig größer geworden ist. Im WS 1930/31 befanden sich nur 7,2 % der deutschen Studierenden im 10. oder einem höheren Semester und auch im WS 1957/58 lagen die Verhältnisse noch ähnlich. In den letzten Jahren stieg dann der Anteil der Studierenden im 10. und höheren Semester erheblich an bis auf 13,7 % im WS 1961/62. Diese Entwicklung ist einmal die Folge von inzwischen eingetretenen Erhöhungen der vorgeschriebenen Semesterzahl bis zum Examen in einigen Fakultäten (Medizin, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften). Auch eine aus finanziellen Gründen ausgeübte Erwerbstätigkeit während des Semesters oder in der vorlesungsfreien Zeit wird die Dauer des

Studiums in manchen Fällen beeinflussen. Legt man die jeweilige Mindestsemesterzahl zugrunde, so zeigt sich, inwieweit der Anteil von Studierenden in höheren Semestern durch das jeweilige Studienfach bedingt ist. Verhältnismäßig niedrig (unter 10 %) liegt der Anteil von Studierenden in höheren Semestern bei den Studienfächern Medizin, Zahnmedizin sowie für das Lehramt an Volks- und Berufsschulen. In den Wirtschaftswissenschaften überschreiten rd. 14 % der Studierenden die Mindestsemesterzahl, und in den Studienfächern für das Lehramt an höheren Schulen rd. 23 %. Hier ist zu berücksichtigen, daß in den Fächern der Philosophischen und der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät ein Teil der Studierenden anstatt des Staatsexamens die Doktorprüfung ablegt und für die Fertigstellung der Dissertation oft mehrere Semester benötigt; so weisen z. B. die Studienfächer Physik mit 29,9 % und insbesondere Chemie mit 46,1 % einen hohen Anteil von Studierenden aus, die die Pflichtsemesterzahl überschritten haben. Von den Studierenden der Rechtswissenschaft befanden sich fast 38 % im 8. oder einem höheren Fachsemester. Dieser hohe Anteil von Studierenden in höheren Semestern deutet darauf hin, daß auch die nach dem deutschen Richtergesetz jetzt vorgeschriebene Zahl von 7 Pflichtsemestern kaum ausreicht, um die Anforderungen für das 1. juristische Staatsexamen erfüllen zu können (Tabelle 10).

Die Studierenden nach Fakultäten und Studienfächern

Die Zusammensetzung der Studierenden nach Fakultäten hat sich in den letzten Jahren verschoben. Bemerkenswert ist nicht nur der stetige Rückgang des Anteils der Studierenden der Rechtswissenschaft an der Gesamtzahl der Studierenden von 16,4 % im

Tab. 10
Die erforderliche Mindestzahl an Fachsemestern und der Anteil der Studierenden in höheren Semestern an der Universität Hamburg im WS 1961/62

Studienfächer	Mindestzahl der Fachsemester	Zahl der deutschen Studierenden		
		insgesamt	darunter in höherem Semester	
			absolut	%
1	2	3	4	
Evangelische Theologie	8 ²⁾	262	59	22,5
Allgemeine Medizin	11	1 165	66	5,7
Zahnmedizin	10	193	4	2,1
Rechtswissenschaft	7	1 414	533	37,7
Volkswirtschaftslehre	8	714	97	13,6
Betriebswirtschaftslehre	8 ²⁾	1 497	213	14,2
Handelsschullehramt	8 ³⁾	590	102	17,3
Volksschullehramt	6	1 526	98	6,4
Lehramt für berufsbildende Schulen	6	225	16	7,1
Fächer für das Lehramt an Höheren Schulen (ohne naturwissenschaftliche Fächer) ¹⁾	8	2 417	558	23,1
Mathematik ¹⁾	8	426	89	20,9
Physik ¹⁾	8	559	167	29,9
Chemie ¹⁾	8	165	76	46,1

¹⁾ Abgestellt auf die Semesterzahl f. d. Lehramt an Höheren Schulen.
²⁾ Mindestens 6 nach letzter Sprachprüfung. — ³⁾ Mit Kaufmannsgehilfenprüfung 7 Semester.

Tab. 11

Die Studierenden an der Universität Hamburg nach Fakultäten 1958/59 bis 1962

Fakultäten	Deutsche und ausländische Studierende im ... Semester									
	WS 1958/59		WS 1959/60		WS 1960/61		WS 1961/62		SS 1962	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Evangelisch-Theologische	241	2,3	266	2,3	284	2,3	284	2,1	320	2,2
Rechtswissenschaftliche	1 690	16,4	1 670	14,6	1 539	12,3	1 444	10,7	1 476	10,1
Wirtschafts- und Sozial- wissenschaftliche	2 319	22,5	2 497	21,8	2 754	22,1	3 050	22,7	3 337	22,9
Medizinische	1 328	12,9	1 572	13,7	1 641	13,2	1 702	12,6	1 828	12,6
Philosophische	3 218	31,2	3 790	33,0	4 394	35,2	4 878	36,2	5 280	36,3
Mathematisch-Natur- wissenschaftliche	1 521	14,7	1 671	14,6	1 864	14,9	2 111	15,7	2 218	15,2
Ohne Angabe	—	—	—	—	1	0,0	—	—	97	0,7
Zusammen	10 317	100	11 466	100	12 477	100	13 469	100	14 556	100

WS 1958/59 auf 10,7 % im WS 1961/62 (und weiter auf 10,1 % im SS 1962), sondern auch der Rückgang der absoluten Zahl von 1 690 auf 1 444 im WS 1961/62. Erheblich zugenommen hat dagegen die Zahl der Studierenden in der Philosophischen Fakultät in diesem Zeitraum, nämlich von 3 218 oder 31,2 % auf 4 878 oder 36,2 % (und weiter auf 5 280 oder 36,3 % im SS 1962). Diese Zunahme ist insbesondere auf das starke Ansteigen der Studierendenzahlen am Pädagogischen Institut der Universität, also der Ausbildungsstätte für die künftigen Volks-, Mittel- und Berufsschullehrer, zurückzuführen.

Die Wandlungen, die im Laufe der Zeit in der Wahl von bestimmten Studienfächern eingetreten sind, lassen sich zwar z. T. bereits aus den Zusammenfassungen nach Fakultäten erkennen, aber erst durch

eine weitere Gliederung nach Studienfächern wird deutlich, welches Gewicht einzelne Fächer — wie z. B. die Betriebswirtschaft — in den letzten 30 Jahren erlangt haben.

Es wurde bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß in Hamburg die Universität die Ausbildungsstätte der Volks- und Mittelschullehrer (von 1927 bis 1936 und ab 1947) und der Gewerbelehrer (seit 1919) ist, und zwar werden die Studierenden am Pädagogischen Institut in der Philosophischen Fakultät ausgebildet. Dadurch erhält diese Fakultät zahlenmäßig in Hamburg ein besonderes Gewicht mit einem Anteil von mehr als einem Drittel der Gesamtzahl aller Studierenden (im SS 1962 über 5000). Im WS 1930/31 war die Gruppe der künftigen Volks- und Berufsschullehrer mit fast 1 000 Studierenden oder rd. 27 % der

Tab. 12

Die deutschen Studierenden an der Universität Hamburg in den Wintersemestern 1930/31, 1950/51 und 1961/62 nach ausgewählten Studienfächern

Studienfächer	Deutsche Studierende im WS											
	1930/31				1950/51				1961/62			
	m.	w.	zusammen		m.	w.	zusammen		m.	w.	zusammen	
			abs.	%			abs.	%			abs.	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Evangelische Theologie ¹⁾	—	—	—	—	113	15	128	2,8	227	35	262	2,1
Allgemeine Medizin	361	105	466	13,1	539	166	705	15,5	739	426	1 165	9,3
Zahnmedizin	137	34	171	4,8	132	38	170	3,7	126	67	193	1,5
Rechtswissenschaft	570	43	613	17,2	828	64	892	19,7	1 245	169	1 414	11,3
Volkswirtschaftslehre	157	16	173	4,8	197	25	222	4,9	605	109	714	5,7
Betriebswirtschaftslehre	4	—	4	0,1	243	18	261	5,7	1 391	106	1 497	12,0
Handelsschullehramt	5	1	6	0,2	—	—	—	—	418	172	590	4,7
Volksschullehramt	627	263	890	25,0	162	190	352	7,8	339	1 187	1 526	12,2
Lehramt f. berufsbildende Schulen	42	39	81	2,3	105	79	184	4,1	150	75	225	1,8
Germanistik	} 264	} 143	} 407	} 11,4	161	106	267	5,9	546	365	911	7,3
Alte Sprachen					54	14	68	1,5	207	86	293	2,3
Neue Sprachen					79	65	144	3,2	368	364	732	5,9
Mathematik	142	25	167	4,7	} 280	} 25	} 305	} 6,7	360	66	426	3,4
Physik, angew. Physik	69	3	72	2,0					528	31	559	4,5
Chemie	89	18	107	3,0	106	13	119	2,6	151	14	165	1,3
Biologie, Botanik, Zoologie, Antropologie	70	35	105	2,9	104	56	160	3,5	152	75	227	1,8
Geographie	} 205	} 99	} 304	} 8,5	21	9	30	0,7	118	47	165	1,3
Sonstige					397	134	531	11,7	998	457	1 455	11,6
Zusammen	2 742	824	3 566	100	3 521	1 017	4 538	100	8 668	3 851	12 519	100

¹⁾ Studierende der evang. Theologie wurden bis zum SS 1954 an der Kirchlichen Hochschule ausgebildet.

deutschen Studierenden besetzt. Diese Gruppe von künftigen Lehrern ist im WS 1961/62 zwar zahlenmäßig auf insgesamt 1751 angewachsen, aber der Anteil an der Gesamtzahl beträgt nur noch 14 %, weil inzwischen andere Studienfächer, insbesondere die Wirtschaftswissenschaften, einen damals noch unvorstellbaren Aufschwung genommen haben. Zu Beginn der 30er Jahre waren die Studienfächer in der Reihenfolge Volksschullehrer, Rechtswissenschaft und Allgemeine Medizin am weitaus stärksten belegt (insgesamt 55 % der deutschen Studierenden). Heute dagegen ist die Reihenfolge: Volksschullehrer, Betriebswirtschaftslehre, Rechtswissenschaft, Allgemeine Medizin (insgesamt 44,8 %). Die Besetzung der wirtschaftswissenschaftlichen Fächer im WS 1961/62 mit 714 Studierenden der Volkswirtschaft und 1497 Studierenden der Betriebswirtschaft als Hauptfach veranschaulicht mit aller Deutlichkeit die Leistungen der Universität für den Nachwuchs an akademisch vorgebildeten Wirtschaftswissenschaftlern. Im WS 1930/31 gab es an der Universität Hamburg nur 4

Studierende der Betriebswirtschaft und 173 Studierende der Volkswirtschaft. Die Entwicklung im Laufe der letzten 30 Jahre findet ihren Ausdruck auch darin, daß im WS 1961/62 590 Studierende, darunter 172 weibliche, das Studienfach „Handelsschullehreramt“ belegt hatten gegenüber nur 6 im WS 1930/31! (Tabelle 12).

Von den im WS 1961/62 an der Universität Hamburg immatrikulierten 950 ausländischen Studierenden waren 151 oder 15,9 % weibliche Studenten. Zahlenmäßig am stärksten bevorzugt waren von den Ausländern die Studienfächer Allgemeine Medizin (264), Volkswirtschaft (94), Zahnmedizin (80), Betriebswirtschaft (72), Germanistik (65, darunter 39 Frauen) und Physik (63).

Deutsche Studierende nach dem Berufsziel

Die Ergebnisse aus den Angaben, welche die immatrikulierten deutschen Studierenden im WS 1961/62 über ihr Berufsziel machten, sind aus Tabelle 13 zu ersehen. Von den rd. 12 500 deutschen Studierenden gaben allein rd. 5 000 (40 %) als Berufsziel den Lehrer an den verschiedensten Schularten an. Darunter befanden sich rd. 47 % weibliche Studierende gegenüber rd. 39 % im WS 1950/51. Besonders gestiegen ist die Zahl der Studentinnen, die Volksschullehrerin werden wollen; es sind heute über dreimal soviel wie Studenten. Die Zusammensetzung der künftigen Lehrerschaft an Volks- und Mittelschulen hat sich seit 1930 geradezu umgekehrt. Waren es damals nur 30 % Frauen, so stieg ihr Anteil im WS 1950/51 auf 52,4 % und erreichte im WS 1961/62 rd. 78 %, so daß wohl — auch wenn man berücksichtigt, daß ein Teil der Lehrerinnen vor Erreichen der Altersgrenze infolge Heirat ausscheidet — die künftigen Schüलगenerationen in den Volks- und Mittelschulen ganz überwiegend von Frauen unterrichtet und erzogen werden.

Ebenso wählt die Frau in zunehmendem Maße den Beruf der Ärztin. Mit rd. 37 % war sie im WS 1961/62 unter den Studierenden vertreten, die als Berufsziel praktischer Arzt bzw. Facharzt angegeben hatten, während ihr Anteil im WS 1950/51 noch 23,6 % ausmachte.

Bemerkenswert ist, daß mehr als 10 % aller männlichen und 6 % aller weiblichen Studierenden keine Angaben über ihren künftigen Beruf gemacht haben, da sie sich selbst noch nicht klar waren, in welchem Beruf sie ihre während des Studiums erworbenen Kenntnisse eines Tages nach Abschluß des Studiums verwenden wollten. Von den 1 146 Studierenden mit unbekanntem Berufsziel standen fast die Hälfte (49,3 %) im 1. bis 4. Semester, ein Drittel bereits im 7. oder einem höheren Semester.

Tabelle 14 vermittelt eine Vorstellung darüber, welche Berufe die Studierenden in den einzelnen Fakultäten vornehmlich anstreben. Zugleich ist daraus zu erkennen, daß der Anteil der Studierenden, die noch keine Angaben über ihren künftigen Beruf machen konnten, für die einzelnen Fakultäten erhebliche Unterschiede aufweist.

Bei den Studierenden in der Theologischen Fakultät steht das Berufsziel im allgemeinen von vornherein

Tab. 13

Deutsche Studierende an der Universität Hamburg nach Berufsziel im Wintersemester 1961/62

Berufsziel	Männl.	Weibl.	Zus.
Hochschullehrer und Lektor	66	6	72
Lehrer an Höheren Schulen (einschließlich Sportlehrer)	1 711	924	2 635
Volksschullehrer	340	1 189	1 529
Gewerbelehrer	150	75	225
Diplomhandelslehrer	418	172	590
Hilfsschullehrer, Sonderschullehrer und sonstiger Lehrer	50	23	73
Wissenschaftlicher Bibliothekar	16	15	31
Wissenschaftlicher Museumsbeamter	12	1	13
Evangelischer Geistlicher	208	27	235
Praktischer Arzt	508	278	786
Facharzt	216	138	354
Zahnarzt	127	69	196
Apotheker	37	69	106
Richter, Staatsanwalt	332	58	390
Höherer Verwaltungsbeamter	188	28	216
Rechtsanwalt, Notar	293	34	327
Wirtschaftsjurist, Syndicus	169	9	178
Volkswirt, Statistiker	253	60	313
Betriebswirtschaftler	1 056	82	1 138
Wirtschaftsprüfer	196	4	200
Steuerberater	53	6	59
Fachpsychologe, Berufsberater	121	103	224
Dramaturg, Regisseur, Intendant	21	7	28
Journalist, Redakteur, Schriftsteller	208	100	308
Dipl.-Mathematiker ohne nähere Angabe	70	11	81
Versicherungsmathematiker, Finanzmathematiker, Mathematiker in der Industrie	31	4	35
Physiker, technischer Physiker	412	21	433
Meteorologe	24	6	30
Chemiker	125	6	131
Biologe, Botaniker, Zoologe	54	25	79
Geologie, Mineralogie	50	4	54
Schiffbauingenieur	45	—	45
Diplomholzwirt	82	1	83
Sonstige Berufe	108	68	176
Ohne Angabe und Berufsziel unbekannt	918	228	1 146
Zusammen	8 668	3 851	12 519

Tab. 14

Deutsche Studierende an der Universität Hamburg im WS 1961/62
nach Fakultäten und Berufsziel

Fakultäten Berufsziele	Studierende insgesamt		Von den Studierenden mit unbekanntem Berufsziel standen im ... Fachsemester				
	Zahl	%	1. u. 2.	3. u. 4.	5. u. 6.	7. u. 8.	9. und höher
	1	2	3	4	5	6	7
Evangelische Theologie	262	100					
davon Berufsziel							
Evangel. Geistlicher	235	89,7					
Sonstige Berufe	15	5,7					
Unbekannt	12	4,6	3	3	2	3	1
Rechtswissenschaft	1 414	100					
davon Berufsziel							
Richter, Staatsanwalt	390	27,6					
Verwaltungsbeamter	216	15,3					
Rechtsanwalt	327	23,1					
Wirtschaftsjurist	178	12,6					
Sonstige Berufe	7	0,5					
Unbekannt	296	20,9	72	46	60	80	38
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	2 868	100					
davon Berufsziel							
Betriebswirtschaftler	1 138	39,7					
Wirtschaftsprüfer	200	7,0					
Steuerberater	59	2,0					
Volkswirt, Statistiker	313	10,9					
Diplomhandelslehrer	590	20,6					
Sonstige Berufe	141	4,9					
Unbekannt	429	14,9	116	104	86	67	56
Medizin	1 358	100					
davon Berufsziel							
Praktischer Arzt	786	57,9					
Facharzt	354	26,1					
Zahnarzt	196	14,4					
Unbekannt	22	1,6	2	4	5	7	4
Philosophie	4 698	100					
davon Berufsziel							
Lehrer an Höheren Schulen	1 949	41,5					
Volksschullehrer	1 529	32,5					
Gewerbelehrer	225	4,8					
Sonstige Berufe	723	15,4					
Unbekannt	273	5,8	105	56	28	32	52
Mathematik-Naturwissenschaften	1 919	100					
davon Berufsziel							
Lehrer an Höheren Schulen	674	35,1					
Physiker	433	22,6					
Chemiker	131	6,8					
Mathematiker (Versicherung, Industrie)	116	6,1					
Biologe, Zoologe, Botaniker	79	4,1					
Sonstige Berufe	372	19,4					
Unbekannt	114	5,9	24	30	14	13	33
Insgesamt	12 519		322	243	195	202	184

fest: fast 90 % der Studierenden wollten evangelische Geistliche werden.

Ebenso hat sich der Studierende in der Medizinischen Fakultät im allgemeinen schon mit Beginn des Studiums für einen bestimmten Beruf entschieden: er wird Arzt bzw. Zahnarzt. In diesen beiden Fakultäten liegt daher die Zahl der Studierenden mit unbekanntem Berufsziel sehr niedrig (12 bzw. 22). Wenn in der Medizinischen Fakultät 193 Studierende Zahnmedizin studieren, aber 196 als Berufsziel Zahn-

arzt angegeben haben, so erklärt sich dieser scheinbare Widerspruch daraus, daß von den Studierenden der allgemeinen Medizin, von denen 9 Zahnmedizin als weiteres Studienfach angegeben hatten, 3 Zahnarzt werden wollten.

Von den 1 414 Studierenden der Rechtswissenschaft hatten sich fast 80 % für einen bestimmten Beruf entschieden, sie wollten Richter, Staatsanwalt, Verwaltungsbeamter, Rechtsanwalt oder Wirtschaftsjurist werden. In dieser Fakultät liegt der Anteil der

Studierenden mit unbekanntem Berufsziel am höchsten (21 %). Bemerkenswert ist dabei, daß über 8 % bereits im 7. oder einem höheren Semester standen.

In der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät hatten rd. 30 % einen Beruf wie Dipl.-Handelslehrer, Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater in Aussicht genommen. Der ganz überwiegende Teil der Studierenden in dieser Fakultät machte Angaben wie Dipl.-Kaufmann (rd. 40 %) bzw. Dipl.-Volkswirt (11 %) oder gab keine Antwort (rd. 15 %) auf die Frage nach dem Berufsziel. Es ist durchaus erklärlich, daß die Studierenden der Betriebswirtschaft und der Volkswirtschaft während des Studiums noch keine präzisen Angaben über ihren künftigen „Beruf“ machen können, sondern das Abschlußexamen dem Berufsziel gleichsetzen. Ein großer Teil von ihnen wird gewisse Vorstellungen haben, in welcher Richtung (z. B. Verwaltung, Bankwesen, Industrie) er einen seinen Neigungen entsprechenden Beruf wählen wird. Ein Teil von ihnen wird es dem Zufall überlassen und die vielseitigen Möglichkeiten abwarten, die sich ihm nach bestandem Examen heute bieten. Ein Grund für den hohen Anteil unbestimmter Angaben über das Berufsziel liegt hier auch darin, daß es eine geprägte Bezeichnung für die Berufsposition des Dipl.-Wirtschaftswissenschaftlers in den wirtschaftlichen Unternehmen, in Verbänden und Organisationen nicht gibt.

Für 79 % der Studierenden in der Philosophischen Fakultät ist das Berufsziel der Lehrer an Gymnasien, Volks-, Mittel- oder Berufsschulen. Weitere 15 % hatten Berufe angegeben wie z. B. Bibliothekar, Archivar, Dramaturg, Journalist, Fachpsychologe. Rund 6 % hatten keine Angaben darüber gemacht, welchen Beruf sie einmal ausüben wollten.

Auch unter den Studierenden in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät hatten sich rd. 6 % noch nicht für einen bestimmten Beruf entschieden. Je mehr als ein Drittel wollten Lehrer an höheren Schulen werden (35,1 %) bzw. als Chemiker, Mathematiker oder Physiker (35,5 %) in der Wirtschaft oder Forschung tätig werden. Die übrigen (23,5 %) hatten sonstige bestimmte Berufe angegeben.

Die soziale Herkunft der deutschen Studierenden

Seit jeher wird der deutsche Studierende im Rahmen der Großen Hochschulstatistik für das Wintersemester nach dem Beruf und außerdem nach einer evtl. akademischen Vorbildung seines Vaters gefragt. Für die Studierenden an der Universität Hamburg liegen die Ergebnisse dieser Angaben für die letzten 30 Jahre vor. Sie zeigen, daß sich die soziale Schichtung der deutschen Studierenden in diesem Zeitraum entscheidend verändert hat (Tabelle 15). Der Anteil der in Hamburg Studierenden, deren Vater Akademiker war, ist zwischen dem WS 1930/31 und dem WS 1961/62 stetig gestiegen, und zwar von 17,2 % bis auf 33,0 %; heute kommt ein Drittel der Studierenden (4 124) aus einem Akademikerhause. Diese Entwicklung darf nicht dahin mißverstanden werden, daß das Universitätsstudium wieder zunehmend den Kindern gehobener Kreise vorbehalten sei; sie ist viel-

mehr ein Ausdruck des Umstandes, daß seit einigen Jahrzehnten sich die Gruppe der Personen mit Universitätsstudium erheblich verbreitert hat, was notwendigerweise auch eine absolute und relative Erhöhung der Zahl von Kindern dieser Gruppe in der Bevölkerung allgemein und auch unter den Studierenden mit sich bringt. Die Söhne und Töchter von akademisch gebildeten Beamten und Angestellten

Tab. 15
Deutsche Studierende an der Universität Hamburg nach dem Beruf des Vaters in %

Beruf des Vaters	WS 1930/31	WS 1934/35	WS 1948/49	WS 1953/54	WS 1957/58	WS 1961/62
	1	2	3	4	5	6
Akademiker . . .	17,2	20,5	24,7	28,9	31,6	33,0
darunter						
Beamte . . .	9,1	11,7	11,6	13,4	15,8	17,3
Angestellte . . .	0,8	1,0	2,2	4,7	5,2	5,9
Angehörige freier Berufe	6,5	7,1	9,3	9,3	9,2	8,5
Selbständige						
Landwirte	0,0	0,0	0,4	0,4	0,3	0,3
Handel- und Gewerbetreibende . . .	0,8	0,7	1,2	1,1	1,1	0,9
Nicht-akademiker . . .	82,6	79,2	75,1	71,0	68,1	66,6
darunter						
Beamte . . .	33,4	31,9	25,5	22,3	20,3	17,6
Angestellte . . .	13,1	14,6	20,5	21,7	22,7	25,2
Arbeiter	6,8	4,0	3,2	3,9	4,3	4,8
Angehörige freier Berufe	1,8	2,0	2,4	2,5	2,2	1,9
Selbständige						
Landwirte	3,1	3,1	2,4	2,3	2,3	2,5
Handel- und Gewerbetreibende . . .	24,3	23,6	21,1	18,3	16,2	14,6
Ohne Beruf und Berufsangabe . . .	0,2	0,3	0,2	0,1	0,3	0,4
Insgesamt . . .	100	100	100	100	100	100

machen heute rd. 23 % aller deutschen Studierenden aus, gegenüber rd. 10 % im WS 1930/31. Der Anteil der Beamtenkinder ist dabei von 9,1 % auf 17,3 % und der Anteil der Angestelltenkinder von 0,8 % auf 5,9 % im Laufe der letzten 30 Jahre gestiegen. Mit einem Anteil von 8,5 % stehen an zweiter Stelle in dieser Gruppe die Studierenden, deren Väter Angehörige freier Berufe (z. B. Ärzte, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer) waren; der Anteil liegt gegenüber dem WS 1930/31 mit 6,5 % zwar auch höher, ist aber in den letzten Jahren etwas zurückgegangen.

Die Kinder von Beamten und Angestellten ohne akademische Vorbildung waren im WS 1961/62 mit rd. 43 % aller Studierenden fast gleich stark vertreten wie vor 30 Jahren (46 %); hier ist aber der Anteil der Beamtenkinder in dieser Zeit von 33,4 % auf 17,6 % stetig zurückgegangen, während dagegen der Anteil von Angestelltenkindern von 13,1 % im WS 1930/31 auf 25,2 % im WS 1961/62 gestiegen ist. Von der Gesamtzahl aller deutschen Studierenden im WS 1961/62 waren also rd. 35 % Beamtenkinder und rd. 31 % Kinder von Angestellten. Unter den

Studierenden mit Vätern ohne akademische Vorbildung ist noch die Gruppe der Kinder von „Handel- und Gewerbetreibenden“ zu nennen; deren Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden ist von 24,3 % im WS 1930/31 auf 14,6 % im WS 1961/62 stetig gesunken.

Der Anteil der Arbeiterkinder an der Gesamtzahl der Studierenden an der Universität Hamburg — im WS 1961/62 waren es fast 600 — ist seit dem WS

Tab. 16
Die deutschen Studierenden an der Universität Hamburg im Wintersemester 1961/62 nach dem Beruf des Vaters

Beruf des Vaters	Deutsche Studierende		
	männl.	weibl.	zus.
Akademiker	2 582	1 542	4 124
Beamte	1 372	793	2 165
darunter			
Hochschullehrer	84	65	149
Lehrer	578	318	896
Geistliche	165	77	242
Richter, Staatsanwälte	143	71	214
Angestellte	444	300	744
darunter			
Juristen	23	16	39
Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte	31	25	56
Ingenieure, Architekten	146	108	254
Angehörige freier Berufe	671	395	1 066
darunter			
Rechtsanwälte, Notare	131	68	199
Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte	380	218	598
Selbständige Ingenieure, Architekten	39	36	75
Selbständige Landwirte	24	14	38
Handel- u. Gewerbetreibende	68	39	107
darunter			
Fabrikanten, Großhändler	36	23	59
Akademiker ohne genaue Berufsangabe	3	1	4
Nichtakademiker	6 054	2 287	8 341
Beamte	1 615	591	2 206
davon			
Offiziere, Wehrmachtbeamte, sonstige Militärberufe	175	105	280
Lehrer	363	120	483
Beamte des höheren Dienstes	85	44	129
Beamte des gehobenen Dienstes	602	211	813
Beamte des mittleren und einfachen Dienstes	390	111	501
Angestellte	2 254	895	3 149
davon			
leitende Angestellte	1 114	438	1 552
Werkmeister	89	30	119
sonstige Angestellte (auch Lehrer)	1 051	427	1 478
Arbeiter	487	108	595
darunter			
Facharbeiter, unselbständige Handwerker, angelernte Arbeiter	463	105	568
Angehörige freier Berufe	153	79	232
Selbst. Landwirte, Bauern	226	84	310
Handel- u. Gewerbetreibende	1 309	523	1 832
darunter			
Fabrikanten, Großhändler	340	157	497
Einzelhändler, Gastwirte	316	118	434
selbständige Handwerker	279	96	375
Nichtakademiker ohne genaue Berufsangabe	10	7	17
Ohne Beruf und Berufsangabe	32	22	54
Zusammen	8 668	3 851	12 519

1948/49 von 3,2 % bis auf 4,8 % im WS 1961/62 zwar gestiegen, liegt aber noch unter dem Stand vom WS 1930/31 (6,8 %).

Die Antworten auf die Frage nach dem Beruf des Vaters werden für das Bundesgebiet nur in größeren Zwischenräumen ausgewertet. Die letzten Vergleichszahlen liegen für das WS 1958/59 vor, allerdings nur in einer Zusammenfassung für sämtliche Hochschulen. Um festzustellen, inwieweit die Gliederung der Studierenden nach ihrer sozialen Herkunft in Hamburg von der entsprechenden Zusammensetzung im Bundesgebiet abweicht, müssen daher auch die Studierenden der Hochschule für bildende Künste und der Hochschule für Musik in Hamburg mit einbezogen werden. Von den Studierenden im WS 1958/59 an sämtlichen Hochschulen des Bundesgebiets war der Vater bei fast einem Drittel — wie an der Universität Hamburg — Akademiker. Söhne und Töchter von Beamten und Angestellten, deren Vater Akademiker war, machten jeweils über ein Fünftel aller Studierenden aus. Auch die Kinder von Beamten und Angestellten ohne akademische Vorbildung waren auf den Hochschulen im Bundesgebiet und in Hamburg mit je über 40 % vertreten, wenn auch in Hamburg der Anteil der Beamtenkinder (18,7 %) etwas niedriger lag als im Bund (20 %). Die Gliederung der deutschen Studierenden nach der sozialen Herkunft an den Hochschulen in Hamburg entspricht also, mit nur geringen Abweichungen, der Zusammensetzung der Studierenden (Tabelle 17) auf allen deutschen Hochschulen.

Der Zugang zur Universität ist heute unabhängig von der sozialen Stellung des elterlichen Haushalts und der wirtschaftlichen Lage nach allen Seiten geöffnet. Hierzu liegen einige Zahlen aus der Großen Hochschulstatistik vor. Von den 12 519 deutschen Studierenden der Universität Hamburg erlangten 88,5 % die Hochschulreife auf Grund einer Reife-

Tab. 17
Deutsche Studierende an sämtlichen Hochschulen im Bundesgebiet und in Hamburg nach dem Beruf des Vaters im WS 1958/59

Beruf des Vaters	In % der jeweiligen Gesamtzahl der Studierenden	
	im Bundesgebiet	in Hamburg
Akademiker zus.	32,5	31,4
darunter		
Beamte	15,1	16,0
Angestellte	6,6	5,2
Angehörige freier Berufe	9,3	8,6
Selbständige Landwirte	0,3	0,3
Handel- und Gewerbetreibende	1,1	0,8
Nichtakademiker zus.	66,1	65,4
darunter		
Beamte	20,0	18,7
Angestellte	20,3	22,8
Arbeiter	5,2	4,5
Angehörige freier Berufe	1,9	2,2
Selbständige Landwirte	3,5	2,2
Handel- und Gewerbetreibende	14,8	14,5
Ohne Beruf und Berufsangabe	1,4	3,2

prüfung an einem Gymnasium. 792 Studierende oder 6,3 % hatten eine Wirtschaftsoberschule absolviert und studierten vorwiegend Wirtschaftswissenschaften. Verhältnismäßig hoch war auch die Zahl der Absolventen eines Abendgymnasiums, nämlich 400 oder 3,2 %, und zwar waren sie in allen Fakultäten, auch der Theologischen, vertreten. Eine Sonderprüfung legten 73 Studierende ab, und durch den Abschluß einer Fachschule hatten 128 Studierende die Hochschulreife erworben.

Die Finanzierung des Studiums

Wenn auch die Frage nach der Finanzierung des Studiums von den Studierenden nicht immer eindeutig beantwortet wird, so vermitteln die statistischen Ergebnisse doch gute Größenvorstellungen über die finanziellen Verhältnisse der deutschen Studierenden. Gefragt wird der Studierende nach der **überwiegenden** Finanzierung seines Studiums, und zwar für das vorhergehende Sommersemester; er soll Auskunft geben, wie er sein Studium tatsächlich in einem bestimmten Semester finanziert hat, nicht, wie er das neue Semester zu finanzieren beabsichtigt. Aus diesem Grunde können Angaben nur von denjenigen Studierenden erwartet werden, die in dem jeweils vorhergehenden Sommersemester studiert haben.

Bei einem Vergleich der Zahlen für das SS 1958 und das SS 1961 ergibt sich, daß der Anteil der Studierenden, die die Mittel für ihr Studium überwiegend von ihren Eltern erhalten, in diesem kurzen Zeitraum von 47,1 % auf 55,0 % gestiegen ist; der Anteil derjenigen, die ihr Studium überwiegend aus

eigener Erwerbstätigkeit finanzierten, ist von 16,1 % auf 13,2 % zurückgegangen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß hierunter — wenn man die letzten diesbezüglichen Feststellungen vom WS 1959/60 zugrunde legt — etwa ein Fünftel hauptberuflich erwerbstätig war. Daß insgesamt eine erheblich größere Zahl von Studierenden vor, während oder zwischen den Semestern eine eigene Erwerbstätigkeit ausübt, hat die Erhebung im WS 1956/57 ergeben, bei der 34,4 % der Studierenden auch eine eigene Erwerbstätigkeit als 2. Finanzierungsquelle angaben. Inwieweit allerdings eine solche Erwerbstätigkeit zur Vollfinanzierung des Studiums notwendig ist oder vielmehr in erster Linie dazu beitragen soll, neben dem Studium einen Einblick in die Praxis zu gewinnen oder gar schon während des Studiums einen „Lebensstandard mit Komfort“ (Reisen, Tonband, Auto) zu erreichen, läßt sich aus den Angaben nicht ablesen.

Weitere bedeutendere Arten der Finanzierung des Studiums sind: „Öffentliche Mittel in Form von Renten und verlorenen Zuschüssen“ (9,1 %) und die Förderung nach dem sogenannten „Honnefer Modell einer hochschulgerechten Studienförderung“. Nach dem „Honnefer Modell“ kann Studierenden, die nach einer Überprüfung förderungswürdig erscheinen, in den ersten drei Semestern während der Vorlesungsmonate eine „Anfangsförderung“ gewährt werden, die jetzt monatlich 195,— DM beträgt. Als „Hauptförderung“, die frühestens vom 4. Semester ab gewährt werden kann und mit dem Abschluß des Studiums endet, wird dem Studierenden ein monatliches Stipendium von 245,— DM gewährt, das auch in der vorlesungsfreien Zeit gezahlt wird. Im SS 1961 finanzierten 620 Studierende der Universität

Tab. 18

Deutsche Studierende an der Universität Hamburg in den Wintersemestern 1958/59 und 1961/62 nach der Finanzierung des Studiums im vorhergehenden Sommersemester

Überwiegende Finanzierung des Studiums aus	Zahl der Studierenden ¹⁾ nach der Finanzierung im							
	SS 1958				SS 1961			
	männlich	weiblich	zusammen	%	männlich	weiblich	zusammen	%
	1	2	3	4	5	6	7	8
Mitteln der Eltern	2 849	1 434	4 283	47,1	4 133	2 173	6 306	55,0
Mitteln des Ehegatten	93	52	145	1,6	150	54	204	1,8
Honnefer Modell								
Anfangsförderung	483	201	684	7,5	421	199	620	5,4
Hauptförderung	801	237	1 038	11,4	870	347	1 217	10,6
Öffentlichen Mitteln in Form von Renten und verlorenen Zuschüssen	576	210	786	8,6	706	340	1 046	9,1
Öffentlichen Mitteln in Form von Darlehen	19	4	23	0,3	5	—	5	0,0
Öffentlichen Stiftungen	92	15	107	1,2	92	28	120	1,1
Nichtöffentl. Mitteln in Form von verlorenen Zuschüssen bzw. Darlehen dritter Personen oder privater Vereinigungen	26	8	34	0,4	47	11	58	0,5
Eigener Erwerbstätigkeit vor, während oder zwischen den Semestern	1 255	213	1 468	16,1	1 276	243	1 519	13,2
Sonstigen eigenen Mitteln	58	28	86	1,0	134	63	197	1,7
Ohne Angabe	273	169	442	4,8	131	49	180	1,6
Zusammen	6 525	2 571	9 096	100	7 965	3 507	11 472	100

¹⁾ Erfasst wurden im WS 1958/59 und 1961/62 diejenigen Studierenden, die im vorhergehenden Sommersemester studierten.

Hamburg (5,4 % aller deutschen Studierenden in Hamburg) ihr Studium überwiegend durch Mittel aus der „Anfangsförderung“ und 1 217 (10,6 %) aus Mitteln der „Hauptförderung“ nach dem Honnefer Modell. Gegenüber dem SS 1958, für das erstmals Angaben vorliegen, ist der Anteil der Studierenden in Hamburg, die ihr Studium überwiegend aus

Mitteln nach dem „Honnefer Modell“ bestritten, von 18,9 % auf 16,0 % zurückgegangen (Tabelle 18). Die Gesamtzahl der überhaupt im SS 1961 nach dem „Honnefer Modell“ geförderten Studierenden an der Universität Hamburg betrug 22,6 %.

Wilhelm Heinsohn

Das Hamburger Sozialprodukt in den Jahren 1950 bis 1961

Ergebnisse der Sozialproduktberechnung sind für Hamburg bereits mehrfach in dieser Zeitschrift veröffentlicht worden¹⁾. Inzwischen konnten die bisherigen Ergebnisse durch die Berücksichtigung neuen statistischen Grundmaterials verbessert werden. Außerdem ist es jetzt erstmals möglich, die Daten des Sozialprodukts nach Wirtschaftszweigen in etwas tieferer Gliederung als bisher auszuweisen.

Sozialproduktberechnungen für das Gebiet der Bundesrepublik werden vom Statistischen Bundesamt und für die Bundesländer von einem Arbeitskreis der Statistischen Landesämter unter Beteiligung des Statistischen Bundesamtes durchgeführt. Dabei gewährleistet die gemeinsame Arbeit der Ämter im Arbeitskreis die Anwendung einheitlicher Methoden und die Übereinstimmung der Länderergebnisse mit dem Bundesergebnis (ohne Berlin).

Das im Verhältnis zum verfügbaren Ausgangsmaterial relativ weit gesteckte Ziel der Sozialproduktberechnungen erfordert bei wesentlichen Verbesserungen oder weiterer Vervollständigung des Grundmaterials eine Auswertung bei den laufenden Berechnungen und von Zeit zu Zeit eine rückwirkende Einarbeitung in die bereits vorliegenden Sozialproduktzahlen. So hat auch seit der letzten Veröffentlichung zu dem Thema in dieser Zeitschrift eine „Generalbereinigung“ stattgefunden, die den Zweck hatte, die Ergebnisse für die Jahre 1950 bis 1954 endgültig festzulegen und vom Jahre 1955 ab das verbesserte Grundmaterial der laufenden Sozialproduktberechnung nutzbar zu machen²⁾. Die seitdem durchgeführten Kostenstrukturerhebungen und Großzählungen werden noch weitere Verbesserungen der jetzt vorgelegten Zahlen für die Jahre ab 1955 ermöglichen.

¹⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1957, Heft 14, S. 237 ff., Jahrgang 1958, Heft 19, S. 359 ff. und Jahrgang 1960, Heft 6, S. 89 ff.

²⁾ Vgl. Wirtschaft und Statistik, Jahrgang 1960, Heft 1, S. 9 ff., „Das Sozialprodukt in den Jahren 1950 bis 1959, erste Ergebnisse der Revision der Berechnungen für 1950 bis 1958 und erste vorläufige Ergebnisse für 1959“, Heft 3, S. 139 ff., „Das Volkseinkommen und Sozialprodukt 1950 bis 1959, weitere revidierte und vervollständigte Ergebnisse der Sozialproduktberechnung“ und Jahrgang 1962, Heft 9, S. 507 ff., „Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1961“.

³⁾ Vgl. hierzu Hüfner, W., „Einheitliche Sozialproduktberechnungen für die Länder der Bundesrepublik Deutschland“ in Allgemeines Statistisches Archiv, 42. Band 1958, S. 181 ff.

⁴⁾ Dies trifft insbesondere für Hamburg (Tabak- und Mineralölverarbeitung) und auch für Bremen (Kaffeeverarbeitung) zu. So beträgt der Anteil der indirekten Steuern am Bruttoinlandsprodukt im Bundesgebiet schätzungsweise 15, in Bremen 20 und in Hamburg 25 %. An dieser Berechnung wird z. Z. noch gearbeitet.

1. Begriffe und Berechnungsverfahren

Berechnet wird von den Ländern das „Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen“. Es stellt sich dar als die Summe

der Wertschöpfung der Wirtschaftszweige (Löhne und Gehälter einschl. Sozialversicherungsbeiträge, Zinsen, Nettomieten, Pachten und Gewinne), der indirekten Steuern (abzügl. Subventionen) und der Abschreibungen.

Es wird ermittelt entweder nach der

„Subtraktionsmethode“ durch Abzug der Vorleistungen (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Handelsware usw.) und der sonstigen Vorleistungen (Instandhaltungskosten, sächliche Verwaltungskosten usw.) vom Bruttoproduktionswert (wirtschaftlicher Umsatz, selbst-erstellte Anlagen und Bestandsveränderungen eigener Erzeugnisse),

nach der

„Additionsmethode“ durch Ermittlung der Summe aus Wertschöpfung, indirekten Steuern (abzügl. Subventionen) und Abschreibungen

oder einer

Aufschlüsselung des Bruttoinlandsprodukts für das Bundesgebiet nach besonderen Kriterien (Beschäftigtenzahlen usw.) auf die Länder³⁾.

„Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen“ und „Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen“ unterscheiden sich darin, daß die als Ausgleich für den Anlagenverschleiß angesetzten Abschreibungen in letzterem nicht mit enthalten sind. Das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten schließlich läßt die indirekten Steuern (abzügl. Subventionen) unberücksichtigt und stellt die beste Abgrenzung für die wirtschaftliche Leistung der Produktionsfaktoren insgesamt in einer Periode dar. Sofern Wirtschaftszweige, auf deren Produktion hohe Verbrauchsteuern liegen, in einem Land stark vertreten sind, ist der Unterschied zwischen Brutto- und Nettoinlandsprodukt erheblich⁴⁾ und die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts von der Höhe des im Bruttoproduktionswert enthaltenen jährlichen Aufkommens an indirekten Steuern und damit auch von einer Veränderung der Steuersätze mit abhängig. Aus diesen Gründen ist in den hanseatischen Stadtstaaten die Berechnung des „Nettoinlandsprodukts zu Faktorkosten“ von besonderem Interesse.

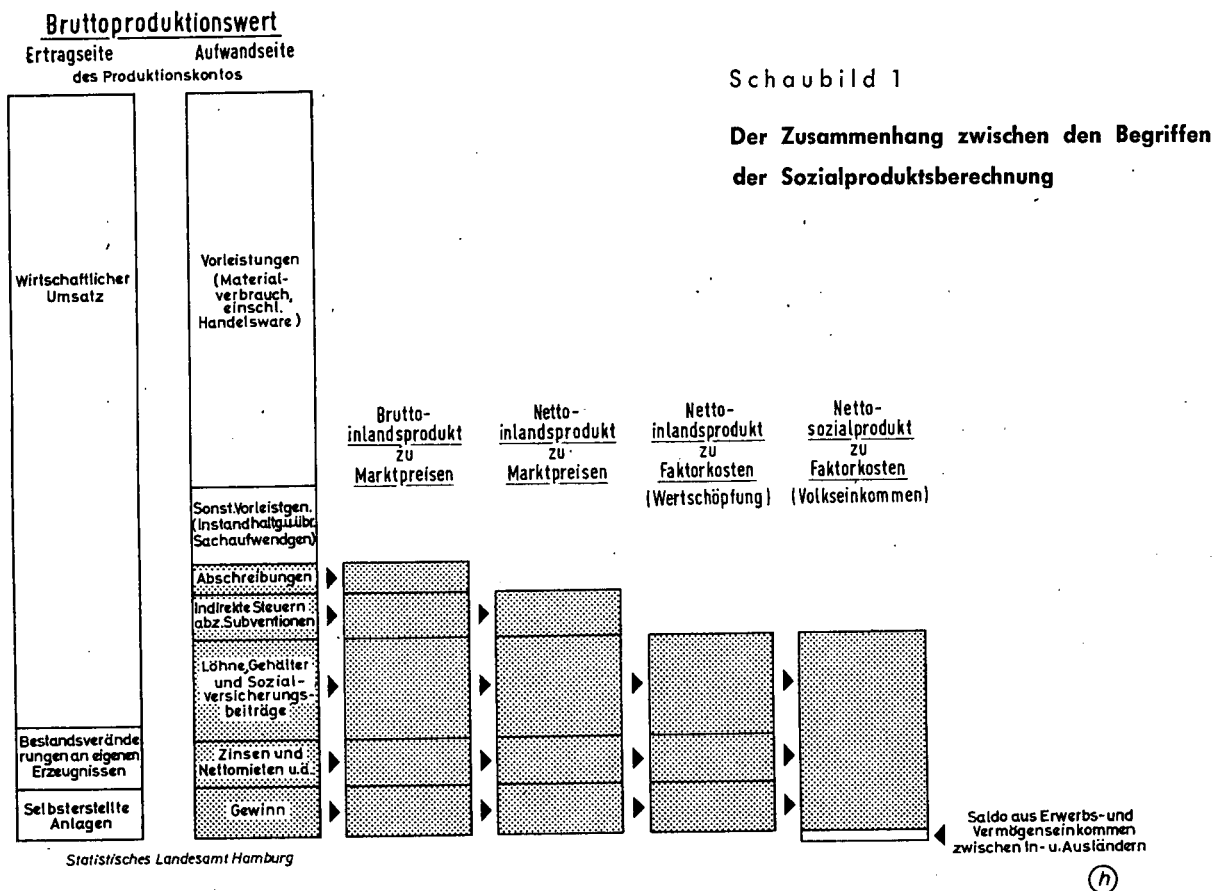


Schaubild 1

Der Zusammenhang zwischen den Begriffen der Sozialproduktberechnung

Der Begriff des Nettoinlandsprodukts zu Faktorkosten ist eng verwandt mit dem des „Nettosozialprodukts zu Faktorkosten“ und unterscheidet sich von ihm nur durch den an sich geringfügigen Saldo aus Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen In- und Ausländern. Dabei sind „Ausländer“ Personen, die außerhalb des betrachteten Wirtschaftsgebietes ihren Wohnsitz haben. Das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten ist die Summe aller Entgelte aus Erwerbstätigkeit und Vermögen und wird zugleich als „Volkseinkommen“ bezeichnet. An der Berechnung des „Einkommens aus unselbständiger Arbeit“, das rd. 60 % des Volkseinkommens ausmacht, wird in den Statistischen Landesämtern z. Z. ebenfalls gearbeitet. Ein Termin für die Fertigstellung läßt sich noch nicht nennen.

Im allgemeinen stützen sich die Länder auf die gleichen Unterlagen und arbeiten nach den gleichen Methoden, nach denen die Berechnung für das Bundesgebiet durchgeführt wird. Unterschiede ergeben sich zwangsläufig dort, wo Unterlagen auf Länderbasis nicht zur Verfügung stehen (z. B. Kostenstrukturstatistiken, Index der Erzeugerpreise usw.) oder Problemstellungen auftreten, die nur in der Länderberechnung vorkommen. Dies trifft vor allem für die räumliche Abgrenzung der Entstehung des Bruttoinlandsprodukts zwischen den Ländern in den Fällen zu, in denen Unternehmen in anderen Bundesländern Zweigniederlassungen unterhalten. In solchen Wirtschaftszweigen ist bei der Länderberechnung dann eine Umstellung der Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt von Unternehmen auf örtliche Einheiten er-

forderlich. Diese Umstellung erfolgt im Bergbau, Verarbeitenden Gewerbe und z. T. im Baugewerbe an Hand einfacher oder mit dem Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt länderspezifischer Beschäftigtenzahlen und beim Einzelhandel nach Beschäftigten oder nach Umsätzen der örtlichen Einheiten. In der Energiewirtschaft konnte unmittelbar von den örtlichen Einheiten ausgegangen werden. In einigen Wirtschaftszweigen gibt es keine übergeordneten Verflechtungen, für andere werden brauchbare Umstellungsschlüssel bei der Auswertung der Großzahlungen aus den Jahren 1960 und 1961 erwartet.

In Übereinstimmung mit der Bundesberechnung ist für die gewerbesystematische Zuordnung der Betriebe der wirtschaftliche Schwerpunkt des Unternehmens maßgebend.

Soweit Ergebnisse neuer Kostenstrukturerhebungen nicht zur Verfügung stehen, werden die inzwischen eingetretenen Veränderungen der Vorleistungsquoten an Hand der vom Statistischen Bundesamt festgestellten Verschiebungen des Preisniveaus beim Wareneinsatz und Produktionsausstoß ermittelt und in die Länderberechnung durch die Abstimmung mit dem Bundesergebnis übernommen.

Die Methoden zur Berechnung des endgültigen Ergebnisses der Beiträge der verschiedenen Wirtschaftszweige zum Bruttoinlandsprodukt in den Ländern werden hier kurz geschildert, um dem Leser eine Vorstellung von dem Fundament der Sozialproduktstatistik und von ihrer Aussagebedeutung zu geben.

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei

Die Ermittlung des Bruttoproduktionswertes in der Landwirtschaft erfolgt mit Hilfe der erzielten Mengen an pflanzlichen und tierischen Produkten und der ermittelten Erzeugerabsatzpreise. Beim Mengenansatz blieben der Schwund, der Eigenverbrauch (Saatgut, verfütterte Mengen usw.) und die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte in privaten Haushalten außerhalb der Landwirtschaft unberücksichtigt. Die Vorleistungen wurden getrennt nach ertragssteigerndem Aufwand (zugekaufte Futtermittel, Saatgut, Nutzvieh, Handelsdünger usw.), Unterhaltungskosten für Gebäude und Inventar und allgemeinen Unkosten (Brenn- und Treibstoffe, elektrischer Strom usw.) ermittelt und vom Bruttoproduktionswert abgesetzt. Als Differenz ergab sich der Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt. Bei der Berechnung der Vorleistungen für die Sonderbetriebsformen wie Blumen- und Zierpflanzenbetriebe, Baumschulen, Samenzuchtbetriebe usw. wurde von den Bundesansätzen ausgegangen.

Die Berechnung des Beitrages der Forstwirtschaft und der Fischerei zum Bruttoinlandsprodukt erfolgt im Prinzip in der gleichen Weise. In der Forstwirtschaft (bei vorwiegend öffentlichen Forsten) wurde die Höhe der Vorleistungen an Hand der Staatshaushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1950 festgestellt und in der Seefischerei, gegliedert nach festen, preis-, erlös- und gewinnabhängigen Kosten, nach vier Fischdampfergruppen ermittelt. Veränderungen in den Vorleistungsquoten wurden im Wege der Koordinierung mit dem Bundesergebnis in der Länderberechnung berücksichtigt.

Das statistische Ausgangsmaterial lieferten insbesondere die verschiedenen Anbau- und Erntestatistiken, Schlachtungs-, Fleischbeschau- und Milcherzeugungstatistiken, Expertenschätzungen und die Statistik der Fischereifangergebnisse.

Bei der rückwirkenden Neuberechnung waren u. a. Verbesserungen bei der Erfassung der Rücklieferungen von Waren aus der gewerblichen Wirtschaft, die bei der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte anfallen, bei der Berücksichtigung der Nebenumsätze (Fuhrlohn usw.) und des Wertes selbst-erstellter Anlagen, bei der Ermittlung der Unterhaltungskosten für Gebäude und Maschinen, bei der Mitberücksichtigung der Jagdwirtschaft und bei der Preisermittlung des Holzeinschlags möglich. Verwandt wurden dabei als Unterlagen die Statistischen Berichte des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Bergbau

Der Bruttoproduktionswert und der Wareneinsatz wurden für das Jahr 1954 aus der Statistik des Materialeinsatzes in der Industrie (Nettoleistungserhebung) im Jahre 1954, die sonstigen Vorleistungen nach den vom Statistischen Bundesamt verwendeten Quoten für das Jahr 1950 ermittelt. Der so für die Unternehmen im Lande errechnete Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt wurde an Hand von Faktoren aus den Beschäftigtenzahlen in den Unternehmen und in den Betrieben des Landes (örtliche

Einheiten) — nach der Karteiumfrage 1953 — auf den Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt nach örtlichen Einheiten umgestellt. Von diesem Stande aus wurde der Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt mit Hilfe der Entwicklung der Umsätze und der Lohn- und Gehaltssummen nach der Industrierichterstattung⁵⁾ fort- und zurückgeschrieben. Der Fortschritt gegenüber der bisherigen Berechnung liegt in der Anwendung länderspezifischer Quoten für den Materialverbrauch im Jahre 1954, während zuvor bundeseinheitliche Quoten aus der Kostenstrukturerhebung 1950 benutzt werden mußten.

Energiewirtschaft

Bruttoproduktionswert und Materialmengen stehen aus den Energieberichten der Wirtschaftsministerien der Länder oder anderen Unterlagen zur Verfügung. Bei der Bewertung des Materialeinsatzes wurden die von den wichtigsten Betrieben angegebenen Preise (für Steinkohle, flüssigen Treibstoff usw.) berücksichtigt.

Verarbeitendes Gewerbe

Seit dem Jahre 1955 wird getrennt für „Industrie“ (in der Industrierichterstattung erfaßte Betriebe), „Handwerk“ (maßgebend ist die Eintragung in die Handwerksrolle) und „Übriges herstellendes und verarbeitendes Gewerbe“ gerechnet.

Industrie

Für das Jahr 1954 wurde die Berechnung des Beitrages zum Bruttoinlandsprodukt in der gleichen Weise wie im Bergbau vorgenommen. Eine auch für das Jahr 1957 durchgeführte Berechnung ging von den Umsätzen der Umsatzsteuerstatistik 1957 aus. Die Veränderungen der bei der Nettoleistungserhebung 1954 ermittelten Vorleistungsquoten wurden — wie im Bergbau — im Wege der Koordinierung mit dem Bundesergebnis in die Länderberechnung übernommen. Anschließend mußte wieder von Ergebnissen für „Unternehmen“ auf Zahlen für „örtliche Einheiten“ (Betriebe) umgestellt werden. Die Umstellung erfolgte an Hand der Beschäftigtenzahlen, wobei der nach Industriezweigen und Ländern variierende durchschnittliche Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten mit in Rechnung gestellt wurde.

Die Ermittlung des Beitrages zum Bruttoinlandsprodukt für das gesamte verarbeitende Gewerbe wurde für die Jahre vor 1955 durch Rückbeschreibung mit Zahlen aus der Entwicklung der Umsätze nach der Industrierichterstattung vorgenommen.

Handwerk

Die Umsatzsteuerstatistik ermöglichte seit dem Jahre 1956 auch eine getrennte Berechnung des Beitrages des Handwerks zum Bruttoinlandspro-

⁵⁾ Vgl. Statistik des Hamburgischen Staates, Heft 53, „Hamburgs Industrie 1959, Ergebnisse der monatlichen Industrierichterstattung“ und andere Jahresergebnisse dieser Statistik in der gleichen Reihe.

dukt. Aus den Ergebnissen der Handwerkszählung vom Jahre 1956⁶⁾ wurden die Vorleistungsquoten für die einzelnen Handwerkszweige ermittelt. Wegen der geringen übergebiethlichen Verflechtung war hier wie auch im übrigen herstellenden und verarbeitenden Gewerbe eine Umstellung des Bruttoinlandsprodukts von Unternehmen auf örtliche Einheiten nicht erforderlich.

Übriges herstellendes und verarbeitendes Gewerbe

Grundlage für die Ermittlung des Bruttoproduktionswertes bot auch hier vom Jahre 1955 ab die Umsatzsteuerstatistik⁷⁾. Die Vorleistungen wurden nach den Quoten der entsprechenden Klassen der Industrie ermittelt.

Die Verbesserung der Länderergebnisse im Zuge der sogenannten Generalbereinigung war im verarbeitenden Gewerbe besonders bedeutsam durch die Berücksichtigung länderspezifischer Materialverbrauchsquoten nach der Nettoleistungserhebung 1954 und durch die Vereinheitlichung der gewerbesystematischen Zuordnung der Unternehmen in der Umsatzsteuerstatistik und in der Industrieberichtserstattung. Die Verbesserungen wurden mit Hilfe der Handwerkszählung 1956, der Zusatzerhebung zum Industriebericht 1958 und der „Karteiumfrage“ 1957⁸⁾ möglich.

Baugewerbe

Als Ausgangsjahr für die Berechnung des Beitrages zum Bruttoinlandsprodukt wurde im Baugewerbe 1957 gewählt, weil für dieses Jahr aus der „Karteiumfrage“ die brauchbarsten Unterlagen für eine Umstellung von Unternehmen auf örtliche Einheiten zur Verfügung standen. Der Bruttoproduktionswert für das Jahr 1957 wurde aus der Umsatzsteuerstatistik klassenweise und getrennt nach Bauindustrie, Bauhandwerk und sonstigem Baugewerbe ermittelt und der Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt durch Verwendung bundeseinheitlicher Vorleistungsquoten gewonnen. Außerdem wurde in der Bauindustrie (Bauhauptgewerbe) eine Umstellung von Unternehmen auf örtliche Einheiten vorgenommen; im Bauhandwerk und sonstigen Baugewerbe war diese Umstellung nicht erforderlich.

Die Fort- und Rückschreibung des Beitrages zum Bruttoinlandsprodukt 1957 nach örtlichen Einheiten erfolgte in der Bauindustrie mit Zahlen über die Entwicklung der Umsätze und der Löhne und Gehälter, im Bauhandwerk und sonstigen Baugewerbe auf der Grundlage der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistiken⁹⁾.

⁶⁾ Vgl. Statistik des Hamburgischen Staates, Heft 46, „Das Handwerk in Hamburg, Ergebnisse der Handwerkszählung 1956“ und „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1957, Heft 7, S. 79 ff.

⁷⁾ Vgl. Statistik des Hamburgischen Staates, Heft 57, „Umsätze und ihre Besteuerung, Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistiken 1955 bis 1960“.

⁸⁾ Umfrage über Zahl und Belegenheit der Zweigniederlassungen und deren Zuordnung zur entsprechenden Hauptniederlassung in der Industrie und die Zahl der in den Betrieben Beschäftigten.

⁹⁾ Vgl. auch Statistik des Hamburgischen Staates, Heft 44, „Umsatzsteuerstatistik 1950 und 1954“.

¹⁰⁾ Es handelt sich um eine möglichst vollständige Berücksichtigung der Umsätze von Zweigniederlassungen Berliner Unternehmen im Bundesgebiet und ein möglichst vollständiges Ausscheiden von Umsätzen in Berlin gelegener Zweigniederlassungen von Unternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik.

¹¹⁾ Vgl. hierzu Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1962, August-Heft S. 238 ff., „Organkreise mit Hauptsitz Hamburg 1958 bis 1961“.

Wie beim Verarbeitenden Gewerbe konnte bei der Neuberechnung eine verbesserte Umstellung von Unternehmen auf örtliche Einheiten nach den Unterlagen einer „Karteiumfrage“, die auch im Baugewerbe im Jahre 1958 vorgenommen wurde, durchgeführt werden. Außerdem war es möglich, aus der Handwerkszählung 1956 länderspezifische Vorleistungsquoten in Ansatz zu bringen.

Handel

Grundlage für die Ermittlung des Bruttoproduktionswertes bildete hier in allen Jahren die Umsatzsteuerstatistik. Der Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt errechnete sich mit Hilfe von bundeseinheitlichen Vorleistungsquoten für die Wirtschaftsklassen aus der Kostenstrukturstatistik 1950. Die vom Statistischen Bundesamt für die folgenden Jahre festgestellten Veränderungen der Quoten wurden bei der Koordinierung mit dem Bundesergebnis in die Länderberechnung übernommen.

Die Umstellung von Unternehmen auf örtliche Einheiten erfolgte im Einzelhandel für die Jahre 1950 bis 1954 nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung 1950 und ab 1955 nach einer Sonderauswertung der repräsentativen monatlichen Umsatzstatistik im Einzelhandel im Jahre 1955.

Fortschritte, die die „Generalbereinigung“ im Handel brachte, lagen vor allem in der Verbesserung der Umstellungsschlüssel von Unternehmen auf örtliche Umsätze und in einer besseren Abgrenzung der Berlin-Umsätze¹⁰⁾. Eine verbesserte Abgrenzung der Berlin-Umsätze war auch in den übrigen Wirtschaftszweigen möglich, von denen vor allem das verarbeitende Gewerbe und der Großhandel eine stärkere unternehmensmäßige Verflechtung mit Berlin aufweisen.

Da vom Jahre 1958 ab infolge der Organschaftsbesteuerung die Innenumsätze der Organschaften in der Umsatzsteuerstatistik nicht mehr ausgewiesen werden¹¹⁾, war es z. T. erforderlich, die Umsätze als Ausdruck der Bruttoproduktionswerte in den betroffenen Klassen mit der Entwicklung der Umsätze der nicht organgebundenen Unternehmen allein fortzuschreiben. Dies gilt für alle Zweige, bei denen die Berechnung des Bruttoproduktionswertes auf die Umsatzsteuerstatistik zurückgeht.

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

In den Wirtschaftszweigen Eisenbahnen und Nachrichtenübermittlung (Bundespost) findet eine Aufgliederung des Beitrages zum Bruttoinlandsprodukt für das Bundesgebiet an Hand der Beschäftigtenzahlen in den Ländern statt, wogegen die Berechnung bei der Binnenschifffahrt und beim übrigen Verkehr analog derjenigen im Handel nach der Umsatzsteuerstatistik ohne Umstellung auf örtliche Einheiten erfolgte.

Bei der Seeschifffahrt ergibt sich dagegen der Bruttoproduktionswert aus den DM- und Deviseneinnahmen dieses Wirtschaftszweiges, bei den Seehafenbetrieben aus der Fortschreibung der Umsatzangaben aus der Arbeitsstättenzählung 1950 mit Zahlen über

die Entwicklung des Sack- und Stückgutumschlages und über die Entwicklung der Hafenarbeiterlöhne. Für die übrigen Zweige des Verkehrsgewerbes wurden die Umsätze aus der Umsatzsteuerstatistik herangezogen. Die Vorleistungen wurden wie im Handel durch Verwendung länderspezifischer und nach Wirtschaftszweigen gewogener Kostenstrukturquoten 1950 ermittelt und die vom Statistischen Bundesamt festgestellte Entwicklung der Quoten bei der Koordinierung der Länderergebnisse übernommen.

Eine Verbesserung in der Berechnung der Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt wurde bei Bundesbahn und -post insbesondere durch die Auswertung der Personalstandserhebungen seit dem Jahre 1957 erzielt.

Banken und Privatversicherungen

Der Beitrag der Banken zum Bruttoinlandsprodukt wurde nach dem Kredit- und Einlagevolumen auf die Länder verteilt, während als Schlüssel für den Beitrag der Privatversicherungen und Makler zum Bruttoinlandsprodukt die Zahl der Beschäftigten diente.

Wohnungsvermietung

Der Bruttoproduktionswert wurde an Hand der nach den Wohnungszählungen 1950 und 1956 festgestellten und mit den Zu- und Abgängen fortgeschriebenen Wohnungsbestände und der Mietpreise ermittelt. Die Vorleistungen ergaben sich aus der Kostenstrukturerhebung 1953. Veränderungen der Vorleistungsquote nach den Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes wurden im Wege der Koordinierung der Länderzahlen mit dem Bundesergebnis berücksichtigt.

Staat

Der Beitrag des Sektors Staat (einschl. Sozialversicherung) zum Bruttoinlandsprodukt wurde im Gegensatz zu den bisher besprochenen Wirtschaftszweigen teilweise nach der Additionsmethode errechnet. Hierbei konnten aus der Finanzstatistik die Personalausgaben der Länder und Gemeinden entnommen werden, während die Löhne und Gehälter der Bundesbeamten (auch des deutschen Personals ausländischer Streitkräfte) nach Beschäftigten, die Nettomieten entsprechend den Personalkosten und der Verteidigungsbeitrag nach der Wohnbevölkerung auf die Länder aufgliedert wurden.

Bei der Neuberechnung wurde berücksichtigt, daß das deutsche Personal bei ausländischen Streitkräften vom Jahre 1959 ab nicht mehr aus Bundesmitteln bezahlt wird, sondern sein Einkommen aus dem Ausland bezieht. Es ist somit im Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt nicht mehr enthalten.

Sonstige Dienstleistungen

Die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts für Unternehmen erfolgte wie beim Handel nach der Umsatzsteuerstatistik und den Vorleistungsquoten der

Kostenstrukturerhebung 1950, die mittels Koordinierung der Bundesentwicklung angeglichen wurden. Bei der Berechnung des Beitrages zum Bruttoinlandsprodukt der privaten Haushalte (nur angestellte Arbeitskräfte) und Organisationen ohne Erwerbscharakter wurde von Beschäftigtenzahlen sowie den durchschnittlichen Löhnen und Gehältern ausgegangen und eine Koordinierung mit den Bundeswerten vorgenommen. Eine Umstellung auf örtliche Einheiten war hier nicht erforderlich.

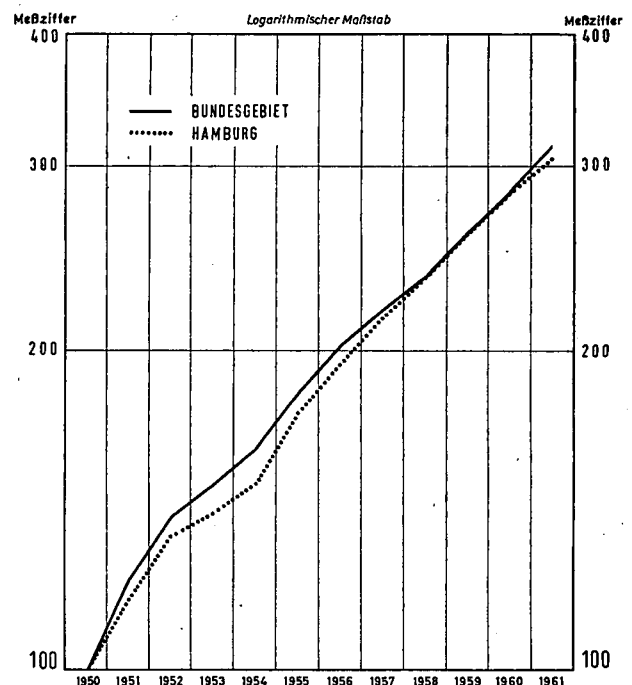
2. Darstellung der Ergebnisse

Die Entwicklung in den Jahren 1950 bis 1961

Das hamburgische Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahre 1961 nach der vorläufigen Berechnung knapp 18 Mrd. DM und hat sich damit seit dem Jahre 1950 — zu jeweiligen Preisen bewertet — mehr als verdreifacht. Damit bleibt das Bruttoinlandsprodukt in Hamburg allerdings — für den ganzen Zeitraum betrachtet — geringfügig hinter der Entwicklung im Bundesgebiet zurück (vgl. Schaubild 2). Die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts überstieg in 6 von 11 Jahren, insbesondere in der Zeit von 1955 bis 1959, in Hamburg die des Bundesgebietes, so daß der Entwicklungsstand des Bruttoinlandsprodukts in Hamburg im Jahre 1959 günstiger war als im Bundesgebiet. In den beiden folgenden Jahren lagen dagegen die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts in Hamburg wieder unter denen des Bundesgebietes, was auf ein Zurückbleiben der Industrieumsätze bzw. auf die Umsatzentwicklung im Außenhandel zurückzuführen ist.

Schaubild 2

Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Bundesgebiet *) und in Hamburg
Meßziffer 1950 = 100



(h) *) ohne Saarland

Das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums eines Gebietes im ganzen ist wesentlich von seiner Wirtschaftsstruktur und dem Anteil mehr oder weniger stark expandierender Wirtschaftszweige abhängig. Für die Entwicklung der Wirtschaftszweige selbst ist mitentscheidend, wie weit sie sich im Basisjahr bereits im konjunkturellen Aufschwung befanden. Außerdem können stark unterschiedliche Preisentwicklungen über einen längeren Zeitraum bei wertmäßiger Betrachtung, wie sie beim Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen angestellt wird, zu erheblichen Strukturverschiebungen in den Beiträgen der Wirtschaftszweige zum Bruttoinlandsprodukt führen. Für alle genannten Fälle bietet die Entwicklung des Bruttoin-

landsprodukts in Hamburg bzw. im Vergleich mit dem Bundesgebiet gute Beispiele.

Die insgesamt etwas stärkere Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im Bundesgebiet ist auf die dort günstigere Entwicklung der Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt im Verarbeitenden Gewerbe, beim Großhandel, bei Banken und Versicherungen und beim Staat zurückzuführen. Im Verarbeitenden Gewerbe¹²⁾ hat hierzu die relativ geringe – wesentlich durch die mäßige Preisentwicklung bedingte – Zuwachsrate des Beitrages zum Bruttoinlandsprodukt der in Hamburg im Jahre 1950 mit rd. 50 % beteiligten Nahrungs- und Genussmittelindustrie beigetragen (Bundesgebiet 20 %). Für die in Hamburg gegenüber dem Bundesgebiet geringere Zunahme des Beitrages des Großhandels zum Bruttoinlandsprodukt dürfte die verhältnismäßig geringe Wachstumsquote im Außenhandel neben Sitz- und Schwerpunktverlagerungen bedeutender Unternehmen in zurückliegenden Jahren eine Rolle gespielt haben. Dagegen ist bei den Banken und Versicherungen der Grund darin zu suchen, daß eine Anzahl der Institute im Jahre 1950 ihren vorläufigen Hauptsitz noch in Hamburg hatte, ihn aber später verlegt hat.

Der demgegenüber starke Aufschwung des Beitrages zum Bruttoinlandsprodukt im Wirtschaftszweig Verkehr und Nachrichtenübermittlung ist in erster Linie auf die Vermehrung der Handelsflotte nach vorausgegangenem Totalverlust zurückzuführen, so daß der Beitrag der Schifffahrt zum Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahre 1960 auf das 6,3fache, die höchste aller Zunahmen, stieg. Hier ist jedoch der niedrige Ausgangspunkt der Vergleichsreihe (1950) zu beachten. Ebenso lag in Hamburg die Entwicklung des Beitrages

Tab. 1
Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (in jeweiligen Preisen) im Bundesgebiet und in Hamburg 1950 bis 1961

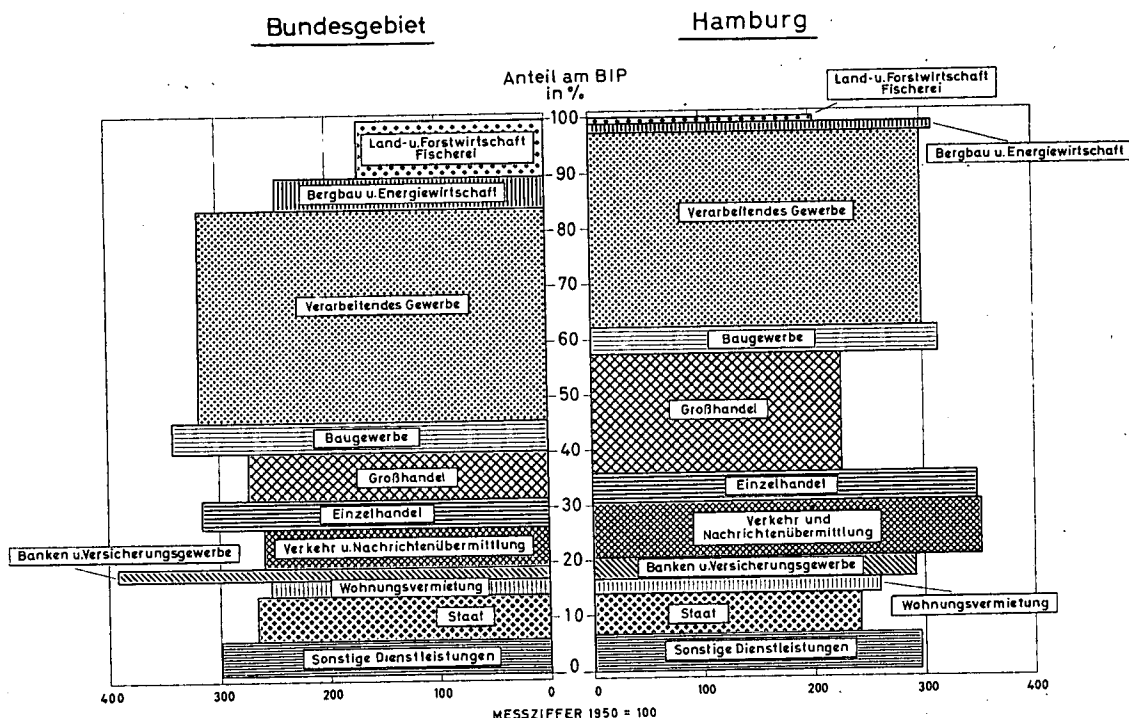
Jahre 1)	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen						
	Millionen DM		Anteil Hamburgs am Bundesergebnis in %	Meßzahlen 1950 = 100		Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	
	Bundesgebiet	Hamburg		Bundesgebiet	Hamburg	Bundesgebiet	Hamburg
	1	2	3	4	5	6	7
1950	97 170	5 879	6,0	100	100		
1951	118 600	6 871	5,8	122	117	22,1	16,9
1952	135 500	7 890	5,8	139	134	14,2	14,8
1953	145 450	8 264	5,7	150	141	7,3	4,7
1954	156 950	8 866	5,6	162	151	7,9	7,3
1955	179 060	10 323	5,8	184	176	14,1	16,4
1956	197 060	11 521	5,8	203	196	10,1	11,6
1957	214 200	12 771	6,0	220	217	8,7	10,8
1958	228 810	13 839	6,0	235	235	6,8	8,4
1959	248 420	15 273	6,1	256	260	8,6	10,4
1960	277 950	16 761	6,0	286	285	11,9	9,7
1960 ²⁾	282 820	16 761	5,9	291	285		9,7
1961 ²⁾	311 360	17 920	5,8	320	305	10,1	6,9

1) 1960 und 1961 vorläufige Ergebnisse. – 2) Einschl. Saarland.

12) Vgl. hierzu Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1962, Oktober-Heft, S. 297 ff., „Der Index der industriellen Produktion in Hamburg und im Bundesgebiet 1950 bis 1961“.

Schaubild 3

Struktur 1950 und Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts Hamburgs und des Bundesgebiets bis 1960



(h)

Statistisches Landesamt Hamburg

zum Bruttoinlandsprodukt im Einzelhandel, in der Wohnungsvermietung, im Bergbau und in der Energiewirtschaft sowie in der Landwirtschaft über der des Bundesgebietes.

Das Schaubild 3 vermittelt einen Vergleich zwischen der wirtschaftlichen Struktur Hamburgs und des Bundesgebietes, wie sie sich aus den Beiträgen der Wirtschaftszweige zum Bruttoinlandsprodukt ergibt, und einen Vergleich der Entwicklung der Beiträge der Wirtschaftszweige zum Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 1950 bis 1960 untereinander und mit den entsprechenden Werten für das Bundesgebiet.

Im Verarbeitenden Gewerbe bildet – wie schon erwähnt – die Nahrungs- und Genußmittelherstellung mit einem Anteil am Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zum Bruttoinlandsprodukt von fast 50% im Jahre 1950 (als Ausgangspunkt der Vergleiche) den wichtigsten Wirtschaftszweig. Durch die starke Expansion bei der Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik (Zunahme in den Jahren 1950 auf 1960 458%), beim Schiff- und Fahrzeugbau (411%) und bei der Chemischen Industrie (379%) sowie bei den übrigen Industriezweigen mit Ausnahme des Textil- und Bekleidungsgebietes ist der Anteil des Beitrages der Nahrungs- und Genußmittelindustrie am Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zum Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahre 1960 auf etwa ein Drittel zurückgegangen. Dagegen ist der Anteil des Beitrages der Chemischen Industrie am Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zum Bruttoinlandsprodukt von 20 auf 30% und der Anteil des Beitrages des Schiff- und Fahrzeugbaus von 10 auf 20% gestiegen.

Gemessen am Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen hat also eine Strukturverschie-

bung innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes stattgefunden. Als Gründe hierfür dürften der vergleichsweise hohe Stand der Nahrungs- und Genußmittelproduktion im Jahre 1950, der Wiederaufbau alter (Schiffbau) oder die Errichtung neuer Kapazitäten (Chemische Industrie, Feinmechanik und Elektrotechnik) anzusehen sein.

Ebenfalls bedeutsam sind – gemessen am Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt – die strukturellen Verschiebungen im Handel und Verkehr. Hier ist der Beitrag des Großhandels zum Bruttoinlandsprodukt durch seine geringere Zuwachsrates von einem Anteil von 60% auf einen solchen von rd. 45% zurückgedrängt worden, während der Wiederaufbau der Handelsflotte zu einer anteiligen Erhöhung des Beitrages der Schifffahrt zum Bruttoinlandsprodukt von 7 auf 17% führte.

Bei den Dienstleistungen waren es die Banken und Versicherungen und die sonstigen Dienstleistungen, die ihren anteiligen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt geringfügig erhöhen konnten, während der des Staates in den Jahren von 1950 bis 1961 von 39 auf 35% zurückfiel (vgl. Schaubild 4 und Anhangtabelle 1).

Strukturvergleich für das Jahr 1959

Die spezifische Struktur der Hamburger Wirtschaft wird gegenüber den anderen Bundesländern vor allem gekennzeichnet durch den sehr hohen Anteil des Beitrages der Chemischen Industrie zum Bruttoinlandsprodukt (11,1% gegenüber 5,3% im Bundesgebiet), der Nahrungs- und Genußmittelherstellung (12,1% gegenüber 6,5%), des Großhandels (17,2% gegenüber 7,9%), des Wirtschaftszweiges Verkehr und Nachrichtenübermittlung (12,8% gegenüber 6,7%) und der Banken und des Versicherungsgewerbes (3,8% gegenüber 3,3%). Die Beiträge dieser Wirtschaftszweige zum Bruttoinlandsprodukt machen in Hamburg 57%, im Bundesgebiet dagegen nur knapp 30% aus.

Ähnliche strukturelle Abweichungen gegenüber dem Bundesgebiet – gemessen an den Beiträgen der Wirtschaftszweige zum Bruttoinlandsprodukt – weist erwartungsgemäß das Land Bremen auf. Doch übertrifft der anteilige Beitrag bestimmter Wirtschaftszweige am Bremer Bruttoinlandsprodukt den der gleichen Wirtschaftszweige am Hamburger Bruttoinlandsprodukt noch beträchtlich. So ist die Bedeutung des Stahl-, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbaus mit einem Anteil von 10% am Bruttoinlandsprodukt (Hamburg 6%) sogar höher als im Land Nordrhein-Westfalen (7,3%). Die für Hamburg oben genannten Anteile am Bruttoinlandsprodukt werden in Bremen im Handel und Verkehr insgesamt und den Wirtschaftszweigen Verkehr und Nachrichtenübermittlung (17,2% gegenüber 12,8% in Hamburg) und Schifffahrt (7,6% gegenüber 6,0%) übertroffen. Während der Anteil des Beitrages der Nahrungs- und Genußmittelherstellung und des Großhandels am Bruttoinlandsprodukt in Bremen auch wesentlich über dem Bundesdurchschnitt liegt, ist der Anteil des Beitrages der Chemischen Industrie am Bremer Bruttoinlandsprodukt relativ unbedeutend (vgl. Anhangtabelle 2).

Schaubild 4

Die Strukturveränderung ausgewählter Wirtschaftszweige in Hamburg 1950 bis 1960

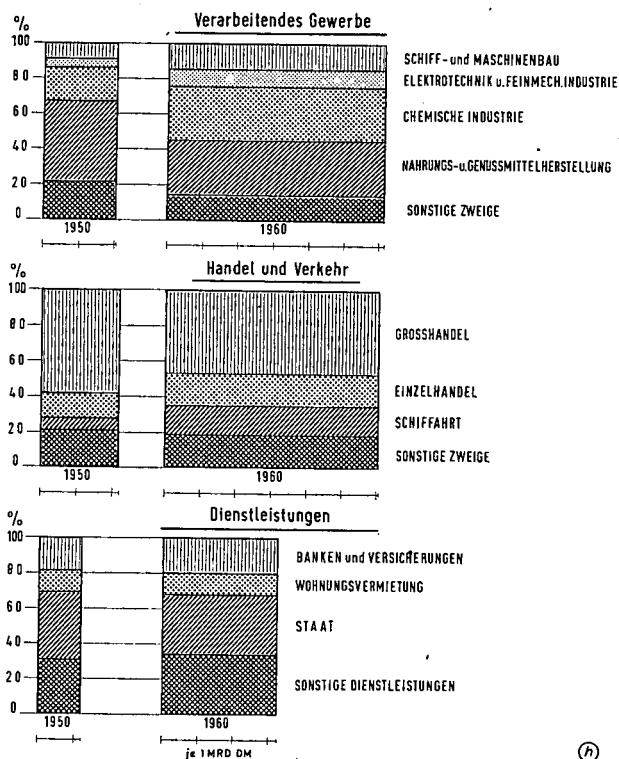
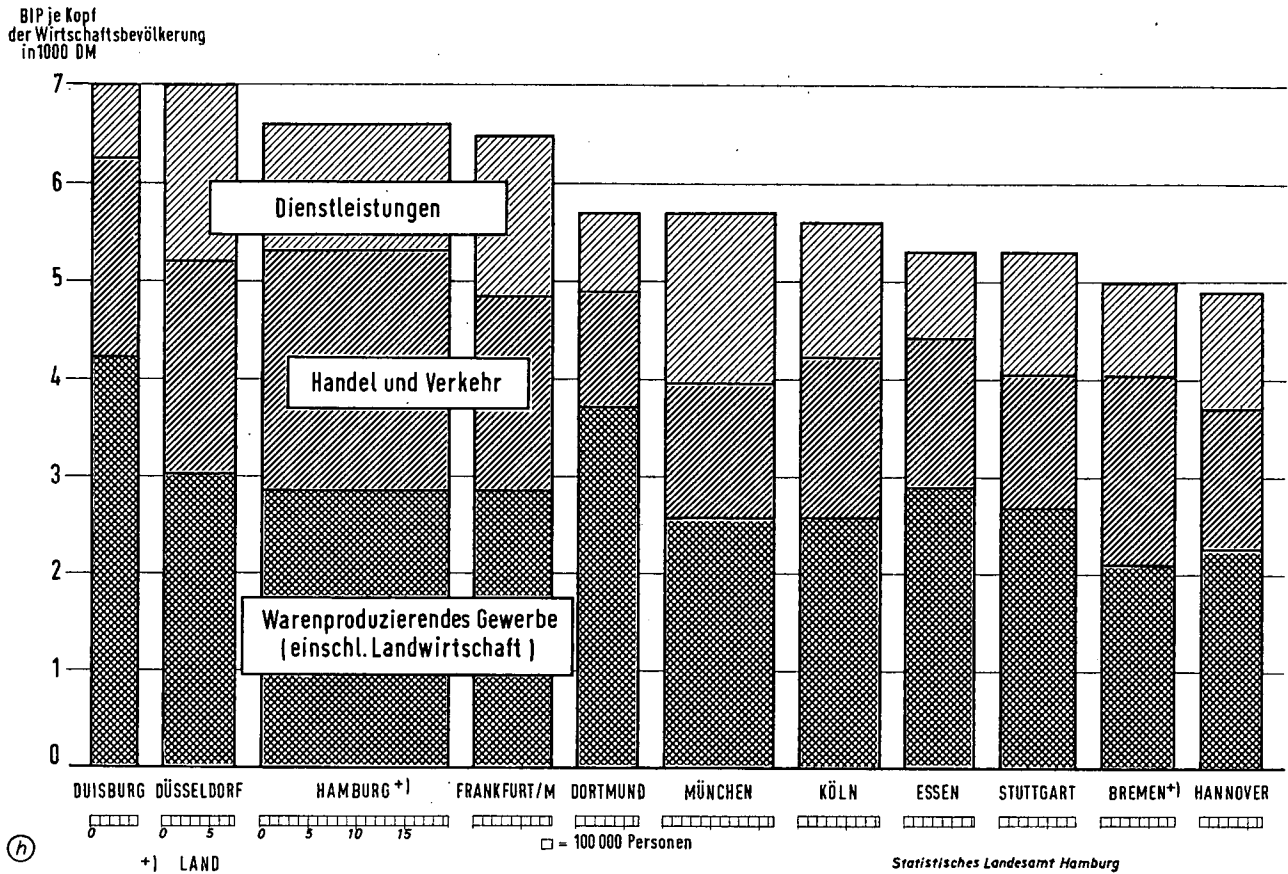


Schaubild 5

Das Bruttoinlandsprodukt der Städte mit mehr als 450 000 Einwohnern nach der Wirtschaftsbevölkerung und dem Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung in wirtschaftlicher Gliederung im Jahre 1957



Die Bedeutung Hamburgs als Hafenplatz und bevorzugter Sitz von Reedereien geht aus dem hohen Anteil Hamburgs am Beitrag der Schifffahrt (einschl. Binnenschifffahrt) zum Bruttoinlandsprodukt des Bundesgebiets hervor; er betrug im Jahre 1959 in Hamburg 42,6 % und in Bremen 16,0 % des Bundesergebnisses. Bei dem verbleibenden Rest von rd. 40 %, der sich auf die übrigen Länder verteilt, ist der Anteil der Binnenschifffahrt nicht unbedeutend.

Städtevergleich für das Jahr 1957

Die strukturellen Unterschiede in der Zusammensetzung der Bruttoinlandsprodukte der Stadtstaaten nach Wirtschaftszweigen und der übrigen Länder basieren einmal auf der besonderen wirtschaftlichen Funktion, die den beiden Stadtstaaten zukommt, zum anderen aber auf der Tatsache, daß es sich um einen Vergleich der Wirtschaften von Flächenländern mit denen von Städten handelt. Inzwischen sind vom Arbeitskreis „Sozialproduktberechnungen der Länder“ Regionalergebnisse für kreisfreie Städte und Kreise fertiggestellt worden, die es auch erlauben, einen Vergleich von Stadt zu Stadt vorzunehmen. Zieht man hierfür die Städte mit einem Bruttoinlandsprodukt von über 3 Mrd. DM heran – es sind dies die Städte mit mehr als 450 000 Einwohnern –, so ergeben sich nach der Wohnbevölkerung und nach dem

Bruttoinlandsprodukt durchaus voneinander abweichende Rangfolgen, die auf den unterschiedlichen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wohnbevölkerung oder Wirtschaftsbevölkerung¹³⁾ zurückzuführen sind. Der höchste Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung ergibt sich mit je 7000 DM in Duisburg und Düsseldorf, während Hamburg mit 6 600 DM vor Frankfurt (6 500 DM) die dritte Stelle einnimmt. Die Höhe des Beitrages zum Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung dürfte strukturell bedingt sein und wesentlich vom Anteil kapitalintensiverer Wirtschaftszweige oder Dienstleistungsbereiche mit einem hohen Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten abhängen.

So ist die wirtschaftliche Struktur gerade der Städte mit dem höchsten Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung, Duisburg und Düsseldorf, sehr unterschiedlich: Während der wirtschaftliche Schwerpunkt Duisburgs – gemessen am Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt – mit zwei Dritteln des Bruttoinlandsprodukts im Bergbau, Verarbeitenden Gewerbe und Verkehr liegt, stehen in Düsseldorf neben dem Verarbeitenden Gewerbe (35 %) Handel, Banken und Versicherungen, Staat und sonstige Dienstleistungen mit einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von insgesamt 50 % im Vordergrund.

Den höchsten Anteil der Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt erreicht mit über 30 % München, was neben der großen Bedeutung des engeren Wirtschaftszweiges Sonstige Dienstleistungen auch von

¹³⁾ Wohnbevölkerung ± (Pendleraldo × 2).

Tab. 2

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (in jeweiligen Preisen) der Großstädte mit mehr als 450 000 Einwohnern im Jahre 1957

Großstädte	Wohnbevölkerung	Bruttoinlandsprodukt			Bruttoinlandsprodukt je Kopf der		
		insgesamt in 1000 DM	davon in %			Wohnbevölkerung in DM	Wirtschaftsbevölkerung in DM
			Warenproduzierendes Gewerbe ¹⁾	Handel und Verkehr ²⁾	Dienstleistungen ³⁾		
1	2	3	4	5	6	7	
Hamburg	1 771 200	12 771 000	43,4	36,9	19,7	7 200	6 600
München	988 453	6 594 742	45,3	24,5	30,2	6 700	5 700
Frankfurt a. M.	633 269	5 301 988	43,5	30,8	25,7	8 400	6 500
Düsseldorf	668 753	5 289 643	43,3	30,9	25,8	7 900	7 000
Köln	728 102	4 837 837	46,0	29,6	24,4	6 600	5 600
Stuttgart	610 400	4 293 800	50,6	26,0	23,4	7 000	5 300
Bremen	654 500	3 852 000	42,0	38,8	19,2	5 900	5 000
Essen	708 671	3 836 695	54,8	28,8	16,4	5 400	5 300
Dortmund	618 084	3 720 801	65,3	20,6	14,1	6 000	5 700
Duisburg	485 650	3 465 995	60,5	29,0	10,5	7 100	7 000
Hannover	547 794	3 252 324	46,6	29,3	24,1	5 900	4 900

¹⁾ Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei; Bergbau und Energiewirtschaft; Verarbeitendes Gewerbe; Baugewerbe. - ²⁾ Einschl. Nachrichtenübermittlung. - ³⁾ Banken und Versicherungsgewerbe; Wohnungsvermittlung; Staat; Sonstige Dienstleistungen.

dem relativ hohen Anteil des Sektors Staat sowie der Banken und des Versicherungsgewerbes abhängt. Noch stärker ist bei den Stadtstaaten das Schwergewicht im Handel und Verkehr mit einem Anteil von 38,8 % am Bruttoinlandsprodukt in Bremen und mit 36,9 % in Hamburg ausgeprägt, obwohl der Anteil des Handels am Bruttoinlandsprodukt allein von den

vergleichenen Städten in Düsseldorf und Essen den in Hamburg übertrifft.

In einer weiteren Darstellung soll das Bruttoinlandsprodukt für Hamburg in konstanten Preisen des Jahres 1954 für die Jahre 1950 bis 1959 demnächst behandelt werden.

Erich Böhm

Anhangtab. 1

Das Hamburger Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (in jeweiligen Preisen) nach wirtschaftlicher Gliederung 1950 bis 1961

Wirtschaftliche Gliederung	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960 ¹⁾	1961 ¹⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Millionen DM												
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	70	85	93	94	96	99	114	119	122	131	143	146
Übrige warenproduzierende Wirtschaftszweige	2 428	2 906	3 248	3 562	3 831	4 555	4 995	5 437	5 937	6 755	7 333	7 831
Bergbau und Energiewirtschaft	89	99	112	119	156	161	197	192	223	236	277	308
Verarbeitendes Gewerbe	2 056	2 512	2 826	3 083	3 295	3 917	4 225	4 664	5 061	5 743	6 170	6 485
darunter												
Stahl-, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbau	185	263	356	441	440	509	593	708	781	911	943	.
Chemische Industrie und verwandtes Gewerbe	386	602	717	717	853	1 028	1 073	1 164	1 280	1 700	1 848	.
Nahrungs- und Genußmittelherstellung	955	1 011	1 074	1 196	1 242	1 487	1 515	1 670	1 788	1 841	1 933	.
Baugewerbe	283	295	310	360	380	477	573	581	653	776	886	1 038
Handel und Verkehr	2 183	2 518	3 004	2 916	3 087	3 679	4 187	4 715	5 077	5 492	6 050	6 381
Handel	1 582	1 789	2 152	2 005	2 067	2 297	2 598	2 924	3 244	3 551	3 933	4 064
davon												
Großhandel und Handelsvermittlung	1 278	1 432	1 708	1 526	1 526	1 736	1 905	2 134	2 353	2 624	2 877	.
Einzelhandel	304	357	445	479	540	560	693	789	891	927	1 056	.
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	601	729	852	911	1 020	1 382	1 589	1 791	1 833	1 941	2 117	2 317
darunter												
Schifffahrt	153	236	289	332	398	655	757	897	871	920	958	.
Dienstleistungen	1 198	1 360	1 544	1 692	1 852	1 990	2 226	2 501	2 703	2 896	3 234	3 562
Banken und Versicherungsgewerbe	222	278	288	314	353	386	440	494	529	583	649	720
Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen)	146	147	163	178	188	201	233	266	299	324	379	449
Staat (einschließlich Sozialversicherung)	456	492	577	619	662	704	792	903	965	1 008	1 098	1 236
Sonstige Dienstleistungen (ohne staatliche Dienstleistungen)	374	443	516	581	649	699	761	838	910	981	1 108	1 157
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	5 879	6 871	7 890	8 264	8 866	10 323	11 521	12 771	13 839	15 273	16 761	17 920
Meßzahlen												
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	100	123	133	136	138	142	163	170	176	188	206	210
Übrige warenproduzierende Wirtschaftszweige	100	120	134	147	158	188	206	224	245	278	302	323
Bergbau und Energiewirtschaft	100	112	126	134	175	181	222	216	251	265	311	347
Verarbeitendes Gewerbe	100	122	137	150	160	190	205	227	246	279	300	315
darunter												
Stahl-, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbau	100	142	193	239	238	275	321	383	422	493	510	.
Chemische Industrie und verwandtes Gewerbe	100	156	186	186	221	266	278	302	332	441	479	.
Nahrungs- und Genußmittelherstellung	100	106	112	125	130	156	159	175	187	193	202	.
Baugewerbe	100	104	109	127	134	169	202	205	230	274	313	366
Handel und Verkehr	100	115	138	134	141	169	192	216	233	252	277	292
Handel	100	113	136	127	131	145	164	185	205	224	249	257
davon												
Großhandel und Handelsvermittlung	100	112	134	119	119	136	149	167	184	205	225	.
Einzelhandel	100	118	146	158	178	185	228	260	293	305	348	.
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	100	121	142	151	170	230	264	298	305	323	352	385
darunter												
Schifffahrt	100	155	189	218	260	429	496	587	570	602	628	.
Dienstleistungen	100	114	129	141	155	166	186	209	226	242	270	297
Banken und Versicherungsgewerbe	100	125	130	141	159	174	198	222	238	262	292	324
Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen)	100	101	112	122	129	138	160	182	205	222	260	308
Staat (einschließlich Sozialversicherung)	100	108	127	136	145	154	174	198	212	221	241	271
Sonstige Dienstleistungen (ohne staatliche Dienstleistungen)	100	118	138	155	173	187	203	224	243	262	296	309
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	100	117	134	141	151	176	196	217	235	260	285	305

Anmerkungen siehe nächste Seite.

Noch: Anhangtab. 1

Das Hamburger Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (in jeweiligen Preisen) nach wirtschaftlicher Gliederung 1950 bis 1961

Wirtschaftliche Gliederung	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960 ¹⁾	1961 ¹⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr in %											
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei		22,6	8,9	1,6	1,6	2,9	15,2	4,2	3,2	7,3	9,3	1,9
Übrige warenproduzierende Wirtschaftszweige		19,7	11,8	9,7	7,6	18,9	9,7	8,8	9,2	13,8	8,6	6,8
Bergbau und Energiewirtschaft		11,9	13,0	5,9	30,8	3,1	22,8	-2,7	16,1	5,9	17,2	11,5
Verarbeitendes Gewerbe		22,2	12,5	9,1	6,9	18,9	7,9	10,4	8,5	13,5	7,4	5,1
darunter												
Stahl-, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbau		42,4	35,4	23,8	-0,2	15,6	16,5	19,4	10,3	16,7	3,4	
Chemische Industrie und verwandtes Gewerbe		56,2	19,0	-0,0	19,0	20,4	4,4	8,5	10,0	32,8	8,7	
Nahrungs- und Genußmittelherstellung		5,9	6,2	11,4	3,9	19,7	1,9	10,2	7,1	3,0	5,0	
Baugewerbe		4,3	4,9	16,1	5,6	25,6	19,9	1,5	12,3	18,9	14,1	17,2
Handel und Verkehr		15,3	19,3	-2,9	5,9	19,2	13,8	12,6	7,7	8,2	10,2	5,5
Handel		13,1	20,3	-6,8	3,1	11,1	13,1	12,5	11,0	9,5	10,8	3,3
davon												
Großhandel und Handelsvermittlung		12,0	19,3	-10,6	0,0	13,7	9,7	12,1	10,3	11,5	9,7	
Einzelhandel		17,6	24,5	7,8	12,8	3,7	23,7	13,8	12,9	4,1	13,9	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung		21,3	16,8	7,0	12,0	35,5	15,0	12,7	2,3	5,9	9,1	9,4
darunter												
Schifffahrt		54,9	22,3	14,9	19,6	64,7	15,6	18,5	-2,9	5,6	4,2	
Dienstleistungen		13,5	13,5	9,6	9,5	7,5	11,9	12,4	8,1	7,1	11,7	10,1
Banken und Versicherungsgewerbe		24,9	3,8	9,0	12,3	9,4	13,9	12,4	7,1	10,1	11,4	10,8
Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen)		0,7	10,9	9,2	5,7	6,8	15,9	14,3	12,5	8,1	17,0	18,5
Staat (einschließlich Sozialversicherung)		8,0	17,2	7,3	6,9	6,3	12,6	13,9	6,9	4,4	9,0	12,6
Sonstige Dienstleistungen (ohne staatliche Dienstleistungen)		18,4	16,5	12,5	11,8	7,7	8,8	10,1	8,6	7,8	12,9	4,5
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen		16,9	14,8	4,7	7,3	16,4	11,6	10,8	8,4	10,4	9,7	6,9
	Anteil am Bruttoinlandsprodukt in %											
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	0,8
Übrige warenproduzierende Wirtschaftszweige	41,3	42,4	41,1	43,1	43,2	44,2	43,4	42,5	42,9	44,2	43,7	43,7
Bergbau und Energiewirtschaft	1,5	1,5	1,4	1,4	1,7	1,6	1,7	1,5	1,6	1,5	1,6	1,7
Verarbeitendes Gewerbe	35,0	36,6	35,8	37,3	37,2	38,0	36,7	36,5	36,6	37,6	36,8	36,2
darunter												
Stahl-, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbau	3,1	3,8	4,5	5,3	5,0	4,9	5,1	5,5	5,6	6,0	5,6	
Chemische Industrie und verwandtes Gewerbe	6,6	8,8	9,1	8,7	9,6	10,0	9,3	9,1	9,3	11,1	11,0	
Nahrungs- und Genußmittelherstellung	16,2	14,7	13,6	14,5	14,0	14,4	13,2	13,1	12,9	12,1	11,5	
Baugewerbe	4,8	4,3	3,9	4,4	4,3	4,6	5,0	4,5	4,7	5,1	5,3	5,8
Handel und Verkehr	37,1	36,6	38,1	35,3	34,8	35,6	36,3	36,9	36,6	36,0	36,1	35,6
Handel	26,9	26,0	27,3	24,3	23,3	22,2	22,5	22,9	23,4	23,3	23,5	22,7
davon												
Großhandel und Handelsvermittlung	21,7	20,8	21,7	18,5	17,2	16,8	16,5	16,7	17,0	17,2	17,2	
Einzelhandel	5,2	5,2	5,6	5,8	6,1	5,4	6,0	6,2	6,4	6,1	6,3	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	10,2	10,6	10,8	11,0	11,5	13,4	13,8	14,0	13,2	12,7	12,6	12,9
darunter												
Schifffahrt	2,6	3,4	3,7	4,0	4,5	6,3	6,5	7,0	6,3	6,0	5,7	
Dienstleistungen	20,4	19,8	19,6	20,5	20,9	19,2	19,3	19,7	19,6	18,9	19,3	19,9
Banken und Versicherungsgewerbe	3,8	4,0	3,7	3,8	4,0	3,7	3,8	3,9	3,8	3,8	3,9	4,0
Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen)	2,5	2,1	2,1	2,2	2,1	1,9	2,0	2,1	2,2	2,1	2,3	2,5
Staat (einschließlich Sozialversicherung)	7,7	7,2	7,3	7,5	7,5	6,8	6,9	7,1	7,0	6,6	6,5	6,9
Sonstige Dienstleistungen (ohne staatliche Dienstleistungen)	6,4	6,5	6,5	7,0	7,3	6,8	6,6	6,6	6,6	6,4	6,6	6,5
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Anhangtab. 2

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (in jeweiligen Preisen) nach Bundesländern in wirtschaftlicher Gliederung im Jahre 1959

Wirtschaftliche Gliederung	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Millionen DM										
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	1 224	131	3 261	90	2 910	1 393	1 365	2 437	4 039	16 850
Ubrige warenproduzierende Wirtschaftszweige	3 958	6 755	12 864	1 916	48 955	10 792	5 982	21 111	19 167	131 500
Bergbau und Energiewirtschaft	169	236	1 411	187	8 169	561	199	638	1 010	12 580
Verarbeitendes Gewerbe	3 092	5 743	9 589	1 473	35 472	8 786	4 933	17 979	15 663	102 730
darunter										
Stahl-, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbau	584	911	2 108	449	6 059	1 885	677	4 243	2 414	19 330
Chemische Industrie und verwandtes Gewerbe	251	1 700	1 118	47	4 874	1 762	1 204	977	1 319	13 250
Nahrungs- und Genußmittelherstellung	1 135	1 841	2 046	443	3 882	1 016	828	2 061	2 809	16 060
Baugewerbe	697	776	1 864	256	5 314	1 445	850	2 494	2 494	16 190
Handel und Verkehr	1 760	5 492	5 137	1 675	15 996	4 874	2 401	6 224	7 313	50 870
Handel	1 217	3 551	3 333	897	11 265	3 297	1 533	4 285	4 784	34 160
davon										
Großhandel und Handelsverm.	541	2 624	1 771	606	6 708	1 838	785	2 330	2 528	19 730
Einzelhandel	676	927	1 562	291	4 556	1 459	749	1 954	2 256	14 430
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	543	1 941	1 804	778	4 731	1 577	868	1 939	2 529	16 710
darunter										
Schifffahrt ¹⁾		920		345						2 160
Dienstleistungen	2 069	2 896	5 652	830	14 684	4 940	2 564	6 935	8 630	49 200
Banken und Versicherungsgewerbe	231	583	702	151	2 854	1 002	240	1 129	1 368	8 260
Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung v. Eigentümerwohnungen)	252	324	673	107	1 931	579	356	957	981	6 160
Staat (einschließlich Gemeinden und Sozialversicherung)	923	1 008	2 323	332	4 927	1 718	1 084	2 613	3 212	18 140
Sonstige Dienstleistungen (ohne staatliche Dienstleistungen)	663	981	1 954	240	4 972	1 641	884	2 236	3 069	16 640
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	9 011	15 273	26 915	4 512	82 543	21 999	12 313	36 707	39 148	248 420
darunter										
Handwerk	1 709	1 361	3 023	349	6 681	2 045	1 522	3 940	5 060	25 690
Anteile am Bruttoinlandsprodukt in %										
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	13,6	0,9	12,1	2,0	3,5	6,3	11,1	6,6	10,3	6,8
Ubrige warenproduzierende Wirtschaftszweige	43,9	44,2	47,8	42,5	59,3	49,0	48,6	57,5	49,0	53,0
Bergbau und Energiewirtschaft	1,9	1,5	5,3	4,2	9,9	2,5	1,6	1,7	2,6	5,1
Verarbeitendes Gewerbe	34,3	37,6	35,6	32,6	43,0	39,9	40,1	49,0	40,0	41,4
darunter										
Stahl-, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbau	6,5	6,0	7,8	10,0	7,3	8,6	5,5	11,5	6,2	7,8
Chemische Industrie und verwandtes Gewerbe	2,8	11,1	4,2	1,0	5,9	8,0	9,8	2,7	3,4	5,3
Nahrungs- und Genußmittelherstellung	12,6	12,1	7,6	9,8	4,7	4,6	6,7	5,6	7,2	6,5
Baugewerbe	7,7	5,1	6,9	5,7	6,4	6,6	6,9	6,8	6,4	6,5
Handel und Verkehr	19,5	36,0	19,1	37,1	19,3	22,2	19,5	17,0	18,7	20,4
Handel	13,5	23,3	12,4	19,9	13,6	15,0	12,5	11,7	12,2	13,7
davon										
Großhandel und Handelsverm.	6,0	17,2	6,6	13,4	8,1	8,4	6,4	6,4	6,4	7,9
Einzelhandel	7,5	6,1	5,8	6,5	5,5	6,6	6,1	5,3	5,8	5,8
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	6,0	12,7	6,7	17,2	5,7	7,2	7,0	5,3	6,5	6,7
darunter										
Schifffahrt ¹⁾		6,0		7,6						0,8
Dienstleistungen	23,0	18,9	21,0	18,4	17,9	22,5	20,8	18,9	22,0	19,8
Banken und Versicherungsgewerbe	2,6	3,8	2,6	3,3	3,5	4,6	1,9	3,1	3,5	3,3
Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung v. Eigentümerwohnungen)	2,8	2,1	2,5	2,4	2,4	2,6	2,9	2,6	2,5	2,5
Staat (einschließlich Gemeinden und Sozialversicherung)	10,2	6,6	8,6	7,4	6,0	7,8	8,8	7,1	8,2	7,3
Sonstige Dienstleistungen (ohne staatliche Dienstleistungen)	7,4	6,4	7,3	5,3	6,0	7,5	7,2	6,1	7,8	6,7
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
darunter										
Handwerk	19,0	8,9	11,2	7,7	8,1	9,3	12,4	10,7	12,9	10,3

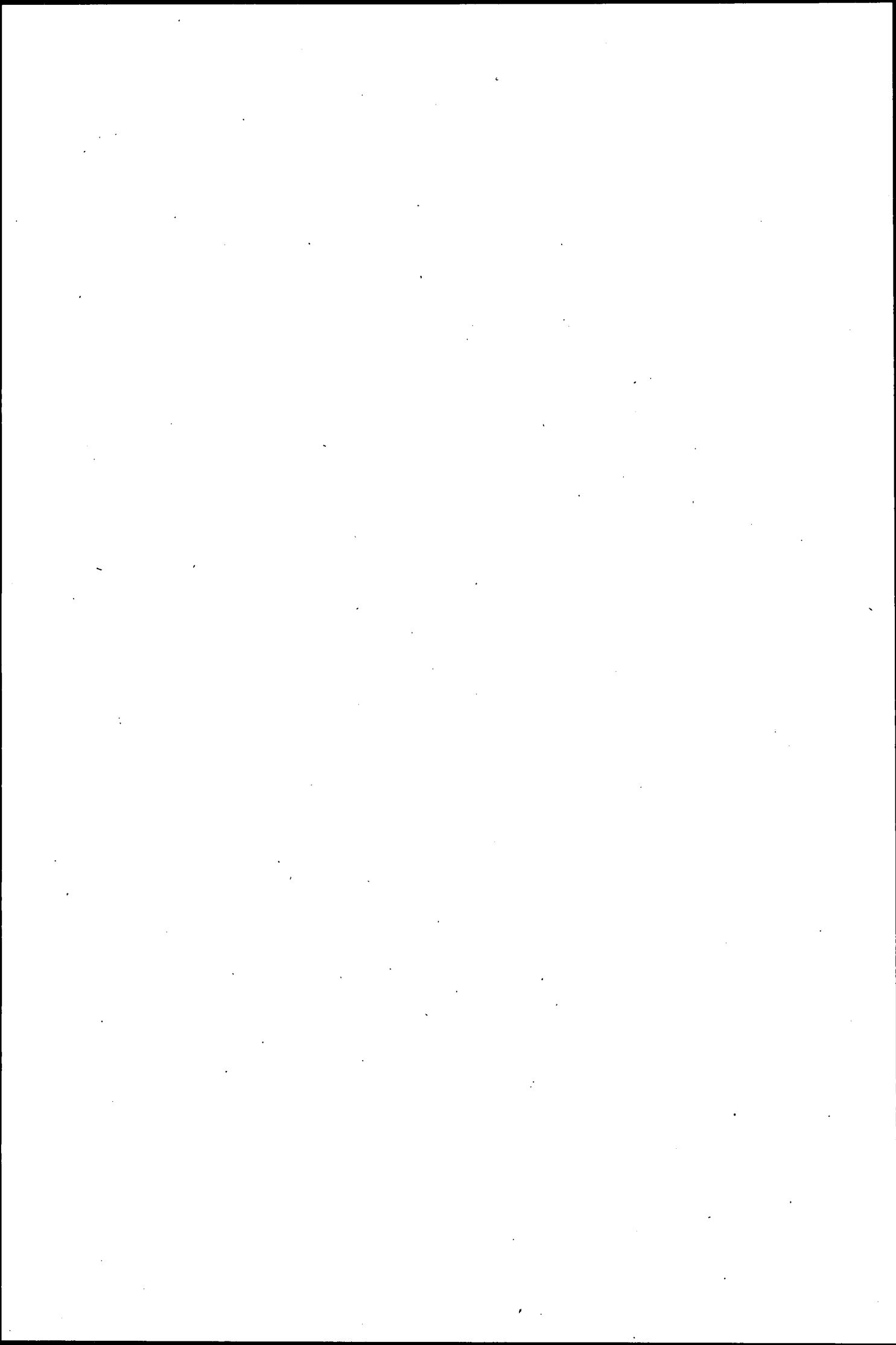
Anmerkungen siehe nächste Seite.

Noch: Anhangtab. 2

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (in jeweiligen Preisen) nach Bundesländern in wirtschaftlicher Gliederung im Jahre 1959

Wirtschaftliche Gliederung	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Anteile der Länderergebnisse am Bundesergebnis in %										
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	7,3	0,8	19,3	0,5	17,3	8,3	8,1	14,4	24,0	100
Ubrige warenproduzierende Wirtschaftszweige	3,0	5,1	9,8	1,5	37,2	8,2	4,5	16,1	14,6	100
Bergbau und Energiewirtschaft	1,3	1,9	11,2	1,5	64,9	4,5	1,6	5,1	8,0	100
Verarbeitendes Gewerbe	3,0	5,6	9,3	1,4	34,5	8,6	4,8	17,5	15,3	100
darunter										
Stahl-, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbau	3,0	4,7	10,9	2,3	31,3	9,8	3,5	22,0	12,5	100
Chemische Industrie und verwandtes Gewerbe	1,9	12,8	8,4	0,4	36,8	13,3	9,1	7,4	9,9	100
Nahrungs- und Genußmittelherstellung	7,1	11,5	12,7	2,8	24,2	6,3	5,1	12,8	17,5	100
Baugewerbe	4,3	4,8	11,5	1,6	32,8	8,9	5,3	15,4	15,4	100
Handel und Verkehr	3,5	10,8	10,1	3,3	31,4	9,6	4,7	12,2	14,4	100
Handel	3,6	10,4	9,8	2,6	33,0	9,6	4,5	12,5	14,0	100
davon										
Großhandel und Handelsverm.	2,7	13,3	9,0	3,1	34,0	9,3	4,0	11,8	12,8	100
Einzelhandel	4,7	6,4	10,8	2,0	31,6	10,1	5,2	13,6	15,6	100
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	3,3	11,6	10,8	4,7	28,3	9,4	5,2	11,6	15,1	100
darunter										
Schifffahrt ¹⁾		42,6		16,0						100
Dienstleistungen	4,2	5,9	11,5	1,7	29,9	10,0	5,2	14,1	17,5	100
Banken und Versicherungsgewerbe	2,8	7,1	8,5	1,8	34,5	12,1	2,9	13,7	16,6	100
Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung v. Eigentümerwohnungen)	4,1	5,3	10,9	1,7	31,4	9,4	5,8	15,5	15,9	100
Staat (einschließlich Gemeinden und Sozialversicherung)	5,1	5,5	12,8	1,8	27,2	9,5	6,0	14,4	17,7	100
Sonstige Dienstleistungen (ohne staatliche Dienstleistungen)	4,0	5,9	11,8	1,4	29,9	9,9	5,3	13,4	18,4	100
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	3,6	6,1	10,8	1,8	33,2	8,9	5,0	14,8	15,8	100
darunter										
Handwerk	6,6	5,3	11,8	1,4	26,0	8,0	5,9	15,3	19,7	100

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
¹⁾ Wird nur für die Hauptschiffahrtsländer ausgewiesen.



Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1961	Oktober 1962	September 1962
	1938	1950	1961			
Meteorologische Beobachtungen in Hamburg						
1. Mittelwerte ¹⁾						
Luftdruck, mm	761,7	758,8 ⁵⁾	761,1 ⁵⁾	760,0 ⁵⁾	765,8 ⁵⁾	760,9 ⁵⁾
Lufttemperatur, °C	9,3	7,9	9,9	12,0	11,0	13,3
Relative Luftfeuchtigkeit, %	82	82	78	79	82	78
Windstärke ²⁾	3,1	3	3	3
Bewölkung ³⁾	6,7	7,2	6,9	6	7	6
2. Summenwerte ⁴⁾						
Niederschlagsmenge, mm	562,0	857,6	917	50	16	79
Sonnenscheindauer, Std.	1 622,9	1 743,2	1 454	106	99	150
Tage ohne Sonnenschein	88	76	71	6	3	2
Tage mit Niederschlägen	160	221	209	18	17	21
Bevölkerung						
1. Bevölkerungsstand (in 1000) ⁶⁾ 7)						
Bezirk Hamburg-Mitte	435,8	242,2	295,2	291 p	291 p	291 p
Altona	220,3	272,7	273,4	272 p	269 p	269 p
Eimsbüttel	244,5	252,0	261,9	260 p	257 p	257 p
Hamburg-Nord	424,1	358,9	429,8	428 p	422 p	423 p
Wandsbek	166,7	221,9	303,4	310 p	333 p	330 p
Bergedorf	52,6	82,4	78,3	78 p	78 p	78 p
Harburg	135,7	172,4	200,6	201 p	197 p	198 p
* Hamburg insgesamt	1 679,7	1 602,5	1 842,6	1 840 p	1 847 p	1 846 p
davon männlich	788,8	750,3	853,9	848 p	854 p	853 p
weiblich	890,9	852,2	988,7	992 p	993 p	993 p
dar. Ausländer ⁸⁾	16,6	19,9	37,9	41,2	47,9	47,0
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung						
* Eheschließungen	1 447	1 414	1 588	1 346	1 300	1 233
* Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	10,3	10,7	10,3	8,6	8,3 p	8,1
* Ehescheidungen	266	434	298	319	310 p	133
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern darunter unehelich	2 346	1 448	2 122	2 095	2 000 p	2 173
darunter unehelich	209	154	162	156	150 p	152 r
* Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	16,8	10,9	13,8	13,4	12,7 p	14,3 r
Unehelich Geborene % der Geborenen	9,1	10,8	7,7	7,4	7,4 p	7,0 r
Totgeborene % der Geborenen	2,1	1,9	1,5	1,4	2,0 p	1,4 r
* Gestorbene Ortsansässige	1 702	1 389	1 949	1 899	1 860 p	1 771
darunter unter 1 Jahr alt	118	64	50	36	53	49 r
70 und mehr Jahre alt	657	631	1 103	1 079	1 050 p	940 r
* Gestorbene Ortsansässige auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr	12,2	10,5	12,7	12,1	11,9 p	11,7
* Gestorbene Säuglinge	50,6	43,5	23,6	16,8	25,2 p	22,8 r
* Geburtenüberschuß (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	+ 644	+ 59	+ 173	+ 196	+ 140 p	+ 402
3. Wanderungen						
* Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs	8 126	7 661	6 535	7 746	8 000 p	6 002 r
* Fortgezogene Personen nach außerhalb Hamburgs	7 788	2 174	5 729	6 246	6 200 p	5 503 r
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	+ 338	+ 5 487	+ 806	+ 1 500	+ 1 800 p	+ 499 r
davon männlich	..	+ 2 533	+ 517	+ 868	+ 1 200 p	+ 400 r
weiblich	..	+ 2 954	+ 289	+ 632	+ 600 p	+ 99 r
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	31 889	19 751	15 503	19 050	18 665	14 735
Nach Gebieten						
a) Herkunft						
Schleswig-Holstein	..	2 668	1 561	1 960	1 900 p	1 450 r
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	..	1 311	796	972	1 000 p	819 r
Niedersachsen	..	1 854	1 204	1 490	1 700 p	1 099 r
darunter angrenzende Kreise ¹¹⁾	..	567	270	339	400 p	284 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	..	1 214 ¹²⁾	2 242	2 908	2 500 p	1 964 r
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	..	1 072	403	102	100 p	77 r
Ausland	..	485	1 057	1 204	1 700 p	1 317 r
Unbekannt	..	368	68	82	100 p	95 r
b) Ziel						
Schleswig-Holstein	..	718	1 864	1 953	1 900 p	1 702 r
darunter angrenzende Kreise ¹⁰⁾	..	457	1 203	1 239	1 100 p	1 109 r
Niedersachsen	..	449	1 136	1 328	1 700 p	1 105 r
darunter angrenzende Kreise ¹¹⁾	..	131	381	481	500 p	463 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	..	764 ¹²⁾	2 059	2 155	1 800 p	1 948 r
Sowjetische Besatzungszone, sowjetischer Sektor von Berlin und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung	..	89	38	49	..	18 r
Ausland	..	142	591	710	700 p	703 r
Unbekannt	..	12	41	51	..	27 r

1) Errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — 2) 1 bis 12 nach der Beauforskala. — 3) Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = volle Bewölkung). — 4) 1938, 1950 und 1961 handelt es sich um Jahreswerte. — 5) Reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — 6) Für 1938 und 1950 nach dem Stand der Volkszählung vom 17. 5. 1939 und 13. 9. 1950. — 7) Vorläufige Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1961. — 8) Ab 1950 nach den Angaben der Polizei Hamburg. — 9) Berechnet unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — 10) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — 11) Landkreise Harburg und Stade. — 12) Einschl. Sowjetsektor von Berlin.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1961	Oktober 1962	September 1962
	1938	1950	1961			
Gesundheitswesen						
1. Krankenanstalten in Hamburg						
a) Öffentliche Krankenanstalten	9 464	12 742	11 843	11 800	11 727	11 727
Bettenbestand am Monatsende 1)	221 711	321 088	301 220	322 355	296 584	275 234
Krankenverpflegungstage	77,1	86,8	86,6	91,1	87,5	84,7
Bettenausnutzung in % 2)						
b) Gemeinnützige Krankenanstalten 3)	4 339	4 690	4 657	4 672	4 505	4 449
Bettenbestand am Monatsende 1)	98 261	126 293	123 035	131 890	125 316	115 345
Krankenverpflegungstage	74,5	88,6	87,1	91,1	90,4	87,0
Bettenausnutzung in % 2)						
c) Privatkrankenanstalten		409	563	570	666	662
Bettenbestand am Monatsende 1)		8 983	12 955	14 518	18 275	15 339
Krankenverpflegungstage		60,1	78,9	82,6	88,8	77,2
Bettenausnutzung in % 2)						
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs						
a) Öffentliche Krankenanstalten	189	2 260	982	982	947	947
Bettenbestand am Monatsende 1)	4 705	61 801	24 046	23 783	22 317	21 755
Krankenverpflegungstage	81,8	91,5	80,6	78,1	77,2	79,1
Bettenausnutzung in % 2)						
b) Tbc-Heilstätten	833	1 645	1 132	1 136	1 136	1 136
Bettenbestand am Monatsende 1)	23 649	48 679	29 359	29 289	30 567	28 840
Krankenverpflegungstage	93,5	97,4	86,8	85,4	92,4	90,0
Bettenausnutzung in % 2)						
3. Anstalten für Geisteskranke						
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg	2 898	1 388	1 678	1 719	1 719	1 719
Bettenbestand am Monatsende	86 354	29 261	47 203	48 831	50 241	48 630
Krankenverpflegungstage	98,0	75,1	95,5	95,2	97,0	97,1
Bettenausnutzung in % 2)						
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg	1 613	1 218	1 302	1 302	1 302	1 302
Bettenbestand am Monatsende	48 883	36 598	39 102	39 975	39 568	38 256
Krankenverpflegungstage	99,7	98,8	98,8	99,0	98,0	97,9
Bettenausnutzung in % 2)						
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs	—	1 420	1 270	1 280	1 300	1 300
Bettenbestand am Monatsende	—	35 400	38 366	38 627	39 543	38 476
Krankenverpflegungstage	—	68,4	98,8	97,4	98,1	98,7
Bettenausnutzung in % 2)						
4. Gestorbene nach wichtigen Todesursachen						
Gestorbene insgesamt	1 702	1 389	1 949	1 899		1 771
darunter						
Tuberkulose der Atmungsorgane	82	48	21	28		20
Krebs	240	285	395	390		394
Gehirnblutungen	136	172	239	235		185
Herzkrankheiten	232	269	438	408		385
Lungenentzündung	103	47	45	39		40
Freitod	62	50	42	37		58
Verkehrsunfälle	22	20	34	51		35
Andere Verunglückungen	48	41	54	49		45
Kulturpflege						
1. Lichtspieltheater						
Theater	104	104	169	164	142	143
Plätze	66 691	47 891	90 426	88 191	75 323	75 848
Besucher	1 931 580	1 854 754	1 908 976	1 797 994	1 438 950	1 380 614
2. Rundfunk und Fernsehen						
Tonrundfunkteilnehmer 4)	361 531	407 741	625 156	627 486	635 347	634 477
Fernsehrundfunkteilnehmer	—	—	258 670	271 037	322 046	318 654
Öffentliche Fürsorge						
Öffentliche Sozialleistungen						
Soziale Krankenversicherung 5)						
Mitglieder		694 658	701 079	701 244	698 517	698 747
Pflichtmitglieder	452 518	486 742	469 104	468 209	462 855	463 473
Rentner		171 139	170 469	170 575	170 182	169 902
Freiwillige Mitglieder	64 028	36 777	61 506	62 460	65 480	65 372
Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt	15 541	15 825	31 706	34 743	30 698	27 472
männlich	9 091	10 123	21 539	23 264	20 414	18 491
weiblich	6 450	5 702	10 167	11 479	10 284	8 981
Soziale Rentenversicherung						
Rentenempfänger		153 175	294 342	296 175		300 878
Rentenversicherung der Arbeiter	94 3467)	106 248	193 895	195 243	197 323	197 055
Rentenversicherung der Angestellten		46 927	100 447	100 932		103 823
Ausgezahlte Renten in DM		28 880 000	56 778 681	57 640 789		61 818 217
Rentenversicherung der Arbeiter		18 350 000	32 792 909	33 083 867	35 180 662	35 068 244
Rentenversicherung der Angestellten		10 530 000	23 985 772	24 556 922		26 749 973
Offene Fürsorge						
Laufend unterstützte Parteien 6)	55 658	25 040	22 036	21 812	21 476	21 052
Laufend unterstützte Personen		40 214	30 541	30 026	29 144	28 647
Laufend unterstützte Personen auf 1000 Einwohner		25,3	16,6	16,3	15,8	15,5

1) Ohne Säuglingsbetten. — 2) Ohne gesperrte Betten. — 3) 1938 einschl. Privatkrankenanstalten. — 4) 1938 und 1950 Postamtsbezirk Hamburg. — 5) Nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — 6) Der für 1938 ausgewiesene Personenkreis ist mit den übrigen Jahren nur bedingt vergleichbar. — 7) Stand 1. 1. 1940.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1961	Oktober 1962	September 1962
	1938	1950	1961			
Arbeitsmarkt						
1. Umfang der Beschäftigung						
• Beschäftigte Arbeitnehmer am Monatsende 1)	638 856 ⁵⁾	580 940	835 739	843 059 ⁷⁾	841 199 ⁸⁾	841 199 ⁹⁾
• davon:						
• männlich	428 675	384 486	502 914	506 720	503 664	503 664
• weiblich	210 181	196 454	332 825	336 339	337 535	337 535
2. Angebot und Nachfrage						
• Arbeitslose	29 908	90 831	4 865	4 545	4 438	3 896
• davon:						
• männlich	23 937	56 428	3 072	2 847	2 789	2 392
• weiblich	5 971	34 403	1 793	1 698	1 649	1 504
• Offene Stellen	31 522	1 789	19 999	21 451	20 062	24 171
• davon:						
• männlich	21 009	744	10 861	12 512	11 371	13 811
• weiblich	10 513	1 045	9 138	8 939	8 691	10 360
• Stellenvermittlung in Dauerbeschäftigung 2)	16 088	21 006	7 661	7 732	7 221	6 749
• davon:						
• männlich	11 107	13 007	5 178	5 236	4 833	4 491
• weiblich	4 981	7 999	2 483	2 496	2 388	2 258
• Stellenvermittlung in kurzfristige Beschäftigung	9 175	24 625	10 828	4 548	3 668	4 427
• davon:						
• männlich	7 544	23 585	9 952	3 719	2 949	3 762
• weiblich	1 631	1 040	876	829	719	665
• Arbeitsuchende am Monatsende 3)	35 944	94 886	9 273	8 405	7 834	7 565
• davon:						
• männlich	28 215	59 355	6 197	5 454	4 976	4 824
• weiblich	7 729	35 531	3 076	2 951	2 858	2 741
3. Die Arbeitslosen 4)						
Berufsgruppen insgesamt	29 908	90 831	4 865	4 545	4 438	3 896
darunter:						
Bauberufe	..	6 710 ⁶⁾	162	58	39	22
Metallerzeuger und -verarbeiter	..	6 766 ⁶⁾	130	101	64	73
Elektriker	..	1 627 ⁶⁾	29	35	21	20
Chemiewerker	..	1 879 ⁶⁾	84	73	59	59
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	..	1 596 ⁶⁾	28	26	18	22
Graphische Berufe	..	690 ⁶⁾	53	53	30	40
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	..	1 180 ⁶⁾	11	13	9	10
Nahrungs- und Genussmittelhersteller	..	6 623 ⁶⁾	139	127	129	105
Kaufmännische Berufe	..	8 598 ⁶⁾	965	927	542	425
Verkehrsberufe	..	8 787 ⁶⁾	592	591	406	342
Verwaltungs- und Büroberufe	..	5 807 ⁶⁾	844	890	1 325	1 143
Künstlerische Berufe	..	2 260 ⁶⁾	341	361	265	200
Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
1. Baugenehmigungen						
Wohnbauten						
• Wohngebäude	..	469	348	279	381	155
• Umbauter Raum in 1000 cbm	..	642	485	455	505	262
• Wohnungen	..	2 540	1 550	1 495	1 717	894
• Bruttowohnfläche in 1000 qm	..	128	100	95	107	56
• Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	..	22 029	45 316	42 389	49 973	28 453
Nichtwohnbauten						
• Nichtwohngebäude	..	185	133	148	167	119
• Umbauter Raum in 1000 cbm	..	233	376	368	317	261
• Wohnungen	..	20	21	14	26	15
• Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	..	6 403	32 692	33 671	32 632	17 058
2. Baubeginne						
Wohnbauten						
• Wohngebäude	..	516	385	380	340	339
• Umbauter Raum in 1000 cbm	524	462	399	465
• Wohnungen	..	2 206	1 692	1 500	1 260	1 503
• Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	47 751	44 659	39 704	47 592
Nichtwohnbauten						
• Nichtwohngebäude	..	237	128	163	211	148
• Umbauter Raum in 1000 cbm	369	368	444	497
• Wohnungen	20	15	25	7
• Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	31 230	28 553	39 189	39 489
3. Baufertigstellungen						
Wohnbauten						
• Wohngebäude	188	395	479	832	372	272
• Umbauter Raum in 1000 cbm	..	482	547	861	653	370
• Wohnungen	..	2 096	1 804	2 324	2 233	1 266
• Bruttowohnfläche in 1000 qm	..	107	114	155	133	78
• Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	..	19 250	45 353	61 266	58 128	33 273
Nichtwohnbauten						
• Nichtwohngebäude	26	137	117	133	207	89
• Umbauter Raum in 1000 cbm	..	144	293	215	659	190
• Wohnungen	..	26	20	10	19	7
• Veranschlagte reine Baukosten in 1000 DM	..	3 069	22 781	19 602	61 005	12 923

1) Wird vierteljährlich ausgezählt. — 2) Durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — 3) Arbeitslose einschl. derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — 4) Infolge Umstellung der Systematik sind die Zahlen von 1961 und 1962 nur bedingt vergleichbar. — 5) Juni 1938. — 6) Durchschnitt aus April-Dezember 1950. — 7) September 1961. — 8) September 1962. — 9) Rückgang der Beschäftigtenzahl ist auf Karteibereinigung beim Landesarbeitsamt Hamburg zurückzuführen; Zahlen daher mit den Vormonaten nicht vergleichbar.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1961	Oktober 1962	September 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen						
Wohnungen						
Wohnungen insgesamt 1)	706	2 122	1 824	2 334	2 252	1 273
darunter						
mit öffentlichen Mitteln gefördert		1 526	1 417	1 970	1 698	924
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)		6 575	6 668	9 192	7 854	4 580
4. Bauüberhang						
(am Ende des Berichtszeitraumes) 2)						
Im Bau befindliche Wohnungen		17 089	23 031	27 100	20 800	21 800
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen		8 412	8 180	8 900	9 000	8 500
5. Bestand an normalen Wohngebäuden und Wohnungen³⁾ (in 1000)						
Bestand an Wohngebäuden		122	185	186	191	191
Bestand an Wohnungen		336	590	595	615	613
Bestand an Wohnräumen über 6 qm (einschl. Küchen)		1 276	2 129	2 149	2 224	2 216
6. Wohnraumbewirtschaftung						
Erstvergabe von bewirtschafteten Wohnungen						
a) für Wohnungssuchende mit hoher Dringlichkeit und für Sonderfälle	—	650	744	861	733	442
b) für Wohnungssuchende mit Anspruch aus §§ 77—80 II. WoBauG.	—	830	567	851	746	411
c) für die Umschichtung	—	—	104	259	218	75
Wiedervergaben, Wohnungen	—	452	739	1 128	932	730
Erstmalig bezogene unbewirtschaftete Wohnungen	—	678	363	309	481	318
Abgang von Wohnungen (Wohnraumkartei)	—	306	156	281	1 150	105
7. Bauberichterstattung 4)						
Zahl der Beschäftigten		21 853	44 262	45 190	44 452	44 831
davon						
Inhaber		335	449	462	460	460
Angestellte		1 739	3 686	3 791	4 013	3 990
Arbeiter 5)		19 779	40 127	40 937	39 979	40 381
Löhne in 1000 DM		6 168	30 615	34 842	38 152	35 845
Gehälter in 1000 DM		731	3 451	3 499	3 941	3 948
Umsatz in 1000 DM		15 950	85 931	105 594	111 701	99 226
darunter						
im Wohnungsbau in 1000 DM			29 874	36 302	36 357	31 170
im gewerbl. und industr. Bau in 1000 DM			19 546	23 067	27 208	25 778
Geleistete Arbeitsstunden in 1000		3 732	6 900	7 530	7 443	7 133
darunter						
für Wohnungsbauten in 1000		1 498	2 369	2 663	2 506	2 366
für gewerbl. und industr. Bauten in 1000		1 051	1 515	1 633	1 823	1 751
Preise und Indexziffern						
1. Durchschnittspreise am Hamburger Viehmarkt						
für 50 kg Lebendgewicht (in RM/DM)						
Ochsen, vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes	43,80	75,80	119,30	113,80	111,90	112,43
Kühe, sonstige vollfleischige	37,60	62,70	93,70	93,40	87,80	87,93
Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber	57,00	91,30	167,10	187,40	175,20	171,43
Schweine, von 100—119,5 kg Lebendgewicht	50,90	117,50	126,70	129,80	134,40	133,15
Schafe, mittlere Mastlämmer und Hammel	40,70	61,90	99,90	101,80	96,30	95,95
2. Durchschnittspreise für Fleisch 6)						
1. Qualität für 50 kg (in RM/DM)						
Rindfleisch von Ochsen und Färsen, beste Qualität	76,50	131,50	208,50	205,90	202,50	203,13
Kalbfleisch, beste Qualität	94,70	174,50	297,70	323,10	312,50	300,00
Hammelfleisch, beste Qualität	92,80	127,00	231,00	233,80	235,60	228,75
Schweinefleisch, aus hiesigen Schlachtungen	70,40	178,50	173,40	179,00	182,80	180,94
3. Preisindexziffern für die Lebenshaltung						
— Mittlere Verbrauchergruppe — Wägungsschema 1950						
Ernährung	63,0	100	132,0	134,6	138,3	138,3
Getränke und Tabakwaren	34,6	100	83,8	83,9	84,2	84,2
Wohnung	97,5	100	141,8	143,1	145,4	144,6
Heizung und Beleuchtung	66,0	100	147,0	148,3	151,5	151,2
Hausrat	53,9	100	117,7	119,1	122,9	122,6
Bekleidung	47,9	100	107,2	107,6	109,9	109,9
Reinigung und Körperpflege	58,7	100	119,4	120,8	125,3	125,3
Bildung und Unterhaltung	73,9	100	147,6	147,9	154,5	150,9
Verkehr	65,0	100	143,9	144,2	144,2	144,2
Ernährung						
einschl. Getränke und Tabakwaren	59,3	100	125,7	127,9	131,2	131,2
Lebenshaltung ohne Miete	59,0	100	125,9	127,6	131,1	130,7
Gesamtlebenshaltung	62,8	100	127,3	128,9	132,1	131,8
(1950 = 100)						
(1938 = 100)	100	159,3	202,9	205,4	210,6	210,0

1) Einschl. Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind (im Berichtsmonat 71 Wohnungen). — 2) Für die Jahre 1950 und 1961 wurde an Stelle des Monatsdurchschnitts jeweils der Stand vom 31. 12. angegeben. — 3) Einschl. Behelfsheime von 30 und mehr qm; Bestand 1950 nach der Wohnungszählung vom 13. 9. 1950. — 4) Betriebe ab 20 Beschäftigte. — 5) Einschl. Umschüler und Lehrlinge. — 6) Beim Verkauf der Großschlächter an die Ladenschlächter.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1961	Oktober 1962	September 1962
	1936 ¹⁾	1950	1961			
Industrie ²⁾						
1. Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)		2 130	1 857	1 857	1 812	1 813
* Beschäftigte insgesamt	745 200	140 867	233 971	234 428	230 058	230 114
darunter						
* Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge	.	111 760	171 526	171 273	165 151	165 511
* Geleistete Arbeiterstunden in 1000	.	21 399	28 929	29 220	29 065	26 804
* Bruttosumme der Gehälter in 1000 DM	.	11 369	50 328	49 993	55 957	55 207
* Bruttosumme der Löhne in 1000 DM	.	28 356	92 882	92 654	102 715	97 493
* Umsatzwerte in 1000 RM/DM	154 200	333 013	1 063 658	1 164 726	1 299 115	1 121 785
* darunter nach dem Ausmaß in 1000 RM/DM	.	12 845	131 761	122 143	196 448	129 075
* Brennstoffverbrauch in Steinkohlenwert ³⁾ †	.	52 913	16 806	14 873	15 202	14 262
* Heizölverbrauch in t	.	.	47 309	48 118	49 491	43 456
* Stromerzeugung in 1000 kWh	.	5 925	12 962	13 117	14 627	12 619
* Stromverbrauch in 1000 kWh	.	34 341	98 143	102 485	109 064	97 479
* Gasverbrauch in 1000 cbm	.	.	7 005	6 852	6 003	5 291
2. Beschäftigte und Umsatz nach Industriegruppen						
Beschäftigte						
Gesamte Industrie	145 200	140 867	233 971	234 428	230 058	230 114
darunter						
Mineralölverarbeitung	4 000	4 371	8 417	8 389	8 729	8 698
NE-Metallindustrie	1 900	2 509	3 034	3 043	3 045	3 054
Chemische Industrie	8 200	10 439	17 396	17 305	17 475	17 573
Kautschuk und Asbest	9 200	10 380	13 723	13 625	13 249	13 125
Maschinenbau	12 400	16 409	30 283	30 227	31 249	30 690
Schiffbau	26 500	12 559	30 188	29 485	30 834	26 273
Elektroindustrie	5 400	10 785	28 472	28 485	25 393	29 112
Druck und Vervielfältigung	7 800 ⁵⁾	6 721	12 160	12 344	12 539	12 580
Olmühlenindustrie	5 400	4 628	2 790	2 782	2 701	2 752
Margarineindustrie	5 400	4 628	3 093	3 087	3 067	3 049
Kaffee und Tee	.	721	3 505	3 785	3 661	3 573
Tabakverarbeitung	2 700	2 762	3 601	3 648	3 530	3 629
Umsatz ⁴⁾ in 1000 RM/DM						
Gesamte Industrie	154 200	333 013	1 063 658	1 164 726	1 299 115	1 121 785
darunter						
Mineralölverarbeitung	12 800	32 925	182 278	180 737	230 955	187 312
NE-Metallindustrie	9 700	15 005	35 548	35 593	48 262	37 841
Chemische Industrie	12 900 ⁶⁾	25 296	77 253	82 572	90 894	80 198
Kautschuk und Asbest	4 600	13 990	37 397	40 684	43 875	39 368
Maschinenbau	9 400	16 234	64 650	64 197	83 811	72 072
Schiffbau	14 400	7 633	66 076	78 139	89 235	48 746
Elektroindustrie	4 400	10 463	112 793	133 340	131 842	160 986
Druck und Vervielfältigung	4 500 ⁵⁾	7 748	31 950	34 427	37 205	31 557
Olmühlenindustrie	21 500	41 967	37 023	36 163	49 512	40 431
Margarineindustrie	21 500	41 967	23 036	26 224	26 326	20 998
Kaffee und Tee	.	4 298	57 307	57 316	64 831	57 976
Tabakverarbeitung	-12 000	55 911	100 437	105 612	110 693	96 252
3. Öffentliche Energieversorgung						
Wasserförderung in 1000 cbm	5 737 ⁷⁾	8 282	10 164	10 523	10 748	10 204
* Gaserzeugung in 1000 Ncbm auf Kohlen- und Raffineriebasis	18 767 ⁸⁾	20 935	34 088	32 357	33 610	28 422
* Stromerzeugung in 1000 kWh	40 210 ⁹⁾	125 855	361 337	398 319	413 437	374 260
Versorgung mit Nahrungsmitteln						
1. Milcherzeugung						
	1938					
* Kuhmilcherzeugung in 1000 kg	2 618	2 285	2 327	1 659	1 595	1 684
* Milchlieferung an Molkereien in 1000 kg	1 597	1 946	1 890	1 299	1 279	1 394
* in % der Gesamterzeugung	61,0	85,2	81,2	78,3	80,2	82,8
* Milchleistung je Kuh und Tag in kg	8,6	8,3	10,3	7,2	8,2	9,0
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien						
Vollmilch insgesamt in 1000 kg	.	10 709	11 279	11 273	11 330	10 471
davon						
lose in 1000 kg	.	.	5 295	5 004	4 176	3 921
in Flaschen in 1000 kg	.	.	5 984	6 269	7 154	6 550
Mager- und Buttermilch in 1000 kg	.	1 186	568	386	379	402
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandstiere)						
Rinder	6 580	4 980	9 992	20 698	23 885	16 106
Kälber	3 884	3 699	3 197	2 522	3 073	2 472
Schweine	24 847	19 784	46 132	53 605	52 027	42 370
Schafe	4 265	5 681	4 024	4 916	4 333	3 864
4. Schlachtungen (Inlandstiere)						
* Rindvieh (ohne Kälber)	8 075	3 363	9 080	16 300	17 121	13 045
* Kälber	5 568	4 065	3 082	2 331	2 820	2 274
* Schweine insgesamt	40 186	21 165	48 507	53 668	55 152	44 321
* darunter Hausschlachtungen	.	1 455	553	155	144	84
* Gesamtschlachtgewicht in 1000 kg ⁹⁾	6 467	3 220	6 714	9 267	9 506	7 534
darunter						
* Rinder (ohne Kälber) in 1000 kg	1 989	836	2 216	4 198	4 361	3 351
* Schweine in 1000 kg	3 878	1 882	4 124	4 698	4 780	3 880
Durchschnittliches Schlachtgewicht						
* für Rinder in kg	246,3	248,7	244,1	257,6	254,7	256,9
* für Kälber in kg	57,2	43,2	58,8	60,7	62,0	65,0
* für Schweine in kg	96,5	95,5	86,0	87,8	86,9	87,7

1) Zahlen für die Industrie nach dem heutigen Gebietsstand, teilweise geschätzt. — 2) Es sind hierbei die hamburgischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Arbeitskräften berücksichtigt (ohne Betriebe der Bauindustrie und Energiewirtschaft). — 3) 1 t SKE = 1 t Steinkohle, = 1 t Steinkohlenkoks, = 3 t Rohbraunkohle, = 1,5 t Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks. — 4) Ohne Handelsware, einschl. Verbrauchsteuern. — 5) 1936 = einschl. Papierverarbeitung. — 6) 1936 = einschl. Kunststoffverarbeitende Industrie. — 7) Rechnungsjahr 1935/36 einschl. Cuxhaven. — 8) Rechnungsjahr 1935/36. — 9) Der gewerblichen Schlachtungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1961	Oktober 1962	September 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Versorgung mit Nahrungsmitteln						
5. Obst- und Gemüsemarkt (Deichtormarkt)						
Obstzufuhr aus dem Inland in 1000 kg	1 749	3 815	3 015	3 869	4 056	4 639
Obstzufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	4 337	2 571	13 135	12 611	18 439	13 405
Gemüsezufuhr aus dem Inland in 1000 kg	6 351	4 956	6 489	7 888	8 058	9 337
Gemüsezufuhr aus dem Ausland in 1000 kg	264	926	4 021	2 244	3 425	3 849
6. Fischmarkt						
Versteigerte Mengen insgesamt in 1000 kg	12 241	6 044	3 154	2 661	2 774	2 958
darunter						
in Hamburg angelandete Fische in 1000 kg	12 119	6 016	2 867	2 418	2 485	2 730
Handel und Gastgewerbe						
1. Index der Einzelhandelsumsätze (1954 = 100)						
* Einzelhandel aller Betriebsformen	.	.	168	171	184	163
davon						
* Nahrungs- und Genußmittel	.	.	161	160	175	163
darunter						
Lebensmittel aller Art	.	.	162	163	175	161
Obst, Gemüse, Südfrüchte	.	.	162	154	162	172
Fische und Fischwaren	.	.	176	182	197	177
Milch und Milcherzeugnisse	.	.	142	144	159	151
Schokolade und Süßwaren	.	.	133	128	132	120
Tabakwaren	.	.	156	155	165	153
* Bekleidung, Wäsche, Schuhe	.	.	167	184	193	151
darunter						
Textilien aller Art	.	.	191	187	193	165
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	.	.	180	175	168	145
Oberbekleidung	.	.	156	200	201	149
Schuhwaren	.	.	172	175	183	148
* Hausrat und Wohnbedarf	.	.	180	198	205	181
darunter						
Eisenwaren und Küchengeräte	.	.	175	177	172	149
Porzellan und Glaswaren	.	.	193	180	189	172
Beleuchtungs- und Elektrogeräte	.	.	224	276	276	245
Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikel	.	.	213	228	286	260
Möbel	.	.	135	168	154	136
Teppiche, Gardinen usw.	.	.	138	144	139	129
* Sonstige Waren	.	.	176	167	183	165
darunter						
Bücher	.	.	192	175	189	153
Papier- und Schreibwaren	.	.	166	153	167	135
Galanterie- und Lederwaren	.	.	169	135	136	121
Apotheken	.	.	164	168	168	155
Drogerien	.	.	176	160	179	163
Foto und Optik	.	.	182	164	182	191
Büromaschinen und Büromöbel	.	.	143	133	160	140
Fahrräder, Kraftfahrzeuge und Zubehör	.	.	197	146	129	137
Kraftwagen und Zubehör	.	.	205	198	227	201
Uhren, Gold- und Silberwaren	.	.	182	160	171	146
Blumen und Sämereien	.	.	200	203	216	185
Brennmaterial	.	.	128	122	150	148
2. Umsatz-Index des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (1955 = 100)						
Gaststättenwesen insgesamt	.	.	149	152	164	160
darunter						
Hotels und Gasthöfe	.	.	122	133	142	143
Fremdenheime und Pensionen	.	.	165	163	170	204
Schank- und Speisewirtschaften mit Ausschank alkoholischer Getränke	.	.	141	146	157	153
3. Fremdenverkehr ^{1) 2)}						
* Zahl der gemeldeten Fremden	81 041	48 229	106 693	106 927	114 757	130 194
darunter Ausländer	11 283	10 303	39 328	33 361	35 128	47 726
* Zahl der Übernachtungen	180 185	103 109	221 092	221 864	235 888	263 222
darunter Ausländer	27 491	22 805	80 261	71 940	72 785	93 334
Bettenausnutzung % der höchstmöglichen Belegung nach dem Bettenstand vom 1. April des jeweiligen Jahres	46	55	58	56	59	68
4. Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost (in Mio DM) ³⁾						
* Bezüge Hamburgs	.	5	6	7	5	5
* Lieferungen Hamburgs	.	3	4	2	8	7
5. Handel mit Berlin (West) ³⁾ (in Mio DM)						
* Bezüge Hamburgs	.	9	84	83	105	92
* Lieferungen Hamburgs	.	37	118	117	116	114
6. Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren (in Mio DM)						
* Insgesamt	.	26	149	144	155 p	148
davon nach Warengruppen						
* Ernährungswirtschaft	.	1	12	9	15 p	15

1) Ohne Heime, Jugendherbergen, Massenquartiere und Privatquartiere. — 2) 1938 einschl. der Hospize, Herbergen und ähnlicher Vereinshäuser. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1961	Oktober 1962	September 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Handel und Gastgewerbe						
* Gewerbliche Wirtschaft	.	25	137	135	140 p	133
davon						
* Rohstoffe	.	1	2	2	3 p	2
* Halbwaren	.	12	33	30	47 p	45
* Fertigwaren	.	12	102	103	90 p	86
davon						
* Vorerzeugnisse	.	2	9	9	10 p	7
* Enderzeugnisse	.	10	93	94	80 p	79
davon nach ausgewählten Verbrauchsgebieten						
Europa	.	.	93	94	110 p	107
darunter						
EWG-Länder	.	.	27	30	.	28
EFTA-Länder	.	.	49	46	.	49
Afrika	.	.	9	5	5 p	5
Amerika	.	.	26	18	28 p	24
davon						
Nordamerika	.	.	12	10	.	16
darunter USA	.	.	11	9	.	15
Mittelamerika	.	.	5	1	.	1
Südamerika	.	.	9	7	.	7
Asien	.	.	20	26	10 p	10
Australien und Ozeanien	.	.	1	1	2 p	2
7. Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg						
Wareneinfuhr (in 1000 t)	1936					
	648	464	1 498	1 542	1 600 p	1 539 r
Warengruppen:						
darunter						
Ernährungswirtschaft	161	185	341	376	400 p	319 r
Gewerbliche Wirtschaft	487	278	1 157	1 165	1 200 p	1 220 r
davon						
Rohstoffe und Halbwaren	480	272	1 110	1 117	1 140 p	1 169 r
Fertigwaren	7	6	47	48	60 p	51 r
Ländergruppen:						
darunter						
Europa	319	134	269	250	350 p	307
davon						
EWG-Länder	29	32	49	52	.	62
EFTA-Länder	179	75	116	107	.	134
Sonstige Länder	111	27	104	91	.	111
Außereuropa	329	330	1 226	1 288	1 245 p	1 229
davon						
Amerika	214	150	576	574	.	579
davon						
Nordamerika	77	73	304	315	.	246
Mittelamerika	83	25	31	38	.	55
Südamerika	54	52	241	221	.	278
Afrika	48	60	97	130	.	189
Asien	64	118	533	570	.	455
Australien und Ozeanien	3	2	20	14	.	6
Warenausfuhr (in 1000 t)	168	216	324	265	320 p	307 r
Warengruppen:						
darunter						
Ernährungswirtschaft	12	4	55	20	50 p	46 r
Gewerbliche Wirtschaft	156	212	269	245	270 p	261 r
davon						
Rohstoffe	84	16	14	14	15 p	12 r
Halbwaren	72	160	142	121	140 p	136 r
Fertigwaren	72	36	113	110	115 p	113 r
davon						
Vorerzeugnisse	.	17	36	39	.	40 r
Enderzeugnisse	.	19	77	71	.	73 r
Ländergruppen:						
darunter						
Europa	80	153	153	122	170 p	162 r
davon						
EWG-Länder	13	4	18	15	.	19
EFTA-Länder	44	125	107	82	.	123
Sonstige Länder	23	24	28	25	.	20
Außereuropa	88	58	144	138	130 p	122 r
davon						
Amerika	45	38	60	67	.	60 r
davon						
Nordamerika	18	17	23	25	.	30
darunter USA	13	12	18	16	.	17
Mittelamerika	7	5	10	9	.	8
Südamerika	20	16	27	33	.	22
Afrika	11	8	29	24	.	28 r
Asien	30	8	50	45	.	30 r
Australien und Ozeanien	2	4	5	2	.	4 r
Verkehr						
1. Seeschifffahrt	1938					
a) Schiffsverkehr zur See						
Angekommene Schiffe	1 512	955	1 669	1 624	1 770 p	1 750 p
darunter deutsche Schiffe	1 027	526	989	965	1 100 p	1 090 p
Abgegangene Schiffe	1 610	1 017	1 746	1 691	1 930 p	1 900 p
darunter deutsche Schiffe	1 118	591	1 060	1 038	1 250 p	1 225 p
Raumgehalt der angekommenen Schiffe in 1000 NRT	1 714	937	2 675	2 594	3 000 p	2 950 p
darunter deutsche Schiffe	873	128	742	715	900 p	880 p
Raumgehalt der abgegangenen Schiffe in 1000 NRT	1 712	936	2 676	2 584	2 950 p	2 900 p
darunter deutsche Schiffe	875	135	755	742	870 p	840 p

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1961	Oktober 1962	September 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Verkehr						
b) Linienschifffahrt (Linien) 1)	184	176	255	255	253 p	253 p
davon						
Europa	102	84	72	72	76 p	76 p
Außereuropa	82	92	183	183	177 p	177 p
Reisen (Abfahrten)	728	319	734	711	785 p	780 p
darunter nach						
Europäischem Ausland	383	159	299	298	300 p	296 p
Amerika	72	54	176	176	188 p	188 p
Afrika	37	18	87	86	87 p	86 p
Asien	33	23	97	101	80 p	80 p
Australien	7	4	16	13	20 p	20 p
c) Personenverkehr über See						
Ausreisende insgesamt	6 744	870	2 235	2 082	2 200 p	3 600 p
darunter nach Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			151	117	100 p	160 p
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			530	383	400 p	800 p
Nordamerika	2 882	446	778	878	1 000 p	1 400 p
Südamerika	1 286	231	374	506	600 p	400 p
Einreisende insgesamt	5 373	333	1 834	1 880	2 000 p	2 900 p
darunter von Häfen in						
Nord-Europa (einschl. Ostseegebiet)			120	137	150 p	180 p
West-Europa (einschl. Großbritannien und Irland)			475	569	600 p	800 p
Nordamerika	2 057	171	655	748	800 p	1 200 p
Südamerika	882	30	335	281	300 p	300 p
d) Güterverkehr zur See (in 1000 t brutto)						
Empfang	1 521	919	2 490	2 472	2 740 p	2 640 p
dav. Massengut	980	620	1 855	1 892	2 160 p	2 120 p
dar. Mineralöle	307	162	1 350	1 373	1 650 p	1 620 p
Kohle	262	113	789	781		
Getreide	133	70	139	162		
Sackgut	541	191	126	122	110 p	110 p
Stückgut			379	397	400 p	390 p
Verkehrsbezirke:						
Inland	110	110	62	60		
Europäisches Ausland	520	159	348	341		
Außereuropa	891	351	1 445	1 491		
darunter						
Nahost und Persischer Golf	171	128	480	468		
Vereinigte Staaten von Amerika	626	78	323	325		
Versand			299	580	580 p	520 p
davon						
Massengut	205	144	248	216	200 p	180 p
Sackgut	421	155	105	89	100 p	85 p
Stückgut			282	275	280 p	255 p
Verkehrsbezirke:						
Inland	149	32	75	61		
Europäisches Ausland	302	170	301	254		
Außereuropa	175	97	259	265		
2. Binnenschifffahrt						
a) Schiffsverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Angekommene Schiffe	2 674	1 716	2 286	2 731	2 576	2 582
Abgegangene Schiffe	2 560	1 677	2 233	2 580	2 474	2 473
Tragfähigkeit der angekommenen Schiffe in 1000 t	879	362	643	755	719	683
Tragfähigkeit der abgegangenen Schiffe in 1000 t	845	344	626	713	681	652
b) Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen						
Eingang (in 1000 t)	318	151	296	351	320	308
darunter						
Bundesrepublik	77	101	251	298	293	283
davon						
Niederelbe	24	32	30	27	38	49
Oberelbe bis Zonengrenze	53	62	190	243	228	203
Mittellandkanal	0	7	31	28	27	31
Berlin (West)	7	25	10	12	10	9
Sowjetische Besatzungszone	155	3	18	29	3	4
Tschechoslowakei	42	22	17	12	14	12
Ausgang (in 1000 t)	504	121	243	226	230	216
darunter						
Bundesrepublik	59	81	117	136	127	110
davon						
Niederelbe	49	48	73	78	83	71
Oberelbe bis Zonengrenze	10	32	32	42	30	27
Mittellandkanal	0	1	12	17	14	12
Berlin (West)	29	28	58	48	74	68
Sowjetische Besatzungszone	268	2	36	19	10	10
Tschechoslowakei	34	10	32	23	19	28
3. Flugverkehr (gewerblicher Verkehr)						
Gelandete Flugzeuge	351	491	1 713	1 789		
Gestartete Flugzeuge	352	491	1 714	1 790		
Angekommene Fluggäste	1 818	4 993	41 254	41 292		
darunter aus dem Ausland			14 401	15 155		
Abgereiste Fluggäste	1 812	4 203	38 679	41 179		
darunter nach dem Ausland			14 311	15 429		
Angekommene Fracht in t	22,8	186,8	586	688		
darunter aus dem Ausland			300	331		
Abgegangene Fracht in t	20,3	58,7	441	513		
darunter nach dem Ausland			184	208		
Angekommene Post in t	9,0	35,6	92	127		
Abgegangene Post in t	5,6	15,8	103	157		
4. Bundesbahnverkehr						
Güterempfang in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		416,9	497,4	487,2		
Güterversand in 1000 t (öffentlicher Verkehr)		246,8	471,9	498,8		
Gestellte Güterwagen		31 414	42 278	45 441	48 281	43 562

1) Stand am Ende des Jahres bzw. Monats.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1961	Oktober 1962	September 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Verkehr						
5. Personen-Nahverkehr						
Beförderte Personen (in 1000)						
Stadtbahn (S-Bahn)	7 939	11 064	10 872	11 782	10 655	11 164
Hoch- und Untergrundbahn (einschl. W-Bahn)	6 571	11 752	13 789	14 406	14 520	13 703
Straßenbahn	13 799	23 498	15 614	16 036	13 580	12 747
Kraftomnibusse der HHA 1)	1 083	2 028	7 835	8 159	9 652	9 061
Alsterdampfer	281	337	202	215	203	217
Dampfer der Hafendampfschiffahrt AG.	1 268	1 283	1 517	1 562		
Kraftomnibusse der VHH AG. 2)	373	786	1 573	1 592	1 670	1 576
Kraftomnibusse der Deutschen Bundespost	.	.	20	23	18	17
Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn	.	.	358	393	386	396
Private Kraftomnibusse	.	151	634	669		550
6. Kraftfahrzeuge						
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung (im Verkehr befindlich) insgesamt 3)	82 080	59 100	245 051	246 291	275 907	276 118
darunter Personenkraftwagen 4)	39 260	25 948	197 421	196 683	228 885	228 121
b) Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	928	1 177	3 989	3 991	4 396	3 964
darunter						
• Kraftträder	232	221	87	28	17	20
• Personenkraftwagen	501	644	3 221	3 252	3 438	3 147
• Kombinationskraftwagen	.	.	257	251	361	332
• Lastkraftwagen	179	288	353	387	457	359
7. Straßenverkehrsunfälle						
Zahl der Verkehrsunfälle	865	1 058	4 877	5 244	5 085	4 694
davon						
• mit Personenschaden 5)	459	426	1 050	1 118	1 148	1 187
• mit nur Sachschaden	406	632	3 827	4 126	3 937	3 507
• Getötete Personen	8	12	23	20	37	31
• Verletzte Personen	517	483	1 281	1 387	1 432	1 467
Geld und Kredit						
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbanken) (Beträge in Mio RM/DM)						
a) Kredite der Kreditinstitute 6)						
• Kredite an Nichtkreditinstitute am Monatsende	.	1 556,1	7 744,0	8 251,6	9 082,5	9 025,2
• davon kurzfristige Kredite 7)	.	1 353,8	3 459,7	3 653,4	3 727,6	3 787,4
• davon						
• an Wirtschaft und Private	.	1 328,7	3 213,1	3 344,1	3 522,9	3 571,6
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	25,1	246,6	309,3	204,7	215,8
• mittelfristige Kredite 8) 9)	.	55,8	626,7	696,1	815,7	771,7
• davon						
• an Wirtschaft und Private	.	55,6	549,0	617,8	711,8	668,8
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	0,2	77,7	78,3	103,9	102,9
• langfristige Kredite 8) 9)	.	146,5	3 657,6	3 902,1	4 539,2	4 466,1
• davon						
• an Wirtschaft und Private	.	146,0	3 315,4	3 537,3	4 158,0	4 086,8
• an öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	0,5	342,2	364,8	381,2	379,3
• Kredite an Kreditinstitute am Monatsende	.	105,7	789,7	786,0	789,3	792,9
b) Einlagen bei den Kreditinstituten						
• Einlagen von Nichtkreditinstituten am Monatsende	.	1 152,3	5 969,6	6 094,0	6 662,8	6 531,5
• davon Sicht- und Termineinlagen	.	1 026,3	3 485,1	3 551,5	3 846,6	3 765,5
• davon						
• von Wirtschaft und Privaten	.	848,0	2 997,2	3 055,3	3 223,4	3 090,5
• von öffentl.-rechtl. Körperschaften	.	178,3	487,9	496,2	623,2	675,0
• Spareinlagen	.	126,0	2 484,5	2 542,5	2 816,2	2 776,0
• Einlagen von Kreditinstituten am Monatsende	.	106,6	1 618,9	1 801,9	1 755,2	1 727,5
c) Sparverkehr						
• Sämtliche Kreditinstitute 10)	.	126,0	2 484,5	2 542,5	2 816,2	2 776,0
• Spareinlagen am Monatsende	.					
• darunter						
• steuerbegünstigt	.	12,4	166,7	150,1	—	2,9
• prämiengünstigt	.	—	100,2	109,6	171,6	168,0
• Gutschriften	.	10,2	142,2	149,7	181,6	120,2
• Lastschriften	.	7,3	134,2	107,8	141,5	107,1
• Saldo der Gut- und Lastschriften	.	+ 2,9	+ 8,0	+ 41,9	+ 40,1	+ 13,1
• Zinsen	.	+ 2,6	+ 7,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
2. Zahlungsschwierigkeiten, Leihhäuser						
a) Wechselproteste 11) (Zahl)						
• Betrag in 1000 RM/DM	.	1 324	1 450	1 518	1 382	1 253
• Durchschnittsbetrag je protestierten Wechsel in RM/DM	.	1 194,0	1 040,3	1 095,1	1 193,0	1 130
•	.	902	718	721	863	902
b) Konkurse und Vergleichsverfahren (Zahl)						
• Konkurse	12	25	14	6	15	18
• Eröffnete Vergleichsverfahren	1	3	1	1	1	—
c) Mahn- und Offenbarungseidverfahren (Zahl)						
• Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	14 894	21 302	21 398	24 709	25 120	21 769
• Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides	.	2 392	2 716	2 814	3 227	2 287
• Haftbefehle zur Erzwungung des Offenbarungseides	.	848	1 135	1 241	1 168	1 089
• Abgeleitete Offenbarungseide	.	124	338	344	420	360
d) Öffentliche Leihhäuser						
• Verpfändungen 12), Zahl	19 155	13 214	3 858	3 911	4 920	4 278
• RM/DM	298 306	384 610	181 810	172 710	352 437	263 351
• Einlösungen, Zahl	13 235	12 709	3 633	3 709	3 788	3 541
• RM/DM	176 172	401 990	172 763	163 739	216 549	191 882

1) 1950 einschl. Obusse. — 2) 1938 und 1950 BGE und Südstorm. Kreisbahn (einschl. Eisenbahnbetrieb). — 3) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — 4) Einschl. Kombinationskraftwagen. — 5) Teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 6) Ohne durchlaufende Mittel. — 7) 107 berichtspflichtige Institute. — 8) 90 berichtspflichtige Institute. — 9) Bis einschl. Mai 1950 ohne Wirtschaft und Private. — 10) Ohne Postsparkasse. — 11) Wechselproteste der Kreditinstitute und der Post. — 12) Einschließlich Erneuerungen.

Zahlenspiegel

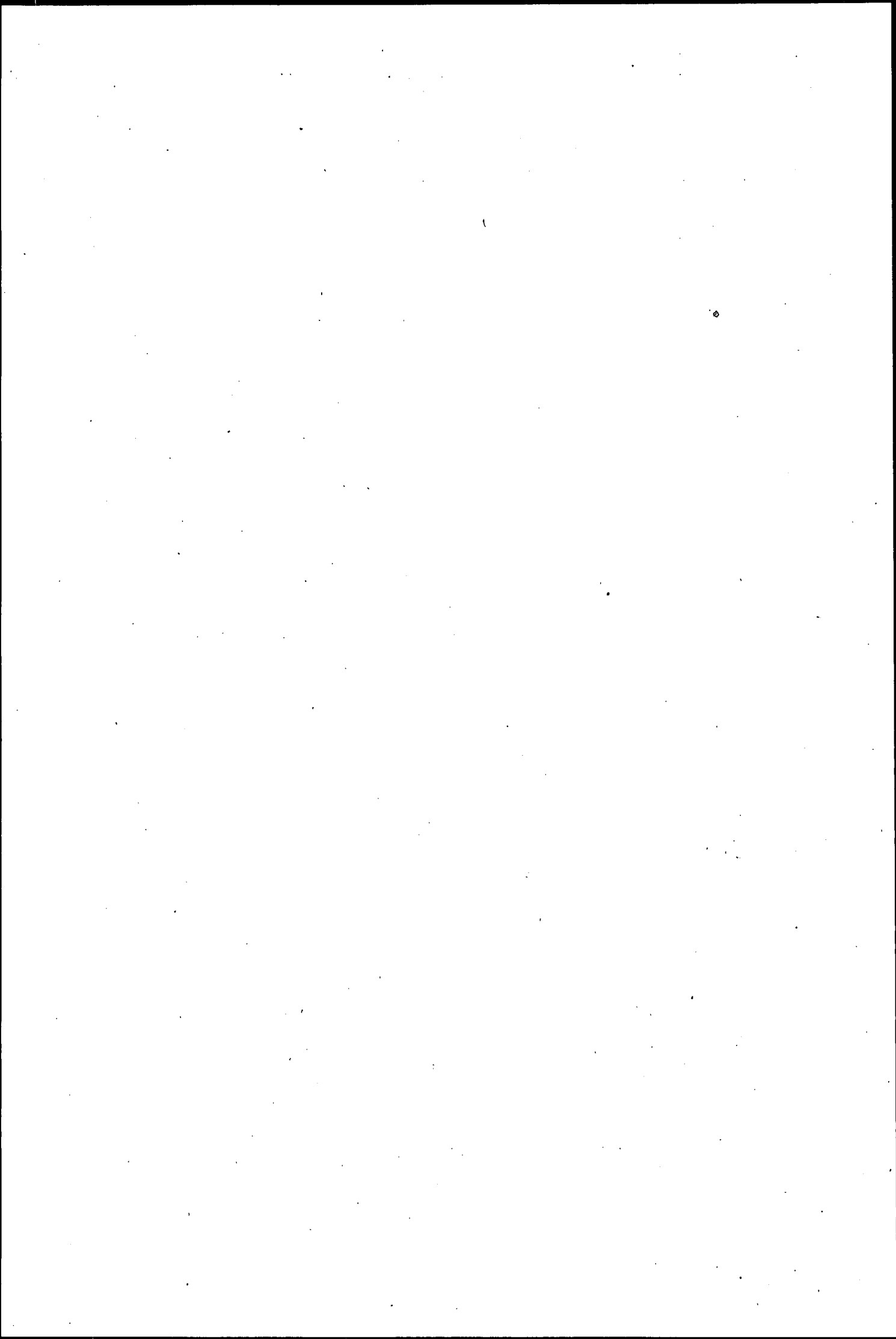
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1961	Oktober 1962	September 1962
	1938	1950	1961			
Nach: Geld und Kredit						
3. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg						
Aktiengesellschaften, Zahl			167	165	167 ¹⁾	166 ¹⁾
Kapital in Mio DM			3 453,9	3 597,2	3 301,3	3 294,9
Gesellschaften m. b. H., Zahl			3 228	3 267	3 440	3 419
Kapital in Mio DM			2 229,4	2 273,7	2 481,6	2 466,9
Steuern²⁾						
1. Steueraufkommen (in 1000 RM/DM) ³⁾						
a) Bundessteuern						
* Umsatzsteuer	9 363	22 996	67 055	68 761	72 343	79 399
* Umsatzausgleichsteuer	2 180	2 779	17 587	16 232	32 068	31 409
* Beförderungsteuer	79	943	1 295	1 299	1 411	1 381
* Natopfer Berlin		1 749	292	194	58	277
* Zölle	45 572	17 772	72 426	67 349	132 097	61 115
* Verbrauchsteuern	31 925	42 968	173 112	196 601	227 286	198 039
davon						
* Tabaksteuer	24 492	32 535	64 636	72 109	85 030	71 368
* Kaffeesteuer	..	5 831	19 121	18 150	24 622	19 782
* Teesteuer	..	521	744	694	676	397
* Branntweinmonopol ⁴⁾	249	2 514	4 277	3 394	2 095	3 958
* Mineralölsteuer	51	871	84 115	101 939	114 262	102 168
* Sonstige Verbrauchsteuern	7 133	697	220	315	601	365
* Summe der Bundessteuern	..	89 211	331 767	350 435	465 263	371 621
* Außerdem: Lastenausgleichsabgaben	..	9 478 ⁵⁾	8 286	6 861	3 904	1 389
davon						
* Vermögensabgabe	..	5 352	6 375	1 295	450	419
* Hypothekengewinnabgabe	..	2 771	1 426	3 469	2 550	956
* Kreditgewinnabgabe	485	2 096	904	14
b) Landessteuern						
* Lohnsteuer	7 390	10 051	58 839	66 187	75 285	71 973
* Veranlagte Einkommensteuer	17 032	9 277	56 782	13 671	12 350	141 380
* Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	552	224	6 273	1 573	2 365	13 177
* Körperschaftsteuer	8 928	9 544	39 444	11 169	4 051	102 901
* Summe der Eink.- und Körperschaftsteuer	33 902	29 097	161 338	92 600	94 052	329 432
davon						
* an den Bund abgeführt	56 468	32 410	32 918	115 301
* Hamburg verblieben	104 870	60 190	61 134	214 131
* Vermögensteuer	1 513	466	8 686	3 789	803	3 697
* Erbschaftsteuer	469	63	1 407	1 836	854	667
* Grunderwerbsteuer	398	135	1 099	1 218	1 145	1 023
* Kapitalverkehrsteuer	227	179	2 103	2 775	585	1 004
* Kraftfahrzeugsteuer	423	1 312	5 522	6 279	6 875	5 475
* Versicherungssteuer	559	847	3 052	2 823	2 957	2 921
* Rennweit- und Lotteriesteuer	452	820	1 643	1 855	1 773	1 541
* Wechselsteuer	0	536	690	661	678	669
* Feuerschutzsteuer	15	127	159	— 132	— 236	190
* Biersteuer	792	870	1 879	2 170	2 351	2 185
* Summe der Landessteuern	..	34 461	187 663	115 875	111 951	348 804
c) Gemeindesteuern						
* Realsteuern	9 974	8 666	43 157	24 042	16 531	7 444
davon						
* Grundsteuer A	50	42	44	14	9	26
* Grundsteuer B	4 538	3 365	4 590	721	603	849
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	4 668	4 215	34 358	11 053	2 355	6 388
* Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	718	1 044	4 165	12 255	13 564	182
* Gewerbesteuerzuschüsse	24	29	322	—	1 562	—
* Übrige Gemeindesteuern	7 411	1 864	952	1 333	1 203	540
darunter						
* Kinosteuer	123	497	456	522	349	269
* Übrige Vergnügungssteuer	106	146	268	353	418	227
* Hundesteuer	68	132	227	458	434	43
* Summe der Gemeindesteuern	17 385	10 071	44 109	25 376	17 733	7 984
Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
1. Feuerlösch- und Unfalldienst						
Gesamtzahl der Alarmierungen	633	1 427	3 696	3 790	4 050	4 092
a) Feueralarme						
187	185	224	212	206	241	
davon						
* falsche Alarme und Unfugmeldungen	49	39	43	39	37	72
* bekämpfte Brände	138	146	181	173	169	169
davon						
* Großbrände	10	4	11	16	8	13
* Mittelbrände	17	14	24	25	26	17
* Kleinbrände	88	114	63	57	63	71
* Entstehungsbrände	73	74	67	65
* Schornsteinbrände	..	10	10	1	5	3
b) Hilfeleistungen aller Art						
446	1 242	3 474	3 578	3 844	3 851	
darunter bei						
* Straßen- und Verkehrsunfällen	..	314	1 044	1 092	1 123	1 166
* Betriebsunfällen	..	235	540	574	530	540
* Hierbei durchgeführte Unfalltransporte	..	976	3 238	3 364	3 649	3 610
2. Krankenbeförderungswesen						
Ausgeführte Krankentransporte		5 625	4 967	5 136	4 943	4 428
Beförderte Personen		6 449	5 179	5 402	5 105	4 600

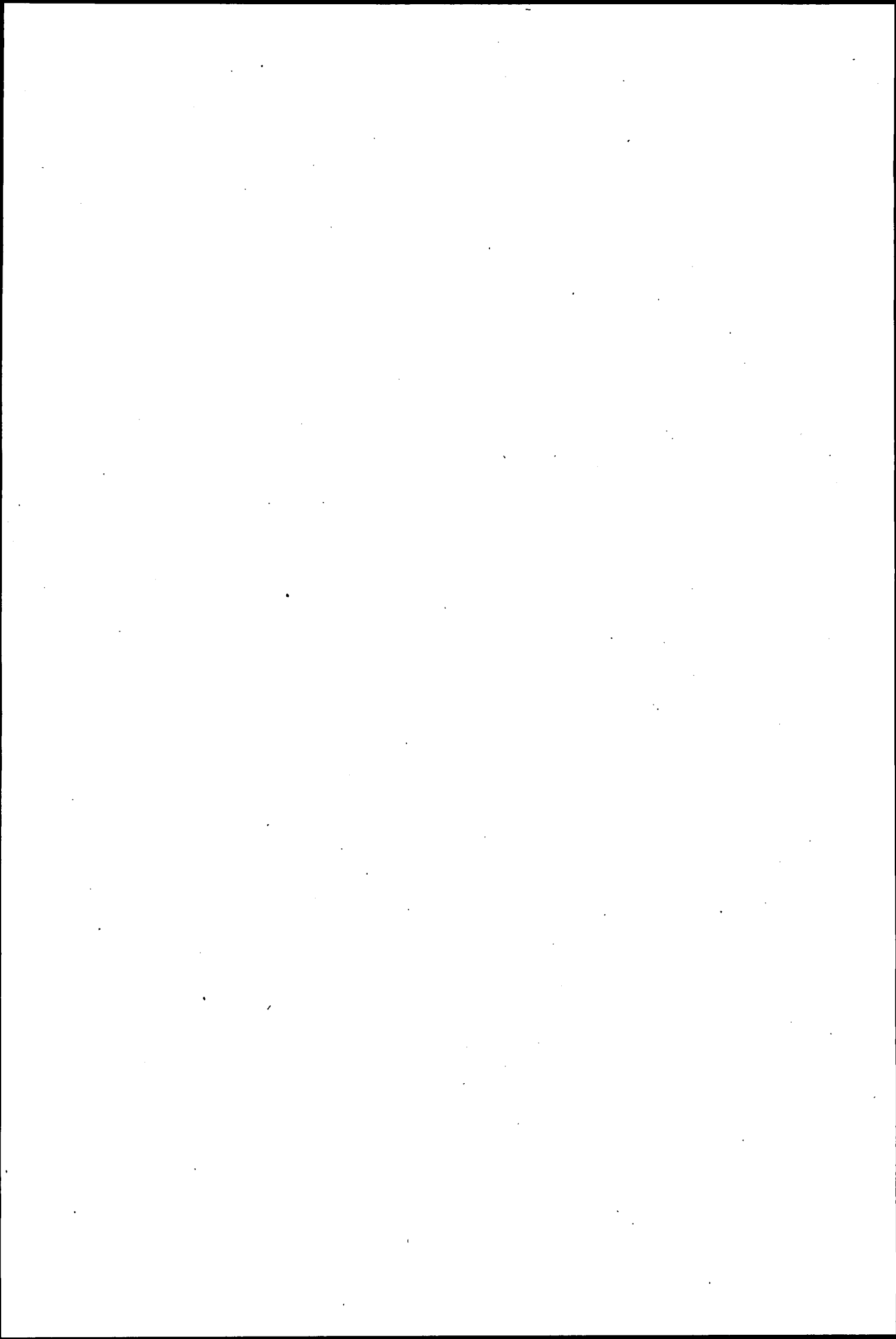
1) Außerdem eine AG. mit einem Grundkapital von 1,5 Mio RM. — 2) Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben. — 3) Monatsdurchschnitt 1938 = Durchschnitt des Rechnungsjahres 1938. — 4) Ohne die Einnahmen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein. — 5) Einschl. Soforthilfesonderabgabe.

Zahlenspiegel

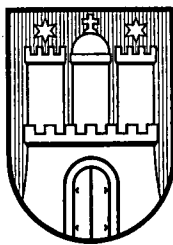
Sachgebiet	Monatsdurchschnitt			Oktober 1961	Oktober 1962	September 1962
	1938	1950	1961			
Noch: Öffentliche Ordnung und Sicherheit						
3. Feststellungen der Polizei						
Der Kriminalpolizei bekannt gewordene Straftaten						
darunter		5 443	7 516	8 367	8 414	6 992
Sittlichkeitsdelikte		142	197	219	245	169
Mord und Totschlag		2	3	4	4	5
Fahrlässige Tötung		11	14	19	18	17
Körperverletzung 1)		32	65	61	65	70
Einfacher Diebstahl		2 416	3 439	3 980	4 099	3 305
Schwerer Diebstahl		558	1 247	1 356	1 428	1 235
Diebstähle zusammen		2 974	4 686	5 336	5 527	4 540
darunter						
von Kraftfahrzeugen (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)		36	197	264	304	275
von Fahrrädern, Mopeds (einschl. Gebrauchs-Diebstahl)		202	661	1 013	794	595
Taschendiebstahl		78	37	37	8	41
Unterschlagung		357	253	216	232	217
Raub und Erpressung		11	37	45	42	36
Begünstigung und Hehlerei		99	91	86	61	57
Betrug und Untreue		607	755	887	690	590
Brandstiftung		39	26	28	33	14
Münzdelikte		13	1	—	2	—
Übertretung der Verkehrsordnung		22 902	39 177	44 695	35 903	26 009
davon						
Strafanzeigen		10 060	9 259	10 522	6 183	4 693
Gebührenpflichtige Verwarnungen			29 918	34 173	29 720	21 316
4. Rechtskräftig Abgeurteilte						
Abgeurteilte insgesamt		1 316	1 940	1 775	2 042 ²⁾	1 731
a) Erwachsene nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt		1 229	1 525	1 357	1 603	1 377
b) Heranwachsende nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt			178	167	200	169
c) Jugendliche nach Jugendstrafrecht abgeurteilt		87	154	156	169	117
d) Heranwachsende nach Jugendstrafrecht abgeurteilt			83	95	70	68
darunter						
Widerstand gegen die Staatsgewalt						
Fahrerflucht		12	12	15	13	12
Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie		6	52	54	89	67
Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit		4	43	38	48	26
Beleidigung, üble Nachrede		51	50	51	58	35
Verbrechen und Vergehen wider das Leben		24	22	18	12	14
Körperverletzung		9	11	11	6	11
Einfacher Diebstahl		52	141	124	166	119
Schwerer Diebstahl		324	285	280	300	288
Einfacher und schwerer Diebstahl im Rückfall		80	80	60	83	62
Unterschlagung		79	55	56	61	36
Raub und Erpressung		70	69	57	66	45
Begünstigung und Hehlerei		9	14	13	13	14
Betrug und Untreue		68	40	44	29	39
Urkundenfälschung		92	163	156	145	130
Vergehen gegen das StVG.		19	17	15	23	14
		53	299	292	397	310
Löhne und Gehälter ³⁾						
1. Arbeiterverdienste in der Industrie ⁴⁾						
				August 1961	August 1962	Mai 1962
* Bruttowochenverdienste in RM/DM	männlich	51,38	76,52	164,65	169,50	183,71
	weiblich	26,99	43,84	98,93	100,36	109,06
* Bruttostundenverdienste in Rpf/Pf	männlich	99,9	156,7	355,0	363,9	397,6
	weiblich	56,9	96,6	228,0	231,4	254,4
* Bezahlte Wochenstunden in Std.	männlich	51,4	48,8	46,4	46,6	46,2
	weiblich	47,4	45,4	43,4	43,4	42,9
* Geleistete Wochenarbeitszeit in Std.	männlich			42,8	42,2	42,3
	weiblich			39,9	39,1	38,8
2. Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste in DM)						
Industrie ⁴⁾						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			791	805	855
	weiblich			538	546	581
* Technische Angestellte	männlich			913	932	989
	weiblich			551	560	599
Handel, Geld- und Versicherungswesen						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			754	756	797
	weiblich			495	498	533
* Technische Angestellte	männlich			767	783	801
	weiblich			663	639	639
Industrie u. Handel, Geld- u. Versicherungswesen						
* Kaufmännische Angestellte	männlich			761	766	809
	weiblich			503	507	543
* Technische Angestellte	männlich			895	914	965
	weiblich			560	566	602

1) Ohne §§ 223 und 230. — 2) Außerdem: Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) Oktober 1962 1 Jugendlicher und 5 Heranwachsende. — Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) Oktober 1962 29 Jugendliche. — 3) 1938 = September 1938, 1950 und 1961 = Durchschnitt der vier Erhebungsmonate. — 4) Einschl. Energiewirtschaft und Hoch-, Tief- und Ingenieurbau.





HAMBURG IN ZAHLEN



INHALT

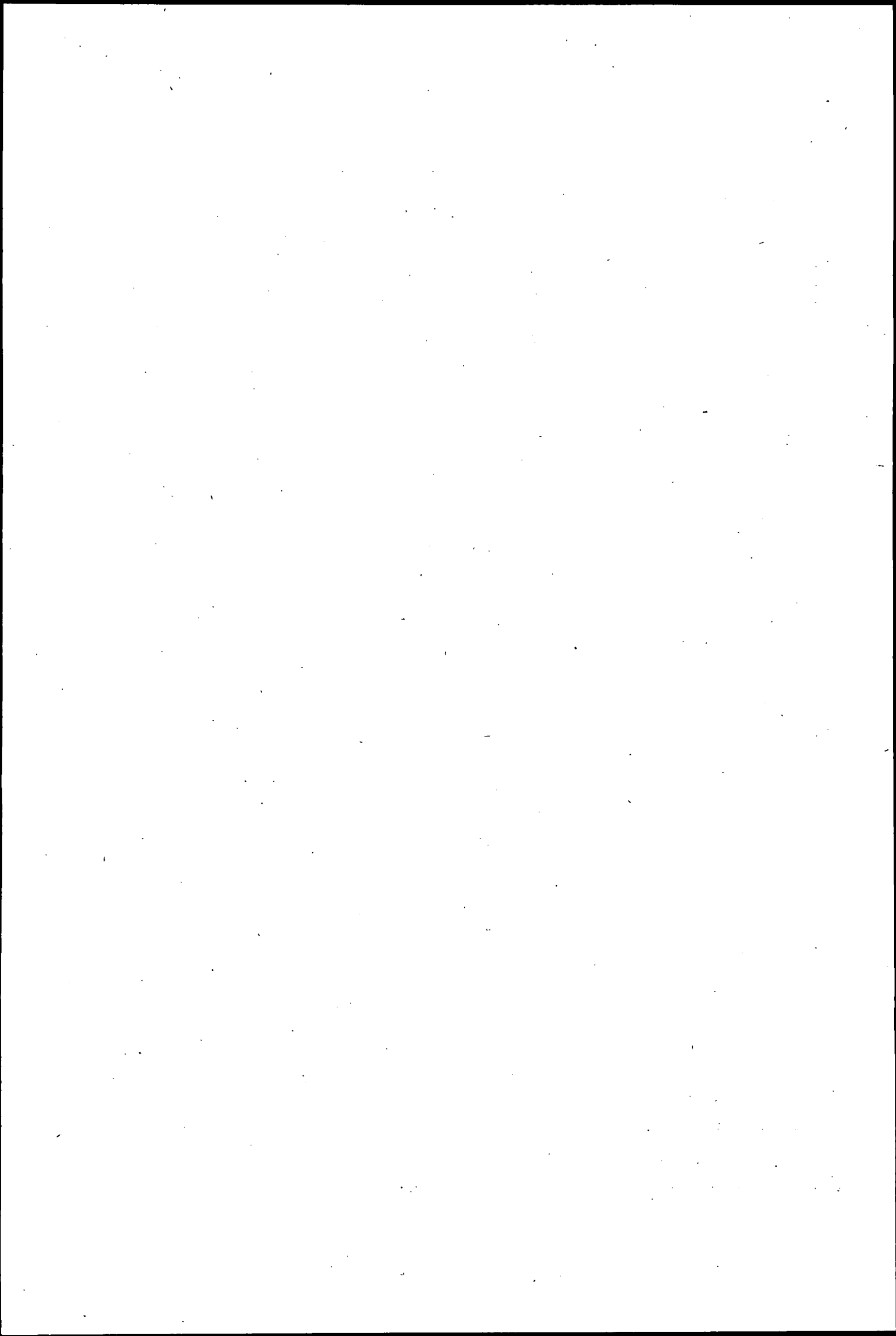
Die Wohnsituation der Hamburger Haushalte
im Frühjahr 1960
von Werner Matti

Der Wohnungsbedarf in Hamburg bis 1965
von Peter J. Deneffe

Jahrgang 1962

Sonderheft 1

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg



Die Wohnsituation der Hamburger Haushalte im Frühjahr 1960

von Werner Matti

I N H A L T

	Seite
I. Einleitung	4
II. Überblick über die wohnungsmäßige Unterbringung der Hamburger Haushalte, ihre soziologische Gliederung und die geäußerten Veränderungsabsichten	7
III. Die Alleinstehenden	11
IV. Die Ehepaare	15
A. Ehepaare ohne Kinder	16
B. Ehepaare mit Kindern	17
1. Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	17
2. Ehepaare nur mit Kindern über 18 Jahren	18
3. Ehepaare mit über und unter 18jährigen Kindern	19
C. Ehepaare mit Kindern und sonstigen Personen	19
D. Ehepaare, die nur mit sonstigen Personen lebten	19
V. Elternteile mit Kindern	20
VI. Haushaltsgemeinschaften Alleinstehender	21
VII. Gründe für die Absichten auf Wechsel der Unterkunft und Richtung der Nachfrage	21
VIII. Wohnungsgröße, Mieten und Einkommen	25
IX. Regionale Ergebnisse	27
X. Zusammenfassung	28
Anhangtabellen	31

I. Einleitung

Statistische Erhebungen über Absichten der Bevölkerung auf Wechsel der Unterkunft fanden in den ersten Nachkriegsjahren nur vereinzelt auf kommunaler Ebene statt, im allgemeinen begrenzt auf den Personenkreis der bei den Wohnungsämtern registrierten Wohnungssuchenden. Meinungsforschungsinstitute hatten diesen Problemkreis – wenn überhaupt – nur am Rande berührt und lediglich globale Größenordnungen bekanntgegeben. Mit dem rapiden Anwachsen der Ballungszentren und den damit verbundenen Spannungen am Bau- und Wohnungsmarkt wuchs das Bedürfnis nach amtlichen statistischen Unterlagen über die Veränderungsabsichten der Bevölkerung. Es sei hier auf die Diskussionen um Wohnungsfehlbestand und Wohnungsbedarf hingewiesen, die fast regelmäßig im Zuge der Verteilung von Finanzierungsmitteln für den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau ausgelöst werden. Das Zweite Wohnungsbaugesetz (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz) vom 27. 6. 1956 mit der Zielsetzung, die Wohnungsnot zu beseitigen und den Familienheimbau zu fördern, sowie das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht vom 23. 6. 1960 mit seinen weittragenden sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen stellen ebenfalls neue Anforderungen an die amtliche Statistik. Daher sei hier ein kurzer Überblick über die Entwicklung des wohnungsstatistischen Programms der letzten Jahre gegeben.

Im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956/57 wurde erstmals auf Bundesebene der Versuch unternommen, über die primär quantitativen Feststellungen einer herkömmlichen Wohnungszählung hinaus stufenweise empirisches Material für eingehende marktwirtschaftliche Analysen zu gewinnen. Bei der totalen Erfassung der Wohnungen im Herbst 1956 war der Bestand an Wohnungen, Wohnräumen und Wohnparteien, letztere gegliedert nach Geschädigtengruppen, ermittelt und das Mietaufkommen festgestellt worden. Eine 10%ige Repräsentativ-Erhebung brachte zusätzliche Ergebnisse über die Belegung der Wohnungen, die Wohnungsmieten, die soziale Stellung der Haushaltsvorstände, die vorwiegende Einkommensquelle des Haushalts und die Zahl der von den Haushalten bewohnten Räume. In einer weiteren Stichprobe, in jeder 100. Wohnung, wurden dann im Frühjahr 1957 durch Interviewer die Ausstattung der Wohnungen, die Wohnfläche, die Einkommen der Wohnparteien und die Veränderungsabsichten erfragt. Auch 1960 sollten wiederum die qualitativen Abstufungen des Wohnungsbestandes ermittelt, die Zusammenhänge zwischen Veränderungsabsichten und Wohnungsnachfrage, gegenwärtiger und angestrebter Wohnung, Einkommenshöhe und Mietzahlungsbereitschaft sowie Wohnungsgrößen und Mieten untersucht werden. Darüber hinaus wurden Informationen über die Motive benötigt, die den Veränderungsabsichten bzw. der angestrebten Wohnungsnutzung zugrunde liegen, weshalb die Haushalte über ihre diesbezüglichen Auffassungen und Meinungen zu befragen waren. Das umfangreiche Erhebungsprogramm wurde im Frühjahr 1960 in den Ländern der Bundesrepublik

und in Berlin (West) auf Grund der Verordnung über eine Zusatzerhebung zur Wohnungsstatistik 1956/57 vom 13. 12. 1959 (BAnz. Nr. 1 vom 5. 1. 1960) bei rund 183 000 Haushalten durchgeführt und bietet – für das Bundesgebiet – eine Fülle von Auswertungsmöglichkeiten. Auf Landesebene lassen sich dagegen bei dem relativ kleinen Auswahlstich von 1% und dem damit verbundenen Zufallsfehler nur verhältnismäßig wenige Merkmalskombinationen untersuchen. Die Wirtschafts-, Sozial- und Siedlungsstruktur des Stadtstaates Hamburg unterscheidet sich so wesentlich von den übrigen Ländern, daß Vergleiche kaum möglich sind; auch die nach ökonomischen Strukturzonen oder Gemeindegroßenklassen gegliederten Bundesergebnisse lassen keine schlüssigen Informationsübertragungen zu. Um für Hamburg zusätzliche Erkenntnisse zu gewinnen, wurden deshalb die Interview-Unterlagen der 7348 befragten Haushalte einer Sonderaufbereitung unterzogen, wobei es besonders darauf ankam, den sozialökonomischen Hintergrund der Veränderungsabsichten herauszustellen.

Die subjektive Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen wohnungsmäßigen Unterbringung sollte für den Haushalt primär im familienstatistischen Zusammenhang untersucht werden, nicht lediglich nach der Personenzahl. Hinter den Mehrpersonen-Haushalten können sich die verschiedensten Formen des Zusammenlebens und der Wohnungsnutzung verbergen, die bei einer Betrachtung von der Familie her beträchtlich an Transparenz gewinnen und Umfang sowie Richtung der Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt präzisieren.

Damit war also die Aufgabe gestellt, auf Grund der Erhebungseinheit „Haushalt“ mit den Bestimmungsmerkmalen wohn- und hauswirtschaftliche Gemeinschaft¹⁾ in der Aufbereitung die Familienstruktur herauszuarbeiten und eine soziologisch sinnvolle Haushaltstypisierung vorzunehmen. Haushalt und Familie sind stets identisch, wenn diesen Gemeinschaften keine familienfremden Personen zugehören, was bedeutet, daß die überwiegende Zahl der großstädtischen Mehrpersonen-Haushalte – die ja gegenüber früher bereits stark verkleinert sind – Familien im engsten Sinne, also zusammenlebende Eltern-Kinder-Gemeinschaften sind. Selbstverständlich ist es bei einer Stichprobe im vorliegenden Umfang nicht möglich, durch die Kombination von Haushalts- und Familientypen die Familien auch noch in ihrer biologischen Zusammengehörigkeit darzustellen²⁾.

Von der praktischen Durchführbarkeit her boten sich die schon in einer früheren Veröffentlichung ent-

¹⁾ Bei der Wohnungsstichprobe 1960 wurde der Haushalt wie 1956 definiert. Danach galt als Haushalt jede Personengemeinschaft, die eine gemeinsame Hauswirtschaft führt, d. h. ihre Lebensbedürfnisse gemeinsam finanziert und insbesondere zusammenwohnt. Als eigener Haushalt galt auch jede für sich allein wirtschaftende Einzelperson, z. B. Einzeluntermieter und Schlafgänger. Am Befragungstag aus beruflichen oder sonstigen Gründen abwesende Personen, die in der Wohnung des Haushalts wohnberechtigt waren, sowie die noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Angehörigen (ohne Vermißte und Verschollene), zählten ebenfalls zum Haushalt, dagegen nicht die nur auf Besuch befindlichen Personen. Zum Haushalt rechneten auch in die Hauswirtschaft einbezogene Hausgehilfinnen, Wirtschaftserinnen, Lehrlinge, landwirtschaftliche Arbeitskräfte in freier Kost und Unterkunft sowie Pflegekinder und Alzenteiler.

²⁾ Schubnell, Hermann: „Haushalt und Familie“ I. u. II., in Allgemeines Statistisches Archiv, 43. Bd., 1959.

wickelten Haushaltstypen an³⁾, die vom Wohnverhältnis und ihren Veränderungsabsichten her zweifellos verschieden zu beurteilen sind. Außer den weiblichen und männlichen Alleinstehenden wurden Ehepaare, Elternteile mit Kindern und sonstige Haushaltsgemeinschaften auf Zusammensetzung, Wohnverhältnis, soziale Stellung und vorhandene Veränderungsabsichten untersucht. Unter den Gesichtspunkten des Zusammenwohnens erschien es unter anderem notwendig, sowohl bei den Einzelpersonen als auch bei den Mehrpersonen-Haushalten mit familienfremden Angehörigen festzustellen, in welchem Umfang ein Verwandtschaftsverhältnis zwischen diesen und dem Wohnungsgeber vorliegt.

Vor Besprechung der Ergebnisse soll auf die Begriffe „Veränderungsabsicht“ und „Wohnungsnachfrage“ eingegangen werden, da diese für die Beurteilung des Andrangs auf dem Wohnungsmarkt ausschlaggebend sind. Der Interviewer hatte im Verlauf seines etwa halbstündigen Gesprächs festzustellen, ob vom ganzen Haushalt oder auch nur von einzelnen Haushaltsangehörigen (Haushaltsteilen, ggf. auch mehreren) ein Unterkunftswechsel angestrebt wurde. Als Veränderungsabsichten werden alle Fälle nachgewiesen, in denen Haushalte oder Haushaltsteile einen wohnungsmäßigen Wechsel der am Befragungstag bewohnten Unterkunft vorgesehen hatten. Wurde die Frage nach der Absicht auf Unterkunftswechsel bejaht, mußte der Interviewer weitere Feststellungen darüber treffen, ob und ggf. welche Schritte bereits vom Haushalt unternommen worden waren, um zu einer anderen Unterkunft zu gelangen. Hier sollte also geklärt werden, inwieweit vorhandene Veränderungsabsichten sich bereits zu verwirklichten begannen. Die Art der unternommenen Schritte sollte möglichst im Verlaufe des Gesprächs vom Befragten selbst genannt werden, nur bei unklaren und offensichtlich unvollständigen Angaben mußte der Interviewer Hinweise geben. Gedacht war an eine Vormerkung beim Wohnungsamt, Verhandlungen mit Maklern, Wohnungs- oder Bauunternehmen, Abschluß eines Bausparvertrages, Kauf eines Bauplatzes, Aufgabe oder Beantwortung von Zeitungsinseraten usw. Diese Fälle von Veränderungsabsichten, in denen konkrete Schritte zu einer Realisierung sichtbar gemacht wurden, werden im folgenden als „Nachfrage“ angesehen. In den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes über die 1%-Zusatzerhebung ist eine andere Terminologie verwendet worden, so daß einige Hinweise erforderlich sind, um den Vergleich der Ergebnisse zu ermöglichen. In den Interpretationen des Statistischen Bundesamtes werden Veränderungsabsichten in der Regel als „Wohnungswünsche“ bezeichnet; im Erhebungsblatt für die Wohnungstichprobe war jedoch die entsprechende Fragestellung nicht auf das Vorhandensein eines „Wohnungswunsches“, sondern – konkreter – auf einen beabsichtigten Unterkunftswechsel gerichtet. Diese Formulierung im Erhebungsblatt war gewählt worden, um eine suggestive Wirkung im Gespräch bzw. die Weckung latenter „Wohnungswünsche“ zu vermeiden. Sodann hat das Bundesamt den Teil der „Wohnungswünsche“ (Veränderungsabsichten), in denen Schritte unternommen wurden, als „Bedarf im marktwirtschaftlichen Sinne“ ausgewiesen.⁴⁾ Inner-

halb des Bedarfs soll dann noch eine „kaufkräftige Nachfrage“ unterschieden werden, d. h. die Haushalte, „die unter den gegebenen Verhältnissen und auf Grund ihrer Zahlungsbereitschaft damit rechnen können, an einem ihnen zugänglichen regionalen und sachlichen Wohnungsmarkt zum Zuge zu kommen“.⁵⁾ Diese Abgrenzung wurde aus folgendem Grunde nicht übernommen:

Wirtschaftstheoretisch können als „Bedarf“ nur kaufkräftige Bedürfnisse bzw. Veränderungsabsichten gelten und nur der Teil des Bedarfs, der auf dem Markt erscheint, stellt „Nachfrage“ dar. Es müßten also primär die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Mietzahlungsbereitschaft der Haushalte, welche Veränderungsabsichten geäußert haben, untersucht werden. Diejenigen Veränderungsabsichten, bei denen die Bereitwilligkeit vorliegt, Geld dafür auszugeben, und bei denen außerdem Schritte zu ihrer Verwirklichung unternommen wurden, wären echte Nachfrage. Da das Material der Hamburger Stichprobe dem Umfang nach eine detaillierte Untersuchung der Veränderungsabsichten auf das Vorhandensein von Kaufkraft nicht zuließ, wurde – vereinfachend – der Teil der Veränderungsabsichten mit unternommenen Schritten als „Nachfrage“ angesehen. Der Begriff „Bedarf“, wie ihn das Statistische Bundesamt dafür verwendet hat, wurde vermieden, um Verwechslungen mit dem gelegentlich unter sozialpolitischen Aspekten verwendeten Begriff „Wohnungsbedarf“ für die nicht ausreichend mit Wohnraum versorgten Haushalte vorzubeugen.

Die Anwendung der Definition „Wohnungsbedarf“ im marktwirtschaftlichen Sinne (als kaufkräftige Bedürfnisse und Grundlage für die Entstehung von Nachfrage) kann außerdem zu Verwechslungen mit dem „Wohnungsfehlbestand“ führen, d. h. der Zahl der Wohnungen, die gebaut werden muß, um einen vorhandenen Wohnungsmangel zu beheben.⁶⁾

Bei Beurteilung der Höhe der Wohnungsnachfrage gemäß vorstehender Definition sind noch folgende Einschränkungen zu beachten:

Erstens sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die im obigen Sinne ausgewiesene Nachfrage nach Wohnungen (Veränderungsabsichten mit unternommenen Schritten) auf den subjektiven Angaben sämtlicher Haushalte beruht, gleichgültig, ob diese augenblicklich Inhaber einer sogenannten Normalwohnung, d. h. einer eigenen abgeschlossenen Wohnung mit Küche sind und sich verändern wollen, ob es sich um Bewohner von Notunterkünften oder um Mieter handelt. Nicht befragt wurden die in sogenannten Anstalten, d. h. Lagern, Massenunterkünften usw. lebenden Personen. In der Nachfrage sind also nicht enthalten Wohnungen für Haushalte, welche – obwohl unzureichend untergebracht – aus finanziellen oder sonstigen Erwägungen sich nicht verändern wollen und deshalb keine Veränderungsabsicht angemeldet haben; in Hamburg trifft dies insbesondere für die Bewohner von zahlreichen

³⁾ Deneffe, Peter J.: „Die soziale Lage der erwerbstätigen Frauen in Hamburg“ in Hamburg in Zahlen, Heft 2/1960.

⁴⁾ Sobotschinski, Arnim: „Der Wohnungsbedarf aus der Sicht der Haushalte“ in Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1959.

⁵⁾ Protokoll über die Sitzung des Fachausschusses „Wohnungs- und Baustatistik“ vom 9. Mai 1961, Statistisches Bundesamt Az. VI/8-9-F 12/07.

⁶⁾ Vgl. hierzu auch die Ausführungen im folgenden Beitrag dieses Sonderheftes S. 38 ff.

Behelfsbauten in Kleingartengebieten zu. Es sind auch nicht enthalten die Fälle, in denen zwar Veränderungsabsichten geäußert wurden, die Haushalte jedoch noch keine weiteren Schritte unternommen haben, weil sie z. B. eine Vormerkung beim Wohnungsamt für zwecklos halten, den Unterkunftswechsel zu einem bestimmten Zeitpunkt aus eigener Initiative realisieren wollen u. dgl. mehr.

Zweitens können die innerhalb der Grenzen von Hamburg festgestellten Ergebnisse nichts über etwaige Veränderungsabsichten der rund 100 000 aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen einpendelnden Personen aussagen. Andererseits wird sich ein Teil der Hamburger Wohnungssuchenden infolge der Baulandknappheit nach außerhalb orientieren. Leider können hier die vom Bund erstellten Ergebnisse in der Gliederung nach ökonomischen Strukturzonen⁷⁾ für Hamburg nicht als repräsentativ herangezogen werden, weil eine geschlossene Umlandbetrachtung infolge des angewandten Erhebungsverfahrens nicht möglich ist (es wurden nur die sogenannten Mikrozensusgemeinden einbezogen).

Drittens ist in den hier veröffentlichten Zahlen nicht enthalten der im Zuge von staatlichen Sanierungsmaßnahmen anfallende Bedarf als Ersatz für Gebäudeabbrüche zu Straßenbauzwecken oder aus Sanierungsgründen; auch Leerraumreserven sind hier nicht berücksichtigt.

Viertens sei darauf hingewiesen, daß die häufig im Zusammenhang mit dem Abbaugesetz genannten Zahlen über das rechnerische Wohnungsdefizit nicht mit der hier nachgewiesenen subjektiven Nachfrage auf Grund der geäußerten Veränderungsabsichten vergleichbar sind. Der schematischen Modellrechnung für das Wohnungsdefizit⁸⁾ liegt die sozialpolitische Forderung zugrunde, jedem selbständigen Haushalt eine eigene Normalwohnung zuzugestehen. Als Wohnungsdefizit wird der Überschuß an wohnungsbedürftigen Haushalten über die Anzahl der vorhandenen Normalwohnungen (ohne Behelfsheime) bezeichnet. Dabei werden als „Haushalte“ alle Mehrpersonenhaushalte und in den Großstädten 60 % (sonst 50 %) der Einpersonenhaushalte, die auch alle „möblierten Herren“, Studenten usw. umfassen, als Bedarfsträger für eine selbständige Wohnung angenommen. Daraus geht hervor, daß dieser rechnerische Wohnungsfehlbestand mit der individuell ermittelten Nachfrage nicht identifiziert werden kann.

Wenn so auch manche Einschränkungen zum Begriff „Wohnungsnachfrage“ zu machen sind, vor allem um einer Verwechslung bzw. Gleichsetzung mit dem durch Neubaubau abzudeckenden Wohnungsbedarf vorzubeugen, vermitteln die Ergebnisse der Wohnungsstichprobe aber zweifellos wichtige Aussagen über den Umfang der Veränderungsabsichten und über die Richtung der derzeitigen wohnungsmäßigen Ansprüche der Hamburger Haushalte.

Die folgenden Ergebnisse der Repräsentativstatistik sind behelfsmäßig durch das Anhängen von zwei Nullen auf den schätzungsweisen Totalumfang hochgerechnet worden; in einigen wenigen Fällen kam ein Interview nicht zustande, so daß also die hier nachgewiesenen Zahlen Mindestwerte darstellen. Diese Ausfälle beeinträchtigen aber die Verwendbarkeit des Materials nicht. In geringem Umfange

können auch die in Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes für Hamburg enthaltenen Ergebnisse gegenüber den hier vorliegenden abweichen; letztere sind im Wege der Vorwegaufbereitung entstanden und tragen daher vorläufigen Charakter.

Bei Verwendung der Zahlen ist zu beachten, daß sie auf einer einprozentigen Stichprobenauswahl beruhen; die Ergebnisse sind dementsprechend nur in einem durch den zugehörigen Zufallsfehler bestimmten Schwankungsbereich richtig. Der Fehlerbereich wird im folgenden aus Vereinfachungsgründen bei den einzelnen Zahlen nicht immer mit angegeben; es sollte beachtet werden, daß die in den Tabellenfeldern aufgeführten Zahlen unter 5000 (50 Fälle der Auswahl) durch ihre relative Ungenauigkeit bereits eingeschränkte Aussagekraft haben. Bei stärkerer sachlicher Differenzierung treten häufig schwächere Feldbesetzungen auf, die also statistisch nicht mehr ausreichend gesichert sind. Der Benutzer hat aber in diesen Fällen häufig die Möglichkeit, durch entsprechende Zusammenfassung von Einzelergebnissen zuverlässige Gruppenergebnisse zu erreichen. In den Tabellen wird die Regel angewandt, daß Zahlen unter 2000 (20 Fälle der Auswahl) und die darauf aufbauenden Verhältniszahlen wegen der eingeschränkten Aussagekraft in Klammern gesetzt werden, um so auf ihre relative Ungenauigkeit hinzuweisen. Als Anhalt kann folgende Übersicht dienen:

Eine Zahl von 5 000 Fällen hat einen	Wahrscheinlichkeitsfehler ⁹⁾ von etwa $\pm 25\%$
Eine Zahl von 10 000 Fällen hat einen	Wahrscheinlichkeitsfehler von etwa $\pm 20\%$
Eine Zahl von 20 000 Fällen hat einen	Wahrscheinlichkeitsfehler von etwa $\pm 14\%$
Eine Zahl von 40 000 Fällen hat einen	Wahrscheinlichkeitsfehler von etwa $\pm 10\%$
Eine Zahl von 50 000 Fällen hat einen	Wahrscheinlichkeitsfehler von etwa $\pm 8,5\%$
Eine Zahl von 100 000 Fällen hat einen	Wahrscheinlichkeitsfehler von etwa $\pm 6\%$

Außer dem Zufallsfehler der Stichprobe muß auch noch ein gewisser „systematischer“ Fehler im Auge behalten werden, der auf Mängel der Auswahl, Qualitätsunterschiede der Interviewer, Aufbereitungsfehler oder Mißverständnisse bei den Befragten zurückgeht. Durch sorgfältige Unterweisung der Interviewer war versucht worden, diese Fehlerquellen möglichst einzuschränken, insbesondere sollte eine Suggestivwirkung bei der Fragestellung verhindert werden.

⁷⁾ Wirtschaftsäumliche Einheiten nach Isenberg, gegliedert auf Grund der Besiedlungsdichte und gewerblichen Struktur in Ballungszonen mit Kern- und Randgebiet, Industriezonen, Mischzonen und Agrarzonen. (Informationen des Instituts für Raumforschung vom 14. Oktober 1959, Nr. 19, S. 475 ff).

⁸⁾ Vgl. hierzu auch:

Deneffe, P. J.: „Zur statistischen Erfassung der Bau- und Wohnungsmarktlage in den Städten“, Bericht über die 59. Tagung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker in Darmstadt 1959.

Fey, W.: „Die Verbesserung der Wohnverhältnisse und die erreichte Abdeckung des Wohnungsdefizits seit 1950“, Bundesbaublatt, Heft 8, 1957 und spätere Beiträge desselben Verfassers im Bundesbaublatt.

Weitere Literaturhinweise: Beiträge verschiedener Verfasser in „Gemeinnütziges Wohnungswesen“, Heft 3/1958, sowie „Wirtschaft und Statistik“, Hefte 6 u. 9, 12. Jg. N. F. 1959 und Oelrich, Waldemar: „Das Wohnungsdefizit in Baden-Württemberg am 31. 12. 1959“ in Statistische Monatshefte 10/1960.

Im Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietrecht ist die stufenweise Freigabe der Wohnungen von der Wohnraumbewirtschaftung bzw. die Auflösung der Wohnungsämter mit dem Wohnungsdefizit gekoppelt (bei Erreichung von 3 % des Wohnungsbestandes). Für Hamburg beträgt das rechnerische Wohnungsdefizit nach dem Stande vom 31. 12. 1961 noch mehr als 90 800 Wohnungen, d. h. 16,1 % des Bestandes an Normalwohnungen (vgl. hierzu S. 39 ff).

⁹⁾ Bei einer Sicherheit von 2σ (95,5 %).

II. Überblick über die wohnungsmäßige Unterbringung der Hamburger Haushalte, ihre soziologische Gliederung und die geäußerten Veränderungsabsichten

Durch die repräsentative Wohnungserhebung 1960 wurden in Hamburg Unterlagen für 7348 Haushalte mit 17 681 Personen gewonnen; hochgerechnet ergibt dies 734 800 Haushalte mit rd. 1,77 Mio Personen. Gegenüber der fortgeschriebenen Einwohnerzahl ergibt sich somit eine Differenz von rd. 57 000 Personen, die hauptsächlich auf die nicht in die Erhebung einbezogene Anstaltsbevölkerung (Personen in Lagern, Gemeinschaftsunterkünften usw.) zurückzuführen ist. Eine geringe Untererfassung ist auch erhebungstechnisch bedingt, weil für verzogene Haushalte und einige wenige Auskunftsverweigerer Angaben nicht zu erhalten waren.

Von den 734 800 Haushalten lebten 679 100 oder 92,4% in Normalwohnungen¹⁰⁾; 55 700 oder 7,6% in Behelfsheimen oder sonstigen Notwohngebäuden¹¹⁾. Rund 60% der Haushalte wohnten als Hauptmieter in einer selbständigen Wohnung, 23,2% zur Untermiete und 16,8% im eigenen Haus oder in einer Eigentumswohnung.

Die Stellung des Haushaltsvorstandes im Erwerbsleben ist ein weiteres, für die Beurteilung der Wohnverhältnisse und Wohnungswünsche maßgebliches Merkmal. Insgesamt war bei 69% der Haushalte der Haushaltsvorstand erwerbstätig. Der Wirtschaftsstruktur Hamburgs als Hafen-, Handels- und Industriestadt entsprechend, entfallen davon die höchsten Prozentsätze mit 28,4% und 24,1% auf die Arbeiter- und Angestelltenhaushalte; die Selbständigen waren zu 10,6% und die Beamten mit 6,0% an der Gesamtzahl der Haushalte beteiligt¹²⁾.

Während diese Personengruppen mit ihren Haushalten den Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbstätigkeit bestreiten — es sind insgesamt 508 100 Haushalte — gaben 226 700 oder 30,9% der Haushaltsvorstände an, nicht bzw. nicht mehr erwerbstätig oder auch arbeitslos zu sein. Es sind dies vorwiegend Rentner, Pensionäre, Empfänger von öffentlicher Unterstützung, aber auch Personen, die über eigenes Vermögen, Einkünfte aus Vermietung, Wertpapierbesitz usw. verfügen und davon leben.

Als erstes wichtiges Ergebnis der repräsentativen Wohnungserhebung ist zu erwähnen, daß 81,2% der Haushalte sich mit ihrer gegenwärtigen Unterkunft insofern zufrieden erklärten, als sie im Zeitpunkt der

Erhebung keinen Unterkunftswechsel beabsichtigten. 137 800 Hamburger Haushalte, d. h. 18,8%, strebten dagegen eine andere Wohnung an. Von diesen hatten knapp die Hälfte, 64 600 Haushalte, auch bereits Schritte unternommen, um zu einer anderen Wohnung zu gelangen. Außerdem äußerten noch 5100 Angehörige von Haushalten (Haushaltsteile) Absichten auf Wohnungswechsel, von denen 3000 sich bereits um eine Unterkunft bemüht hatten.

Untersucht man die Haushalte mit Veränderungsabsichten auf ihre derzeitige wohnungsmäßige Unterbringung, so stellt sich heraus, daß die Hälfte davon Inhaber selbständiger Normalwohnungen (69 500 Haushalte) ist. Diese Wohnungsinhaber möchten sich also verbessern, weil ihre gegenwärtige Unterkunft von der Größe, Ausstattung oder Wohnlage her den Ansprüchen nicht genügt. Bei einer wohnungsmäßigen Veränderung machen diese sogenannten „Wechslerfälle“ Wohnraum frei für andere Haushalte, so daß sie bei einer Neubaubedarfsschätzung anders zu behandeln sind als die wohnungsuchenden Haushalte, die noch nicht Inhaber einer eigenen Normalwohnung sind, also in Notunterkünften oder in Untermiete woh-

¹⁰⁾ Alle Wohnungen in normalen Wohn- und Nichtwohngebäuden. Als Wohnung galt in der Regel die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushalts bestimmt ist und folgende Merkmale aufweist:

- a) eine eigene Küche oder Köchnische,
- b) einen eigenen Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhaus oder von einem Vorraum oder von außen.

Hierbei war es gleichgültig, ob in dieser Wohnungseinheit zum Zeitpunkt der Erhebung ein oder mehrere Haushalte untergebracht waren, auch wenn für jeden dieser Haushalte eine eigene Kochgelegenheit eingerichtet war. Bei einem Mehrfamilien- bzw. Etagenmiethaus war jede abgeschlossene Etagenwohnung einschließlich der dazugehörigen, gegebenenfalls auch außerhalb des Abschlusses liegenden Einzelräume (z. B. Mansarden, separate Zimmer) als Ganzes eine Wohnung. Lagen in einem Mehrfamilienhaus keine stockwerkweise abgeschlossenen Wohnungen vor, so galten im Sinne der Zählung die Räume als Wohnung, die unter normalen (Vorkriegs-)Verhältnissen zusammen mit der dazugehörigen Küche von einem Haushalt bewohnt bzw. gemietet werden. Einfamilienhäuser galten in der Regel als eine Wohnung. Eine zweite (oder weitere) Wohnung lag hier nur dann vor, wenn die dazugehörigen Räume im Stockwerk zusammenliegen, eine eigene, vollausgebauter Küche (Köchnische) umfassen und nicht nur aus Gründen des Wohnraummangels vorübergehend zur Unterbringung eines eigenen Haushalts benutzt werden oder vorgeesehen sind.

¹¹⁾ Z. B. ständig bewohnte Stein- oder Holzbaracken, Bretterbuden, Wohnlauben, Nissenhütten, Bunker, Wohnwagen, außer Dienst gestellte Schiffe, Waggons und sonstige Fahrzeuge sowie Gebäudereste (Ruinenkeller).

¹²⁾ Einige wenige Fälle, in denen der Haushaltsvorstand als soziale Stellung „Mithelfend“ angegeben hatte, wurden den „Selbständigen“ zugerechnet. — Ausführlichere Ergebnisse über die soziale Gliederung der Hamburger Erwerbstätigen enthält der Beitrag von Böhm, E.: „Die am Erwerbsleben beteiligten Personen in Hamburg nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1958“ in Hamburg in Zahlen, Heft 4/1960.

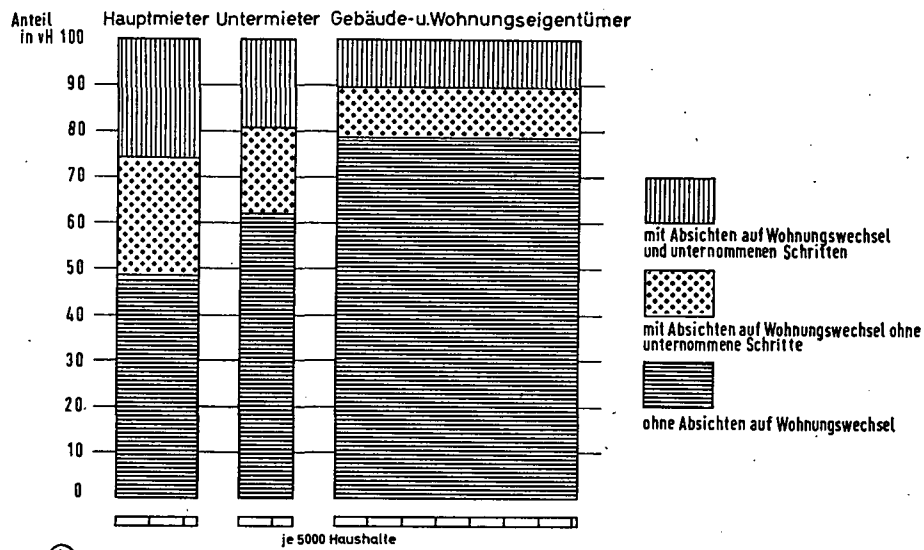
Tab. 1

Die Haushalte in Hamburg im Frühjahr 1960 nach Wohnverhältnis und Veränderungsabsichten

Derzeitiges Wohnverhältnis	Haushalte insgesamt	davon		Von den Haushalten Sp. 3 hatten bereits Schritte unternommen		
		beabsichtigen keinen Unterkunftswechsel	streben eine andere Wohnung an		absolut	% v. Sp. 3
			absolut	% v. Sp. 1		
	1	2	3	4	5	6
Bewohner von Notwohnungen und Behelfsheimen	55 700	39 000	16 700	30,0	8 200	49,1
Eigentümer	88 000	86 700	(1 300)	(1,5)	(900)	(69,2)
Hauptmieter	428 700	359 200	69 500	16,2	28 900	41,6
Untermieter	162 400	112 100	50 300	31,0	26 600	52,9
dar.: Einzeluntermieter	101 400	79 900	21 500	21,2	9 200	42,8
Mehrpersonenuntermieter	61 000	32 200	28 800	47,2	17 400	60,4
Zusammen	734 800	597 000	137 800	18,8	64 600	46,9

Schaubild 1

Die Haushalte in Behelfsheimen und sonstigen Notwohnungen nach ihren Absichten auf Wohnungswechsel und dem gegenwärtigen Mietverhältnis



Statistisches Landesamt Hamburg

nen. Der Wechslerbedarf ist auch zweifellos elastischer als der letztgenannte; er kann bei wachsenden Einkommen und Wohnansprüchen noch an Bedeutung gewinnen.

Die zweitgrößte Gruppe von Haushalten mit Absichten auf Wechsel der Unterkunft, die sich im allgemeinen noch intensiver um eine Veränderung bemüht als die Hauptmieter, besteht aus 50 300 U n t e r m i e t e r h a u s h a l t e n, von denen 28 800 Mehrpersonenhaushalte, also Haushalte mit 2 oder mehr Personen, sind, und 21 500 Alleinstehende (Tab. 1). Bezieht man die Haushalte mit Absichten auf Wohnungswechsel auf die jeweilige Haushaltszahl insgesamt und bezeichnet diese Relation als „Quote der Veränderungsabsichten“, so war diese bei den Mehrpersonen-Untermietern fast dreifach so hoch wie bei den Hauptmietern.

Die verhältnismäßig größere Dringlichkeit dieser Veränderungsabsichten der Untermieterhaushalte wird noch dadurch unterstrichen, daß 60,4 % der Mehrpersonen-Untermieterhaushalte mit Veränderungsabsichten auch Schritte unternommen hatten, bei den Hauptmietern dagegen nur 41,6 %.

Von besonderem Interesse sind schließlich die Wohnabsichten der Haushalte in Behelfsheimen und sonsti-

gen Notwohnungen, von denen insgesamt 55 700 in 47 700 Wohnungen ermittelt wurden. Von diesen hatten 16 700 Haushalte Absichten auf Wechsel der Unterkunft geäußert, d. h. also, daß 70 % keine wohnliche Verbesserungen anstrebten. Nur jeder zweite Haushalt, der eine Veränderungsabsicht äußerte, hatte auch Schritte unternommen, um zu einer anderen Wohnung zu gelangen. Fast 64 % der Bewohner dieser Unterkünfte haben sich als Gebäude- oder Wohnungseigentümer bezeichnet; bei diesen 35 600 Haushalten dürfte es sich ganz überwiegend um die Bewohner von Behelfsheimen im Kleingartengebiet handeln. Nur etwa jeder fünfte von ihnen hatte auch Veränderungsabsichten; inwieweit hier eine als ausreichend anzusehende wohnliche Unterbringung wirklich vorliegt oder das Bewußtsein der unzulänglichen Unterbringung fehlt, mangelnde Mietzahlungsfähigkeit bzw. -bereitschaft besteht oder eine gewisse Resignation die Äußerungen bestimmte, kann nicht im einzelnen nachgewiesen werden.

Gliedert man für diese Rahmenbetrachtung die Haushalte noch nach der Stellung des Haushaltsvorstandes im Beruf, so ergeben sich gewisse Anhaltspunkte über die wirtschaftliche Fundierung der Veränderungsabsichten.

Tab. 2

Die Haushalte in Hamburg nach der Stellung des Haushaltsvorstandes im Beruf und Veränderungsabsichten

Stellung des Haushaltsvorstandes im Beruf	Haushalte insgesamt	davon			Von den Haushalten Sp. 3 hatten bereits Schritte unternommen	
		beabsichtigen keinen Unterkunftswechsel	streben eine andere Wohnung an		absolut	% d. Sp. 3
			absolut	% d. Sp. 1		
	1	2	3	4	5	6
Selbständiger	77 900	66 300	11 600	14,9	5 300	45,7
Beamter	43 800	33 600	10 200	23,3	5 900	57,8
Angestellter	177 400	136 900	40 500	22,8	18 100	44,7
Arbeiter	209 000	158 100	50 900	24,4	25 400	49,9
von Renten oder sonst. Einkommen lebend	226 700	202 100	24 600	10,9	9 900	40,2
Zusammen	734 800	597 000	137 800	18,8	64 600	46,9

Die meisten Veränderungsabsichten wurden von Arbeiterhaushalten geäußert; ihre 50 900 Absichten entsprechen 37 % der Gesamtzahl, bei einem Haushaltsanteil von 28 %. Auch die Quote der Veränderungsabsichten lag hier mit 24,4 % am höchsten und die „Nachfragequote“ — wenn man damit kurz den jeweiligen Anteil der unternommenen Schritte an den Veränderungsabsichten bezeichnet — überstieg mit 49,9 % den Durchschnitt (46,9 %).

Über ihrem haushaltmäßigen Anteil lagen auch die 40 500 Absichten auf Wohnungswechsel der Angestellten; während die Quote der Veränderungsabsichten den Gesamtdurchschnitt ebenfalls überstieg, war dies bei der Nachfragequote nicht der Fall, so daß sich Unterschiede gegenüber der Nachfrage der Arbeiterhaushalte abzeichnen.

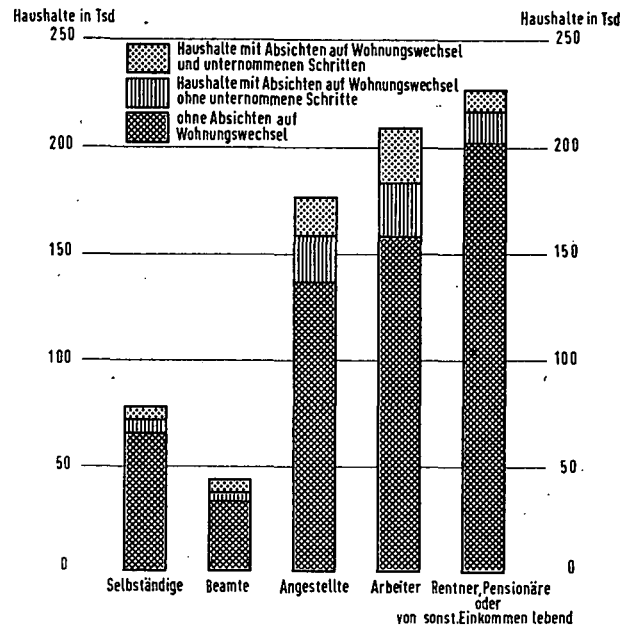
Die 10 200 Wünsche der Beamten entsprechen der zweithöchsten Quote der Veränderungsabsichten; bei dieser Gruppe wurden die Absichten am nachhaltigsten durch Schritte untermauert (die Nachfragequote betrug hier 57,8 %).

Von den Selbständigen wurden 11 600 Veränderungsabsichten vorgebracht; wenn die Quote der Veränderungsabsichten auch etwas unter dem Gesamtdurchschnitt liegt, ist es doch erstaunlich, daß jeder sechste Selbständige sich verändern möchte. Es dürfte nicht immer die unzureichende derzeitige Unterbringung der Grund für diese Absicht sein, sondern teilweise auch der Plan, Gebäude- bzw. Wohnungseigentum zu erwerben.

Als wirtschaftlich schwächste Gruppe sind die Haushalte von nicht im Erwerbsleben stehenden Personen — in ihrer überwiegenden Zahl Rentner bzw. Empfänger von Versorgungs- und Fürsorgeleistungen — anzusehen, von denen 24 600 sich verändern möchten. Häufig beruhen diese Absichten auf der Wohnungs-

Schaubild 2

Die Haushalte nach der Stellung des Haushaltsvorstandes im Beruf und Absichten auf Wohnungswechsel



(D)

Statistisches Landesamt Hamburg

bedrängnis älterer alleinstehender Frauen oder älterer Ehepaare. Die Quote der Veränderungsabsichten liegt hier mit 10,9 % beträchtlich unter dem Gesamtdurchschnitt; inwieweit dieser Personenkreis wohnungsmäßig saturiert ist oder aus finanziellen Gründen sich mit einfacher Unterbringung bescheidet, kann dem vorliegenden Material nicht entnommen werden. Das Erhebungsmaterial ermöglicht es auch, den altersmäßigen Aufbau der Haushaltsvorstände

Tab. 3

Die Haushalte in Hamburg nach Alter, Familienstand und Einkommensart

Altersgruppe des Haushaltsvorstandes	Haushalte insgesamt	Familienstand und Einkommensart					
		ledig		verheiratet		verwitwet oder geschieden	
		Erwerbseinkommen	Renten, Pensionen u. sonst. Einkommen	Erwerbseinkommen	Renten, Pensionen u. sonst. Einkommen	Erwerbseinkommen	Renten, Pensionen u. sonst. Einkommen
	1	2	3	4	5	6	7
Haushalte insgesamt							
unter 25 Jahre	25 100	14 600	(1 800)	8 200	(100)	(400)	—
25 bis 35 "	99 600	17 100	2 200	73 100	(1 300)	5 200	(700)
35 " 45 "	106 600	9 300	(500)	83 100	(900)	9 700	3 100
45 " 65 "	328 700	20 800	6 300	200 100	15 000	44 500	42 000
65 Jahre und älter	174 800	2 100	10 900	18 100	58 200	4 200	81 300
Zusammen	734 800	63 900	21 700	382 600	75 500	64 000	127 100
darunter mit Veränderungsabsichten							
unter 25 Jahre	7 000	2 400	(300)	3 900	(100)	(300)	—
25 bis 35 "	36 700	5 600	(600)	28 700	(500)	(1 200)	(100)
35 " 45 "	24 600	(1 500)	—	20 100	(100)	2 500	(400)
45 " 65 "	52 700	3 600	(1 000)	33 500	(1 800)	6 800	6 000
65 Jahre und älter	16 800	(1 000)	(1 000)	2 200	6 100	(600)	5 900
Zusammen	137 800	14 100	2 900	88 400	8 600	11 400	12 400
Quote der Veränderungsabsichten							
unter 25 Jahre	27,9	16,4	(16,7)	47,6	(100)	(75,0)	—
25 bis 35 "	36,8	32,7	(27,3)	39,3	(38,5)	(23,1)	(14,3)
35 " 45 "	23,1	(16,1)	—	24,2	(11,1)	25,8	(12,9)
45 " 65 "	16,0	17,3	(15,9)	16,7	(12,0)	15,3	14,3
65 Jahre und älter	9,6	(47,6)	(9,2)	12,2	10,5	(14,3)	7,3
Zusammen	18,8	22,1	13,4	23,1	11,4	17,8	9,8

in Verbindung mit den Veränderungsabsichten festzustellen. Diese Ergebnisse veranschaulichen die enge Verflechtung von Lebenszyklus und Wohnungsnachfrage.

Zwischen 45 und 65 Jahre alt waren 328 700 Haushaltsvorstände, also rd. 45 % aller Wohnparteien, unter denen sich rd. 200 000 verheiratete Erwerbstätige, aber auch bereits 63 300 von Renten und Versorgungsleistungen lebende Haushalte — meist Frauen — befanden. Von den rd. 175 000 über 65jährigen Haushaltsvorständen, die immerhin noch fast ein Viertel des gesamten Haushaltsbestandes bilden, war annähernd jeder siebte erwerbstätig. Etwa die Hälfte dieser über 65jährigen Haushaltsvorstände waren verwitwet oder geschieden. Annähernd jeder dritte Hamburger Haushaltsvorstand war unter 45 Jahre alt; hier überwogen die verheirateten und erwerbstätigen männlichen Haushaltsvorstände. Bei den rund 25 000 unter 25jährigen waren fast zwei Drittel ledig.

Der Altersaufbau der Haushaltsvorstände und die Häufigkeit ihrer Veränderungsabsichten vermitteln nun ein höchst aufschlußreiches Bild über die Art der Wohnungsnachfrage. Fast 53 000 oder 38 % aller Absichten auf Wechsel der Unterkunft stammen aus der am stärksten besetzten Altersgruppe der 45- bis 65jährigen Haushaltsvorstände, wiederum meist verheirateten Erwerbstätigen. Dennoch liegt hier die Quote der Veränderungsabsichten nur bei 16,0 % also unter dem Gesamtdurchschnitt von 18,8 %. Der größte Andrang auf den Wohnungsmarkt kommt von den 25- bis 35jährigen verheirateten Erwerbstätigen. Ihre Quote der Veränderungsabsichten ist mehr als doppelt so hoch (39,3 %) wie der Durchschnitt; aber

auch bei den Ledigen dieser Altersgruppe wird eine hohe Intensität der Veränderungsabsichten sichtbar. Geplante Eheschließungen¹³⁾, aber auch der verständliche Wunsch berufstätiger alleinstehender Frauen nach einer selbständigen Wohnung dürften dafür ausschlaggebend sein. Bemerkenswert ist noch, daß sich für die 7000 Veränderungsabsichten der unter 25jährigen ebenfalls eine hohe Quote errechnet und daß bereits die Verheirateten — nicht die Ledigen — überwiegen.

Die Quote der Veränderungsabsichten in der Altersgruppe dieser jüngsten Haushaltsvorstände ist, wie Tab. 3 zeigt, mit 27,9 % also bereits auf beachtlicher Höhe, erreicht mit 36,8 % bei den 25- bis 35jährigen den Höchststand und nimmt dann in den höheren Altersgruppen lauwend ab, mit dem Tiefstand von 9,6 % bei den über 65jährigen.

Der Darstellung der Wohnverhältnisse und Veränderungsabsichten in den einzelnen Haushalts- bzw. Familientypen wird Tabelle 4 vorangestellt, welche die Größenordnung dieser soziologischen Gruppen aufzeigt.

Mehr als drei Viertel der Hamburger Bevölkerung (77 %) verteilen sich auf die Haushalte, in denen Ehepaare mit oder ohne Anhang lebten. Die 444 300 zusammenwohnenden Ehepaare bildeten 60,5 % der Hamburger Haushalte. Jeder vierte Haushalt bestand aus einem Ehepaar, das entweder kinderlos war oder dessen Kinder nicht mehr mit den Eltern zusammen wohnten; zu gut drei Viertel dieser Fälle war der Ehe-

¹³⁾ Hier liegt allerdings eine gewisse Doppelerfassung von Veränderungsabsichten Verlobter im Bereich des Möglichen, wenn beide Partner in die Auswahl gelangten, deren Absichten also nur auf eine Wohnung gerichtet sind.

Tab. 4

Die Haushalte in Hamburg im Frühjahr 1960 nach Haushaltstypen und Veränderungsabsichten

Haushaltstyp	Zahl der Haushalte				Durchschnittl. Zahl der Personen je Haushalt	Von den Haushalten äußerten Veränderungsabsichten			
	Anzahl	%	mit Personen			Anzahl	in % d. Sp. 1	darunter mit unternommenen Schritten	
			Anzahl	%				Anzahl	in % d. Sp. 6
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Alleinstehende									
Männer	64 100	8,7	64 100	3,6	1,0	9 200	14,4	4 600	50,0
Frauen	149 000	20,2	149 000	8,4	1,0	22 300	15,0	8 100	36,3
Ehepaare									
ohne Kinder									
Ehemann unter 45 Jahren	41 800	5,7	83 600	4,7	2,0	14 900	35,6	8 700	58,4
Ehemann 45 Jahre oder älter	135 500	18,4	271 000	15,3	2,0	16 600	12,3	6 300	38,0
mit Kindern									
nur mit Kindern unter 18 Jahren	148 000	20,1	536 100	30,3	3,6	42 400	28,6	22 400	52,8
nur mit Kindern über 18 Jahren	58 800	8,0	195 100	11,0	3,3	9 500	16,2	4 300	45,3
mit Kindern unter und über 18 Jahren ..	31 300	4,3	144 400	8,2	4,6	6 500	20,8	2 500	38,5
mit Kindern und sonstigen Personen									
nur mit Kindern unter 18 Jahren	10 600	1,4	52 800	3,0	5,0	(1 300)	(12,3)	(700)	(53,8)
nur mit Kindern über 18 Jahren	7 000	1,0	34 100	1,9	4,9	(600)	(8,6)	(600)	(100)
mit Kindern über und unter 18 Jahren ..	2 700	0,4	17 100	1,0	6,3	(400)	(14,8)	(400)	(100)
nur mit sonstigen Personen.	8 600	1,2	26 500	1,5	3,1	(1 200)	(14,0)	(700)	(58,3)
Elternteile mit Kindern									
Mütter nur mit Kindern unter 18 Jahren ..	14 500	2,0	33 300	1,9	2,3	3 200	22,1	(1 600)	(50,0)
Mütter nur mit Kindern über 18 Jahren ..	28 000	3,8	64 300	3,6	2,3	5 300	18,9	(1 600)	(30,2)
Mütter mit Kindern unter u. über 18 Jahren	6 300	0,9	22 500	1,3	3,6	(900)	(14,3)	(600)	(66,7)
Mütter mit Kindern und sonst. Personen	6 300	0,9	22 000	1,3	3,5	(800)	(12,7)	(100)	(12,5)
Väter mit Kindern, auch m. sonst. Pers.	5 400	0,7	15 600	0,9	2,9	(400)	(7,4)	(100)	(25,0)
Haushaltsgemeinschaften Alleinstehender									
Männer mit Wohnpartnern	5 200	0,7	11 200	0,6	2,2	(800)	(15,4)	(600)	(75,0)
Frauen mit Wohnpartnern	11 700	1,6	25 400	1,5	2,1	(1 500)	(12,8)	(700)	(46,7)
Alle Haushalte	734 800	100	1 768 100	100	2,4	137 800	18,8	64 600	46,9

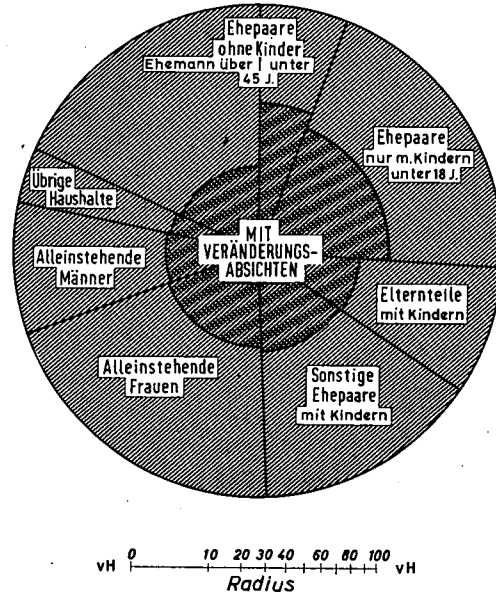
mann 45 Jahre oder älter. Bei den Familien waren diejenigen mit Kindern unter 18 Jahren am häufigsten — auch sie stellten rund ein Viertel der Hamburger Haushalte. Innerhalb der soziologisch besonders interessanten Restfamilien, 60 500 Elternteile mit Kindern, dominierten die mit ihren Kindern zusammenlebenden Mütter; der größte Teil wohnte mit über 18 Jahre alten Kindern zusammen. Es sind dies verwitwete oder geschiedene Frauen — vielfach Kriegerwitwen —, die mit jüngeren, noch nicht verheirateten oder auch älteren, ledig gebliebenen Kindern, eine gemeinsame Hauswirtschaft führen. Neben den in Hamburg besonders zahlreichen Alleinstehenden — jeder fünfte Hamburger Haushalt bestand aus einer alleinstehenden Frau — wurden die nicht auf Familienbasis begründeten sonstigen „Haushaltsgemeinschaften“ gesondert nachgewiesen; in 16 900 Fällen hatten sich ein alleinstehender Haushaltsvorstand mit verwandten oder nicht verwandten Personen zu einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossen.

Dieser kurze Überblick zeigt bereits die mannigfaltigen Formen der sozialökonomischen Einheit „Haushalt“, und es werden deshalb, um Veränderungsabsichten und Wohnungsnachfrage besser beurteilen zu können, nachstehend für die einzelnen Typen die Wohnverhältnisse, die Stellung des Haushaltsvorstandes im Beruf und weitere Merkmale untersucht.

Eine Übersicht sämtlicher Haushaltstypen mit Angaben über die Unterbringung und das Wohnverhältnis, der Stellung des Haushaltsvorstandes im Beruf und Ver-

änderungsabsichten mit Vergleichszahlen ist im Anhang in Tabelle 1 enthalten (im folgenden kurz als „Hauptübersicht“ zitiert).

Schaubild 3
Die Haushalte nach Haushaltstypen und Veränderungsabsichten



(h)

Statistisches Landesamt Hamburg

III. Die Alleinstehenden

Bei einer großstädtischen Bevölkerung sind die Haushalte von Alleinstehenden anteilig stärker vertreten als in mittleren und kleinen Gemeinden; in ausgesprochenen Universitäts-Städten oder Gemeinden mit überörtlich orientierten Krankenhäusern, Altersheimen oder in Fremdenverkehrsgemeinden sind sie auch in den unteren Größenklassen von Bedeutung. In Hamburg wurden 1960 rd. 213 000 Haushalte von Alleinstehenden ermittelt, das waren rd. 29 % aller Haushalte. Bei dieser Größenordnung ist, nicht zuletzt im Hinblick auf die Defizitberechnung, eine sorgfältige Analyse der Wohnverhältnisse und Wohnabsichten dieser Haushaltsgruppe angebracht. Der Anteil von Einpersonenhaushalten spielt, wie bereits erwähnt, bei Festsetzung des kreisweisen Wohnungsdefizits eine Rolle, da nach dem Abbaugesetz in Großstädten 60 % über eine abgeschlossene Wohnung verfügen sollen. Die Wohnungsstichprobe bietet nunmehr die Möglichkeit, die Zuverlässigkeit dieser grob geschätzten Quote zu prüfen.

70 % der Hamburger Einpersonenhaushalte, insgesamt 149 000, waren solche von alleinstehenden Frauen. Dieser Anteil hängt nicht, wie zunächst vermutet werden könnte, primär von der hohen Zahl weiblicher Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe und im Handel, Geld- und Versicherungswesen ab, sondern ist auf die Vielzahl von älteren, nicht mehr berufstätigen Frauen zurückzuführen. Rund 95 000 der Einzelhaushalte von Frauen, das sind rund 64 %, lebten von Renten und Versorgungsleistungen, und nur 36 % von Erwerbseinkommen.

Knapp die Hälfte der 149 000 weiblichen Haushaltsvorstände waren im Frühjahr 1960 Inhaber einer selbständigen Mietwohnung, 10,5 % wohnten im eigenen Haus bzw. in einer Eigentumswohnung und 41 % waren Einzeluntermieterinnen. Um Anhaltspunkte über die soziologische Struktur der rd. 88 000 alleinstehenden Wohnungsinhaberinnen zu gewinnen, wurde eine Auszählung nach Alter, Familienstand und Erwerbstätigkeit vorgenommen und festgestellt, in welchem Umfang diese Frauen allein in der Wohnung lebten; falls Untermieter vorhanden waren, interessierte ein evtl. Verwandtschaftsverhältnis. Bei den 72 200 Hauptmieterinnen und den 15 700 Gebäude- oder Wohnungseigentümerinnen besteht beim Altersaufbau und der Familienstandsgliederung weitgehende Ähnlichkeit: Es handelte sich überwiegend um über 65jährige verwitwete Frauen. Drei Viertel dieser Frauen hatten Untermieter aufgenommen, häufig wohl zwecks Verbesserung ihrer aus Renten oder Versorgungsleistungen bestehenden Einkünfte.

Bei den Gebäudeeigentümerinnen bestand in 43 % der Fälle ein Verwandtschaftsverhältnis zwischen Vermieterin und Untermieter, bei den Hauptmieterinnen betrug dieser Anteil nur 30 %; der Grund für diesen Unterschied liegt vielleicht in dem Umstand, daß die ihrerseits Miete zahlenden Hauptmieterinnen ihre Ausgaben in stärkerem Umfang durch Einnahmen aus Untervermietung wieder hereinholen wollen als die Hauseigentümerinnen. Die Ergebnisse zeigen sehr anschaulich, daß die alleinstehenden Frauen, deren Zahl durch die Kriegsfolgen stark zugenommen hat,

Tab. 5

Alleinstehende weibliche Hauptmieter und Gebäudeeigentümer in Hamburg nach Alter, Familienstand, vorhandenen Untermietern und Veränderungsabsichten Grundzahlen

Altersgruppen	Haushalte		davon				Von den Haushalten hatten Untermieter in der Wohnung	
	Anzahl	darunter mit Veränderungsabsichten	ledig		verheiratet, aber getrennt lebend, sowie verwitwet, geschieden		Anzahl	dar. mit Vermieter verwandt
			Anzahl	darunter erwerbst.	Anzahl	darunter erwerbst.		
	1	2	3	4	5	6	7	8
Alleinstehende Hauptmieterinnen								
unter 45 Jahren	5 300	(1 300)	2 900	2 900	2 400	2 000	(1 500)	(600)
45 bis " 65 Jahren	29 800	3 000	6 900	5 100	22 900	9 800	22 100	6 100
65 Jahre und älter	37 100	2 700	5 600	(800)	31 500	(1 000)	30 300	9 500
Zusammen	72 200	7 000	15 400	8 800	56 800	12 800	53 900	16 200
Alleinstehende Gebäude- und Wohnungseigentümerinnen								
unter 45 Jahren	(900)	—	(500)	(500)	(400)	(200)	(200)	—
45 bis " 65 Jahren	5 300	(600)	(700)	(500)	4 600	(1 400)	4 100	(1 800)
65 Jahre und älter	9 500	(400)	(400)	—	9 100	(400)	7 400	3 200
Zusammen	15 700	(1 000)	(1 600)	(1 000)	14 100	2 000	11 700	5 000

Verhältniszahlen

Altersgruppen	Haushalte mit Veränderungsabsichten in % aller Haushalte	Erwerbstätige in % aller Haushalte		Haushalte mit Untermietern in % aller Haushalte	Haushalte mit verwandten Untermietern in % aller Haushalte mit Untermietern
		Ledige	Verheiratete, Verwitwete, Geschiedene		
	1	2	3	4	5
Hauptmieterinnen					
unter 45 Jahren	(24,5)	54,7	37,7	(28,3)	(40,0)
45 bis " 65 Jahren	10,1	17,1	32,9	74,2	27,6
65 Jahre und älter	7,3	(2,2)	(2,7)	81,7	31,4
Zusammen	9,7	12,2	17,7	74,7	30,1
Gebäude- und Wohnungseigentümerinnen					
unter 45 Jahren	—	(55,6)	(22,2)	(22,2)	—
45 bis " 65 Jahren	(11,3)	(9,4)	(26,4)	77,4	(43,9)
65 Jahre und älter	(4,2)	—	(4,2)	77,9	43,2
Zusammen	(6,4)	(6,4)	(12,7)	74,5	42,7

über einen beachtlichen Teil der Wohnungen verfügen und ein großes Kontingent der Untermieter aufgenommen haben bzw. während der Zwangsbewirtschaftung aufnehmen mußten. Es entfielen auf alleinstehende Frauen fast 16 % des gesamten Wohnungsbestandes in Hamburg mit über 38 % aller Untermieterparteien. Veränderungsabsichten wurden von dieser Seite in verhältnismäßig geringem Umfang vorgebracht; bei den Hauseigentümerinnen war dies zu erwarten, von den Hauptmieterinnen wurde in etwa jedem zehnten Falle eine Absicht auf Wechsel der Unterkunft geäußert.

Zwei Drittel der von alleinstehenden Frauen geäußerten Veränderungsabsichten gingen von den rd. 61 000 Untermieterinnen aus. Bei ihnen handelt es sich überwiegend um erwerbstätige Angestellte und Arbeiterinnen; für sie wird eine beträchtlich höhere Quote der Veränderungsabsichten errechnet als für die von Renten und Versorgungsleistungen lebenden Frauen. Auffallend ist aber, daß die erwerbstätigen Untermieterinnen ihre Wohnungsnachfrage durch eingeleitete Maßnahmen zur Beschaffung einer Wohnung wenig zum Ausdruck brachten. Die Nachfrage-

Tab. 6

Die Haushalte der alleinstehenden Frauen in Hamburg nach Stellung im Beruf, Erwerbstätigkeit, Wohnverhältnis und Veränderungsabsichten

Stellung im Beruf Erwerbstätigkeit Wohnverhältnis	Haushalte in Normal- und Notwohnungen	darunter äußerten Veränderungsabsichten			
		Anzahl	in % d. Sp. 1	dar. mit unternommenen Schritten	
				Anzahl	in % d. Sp. 2
	1	2	3	4	5
Selbständige	4 400	(200)	(4,5)	—	—
Beamte	2 200	(600)	(27,3)	(400)	(66,7)
Angestellte	30 900	7 700	24,9	2 600	33,8
Arbeiterinnen	16 800	4 200	25,0	(1 200)	(28,6)
Nicht berufstätig	94 700	9 600	10,1	3 900	40,6
Zusammen	149 000	22 300	15,0	8 100	36,3
davon leben:					
von Erwerbseinkommen	54 300	12 700	23,4	4 200	33,1
von Renten, Versorgungsleistungen	94 700	9 600	10,1	3 900	40,6
Von den Haushalten waren untergebracht als:					
Hauptmieter	72 200	7 000	9,7	2 700	38,6
Untermieter	61 100	14 300	23,4	5 100	35,7
Gebäude- oder Wohnungseigentümer	15 700	(1 000)	(6,4)	(300)	(30,0)

Tab. 7

Die Einzeluntermieterinnen in Hamburg nach Alter, Familienstand, Erwerbstätigkeit und Veränderungsabsichten

Altersgruppen	Einzeluntermieterinnen			davon			
	Anzahl	in %	darunter mit Veränderungsabsichten	ledig		verheiratet, verwitwet oder geschieden	
				Anzahl	darunter erwerbstät.	Anzahl	darunter erwerbstät.
1	2	3	4	5	6	7	
bis unter 45 J.	20 000	32,7	6 700	15 800	14 500	4 200	3 900
45 " " 65 J.	20 000	32,7	4 800	7 300	5 000	12 700	6 000
65 J. und älter	21 100	34,6	2 800	3 400	(300)	17 700	(200)
Zusammen	61 100	100	14 300	26 500	19 800	34 600	10 100

quote liegt hier mit 36 % erheblich unter dem Durchschnitt. Eine schlüssige Begründung kann dafür nicht gegeben werden. Es wäre denkbar, daß diese Frauen eine Realisierung ihrer Veränderungsabsichten vom Einkommen her für zu schwierig halten, auch mag bei erwerbstätigen Frauen zum Teil die Zeit fehlen, entsprechende Schritte zu unternehmen oder Unkenntnis über diesbezügliche Möglichkeiten bestehen.

Jeweils ein Drittel der Untermieterinnen stand im Lebensalter unter 45 Jahren, zwischen 45 und 65 Jahren oder war älter als 65 Jahre. Bei den unter 45jährigen, auf die rd. 47 % aller geäußerten Veränderungsabsichten entfielen, waren auch die Ledigen mit Heiratsabsichten enthalten; die Häufigkeit der Absicht nach einer selbständigen Miet- oder Eigentumswohnung nahm mit zunehmendem Alter stark ab (vgl. Tab. 7). Schließlich war noch zu untersuchen, inwieweit sich die gegenwärtigen Wohnverhältnisse auf die Veränderungsabsichten der Untermieterinnen auswirkten. Mehr als die Hälfte wohnte in Zwei- oder Dreizimmerwohnungen. Es überrascht, daß durch das Zusammenwohnen mit dem Wohnungsgeber bzw. dessen Familie in den Kleinwohnungen nicht häufiger Absichten auf Wechsel der Unterkunft ausgelöst wurden. Dagegen scheint die Häufigkeit der Absichten auf Wohnungswechsel in großen Altbauwohnungen erheblich höher zu sein. Hier wird es sich noch um von den Wohnungsämtern eingewiesene Untermieterinnen handeln, die ein aus der Wohnungsnot heraus entstandenes Mietverhältnis auflösen möchten. Leider

läßt das Zahlenmaterial für diese Fälle keine weitere Auswertung zu.

Die Struktur der 64 100 aus alleinstehenden Männern bestehenden Haushalte zeigt deutlich Unterschiede gegenüber derjenigen der Frauen. Die Relation zwischen Erwerbstätigen und Beziehern von Renten bzw. Versorgungsleistungen war umgekehrt proportional. Zwei Drittel der Männer standen im Erwerbsleben, ein Drittel war nicht mehr berufstätig; Arbeiter bildeten 31 %, Angestellte 22 % der Einpersonenhaushalte. Auch im Wohnverhältnis ergaben sich andere Relationen. Da sich unter den alleinstehenden Männern zahlreiche jüngere, in der Ausbildung stehende Personen befinden, betrug der Anteil an Unter Mietern rd. 68 %, während er bei den weiblichen Alleinstehenden nur 41 % ausmachte. Entsprechend waren selbständige Wohnungsinhaber bei den Männern seltener anzutreffen als unter den Frauen.

Von den alleinstehenden Männern wurden 9200 Veränderungsabsichten geäußert, sie stammten fast ausschließlich von den Unter Mietern. Auf alle männlichen Alleinstehenden bezogen, betrug die Quote der Veränderungsabsichten nur 14,4 %, bei den Unter Mietern kam sie mit 18,5 % knapp an den Gesamtdurchschnitt

Tab. 8

Die wohnungsmäßige Unterbringung der Hamburger Einzeluntermieterinnen in Normalwohnungen

Wohnungsgröße (einschl. Küche)	Einzeluntermieterinnen		
	Anzahl	dar. mit Veränderungsabsichten	
		Anzahl	in % d. Sp.1
1	2	3	
1 Raum	—	—	—
2 Räume	(500)	—	—
3 "	11 000	2 800	25,5
4 "	20 400	4 500	22,1
5 "	12 900	2 600	20,2
6 "	5 500	(1 100)	(20,0)
7 " und mehr	8 500	2 900	34,1
Zusammen	58 800	13 900	23,6

Tab. 9

Die Haushalte der alleinstehenden Männer in Hamburg nach Stellung im Beruf, Erwerbstätigkeit, Wohnverhältnis und Veränderungsabsichten

Stellung im Beruf Erwerbstätigkeit Wohnverhältnis	Haushalte in Normal- und Notwohnungen	darunter geäußerten Veränderungsabsichten			
		Anzahl	in % d.Sp.1	dar. mit unternommenen Schritten	
				Anzahl	in % d.Sp.2
1	2	3	4	5	
Selbständige	6 000	(700)	(11,7)	(300)	(42,9)
Beamte	2 800	(1 200)	(42,9)	(900)	(75,0)
Angestellte	14 200	2 000	14,1	(1 500)	(75,0)
Arbeiter	20 100	3 600	17,9	(1 500)	(41,7)
Nicht berufstätig	21 000	(1 700)	(8,1)	(400)	(23,5)
Zusammen	64 100	9 200	14,4	4 600	50,0
davon lebten:					
von Erwerbseinkommen	43 100	7 500	17,4	4 200	56,0
von Renten, Versorgungsleistungen	21 000	(1 700)	(8,1)	(400)	(23,5)
Von den Haushalten waren untergebracht als:					
Hauptmieter	14 700	(800)	(5,4)	(400)	(50,0)
Untermieter	43 800	8 100	18,5	4 100	50,6
Gebäude- oder Wohnungseigentümer	5 600	(300)	(5,4)	(100)	(33,3)

Tab. 10

Die männlichen Einzeluntermieter in Hamburg nach Alter, Familienstand, Erwerbstätigkeit und Veränderungsabsichten

Altersgruppen	Einzeluntermieter			davon			
	Anzahl	in %	darunter mit Veränderungsabsichten	ledig		verheiratet, verwitwet oder geschieden	
				Anzahl	darunter erwerbst.	Anzahl	darunter erwerbst.
	1	2	3	4	5	6	7
unter 45 Jahre	23 700	54,1	4 600	20 200	17 600	3 500	3 300
45 bis unter 65 Jahre	13 100	29,9	2 500	4 900	4 500	8 200	7 000
65 Jahre und älter	7 000	16,0	(1 000)	(1 500)	(200)	5 500	(600)
Zusammen	43 800	100	8 100	26 600	22 300	17 200	10 900

heran. Soweit Veränderungsabsichten bestanden, war bereits in jedem zweiten Fall etwas in dieser Richtung unternommen worden, d. h. also, daß die Männer ihren Bedarf intensiver anmeldeten als die alleinstehenden Frauen.

Die altersmäßige Gliederung der männlichen Einzeluntermieter ist durch einen verhältnismäßig hohen Anteil der unter 45jährigen gekennzeichnet. Jüngere, von außerhalb zugezogene Arbeitskräfte sind in der Regel in Hamburg zunächst auf ein Untermietverhältnis angewiesen. Bei Verheirateten, die ihre Familien nachziehen wollen, kann die Absicht auf Wohnungswechsel bereits mit dem Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme in Hamburg vorhanden sein, bei Ledigen entsteht er meist im Zuge der Existenzgründung und beabsichtigten Heirat. Von den über 65jährigen Einzeluntermietern, vorwiegend Witvern, wird eine selbständige Wohnung im allgemeinen nicht mehr angestrebt; diese verhältnismäßig schwach besetzte Gruppe beeinflusst den Gesamtdurchschnitt der Quote der Veränderungsabsichten kaum. Für die unter 45jährigen Untermieter liegt die Quote bei rd. 20 %, für die 45- bis 65jährigen bei 19 % (Tab. 10).

Die Verteilung der männlichen und weiblichen Einzeluntermieter auf die Wohnungsgrößen ist nicht wesentlich verschieden. In Dreizimmerwohnungen lebten 38 %, in Zwei- und Vierzimmerwohnungen jeweils etwa 21 % der männlichen Untermieter. Aus den Dreizimmerwohnungen kamen die meisten Veränderungsabsichten der Untermieter; eine Häufung von Veränderungsabsichten bei größeren Altbauwohnungen, wie im Falle der Untermieterinnen, läßt sich nicht beobachten.

Tab. 11

Die wohnungsmäßige Unterbringung der männlichen Einzeluntermieter Hamburgs in Normalwohnungen

Wohnungsgröße (einschl. Küche)	Einzeluntermieter		
	Anzahl	dar. mit Veränderungsabsichten	
		Anzahl	in % d. Sp. 1
	1	2	3
1 Raum	—	—	—
2 Räume	(1 300)	(300)	(23,1)
3 "	8 900	(1 600)	(18,0)
4 "	16 300	3 100	19,0
5 "	9 200	2 000	21,7
6 "	3 100	(300)	(9,7)
7 " u. mehr	3 800	(300)	(7,9)
Zusammen	42 600	7 600	17,8

Die hohe Zahl von älteren Einzeluntermietern — rd. 27 000 Männer und Frauen sind über 65jährige, die von Renten oder Versorgungsleistungen leben — gab Veranlassung, einem evtl. Verwandtschaftsverhältnis

zwischen Wohnungsgeber und Untermieter nachzugehen, da vermutet wurde, daß ältere Personen häufig über die reine Inanspruchnahme von Wohnraum hinaus in persönlicher Bindung zum Vermieter stehen. Die Auszählung ergab, daß bei gut jeder dritten alleinstehenden Untermieterin und 17 % der männlichen Einzeluntermieter ein Verwandtschaftsverhältnis mit dem Wohnungsgeber bestand.

Tab. 12

Die mit ihrem Wohnungsgeber verwandten Einzeluntermieter in Hamburg und ihre Veränderungsabsichten

Geschlecht	Einzeluntermieter			Von den mit dem Wohnungsgeber verwandten Haushalten hatten Veränderungsabsichten
	Anzahl	darunter mit dem Wohnungsgeber verwandt		
		Anzahl	%	
	1	2	3	4
Männer	43 800	7 400	16,9	(1 500)
Frauen	61 100	20 500	33,6	2 900

Unter den 20 500 mit dem Wohnungsgeber verwandten Untermieterinnen waren 9800 (48 %) über 65 Jahre alt, von den 7400 Untermietern dagegen nur 2000 (27 %). Dem Familienstand nach waren 15 100 der Untermieterinnen verwitwet oder geschieden, 12 100 lebten von Renten- oder Versorgungsleistungen. Es dürfte sich bei ihnen sehr häufig um bei verheirateten Kindern lebende Elternteile handeln, denen im Falle der Erwerbstätigkeit der verheirateten Tochter bzw. Schwiegertochter ein Teil der Haushaltsführung und ggf. die Beaufsichtigung von Enkelkindern übertragen sein kann. Andererseits können sie meist im Falle der Pflegebedürftigkeit mit einer Hilfe durch die Familie rechnen. Nicht selten handelt es sich bei diesen Personengemeinschaften, die mehrere Generationen umfassen, um Haushaltseinheiten. Das Bestehen eines „Untermieterhaushalts“ wird vom Vorhandensein eines eigenen Einkommens, der freien Verfügung hierüber und dem Beitrag am Mietaufkommen abgeleitet. Das Kriterium „Wohngemeinschaft“ trifft in diesen Fällen eindeutig im Sinne des Mehrpersonenhaushalts zu; das zweite Merkmal für den Haushalt, die gemeinsame Wirtschaftsführung, wird aber gerade von älteren Personen als nicht zutreffend empfunden. Hinzu kommt, daß mit der Betonung des Untermieterverhältnisses nach außen hin eine gewisse Selbständigkeit, z. B. des Anspruchs auf Wohnraum — im Hinblick auf etwaige Bewirtschaftungsbestimmungen — dokumentiert wird. Die Veränderungsabsichten der mit dem Wohnungsgeber verwandten Einzeluntermieter lassen sich infolge der geringen Besetzung leider nicht näher

untersuchen. Das Zahlenmaterial läßt aber noch weitgehend gesicherte Ergebnisse über das Zusammenwohnen von jüngeren und älteren Einzeluntermieter bei verwandten Ehepaaren oder Alleinstehenden zu.

Tab. 13
Die Wohnungsgeber und ihre verwandten Einzeluntermieter in Hamburg nach dem Alter

Einzeluntermieter	Wohnungsgeber				Insgesamt
	Alleinstehende		Ehepaare mit Haushaltsvorst. im Alter		
	bis 40 Jahre	41 Jahre und älter	bis 40 Jahre	41 Jahre und älter	
	1	2	3	4	
bis 40 Jahre	—	2 700	(500)	2 000	5 200
41 Jahre und älter	(700)	7 200	2 700	9 800	20 400
Zusammen	(700)	9 900	3 200	11 800	25 600

Die jüngeren Einzeluntermieter, überwiegend ledige männliche Erwerbstätige oder Volontäre und Studierende, sind etwa zu gleichen Teilen von verwandten

älteren Alleinstehenden und älteren Ehepaaren aufgenommen worden. Bei den älteren Einzeluntermieter handelt es sich, wie bereits ausgeführt, zumeist um Frauen, bei denen wiederum 2 Gruppen unterschieden werden können. Unter den 9800 über 40jährigen Einzeluntermieter, die bei Ehepaaren wohnen, von welchen der Ehemann 41 Jahre oder älter ist, überwiegen die verwitweten Mütter bzw. Schwiegermütter. In der zweiten Gruppe, den 7200 bei älteren, alleinstehenden Verwandten untergebrachten Untermieterinnen, befinden sich dagegen auch zahlreiche ledige, noch im Erwerbsleben stehende Frauen.

Abschließend sei nochmals erwähnt, daß von den Alleinstehenden in Hamburg insgesamt 31 500 Veränderungsabsichten geäußert wurden, d. h. also, daß nur knapp jeder siebte Einpersonenhaushalt eine selbständige Wohnung anstrebt. Der Grund liegt darin, daß ein großer Teil dieser Haushalte bereits Wohnungsinhaber ist; dies trifft vor allem für viele ältere Witwen zu. Außerdem erheben ältere Alleinstehende, die bei Verwandten untergebracht sind, häufig keine Wohnungsansprüche mehr.

IV. Die Ehepaare

In 444 300, also rd. 60% der Hamburger Haushalte, lebten Ehepaare, die für die vorliegende Untersuchung ihrer Familienstruktur entsprechend in solche mit und ohne im Haushalt lebende Kinder gegliedert

wurden. Es interessieren ferner die Haushalte von Ehepaaren, in denen außer der Familie noch weitere Personen, Verwandte, Hausgehilfinnen usw. lebten. Bei den Ehepaaren mit Kindern wurde danach unter-

Tab. 14
Die Ehepaare in Hamburg und ihre wohnungsmäßige Unterbringung

Wohnverhältnis Wohnungsgröße	Ehepaare in					
	Normalwohnungen			Notwohnungen		
	Anzahl	darunter mit Veränderungsabsichten		Anzahl	darunter mit Veränderungsabsichten	
		absolut	in % der Spalte 1		absolut	in % der Spalte 4
1	2	3	4	5	6	
Eigentümer in Wohnungen mit						
1 Raum	—	—	—	(800)	(400)	(50,0)
2 Räumen	(1 300)	(100)	(7,7)	3 200	(1 000)	(31,2)
3 "	9 600	(600)	(6,3)	14 300	3 100	21,7
4 "	20 800	—	—	5 600	(700)	(12,5)
5 "	17 200	(200)	(1,2)	(600)	(100)	(16,7)
6 "	7 100	(200)	(2,8)	(600)	(200)	(33,3)
7 und mehr Räumen	10 700	(100)	(0,9)	(400)	—	—
Zusammen	66 700	(1 200)	(1,8)	25 500	5 500	21,6
Hauptmieter in Wohnungen mit						
1 Raum	(1 200)	(500)	(41,7)	(200)	(200)	(100)
2 Räumen	15 500	5 700	36,8	(1 700)	(1 100)	(64,7)
3 "	119 000	26 400	22,2	5 700	3 000	52,6
4 "	115 500	17 200	14,9	(700)	(400)	(57,1)
5 "	28 400	4 000	14,1	(200)	—	—
6 "	7 600	(1 800)	(23,7)	—	—	—
7 und mehr Räumen	3 500	(600)	(17,1)	—	—	—
Zusammen	290 700	56 200	19,3	8 500	4 700	55,3
Untermieter in Wohnungen mit						
1 Raum	—	—	—	—	—	—
2 Räumen	(500)	(500)	(100)	(200)	(200)	(100)
3 "	4 900	2 900	59,2	(600)	(300)	(50,0)
4 "	13 600	7 600	55,9	(800)	(500)	(62,5)
5 "	12 800	6 000	46,9	(800)	(300)	(37,5)
6 "	7 600	2 700	35,5	(500)	(100)	(20,0)
7 und mehr Räumen	9 900	4 300	43,4	(700)	(400)	(57,1)
Zusammen	49 300	24 000	48,7	3 600	(1 800)	(50,0)
Insgesamt	406 700	81 400	20,0	37 600	12 000	31,9

schieden, ob Kinder über oder unter 18 Jahren vorhanden waren, da diese Altersgrenze Rückschlüsse auf das Lebensalter der Eltern und die Erwerbstätigkeit der im Haushalt mitversorgten über 18jährigen Kinder zulassen. Innerhalb der großen Gruppe der Ehepaare, in deren Haushalt keine Kinder oder sonstige Personen lebten — es handelt sich dabei um 177 300 oder rund 40 % aller Ehepaare — mußten jüngere und ältere gesondert betrachtet werden, da Umfang und Richtung der Veränderungsabsichten verschieden gelagert sind. Es wurden daher die Haushalte nach dem Lebensalter des Mannes in solche mit über oder unter 45jährigen Haushaltsvorständen eingeteilt. Als kleine Restgruppe werden schließlich noch 8600 Ehepaare behandelt, welche nicht mit Kindern, sondern nur mit sonstigen Personen (familienfremden oder auch verwandten) zusammenlebten.

Bevor auf die einzelnen Gruppen der Ehepaare eingegangen wird, sei noch ein Überblick über ihre wohnungsmäßige Unterbringung gegeben. Von insgesamt 444 300 Ehepaaren waren 37 600 oder 8,5 % in Notwohnungen untergebracht; zwei Drittel davon gaben an, Eigentümer solcher behelfsmäßigen Unterkünfte zu sein. Fast jeder zehnte Haushalt in den Notunterkünften wohnte dort zur Untermiete, und die meisten Notwohnungen hatten nur 3 Räume. Während bei den Behelfsheim-Eigentümern wenig Neigung bestand, das — meist im Kleingartengebiet errichtete — Heim aufzugeben, war insgesamt gesehen bei den Haupt- und Untermietern mindestens in jedem zweiten Falle die Absicht nach einer Veränderung vorhanden. Ehepaare, die als Eigentümer eine Normalwohnung bewohnten, hatten, wie nicht anders zu erwarten, nur in Ausnahmefällen Veränderungsabsichten. Jedes sechste Ehepaar wohnte im Gebäude- oder Wohnungseigentum, den meisten stand eine Vier- oder Fünfräumwohnung zur Verfügung. Zwei Drittel aller Ehepaare wohnten als Hauptmieter, zum überwiegenden Teil in Drei- und Vierräumwohnungen. Von dort stammten auch die meisten Absichten auf Wechsel der Unterkunft; das Verlangen, aus Zweiräumwohnungen, d. h. aus einem Zimmer und Küche, herauszukommen, war verständlicherweise besonders intensiv. Auch bei den Untermieter-Ehepaaren war die Quote der Veränderungsabsichten bei den kleinen Wohnungen besonders hoch; sie nahm mit zunehmender Wohnungsgröße ab.

A. Ehepaare ohne Kinder

In 135 500 Haushalten, also gut drei Vierteln der Ehepaare ohne Kinder, war der Mann 45 Jahre oder älter; soweit Kinder vorhanden waren, lebten diese nicht mehr mit den Eltern zusammen. Unter den übrigen 41 800 jüngeren Haushalten sind überwiegend die noch im Aufbau befindlichen Familien zu suchen.

Die wohnungsmäßige Unterbringung der Ehepaare unterscheidet sich zunächst darin, daß von den jüngeren relativ weniger in Notwohnungen untergebracht waren (6,5 %) als von den älteren (9,6 %). Die 13 000 älteren Ehepaare in Notwohnungen, darunter 6900 Rentner und 5200 Arbeiter und Angestellte, bilden mit 23,3 % einen verhältnismäßig hohen Anteil der behelfsmäßig untergebrachten Haushalte (7,6 %). Andererseits lebten noch mehr als ein Drittel der jüngeren Ehepaare in Untermiete; wenn auch bei 3600 dieser 14 500 Untermieterhaushalte ein Verwandtschaftsverhältnis zum Wohnungsgeber vorliegt — es sind dies

Tab. 15

Ehepaare ohne Kinder in Hamburger Normal- und Notwohnungen — Ehemann unter 45 Jahre alt —

Stellung im Beruf Erwerbstätigkeit Wohnverhältnis	Haushalte insgesamt	darunter äußerten Veränderungsabsichten			
		Anzahl	in % d. Sp. 1	dar. mit unter- nommenen Schritten	
				Anzahl	in % d. Sp. 2
1	2	3	4	5	
Selbständige	3 100	(700)	(22,6)	(300)	(42,9)
Beamte	4 800	2 000	41,7	(1 600)	(80,0)
Angestellte	15 500	5 500	35,5	3 100	56,4
Arbeiter	17 700	6 600	37,3	3 700	56,1
Nicht berufstätig	(700)	(100)	(14,3)	—	—
Zusammen	41 800 ¹⁾	14 900	35,6	8 700	58,4
davon lebten:					
von Erwerbseinkommen	41 100	14 800	36,0	8 700	58,8
von Renten, Versorgungsleistungen	(700)	(100)	(14,3)	—	—
Von den Haushalten waren untergebracht als					
Hauptmieter	22 700	5 500	24,2	2 800	50,9
Untermieter	14 500	8 600	59,3	5 300	61,6
Gebäude- oder Wohnungseigent.	4 600	(800)	(17,4)	(600)	(75,0)

¹⁾ Darunter 2 700 in Notwohnungen (2 200 Arbeiter).

bei den Eltern oder Elternteilen lebende Ehepaare —, so besteht zweifellos von dieser Seite aus eine starke Nachfrage nach Wohnungen. Von den bei den Eltern bzw. Verwandten lebenden jüngeren Ehepaaren wurde nur vereinzelt eine Veränderung angestrebt, bei den übrigen Untermieterhaushalten ist der Bedarf dafür um so dringlicher, als für den Durchschnitt aller jüngeren Untermieter-Ehepaare ohne Kinder eine Quote der Veränderungsabsichten von 59,3 % errechnet wird und auch häufig Schritte unternommen worden waren, um zu einer Wohnung zu gelangen. Da die jüngeren Ehepaare fast ausnahmslos von Erwerbseinkommen leben — nicht selten dürften beide Ehepartner berufstätig sein —, stellen diese bekundeten Absichten gleichzeitig eine kaufkräftige Nachfrage nach familiengerechten Wohnungen dar; sie stammt etwa in gleicher Relation von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten. Von den übrigen jüngeren Ehepaaren können als wohnungsmäßig versorgt die 4600 in Eigentum wohnenden Haushalte angesprochen werden, sowie der Teil von Hauptmietern, welcher keine Veränderungsabsichten äußerte, also rd. 17 000 Ehepaare. Daß auch viele Hauptmieter nicht zufriedenstellend untergebracht sind und ihre derzeitige Unterbringung nur als Notlösung ansehen, geht daraus hervor, daß sich etwa jeder vierte verändern möchte. Für die jüngeren Ehepaare liegt die Quote der Veränderungsabsichten mit 35,6 % fast doppelt so hoch als im Gesamtdurchschnitt aller Haushalte.

Demgegenüber ist die Häufigkeit der Veränderungsabsichten der Ehepaare ohne Kinder, in denen der Mann über 45 Jahre alt war, mit 12,3 % gering, vor allem wenn man berücksichtigt, daß rund 60 % dieser Haushalte noch Einkommen aus Erwerbstätigkeit bezog. 55 300 Haushalte, rund 41 %, lebten überwie-

Tab. 16

**Ehepaare ohne Kinder in Hamburger Normal- und Notwohnungen
- Ehemann über 45 Jahre alt -**

Stellung im Beruf Erwerbstätigkeit Wohnverhältnis	Haushalte			Von den Haushalten (Sp. 3) äußerten Veränderungsabsichten			
	in Normal- wohnungen	in Not- wohnungen	insgesamt	Anzahl	in % d. Sp. 3	dar. mit unternommenen Schritten	
						Anzahl	in % d. Sp. 4
1	2	3	4	5	6	7	
Selbständige	18 300	(700)	19 000	2 500	13,2	(1 000)	(40,0)
Beamte	5 500	(200)	5 700	(500)	(8,8)	(100)	(20,0)
Angestellte	19 900	(1 300)	21 200	3 000	14,2	(1 000)	(33,3)
Arbeiter	30 400	3 900	34 300	5 300	15,5	(1 900)	(35,8)
Nicht berufstätig	48 400	6 900	55 300	5 300	9,6	2 300	43,4
Zusammen	122 500	13 000	135 500	16 600	12,3	6 300	38,0
davon lebten							
von Erwerbseinkommen	74 100	6 100	80 200	11 300	14,1	4 000	35,4
von Renten, Versorg'leistungen	48 400	6 900	55 300	5 300	9,6	2 300	43,4
Von den Haushaltungen waren untergebracht als							
Hauptmieter	91 500	2 100	93 600	11 300	12,1	3 500	31,0
Untermieter	10 300	(400)	10 700	3 400	31,8	2 200	64,7
Gebäude- oder Wohnungseigentümer	20 700	10 500	31 200	(1 900)	(6,1)	(600)	(31,6)

gend von Renten oder Versorgungsleistungen, der Ehemann war also meist über 65 Jahre alt. Bei diesen Haushalten werden sich viele mit der wohnungsmäßigen Unterbringung abgefunden haben, auch wenn diese den Anforderungen nicht genügt. Nur jeder zehnte Haushalt hatte noch Veränderungsabsichten. Gebäude- oder Wohnungseigentum wurde verhältnismäßig häufig festgestellt (23%), wenn auch mit der Einschränkung, daß in jedem dritten Fall darunter Eigentum an einem Behelfsheim zu verstehen war. Da unter den über 45jährigen Haushaltsvorständen verhältnismäßig viele Selbständige waren — auf die Erwerbstätigen bezogen jeder vierte — traf das Wohnen im eigenen Haus häufig auf diesen Personenkreis zu. 93 600 Ehepaare, also fast 70%, waren bereits Inhaber einer selbständigen Mietwohnung, von dieser Gruppe gingen aber auch die meisten Absichten auf Wohnungswechsel aus. Von den 10 700 Untermieterhaushalten hatten 3400 Veränderungsabsichten. Mit dem Wohnungsgeber waren 4800 Untermieter verwandt, ein Wechsel war bei ihnen nur vereinzelt geplant; sieht man von diesen ab, so betrug die Zahl der augenscheinlich mit einem Untermietverhältnis einverständenen Haushalte noch rund 3000. Abschließend sei erwähnt, daß von den älteren Ehepaaren, welche Veränderungsabsichten geäußert hatten, nur 38% etwas zu ihrer Realisierung unternommen hatten.

B. Ehepaare mit Kindern

Jeder dritte Haushalt in Hamburg bestand aus einem Zweigenerationenhaushalt, in dem also außer der Eltern-Kinder-Gemeinschaft keine weiteren Personen vorhanden waren. Die Familie, in der nur Kinder unter 18 Jahren leben, bildete darunter den stark vorherrschenden Haushaltstyp, dem in Hamburg 20% der Haushalte mit 30% der Bevölkerung zugehörten. Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug hier 3,6 Personen. Die Familien, in denen nur über 18jährige Kinder waren, bildeten noch rund 8% der Hamburger Haushalte, diejenigen mit über und unter 18jährigen Kindern 4%. Bei den letzteren betrug die Durchschnittsgröße des Haushalts 4,6 Personen. Eine Aus-

zählung der nur mit ihren Kindern zusammenlebenden Ehepaare ergab, daß in 93 000 Haushalten nur Söhne, in 77 100 nur Töchter und bei 68 000 Söhne und Töchter waren. Es ergaben sich bei der Auswertung der Veränderungsabsichten aber keine Anhaltspunkte dafür, daß von den Ehepaaren mit Söhnen und Töchtern allgemein ein höherer Wohnungsbedarf angemeldet worden ist. Das Hamburger Material läßt leider eingehendere Untersuchungen über die Verteilung der Familien nach Alter, Zahl und Geschlecht der Kinder und auf die Wohnungsgrößen und eine Berechnung entsprechender Quoten von Veränderungsabsichten nicht zu.

1. Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren

Im Frühjahr 1960 wurden 148 000 Haushalte dieser Zusammensetzung mit rd. 536 000 Personen gezählt, überwiegend jüngere Familien, bei denen der Mann fast ausnahmslos erwerbstätig war. Rund 46% waren Arbeiterhaushalte, ein weit über dem Gesamtdurchschnitt der Hamburger Bevölkerung (28,4%) liegender Anteil. Rund 14 000 Familien (9,5%) lebten in Notwohnungen, drei Viertel davon waren Arbeiterfamilien. Fast 8000 dieser Bewohner hatten angegeben, Gebäude- oder Wohnungseigentümer ihres Behelfsheims zu sein.

Wenn auch zwei Drittel aller Familien mit Kindern unter 18 Jahren Inhaber einer Mietwohnung waren, so scheint die Unterbringung häufig unzulänglich zu sein, da 28,5% dieser Haushalte Veränderungsabsichten äußerten. In vielen Fällen streben diese Familien wegen der Kinder größere Wohnungen an. Echte Wohnungsnot verbirgt sich zweifellos hinter den Absichten auf Wechsel der Unterkunft der Familien, die mit ihren Kindern noch in Untermiete leben. Es handelt sich um 12000 Fälle bei insgesamt rd. 24 000 Untermieterhaushalten. Wenn nur in jedem zweiten Fall eine selbständige Wohnung angestrebt wird, beruht dies darauf, daß bei 17 300 ein Verwandtschaftsverhältnis mit dem Wohnungsgeber vorlag; von diesen Familien möchten sich 7400 verändern. Die Tatsache, daß rd. 10 000 Familien mit Kindern unter 18 Jahren

Tab. 17

Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren in Hamburg

Stellung im Beruf Erwerbstätigkeit Wohnverhältnis	Haushalte			Von den Haushalten (Sp. 3) äußerten Veränderungsabsichten			
	in Normal- wohnungen	in Not- wohnungen	insgesamt	Anzahl	in % d. Sp. 3	dar. mit unternommenen Schritten	
						Anzahl	in % d. Sp. 4
1	2	3	4	5	6	7	
Selbständige	16 400	(700)	17 100	3 900	22,8	2 200	56,4
Beamte	13 300	(700)	14 000	4 100	29,3	2 100	51,2
Angestellte	44 400	(1 500)	45 900	12 500	27,2	5 700	45,6
Arbeiter	57 300	10 700	68 000	21 400	31,5	12 400	57,9
Nicht berufstätig	2 500	(500)	3 000	(500)	(16,7)	—	—
Zusammen	133 900	14 100	148 000	42 400	28,6	22 400	52,8
davon lebten:							
von Erwerbseinkommen . . .	131 400	13 600	145 000	41 900	28,9	22 400	53,5
von Renten, Versorgungs- leistungen	2 500	(500)	3 000	(500)	(16,7)	—	—
Von den Haushalten waren untergebracht als							
Hauptmieter	94 200	4 000	98 200	28 000	28,5	13 000	46,4
Untermieter	21 600	2 300	23 900	12 000	50,2	8 100	67,5
Gebäude- oder Wohnungseigentümer	18 100	7 800	25 900	2 400	9,3	(1 300)	(54,2)

als Untermieter bei Eltern, Elternteilen oder sonstigen Verwandten bleiben wollen, kann die verschiedensten Gründe haben. Wohnen sie z. B. bei den Eltern im eigenen Haus, so braucht das Untermietverhältnis durchaus nicht mit einer schlechten Wohnungsversorgung gleichbedeutend zu sein. In den Einfamilienhäusern ist diese Wohnform von Eltern mit verheirateten Kindern nicht selten, und auch hier wird die Entscheidung, ob ein „Großhaushalt“, dem Wohnungsgeber und verwandte Untermieter angehören, oder zwei selbständige Haushalte vorliegen, schwierig sein. Ein weiterer Grund für das Zusammenwohnen kann sein, daß jüngere noch im Existenzaufbau befindliche Untermieterfamilien auf die finanzielle Unterstützung des verwandten Wohnungsgebers angewiesen sind, oder wenn beide Ehepartner berufstätig sind und in der Kinderbetreuung und Haushaltsführung weitgehend Hilfe durch die Familie des verwandten Wohnungsgebers beanspruchen müssen¹⁴⁾.

Daß die von den Untermietern dieses Haushaltstyps vorgebrachten Absichten auf Wechsel der Unterkunft tatsächlich dringend sind, wird durch die hohe Nachfragequote erwiesen: gut zwei Drittel hatten bereits Schritte unternommen, um ihre Veränderungsabsichten zu realisieren.

Faßt man die Veränderungsabsichten der Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren zusammen, so kommt man auf fast 31 % aller in Hamburg geäußerten Absichten auf Wohnungswechsel, unter denen diejenigen von Arbeiter- und Beamtenhaushalten anteilmäßig hervortreten. Fast 35 % aller Hamburger Veränderungsabsichten mit unternommenen Schritten entfallen auf diesen Haushaltstyp, und die Nachfragequote kommt mit 52,8 % nahe an die höchste, an diejenige der jüngeren Ehepaare ohne Kinder heran (58,4 %).

2. Ehepaare nur mit Kindern über 18 Jahren

Bei den 58 800 Haushalten von Ehepaaren mit Kindern über 18 Jahren wird der Mann meist über 45 Jahre alt und die wirtschaftliche Situation dadurch gekenn-

zeichnet sein, daß im Haushalt mehrere Einkommensbezieher sind. Etwa jeder sechste Haushaltsvorstand hatte die Altersgrenze von 65 Jahren allerdings bereits überschritten, da als vorwiegende Einkommensart Renten oder Versorgungsleistungen angegeben waren. Veränderungsabsichten waren bei diesen überwiegend 45- bis 65jährigen Ehepaaren verhältnismäßig selten, weil im Vergleich zu den Ehepaaren mit jüngeren Kindern weit weniger zur Untermiete wohnen und sie damit rechnen können, daß ihre erwachsenen Kinder in nicht allzu ferner Zukunft einen eigenen Haushalt gründen; eine Verbesserung der Wohnsituation tritt allerdings nur in den Fällen ein, wo die Kinder auch auf dem Wohnungsmarkt zum Zuge kommen. Soweit dies nicht der Fall ist, entstehen die im vorhergehenden Abschnitt erwähnten Untermieterverhältnisse (von mit dem Wohnungsgeber verwandten verheirateten Untermietern).

Tab. 18

Ehepaare mit Kindern über 18 Jahren in Hamburger Normal- und Notwohnungen

Stellung im Beruf Erwerbstätigkeit Wohnverhältnis	Haushalte insgesamt	darunter äußerten Veränderungsabsichten			
		Anzahl	in % d. Sp. 1	darunter mit unternommenen Schritten	
				Anzahl	in % d. Sp. 2
1	2	3	4	5	
Selbständige	9 100	(1 200)	(13,2)	(400)	(33,3)
Beamte	5 800	(800)	(13,8)	(300)	(37,5)
Angestellte	16 600	3 400	20,5	(1 500)	(44,1)
Arbeiter	18 200	2 800	15,4	(1 700)	(60,7)
Nicht berufstätig	9 100	(1 300)	(14,3)	(400)	(30,8)
Zusammen	58 800	9 500	16,2	4 300	45,3
davon lebten:					
von Erwerbseinkommen	49 700	8 200	16,5	3 900	47,6
von Renten, Versorgungsleistungen	9 100	(1 300)	(14,3)	(400)	(30,8)
Von den Haushalten waren untergebracht als:					
Hauptmieter	44 700	7 600	17,0	3 200	42,1
Untermieter	2 300 ¹⁾	(1 100)	(47,8)	(600)	(54,6)
Gebäude- oder Wohn- ungseigentümer	11 800	(800)	(6,8)	(500)	(62,5)

¹⁴⁾ Vgl. hierzu Deneffe, P. J.: „Die soziale Lage der erwerbstätigen Frauen in Hamburg“ in Hamburg in Zahlen, Heft 2/1960, S. 36.

¹⁾ Darunter 1 100 mit Wohnungsgeber verwandt (200 Veränderungsabsichten)

Die für diesen Haushaltstyp bei 9500 Veränderungsabsichten errechnete Quote betrug 16,2 %, und auch die angemeldete Nachfrage scheint unter dem Durchschnitt zu liegen.

3. Ehepaare mit über und unter 18jährigen Kindern

Von den 31 300 Ehepaaren dieses Familientyps wurden 6500 Absichten auf Wohnungswechsel geäußert, d. h. 20,8 %. Diese Quote der Veränderungsabsichten steht zweifellos mit der Kinderzahl im Zusammenhang, da hier durchschnittlich 2—3 Kinder im Haushalt sind, der Raumbedarf also im allgemeinen größer ist als bei den beiden vorhergehenden Haushaltstypen. Da die Ehepaare mittleren Altersjahrgängen angehören, war der Haushaltsvorstand in der Regel erwerbstätig. In Anbetracht der schwachen Besetzung der Tabellenfelder muß auf die Wiedergabe von detaillierten Ergebnissen verzichtet werden. In der Haushaltsstruktur ergeben sich gegenüber den anderen Gruppen einige Unterschiede, die soziologisch interessieren. Unter den Ehepaaren mit unter und über 18 Jahre alten Kindern sind, wie die Hauptübersicht ausweist, anteilmäßig die Beamten am stärksten vertreten: jeder zehnte Beamtenhaushalt fiel unter diesen Familientyp; aber auch die Selbständigen sind in dieser Gruppe häufiger vertreten als Angestellte und Arbeiter. Längere Ausbildungsdauer und damit verbunden späteres Heiratsalter spielen hierbei eine Rolle; die Kinder von Beamten und Selbständigen verbleiben im allgemeinen länger im elterlichen Haushalt als dies bei Arbeiterfamilien der Fall ist. Während die Arbeiterhaushalte fast zu einem Drittel aus jüngeren Ehepaaren mit Kindern unter 18 Jahren bestanden, machte ihr Anteil bei den Haushalten mit unter und über 18jährigen Kindern nur knapp 5 % aus; er lag somit auch noch etwas unter demjenigen der Angestelltenhaushalte. Beim Wohnverhältnis dieses Haushaltstyps — mit relativ großer durchschnittlicher Personenzahl — treten die Untermieter wenig in Erscheinung.

C. Ehepaare mit Kindern und sonstigen Personen

Rund 20 000 Ehepaare mit Kindern hatten außerdem noch sonstige Personen im Haushalt, die durchschnittliche Größe des Haushalts betrug hier meist 5 Personen, in den größeren Familien mit unter und über 18jährigen Kindern sogar mehr als 6. Um Aussagen über diese „sonstigen Personen“ zu erhalten, wurde festgestellt, ob es sich jeweils um einzelne oder um mehrere Personen handelte und ob ein Verwandtschaftsverhältnis mit der Familie des Haushaltsvorstandes gegeben war. Dabei stellte sich heraus, daß diesen Haushalten vorwiegend verwandte Einzelpersonen angehörten.

Hier handelt es sich sicher meist um verwitwete Elternteile, die bei den verheirateten Kindern untergekommen sind. Bei den Ehepaaren mit Kindern und

Tab. 19
Die Ehepaare mit Kindern und sonstigen Personen in Hamburg

Haushaltstyp Wohnungsmäßige Unterbringung	Haushalte insgesamt	Bei den Ehepaaren mit Kindern lebten . . .			
		Einzelpersonen		mehr. Personen	
		mit dem Haushalt		mit dem Haushalt	
		ver- wandt	nicht ver- wandt	ver- wandt ¹⁾	nicht ver- wandt
	1	2	3	4	5
Ehepaare mit Kindern und sonstigen Personen darunter lebten in Normalwohnungen als: Gebäude- oder Woh- nungseigentümer Hauptmieter	20 300 8 700 10 400	13 800 4 900 7 800	3 800 2 600 (1 100)	2 400 (1 100) (1 300)	(300) (100) (200)

¹⁾ Darunter 600 Haushalte, in denen nur ein Teil der Haushaltszugehörigen mit dem Wohnungsgeber verwandt war.

sonstigen Haushaltsangehörigen ist relativ häufig Gebäudeeigentum feststellbar; die nicht verwandten Einzelpersonen — erheblich mehr als bei den Hauptmieterhaushalten — sind die dort auch wohnenden Hausgehilfinnen. Außerdem gehört jeder dritte Haushaltsvorstand der Stellung im Beruf nach zu den Selbständigen, also weit mehr als bei den anderen Haushaltstypen. Die altersmäßige Zusammensetzung der Ehepaare — nur ein Drittel haben über 18 Jahre alte Kinder — bedingt den niedrigen Anteil der nicht Erwerbstätigen. Da mehr als die Hälfte im eigenen Haus wohnt und die übrigen schon wegen der Familiengröße auf eine selbständige Wohnung angewiesen waren, traten Untermieterfälle bei diesem Haushaltstyp ganz in den Hintergrund. Bei dieser Haushaltsstruktur und wohnungsmäßigen Versorgung ist es verständlich, daß Absichten auf Wohnungswechsel von dieser Seite sich in engen Grenzen hielten.

D. Ehepaare, die nur mit sonstigen Personen lebten

Die Durchschnittsgröße der 8600 Haushalte, in denen Ehepaare ohne Kinder mit sonstigen Personen gemeinsam wohnten und wirtschafteten, betrug 3,1 Personen; es war also in der Regel außer dem Ehepaar nur noch eine Einzelperson im Haushalt. 8100 Ehepaare lebten mit Einzelpersonen zusammen, bei 6500 bestanden verwandtschaftliche Beziehungen zu den Mitbewohnern. In den sonstigen Personen sind also nicht etwa vorwiegend familienfremde Hausangestellte zu sehen, sondern verwitwete Elternteile oder sonstige Verwandte. In der sozialen Gliederung weist dieser Haushaltstyp weitgehende Ähnlichkeit mit dem zuletzt besprochenen aus, also relativ viele Ehepaare von Selbständigen, Gebäudeeigentümern und Hauptmietern; fast drei Viertel der Haushalte lebten von Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Bei dieser Haushaltsstruktur war die Quote der Veränderungsabsichten ebenfalls gering.

V. Elternteile mit Kindern

Durch die Folgen der beiden Kriege ist die Zahl der Haushalte, die nur aus Müttern mit Kindern bestehen, stark angewachsen. Die Lebensbedingungen dieser unvollständigen Haushalte, ihre wirtschaftliche und soziale Lage bilden Gegenstand zahlreicher Untersuchungen; an die viel diskutierten Probleme der „Schlüsselkinder“ sei erinnert. In dem Beitrag „Die soziale Lage der erwerbstätigen Frauen in Hamburg“ ist dieser Personenkreis auch auf seine Wohnungssituation untersucht worden¹⁵⁾, so daß an dieser Stelle auf die Darstellung des wirtschaftlichen und sozialen Hintergrundes der Veränderungsabsichten weitgehend verzichtet werden kann. Verwitwete, geschiedene oder ledige Mütter lebten in 55 100 Haushalten mit ihren Kindern zusammen, das entsprach einem Anteil von 7,6 % aller Haushalte. Außerdem gab es noch 5400 Rumpfhushalte, in denen die Mutter fehlte, der verwitwete oder geschiedene Ehemann mit Kindern und evtl. auch sonstigen Personen zusammenlebte.

Unter den weiblichen Haushaltsvorständen bildeten die 28 000 mit Kindern über 18 Jahren mit rund 51 % die stärkste Gruppe. Die Mütter mit unter 18jährigen Kindern standen bei einem Anteil von rund 26 % an zweiter Stelle; mit je 6300 Haushalten — zusammen 23 % — folgten die Mütter von unter und über 18jährigen Kindern sowie diejenigen, welche noch weitere Personen im Haushalt aufgenommen hatten.

In einer besonders schwierigen Lage befinden sich offensichtlich die 14 500 Mütter mit Kindern unter 18 Jahren, von denen zwei Drittel erwerbstätig waren und dementsprechend die Doppelbelastung Haushalt und Beruf auf sich nehmen müssen. Darüber hinaus war die wohnungsmäßige Unterbringung häufig mangelhaft, da jede zehnte Familie in einer Notwohnung lebte. Ein hoher Anteil, rund 36 %, wohnte zur Untermiete. Häufig ist diesen Frauen nur durch das Zusammenwohnen mit Eltern, Schwiegereltern oder sonstigen Verwandten oder Bekannten eine Berufsausübung möglich. Wie aus der Hauptübersicht hervorgeht, waren die meisten Mütter mit unter 18jährigen Kindern als Angestellte tätig (37 %), gut ein Viertel waren Arbeiterinnen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug bei diesem Familientyp 2,3 Personen.

Bei den 28 000 älteren Frauen mit über 18jährigen Kindern überwiegen die Haushalte, deren Haushaltsvorstand sein Einkommen vorwiegend aus Renten und Versorgungsleistungen bezieht. Dieser Kreis dürfte sich im allgemeinen nicht mehr so weit in der Bedrängniszone befinden wie die Haushalte mit jüngeren Kindern, da meist zusätzliche Einkommensbezieher in Gestalt der herangewachsenen Kinder vorhanden sind. In diesen Resthaushalten leben auch häufig verwitwete Mütter mit älteren unverheirateten Kindern zusammen. Die wohnungsmäßige Unterbringung erscheint relativ günstig, da gut drei Viertel der Haushalte Inhaber einer selbständigen Mietwohnung waren, 10 % wohnten im eigenen Haus. Der Anteil an Untermietern betrug nur den dritten Teil von denjenigen der Frauen mit jüngeren Kindern.

Die Struktur der Haushalte von Müttern mit unter und über 18jährigen Kindern, also Frauen, die mittleren Altersjahrgängen angehören, zeigt einen etwas höheren Anteil von Berufstätigen; mit 3,6 Personen lag die

durchschnittliche Haushaltsgröße hier höher als bei den beiden anderen Typen (2,3). Auch in diesen Haushalten wird die Berufsausübung der Mütter teilweise mit erheblichen Opfern verbunden sein. Bei den 6300 Haushalten, welche noch sonstige Personen enthalten, dürfte dies einfacher sein; in der Mehrzahl sind dort auch nur ältere Kinder vorhanden. Bei den „sonstigen Personen“ handelte es sich wiederum meist um verwandte Einzelpersonen (von 4900 waren 4100 mit dem Wohnungsgeber verwandt).

Tab. 20

Haushalte von Müttern mit Kindern in Hamburg

Stellung im Beruf Erwerbstätigkeit Wohnverhältnis	Mütter mit Kindern			
	über 18 Jahre alte Kinder		übrige Haushalte	
	Anzahl	dar. mit Veränderungsabsichten	Anzahl	dar. mit Veränderungsabsichten
	1	2	3	4
Selbständige	(900)	—	(800)	(300)
Beamte	(200)	—	(300)	—
Angestellte	4 000	(900)	7 800	(1 600)
Arbeiter	5 600	(1 500)	6 100	(1 400)
Nicht berufstätig	17 300	2 900	12 100	(1 600)
Zusammen	28 000	5 300	27 100	4 900
davon lebten:				
von Erwerbseinkommen				
von Renten, Versorgungsleistungen	10 700	2 400	15 000	3 300
	17 300	2 900	12 100	(1 600)
Von den Haushaltungen waren untergebracht als				
Hauptmieter	21 700	3 400	17 400	2 200
Untermieter	3 500	(1 700)	6 400	2 400
Gebäude- oder Wohnungseigentümer	2 800	(200)	3 300	(300)

Die Veränderungsabsichten der 28 000 Haushalte von Müttern mit über 18jährigen Kindern entsprechen in ihrer Häufigkeit etwa dem städtischen Gesamtdurchschnitt. Dem altersmäßigen Aufbau der Haushalte gemäß stammten von den 5300 Frauen mit älteren Kindern, welche sich wohnungsmäßig verändern möchten, die Mehrzahl von Rentnerinnen, während hinter den übrigen 4900 bekundeten Absichten vorwiegend diejenigen von Berufstätigen standen. Die Bedarfsquote läßt sich nicht mit ausreichender Sicherheit belegen, sie zeigt aber ebenfalls die Tendenz, daß die Veränderungsabsichten von jüngeren Haushalten nachhaltiger vorgebracht wurden als diejenigen von älteren.

Von den 5400 Haushalten, in denen verwitwete oder geschiedene Väter mit ihren Kindern oder auch sonstigen Personen lebten, wurden verhältnismäßig wenige Veränderungsabsichten geäußert; ihr Umfang liegt im Rahmen der übrigen, von unvollständigen Haushalten vorgebrachten Absichten. In fast 80 % dieser Haushalte waren nur ältere Kinder vorhanden; unter den 3700 Haushalten, in denen nur Väter mit ihren Kindern wohnten, waren 3100 mit über 18jährigen Kindern. Hier wird häufig eine erwachsene Tochter den Haushalt führen.

¹⁵⁾ Deneffe, P. J., a. a. O.

VI. Haushaltsgemeinschaften Alleinstehender

Eine nicht allzu häufige Form des Zusammenlebens bilden die Haushaltsgemeinschaften, welche nicht aus Familien oder Restfamilien bestehen, sondern aus sonstigen verwandten oder nicht verwandten Personen. Es wurden in Hamburg 16 900 Haushalte dieses Typs gezählt, darunter 11 700 mit weiblichem Haushaltsvorstand (vgl. hierzu die Hauptübersicht). In 7000 Fällen lebten 2 Frauen zusammen, fast ausschließlich Verwandte (6400); von den 3200 mit männlichen Einzelpersonen zusammenwohnenden Frauen gaben 2200 ebenfalls ein Verwandtschaftsverhältnis an. Die Hälfte der Frauen bezog Einkommen aus Renten oder Versorgungsleistungen, und knapp ein Drittel waren als Angestellte tätig.

Von den 5200 männlichen Haushaltsvorständen waren bevorzugt weibliche Einzelpersonen als Wohnpartnerinnen aufgenommen (4300), etwa die Hälfte unter ihnen bejahte die Frage nach dem Verwandtschaftsverhältnis, zwei Drittel der Männer mit Wohnpartnern lebten von Erwerbseinkommen.

Die Absicht auf einen Wohnungswechsel scheint bei diesen Haushaltsgemeinschaften — abgesehen von den 1200 in Notunterkünften untergebrachten Wohnparteien — relativ selten vorhanden zu sein. Nur rund 2300 von insgesamt 16 900 Haushalten, d. h. 13,6 %, wollten sich wohnungsmäßig verändern.

VII. Gründe für die Absichten auf Wechsel der Unterkunft und Richtung der Nachfrage

Bei der Wohnungserhebung 1960 wurden die Haushalte, welche eine Veränderungsabsicht äußerten, auch nach den Gründen für den geplanten Wohnungswechsel gefragt, wobei nicht selten von einem Haushalt auch mehrere Motive genannt wurden. Die Auszählung dieser Gründe — einschließlich der Mehrfachfälle — ergab das in Tabelle 21 dargestellte Bild.

Tab. 21

Die Gründe der Hamburger Haushalte für den beabsichtigten Wohnungswechsel

Gründe für den beabsichtigten Wohnungswechsel	von Haushalten in . . .	
	Normalwohnungen	Notwohnungen
Streben nach selbständiger Wohnung oder Haushaltsführung	43 600	4 000
Beabsichtigte Eheschließung . .	11 300	(1 100)
Jetzige Wohnung zu klein . . .	61 400	8 500
Jetzige Wohnung zu groß . . .	4 500	(200)
Jetzige Wohnung im Verhältnis zum Einkommen zu teuer . .	2 500	(500)
Jetzige Wohnung genügt ausstattungs-mäßig nicht den Ansprüchen	30 400	8 000
Jetzige Wohnung liegt ungünstig zur Arbeitsstätte	3 000	(600)
Mit jetziger Wohnlage (Stadtkern - am Stadtrand) unzufrieden	6 900	(400)
Streben nach eigenem Haus oder Wohnungseigentum . .	6 300	(100)
Sonstige Gründe	15 900	3 500

Im Vordergrund stand das Streben nach einer w o h n r a u m m ä ß i g e n Verbesserung. Die zum Zeitpunkt der Erhebung in Normalwohnungen untergebrachten Haushalte gaben in jedem dritten Falle an, die derzeitige Wohnung sei zu klein, und auch bei den Bewohnern der Notwohnungen stand dieser Grund an erster Stelle; fast ebenso oft war von den in Behelfsunterkünften wohnenden Haushalten die unzureichende Wohnausstattung herausgestellt worden. Die Veränderungsabsichten der Untermieter konzentrierten sich weitgehend auf das „Streben nach selbständiger Wohnung oder Haushaltsführung“, ein Grund, der bei Haushalten in Normalwohnungen an zweiter und bei Haushalten in Notwohnungen an dritter Stelle stand.

Wenn die behelfsmäßig untergebrachten Haushalte mangelhafte Ausstattung der Wohnung in 8000 Fällen als Grund für den beabsichtigten Wohnungswechsel angegeben hatten, erscheint dies als eine verhältnismäßig niedrige Quote; schwieriger ist dagegen die Beurteilung der rd. 30 000 Fälle, in denen Bewohner von Normalwohnungen der Auffassung waren, die jetzigen Wohnungen genügten ausstattungs-mäßig nicht den Ansprüchen. Hier spielen zweifellos subjektive Momente hinein, die zumindest nicht den Schluß zulassen, es handele sich bei diesen Wohnungen ausschließlich um wohnunwürdige Unterkünfte.

Beabsichtigte Eheschließung war in 13 400 Fällen der Grund für die Veränderungsabsicht, eine verhältnismäßig hohe Zahl, bei der leider nicht angegeben werden kann, in welcher zeitlichen Folge und Höhe echte Nachfrage dafür am Markt anstehen wird. Es hatten im Frühjahr 1960 nur 6300 Einpersonenhaushalte auch bereits Schritte zur Erreichung einer Wohnung wegen bevorstehender Heirat eingeleitet. Dieser Anteil ist — gemessen an jährlich rd. 16 000 Eheschließungen — nicht hoch und zeigt wiederum, daß viele junge Ehepaare in Anbetracht der Marktsituation gezwungen sind, zur Untermiete, insbesondere bei Eltern bzw. Schwiegereltern, zu wohnen.

Unter den weiteren Gründen sind 7300 Veränderungsabsichten erwähnenswert, die auf eine lagemäßige Änderung der Wohnung gerichtet waren, sei es, daß die Wohnlage im Stadtkern etwa wegen Straßenlärm oder sonstiger ungünstiger Umweltbedingungen als mangelhaft empfunden wurde, oder daß Haushalte mit ihrer Unterbringung am Stadtrand unzufrieden waren. Dazu gehören auch die 3600 Fälle, bei denen die Wohnung ungünstig zur Arbeitsstätte lag.

Interessant ist noch die Feststellung, daß 6400 Haushalte als Grund für den Wohnungswechsel „Streben nach eigenem Haus oder Wohnungseigentum“ angaben, obwohl eine erheblich größere Anzahl — insgesamt 18 400 — künftig im eigenen Haus oder einer Eigentumswohnung wohnen wollen. Während unter den 6400 primär Hausbesitz anstrebenden Haushalten auch solche sind, deren gegenwärtige Unterbringung voll ausreichend ist, stellten die anderen ihre derzeitige mangelhafte Unterbringung als Ursache für die Veränderung in den Vordergrund.

Eines der wichtigsten Ziele dieser Untersuchung war, die Häufigkeit der Wohnabsichten in Richtung auf Miet- bzw. Eigentümerwohnungen festzustellen, da diesem Ergebnis wohnungsbaupolitische Bedeutung zukommt. Der Schwerpunkt liegt in Hamburg ganz eindeutig bei der Nachfrage nach Mietwohnungen. Für eine eigene Wohnung bzw. eigenes Haus hatten sich in Hamburg nur rd. 13% der Haushalte mit Veränderungsabsichten ausgesprochen, wobei allerdings auf einen sehr hohen Anteil von Äußerungen ohne feste Vorstellungen hinsichtlich des angestrebten Wohnverhältnisses (18%) hingewiesen werden muß. Bei diesen unklaren Fällen dürfte in der Praxis vermutlich die Tendenz zur Mietwohnung überwiegen. Mit Richtung auf eine Mietwohnung waren 94 000 Veränderungsabsichten, also zwei Drittel, angegeben worden. Absichten auf ein Untermieterverhältnis waren verhältnismäßig selten geäußert worden.

Die Absichten auf ein eigenes Haus gingen zu 63% von Wohnungsinhabern und zu 24% von Untermietern der Normalwohnungen aus, der Rest entfiel auf die Bewohner der Notunterkünfte; das Streben nach einer Mietwohnung ist bei den bisherigen Untermietern zwar etwas ausgeprägter als die Absicht auf ein Eigenheim (33,5%), es überrascht hier aber der hohe Anteil von Haushalten, die noch keine endgültige Vor-

stellung darüber haben. Die 18 400 Haushalte, die künftig eine eigene Wohnung bewohnen möchten, bevorzugen das Ein- oder Zweifamilienhaus, rd. 3000 Haushalte wollen nicht ein eigenes Haus, sondern eine Eigentumswohnung erwerben. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß unter den 18 400 Haushalten, die als angestrebtes Wohnverhältnis eine eigene Wohnung angaben, auch solche enthalten sind, die bereits Hauseigentümer sind, aber aus irgendwelchen Gründen dort noch nicht wohnen können. Unmittelbaren Hausbau strebten 12 100 Haushalte an, darunter 10 300 die Errichtung eines Ein- oder Zweifamilienhauses; außerdem planten 1900 Haushalte einen Hauskauf. Von den Bauwilligen hatten 8800 mit der Bauausführung noch nicht begonnen (7300 Ein- und Zweifamilienhäuser). Ein Bauplatz stand 4700 Bauherren bereits zur Verfügung, bei weiteren 1400 Bauwilligen war ein solcher in Aussicht und 5200 gaben an, noch keinen Bauplatz zu haben. Dieses Verhältnis — zwei Drittel der Bauwilligen hatten noch keinen Bauplatz — zeigt sehr anschaulich die Knappheit an Bauland.

Die eine selbständige Mietwohnung anstrebenden Haushalte wurden auch befragt, ob die künftige Wohnung eine Altbauwohnung — die also vor 1948 erbaut wurde — oder eine nach 1948 errichtete Neubauwohnung sein soll.

Tab. 22

Die gegenwärtige Unterbringung der Hamburger Haushalte mit Veränderungsabsichten und die angestrebte Art der Wohnungsnutzung

Angestrebtes Wohnverhältnis	Haushalte und Haushaltsteile mit Veränderungsabsichten			darunter mit unternommenen Schritten	
	insgesamt	dar. wollen wohnen im		insgesamt	in % d. Sp. 1
		Ein- oder Zweifamilienhaus	Mehrfamilienhaus		
	1	2	3	4	5
Wohnungsinhaber in Normalwohnungen					
Eigene Wohnung bzw. eigenes Haus	11 600	9 000	(1 600)	6 400	55,2
Hauptmieter	50 300	3 100	34 400	21 100	41,9
Untermieter	(400)	—	—	—	—
Anstaltsunterbringung Ohne Vorstellungen	12 700	(600)	4 900	4 700	37,0
Zusammen	75 000	12 700	40 900	32 200	42,9
Untermieter in Normalwohnungen					
Eigene Wohnung bzw. eigenes Haus	4 500	3 100	(1 000)	2 600	57,8
Hauptmieter	31 500	(1 600)	22 100	17 700	56,2
Untermieter	3 600	—	—	(100)	(2,8)
Anstaltsunterbringung Ohne Vorstellungen	11 100	(200)	4 000	6 500	58,6
Zusammen	50 700	4 900	27 100	26 900	53,1
Wohnungsinhaber und Untermieter in Notwohnungen					
Eigene Wohnung bzw. eigenes Haus	2 300	(1 800)	(400)	(1 300)	(56,5)
Hauptmieter	12 200	(200)	8 200	5 900	48,4
Untermieter	(600)	—	—	—	—
Anstaltsunterbringung Ohne Vorstellungen	2 100	(100)	(600)	(1 300)	(61,9)
Zusammen	17 200	2 100	9 200	8 500	49,4
Insgesamt					
Eigene Wohnung bzw. eigenes Haus	18 400	13 900	3 000	10 300	56,0
Hauptmieter	94 000	4 900	64 700	44 700	47,6
Untermieter	3 500	—	—	(100)	(2,9)
Anstaltsunterbringung Ohne Vorstellungen	25 900	(900)	9 500	12 500	48,3
Zusammen	142 900	19 700	77 200	67 600	47,3

Tab. 23
Haushalte und Haushaltsteile in Hamburg, die eine Mietwohnung anstreben nach Gebäudeart und Baualter

Angestrebtes Wohnverhältnis Baualter	Haushalte und Haushaltsteile mit Veränderungsabsichten			
	Anzahl	dar. wollen wohnen im		ohne Angabe der Gebäudeart
		Ein- oder Zweifamilienhaus	Mehrfamilienhaus	
	1	2	3	4
Mietwohnungen	94 000	4 900	64 700	24 400
Mit unternommenen Schritten	44 700	2 400	32 500	9 800
Altbau 1)	11 400	(900)	8 000	2 500
Mit unternom. Schritten	4 500	(400)	3 100	(1 000)
Neubau 2)	82 600	4 000	56 700	21 900
Mit unternom. Schritten	40 200	2 000	29 400	8 800

1) 1948 oder früher gebaut. - 2) Nach 1948 fertiggestellt.

Die Nachfrage konzentriert sich demnach zu 88 % auf Neubauwohnungen, vorwiegend in Mehrfamilienhäusern liegend; für Altbauwohnungen hatten sich nur 12 % der Haushalte ausgesprochen. Die Befragung erfolgte zwar vor Inkrafttreten des Abbaugesetzes, es läßt sich aber nicht abschätzen, inwieweit sich die in der Öffentlichkeit diskutierte Erhöhung der Altbaumieten bei den Veränderungsabsichten ausgewirkt hat. Auch bei den relativ selten geäußerten Absichten auf Mietwohnungen in Ein- oder Zweifamilienhäusern dominierten diejenigen für Neubauten. Wie aus der Tabelle 23 hervorgeht, ist auch die Bedarfsquote bei den Absichten auf Neubauwohnungen höher als bei Altbauten.

Bei den gesuchten Mietwohnungen wird die Vierraumwohnung (drei Zimmer und Küche) bevorzugt, gefolgt von der Dreiraumwohnung. Die Verteilung der gesuchten Wohnungsgrößen ist wie folgt:

Ein- und Zweiraumwohnungen	9 600 = 8,4 %
Dreiraumwohnungen	39 900 = 35,5 %
Vierraumwohnungen	51 800 = 45,5 %
Wohnungen mit fünf und mehr Räumen	12 600 = 11,1 %

Auf die Zusammenhänge zwischen Wohnungsgrößen, Einkommen und Miethöhe wird im folgenden Abschnitt eingegangen.

Tab. 24
Die Belegungsdichte der Normalwohnungen in Hamburg im Frühjahr 1960
— durchschn. Personenzahl je Wohnraum —

Normalwohnungen nach der Größe	Belegungsdichte von Wohnungen deren Inhaber überwiegend lebten von . . .			
	Erwerbseinkommen		von Renten, Versorgungsleistungen usw.	
	alle Wohnungen	dar. Inhaber mit Veränderungsabsichten	alle Wohnungen	dar. Inhaber mit Veränderungsabsichten
	1	2	3	4
1 Raum	1,29	1,86	1,11	1,75
2 Räume	0,89	1,26	0,75	0,96
3 "	0,86	1,04	0,69	0,77
4 "	0,87	0,93	0,75	0,82
5 "	0,82	0,88	0,81	0,96
6 "	0,78	0,88	0,75	0,94
7 u. mehr Räume	0,72	0,93	0,74	0,72
Zusammen	0,84	0,99	0,74	0,84

Daß räumliche Beengtheit tatsächlich die häufigste Ursache für Veränderungsabsichten ist, geht aus den Berechnungen über die Belegungsdichte hervor. Die durchschnittliche Personenzahl je Wohnraum war in den Wohnungen, in welchen Veränderungsabsichten geäußert wurden, beträchtlich höher als in den übrigen Wohnungen; in den kleineren Wohnungen waren die Unterschiede besonders groß. Das Baualter der Wohnungen, ihre Ausstattung und die Raumgröße beeinflussen die Belegungsdichte erheblich.

In den rund 282 000 Altbauwohnungen lebten 63 % erwerbstätige Wohnungsinhaber, und 37 % bezogen Einkommen aus Renten, Versorgungsleistungen usw. Die Neubauwohnungen waren dagegen in erheblich stärkerem Umfang von den Erwerbstätigen belegt; ihr Anteil unter den 231 000 nach der Währungsreform erstellten Wohnungen betrug 78 %.

Bei den Wohnungen der Rentenempfänger, häufig also Altbauwohnungen, war die Belegungsdichte zwar relativ niedrig, aber auch hier zeichnete sich bei den Wohnungsinhabern mit Veränderungsabsichten deutlich die dichtere Belegung ab.

Für die von Erwerbstätigen bewohnten Dreiraumwohnungen, aus denen rund 46 % aller von Wohnungsinhabern geäußerten Veränderungsabsichten stammten, wurde eine Belegung von 1,04 Personen je Raum berechnet. Die Intensität dieser Absichten ist also in der Regel darauf zurückzuführen, daß Ehepaare mit Kindern außer den beiden zur Verfügung stehenden Räumen, Wohn- und Schlafzimmer, noch ein Kinderzimmer benötigen. Daher auch die starke Nachfrage nach Vierraumwohnungen, also drei Zimmern mit Küche.

Weiteres Material über die Belegungsverhältnisse der Haushalte in Normalwohnungen vermittelt die Anhangtabelle 2, Seite 34, in welcher die Wohnparteien nach der Personenzahl mit den ihnen zur Verfügung stehenden Räumen aufgliedert sind. Auch in diesen Ergebnissen kommt die Überbelegung der Kleinwohnungen deutlich zum Vorschein.

Die Wechsler nachfrage ist ein für die wohnungspolitischen Überlegungen bedeutsamer Faktor; es sei in diesem Zusammenhang an die Hamburger Umschichtungsmaßnahmen erinnert und an die vom Bund geförderten Wohnungsbaudarlehen im Rahmen der Aktion „Besser und schöner wohnen“. In Hamburg wollten im Frühjahr 1960 annähernd 71 000 Inhaber von Normalwohnungen ihre Unterkünfte gegen größere oder zum Teil auch nur gegen besser ausgestattete Wohnungen tauschen. Die Art der Wohnungen und der Personenkreis dieser „Wechsler“ gehen aus folgender Übersicht hervor:

Von Erwerbstätigkeit lebten:

in Altbauten	33 900 Wechsler = 48 %
in Neubauten	25 700 Wechsler = 36 %

Von Renten, Versorgungsleistungen usw. lebten:

in Altbauten	7 900 Wechsler = 11 %
in Neubauten	3 300 Wechsler = 5 %

Bei einer Realisierung dieser Wechslerabsichten würden also nur rd. 29 000 Neubauwohnungen auf der Angebotseite erscheinen, während rund 83 000 aller Veränderungsabsichten auf Mietwohnungen in Neubauten gerichtet waren. Andererseits wollten nur 11 400 Haushalte eine Altbau-Mietwohnung haben, bei einem rechnerischen Angebot von fast 42 000 Altbauwohnungen durch Wechsler. Unterstellt man, daß

Tab. 25

Die Belegung der Normalwohnungen in Hamburg nach dem Baualter

Baualter Veränderungs- absicht	Normalwohnungen, deren Inhaber vorwiegend lebten von . . .							
	Erwerbseinkommen				Renten, Versorgungsleistungen usw.			
	Zahl der			Personen je Wohnraum	Zahl der			Personen je Wohnraum
	Wohnungen	Wohnräume	Personen		Wohnungen	Wohnräume	Personen	
1	2	3	4	5	6	7	8	
Vor 1900	Normalwohnungen insgesamt							
Ohne Veränderungsabsicht	37 300	156 400	126 900	0,81	27 300	107 400	83 300	0,78
Mit " in %	12 200 24,6	43 300 21,7	42 900 25,3	0,99 —	3 500 12,8	14 000 11,5	11 400 12,0	0,81 —
1900—1923								
Ohne Veränderungsabsicht	42 000	176 300	152 200	0,86	33 700	137 500	104 000	0,76
Mit " in %	10 600 20,2	38 100 17,8	36 600 19,4	0,96 —	3 000 8,9	11 300 7,6	10 700 9,3	0,95 —
1924—20. 6. 1948								
Ohne Veränderungsabsicht	63 400	258 100	212 500	0,82	36 300	143 200	106 300	0,74
Mit " in %	11 100 14,9	38 400 13,0	38 500 15,3	1,00 —	(1 400) (3,9)	4 300 3,0	3 900 3,7	0,91 —
Nach dem 20. 6. 1948								
Ohne Veränderungsabsicht	155 900	581 700	493 100	0,85	46 700	143 900	100 700	0,70
Mit " in %	25 500 14,1	84 300 12,7	84 800 14,7	1,01 —	3 300 7,1	10 100 6,6	7 400 6,8	0,73 —
Baualter unbekannt								
Ohne Veränderungsabsicht	2 500	9 700	9 100	0,94	1 200	4 600	3 500	0,76
Mit "	(200)	(700)	(600)	(0,86)	—	—	—	—
Zusammen								
Ohne Veränderungsabsicht	300 700	1 182 200	993 800	0,84	145 200	536 600	397 800	0,74
Mit " in %	59 600 16,5	204 800 14,8	203 400 17,0	0,99 —	11 200 7,2	39 700 6,9	33 400 7,7	0,84 —
darunter Normalwohnungen, die mit 2-oder mehr Haushalten belegt waren								
Ohne Veränderungsabsicht	54 300	258 100	241 600	0,94	62 100	272 200	228 900	0,84
Mit " in %	6 100 10,1	25 600 9,0	27 500 10,2	1,07 —	4 300 6,5	18 700 6,4	17 200 7,0	0,92 —

alle 26 000 Haushalte, deren Veränderungsabsichten in bezug auf das Wohnverhältnis ohne feste Vorstellungen waren, als Bewerber für diese Altbauwohnungen in Frage kämen, wäre immer noch ein Überhang von etwa 5000 Altbauwohnungen vorhanden. Diese schematische Modellrechnung zeigt eine Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage nach Neu- bzw. Altbauwohnungen, die mit Verringerung des Wohnungsmangels und der Einführung eines freien Wohnungsmarktes Konsequenzen haben kann. Mit frei werdenden Altbauwohnungen kann selbstverständlich nur gerechnet werden, wenn ausreichend Neubauten zu erschwinglichen Mietpreisen angeboten werden. Das hohe Mietniveau für diese wird die Erfüllung mancher Veränderungsabsicht allerdings verhindern bzw. eine Umdisposition auf eine geeignete Altbauwohnung erforderlich machen. Es sei daran erinnert, daß fast 25 000 der Veränderungsabsichten von Empfängern von Renten, Versorgungsleistungen usw. geäußert wurden. Schließlich ist bei der Zahl der evtl. durch Wechsler frei werdenden Altbauwohnungen zu berücksichtigen, daß ein Teil infolge der Aufhebung

der Wohnraumbewirtschaftung für nachrückende Haushalte nicht mehr zur Verfügung stehen wird; außerdem dürfte ein gewisser Prozentsatz ausstattungsmäßig nicht mehr dem heutigen Wohnstandard genügen und auf längere Sicht schwer vermietbar sein.

Abschließend sei der Versuch unternommen, eine Vorstellung über die Größe der fehlenden Wohnungen und etwaige Ausgleichmöglichkeiten innerhalb des vorhandenen Wohnungsbestandes zu gewinnen, wobei ausdrücklich vermerkt sei, daß es sich auch hier nur um eine Modellrechnung handelt (vgl. Tab. 26). Es wurden etwa 120 000 Absichten auf Mietwohnungen geäußert, von denen für rd. 114 000 auch die angestrebte Wohnungsgröße angegeben war. Die Gegenüberstellung mit dem Wohnungsbestand der Wechsler zeigt, daß bei einer Umschichtung Angebot und Nachfrage für Ein- und Zweiraumwohnungen sich ausgleichen würden; der Schwerpunkt an fehlenden Wohnungen liegt ganz eindeutig bei den Dreizimmerwohnungen (Vierraumwohnungen).

Girardet & Co., Hamburg